

Arthur Ewert (1890-1959)

**Der Lebens- und Leidensweg eines deutschen
Kommunisten auf drei Kontinenten**

Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie (Dr. phil.)

vorgelegt an der Philosophischen Fakultät der Universität Potsdam

von Ronald Friedmann

Potsdam 2015

Dieses Werk ist unter einem Creative Commons Lizenzvertrag lizenziert:
Namensnennung – Keine kommerzielle Nutzung – Keine Bearbeitung 4.0 International
Um die Bedingungen der Lizenz einzusehen, folgen Sie bitte dem Hyperlink:
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>

Online veröffentlicht auf dem
Publikationsserver der Universität Potsdam:
URL <http://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/index/index/docId/7302>
URN <urn:nbn:de:kobv:517-opus4-73024>
<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-73024>

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
Kapitel 1: Kindheit und Jugend.....	20
Kapitel 2: In Kanada und den USA.....	27
Kapitel 3: Zurück in Deutschland.....	37
Kapitel 4: Das Jahr 1923	53
Kapitel 5: Der Triumph der Ultralinken	71
Kapitel 6: Das »leninistische« Zentralkomitee.....	84
Kapitel 7: In der Führung der Partei	99
Kapitel 8: In internationaler Mission	120
Norwegen.....	120
Großbritannien.....	123
USA.....	133
Kapitel 9: Im Sächsischen Landtag.....	145
Kapitel 10: Kehrtwende nach ultralinks.....	157
Kapitel 11: Der VI. Weltkongreß.....	168
Kapitel 12: Die Wittorf-Affäre	180
Kapitel 13: Das Ende der »Versöhnler«.....	198
Kapitel 14: Der Paragraph 175 – ein Exkurs.....	213
Kapitel 15: Die letzten Monate in Deutschland.....	220
Kapitel 16: Jan Valtin – ein Exkurs	226
Kapitel 17: Für die Komintern in Südamerika	232
Kapitel 18: Der »Ritter der Hoffnung«	252
Kapitel 19: Zwischenspiel in China	274
Kapitel 20: Roger Hollis – ein Exkurs.....	302
Kapitel 21: Zurück nach Südamerika	310
Kapitel 22: Schauplatz Brasilien.....	324
Kapitel 23: Das Jahr 1935	335
Kapitel 24: In der Gewalt des Vargas-Regimes.....	360
Kapitel 25: Moskau 1937 – ein Exkurs	374
Kapitel 26: Der Verteidiger.....	379
Kapitel 27: Die treueste aller Schwestern	391
Kapitel 28: Sabo	407
Kapitel 29: Befreiung.....	425
Kapitel 30: Die letzten Jahre.....	433

Editorische Hinweise	441
Biographische Daten.....	442
Decknamen und Pseudonyme	450
Abkürzungsverzeichnis.....	454
Quellen- und Literaturverzeichnis.....	456
1. Archive	456
2. Offizielle Dokumente der Komintern und ihrer Sektionen.....	457
3. Gedruckte Quellen und Quellensammlungen, Einzeldokumente.....	458
4. Quellensammlungen im Internet	460
5. Monographien und Sammelbände, auch Erinnerungsliteratur	460
6. Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften und Büchern	460
7. Zeitungen und Zeitschriften.....	475
8. Filme und Videos	475
Personenverzeichnis.....	476

Einleitung

»Werdet Ihr alle nicht besonders gefügigen, aber klugen Leute wegjagen und Euch nur die gehorsamen Dummköpfe lassen, so werdet Ihr die Partei bestimmt zugrunde richten.« (Lenin an Bucharin und Sinowjew)¹

Das Leben des deutschen Kommunisten und Internationalisten Arthur Ewert (1890-1959) war selbst nach den Maßstäben des »Zeitalters der Extreme«, wie der britische Historiker Eric Hobsbawm das 20. Jahrhundert nannte, außergewöhnlich.²

Arthur Ewert gehörte – um eine Überlegung von Antonio Gramsci in den »Gefängnisheften« aufzugreifen – zu jener Gruppe von »organischen Intellektuellen«, die der Arbeiterbewegung entstammten und als Teil dieser Bewegung fähig und in der Lage waren, deren Ziele und Interessen zu artikulieren und eine Führungsrolle, also eine »organisierende Funktion«, zu übernehmen, um diese Ziele und Interessen zum Gegenstand praktischen politischen Handelns zu machen.³

Geboren und aufgewachsen als Sohn eines Kleinbauern in der tiefsten ostpreußischen Provinz, fehlte Arthur Ewert jeder bildungsbürgerliche Hintergrund. Doch er erwarb sich im Verlaufe seines Lebens durch harte Arbeit – im Selbststudium – eine umfassende Bildung, die ihn deutlich von anderen Funktionären der kommunistischen Bewegung, so zum Beispiel Ernst Thälmann, unterschied. Und anders als eine Ruth Fischer, die ihre kleinbürgerliche Herkunft niemals überwinden konnte und regelmäßig durch ein betont »populistisches Auftreten«⁴ zu kompensieren versuchte, benötigte Arthur Ewert keinen »proletarischen Habitus«, um seine Verbundenheit mit der Klasse, der er diente, oder richtiger: der zu dienen er überzeugt war, unter Beweis zu stellen.

Durch seine Welterfahrenheit und seine Sprachkenntnisse, Ergebnis eines fast fünfjährigen Aufenthaltes in Kanada und den USA zwischen 1914 und 1919, besaß Arthur Ewert bereits in den frühen zwanziger Jahren ein sehr eigenes Profil als Funktionär der kommunistischen Bewegung. Denn er war nicht nur bereit und in der Lage,

¹ In seinem Schlußwort auf dem VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Sommer 1928, seinem letzten Auftreten als Vorsitzender der Komintern, stellte Nikolai Bucharin fest: »Disziplin ist unser höchstes Gebot. Ich möchte aber, Genossen, einen unveröffentlichten Brief des Genossen Lenin erwähnen, den er an mich und Sinowjew richtete. Genosse Lenin schrieb uns: »Werdet Ihr alle nicht besonders gefügigen, aber klugen Leute wegjagen und Euch nur die gehorsamen Dummköpfe lassen, so werdet Ihr die Partei bestimmt zugrunde richten.« Ich glaube, daß die Auffassung des Genossen Lenin durchaus richtig ist. Wir brauchen eine starke Hand in den führenden Organen unserer Partei, eine Hand, die nicht davor zurückschrecken wird, jeden »Streikbrecher« aus unserer Bewegung herauszuwerfen. Gleichzeitig brauchen wir aber in den führenden Parteiorganen Leute - und wir hoffen, daß wir solche Leute haben -, die, durchaus unter Wahrung des notwendigen Taktes, für jedes »aufgeweckte« Mitglied der Partei kämpfen werden, um es zur richtigen Linie der Partei und der Kommunistischen Internationale zurückzubringen.« Schlußwort des Genossen Bucharin, in: Protokoll. VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Moskau, 17. Juli - 1. September 1928, Hamburg und Berlin 1928 (Reprint Milano 1967), Erster Band, S. 552 f.

² Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München und Wien 1995.

³ Vgl. dazu: Antonio Gramsci, Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, Band 7 (Heft 12-15), Hamburg 1996, S. 1500 ff.

⁴ Mario Keßler, Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895-1961), Köln 2013, S. 239.

vielfältige Aufgaben und Funktionen in der Kommunistischen Partei Deutschlands zu übernehmen. Er brachte – wie nur wenige andere Vertreter seiner Partei – einzigartige Voraussetzungen mit, um im Auftrag der Kommunistischen Internationale auch in anderen »Sektionen« der »Weltpartei« tätig zu werden.

Doch was Arthur Ewert vor allem von der Mehrzahl der Funktionäre der kommunistischen Bewegung seiner Zeit unterschied, waren sein Wille und seine intellektuelle Fähigkeit, einen eigenen schöpferischen Beitrag zur Entwicklung der politischen Praxis der KPD und der Komintern zu leisten. Trotz unbestreitbarer Fehler und Irrtümer war er dabei stets bemüht, den Blick für die gesellschaftlichen Realitäten seiner Zeit zu bewahren. Phrasendrescherei und linker Verbalradikalismus waren ihm fremd.

Daß er mit diesem Verständnis von kommunistischer Parteipolitik zwangsläufig in einen unauflösbaren Konflikt mit dem Führungsanspruch einer mächtigen und machtversessenen Gruppe, auf der Ebene der Komintern und der KPdSU (B) repräsentiert durch Josef Stalin, auf der Ebene der KPD repräsentiert durch Ernst Thälmann, geraten mußte und daß er sich diesem Konflikt – nach einem mehrjährigen erfolglosen Kampf – nur durch eine vollständige Unterwerfung und das öffentliche Eingeständnis einer vernichtenden politischen Niederlage entziehen konnte, gehört zur großen Tragik seines Lebens.

Doch für Arthur Ewert war – Ergebnis und Konsequenz seines gesamten selbstgewählten Lebensweges – ein Leben außerhalb der von »Moskau« geführten kommunistischen Bewegung undenkbar.

Arthur Ewert war im Frühjahr 1906, mit gerade 15 Jahren, nach Berlin gekommen, um bei seinem Onkel eine Sattlerlehre zu absolvieren.

Unter dem unmittelbaren Einfluß von Frida Rubiner wurde er bereits als junger Mann Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, auf deren linkem Flügel er zunächst seine politische Heimat fand.

Im Alter von 23 Jahren, kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges, verließ er Deutschland, um gemeinsam mit Elise Saborowski, seiner langjährigen Lebensgefährtin und späteren Ehefrau, nach Nordamerika zu gehen. Auch dort schloß er sich sofort der linken sozialistischen Bewegung an. Mit gerade 28 Jahren war er einer der maßgeblichen Protagonisten bei der Formierung der ersten Kommunistischen Partei Kanadas.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Deutschland im Sommer 1919 wurde Arthur Ewert Mitglied der wenige Monate zuvor von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands.

Er gehörte zu jenen zahlreichen Kommunisten, die – ungeachtet der zunächst sektiererischen Haltung ihrer Parteiführung – während des Kapp-Putsches 1920 sofort dem Aufruf zum Generalstreik folgten, um die Weimarer Republik zu retten.

Im April 1921, wenige Wochen nach der gescheiterten »Märzaktion«, wurde Arthur Ewert im mitteldeutschen Raum verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt. Sein Prozeß vor dem Reichsgericht in Leipzig endete nach sechsmonatiger Untersuchungshaft – nicht nur zur Überraschung des Angeklagten – mit einem Freispruch aus Mangel an Beweisen.

Auf dem Leipziger Parteitag Anfang 1923 rückte er als neugewähltes Mitglied der zwanzigköpfigen Zentrale in den engeren Führungszirkel der KPD auf. Bis Ende

1928 gehörte Arthur Ewert nun – mit einer Unterbrechung zwischen April 1924 und August 1925 – zu den wichtigsten und einflußreichsten Funktionären der KPD.

Im Konflikt zwischen Parteilinken und Parteilinken suchte er ab dem Frühjahr 1923 mit Gleichgesinnten aktiv nach einem tragfähigen Kompromiß, um die auseinanderstrebenden Flügel der Partei nicht nur auf ein gemeinsames (strategisches) Ziel, sondern auch auf ein gemeinsames (taktisches) Handeln zu verpflichten.

Nach der gescheiterten »Deutschen Oktoberrevolution« im Herbst 1923 kämpfte er gemeinsam mit Ernst Meyer, Hugo Eberlein, Wilhelm Pieck und anderen um das Überleben der KPD, doch gelang es nicht, den Sieg der Linken und Ultralinken im parteiinternen Machtkampf zu verhindern.

Ruth Fischer, die nach dem Frankfurter Parteitag 1924 gemeinsam mit Arkadi Maslow an der Spitze der KPD stand, nutzte ihren neu gewonnenen Einfluß, um alle tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen Gegenspieler, unter ihnen selbstverständlich Arthur Ewert, politisch kaltzustellen. In der Folge war Arthur Ewert für mehr als ein Jahr von allen wichtigen Entwicklungen in der KPD ausgeschlossen.

In dieser Zeit erfüllte Arthur Ewert seine ersten internationalen Aufträge: Als offizieller Vertreter der Komintern arbeitete er unter den Bedingungen strengster Konspiration wiederholt in Großbritannien. Im Spätsommer 1927 führte ihn eine geheime Mission mehrere Monate in die USA.

Ab Mitte 1925 war Arthur Ewert entscheidend an den Bestrebungen beteiligt, den ultralinken Kurs der KPD zu überwinden, dessen wichtigste Protagonisten Ruth Fischer und Arkadi Maslow waren. Unter seinem maßgeblichen Einfluß fand die junge deutsche Partei, die seit August 1925 unter der Führung Ernst Thälmanns stand, in den Jahren bis 1928 zu realistischen Politikansätzen, durch die sie ihre Verankerung und ihren Einfluß in den proletarischen Massen zeitweise deutlich erhöhen konnte.

Arthur Ewert war ein konsequenter Verfechter der »Politik der Konzentration«, wie sie auf dem Essener Parteitag der KPD im März 1927 beschlossen und verkündet wurde. Im Sinne dieser »Konzentration« war er ein engagierter und zuverlässiger Verbündeter Thälmanns. Doch er war auch und vor allem dessen Kritiker und Gegenspieler, wenn es um die weitere »Bolschewisierung« der KPD ging, die tatsächlich eine Auslieferung der Partei an Stalin und dessen Herrschaftsinteressen war.⁵

In den Wochen und Monaten nach der berüchtigten Wittorf-Affäre im Herbst 1928 wurde Arthur Ewert schrittweise aus allen Parteifunktionen entfernt, weil er als sogenannter Versöhner den Widerstand gegen den von Stalin und dessen Moskauer Gefolgsleuten verordneten »neuen« ultralinken Kurs der KPD organisiert und geführt hatte.

Mit der Auflösung des Reichstags und dem daraus resultierenden Verlust seines Reichstagsmandates im Juli 1930 schied Arthur Ewert endgültig aus der deutschen Parteiarbeit aus. Im Dezember 1930 verließ er Berlin und ging zunächst nach Moskau. Er kehrte erst im Juli 1947, nach fast 17 Jahren, geistig unheilbar krank, in ein durch den Krieg zerstörtes und politisch völlig verändertes Deutschland zurück.

⁵ Letztlich bedeutete das aber auch, daß Arthur Ewert mehr für Ernst Thälmann tat als dessen vorgebliche Freunde, die Thälmann mit kritikloser Lobhudelei begleiteten.

In den Jahren 1931 und 1932 erfüllte Arthur Ewert seine erste Mission als Repräsentant der Kommunistischen Internationale in Lateinamerika. Von Montevideo aus, der Hauptstadt Uruguays, galt sein Wirken den Kommunistischen Parteien im südlichen Teil des Halbkontinents.

Vom Herbst 1932 bis zum Sommer 1934 arbeitete Arthur Ewert als Vertreter des Exekutivkomitees und Sekretär des Fernostbüros der Kommunistischen Internationale konspirativ in China. Dabei handelte es sich um eine der wichtigsten, aber auch gefährlichsten Auslandsaufgaben, die die Komintern in jener Zeit zu vergeben hatte.

Ab Spätherbst 1934 folgte eine zweite Mission in Lateinamerika. Als Leiter des Südamerikanischen Büros der Komintern mit Verantwortung für die Kommunistischen Parteien in Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Peru und Uruguay arbeitete er zunächst einige Monate in Montevideo, dann in Buenos Aires.

Im März 1935 wurde der Sitz des Südamerikanischen Büros nach Rio de Janeiro verlegt. Die Zusammenarbeit mit Luiz Carlos Prestes, dem legendären »Ritter der Hoffnung«, und der Führung der Kommunistischen Partei Brasiliens wurde nun zur wichtigsten Aufgabe Arthur Ewerts.

Ein langfristig angelegter Plan zur Übernahme der politischen Macht durch die »Aliança Nacional Libertadora«, der »Nationalen Befreiungsallianz«, einem breiten anti-imperialistischen und antifaschistischen Bündnis, scheiterte im November 1935 angesichts einer dramatischen Fehleinschätzung der Lage in der brasilianischen Gesellschaft, aber auch wegen des Fortbestehens putschistischer Tendenzen innerhalb der Kommunistischen Partei des Landes. Der brasilianische Staatspräsident Getúlio Vargas nutzte die sich ihm bietende Gelegenheit, um durch Terror und Demagogie seine eigene Diktatur zu festigen und im November 1937 den »Estado Novo«, den »Neuen Staat«, nach faschistischem Vorbild zu errichten.

Bereits Ende Dezember 1935 fielen auch Arthur Ewert und seine Frau Elise der Verfolgungswelle zum Opfer, die ganz Brasilien mit voller Wucht überrollte. Sie wurden verhaftet und in den folgenden Wochen und Monaten bestialisch gefoltert. Elise Ewert wurde im Oktober 1936 nach Deutschland ausgeliefert und der Gestapo übergeben. Sie starb im Juli 1939, erst 52 Jahre alt, im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück an den Folgen der unmenschlichen Haftbedingungen.

Jorge Amado, der große brasilianische Romancier, schrieb in jener Zeit über Arthur Ewert: »Niemand ist ein Mensch in ähnlicher Weise gemartert worden wie er.«⁶ Und weiter: »Ewert [...] gab] mehr als sein Leben, [...] er gab] seinen Verstand für das Wohl Brasiliens.«⁷ Tatsächlich versank Arthur Ewert im Ergebnis der barbarischen Mißhandlungen in geistiger Umnachtung. Trotzdem mußte er fast zehn Jahre in brasilianischer Haft verbringen, ehe er im Mai 1945 im Ergebnis einer Amnestie freikam.

Im Juli 1947 gelang es seiner Schwester Minna Ewert, die mehr als zehn Jahre unermüdlich um das Leben ihres Bruders gekämpft hatte, Arthur Ewert aus Brasilien in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands zu holen. Doch die Ärzte dort konnten nur noch feststellen, daß es für seine Krankheit keine Heilung gab.

⁶ Jorge Amado, *Der Ritter der Hoffnung. Das Leben von Luiz Carlos Prestes*, Berlin (DDR) 1953, S. 351.

⁷ Ebenda, S. 328.

Am 2. Juli 1959 starb Arthur Ewert in einem Pflegeheim in Eberswalde, wo er die letzten Jahre seines Lebens verbracht hatte.

Die Urne Arthur Ewerts wurde in der inneren Ringmauer auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde beigesetzt, einem Ort, den die Führung der DDR ihren höchsten Repräsentanten vorbehalten hatte. Doch eine wirkliche Rehabilitation Arthur Ewerts, der noch in den fünfziger Jahren öffentlich als »Versöhnler« und »Agent der Bourgeoisie« stigmatisiert worden war, und eine Würdigung seiner Verdienste um die kommunistische Bewegung erfolgten nicht.

Die hier nun vorliegende Biographie Arthur Ewerts hat eine lange Vorgeschichte.

Durch meine Tätigkeit als Diplomat an der Botschaft der DDR in Brasilia hatte ich das Glück, zwei der großen brasilianischen Persönlichkeiten kennenzulernen, die im Leben von Arthur Ewert eine entscheidende Rolle spielten.

Luiz Carlos Prestes, der damals bereits 89 Jahre alt war, traf ich zum ersten Mal im Juli 1987 in seinem kleinen Büro in der Nähe von »Cinelandia« im Zentrum von Rio de Janeiro. Weitere Gespräche folgten, auch in seiner Wohnung im Stadtteil Laranjeiras. Allerdings ging es bei diesen Gesprächen niemals um die Geschichte Brasiliens und seiner Kommunistischen Partei, sondern ausschließlich um die damaligen Gegenwartsprobleme des Landes.

Ebenfalls im Juli 1987 traf ich mit Heráclito Fontoura Sobral Pinto zusammen, der Ende 1936 als Pflichtverteidiger von Arthur Ewert und Luiz Carlos Prestes bestellt worden war und der in den folgenden Jahren und Jahrzehnten ein enger persönlicher Freund von Luiz Carlos Prestes wurde. Sobral Pinto, das »Gewissen Brasiliens«⁸, wie ihn ein Biograph nannte, war ein großer und eleganter Mann, der seit dem Tod seiner Tochter Mitte der fünfziger Jahre nur noch tiefschwarze Anzüge trug. Er war damals bereits 93 Jahre alt, doch er arbeitete immer noch täglich einige Stunden.

Mein Interesse am Leben und Wirken Arthur Ewerts wurde trotzdem erst viele Jahre später geweckt, als ich bei den Recherchen für eine Gerhart-Eisler-Biographie, die im Jahre 2007 erschien, immer wieder auf seinen Namen stieß.⁹

Was ich an Literatur über Arthur Ewert fand, war vollkommen unbefriedigend. Bisher sind weltweit lediglich zwei Bücher erschienen, die man mit einigem guten Willen als Biographien Arthur Ewerts bezeichnen kann.

Im Jahre 1987 veröffentlichte der brasilianische Journalist José Joffily das in seinem Land hochgelobte Buch »Harry Berger«, das sich vor allem in politisch-moralisierender Weise mit den Ereignissen in Brasilien in den Jahren 1935 und 1936 befaßt, aber kaum Informationen über den Lebensweg von Arthur Ewert enthält.¹⁰ So kann man bei Joffily über den postzaristischen russischen Ministerpräsidenten Alexander Kerenski lesen oder die Hinrichtung der beiden sowjetischen Marschälle Michail Tuchatschewski und Wassili Blücher. Auch über den Abschluß einer US-amerikanischen U-2 über dem sowjetischen Swerdlowsk am 1. Mai 1960 wird berichtet. Doch das Geburtsdatum von Arthur Ewert, für den Joffily durchgehend dessen Decknamen

⁸ John W. F. Dulles, Sobral Pinto - the conscience of Brazil. Leading the attack against Vargas (1930-1945), Austin 2002.

⁹ Ronald Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie, Berlin 2007.

¹⁰ José Joffily, Harry Berger, Rio de Janeiro 1987.

Harry Berger verwendete, erfährt der Leser nur aus einer Chronologie im Anhang, in der unmittelbar vor dem ersten Eintrag zu Arthur Ewert die Gründung der II. Internationale vermerkt ist.

Den Mangel an eigenen Forschungsergebnissen versuchte Joffily durch die Veröffentlichung von zahlreichen Fotos sowie faksimilierten Dokumenten und Zeitungsausschnitten zu kompensieren, die aber in ihrer Mehrzahl in keinem wirklichen Zusammenhang mit dem Leben und Wirken von Arthur Ewert standen. So finden sich in dem Buch von Joffily zum Beispiel ein Foto der in den fünfziger Jahren errichteten Zentrale des US-Geheimdienstes CIA im US-Bundesstaat Virginia und ein Foto der russischen Stadt Sankt Petersburg aus der Zeit vor der Oktoberrevolution.

Allerdings ist Joffily zuzugestehen, daß seine Bemühungen, weitergehende Informationen über Arthur Ewert zu beschaffen, im (sozialistischen) Ausland nur wenig oder keine Unterstützung fanden. Vom Leiter des damaligen Zentralen Parteiarchivs der SED zum Beispiel wurde ihm am 9. Oktober 1986 wider besseres Wissen mitgeteilt, daß »im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED keine Materialien vorhanden sind, die weitere Informationen enthalten als die, die bereits im Biographischen Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung¹¹ veröffentlicht wurden.«¹²

1993 brachte David P. Hornstein, ein ehemaliger Mitarbeiter des US-Geheimdienstes CIA, ein Buch mit dem Titel »A Life for the Comintern« heraus, das er selbstbewußt als »Biographie« Arthur Ewerts bezeichnete.¹³ Allerdings hatte Hornstein keinerlei eigene Forschungen unternommen. Er hatte vielmehr ungeprüft alles verwendet, was er in englischsprachigen Büchern und in den Akten der US-Bundespolizei FBI fand, die zu lesen er nicht umhin kam. Hornstein lieferte zwar ein mehrseitiges Literaturverzeichnis, doch im Buch selbst verzichtete er auf jede Quellenangabe. Viele Schilderungen sind zudem frei erfunden. So gab Hornstein, um nur ein Beispiel zu nennen, einen ausführlichen Bericht über eine Reise Arthur Ewerts Ende 1934 in die USA, obwohl sich Arthur Ewert zu dieser Zeit nachweislich in Uruguay aufhielt.

Seitenlang beschäftigte Hornstein sich mit Themen ohne jede Relevanz, so zum Beispiel den von Farben abgeleiteten Decknamen (»Grey«, »Green« und »Brown«), die Vertreter der Komintern bei ihren Auslandsmissionen seiner Ansicht nach vorzugsweise benutzten. Fehlerhafte Angaben aus den (FBI-) Akten, beispielsweise das Datum der Eheschließung von Arthur und Elise Ewert, wurden als selbstverständlich korrekt übernommen.

Kurioserweise stellte sogar sein Enkel Nick Hornstein am 28. Juli 2000 in einer privaten Meinungsäußerung für den Internetbuchhändler »amazon.com« fest: »[Mein

¹¹ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Biographisches Lexikon, Berlin (DDR) 1970.

¹² Faksimile des Briefes in: José Joffily, a.a.O., S. 167. Ironie des Schicksals: Ich habe am 23. Oktober 1986 meine Tätigkeit an der Botschaft der DDR in Brasilia aufgenommen. Möglicherweise habe ich diesen Brief in der Kurierpost, die ich wie jeder ausreisende Diplomat von Berlin mitnahm, selbst nach Brasilien gebracht.

¹³ David P. Hornstein, Arthur Ewert. A Life for the Comintern, New York and London 1993.

Großvater] schreibt ziemlich oft, was Ewert angeblich gerade gedacht hat, aber es ist ziemlich zweifelhaft, daß das wirklich Ewerts Gedanken waren.«¹⁴

Insgesamt also ein weitgehend wertloses Buch, das zwar reihenweise antikommunistische Klischees bedient, aber keine Aussagen enthält, die dem Leser Arthur Ewert wirklich näherbringen und ihm die Bedingungen und Motive seines Handelns verständlich machen.

In diesem Zusammenhang muß ein drittes Buch genannt werden, das zwar nicht als Biographie Arthur Ewerts konzipiert wurde, das aber – so zumindest der Anspruch des Verfassers – »völlig neue und wesentliche Auskünfte« über eine Episode der brasilianischen Geschichte geben sollte, in der Arthur Ewert eine maßgebliche Rolle spielte: Im Jahre 1993 veröffentlichte der brasilianische Journalist William Waack sein Buch »Camaradas. Nos arquivos de Moscou. A história secreta da revolução brasileira de 1935«, in dem er seine Sicht auf die Ereignisse im November 1935 in Brasilien gab.¹⁵ Waack hatte als einer der ersten Autoren, wie er auch im Untertitel seines Buches andeutete, in den für die Forschung gerade erst geöffneten und bis dahin nur ausgewählten Wissenschaftlern zugänglichen Moskauer Archiven gearbeitet.¹⁶

Allerdings ging es Waack bei seiner Arbeit ganz offensichtlich nicht darum, neue Erkenntnisse über ein historisches Ereignis zu gewinnen, das bis zum heutigen Tag nicht nur Wissenschaftler innerhalb und außerhalb Brasilien beschäftigt. Er wollte Belege finden, um eine bereits lange vorgefaßte Meinung zu bestätigen.

Entsprechend selektiv war er bei der Auswahl der Dokumente, die er verwendete, und entsprechend phantasievoll war er bei der Interpretation dieser Dokumente.

In der Mehrzahl der Fälle verzichtete Waack auf jede Form einer Quellenangabe. Wo er doch eine Anmerkung machte, bezog er sich nicht auf ein konkretes Dokument, sondern verwies auf einen kompletten Aktenbestand, auch wenn dieser gegebenenfalls mehrere hundert Seiten umfaßte. Dann wieder führte Waack konkrete, sehr ge-

¹⁴ www.amazon.com/Arthur-Ewert-David-P-Hornstein/dp/0819192589 (22. Mai 2008, 14.30 Uhr).

¹⁵ William Waack, *Camaradas. Nos arquivos de Moscou. A história secreta da revolução brasileira de 1935*, São Paulo 1993. Eine genauere Befassung mit dem Buch von Waack an dieser Stelle erscheint auch deshalb sinnvoll, weil die deutsche Übersetzung (William Waack, *Die vergessene Revolution. Olga Benario und die deutsche Revolte in Rio*, Berlin 1994), abgesehen von drei dokumentarischen Romanen über Olga Benario (Ruth Werner, *Olga Benario. Die Geschichte eines tapferen Lebens*, Berlin (DDR) 1961, Fernando Morais, *Olga*, Köln 1989, und Robert Cohen, *Exil der frechen Frauen*, Berlin 2009) das einzige Buch in deutscher Sprache ist, das sich mit den Ereignissen in Brasilien im November 1935 und deren Vorgeschichte befaßt. Die deutsche Ausgabe ist jedoch im Grunde völlig unbrauchbar, weil der Verlag komplett darauf verzichtete, die von Waack ohnehin nur spärlich gesetzten Anmerkungen zu übernehmen und weil der Übersetzer offensichtlich nicht in der Lage war, die für die kommunistische Bewegung typischen Begriffe angemessen widerzugeben. So heißt es beispielsweise regelmäßig statt »zuständige Organe« in wörtlicher und damit falscher Übersetzung »kompetente Organe«.

¹⁶ Bereits auf der ersten Seite seiner Einleitung mußte Waack allerdings einräumen, daß die russische Sprache für ihn »völlig unverständlich« sei (William Waack, a.a.O., S. 9.) Diese Feststellung ist wichtig, weil ein großer Teil der für sein Thema relevanten Dokumente, so zum Beispiel die viele hundert Seiten umfassenden Stenogramme der Beratungen des Lateinamerikanischen Ländersekretariats zu brasilianischen Fragen aus den Jahren 1934 und 1935, im Komintern-Archiv ausschließlich in russischer Sprache vorliegen.

nau bezeichnete Dokumente an, die jedoch – wie schon ein kurzer Blick auf diese Dokumente zeigt – alles belegen, nur nicht die von Waack jeweils vertretene These.

Schließlich brachte Waack das Kunststück fertig, beinahe die gesamte einschlägige Literatur zu seinem Thema zu ignorieren. Selbst Autoren, die seine kruden Thesen zumindest teilweise stützten, waren ihm bestenfalls eine Erwähnung am Rande wert.

Die erstaunlichste Leistung von Waack war es allerdings, ein Buch zu schreiben, das das politische und soziale Umfeld der von ihm geschilderten Ereignisse völlig außer Betracht ließ. Waack wollte den November 1935 in Brasilien als das ausschließliche Ergebnis einer Einmischung von außen sehen, und so spielten bei ihm nur die Emis-säre der Komintern und deren »Befehlsgeber« in Moskau eine wirkliche Rolle.

Trotzdem wurde das Buch vom brasilianischen Feuilleton vergleichsweise wohlwollend aufgenommen, hatte Waack doch vor dem Erscheinen von »Camaradas« bereits viele Jahre erfolgreich als Journalist für zahlreiche große brasilianische Zeitungen gearbeitet, die seinen antikommunistischen Ansatz teilten.

In Kreisen der Wissenschaft überwog allerdings angesichts der zahlreichen und schwerwiegenden methodischen und handwerklichen Mängel des Buches allgemein die Skepsis.

So schrieb zum Beispiel der brasilianische Historiker José Carlos Sebe Bom Meihy, Dozent an der renommierten Universität von São Paulo, unmittelbar nach Erschei-nen des Buches in einer Rezension: »Es ist ein Text entstanden, der [...] ohne Zweifel vor allem polemisch ist. Indem er die weite Literatur über das Thema im Grunde mißachtet, übergeht der Autor alle Arbeiten, die [die Ereignisse in] Brasilien ausgehend von der Wirklichkeit vor Ort behandelt wissen wollen. In diesem Zusammen-hang werden zum Beispiel Autoren wie der Brasilianer Edgard Carone oder der Nordamerikaner Thomas Skidmore – und andere – einfach außer acht gelassen. [...] Das Gewicht, das den Dokumenten [aus dem Moskauer Archiv] – in ihrer Mehrzahl Telegramme und Berichte – gegeben wird, hat zur Folge, daß nur der äußere Aspekt Berücksichtigung findet, mit dem Ergebnis, daß einzig und allein dem Stalinismus eine maßgebliche Rolle beim brasilianischen Aufstand zugeschrieben wird. Was be-dauerlicherweise vollkommen unberücksichtigt bleibt, ist die brasilianische Seite des Problems. Da [in der Sicht von Waack] Moskau auf der Grundlage falscher Strategien befahl, was in Brasilien zu geschehen hatte, zeichnet Waack ein Ensemble von [aus-ländischen] Personen, die das einheimische Personal mit dem ausschließlichen Ziel des sogenannten Kommunistischen Putsches manipulierten. Er [d.i. William Waack] konzentrierte sich auf einen einzelnen Baum und wollte den Wald nicht sehen.«¹⁷

Noch deutlicher wurde der Rechtswissenschaftler, Jurist und Literaturwissenschaftler Juliano Homem de Siqueira aus Natal im Bundesstaat Rio Grande do Norte, der im Jahre 2005 in einem Essay aus Anlaß des 70. Jahrestages der Ereignisse in Brasilien feststellte: »Im Gegensatz zur Wissenschaft befördert das Buch »Camaradas« von Wil-liam Waack [...] den Kult geheimer und nicht zu überprüfender Informationen. [...] Es bedient einen gewaltigen Medienapparat, der von Verdächtigungen, Verleumdun-gen und Mystifikationen [lebt]. [...] Der [versprochene] Bericht des Historikers über

¹⁷ José Carlos Sebe Bom Meihy, Resenha: Camaradas. Revista de História (São Paulo) 1994, n. 129-131, S. 315-317, hier: S. 315 f.

die politischen und sozioökonomischen Bedingungen, die das Umfeld von individuellen und kollektiven Aktionen des antifaschistischen Kampfes in einer dunklen Zeit darstellten, wird einem maßlosen Antikommunismus geopfert. Die Kommunisten erscheinen als grotesk, zynisch, intrigant, dumm, mißtrauisch, wirr, übereilt, einfallslos, unaufmerksam, verantwortungslos – eine exzessive Sammlung von [negativen] Eigenschaften, wenn man die tatsächlichen Umstände berücksichtigt. [...] Gegen wen zielt William Waack? Natürlich zuerst gegen die internationale kommunistische Bewegung in ihrer Gesamtheit. Aber dann sofort gegen die wichtigsten Personen des Aufstandes: [Luiz Carlos] Prestes, Olga Benario, Arthur Ewert (Harry Berger), Rodolfo Ghioldi.«¹⁸

Die Bezugnahme auf Waack und sein Buch »Camaradas« in der hier vorliegenden Biographie war also stets eine »Gratwanderung«, bei der abgewogen werden mußte, ob die von Waack dargelegte Version der Ereignisse mit hinreichender Wahrscheinlichkeit dem tatsächlichen Verlauf der Geschichte entsprach oder ob Waack Tatsachen so anpaßte, daß sie seinem (Welt-) Bild entsprachen. Als »Faustregel« konnte dabei gelten: Die von Waack genannten Daten von Reisen, Telegrammen und Treffen, soweit sie unmittelbar die Ereignisse in Brasilien im Jahr 1935 betrafen, konnten für gewöhnlich als zutreffend betrachtet werden, ihre Gewichtung und inhaltliche Bewertung durch Waack mußte jedoch regelmäßig in Frage gestellt werden.

Die Recherchen für die hier vorliegende Biographie Arthur Ewerts erwiesen sich als ausgesprochen langwierig und kompliziert. Eigene Berichte über sein Leben hatte Arthur Ewert nicht hinterlassen können. In Erinnerungen von Zeitzeugen spielte er bestenfalls als Figur am Rande eine Rolle. Und in der offiziellen Geschichtsschreibung der KPD und später der SED war für einen Mann wie Arthur Ewert ohnehin kein Platz. Allerdings entstand in Zusammenhang mit den Arbeiten an der achtbändigen »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«¹⁹ und dem dazugehörigen, bereits erwähnten »Biographischen Lexikon« eine längere biographische Skizze über Arthur Ewert, deren Autorin Katja Haferkorn in weiten Teilen um eine differenzierte Sicht bemüht war.²⁰

Die von ihrer Art her sehr unterschiedlichen Dokumente über das Leben von Arthur Ewert, also Kaderunterlagen, Protokolle von Konferenzen und Beratungen, Reden und Manuskripte, Beschlußprotokolle, Gerichtsakten, Briefwechsel, Briefe und Berichte von Dritten usw. usf., die in Archiven in verschiedenen Teilen der Welt aufbewahrt werden, betrafen – kaum überraschend – immer nur eine kurze Periode oder einen einzelnen Aspekt seines Lebens.

Der umfangreichste Aktenbestand fand sich naturgemäß im ehemaligen Parteiarchiv der SED, das heute im Rahmen der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisa-

¹⁸ Juliano Homem de Siqueira, O Velho e o novo (sob a aleluia da redenção nacional), in: Direitos Humanos Dhnet, www.dhnet.org.br/memoria/1935/a_pdf/juliano_siqueira_o_levante_35.pdf (22. Mai 2012, 22.20 Uhr).

¹⁹ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Berlin (DDR) 1966.

²⁰ Katja Haferkorn, Arthur Ewert. Kämpfer für das deutsche und das brasilianische Volk, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin (DDR), 1/1968, S.102-113. Katja Haferkorn war außerdem Autorin einer 25minütigen Schulfunksendung unter dem Titel »Kampfgefährten Ernst Thälmanns: Arthur Ewert«, die erstmals am 10. Dezember 1980 im Programm von Radio DDR II ausgestrahlt wurde.

tionen der DDR (SAPMO) Teil des Bundesarchivs in Berlin-Lichterfelde ist, sowie im Russländischen Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte (RGASPI) in Moskau, wo die Akten der Kommunistischen Internationale aufbewahrt werden.²¹

Ein Aufenthalt im Komintern-Archiv in Moskau war aus Kostengründen nicht möglich. Deshalb war es ein Glücksfall, daß sowohl die maßgeblichen Dokumente der Kommunistischen Partei Brasiliens²² als auch die entsprechenden Unterlagen der Kommunistischen Partei Deutschlands²³, im Gegensatz zu den Aktenbeständen der Mehrzahl der übrigen Mitgliedsparteien der einstigen Kommunistischen Internationale, bereits digitalisiert und über das Internet abrufbar sind. Elektronisch verfügbar sind auch große Teile der Akten der mit lateinamerikanischen Angelegenheiten befaßten Führungsstrukturen der Komintern.²⁴

Auf andere wichtige Akten – so die die umfangreichen Bestände der Büros von Dimitri Manuilski²⁵ oder Ossip Pjatnitzki²⁶, aber auch die Unterlagen über den chiffrierten Funkverkehr der Moskauer Gremien der Komintern mit den Führungen der kommunistischen Parteien und den (illegalen) Vertretungen im Ausland, die nicht weniger als 764 Mappen (»Dely«) umfaßt²⁷ – kann allerdings bisher noch nicht über das Internet zugegriffen werden.

Insbesondere bei der Arbeit im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin wurde deutlich, daß wichtige Akten durch den Zweiten Weltkrieg unwiederbringlich verloren sind. Das betrifft auch Kirchenbücher und standesamtliche Unterlagen aus Ostpreußen, was es schwierig und teilweise unmöglich machte, das familiäre Umfeld von Arthur Ewert und seiner Frau Elise zu rekonstruieren.

Eine Lektüre sehr eigener Art bildeten die Akten, die die US-amerikanische Bundespolizei FBI und die britischen Geheimdienste MI-5 und MI-6 über Arthur Ewert angelegt hatten. Eine komplette Kopie der FBI-Akte fand sich im Nachlaß (Collectie) von Cees Wiebes im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, so daß der Zugriff vergleichsweise unkompliziert war. Nachdem der gesamte britische Aktenbestand über Arthur Ewert bis ins Jahr 2006 (!) gesperrt war, übersandte das Britische Nationalarchiv in Kew im darauffolgenden Jahr problemlos eine vollständige Kopie der entsprechenden britischen Geheimdienstakte.

²¹ Die Kaderakte von Arthur Ewert (Личное дело Эwert Артур (Гарри Бергер), RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 205, Delo 2731), die im Januar 1929 angelegt wurde, umfaßt erstaunlicherweise nur 18 Blatt. Sie enthält mehrere kurze Notizen zu seiner Tätigkeit im Apparat der Komintern sowie einige wenige Kopien von Briefen in Zusammenhang mit seiner Inhaftierung in Brasilien. Der letzte Eintrag stammt vom 25. März 1947. Dabei handelt es sich um eine Kurzbiographie (справка) in russischer Sprache, die mit einem Hinweis auf eine Nachricht vom 23. März 1939 von Minna Ewert, der Schwester von Arthur Ewert, über den Gesundheitszustand ihres Bruders endet.

²² Коммунистическая Партия Бразилии, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 29.

²³ Представительство Компартии Германии при ИККИ, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, und ИККИ о КП Германии, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 293.

²⁴ Латиноамериканский лендерсекретариат ИККИ, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79 und Opis 101.

²⁵ Секретариат секретаря ИККИ Д. З. Мануильского, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 10.

²⁶ Секретариат секретаря ИККИ И. А. Пятницкого, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 19.

²⁷ Шифропереписка Секретариата ИККИ с руководством компартии, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 184.

Auch Recherchen in lateinamerikanischen, insbesondere brasilianischen Archiven waren aus Kostengründen nicht möglich. Allerdings gibt es gerade aus Brasilien reichhaltige Quellenpublikationen, die zumeist über die Bibliothek des Ibero-Amerikanischen Instituts in Berlin zugänglich sind.²⁸

Eine besondere Herausforderung stellten die Untersuchungen zur Tätigkeit von Arthur Ewert als Vertreter der Kommunistischen Internationale in Lateinamerika in den Jahren 1931 und 1932 sowie 1934 und 1935 dar. Es kam nicht nur darauf an, auf einer, wie sich sehr schnell zeigte, begrenzten dokumentarischen Basis die Mission von Arthur Ewert zu beschreiben, es war vielmehr notwendig, diese Mission in den weithin unerforschten Kontext des Wirkens der Kommunistischen Internationale in Lateinamerika einzuordnen.

Systematische und umfassende Forschungen zu diesem Thema, also die Verknüpfung von »strukturellen Zusammenhänge[n] mit biographischen Arbeiten« und die Untersuchung des »Wechselverhältnis[s] der Kominternspitze zu ihren diversen Apparaten, zu den einzelnen Sektionen und zu den dort wirkenden Akteuren, bei sorgfältiger Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Gegebenheiten«²⁹, wie es der aus der DDR stammende deutsche Historiker Jürgen Mothes formulierte, sind im Grunde erst seit Anfang der neunziger Jahre, seit der Öffnung der einschlägigen Moskauer Archive, möglich.³⁰

Doch die Zahl der Wissenschaftler in aller Welt, die sich in diesem Sinne mit dem Wirken der Kommunistischen Internationale in Lateinamerika befassen, ist verschwindend gering. Seit dem Tod des eben zitierten Jürgen Mothes im Jahre 1995 betreiben gegenwärtig nur noch die beiden russischen Wissenschaftler Lazar und Viktor Cheifets (Vater und Sohn) entsprechende Forschungen.³¹ Die Habilitationsschrift

²⁸ Zum Beispiel: Pão, terra e liberdade. Memória do movimento comunista de 1935, Rio de Janeiro 1985, und: Anita Leocádia Prestes e Lygia Prestes (eds.), Anos tormentosos. Luiz Carlos Prestes - correspondência da prisão [1936-1945], 3 tomos, Rio de Janeiro 2000 e 2002.

²⁹ Jürgen Mothes, Briefe aus Montevideo - Arthur Ewert und die Wandlung von Luiz Carlos Prestes zum Kommunisten, in: Jürgen Mothes, Lateinamerika und der »Generalstab der Weltrevolution«. Zur Lateinamerika-Politik der Komintern, herausgegeben von Klaus Meschkat und Olaf Kirchner, Berlin 2010, S. 25-62, hier: S. 25.

³⁰ Die beiden frühen Standardwerke zum Thema »Kommunismus in Lateinamerika« (Robert Jackson Alexander, Communism in Latin America, New Brunswick 1957, und Boris Goldenberg, Kommunismus in Lateinamerika, Stuttgart, Berlin (West), Köln und Mainz 1971) »lebten« davon, daß ihre Autoren auf Berichte von zahlreichen lateinamerikanischen Zeitzeugen zurückgreifen konnten, mit denen sie zu diesem Zweck umfangreiche Interviews geführt hatten. Das bereits zu ihrer Zeit verfügbare Quellenmaterial zum Wirken der Kommunistischen Internationale in Lateinamerika spielte bei ihrer Forschungsarbeit nur eine untergeordnete Rolle. Eine dritte Arbeit, die in diesem Zusammenhang zu nennen wäre, ist das Buch von Manuel Caballero »Latin America and the Comintern 1919-1943« bzw. »La Internacional Comunista y la Revolución Latinoamericana« aus dem Jahre 1986 (Cambridge 1986 bzw. Carácas 1987). Doch auch dieses Buch entstand lange vor der Öffnung der einschlägigen Moskauer Archive, vor allem aber enthält es gewichtige inhaltliche und methodische Fehler (vgl. dazu: Henryk Szlajfer, Latin America and the Comintern, An Interesting Book with Many Mistakes, in: Boletín de Estudios Latinoamericanos y del Caribe, No. 46 (Junio de 1989)).

³¹ Um so höher ist deshalb die von Klaus Meschkat besorgte Ausgabe von ausgewählten Arbeiten von Jürgen Mothes zu bewerten, die 2010 im Berliner Karl Dietz Verlag unter dem Titel »Lateinamerika und der »Generalstab der Weltrevolution«. Zur Lateinamerika-Politik der Komintern« erschien. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß ein kritischer Blick auf die Arbeiten von Mothes unbedingt notwendig ist. Denn Mothes hat immer wieder, auch und gerade in Bezug auf Arthur Ewert,

von Lazar Cheifets aus dem Jahre 2007, die sich mit der Entstehung und Entwicklung der Beziehungen zwischen der Komintern und der kommunistischen Bewegung in Lateinamerika in den Jahren 1918 bis 1929 befaßt, stellt derzeit die einzige länderübergreifende Untersuchung dar, die das Wirken von Strukturen und Personen der kommunistischen »Weltpartei« und die Entwicklung von politischer Theorie und Praxis hinsichtlich Lateinamerikas in ihrer Komplexität und Vielschichtigkeit, wenn auch nur für einen Teilzeitraum, beleuchtet.³²

Zwar gibt es aus jüngerer Zeit einige nennenswerte Länderstudien bzw. Dokumentensammlungen zu Argentinien³³, Brasilien (dort allerdings vor allem mit dem Schwerpunkt 1934 bis 1936), Chile³⁴, Kolumbien³⁵ und Peru³⁶, zumeist von lateinamerikanischen Autoren, doch eine Geschichte der Kommunistischen Internationale in Lateinamerika für den gesamten Zeitraum von 1919 bis 1943 bleibt ein dringendes Forschungsdesiderat.

An dieser Stelle müssen die Arbeiten der beiden brasilianischen Historikerinnen Anita Leocádia Prestes, der Tochter von Luiz Carlos Prestes und Olga Benario, sowie Marly de Almeida Gomes Vianna erwähnt werden. Beide Autorinnen haben in den vergangenen mehr als zwanzig Jahren eine große Zahl sehr unterschiedlicher Publikationen über die Ereignisse des November 1935 in Brasilien und deren Vorgeschichte vorgelegt.

Für Anita Leocádia Prestes stand und steht dabei, wenig überraschend, der politische Lebensweg ihres Vaters im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Arbeit.³⁷ Allerdings gelang und gelingt es ihr nicht immer, wiederum wenig überraschend, die notwendige Distanz aufzubringen, um sich von – aus Sicht der kommunistischen Bewegung –

auf Grundlage nur weniger und häufig inhaltsarmer Dokumente sehr weitreichende Schlußfolgerungen gezogen und dabei wiederholt andere Dokumente, die ihm zur Verfügung standen, unberücksichtigt gelassen.

³² Хейфетс, Лазарь Соломонович, Формирование и эволюция связей III Интернационала и латиноамериканского коммунистического движения: 1918-1929 гг. (Диссертация), Москва 2007.

³³ Zum Beispiel: Daniel Campione, Buenos Aires - Moscú - Buenos Aires. Los comunistas argentinos y la Tercera Internacional, Buenos Aires 2007, oder auch: Isidoro Gilbert, El oro de Moscú. Historia secreta de la diplomacia, el comercio y la inteligencia soviética en la Argentina, Buenos Aires 2007.

³⁴ Zum Beispiel: Olga Ulianova y Alfredo Riquelme Segovia, Chile en los archivos soviéticos 1922-1991, Santiago de Chile 2005 y 2009 (2 tomos).

³⁵ Zum Beispiel: Klaus Meschkat, Helpful Intervention? The Impact of the Comintern on Early Colombian Communism, 2008, in: Latin American Perspectives, March 2008, vol. 35 no. 2, oder auch: Lázar y Víctor Jelfets, El Partido Comunista Colombiano, desde su fundación y orientación hacia la »transformación bolchevique«. Varios episodios de la historia de relaciones entre Moscú y el comunismo colombiano, in: Anuario Colombiano de Historia Social y de la Cultura, 28, 2001.

³⁶ Peru stellt in diesem Zusammenhang eine gewisse Ausnahme dar, weil das Verhältnis zwischen der Kommunistischen Internationale und dem peruanischen Marxisten José Carlos Mariátegui und der von ihm gegründeten und bis zu seinem Tod geführten Sozialistischen Partei Perus seit Jahren ein Schwerpunkt der internationalen Lateinamerikaforschung ist. Allein der Katalog der Bibliothek des Ibero-Amerikanischen Instituts in Berlin verweist auf mehr als 400 Publikationen, die sich mit dem Leben und Wirken von Mariátegui befassen, das ohne Berücksichtigung seines Verhältnisses zu der von Moskau aus gelenkten internationalen kommunistischen Bewegung nicht zu erklären ist.

³⁷ Zum Beispiel: Luiz Carlos Prestes e a Aliança Nacional Libertadora. Os caminhos da luta antifascista no Brasil 1934-35, São Paulo 2008, und: Luiz Carlos Prestes - O combate por um partido revolucionário (1958-1990), São Paulo 2012.

politisch opportunen, aber historisch offensichtlich falschen, zumindest aber fragwürdigen Bewertungen zu lösen, die Luiz Carlos Prestes im Verlaufe seines langen Lebens entwickelt und verinnerlicht und in zahlreichen Gesprächen an seine Tochter weitergegeben hatte.

Mit ihrem Buch »Revolucionários de 1935. Sonho e realidade«³⁸, das erstmals 1992 und dann 2007 in einer überarbeiteten Fassung erschien, hat Marly de Almeida Gomes Vianna, gestützt auf zahlreiche Interviews mit Zeitzeugen, die sie bereits in den siebziger und achtziger Jahren geführt hatte, und auf Dokumente, die seit den neunziger Jahren in den Archiven zur Verfügung stehen³⁹, die bisher umfassendste Untersuchung über die bewaffneten Aufstände in Natal, Recife und Rio de Janeiro im November 1935 und deren Vorgeschichte vorgelegt.

Sie hat damit den Forschungsstand, der zuvor von Autoren wie Edgard Carone⁴⁰, Hélio Silva⁴¹, Paulo Sérgio Pinheiro⁴² und Nelson Werneck Sodré⁴³, aber auch Dario Canale oder José Nilo Tavares⁴⁴, sowie John W. F. Dulles⁴⁵ und Ronald H. Chilcote⁴⁶ bestimmt wurde, auf eine neue Stufe gehoben.

Die wichtigste Grundlage für die Darstellung der Tätigkeit von Arthur Ewert als Vertreter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in China und Leiter des Fernostbüros der Komintern in den Jahren 1932 bis 1934 war der Band IV der Quellenedition »KPdSU (B), Komintern und die Sowjetbewegung in China. Dokumente 1931-1937«, einem gemeinsamen Projekt des Russischen Staatsarchivs für soziale und politische Geschichte, des Ostasiatischen Seminars der Freien Universität Berlin und des Instituts für den Fernen Osten der Russischen Akademie der Wissenschaften.⁴⁷ Dabei handelt es sich um eine einzigartige Zusammenstellung aller ein-

³⁸ Marly de Almeida Gomes Vianna, *Revolucionários de 1935. Sonho e realidade*, São Paulo 2007.

³⁹ Mit dem Begriff der »Archivrevolution« (vgl. dazu u.a.: Bernhard H. Bayerlein, *Geschichtsforschung und Kommunismusforschung in Zeiten der Archivrevolution. Streifzüge um das Kominternarchiv?*, in: Stefan Kreuzberger und Rainer Lindner (Hrsg.), *Russische Archive und Geschichtswissenschaft. Rechtsgrundlagen, Arbeitsbedingungen, Forschungsperspektiven*, Köln 2003) wird für gewöhnlich die Öffnung der zuvor für die Forschung weitestgehend gesperrten Moskauer Archive umschrieben. Dabei wird gern übersehen, daß auch Archivbestände in anderen Teilen der Welt, in Brasilien zum Beispiel die Akten des sogenannten Gerichtshofs für Nationale Sicherheit, vor dem 1936 der Prozeß gegen Luiz Carlos Prestes und Arthur Ewert stattfand, ebenfalls aus politischen Gründen viele Jahrzehnte gesperrt waren und erst zum Beginn der neunziger Jahre oder noch später freigegeben wurden.

⁴⁰ Zum Beispiel: Edgard Carone, *O Marxismo no Brasil (das origens a 1964)*, Rio de Janeiro 1986.

⁴¹ Zum Beispiel: Silva Hélio, *A ameaça vermelha. O plano Cohen*, Porto Alegre 1980.

⁴² Zum Beispiel: Paulo Sérgio Pinheiro, *Estratégias da ilusão. A revolução mundial e o Brasil, 1922-1935*. São Paulo 1991.

⁴³ Zum Beispiel: Nelson Werneck Sodré, *A intentona comunista de 1935*, Porto Alegre 1986.

⁴⁴ Zum Beispiel: Dario Canale, Francisco Viana e José Nilo Tavares (organizador), *Novembro de 1935. Meio Século Depois*, Petrópolis 1985.

⁴⁵ Zum Beispiel: John W. F. Dulles, *O comunismo no Brasil 1935-1945. Repressão em meio ao cataclismo mundial*, Rio de Janeiro, 1985.

⁴⁶ Zum Beispiel: Ronald H. Chilcote, *The Brazilian Communist Party. Conflict and Integration 1922-1972*, New York 1974.

⁴⁷ KPdSU (B), *Komintern und Sowjetbewegung in China. Dokumente. Band 4: 1931-1937 (2 Teile)*, Münster 2006

schlägigen Dokumente aus den verschiedenen Beständen des Moskauer Komintern-Archivs, die sorgfältig übersetzt und kommentiert wurden.

Allerdings erlauben diese Dokumente nur einen einseitigen Blick auf die sehr komplexen Bedingungen der damaligen chinesischen Geschichte, denn interne Dokumente der KP Chinas, die für ein wirkliches Verstehen notwendig wären, sind aus vielfältigen Gründen kaum überliefert. Das hatte und hat selbstverständlich auch Auswirkungen auf die verfügbare Sekundärliteratur.⁴⁸

Eine äußerst bemerkenswerte Quelle waren die »Chinesischen Aufzeichnungen (1932-1939)«⁴⁹ des späteren DDR-Kulturfunktionärs Otto Braun, der unter dem Namen Li Teh als einziger Nichtchinese an Maos berühmtem »Langen Marsch« teilgenommen hatte und der im Verlauf des Jahres 1933 wiederholt mit Arthur Ewert zusammengetroffen war.

Es gehört zu den begrüßenswerten Entwicklungen, daß inzwischen immer mehr allgemeine historische Quellen über das Internet verfügbar sind – teils im Ergebnis staatlicher Digitalisierungsprojekte, teils auf der Grundlage privater Initiativen. Genannt seien als Beispiele die »Digitale Bibliothek« des Münchner Digitalisierungszentrums, über die die kompletten »Verhandlungen des Deutschen Reichstages und seiner Vorläufer«⁵⁰ abrufbar sind, oder »Memória Vermelha«, das »Arquivo Digital de Fontes e Dados da Internacional Comunista na América Latina«⁵¹, wo in digitalisierter Form unter anderem die »Correspondencia Sudamericana. Revista Quincenal Editada por el Secretariado Sudamericano de la Internacional Comunista« oder auch »A Classe Operária. Órgão Central do Partido Comunista do Brasil« zur Nutzung bereit stehen.⁵²

Dazu gehört auch, daß über eine Vielzahl von Internetportalen, so zum Beispiel das »Newspaper Archive«⁵³ oder die »OpinionArchives«⁵⁴, historische Ausgaben einer

⁴⁸ Frederick S. Litten hat sich 2001 in einem sehr lesenswerten Essay über den »Langen Marsch« und dessen Vorgeschichte mit der Widerspiegelung der chinesischen Geschichte speziell der dreißiger Jahre in der Forschungsliteratur der vergangenen nunmehr vierzig Jahre befaßt und dabei anhand konkreter Publikationen die Folgen aufgezeigt, die das weitgehende Fehlen von zeitgenössischen Dokumenten, insbesondere der KP Chinas, hatte. Vgl. dazu: Frederick S. Litten, *The Myth of the »Turning Point« – Towards a New Understanding of the Long March*, in: Bochumer Jahrbuch zur Ostasienforschung, Band 25, 2001, S. 3-43, hier: S. 4 ff.

⁴⁹ Otto Braun, *Chinesische Aufzeichnungen (1932-1939)*, Berlin (DDR) 1973. Es war kein Zufall, daß diese Erinnerungen auf einem Tiefpunkt der sowjetisch-chinesischen Beziehungen erschienen. Brauns Aufgabe (und Anliegen?) war es daher, Mao Tse-tung in einem betont schlechten Licht zu zeichnen. Eine gewisse Skepsis bei der Lektüre ist daher angebracht.

⁵⁰ www.reichstagsprotokolle.de.

⁵¹ www.memoriavermelha.com.

⁵² Im Jahre 1971 hatte Boris Goldenberg feststellen müssen: »Die Resolutionen [der Ersten Konferenz der Kommunistischen Parteien Lateinamerikas und der Karibik im Juni 1929 in Buenos Aires] wurden in einer Sondernummer der »Correspondencia Sudamericana« veröffentlicht, die im August 1929 erschien. Ein Exemplar dieser Nummer konnte der Verfasser trotz intensiver Bemühungen nicht mehr beschaffen, so daß sie hier unbeachtet bleiben muß.« (Boris Goldenberg, a.a.O., S. 72) Tatsächlich handelte es sich um das Heft Nr. 15 der »Correspondencia Sudamericana (2a época)«, das als Faksimile inzwischen problemlos über »Memória Vermelha« abgerufen werden kann. (www.memoriavermelha.com/arquivos/periodicos/1929-08-00%20n%C2%B0%2015.pdf, 8. August 2011, 11.30 Uhr).

⁵³ www.newspaperarchive.com.

kaum noch zu überschauenden Zahl von Tageszeitungen und anderen Periodika in digitalisierter Form zur Verfügung stehen. So war es zum Beispiel möglich, die Berichte über Arthur Ewert und seine Frau in der kanadischen Presse im Frühjahr 1919 oder auch die Berichterstattung in der internationalen Presse über die Ereignisse in Brasilien in den Jahren 1935 bis 1937 auszuwerten.

Erwähnt werden muß in diesem Zusammenhang unbedingt das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Projekt »Lizenzen für elektronische Medien«, das das Ziel hat, »Wissenschaftlern, Studierenden und wissenschaftlich interessierten Privatpersonen den Zugang zu Datenbanken, digitalen Textsammlungen, elektronischen Zeitschriften und E-Books zu ermöglichen.«⁵⁵ Über dieses Projekt ist zum Beispiel der Online-Zugriff auf das Komintern-Archiv oder das digitale Archiv (1912 bis 2009) der »Prawda« möglich.⁵⁶

Als eine wahre Fundgrube erwies sich das (gebührenpflichtige) Internetportal »www.ancestry.com«, das eigentlich für Zwecke der Ahnenforschung eingerichtet wurde. Über dieses Portal lassen sich zahlreiche einschlägige Datenbanken in aller Welt abrufen, beispielsweise die »Hamburger Passagierlisten 1850-1934«, die »Passagierlisten New York 1820-1957« und den englischsprachigen Bestand »Border Crossings: From Canada to U.S., 1895-1956«. Mit ihrer Hilfe war es möglich, wichtige Details der Reisen von Arthur Ewert und seiner Frau Elise, aber auch der Schwester Arthur Ewerts, Minna Ewert, zu ermitteln.⁵⁷

Einige abschließende Bemerkungen.

Die vorliegende Biographie Arthur Ewerts ist das Ergebnis einer fast siebenjährigen Forschungsarbeit, die ohne institutionelle oder finanzielle Unterstützung durch Dritte geleistet wurde.

Mein Ziel war es, das Bild eines außergewöhnlichen Menschen zu zeichnen und den Leserinnen und Lesern wichtige Stationen seines Lebens zu schildern, ihnen aber auch und vor allem die Bedingungen und Motive seines Handelns verständlich zu machen und ihnen – nicht zuletzt – seine individuellen Stärken und Schwächen näher zu bringen.

Berlin, im Frühjahr 2014

⁵⁴ www.opinionarchives.com.

⁵⁵ www.nationallizenzen.de.

⁵⁶ Das digitale Archiv der »Prawda« ist allerdings ein Beispiel, wie Digitalisierung nicht erfolgen darf. Die Qualität der Scans ist über weite Strecken so schlecht, daß es buchstäblich unmöglich ist, die jeweiligen Texte zu lesen. Trotzdem entfernen immer mehr Bibliotheken, zum Beispiel die Staatsbibliothek zu Berlin, ihre (gedruckten) Bestände der »Prawda« aus den Katalogen und verweisen auf das digitale Archiv. Damit wird eine wissenschaftliche Nutzung dieser über viele Jahrzehnte wichtigsten Tageszeitung der Sowjetunion immer schwieriger, statt einfacher. Arthur Ewert zum Beispiel veröffentlichte am 22. April 1928 in der »Prawda« einen Artikel unter dem Titel »Lenin und die deutsche Arbeiterklasse«, doch es war nicht möglich, mehr als den Titel zu entziffern.

⁵⁷ www.ancestry.com.

Kapitel 1: Kindheit und Jugend

Arthur Ernst Ewert wurde am 13. November 1890 im damaligen Heinrichswalde, genauer in Gassen, einem kleinen Ortsteil der ostpreußischen Landgemeinde Heinrichswalde, geboren.¹

Heinrichswalde, etwa 17 Kilometer südwestlich von Tilsit, »unweit des Linkuhner Kanals in der Tilsiter Niederung, an der Nebenlinie Königsberg-Labiau-Tilsit der Preußischen Staatsbahnen« gelegen, wie es in einem Lexikon von 1890 heißt, hatte zu dieser Zeit nur etwa 2.000 Einwohner. Trotzdem gab es in dem Ort eine eigene Post und sogar ein Telegraphenamt, und Heinrichswalde war Sitz des Landratsamtes für den Kreis Niederung im preußischen Regierungsbezirk Gumbinnen sowie Sitz eines Amtsgerichts, das zum Landgericht Tilsit gehörte.²

Über die Eltern von Arthur Ewert ist nur wenig bekannt. Der Vater Franz Ewert, geboren um 1865, war ein Kleinbauer, der es Jahr für Jahr nur mit Mühe und Not schaffte, seine Familie über die Runden zu bringen. Etwa 1909 mußte er schließlich seinen Hof aufgeben und zog mit seiner Frau nach Berlin, wo bereits die zwei Söhne lebten. Er starb 1917 in einem Lazarett in Potsdam, möglicherweise an den Folgen einer Kriegsverletzung.

Die Mutter Emilie Auguste, eine geborene Marquardt, wurde um 1869 geboren. Nach dem Tod ihres Mannes zog sie zu ihrer Tochter Minna, die inzwischen ebenfalls in Berlin lebte. Emilie Auguste Ewert starb 4. Mai 1926 an Krebs, Minna pflegte und umsorgte sie bis zu ihrem letzten Lebenstag.³

Das Ehepaar Ewert hatte insgesamt sechs Kinder.⁴ Minna Ewert wurde am 8. März 1888 geboren. Von allen Geschwistern war sie diejenige, die zeitlebens am engsten mit Arthur Ewert verbunden blieb.

Paula Ewert wurde am 21. Februar 1892 geboren. Sie heiratete früh, ging mit ihrem Mann nach Mecklenburg, hatte einen Sohn und führte bis zu ihrem Tod am 22. August 1957 ein einfaches Leben außerhalb der großen Politik.

Am 21. Oktober 1893 wurde Andreas Ewert geboren. Er erlernte – wie auch sein Bruder Arthur – das Sattlerhandwerk. Im Jahre 1925 schloß er sich der Kommunistischen Partei Deutschlands an. Er war vor allem als Gewerkschaftsfunktionär aktiv. Von 1937 bis 1939 war er Angehöriger der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg. Nach der Niederlage der Republik war er in Frankreich in den Lagern Gurs und Le Vernet und zeitweise in Marokko interniert. 1941 gelang ihm gemeinsam mit anderen ehemaligen Spanienkämpfern und ihren Familien die Ausreise nach Mexiko, wo er bis 1952, dem Jahr seiner Übersiedlung in die DDR, lebte. In Mexiko ge-

¹ Heinrichswalde trägt heute den Namen Slawsk und ist eine Kleinstadt im russischen Gebiet (Oblast) Kaliningrad.

² Vgl. dazu: Brockhaus Konversationslexikon, Berlin und Wien 1894-1896, Band 57, Stichwort: Heinrichswalde.

³ Diese und die nachfolgenden Angaben zu den Eltern und Geschwistern von Arthur Ewert sind, so weit keine anderen Quellen genannt werden, verschiedenen Dokumenten aus dem Nachlaß von Arthur und Minna Ewert entnommen. SAPMO-BArch, Berlin, NY 4203, insbesondere NY 4203/2.

⁴ Zwei weitere Kinder, Charlotte und Bernhard, geboren 1899 und 1903, starben bereits im Kindesalter.

hörten Andreas Ewert und seine Frau Olga, genannt Olla, zu den Mitbegründern der Bewegung »Freies Deutschland«. Andreas Ewert starb am 10. April 1979 in Bernau bei Berlin.⁵

Liest man die wenigen überlieferten Berichte über die Kindheit und Jugend von Arthur Ewert, so fühlt man sich in gewisser Weise an die Erzählung »Der Seewolf« von Jack London erinnert: Wie Wolf Larsen, der Held dieser bis heute faszinierenden Abenteuergeschichte aus dem Jahre 1904, so erwarb auch Arthur Ewert einen großen Teil seines Wissens durch das systematische Studium eines Lexikons. Denn sein Vater hatte, wohl Ausdruck eines großen und zeitlebens ungestillten Bildungshungers, ein Lexikon aus dem renommierten Brockhausverlag abonniert. Dieses viele tausend Seiten umfassende Nachschlagewerk wurde als Fortsetzungsreihe in einzelnen Heften geliefert, die der Postbote regelmäßig ins Haus brachte. Dank der Berichte von Minna Ewert ist das familiäre Ritual überliefert, das sich mit diesem Lexikon verband: »Lag ein neues Heft auf dem Tisch, so wusch sich der Bauer lange die Hände, nahm seine Uhr vom Ständer, ließ sie in die Westentasche gleiten, setzte sich die Brille auf und blätterte langsam die Seiten um. Er las hier und da ein paar Sätze, grübelte, seufzte und legte die Broschüre zurück auf den Tisch. Arthur, der währenddessen mit kaum zu bändigender Ungeduld auf dem Stuhl herumrutschte, ergriff die Lektüre und verschwand. Im Sommer verbarg er sich im Wald, im Winter flüchtete er mit einer Kerze in der Tasche auf den kalten Dachboden. Im Jahre 1901 hatte er – elf Jahre alt – bei »A« angefangen, jeder Buchstabe, jeder Satz barg Wunder. Als er »A« auswendig konnte, fieberte er »B« entgegen. »C« war besonders schwer zu verstehen, weil so viele Fremdwörter mit C anfangen und die Erklärungen sie komplizierten. »C« las er vierzehnmals, und immer noch blieb so vieles unverständlich. Es gab niemanden, den er fragen konnte.«⁶

Auch wenn das Geld nicht immer für Kleidung oder andere notwendige Dinge reichte, so lange es irgendwie möglich war, wurde das Lexikon bezahlt. Doch schließlich war der Augenblick gekommen, wo das Geld für das Lexikon tatsächlich nicht mehr aufzubringen war. Auch hier gibt es einen Bericht von Minna Ewert: »Einmal saßen wir am Abendbrotstisch, die fünf Geschwister und die Eltern, vor uns die Schüssel mit Kartoffelsalat. Und mitten in die Stille sagte der Vater: Ich kann das Lexikon nicht mehr bezahlen. Wir müssen es abbestellen. Bis »S« waren wir gekommen. Das war der letzte Buchstabe.«⁷ Den Band mit dem Buchstaben »S« bewahrte Arthur Ewert noch viele Jahre auf, mit zahlreichen Anmerkungen und Anstreichungen versehen lag er

⁵ Vgl. dazu: Hermann Weber und Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918-1945, Berlin 2008, S. 236.

⁶ Ruth Werner, Olga Benario. Die Geschichte eines tapferen Lebens, Berlin 2006, S. 196 f. Aus dramaturgischen Gründen ist es bei Ruth Werner Elise Ewert, die Frau von Arthur Ewert, die diese Episode erzählt. Ruth Werner konnte sich bei dieser Schilderung auf Berichte von Minna Ewert, der Schwester von Arthur Ewert, stützen, mit der sie in Vorbereitung dieses Buches, das 1961 erstmals erschien, mehrmals zusammentraf.

⁷ Till Sailer, Die Schwester. Hörspiel, in: Till Sailer, Ein unsichtbares Feuer. Vermischte Texte 1963-2006, Berlin 2007, S. 121. Till Sailer war über viele Jahre eng mit Minna Ewert befreundet. Er widmete ihr das sehr anrührende Hörspiel »Die Schwester«, aus dem das Zitat stammt. Er verarbeitete in diesem Hörspiel auch die vielen Gespräche, die er mit Minna Ewert führte. An dieser Stelle sei Till Sailer auch gedankt, daß er Briefe von Minna Ewert aus dem Nachlaß seiner Tante für die vorliegende Arbeit zur Verfügung stellte.

nach den Erinnerungen seiner Schwester Minna noch Mitte der zwanziger Jahre in seinem Schreibtisch in der Zentrale der KPD.

Die jahrelange Beschäftigung mit dem Lexikon seines Vaters brachte Arthur Ewert im Dorf den Spitznamen »Brockhaus-Arthur« ein. Das war durchaus ein wenig spöttisch gemeint, denn das Streben nach umfassender und systematischer Bildung war zu jener Zeit, und insbesondere auf dem Lande, keineswegs selbstverständlich. Doch es drückte vor allem Respekt und in gewisser Weise auch Dankbarkeit aus, denn Arthur Ewert stellte sein Wissen den Mitbewohnern in seinem Dorf jederzeit als Berater in schwierigen Angelegenheiten aller Art ganz selbstverständlich zur Verfügung. Wenn es beispielsweise galt, einen wichtigen Brief zu schreiben oder gar ein Gesuch an eine Behörde aufzusetzen, dann war es keine Frage, daß Arthur Ewert um Hilfe gebeten wurde und daß er diese Hilfe auch gewährte.

Auch in anderer Weise kam Arthur Ewert sein für einen Jungen seines Alters bemerkenswertes Wissen zugute. Der Lehrer der einklassigen Dorfschule war häufig betrunken. Er kam dann gar nicht erst zur Schule, oder er war nicht in der Lage, den Unterricht durchzuführen. So geschah es immer wieder, daß der noch nicht einmal vierzehn Jahre alte Arthur Ewert kurzentschlossen den Unterricht übernahm und ohne besondere Vorbereitung seine Mitschüler in den damals üblichen Fächern unterwies.

Bei einer dieser Gelegenheiten wurde ein Charakterzug von Arthur Ewert deutlich, der für ihn zeitlebens typisch war – er war sehr aufbrausend und neigte gelegentlich zum Jähzorn: »Einmal kam der Lehrer in die Schule, unterbrach Arthur mitten im Wort, torkelte auf eines der Kinder zu und schlug es ins Gesicht. Arthur war schon als [...] Kind] ungewöhnlich groß und stark. Er packte den Lehrer, prügelte ihn, bis er zusammensackte, und schleifte ihn hinaus. Die Kinder sagten hinterher, einen Augenblick hätten sie geglaubt, es wäre nicht Arthur, sondern der Teufel in Person gewesen. Aus den Augen seien ihm blaue Blitze geschossen, und das Haar habe in Hörnern hochgestanden. Der Lehrer hinkte mehrere Tage nüchtern durch das Dorf. Niemand zog Arthur zur Verantwortung. Man war froh über den kostenlosen Ersatzlehrer.«⁸

Im Alter von vierzehn Jahren, nach Abschluß der Volksschule in Tilsit, begann Arthur Ewert in der Nähe seines Heimatortes zunächst eine Ausbildung als Handlungsgehilfe. Aus unbekanntem Gründen beendete er diese Lehre nicht, sondern ging, wie später auch sein Bruder Andreas, nach Berlin, um bei seinem Onkel, einem Bruder seines Vaters, das Sattlerhandwerk zu erlernen. Friedrich Ewert hatte seine Wohnung und seine Werkstatt im vierten Hinterhof der damaligen Lippehner Straße 24 im Berliner Arbeiterbezirk Prenzlauer Berg.⁹

Berlin war Anfang des 20. Jahrhunderts bereits eine europäische Metropole, die auf den Jungen aus der ostpreußischen Provinz einen ungeheuren Eindruck gemacht haben muß. Die Stadt hatte etwa 2 Millionen Einwohner, es gab die ersten, noch mit Dampfloks betriebenen S-Bahnlinien, und 1902 war die Hoch- und Untergrundbahn eröffnet worden. In einer einzigen Mietskaserne lebten mehr Menschen als im gesamten Heimatdorf von Arthur Ewert.

⁸ Ruth Werner, a.a.O., S. 197.

⁹ Heute: Käthe-Niederkirchner-Straße.

Arthur Ewert nutzte die wenige freie Zeit – auch für einen Lehrling war ein Zwölfstundentag keineswegs die Ausnahme –, um Berlin und die nähere Umgebung kennenzulernen. Er besuchte Kirchen und Museen, und er saß stundenlang in öffentlichen Bibliotheken, um zu lesen und zu lernen. In dem Bestreben, die Welt, in der er lebte, immer besser zu verstehen, besuchte er in seinen ersten Monaten in Berlin auch ungezählte Versammlungen von bürgerlichen Parteien und Organisationen, von Gesundheitsbetern und Sterndeutern sowie protestantische und katholische Gottesdienste.¹⁰ Es war vor allem seinem Onkel zu verdanken, von dem er nicht nur das Sattlerhandwerk erlernte, daß er sehr bald auch Kontakt zur Arbeiterjugendbewegung fand. Durch seinen Onkel hörte Arthur Ewert zum ersten Mal von August Bebel und der marxistischen Lehre.¹¹ Seit seinem fünfzehnten Lebensjahr, so erklärte Arthur Ewert im Mai 1921 einem Untersuchungsrichter des Leipziger Reichsgerichts, der wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« gegen ihn ermittelte, sei er in der sozialdemokratischen Bewegung aktiv gewesen.¹²

Ob Arthur Ewert sich mit dieser Erklärung zum Beispiel auf eine Mitgliedschaft im 1904 entstandenen »Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins« bezog oder ob es sich lediglich um seine Mitarbeit in einem der mehr oder weniger informellen Zusammenschlüsse von Jugendlichen handelte, die der Sozialdemokratischen Partei nahestanden, ließ sich nicht mehr abschließend klären.¹³

Überliefert ist, daß Arthur Ewert tatsächlich Mitglied eines marxistischen Jugendzirkels war, in dem sich Gleichgesinnte seines Alters trafen, um Schriften wie »Das Kapital« von Karl Marx oder auch den »Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates« von Friedrich Engels zu studieren, Vorträge, so zum Beispiel von Rosa Luxemburg, zu hören und zu diskutieren, oder um sich bei Tanz, Gesang und Wanderungen gemeinsam zu vergnügen.

Die möglicherweise entscheidende Zäsur bei der Suche von Arthur Ewert nach seiner politischen Heimat stellte eine Begegnung mit der Sozialistin Frida Rubiner dar, die wenige Jahre später Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands war. Arthur Ewert, der mittlerweile seine Lehre beendet hatte und als Sattlergeselle bei der Spandauer Pferdebahn arbeitete, wo er vor allem Zaumzeug reparierte, besuchte eine öffentliche Versammlung, auf der Frida Rubiner sprach. Die Rede beeindruckte ihn sehr, und in den folgenden Tagen und Wochen las er alles, was er zu dem von Frida Rubiner behandelten Thema »Kriegsgefahr und Imperialismus« finden konnte. Als Frida Rubiner in einem anderen Berliner Bezirk zu einem ähnlichen Thema sprach, ging Arthur Ewert auch in diese Versammlung. Er unterbrach die Rednerin schließlich mit so vielen Zwischenfragen, daß die Versammlung beinahe aufzufliegen drohte. Nach dem Ende der Zusammenkunft, die im Nebenraum einer Gastwirtschaft stattfand, saßen Frida Rubiner und Arthur Ewert noch lange Zeit zusammen und setzten ihre während der eigentlichen Veranstaltung begonnene Auseinandersetzung zum Teil

¹⁰ Vgl. dazu: Katja Haferkorn, Arthur Ewert. Kämpfer für das deutsche und das brasilianische Volk, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin (DDR), 1/1968, S.102-113, hier S. 103.

¹¹ [Trauerrede von Gerhart Eisler für Arthur Ewert], SAPMO-BArch, Berlin, NY 4117/22, Blatt 220.

¹² Vgl. dazu: Strafsache Arthur Ewert, Bundesarchiv, Berlin, R 3003 (Oberreichsanwalt beim Reichsgericht), Strafsache Az 11 J 21/21, Bd. 1, Blatt 26 (Rs).

¹³ Vgl. dazu auch: Karl Heinz Jahnke, Wach auf! 1904 - Gründung der ersten Arbeiterjugendvereine in Deutschland, Rostock 2004.

sehr lautstark fort. Mehrere Male kam der Wirt aus dem Schankraum herüber, weil er wissen wollte, warum seine beiden späten Gäste sich immer wieder buchstäblich anbrüllten. Überliefert ist, daß Frida Rubiner, die schon auf Grund ihrer größeren Lebenserfahrung dem immer wieder aufbrausenden Arthur Ewert zu diesem Zeitpunkt argumentativ noch weit überlegen war, die Diskussion mit den Worten beendete: »Leg dir selber die Zügel an, die du flickst – dann wird was aus dir.«¹⁴

Wenige Wochen später, gerade 18 Jahre alt, wurde Arthur Ewert Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und des freigewerkschaftlichen Deutschen Sattlerbundes.¹⁵

Zu dieser Zeit lernte Arthur Ewert auch Sabo kennen – Augusta Elise Saborowski, seine spätere langjährige Lebensgefährtin und Ehefrau.

Elise Saborowski, in offiziellen Dokumenten gelegentlich auch Elisabeth genannt, wurde am 14. November 1886 in dem kleinen ostpreußischen Ort Borzymmen geboren, wo ihr Vater Jacob als Dorfschmied lebte und arbeitete.¹⁶ Ihre Mutter hatte sie bereits im Kindesalter verloren.

Sabo hatte mehrere Brüder, von denen jedoch nur bekannt ist, daß sie es trotz ihrer Herkunft zu einigem Wohlstand brachten, daß sie aber die kommunistische Gesinnung ihrer Schwester grundsätzlich ablehnten und in späteren Jahren daher auch nicht bereit waren, ihr in irgendeiner Form beizustehen.¹⁷ Einer ihrer Brüder, Adolf Saborowski, wurde am 10. September 1891 geboren. Er fiel am 4. Juni 1917 als Soldat an der Westfront bei Arras in Frankreich, nach dem er bereits im Mai 1916 schwer verwundet worden war.¹⁸ Namen und Lebensdaten der anderen Brüder sind nicht überliefert.

Nach Berlin war Sabo gekommen, um sich aus der Enge des dörflichen Lebens zu befreien und selbständig einen eigenen Lebensweg zu gehen. Das war eine Entscheidung, die für eine junge Frau ihrer Zeit durchaus ungewöhnlich war. Als sie Arthur Ewert kennenlernte, arbeitete sie gerade als Telefonistin. Doch sie hatte den festen Willen, nach einer beruflichen Perspektive zu suchen, bei der sie ihre vielfältigen Wünsche und schöpferischen Fähigkeiten verwirklichen konnte.

Die konkreten Umstände, unter denen sich Arthur Ewert und Sabo kennenlernten, sind nicht überliefert. Ein von David P. Hornstein kolportierter Bericht, daß Sabo und Minna Ewert, die Schwester von Arthur Ewert, sich von einer gemeinsamen Arbeitsstelle her kannten und daß Minna es war, die Sabo und Arthur Ewert auf einer von der sozialistischen Jugend organisierten Tanzveranstaltung miteinander bekannt

¹⁴ Ruth Werner, a.a.O., S. 198.

¹⁵ Eine Anfrage vom 10. März 2012 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, ob möglicherweise Unterlagen über die Parteimitgliedschaft von Arthur Ewert und seiner Frau überliefert sind, blieb unbeantwortet.

¹⁶ 1895 hatte Borszymmen 740 Einwohner.

¹⁷ Ruth Werner, a.a.O., S. 229.

¹⁸ Deutschland, Verlustlisten im 1. Weltkrieg, 1914-1917, Liste 0958 vom 1. Mai 1916 und Liste 1482 vom 4. Juni 1917, abgerufen über www.ancestry.com (19. Februar 2012, 9.00 Uhr). Im Jahre 2003 wurde aus Anlaß des 500. Jahrestages der Gründung der Gemeinde Borzymmen, zeitweilig Borschimmen, heute Borzomy, der Soldatenfriedhof wiederhergestellt und es wurden neue Gedenksteine für die Toten des Kirchspiels Borschimmen aus dem Ersten Weltkrieg aufgestellt. Einer der Gedenksteine ist Adolf Saborowski gewidmet. (www.skaldenland.net, 19. Februar 2012, 9.30 Uhr).

machte¹⁹, steht im Widerspruch zu einer Schilderung von Ruth Werner, die sich bei der Arbeit an ihrem Buch »Olga Benario« unmittelbar auf die Erinnerungen von Minna Ewert stützen konnte, die aber auch eigenes Wissen und Erleben verarbeitete. Ruth Werner hatte Arthur Ewert und dessen Frau Elise Anfang der dreißiger Jahre in China kennengelernt, als Arthur Ewert im Auftrag der Komintern im Fernen Osten tätig war.

Ruth Werner zufolge sollen sich Elise Saborowski und Minna Ewert, die in der Folge enge Freundinnen wurden, erstmals bei einer Kahnpartie auf einem See im Berliner Tiergarten begegnet sein, zu der sie sich auf Wunsch von Arthur Ewert zu dritt getroffen hatten.²⁰ Doch auch dieser Bericht kann nicht in allen Einzelheiten stimmen, denn wäre Sabo, wie bei Ruth Werner geschildert, zu diesem Zeitpunkt »noch keine achtzehn Jahre« alt gewesen, so hätte das bedeutet, daß Arthur Ewert bei dieser Begegnung noch nicht einmal vierzehn Jahre alt gewesen wäre. In diesem Alter lebte Arthur Ewert aber noch in Heinrichswalde, ganz abgesehen davon, daß er sich in so jungen Jahren kaum für eine vier Jahre ältere Frau interessiert haben dürfte.

Wahrscheinlicher also ist, daß sich Arthur Ewert und Elise Saborowski erstmals bei einer der Veranstaltungen des erwähnten marxistischen Zirkels trafen, denn auch Sabo war schon seit ihrer frühen Jugend politisch engagiert gewesen.²¹

In ihren Lebenserinnerungen »Sonjas Rapport«, die erstmals 1977 in der DDR erschienen, berichtete Ruth Werner, die über zwanzig Jahre für den sowjetischen Geheimdienst gearbeitet hatte, auch über Arthur Ewert und dessen Frau: »Sie waren ein Ehepaar, das untrennbar fürs ganze Leben zusammengehörte.« Und weiter: »Besonders gut besinne ich mich auf Sabo. Ihre Erfahrung als Genossin, ihre Vernunft und ihr trockener Humor beeindruckten mich. [...] Ich bewunderte Arthurs Temperament und seine Klugheit, doch er wurde leicht zornig. Wenn er sich zu heftig ereiferte, holte ihn Sabo wieder auf die Erde zurück.«²² Einen solchen »Vorfall« aus dem Jahre 1935 in Rio de Janeiro schilderte Ruth Werner in ihrem bereits mehrfach genannten dokumentarischen Roman »Olga Benario«, doch hätte sich diese Episode so oder ähnlich auch zu einer anderen Zeit an einem anderen Ort abgespielt haben können: »Sabos Mann Arthur, ein [...] Riese mit blauen Augen und breiten Schultern, war [...] ein Feuerkopf. Er besaß hohe schöpferische Geistesgaben und ein leidenschaftliches Temperament. [...] Es fiel ihm manchmal schwer, den Flug seiner Gedanken zu zähmen und ebenso den Ton seiner kräftigen Stimme. [...] Dann] sagte eine mahnende Stimme: ›Arthur! Sie war kaum vernehmbar gegen den Sturm seiner Worte, und doch hörte er sie, wischte sich mit dem Taschentuch den Schweiß von der vorgewölbten, eckigen Stirn und sagte: ›Ja, Sabo.««²³

¹⁹ David P. Hornstein, Arthur Ewert. A Life for the Comintern, New York and London 1993, S. 7.

²⁰ Ruth Werner, a.a.O., S. 199.

²¹ Vgl. dazu: Elisabeth Saborowski-Ewert. In: Helga Schwarz, Internationalistinnen. Sechs Lebensbilder, Berlin (DDR) 1989, S. 47-76, hier: S. 48. Überraschenderweise wurde sie aber erst 1913, also im Alter von etwa 27 Jahren, Mitglied der SPD. Vgl. dazu: Michael Buckmiller und Klaus Meschkat (Hrsg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, Datenbankeintrag zu Elise Ewert auf beiliegender CD-ROM.

²² Ruth Werner, Sonjas Rapport, Berlin (DDR) 1977, S. 84.

²³ Ruth Werner, Olga Benario, a.a.O. S. 188.

Arthur Heimbürger, der Arthur und Elise Ewert Anfang der zwanziger Jahre in der KPD kennengelernt hatte, erinnerte sich viele Jahre später: »Offenbar ergänzten sie sich ausgezeichnet. [...] Auf alle Fälle waren sie ein vorbildliches Ehepaar, das sich gegenseitig ergänzte, etwas, was man auch bei uns nicht so oft findet.«²⁴

Über das Leben und die gemeinsame politische Arbeit von Arthur Ewert und Elise Saborowski in den Jahren bis 1914 ist nichts bekannt. Berichte und Dokumente aus den folgenden Lebensabschnitten zeigen jedoch, daß sie in dieser Zeit, nicht zuletzt durch den persönlichen Einfluß von Frida Rubiner, in engem Kontakt zu den linken Kräften in der deutschen Sozialdemokratie standen, aus deren Kreis sich wenige Jahre später die Mitbegründer des Spartakusbundes und der Kommunistischen Partei Deutschlands rekrutierten.²⁵

²⁴ [Brief von Arthur Heimbürger an Helga Schwarz], Berlin, 15. März 1981. Helga Schwarz hat freundlicherweise eine Kopie ihres Briefwechsels mit Arthur Heimbürger für diese Arbeit zur Verfügung gestellt.

²⁵ Vgl. dazu beispielsweise: Ottokar Luban, Führung des Rosa-Luxemburg-Karl-Liebnecht-Kreises in Berlin (Spartakusbund), 1915-1918. Biographien und soziale Zusammensetzung, in: Bruno Groppo und Berthold Unfried, Gesichter in der Menge. Kollektivbiographische Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Leipzig 2006.

Kapitel 2: In Kanada und den USA

Ende April oder Anfang Mai 1914 verließen Arthur Ewert und Elise Saborowski Deutschland. Ihre erste Zwischenstation auf dem Weg nach Kanada war das englische Liverpool. Von dort setzten sie Mitte Mai 1914 ihre Reise als Passagiere der dritten Klasse an Bord der »Megantic«, eines in Nordirland gebauten, 15.000 Bruttoregistertonnen großen Passagierschiffes der britischen »White Star Line«, fort.¹ Am 1. Juni 1914 trafen sie im kanadischen Quebec ein, das jedoch nur eine weitere Zwischenstation auf ihrem Weg nach Toronto war, das sie schon vor ihrer Abreise aus Großbritannien als endgültiges Reiseziel angegeben hatten.²

Über die Hintergründe dieser Reise ist nichts bekannt. Es ist nicht einmal überliefert, ob die Reise als dauerhafte Auswanderung gedacht war oder ob es sich nur um einen mehrjährigen, aber dennoch zeitlich begrenzten Aufenthalt auf dem nordamerikanischen Kontinent handeln sollte.

Andreas Ewert, der Bruder von Arthur Ewert, der lange Zeit arbeitslos gewesen war, war 1912 nach Dänemark und im darauffolgenden Jahr nach Norwegen gegangen, um dort Arbeit zu finden.³ So liegt die Vermutung nahe, daß auch Arthur Ewert und Elise Saborowski Deutschland verließen, um der stets drohenden Arbeitslosigkeit zu entgehen und sich in einem anderen Teil der Welt eine neue Existenz aufzubauen.

Dabei könnte kein Geringerer als Karl Liebknecht die Entscheidung von Arthur Ewert und Elise Saborowski beeinflußt haben, gerade in Nordamerika einen neuen Anfang zu suchen.

Karl Liebknecht, der in Berlin lebte und arbeitete, war als langjähriger Vorsitzender der Sozialistischen Jugend-Internationale eng mit der Arbeiterjugendbewegung in Deutschland und in Berlin verbunden, so daß mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden kann, daß er auch Arthur Ewert und Elise Saborowski kannte. Ein Indiz dafür ist die Tatsache, daß Sabo während ihrer Zeit in Nordamerika in brieflichem Kontakt zu Lucie Peters stand, die gemeinsam mit ihrem Ehemann Bruno Peters wenige Jahre später zur Berliner Basis des Spartakusbundes gehörte, jenem Zusammenschluß linker Sozialdemokraten also, aus dem 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands hervorging und in dem Karl Liebknecht von Anfang an

¹ Die »Megantic« hatte eine gewisse Berühmtheit erlangt, weil der britische Arzt und Frauenmörder Dr. Hawley Crippen im August 1910 an Bord dieses Schiffes nach Großbritannien zurückgebracht wurde, wo er noch im selben Jahr zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

² Canadian Passengers Lists, 1865-1935, Microfilm Publication T-4809, Library and Archives Canada, Ottawa, Ontario, abgerufen über www.ancestry.com (12. Februar 2012, 11.00 Uhr).

³ Kurz nach seiner Ankunft in Norwegen heiratete Andreas Ewert. Die erste Tochter wurde 1914 geboren. Da er seine Arbeit in Norwegen wieder verlor, kehrte er noch 1914, kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs, nach Deutschland zurück. Wegen Teilnahme an einem Streik in einem Rüstungsbetrieb wurde er 1915 strafweise eingezogen und diente - ohne Dienstgrad - als Sanitäter in einem Armierungsbataillon, das in Frankreich stationiert war. 1919 kehrte er nach Norwegen zurück, wo 1921 die zweite Tochter geboren wurde. 1925 scheiterte die Ehe, weil seine Frau sich einer streng religiösen Sekte angeschlossen hatte, und Andreas Ewert verließ Norwegen endgültig. Vgl. dazu: [Handschriftlicher Lebenslauf von Andreas Ewert], Berlin, 3. Juni 1952, SAPMO-BArch, Berlin, Y 30 IV 2/11/v.2237, nicht paginiert.

eine herausragende Rolle spielte.⁴ Und bei der Verhaftung von Arthur Ewert und Elise Saborowski in Toronto im März 1919 wurden Briefe gefunden, die nach Darstellung der kanadischen Polizei von »Personen [stammten], die mit Liebknecht und Luxemburg zusammenarbeiteten.«⁵ Hinzu kommt, daß Karl Liebknecht im Herbst 1910 selbst mehrere Wochen als Gast der Sozialistischen Partei Amerikas in den USA gewesen war und dort zahlreiche persönliche Kontakte – auch nach Kanada – geknüpft hatte.⁶ Im April 1921 schließlich notierte ein Hallenser Haftrichter, der gegen Arthur Ewert einen Haftbefehl wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« erlassen hatte, nach dem gerichtlichen Haftprüfungstermin: »Es scheint aus seinen Äußerungen über den Sinn seiner Reise nach Amerika hervorzugehen, daß ihm dort auch internationale kommunistische Arbeit übertragen war.«⁷

Kanada gehörte als britisches Dominion vom Beginn des Ersten Weltkrieges an zu den kriegführenden Parteien. Arthur Ewert und Elise Saborowski, die als Deutsche automatisch als feindliche Ausländer galten, mußten also sehr bald nach ihrer Ankunft in Kanada untertauchen, um einer Internierung für die Dauer des Krieges zu entgehen. Möglicherweise war dies auch einer der Gründe, warum Arthur Ewert und Elise Saborowski ab Herbst 1914 zeitweise getrennt an unterschiedlichen Orten lebten. Während Arthur Ewert in Kanada blieb, ging Sabo in die USA, die erst im April 1917 in den Ersten Weltkrieg eintraten und daher auch für deutsche Staatsangehörige zunächst vergleichsweise sicher waren.

Am 5. November 1914 reiste Elise Saborowski über Detroit erstmals offiziell in die USA ein. Als bisherigen Wohnort gab sie beim Grenzübertritt Toronto an, als künftigen Wohnort benannte sie Jackson, eine kleine Stadt im Bundesstaat Michigan, etwa auf halber Strecke zwischen Chicago und Detroit. Dort wollte sie – so ihre weiteren Angaben – bei einer Frau O. F. Schmid, wohnhaft in der Stewart Avenue 123, als Haushälterin arbeiten.⁸

Nicht einmal drei Wochen später, am 24. November 1914, reiste Elise Saborowski erneut in die USA ein, diesmal über den Grenzort St. Albans im US-Bundesstaat Vermont. Wieder gab sie an, von Toronto zu kommen, und wieder wollte sie nach Jackson.⁹ Warum sie bei dieser Reise einen Umweg von mehreren hundert Kilometern machte, ist nicht bekannt. Genauso wenig ist bekannt, wie oft und wo sie in den

⁴ Vgl. dazu auch: Ottokar Luban, Führung des Rosa-Luxemburg-Karl-Liebknecht-Kreises in Berlin (Spartakusbund), 1915-1918. Biographien und soziale Zusammensetzung, in: Bruno Groppo und Berthold Unfried, Gesichter in der Menge. Kollektivbiographische Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Leipzig 2006.

⁵ Vgl. dazu: Ian Angus, Canadian Bolsheviks. The Early Years Of The Communist Party Of Canada, Montreal 1981, S. 41.

⁶ Vgl. dazu u.a.: Annelies Laschitzka, Die Liebknechts. Karl und Sophie, Politik und Familie, Berlin 2007, S.173 ff.

⁷ Strafsache Arthur Ewert, Bundesarchiv, Berlin, R 3003 (Oberreichsanwalt beim Reichsgericht), Strafsache Az 11 J 21/21, Bd. 1, Blatt 26 (Rs).

⁸ Detroit Border Crossings and Passengers and Crew Lists, 1905-1957, Microfilm Roll M 1478_90, National Archives, Washington, D.C., abgerufen über www.ancestry.com (12. Februar 2012, 11.00 Uhr).

⁹ Border Crossings from Canada to U.S., Manifests of Passengers Arriving at St. Albans, VT, 1895-1954, Microfilm Roll M 1464_273, National Archives, Washington, D.C., abgerufen über www.ancestry.com (12. Februar 2012, 11.00 Uhr).

folgenden Jahren bei anderen Gelegenheiten die Grenze zwischen Kanada und den USA passierte – entsprechende Unterlagen sind in den einschlägigen Archiven nicht überliefert.

Durch einen Brief vom 11. Mai 1915 an Lucie Peters in Berlin ist bekannt, daß Elise Saborowski seit dem 7. Mai 1915 bei der örtlichen Telefongesellschaft¹⁰ von Jackson arbeitete, aber eine Ausbildung als Photographin plante.¹¹

Zu diesem Zeitpunkt hatte Sabo bereits begonnen, sich wieder aktiv und regelmäßig politisch zu betätigen, so daß sie nach Deutschland berichten konnte: »Unsere Partei fängt jetzt an, ihre Zusammenkünfte draußen abzuhalten. Auch Picknicks und Ausflüge sind im Sommerprogramm vorgesehen. In Chicago hätte ich zwar mehr Gelegenheit, am Parteileben teilzunehmen, aber man kann nicht alles haben.«¹²

Über Arthur Ewert schrieb Elise Saborowski in diesem Brief: »Arthur Ewert ist äußerst tätig in Winnipeg. Am 1. Mai hatten sie eine Maidemonstration, etwa 6.000 bis 8.000 Teilnehmer. Am Marktplatz waren 6 Tribünen aufgestellt, von denen in 6 Sprachen geredet wurde. A[rthur] E[wert] hat als deutscher Redner fungiert. Das Parteileben spielt sich eben auch hier im amerikanischen Stil ab.«¹³

Dem Brief von Elise Saborowski war allerdings nicht zu entnehmen, welcher Partei sie bzw. Arthur Ewert sich angeschlossen hatten. In den Kaderunterlagen von Elise Saborowski, die im Moskauer Komintern-Archiv aufbewahrt werden, ist lediglich vermerkt, daß sie von 1914 bis 1920 Mitglied der Sozialistischen Partei Amerikas [Socialist Party of America – SPA] war.¹⁴ Doch diese Aussage bezieht sich ganz offensichtlich nur auf die Zeiten ihres Aufenthaltes in den USA.

Wesentlich wichtiger war die Mitgliedschaft von Arthur Ewert und Elise Saborowski in der kanadischen Sozialistischen Partei Nordamerikas [Socialist Party of North America – SPNA], auch wenn diese Mitgliedschaft in den Kaderunterlagen im Moskauer Komintern-Archiv weder für Arthur Ewert noch für Elise Saborowski vermerkt ist. Doch es gibt Zeitzeugenberichte, die zumindest bestätigen, daß Arthur Ewert Mitglied der Sozialistischen Partei Nordamerikas war.¹⁵ Und es ist wenig wahrscheinlich, ja ausgeschlossen, daß Arthur Ewert und Elise Saborowski unter den gegebenen

¹⁰ In der Passagierliste für die Überfahrt nach Kanada hatte sie als Beruf »Telephone Operator«, also »Telefonistin«, angegeben. Vgl. dazu: Canadian Passengers Lists, 1865-1935, a.a.O.

¹¹ [Elise Saborowski an Lucie Peters], Jackson, 11. Mai 1915, SAPMO-BArch, Berlin, NY 4203/3, Blatt 86. Weitere Einzelheiten über das Leben von Arthur Ewert und Elise Saborowski in Kanada bzw. den USA sind nicht überliefert. Katja Haferkorn berichtete in ihrem bereits zitierten Aufsatz über Arthur Ewert, ohne jedoch eine Quelle zu nennen: »Im Mai 1914 wanderten Arthur und Sabo nach Kanada aus. Arthur übernahm dort jede Arbeit - u.a. als Dachdecker und als Sattler -, die er finden konnte. [...] Die wenige, ihm neben seiner beruflichen und politischen Tätigkeit verbleibende Zeit widmete er auch hier den Büchern, vor allem dem Studium des Marxismus.« - Katja Haferkorn, Arthur Ewert. Kämpfer für das deutsche und das brasilianische Volk, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin (DDR), 1/1968, S.102-113, hier S. 104.

¹² [Elise Saborowski an Lucie Peters], a.a.O.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Vgl. dazu: Michael Buckmiller und Klaus Meschkat (Hrsg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, Datenbankeintrag zu Elise Ewert auf beiliegender CD-ROM.

¹⁵ William Beeching and Phyllis Clarke, Yours in the struggle. Reminiscences of Tim Buck. Toronto 1977, S. 43 f.

Bedingungen in Kanada unterschiedlichen, also konkurrierenden Parteien angehört haben könnten.

Die Sozialistische Partei Nordamerikas war 1911 als gemeinsame Plattform jener radikalen sozialistischen Kräfte in Kanada entstanden, die sich durch die beiden vergleichsweise großen, überwiegend reformistischen Arbeiterparteien, die Sozialistische Partei Kanadas [Socialist Party of Canada – SPC] und die Sozialdemokratische Partei [Social Democratic Party – SDP], nicht vertreten fühlten.¹⁶ Die Sozialistische Partei Nordamerikas hatte niemals mehr als etwa einhundert aktive Mitglieder. Ihren geographischen Schwerpunkt hatte sie im Gebiet von Toronto, also im südlichen Teil der Provinz Ontario, sie verfügte aber auch über stabile Verbindungen in andere Teile Kanadas, so in die Provinz Manitoba mit der Hauptstadt Winnipeg, sowie in die USA, insbesondere in das Gebiet von Detroit.

Die Arbeiterbewegung in Kanada hatte in den Jahren unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg einen beträchtlichen Aufschwung genommen, doch mit dem Ausbruch des Krieges kam sie faktisch vollständig zum Erliegen. Erst im Verlaufe des Jahres 1917, auch beeinflusst durch erste Berichte über die Geschehnisse in Rußland, also die Februarrevolution mit dem Sturz des Zaren und der Errichtung einer bürgerlichen Republik, kam es erneut zu größeren ökonomischen Streiks, die gelegentlich bereits mit politischen Forderungen verbunden wurden. Entscheidend für das Wiedererstehen einer kanadischen Arbeiterbewegung und die Formierung radikaler Parteien und Organisationen waren allerdings zwei spätere Ereignisse der Jahre 1917 und 1918 – der Sieg der Oktoberrevolution in Rußland und die daraus resultierende Entscheidung der kanadischen Regierung, sich mit eigenen Truppen an der militärischen Intervention gegen Sowjetrußland zu beteiligen.¹⁷

Buchstäblich die gesamte kanadische Linke stand somit im Verlaufe des Jahres 1918 vor der Notwendigkeit, ihre Position gegenüber der Oktoberrevolution in Rußland zu bestimmen. Dabei ging es nicht nur darum, theoretischen Fragen aufzugreifen und zu diskutieren, sondern Schlußfolgerungen für das eigene politische Handeln zu ziehen. Keine andere Partei in Kanada bekannte sich dabei mit einer solchen Konsequenz zur Oktoberrevolution und ihren Lehren wie die Sozialistische Partei Nordamerikas, die auf diese Weise zur Keimzelle der kommunistischen Bewegung in Kanada wurde.

Die Diskussions- und Klärungsprozesse, die sich dabei innerhalb der Sozialistischen Partei Nordamerikas vollzogen, sind nicht dokumentiert. Es gibt lediglich einen kurzen, wenig detaillierten Bericht von Florence Custance, die 1918 und 1919 zu den maßgeblichen Persönlichkeiten innerhalb der Sozialistischen Partei Nordamerikas zählte. Im Jahre 1926 berichtete sie in »The Worker«, der Zeitung der Kommunistischen Partei Kanadas, daß es nach der Oktoberrevolution in Rußland innerhalb der Sozialistischen Partei Nordamerikas zu heftigen und sehr grundsätzlichen Diskussionen kam. Eine zunächst kleine Gruppe, die in der Folge die Mehrheit innerhalb der Partei erringen konnte, begrüßte und unterstützte die russischen Ereignisse uneingeschränkt, während eine andere Gruppe die russische Revolution zunächst »als wildes Experiment einer Handvoll von Männern« kritisierte, die »nach einem Leben im Exil

¹⁶ Beide Parteien hatten jeweils etwa 3.000 Mitglieder.

¹⁷ Vgl. dazu: Ian Angus, a.a.O., S. 18 ff.

nach Rußland« zurückgekehrt waren, ohne die dortigen Verhältnisse wirklich zu kennen.¹⁸

Letztlich setzte sich eine Position durch, die Florence Custance so beschrieb: »Es wurde die Notwendigkeit der Arbeit in den Gewerkschaften betont, und es wurde festgestellt, daß diese Frage unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes gesehen werden muß, und nicht als eine reine und simple Angelegenheit der Löhne. [...] Es wurde die Nützlichkeit eines Generalstreiks im Prozeß des revolutionären Kampfes anerkannt. (Diese Form des Kampfes war zuvor immer als eine reine Gewerkschaftstaktik charakterisiert worden.) Man bekräftigte, daß der Parlamentarismus seine Grenzen hat und daß der Klassenkampf nicht innerhalb dieser Grenzen des Parlamentarismus geführt werden kann. [...] Und schließlich wurde die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes für die Errichtung der Arbeitermacht anerkannt.«¹⁹

Über die Rolle, die Arthur Ewert bei der Herausbildung dieser Mehrheitsposition spielte, ist nichts bekannt. Doch zieht man sein späteres Engagement in der Gewerkschafts- und Betriebsrätebewegung in Deutschland in Betracht, so kann eigentlich kein Zweifel bestehen, daß er diese Mehrheitsposition innerhalb der Sozialistischen Partei Nordamerikas nicht nur unterstützte, sondern wohl maßgeblichen Anteil an ihrem Zustandekommen hatte.

Ab dem Sommer 1918 gab die Sozialistische Partei Nordamerikas erstmals eine eigene Zeitung heraus, die den Titel »The Marxian Socialist« trug.²⁰ Diese Zeitung war naturgemäß kein einfaches Mitteilungsblatt, sondern sie löste mit ihren zum Teil sehr kontroversen Positionen einen heftigen Meinungsstreit innerhalb der breitgefächerten kanadischen Linken aus. Anfang September 1918 schließlich erschien sie mit einem Leitartikel, der ein Aufruf zur Gründung einer kommunistischen Partei in Kanada nach dem Vorbild der russischen Bolschewiki war: »Die Zeit ist reif für die Einheit der Revolutionäre in Kanada. Die Schaffung einer Organisation, die eine landesweite Organisation nicht nur dem Namen nach, sondern tatsächlich ist, und die bereit ist, den Kampf gegen die politischen Kräfte der herrschenden Klasse zu führen, ist angesichts der sich in diesen Tagen und Wochen schnell entwickelnden Ereignisse eine zwingende Notwendigkeit. Statt örtlicher kraftloser Anstrengungen brauchen wir eine landesweite gemeinsame Anstrengung, statt Geredes brauchen wir Taten. Der nächste Schritt muß die Einberufung eines Kongresses mit dem Ziel sein, alle Revolutionäre im Kampf gegen die herrschende Klasse und im Kampf gegen die Opportunisten zu vereinen.«²¹

Etwa zur gleichen Zeit beauftragte die kanadische Regierung einen hochrangigen Beamten, den Rechtsanwalt Charles H. Cahan, mit einer Untersuchung über eine unterstellte Gefährdung Kanadas durch das Anwachsen der radikalen Linken, das in der

¹⁸ The Worker, Toronto, April 3, 1926. So zitiert in: Ian Angus, a.a.O., S. 24.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Von dieser Zeitung sind nur einzelne Exemplare erhalten, die jedoch keinen Hinweis auf den oder die Herausgeber bzw. einzelne Autoren geben. Vgl. dazu: Reinhold Kramer and Tom Mitchell, When the State Trembled. How A.J. Andrews and the Citizens' Committee Broke the Winnipeg General Strike, Toronto 2010, S. 420 (Fußnote 96).

²¹ So zitiert in: Ian Angus, a.a.O., S. 25.

offiziellen Sicht ausschließlich auf das Wirken ausländischer Aktivisten, insbesondere vermeintlicher Abgesandter der russischen Bolschewiki, zurückgeführt wurde.

Auftragsgemäß stellte Cahan in seinem Report fest, daß die gegen Personen deutscher oder österreichischer Herkunft ergriffenen Maßnahmen, also beispielsweise ihre Internierung für die Dauer des Krieges, wirksam durchgesetzt worden waren, daß es aber bedauerlicherweise keine gesetzlichen Bestimmungen gab, die ein solches Vorgehen auch gegen Personen russischer, ukrainischer oder finnischer Herkunft erlaubten, die sich in ganz Kanada in linken Gruppen organisiert hätten und so angeblich eine unmittelbare Bedrohung der etablierten staatlichen Ordnung darstellten.

Bereits am 25. September 1918 erließ die Regierung daher eine spezielle Verordnung, die sogenannte Order-In-Council PC 2384 über »Regulations Respecting Unlawful Associations«, mit der zunächst vierzehn linke Parteien und Organisationen verboten wurden. Die Spannweite reichte dabei von der vergleichsweise großen und einflußreichen Sozialdemokratischen Partei Kanadas bis hin zu Splittergruppen, die faktisch nur dem Namen nach existierten. Gleichzeitig wurde die Mitgliedschaft in diesen Parteien und Organisationen rückwirkend zum Kriegsbeginn unter Strafe gestellt.²²

Die Sozialistische Partei Nordamerikas, die Partei von Arthur Ewert und Elise Saborowski also, stand überraschenderweise nicht auf der ursprünglichen Liste. Möglicherweise wurde sie bei der amtlichen Ausfertigung der Verordnung schlicht und einfach vergessen. Ihr offizielles Verbot erfolgte daher erst am 13. November 1918, nach dem es am 19. und 20. Oktober 1918 bei einer großangelegten Razzia im gesamten südlichen Ontario zu Massenverhaftungen gekommen war. Mit der sogenannten Order-In-Council PC 2786 wurde die Liste der verbotenen »ungesetzlichen Vereinigungen«, die in der Verordnung vom 25. September 1918 verkündet worden war, um »The Revolutionary Socialist Party of North America«²³ ergänzt. Außerdem wurde ein Paragraph hinzugefügt, mit dem es den Behörden freigestellt wurde, jederzeit jede beliebige Organisation ohne Angaben von Gründen zu verbieten.²⁴ Bemerkenswert dabei ist, daß diese Bestimmungen für die Dauer der Kriegsteilnahme Kanadas gelten sollten, daß sie aber zu einem Zeitpunkt verkündet wurden, als der Erste Weltkrieg durch den Waffenstillstand von Compiègne bereits de facto beendet war.

Mit der Verordnung vom 25. September 1918 wurden jedoch nicht nur linke Parteien und Organisationen verboten. Auch der Besitz und die Verbreitung von sogenannten staatsgefährdenden Schriften wurde rückwirkend zum Kriegsbeginn unter Strafe gestellt, wobei der mögliche Strafraum von einer empfindlichen Geldstrafe bis zu langjähriger Haft reichte. Im Verständnis der Behörden, die die Verordnung mit großer Phantasie umsetzten, gehörten zu diesen »staatsgefährdenden Schriften« selbstverständlich die Werke von Karl Marx oder Friedrich Engels, aber auch die »Politeia« des antiken griechischen Philosophen Plato.²⁵ Verboten wurden schließlich alle öf-

²² Order-In-Council PC 2384, in: The Canada Gazette. Published by Authority, Ottawa, Saturday, October 5, 1918, pp. 1278-1280.

²³ Es ließ sich nicht klären, warum der offizielle Parteiname in dieser Verordnung um das Attribut »Revolutionary« erweitert wurde, zumal die Großschreibung im Englischen impliziert, daß dieser Zusatz ein offizieller Namensbestandteil war.

²⁴ Order-In-Council PC 2786, in: Ebenda, Wednesday, November 27, 1918, pp. 1877 f.

²⁵ Vgl. dazu: Ian Angus, a.a.O., S. 27.

fentlichen Veranstaltungen, außer Gottesdiensten, die in einer der Sprachen der Kriegsgegner oder in russischer, ukrainischer oder finnischer Sprache abgehalten wurden, sowie generell alle linksgerichteten politischen Kundgebungen, Zusammenkünfte und sonstige Aktivitäten.

Doch die Regierungsverordnungen vom 27. September 1918 und vom 13. November 1918 bewirkten letztlich das Gegenteil dessen, was die Behörden mit diesen Maßnahmen beabsichtigt hatten. Die Linke in Kanada formierte sich im Widerstand gegen die verfügten Verbote und die damit verbundenen Willkürakte. Insbesondere nach dem Waffenstillstand und dem Ende des Ersten Weltkrieges Anfang November 1918 mehrten sich die öffentlichen Proteste gegen die wahllose Verhaftung und Verurteilung von tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen linken Aktivisten, und es wurde massiv die Forderung erhoben, angesichts des Kriegsendes nunmehr alle Beschränkungen der politischen Betätigung wieder aufzuheben.

Mitte November 1918 schließlich kam es zu einem Ereignis, das für eine bis dahin nicht dagewesene öffentliche Aufmerksamkeit in ganz Kanada sorgte. Im gesamten südlichen Ontario wurden innerhalb einer Nacht Zehntausende Exemplare eines in höchstem Maße ungewöhnlichen Flugblattes verteilt. Das Flugblatt war in hoher Qualität gedruckt worden und wurde in unauffälligen Briefumschlägen verteilt, die in Briefkästen deponiert oder unter Wohnungstüren hindurchgeschoben wurden, wo die überraschten Bewohner sie am nächsten Morgen fanden. Es trug den Titel »Der Frieden und die Arbeiter« und richtete sich gegen die »verlogenen Siegesfeierlichkeiten«. Es forderte, in Kanada »Arbeiter- und Soldatenräte zu errichten«. Nur die »Überwindung der Macht der Kapitalisten und ihrer Institutionen« könne die »Grundlage dafür legen, daß [...] die Arbeiter ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen.«²⁶

Die gesamte kanadische Presse berichtete ausführlich über die Flugblattaktion, deren Urheber trotz aller Bemühungen der Polizei nicht festgestellt werden konnten. Mehr noch, viele Zeitungen veröffentlichten längere Auszüge oder sogar den gesamten Text des Flugblattes, so daß eine Verbreitung seines Inhalts weit über das Gebiet des südlichen Ontario hinaus erreicht wurde, von der die Verfasser wohl nicht zu träumen gewagt hatten. Zwei weitere Flugblätter folgten – in der Neujahrsnacht 1919 und Anfang Februar 1919. Diesmal hatten die Flugblätter einen Absender, den »Provisorischen Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten Kanadas«.

Urheber dieser aufsehenerregenden Flugblattaktionen, nach denen die kanadische Polizei weiterhin vergeblich suchte, waren Mitglieder der inzwischen illegalen Sozialistischen Partei Nordamerikas, die mit großer Einsatzbereitschaft, viel Phantasie und persönlichem Mut handelten. Fünf Jahre später berichtete Elise Saborowski in einem Artikel in der von der KPD herausgegebenen illustrierten Zeitschrift »Der Rote Stern« unter dem Titel »Wie wir Flugblätter druckten« über die Ereignisse Ende 1918, Anfang 1919 in Kanada.²⁷

Im Frühjahr 1919 gelang es der kanadischen Polizei schließlich festzustellen, wer für die Herstellung und die Verteilung der Flugblätter verantwortlich war. Am 23. März 1919 wurden Arthur Ewert, Elise Saborowski und der 24jährige Lieb Samsonovitch, ein aus Rußland stammender Student, im Zuge einer breitangelegten Razzia in einem

²⁶ So zitiert in: Ebenda, S. 38.

²⁷ Der Rote Stern, Berlin, Nr. 5/1924 vom 5. August 1924.

Vorort von Toronto verhaftet. Die kanadische Presse nahm von dieser Verhaftung zunächst kaum Notiz. Lediglich einige Zeitungen aus dem südlichen Ontario, so der »Globe« und die »Toronto Times«, berichteten Anfang April 1919 sehr allgemein davon, daß die Polizei mit einem Großeinsatz gegen eine Kundgebung von »Sozialisten und radikalen Gewerkschaftern« in der Spadina Hall auf dem Gelände der Universität von Toronto vorgegangen war, die sich gegen die Verhaftung von »drei örtlichen Sozialisten« richtete.²⁸

Erst einige Wochen später, am 28. April 1919, brachte die kanadische Polizei die ganze Angelegenheit auf einer eigens einberufenen Pressekonferenz spektakulär an die Öffentlichkeit. Und nun griffen auch alle wichtigen überregionalen Tageszeitungen Kanadas das Thema auf und erschienen am folgenden Tag mit großaufgemachten und sehr dramatischen Schlagzeilen.²⁹ Die »Toronto World« titelte: »Polizei verhaftete die Führer der Bolschewisten von Toronto«. ³⁰ Und die »Toronto Times« erschien mit der Überschrift: »Bolschewistische Propaganda in Kanada auf Agenten aus Deutschland und Rußland zurückzuführen«. ³¹

Die Stellungnahme der Polizei zur Verhaftung von Arthur Ewert, Elise Saborowski und Lieb Samsonovitch, die am 28. April 1919 gegenüber der Presse abgegeben wurde, enthielt einige wichtige und bis heute bemerkenswerte Details. Die Razzia am 23. März 1919 war nicht nur – wie sonst üblich – von der Stadtpolizei von Toronto durchgeführt worden, an dieser Aktion waren auch die Provinzpolizei von Ontario, die kanadische Staatspolizei und die kanadische Einwanderungsbehörde beteiligt gewesen – ein klarer Hinweis darauf, daß die kanadischen Behörden dieser Aktion und vor allem den drei Personen, um die es dabei ging, eine große Bedeutung beimäßen. Sehr ausführlich wurde dargelegt, daß die drei Verhafteten unter falschen Namen in Kanada gelebt hatten. Arthur Ewert hatte den Namen Arthur Brown verwendet, Elise Saborowski hatte sich Annie Bancourt genannt, und Lieb Samsonovitch, der erst wenige Monate zuvor aus New York nach Toronto gekommen war, hatte sich unter dem Namen Charles Charnie an der Universität von Toronto eingeschrieben. Voll scheinheiliger Empörung wurde von den Polizeibehörden darauf hingewiesen, und die Zeitungen griffen diesen Aspekt begierig auf, daß Arthur Ewert und Elise Saborowski, obwohl offiziell nicht miteinander verheiratet, als Mann und Frau zusammengelebt hatten.

Besonderen Nachdruck legten die Polizeibehörden jedoch auf die Tatsache, daß Arthur Ewert, Elise Saborowski und Lieb Samsonovitch den »Kern einer Kommunistischen Partei« bildeten. In der Wohnung von Arthur Ewert und Elise Saborowski waren Waffen gefunden worden – drei neue Automatikrevolver, eine kleine deutsche Schußwaffe und eine größere Menge Munition.³² Da diese Waffen jedoch kaum aus-

²⁸ The Globe, Toronto, April 7, 1919, und The Toronto Times, Toronto, April 7, 1919.

²⁹ In den folgenden Wochen und Monaten wurde diese Nachricht auch in anderen Teilen des britischen Commonwealth verbreitet. Sie erschien beispielsweise am 28. Juli 1919, also fast drei Monate später, unter der Überschrift »Anarchisten in Kanada« im australischen »Marlborough Express« und am selben Tag auch im neuseeländischen »Wanganui Chronicle«.

³⁰ So zitiert in: Ian Angus, a.a.O., S. 38.

³¹ The Toronto Times, Toronto, April 29, 1919.

³² Herkunft und Zweck der Waffen ließen sich nicht ermitteln. Privater Waffenbesitz war jedoch in Kanada zu jener Zeit keineswegs ungewöhnlich.

gereicht hätten, um einen bewaffneten Aufstand durchzuführen, mußten die »immateriellen Waffen«, die bei den Wohnungsdurchsuchungen ebenfalls beschlagnahmt worden waren, als Beweismittel herhalten: »Zusätzlich [fand man] eine größere Menge bolschewistischer Literatur, darunter das Programm einer Kommunistischen Partei, in dem in einem Punkt zum Sturz der verfassungsmäßigen Regierung Kanadas aufgerufen wurde.«³³

Bei diesem Dokument handelte es sich offensichtlich um den Text jenes zweiseitigen Flugblattes, das ungeachtet der Verhaftung von Arthur Ewert, Elise Saborowski und Lieb Samsonovitch in gewohnter Weise in der Nacht zum 1. Mai 1919 in hoher Auflage im gesamten südlichen Ontario verteilt wurde: Auf der einen Seite war unter dem Titel »May Day« ein Aufruf zum 1. Mai 1919 abgedruckt, auf der anderen Seite das erwähnte »Programm der Kommunistischen Partei Kanadas«, dessen Autor möglicherweise Arthur Ewert war.³⁴ Gezeichnet war das Programm mit »Zentrales Exekutivkomitee, Kommunistische Partei Kanadas«.

Für gewöhnlich wird als Gründungsdatum der Kommunistischen Partei Kanadas der 28. und 29. Mai 1921 genannt, als sich auf einer streng konspirativen Konferenz in Guelph in der Provinz Ontario zahlreiche linksgerichtete kanadische Organisationen zu einer einheitlichen Partei zusammenschlossen.³⁵ Doch das Flugblatt aus dem Frühjahr 1919 beweist, daß es bereits mehr als zwei Jahre zuvor in Kanada einen ernsthaften Versuch gegeben hatte, eine Kommunistische Partei zu gründen. Die Tatsache, daß dieser Versuch letztlich scheiterte, hing aller Wahrscheinlichkeit nach mit der Verhaftung von Arthur Ewert zusammen: Arthur Ewert war nach Erkenntnissen der kanadischen Polizei der intellektuelle und organisatorische Kopf des gesamten Projekts. Nun aber hatte er keine Möglichkeit mehr, auf die weiteren Geschicke der eben erst gegründeten Kommunistischen Partei Kanadas Einfluß zu nehmen. Zu dem fielen der Polizei bei seiner Verhaftung zahlreiche Briefe und andere Dokumente in die Hände, die nicht nur bewiesen, daß Arthur Ewert im Mittelpunkt eines weitgeknüpften Netzes von Gleichgesinnten stand, das bis nach Winnipeg, Kitchener, Hamilton, Brantford und Vancouver in Kanada und Detroit in den USA reichte. Die Polizei verfügte jetzt auch über alle notwendigen Informationen, um dieses Netz dauerhaft zu zerschlagen, wie die »Toronto Times« am 29. April 1919 unter Berufung auf einen hochrangigen Polizeibeamten berichtete. Dieser hatte am Vortag auf der erwähnten Pressekonferenz in Toronto voller Triumph berichtet, daß die Polizei nunmehr über eine »Liste mit [den Namen von] etwa 1.000 Männern und Frauen [verfügen würde],

³³ So zitiert in: Ian Angus, a.a.O., S. 38 f.

³⁴ Es gibt keinen materiellen Beweis, der diese These stützt. Doch betrachtet man die maßgebliche Rolle, die Arthur Ewert in dem hier geschilderten Prozeß spielte, so scheint eine solche Schlußfolgerung gerechtfertigt.

³⁵ Vgl. dazu zum Beispiel die Webseite der Communist Party of Canada (CPC) www.communist-party.ca (26. Oktober 2008, 15.30 Uhr). Einer der Gründe, warum die erste Kommunistische Partei Kanadas in der Geschichtsschreibung immer wieder »übersehen« wurde, könnte in der Tatsache liegen, daß der spätere langjährige Vorsitzende der Kommunistischen Partei Kanadas Tim Buck (1891-1973) zwar Teilnehmer der Konferenz in Guelph war, bei der Entstehung der ersten Kommunistischen Partei in Kanada im Frühjahr 1919 aber keine Rolle gespielt hatte. Als Vorsitzender und »Chefhistoriker« der Partei war er jedoch in der Lage, die offizielle Geschichte seiner Partei nach seinen Vorstellungen zu »korrigieren«. Vgl. dazu: Tim Buck, *Thirty Years: 1922-1952, The Story of the Communist Movement in Canada*, Toronto 1952.

die Mehrzahl von ihnen ausländischer Herkunft, die aktiv an der bolschewistischen Agitation teilnehmen.« Und weiter: »Wir kennen also ihre Namen und wissen, wo sie beschäftigt sind. Wir können sie zu jedem beliebigen Zeitpunkt festsetzen, und wir werden sie von jetzt an unter strenger Überwachung halten.«³⁶

Tatsächlich folgten am 1. Juni 1919 zahlreiche weitere Verhaftungen, und die Polizei verkündete, daß sich nunmehr alle Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Kanadas in Haft befinden würden. Ein erster Prozeß gegen dreizehn Angeklagte fand am 10. Juni 1919 statt. Der Richter hatte das Urteil schon vor Prozeßbeginn schriftlich ausgefertigt, die verhängten Urteile reichten von sechs Monaten bis zu drei Jahren Haft.³⁷

Arthur Ewert befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr in Kanada. Die Behörden hatten aus Gründen, die sich nicht mehr feststellen ließen, auf eine Anklage gegen ihn, Elise Saborowski und Lieb Samsonovitch verzichtet. Die beiden Männer kamen zunächst in das Zivilinternierungslager Kapuskasing im mittleren Ontario, das zu Beginn des Ersten Weltkrieges eingerichtet worden war, um insgesamt etwa 1.200 Personen deutscher und österreichischer Herkunft aufzunehmen. Doch nach wenigen Wochen wurden Arthur Ewert und Lieb Samsonovitch in die USA abgeschoben, da die kanadischen Behörden – im Fall von Arthur Ewert ganz offensichtlich zu Unrecht – von der Annahme ausgingen, daß die beiden Männer ursprünglich als illegale Einwanderer aus den USA nach Kanada gekommen waren.³⁸

Arthur Ewert kehrte noch im Sommer 1919 nach Deutschland zurück, das er fünf Jahre zuvor verlassen hatte. Elise Saborowski blieb aus unbekanntem Gründen in Toronto in Haft, sie konnte erst ein Jahr später, im März 1920, Kanada verlassen und nach Deutschland zurückkehren.³⁹

Das Wirken von Arthur Ewert und Elise Saborowski blieb in Kanada noch viele Jahre in Erinnerung. So erschien am 30. Mai 1923 in »The Worker«, der Zeitung der 1921 gegründeten zweiten Kommunistischen Partei Kanadas, ein Artikel von Arthur Ewert unter dem Titel »On the Way to the German Revolution«. Diesem Artikel hatte der Herausgeber eine sonst nicht übliche kurze Vorbemerkung vorangestellt, in der ausdrücklich an Arthur Ewert erinnert wurde. Arthur Ewert, so hieß es in dem Editorial, sei »vielen kanadischen Arbeitern noch gut bekannt«.⁴⁰

³⁶ The Toronto Times, Toronto, April 29, 1919.

³⁷ Vgl. dazu Ian Angus, a.a.O., S. 39 f.

³⁸ Im April 1919, nach der Verhaftung von Arthur Ewert und Elise Saborowski, hatte die kanadische Polizei auch gegenüber der Presse behauptet, daß Arthur Ewert und Elise Saborowski im Jahre 1914 von Europa aus zunächst in die USA gereist und von dort aus auf dem Landweg nach Kanada gelangt seien (vgl. dazu: The Globe, Toronto, April 7, 1919, und The Toronto Times, Toronto, April 7, 1919). Diese Darstellung war offensichtlich falsch.

³⁹ Über den weiteren Lebensweg von Lieb Samsonovitch ist nichts bekannt.

⁴⁰ The Worker, Toronto, May 30, 1923.

Kapitel 3: Zurück in Deutschland

Arthur Ewert kehrte am 9. August 1919 nach Berlin zurück.¹ Er wohnte zunächst bei seiner Mutter und seiner Schwester Minna, die in Wilmersdorf in der Hildegardstraße 17a eine gemeinsame Wohnung hatten. Bereits wenige Tage nach seiner Ankunft in Berlin fand er Arbeit als Hilfsarbeiter im Turbinenwerk der AEG in Moabit.²

Deutschland hatte sich in den fünf Jahren des Auslandsaufenthaltes von Arthur Ewert spürbar verändert. Im Gefolge der Niederlage im Ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution 1918 war die Monarchie beseitigt worden, zwei Tage vor der Ankunft von Arthur Ewert in Berlin hatte der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert die Weimarer Verfassung unterzeichnet. Allerdings waren die Eigentumsverhältnisse in der Wirtschaft unangetastet geblieben, und auch der alte Macht- und Herrschaftsapparat hatte die Revolutionsereignisse der Jahre 1918 und 1919 weitgehend unbeschadet überstanden.

Die SPD, die Partei, der Arthur Ewert bis zu seiner Ausreise nach Nordamerika angehört hatte, hatte sich im April 1917 als unvermeidliche Folge des Versagens der rechten SPD-Führung in der Frage von Krieg und Frieden gespalten. Mit der USPD, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, war eine mitgliederstarke Arbeiterpartei entstanden, in der jedoch linke und zentristische Kräfte einen ständigen Kampf um den weiteren politischen Weg der Partei führten.

Arthur Ewert schloß sich sofort – vermutlich noch im August 1919 – der Kommunistischen Partei Deutschlands an, die zum Jahreswechsel 1918/1919 in Berlin unter maßgeblicher Mitwirkung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründet worden war. In den Reihen dieser Partei fand er jene Freunde und Genossen wieder, mit denen er in Deutschland in den Jahren vor 1914 politisch verbunden gewesen war und zu denen er und seine Frau Sabo auch während des Aufenthaltes in Nordamerika brieflichen Kontakt gehabt hatten.

Den überlieferten Berichten und Dokumenten war nicht zu entnehmen, welche Aufgaben Arthur Ewert in den folgenden Monaten innerhalb der Kommunistischen Partei übernahm. In der bereits zitierten Strafsakte aus dem Jahre 1921 wurde jedoch darauf hingewiesen, daß Arthur Ewert über mehrere Monate hinweg »Mitglied des Aktionsausschusses des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg« gewesen war.³ Aller Wahrscheinlichkeit nach war damit der Berliner Vollzugsrat der Betriebsräte gemeint, der im März 1920 bei der Niederwerfung des sogenannten Kapp-Putsches eine entscheidende Rolle spielte.⁴

Zu dieser Zeit erfolgte auch der erste Eintrag in die am Ende bemerkenswert umfangreiche Akte von Arthur Ewert, die der britische Geheimdienst offiziell bis 1950 führte und die erst 2006 für die Öffentlichkeit freigegeben wurde: Am 10. November 1919

¹ Vgl. dazu: Elisabeth Saborowski-Ewert. In: Helga Schwarz, Internationalistinnen. Sechs Lebensbilder, Berlin (DDR) 1989, S. 47-76, hier: S. 51.

² Vgl. dazu: Katja Haferkorn, Arthur Ewert. Kämpfer für das deutsche und das brasilianische Volk, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin (DDR), 1/1968, S.102-113, hier S. 104 f.

³ Strafsache Arthur Ewert, Bundesarchiv, Berlin, R 3003 (Oberreichsanwalt beim Reichsgericht), Strafsache Az 11 J 21/21, Bd. 1, Blatt 13.

⁴ Vgl. dazu: Heinrich August Winkler, Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 124.

wandte sich Arthur Ewert, so ist es der Akte zu entnehmen, mit der Bitte an die Britische Militärmission in Berlin, bei der »Freilassung seiner Frau Elisabeth Saborowski« Hilfe zu leisten. Sabo befand sich zu diesem Zeitpunkt noch immer »als Kommunistin«, wie es in der entsprechenden Aktennotiz ausdrücklich hieß, im kanadischen Toronto in Haft.⁵

In Kanada, das zu dieser Zeit international noch von Großbritannien vertreten wurde und das erst im Gefolge des Versailler Vertrages damit begann, eine eigene Außenpolitik zu betreiben, war man um den Jahreswechsel 1919/20 bemüht, die Voraussetzungen für eine Abschiebung von Elise Saborowski nach Deutschland zu schaffen.⁶ Dazu gab es einen Schriftwechsel zwischen dem britischen Staatssekretariat für die Kolonien in London, dem britischen Gouverneur in Kanada, der seinen Sitz in Ottawa hatte, und dem Geschäftsträger der Schweiz in London, der schließlich einen befristeten Schweizer Paß für Elise Saborowski ausstellte. Mit diesem Paß konnte sie Kanada Ende Februar 1920 endgültig verlassen.⁷ An Bord des Passagierschiffes »Melita« der »Canadian Pacific Line« reiste sie in der Dritten Klasse gemeinsam mit mehreren hundert ehemaligen Kriegsgefangenen, aber auch deutschstämmigen Familien, die Kanada als unerwünschte Ausländer verlassen mußten, von St. Johns in New Brunswick zunächst nach Liverpool und von dort nach Deutschland.⁸

Am 20. März 1920 traf Elise Saborowski schließlich in Berlin ein, nach einjähriger Trennung waren Arthur Ewert und seine Lebensgefährtin nun wieder vereint. Doch Zeit, das Wiedersehen auch zu genießen, blieb wohl kaum, denn die politische Lage in Deutschland war in höchstem Maße angespannt, die Weimarer Republik erlebte ihre erste große Krise.

In den frühen Morgenstunden des 13. März 1920 hatte die Marinebrigade Ehrhardt, ein unter dem Kommando des Reichwehrgenerals Walther von Lüttwitz stehendes Freikorps, das Berliner Regierungsviertel besetzt. Der vormalige ostpreußische Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp hatte sich selbst zum Reichskanzler ernannt. Als maßgebliche Reichwehrgeneräle sich weigerten, dem Befehl des sozialdemokratischen Reichswehrministers Gustav Noske zu folgen, die Putschisten zu entwaffnen und zu verhaften, flüchtete die Reichsregierung aus Berlin. Allerdings hinterließ sie einen bemerkenswerten Appell, der in offensichtlichem Widerspruch zu ihrer früheren Politik stand, die revolutionären Kräfte, die die tatsächlichen Träger der politischen Veränderungen seit dem November 1918 gewesen waren, an der sprichwörtli-

⁵ Cross-reference to Ewert and Elise Saborowski, November 10, 1919, The National Archives, Great Britain, Kew, KV 2/2336 307958, Blatt 1x.

⁶ Es ließ sich nicht mehr feststellen, warum die Abschiebung von Arthur Ewert vergleichsweise unproblematisch verlief, es im Falle von Elise Saborowski aber offensichtlich Komplikationen gab. Möglicherweise hingen diese Komplikationen mit dem Geburtsort von Sabo zusammen, der im Gefolge des Versailler Vertrages Polen zugeschlagen wurde.

⁷ Library and Archives Canada: Department of External Affairs - Case of Elise Saborowski, File: 1920-600. Das Schweizerische Bundesarchiv (BAR) verfügt über keine Unterlagen zu diesem Vorgang. Nach Auskunft des Dienstes Historische Analysen des BAR war es in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg durchaus üblich, (befristete) Schweizer Pässe für Staatenlose und Ausländer auszustellen. (Mail des Schweizerischen Bundesarchivs vom 13. Dezember 2011.)

⁸ UK Incoming Passenger Lists, 1878-1960, Series BT 26-136367, The National Archives of UK (TNA), abgerufen über www.ancestry.com (12. Februar 2012, 11.00 Uhr).

chen »kurzen Leine« zu halten: »Arbeiter, Parteigenossen! Der Militärputsch ist da! Die [...] Landsknechte [...] haben den Versuch unternommen, die Republik zu beseitigen und eine diktatorische Regierung zu bilden. Mit Lüttwitz und Kapp an der Spitze! [...] Wir haben die Revolution nicht gemacht, um uns heute wieder einem blutigen Landsknechtregiment zu unterwerfen. [...] Es geht um alles! Darum sind die schärfsten Abwehrmittel geboten. [...] Deshalb legt die Arbeit nieder! Streikt! Schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab. Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! Laßt allen Zwist beiseite! Es gibt nur ein Mittel gegen die Diktatur Wilhelm II.: Lahmlegung jeden Wirtschaftslebens! Keine Hand darf sich mehr rühren! Kein Proletarier darf der Militärdiktatur helfen! Generalstreik auf der ganzen Linie! Proletarier, vereinigt Euch! Nieder mit der Gegenrevolution!«⁹

Die Führung der KPD nahm in der Frage der Verteidigung der bürgerlichen Weimarer Republik zunächst eine ausgesprochen sektiererische Haltung ein. Aus ihrer Sicht handelte es sich bei dem Putschversuch nur um den Kampf zwischen »zwei gegenrevolutionären Flügeln«, verkörpert durch den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert auf der einen Seite und den kaisertreuen Putschisten Wolfgang Kapp auf der anderen Seite. Eine Beteiligung am Generalstreik lehnte sie daher als nicht im Interesse der Arbeiter ab. In einer offiziellen Erklärung vom 13. März 1920 hieß es: »Die Ebert-Bauer-Noske sind stumm und widerstandslos in die Grube gefahren [...] Im Augenblick des Versinkens ruft diese Gesellschaft von Bankrotteuren die Arbeiterschaft zum Generalstreik auf zur »Rettung der Republik« [...] Das revolutionäre Proletariat [...] wird keinen Finger rühren für die in Schmach und Schande untergegangene Regierung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs [...] Es wird keinen Finger rühren für die demokratische Republik, die nur eine dürftige Maske der Diktatur der Bourgeoisie war [...].«¹⁰

Erst am folgenden Tag korrigierte die Partei ihre Position. Der Parteivorsitzende Paul Levi, der zu dieser Zeit im Gefängnis saß und nur über seine Sekretärin, die ihn dort regelmäßig besuchte, Kontakt zu seinen Genossen in der Führung der KPD unterhielt, hatte sich in die Diskussion eingeschaltet und eine entsprechende Direktive ausgegeben.¹¹ Die KPD rief nun gleichfalls zum Generalstreik und zur Bildung von Organen der Arbeitermacht auf: »Nach kurzem Zögern erhebt sich das Proletariat spontan, zornentbrannt gegen die von einer Handvoll Stahlhelmler eingesetzte Diktatur der Generale und Junker [...] Proletarier in Stadt und Land! Unter der Fahne der proletarischen Diktatur, der Herrschaft der Arbeiterräte, sammelt Euch zum Kampf gegen die Militärdiktatur. Zur Eröffnung dieses Kampfes führt der Generalstreik. Zur Eröffnung des Kampfes formiert euch sogleich zu Betriebsräten. Schließt die Betriebsräte zusammen zu Arbeiterräten, zu Vollversammlungen, die den Kampf leiten.

⁹ Aufruf der sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung und des Parteivorstandes der SPD vom 13. März 1920, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, Berlin (DDR) 1966, S. 583 f.

¹⁰ Die Rote Fahne, Berlin, 13./14. März 1920.

¹¹ Vgl. dazu: Margarete Buber-Neumann, Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919-1943, Stuttgart 1967, S. 29. Bei der genannten Sekretärin handelte es sich wahrscheinlich um Mathilde Jacob.

In den Arbeiterräten schafft euch wieder Organe, durch die ihr euren gemeinsamen Willen feststellen und gemeinsame Aktionen führen könnt. [...]«¹²

Arthur Ewert jedoch gehörte zu jenen damals durchaus zahlreichen Kommunisten, die nicht darauf warten mußten, von der Führung ihrer Partei zum Handeln aufgefordert zu werden. Als Betriebsrat und Gewerkschafter zählte er aller Wahrscheinlichkeit nach zu den führenden Köpfen des Generalstreiks in Berlin. Einzelheiten über das Wirken von Arthur Ewert in den Tagen und Wochen des Kapp-Putsches und seiner Niederwerfung sind allerdings nicht überliefert.¹³

Knapp ein Jahr später, am 20. Februar 1921, kandidierte Arthur Ewert bei den Wahlen zum zweiten Preußischen Landtag. Die KPD erhielt bei diesen Wahlen 7,5 Prozent der Stimmen und damit 31 Mandate. Arthur Ewert verfehlte ein Mandat nur knapp. In einem undatierten Brief an ihren Mann vom Sommer 1921 schrieb Elise Saborowski deshalb von der Möglichkeit, daß ein kommunistischer Abgeordneter aus dem Preußischen Landtag ausscheiden und Arthur Ewert »nachrücken« könnte, was ihm aufgrund der parlamentarischen Immunität ein gewisses Maß an persönlicher Sicherheit gegeben hätte.¹⁴

Im April 1921 wurde Arthur Ewert hauptamtlicher, also bezahlter Funktionär der KPD: Am 4. April 1921 entschied die Zentrale in Berlin, ihn als neuen Bezirkssekretär in den mitteldeutschen Raum zu entsenden.¹⁵ Allen Beteiligten muß klar gewesen sein, daß es sich bei dieser Berufung um ein Himmelfahrtskommando handelte.

Ende Februar 1921 war der Parteivorsitzende Paul Levi, gemeinsam mit Clara Zetkin und anderen wichtigen Funktionären, wegen grundlegender Differenzen mit der Kommunistischen Internationale in Moskau aus der Zentrale der KPD ausgeschieden.¹⁶ Heinrich Brandler, der kurzfristig die Führung der Partei übernommen hatte, wollte unter diesen Umständen die unbedingte Handlungsfähigkeit der KPD unter Beweis stellen. Innerhalb weniger Wochen wurde daher – unter maßgeblicher Mitwirkung von entsprechend bevollmächtigten Emissären der Komintern, unter ihnen Béla

¹² Aus dem Aufruf der KPD vom 14. März 1920, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 586 f.

¹³ Vgl. dazu: Katja Haferkorn, a.a.O. S. 105.

¹⁴ Vgl. Strafsache Arthur Ewert, a.a.O., Bd. 3. Möglicherweise bezog sich Elise Saborowski auf den Landtagsabgeordneten Adolph Hoffmann, der auf der Liste der KPD gewählt worden war, die Partei dann aber verließ und zur Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft wechselte, sein Mandat allerdings »mitnahm«.

¹⁵ Die genaue Bezeichnung der Funktion ist unklar. In der Literatur werden die Bezeichnungen »Bezirkssekretär«, »Organisationssekretär« und »Polsekretär«, aber auch »Polleiter«, weitgehend synonym verwendet, obwohl es in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre zumindest zeitweise die Unterscheidung gab, daß der »Bezirkssekretär« durch den jeweiligen Bezirksausschuß bestätigt werden mußte, während der »Organisationssekretär« durch die Zentrale eingesetzt wurde, ohne daß der betroffene Bezirk ein Mitspracherecht hatte. Es ist es allerdings vorstellbar, daß in der angespannten Situation Anfang April 1921 eine Bestätigung von Arthur Ewert als »Bezirkssekretär« durch den Bezirksausschuß schon aus praktisch-organisatorischen Gründen nicht möglich war.

¹⁶ Hintergrund waren die Auseinandersetzungen um die von der Führung der Komintern geforderte und durchgesetzte Abspaltung des linken Flügels der Sozialistischen Partei Italiens und seiner Konstituierung als Kommunistische Partei Italiens. Paul Levi, Clara Zetkin u.v.a. vertraten die Auffassung, daß ein Verbleib der Linken in der Sozialistischen Partei notwendig und möglich gewesen wäre, um die Partei in ihrer Gesamtheit für die Kommunistische Internationale zu gewinnen.

Kun, August Kleine¹⁷ und József Pogány (John Pepper), die sich seit Anfang März 1921 in Deutschland aufhielten – die sogenannte Offensivtheorie zur Grundlage der Politik der KPD. Zwei Jahre nach der verheerenden Niederlage der KPD beim Spartakusaufstand im Januar 1919 in Berlin sollte nun ganz offensichtlich ein neuer Versuch unternommen werden, in Deutschland eine Revolution in Gang zu setzen.¹⁸ Damit war die an den Realitäten orientierte Politik des »Offenen Briefes« an die Führungen von SPD, (Rest-) USPD und KAPD¹⁹ sowie verschiedene Gewerkschaftsverbände vom 8. Januar 1921, die auf gemeinsame Aktionen zur Erreichung von Tageszielen im Interesse der Arbeiter und der Arbeitslosen zielte, vom Tisch.²⁰

Die Aktivitäten der KPD konzentrierten sich nun vor allem auf den mitteldeutschen Raum, wo die KPD zu jener Zeit – als unmittelbares Ergebnis des Zusammenschlusses mit dem linken Flügel der USPD – hinsichtlich ihrer Mitgliederzahlen und ihrer Wählerstimmen überdurchschnittlich stark war. Bei den preußischen Landtagswahlen am 20. Februar 1921 hatte sie im Wahlkreis Halle-Merseburg, dem Kerngebiet des mitteldeutschen Raumes, fast 30 Prozent der Stimmen erhalten und war damit stärkste Partei geworden. Bei den gleichzeitig durchgeführten Wahlen zum Provinzialland-

¹⁷ August Kleine, geboren am 10. April 1890 als Abram Jakowlewitsch Heifetz (Abram Jakowlewic Chejfec) in Riga, war eine der schillerndsten Persönlichkeiten in der Geschichte der Kommunistischen Internationale. Sein Lebensweg kreuzte sich wiederholt mit dem Lebensweg von Arthur Ewert. Vor der Oktoberrevolution war er unter anderem Mitglied des jüdischen »Bund«, wo er den Namen Samuel Guralski verwendete. Im Mai 1917 kehrte er aus dem Exil in der Schweiz nach Rußland zurück. Nach Gründung der Komintern wurde er nach Deutschland entsandt, wo er unter dem Namen August Kleine in der Führung der KPD arbeitete. Anschließend war er als Auguste Lepetit in der Französischen KP tätig. Ab Ende der zwanziger Jahre befaßte er sich im Apparat der Komintern - zeitweise an führender Stelle - mit lateinamerikanischen Angelegenheiten und hielt sich als Rústico mehrere Jahre in Südamerika auf. Zu dieser Zeit war er innerhalb der Komintern wieder unter dem Namen Guralski bekannt. (Allerdings wurde in den überprüften Dokumenten der Komintern kein Vorname genannt. Als Autor geschichtswissenschaftlicher Veröffentlichungen in den frühen vierziger Jahren nannte er sich Abram Guralski. Dieser Name wird auch in der einschlägigen Literatur verwendet. Aus diesem Grund erscheint er in dieser Arbeit zuerst als August Kleine, dann als Abram Guralski.) Im Jahre 1936 geriet er als Anhänger von Grigori Sinowjew in den Strudel der Stalinschen Säuberungen - er wurde verhaftet und zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt. Das Urteil wurde aus unbekanntem Gründen im Mai 1938 wieder aufgehoben und Guralski wurde freigelassen. Auch sein Parteiausschluß wurde aufgehoben, so daß er in der Folge eine wissenschaftliche Laufbahn einschlagen konnte. Während des Großen Vaterländischen Krieges arbeitete Guralski unter dem Namen Professor Arnold als Lehrer in Antifa-Schulen für deutsche Kriegsgefangene. U.a. war er im Kriegsgefangenenlager Nr. 27 in Krasnogorsk bei Moskau eingesetzt, wo zeitweilig auch Generalfeldmarschall Friedrich Paulus untergebracht war. Im Jahre 1948 wurde er erneut verhaftet und im März 1952 zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. 1958 wurde er freigelassen und arbeitete anschließend wieder als Historiker an der Moskauer Universität. Er starb 1960. Auch mehr als fünfzig Jahre nach seinem Tod steht eine erste Biographie von Abram Guralski noch aus.

¹⁸ Vgl. dazu u.a.: Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik* (Neuausgabe), Frankfurt am Main 1969, S. 159 ff.

¹⁹ Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) war eine Abspaltung von der KPD, deren Mitglieder linke, parlamentarismuskritische und rätekommunistische Positionen vertraten. Sie war zeitweise kooptiertes Mitglied der Kommunistischen Internationale. Mitte 1921 hatte sie etwa 43.000 Mitglieder, spaltete sich jedoch in der Folge mehrmals und verlor zunehmend an Bedeutung. Vgl. dazu u.a.: Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923*, Darmstadt 1993 (Aktualisierte und mit einem Nachwort versehene Neuausgabe).

²⁰ Offener Brief der Zentrale der VKPD vom 8. Januar 1921, in: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, a.a.O., S. 610-613.

tag der preußischen Provinz Sachsen war die KPD mit 19,3 Prozent der Stimmen drittstärkste Partei geworden.²¹

Doch auch und gerade in der außerparlamentarischen Bewegung besaß die KPD im mitteldeutschen Raum feste und einflußreiche Positionen. Das Gebiet war seit der Niederschlagung des Kapp-Putsches im Frühjahr 1920 nicht mehr zur Ruhe gekommen. Die Arbeiter im mitteldeutschen Raum, die über eine lange Tradition erfolgreicher sozialer Kämpfe verfügten, setzten sich nachdrücklich gegen alle Versuche der örtlichen Großunternehmer, insbesondere in der Kohle- und der chemischen Industrie, zur Wehr, die Löhne zu kürzen, die Arbeitszeit zu verlängern und verschiedene soziale Errungenschaften der Vorkriegszeit zu beseitigen. Immer wieder kam es zu Streiks und spontanen Arbeitsniederlegungen. Die Tatsache, daß viele Arbeiter seit den Tagen des Kampfes gegen den Kapp-Putsch bewaffnet und nicht bereit waren, diese Waffen abzuliefern, war ein weiterer Faktor, der zum Entstehen einer angespannten, ja explosiven Lage im mitteldeutschen Raum beitrug.

Dieser Entwicklung wollten die preußischen Behörden, unterstützt durch die Reichsregierung, mit allen Mitteln entgegenwirken. Spätestens seit Ende 1920 wurde deshalb ein massiver Einsatz der paramilitärischen Schutzpolizei im mitteldeutschen Raum vorbereitet, um – auch und vor allem im Interesse der einheimischen Großunternehmen – die Staatsmacht wieder uneingeschränkt herzustellen. Dazu sollten die »Rädelführer« der »Unruhen« verhaftet und die Arbeiter vollständig entwaffnet werden. Energischer Widerstand wurde nicht nur erwartet, sondern erhofft, um so einen glaubhaften Vorwand für ein gewaltsames Vorgehen zu haben.

Die Pläne der Regierungsbehörden, die keineswegs geheim blieben, kamen dem abenteuerlichen Kurs der neuen Führung der KPD und ihrer Moskauer Berater außerordentlich entgegen. Der unvermeidliche spontane Abwehrkampf der Arbeiter gegen die paramilitärische Besetzung des mitteldeutschen Raumes sollte innerhalb kürzester Zeit, unterstützt durch einen Generalstreik in ganz Deutschland, zu einem bewaffneten Aufstand mit dem Ziel weitergeführt werden, die Reichsregierung zu stürzen und die politische Macht im gesamten Reich zu übernehmen.

Am 17. März 1921 tagte daher im Berliner Reichstagsgebäude der Zentralausschuß der KPD. In der mehrstündigen Debatte fielen immer wieder markige Worte. August Kleine zum Beispiel erklärte, »die Zeit sei reif zum Losschlagen.« An anderer Stelle hieß es: »Man muß das Geschick der Revolution zwingen.« Dann weiter: »Die Partei muß wagen, die Offensive zu übernehmen.« Und schließlich: »Außer den Kommunisten werden auch noch zwei oder drei Millionen nichtkommunistische Arbeiter mit uns kämpfen.«²² Zum Abschluß der Tagung des Zentralausschusses wurde ein Beschluß gefaßt, in dem festgestellt wurde: »Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, den aktiven Kampf aufzunehmen mit folgenden Zielen: 1. Sturz der Regierung, die sich mit dem Ententeimperialismus zur Unterjochung und Aushungerung der Arbeiterklasse verständigen wird, die die Kriegskosten auf die Arbeiter abwälzt und die das Bündnis mit Sowjetrußland ablehnt. 2. Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland.

²¹ Vgl. dazu: Sigrid Koch-Baumgarten, *Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921*, Frankfurt am Main 1986, und: Stefan Weber, *Ein kommunistischer Putsch? Märzaktion 1921 in Mitteleuropa*, Berlin 1991.

²² Alle Zitate nach: Ossip K. Flechtheim, a.a.O., S. 160.

3. Entwaffnung der Konterrevolution und Bewaffnung der Arbeiter. 4. Sicherung des Lebens und der Kampfkraft der Arbeiterschaft und Abwehr der Versuche der Bourgeoisie, die Kriegskosten auf die Arbeiter abzuwälzen [...]«²³

Die unmittelbaren Vorbereitungen für die »Märzaktion« im mitteldeutschen Raum hatten allerdings bereits in den Tagen zuvor begonnen. Beteiligt daran waren neben den genannten »politischen« Beratern der Komintern auch einflußreiche Abgesandte der Moskauer Führung, die zwar vielseitige, vor allem auch militärische Erfahrungen aus der russischen Revolution mitgebracht hatten, die aber weder bereit noch in der Lage waren, diese Erfahrungen den konkreten Bedingungen Deutschlands anzupassen. Ihr einziges Ziel war es, um jeden Preis in Deutschland eine Revolution in Gang zu setzen, um so für die Revolution in Rußland, die sich – nicht zuletzt durch den Aufstand der Kronstädter Matrosen – in einer tiefen Krise befand, Entlastung zu schaffen. Bereits am 15. März 1921 hatte Hermann Emil Kuenzer, der Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, das so formuliert: »Die Moskauer Regierung bedarf unbedingt einer großen Aktion außerhalb Rußlands, um sich weiter an der Macht zu halten.«²⁴ Selbstverständlich wurde diese Sichtweise auf die sich anbahnenden Ereignisse von allen regierungsnahen Zeitungen aufgegriffen und zum großen Thema gemacht. Der sozialdemokratische »Vorwärts« titelte am 19. März 1921 sogar: »Moskau braucht Leichen«.²⁵

Ursprünglich hatte die Führung der KPD geplant, den Aufstand nach den Osterfeiertagen, also nach dem 27. bzw. 28. März 1921, auszulösen. Doch die gewaltsamen Auseinandersetzungen begannen bereits am 23. März 1921.²⁶ Am Tag darauf, am 24. März 1921, verhängte der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert auf Verlangen des ebenfalls sozialdemokratischen preußischen Oberregierungspräsidenten Otto Hörsing über die gesamte preußische Provinz Sachsen den Ausnahmezustand.²⁷ Die Führung der KPD antwortete darauf mit einem Aufruf zum Generalstreik, der jedoch nur auf geringe Resonanz stieß. Schon ein Streikaufruf der örtlichen Bezirksleitung der KPD vom 21. März 1921 war nahezu ungehört verhallt, erst im Verlaufe des 22. März 1921 war es im mitteldeutschen Raum, vor allem im Gebiet um Mansfeld, zu nennenswerten Streikaktionen gekommen.

²³ Beschluß der Tagung des Zentralausschusses vom 17. März 1921, in: Stefan Weber, a.a.O., S. 263 f.

²⁴ So zitiert in: Ebenda, S. 60.

²⁵ Vorwärts, Berlin, 19. März 1921.

²⁶ Zu den wichtigsten Akteuren während des sogenannten Mitteldeutschen Aufstandes gehörte Max Hoelz (1889-1933), der damals vorübergehend der KAPD angehörte. Er kam am 22. März 1921 in den mitteldeutschen Raum und bildete dort bewaffnete Gruppen aus Arbeitern und Arbeitslosen, die durch Brandstiftungen, Plünderungen und Sprengstoffattentate, unter anderem gegen Bahnstrecken und öffentliche Gebäude, die »Revolution« vorantreiben sollten. Insbesondere diese Handlungen, die natürlich von der bürgerlichen und sonstigen regierungsnahen Presse zum zentralen Thema gemacht wurden, trugen wesentlich dazu bei, daß der Kampf im mitteldeutschen Raum im übrigen Reich kaum auf Sympathien stieß. Am 1. April 1921 wurde die letzte Gruppe von Aufständischen um Max Hoelz bei Beesenstedt zerschlagen, ihm selbst gelang zunächst die Flucht. Zur Biographie von Max Hoelz vgl. u.a.: Ulla Plener (Hrsg.), Max Hoelz: Ich grüße und küsse Dich - Rot Front! Tagebücher und Briefe, Moskau 1929 bis 1933, Berlin 2005.

²⁷ Der Ausnahmezustand betraf auch die damals noch zu Preußen gehörenden Teile des Gebietes von Groß-Hamburg, wo es zu größeren Solidaritätsaktionen gekommen war. Vgl. dazu u.a. Stefan Weber, a.a.O., S. 108 ff., und Sigrid Koch-Baumgarten, a.a.O., S. 175 ff.

Bereits am 29. März 1921 waren die bewaffneten Auseinandersetzungen weitgehend beendet. Angesichts der deutlichen Überlegenheit der Polizeitruppen an Menschen und Material gelang es den Aufständischen zu keiner Zeit und an keinem Ort, in irgendeiner Form in die Offensive zu gelangen. Zu dem beteiligten sich in ganz Deutschland – statt der erhofften und erwarteten zwei bis drei Millionen – nur etwa 200.000 Arbeiter und Arbeitslose an Streiks und anderen Solidaritätsaktionen. Die in Berlin erscheinende bürgerlich-liberale »Vossische Zeitung« kommentierte die Vorgänge im mitteldeutschen Raum so: »Die Entwicklung der letzten Tage hat gezeigt, daß es sich bei den kommunistischen Aufständen immer nur um ein paar hundert Leute handelt, die in der Art mexikanischer Räuberbanden vorgehen. [...] Es ist eine kleine Gruppe von Fanatikern, verstärkt durch jugendliche Elemente, die im Krieg wie Unkraut aufwachsen, und ausgesprochenes Verbrechergesindel. [...] Das sind die ›Truppen‹, die Moskau ins Feuer schickt und zu deren Unterstützung die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands, brüderlich vereint mit der Kommunistischen Arbeiterpartei und den Syndikalisten, die gesamte Arbeiterschaft auffordert, die Betriebe zu verlassen. [...] Die Arbeiterschaft, und zwar ohne Unterschied der Partei, lehnt die Gefolgschaft für das wahnsinnige Unternehmen ab und folgt den Aufforderungen der Gewerkschaften, sich von allen Veranstaltungen der Kommunisten fernzuhalten. Die Hoffnung, durch die glimmenden Funken ganz Deutschland aufflammen zu lassen, erfüllt sich nicht, weil und so lange die breiten Massen des Volkes das Gefühl haben, daß ihnen ein fremder Wille aufgezwungen werden soll und daß es nicht ihre eigene Sache ist, für die sie Gut und Blut opfern sollen.«²⁸

Während der Märzkämpfe kamen im gesamten mitteldeutschen Raum etwa 180 Menschen zu Tode, unter ihnen 35 Polizisten. Mehr als 6.000 Personen wurden verhaftet. In den folgenden Wochen und Monaten wurden 4.000 von ihnen zu teilweise langjährigen Haftstrafen verurteilt. Insgesamt gab es acht Verurteilungen zu lebenslanger Haft und vier Todesurteile.

Beinahe zwangsläufig wurde der Aufstandsversuch im mitteldeutschen Raum für die KPD in ihrer Gesamtheit zu einer weiteren schweren Niederlage. Weitgehend losgelöst von den Erwartungen, Hoffnungen und aktuellen Interessen der Arbeiter und organisatorisch schlecht vorbereitet, hatte es zu keinem Zeitpunkt die Chance auf einen Erfolg gegeben. Noch Monate nach dem Scheitern der Märzaktion versuchte Karl Radek mit einem Artikel in der »Internationale« die Verantwortung für das Scheitern der Partei insbesondere der SPD und der USPD anzulasten, doch auch er kam nicht umhin, massive Fehler in den eigenen Reihen einzugestehen: »Sollte die KPD untätig zuschauen, wie das rote Mitteldeutschland, die stärkste Burg des deutschen Kommunismus, in Banden geschlagen wird? Die Entscheidungen der Partei dürfen nicht durch Gefühlsmomente bestimmt werden; sie müssen von einer realen Einsicht in die bestehenden Machtverhältnisse bestimmt werden. Diese Einsicht ermöglichte und erforderte eine Aktion der Partei. [...] Die Taktik des Offenen Briefes, wenn er nicht ein einmaliger Trick war, forderte, bevor wir in die Aktion schritten, vor den Massen festzustellen, daß es nicht unsere Schuld ist, wenn wir genötigt sind, zu einer selbständigen Sonderaktion zu greifen. Die Bedürfnisse des Aufmarsches erforderten also, daß wir uns noch einmal an die Gewerkschaften und an die sozial-

²⁸ Vossische Zeitung, Berlin, 29. März 1921, Abendausgabe.

demokratischen Parteien wenden und an sie die Frage stellen: ›Wollt Ihr zusammen mit uns die Bergarbeiter Mitteldeutschlands verteidigen oder nicht?‹ Da die Regierungsaktion in Mitteldeutschland von dem preußischen Innenminister, dem Sozialdemokraten Severing ausging, da sie von dem Sozialdemokraten Hörsing auf Geheiß der Bourgeoisie erfolgte, so hatten wir erstens die Aufgabe, die Sozialdemokratie zu nötigen, sich offen zu diesem Schlage gegen die Arbeiter zu bekennen, zweitens, die Unabhängigen zu nötigen, sich vor den Arbeitern in klarer Weise dazu zu bekennen, ob sie in einer Front mit der Orgesch²⁹ und mit Severing oder mit den Bergarbeitern Mitteldeutschlands stehen wollen. Dies alles wurde unterlassen, wodurch die Verantwortung für die selbständige Aktion auf uns, auf die KPD äußerlich fiel. [...] Das unsinnige Auftreten einzelner KAP-Arbeitergruppen, die entgegen dem Willen ihrer Führer eine Reihe von Attentaten begingen, verwirrten die Arbeitermasse und erleichterten der unabhängigen Führerschaft, schamlos und offen an die Seite der Konterrevolution zu treten. Wenn man die kommunistische Presse dieser Tage verfolgt, so zeigt es sich auch, daß der kommunistische Parteiapparat den Übergang von der Agitation zur Aktion nicht ohne weiteres vollziehen konnte. Weder die Presse noch die Organisationsleiter verstanden es, mit voller Energie und Leidenschaft aufzutreten, mit Ausnahme von ein paar Organen [...] zeigten sie nicht das Verständnis des Ernstes der Lage, in der sich die Vorhut des Proletariats befand.«³⁰

Besonders verheerend waren die Folgen für die KPD naturgemäß im mitteldeutschen Raum. Tausende Mitglieder und einfache Funktionäre, soweit sie nicht ohnehin von der Polizei verhaftet und von der Staatsanwaltschaft unter Anklage gestellt worden waren, verließen angesichts des abenteuerlichen Kurses der Parteiführung in Berlin die KPD. Damit lösten sich die örtlichen Strukturen der Partei faktisch auf, wichtige Verbindungslinien waren bereits im Gefolge der blutigen Zusammenstöße zwischen Polizei und Aufständischen zerrissen. Alfred Oelßner, der vormalige Bezirkssekretär der KPD für den Bezirk Halle-Merseburg, hatte das Gebiet fluchtartig verlassen müssen, da ihm Verhaftung und eine Anklage wegen Hochverrats und im Falle einer Verurteilung möglicherweise die Todesstrafe oder zumindest viele Jahre Zuchthaus drohten.³¹

Sein Nachfolger wurde, wie erwähnt, Arthur Ewert. Unklar ist, warum die Zentrale in Berlin Arthur Ewert bei der Einsetzung des neuen Bezirkssekretärs – trotz entsprechender Proteste von Mitgliedern des Bezirksausschusses Halle-Merseburg – gegenüber Georg Schumann den Vorzug gab. Möglicherweise spielte die Tatsache eine Rolle, daß Schumann in den Märztagen gegenüber der sogenannten Offensivtheorie und ihrer Umsetzung im mitteldeutschen Raum eine gewisse Skepsis gezeigt hatte.³² Im

²⁹ Die »Organisation Escherich«, kurz »Orgesch«, war eine bewaffnete, extrem rechte und republikfeindliche paramilitärische Organisation. Auf dem Höhepunkt ihres Einflusses im Frühjahr 1921 hatte sie in ganz Deutschland etwa eine Million Mitglieder.

³⁰ Karl Radek, Lehren der Märzkämpfe, in: Die Internationale. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus, Jahrgang 3, Heft 7, Berlin 1921, S.277-280.

³¹ Alfred Oelßner wurde am 18. Juni 1924 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, allerdings im Rahmen einer allgemeinen Amnestie bereits im folgenden Jahr freigelassen.

³² Vgl. dazu: Stefan Weber, a.a.O., S. 210 f. Nach der Verhaftung von Arthur Ewert wurde Georg Schumann schließlich doch als neuer Bezirkssekretär nach Halle-Merseburg entsandt.

Umkehrschluß würde das allerdings bedeuten, daß Arthur Ewert ein Unterstützer der Offensivtheorie war. Doch dafür gibt es keine Belege.

Angesichts des fortdauernden Ausnahmezustandes im mitteldeutschen Raum mußte Arthur Ewert unter den Bedingungen strengster Illegalität leben und arbeiten. Er reiste unter falschem Namen, überliefert ist der Name Blone³³, schlief in ständig wechselnden Quartieren, und vor allem bei der Suche nach früheren örtlichen Parteifunktionären, über deren Schicksal nichts bekannt war, bestand immer die Gefahr, daß er in eine Falle der Polizei lief und verhaftet wurde.

Tatsächlich konnte Arthur Ewert seine neue Funktion nicht einmal drei Wochen ausüben. Bereits am 21. April 1921 fiel er der Polizei in die Hände, wobei Ort und Umstände seiner Gefangennahme nicht überliefert sind.

Arthur Ewert wurde zunächst in das Gerichtsgefängnis in Halle gebracht. Dort wurde er am 24. April 1921 offiziell als Untersuchungsgefangener registriert. Am 27. April 1921 fand ein erster Haftprüfungstermin statt, bei dem der Haftbefehl erwartungsgemäß verlängert wurde. In seinen persönlichen Notizen auf der Rückseite des schriftlich ausgefertigten Haftbefehls hielt der Haftrichter fest: »Der Beschuldigte macht einen äußerst intelligenten Eindruck, er scheint überzeugter Kommunist zu sein und ist bestrebt, in seinen Angaben alles zu vermeiden, was irgendwie einen Einblick in die inneren Vorgänge der Leitung der kommunistischen Partei geben könnte. [...] Er scheint sogar bereit, sich für andere aufzuopfern. [...] Ich habe den Eindruck, daß das vorhandene Material bei sachgemäßer Verfolgung außerordentlich weitgehende Aufklärung über die innerpolitische Tätigkeit der Kommunistischen Partei und ihre internationalen Beziehungen erschließen wird.«³⁴

Bemerkenswert ist, daß der Haftrichter bei diesem Haftprüfungstermin Arthur Ewert auch nach einer möglichen Beziehung zu Leo Trotzki befragte: Der Beschuldigte »bestreitet zwar, während seines Aufenthaltes in Kanada mit Trotzki in Verbindung gekommen zu sein, als ich ihn aber auf das mir bekannte agitatorische Wirken Trotzki in den Gefangenenlagern Kanadas hinwies, gab er zu, daß auch für ihn die Möglichkeit bestanden hätte, mit ihm in Verbindung zu treten. Persönlich will er aber mit ihm nicht in Berührung gekommen sein.«³⁵

Leo Trotzki galt zu diesem Zeitpunkt noch als einer der herausragenden und unbestrittenen Führer der russischen Revolution. Eine persönliche Bekanntschaft mit ihm aus der Zeit vor der Oktoberrevolution 1917 hätte einem deutschen Kommunisten aus der damaligen Parteisicht durchaus zur Ehre gereicht, auch wenn Trotzki sich erst unmittelbar vor der Oktoberrevolution den Bolschewiki um Lenin angeschlossen hatte.

Allerdings hatte die Teilnahme Moskauer Emissäre an den Märzereignissen im mitteldeutschen Raum für großes und wenig erfreuliches Aufsehen gesorgt. Der vormalige Parteivorsitzende Paul Levi beispielsweise war erst wenige Tage zuvor, am 15. April 1921, wegen seiner öffentlichen Kritik an der Märzaktion aus der Partei ausgeschlos-

³³ SZ File re Ewert, [Letter to Captain Miller, Scotland Yard, regarding Arthur Ewert], London, October 8, 1931, SZ file re Ewert, The National Archives, Great Britain, Kew, KV 2/2336 307958, Blatt 1a.

³⁴ Strafsache Arthur Ewert, a.a.O., Bd. 1, Blatt 26 (Rs) und 27.

³⁵ Ebenda, Blatt 26 (Rs).

sen worden.³⁶ In seiner Broschüre »Unser Weg. Wider den Putschismus« hatte er das Vorgehen der KPD im mitteldeutschen Raum öffentlich als »größte[n] Bakunisten-Putsch der bisherigen Geschichte« und die Moskauer Emissäre als »Turkestaner« und »Staatsmänner im Duodezformat« bezeichnet, die weniger Schaden angerichtet hätten, wenn sie ihre »Kunststücke« nicht in Westeuropa und Deutschland ausprobiert hätten.³⁷

Insofern hätte Arthur Ewert also guten Grund gehabt, eine mögliche persönliche Bekanntschaft mit Leo Trotzki gegenüber den deutschen Ermittlungsbehörden zu verschweigen, die eine solche Bekanntschaft mit einiger Wahrscheinlichkeit als Beweis für eine unmittelbare Mitwirkung des damaligen russischen Volkskommissars für Verteidigung an den Vorgängen in Deutschland angeführt hätten.³⁸

Ursprünglich sollte Arthur Ewert von einem Sondergericht abgeurteilt werden, das nach den Ereignissen vom März 1921 kurzfristig eingerichtet worden war. Doch Mitte Mai entschied das für Staatsschutzsachen zuständige Reichsgericht in Leipzig, den Fall an sich zu ziehen. Der Oberreichsanwalt schrieb in diesem Zusammenhang an den zuständigen Untersuchungsrichter beim Oberreichsgericht: »Ich beschuldige den Angeklagten, in der Zeit nach dem Märzputsch 1921 im Inland, insbesondere in Halle a[n der] S[aa]le, ein hochverräterisches Unternehmen, nämlich die gewaltsame Einführung der Räterepublik in Deutschland, durch vorbereitende Handlungen gefördert zu haben.«³⁹

Das Material, auf das sich die Anklagebehörde stützte, war jedoch ausgesprochen dürftig, auch wenn der Hallenser Haftrichter, wie geschildert, zunächst an einen ganz großen »Fang« geglaubt hatte. Es handelte sich bei diesem Material um einige Flugblätter der KPD, in denen zum bewaffneten Kampf aufgerufen wurde, die allerdings nicht Arthur Ewert persönlich zugeordnet werden konnten, sowie um einige namentlich nicht gekennzeichnete Rundschreiben der Zentrale der KPD an die örtlichen Parteiorganisationen und um einige wenige Papiere mit Instruktionen für die Parteifunktionäre in Halle-Merseburg, die tatsächlich von Arthur Ewert verfaßt worden waren.

Am 19. Mai 1921 teilte der Berliner Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld dem Gericht in einem Schreiben mit, daß er von der »Verlobten des Beschuldigten«, also von Elise Saborowski, offiziell als Verteidiger von Arthur Ewert bestellt worden war. Am 26. Mai 1921 erteilte Arthur Ewert seinem Verteidiger auch formell das notwendige Mandat.⁴⁰

Kurt Rosenfeld war zu jener Zeit einer der bedeutendsten Juristen Deutschlands. Er hatte unter anderem Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in politischen Prozessen

³⁶ Zur Biographie von Paul Levi siehe u.a.: Frédéric Cyr, *Rebelle devant les extrêmes. Paul Levi, une biographie politique*, Montréal 2011.

³⁷ Paul Levi, *Unser Weg. Wider den Putschismus*, Berlin 1921, S. 31 und 46..

³⁸ Allerdings ist davon auszugehen, daß Arthur Ewert Leo Trotzki in Kanada tatsächlich nicht getroffen hatte. Eine solche persönliche Bekanntschaft wäre zumindest im engeren Führungskreis der KPD bekannt gewesen und wäre bei passender Gelegenheit, zum Beispiel bei der Ausschaltung der sogenannten Versöhner ab Herbst 1928 als Vorwurf gegen Arthur Ewert vorgebracht worden. Das ist jedoch zu keinem Zeitpunkt geschehen.

³⁹ Strafsache Arthur Ewert, a.a.O., Bd. 2, Blatt 17.

⁴⁰ Strafsache Arthur Ewert, a.a.O., Bd. 1, Blatt 39 f.

als Verteidiger vertreten, war von November 1918 bis Januar 1919 kurzzeitig preußischer Justizminister gewesen und war seit 1920 als Abgeordneter der USPD, zu deren Gründungsmitgliedern er 1917 gehört hatte, Mitglied des Deutschen Reichstags. Die Tatsache, daß Kurt Rosenfeld die Verteidigung von Arthur Ewert übernahm, deutet darauf hin, daß dem geplanten Prozeß gegen Arthur Ewert auch seitens der Zentrale der KPD eine große Bedeutung beigemessen wurde. Denn unter den gegebenen Umständen war es wenig wahrscheinlich, daß Kurt Rosenfeld das Mandat für Arthur Ewert ohne Zustimmung durch die Führung der KPD übernommen hätte.

Die große Wertschätzung, die Arthur Ewert bei seinen früheren Kollegen in der Turbinenfabrik der AEG auch nach seinem Wechsel in die hauptamtliche Tätigkeit für die KPD genoß, macht ein Schreiben deutlich, dessen undatierte Abschrift sich in seiner Strafakte aus dem Jahre 1921 befindet – der Gesamtbetriebsrat der AEG forderte in einem in dieser Form eher ungewöhnlichen Akt der Solidarität die sofortige Haftentlassung von Arthur Ewert: »Wir ersuchen im Interesse der wirtschaftlichen Stabilität unserer Werke die in der Turbinenfabrik, deren Betriebsratsmitglied unser Kollege Ewert ist, herrschende Erregung droht bald auch auf die Schwesterwerke der AEG überzuspringen.«⁴¹ Bezeichnend ist, daß die offizielle Antwort vom 1. Juli 1921 lediglich die Mitteilung enthielt, daß die Formulierung einer solchen Forderung nicht in der Zuständigkeit eines Betriebsrates liegen würde.⁴²

Elise Saborowski bemühte sich in den Wochen und Monaten nach der Verhaftung von Arthur Ewert immer wieder um eine Besuchsgenehmigung, zunächst in Halle, dann in der Leipziger Untersuchungshaftanstalt in der damaligen Moltkestraße, wohin Arthur Ewert am 27. Mai 1921 verlegt worden war.

Am 10. August 1921, Arthur Ewert befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits seit fast vier Monaten in Haft, ohne daß Anklage erhoben worden wäre, erklärte der Oberreichsanwalt in einem Schreiben an das Reichsgericht in Leipzig: »Den [...] Antrag der Braut des Angeschuldigten, namens Elise Saborowski, ihr Sprecherlaubnis zu erteilen, bitte ich als unbegründet abzulehnen. Wie aus den zwei- bis dreimal wöchentlich hier einlaufenden Briefen der Saborowski ersichtlich ist, bestehen private Angelegenheiten, über die nicht auch schriftlich verhandelt werden könnte, überhaupt nicht; es handelt sich vielmehr um ein persönliches Wiedersehen als solches. Dieses zu gewähren liegt kein Anlaß vor, um so weniger als die Saborowski nach der polizeilichen Auskunft [...] an den gesetzwidrigen Bestrebungen des Angeschuldigten teilnimmt.«⁴³

Am 6. September 1921 schließlich erfolgte der Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Arthur Ewert. Wegen Fluchtgefahr wurde die Fortdauer der Untersuchungshaft angeordnet. Als Verhandlungstermin vor dem Reichsgericht in Leipzig wurde der 27. Oktober 1921 festgelegt.⁴⁴

⁴¹ Ebenda, Bd. 2, Blatt 22. Die stilistischen Mängel dieses Textes sind offensichtlich die Folge einer fehlerhaften Abschrift durch den zuständigen Gerichtsschreiber.

⁴² Ebenda, Bd. 2, Blatt 23.

⁴³ Strafsache Arthur Ewert, a.a.O., Bd. 3, Blatt 77.

⁴⁴ Die Behauptung von Katja Haferkorn, daß Arthur Ewert vor dem 10. August 1921 aus dem Gefängnis befreit wurde, ist also falsch. Immerhin hatte sie einschränkend festgestellt, daß die Umstände der angeblichen Befreiung Arthur Ewerts »nicht bekannt« seien. Vgl. dazu: Katja Haferkorn, a.a.O., S. 105, Anmerkung 12.

Zwei Tage vor der Verhandlung, am 25. Oktober 1921, sandte der zuständige Justizbeamte ein bemerkenswertes Schreiben an das Polizeiamt von Leipzig: »Am 27. des Monats wird vor dem 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts gegen den Parteifunktionär Ewert wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhandelt. Bei der herausragenden Stellung, die Ewert in der kommunistischen Partei einnimmt, erscheinen besondere Sicherheitsmaßnahmen im Gebäude des Reichsgerichts und insbesondere im Sitzungssaale erforderlich. Ich stelle deshalb das ergebene Ersuchen, einige Mannschaften der Schutzmannschaft oder der Sicherheitspolizei zu genanntem Termin [...] abzuordnen.«⁴⁵

Der Prozeß gegen Arthur Ewert dauerte nur wenige Stunden und endete – sicher zur Überraschung nicht nur des Angeklagten – mit einem klaren Freispruch.⁴⁶ Der Haftbefehl gegen Arthur Ewert wurde noch am selben Tag aufgehoben, und Arthur Ewert wurde freigelassen. Eine Entschädigung für die nach diesem Urteil offensichtlich zu Unrecht erlittene sechsmonatige Untersuchungshaft wurde aus fadenscheinigen Gründen abgelehnt. In der Urteilsbegründung in der Hauptsache führte das Gericht aus, daß der Vorwurf des Hochverrats oder auch der Vorbereitung zum Hochverrat zwingend die Anwendung von Gewalt seitens des Angeklagten vorausgesetzt hätte. Gewaltanwendung habe der Oberreichsanwalt dem Angeklagten aber nicht nachweisen können. Wörtlich hieß es in der Urteilsbegründung: »Der Angeklagte gibt an, daß er zwar auf dem Boden seiner Partei stehe und Gewaltanwendung zur Durchsetzung ihrer Ziele nicht grundsätzlich ablehne, daß er aber bei seiner Tätigkeit nicht an ein in naher oder auch nur absehbarer Zeit zu verwirklichendes bestimmtes gewaltsames Unternehmen gedacht habe, sondern von dem Gedanken ausgegangen sei, daß es zunächst nur darum sich handeln könne, durch geistige Bearbeitung die Masse der Arbeiter, die entscheidenden Schichten des Proletariats, für die kommunistischen Grundsätze zu gewinnen, daß aber solange diese geistige Durchdringung der Massen nicht gelungen sei, an die Erreichung des Parteizieles – selbst bei Gewaltanwendung – noch nicht gedacht werden könne. Dieses Vorbringen mag für die Zwecke des vorliegenden Strafverfahrens ausgedacht sein, es ist aber dem Angeklagten nicht mit einer jeden Zweifel ausschließenden Sicherheit zu widerlegen.«⁴⁷

Das Urteil gegen Arthur Ewert wurde in nicht weniger als zweiundzwanzig Exemplaren ausgefertigt und vom Reichsgericht offiziell an zahlreiche staatliche Behörden, unter anderem die Justizministerien der größten Länder des Deutschen Reiches, übersandt. Offensichtlich ging es darum, die Sicherheitsbehörden im gesamten Reichsgebiet vor Arthur Ewert und seinem Wirken als Funktionär der KPD zu warnen.

Wenige Tage später, am 8. November 1921, war der Prozeß gegen Arthur Ewert vor dem Reichsgericht Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage im Deutschen Reichstag. Kurt Rosenfeld, der Verteidiger von Arthur Ewert, nutzte seine Rechte als Reichstagsabgeordneter, um von der Reichsregierung, vertreten durch einen hochrangigen Beamten des Justizministeriums, Auskünfte in Zusammenhang mit dem seit

⁴⁵ Strafsache Arthur Ewert, a.a.O., Bd. 2, Blatt 59.

⁴⁶ Der Fall von Arthur Ewert fand im selben Jahr in einem tagesaktuellen Artikel von Kurt Tucholsky Erwähnung: Ignaz Wrobel, Gegen die Arbeiter - Allemaal! (Welt am Montag, 5. Dezember 1921), in: Kurt Tucholsky, Gesammelte Werke in zehn Bänden, Band 3, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 92-96.

⁴⁷ Strafsache Arthur Ewert, a.a.O., Bd. 3, Blatt 14 (Rs).

mehr als einem Jahr geplanten, aber immer wieder verschobenen Prozeß gegen drei maßgebliche Protagonisten des Kapp-Putsches vom März 1920 – Traugott von Jagow, Conrad von Wangenheim und Georg Schiele – zu fordern. Mit seinen Fragen 15 und 16 (in einem 26 Punkte umfassenden Fragenkatalog) wollte Kurt Rosenfeld wissen: »Aus welchem Grunde ist nach der Anberaumung des Termins gegen Jagow und Genossen auf denselben Tag und dieselbe Stunde vor demselben Gericht auch ein Termin gegen den Kommunisten Ewert anberaumt worden?« Und: »War beabsichtigt, die Sache gegen Ewert so lange verhandeln zu lassen, bis für die Verhandlung des Prozesses Jagow und Genossen keine Zeit blieb?«⁴⁸

Die offizielle Antwort von Carl Werner, »Geheimer Regierungsrat, Ministerialrat im Reichsjustizministerium, Kommissar der Reichsregierung«, konnte nicht befriedigen. Entgegen den bekannten Tatsachen behauptete Werner: »Der Termin gegen den Bezirksleiter Arthur Ewert ist erst nach Aufhebung des Termins gegen von Jagow und von Wangenheim auf den 27. Oktober angesetzt worden, um den durch diese Aufhebung freigewordenen Tag auszunutzen.« Auch ein Zwischenruf »Das ist nicht wahr!« und eine anschließende, sehr präzise Nachfrage von Kurt Rosenfeld konnten Werner nicht davon abbringen, an dieser offensichtlich falschen Aussage festzuhalten.⁴⁹

Über das Leben und die politische Arbeit von Arthur Ewert in den Wochen und Monaten nach seiner Freilassung ist nur sehr wenig bekannt. Es gibt Hinweise darauf, daß er unmittelbar nach seiner Freilassung für einige Monate Politischer Sekretär des Bezirks Ostsachsen der KPD war und daß er dann ab Ende 1922 in gleicher Funktion im Bezirk Hessen-Frankfurt tätig war. Da Arthur Ewert vom Reichsgericht in Leipzig freigesprochen wurde, gibt es keinen Grund anzunehmen, daß er illegal leben und arbeiten mußte, wie das gelegentlich in biographischen Darstellungen unterstellt wird.⁵⁰ Allerdings war er in diesen Jahren von seiner Frau getrennt, denn Sabo war seit Ende 1920 als Mitarbeiterin im westeuropäischen Frauensekretariat der Kommunistischen Internationale in Berlin beschäftigt, das unter Leitung von Clara Zetkin stand.⁵¹

Am 28. September 1922 heirateten Arthur Ewert und Sabo, die nun Elise Ewert hieß, in Berlin-Wilmersdorf.⁵² Warum die beiden sich nach vielen Jahren des Zusammenle-

⁴⁸ Verhandlungen des Reichstages. I. Wahlperiode, Band 351, Stenographische Berichte. Von der 134. Sitzung am 27. September 1921 bis zur 150. Sitzung am 15. Dezember 1921, Berlin 1922, S. 4877.

⁴⁹ Ebenda, S. 4877 f. Der Prozeß gegen Jagow, Wangenheim und Schiele fand schließlich am 21. Dezember 1921 statt. Jagow wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, der niedrigst möglichen Strafe. Bereits Ende 1924 wurde er begnadigt und freigelassen. Wangenheim und Schiele wurden sofort freigesprochen.

⁵⁰ Zum Beispiel: Katja Haferkorn, a.a.O., S. 105, oder auch: David P. Hornstein, Arthur Ewert. A Life for the Comintern, New York and London 1993, S. 32.

⁵¹ Vgl. dazu: Katja Haferkorn, a.a.O., S. 105, Anmerkung 10.

⁵² Kurioserweise ist in der einschlägigen Literatur über kein anderes Ereignis im Leben von Arthur Ewert ähnlich falsch berichtet worden wie über seine Eheschließung mit Elise Saborowski. Katja Haferkorn zum Beispiel schrieb: »Noch während er in Halle im Gefängnis saß, ließen sich Arthur und Sabo trauen, um die nur dann gesetzlich garantierte Möglichkeit des Kontaktes zu haben.« Demzufolge hätte die Eheschließung zwischen dem 24. April 1921 (Einlieferung im Gefängnis von Halle) und dem 31. Mai 1921 (Überstellung Arthur Ewerts von Halle nach Leipzig) stattgefunden haben müssen. Vgl. dazu: Katja Haferkorn, a.a.O., S. 105. Diese Datierung wurde auch von Helga Schwarz übernommen, die darüber hinaus die angebliche Eheschließung im Gefängnis als »standesgemäß«

bens ohne Trauschein doch noch für eine amtliche Eheschließung entschieden, ist nicht bekannt. Denn eigentlich galt die Ehe zu jener Zeit in kommunistischen und anderen linken Kreisen als eine überholte Einrichtung, man lebte mit großer Selbstverständlichkeit als Mann und Frau zusammen, ohne sich um bürgerliche Moralbegriffe und -vorstellungen zu kümmern. Hede Massing, die erste Ehefrau von Gerhart Eisler, dem späteren langjährigen Freund von Arthur Ewert, berichtete in ihren Lebenserinnerungen, daß sie und Gerhart Eisler nur deshalb geheiratet hätten, weil es Anfang der zwanziger Jahre für ein Paar ohne Trauschein in Berlin faktisch unmöglich war, eine gemeinsame Wohnung zu bekommen.⁵³ So ist es durchaus vorstellbar, daß sich Arthur und Elise Ewert in einer vergleichbaren Situation befanden.

In dieser Zeit wurde wohl auch endgültig klar, daß Arthur Ewert und Sabo keine Kinder haben würden: Es war weniger die Tatsache, daß Sabo inzwischen fast vierzig Jahre alt war. Vor allem waren es die unsicheren politischen und persönlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse, die zu dieser Entscheidung führten. Arthur Ewert und Sabo hatten zeitweise auch die Möglichkeit in Erwägung gezogen, daß Minna Ewert, die Schwester von Arthur Ewert, im Fall der Fälle ein Kind der beiden würde großziehen können. Auch hier gibt es eine Schilderung von Ruth Werner in ihrem bereits mehrfach zitierten Buch »Olga Benario«, die aus dramaturgischen Gründen als Gespräch von Sabo mit Olga Benario Prestes Mitte 1935 in Rio de Janeiro gestaltet wurde: »Kinder hätten wir haben sollen. Die wünschten wir uns so sehr – schon von Anfang an. [...] Wie oft sprachen wir davon, doch es schien uns unmöglich. Mal war Arthur im Gefängnis, dann wieder ich, dann wir beide, und zwischendurch die Arbeitslosigkeit; man konnte doch so ein Geschöpfchen nicht verantwortungslos in die Welt setzen. Dann die Illegalität. – Wir hatten es sogar mit Minna besprochen. [...] So gingen wir eines Tages nach langer Beratung zu ihr und sagten, daß wir ein Kind haben wollten, aber wie unser Leben sei, könnten wir's nicht allein verantworten. Würde sie dem Kind eine zweite Mutter sein? Minna war erschüttert. [...] Sie wollte uns so gern helfen, aber als gerader, ehrlicher Mensch mußte sie sagen, wie es um sie stand. Diese Verantwortung wäre über ihre Kraft gegangen. Sie war Krankenschwester mit schwerem Dienst; wie oft hatte sie uns schon miternährt, und die alte Mutter – das

beschrieb. Vgl. dazu: Elisabeth Saborowski-Ewert. In: Helga Schwarz, Internationalistinnen. Sechs Lebensbilder, Berlin (DDR) 1989, S. 47-76, hier: S. 55. David P. Hornstein schließlich übernahm ungeprüft die Darstellung in der FBI-Akte, wo in einer Liste mit den bei der Verhaftung von Arthur und Elise Ewert in Rio de Janeiro am 26. Dezember 1935 beschlagnahmten Dokumenten auch die Kopie einer Eheurkunde gefunden wurde (Enclosure No. 1 to Despatch No. 940 of January 29, 1936. From Embassy - Rio de Janeiro, FBI-Akte 800.00 B - Ewert, Arthur (nicht paginiert)). Da in dieser Liste offensichtlich durch einen Schreibfehler das Datum der Eheschließung mit dem 28. September 1928 angegeben wurde, berichtet auch David P. Hornstein detailliert über eine Eheschließung am 28. September 1928. Und er liefert auch eine Begründung: »Möglicherweise war es sein neuer Status als Reichstagsabgeordneter, der ihn [d.i. Arthur Ewert], obwohl Kommunist, veranlaßte, sich mit einer »offiziellen« Eheschließung den allgemein akzeptierten bürgerlichen Regeln anzupassen.« (David P. Hornstein, a.a.O., S. 83.) Elise Ewert selbst erklärte im Mai 1936 bei einer Anhörung in Rio de Janeiro, bei der es um ihre Deportation nach Deutschland ging, daß Arthur Ewert und sie im Jahre 1922 geheiratet hatten (New York Times, New York, May 22, 1936). Die Eheschließung von Arthur und Elise Ewert ist im Standesamt Berlin-Wilmersdorf unter der Nummer 1021/1922, 28. September 1922, beurkundet.

⁵³ Vgl. dazu: Hede Massing, Die große Täuschung. Geschichte einer Sowjetagentin, Freiburg, Basel und Wien 1951, S. 41.

kleine Bauernanwesen war schon lange bankrott – hing auch von der Tochter ab. Sie riet uns, alles noch einmal zu überlegen. Es fiel ihr schwer, und mir tat es um ihretwegen leid, daß wir sie gefragt hatten, wo sie sowieso schon alles Menschenmögliche für uns tat – ich fürchtete, sie würde ihr ›Nein‹, obwohl sie es gar nicht ausgesprochen hatte, noch lange mit sich herumtragen. Ich wußte auch, daß wir es mit ein wenig Drängen umstoßen könnten.« Und weiter: »War euer Entschluß – das Nein – richtig?‹ ›Es war sehr schwer – besonders für mich –, aber es war richtig.«⁵⁴

⁵⁴ Ruth Werner, Olga Benario. Die Geschichte eines tapferen Lebens, Berlin 2006, S. 198 f.

Kapitel 4: Das Jahr 1923¹

Unter dem Eindruck der verheerenden Niederlage der KPD bei den bewaffneten Kämpfen in Mitteldeutschland im März 1921 war es im Verlaufe des Jahres 1922 gelungen, die putschistischen Tendenzen innerhalb der Partei zurückzudrängen und die Partei in ihrer Gesamtheit auf eine Politik der Einheitsfront und der Bildung von Arbeiterregierungen aus Kommunisten und Sozialdemokraten zu orientieren, die als Zwischenstufe und Instrument auf dem Weg zur Errichtung der Diktatur des Proletariats in Deutschland verstanden wurden. Damit verbunden war die Erkenntnis maßgeblicher Kräfte in der Führung der Partei, vor allem repräsentiert durch den nachmaligen Parteivorsitzenden Heinrich Brandler² und durch August Thalheimer³, die in diesem Zusammenhang später auch als »Parteirechte« bezeichnet wurden, daß die revolutionäre Nachkriegskrise beendet war und daß sich somit die kapitalistischen Verhältnisse in Deutschland – zumindest zeitweise – wieder stabilisiert hatten. Mit dieser Einschätzung befanden sie sich in weitgehender Übereinstimmung mit der Führung der Kommunistischen Internationale in Moskau, die zu dieser Zeit ähnliche Positionen vertrat.⁴

Die linken und ultralinken Kräfte in der Partei um Ruth Fischer und Arkadi Maslow allerdings, die sich vor allem auf den mit etwa 24.000 Mitgliedern stärksten Bezirksverband Berlin-Brandenburg, aber auch auf die Parteibezirke Hamburg-Wasserkante und Niederrhein stützen konnten, lehnten diese Einschätzung ab, sie forderten die sofortige umfassende Vorbereitung auf den bewaffneten Kampf mit dem unmittelbaren Ziel der Übernahme der politischen Macht in Deutschland.

Die dramatischen Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Lage, die sich in Deutschland ab Beginn des Jahres 1923 vollzogen, schienen ihre These, daß ein neuer revolutionärer Aufschwung auf der Tagesordnung stehen würde, tatsächlich zu bestätigen: Am 11. Januar 1923 hatten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet besetzt, als lange angekündigte Strafmaßnahme gegen den angeblichen Verzug Deutschlands bei der Leistung von Reparationen, die im Versailler Vertrag festgelegt worden waren. Schlagartig büßte Deutschland fast drei Viertel seiner Steinkohlenförderung und mehr als die Hälfte seiner Roheisen- bzw. Rohstahlproduktion ein, mit den entsprechenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Innerhalb kurzer Zeit

¹ Zur Geschichte des Jahres 1923 sind inzwischen zahlreiche Untersuchungen und Dokumentensammlungen erschienen. Vgl. dazu insbesondere: Bernhard B. Bayerlein, Leonid G. Babicenko und Fridrich I. Firsov (Hrsg.), *Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern*, Berlin 2003, sowie: Harald Jentsch, *Die KPD und der »Deutsche Oktober« 1923*, Rostock 2005.

² Zur Biographie von Heinrich Brandler siehe u.a.: Jens Becker, *Heinrich Brandler. Eine politische Biographie*, Hamburg 2001.

³ Zur Biographie von August Thalheimer siehe u.a.: Theodor Bergmann und Wolfgang Haible, *Die Geschwister Thalheimer. Skizzen ihrer Leben und Politik*, Mainz 1993, und: Theodor Bergmann, *Die Thalheimers - Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten*, Hamburg 2004.

⁴ Vgl. dazu zum Beispiel: Heinrich Brandler, *Die gegenwärtigen Aufgaben der Partei* (Verkürzte Wiedergabe des Referats auf dem Zentralausschuß der KPD, in: *Die Internationale. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus*, Jahrgang 6, Heft 1, Berlin 1923, S. 3-12.

überrollte eine Welle des Protests das Land, von der Regierung wurden entschiedene Maßnahmen gegen die Ruhrbesetzung gefordert.⁵

In dieser angespannten Situation tagte vom 28. Januar bis 1. Februar 1923 der 8. Parteitag der KPD. Dieser Parteitag, nach seinem Tagungsort auch als Leipziger Parteitag bezeichnet, wurde zum Schauplatz heftiger innerparteilicher Auseinandersetzungen, in denen es nur vordergründig um die Position der KPD im Hinblick auf die Ruhrkrise ging. Während die linken und ultralinken Kräfte auf dem Parteitag jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ablehnten und den sofortigen bewaffneten Kampf gegen die ausländischen Besatzungstruppen forderten, der zu einer Revolution in ganz Deutschland weitergeführt werden sollte, befürworteten die gemäßigten Kräfte angesichts des bestehenden Kräfteverhältnisses die Schaffung einer Einheitsfront mit der Sozialdemokratie, einschließlich der Bildung von Arbeiterregierungen, die verstärkte Hinwendung zur Gewerkschaftsarbeit und die Organisation eines massiven, aber friedlichen Protests gegen die Ruhrbesetzung.

Arthur Ewert nahm als Delegierter für den KPD-Bezirk Hessen-Frankfurt am Leipziger Parteitag teil. Offiziell zählte er zu den Parteilinken, doch wie zahlreiche andere Mitglieder und Funktionäre hatte auch er begonnen, bisherige Positionen in Frage zu stellen. Deutlich wurde das in seiner Diskussionsrede auf dem Parteitag, seinem ersten Auftreten vor einem vergleichbaren Gremium, selbst wenn er seine »linke Diktion« dabei noch nicht vollkommen überwunden hatte. Arthur Ewert forderte, daß sich der Parteitag nicht auf eine – auch aus seiner Sicht durchaus notwendige – Kritik der Fehler der Vergangenheit und eine Abrechnung mit den für diese Fehler tatsächlich oder vermeintlich Verantwortlichen beschränken dürfe, sondern sich auf die unmittelbar anstehenden Aufgaben konzentrieren müsse. Er sprach sich vor allem dafür aus, im Kampf um die Gewinnung der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitermassen an deren Tagesforderungen anzuknüpfen und in diesem Zusammenhang der Arbeit mit den Betriebsräten besonderes Gewicht beizumessen: »Nur wenn wir an die Massen des Proletariats klar und deutlich und mit aller Schärfe herangehen, wenn wir anknüpfen an die Tagesforderungen und in Verbindung mit den Tagesforderungen des Proletariats die Illusionen in der Arbeiterklasse bekämpfen, werden wir in dieser Epoche der langsamen Entwicklung der Revolution die reformistischen Gefahren überwinden. Die Besetzung des Ruhrgebiets stellt unserer Partei außerordentlich große Aufgaben, weil das wirtschaftliche Chaos, das dieser Besetzung folgen wird, weil die Zunahme der Teuerung nicht gleichzeitig in demselben Maße die Auslösung der großen wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse bringt, die allein in der Lage wären, die Nebelschwaden der Burgfriedensideologie zu zerstören. Darum müssen wir jetzt mit aller Kraft den Massen den Ausweg zeigen; die Lohnforderungen müssen in Verbindung gebracht werden nicht nur mit der Forderung der Kontrolle der Produktion, sondern auch mit der Organisation und Durchführung dieser Kontrolle. Unsere Partei muß deshalb alle Aufmerksamkeit der Betriebsrätebewegung schenken, um weit über den Rahmen der Partei hinaus die Massen der parteilosen Proletarier und die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter zusammenzufassen und sie für die

⁵ Vgl. dazu u.a.: Conan Fischer, *The Ruhr Crisis 1923-1924*, Oxford and New York 2003, und: Gerd Krumeich und Joachim Schröder (Hrsg.), *Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923*, Essen 2004.

Kämpfe vorzubereiten, damit das Proletariat in Deutschland den Ausweg aus diesem Chaos findet und als Sieger hervorgeht!«⁶

Mit seinen Forderungen entsprach Arthur Ewert weitgehend den Vorstellungen und Erwartungen der Parteitagmehrheit, wie sich im Verlaufe der Verhandlungen immer deutlicher herausstellte. Das politische Hauptdokument des Parteitages, die von Heinrich Brandler begründeten »Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung«, wurde nach einer heftigen Diskussion, bei der es zeitweise zu tumultartigen Szenen kam, in einer Kampf Abstimmung schließlich doch mit einer deutlichen Mehrheit von 118 gegen 59 Stimmen bestätigt.

Auch bei den Wahlen für die Führung der Partei erlitt die innerparteiliche Opposition eine klare Niederlage. Die von den »linken« Bezirken Berlin, Wasserkante, Hessen und Mittelrhein nominierten Kandidaten für die Zentrale der KPD, also Ruth Fischer, Ottomar Geschke, Iwan Katz und Arthur König, wurden nicht gewählt. Statt dessen wurden auf Vorschlag der bisherigen Parteizentrale sowie von neun mehrheitlich »rechten« Bezirksverbänden Arthur Ewert, Rudolf Lindau und Hans Pfeiffer gewählt, also drei Kandidaten, die parteiintern als »schwankende Linke« galten. Diese »gemischte« Liste der Parteizentrale war erst nach einer inoffiziellen, sehr stürmisch verlaufenen Nachtsitzung des Parteitages durch Vermittlung von Karl Radek zustande gekommen, der zu dieser Zeit de facto die Rolle eines offiziellen Vertreters der Komintern bzw. der russischen KP in und bei der KPD spielte und in dieser Eigenschaft nicht nur Beobachter, sondern auch und vor allem Akteur in allen innerparteilichen Angelegenheiten der KPD war.⁷

Die Wahl von Arthur Ewert in die Zentrale der KPD, dem aus nur 20 Männern und einer Frau – Clara Zetkin – bestehenden höchsten Führungsgremium der Partei, die zu diesem Zeitpunkt schätzungsweise 225.000 Mitglieder hatte, war ohne Frage ein Ergebnis taktischer Erwägungen eines kleinen Zirkels einflußreicher Spitzenfunktionäre der Partei mit dem Ziel, die Kräfte um Ruth Fischer und Arkadi Maslow von der Führung der Partei fernzuhalten.⁸ Sie war aber auch Ausdruck des eigenen politischen Gewichtes, das sich Arthur Ewert in den dreieinhalb Jahren seit seiner Rückkehr aus

⁶ [Rede von Arthur Ewert], in: Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, Berlin 1923, S. 241-242, hier: S. 242.

⁷ Vgl. dazu: [Edwin Hoernle:] An die Zentrale der KPD, Moskau, 11. Februar 1923, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 4. Blatt 56-62, insbesondere Blatt 57 f. Werner T. Angress schrieb dazu: »Wenn sich auch der genaue Charakter dieses Kompromisses niemals mit Sicherheit feststellen lassen wird, scheint es, daß Radek auf dieser nächtlichen Sitzung in erster Linie zwischen der Zentrale und der Opposition vermittelte und seinen ganzen Einfluß als Abgesandter des EKKI darauf verwandte, eine Parteispaltung zu verhindern. Jedenfalls wurde am nächsten Tag dem Parteitag eine neue Kandidatenliste vorgelegt, die diesmal die Namen dreier Mitglieder der Opposition einschloß. Einer von diesen, Arthur Ewert, war Radeks persönliche Wahl. Keiner von ihnen gehörte jedenfalls zu den führenden Linken, und gegen Ewert hegte die Fischer-Fraktion sogar Mißtrauen.« Vgl. dazu: Werner T. Angress, Die Kampfzeit der KPD 1921-1923, Düsseldorf 1973, S. 309.

⁸ Vgl. dazu: Werner T. Angress, a.a.O., S. 309 f. Ruth Fischer schrieb 1948: »Auch der von Radek nominierte Minderheitsvertreter Arthur Ewert erhielt nur 163 Stimmen, weil die Linken ihn für einen unsicheren Kandidaten hielten, der umfallen und sich der Mehrheit anschließen werde.«, Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt am Main, o.J. (1950), S. 279 f.

Nordamerika mit tagtäglicher politischer Arbeit innerhalb und außerhalb der KPD erworben hatte. Für Arthur Ewert, der jetzt 32 Jahre alt war, bot sich mit dieser Wahl nun – in viel stärkerem Maße als zuvor – die Möglichkeit, selbst unmittelbaren Einfluß auf die Geschicke der KPD zu nehmen, erst recht, da er auf der konstituierenden Sitzung der Zentrale im Februar 1923 auch als Sekretär des Polbüros gewählt wurde.⁹

Vom 17. bis 20. März 1923 fand in Frankfurt am Main eine Internationale Arbeiterkonferenz statt, die sich – so der Titel des wenige Wochen später veröffentlichten Protokolls – »gegen Kriegsgefahr und Faschismus« richtete.¹⁰

Offiziell war die Konferenz auf Initiative der rheinisch-westfälischen Betriebsräte einberufen worden, doch tatsächlich handelte es sich um einen Versuch von Kominintern und KPD, den im Januar 1923 mit der Essener Konferenz begonnenen Prozeß der internationalen Zusammenarbeit zur Bewältigung der Ruhrkrise zu erweitern und zu vertiefen. Am 6. und 7. Januar 1923 waren in Essen Vertreter der kommunistischen Parteien Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, der Niederlande und der Schweiz sowie linke Gewerkschaftsvertreter aus Deutschland und Frankreich zusammengekommen und hatten mit einem dringenden Appell »An das arbeitende Volk der Ententestaaten und der besiegten Länder« zum Widerstand gegen die drohende Besetzung des Ruhrgebiets aufgerufen. Allerdings war es mit dieser Konferenz, an der ausschließlich Spitzenfunktionäre der beteiligten Parteien teilnahmen, nicht gelungen, die breiten Massen zu erreichen. Deshalb wurde ein internationales Aktionskomitee gebildet, das weitere Maßnahmen vorbereiten und koordinieren sollte.

Ob Arthur Ewert diesem Aktionskomitee angehörte, war aus den überlieferten Dokumenten nicht erkennbar, ist jedoch eher unwahrscheinlich. Da er erst auf dem Leipziger Parteitag, also einige Wochen nach der Essener Konferenz, in die Führung der KPD gewählt wurde, gehörte er noch nicht zu dem Kreis von Spitzenfunktionären, aus denen sich das Aktionskomitee zusammensetzte. Allerdings trug Arthur Ewert seitens der KPD die Verantwortung für die Vorbereitung der Frankfurter Arbeiterkonferenz.

So ist auch zu erklären, warum Arthur Ewert, gemeinsam mit einem französischen Kommunisten, von dem im Protokoll nur der Vorname »Marius« genannt wurde, am ersten Beratungstag in Frankfurt zum Sekretär der Konferenz gewählt wurde.¹¹

An der Frankfurter Konferenz nahmen insgesamt 243 Delegierte, unter ihnen etwa 50 Vertreter ausländischer Parteien und Organisationen, teil. Zwar gab es unter den Delegierten einige wenige Mitglieder der SPD und der USPD, doch handelte es sich auch

⁹ Allerdings war er in dieser Funktion nur bis etwa Juli 1923 tätig, dann wurde er kurzfristig mit der Leitung des wichtigen Parteibezirks Rheinland-Westfalen-Nordruhr beauftragt, wo es den ultralinken Kräften um Arkadi Maslow und Ruth Fischer in den Wochen und Monaten nach dem Leipziger Parteitag gelungen war, ihren Einfluß deutlich zu erhöhen.

¹⁰ Der internationale Kampf des Proletariats gegen Kriegsgefahr und Faschismus, Berlin 1923.

¹¹ Es handelte sich um Marius Paquereaux, der nach dem II. Parteitag der Französischen KP im Oktober 1922 in das Politbüro gewählt worden war. Paquereaux wurde im März 1930 aus der Französischen KP ausgeschlossen, »da in Verbindung mit Parteifeinden«. Vgl. dazu: Michael Buckmiller und Klaus Meschkat (Hrsg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, Datenbankeintrag zu Marius Paquereaux auf beiliegender CD-ROM.

in diesem Fall um eine fast ausschließlich kommunistische Veranstaltung. Hauptredner für die französische Seite war ein Vertreter der kommunistisch geführten Gewerkschaftszentrale CGTU, für die deutsche Seite der amtierende Parteivorsitzende Heinrich Brandler. Ein weiteres wichtiges Referat hielt Clara Zetkin, die über den Kampf gegen die internationale faschistische Gefahr sprach.

Arthur Ewert äußerte sich im Rahmen der Diskussion zum Referat von Solomon Losowski, dem Vorsitzenden der Profintern¹², der sich mit der Gefahr eines aus Sicht führender Kreise der Komintern akut drohenden Krieges beschäftigt hatte. Allerdings legte Arthur Ewert den Schwerpunkt seines kurzen Beitrags auf die Frage der »Taktik der Einheitsfront«, die erst wenige Wochen zuvor auf dem Leipziger Parteitag zur Grundlage der Politik der KPD gemacht worden war. Im Protokoll der Frankfurter Konferenz hieß es deshalb: »Ewert (KPD) weist die Genossen von der SPD und der USP[D] auf die Aufgabe hin, nach dieser Konferenz die Sammlung der oppositionellen Genossen im ganzen Reiche durchzuführen. Die Bewegung der Kontrollausschüsse gegen Wucher und Teuerung, der Abwehrkampf gegen den Faschismus durch die Hundertschaften muß verschärft werden. Die lokalen Gewerkschaftsleitungen müssen gegen die Zentralleitungen, die niemals für den revolutionären Weg gewonnen werden können, mobilisiert werden. Ideologische Gewinnung der Massen ist die eine, die organisatorische Zusammenfassung der schon gewonnenen Massen die andere Aufgabe, vor der wir jetzt stehen. Innerhalb der Kommunistischen Partei gibt es keine Meinungsverschiedenheiten mehr über die Notwendigkeit, die breitesten proletarischen Massen durch die Taktik der Einheitsfront zum Kampf gegen die Bourgeoisie zusammenzuschließen. Die Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen den französischen Imperialismus ist der Sturz der bürgerlichen Regierung in Deutschland. Dazu sind wir Kommunisten allein heute noch zu schwach. Alle revolutionären Arbeiter müssen uns dabei helfen, die revolutionäre Arbeiterregierung zu schaffen, die allein den Weg zu einer besseren Welt bahnen kann.«¹³

Die Bemühungen um länderübergreifende Aktionen gegen die Ruhrbesetzung blieben jedoch ein Nebenschauplatz der politischen Ereignisse, denn Verlauf und Ergebnisse des Leipziger Parteitages hatten die Konflikte innerhalb der KPD keineswegs gelöst, im Gegenteil. Die linke und ultralinke Opposition hatte ungeachtet ihrer zahlreichen und klaren Niederlagen auf dem Parteitag bewiesen, daß sie weiterhin über starken Einfluß in der Partei verfügte und daß sie entschlossen war, den Kampf um die Übernahme der Führung der Partei mit allen Mitteln fortzusetzen.

Deutlich wurde das auf dem Bezirksparteitag Rheinland-Westfalen-Nordruhr am 25. März 1923 in Essen. Dort kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Clara Zetkin, der Vertreterin der Parteizentrale, und Ruth Fischer, die zwar dem Parteibezirk Berlin-Brandenburg angehörte, sich aber ein Mandat für den Ruhrparteitag beschafft hatte und dort gegen den Widerstand der Bezirksleitung das Koreferat hielt. Ruth Fischer, die in Essen im Namen des linken und ultralinken Flügels der Partei sprach, forderte im Grunde eine sofortige und vollständige Abkehr von der erst wenige Wochen zuvor auf dem Leipziger Reichsparteitag beschlossenen politischen Linie der KPD, also insbesondere den »Leitsätzen zur Taktik der Einheitsfront und der

¹² Die 1921 gegründete Rote Gewerkschaftsinternationale mit Sitz in Moskau.

¹³ Der internationale Kampf des Proletariats gegen Kriegsgefahr und Faschismus, a.a.O., S. 24.

Arbeiterregierung«.¹⁴ Wenige Tage später faßte sie ihr Credo in einem Artikel in der »Roten Fahne« zusammen, aus dem bis heute immer wieder vor allem dieser Satz zitiert wird: »Es kommt der Tag, wo alle Genossen hinter uns stehen und die hinauswerfen, die auf dem Boden der Demokratie stehen und mit der Weimarer Verfassung liebäugeln.«¹⁵

Allerdings trugen die Geschehnisse auf dem Essener Bezirksparteitag wesentlich dazu bei, den Differenzierungsprozeß innerhalb der linken und ultralinken Opposition zu beschleunigen, wie ein Brief von Arthur Ewert, Gerhart Eisler, Heinz Neumann und Hans Pfeiffer an den Vorsitzenden der Komintern, Grigori Sinowjew, vom 8. April 1923 zeigt: »Die Verschärfung der Gegensätze in unserer Partei anlässlich des Ruhrparteitages haben in den Reihen der Linken Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen. In der Berliner Organisation vertrat gegenüber der Tendenz Ruth Fischer-Maslow unsere Gruppe die Auffassung, daß die Parteisituation eine Änderung der bisherigen Taktik der Linken erfordert. Wir skizzieren im Nachstehenden unsere Auffassung, wobei wir bemerken müssen, daß wir bei den noch ungeklärten Kräfteverhältnissen – wir befinden uns unmittelbar nach dem Abschluß der Verhandlungen der Verständigungskommission der Linken mit der Zentrale, wir befinden uns im Anfang des Differenzierungsprozesses innerhalb der Linken – nur einen groben Umriß geben können.«¹⁶

Die in dem Brief erwähnte Verständigungskommission, sie wird zumeist als Verständigungskonferenz bezeichnet, war auf Initiative der neugewählten Zentrale der KPD vom 6. bis 8. April 1923 in Berlin zusammengetreten. Sie sollte die krisenhafte Lage in der Partei entspannen und die linken und ultralinken Kräfte in den wichtigsten Bezirksverbänden der Partei entsprechend den Beschlüssen des Leipziger Parteitages in die politische Arbeit einbinden. Zur Delegation, die die Zentrale zu diesem Treffen entsandte, gehörte auch Arthur Ewert, der sich damit erneut – nach seinem Auftreten auf dem Leipziger Parteitag – gegen die Linken und Ultralinken in der Partei exponierte.

In Vorbereitung auf die Beratung mit der Zentrale hatte sich die sogenannte Berliner Opposition am 1. April 1923 zusammengefunden, um eine gemeinsame Verhandlungsposition zu formulieren. »Die Genossen Maslow und Ruth Fischer«, so berichteten Arthur Ewert, Gerhart Eisler, Heinz Neumann und Hans Pfeiffer in dem bereits zitierten Brief an Grigori Sinowjew weiter, »erklärten, es bestünde keine ernste Krisengefahr für die Partei. Man müsse den durch die Mehrheit [...] eingeleiteten Fraktionskampf rücksichtslos durchfechten. Freilich gaben sie kein Ziel für diesen Kampf an. Maslow erklärte, man müsse »durchboxen«. Es müßten sofort Funktionärsversammlungen mit Referenten und Korreferenten mit dem Thema »Die Lage in der Partei« einberufen werden. Man müsse in der von der Zentrale vorgeschlagenen Verständigungskommission aufs Schärfste auftreten, die Einberufung eines neuen Parteitages, die unbedingte Zusicherung völliger Kritikfreiheit und jederzeitige Beschickung von

¹⁴ Vgl. dazu: Jens Becker, a.a.O., S. 200.

¹⁵ Die Rote Fahne, Berlin, 28. März 1923 (Beilage).

¹⁶ [Arthur Ewert, Gerhart Eisler, Heinz Neumann und Hans Pfeiffer:] An die Exekutive der Komintern, z. H. des Genossen Sinowjew, Berlin, 8. April 1923, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 293, Delo 35. Blatt 22-25, hier: Blatt 22.

Bezirksparteitagen mit Korreferenten fordern. Konkret bedeutet dieses Programm die schärfste Parteikrise *jusqu'au bout*.¹⁷ Diesem Vorschlag traten die Unterzeichneten scharf entgegen. Die linken Zentralsekretäre erklärten, sie machten diese Taktik nicht mit. Mehrere führende Berliner Funktionäre sagten offen, die Durchführung dieses Programms bedeutet die Spaltung der Linken.«¹⁸

Offensichtlich schreckten Arkadi Maslow und Ruth Fischer zu diesem Zeitpunkt noch vor einer solchen Spaltung ihrer Fraktion zurück und waren deshalb zu gewissen taktischen Zugeständnissen bereit. So konnte Heinrich Brandler, der Parteivorsitzende, am 13. April 1923 in einem Brief an die Exekutive der Komintern in Moskau im Hinblick auf die Verständigungskonferenz feststellen: »Wir haben, um parteitaktische Auseinandersetzungen zu vermeiden, die nur unsere Machtstellung als Partei zu schwächen geeignet wären, eine Verständigung mit der Opposition angebahnt. Das Ergebnis ist bei der gegenwärtigen Situation in der Partei zufriedenstellend.«¹⁹

Auch Arthur Ewert, Gerhart Eisler, Heinz Neumann und Hans Pfeiffer begrüßten Verlauf und Ergebnisse der mehrtägigen Verständigungskonferenz, auch wenn sie erklärten, daß sich aus ihrer Sicht »an der Konstellation in der Partei wesentlich nichts geändert« hätte. Allerdings: »Die akute Krise der Partei ist verringert, die Grundlagen für die Konzentration der Partei haben sich verbreitert. Politisch drückt sich das aus in der Annahme der gemeinsamen Resolution über die Lage in der Partei.«²⁰

Wenige Tage später veröffentlichten Arthur Ewert, Gerhart Eisler, Heinz Neumann und Hans Pfeiffer in der Zeitschrift »Die Internationale«, die unter dem Datum 18. April 1923 erschien, ihre programmatische Plattform, die sie bereits in ihrem Brief an Grigori Sinowjew angekündigt hatten.²¹

Die vier Autoren hielten sich nicht bei einer langen Vorrede auf und machten sofort ihr Anliegen deutlich: »Die politische Lage hat in der letzten Zeit eine günstige Situation für die Partei geschaffen. [...] Nach außen hin ist die Partei auf der ganzen Linie im schrittweisen Vormarsch. Dagegen hat sich die innere Parteilage seit dem Leipziger Parteitag gefahrdrohend verschlechtert. Es bestehen heute zwei getrennte Fraktionen in der Partei. Der Fraktionskampf wird von rechts und links so geführt, daß die Aktionsfähigkeit schon heute beeinträchtigt, morgen vielleicht auf nicht absehbare Zeit zertrümmert wird. Eine geringe Zuspitzung genügt, um eine Parteikrise auszulösen. Eine heftige Parteidebatte würde in der heutigen Lage unsere Stellung vor der Bourgeoisie, der Sozialdemokratie und dem Proletariat verhängnisvoll erschüttern. [...]

¹⁷ Hier etwa: bis zum (bitteren) Ende.

¹⁸ [Arthur Ewert, Gerhart Eisler, Heinz Neumann und Hans Pfeiffer:] An die Exekutive der Komintern, z. H. des Genossen Sinowjew, a.a.O., Blatt 23.

¹⁹ [Heinrich Brandler:] An die Exekutive der Komintern, Berlin, 13. April 1923, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 293, Delo 33. Blatt 77-78, hier: Blatt 77. Als Absender des Briefes wurde in der mit Schreibmaschine geschriebenen Schlußformel Brandler genannt, unterschrieben wurde der Brief jedoch von Arthur Ewert.

²⁰ [Arthur Ewert, Gerhart Eisler, Heinz Neumann und Hans Pfeiffer an Grigori Sinowjew], Berlin, 8. April 1923, a.a.O., Blatt 24.

²¹ Arthur Ewert, Gerhart Eisler, Heinz Neumann und Hans Pfeiffer, Zur Lage und zu den Aufgaben der Partei, in: Die Internationale. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus, Jahrgang 6, Heft 8, Berlin 1923, S. 228-234. Die »Rote Fahne«, in der diese Plattform ohne Frage eine größere Verbreitung gefunden hätte, war vom 8. bis 21. April 1923 verboten.

Die Fortsetzung des Fraktionskampfes in der Form, die er heute erreicht hat, muß sofort rücksichtslos verhindert werden.« Und weiter: »Notwendig ist die Liquidierung des Fraktionskampfes von rechts und links. Taktische Meinungsverschiedenheiten können natürlich nicht aus der Welt geschafft werden. Aber sie dürfen keinesfalls in fraktionsmäßiger Form zum Austrag kommen. Darüber hinaus ist eine Reihe positiver praktischer Schritte auf parteilichem und organisatorischem Gebiet notwendig. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Partei, um die Vollendung ihrer Umstellung aus der sozialdemokratischen Vergangenheit, aus der Periode der Niederlage und Isolierung zur klaren kommunistischen Massenpartei, die den Willen zur Macht hat, ausspricht und verwirklicht.«²²

Mit der Veröffentlichung dieser programmatischen Plattform war allerdings keine organisatorische Trennung vom linken und ultralinken Flügel der Partei verbunden, wie das in der Literatur – zumeist unter Bezug auf Hermann Weber – immer wieder behauptet wird.²³ Eine solche Trennung hätte in klarem Widerspruch zum Anliegen der vier Autoren gestanden, die sich für eine »rasche Überwindung [... der] extrem linken Tendenzen durch die Linke selbst« aussprachen.²⁴

Auf Wunsch der Zentrale der KPD und mit Zustimmung aller Beteiligten wurden die Verhandlungen der Verständigungskommission Ende April 1923 am Sitz der Komintern in Moskau fortgesetzt. Als Vertreter der Zentrale reisten Heinrich Brandler, Paul Böttcher und Walter Stoecker in die sowjetische Hauptstadt, für ihre innerparteilichen Gegenspieler fuhren Ruth Fischer, Arkadi Maslow und Gerhart Eisler. Die Benennung von Eisler ging allerdings auf eine Initiative der Zentrale zurück, »weil es uns dringend notwendig erscheint, daß ein Vertreter des abgespaltenen Flügels der Berliner Opposition mit in Moskau anwesend ist«, wie es in einem Brief Brandlers hieß.²⁵

Anders als bei späteren Zusammenkünften dieser Art gab es bei den Beratungen, die schließlich vom 27. April bis 4. Mai 1923 in Moskau stattfanden, keine Vorverurteilung oder Sanktionierung einer Gruppe, es gab keine verbindlichen Anweisungen der Moskauer Zentrale und keine Selbstbezeichnungen. Tatsächlich ging es darum, einen für alle beteiligten Seiten akzeptablen Kompromiß zu finden. So konnte die »Rote Fahne« am 13. Mai 1923 schließlich unter der Überschrift »Zur Liquidation der Parteidifferenzen« berichten: »Die Besprechung der deutschen Delegation der Parteidifferenzen und der Opposition mit der Exekutive in Moskau hat nach sehr gründlicher Aussprache über die taktischen Differenzen in der KPD zu einer Verständigung

²² Ebenda, S. 228 und S. 230.

²³ Vgl. dazu: Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1969, Band 1, S. 48. Es ist daher auch falsch, die Entstehung der Mittelgruppe mit der Veröffentlichung dieser Plattform in Verbindung zu bringen, denn die Mittelgruppe formierte sich erst im Verlauf und im Ergebnis der innerparteilichen Auseinandersetzungen nach dem gescheiterten »Deutschen Oktober«. Insofern muß ich hier eine Position korrigieren, die ich an anderer Stelle vertreten habe. Vgl. dazu: Ronald Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie, Berlin 2007, S. 60.

²⁴ [Arthur Ewert, Gerhart Eisler, Heinz Neumann und Hans Pfeiffer:] An die Exekutive der Komintern, z. H. des Genossen Sinowjew, a.a.O., Blatt 24.

²⁵ [Heinrich Brandler:] An die Exekutive der Komintern, Berlin, 13. April 1923, a.a.O.

geführt. Einstimmig beschlossen wurde die [...] Resolution zu den Differenzen in der KPD.«²⁶

In der Resolution wurde die politische Arbeit von Arthur Ewert, Rudolf Lindau und Hans Pfeiffer in den vorangegangenen Monaten ausdrücklich gewürdigt. Ohne die drei Mitglieder der Parteiführung namentlich zu nennen, wurde festgestellt: »Die drei Vertreter der Opposition, die auf dem Leipziger Parteitag in die Zentrale gewählt worden sind, haben durch ihre Arbeit bewiesen, daß sie sich nicht als Vertreter einer Sondergruppe, sondern als Vertreter der Gesamtpartei fühlen und zum Wohle der Gesamtpartei wirken.«²⁷

Am 16. und 17. Mai 1923 bestätigte eine Tagung des Zentralausschusses der KPD die Ergebnisse der Beratung in Moskau und wählte – wie dort vereinbart – Ruth Fischer, Ernst Thälmann und zwei weitere Vertreter der Ultralinken als vollberechtigte Mitglieder in die Zentrale der KPD. In einer Resolution zur politischen Lage, die vom Zentralausschuß während dieser Tagung mit den Stimmen von Ruth Fischer, Maslow und ihren Anhängern beschlossen wurde, hieß es unter anderem: »Die Erfahrung hat bewiesen, daß die Einheitsfronttaktik [...] der Weg ist, um die Arbeitermassen ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit zum Kampfe zu sammeln. [...] Nur eine Arbeiterregierung in Deutschland kann Deutschland vor [der] Kapitulation retten.« In zwei entscheidenden Fragen hatten sich die Linken und Ultralinken damit zumindest verbal zu den zuvor heftig bekämpften Beschlüssen des Leipziger Parteitages bekannt.²⁸ Doch zeigte die weitere Entwicklung sehr schnell, daß es sich nur um taktische Zugeständnisse gehandelt hatte.

Vom 12. bis 23. Juni 1923 nahm Arthur Ewert als einer von fünf offiziellen Delegierten der KPD – gemeinsam mit Paul Böttcher, Edwin Hoernle, Jacob Walcher und Clara Zetkin – an der Dritten Erweiterten Tagung des EKKI, des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, in Moskau teil. Für Arthur Ewert war es – soweit feststellbar – der erste Aufenthalt in der »Hauptstadt der Weltrevolution« und im später berühmt-berüchtigten Hotel »Lux«, das in den folgenden Jahren immer wieder – auch für längere Zeit – sein Zuhause in Moskau sein sollte.²⁹

²⁶ Die Rote Fahne, Berlin, 13. Mai 1923.

²⁷ Resolution zu den Differenzen in der deutschen Partei, Moskau, 4. Mai 1923, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 2, Delo 19. Blatt 54-67, hier: Blatt 66.

²⁸ Die Rote Fahne, Berlin, 18. Mai 1923.

²⁹ Hinsichtlich eines möglichen früheren Aufenthaltes von Arthur Ewert in Moskau ist anzumerken, daß im »Biographischen Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale« eine an keinem anderen Ort vermerkte Teilnahme von Arthur Ewert am IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau im Dezember 1922 erwähnt wird. Allerdings wird an gleicher Stelle unter Bezug auf den VI. Weltkongreß im Juli und August 1928 zitiert: »Früher an keinem Weltkongreß gewesen, aber an mehreren EKKI-Sitzungen.« Dabei handelt es sich wahrscheinlich um einen Auszug aus dem Fragebogen, den Arthur Ewert, wie alle Delegierten eines Weltkongresses, ausfüllen mußte. (Die angegebenen Quellen »491/1/343« und »493/1/633«, also Списки делегатов 4 конгресса Коммунистического Интернационала, RGASPI (Komintern). Fonds 491. Opis 1, Delo 343, und Анкеты и явочные мандаты делегатов 6 конгресса Коминтерна от КП Италии, Чехословакии, Франции и Германии, RGASPI (Komintern). Fonds 493. Opis 1, Delo 633, konnten nicht überprüft werden.) Vgl. dazu: Michael Buckmiller und Klaus Meschkat (Hrsg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, Datenbankeintrag zu Arthur Ewert auf beiliegender CD-ROM.

Die Erweiterte Tagung des EKKI, nach den Statuten das höchste Gremium der Kommunistischen Internationale zwischen den Weltkongressen, befaßte sich naturgemäß mit einer großen Zahl verschiedener Themen. So war Arthur Ewert nicht nur an der Diskussion der sogenannten deutschen Themen beteiligt, sondern er wurde auch offiziell in die Beratungen zur Lage in der norwegischen Arbeiterpartei einbezogen.

Vor allem war jedoch die Situation in Deutschland, wo es nicht zuletzt durch die Ruhrbesetzung zu einer dramatischen Zuspitzung der politischen und wirtschaftlichen Lage gekommen war und wo es gleichzeitig vielfältige Beispiele der solidarischen Zusammenarbeit deutscher, französischer und belgischer Kommunisten im Widerstand gegen die Ruhrbesetzung gab, ein Schwerpunkt der Beratungen der insgesamt fünfzig Vertreter von 26 Kommunistischen Parteien aus aller Welt.

Ein Höhepunkt der Tagung, auch wenn das von vielen Teilnehmern nicht so verstanden wurde, war das Referat von Clara Zetkin. Es stellte eine erste umfassende Analyse des aufkommenden Faschismus dar, wie er sich seit 1921 in Italien an der Macht befand und wie er sich in Deutschland in bedrohlicher Weise formierte. Clara Zetkin warnte nachdrücklich vor einer Unterschätzung des Faschismus, der in großen Teilen der kommunistischen Bewegung nur als verschärfter bürgerlicher Terror oder als »Rache der Bourgeoisie« nach revolutionären Umsturzversuchen gesehen wurde: »Der Faschismus ist keineswegs die Rache der Bourgeoisie dafür, daß das Proletariat sich kämpfend erhob. Historisch, objektiv betrachtet, kommt der Faschismus vielmehr als Strafe, weil das Proletariat nicht die Revolution, die in Rußland eingeleitet worden ist, weitergeführt und weitergetrieben hat. Und der Träger des Faschismus ist nicht eine kleine Kaste, sondern es sind breite soziale Schichten, große Massen, die selbst bis in das Proletariat hineinreichen. Über diese wesentlichen Unterschiede müssen wir uns klar sein, wenn wir mit dem Faschismus fertig werden wollen.«³⁰

Für die KPD formulierte das Treffen in Moskau im Ergebnis der mehrtägigen Diskussionen die Aufgabe, für die Errichtung einer Arbeiterregierung als einer Zwischenstufe zur Übernahme der politischen Macht in Deutschland einzutreten, ohne daß in diesem Zusammenhang konkrete Maßnahmen oder Schritte vorgegeben wurden. Mit keinem Wort war davon die Rede, daß in Deutschland eine revolutionäre Situation herrschen würde oder auch nur im Entstehen begriffen wäre. Allerdings stellte Grigori Sinowjew, der Vorsitzende der Komintern, bei einem offiziellen Gespräch mit der Delegation der KPD, an dem auch Nikolai Bucharin und Karl Radek teilnahmen, »eine Anzahl Fragen über die Stärke, Organisation und die Bewaffnung der [Proletarischen] Hundertschaften«, die sich – so zumindest die Beschlußlage der KPD – insbesondere in Sachsen im Aufbau befinden sollten. »Aus dieser Fragestellung Sinowjews«, so der Bericht Edwin Hoernles an Heinrich Brandler über die Unterredung, bei der er als ständiger Vertreter der KPD in Moskau ebenfalls anwesend war, »geht unseres Erachtens eine deutliche Verschätzung der Situation hervor. Die Betriebshundertschaften in Deutschland sind zunächst noch nicht Organe des bewaffneten Kampfes, würden auch als bewaffnete Macht noch kaum aktionsfähig sein. Sie sind für uns zu-

³⁰ Clara Zetkin, Der Kampf gegen den Faschismus. Bericht auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (20. Juni 1923), in: Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften, Band II, Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923, Berlin (DDR) 1960, S. 689-729, hier: S. 690.

nächst noch ein politisch-agitatorisches Instrument der Einheitsfront. Es ist überhaupt falsch, heute schon die Frage des Kampfes gegen den Faschismus als die Frage des sofortigen bewaffneten Bürgerkrieges zu stellen. Dieses Moment wird vielleicht schon in nächster Zeit in den Vordergrund rücken, war es jedoch bisher nicht. Wenn Sinowjew also sich in erster Linie um die Fragen der Bewaffnung kümmert, so übersieht er, daß die deutsche Partei bisher absichtlich, infolge einer anderen Einschätzung der Situation, die Bewaffnungsfrage in den Betriebshundertschaften nicht stellte. Sinowjew scheint die Zuspitzung der Verhältnisse in Deutschland bereits am Vorabend der bewaffneten Auseinandersetzung zu sehen.«³¹

Nur wenige Wochen später – Mitte August 1923 – änderte sich die offizielle Moskauer Einschätzung der Lage in Deutschland grundsätzlich.³² Am 11. August 1923 hatte in der deutschen Hauptstadt ein von der Berliner Betriebsrätekonzferenz initiiertes Generalstreik begonnen, der sofort auf ganz Deutschland ausstrahlte. Unter dem Eindruck der begonnenen Massenproteste trat der großbürgerliche Reichskanzler Wilhelm Cuno mit seiner Regierung am 12. August 1923 zurück, sein Nachfolger wurde der rechtsliberale Politiker Gustav Stresemann, der umgehend eine Regierung der Großen Koalition unter Einbeziehung der SPD bildete.

Im Ergebnis dieser Entwicklung gelangten die Führung der KP Rußlands und die Führung der Komintern nunmehr mehrheitlich zu der Schlußfolgerung, daß sich angesichts dieser als dramatisch eingeschätzten politischen Krise auch die wirtschaftliche Krise weiter vertiefen und damit eine revolutionäre Situation in Deutschland – vergleichbar der Lage in Rußland im Sommer 1917 – heranreifen würde.³³ Für die KPD ergäbe sich daher unmittelbar die Aufgabe, mit aller Kraft die Mobilisierung der Massen weiterzuführen und kurzfristig eine bewaffnete revolutionäre Erhebung vorzubereiten.³⁴

³¹ [Edwin Hoernle:] An das Pol-Büro, zu Händen des Genossen Brandler, Moskau, 2. Juli 1923, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 4. Blatt 231-232, hier: Blatt 231.

³² Vgl. dazu insbesondere: Л. Г. Бабиченко, Политбюро ЦК РКП(б), Коминтерн и события в Германии в 1923 г. Новые архивные материалы, in: Новая и новейшая история, no. 2, март-апрель 1994, S. 125-157

³³ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Äußerung von Hermann Remmele, der noch am 11. Januar 1924 gegenüber der Führung der Komintern in Moskau erklärte: »Zweifellos war der Cuno-Streik der Höhepunkt der Bewegung, aber [...] er [war] auch der Wendepunkt in der Bewegung, indem die Sozialdemokraten in die Große Koalition eingetreten sind, sind die sozialdemokratischen Arbeiter wieder mit Illusionen erfüllt worden. Mitte August ist gewissermaßen durch den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung ein Abebben der revolutionären Hochflut eingetreten. Wenn wir uns mit den Sozialdemokraten auseinandersetzten, zeigte sich, daß sie neue Hoffnung auf den Eintritt [...] in die Regierung gesetzt hatten. Sozialdemokraten, die spontan in all den Kämpfen bei uns standen, die den Cuno-Streik mitgemacht hatten, alle diese Massen waren von neuen Illusionen erfüllt worden.« So zitiert in: August Thalheimer, 1923: Eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923, Berlin 1931, S. 10.

³⁴ Obwohl die Initiative zur Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes in Deutschland von den Moskauer Institutionen ausging, sah sich das Mitteleuropäische Büro der Kommunistischen Internationale in Berlin in seinem Bericht vom 4. September 1923 veranlaßt, folgende Warnung zu formulieren: »Wir betonen alle diese Momente, weil wir befürchten, daß die KPD, wie aus allen Aufrufen und Artikeln der »Roten Fahne« hervorgeht [...], zu Handlungen übergehen könnte, die, soweit das auf Grund der deutschen Verhältnisse zu beurteilen ist, nicht der objektiven Lage entsprechen. Von hier aus kann die Lage absolut nicht als so revolutionär angesehen werden, daß sie die letzte Etappe zum

Von Ende August bis Ende September 1923 fanden in Moskau Beratungen mit der Führung der KPD statt, in deren Verlauf der politische und militärische Aktionsplan für den bewaffneten Aufstand erarbeitet und beschlossen wurde, der zum »Deutschen Oktober«, zur »Deutschen Oktoberrevolution« führen sollte. An diesen Beratungen war Arthur Ewert jedoch nicht beteiligt.

Gleichzeitig wurde damit begonnen, parallel zu den offiziellen Gremien der KPD, und weitgehend unabhängig von diesen, eine streng geheime militärische Struktur zu schaffen, den sogenannten Militärpolitischen Apparat, der für die Vorbereitung und Führung des bewaffneten Aufstandes verantwortlich sein sollte.

Die Rolle, die Arthur Ewert in diesem Prozeß spielte, ließ sich nicht mehr aufklären, auch wenn in einschlägigen Untersuchungen sein Name immer wieder mit ganz konkreten Funktionen in Verbindung gebracht wurde. In einer Publikation des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR aus dem Jahre 1987 zum Beispiel wurde festgestellt: »Anfang Oktober gliederte die KPD ihre Führungsorgane für die bewaffneten Kämpfe um. Die bereits Ende August eingesetzten politisch-militärischen und militärisch-organisatorischen Führungskader wurden einem Revolutionskomitee unterstellt, das Organe zur Planung, Organisation, Bewaffnung und Versorgung der Arbeiterformationen, zur speziellen revolutionären Militärpropaganda, Nachrichtengewinnung und Informationsleitung führte. Auf zentraler Ebene waren Otto Braun, Hugo Eberlein, Otto Franke, Fritz Heckert, August Kleine, August Mayer, Heinz Neumann, Wilhelm Pieck und andere eingesetzt. Eben solche Organe entstanden in Oberbezirken und Bezirken, wo z. B. Arthur Ewert, Wilhelm Florin, Carl Fugger, Josef Gutsche, Robert Neddermeyer, Theodor Neubauer, Rudolf Renner, Ernst Schneller und Albert Schreiner tätig waren.«³⁵ Allerdings fehlt in dieser Publikation jeder Hinweis auf eine Quelle. Auch für die auf Hermann Weber zurückgehende und in der Folge immer wieder kolportierte Behauptung, daß Arthur Ewert militärischer Leiter des Oberbezirks West gewesen sei, gibt es keinerlei Beleg.³⁶ Vielmehr war laut einem Bericht von Erich Wollenberg, der selbst militärischer Leiter eines Oberbezirks war, also eigenes Erleben schilderte, für den Oberbezirk West Wilhelm Zaisser zuständig.³⁷

Auch die späteren Ermittlungen des Oberreichsanwalts gegen Arthur Ewert wegen Hochverrats beinhalteten nicht seine eventuelle Mitwirkung in militärischen Führungsstrukturen, obwohl dem Oberreichsanwalt zu dieser Frage sehr detaillierte Informationen zur Verfügung standen: Felix Neumann, der 1925 im sogenannten

unmittelbaren Vorstoß auf die Eroberung der Macht bilden könnte.« Aus dem Bericht Nr. 56 des M[itte]l- E[uropäischen] B[üros], Berlin, 4. September 1923, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 4. Blatt 303.

³⁵ Geschichte der Militärpolitik der KPD (1918-1945), Berlin (DDR) 1987, S. 126.

³⁶ Diese Behauptung wurde erstmals und ohne Beleg aufgestellt in: Hermann Weber, a.a.O., Band 2, S. 113. Alle folgenden Veröffentlichungen beziehen sich auf Weber.

³⁷ Erich Wollenberg, Der Hamburger Aufstand und die Thälmann-Legende, in: Schwarze Protokolle zur Theorie der linken Bewegung, Nr. 6, Oktober 1973. Laut Katja Haferkorn war Arthur Ewert von etwa Dezember 1923 bis zur Auflösung der Oberbezirke im April 1924 Politischer (!) Leiter des Oberbezirks West. In dieser Zeit soll Arthur Ewert wegen seiner Rolle im Kampf gegen die Ruhrbesetzung von einem französischen Gericht in Abwesenheit zu einer Haftstrafe von 15 Jahren verurteilt worden sein. Vgl. dazu: Katja Haferkorn, Arthur Ewert. Kämpfer für das deutsche und das brasilianische Volk, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin (DDR), 1/1968, S.102-113, hier S. 106.

Tscheka-Prozeß erst zum Tode verurteilt, dann zu lebenslanger Haft begnadigt und 1930, inzwischen Mitglied der NSDAP, amnestiert wurde, war ein in allen militärischen Fragen der KPD informierter und aussagewilliger Zeuge, der ohne jede Einschränkung mit dem Oberreichsanwalt zusammenarbeitete.³⁸ Gestützt auf Aussagen eben dieses Felix Neumann wurde Arthur Ewert vom Oberreichsanwalt lediglich vorgeworfen, als Mitglied der Zentrale der KPD an zwei Zusammenkünften in Privatwohnungen teilgenommen zu haben, die in einem ganz allgemeinen Sinne der Vorbereitung des Aufstandes vom Oktober 1923 dienten.³⁹

Am 10. bzw. 16. Oktober 1923 wurden in Sachsen und in Thüringen Koalitionsregierungen gebildet, die als Arbeiterregierungen bezeichnet wurden.⁴⁰ Vertreter der KPD traten als Minister in die von sozialdemokratischen Ministerpräsidenten geführten Landesregierungen ein, nachdem bereits in den Monaten zuvor die sozialdemokratischen Minderheitsregierungen von der KPD toleriert worden waren. Anders als in Sachsen, wo es keine spezielle Vereinbarung über die inhaltlichen Schwerpunkte der gemeinsamen Regierungsarbeit gab, wurde am 13. Oktober 1923 in Thüringen zwischen SPD und KPD ein gemeinsames Regierungsprogramm vereinbart, in dem die »Sicherstellung der Existenz der werktätigen Bevölkerung und der entschiedenste Kampf gegen Faschismus, Revanchepolitik, Reaktion und die verfassungswidrige Militärdiktatur« zur Grundlage der Politik der Landesregierung erklärt wurden.⁴¹

Über die Rolle und die Funktion dieser Arbeiterregierungen hatte es innerhalb der KPD, aber auch in der Führung der Komintern, über Monate hinweg erbitterte Auseinandersetzungen gegeben, ohne daß letztlich eine gemeinsame Auffassung der an diesem Streit beteiligten Seiten erreicht werden konnte. Als sich dann im Oktober 1923 die Frage des Eintritts kommunistischer Minister in die Landesregierungen von Sachsen und Thüringen konkret stellte, erfolgte die Zustimmung maßgeblicher Führungskreise der KPD und der Komintern zu diesem Schritt vor allem unter dem Gesichtspunkt, daß die Koalitionsregierungen aus SPD und KPD angesichts des geplanten bewaffneten Aufstandes ohnehin nur einen kurzen Bestand haben würden und daß die kommunistischen Minister in diesem Zusammenhang einen konkreten und unmittelbaren Beitrag zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes zu leisten hätten, nämlich die Bewaffnung der Arbeiter in Sachsen und Thüringen zu gewährleisten.

³⁸ Vgl. dazu: Bernd Kaufmann u.a., *Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937*, Berlin 1993; S. 113 ff.

³⁹ Vgl. dazu auch: Paul Böttcher am 30. November 1926 vor dem Sächsischen Landtag, in: *Verhandlungen des Sächsischen Landtages, 3. Wahlperiode, 1926/27, Erster Band*, Dresden 1927, S. 13.

⁴⁰ Vgl. dazu und zu weiteren Aspekten der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen u.a.: Richard N. Hunt, *German Social Democracy 1918-1933*, New Haven and London 1964, insbesondere S. 210-220, und: William Carl Mathews, *The Rise and Fall of Red Saxony*, in: Barclay, David E., and Eric D. Weitz (Hrsg.), *Between Reform and Revolution. German Socialism and Communism from 1840 to 1990*, New York and Oxford 1998, S. 293-313, sowie: Donald W. Pryce, *The Reich Government versus Saxony, 1923. The Decision to Intervene*, in: *Central European History*, 10 (1977), No. 2, S. 112-147, aber auch: Steffen Kachel, *Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919-1949*, Köln, Weimar und Wien 2011, und: Hans-Joachim Krusch, *Linksregierungen im Visier. Reichsexekutive 1923*, Schkeuditz 1998.

⁴¹ Programm für die Arbeiterregierung Thüringens, beschlossen von der Verhandlungskommission der Bezirksorganisationen der VSPD und der KPD am 13. Oktober 1923, in: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Band 3, Berlin (DDR) 1966, S. 664-666, hier: S. 664.

Die von SPD und KPD gebildeten Koalitionsregierungen in Sachsen und Thüringen bestanden tatsächlich nur wenige Tage, allerdings aus anderen als den von den Spitzen von KPD und Komintern vermuteten Gründen. Bereits am 13. Oktober 1923 hatte der Befehlshaber des für Sachsen zuständigen Wehrkreises IV – mit Zustimmung der Reichsregierung – die sogenannten Proletarischen Hundertschaften verboten. Am 16. Oktober 1923 übernahm die Reichswehr das Kommando über die sächsische Polizei. Damit waren wesentliche Voraussetzungen für die militärische Besetzung Sachsens am 21. Oktober 1923 und die Reichsexekution⁴² gegen die verfassungsmäßige sächsische Landesregierung wegen der Berufung kommunistischer Minister geschaffen. Am 27. Oktober 1923 wurde die sächsische Landesregierung buchstäblich mit bewaffneter Gewalt aus dem Amt gejagt.⁴³

Am Abend des 20. Oktober 1923 beschloß die Zentrale der KPD einstimmig, zum Generalstreik gegen den drohenden Einmarsch der Reichswehr in Sachsen aufzurufen und den Generalstreik zum Ausgangspunkt für den seit Wochen geplanten bewaffneten Aufstand zu machen. Gleichzeitig wurde jedoch beschlossen, vor der Veröffentlichung des Aufrufs zum Generalstreik die Ergebnisse der Chemnitzer Betriebsräte- und Arbeiterkonferenz am 21. Oktober 1923 abzuwarten.

Entgegen den Erwartungen und Hoffnungen der Führung der KPD lehnten die Teilnehmer der Chemnitzer Konferenz den Aufruf zum Generalstreik jedoch mit deutlicher Mehrheit ab. Allerdings war diese Konferenz keineswegs repräsentativ für die Stimmung in der Arbeiterbewegung. Sie war bereits lange vor der Zuspitzung der Ereignisse in und um Sachsen einberufen worden und hatte ursprünglich die Aufgabe gehabt, sich mit sozialpolitischen Problemen wie der Lebensmittelversorgung für die Bevölkerung und Unterstützungsleistungen für Arbeitslose zu befassen.

In der Nacht vom 21. zum 22. Oktober 1923 traf die Zentrale der KPD mit großer Mehrheit die Entscheidung, den »Beschuß zum Generalstreik und Entscheidungskampf« zunächst aufzuheben und den geplanten Aufstand um einige Monate zu verschieben, um zu einem späteren Zeitpunkt »unter günstigeren Bedingungen« einen neuen Anlauf zu nehmen.

Eine Teilnahme Arthur Ewerts an diesen beiden entscheidenden Sitzungen der Zentrale der KPD am 20. und 21. Oktober 1923 ist nicht überliefert: Für die Sitzung am 20. Oktober 1923 existiert keine Teilnehmerliste, auf der Teilnehmerliste für den 21. Oktober 1923 ist eine Anwesenheit von Arthur Ewert nicht vermerkt. Bereits Anfang Oktober hatte die KPD im Hinblick auf die bevorstehende Berufung von Heinrich Brandler in die sächsische Landesregierung den Sitz ihrer Zentrale von Berlin nach Dresden verlegt und in Berlin nur einen kleinen Stab für die Erledigung der laufenden Arbeit zurückgelassen. Möglicherweise gehörte Arthur Ewert zu diesem Stab, wahr-

⁴² Artikel 48: »Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Verpflichtungen nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten. Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. [...]«

⁴³ Um eine Entwicklung wie in Sachsen zu vermeiden, traten die kommunistischen Minister am 12. November 1923 wieder aus der Thüringer Landesregierung aus.

scheinlicher ist jedoch, daß er sich im Raum Hessen aufhielt, um sich dort an der politischen Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes zu beteiligen.

Ungeachtet des Chemnitzer Beschlusses vom 22. Oktober 1923 über die Vertagung des »Entscheidungskampfes« kam es am 23. Oktober 1923 zu einem isolierten und zu dem unzureichend vorbereiteten bewaffneten Aufstandsversuch in Hamburg, der bereits nach zwei Tagen zusammenbrach. Hatte es die Hoffnung gegeben, daß der sprichwörtliche »Funke« von Hamburg auf die übrigen Teile Deutschlands überspringen würde, so hatte diese Hoffnung getäuscht.

Der Versuch, weitgehend losgelöst von den gesellschaftlichen Realitäten, eine »Deutsche Oktoberrevolution« zu organisieren, war ganz offensichtlich gescheitert. Die KPD hatte sich durch ihre voluntaristische Politik selbst eine weitere Niederlage bereitet, die – wie sich zeigen sollte – bleibende Folgen hatte.

Schon die Planung und die Vorbereitung des »Deutschen Oktober« 1923 waren in hohem Maße von den Machtkämpfen in der Führung der russischen KP und der Komintern, also den Auseinandersetzungen zwischen Josef Stalin, Leo Trotzki, Grigori Sinowjew, Lew Kamenew und Nikolai Bucharin um die Nachfolge Lenins, beeinflußt gewesen, der nach mehreren schweren Schlaganfällen keinen unmittelbaren Einfluß auf die politischen Ereignisse mehr nehmen konnte. Noch stärker von diesen Machtkämpfen wurden in den Wochen und Monaten unmittelbar nach dem Scheitern des »Deutschen Oktober« die Auseinandersetzungen überschattet, die es in der Komintern und der KPD um die Ursachen der Niederlage und um die – abhängig von der Sichtweise der beteiligten Akteure – notwendigen oder auch wünschenswerten politischen und personellen Konsequenzen gab, zumal der Tod Lenins am 21. Januar 1924 es nun tatsächlich notwendig gemacht hatte, in Moskau die Machtverhältnisse innerhalb der russischen KP und der Komintern zu klären.

Wem es gelang, die Deutungshoheit über die Ereignisse in Deutschland im Herbst 1923 zu gewinnen, der hatte die Chance, künftig die Führung der Partei zu übernehmen und deren Geschicke zu bestimmen.⁴⁴

Heinrich Brandler und August Thalheimer bewahrten und bekräftigten in den Auseinandersetzungen um den »Deutschen Oktober« ihre Auffassung, daß der Entschluß zum Rückzug durch die konkreten Bedingungen nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig war, und daß »taktische Rückzugsgefechte« in der gegebenen Situation lediglich Verluste, aber keinerlei politischen Gewinn gebracht hätten.

Ungeachtet der Tatsache, daß alle Entscheidungen in Zusammenhang mit dem Versuch eines bewaffneten Aufstandes in Deutschland in der Führung der KPD beraten worden waren und in jedem einzelnen Fall auch die Zustimmung der Führung der Komintern bzw. der russischen KP vorgelegen hatte, lasteten die ultralinken Kräfte in der KPD um Ruth Fischer und Arkadi Maslow die gesamte politische Verantwortung für das Scheitern des »Deutschen Oktober« ausschließlich Heinrich Brandler und August Thalheimer sowie deren Anhängern an. Diese Gruppierung hätte durch ihr rechtsopportunistisches Verhalten der Sozialdemokratie in die Hände gespielt und

⁴⁴ Vgl. dazu: Klaus Kinner, *Der deutsche Kommunismus - Selbstverständnis und Realität*. Band 1: *Die Weimarer Zeit*, Berlin 1999, S. 69 ff.

damit die objektiv vorhandene Chance für die revolutionäre Machtübernahme in Deutschland ohne Not verspielt.

Zwischen diesen beiden Polen – der Gruppe um Heinrich Brandler und August Thalheimer auf der einen Seite und der Gruppe um Ruth Fischer und Arkadi Maslow auf der anderen – bildete sich eine dritte Richtung heraus, die zunächst als »Fraktion des Zentrums« oder kurz »Zentrumsfraktion« bezeichnet wurde, für die sich dann aber sehr schnell der bis heute gebräuchliche Begriff »Mittelgruppe« durchsetzte.

Das entscheidende Ereignis in diesem Zusammenhang war die Zusammenkunft der erweiterten Führung der KPD am 7. Dezember 1923. Ziel sollte es sein, sich auf eine gemeinsame Position für die Beratungen mit der Komintern in Moskau zu verständigen, die für die folgenden Wochen geplant waren. Doch die Widersprüchlichkeit der Meinungen und Auffassungen machte eine solche Verständigung unmöglich. Notgedrungen wurde schließlich vereinbart, Vertreter aller drei Hauptströmungen innerhalb der Führung der KPD nach Moskau zu entsenden, um dort mit Hilfe der Komintern zu einer Entscheidung über die künftige Politik der Partei und die sich daraus ergebenden personellen Konsequenzen zu kommen.

Im Vorfeld der geplanten Moskauer Beratungen entstanden Thesenpapiere der drei innerparteilichen Fraktionen, die im Januar 1924 in einem »Ergänzungsheft« der »Internationale« veröffentlicht und der Mitgliedschaft der Partei zur Kenntnis gegeben wurden: »Zur Förderung der Klärung der Ansichten innerhalb der Partei über die Ursachen, die zur Oktober-Niederlage führten, und im Anschluß daran über die gegenwärtigen Aufgaben der Partei und die nächste politische Perspektive«, so hieß es in einem kurzen Editorial der Redaktion der »Internationale«, »hat das Direktorium⁴⁵ der KPD beschlossen, die in der Zentrale vorhandenen Ansichten darüber fixieren zu lassen und der Parteiöffentlichkeit zugänglich zu machen. Es liegen drei verschiedene Thesen vor, die in einer Reihe von Aufsätzen begründet und erläutert werden.«⁴⁶

Das Positionspapier der späteren Mittelgruppe, ursprünglich als Brief an die Führung der Komintern in Moskau konzipiert, entstand auf der Grundlage eines Entwurfes, den Heinrich Brandler, Wilhelm Koenen und Hugo Eberlein verfaßt hatten. Nach der ergebnislosen Zusammenkunft am 7. Dezember 1923 hatte Heinrich Brandler zu einer weiteren Beratung ohne Teilnahme der »Berliner Genossen«, also der parteiinternen Opposition um Ruth Fischer und Arkadi Maslow, eingeladen. »Brandler«, so Hugo Eberlein wenige Tage später in einem persönlichen Brief an Wilhelm Pieck, der sich zu diesem Zeitpunkt bereits in Moskau aufhielt, »hatte nur Bedenken über unsere ablehnende Stellung zum Rückzug und erklärte, er würde am anderen Tag in der Sitzung der Zentrale zu diesem Punkte einen Abänderungsantrag vorlegen. Wir bestanden dagegen auf unserem Brief und legten ihn in der Sitzung der Zentrale anderen Tags vor. Brandler kam dann mit der Überraschung: Er lehnte mit Thalheimer zu-

⁴⁵ Auf der ersten Sitzung der Zentrale nach dem Scheitern des »Deutschen Oktober« am 29. Oktober 1923 waren die innerparteilichen Konflikte erstmals voll zum Ausbruch gekommen. Zwar wurde Heinrich Brandler noch einmal als Parteivorsitzender bestätigt, doch wurde ein »Direktorium« als engeres Leitungsgremium gebildet, dem neben Brandler auch August Thalheimer, Jacob Walcher, Wilhelm Pieck und Ruth Fischer sowie zwei weitere, namentlich nicht bekannte Mitglieder, unter ihnen möglicherweise Ernst Thälmann, angehörten. Vgl. dazu: Sitzung der Zentrale am 29. Oktober 1923, Berlin, RY 1/I 2/2/15, Blatt 276.

⁴⁶ Ergänzungsheft Nr. 1 der »Internationale«, Januar 1924.

sammen plötzlich den Brief ab und erklärte [...], daß der Oktoberrückzug richtig gewesen sei.«⁴⁷ Im Gegensatz dazu vertrat die Mehrheit in der Mittelgruppe die Ansicht, daß taktische Rückzugsgefechte richtig und erforderlich gewesen wären.

Diese Ansicht unterstützte Arthur Ewert allerdings nicht. Bei der Abstimmung über den Brief an die Führung der Komintern, also das Positionspapier der Mittelgruppe zu den Oktoberereignissen 1923, enthielt er sich, wie zunächst auch Rudolf Lindau, der Stimme. Doch während sich Lindau in den folgenden Tagen doch noch der Position der Mittelgruppe anschloß, blieb Arthur Ewert aus Gründen, die sich nicht mehr feststellen ließen, bei seiner Haltung. Er hatte sich nach den Worten von Hugo Eberlein, »bis heute nicht entschieden.«⁴⁸

Auch nach der Verabschiedung des Briefes an die Führung der Komintern, schrieb Hugo Eberlein am 21. Dezember 1923 an Wilhelm Pieck weiter, »fanden erneut mehrere Sitzungen der Zentralemehrheit, also ohne die Berliner Genossen, statt; in diesen Sitzungen sollte der Versuch gemacht werden, die Mehrheit auf eine Linie zu bringen. Dieser Versuch ist fehlgeschlagen. Im Gegenteil: Die Meinungen gingen nach jeder Diskussion weiter auseinander. Brandler und Thalheimer wollten keinerlei Kritik an der Oktoberbewegung anerkennen; sie halten den Rückzug für richtig und notwendig. Was aber noch schlimmer ist, sie wichen in der Perspektive immer weiter von uns ab, so daß Brandler in der letzten Sitzung seinen Standpunkt dahingehend formulierte, daß wir auf einem Tiefstand der revolutionären Welle angelangt sind und die revolutionäre Bewegung in Deutschland wahrscheinlich auf Jahre hinaus vertagt werden müsse. Er sieht eine Konsolidierung der gegnerischen Kräfte nicht nur in Deutschland, sondern auch in England, Frankreich und Amerika, und glaubt deshalb nicht an eine rasche Entwicklung und Zuspitzung in Deutschland.« Und weiter: »Diese scharfen Gegensätze, die sich in den letzten Wochen herausgebildet haben, führten naturgemäß zur Fraktionsbildung, so daß die Zentrale heute in drei Fraktionen gegliedert ist, und zwar die Fraktion Ruth [Fischer] mit den Dir bekannten Mitgliedern, die Fraktion Brandler/Thalheimer und die übrigen Mitglieder der Zentrale, die sich zur Fraktion des Zentrums zusammenschlossen. Dazwischen pendeln noch ein paar unentschiedene Genossen wie [Arthur] Ewert und [Karl] Becker, die stark zu Brandler neigen.«⁴⁹

Auch in der Folge bewahrte Arthur Ewert seine politischen Sympathien für Heinrich Brandler, was sich in späteren Jahren nicht zuletzt in seinen wiederholten Bemühungen zeigte, Brandler (und Thalheimer) aus ihrem Zwangsexil in Moskau wieder zur politischen Arbeit zurück nach Deutschland zu holen. Doch hinsichtlich der Beurteilung der Oktoberereignisse 1923 schloß er sich schließlich doch der offiziellen Sichtweise der Komintern an, wie beispielsweise in seiner Rede auf der Sechsten Tagung des EKKI im Februar 1926 deutlich wurde: »Der größte Fehler des Jahres 1923 war, daß man die Haltung der Partei von den Schwankungen im reformistischen Lager abhängig machte, daß sich die Partei diesen Schwankungen unterordnete, statt durch eine energische klare Haltung die schwankenden Stimmungen im reformistischen La-

⁴⁷ [Hugo Eberlein:] An Genossen Pieck, Berlin, 21. Dezember 1923, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 4. Blatt 384-387 (Rs.), hier: Blatt 384 (Rs.).

⁴⁸ Ebenda, Blatt 385.

⁴⁹ Ebenda, Blatt 385 f.

ger der Arbeiter niederzukämpfen und sie mitzureißen. Diese Lehre haben wir gezogen, und wir werden die rechten Abweichungen auf das Schärfste bekämpfen.«⁵⁰

Wenige Jahre nach dem gescheiterten »Deutschen Oktober« bewertete Heinrich Brandler in einem Brief an einen Kampfgefährten die Diskussionen und Debatten in der Führung der KPD: »Bei der Durchführung der Politik des Oktober 1923 war aber mit Ausnahme der Ruth-[Fischer]-Maslow-Leute immer Einstimmigkeit bei allen entscheidenden Beschlüssen. Ich lehne damit nicht die Verantwortung für irgendeinen gemachten Fehler ab. Nur allein ihn mir aufzubürden, das fälscht die Parteigeschichte und, was das entscheidende ist, das vertuscht die wirklich gemachten Fehler und macht es der Partei schwer, die wirklichen Fehler zu erkennen und künftighin zu vermeiden.«⁵¹

Tatsächlich gelang es der KPD zu keinem Zeitpunkt, eine kritische und vor allem selbstkritische Analyse der Ereignisse und Entwicklungen des Jahres 1923 vorzunehmen, vielmehr wurde ein Mythos geschaffen, der viele Jahrzehnte überdauern sollte.⁵²

⁵⁰ [Rede von Arthur Ewert], Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 17. Februar bis 15. März 1926, Hamburg und Berlin 1926, S. 99 f.

⁵¹ Brief Heinrich Brandlers an Bruno Granz, Moskau, 13. November 1927, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 2/3/67, Blatt 17-23, in: Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas, Klaus Kinner (Hg.), Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg, Berlin 2003, Dokumente auf CD, Dokument 22.

⁵² Das zeigte sich nicht nur in der offiziellen Geschichtsschreibung der DDR, sondern beispielsweise auch bei den Auseinandersetzungen um die Thesen zum 20. Jahrestag der KPD, die im Herbst 1938 von einer dreiköpfigen Gruppe um Gerhart Eisler erarbeitet wurden. Dem Entwurf der Thesen wurden von offizieller Seite, so der spätere Bericht von Franz Dahlem, »ernsthafte Mängel« bescheinigt. »Vielleicht lag es daran«, so Dahlem weiter, »daß es bei seiner Abfassung den Genossen schwerfiel, den genügenden Abstand zu der selbst mitgestalteten Geschichte der Partei zu finden, wenn dieser Entwurf manche Einseitigkeit der Darstellung und die ganz offensichtliche Scheu offenbarte, die im Verlaufe dieser zwei Jahrzehnte begangenen Fehler beim rechten Namen zu nennen.« (Vgl. dazu: Franz Dahlem, Am Vorabend des zweiten Weltkrieges. Erinnerungen, Berlin (DDR) 1977, Band 1, S. 370 f.) Da Wilhelm Pieck die politische Verantwortung für die Erarbeitung der Thesen trug, blieben die »ernsthafte Mängel« auch in späteren Jahren für Gerhart Eisler ohne unmittelbare Konsequenzen. (Vgl. dazu: Ronald Friedmann, a.a.O., S. 136 f.)

Kapitel 5: Der Triumph der Ultralinken

Ende Dezember 1923 befand sich die KPD in einer trostlosen Lage, ihre weitere Existenz war gefährdet. Nach einem Bericht von Hugo Eberlein herrschte ein »unglaubliche[s] organisatorische[s] Durcheinander in der Partei. Nichts, aber auch gar nichts funktioniert. Unsere Organisatoren sitzen zusammen und bauen Thesen, und draußen zerfällt inzwischen die Partei. Unsere Finanzlage ist hoffnungslos. Nach der unglaublichen Verwüstung der Mittel stehen wir jetzt vor dem völligen Ruin. Trotz der Herabsetzung der Gehälter um fast die Hälfte können diese noch nicht einmal ausbezahlt werden. Die Personalpolitik ist ein Skandal; auch hier muß eine Änderung zum Besseren eintreten. Wir hätten ungeheure Arbeit in der Partei, wenn wir eine arbeitsfähige Parteileitung hätten. Wir haben eine Parteileitung, d. h. einen Kopf, der uns auf dem Zentralausschuß aufgezwungen wurde und hinter dem niemand mehr in der Parteileitung steht. Brandler sind die Zügel völlig aus den Händen geglitten. Es ist ein jammervoller Zustand, der rasch und gründlich beseitigt werden muß.«¹

In dieser Situation waren es die Mitglieder der Mittelgruppe, unter ihnen der hier zitierte Hugo Eberlein, die die Initiative ergriffen und in den letzten Wochen des Jahres 1923 und den ersten Wochen des Jahres 1924 das »politische Zentrum der Partei« bildeten, also de facto die Führung der Partei übernommen hatten.² Es ging nicht nur darum, angesichts einer regelrechten Mitgliederflucht die Organisationsstrukturen der Partei zu bewahren, sondern vor allem darum, die politische Handlungsfähigkeit der KPD zu sichern und trotz des seit dem 23. November 1923 bestehenden Verbots der Partei wieder über den zunehmend enger werdenden Kreis der Mitglieder hinaus in der Öffentlichkeit wirksam zu werden.³ Als Leiter des Oberbezirks West trug Arthur Ewert seit Mitte Dezember 1923 die unmittelbare Verantwortung für die politische Arbeit in den wichtigen Parteibezirken Westfalen, Ruhrgebiet, Rheinland-Nord, Rheinland-Süd und Mittelrhein.⁴

Allerdings waren die Berichte über den Verlauf der gemeinsamen Beratungen der Vertreter der drei Fraktionen der KPD mit der Führung der Komintern in Moskau, bei denen es um die Verantwortung für die Niederlage im Oktober 1923 und vor allem um die notwendigen Schlußfolgerungen für die künftige Politik ging, für die Angehörigen der Mittelgruppe keineswegs ermutigend. So schrieb Wilhelm Pieck, der

¹ [Hugo Eberlein:] An Genossen Pieck, Berlin, 21. Dezember 1923, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 292, Delo 4. Blatt 384-387 (Rs.), hier: Blatt 386 (Rs.) und 387.

² Rosa Meyer-Leviné, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920-1933, Frankfurt am Main 1982, S. 72.

³ Allerdings wurde das Parteiverbot sehr lasch gehandhabt. Weder wurden die Reichstags- und Landtagsmandate der kommunistischen Abgeordneten kassiert noch wurde das Parteivermögen, zum Beispiel die damalige Parteizentrale in der Berliner Rosenthaler Straße, die Eigentum der Partei war, eingezogen. Selbst Presseerzeugnisse der KPD wie die »Internationale« konnten weiterhin legal erscheinen.

⁴ Vgl. dazu: Katja Haferkorn, Arthur Ewert. Kämpfer für das deutsche und das brasilianische Volk, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin (DDR), 1/1968, S.102-113, hier S. 106. Die Funktion des Politischen Leiters des Oberbezirks West übte Arthur Ewert gemeinsam mit Walter Stoecker bis zur Auflösung der Oberbezirke im April 1924 aus. Vgl. dazu: [Hermann Remmele:] Lieber Genosse Sinowjew, Berlin, 15. April 1924, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 293, Delo 42. Blatt 85-94, hier: Blatt 91.

selbst zur Mittelgruppe gehörte, am 15. Januar 1924 an die Zentrale in Berlin: »Die Ausarbeitung der Thesen ist bei den bestehenden Gegensätzen zwischen uns und der Opposition eine sehr schwierige Sache, wenn dabei Thesen herauskommen sollen, die die eine und die andere Seite befriedigen sollen. Die Opposition hat ihre eigenen Thesen vorgelegt, die neben den bei der Opposition üblichen Übertreibungen den entscheidenden Satz enthalten, daß die Partei im Oktober unter allen Umständen den bewaffneten Aufstand hätte unternehmen müssen, weil die Siegesaussichten nicht geringer waren, als sie es je sein können und daß selbst eine Niederlage unter den im Oktober bestehenden Verhältnissen eine jener Niederlagen gewesen wäre, welche die Grundlage der Siege werden. [...] Die Frage der Zusammensetzung einer in der Zahl verminderten Zentrale wird selbstverständlich nicht hier, sondern in Deutschland entschieden werden müssen. Ich fürchte, daß die Opposition in dieser Frage wiederum sich selbst sehr überschätzen wird und es damit der Parteimehrheit außerordentlich erschwert, die Zusammenarbeit durchzuführen. Maslow hat bereits in einer kleinen Kommission, die zur Ausarbeitung der Thesen eingesetzt ist, erklärt, daß die Voraussetzung einer Verständigung zwischen dem Parteizentrum und der Linken die ist, daß der Schwerpunkt der Leitung von der Rechten auf die Linke verlegt wird, dabei müsse sich das Parteizentrum bewußt sein, daß es in seinem Block mit der Rechten Bankrott gemacht habe. Das Zentrum sei eine sehr junge und sehr unsichere Mittelgruppe, die erkennen müsse, daß faktisch die Auffassung der Opposition gesiegt habe. [...] Das ist so im allgemeinen die gegenwärtige Situation, unter der wir jetzt den Schlußberatungen entgegengehen.«⁵

So konnte es kaum überraschen, daß das Moskauer Abschlußdokument, das am 19. Januar 1924 vom Präsidium des Exekutivkomitees der Komintern unter dem Titel »Die Lehren der deutschen Ereignisse« beschlossen wurde, vor allem die Positionen der ultralinken Opposition um Ruth Fischer und Arkadi Maslow unterstützte, die nach wie vor vom Vorhandensein einer revolutionären Situation und der Möglichkeit und Notwendigkeit der sofortigen Übernahme der politischen Macht in Deutschland ausging. In dem Dokument hieß es deshalb: »Die Grundeinschätzung der Lage in Deutschland, welche im September der Exekutive der Komintern gegeben ist, bleibt im wesentlichen bestehen. Der Charakter der eingeleiteten Kampfphase sowie die Hauptaufgabe der Partei bleiben dieselben. Die KPD darf die Frage des Aufstandes und der Machteroberung nicht von der Tagesordnung streichen. Die Frage muß vor uns in ihrer ganzen Leibhaftigkeit und Dringlichkeit stehen. Wie groß auch die Teilsiege der deutschen Gegenrevolution sein mögen, sie lösen keines der Krisenprobleme des kapitalistischen Deutschlands.«⁶

Unter diesen Umständen blieb die »absolute Forderung der Kommunistischen Internationale« nach »Aufrechterhaltung der Parteieinheit« im Grunde nur ein frommer Wunsch: »Die Exekutive der Komintern fordert [...] die gesamte Mitgliedschaft der

⁵ [Wilhelm Pieck:] An die Zentrale der KPD, Moskau, 15. Januar 1924, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 9. Blatt 14-16, hier: Blatt 14.

⁶ Die Lehren der deutschen Ereignisse. Resolution des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern zur deutschen Frage, Moskau, 19. Januar 1924, in: Bernhard B. Bayerlein, Leonid G. Babicenko und Fridrich I. Firsov (Hrsg.), a.a.O., S. 456-466, hier: S. 465.

KPD auf, alles aufzubieten, damit auf dem Parteitag die ganze Partei einheitlich und geschlossen die Fraktionskämpfe liquidiert und volle Aktionsfähigkeit erlangt.«⁷

Einen Monat später, am 19. Februar 1924, bestätigte der Zentralausschuß der KPD auf seiner Tagung in Halle die in Moskau gefaßten Beschlüsse. Vor allem jedoch nahm er eine bereits in Moskau vereinbarte Umbildung der Zentrale vor. Vorrangige Aufgabe dieser neuen Parteiführung sollte es sein, den 9. Parteitag der KPD vorzubereiten, der für Anfang April 1924 einberufen wurde. Zum amtierenden Vorsitzenden der KPD für die etwa sechs Wochen bis zum Parteitag wurde Hermann Remmele bestimmt, der ursprünglich der Mittelgruppe nahestand, sich in der Folge aber sehr schnell auf die Seite der Ultralinken schlug. Stellvertretender Parteivorsitzender wurde Ernst Thälmann, der zu dieser Zeit noch ein überzeugter, allerdings nur wenig ambitionierter Anhänger von Ruth Fischer und Arkadi Maslow war.⁸ Mit der Leitung des Polbüros, dem eigentlichen Führungsgremium, wurden zwei Angehörige der Mittel-

⁷ Ebenda.

⁸ Thälmann stand zu dieser Zeit im Schatten von Ruth Fischer (und Arkadi Maslow), auch wenn er bereits eigenes politisches Gewicht hatte, das auch in Moskau Berücksichtigung fand. Allerdings zeigte Thälmann keinerlei Ehrgeiz, aus eigener Kraft aus diesem Schatten zu treten. Er verschwand oftmals für viele Wochen, ohne sich um die Angelegenheiten der Partei zu scheren (wie er das dann auch nach 1925 weiterhin häufig tat, als er die Führung der KPD übernommen hatte) und ohne daß seine Genossen eine Möglichkeit hatten, mit ihm Kontakt aufzunehmen. Am 21. November 1924, auf dem Höhepunkt des zweiten Reichstagswahlkampfes des Jahres, sah sich Ruth Fischer daher veranlaßt, in einem Brief an Ottomar Geschke in Moskau festzustellen: Der »schwierigste [Punkt] ist unser Freund Teddy [d.i. Ernst Thälmann]. Du schreibst, ich solle ihn nach Moskau schicken. Er hat sich bis heute noch nicht bei der Zentrale gemeldet. Da er angeblich wirklich krank ist, kann man dagegen nichts machen. So wie ich Teddy habe, werde ich eine sehr ernste Aussprache mit ihm machen. Es wird wieder für 4 Wochen helfen, dann wird er von vorn anfangen. Die tiefere Ursache liegt an den Dir schon bekannten Eigentümlichkeiten von Teddy, aber das soll man weder übertreiben, noch überschätzen, das sind unvermeidbare Seifenblasen, die bei einiger vernünftiger Arbeit sofort wieder weg sind.« [Ruth Fischer an Ottomar Geschke], Berlin, 21. November 1924, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 10. Blatt 272-274, hier: Blatt 272.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch eine Meinungsäußerung von Hermann Remmele über Thälmann, die er am 15. April 1924 an Grigori Sinowjew übersandte: »Thälmann ist zweifellos der treueste und ergebenste Schildhalter der Beschlüsse und Anforderungen der Exekutive in der deutschen Partei. Er ist der absolute, energischste und rücksichtsloseste Verfechter strengster Disziplin und Unterordnung unter den Willen der Internationale und der entschiedenste Anhänger des internationalen Zentralismus. Jedenfalls kann die Internationale keinen besseren Sachwalter in der deutschen Partei finden [... als] Thälmann. Die Beschlüsse der Komintern werden durch Thälmann bedingungslos verfochten und durchgeführt werden. Andererseits ist er jedoch keine große selbständige schöpferische Kraft, was in dem deutschen Milieu, bei den täglich auf die Partei eindringenden Problemen und Fragen unbedingt zur Führereigenschaft gehört. Es ist wohl keine Übertreibung, daß die deutsche Politik das Höchstmaß an politischen Erfahrungen und Kenntnissen erfordert, mehr [... als] in einem anderen Lande. Und das ist das, was Thälmann fehlt.« [Hermann Remmele:] Lieber Genosse Sinowjew, a.a.O., Blatt 88.

Möglicherweise war sich Thälmann seiner Schwächen und eigenen Unzulänglichkeiten bewußt. Eine wissenschaftliche Thälmann-Biographie, die auch einen solchen Aspekt behandeln müßte, fehlt jedoch bedauerlicherweise noch immer.

gruppe beauftragt: Wilhelm Koenen wurde Vorsitzender, als Stellvertreter wurde August Kleine [d.i. Abram Guralski] gewählt.⁹

In der verbleibenden Zeit bis zum Reichsparteitag ging es für die Mitglieder der Mittelgruppe, zu denen auch Arthur Ewert gehörte, vor allem darum, den eigenen Führungsanspruch durchzusetzen und sich dabei konsequent den Positionen und Plänen der linken und ultralinken Gruppierung um Ruth Fischer und Arkadi Maslow entgegenzustellen.

So kam es auf dem Bezirksparteitag Rheinland-Westfalen Süd am 2. März 1924 zu einem heftigen verbalen Zusammenstoß zwischen Arthur Ewert und Ruth Fischer, die die beiden Hauptreferate hielten.¹⁰ Weniger dramatisch verlief ein Bezirksparteitag der KPD des Ruhrgebiets, auf dem neben Arthur Ewert auch Ernst Thälmann als Redner auftrat. Fritz Selbmann, in späteren Jahren Minister für Schwerindustrie der DDR, gab in seiner 1969 erschienenen Autobiographie einen kurzen Bericht über dieses Zusammentreffen. Er ist schon deshalb interessant und erwähnenswert, weil es sich um eine der ganz wenigen persönlichen Schilderungen aus der Zeit der DDR handelt, in denen das politische Wirken von Arthur Ewert, wenn auch von der Tendenz her eher abwertend, Erwähnung fand. Deutlich wird in diesem Bericht, daß das Wirken Ernst Thälmanns als Anhänger von Ruth Fischer und Arkadi Maslow – vor allem in Hinblick auf seine spätere Rolle als Vorsitzender der KPD ab 1925 – in der offiziellen Geschichtsschreibung der DDR verklärend umgedeutet wurde. Bei der Beurteilung der Ereignisse der Jahre 1923 und 1924 und insbesondere der ultralinken Opposition in der KPD wurde entgegen den historischen Tatsachen zwischen den »gesunden proletarischen Kräften« um Ernst Thälmann und den »kleinbürgerlich-intellektuellen Elementen« um Ruth Fischer und Arkadi Maslow unterschieden.¹¹ Allerdings konnte man sich dabei auf eine offizielle Position der Komintern stützen, deren Vorsitzender Grigori Sinowjew im März 1924, allerdings vorwiegend unter taktischem Aspekt, geschrieben hatte: »Wir haben immer im linken Flügel der KPD zwei Strömungen unterschieden. Die eine ist die einer Schicht prächtiger, revolutionär gestimmter und der Sache tief ergebener Arbeiter, die geradewegs aus den Massen hervorgegangen sind und die beste Hoffnung des deutschen Kommunismus bilden. Die andere Strömung ist die einer Gruppe von Führern aus der Intelligenz, unter denen sich in höchstem Grade fähige Leute befinden, die sich schon von der einen oder anderen fehlerhaften Einstellung freigemacht haben und imstande sind, der deutschen Arbeiterbewegung die größten Dienste zu leisten. Aber unter ihnen gibt es äußerst unreife Elemente, ohne marxistische Bildung, ohne ernste revolutionäre Tradition,

⁹ (Technischer) Sekretär des Polbüros wurde Rudolf Lindau. Als zweiter Sekretär des Polbüros wurde Arkadi Maslow gewählt. Da er jedoch nicht Mitglied der Zentrale war, war er bei Abstimmungen nicht stimmberechtigt. Walter Ulbricht wurde Org-Sekretär.

¹⁰ Bezirksparteitag Rheinland-Westfalen Süd, 2. März 1924, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 3/20-21/3.

¹¹ Vgl. dazu u.a.: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 4. Von 1924 bis Januar 1933, Berlin (DDR) 1966, S. 26 ff. oder auch: Günter Hortschansky u.a., Ernst Thälmann. Eine Biographie, Berlin (DDR) 1980 (2 Bände), Band 1, S. 200f.

mit Neigung zu leerem Phrasengedresch, die der deutschen kommunistischen Bewegung den größten Schaden tun können.«¹²

In den Erinnerungen von Fritz Selbmann kann man also lesen: »Es war auf dem Bezirksparteitag der KPD des Bezirks Ruhrgebiet [...]. Die Konferenz wurde aus Sicherheitsgründen in einer Stadt außerhalb des Ruhrgebiets abgehalten [...], wo die Polizei fast keinen der Delegierten kannte. [...] Zu der Konferenz hatte die Zentrale zwei Redner entsandt, gewissermaßen einen Referenten und einen Korreferenten; es ging schließlich um die Vorbereitungen zum 9. Parteitag. Als erster kam Arthur Ewert, er vertrat die Mittelgruppe der Zentrale, eine Gruppe führender Genossen, die bisher schon der Parteiführung angehörten und die falsche politische Strategie und Taktik der Parteizentrale bis zur Niederlage 1923 unter Brandler und Thalheimer verurteilten, die aber auch zu der noch außerhalb der Führung stehenden linken Opposition in einem gewissen Gegensatz standen, als deren Vertreter Ernst Thälmann sprechen sollte.¹³

Bis dahin kannte ich weder den einen noch den anderen der beiden Redner. Arthur Ewert war sorgfältig gekleidet und entsprach meiner vielleicht etwas zu primitiven Vorstellung vom Äußeren eines illegal lebenden Führers einer illegalen Partei in keiner Weise. Das war bei Ernst Thälmann ganz anders. [...] Vom Äußeren Thälmanns war ich begeistert. [...] Uns Jungen erschien Thälmann in seiner pittoresken Aufmachung eines zeitgenössischen Störtebeker als die Idealgestalt des illegalen Führers.

Die Konferenz begann, Arthur Ewert sprach. Er war – wie sein ganzes bisheriges und späteres Leben zeigte – ein guter Genosse und ein wirklicher Revolutionär. Aber wir Jungen gehörten zur Opposition und standen »links«. Uns erschien die Position, auf der Arthur Ewert stand und von der er sprach, als eine Position der halben Erkenntnisse und der unzulänglichen Schlußfolgerungen. Wir waren jung, wir waren radikal, wir waren oppositionell, und wir wollten die Köpfe der Verantwortlichen für die 1923er Niederlage, wie weiland die Jakobiner die Köpfe der Führer der Gironde. Arthur Ewert hielt eine glänzende Rede, gut konzipiert und mit Formulierungen, die so elegant waren wie sein Äußeres. Was er inhaltlich sagte, weiß ich nicht mehr, da wir keine Notizen machen durften, aber wir waren fast alle sehr beeindruckt.

Dann sprach Thälmann, und er sprach so, wie er aussah mit seinem Wikingerbart, in seiner harten, manchmal sogar etwas grob und fast unbeholfen wirkenden Sprache, aber mit dem Temperament und der Leidenschaft des echten Revolutionärs. Schon nach wenigen Minuten waren wir fasziniert von seiner Rede und von seiner Persönlichkeit. Gewiß, wir Jungen waren alle schon vorher Gegner der opportunistischen Taktik der Brandler-Gruppe, wenn sich auch diese Gegnerschaft für die meisten von uns und auch für mich mit den Namen jener radikal scheinenden kleinbürgerlichen Intellektuellen vom Schlage Ruth Fischer, Arkadi Maslow und Werner Scholem verband. Dieser hier [...] war ein ganz anderer Mensch, ein wirklicher Arbeiterführer, und als ich mich [...] entscheiden mußte über ein weiteres Mitgehen mit den ultralin-

¹² [Grigori Sinowjew:] Über die Lage der Dinge in der Kommunistischen Partei Deutschlands, Moskau, 26. März 1924, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 18, Delo 248. Blatt 124-136, hier: Blatt 124 f.

¹³ Diese Darstellung ist nicht richtig, Ernst Thälmann war zu diesem Zeitpunkt bereits stellvertretender Parteivorsitzender, stand also nicht »außerhalb der Führung«.

ken Führern [...], da war [... diese] Rede Thälmanns ausschlaggebend, mit der er mich für sich und den leninistischen Kurs auf die Schaffung einer wirklich kommunistischen Massenpartei gewonnen hatte. [...] Von diesem Tage an rechnete ich mich zu den Gefolgsleuten Ernst Thälmanns.«¹⁴

Der 9. Parteitag der KPD, der nach seinem Haupttagungsort später auch als Frankfurter Parteitag bezeichnet wurde, tagte vom 7. bis 10. April 1924 in Offenbach und in Frankfurt am Main unter den Bedingungen der Illegalität. Zwar war das am 23. November 1923 verfügte Verbot der KPD bereits am 1. März 1924 wieder aufgehoben worden, doch die Mehrzahl der Führungsmitglieder der KPD wurde wegen ihrer Rolle im Herbst 1923 polizeilich gesucht und war daher jederzeit und überall von Verhaftung bedroht.¹⁵ Das hatte auch zur Folge, daß im Anschluß an den Parteitag zwar ein ausführliches Protokoll mit allen Anträgen, Beschlüssen und Resolutionen sowie allen Wortbeiträgen der Vertreter der drei großen innerparteilichen Gruppierungen veröffentlicht wurde, daß aber die Herausgeber »infolge der andauernden polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungen aller Funktionäre unserer Partei«, wie es im Protokollband erläuternd hieß, darauf verzichteten, die Namen der »Parteitagsdelegierten und Parteitagsteilnehmer zu veröffentlichen, um der Polizei und den Gerichten ihr Handwerk nicht noch zu erleichtern.«¹⁶ So ließ sich auch nicht mehr feststellen, ob Arthur Ewert auf dem Parteitag sprach und was gegebenenfalls der Schwerpunkt seiner Ausführungen war.

Angesichts der klaren Mehrheitsverhältnisse auf dem Frankfurter Parteitag – 92 Delegierte gehörten zur linken und ultralinken Gruppe, 34 Delegierte zur Mittelgruppe und kein Delegierter zur rechten Gruppe um Heinrich Brandler und August Thalheimer – konnte es für die Vertreter der Mittelgruppe von Anfang an nur darum gehen, die Dominanz der linken und ultralinken Kräfte in der KPD zumindest einzuschränken und dabei gleichzeitig die Notwendigkeit der Existenz der eigenen Gruppe nachzuweisen.

Ernst Meyer, der für die Mittelgruppe eines der Hauptreferate hielt, betonte daher auch vor allem die Gemeinsamkeiten, die es mit den Linken und Ultralinken gab, um so die Grundlage aufzuzeigen, auf der eine künftige Zusammenarbeit möglich gewesen wäre, ohne jedoch seine Position – und die seiner Gruppe – bei der Bewertung

¹⁴ Fritz Selbmann, *Alternative, Bilanz, Credo. Versuch einer Selbstdarstellung*, Halle 1969, Seite 148 ff. Bei der Wahl der Delegierten zum Reichsparteitag der KPD erhielten auf diesem Bezirksparteitag die Kandidaten der Ultralinken 300 Stimmen, die Kandidaten der Mittelgruppe nur 25 Stimmen. Vgl. dazu: [Werner Scholem:] *Werter Genosse Sinowjew*, Berlin, 18. März 1924, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 293, Delo 42. Blatt 69-72, hier: Blatt 69.

¹⁵ Gegen die Mitglieder der im Februar 1923 gewählten Zentrale der KPD lagen bis zur Einstellung des sogenannten Zentrale-Prozesses am 13. Oktober 1928 auf Grundlage einer einschlägigen Amnestie mehrere, regelmäßig erneuerte Haftbefehle vor. Zum Zeitpunkt des Frankfurter Parteitags waren die Haftbefehle vom 3. November 1923 und vom 4. April 1924 relevant. Akten des Polizeipräsidiums Leipzig, Prozeß gegen die früheren Mitglieder der Zentrale der KPD, SAPMO-BArch, Berlin, NY 4182/85, Blatt 16 und Blatt 23. (Bei diesem Aktenbestand handelt es sich bemerkenswerterweise um den Nachlaß Walter Ulbrichts, der also offensichtlich die auch ihn betreffenden Akten in sein persönliches Archiv geholt hatte.)

¹⁶ Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Frankfurt am Main vom 7. bis 10. April 1924, Berlin 1924 (Reprint o.O. und o.J.), S. 399.

der Oktoberereignisse 1923 aufzugeben: »Es muß klipp und klar gesagt werden: es waren in den Oktobertagen keine Differenzen zwischen der Linken und dem Grundkern der Mittelgruppe. Wir haben gemeinsam für den Kampf gestimmt. Die Opposition hat damals nicht gesagt, daß wir den Sieg in der Tasche hätten, wie sie das jetzt darstellt. Im Gegenteil, sie sagte, daß nüchtern gesagt, mehr Chancen für Niederlage als für Sieg vorhanden seien. War der Rückzug falsch oder richtig? Es war kein Rückzug, es war ein Versagen der Partei, ein Ausweichen vor jedem Kampfe. Wir haben im Jahre 1923 dieselbe Taktik angewandt wie in den Jahren 1920 und 1921. Wir haben den Gegner provoziert, und als wir ihn provoziert hatten, erklärten wir: Wir kämpfen nicht. Das ist kein Rückzug. (Heiterkeit) Wir hatten die Pflicht, zu kämpfen, denn 40 Prozent des Proletariats wollten den Kampf. Wir mußten ihn aufnehmen, selbst wenn er mit keinem Siege geendet hätte. Nach schweren Kämpfen einen Rückzug antreten, bei dem wir große Teile der SPD-Arbeiter mitbekommen und zwischen SPD-Führern und -Massen eine Kluft schaffen, das ist ein guter Rückzug. Der Wille zum Kampf war bei uns so ernst wie bei den Linken. Im Oktober war aber kein Rückzug, es war eine platte Niederlage der Partei.«¹⁷

Doch alle Bemühungen um Schadensbegrenzung waren vergeblich, der Triumph der Linken und Ultralinken auf dem Frankfurter Parteitag war total. Zwar wurden trotz aller Differenzen die beiden Resolutionen »Zur Lage und zur Perspektive« und die »Die nächsten Aufgaben der KPD« einstimmig beschlossen. Entscheidend jedoch war, daß der maßgebliche Beschluß »Zur Taktik der Partei« in namentlicher Abstimmung nur von den 92 linken und ultralinken Delegierten bestätigt wurde, während der Gegenentwurf der Mittelgruppe nur die Stimmen von deren 34 Delegierten erhielt. Damit wurde eine politische Spaltung der Partei zementiert, die allerdings nicht – wie bei früheren Anlässen – auch zu einer organisatorischen Spaltung führte.

Diese politische Spaltung der Partei wurde auch bei der Wahl der neuen Parteiführung deutlich: Von den 15 Mitgliedern der Zentrale, die nach heftigen Auseinandersetzungen schließlich gewählt wurden, gehörten 11 zur linken und ultralinken Gruppe und nur vier zur Mittelgruppe. Ernst Thälmann wurde Vorsitzender der KPD, eine Funktion, die allerdings vorwiegend repräsentativen Charakter hatte.¹⁸ Die eigentliche Führung der Partei lag beim Vorsitzenden des Polbüros. In diese Funktion wurde zunächst Arkadi Maslow gewählt, nach dessen Verhaftung im Mai 1924 war es Ruth Fischer, die die Geschicke der KPD leitete und verantwortete.¹⁹ In der schon damals renommierten »Weltbühne« wurde dieses zäsursetzende Ereignis – zum ersten Mal in der Geschichte stand de facto eine Frau an der Spitze einer großen deutschen Partei – in folgender Weise kommentiert: »Der Radikalismus hat gesiegt. [...] Ruth Fischer will unumschränkt kommandieren und will, über allen Zufälligkeiten des Tages stehend,

¹⁷ Ebenda, S. 235. So auch zitiert in: Rosa Meyer-Leviné, a.a.O., S. 74.

¹⁸ Vgl. dazu: Stefan Weber, Zur Herausbildung des marxistisch-leninistischen Zentralkomitees der KPD unter Ernst Thälmanns Führung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 4/1975, S. 615-635, hier: S. 624.

¹⁹ Arkadi Maslow wurde im Mai 1924 verhaftet und im September 1925 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen seines schlechten Gesundheitszustandes wurde er im Juli 1926 vorzeitig aus der Haft entlassen. Er war daher trotz seiner Wahl in die Führung der KPD nur indirekt, also vorrangig durch den brieflichen und bei regelmäßigen Besuchen auch persönlichen Kontakt zu seiner Lebensgefährtin Ruth Fischer in die Entwicklungen in der KPD involviert.

angebetet werden, wie der Dalai Lama. Ist sie aber der Geist, der Menschen und Dingen zu gebieten vermag? Oder ist sie, weil alle guten Geister die KPD verlassen haben, das letzte Stümpfchen Licht, das den kommunistischen Massen in der Dunkelheit leuchtet?»²⁰

Unmittelbar nach dem Parteitag hatte Hermann Remmele in einem Brief über die neue Führungsspitze der Partei geschrieben: »Man spricht auch bei uns von einer Troika [...], die in der Personenunion Maslow, Ruth Fischer und Thälmann bestehen soll.«²¹

Bereits am 31. März 1924, also noch vor Beginn des Frankfurter Parteitages, hatte Grigori Sinowjew in einem persönlichen Brief an die »teuren Genossen« Ruth Fischer und Arkadi Maslow erklärt: »Es scheint, daß bei Euch eine Stimmung entstanden ist, als hätten wir hier den Klagen der »Mittelgruppe« nachgegeben, als schwankten wir, ob wir mit Euch gemeinsam die Verantwortung für die neue Führung der KPD teilen sollen, als brächten wir Euch nicht das nötige Vertrauen entgegen oder als hüllten wir uns in die Toga unfehlbarer Schulmeister, die ihre Neulinge einem strengen Examen unterwürfen. All das ist Unsinn. In Wirklichkeit gibt es nichts dergleichen. Wir sind vollauf bereit, gemeinsam mit Euch die volle Verantwortung für den Gang der Dinge in der KPD beim Vorhandensein einer linken Mehrheit zu tragen, sind bereit, der kommenden linken Zentrale volle Unterstützung angedeihen zu lassen. Wir wissen, wie groß die Schwierigkeiten sind, und sind daher durchaus nicht geneigt, über kleinliche Dinge und geringfügige Fehler herzufallen. Wir sind keineswegs begeistert von der »Mittelgruppe« und beabsichtigen auch durchaus nicht, den Fraktionskampf innerhalb der KPD zu verewigen.«²²

Nur zwei Jahre später, im Februar 1926, hörte sich das bei Sinowjew ganz anders an. Während einer Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in Moskau erklärte er: »Ich muß zunächst offen erklären, daß die deutsche Linke die KPD gegen den Willen des EKKI erobert hat. Es ist das der einzige mir bekannte Fall in der Geschichte unserer Internationale. Dieser Umstand beweist, daß die deutsche Linke damals erheblich stark war. Die deutschen Linken haben die Partei, zum mindesten in der ersten Zeit, entgegen dem Willen der Komintern, erobert. Das EKKI mußte sich selber mit dieser Tatsache abfinden und in der Erwartung manövrieren, daß sich innerhalb der Linken ein uns nächstehender Kern herauskristallisiert. Einen anderen Ausweg gab es damals nicht. Brandler oder die Linken? – so und nicht anders stand die Frage. Alle mehr oder weniger gesunden proletarischen Elemente gingen zu der Linken, denn die rechte Führung hatte auf unerhörte Art Bankrott gemacht. Unser Versuch, eine »mittlere« Gruppe zu unterstützen, hatte leider keinen Erfolg gehabt. Die Mittelgruppe war sehr bald verschwunden.«²³

²⁰ Johannes Fischart [d.i. Erich Dombrowski], Neue Politikerköpfe. IV: Ruth Fischer, in: Die Weltbühne, Berlin, 8. Mai 1924, S. 618-620, hier: S. 620.

²¹ [Hermann Remmele:] Lieber Genosse Sinowjew, a.a.O., Blatt 88. Die »Troika« war eine Anspielung auf die damalige Führung der russischen KP, also Stalin, Sinowjew und Kamenew.

²² [Grigori Sinowjew:] An die Genossen Arkadi Maslow und Ruth Fischer, Moskau, 31. März 1924, in: Hermann Weber, Dokumentation: Zu den Beziehungen zwischen der KPD und der Kommunistischen Internationale, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, München, April 1968, S. 190 f., hier S. 190.

²³ Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 17. Februar bis 15. März 1926, Hamburg 1926, S. 501.

Arthur Ewert wurde auf dem Frankfurter Parteitag nicht wieder in die Zentrale der KPD gewählt. Ruth Fischer nutzte ihren neugewonnenen Einfluß, um dafür Sorge zu tragen, daß alle früheren Weggefährten aus der Führung der KPD ausschieden, die sich in der Vergangenheit aus politischen oder persönlichen Gründen von ihr abgewandt hatten. Zu ihnen zählte selbstverständlich auch Arthur Ewert.

Doch es hat den Anschein, also ob es auch innerhalb der Mittelgruppe kein besonderes Interesse an einer Wiederwahl Arthur Ewerts gab. So zumindest kann ein persönlicher Brief von Edwin Hoernle an Grigori Sinowjew vom 14. April 1924 verstanden werden, obwohl – oder gerade weil – Arthur Ewert in diesem Brief keine Erwähnung fand.²⁴

Hoernle erinnerte in seinem Brief zunächst daran, daß die Delegation der Komintern zum Frankfurter Parteitag vorgeschlagen hatte, eine erweiterte Zentrale mit neunzehn stimmberechtigten Mitgliedern und zehn nichtstimmberechtigten Kandidaten zu wählen und daß von den 19 Vollmitgliedern 12 von der Mehrheit und fünf von der Minderheit vorgeschlagen werden sollten. Clara Zetkin und Wilhelm Pieck sollten als persönliche Mitglieder in die Zentrale gewählt werden. Die Mehrheit habe sich jedoch für eine Zentrale mit 15 Vollmitgliedern in einem Verhältnis von elf zu drei ausgesprochen, als viertes Mitglied der Minderheit sollte Wilhelm Pieck gewählt werden. Mit dieser Position habe sich die Mehrheit durchgesetzt.

Die Minderheit, so Hoernle weiter, habe auf der Kandidatur von August Kleine, Gerhart Eisler und Hugo Eberlein bestanden, sei aber am Widerstand der Mehrheit gescheitert, die August Kleine und Gerhart Eisler »kategorisch für unannehmbar« erklärt habe.²⁵

Letztlich wurden Hugo Eberlein, Hermann Remmele, Wilhelm Pieck und Ernst Schneller als Vertreter der Mittelgruppe bzw. der Minderheit in die Zentrale der KPD gewählt, wobei sich Hermann Remmele und Ernst Schneller sehr schnell auf die Seite von Ruth Fischer und Arkadi Maslow schlugen.

Ob Arthur Ewert möglicherweise zu den Kandidaten der Mittelgruppe gehört hätte, falls eine erweiterte Zentrale mit 19 Vollmitgliedern und folglich fünf Vertretern der Mittelgruppe gewählt worden wäre, war auf Grundlage der überlieferten Dokumente nicht mehr feststellbar.

Vor der Wahl der neuen Zentrale hatte sich der Parteitag mit den Bezirkslisten und der Reichsliste für die Reichstagswahl am 4. Mai 1924 befaßt. Auch hier ging es der von Ruth Fischer und Arkadi Maslow beherrschten Mehrheit darum, unliebsame Kandidaten, also Kandidaten der Mittelgruppe und der Parteirechten, von aussichtsreichen Listenplätzen zu verdrängen und durch eigene Anhänger zu ersetzen. Davon war auch Arthur Ewert betroffen, der im Wahlbezirk Westfalen-Land kandidieren sollte, der die drei Parteibezirke Ruhrgebiet, Westfalen und Niedersachsen umfaßte. Eine gemeinsame Kommission der drei Parteibezirke hatte Arthur Ewert zunächst für den vergleichsweise sicheren Listenplatz 3 nominiert, doch durch Beschluß des

²⁴ Handschriftlich hatte Hoernle in der Schlußformel vermerkt: »Im Auftrag der Minderheit der KPD«, offensichtlich um zu betonen, daß er keine rein persönliche Auffassung übermittelte.

²⁵ [Edwin Hoernle:] An die Exekutive der Kommunistischen Internationale, z. H. des Genossen Sinowjew, Berlin, 14. April 1924, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 293, Delo 42. Blatt 82-84, hier: Blatt 83.

Frankfurter Parteitages wurde er auf den aussichtslosen sechsten Listenplatz zurückgesetzt.²⁶

Unmittelbar nach dem Frankfurter Parteitag war es das vordringliche Ziel der Mehrheit der neuen Zentrale, den Parteiapparat und die Parteibezirke unter ihre uneingeschränkte Kontrolle zu bekommen und diejenigen Kräfte aus Schlüsselpositionen zu entfernen, die als Rechte oder Anhänger der Mittelgruppe automatisch verdächtig waren, in Opposition zur Gruppe um Ruth Fischer und Arkadi Maslow zu stehen.

Noch im April 1924 wurden die Oberbezirke aufgelöst und die vormaligen Oberbezirksleiter, unter ihnen Arthur Ewert, abberufen. In welchem Maße diese Entscheidung von machttaktischen Überlegungen bestimmt war, macht eine Mitteilung von Hermann Remmele an Grigori Sinowjew vom 15. April 1924 deutlich: »Die Oberbezirksleiter waren Vertreter der Zentrale und nahmen als solche an allen Sitzungen der Zentrale teil und hatten in den Bezirken die Beschlüsse der Zentrale durchzuführen. Durch diese Einrichtung wurden die Bezirke zu einheitlichen geschlossenen Aktionen im ganzen Reich gezwungen. Ganz besonders wurde die Einrichtung der Oberbezirke notwendig, als die Partei illegal werden mußte und alle Verbindungen auf persönlicher Übermittlung der Beschlüsse und Anordnungen der Zentrale an die Bezirksleitungen beruhten. Natürlich wurden zu den Oberbezirksleitern jene Parteiarbeiter auserwählt, die nach Anschauungen der damaligen Zentrale die tüchtigsten und zuverlässigsten Genossen waren und die auf jahrelange Parteiarbeit zurückblicken konnten. Die Auflösung der Oberbezirke hat darin ihren Grund, daß die zur Herrschaft gelangten Linken keine geeigneten Persönlichkeiten anstelle der bisherigen Oberbezirksleiter setzen konnten, die Oberbezirksleiter aber restlos der Mittelgruppe angehörten.«²⁷

Nicht weniger drastisch waren die Eingriffe in den Apparat der Zentrale, mit dem sich die neugewählte Parteiführung Mitte Mai 1924 – auf einer ihrer ersten regulären Sitzungen – befaßte.

Auch wenn es natürlich vor allem darum ging, unliebsame Kräfte aus einflußreichen Positionen zu entfernen, so hatte die deutliche Reduzierung des Parteiapparates dennoch einen ganz praktischen Hintergrund. Die Partei hatte – nicht zuletzt im Ergebnis eines dramatischen Rückgangs der Mitgliederzahlen von 300.000 im September 1923 auf 95.000 im 2. Quartal 1924 – buchstäblich nicht mehr das Geld, eine so große Zahl hauptamtlicher Mitarbeiter zu bezahlen.²⁸ Wilhelm Pieck hatte bereits Anfang Januar 1924 in einem Brief aus Moskau festgestellt: »Es scheint, als wenn der Apparat, den die Partei in den letzten Monaten aufgebaut hat, kaum zu halten sein wird, wenn in dem dafür erforderlichen Ausmaß Mittel [der Komintern] nicht bewilligt werden.

²⁶ Vgl. dazu: Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), a.a.O. S. 349. Einen Wahlbezirk Westfalen gab es allerdings nicht, vermutlich war der Wahlkreis 19, Westfalen-Nord, gemeint, der die folgenden Gebiete umfaßte: Regierungsbezirke Münster und Minden, Freistaat Lippe, Freistaat Schaumburg-Lippe und den Landkreis Grafschaft Schaumburg (Provinz Hessen-Nassau).

²⁷ [Hermann Remmele:] Lieber Genosse Sinowjew, a.a.O., Blatt 91.

²⁸ Zur Mitgliederentwicklung vgl. Harald Jentsch, Die KPD und der »Deutsche Oktober« 1923, Rostock 2005, S. 433.

Jedenfalls werden wir versuchen, die Mittel zu erhalten, die die Partei zur Steigerung der Bewegung dringend benötigt.«²⁹

Auf einer Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale am 3. Mai 1924 in Moskau hatte Ernst Thälmann den Apparat der Zentrale als »Sauerei« bezeichnet und angekündigt, dort »aufzuräumen«. Eine »Abbau-Kommission«, so Thälmann weiter, habe bereits festgestellt, daß in einigen Abteilungen »ein halbes Jahr lang nichts gearbeitet worden« sei.³⁰ In der Folge wurden etwa zwei Drittel der politischen Mitarbeiter ausgetauscht, das sogenannte Verwaltungsbudget wurde um 25 Prozent gekürzt und insgesamt wurde die Mitarbeiterzahl im zentralen Parteiapparat um ein Viertel, in einigen Abteilungen, beispielsweise in der (vormaligen) Gewerkschaftsabteilung, sogar um die Hälfte reduziert.

Von diesen Maßnahmen war Arthur Ewert jedoch erstaunlicherweise zunächst nicht betroffen, im Gegenteil. Am 30. Mai 1924 ernannte ihn das Polbüro zum Leiter der Abteilung für die Arbeit mit den Betriebsräten, die nach der Beseitigung einer selbständigen Gewerkschaftsabteilung im Rahmen eines direkt dem Polbüro unterstellten neuen Gewerkschaftssekretariats geschaffen werden sollte.³¹

Der Arbeit mit den Betriebsräten wurde zu dieser Zeit eine besondere Bedeutung beigemessen. Im Januar 1924 hatte das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in Moskau – zeitgleich mit den Beratungen über das Scheitern des »Deutschen Oktober« – grundsätzliche Fragen der Gewerkschaftsarbeit in Deutschland diskutiert. Dazu wurde ein Beschluß gefaßt, der von seiner Tendenz her die gewerkschaftsfeindlichen Positionen der linken und ultralinken Kräfte in der KPD unterstützte. Zwar wurde ein ursprünglich für den Gewerkschaftskongreß im Mai 1924 ernsthaft geplanter Versuch der Spaltung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von der politischen Tagesordnung genommen, doch es wurde gleichzeitig die Losung »Rettet die Gewerkschaften«, die im Jahr zuvor angesichts einer regelrechten Mitgliederflucht aus den Berufsverbänden ausgegeben worden war, zurückgezogen. Mitglieder der KPD, die Mitglied einer Gewerkschaft waren, sollten in ihrer Gewerkschaft bleiben. Bereits aus der Gewerkschaft ausgeschlossene oder ausgetretene Parteimitglieder sollten sich in der Betriebsrätebewegung engagieren und dort unorganisierte Arbeiter für die Mitarbeit gewinnen, um so die Betriebsräte zur Grundlage künftiger proletarischer Machtorgane zu machen.³²

Unklar ist allerdings, wie lange Arthur Ewert Leiter der Betriebsräteabteilung blieb. Die verfügbaren Informationen deuten darauf hin, daß es sich nur um einige Wochen gehandelt haben kann, so daß er keine Möglichkeit hatte, bei dieser Arbeit eigene Akzente zu setzen.

²⁹ [Wilhelm Pieck:] An die Zentrale der KPD, Moskau, 1. Januar 1924, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 9. Blatt 2-6, hier: Blatt 6.

³⁰ Ernst Thälmann: Referat auf der Sitzung des EKKI am 3. Mai 1924, SAPMO-BArch, Berlin, I 6/10/4, Blatt 53-58 und 70-72, so zitiert in: Harald Jentsch, a.a.O., S. 427.

³¹ [Protokoll der] Sitzung des Polbüros vom 30. Mai 1924, in: Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1969, Band 1, S. 401-408, hier: S. 405.

³² Vgl. dazu: Reiner Tosstorff, Profintern. Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920-1937, Paderborn u.a. 2004, S. 585 ff.

Auf dem V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale vom 17. Juni bis 8. Juli 1924 und dem sich anschließenden Dritten Kongreß der Profintern, der Roten Gewerkschaftsinternationale, hatte die Frage der internationalen Gewerkschaftseinheit, also eines Zusammenschlusses mit dem in Amsterdam ansässigen, als reformistisch apostrophierten Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), eine nicht unwesentliche Rolle gespielt. Gegen den Widerstand der von Ruth Fischer geführten deutschen Delegation war ein solcher Zusammenschluß befürwortet worden, auch wenn das Exekutivkomitee der Komintern, das mit der Abfassung eines entsprechenden Beschlußtextes beauftragt worden war, bereits am 12. Juli 1924 diesen Beschluß konterkarierend entschied, daß ein internationaler Vereinigungskongreß nur das Ergebnis einer »Bewegung von unten«, niemals aber einer »Einheitsfront nur von oben« sein könne.³³

Am 20. Juli 1924 fand in Berlin eine Sitzung des Zentralaussschusses der KPD zur Auswertung des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale statt, zu der auch die Politischen Sekretäre der Bezirke und die Redakteure der Parteizeitungen eingeladen waren. Das Referat hielt Ruth Fischer. In der anschließenden Aussprache meldeten sich etwa zwanzig Redner zu Wort. »Die meisten Redner«, so hieß es in einem Bericht, der noch am gleichen Tag an Grigori Sinowjew in Moskau gesandt wurde, »nahmen Stellung ausschließlich zur Gewerkschaftsfrage sowie zum Problem der internationalen Einheit der Gewerkschaften. Für die internationale Vereinigung [...] sprach nur Ewert von der Betriebsräteabteilung. [...] Alle übrigen Genossen wendeten sich gegen einen Vereinigungskongreß.«³⁴ Damit hatte sich Arthur Ewert erneut gegen die ultralinken Kräfte in der KPD gestellt, die den Beschluß des Weltkongresses der Komintern zur Gewerkschaftseinheit zwar nach außen hin mittrugen, ihn aber inhaltlich ablehnten.

Dies könnte der Anlaß gewesen sein, Arthur Ewert nun doch aus dem Parteiapparat zu entfernen.³⁵ Denn bereits am 6. August 1924 beschloß die Zentrale der KPD, ihn für vier Wochen zu »Informationszwecken« nach England zu entsenden.³⁶ Von wem die Initiative zu diesem Beschluß ausging, ließ sich auf der Grundlage der überlieferten Dokumente nicht mehr feststellen.³⁷

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß Ruth Fischer erst wenige Wochen zuvor, im Mai 1924, offiziell am Parteitag der Kommunistischen Partei Großbritanni-

³³ Vgl. dazu: Ebenda, S. 605 ff.

³⁴ An Genossen Sinowjew, Berlin, 20. Juli 1924, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 293, Delo 41. Blatt 37-40, hier Blatt 37.

³⁵ Am 18. November 1924 schrieb Ruth Fischer an Ottomar Geschke, der zu dieser Zeit Vertreter der KPD in Moskau war: »Nach der Säuberung der Gewerkschaftsabteilung arbeiten die Genossen zu unserer Zufriedenheit.« Sie nahm damit Stellung zu einem Vorwurf, daß »die deutschen Genossen die Beschlüsse des Weltkongresses betr[effs] Einheitsfrage [zwar] voll angenommen haben, [...] von einer Durchführung der Beschlüsse [...] in diesem Fall [aber] keine Rede sein« kann. [Ruth Fischer:] An Genossen Geschke, Berlin, 18. November 1924, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 292, Delo 10. Blatt 247-250, hier: Blatt 250.

³⁶ An das Exekutivkomitee der KI, Berlin, 7. August 1924, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 293, Delo 41. Blatt 42.

³⁷ Möglicherweise hing diese Reise mit der Berufung von Arthur Ewert in die (ständige) Englische Kommission der Komintern auf der Dritten Erweiterten Tagung des EKKI im Juni 1923 in Moskau zusammen, über die in Kapitel 8 »In internationaler Mission« berichtet werden wird.

ens teilgenommen hatte. Nach ihrer Rückkehr, so berichtete Philipp Dengel in seinem Referat auf dem Essener Parteitag im März 1927, soll sie geäußert haben: »Man gebe mir die englische Partei drei Wochen und ich werde eine kommunistische Partei daraus machen.«³⁸

Daß allerdings Arthur Ewert der aus Sicht von Ruth Fischer geeignete Emissär gewesen wäre, diese Veränderungen herbeizuführen, darf bezweifelt werden. Tatsache ist aber, daß Arthur Ewert in den folgenden Monaten wiederholt im Auftrag der Kommunistischen Internationale konspirativ nach Großbritannien reiste, um die Arbeit der dortigen Kommunistischen Partei zu unterstützen.

Über das Leben und die weitere politische Arbeit von Arthur Ewert bis zum Frühsommer des Jahres 1925 ist insgesamt nur sehr wenig bekannt. Überliefert ist, daß er im Mai 1924 und im Oktober 1924 Teilnehmer der Bezirksparteitage der KPD in Hessen-Waldeck war.³⁹

Es ließ sich dagegen kein Hinweis finden, daß sich Arthur Ewert zwischen Sommer 1924 und Sommer 1925 tatsächlich »längere Zeit« in Moskau aufgehalten hatte, wie das immer wieder ohne Beleg behauptet wird.⁴⁰

Es ist vielmehr zu vermuten, daß Arthur Ewert in dieser Zeit illegal und ohne regelmäßigen Kontakt zur Partei in Deutschland lebte. Gestützt wird diese Vermutung durch einen Bericht von Heinz Neumann an Grigori Sinowjew vom 4. September 1925, in dem es hieß, daß Arthur Ewert »durch seine einjährige Verbannung« noch »sehr verärgert« sei und daß er »die Verhältnisse [...] infolge seiner konspirativen Lage« nur unzureichend kennen würde. Er stünde »unter einer gewissen Illegalitätspsychose, da Teddy [d.i. Ernst Thälmann] usw. infolge seiner konspirativen Lage nicht genügend mit ihm [habe] sprechen können.«⁴¹

³⁸ Philipp Dengel, Referat: Die Arbeit der Partei seit dem 10. Parteitag, in: Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Essen vom 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927 (Reprint o.O. und o.J.), S. 26-42, hier S. 28.

³⁹ In einer umfangreichen, insgesamt aber sehr oberflächlichen und materialarmen Darstellung von »Spartakusbund und KPD in Frankfurt am Main und der Region Rhein-Main« wird Arthur Ewert nur gelegentlich als Inhaber bestimmter Funktionen erwähnt, ohne seine politische Rolle näher zu beleuchten: Franz Neuland, Auf zum letzten Gefecht. Spartakusbund und KPD in Frankfurt am Main und der Region Rhein-Main von 1916/1918-1956. Eine Organisationsgeschichte, Bad Homburg 2012. Maßgebliche methodische und inhaltliche Grundlage des Buches, das weder ein Literatur- noch ein Personenverzeichnis enthält, ist Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1969.

⁴⁰ Vgl. dazu zum Beispiel: Hermann Weber und Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918-1945, Berlin 2008, S. 235.

⁴¹ [Heinz Neumann:] Bericht Nr. 3, Berlin, 4. September 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 293, Delo 57. Blatt 6-13, hier: Blatt 8.

Kapitel 6: Das »leninistische« Zentralkomitee

Der mit Billigung und Unterstützung aus Moskau auf dem Frankfurter Parteitag der KPD im April 1924 eingeschlagene ultralinke Kurs der KPD unter Führung von Ruth Fischer und Arkadi Maslow führte die Partei sehr schnell in eine politische Sackgasse. Die Führung der KPD erwies sich als unfähig, eine angemessene Antwort auf die beginnende wirtschaftliche Stabilisierung der Weimarer Republik zu finden. Mit der Einführung der Rentenmark im November 1923 war es der Reichsregierung gelungen, die Inflation zu beenden. Der Dawes-Plan vom April 1924, der im August 1924 vom Reichstag mit großer Mehrheit angenommen wurde, führte nicht nur zu einer Begrenzung der im Versailler Vertrag festgelegten deutschen Reparationszahlungen, sondern sicherte auch umfangreiche ausländische Investitionen und Kredite zu. In den folgenden fünf Jahren stieg das deutsche Wirtschaftsvolumen um etwa 50 Prozent, die soziale Lage entspannte sich deutlich.

In dieser Situation fand die KPD keinen Weg, ihren Masseneinfluß zu erhalten oder gar auszubauen, im Gegenteil. Nach dem außerordentlich guten Abschneiden bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 – die KPD hatte ihren Stimmenanteil gegenüber dem Juni 1920 um 10,5 Prozentpunkte auf 12,6 Prozent erhöhen können – machten bereits die Reichstagswahlen im Dezember 1924 deutlich, daß die KPD insbesondere unter den Arbeitern und Arbeitslosen sehr schnell wieder an Akzeptanz verlor – mehr als ein Viertel der Wähler vom Mai 1924 verweigerte im Dezember 1924 der KPD die Stimme. Insbesondere die gewerkschaftsfeindliche Politik der KPD, wie sie im Nachgang zum V. Weltkongreß der Komintern im Juni und Juli 1924 und dem sich anschließenden Dritten Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale praktiziert wurde, stieß auf breites Unverständnis.

Die Forderungen der Mitglieder der Mittelgruppe nach einer realistischen, an den Erfordernissen der Zeit orientierten Politik drangen nicht durch. Ernst Meyer beklagte eine »unerhörte Passivität der Partei.« Er wandte sich daher im Februar 1925 mit einem alarmierenden Brief an die Führung der Komintern in Moskau: »Die Passivität der Partei bestimmt auch das Leben der Partei im engeren Sinne des Wortes. Die Parteiführung betreibt engste Fraktionspolitik. Sie negiert die Einheitsfrontpolitik auf politischem Gebiet. Sie verfolgt eine fraktionelle Personalpolitik. Sie sucht ihre parteipolitischen Gegner aus der Partei zu drängen, wie die Ausschlüsse und Ausschlußanträge zeigen, und verfolgt auf diese Weise eine reine Spaltungspolitik. Sie zerstört systematisch die revolutionäre Tradition in der deutschen Arbeiterschaft, wie sie in der Geschichte des Spartakusbundes trotz aller Mängel aufgespeichert ist, weil sie keine [eigenen] Traditionen auf diesem Gebiet aufzuweisen hat.«¹

Aus Moskauer Sicht wog jedoch wesentlich schwerer, daß sich die Führung der KPD um Ruth Fischer und Arkadi Maslow immer unwilliger zeigte, den Hinweisen, Wünschen und Erwartungen der Komintern gerecht zu werden, im Grunde sogar eine Politik betrieb, die darauf zielte, sich dem Einfluß und der Kontrolle der Komintern vollständig zu entziehen.

¹ [Ernst Meyer:] An die Exekutive der Komintern, Berlin, 11. Februar 1925, SAPMO-BArch, Berlin, RY 5/1 6/3/148, so zitiert in: Klaus Kinner, Der deutsche Kommunismus - Selbstverständnis und Realität. Band 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999, S. 82 f.

Deutlich wurde das bei der Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1925, bei der Ernst Thälmann für die KPD kandidierte und im ersten Wahlgang sieben Prozent der Stimmen erhielt. Da jedoch keiner der Kandidaten die für die Wahl erforderliche absolute Mehrheit erreichte, wurde ein zweiter Wahlgang fällig, für den die Karten völlig neu gemischt wurden. Der sogenannte Reichsblock nominierte den 78 Jahre alten ehemaligen Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, für den sogenannten Volksblock kandidierte der Zentrums Politiker Wilhelm Marx. Die SPD verzichtete auf einen eigenen Kandidaten und unterstützte Marx, der allerdings in keiner Weise zu erkennen gab, daß die Interessen und Bedürfnisse der lohnabhängig Beschäftigten und der Arbeitslosen für ihn nach seiner Wahl irgendeine Rolle spielen würden. Die KPD bestand deshalb auf einer eigenen Kandidatur und schickte Thälmann erneut in das offensichtlich aussichtslose Rennen. Indirekt beförderte die KPD damit die Wahl Hindenburgs, denn letztlich fehlten Marx die für Thälmann abgegebenen Stimmen, der nur noch 6,4 Prozent erhielt.²

Die Einflußnahme auf die Politik der KPD, der größten Kommunistischen Partei außerhalb der Sowjetunion, war zu diesem Zeitpunkt längst ein wichtiger Aspekt der Machtkämpfe in der Führung der Sowjetunion geworden, die nach dem Tod Lenins im Januar 1924 an neuer Heftigkeit gewonnen hatten. Stalin, der es mit großem Geschick verstand, seine Widersacher gegeneinander auszuspielen, hatte sich – vorläufig, wie sich sehr schnell zeigen sollte – mit Nikolai Bucharin zusammengetan und orientierte nun auf eine Abkehr vom linksradikalen Kurs der KPD. Damit zielte er auf Grigori Sinowjew, damals noch Vorsitzender der Komintern, dessen politische Sympathien offen den Kräften um Ruth Fischer und Arkadi Maslow galten. So hatte Sinowjew zunächst das Vorgehen der KPD bei der Reichspräsidentenwahl unterstützt und erst spät die Notwendigkeit erkannt, aus taktischen Gründen auf eine kritische Position umzuschwenken.³

Auch Ruth Fischer und Arkadi Maslow hatten in gewisser Weise die Zeichen der Zeit verstanden und sich seit dem Frühsommer 1925, insbesondere seit der Sitzung des Zentralausschusses der KPD am 9. und 10. Mai 1925, mehr und mehr gegen die übrigen ultralinken Kräfte in der KPD, ihre bisherigen Verbündeten, gewandt. Auf dem 10. Parteitag der KPD, der vom 12. bis 17. Juli 1925 in Berlin stattfand, waren sie bestrebt, die ultralinken Kräfte um Arthur Rosenberg, Werner Scholem, Karl Korsch, Iwan Katz und anderen im Interesse des eigenen innerparteilichen Machterhalts zu spalten und damit als wirksame politische Faktoren auszuschalten. Gleichzeitig suchten sie nach Möglichkeiten, einzelne Vertreter der Ultralinken als Verbündete bei den Auseinandersetzungen mit der Komintern in Moskau an ihrer Seite zu halten.

² In absoluten Zahlen erhielt Thälmann im zweiten Wahlgang sogar etwa 60.000 Stimmen mehr, was sich jedoch durch die deutlich höhere Wahlbeteiligung nicht im relativen Ergebnis widerspiegelte und in keiner Weise die Stimmenverluste ausglich, die die KPD im Vergleich zu den Reichstagswahlen vom Dezember 1924 erlitt.

³ Allerdings hatte Sinowjew bereits am 4. April 1925 in seiner Rede auf der Erweiterten Tagung des EKKI in Moskau erklärt, daß es der kommunistischen Bewegung nicht gleichgültig sein könne, ob in Deutschland die Republik erhalten bleibe oder die Monarchie siege. Vgl. dazu: Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 21. März bis 6. April 1925, Hamburg 1925, S. 331.

Sogar den politischen Kurswechsel, der von Moskau nachdrücklich angemahnt worden war und der auf ein vorsichtig geändertes Verhältnis zur SPD bzw. zu den sozialdemokratischen Arbeitern und vor allem auf eine konstruktive Gewerkschaftsarbeit orientierte, trugen Ruth Fischer und Maslow in ihren öffentlichen Erklärungen nun mit.

Dennoch konnten Verlauf und Ergebnisse des Parteitages die Komintern nicht zufriedenstellen, im Gegenteil. In allen wirklich wesentlichen politischen und personellen Fragen hatten sich die Kräfte um Ruth Fischer und Arkadi Maslow erneut gegen die Hinweise, Wünsche und Erwartungen aus Moskau durchgesetzt, obwohl die Komintern massiv versucht hatte, Einfluß auf den Parteitag zu nehmen. So waren eigens Dimitri Manuilski als offizieller Vertreter der Kommunistischen Internationale und Bessarion Lominadse als offizieller Vertreter der Kommunistischen Jugendinternationale zur Teilnahme am Parteitag nach Berlin entsandt worden. Und in einem Brief des Exekutivkomitees der Komintern an den Parteitag der KPD, der von Sinowjew persönlich verfaßt worden war, gab es nicht nur sehr konkrete Hinweise für die Wahl der neuen Parteiführung, vor allem war dieser Brief eine eindeutig formulierte Forderung an Ruth Fischer und Arkadi Maslow, in jeder Hinsicht glaubwürdige Konsequenzen hinsichtlich der von Moskau gewünschten neuen Politik zu ziehen. Dabei war Sinowjew bestrebt, eine offene Konfrontation zu vermeiden. Wörtlich hieß es deshalb in dem Brief: »Der Grundkern unserer Zentrale hat die richtige Linie gefunden, hat sich verdienstermaßen das Vertrauen der Partei erobert und wird es zweifellos auch weiter erobern. Die Komintern unterstützt diesen Kern voll und ganz und wird Hand in Hand mit ihm arbeiten. Je mehr neue Kräfte, die mit den Arbeitermassen und mit der Gewerkschaftsarbeit verbunden sind, der Parteitag in die neue Zentrale hineinwählen wird, um so besser wird die Arbeit in Zukunft gehen. Man muß klar sehen, daß Mitte 1925 die Lage in der KPD eine ganz andere ist, als es vor dem Frankfurter Parteitag der Fall war. Die neue Zentrale, die ihr wählen werdet, braucht nicht nur keine Angst zu haben, die besten Genossen aus den früheren nicht zur Linken gehörenden Gruppen zur Arbeit heranzuziehen, sondern im Gegenteil, sie soll dies tun.«⁴

Dieser für die Parteiöffentlichkeit bestimmte Brief war das Ergebnis mehrwöchiger interner Debatten zwischen der Delegation der russischen KP in der Komintern⁵ und

⁴ Brief des Exekutiv-Komitees an den X. Parteitag, in: Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, Berlin 1926 (Reprint o.O. und o.J.), S. 173 ff.

⁵ Die Gespräche fanden zwar mit Sinowjew, Bucharin und Manuilski statt, jedoch auf Wunsch der Führung der KPD nicht in deren Eigenschaft als Funktionäre der Komintern, sondern als Mitglieder der Delegation der russischen KP in der Komintern. Insbesondere Ruth Fischer wollte damit offensichtlich erreichen, daß die im Ergebnis dieser Gespräche getroffenen Vereinbarungen einen weniger verbindlichen Charakter hatten. Während der zweiten Sitzung der Deutschen Kommission am 12. August 1925 erklärte Nikolai Bucharin dazu: »Es war nach dem Wunsch der deutschen Genossen, nicht nach unserem, daß die Verhandlungen hier nicht offiziell geführt wurden, d.h. nicht zwischen deutscher Vertretung und dem Präsidium, sondern zwischen den Vertretern der deutschen Partei und der russischen Partei. Es war nicht unser Wunsch, nur zwischen diesen zwei Delegationen die Verhandlungen zu führen, sondern [der Wunsch] der deutschen Delegation. Deswegen ist es ganz lächerlich, wenn die deutschen Genossen das Argument dafür bringen, daß sie unseren Ratschlag auf dem Parteitag nicht angenommen haben, weil es kein offizieller Beschluß seitens der Komintern war. Wenn man das erwidert, so ist das nichts als diplomatisches Spiel.« [Nikolai Bucharin in der zweiten

der Zentrale der KPD, die fast ausschließlich über Heinz Neumann liefen, der seit Ende Mai 1925, seit der Ablösung von Iwan Katz, offizieller Vertreter der KPD in Moskau war. Denn Ruth Fischer und – in ihrem Gefolge – Ernst Thälmann weigerten sich, im Vorfeld des Parteitages zu persönlichen Gesprächen nach Moskau zu fahren, weil sie befürchteten, daß solche Gespräche ihren Handlungsspielraum auf dem Berliner Parteitag einschränken würden.⁶

So gehörte die Beratung der anstehenden Personalentscheidungen, also die Frage der konkreten Zusammensetzung der auf dem Parteitag zu wählenden neuen Zentrale, zu den dringendsten Aufgaben, die Heinz Neumann in Moskau zu erfüllen hatte. Dabei ging es auch um die Wahl von Arthur Ewert, die von der Moskauer Führung nachdrücklich gefordert wurde. Am 24. Juni 1925 berichtete Neumann über ein Gespräch mit Sinowjew nach Berlin: »Ich sprach mit ihm über die Zentralefrage und erklärte ihm, daß [Georg] Schumann [...] infolge der Verhältnisse im Bezirk Halle absolut untragbar ist. Er hatte darauf noch eine Aussprache mit dem Politbüro und formulierte dann die Änderungsvorschläge: Georg Schumann statt Sommer [d.i. Josef Winternitz] und Ewert nicht als Kandidat, sondern als Z[entrale]-Mitglied. Ich wies ihn ausdrücklich auf die Schwierigkeit dieses Vorschlags hin und betonte die großen Bedenken, die schon bei Klara [Zetkin] zu überwinden sind.«⁷

Die Antwort von Ruth Fischer kam umgehend. Am 26. Juni 1925 schrieb sie aus Berlin, wobei ihre Wortwahl – wohl unbewußt – einen deutlichen Hinweis auf den von ihr innerhalb der Partei praktizierten Führungsstil gab: »Zur Zusammensetzung der Z[entrale]. Die Ausschiffung von [...] linken Genossen und die Hereinnahme von Rechten wird sich wahrscheinlich als undurchführbar erweisen. Wir hatten gestern abend eine Vorbesprechung mit Genossen aus dem Reiche. Obwohl wir dort nach längerer Aussprache äußerlich den Widerstand der Genossen gebrochen haben, hatten wir doch miteinander den Eindruck, daß wir mit dieser Stimmung [...] unmöglich die Wahl der Zentrale durchsetzen können. [...] Ich teile Dir dies nur mit, damit Du über die Schwierigkeiten informiert bist. Du kannst auch Andeutungen machen, daß es sehr große Schwierigkeiten geben wird. Es war starke Opposition gegen Heckert, Pfeiffer, Merker, Eberlein und Remmele. Ewert und Clara Zetkin wurden fast von allen als unakzeptabel angesehen; für Clara Zetkin war allerdings größere Annahmefähigkeit.«⁸

Doch in Moskau wurden diese Einwände von Ruth Fischer nicht akzeptiert. Am 1. Juli 1925 mußte Neumann deshalb feststellen: »Die Russen bestehen trotz eindringlichster Vorstellung unter allen Umständen auf Schumann als Kandidat und Ewert als Mitglied der Z[entrale]. Sie erklären, daß das die einzigen Bedingungen sind, die sie stellen. In den Fragen Zetkin, Heckert, Pfeiffer sind sie mit einer Zurückziehung einverstanden, bemerken aber auch, daß sie selbst diese Personen niemals verlangt haben.

Sitzung der Deutschen Kommission], Moskau, 12. August 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 47, Delo 1. Blatt 64-88, hier: Blatt 67.

⁶ Ende Juni 1925 wurde Ernst Schneller kurzzeitig zu Gesprächen nach Moskau entsandt, allerdings hatte er keine Vollmacht, verbindliche Vereinbarungen zu treffen.

⁷ [Heinz Neumann:] An das Polsekretariat zu Händen Gen[ossen] Schneller, Moskau, 24. Juni 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 292, Delo 14. Blatt 196 f., hier: Blatt 196.

⁸ [Ruth Fischer:] An Genossen Heinz Neumann, Berlin, 26. Juni 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 292, Delo 15. Blatt 105-107, hier: Blatt 105 f.

[...] Im übrigen glaube ich, wenn Ihr es für richtig haltet, können wir noch immer auf eigene Faust Schumann durch Ulbricht ersetzen. Die letzte Möglichkeit ist die Aufnahme des Kampfes, da es sich formell nicht um Beschlüsse der Komintern, sondern nur um »Ratschläge« der Delegation des russischen Politbüros handelt. Gegen eine beliebige Erweiterung der Zentrale durch noch mehr Linke – sowohl Mitglieder als [auch] Kandidaten – wendet niemand etwas ein. Meine Besprechungen haben nur mit Bucharin und Stalin stattgefunden, da Sinowjew seit Sonnabend voriger Woche endgültig auf seinen [...] Urlaub an die Wolga gefahren ist. Sein offizieller Stellvertreter ist Bucharin, der nach wie vor in der deutschen Frage am schärfsten den Standpunkt der Heranziehung der Mittelgruppe vertritt. Robert [d.i. Dimitri Manuilski] ist allerdings noch weiter gegangen und verlangt in ganz offen formulierter Form »die Verschmelzung der Linken mit der Mittelgruppe.«⁹

Es waren hauptsächlich zwei Aspekte, die das betonte Interesse der Moskauer Führung an der Wahl von Arthur Ewert (und Georg Schumann) in die erweiterte Führung der KPD begründeten. Insbesondere Arthur Ewert war ein Vertreter jener vergleichsweise kleinen Gruppe von Arbeiterintellektuellen in der KPD, die sowohl über proletarischen Klasseninstinkt als auch – anders als zum Beispiel Ernst Thälmann – über eine selbsterworbene umfassende Bildung und über politische Erfahrungen über den engen Rahmen der deutschen Parteiarbeit hinaus verfügten. Funktionäre wie Arthur Ewert, so die Überlegung in Moskau, wären in der Lage, wichtige Teile der potentiellen Anhängerschaft der KPD zu erreichen und für die Partei zu gewinnen, die von anderen Funktionären eher abgeschreckt würden.

Und es ging den maßgeblichen Moskauer Kräften darum, Funktionäre in die Führung der KPD zu holen, die integrativ wirken konnten, denen es also gelingen würde, die auseinanderstrebenden Flügel der Partei wieder zusammenzuführen und auf ein gemeinsames politisches Handeln – und zwar in voller Übereinstimmung mit der aus Moskau vorgegebenen Linie – zu verpflichten.

So erklärte Nikolai Bucharin während der zweiten Sitzung der Deutschen Kommission am 12. August 1925 in Moskau: »Warum haben wir von der Partei gefordert, ein paar neue Leute, darunter Ewert, in die neue Parteizentrale zu nehmen? Warum? Wir halten für die wichtigste politisch-organisatorische Sünde der deutschen Partei, daß sie keinen genügenden Zutritt zu den Massen hat und keinen genügenden Zutritt zu den schwankenden Elementen innerhalb der Partei. Und um einen guten Zutritt zu den Massen zu gewinnen, muß man verstehen, die früheren Feinde, halben Feinde und schwankenden Elemente innerhalb der Partei zu überzeugen, eine Brücke zu ihnen zu schlagen, und nicht [...] mit mechanischem Druck die Leute abzustößen, was die absolute Praxis in der deutschen Partei war.«¹⁰

In diesem Sinne äußerte sich während der mehrtägigen Beratungen der Deutschen Kommission auch Dimitri Manuilski: »Indem sie [d. h. die Anhänger von Ruth Fi-

⁹ [Heinz Neumann:] An das Pol-Sekretariat zu Händen Gen[ossin] Ruth Fischer und Gen[ossen Ernst] Schneller, Moskau, 1. Juli 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 292, Delo 14. Blatt 214.

¹⁰ [Nikolai Bucharin in der zweiten Sitzung der Deutschen Kommission], a.a.O., Blatt 71 f. Unter dem Gesichtspunkt der Einbeziehung aller relevanten Gruppierungen innerhalb der Partei in die (erweiterte) Parteiführung hatte die Moskauer Führung auch der Wahl von Werner Scholem in das Zentralkomitee (nicht aber in das Politbüro!) zugestimmt.

scher] ihre Schwäche und mangelnde Autorität als Leitung der Partei fühlen, versuchen sie, sich die Partei zu unterwerfen und entfernen alles, was an begabten Genossen in der Partei vorhanden ist, was Initiative entwickelt und kritisch die gegebenen Direktiven durchdenken kann. Das führt zu einem qualitativen Sinken des Niveaus des leitenden Parteiapparates am Platze. Auf allen Konferenzen und Parteiberatungen klagt man über das Fehlen eines geschulten, politisch und organisatorisch erprobten Stabes von Parteifunktionären, während die führende Gruppe Ruth Fischer im Laufe einer ganzen Reihe von Monaten alles getan hat, um das Niveau der Parteiarbeiter zu erniedrigen. Daher der Grund für die organisatorische Schwäche der deutschen Kommunistischen Partei, daher das katastrophale Sinken des Einflusses in den Gewerkschaften.«¹¹

Auch von Arthur Ewert selbst ist eine Äußerung überliefert, die die Aussagen von Bucharin und Manuilski aus deutscher Sicht bestätigt. In seinem Referat auf dem Essener Parteitag der KPD im Frühjahr 1927 begründete er das Scheitern der Führungsgruppe um Ruth Fischer und Arkadi Maslow und machte damit im Umkehrschluß deutlich, welche Defizite durch die auf dem Berliner Parteitag im Juli 1925 neu zu wählenden Mitglieder der Parteiführung ausgeglichen werden sollten: »An der Spitze [...] stand eine Gruppe von Führern, die nicht in der Lage war, die Probleme der Arbeiterbewegung wirklich zu durchdenken, die eine solche ungenügende Verbindung mit der Arbeiterbewegung selbst hatte, daß sie infolge ihrer ganzen Einstellung und auch infolge ihrer sozialen Herkunft, ihrer Verbundenheit mit den deklasierten kleinbürgerlichen Schichten, nicht in der Lage war, der Partei eine andere Entwicklung zu geben.«¹²

Trotz der nachdrücklichen Unterstützung aus Moskau wurde Arthur Ewert, der auf dem Parteitag aus unbekanntem Gründen nicht sprach, nicht als Vollmitglied, sondern lediglich in die vergleichsweise unbedeutende Funktion eines Kandidaten, also eines nichtstimmberechtigten Mitglieds des Zentralkomitees gewählt, wie die Zentrale nach dem neuen Parteistatut nun hieß.¹³ Der von Moskau gleichfalls mit Nachdruck gewünschte Georg Schumann, ein exponierter Angehöriger der Mittelgruppe, wurde überhaupt nicht gewählt. Selbst für Walter Ulbricht, der der Mittelgruppe eher skeptisch gegenüberstand, war kein Platz im neugewählten Zentralkomitee. Mehr noch: Ernst Schneller, der den Politischen Bericht der scheidenden Zentrale erstattete, hatte

¹¹ [Dimitri Manuilski auf der Beratung der Kommission des EKKI mit der Delegation der KP Deutschlands und Vertretern von 15 Kommunistischen Parteien], Moskau, 12. bis 14. August 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 293, Delo 53. Blatt 2-19, hier: Blatt 10.

¹² Arthur Ewert, Referat: Die Ergebnisse der Parteidiskussion und die innerparteilichen Aufgaben, in: Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Essen vom 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927 (Reprint o.O. und o.J.), S. 174-190, hier S. 176.

¹³ Es ließ sich nicht feststellen, ob Arthur Ewert überhaupt Delegierter zum Parteitag war. Ernst Meyer, der kein Mandat hatte, erhielt zur allgemeinen Überraschung der Delegierten als Gast eine Redezeit von knapp 20 Minuten, die er nutzte, um seine Forderung nach einer neuen, an den Realitäten orientierten Politik der KPD zu wiederholen. Vgl. dazu: Rosa Meyer-Leviné, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920-1933, Frankfurt am Main 1982, S. 103. Dieses »Zugeständnis« an Meyer, das den einfachen Delegierten unverständlich bleiben mußte, war Teil der von Ruth Fischer und ihren Anhängern praktizierten Taktik, die Führung der Komintern und ihre Vertreter auf dem Berliner Parteitag der KPD zu »beruhigen«.

in seiner Rede zum Beginn des Parteitages im Namen der alten Parteiführung verkündet, daß die Mittelgruppe »keine Existenzberechtigung für die Dauer« hätte und daß schon deshalb ihre namhafte Präsenz in der neuen Parteiführung nicht angemessen wäre.¹⁴

Für besondere Empörung bei der Delegation der Komintern sorgte ein Zwischenfall, der sich in der geschlossenen Sitzung des Parteitages ereignete. Als Conrad Blenkle, damals Vorsitzender der Kommunistischen Jugendverbandes, seine Unterstützung für die von Dimitri Manuilski dargelegten Positionen der Komintern betonte, wurde er mehrfach unterbrochen und schließlich sogar von zahlreichen Delegierten aufgefordert: »Hinaus nach Moskau!«, ohne daß die Führung der KPD auf diese Zwischenrufe reagierte.¹⁵

Bei den offiziellen Beratungen der Deutschen Kommission der Komintern in Moskau wenige Wochen später spielte dieser Zwischenfall deshalb in mehreren Diskussionsreden eine wichtige Rolle. Dimitri Manuilski sprach sogar davon, daß der Zwischenruf Ausdruck einer »faschistische[n] Stimmung« unter den Funktionären der KPD gewesen sei, für die Ruth Fischer durch ihre Politik und ihren Führungsstil persönlich die Verantwortung tragen würde.¹⁶

In einem Brief an das Zentralkomitee der KPD aus Moskau vom 1. August 1925 bestätigte ein Vertreter der KPD, dessen Identität sich nicht mehr feststellen ließ: »Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Behandlung der Exekutive-Vertretung auf dem Parteitag nicht dem Geist engster Verbundenheit mit der Komintern entsprach.« Und weiter: »Ebenso war die gewisse gedrückte Stimmung auf dem Parteitag Ausdruck der inneren Unsicherheit und Unfreiheit der Delegationen. Der Parteitag sprach nicht frei, der Parteitag war nicht die Stimme der Partei.«¹⁷

Aus Sicht der maßgeblichen Kräfte in Moskau war nach diesem Parteitag ein Führungswechsel in der KPD zwingend erforderlich, wobei der entscheidende Anstoß zu den nun folgenden Ereignissen aller Wahrscheinlichkeit nach von Nikolai Bucharin kam, der dabei von Dimitri Manuilski unterstützt wurde.¹⁸

¹⁴ Bericht der Zentrale, Referent Schneller, in: Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), a.a.O., S. 335.

¹⁵ Klaus Kinner schrieb, daß die Zwischenrufe »Hau ab! Geh nach Moskau!« Dimitri Manuilski galten, doch das von ihm als Quelle genannte Protokoll der zweiten Sitzung der Deutschen Kommission am 12. August 1925 in Moskau gibt darauf keinen Hinweis. (Vgl. dazu: Klaus Kinner, a.a.O., S. 86.) Tatsächlich hatte Bessarion Lominadse den Zwischenfall dort so geschildert: »Was geschah auf dem Parteitage? Es genügte, daß Genosse Blenkle mit seiner gewiß loyalen Rede hervortrat, um eine ... [Auslassung im Protokoll] seitens des Parteitages auszulösen. Es entstand ein Lärm, und man hörte Zurufe »Hinaus nach Moskau!« [Bessarion Lominadse auf der Beratung der Kommission des EKKI mit der Delegation der KP Deutschlands und Vertretern von 15 Kommunistischen Parteien], Moskau, 12. bis 14. August 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 293, Delo 53. Blatt 20-23, hier: Blatt 20.

¹⁶ [Dimitri Manuilski auf der Beratung der Kommission des EKKI mit der Delegation der KP Deutschlands und Vertretern von 15 Kommunistischen Parteien], a.a.O., Blatt 62.

¹⁷ An das Zentralkomitee der KPD, Moskau, 1. August 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 14. Blatt 264.

¹⁸ Ossip Flechtheim schrieb dazu: »Die KPD-Zentrale wurde daher nach Moskau gerufen und die Mehrheit zum Bruch mit Ruth Fischer veranlaßt. Nach Borkenau [Franz Borkenau, *The Communist International*, London 1938, S. 268] war es Sinowjew, der auf Veranlassung Stalins dieses Manöver

Noch im Juli 1925, also unmittelbar nach der Beendigung des Parteitages, wurden die »deutsche Angelegenheit« und die »notwendigen Schritte zur Gesundung der Partei« sowohl in Moskau als auch in Berlin zum Thema ausführlicher Beratungen und Diskussionen in verschiedenen informellen Kreisen. Bereits am 1. August 1925, nur knapp drei Wochen nach dem Berliner Parteitag, befaßte sich die Deutsche Kommission des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale ganz offiziell mit der Lage in der KPD.

Eine hochrangige Delegation der KPD, zu der Ruth Fischer, Ernst Thälmann und weitere Mitglieder der engeren Parteiführung gehören sollten, wurde nach Moskau beordert, um an den Sitzungen der Deutschen Kommission teilzunehmen. Doch die Einladung mußte mehrmals nachdrücklich erneuert werden. Ruth Fischer war ganz offensichtlich bestrebt, die unvermeidlichen Auseinandersetzungen mit der Führung der Komintern bis in den September 1925 hinauszuzögern. Denn zu diesem Zeitpunkt sollte der lange erwartete Prozeß gegen den noch immer inhaftierten Arkadi Maslow vor dem Reichsgericht in Leipzig stattfinden, und möglicherweise rechnete Ruth Fischer mit einem Freispruch.¹⁹ Mit Maslow an ihrer Seite, so hoffte sie wohl, würde sie eine stärkere Position haben. Aber auch Thälmann, dem durch die Führung der Komintern eine entscheidende Rolle bei den geplanten Veränderungen in der KPD zgedacht war, zeigte keine besondere Eile, seine neue Verantwortung zu übernehmen. In einem Brief aus Moskau hieß es deshalb: »Die Ablehnung der Reise nach drei offiziellen Präsidiumstelegrammen durch Ruth [Fischer] und Teddi [d.i. Ernst Thälmann] wird hier nicht mehr nur als Kriegserklärung, sondern bereits als erste Kriegshandlung aufgefaßt. Teddi, Schwan und Dengel sollen und müssen sofort reisen, ganz gleich ob mit oder ohne Ruth, sonst lehne ich jede Verantwortung ab. Alle dämlichen Quatschereien mit technischen Schwierigkeiten wirken jetzt auch als Sabotage.«²⁰

durchführte, nach Rosenberg [Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, Frankfurt am Main 1966, S. 235] hingegen Bucharin.« (Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik (Neuausgabe), Frankfurt am Main 1969, S. 229.) Auf Grundlage der heute zugänglichen Akten ist davon auszugehen, daß die Einschätzung Rosenbergs zutrifft und es tatsächlich Bucharin war, der die Initiative gegen die Führung der KPD um Ruth Fischer und Arkadi Maslow ergriff. Sinowjew befand sich in der entscheidenden Zeit zwischen dem Berliner Parteitag und der Einladung der Führung der KPD nach Moskau im Urlaub, wie er selbst auf der Sitzung der Deutschen Kommission feststellte: »Ich habe die letzte Phase der Sache ein wenig von der Ferne verfolgen müssen, weil ich in Urlaub war.« ([Grigori Sinowjew auf der Beratung der Kommission des EKKI mit der Delegation der KP Deutschlands und Vertretern von 15 Kommunistischen Parteien], Moskau, 12. bis 14. August 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 293, Delo 53. Blatt 86-97, hier: Blatt 86.)

¹⁹ Arkadi Maslow wurde nach den Bestimmungen des »Gesetzes zum Schutze der Republik«, des sogenannten Republiksschutzgesetzes, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, zu einer Haftstrafe von vier Jahren verurteilt. Allerdings wurde er im Juli 1926 wegen seines schlechten Gesundheitszustandes vorzeitig aus der Haft entlassen. Doch auch nach einem Freispruch wäre Maslow wohl kaum nach Moskau gefahren, da er als russischer bzw. sowjetischer Staatsbürger fürchten mußte, keine Ausreiseerlaubnis mehr zu erhalten. Tatsächlich weigerte er sich im darauffolgenden Jahr mit genau dieser Begründung, einer Aufforderung der Führung der Komintern zu folgen, nach Moskau zu kommen.

²⁰ [Ernst Schneller (?):] Lieber Freund, Moskau, 31. Juli 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 292, Delo 14. Blatt 261.

Ruth Fischer, Ernst Thälmann, Philipp Dengel und andere trafen schließlich am 11. August 1925 in Moskau ein.²¹ Die Beratungen der Deutschen Kommission, der offiziell 15 Mitglieder aus 12 Mitgliedsparteien der Komintern angehörten, konnten daher auf der geforderten »hohen Ebene« fortgesetzt und abgeschlossen werden. Im Ergebnis dieser Beratungen wurde ein »Offener Brief« des Exekutivkomitees der Komintern verabschiedet, der aber nicht die linksradikale Politik der KPD für die Krise der Partei verantwortlich machte, sondern lediglich deren angeblich fehlerhafte Umsetzung durch einige linke und ultralinke Führer.

In dem »Offenen Brief« hieß es deshalb: Die »Mängel der Führung kamen in der Frage der Gewerkschaften besonders kraß zum Ausdruck. Bereits auf dem Frankfurter Parteitag (1924) [...] entstanden starke Differenzen zwischen der Exekutive und der neuen deutschen Parteileitung in der Gewerkschaftsfrage. Die führende Gruppe Maslow-Ruth Fischer wandte sich zwar gegen die größten Vorstöße der ultralinken Negierer der Arbeit in den reformistischen Verbänden, aber sie bewiesen durch die Halbheit der Beschlüsse [...], daß sie den eigentlichen Kern und die ganze Größe des Problems unserer Gewerkschaftsarbeit nicht begriffen haben.« Und weiter: »Die gesamte deutsche Partei, vor allem die besten Genossen der deutschen Linken in allen Parteiorganisationen und Bezirken haben die Pflicht, das von der Gruppe Ruth Fischer-Maslow geforderte, nicht bolschewistische System des Verhältnisses der Partei zur Komintern mit aller Kraft zu brechen. [...] Anstatt die richtige Linie der Komintern aufrichtig durchzuführen, unternahm diese Gruppe fortgesetzte Verschleppungsversuche vor den eigenen Parteimitgliedern durch den Hinweis auf den angeblichen »Druck nach rechts« von Seiten der Exekutive; gleichzeitig leistete sie systematisch Widerstand vor der Exekutive durch den Hinweis auf den angeblichen »Zug nach ultralinks« von Seiten der deutschen Parteimitglieder. Die Erfahrungen der verfloßenen Kampfperiode seit dem Frankfurter Parteitag beweisen auch dem letzten deutschen Kommunisten, daß die Komintern in allen Streitfragen unbedingt recht hatte gegenüber der Gruppe Maslow-Ruth Fischer. Sie hatte recht in der Einheitsfronttaktik und in der Gewerkschaftsfrage. [...] Wir sind fest überzeugt, daß die kommunistischen Arbeiter Deutschlands sehr rasch erkennen werden, daß auch in dem gegenwärtigen Kampf um den innerparteilichen Kurs der KPD, um ihr Verhältnis zur Komintern, um ihr Verhältnis zu den deutschen Arbeitermassen, um ihr Verhältnis zur leninistischen Theorie, die Komintern unbedingt recht hat, während die Gruppe Maslow-Ruth Fischer in allen diesen Fragen unbedingt unrecht hatte.«²²

Am 1. September 1925 bestätigte eine außerordentliche Tagung des Zentralkomitees der KPD erwartungsgemäß mit großer Mehrheit den »Offenen Brief« der Komintern und übertrug – wie von Moskau gewünscht – Ernst Thälmann die Führung der KPD. Ruth Fischer und Arkadi Maslow blieben zunächst noch Mitglieder des Politbüros, doch hatten sie nun ihre Machtpositionen innerhalb der KPD weitgehend verloren, obwohl sie erst wenige Wochen zuvor im Ergebnis des Berliner Parteitages mit großer Mehrheit in ihren Spitzenämtern bestätigt worden waren.

²¹ Ruth Fischer wurde nach Abschluß der Beratungen der Deutschen Kommission die Rückkehr nach Berlin nicht gestattet. Sie mußte ihren Reisepaß abgeben und blieb mehrere Monate in Moskau »kominterniert«.

²² [Offener] Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale an alle Organisationen und die Mitglieder der KPD, in: Die Rote Fahne, Berlin, 1. September 1925.

Arthur Ewert wurde als politischer Sekretär des Politbüros berufen. In dieser Funktion spielte er in den folgenden Wochen eine maßgebliche Rolle bei der parteiinternen Diskussion des »Offenen Briefes« und bei der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung der ersten Parteikonferenz der KPD, die am 31. Oktober und 1. November 1925 in Berlin stattfand.

Ursprünglich war in Moskau sogar die Möglichkeit erwogen worden, Arthur Ewert im Interesse einer »kollektiven Führung, der Herstellung der richtigen Proportionen der einzelnen Leute in der Zentrale und der Herstellung eines bedingungslos positiven Verhältnisses zum E[zekutiv]k[omitee]« bereits auf der außerordentlichen Tagung des ZK als Vollmitglied in das Politbüro, also den höchsten Führungszirkel der Partei, zu kooptieren. Auch Ernst Thälmann hatte diesem Plan zugestimmt, allerdings gewisse Bedenken geäußert, wie in einem Brief an Dimitri Manuilski vom 28. Juli 1925 deutlich wurde: »Die einzige Befürchtung, die Thälmann hegt, ist die, daß die Partei kopfscheu werden wird. So ist er beispielsweise absolut für Ewert und dessen Kooptierung ins Politbüro, jedoch fürchtet er die Opposition der Bezirke. Ich persönlich fürchte das letzte weniger, weil Ewert sich bestimmt durchsetzen wird. Er betont unaufhörlich die Notwendigkeit, der Partei die Fortsetzung des Kampfes gegen Rechts zu demonstrieren.«²³

Der Absender dieses Briefes, aller Wahrscheinlichkeit nach Heinz Neumann, hatte Manuilski gleichzeitig mitgeteilt, daß er Arthur Ewert gebeten habe, vorläufig in Berlin zu bleiben und seine geplante Reise nach England vorerst nicht anzutreten, wo er seine Arbeit als Vertreter der Komintern fortsetzen sollte.²⁴

Die Veröffentlichung des »Offenen Briefes« in der »Roten Fahne« im Anschluß an die außerordentliche Tagung des Zentralkomitees sorgte in Teilen der Partei tatsächlich für große Unruhe und löste in nicht wenigen Parteibezirken Kritik und sogar Protest aus, denn die Schärfe des Konflikts zwischen der Führung der Kommunistische Internationale und der Gruppierung um Ruth Fischer und Arkadi Maslow, also der bisherigen Spitze der KPD, war der übergroßen Zahl der Parteimitglieder weder bekannt noch bewußt gewesen.

Ernst Meyer hielt die Entscheidung, Thälmann mit der alleinigen Führung der Partei zu beauftragen, für falsch, doch begrüßte er wesentliche Aussagen des »Offenen Briefes«: »Er wird die Klärung beschleunigen. Was für Zweideutigkeiten er auch enthält, er zeigt den richtigen Weg. Jetzt ist es unsere Aufgabe, das übrige zu tun... Es wäre dumm von uns, Thälmann unsere rückhaltlose Unterstützung zu verweigern, wenn das Zentralkomitee den neuen Kurs wirklich akzeptiert. Wir müssen der Partei helfen, die gegenwärtige Krise mit geringstmöglichem Schaden zu überwinden. [...] Wir können die Zusammenarbeit nicht verweigern, denn dies ist die Politik, für die wir selber lange eingetreten sind.«²⁵

²³ [Heinz Neumann (?):] Lieber Genosse Robert, Moskau, 28. Juli 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 14. Blatt 259. Warum Arthur Ewert auf der außerordentlichen Tagung des ZK nicht ins Politbüro gewählt wurde, ließ sich nicht mehr feststellen.

²⁴ Vgl. dazu: Ebenda.

²⁵ So zitiert in: Rosa Meyer-Leviné, a.a.O., S. 109. (Laut Anmerkung des Herausgebers handelte es sich um eine Rückübersetzung aus dem Englischen, da der deutsche Originaltext nicht mehr auffindbar war.)

Das Eingreifen der Komintern und die daraus resultierenden Diskussionen und Auseinandersetzungen um die im »Offenen Brief« geforderte politische Neuausrichtung der KPD trugen wesentlich zu einer Umgruppierung innerhalb des erweiterten Führungskaders der Partei und damit zu einer Verschiebung des innerparteilichen Kräfteverhältnisses bei.

In seinem Referat auf der Zusammenkunft der Komintern mit der Führung der KPD in Moskau im August 1925 hatte Sinowjew, der Vorsitzende der Komintern, die Situation innerhalb der KPD so skizziert: »Eine linke, eine Mittelgruppe und eine rechte Gruppe, also 3 Strömungen; jetzt noch die Ultralinke, also 4 Strömungen. Man kann aber anders zählen. Nehmen Sie z.B. den rechten Flügel, die frühere Brandler-Mehrheit. Wie sieht er jetzt aus? Wenigstens 6 Gruppen kann man feststellen: 1. Brandler-Thalheimer, 2. Meyer [...] 5. Ewert – ich kann mich vielleicht irren, aber ich glaube, es ist so. [...] Von der früheren Mehrheit [vor dem Frankfurter Parteitag im April 1924] ist das geworden, also die einen sind fast ganz in der Linken, einige bei den Ultralinken, die dritten arbeiten gewissenhaft mit. Ich [...] will nur feststellen, wie diese frühere Mehrheit zerbröckelt ist.«²⁶

Diese Entwicklung spiegelte sich auch in den zahlreichen persönlichen Briefen wider, die Heinz Neumann zwischen Anfang September 1925 und Mitte Dezember 1925, dem Zeitpunkt seiner endgültigen Rückkehr nach Moskau, vor allem an Grigori Sinowjew, aber auch an andere sowjetische Spitzenfunktionäre sandte. Bemerkenswert dabei ist, daß sich Neumann in diesen Briefen immer wieder – bewußt oder unbewußt – als ein über den Dingen stehender Beobachter gerierte und dabei regelmäßig zum Teil sehr scharfe Urteile über deutlich ältere und vor allem erfahrenere Parteifunktionäre abgab, wie zum Beispiel Neumanns Äußerungen über Arthur Ewert zeigen. Für einen gerade erst 23 Jahre alten Mann war das ein erstaunliches Verhalten.

Bereits am 1. September 1925 schrieb Neumann über Verlauf und Ergebnisse der außerordentlichen Tagung des ZK der KPD nach Moskau: »Unsere Linie verteidigten Teddy [d.i. Ernst Thälmann] und Dengel, unterstützt von Heckert und Schwan. [...] Eberlein und Ewert unterstützten uns kräftig, sprachen aber von einem »Bankrott der Linken« und ähnlichen Dingen, was uns die Lage etwas erschwerte. Mit Ewert habe ich inzwischen ausführlich gesprochen, er sieht seine Fehler ein. Morgen fliegt er nach Moskau. Es wäre sehr gut, wenn Sie [d.i. Grigori Sinowjew] ihn nachdrücklich in dem Sinne beeinflussen würden, daß er erstens wirklich mit vollem Vertrauen mit uns zusammenarbeitet, zweitens seine Grabreden auf die Linke unterläßt.«²⁷

Im »Bericht Nr. 3« vom 4. September 1925 hieß es: »Dazu kommen die Schwierigkeiten, die uns von den Rechten gemacht werden. [Ernst] Meyer nutzt die Lage rücksichtslos aus und hat auf der Reichskonferenz [der Bezirkssekretäre und der Redakteure der Parteizeitungen] eine Resolution eingebracht, die in übertriebener Weise von »der antibolschewistischen Gruppe Ruth Fischer-Maslow-Scholem« spricht, davor

²⁶ Rede des Genossen Sinowjew, in: Der neue Kurs. Reden der Genossen Bucharin und Sinowjew - Brief an das EKKI, herausgegeben vom ZK der KPD, Berlin 1925, S. 35 f., so zitiert in: Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1969, Band 1, S. 123 (Fußnote 10).

²⁷ [Heinz Neumann:] Werter Genosse Sinowjew, Berlin, 1. September 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 293, Delo 57. Blatt 2-3, hier: Blatt 2.

warn, unsere Gruppe könne im letzten Augenblick wieder vor Maslow umfallen usw. [...] Auch Eberlein verhält sich keineswegs taktvoll und zurückhaltend, wie er in Moskau versprach, sondern tritt provozierend in den Vordergrund, spricht mit einer großen Freude von dem »Bankrott der gesamten Linken«, erklärt, »der Heiligenschein der Linken ist fort« und sagt unverblümt: »Wir (das heißt die Mittelgruppe) haben Recht gehabt!« Schließlich ist auch Ewert noch schwankend. Er ist zweifellos durchaus ehrlich und läßt sich auch überzeugen.«²⁸

Am 15. September 1925 – in einem weiteren persönlichen Brief an Sinowjew, diesmal mit einer Kopie für Bucharin – erteilte Neumann Arthur Ewert großzügig ein Lob: »Ewert [ist] aus Moskau wesentlich vernünftiger zurückgekommen. Er gehört jetzt zu denjenigen, auf die wir ganz fest rechnen können. Ebenso Remmele, und selbstverständlich Teddy [d.i. Ernst Thälmann] sowie Geschke, auch Schneller, Heckert, Pieck, dazu mit einer gewissen Einschränkung nach rechts Eberlein.«²⁹

Zehn Tage später, am 25. September 1925, schrieb Neumann an Sinowjew und Bucharin: »Der Block Scholem-Ruth treibt jetzt im ganzen Reich die stärkste Fraktionsarbeit. Namentlich wird eine ungeheure Hetze gegen Ewert getrieben, in Berlin zirkuliert ein Rundschreiben gegen ihn, er wird als der »zweite Brandler« diskreditiert.«³⁰

Schließlich am 20. Oktober 1925, unmittelbar nach seiner Rückkehr von einem Kurzbesuch in Moskau: »Die Lage hat sich in den letzten beiden Wochen erheblich günstiger entwickelt, als wir in Moskau annahmen. Unsere Gruppe hat sich im ZK viel besser eingearbeitet als zuvor. Die Gegensätze mit Ewert in unserer engeren Gruppe sind jetzt beseitigt. [...] Die praktische Arbeit ist in vollem Gange. Die eigentlichen Stützen des Pol-Büros sind Ewert und [Paul] Dietrich.« Und weiter: »Wir hatten dann zusammen mit D[imitri] S[acharowitsch] M[anuiski] und [Bessarion] Lom[inadse] eine Aussprache mit Ewert, Heckert, Dietrich, Pieck und Schneller. [...] Es wurden alle praktischen Fragen durchgesprochen, wir berichteten auch eingehend über die Moskauer Beratungen. Es herrschte zum ersten Male in unserer Gruppe volle Einmütigkeit.«³¹

Am 27. September 1925, knapp zwei Wochen nach seiner Rückkehr aus Moskau, wandte sich Arthur Ewert selbst mit einem Brief an Grigori Sinowjew, weil er »einige Befürchtungen« hegte, über die er dem Vorsitzenden der Komintern berichten wollte. »Die führende Gruppe«, so stellte Arthur Ewert eingangs fest, »ist arbeitsunfähig und entwickelt keine Entschlossenheit zum Kampf. Dafür einige Beispiele: Schneller ist im Urlaub. Dengel ist schon seit einiger Zeit krank und jetzt ist er überhaupt nicht mehr da. Meine Zusammenarbeit mit Teddy [d.i. Ernst Thälmann] entwickelt sich gut und wird noch besser. Das heißt aber auch, daß sie im Hinblick auf die Lage in unserer Partei noch immer ungenügend ist. Teddy ist durch die dauernde Teilnahme an Konferenzen usw. usf. völlig überlastet. Und ich selbst muß angesichts der Situation bei den Parteiangelegenheiten eine Arbeit leisten, die eigentlich über die Kräfte geht.«

²⁸ [Heinz Neumann:] Bericht Nr. 3, Berlin, 4. September 1925, a.a.O., Blatt 6-13, hier: Blatt 8.

²⁹ [Heinz Neumann:] Werter Genosse Sinowjew, Berlin, 15. September 1925, a.a.O., Blatt 25-27, hier: Blatt 25.

³⁰ [Heinz Neumann:] Werter Genosse Sinowjew, Berlin, 25. September 1925, a.a.O., Blatt 49.

³¹ [Heinz Neumann:] Bericht Nr. 10, Berlin, 20. Oktober 1925, a.a.O., Blatt 57-60, hier: Blatt 57.

Das Zentralkomitee sei lediglich ein »Diskussionsclub«, der weiterhin unter dem Einfluß von Ruth Fischer und ihren Anhängern stehen würde. Die Linken und Ultralinken unter den Mitgliedern der Reichstagsfraktion, so Arthur Ewert weiter, würden ihre Möglichkeiten als Abgeordnete nutzen, um in ganz Deutschland aufzutreten: »Sie sind zahlenmäßig nicht nur stärker als die führende Gruppe, sondern sie sind auch frei von jeglicher allgemeiner Parteiarbeit.« Und: »Seitens der Ultralinken gibt es eine ziemlich planmäßige Hetze.«

Dann stellte Arthur Ewert fest: »Eine weitere Aufgabe besteht darin, die Rechten und früheren Rechten heranzuziehen. Da ich selbst früher ein Rechter war und man mich immer noch als Rechten betrachtet, wäre es – taktisch gesehen – nicht gut, wenn ich persönlich mit einem solchen Vorschlag auftreten würde. Aber solange nicht eine Anzahl solcher Genossen herangezogen wird, kann die führende Gruppe keine wirkliche Arbeitsfähigkeit erreichen. Man kann doch auf Dauer nicht die Linie beibehalten, die Ruth Fischer verfolgt hat, daß jedes Heranziehen [dieser Genossen] eine ›Last‹ für die Partei sei. Entweder muß man einigen Genossen die Möglichkeit geben, sich zu rehabilitieren – durch Arbeit, Beiträge in der Presse, öffentliches Auftreten usw. – oder sie als Rechte verurteilen, die nichts gelernt haben. Der Kampf gegen die Rechten als Zugeständnis an die ultralinken Stimmungen wird nur den Einfluß der Ultralinken vergrößern. Wenn schon rechte Abweichungen vorhanden sind, muß man natürlich einen scharfen Kampf gegen sie führen. Aber wir müssen uns im Klaren sein, daß eine praktische Durchführung einer Einheitsfront noch lange von einem Geschrei über die Rückkehr zum ›Brandlerismus‹ begleitet sein wird. Das ist die einzige Argumentation von Scholem und Genossen. Es stellt sich die Frage, ob man deshalb Rücksicht auf die Ultralinken nehmen soll. Konkret würde es eine Ausdehnung einer unmöglichen Situation für lange Zeit bedeuten, und das auf der Grundlage der ›Politik‹ von Ruth Fischer. Welche Schritte das EKKI auch unternimmt, es müßte [...] versuchen, den Eindruck zu vermeiden, als ob nach dem ›Offenen Brief‹ jetzt ein ›Burgfrieden‹ mit der Gruppe um Ruth Fischer geschlossen werden soll. Der weitere Kampf ist auch deshalb notwendig, um die Selbständigkeit der führenden Gruppe bei der Korrektur der politischen Linie zu erhöhen. Nur wenn das gelingt, wird es möglich sein, die Wiederholung verschiedener Fehler zu vermeiden.«

Schließlich verlangte Arthur Ewert die Zustimmung der Komintern zu einer vollständigen Neuwahl des Zentralkomitees auf der geplanten ersten Parteikonferenz der KPD. Dieses neue ZK sollte bis zum nächsten regulären Parteitag im Amt bleiben: »Mit dem ZK, wie es jetzt zusammengesetzt ist, kann man nicht arbeiten. Das ZK als solches ist ein lebendiges Ergebnis der Politik von Ruth Fischer.«³²

Auf der ersten Parteikonferenz der KPD am 31. Oktober und 1. November 1925 in Berlin, einer Zusammenkunft von rund 250 Delegierten aus allen Teilen Deutschlands, die in den Wochen nach der außerordentlichen Tagung des ZK gewählt worden waren, wurde die Diskussion des »Offenen Briefes« innerhalb der KPD offiziell abgeschlossen. Der neuernannten Führung der KPD war es innerhalb von nur zwei

³² Письмо Еверта, Берлин, 29 сентября 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 293, Delo 55. Blatt 88-91 (Rückübersetzung aus dem Russischen, das deutschsprachige Original war nicht auffindbar.) Arthur Ewert kündigte in dem Brief an, »ab sofort regelmäßig jede Woche [zu] schreiben.« Weitere Briefe von Arthur Ewert an Grigori Sinowjew aus dem Herbst 1925 ließen sich jedoch nicht finden.

Monaten gelungen, die mit dem »Offenen Brief« verkündete neue politische Linie weitgehend durchzusetzen.³³

Im Verständnis der Führung der Komintern und der nun maßgeblichen Kräfte an der Spitze der KPD war damit die »Bildung des von Ernst Thälmann geführten marxistisch-leninistischen Zentralkomitees«³⁴ bzw. die »Formierung des Thälmannschen Zentralkomitees«³⁵ vollzogen. Ein Vorgang, der im Grunde den Charakter eines von der Komintern in Moskau initiierten und gesteuerten innerparteilichen Putsches hatte, wurde dauerhaft zu einem Höhepunkt der Parteigeschichte verklärt. Dieser Sichtweise folgte später auch die offizielle Geschichtsschreibung der SED. Daß die Formulierung vom »leninistischen« Zentralkomitee letztlich auf Stalin zurückging, scherte auch in den Jahren und Jahrzehnten nach dem 20. Parteitag der KPdSU und der berühmten Rede Nikita Chruschtschows nicht.³⁶

Ernst Thälmann hatte auf der Parteikonferenz das Hauptreferat »Über die Lage in der KPD« gehalten. Korreferent zu diesem Thema war Werner Scholem gewesen, einer der exponiertesten Vertreter der Ultralinken in der Führung der KPD. Das Kräfteverhältnis innerhalb der KPD war jedoch bereits soweit verschoben, daß Scholem noch im Verlauf der Parteikonferenz nicht nur aus dem Politbüro, sondern auch aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen wurde.

Arthur Ewert hatte über das für ihn eher untypische Thema »KPD und Jugend« gesprochen, sein Korreferent war Conrad Blenke, der Vorsitzende des Kommunistischen Jugendverbandes, gewesen. Allerdings hatte das Thema aus Sicht der Komintern eine ganz besondere Bedeutung – zu den zahlreichen Vorwürfen, die der vormaligen Führung der KPD um Ruth Fischer und Arkadi Maslow gemacht wurden, gehörte die Vernachlässigung einer systematischen Jugendarbeit. Insbesondere Lominadse, der Sekretär der Kommunistischen Jugendinternationale, hatte das Thema bei verschiedenen Gelegenheiten zur Sprache gebracht. So hatte er bei einer Sitzung der Deutschen Kommission der Komintern auf die Tatsache hingewiesen, daß das Thema Jugendarbeit auf dem Berliner Parteitag der KPD keine Rolle gespielt hatte. Zu einer anschließenden Jugendkonferenz der KPD, die »nur auf Forderung des Genossen Sinowjew« einberufen worden war, so Lominadse weiter, »erschieden im Ganzen zwei Vertreter der Partei, die zwei Stunden lang dort saßen und dann weggingen,

³³ Allerdings dauerte der Widerstand in einigen wichtigen Bezirken, insbesondere in Berlin, der Hochburg der Anhänger von Ruth Fischer und Arkadi Maslow, noch bis in den Dezember 1925 an.

³⁴ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Berlin (DDR) 1966, Band 4, S. 88.

³⁵ Günter Hortschansky u.a., Ernst Thälmann. Eine Biographie, Berlin (DDR) 1980, Band 1, S. 268.

³⁶ Stalin hatte im März 1926 festgestellt: »Über das ZK der deutschen Kommunistischen Partei. Bei einigen Intellektuellen werden Stimmen laut, das ZK der deutschen Kommunistischen Partei sei schwach, es leite die Partei schwach an, das Fehlen der Intellektuellen im ZK wirke sich negativ auf seine Arbeit aus, es existiere gar kein ZK usw. All das trifft nicht zu, Genossen. Derartige Redereien halte ich für eines Kommunisten unwürdige Ausfälle von Intellektuellen. Das jetzige ZK der deutschen Kommunistischen Partei ist nicht durch Zufall zustande gekommen. Es wurde im Kampf gegen die rechten Fehler geboren. Es erstarkte im Kampf gegen die »ultralinken« Fehler. Daher ist es weder ein rechtes noch ein »ultralinkes« ZK. Es ist ein leninistisches ZK. Dies ist gerade die führende Arbeitergruppe, die die deutsche Kommunistische Partei jetzt braucht.«, J. W. Stalin, Rede in der Deutschen Kommission des VI. Erweiterten Plenums des EKKI, Moskau, 8. März 1926, in: Werke, Band 8, S. 63-66, hier: S. 63.

worauf die Jugend dann allein beriet. Die Partei widmete dieser Konferenz nicht die geringste Aufmerksamkeit, trotzdem wichtige Fragen der Jugendbewegung zur Erörterung gestellt waren. Dabei ist in Deutschland, wo der KJV schwach ist und nur noch 25.000 Verbandsmitglieder zählt, die Hilfe der Partei, um die proletarische Jugend zu erobern, besonders notwendig.«³⁷

Bei den Wahlen im Rahmen der Parteikonferenz wurden Arthur Ewert und Otto Kühne als Vollmitglieder in das Zentralkomitee gewählt. Außerdem wurde das Zentralkomitee bevollmächtigt, drei Arbeiter als Kandidaten zu kooptieren. Neben dem Ausschluß von Werner Scholem waren das die einzigen Veränderungen in der Zusammensetzung des ZK. Arthur Ewert hatte sich also mit seiner Forderung nach einer vollständigen Neuwahl der Parteiführung gegenüber der Komintern nicht durchsetzen können.³⁸

Mit der Wahl von Arthur Ewert als Mitglied des ZK war die nach dem geltenden Parteistatut notwendige Voraussetzung geschaffen, damit er auf der Tagung des Zentralkomitees am 11. November 1925, der ersten nach der Parteikonferenz, auch als Mitglied des Politbüros gewählt werden konnte.³⁹

Einen wirklichen Neubeginn für die KPD stellten die Ereignisse des Sommers und Herbstes 1925 nicht dar: Ein Teil der alten Führung – Ruth Fischer, Arkadi Maslow und ihre Anhänger – war auf Weisung der Komintern ihrer Ämter enthoben und kaltgestellt worden. Doch ihre vormaligen, nun aber frisch gewendeten Parteigänger blieben in ihren Funktionen oder stiegen sogar, wie Ernst Thälmann, zu höheren Weihen auf. Der wesentliche Unterschied zwischen der alten und der neuen Führungsgruppe bestand nicht in einer grundsätzlich anderen Politik, sondern vor allem im Verhältnis zu »Moskau«, also in der Bereitschaft, sich bedingungslos der Politik der Komintern, die mehr und mehr selbst zum Instrument der KPdSU und insbesondere der sowjetischen Außenpolitik wurde, unterzuordnen.

Die Hereinnahme von Vertretern der früheren Mittelgruppe bzw. von Parteifunktionären wie Arthur Ewert, die dieser Gruppe inhaltlich nahe standen, in die engere bzw. erweiterte Parteiführung eröffnete der KPD noch einmal die Möglichkeit zu realpolitischem Handeln. Doch letztlich wurde auch diese Chance durch das von der Moskauer Führung oktroyierte Festhalten an linken und ultralinken Positionen vertan.

³⁷ [Bessarion Lominadse auf der Beratung der Kommission des EKKI mit der Delegation der KP Deutschlands und Vertretern von 15 Kommunistischen Parteien], a.a.O., Blatt 22 f.

³⁸ Trotzdem wurde in der offiziellen Geschichtsschreibung von KPD und SED immer wieder versucht, den Eindruck zu erwecken, daß das »Thälmannsche ZK« ein Gremium in neuer Zusammensetzung gewesen sei. So hieß es zum Beispiel in der vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegebenen »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« betont mißverständlich: »Die 1. Parteikonferenz [...] billigte die Veränderungen in der Parteiführung, die nach dem 10. Parteitag erfolgt waren.«, um dann eher beiläufig einzuräumen: »Im Verlaufe der Parteidebatte hatte sich endgültig eine leninistische Mehrheit in dem vom 10. Parteitag gewählten Zentralkomitee herausgebildet.« Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 102 f.

³⁹ Auf dieser Tagung des ZK wurden Ruth Fischer und Arkadi Maslow aus dem Politbüro ausgeschlossen, blieben aber vorerst noch Mitglieder der ZK.

Kapitel 7: In der Führung der Partei

In den Wochen und Monaten nach der ersten Parteikonferenz war die neue Führung um Ernst Thälmann vor allem bemüht, ihre Position innerhalb der Partei – in erster Linie in Auseinandersetzung mit den Kräften um Ruth Fischer und Arkadi Maslow – zu festigen und gleichzeitig das politische Gewicht der KPD im politischen Gefüge der Weimarer Republik wieder zu erhöhen. Grundlage dafür war das unter dem Einfluß der Komintern im Verlauf des Sommers und Frühherbstes 1925 aus pragmatischen Erwägungen heraus entstandene und schon deshalb sehr fragile Bündnis der aus den Linken hervorgegangenen Gruppierung um Ernst Thälmann – Sinowjew hatte sie euphemistisch als »neue Arbeitergruppe« bezeichnet¹ – und der Mittelgruppe, also den Kräften um Ernst Meyer, zu denen regelmäßig auch Arthur Ewert gezählt wurde.

Tatsächlich waren es in den Jahren 1926 und 1927 vor allem Ernst Meyer und Arthur Ewert, von denen die entscheidenden Impulse für ein realpolitisches Wirken der KPD² ausgingen. So konnte das Sekretariat des ZK der KPD die Vertretung der Partei bei der Komintern in Moskau bereits am 5. Januar 1926 informieren, daß in der Führung der KPD nun endlich die Erarbeitung eines Aktionsprogrammes vereinbart worden war, »das eine Zusammenfassung der bisher propagierten Parolen und Forderungen enthalten soll.«³

Die Auseinandersetzungen um ein Aktionsprogramm hatten einen durchaus grundsätzlichen Charakter. Letztlich ging es um die Frage, ob die Partei auch in einer offensichtlich nichtrevolutionären Zeit ihre politische Massenarbeit ausschließlich mit der Propagierung von Maximalforderungen betreiben, also den Sturz der bürgerlichen Ordnung und die Errichtung der Diktatur des Proletariats als Tagesaufgabe formulieren sollte, oder ob es nicht viel mehr Sinn der Sache sein mußte, Tagesforderungen der Arbeiter und Arbeitslosen aufzugreifen und zum Inhalt der Politik der KPD zu machen und so – über die aktive Mitgliedschaft der KPD hinaus – Unterstützung und Verbündete für das eigene politische Handeln zu finden.⁴

In diesem Zusammenhang warfen Arthur Ewert und Ernst Meyer zum wiederholten Male die Frage einer Rückkehr von Heinrich Brandler und August Thalheimer aus dem Moskauer Exil und ihrer erneuten Einbeziehung in die politische Arbeit der KPD auf. Tatsächlich waren Heinrich Brandler und August Thalheimer wegen ihrer

¹ Rede des Genossen Sinowjew, in: Der neue Kurs. Reden der Genossen Bucharin und Sinowjew - Brief an das EKKI, herausgegeben vom ZK der KPD, Berlin 1925, S. 35 f., so zitiert in: Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1969, Band 1, S. 123 (Fußnote 10).

² Ein »klassisches« Beispiel war das nachfolgend noch ausführlicher behandelte erfolgreiche Volksbegehren zur entschädigungslosen Enteignung der in der Novemberrevolution 1918 politisch entmachteten Fürsten im Frühjahr 1926, bei dem KPD und SPD gemeinsam handelten, auch wenn der anschließende Volksentscheid scheiterte.

³ An die Deutsche Delegation beim EKKI, 5. Januar 1926, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 15. Blatt 26.

⁴ Vgl. dazu: Klaus Kinner, Der deutsche Kommunismus - Selbstverständnis und Realität. Band 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999, S. 122. Kinner bezieht sich allerdings auf die Umstände, unter denen der VI. Weltkongreß der Komintern im Sommer 1928 vorbereitet wurde. Doch gilt seine Aussage auch für die hier beschriebene Phase.

Rolle in Zusammenhang mit den Ereignissen des Oktober 1923 in Deutschland von Verhaftung und langjähriger Haft bedroht. Ihr von der Komintern angeordneter Aufenthalt in Moskau diente jedoch weniger ihrem persönlichen Schutz als vielmehr dem Ziel, ihren Einfluß auf die politische Entwicklung der KPD zu beschränken und möglichst auszuschalten.

Vom 17. Februar bis 25. März 1926 tagte in Moskau die Sechste Erweiterte Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.⁵ Wenige Wochen zuvor war auf dem 14. Parteitag der KPdSU eine Vorentscheidung im Machtkampf zwischen Stalin und Sinowjew gefallen. Vordergründig spielte diese Tatsache auf der Tagung keine Rolle, und Sinowjew blieb zunächst Vorsitzender der Komintern. Doch die zahlreichen Angriffe gegen linke und ultralinke Positionen in der kommunistischen Bewegung waren ein Spiegelbild der Entwicklungen innerhalb der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, wo es immer schärfere Attacken gegen Trotzki und eben Sinowjew gab.

Arthur Ewert, der unter dem Namen Braun auftrat, sprach zwei Mal vor dem Plenum der Erweiterten Exekutive, wie das Gremium im parteiinternen Sprachgebrauch verkürzt genannt wurde. Als Vertreter der deutschen Delegation informierte er am 21. Februar 1926 offiziell über die Lage in der KPD. Naturgemäß war dieser Bericht vor allem eine politische Abrechnung mit den linken und ultralinken Kräften um Ruth Fischer und Arkadi Maslow sowie Arthur Rosenberg, Werner Scholem, Karl Korsch, Iwan Katz und anderen. Gleichzeitig verteidigte und bekräftigte Arthur Ewert die mit dem »Offenen Brief« vom August 1925 eingeleitete neue Politik der KPD.⁶

Während dieser Beratungen kam es nach einem Bericht von Ruth Fischer aus dem Jahre 1948 angeblich zu einem Zwischenfall, den sie so schilderte: »Das wichtigste Problem [...] war für mich, meine Korrespondenz mit Maslow und meinen anderen deutschen Freunden vor der GPU-Spionage⁷ geheimzuhalten. Ich gebrauchte einen Trick, den ich von russischen Genossen gelernt hatte: ich nähte die Briefe kreuzweise mit Bindfaden zu und versiegelte den Faden an mehreren Stellen. Ich nahm an, meine Briefe würden gelesen werden, wenn man es geheim tun konnte, die GPU würde aber nicht offiziell die Siegel erbrechen. Diese Vorsichtsmaßnahmen erwiesen sich jedoch als kindisch. Eines Tages während der Februarsitzung ergriff Ewert das Wort und be-

⁵ Am 18. Februar 1926 sandte Wilhelm Pieck aus Moskau einen ersten Bericht an Leo Flieg in Berlin, in dem er auch über die Umstände der Reise nach Moskau berichtete: »Die Reise mit Braun [d.i. Arthur Ewert] ging sehr gut. [...] Die polizeiliche Kontrolle war während der Fahrt durch den Polnischen Korridor die übliche. Im Schlafwagen blieb man unbehelligt, so daß also illegale Genossen vorteilhaft nicht mit der III. Klasse befördert werden. Die Zollkontrolle in Eydtkuhnen war sehr oberflächlich. Polizeikommissare blieben hinter der Sperre und kamen nicht an den Zug. Die Paßkontrolle war flüchtig.« [Wilhelm Pieck:] An den Genossen Leo Flieg, Moskau, 18. Februar 1926, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 21. Blatt 56. Die gesamte deutsche Delegation wohnte im Hotel »Passage«. Bereits einige Tage vor Arthur Ewert war seine Frau Elise in Moskau eingetroffen, um dort ein halbes Jahr in der Vertretung der KPD zu arbeiten.

⁶ [Rede von Arthur Ewert], Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 17. Februar bis 15. März 1926, Hamburg und Berlin 1926, S. 94-100.

⁷ GPU, gelegentlich auch OGPU, ist die Abkürzung für Objedinjonnoje Gossudarstwennoje Polititscheskoje Uprawlenije (Объединённое государственное политическое управление), also Vereinigte staatliche politische Verwaltung. Die GPU war seit 1922 die Bezeichnung des Geheimdienstes der Sowjetunion. Sie ging 1934 im Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten auf.

gann die Briefe, die ich an Maslow ins Gefängnis geschrieben hatte, einen nach dem andern vorzulesen. Er las nicht nur die politischen Stellen, sondern ergötzte die Zuhörer damit, daß er rein persönliche Absätze ausführlich mit vorlas. Ich ging aufs Podium und nahm ihm die Briefe mit Gewalt weg, ihm einen Schlag versetzend, als er sie mir nicht geben wollte. Ich verließ sofort den Saal und ging ins ›Lux‹ zurück. Sinowjew rief mich an, um sich zu erkundigen, was passiert war; Stalin schickte Béla Kun, um die genauen Einzelheiten des Vorfalls zu erfahren. Aber trotz Ewerts Bemühungen, mir ein Disziplinarverfahren anzuhängen, versuchte niemand, die Briefe zurückzubekommen.«⁸

Gegenüber dieser Schilderung ist große Skepsis angebracht, denn es gibt für sie keine unabhängige Bestätigung, auch wenn kein Zweifel daran besteht, daß persönliche Briefe von Ruth Fischer während der Sechsten Erweiterten Tagung eine wichtige Rolle spielten. Arthur Ewert war allerdings in diese Vorgänge nur am Rande involviert gewesen, die Rolle, die ihm Ruth Fischer in ihrem Buch zuschrieb, hatte er keinesfalls gespielt.

Tatsache ist, daß die Überwachung ihrer persönlichen Post für Ruth Fischer in der gesamten Zeit ihres mehrmonatigen Zwangsaufenthaltes in Moskau ein ernstes Problem darstellte. Bereits am 23. November 1925 hatte Heinz Neumann, der sich vorübergehend in Deutschland aufhielt, nach Moskau geschrieben: »Unsere Schwierigkeiten auf dem [Berliner] Bezirksparteitag erklären sich u.a. daraus, daß Ruth eine ganze Reihe Briefe [...] mit Anweisungen über das Vorgehen gegen uns geschickt hat. [...] Man] muß [...] unbedingt – ich schreibe das wieder offiziell im Auftrage Teddys [d.i. Ernst Thälmann] und Ewerts und mit Wissen des EKKI-Vertreterers – die Post der deutschen Delegation, insbesondere die Post Ruths, aufs schärfste kontrollieren, aber so unauffällig, daß dies nicht bemerkt wird, und daß sich Ruth dann keine anderen Wege für ihre Korrespondenz wählt.«⁹

Am 16. Dezember 1925 berichtete Heinz Neumann, der inzwischen wieder in die sowjetische Hauptstadt zurückgekehrt war, über ein offizielles Gespräch mit Ruth Fischer, das er im Auftrag der Führung der KPD in Moskau geführt hatte: »Zum Schluß bat sie mich, man solle ihre Post nicht öffnen, da sie keine Fraktionsbriefe schreibe. Ich antwortete ihr, daß wir sie für klug genug halten, nicht durch die deutsche Delegation ihre Fraktionsbriefe zu senden und es daher nicht nötig hätten, ihre Post zu öffnen.«¹⁰

Drei Wochen später, am 6. Januar 1926, wurde Neumann noch deutlicher. In einem Brief an Ernst Thälmann und Arthur Ewert schrieb er aus Moskau: »Ruth hat auch

⁸ Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt am Main, o.J. (1950), S. 673 f.

⁹ [Heinz Neumann:] Lieber Heimo, Berlin, 23. November 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 293, Delo 57. Blatt 85. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß Heinz Neumann sieben Jahre später selbst Opfer einer solchen Postüberwachung wurde: Im November 1933 wurde ein persönlicher Brief Neumanns an Hermann Remmele abgefangen und der amtierenden Parteiführung der KPD in Moskau übergeben. In diesem Brief hatte Neumann Remmele aufgefordert, die zwei Jahre zuvor gemeinsam begonnene Fraktionsarbeit fortzusetzen. Damit war seine politische Karriere in der KPD endgültig beendet.

¹⁰ [Heinz Neumann:] An Teddy, Braun, Dengel, Geschke, Leo Flieg, Moskau, 16. Dezember 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 14. Blatt 339-342, hier: Blatt 340.

mit letzter Post wieder eine Reihe schamloser Fraktionsbriefe geschrieben und unerhörte Indiskretionen [...] begangen.«¹¹ Und am 9. Januar 1926 hieß es in einem weiteren streng vertraulichen Schreiben Neumanns an das Politsekretariat der KPD, das im Nachsatz die dringende Aufforderung enthielt, das Schreiben nach Kenntnisnahme unbedingt zu vernichten: »Ruth schickt soeben in einem Brief Instruktionen an [Paul] Schlecht, keineswegs einem Beschluß des ZK zuzustimmen, der Sinowjew verurteilt. Sie sandte eine Reihe anderer Briefe, darunter unter Vermittlung [Kurt] Rosenfelds an Maslow, mit derartigen Indiskretionen und Lügen über den inneren Mechanismus der russischen Diskussion, daß sie formal direkt eine hochverräterische Handlung nach dem russischen Sowjetgesetzbuch¹² darstellt. Aber diese Seite der Dinge kommt hier natürlich nicht in Betracht. Ich werde aber einige Stellen dieser Briefe im Präsidium vorlesen, habe Sinowjew bereits davon Kenntnis gegeben.«¹³

Es war dann Nikolai Bucharin, der während der Sechsten Erweiterten Tagung bei mindestens zwei Gelegenheiten von Briefen Ruth Fischers sprach und sogar aus Briefen zitierte, die sie an Dritte geschrieben hatte. In einer nicht datierten Rede, wahrscheinlich vor der Deutschen Kommission, die im offiziellen Protokoll nicht enthalten ist, die aber wenige Wochen nach der Sechsten Erweiterten Tagung von der Dortmunder KPD-Zeitung »Westfälischer Kämpfer« im Wortlaut veröffentlicht wurde, erklärte Bucharin unter anderem: »Nun ein paar Worte in diesem Zusammenhang über die Briefe der Genossin Fischer. [...] Was spricht die Genossin Fischer im Brief an den Genossen [Paul] Schlecht vom 9. Januar? ›Was mit der Kommunistischen Internationale wird, ist vollkommen unbekannt. Wir hören hier Stimmen, daß die russische Partei für Amsterdam, für die Liga der Nationen ist.‹ Genossen! Daß dies dieselbe Melodie wie bei Korsch ist, das ist sogar jedem nicht besonders Klugen klar. In einem anderen Brief der Genossin Ruth [Fischer] an Maslow heißt es: ›Der 5. Kongreß liegt in Scherben. Der Traum der Bolschewisierung ist ausgeträumt. Im Jahre 1926 werden Dinge [von] welthistorischer Bedeutung passieren.«¹⁴

Im offiziellen Protokoll veröffentlicht sind dagegen die Ausführungen Bucharins in der Abschlusssitzung der Deutschen Kommission, wo er feststellte: »Genossin Fischer macht irgendwelche Bemerkungen über ungedruckte Sachen. Sie meint wahrschein-

¹¹ [Heinz Neumann:] An Teddy und Braun, z. H. von Leo Flieg, Moskau, 6. Januar 1926, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 21. Blatt 9-11, hier: Blatt 9.

¹² Gemeint war offensichtlich das sowjetische Strafgesetzbuch.

¹³ [Heinz Neumann:] An das Politsekretariat der KPD, z. H. Gen. Leo Flieg, Moskau, 6. Januar 1926, ebenda, Blatt 18-20, hier: Blatt 19. Dieses Schreiben ist auch deshalb bemerkenswert, weil zu dieser Zeit strafrechtliche Überlegungen noch nicht zum Instrumentarium der »innerparteilichen Auseinandersetzungen« gehörten.

¹⁴ Westfälischer Kämpfer (Rote Fahne Westfalens), Dortmund, 15. April 1926. In der Diskussion ging es letztlich um die Frage, ob die sowjetische Führung den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion Vorrang gegenüber den revolutionären Zielen der kommunistischen Bewegung geben würde und sich daher den Positionen des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit Sitz in Amsterdam und des Völkerbundes (englisch »League of Nations«, deshalb bei Bucharin »Liga der Nationen«) annähern würde.

lich die Briefe. Wenn es so ist, so muß ich hier bemerken, daß das ein ganz spezifischer Fall ist, und auch die Methode der Ruth Fischer ist ein ganz spezifischer Fall.«¹⁵

Warum Ruth Fischer mehr als zwanzig Jahre nach den geschilderten Vorfällen ausgerechnet Arthur Ewert für die Veröffentlichung ihrer persönlichen Briefe verantwortlich machte, bleibt unklar. Daß sie auch nach Jahrzehnten keine Gelegenheit ausließ, vormalige – tatsächliche oder auch nur vermeintliche – Gegenspieler, und zu dieser Gruppe gehörte Arthur Ewert ganz ohne Frage, öffentlich zu denunzieren, ließe sich an zahlreichen Beispielen belegen. Allerdings hatte sie sich bereits 1944 in einem Artikel für die US-amerikanische Zeitschrift »The New Leader« durchaus positiv über Arthur Ewert geäußert. Unter dem Titel »The Dimitrov Legend« hatte sie festgestellt: »Wenn ein kleiner Agent einen Unfall hat und ins Gefängnis geht, schert sich niemand groß um ihn; er kann auf Jahre im Gefängnis sitzen, wie es so oft in Polen, den baltischen Ländern oder auf dem Balkan geschehen ist. Wenn jemand als politisch nicht zuverlässig gilt, dann ist er im Fall der Fälle komplett verloren. Eine der bemerkenswertesten Begebenheiten dieser Art ist das Schicksal des deutschen Kommunisten Arthur Ewert, der die schwierige Mission hatte, in Brasilien einen kommunistischen Putsch zu organisieren. Doch er scheiterte und wurde für Jahrzehnte in ein brasilianisches Gefängnis gesteckt; er verlor den Verstand und ist jetzt Insasse in einer brasilianischen Irrenanstalt. Moskau überließ ihn kalt seinem Schicksal und unternahm nicht den geringsten Versuch, ihn freizubekommen.« Der Grund dafür, so Ruth Fischer in ihrem Artikel, sei die Tatsache, daß sich Arthur Ewert Stalin gegenüber, anders als eben Georgi Dimitrow, nicht immer als »bedingungslos loyal« erwiesen habe.¹⁶

Zurück in das Jahr 1926: Zu den Erfolgen der KPD, über die Arthur Ewert während der Sechsten Erweiterten Tagung des EKKI in der sowjetischen Hauptstadt berichten konnte, gehörte das Ende 1925 auf Initiative der KPD eingeleitete Volksbegehren gegen eine von der Regierung geplante Entschädigung der bis 1918 regierenden Fürstenhäuser aus Steuermitteln, auch wenn wesentliche Teile der Kampagne erst in die Zeit nach der Tagung in Moskau fielen: Zwischen dem 9. und 17. März 1926 sprachen sich mehr als zwölfeinhalb Millionen Wähler für die Durchführung eines Volksentscheides aus, der dann am 14. Juni 1926 stattfand. An diesem Tag votierten sogar 14,4 Millionen Stimmberechtigte gegen die Fürstenentschädigung.¹⁷

¹⁵ [Rede von Nikolai Bucharin], Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 17. Februar bis 15. März 1926, a.a.O., S. 572-577, hier: S. 574. Die von Bucharin erwähnten »Bemerkungen« von Ruth Fischer sind im »Protokoll« nicht enthalten.

¹⁶ Ruth Fischer, The Dimitrov Legend, in: The New Leader, New York, January 29, 1944. Bemerkenswert ist auch, daß Ruth Fischer ausgerechnet in dem Buch, in dem sie ihre Vorwürfe gegen Arthur Ewert wegen ihrer privaten Post formulierte, Arthur Ewert auch durchaus anerkend erwähnte, weil er sich im Mai 1927, während der Erweiterten Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, für den inzwischen in Ungnade gefallenen Grigori Sinowjew eingesetzt hatte: »Sinowjew, den man vom Präsidium der Komintern abgesetzt hatte, wurde der Zutritt zum Versammlungssaal von bewaffneten Posten verwehrt. Der Saal sei zu überfüllt, erklärte Heimo den Delegierten. Aber diesem billigen Manöver widersetzte sich sogar Arthur Ewert, der den schlechten Eindruck, den es im Ausland machen würde, fürchtete.«, Ruth Fischer, a.a.O., S. 710 f.

¹⁷ Gegen das Anliegen des Volksentscheides gab es nur etwa eine halbe Million Stimmen, denn die bürgerlichen Parteien hatten einheitlich zum Boykott des Volksentscheids aufgerufen. Damit war insbesondere im ländlichen Raum das Wahlgeheimnis faktisch außer Kraft gesetzt, was viele Wahlbe-

Obwohl das eigentliche Ziel des Volksentscheides deutlich verfehlt wurde, war es der KPD mit der Kampagne gegen die Fürstenentschädigung gelungen, ein Thema zu finden, mit dem sich nicht nur eigene Mitglieder und Anhänger mobilisieren ließen, sondern das auch von der SPD und den Gewerkschaften aufgegriffen werden mußte. Wichtig dabei war, daß die KPD sich nicht auf eine »Einheitsfront von unten« mit den einfachen Mitgliedern der Sozialdemokratie beschränkte. Auch die Führung der SPD und die Führung der Gewerkschaften hatten an der Vorbereitung und Umsetzung der Kampagne maßgeblich mitgewirkt.

Arthur Ewert äußerte sich in zwei Leitartikeln in der »Internationale«, der Zeitschrift der KPD »für Praxis und Theorie des Marxismus«, wie diese Publikation im Untertitel hieß, zur Einheitsfrontpolitik der KPD und – damit verbunden – zum Anliegen und Ziel des Volksentscheids.

Am 10. Februar 1926 schrieb er unter der Überschrift »Der Kampf um die Einheitsfront«: »Die KPD hat durch die bewußte Anwendung der Einheitsfronttaktik die ersten Anfangserfolge errungen. [...] Der Kampf um die Enteignung der Fürsten hat die weitesten Kreise der werktätigen Schichten auf eine gemeinsame Aufgabe gestoßen. Es wird und muß uns nun gelingen, die in Bewegung gebrachten Kräfte auch für die Durchsetzung anderer Forderungen und Aufgaben zu sammeln. Es stehen vor allem im Vordergrund die ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen und Kurzarbeiter, die Inangriffnahme großzügiger öffentlicher Arbeiten, der Kampf gegen den Mietwucher, der Sturz der Luther-Regierung, die Auflösung des Reichstages und Herbeiführung von Neuwahlen.«

Allerdings, auch das machte der Artikel von Arthur Ewert deutlich, war die Führung der KPD bei der Vorbereitung und Durchführung der Kampagne gegen die Fürstenentschädigung wohl von der sprichwörtlichen Angst vor der eigenen Courage gepackt: Die Zusammenarbeit mit den Spitzen von SPD und ADGB, also dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, wurde als richtig und notwendig erkannt. Und man hoffte natürlich, im Rahmen der Kampagne möglichst viele sozialdemokratische und parteilose Arbeiter für die eigene Partei zu gewinnen. Doch man hatte umgekehrt auch die Sorge, daß bei einem Thema, das »ja nicht unmittelbar die Herrschaft der Bourgeoisie bedroht«¹⁸, der revolutionäre Elan in den eigenen Reihen nachlassen könnte. Die abschließenden Feststellungen von Arthur Ewert hatten daher durchaus den Charakter einer Selbstbeschwörung: »Wir werden [...] jeden zurückweisen, der an dem Fundament der revolutionären Partei rüttelt. Wir werden die Einheit der Organisation für die Gewerkschaften verwirklichen, aber gleichzeitig die Hege- monie der KPD als der Partei, die allein die Massen sammeln und zum Siege führen wird. Je größer die Erfolge der KPD, desto stärker wird das Selbstvertrauen, die Sicherheit, die Aktivität werden. Aus den Fehlern des Jahres 1923 haben wir gelernt: nie darf die revolutionäre Partei ihre Handlungen von den Schwankungen im reformistischen Lager abhängig machen. Vertrauen in die Arbeiterklasse, Schaffung von Führungskadern in allen Betrieben und Arbeiterorganisationen, nicht zuletzt in der Partei

rechtigte davon abgehalten haben dürfte, ihr Stimmrecht wahrzunehmen: Wer ins Wahllokal ging, tat das aller Wahrscheinlichkeit nach, um das Anliegen des Volksentscheids zu unterstützen.

¹⁸ Arthur Ewert, Der Kampf um die Einheitsfront, in: Die Internationale. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus, Jahrgang 9, Heft 4, Berlin 1926, S. 97-101, hier: S. 97.

selbst, eine richtige Verbindung der Einheitsfronttaktik mit größter Selbständigkeit des Handelns – das ist das Gebot der Stunde.«¹⁹

Fünf Monate später, am 2. Juli 1926, zog Arthur Ewert unter der Überschrift »Der Kampf geht weiter« eine erste Bilanz der Kampagne gegen die Fürstenentschädigung: »Der Volksentscheid ist vorüber. Die fünfzehn Millionen haben ihren Stimmzettel mit Ja abgegeben. Nach den Grundsätzen der geheiligten Weimarer Demokratie ist nichts erreicht worden. Die Marx-Regierung und der hohe sozialdemokratische Parteivorstand schicken die fünfzehn Millionen wieder nach Hause. Für uns Kommunisten ist der Volksentscheid etwas anderes gewesen als die bloße Anhäufung von Stimmzetteln mit einem Kreuz im Ja-Feld. Wir wußten sehr gut, daß man keinen Kapitalisten enteignen kann, wenn man vor seinem Kassenschrank eine Anzahl Stimmzettel aufhäuft. Enteignen kann man die Kapitalisten und Großgrundbesitzer, die feudalen Fürsten und die Börsenfürsten nur durch die Aktion, den Kampf der Massen. Trotzdem hat die Kommunistische Partei als erste die Losung des Volksentscheids ausgegeben. Trotzdem haben wir die SPD-Führer gezwungen, sich am Volksbegehren zu beteiligen. Trotzdem hat die Kommunistische Partei alle ihre Kräfte eingesetzt, um dem Volksentscheid zum Siege zu verhelfen; zum Siege auch nach den Regeln der Weimarer Demokratie. Wir taten das alles ohne Illusion, aber in der Einsicht, daß die Fürstenfrage der Anlaß zu einem Massenaufmarsch werden muß, wie Deutschland ihn seit den Novembertagen 1918 nicht gesehen hat. Und jetzt, nach dem 20. Juni, sagen wir den fünfzehn Millionen: ihr dürft nicht nach Hause gehen, ihr seid aufmarschiert, ihr müßt zusammenbleiben, ihr müßt nun erst recht vorwärts gehen, bis zum Siege über die Fürsten, über die Fürstenknechte und über die ganze kapitalistische Gesellschaft.«²⁰

Doch gelang es der KPD nicht, an die Erfolge bei der Kampagne gegen die Fürstenentschädigung anzuknüpfen.

Erneut waren es vor allem innerparteiliche Auseinandersetzungen, die die KPD und ihre Führung beschäftigten: Im Verlaufe des Sommers 1926 wurde deutlich, daß Ernst Thälmann und seine Anhänger in der Führung der KPD zwar durchaus bereit waren, die Unterstützung der Kräfte um Ernst Meyer und Arthur Ewert in der Auseinandersetzung mit den konkurrierenden linken und ultralinken Gruppen und Gruppierungen in der Partei in Anspruch zu nehmen, daß sie aber gleichzeitig auf ihren eigenen linken und ultralinken Positionen beharrten und schon deshalb bemüht waren, den tatsächlichen Einfluß von Ernst Meyer und Arthur Ewert auf die Politik der KPD zu beschränken.

Auf der Siebenten Erweiterten Tagung des Exekutivkomitees der Komintern vom 22. November bis 16. Dezember 1926 in Moskau spielte die »deutsche Frage« lediglich am Rande eine Rolle: Eine speziell eingesetzte Kommission bestätigte erwartungsgemäß die Anfang November 1926 verfügten und zwischenzeitlich von der Führung der KPD bereits als »endgültig« bezeichneten Parteiausschlüsse von Ruth Fischer, Arkadi Maslow, Werner Scholem und anderen.²¹ Gleichzeitig wurde ein neuer Be-

¹⁹ Ebenda, S. 101.

²⁰ Arthur Ewert, Der Kampf geht weiter, in: Ebenda, Heft 13, S. 385-389, hier: S. 385.

²¹ Es ist bemerkenswert, daß die Führung der KPD die Führung der Komintern durch solche Entscheidungen immer wieder vor vollendete Tatsachen stellte und den Moskauer Gremien damit nur

schluß über das politische Schicksal von Heinrich Brandler und August Thalheimer gefaßt. Mit der Begründung, daß sich die beiden früheren Spitzenfunktionäre der KPD in den vorangegangenen Jahren jeder Fraktionsarbeit enthalten hätten, wurden die nach dem »Deutschen Oktober 1923« verhängten Parteistrafen aufgehoben und es wurde dem ZK der KPD überlassen, über ihre weitere Verwendung in der Parteiarbeit in Deutschland zu entscheiden.

Erst einige Tage nach dem Abschluß der Siebenten Erweiterten Tagung befaßte sich das Exekutivkomitee der Komintern – nun in einem deutlich kleineren Kreis – detailliert mit der Lage in der KPD. Wichtigstes Anliegen war es, vor allem im Hinblick auf den mehrfach verschobenen, dann aber endgültig für März 1927 geplanten Essener Parteitag, die Gruppe um Ernst Meyer und Arthur Ewert unter der Losung der »Konzentration« weiterhin zur Unterstützung der noch immer schwachen Führung um Ernst Thälmann zu verpflichten und gleichzeitig die Möglichkeiten dieser Gruppe zu einer öffentlichen Kritik an den Mehrheitspositionen in der Parteiführung zu beschränken. Zu diesem Zweck wurden namhafte Vertreter der maßgeblichen Strömungen innerhalb der KPD, unter ihnen auch und vor allem Ernst Meyer, nach Moskau eingeladen.

Arthur Ewert befand sich zu diesem Zeitpunkt in Berlin-Moabit in Haft, so daß er an den Verhandlungen in Moskau nicht teilnehmen konnte.

Rosa Meyer-Leviné, die Frau von Ernst Meyer, berichtete über die Moskauer Ereignisse in ihren 1977 erschienenen Erinnerungen, wobei sie sich allerdings bei der Darstellung der doch eher komplexen Vorgänge in der zweiten Hälfte des Jahres 1926 auf wenige Zeilen beschränkte und gleichzeitig die Rolle, die Ernst Meyer spielte, besonders hervorhob: »Im Dezember 1926 wurde eine Tagung der Komintern-Exekutive einberufen; es sollte beraten werden, wie Sinowjews Offener Brief [vom August 1925] sich ausgewirkt hatte und welchen Kurs die deutsche Partei künftig steuern würde. Die diversen Fraktionen waren eingeladen, ihre Vertreter nach Moskau zu schicken, und Ernst [Meyer] wurde von seinen Freunden gedrängt, sich der Delegation anzuschließen. Auch das Zentralkomitee wünschte das. Aber es war kein Befehl, er konnte sich weigern, mitzufahren, wenn er wollte. Alles schien fürs Mitfahren zu sprechen. Es war sehr nützlich, bei den Diskussionen dabeizusein, und die Vorweihnachtszeit war eigentlich immer so etwas wie eine politische Pause. [...] Ernst [Meyer] entschloß sich schließlich, zu fahren. [...] In Moskau spielte sich ein Drama ab. [...] Die Russen waren nicht in der Stimmung, ihre Deutschlandpolitik zu ändern. Thälmann sollte als Kopf der Partei figurieren. Einige Delegierte wurden in die Unterwerfung gescheucht, andere wurden exkommuniziert. [...] Alles war bereits festgelegt, auch die Rolle, die Ernst [Meyer] zu spielen hatte. Die starke Fraktion mußte gespalten werden, und das

noch die Möglichkeit ließ, die in Berlin gefällten Beschlüsse im Nachhinein zu sanktionieren. Besonders deutlich wurde das in den Tagen und Wochen nach der Wittorf-Affäre, als die Führung der KPD um Ernst Thälmann – ohne Aufforderung oder auch nur Zustimmung aus Moskau – einen innerparteilichen »Reinigungsprozeß« gegen alle »Rechten« in Gang setzte, der die Partei in ihrem Bestand durchaus hätte gefährden können. Vgl. dazu auch: Bert Hoppe, In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928-1933, München 2007, S. 64 ff. An anderer Stelle hatte Hoppe festgestellt: »In Moskau stieß Thälmanns Bemühen, die Partei gesundzuschumpfen, auf wenig Begeisterung - allerdings weniger aus politischen denn aus pragmatischen Gründen, da man sich in der Komintern bewußt war, wie dünn die Personaldecke der KPD gestrickt war.« (ebenda, S. 44).

beste Mittel dafür war eine offizielle Erklärung von Ernst [Meyer], daß ein Teil dieser Fraktion zu bekämpfen sei. Er war ganz allgemein ein viel zu unabhängiger Geist, zusammen mit einer starken Fraktion von alterfahrenen Funktionären, darunter auch vielen Brandleristen, konnte er für den absoluten Machtanspruch der Komintern zur Bedrohung werden. Ihn mußte man rechtzeitig stoppen, und das setzte sicherlich Stalin selbst ins Werk.«²²

Nach längeren und zum Teil sehr kontroversen Verhandlungen wurde am 24. Dezember 1926 eine Vereinbarung zwischen Ernst Thälmann und Ernst Meyer unterzeichnet, die das künftige Verhältnis der beiden stärksten Gruppierungen innerhalb der KPD regeln sollte.

Zwar hatte auch Ernst Thälmann ein gewisses Entgegenkommen zeigen müssen. So wurde zum Beispiel die Aufnahme von Ernst Meyer in die engere Führung der Partei vereinbart, mit dem Ergebnis, daß es in der Folge in dem dann vierköpfigen Politischen Sekretariat ein relatives Gleichgewicht zwischen Ernst Thälmann und Philipp Dengel auf der einen und Ernst Meyer und Arthur Ewert auf der anderen Seite gab.²³

Doch die entscheidenden Zugeständnisse hatte Ernst Meyer in einer fünf Punkte umfassenden Erklärung gemacht: »Genosse Meyer erklärt öffentlich: 1. Er nimmt die Beschlüsse der VII. Erweiterten Exekutive bedingungslos und vorbehaltlos an und ist verpflichtet, sie aktiv durchzuführen. 2. Indem er auf dem Boden der Beschlüsse der VII. Erweiterten Exekutive auch in der Ferne Brandler-Thalheimer steht, verurteilt er – wie er das wiederholt seit Oktober 1923 getan hat – die politischen Fehler dieser Genossen und ist verpflichtet, zusammen mit dem ZK gegen diese und ähnliche Fehler zu kämpfen. 3. Er unterordnet sich bedingungslos und vorbehaltlos der Führung des Zentralkomitees der Partei und seiner führenden Organe und ist verpflichtet, zusammen mit dem ZK sowohl gegen die rechten als auch gegen die ultralinken Strömungen zu kämpfen. Diese Anerkennung schließt die Möglichkeit der Kritik innerhalb der führenden Organe nicht aus. 4. Genosse Meyer ist verpflichtet, zusammen mit dem ZK gegen jede Fraktionstätigkeit und gegen irgendwelche Gruppierungen innerhalb der Partei zu kämpfen. 5. Genosse Meyer wird sein Auftreten sowohl vor dem Parteitag als auch auf dem Parteitag mit den obengenannten 4 Punkten in Einklang bringen. Im Falle der Annahme dieser Punkte gibt das ZK dem Genossen Meyer volle Garantie seiner Mitarbeit mit der Parteizentrale vor, auf und nach dem Parteitag.«²⁴

Diese Vereinbarung wurde auf einer Parteiarbeiterkonferenz am 13. und 14. Januar 1927 in Berlin vorgestellt, auf der Arthur Ewert, der inzwischen wieder aus der Haft entlassen worden war, in Abwesenheit des erkrankten Ernst Thälmann das Referat des Zentralkomitees hielt, und am 20. Januar 1927 – allerdings nur in Auszügen – in der »Roten Fahne« veröffentlicht.

²² Rosa Meyer-Leviné, a.a.O., S. 132 f.

²³ Die Aufnahme Ernst Meyers in das Politische Sekretariat erfolgte offiziell erst auf der Sitzung des Politbüros am 23. und 24. Juni 1927, also mehrere Monate nach dem Essener Parteitag. Vgl. dazu: [Sitzung des Politbüros am 23. und 24. Juni 1927], SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 2/3/7a, Blatt 351.

²⁴ Deutsche Frage (Erklärung des Gen[ossen] Meyer und Thälmann vom 24. Dez[ember] 1926, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 100, Delo 227. Blatt 21-25, hier: Blatt 25. So auch zitiert in: Rosa Meyer-Leviné, a.a.O., S. 135 f.

In der Gruppe um Ernst Meyer wurden die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen – kaum überraschend – sehr widersprüchlich aufgenommen. Letztlich spaltete sich nach heftigen Kontroversen, wie ganz offensichtlich von der Gruppe um Ernst Thälmann und den sie unterstützenden Kräften in Moskau erwünscht und erhofft, bereits Anfang Januar 1927 eine »rechte« Gruppierung um Paul Böttcher ab. Doch insbesondere Gerhart Eisler, Georg Schumann, Karl Becker und Karl Frank unterstützten die Position Ernst Meyers.

In diesem Zusammenhang wurde einmal mehr deutlich, daß Arthur Ewert – trotz seiner faktischen Zugehörigkeit zur Mittelgruppe und ungeachtet einer weitgehenden Übereinstimmung mit den inhaltlichen Positionen von Ernst Meyer – in seinem politischen Handeln immer wieder bemüht war, eine mehr oder weniger unabhängige Rolle zu spielen und sich selbst als eigenständiger Akteur mit eigenem Gewicht innerhalb der Partei und gegenüber den Strukturen der Komintern zu profilieren. Beispielhaft dafür steht ein Schreiben vom Sommer 1927 an Nikolai Bucharin, dem Vorsitzenden der Komintern, in dem Arthur Ewert explizit von »Meyer und seinen Anhängern« berichtete, ohne sich selbst zu diesen Anhängern zu zählen.²⁵ In einem Brief an seine Frau hatte sich Ernst Meyer deshalb bereits am 6. Februar 1927 zu der Feststellung veranlaßt gesehen: »Es ist zermürend, selbst mit Leuten, mit denen man im wesentlichen einig ist (wie Jacob [Walcher] und Braun [d.i. Arthur Ewert] ständig zu kämpfen statt zusammenzuarbeiten.«²⁶

Der Essener Parteitag vom 2. bis 7. März 1927, der »Parteitag der Konzentration«, wie er in der kommunistischen Presse auch genannt wurde, war in seinen Ergebnissen zwiespältig. Er betonte zwar die Notwendigkeit und die Richtigkeit des mit der Übereinkunft zwischen Ernst Thälmann und Ernst Meyer eingeschlagenen Weges, machte aber gleichzeitig deutlich, daß Ernst Thälmann und seine Anhänger diese Übereinkunft nur als ein taktisches Manöver verstanden. Man brauchte die Unterstützung der Gruppe um Ernst Meyer und Arthur Ewert, um die ultralinken Kräfte endgültig ausschalten zu können, doch man war nicht daran interessiert, eine solche Gruppe dauerhaft als Kritikerin der eigenen Politik innerhalb der Partei zu dulden. So hieß es in der Resolution des Essener Parteitages dann auch: »Nach dem Siege des leninistischen Standpunktes über alle kleinbürgerlich-opportunistischen Abweichungen ist jetzt die Verstärkung der Arbeit, die Zusammenfassung aller Kräfte, die Konzentration der Partei die wichtigste Voraussetzung zur Lösung der Aufgaben. Konzentration bedeutet nicht die Zusammenfassung aller möglichen Strömungen, sondern die Herstellung der Einheit auf Grundlage der klaren, eindeutigen politischen Linie der Kommunistischen Internationale mit allen denjenigen, die die Beschlüsse der Partei und der K[ommunistischen] I[nternationale] durchführen und einen Kampf gegen alle Abweichungen und Fraktionstätigkeit führen. Die in diesem Sinne erfolgte Mitarbeit der ehemaligen Gruppe des Genossen Meyer und seine Erklärung nach der VII. Erwei-

²⁵ [Arthur Ewert:] Lieber Genosse Bucharin, Berlin, 31. Juli 1927, SAPMO-BArch, RY 5/I 6/3/161, Blatt 13-17, in: Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas u.a. (Hg.), Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg, Berlin 2003, Dokumente auf CD, Dokument 9. Hier zitiert nach: RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 36. Blatt 48-52, hier: Blatt 50.

²⁶ Ernst Meyer an seine Frau, Berlin, 6. Februar 1927, in: Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1969, Band 1, S. 455.

terten Exekutive bedeuteten wichtige Schritte in der Konsolidierung der Partei und zur Verbreiterung der verantwortlichen Parteikaders und der Führung der Partei.«²⁷

Am dritten Beratungstag des Parteitages hielt Arthur Ewert im Auftrag des Zentralkomitees das Referat »Die Ergebnisse der Parteidiskussion und die innerparteilichen Aufgaben« und legte damit die Diskussionsgrundlage für diesen Tagesordnungspunkt. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte er die Entwicklung der KPD in den vorangegangenen anderthalb Jahren, also in der Zeit seit dem »Offenen Brief« des Exekutivkomitees der Komintern vom August 1925. Ganz im Sinne der »Konzentration« kritisierte er die sogenannten Parteirechten um Heinrich Brandler und August Thalheimer, die er für die Niederlage der Partei im Herbst 1923 verantwortlich machte. Vor allem aber richtete er seine Angriffe gegen die Linken und Ultralinken um Ruth Fischer und Arkadi Maslow sowie gegen die zahlreichen kleineren linken und ultralinken Gruppen und Gruppierungen innerhalb und – nach zahlreichen Parteiausschlüssen und Parteiaustritten – auch außerhalb der KPD, die nicht nur die Politik und den Führungsanspruch der Gruppe um Ernst Thälmann aus inhaltlichen und personellen Gründen grundsätzlich in Frage stellten, sondern die angesichts der Entwicklungen in der Sowjetunion und in der Führung von KPdSU (B) und Komintern eine existentielle Krise des Weltkommunismus sahen.

In diesem Zusammenhang zitierte Arthur Ewert mehrfach aus Publikationen dieser oppositionellen linken und ultralinken Gruppen und Gruppierungen. Anhand dieser Zitate wollte er den antisowjetischen und damit – in seinem Verständnis – antikomunistischen Charakter dieser Gruppen und Gruppierungen beweisen: »Ich will [...] gegenüberstellen, was Katz und was die Urbahns-Leute [...] erklärten. [...] »Stalins Kampf war der Kampf der aufstrebenden Bauerngutseigentümer und Stadtkapitalisten gegen die proletarisch-kommunistische Sowjet-Tradition. ...« »... Stalin führt die kleinbürgerliche Demokratie. ...« [...] »... Die russische Revolution ist zu Ende. Der nationale russische Kapitalismus erhebt sich.« [...] Das war Katz. – Und was sagt die Urbahns-Gruppe in Verbindung mit der Weddinger Opposition [...]? Es heißt da: »Der Kampf gegen den Stalinismus ist ein Kampf gegen die Liquidation der Komintern.«²⁸

Es war dies wahrscheinlich das erste Mal, daß ein Spitzenfunktionär der KPD vor einer großen Öffentlichkeit den im Jahr zuvor von Leo Trotzki geprägten Begriff »Stalinismus« verwendete, wenn auch mit einer völlig anderen Intention als der Urheber.²⁹

Aus der Sicht von Arthur Ewert, das wurde in seinem Referat auf dem Parteitag deutlich, waren gerade die Kritiker Stalins und seiner Politik die Zerstörer der Kommunistischen Internationale und der kommunistischen Bewegung in ihrer Gesamtheit.

²⁷ Essener Parteitag der KPD, 2. bis 7. März 1927. Resolution: Die Ergebnisse der Parteidiskussion und die innerparteilichen Aufgaben, in: Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas u.a. (Hg.), a.a.O., Dokument 1.

²⁸ Arthur Ewert, Referat: Die Ergebnisse der Parteidiskussion und die innerparteilichen Aufgaben, in: Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Essen vom 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927 (Reprint o.O. und o.J.), S. 174-190, hier: S. 178.

²⁹ Den Hinweis auf Verwendung des Begriffes »Stalinismus« durch Arthur Ewert verdanke ich Mario Keßler.

Doch Arthur Ewert verdammt in diesem Zusammenhang nicht nur die inhaltlichen Aussagen dieser innerparteilichen Kontrahenten. Er verurteilte auch die Formen ihrer oppositionellen Arbeit, in dem er den führenden Vertretern der linken und ultralinken Gruppen und Gruppierungen innerhalb der KPD vorwarf, »durch die Kanäle festgefügtter Fraktionen, durch die Bildung ganz fest geschlossener, durch die Bildung von über der Parteidisziplin stehender, einer fraktionellen Disziplin unterworfenen Arbeitergruppen [...] die Partei in ihrer Aktionskraft sehr lange gelähmt« zu haben.³⁰

Arthur Ewert muß klar gewesen sein, daß er mit diesen Angriffen vor allem den Interessen der Gruppe um Ernst Thälmann diene, daß er sich also in gewisser Weise für Ziele instrumentalisieren ließ, die nicht seine Ziele waren und nicht seine Ziele sein konnten, selbst wenn kein Zweifel daran bestehen kann, daß sein Bekenntnis zur Sowjetunion und zur KPdSU (B), das er mit seiner Parteitagsrede abgab, Ausdruck einer tiefen inneren Überzeugung war.

Doch er gab mit dieser Parteitagesrede – bewußt oder unbewußt – genau die Argumente und Methoden vor, mit denen nur anderthalb Jahre später der Kampf gegen seine eigene Gruppe geführt werden sollte.

Allerdings forderte Arthur Ewert in seinem Referat auch eine Erweiterung der innerparteilichen Demokratie. Er sah sie als wesentlich für die Gesundung der Partei an, ohne dabei den Zentralismus als Prinzip und Methode der innerparteilichen Führungsarbeit in Frage zu stellen: »Wir haben noch nicht restlos fraktionelle Erinnerungen, Bindungen und so weiter überwunden. Zwar ist das Fraktionswesen, wie es jahrelang in der Partei bestanden hat, heute in Auflösung begriffen, ist faktisch – wenn man absieht von einigen Splintern, die noch vorhanden sind – bereits aufgelöst. Aber wir müssen natürlich immer berücksichtigen, daß in dem komplizierten Prozeß, die vorhandenen Kräfte der Partei zusammenzufassen und eine einheitliche Auffassung über die Entwicklung in der Vergangenheit herbeizuführen, jederzeit Tendenzen und Strömungen auftauchen können, die zu neuen Gruppenbildungen und Fraktionen führen. Wenn die Partei nach langjährigen Auseinandersetzungen jetzt einen Weg der breiten Konsolidierung beschreitet, werden sich auch Strömungen und Hemmungen aller Art ergeben. Wir brauchen deswegen nicht in eine Panik zu verfallen, wir brauchen infolge dieser Reibungen nicht zu glauben, daß sich jetzt das Spiel wiederholen wird. Es wird sich nicht wiederholen. Die Partei hat genug gelernt, um die Fraktionen zu überwinden.«

Und weiter: »Die Konzentration der Partei ist in der jetzigen Entwicklungsphase die erste und entscheidende Aufgabe, die wir durchzuführen haben. Auf diesem Parteitag hat sie bereits ihren Ausdruck gefunden durch die Begrabung der Fraktionsüberreste, die noch vorhanden sind, und durch die Bekämpfung der Auffassungen, die sich der Linie der Partei noch entgegenstemmen. [...] Wir müssen aus diesem Parteitag der Konzentration – denn er ist es in Wahrheit geworden infolge des Zurückschlagens der ultralinken Gruppierungen, die die Partei zerstören wollten – lernen, die Demokratie in der Partei zu erweitern. Gleichzeitig in Verbindung mit der Erweite-

³⁰ Arthur Ewert, Referat: Die Ergebnisse der Parteidiskussion und die innerparteilichen Aufgaben, a.a.O., S. 178.

rung der Demokratie muß die Verstärkung der Zentralisation der Partei durchgeführt werden.«³¹

Das Fortbestehen der grundsätzlichen Differenzen zwischen den Flügeln der Partei konnte durch solche Reden und Erklärungen bestenfalls überdeckt werden. Das zeigten unter anderem die bereits seit dem Herbst 1925 andauernden und auch auf dem Essener Parteitag fortgesetzten Auseinandersetzungen um ein Aktionsprogramm der KPD, das auf unmittelbare Tagesziele orientiert war. Heinrich Brandler hatte vor dem Parteitag aus seinem Moskauer Zwangsexil einen Entwurf für ein solches Aktionsprogramm der KPD übermittelt, das von den sogenannten Parteirechten zur Grundlage eigener Anträge an den Parteitag gemacht wurde. Der Parteitag verzichtete jedoch weitgehend auf eine inhaltliche Auseinandersetzung. Er beschränkte sich statt dessen darauf – ausgehend von den klaren Mehrheitsverhältnissen – alle Anträge abzulehnen, die von Anhängern Heinrich Brandlers und August Thalheimers eingebracht worden waren. Das »Manifest an die deutsche Arbeiterklasse«, das vom Essener Parteitag schließlich beschlossen wurde und das die »Generallinie für die nächsten Stufen des proletarischen Klassenkampfes« bestimmen sollte, konnte die Funktionen eines Aktionsprogrammes nicht erfüllen, denn die dort genannten Aufgaben waren viel zu allgemein formuliert: »Der Kampf gegen die Kriegsgefahr! Der Kampf für den Achtstundentag und höhere Löhne! Der Kampf um die Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse!«³²

So konnte es kaum verwundern, daß vom Essener Parteitag keine dauerhaften Impulse für das weitere Wirken der KPD ausgingen, sondern daß es im Gegenteil im Verlaufe des ersten Halbjahres 1927 zu einer besorgniserregenden Stagnation in der Entwicklung der Partei kam.

Am 24. März 1927 erklärte der Landtag in Dresden die knapp fünf Monate zuvor erfolgte Wahl von Arthur Ewert in das sächsische Landesparlament für ungültig. Mit dem Mandat verlor Arthur Ewert auch seine parlamentarische Immunität, so daß ihm nun wieder die Verhaftung und ein Prozeß wegen der Ereignisse im Oktober 1923 drohten.

Für die Mitarbeit von Arthur Ewert in der Führung der KPD hatte das weitreichende Folgen: Arthur Ewert war auf dem Parteitag gemeinsam mit Ernst Thälmann, der wieder Parteivorsitzender wurde, und Philipp Dengel in das dreiköpfige Politische Sekretariat des ZK gewählt worden, das die Arbeit des Politbüros leitete und damit die eigentliche Verantwortung für das gesamte politische Handeln der Partei trug. Doch letztlich war es Arthur Ewert, der die notwendige Arbeit leistete, wie ein Brief von Bessarion Lominadse, der sich seit Anfang Januar 1927 als Vertreter der Komin-

³¹ Ebenda, S. 185 und S. 188. Bemerkenswert an der Parteitagsrede von Arthur Ewert war zudem die Tatsache, daß er den wenige Wochen zuvor als Vorsitzenden der Komintern gestürzten Grigori Sinowjew nicht als Unperson behandelte: In dem Teil seiner Ausführungen, in dem er sich mit dem Ereignissen des Sommers 1925 beschäftigte, erwähnte er Sinowjew mehrmals namentlich und verwies unter anderem auf dessen richtige Vorhersage des nachfolgenden Verhaltens von Ruth Fischer und Arkadi Maslow. Vgl. dazu: Ebenda, S. 178.

³² Aus dem Manifest des 11. Parteitages der KPD in Essen, angenommen am 7. März 1927, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 4. Von 1924 bis Januar 1933, Berlin (DDR) 1966, S. 476.

tern bei der KPD in Berlin aufhielt, beweist.³³ Am 25. April 1927 berichtete Lominadse an Stalin in Moskau: »Zum gegenwärtigen Zeitpunkt steht es schlecht um die zentrale Parteiführung. Ewert, der in der letzten Zeit die gesamte laufende Arbeit des ZK erledigte, ist illegal, und die Polizei fahndet nach ihm. Obwohl er in einer konspirativen Wohnung weiterarbeitet, ist er für die Arbeit ausgefallen.« Auch Philipp Dengel, der sich zu dieser Zeit ohnehin in einem mehrwöchigen Urlaub befand, der bis zum 15. Mai 1927 dauern sollte, war wegen seiner angeschlagenen Gesundheit, so der Bericht von Lominadse weiter, kein »vollwertiger Arbeiter«. Seine Schlußfolgerung ließ keinen Platz für Zweifel: Wenn Ewert und Dengel ausfallen würden, würde Thälmann allein mit einer Aufgabe dastehen, die ihn überfordern würde.³⁴

Nur eine Woche später mußte Lominadse nach Moskau berichten, daß die von ihm befürchtete Zuspitzung der Lage angesichts des Fehlens jeder politischen Führung durch Thälmann Realität zu werden drohte. In einer Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD am 26. April 1927, so Lominadse, hätten Pieck, Eberlein, Kurt [d.i. Heinrich Süßkind] und Lenz [d.i. Josef Winternitz] übereinstimmend erklärt, »daß es auf eine Krise hinausläuft, wenn es so weitergeht wie bisher. Der Einschätzung, daß die ständige politische Führung nicht gewährleistet ist, schlossen sich fast alle Teilnehmer der Sitzung an.« Lominadse schlug daraufhin vor, eine »Beratung der Führungsmitglieder zu organisieren. Diese fand am Freitag [29. April 1927] statt. An der Beratung nahmen Thälmann, Ewert, Heckert, Kurt [d.i. Heinrich Süßkind], Dietrich, Flieg, Dahlem, Geschke und Eberlein teil. Während dieser Sitzung wurde Thälmann massiv kritisiert und angegriffen.«³⁵

In dieser Situation, so der Bericht von Lominadse weiter, habe er den Vorschlag unterbreitet, das Politische Sekretariat durch Wilhelm Pieck und Fritz Heckert zu erweitern, und er habe verlangt, einen »regelmäßigen Kontakt zu [Arthur] Ewert in seinem illegalen Quartier« herzustellen, um ihn so stärker in die Leitungstätigkeit einzubeziehen.³⁶ Allerdings lehnte Pieck unter Hinweis auf seine zahlreichen Aufgaben und Funktionen eine Berufung in das Politische Sekretariat ab, für Heckert fand sich offensichtlich keine Mehrheit.

Vom 18. bis 30. Mai 1927 trat in Moskau die Achte Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zusammen. Arthur Ewert hatte Mitte April 1927

³³ Lominadse verließ Deutschland Anfang Mai 1927. Einige Monate nach seiner Abreise, im September 1927, schrieb Clara Zetkin in einem persönlichen Brief an Nikolai Bucharin: »Leute wie Osten [d.i. Bessarion Lominadse] sollten nie wieder nach hier kommen. Von offiziellen Lobhudlern abgesehen, sind alle der Meinung, daß er mehr geschadet als genutzt, den Konzentrationsprozeß aufgehalten und gestört habe.« [Clara Zetkin an Nikolai Bucharin], Berlin, 11. September 1927, SAPMO-BArch, RY 5/I 6/3/161, Blatt 18-24, in: Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas u.a. (Hg.), a.a.O., Dokument 13.

³⁴ [Bessarion Lominadse an Josef Stalin], Berlin, 25. April 1927, RGASPI (Komintern). Fonds 558, Opus 11, Delo 758. Blatt 78-85, so zitiert in: Wladislaw Hedeler, Besso Lominadses Aufenthalt in Deutschland von Januar bis Mai 1927, in: IWK – Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Heft 3/2002, S. 339-359, hier: S. 354.

³⁵ [Bessarion Lominadse an Josef Stalin], Berlin, 2. Mai 1927, RGASPI (Komintern). Fonds 558, Opus 11, Delo 758. Blatt 86-89, so zitiert in: Wladislaw Hedeler, a.a.O., S. 356 f.

³⁶ Ebenda. Es scheint diese angespannte Situation im eigentlichen Führungszirkel gewesen sein, durch die für Ernst Meyer im Juni 1927 der Weg in das Politische Sekretariat frei wurde.

gegenüber Lominadse angekündigt, daß er auf jeden Fall nach Moskau fahren werde, »trotz der Gefahr, an der Grenze verhaftet zu werden.«³⁷

Während der Moskauer Beratungen war Arthur Ewert vor allem mit internationaler Arbeit befaßt: Als Vorsitzender der sogenannten Amerikanischen Kommission war es seine Aufgabe, zwischen den verfeindeten Fraktionen der Kommunistischen Partei der USA einen für alle beteiligten Seiten akzeptablen Kompromiß zu vermitteln. Allerdings zogen sich die Verhandlungen über mehrere Wochen hin, also weit über das offizielle Ende der Achten Tagung hinaus, so daß Arthur Ewert erst Mitte Juli 1927 Moskau wieder verlassen und nach Berlin zurückkehren konnte: Noch am 16. Juli 1927 sandte er aus Moskau mehrere Schreiben an das Sekretariat des ZK der KPD in Berlin, in denen er sich unter anderem über die Arbeit der Frauenabteilung und der Org[anisations]abteilung äußerte.³⁸

An der Tagung des Zentralkomitees der KPD am 21. Juli 1927 in Berlin konnte Arthur Ewert jedoch teilnehmen.

Auf dieser Tagung gelang es ihm gemeinsam mit Ernst Meyer, allerdings in Abwesenheit von Ernst Thälmann, einen Beschluß zu »Richtlinien über das Verhältnis zur SPD« durchzusetzen, der eine differenzierte Sicht auf die SPD und ihre Führung unter Beweis stellte und dabei einen realpolitischen Umgang mit der Sozialdemokratie einforderte. Eine besondere Bedeutung maß der Beschluß der Einheitsfrontpolitik bei, mit der nicht nur die immer wieder beschworene »Loslösung« der sozialdemokratischen Arbeiter von ihrer Partei erreicht werden sollte. Sie wurde vor allem als Instrument zur Durchsetzung von Teil- und Tagesforderungen gesehen. So hieß es in dem Beschluß: »Die Gewinnung der linken SPD-Arbeiter wird weniger die Folge unserer Kritik allein, als die Folge von ihren eigenen Erfahrungen in Kämpfen sein. Deshalb ist es besonders wichtig, immer wieder ernstgemeinte Einheitsfrontangebote zum gemeinsamen Kampf an die SPD zu machen. Im Kampfe werden die Arbeiter die notwendigen Erfahrungen machen, weil man Kämpfe erfolgreich vorbereitet, organisiert und durchführt. Einheitsfronttaktik hat nicht etwa nur den Zweck, die Massen von der SPD loszulösen, sondern [die] Durchsetzung der Teilforderungen herbeizuführen und dadurch die Kampfkraft der Massen zu steigern. Die Ablehnung des Kampfes oder der Verrat im Kampfe durch die linken Führer [...] wird dann auch die linken SPD-Arbeiter davon überzeugen, daß sie von ihren Führern betrogen worden sind und daß diese Führer bekämpft werden müssen. Der Kampf gegen diese linken Führer erfordert von uns die größte Umsicht und die strengste Sachlichkeit. Die Leitungen der Bezirke, in denen die linke SPD dominiert, haben die Aufgabe, durch besonders sorgfältige Methoden der Einheitsfronttaktik die Trennung der oppositionellen Arbeiter von ihrer Führung zu erleichtern und so die Voraussetzung zu schaffen

³⁷ [Bessarion Lominadse an Josef Stalin], Berlin, 25. April 1927, RGASPI (Komintern). Fonds 558, Opis 11, Delo 758. Blatt 78-85, so zitiert in: Wladislaw Hedeler, a.a.O., S. 355.

³⁸ [Arthur Ewert:] An das Sekretariat des ZK der KPD, an die Frauenabteilung des ZK der KPD, Moskau, 16. Juli 1927, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 35. Blatt 66, und [Arthur Ewert:] An das Sekretariat des ZK der KPD, an die Orgabteilung des ZK der KPD, Moskau, 16. Juli 1927, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 35. Blatt 67.

für die Bildung einer Arbeiteropposition.«³⁹ Allerdings war auch dieser Beschluß von einer Überschätzung der Möglichkeiten der eigenen Partei gekennzeichnet: »Jede wirklich linksradikale Opposition in der SPD muß sich heute zur KPD entwickeln.«⁴⁰

Dieser Beschluß über die »Richtlinien« war ein wesentlicher Schritt in Richtung eines Aktionsprogrammes der KPD, das trotz vielfältiger Widerstände des linken Flügels der Partei weiterhin auf der politischen Tagesordnung stand.

Doch trotz des nicht unbedeutenden Erfolges, den dieser Beschluß darstellte, hatte Arthur Ewert einen ausgesprochen kritischen Blick auf den Zustand der KPD und ihrer Führung. Am 31. Juli 1927 sah er sich daher veranlaßt, einen ausführlichen persönlichen Brief an Nikolai Bucharin, den Vorsitzenden der Komintern, zu richten. Solche bilateralen Kontakte zwischen Spitzenfunktionären in Moskau und in den Mitgliedsparteien der Komintern – unter Umgehung der offiziellen Strukturen und Informationskanäle – gehörten seit der Gründung der Kommunistischen Internationale zum politischen Alltag, sie waren inzwischen zu wichtigen Instrumenten bei der Schaffung und dem Ausbau von persönlichen Machtpositionen in dem zunehmend komplexer werdenden Beziehungsgefüge zwischen der Exekutive in Moskau und den Führungsstrukturen in den Mitgliedsparteien der Komintern geworden.⁴¹

In seinem Brief an Bucharin gab Arthur Ewert zunächst eine allgemeine Zustandsbeschreibung der KPD, wie er sie nach der Rückkehr von seinem mehrmonatigen Aufenthalt in Moskau vorgefunden hatte, um dann ausführlich seine Gedanken über die Richtung der weiteren Entwicklung der Partei und insbesondere ihrer Führung darzulegen: »Seit dem Essener Parteitag ist ein Stillstand, ja Rückschritt in der Gesamtentwicklung der Partei eingetreten. Allgemein läßt sich feststellen: Nachlassen der Aktivität, Abnahme der Mitglieder- und (für die meisten Zeitungen) der Abonnentenzahl. [...] Die Partei fühlt das auch und es zeigt sich eine gewisse Unsicherheit; kritische Stimmungen gegen die Leitung werden stärker, weil die Partei in vielen Punkten die planmäßige Arbeit und Führung der Leitung vermißt. [...] Die Ursachen [...] sind vor allem politischer Natur und liegen in der Hauptsache in der Leitung selbst. Die innerparteilichen Diskussionen, der Kampf gegen die Ultras [also die linke und ultralinke Opposition innerhalb der Partei] hat manche, schon immer vorhandenen Schwächen verdeckt. Die Logik des Kampfes gegen die Ultras erleichterte auch die Herbeiführung einer engeren Zusammenarbeit mit Kräften, die bisher mehr oder weniger in Opposition standen. Aber gerade dieser Prozeß – der wichtigste für die weitere Gesamtentwicklung der Partei – unterlag und unterliegt noch den verschiedensten Zufällen, Schwankungen, Störungen [...] Feststellen möchte ich nur, daß Meyer und die mit ihm verbundenen Genossen seit der Vereinbarung in Moskau und nach dem Parteitag sehr loyal mitarbeiteten und daß sie gegen die Wühlereien bestimmter rechter Elemente auch aktiv auftreten.«

³⁹ Richtlinien der Tagung des ZK der KPD am 21. Juli 1927 über das Verhältnis zur SPD, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band VIII: Januar 1924–Oktober 1929, Berlin (DDR) 1975, S. 569–576, hier: S. 574 f.

⁴⁰ Ebenda, S. 575.

⁴¹ Erinnert sei zum Beispiel an den sehr umfassenden Informationsbrief von Hermann Remmele an Grigori Sinowjew, dem damaligen Vorsitzenden der Komintern, unmittelbar nach dem Frankfurter Parteitag der KPD: Hermann Remmele:] Lieber Genosse Sinowjew, Berlin, 15. April 1924, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 293, Delo 42. Blatt 85–94.

Das Hauptproblem, so Arthur Ewert weiter, liege darin, daß die »führenden Genossen der alten Linken«, in erster Linie Dengel, aber auch Thälmann, die Furcht hätten, durch die Politik der Konzentration, also die Einbeziehung von Kräften, die früher in Opposition zur Linken um Thälmann standen, die »Hegemonie in der Führung« zu verlieren. Das zeige sich insbesondere in der Scheu, zuverlässige Funktionäre in verantwortliche Positionen einzusetzen, nur weil diese Funktionäre früher nicht zur Linken um Thälmann gehört hätten.⁴²

Die Linken um Thälmann hätten als Ergebnis der Auseinandersetzung mit den Ultralinken und den früheren Rechten innerhalb der Führung eine besondere Rolle gespielt, würden aber in dem Maße, wie die Konsolidierung der Partei voranschreite, diese »Monopolstellung in der Führung« zwangsläufig verlieren müssen. Er hoffe, so Arthur Ewert weiter, daß Thälmann »groß und klug genug ist, um zu erkennen, daß er diese Monopolstellung auf die Dauer nicht haben kann.«

Die führende Gruppe um Thälmann zeige einerseits eine »zu große Rücksichtnahme auf innerparteiliche oder vermeintliche innerparteiliche Schwierigkeiten«, wäre aber andererseits weder bereit noch in der Lage, die »Wirkung jedes Schrittes auf die Massen« zu bedenken. Das sei Folge einer »große[n] Unklarheit gegenüber den Grundfragen.«

»Unangenehm«, schrieb Arthur Ewert weiter, »[...] macht sich das Fehlen und das sporadische Arbeiten Teddys [d.i. Ernst Thälmann] innerhalb der Partei und der Leitung bemerkbar.« Thälmann habe schon bei zwei Sitzungen des neugewählten Zentralkomitees und bei mehreren Reichsparteiarbeiterkonferenzen gefehlt: »Autorität kann man bei den entscheidenden Kadres der Partei auf diese Weise nicht erlangen. Alle diese Zustände haben zu einer schlechten Atmosphäre in der Leitung und im Apparat des ZK geführt, die sich bereits innerhalb der Bezirke auszuwirken beginnt. [...] Die Arbeitsmethoden tragen den Stempel des Zufälligen, teilweise des Intrigantenhaften.«

Nach seiner Rückkehr nach Berlin habe er festgestellt, daß die in Moskau vorliegenden Berichte grundsätzlich richtig sind. In diesem Sinne habe er deshalb mit den Genossen gesprochen und in einer »Sitzung des Polbüros in vorsichtiger Form einige Fragen der Politik und Arbeit gestellt. Leider fehlten Teddy, Schneller und einige andere Genossen, da sie noch auf Urlaub sind. Ich habe dies getan, weil ich nicht die Verantwortung für ein Schweigen tragen kann, mir auch die Möglichkeit, manches in der täglichen Arbeit zu korrigieren, fehlt. Ich glaube, daß die Sache vorläufig noch weiter laufen wird, vielleicht sich auch vorübergehend etwas bessert. Aber auf jeden Fall wird [... eine] Lösung gesucht werden müssen. [...]«

Abschließend stellte Arthur Ewert fest: »Die Arbeit des Sekretariats und des Polbüros des ZK muß besser organisiert, verbreitert und energischer geführt werden. In diesem Zusammenhang steht auch die Frage meiner Rückkehr, die aber allein nicht genügt. [...] Da wir aller Voraussicht nach noch eine kurze Atempause bis zu neuen großen

⁴² Clara Zetkin, die sich wenige Wochen später mit einem ähnlichen Brief an Bucharin wandte, sprach in diesem Zusammenhang sogar von der »Cliqueswirtschaft um Teddy [d.i. Ernst Thälmann] und mit Teddy«, die durch »kollektives Zusammenarbeiten ersetzt werden« müsse. [Clara Zetkin an Nikolai Bucharin], Berlin, 11. September 1927, SAPMO-BArch, RY 5/I 6/3/161, Blatt 18-24, in: in: Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas u.a. (Hg.), a.a.O., Dokument 13.

Ereignissen haben werden, halte ich es für meine Pflicht, aber auch für die der Exekutive, energischer als bisher [...] den bereits eingeschlagenen Kurs fortzusetzen. Stillstand wäre Rückschritt. Dieser Zustand besteht jetzt.

Ich bitte Sie, von dem Brief den Ihnen notwendig erscheinenden Gebrauch zu machen.«⁴³

In einem handschriftlichen Anschreiben zu diesem Brief an Bucharin hatte Arthur Ewert festgestellt, daß er in der gegebenen Situation ein aktiveres Engagement der Komintern gegenüber der KPD für erforderlich halte und daß nunmehr neue Schritte bei der Umsetzung des Kurses der Konzentration erforderlich seien. Ohne die Namen von Heinrich Brandler und August Thalheimer zu nennen, hatte er die Notwendigkeit betont, Funktionäre der KPD, die vormals auf rechten Positionen gestanden hätten, im Interesse der Partei und ihrer Verbindung zu den Massen wieder für die Arbeit in Deutschland zuzulassen.

Wörtlich hatte Arthur Ewert geschrieben: »Was ich Ihnen in dem längeren Schreiben als meine Meinung mitteilte, ist offen und ohne jede Diplomatie. Die Meinung selbst aber habe ich nicht [erst] seit gestern. Ich glaube, daß noch die Möglichkeit besteht, ohne große Erschütterungen die Entwicklung weiter zu führen. Aber die Exekutive sollte auch aktiver und weniger diplomatisch sein in diesen inneren Fragen der Entwicklung der KPD. Wir können jetzt einleiten die Herausbildung einer breiteren Führung, die – wenn auch nicht in allen Fragen, so doch in den grundlegenden und wichtigsten – einer Meinung ist. Bei den großen Wahlen im nächsten Jahr muß ebenfalls durchgesetzt werden, daß den alten Kadres – die trotz aller Schwächen viele starke Verbindungen mit den Massen haben – wieder die Möglichkeit der legalen Arbeit in Deutschland geschaffen wird. Wenn die Führung schwach ist, wird die Rechte erstarren. Wenn die Führung fähig ist, bewußt und ohne Schwankungen eine gute Massenpolitik mit einem richtigen innerparteilichen Kurs zu verbinden, wird der größte Teil der Rechten für die Linie gewonnen werden.«⁴⁴

Auf der Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. und 8. September 1927, an der Arthur Ewert, der sich zu dieser Zeit im Auftrag der Komintern in den USA aufhielt, nicht teilnehmen konnte, wurde schließlich eine »Resolution über die nächsten Aufgaben der KPD« beschlossen. Dieses Dokument war in sich – kaum überraschend – widersprüchlich, denn es verband realpolitische Ansätze mit einer dogmatischen Herangehensweise an die praktische Politik. Die richtige und zeitgemäße Losung vom Sturz der sogenannten Bürgerblockregierung unter Reichskanzler Wilhelm Marx durch »die Herstellung der Kampfgemeinschaft der Werktätigen in Stadt und Land« wurde durch das bedingungslose Festhalten an einem kommunistischen Führungsanspruch, der die Möglichkeiten der vielbeschworenen »Einheitsfronttaktik« stark einschränkte, faktisch konterkariert.

Deutlich wurde das bereits wenige Wochen später. Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 9. Oktober 1927 hatten SPD und KPD gemeinsam 90 von 163 Sitzen

⁴³ [Arthur Ewert:] Lieber Genosse Bucharin, a.a.O., Blatt 15 ff.

⁴⁴ [Arthur Ewert:] Lieber Genosse Bucharin, Berlin, 31. Juli 1927, SAPMO-BArch, RY 5/I 6/3/161, Blatt 12, in: Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas u.a. (Hg.), a.a.O., Dokument 8. Hier zitiert nach: RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 36. Blatt 46.

im Hamburger Landesparlament gewonnen.⁴⁵ Am 11. Oktober 1927 wandte sich die Bezirksleitung Wasserkante der KPD daher mit einem Offenen Brief an die Hamburger Leitungen von SPD und ADGB und erklärte die Bereitschaft, unter bestimmten, sehr genau formulierten Bedingungen eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zu tolerieren.⁴⁶ Allerdings machte es die Tatsache, daß die KPD – die hinsichtlich Wählerstimmen und Mandaten die deutlich kleinere Partei war – die genannten Bedingungen für nicht verhandelbar erklärte und damit der SPD im Grunde ein Ultimatum stellte, den Hamburger Sozialdemokraten einfach, die offiziellen Gespräche mit den Vertretern der KPD nach wenigen Tagen ergebnislos zu beenden und die bisherige Koalition mit Deutscher Demokratischer Partei und Deutscher Volkspartei fortzusetzen.

Am 23. November 1927 nahm Arthur Ewert als Vertreter der KPD an der Sitzung des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern in Moskau teil. Im Tagesordnungspunkt 1 ging es um den »Bericht des Genossen Bucharin über die Fragen der KPdSU«. Dahinter verbarg sich der wenige Tage zuvor, am 14. November 1927, vollzogene Parteiausschluß Trotzki, Sinowjews und anderen, der vorläufige »Höhepunkt« der Auseinandersetzungen mit der sogenannten Vereinigten Opposition, einem fragilen Zweckbündnis verschiedener politischer Kräfte innerhalb der sowjetischen KP, das vor allem durch ihre Gegnerschaft zu Stalin und dessen Politik zusammengehalten wurde.

Der Konflikt zwischen Stalin und Bucharin auf der einen Seite sowie Trotzki und Sinowjew auf der anderen dauerte zu diesem Zeitpunkt bereits fast zwei Jahre und hatte mehrere Etappen durchlaufen. Trotzki war Anfang 1925 als Vorsitzender des Revolutionären Kriegsrats abgelöst worden und hatte damit seine wichtigste staatliche Funktion verloren. Gemeinsam mit Sinowjew wurde er im Oktober 1926 aus dem Politbüro und im Oktober 1927 auch aus dem ZK ausgeschlossen. Sinowjew hatte im Dezember 1926 den Vorsitz der Komintern abgeben müssen. Der Ausschluß aus der KPdSU war damit nur noch ein Frage der Zeit.

Auslöser für diesen Schritt war eine Kundgebung der Vereinigten Opposition am 7. November 1927, dem 10. Jahrestag der Oktoberrevolution, in Moskau, an der allerdings nur wenige tausend Menschen teilgenommen hatten. Doch Stalin hatte nun seinen Vorwand, dem Kampf gegen seine innerparteilichen Gegenspieler ein weiteres Mal zu forcieren.

Zu dem innerparteilichen Machtspiel gehörte es, sich der »uneingeschränkten Solidarität« der Mitgliedsparteien der Komintern zu versichern. Schon auf der Siebenten und Achten Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Dezember 1926 und im Mai 1927 hatte es solche »Solidaritätsbekundungen« gegeben. Im Dezember 1926 hatte sich Arthur Ewert in Berlin in Haft befunden, hatte also an der

⁴⁵ Die KPD hatte 17 Prozent der Wählerstimmen erhalten und 27 Sitze gewonnen, ein Plus von drei Sitzen gegenüber 1924. Die SPD hatte 38 Prozent der Wählerstimmen erhalten und damit 63 Sitze gewonnen, ein Plus von zehn Sitzen.

⁴⁶ Offener Brief der Bezirksleitung Wasserkante der KPD vom 11. Oktober 1927 an den Landesvorstand der SPD und den Ortsausschuß Groß-Hamburg des ADGB mit Vorschlägen zur Ausnutzung der kommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheit in der Hamburger Bürgerschaft, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band VIII: Januar 1924-Oktober 1929, a.a.O., S. 601-605.

Moskauer Tagung nicht teilnehmen können. Im Mai 1927, als Trotzki aus dem Exekutivkomitee der Komintern ausgeschlossen wurde, war es Ernst Thälmann, der Parteivorsitzende, gewesen, der bereitwillig die von Stalin gewünschten Erklärungen im Namen der KPD abgab.⁴⁷

Im November 1927 war es nun an Arthur Ewert, im Namen der Führung der KPD den Parteiausschluß von Trotzki, Sinowjew und anderen voll und ganz zu unterstützen. In seiner Erklärung kündigte Arthur Ewert – mit einem sprachlich mißglückten Bild – gleichzeitig an, daß auch die KPD nunmehr die letzten »Inseln oppositioneller Strömungen« beseitigen würde.⁴⁸

Es war dies, soweit auf der Grundlage der überlieferten Dokumente und Berichte feststellbar, die erste und einzige offizielle Äußerung Arthur Ewerts zu Trotzki.

Wörtlich erklärte Arthur Ewert: »Die KPD verurteilt in ihrer überwältigenden Mehrheit das schamlose, in der Geschichte der bolschewistischen Partei beispiellos dastehende Vorgehen der Opposition. Das Vorgehen der Oppositionsführer ist nur auf Grund ihrer prinzipiellen Gegnerschaft zum Leninismus zu erklären. [...] Wir billigen den Ausschluß Sinowjews und Trozki und sind der Meinung, daß auch die übrigen Oppositionsführer vor die Entscheidung gestellt werden müssen: entweder – oder. Entweder Anerkennung der Beschlüsse der Partei, Aufgabe der zersetzenden Fraktionstätigkeit und der illegalen Verbindungen in der Sowjetunion und im Ausland, Abrücken von dem konterrevolutionären Gerede [...], oder Ausschluß aus den Reihen der revolutionären Partei. Die KPdSU und die K[ommunistische] I[nternationale] müssen unserer Meinung nach ihre Einheit im Interesse der Entwicklung der internationalen Revolution mit allen Mitteln verteidigen. In diesem Kampfe werden die K[ommunistische] I[nternationale] und die KPdSU die vollste Unterstützung der KPD finden.«⁴⁹

Und weiter: »Die deutsche Partei hat insbesondere infolge ihrer schweren Kämpfe gegen die Maslowgruppe und andere oppositionelle Gruppierungen verhältnismäßig sehr leicht die Notwendigkeit des scharfen Kampfes gegen die oppositionellen Führer in der russischen Partei verstanden. Heute, glaube ich, haben wir eine neue Phase in diesem Kampf erreicht. Während wir bisher die Maßnahmen gegen die oppositionellen Führer [...] als eine Folge der zersetzenden fraktionellen Tätigkeit und desorganisierenden Methoden der Opposition den Arbeitern erklärten, müssen wir heute dazu übergehen, die Fragen in der Internationale grundsätzlich zu stellen, vor allem die Frage, ob Auffassungen, wie sie die oppositionellen Führer haben, in der K[ommunistischen] I[nternationale] eine Freistatt haben können. Es ist dies die entscheidende Frage.«⁵⁰

⁴⁷ Der frühere italienische Kommunist Ignazio Silone berichtete in seinen Erinnerungen, daß Thälmann während der Achten Tagung als Sitzungsleiter die Verurteilung eines von Trotzki verfaßten Dokuments zur sowjetischen China-Politik durchsetzte, das keiner der Anwesenden kannte. Vgl. dazu: Arthur Koestler und Wolfgang Leonhard (Hg.), Ein Gott der keiner war. Arthur Koestler, Ignazio Silone, André Gide, Louis Fischer, Richard Wright, Stephen Spender schildern ihren Weg zum Kommunismus und ihre Abkehr, Zürich 2005, S. 100 ff.

⁴⁸ [Arthur Ewert laut] Protokoll Nr. 105 der Sitzung des Präsidiums des EKKI vom 23. November 1927, Moskau, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 2, Delo 109. Blatt 28-31, hier Blatt 28.

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Ebenda, Blatt 29.

Mit dem XV. Parteitag der KPdSU (B) vom 2. bis 19. Dezember 1927 in Moskau wurde der Kampf gegen die »linke Opposition« beendet. Stalin konnte sich nun dem Kampf gegen seine »rechten« Kontrahenten widmen. Innerhalb weniger Wochen sollte dieser Kampf auch die KPD erreichen.

Kapitel 8: In internationaler Mission

Wenige Wochen nach seiner Wahl in die Führung der KPD auf dem 8. Parteitag in Leipzig Anfang Februar 1923 wurde Arthur Ewert erstmals in die internationale Arbeit der Komintern einbezogen. Während seines Aufenthaltes in Moskau im Juni 1923 zur Teilnahme an der Dritten Erweiterten Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale wurde er in verschiedene internationale Kommissionen berufen, die sich mit der Lage und der Entwicklung anderer Mitgliedsparteien befaßten.

Norwegen

Unter dem Tagesordnungspunkt 5 »Die Grenzen des Zentralismus in der Kommunistischen Internationale« behandelte die Dritte Erweiterte Tagung ein Problem, das auf den ersten Blick nur das Verhältnis der Moskauer Führungsgremien zur Norwegischen Arbeiterpartei betraf, das aber tatsächlich von grundsätzlicher Bedeutung war, da es in sehr direkter Weise das Selbstverständnis der Kommunistischen Internationale als einer »Weltpartei« berührte.

Die Norwegische Arbeiterpartei hatte für die Kommunistische Internationale eine ganz besondere Bedeutung, denn sie war die einzige Sektion, die die Mehrheit der organisierten Arbeiter ihres Landes vertrat. Dabei spielte vor allem die Tatsache eine Rolle, daß individuelle Mitgliedschaften in der Norwegischen Arbeiterpartei die Ausnahme waren – die Mitgliedschaft hatte fast ausschließlich korporativen Charakter. Durch Eintritt in eine Gewerkschaft oder einen anderen Berufsverband wurde man automatisch auch Mitglied der Norwegischen Arbeiterpartei.

Genau hier lag eines der entscheidenden Probleme, denn die »21 Bedingungen« für die Aufnahme einer Partei in die Kommunistische Internationale, wie sie im August 1920 vom II. Weltkongreß der Komintern vor allem in Hinblick auf die USPD in Deutschland beschlossen worden waren, sahen letztlich nur eine individuelle Mitgliedschaft vor, weil nur auf diesem Wege die geforderte strikte Parteidisziplin durchgesetzt werden konnte.¹

Wesentlich schwerer wog jedoch ein anderer Konflikt, der zwischen der Komintern und der Norwegischen Arbeiterpartei aufgebrochen war. Dabei ging es um die Frage, ob tatsächlich weltweit eine revolutionäre Situation herrschen würde, wie sie von der Komintern unterstellt, von der Norwegischen Arbeiterpartei aber zumindest für Norwegen mehrheitlich bestritten wurde. Es ging um die Frage der Kampfformen und dabei insbesondere um die Rolle von Wahlen und das Wirken in den Parlamenten. Und es ging um die Frage, inwieweit die Kommunistische Internationale tatsächlich das Recht haben sollte, auch über die Tagespolitik der Mitgliedsparteien in den einzelnen Ländern verbindlich zu entscheiden.²

Damit stellte die Norwegische Arbeiterpartei ganz offen einen entsprechenden Beschluß des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale vom Dezember

¹ Vgl. dazu: W. I. Lenin, Werke, Band 21, Berlin (DDR) 1964, S. 195 ff.

² Vgl. dazu u.a.: Trond Gilberg, *The Soviet Communist Party and Scandinavian Communism. The Norwegian Case*, Oslo, Bergen og Tromsø 1973, S. 23 ff., und: Alexander Kan, Nikolai Bucharin und die skandinavische Arbeiterbewegung, Mainz 1993, 67-81.

1922 in Frage, der ausdrücklich eine streng zentralistische Führung der gesamten Organisation vorsah.

Bereits im Februar 1923 hatten Grigori Sinowjew, der Vorsitzende der Komintern, sowie Nikolai Bucharin und Karl Radek auf dem Parteitag der Norwegischen Arbeiterpartei im damaligen Kristiania, dem heutigen Oslo, vergeblich versucht, eine Mehrheit für die Positionen der Komintern zu gewinnen. Wenige Wochen nach diesem Parteitag stellte das Präsidium des EKKI im Ergebnis einer ausführlichen Beratung fest, daß »die Frage des Zentralismus der Komintern sehr delikate zu behandeln sei. Man müsse auf längere Zeit [...] mit der provinziellen Psyche in vielen Parteien, zumal kleinerer Länder [rechnen], auch mit dem Parteipatriotismus. Auf keinen Fall dürfen wir mit einer Überspannung des Beschlusses des IV. Weltkongresses [...] die Genossen vor den Kopf stoßen. Der Zentralismus dürfe nicht dekretiert, sondern müsse erkämpft werden. Man war sich darin einig, daß in der Behandlung der skandinavischen Parteien mehr Vorsicht am Platze sei. [...] Auch solle die Exekutive weniger Briefe schreiben und jedenfalls vor irgend welchen Entscheidungen einen Meinungsaustausch mit der betreffenden Partei herbeiführen.«³

Jetzt also sollte im Rahmen der Dritten Erweiterten Tagung des EKKI ein neuer Anlauf unternommen werden, das »norwegische Problem« im Sinne der Komintern zu lösen. Entsprechend hochrangig war die Kommission für die Verhandlungen mit den Vertretern der Norwegischen Arbeiterpartei besetzt. Grigori Sinowjew, Nikolai Bucharin und Karl Radek sollten in Moskau nun das erreichen, was ihnen zuvor in Kristiania nicht gelungen war.

Die Delegation der KPD hatte unmittelbar nach ihrem Eintreffen in Moskau zunächst Clara Zetkin für die Mitarbeit in der Norwegischen Kommission benannt, aber vorsorglich festgestellt: »Falls Clara [aus gesundheitlichen Gründen] nicht arbeiten kann, müssen natürlich andere Beschlüsse gefaßt werden.«⁴ Das offizielle Protokoll der Dritten Erweiterten Tagung nannte zwar Edwin Hoernle als ihren Vertreter.⁵ Doch tatsächlich wurde kurzfristig entschieden, Arthur Ewert, der ursprünglich nur in der Englischen Kommission mitarbeiten sollte, auch in die Norwegische und die Holländische Kommission zu entsenden.⁶

Während der zahlreichen Sitzungen der Norwegischen Kommission trat Arthur Ewert nicht in Erscheinung. Es blieb ihm vorbehalten, am 22. Juni 1923 vor dem Plenum der Dritten Erweiterten Tagung des EKKI den Bericht der Kommission über die Lage in der norwegischen Mitgliedspartei zu erstatten.⁷ Letztlich konnte dieser

³ [Edwin Hoernle:] An die Zentrale der KPD, z. H. Gen[ossen] Brandler, Moskau, 19. März 1923, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 4. Blatt 145-146 (Rs.), hier: Blatt 146 (Rs.).

⁴ [Edwin Hoernle:] An das Pol-Büro, zu Händen des Genossen Brandler, Moskau, 11. Mai [richtig: Juni] 1923, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 4. Blatt 181-182 (Rs.), hier: Blatt 181.

⁵ Расширенный Пленум Исполнительного Комитета Коммунистического Интернационала (12-23 Июня 1923 Года), Москва 1923, S. 5.

⁶ Zur Berufung von Arthur Ewert in die Norwegische Kommission: [Edwin Hoernle:] An das Pol-Büro, zu Händen des Genossen Brandler, Moskau, 11. Mai [richtig: Juni] 1923, a.a.O. Zur Berufung von Arthur Ewert in die Holländische Kommission: Bulletin Communiste. Organe du Parti Communiste (S.F.I.C.), Paris, 28 juin 1923. Das offizielle Protokoll vermerkt außerdem eine Mitarbeit Arthur Ewerts in der Dänischen Kommission. Vgl. dazu: Расширенный Пленум ..., a.a.O.

⁷ Vgl. dazu: Расширенный Пленум ..., a.a.O., S. 249.

Bericht aber nur das Fortbestehen der grundsätzlichen Gegensätze konstatieren. Keine der beiden Seiten hatte sich durchsetzen können, keine der beiden Seiten war bereit oder in der Lage gewesen, ihre Position aufzugeben oder auch nur substantielle Zugeständnisse zu machen.⁸

Zwar war die Kommission »in den meisten Fragen der praktischen Durchführung des Zentralismus« bereit gewesen, den »Norwegern Zugeständnisse« zu machen, doch konnte sie »natürlich unter keinen Umständen der [...] verlangten Revision der Beschlüsse des IV. Weltkongresses zustimmen.« Maßgebliche Kräfte in der Führung der Norwegischen Arbeiterpartei, so hatte es für die Beteiligten den Anschein, wollten »unter allen Umständen den Bruch mit der Dritten Internationale provozieren.«⁹

Die endgültige Entscheidung wurde jedoch noch einmal vertagt. Erst die Spaltung der Norwegischen Arbeiterpartei und die Bildung einer Kommunistischen Partei Norwegens, die sich den Forderungen aus Moskau bedingungslos unterordnete, beendete im November 1923 den norwegischen Konflikt. Doch bedeutete diese Lösung eine empfindliche Niederlage für die Komintern, denn die KP Norwegens blieb stets eine kleine unbedeutende Partei, die niemals aus dem Schatten der bis heute starken und einflußreichen sozialdemokratischen Norwegischen Arbeiterpartei heraustreten konnte.

Im September 1923 veröffentlichte Arthur Ewert in der »Internationale«, der »Zeitschrift der KPD für Theorie und Praxis des Marxismus«, wie es im Untertitel hieß, einen ausführlichen Bericht über die Lage in der Norwegischen Arbeiterpartei und ihr Verhältnis zur Kommunistischen Internationale. Der Artikel zeugte von einer umfassenden Detailkenntnis und basierte zu großen Teilen auf den Erkenntnissen, die Arthur Ewert während der Beratungen in Moskau gewonnen hatte.¹⁰

Es ließ sich nicht abschließend klären, ob Arthur Ewert in der Folge weiter mit der Lage der kommunistischen Bewegung in Norwegen befaßt war und ob er möglicherweise sogar in Norwegen für die Komintern aktiv wurde.¹¹ Es gibt einige Indizien, die in diese Richtung weisen, doch keinen wirklich sicheren Beweis.¹² Daß Arthur Ewert ein besonderes persönliches Interesse an Norwegen hatte, kann indes als sicher gelten. Schließlich lebte sein Bruder Andreas, wie geschildert, zwischen 1913 und 1925 mehrere Jahre in Norwegen, war dort in erster Ehe verheiratet und hatte zwei Töchter. Im Jahre 1919 war Andreas Ewert Mitglied der Norwegischen Arbeiterpartei geworden,

⁸ Vgl. dazu: Utdrag fra behandlungen av rapporten fra kommisjonen for det norske sporsmal pa EKKIs 3. utvidete plenum 12.-23. juni 1923, 14. sesjon, in: Åsmund Egge og Vadim Roginskij (red.), Komintern og Norge. DNA-perioden 1919-1923. En dokumentasjon, Oslo 2006, S. 449 ff.

⁹ [Edwin Hoernle:] An das Pol-Büro, zu Händen des Genossen Brandler, Moskau, 21. Juni 1923, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 4. Blatt 220. Die entsprechenden Diskussionen hatten nicht nur in der Norwegischen Kommission stattgefunden, sondern unter dem Tagesordnungspunkt »Die Grenzen des Zentralismus in der Komintern (Aussprache mit den skandinavischen Genossen)« auch im Plenum der Dritten Erweiterten Tagung des EKKI.

¹⁰ Arthur Ewert, Die norwegische Arbeiterpartei und die KI, in: Die Internationale. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus, Berlin, Jahrgang 5, Heft 17, Berlin 1923, S. 497-501.

¹¹ Zum Parteitag der Norwegischen Arbeiterpartei im November 1923 in Kristiania, auf dem sich die Kommunistische Partei Norwegens abspaltete, wurde Edwin Hoernle als offizieller Vertreter der Komintern entsandt.

¹² Das bestätigte dem Autor auch der norwegische Historiker Åsmund Egge, der einer der profunde- sten Kenner der Geschichte der norwegischen Arbeiterbewegung und ihrer Verbindungen zur Komintern ist (Mail vom 19. Oktober 2007 von Åsmund Egge).

nach der Spaltung der Partei im November 1923 wurde er Mitglied der neugegründeten KP Norwegens.

Großbritannien

Mitte der zwanziger Jahre lag der Schwerpunkt der internationalen Tätigkeit von Arthur Ewert auf jeden Fall in einem anderen Teil der Welt.

Das zeigte sich bereits während der Dritten Erweiterten Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, als Arthur Ewert, wie eben erwähnt, in die sogenannte Englische Kommission berufen wurde. Im Unterschied zu den übrigen Kommissionen der Tagung handelte es sich nicht um ein zeitweiliges Gremium, sondern – wohl als Ergebnis der Beratungen zum Tagesordnungspunkt 6 »Die Lage der Arbeiterbewegung in England« – um eine ständige Einrichtung, die deshalb gelegentlich auch als »Englische Konferenz« bezeichnet wurde.¹³

Allerdings ist eine Anwesenheit von Arthur Ewert nur für die Sitzungen der Englischen Kommission bzw. Konferenz für die Zeit der Dritten Erweiterten Tagung des EKKI im Juni 1923 nachweisbar. An den nachfolgenden Zusammenkünften war er offensichtlich nicht mehr beteiligt.¹⁴

Doch die Befassung mit den Problemen der kommunistischen Bewegung in England blieb für Arthur Ewert ein wichtiges Thema. Im Spätsommer 1924 hielt er sich, wie an anderer Stelle bereits erwähnt, zu einem vierwöchigen »Informationsaufenthalt« in Großbritannien auf. Aus den verfügbaren Dokumenten war allerdings nicht ersichtlich, auf wessen Initiative diese Reise zurückging. Tatsache ist, daß Arthur Ewert spätestens ab Ende 1924 oder Anfang 1925 im Auftrag der Komintern wiederholt bei der Führung der Kommunistischen Partei Großbritanniens tätig war.

So berichtete der damalige Generalsekretär der KP Großbritanniens, Albert Inkpin, am 4. Juli 1925 an die Führung der KPD in Berlin: Arthur Ewert nahm »über viele Monate hinweg« immer wieder an den Sitzungen des Zentralkomitees und des Politbüros teil. Er war »in allen Bereichen der Tätigkeit der Partei« wirksam, die britische Kommunistische Partei hat »viel durch seine theoretische und praktische Hilfe gewonnen.«¹⁵

Bei der Schaffung von Ländersekretariaten der Komintern am 8. Juli 1927, die in der Folge die Verantwortung für die Zusammenarbeit der Moskauer Zentrale mit den Sektionen, also den Mitgliedsparteien der Kommunistischen Internationale, trugen, wurde Arthur Ewert in das sogenannte Anglo-amerikanische Ländersekretariat berufen, das für die Arbeit mit den Kommunistischen Parteien in Großbritannien, Irland, den USA, Indien, Südafrika, Japan, Kanada, Korea und Niederländisch-Indonesien zuständig war.¹⁶

¹³ Vgl. dazu: English Conference, [June 19, 1923], RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 38, Delo 1. Blatt 1-22, hier: Blatt 1.

¹⁴ Vgl. dazu: Стенограммы заседания Английской комиссии ИККИ и комиссии Профинтерна по английскому вопросу, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 38, Delo 1.

¹⁵ [Albert Inkpin an die Führung der KPD], 4. Juli 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 100, Delo 227. Blatt 3, so zitiert in: Andrew Thorpe, *The British Communist Party and Moscow, 1920-1943*, Manchester u.a. 2000, S. 64.

¹⁶ Vgl. dazu: Г. М. Адиеков, Э. Н. Шахназарова и К. К. Шириня, *Организационная структура Коминтерна. 1919-1943*, Москва 1997, S. 110 f.

Das hohe Ansehen, das sich Arthur Ewert über viele Jahre hinweg in der Führung der KP Großbritanniens erwarb, hatte auch Bestand, als er als »Versöhnler« längst aus der Führung der KPD ausgeschieden war und er gegenüber der Führung der KPD um Ernst Thälmann öffentlich seine politische Kapitulation erklärt hatte. Thälmann sah sich daher während der Tagung des Erweiterten Präsidium des EKKI Ende Februar 1930 in Moskau veranlaßt, mit demonstrativer Empörung auf eine entsprechende Feststellung von Harry Pollitt, seit 1929 Generalsekretär der KP Großbritanniens, zu reagieren. Harry Pollitt, so Thälmann in einer Rede, »sagte unter anderem, daß Ewert für England sozusagen eine wichtige Figur sei. Die Frage, was er für England ist, gilt nicht für Deutschland. Und wenn er in England großen politischen Einfluß besitzt, ist das ein Zeichen der ideologischen Schwäche der englischen Partei. Wir hatten bereits auf dem VI. Weltkongreß Gegensätze, bekämpften bereits dort die falsche Theorie und die falschen Auffassungen von Ewert. Wenn in England bei Verschärfung der Lage Ewert noch ein wichtiger politischer Faktor ist, so ist das ein Beweis dafür, daß in der englischen Partei diese wichtige politische Frage nicht aufgerollt worden ist.«¹⁷

Der Einsatz von Arthur Ewert in Großbritannien Mitte der zwanziger Jahre erfolgte ganz offensichtlich nach den Regeln strengster Konspiration.

Anfang 1931 verschaffte sich der britische Geheimdienst beim Einbruch in eine Londoner Privatwohnung illegal eine Kopie des persönlichen Adreßbuches eines hochrangigen Funktionärs der Kommunistischen Partei Großbritanniens. In diesem Adreßbuch waren auch der Name und die Berliner Anschrift von Arthur Ewert vermerkt. Im Ergebnis wurde Arthur Ewert zum Ziel einer fast 20 Jahre andauernden systematischen Überwachung durch den britischen Geheimdienst, die zeitweise mit großem personellen und materiellen Aufwand betrieben wurde. Zunächst wurden alle bereits vorhandenen Unterlagen über Arthur Ewert erneut gesichtet, gleichzeitig wurden neue Ermittlungen angeordnet. So wurde im Herbst 1931 durch die Berliner Residentur des britischen Geheimdienstes eine dreiwöchige Postüberwachung der Berliner Adresse von Arthur Ewert vorgenommen.¹⁸

In einem internen Bericht an die Polizeibehörde Scotland Yard, in dem die Ergebnisse dieser ersten neuen Ermittlungen zusammengefaßt wurden, ohne allerdings die Quellen der jeweiligen Informationen zu nennen, wurde unter anderem festgestellt, daß der entsprechende Dienst der KPD für Arthur Ewert zwischen 1923 und 1926 falsche Pässe auf die Namen Georg Keller, geboren am 30. November 1890 in Basel, und Artur Koerner, geboren am 18. September 1888 in Breslau und wohnhaft in Frankfurt (Oder), beschafft bzw. ausgestellt hatte. Doch seine mehrmaligen Aufenthalte in Großbritannien Mitte der zwanziger Jahre fanden mit keinem Wort Erwähnung. Es kann also mit großer Sicherheit davon ausgegangen werden, daß diese Auf-

¹⁷ Ernst Thälmann, Aus der Rede in der deutschen Kommission des Erweiterten Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, in: Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 2, Berlin (DDR) 1956, S. 325-331, hier: S. 331.

¹⁸ Vgl. dazu: G.P.O. (I.B.), October 9th, 1931, The National Archives, Great Britain, Kew, KV 2/2336 307958, Blatt 1a. Diese Überwachung dürfte allerdings wenig ergiebig gewesen sein, denn Arthur Ewert befand sich zu dieser Zeit zu einem längerfristigen Aufenthalt in Lateinamerika.

enthalte den einschlägigen britischen Behörden zum damaligen Zeitpunkt nicht bekannt waren.¹⁹

Auf der Grundlage seiner in England gemachten Erfahrungen veröffentlichte Arthur Ewert im November 1925 in der »Internationale« unter dem Titel »Zur Lage in England« einen längeren Artikel, den er vor allem benutzte, um in seiner eigenen Partei dem Gedanken der Einheitsfrontpolitik und der aktiven Mitarbeit in den bestehenden Gewerkschaften Raum zu schaffen. So schrieb er über die Kommunistische Partei Großbritanniens betont optimistisch: »Sie hat zwar nur 5.000 Mitglieder, verfügt aber über einen großen Einfluß, da der größte Teil ihrer Mitglieder fest mit der Arbeiterbewegung [verbunden] ist und eine verhältnismäßig große Zahl wichtiger Funktionen in den Gewerkschaftskartellen und anderen lokalen Organisationen besetzt hat. In dieser Beziehung ist die kleine englische Partei vielen Parteien des Kontinents überlegen. [...] Der Einfluß der Partei zeigt sich am besten durch den ständigen Fortschritt der Minderheitsbewegung, die der Bahnbrecher des neuen Geistes in der Gewerkschaftsbewegung ist. Der Minderheitsbewegung ist es gelungen, das den britischen Verhältnissen angepaßte revolutionäre Gewerkschaftsprogramm zum Programm aller aktiven, fortschrittlichen Arbeiter in den wichtigsten Industrien zu machen. Sie hat ein ausgedehntes Netz von Vertrauensleuten geschaffen und einen aktiven linken Block in allen großen Gewerkschaftskartellen und Organisationen gebildet.«²⁰

Am 22. Februar 1926 erstattete Arthur Ewert vor der Sechsten Erweiterten Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, die vom 17. Februar bis 15. März 1926 in Moskau tagte, den Bericht zur Lage in der Kommunistischen Partei Großbritanniens. Dabei konnte er – nicht ohne einen gewissen Stolz – über Erfolge berichten, die nicht unwesentlich das Ergebnis seiner eigenen Tätigkeit in Großbritannien waren: »Wenn wir zu den Lehren und Erfolgen unserer Partei kommen, so ist es notwendig festzuhalten, daß unsere Partei in England nur 6.500 Mitglieder hat, daß die Traditionen der Reformisten außerordentlich stark in der Arbeiterklasse verankert sind, ferner daß eine starke, gut organisierte reformistische Bewegung vorhanden ist, daß die britische Arbeiterklasse in ihrer unmittelbaren Vergangenheit keine revolutionären Traditionen besitzt, im Gegensatz zu verschiedenen anderen Ländern des Kontinents.

Trotz all dieser ungünstigen Faktoren hat es unsere Partei verstanden, die richtige Politik zu finden, an dieser Politik festzuhalten. Erfolge durch diese Politik zu erzielen, die gesamte Partei und Mitgliedschaft auf diese Politik einzustellen, ihnen diese Politik verständlich zu machen und so diesen kleinen Kreis von Mitgliedern zu einem sehr aktiven Element in der gesamten britischen und internationalen Arbeiterbewegung zu machen. Die Ursache der Erfolge liegt neben dieser richtigen Politik auch hauptsächlich darin, daß seit 1924 in der Partei keine fraktionellen Kämpfe vorhanden waren. Die Partei hat in ihren leitenden Organen eine einheitliche, kollektive Arbeit entfaltet und hat verstanden, die Mitglieder aktiv zur Unterstützung dieser Arbeit heranzuziehen.

¹⁹ SZ file re Ewert, [Letter to Captain Miller, Scotland Yard, regarding Arthur Ewert], London, October 8, 1931, The National Archives, Great Britain, Kew, KV 2/2336 307958, Blatt 1a.

²⁰ Arthur Ewert, Zur Lage in England, in: Die Internationale, Berlin, 1. November 1925, Jahrgang 8, Heft 11, S. 664-670, hier: S. 666.

Zweitens hat es die Partei verstanden, die Gewerkschaftsarbeit viel besser zu führen als die meisten anderen Parteien der Komintern. Sie hat einen relativ großen Prozentsatz ihrer Mitglieder in der Gewerkschaftsbewegung fest verankert, Positionen dort erobert und leitet die Arbeit ihrer Mitglieder so, daß deren persönlicher und politischer Einfluß in den täglichen Kämpfen und in der Arbeit der Gewerkschaften sich steigert.

Die Partei hat es drittens verstanden, gute Brücken zu den Massen zu schlagen. Eine kommunistische Partei, die nicht versteht, solche Brücken zu den Massen, solche Formen von Hilfsorganisationen zu finden, deren Einfluß wird nie in der Arbeiterklasse stark sein. Eine solche Partei wird ein von der Arbeiterklasse und von der Arbeiterbewegung abgeschlossener selbständiger Verein sein. Die englische Partei hat diese Gefahrenzone schon erfolgreich überwunden.«²¹

Die Ereignisse allerdings, die etwa zwei Monate nach dieser Konferenz ganz Großbritannien erschütterten und in der Führung der Komintern, vor allem aber in der Führung der Sowjetunion, zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen über die internationalen Perspektiven der Revolution führten, hatten weder in den Ausführungen von Arthur Ewert noch in den nachfolgenden Beratungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur Lage in Großbritannien eine Rolle gespielt: Vom 3. bis 13. Mai 1926 fand in Großbritannien der größte Generalstreik in der Geschichte des Landes statt. Nicht nur die britische Regierung, auch die Spitze der Komintern und die Führung der Sowjetunion wurden von diesem Generalstreik und seiner Wucht vollkommen überrascht, obwohl sich der landesweite Arbeitskampf über viele Monate hinweg angekündigt hatte.

Hintergrund des Generalstreiks waren die Pläne der Bergbauunternehmen vom Sommer 1925, angesichts einer weltweit drohenden Überproduktions- und Absatzkrise bei Kohle die Löhne der Bergarbeiter drastisch zu senken und gleichzeitig deren Arbeitszeit deutlich auszudehnen. Um Zeit zur Aushandlung eines für beide Seiten akzeptablen Kompromisses zu haben, hatte die britische Regierung auf Drängen der Gewerkschaften für neun Monate Ausgleichszahlungen geleistet, so daß die angedrohten Lohnkürzungen zunächst nicht wirksam geworden waren. Auch die geplante Arbeitszeitverlängerung war ausgesetzt worden. Von der reformistischen Gewerkschaftsführung war der Tag, an dem dieser mehr als dürftige und vor allem zeitlich befristete Kompromiß ausgehandelt worden war, zum »Roten Freitag« erklärt worden.

Es zeigte sich aber sehr bald, daß es bis zum vereinbarten Stichtag, dem 30. April 1926, keine Verhandlungslösung für die drohenden Auseinandersetzungen geben würde. Doch wurde allgemein angenommen, daß die Regierung gegebenenfalls weitere Zahlungen leisten würde, um einen Arbeitskampf abzuwenden. Noch am 3. April 1926 schrieb die Vertretung der KPD in Moskau daher an die Zentrale in Berlin: »Wahrscheinlich wird die englische Regierung mit weiteren Subsidien versuchen, den Konflikt auszugleichen.«²² Und am 17. April 1926 hieß es sogar: »Unsere Auffassung

²¹ Genosse Braun: Bericht der englischen Kommission, Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 17. Februar bis 15. März 1926, Hamburg 1926, S. 422-427, hier: S. 424.

²² [An das Sekretariat der KPD], Moskau, 3. April 1926, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 21. Blatt 110-113, hier: Blatt 112.

ist, daß eine ganz geringe Möglichkeit eines Ausbruches des Kampfes nur noch vorhanden ist.«²³

Doch entgegen den Erwartungen verlängerte die Regierung den Kompromiß nicht, und schließlich kündigten die Bergbauunternehmen für den 1. Mai 1926 ultimativ Aussperrungen für den Fall an, daß die Gewerkschaften den geforderten Lohnkürzungen und der Arbeitszeitverlängerung nicht zustimmen würden.

Dem nun unvermeidlichen Streik der Bergarbeiter schlossen sich innerhalb weniger Tage hunderttausende Beschäftigte aus allen wichtigen Wirtschaftszweigen des Landes an. Auf dem Höhepunkt des Generalstreiks befanden sich in ganz Großbritannien fast 1,8 Millionen²⁴, nach anderen Angaben sogar vier Millionen²⁵ Menschen im Ausstand.

In den herrschenden Kreisen Großbritanniens verteuflte man den Generalstreik sofort als den Versuch eines gewaltsamen Umsturzes, man fürchtete sogar – angesichts der allgemein herrschenden Stimmung nicht wirklich überraschend – den Ausbruch einer Revolution nach russischem Vorbild. Premierminister Stanley Baldwin beschränkte sich in seinen offiziellen Stellungnahmen zwar auf die Feststellung, der Generalstreik wäre eine »Herausforderung des Parlaments« und würde direkt auf die »Straße der Anarchie« führen, doch waren auch diese Bemerkungen keineswegs dazu angetan, die Atmosphäre im Land zu entspannen.²⁶

Die Gefahr einer Revolution erschien dem britischen Durchschnittsbürger durchaus als eine glaubhafte und ernstzunehmende Bedrohung. Denn innerhalb des Trade Union Congress, des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC, gab es neben der reformistisch geführten sogenannten Mehrheitsbewegung eine starke Minderheitsbewegung, in der Kommunisten, wie von Arthur Ewert wenige Wochen zuvor während der Sechsten Erweiterten Tagung des Exekutivkomitees der Komintern zutreffend beschrieben, über maßgeblichen Einfluß verfügten. Und es waren vor allem die Vertreter der Minderheitsbewegung gewesen, die den Generalstreik zur Unterstützung der Bergarbeiter und ihrer Forderungen durchgesetzt hatten, während die Repräsentanten der Mehrheitsbewegung dem Generalstreik eher notgedrungen als aus wirklicher Überzeugung zugestimmt hatten.²⁷

Der Streik hatte ganz offensichtlich einen rein ökonomischen Charakter. Doch stellte sich in Moskau nun umgehend die Frage, ob dieser Streik nicht auch zur Durchsetzung politischer Forderungen genutzt werden konnte und ob es – auch wenn das aus heutiger Sicht mehr als abenteuerlich erscheint – nicht eine Chance gab, den Streik tatsächlich zum Ausgangspunkt einer grundlegenden politischen und ökonomischen

²³ [An das Sekretariat des ZK der KP], Moskau, 17. April 1926, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 21. Blatt 134-138, hier: Blatt 134.

²⁴ Vgl. dazu u.a.: Keith Laybourn, *The general strike of 1926*, New York 1993, S. 71.

²⁵ Vgl. dazu: *Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in Daten*, Berlin (DDR) 1986, S. 251.

²⁶ *British Gazette*, May 6, 1926, and May 7, 1926, so zitiert in: Gabriel Gorodetsky, *The Soviet Union and Britain's general strike of May 1926*, in: *Cahiers du monde russe et soviétique*. Vol. 17, Nr. 2-3 (1976), S. 287-310, hier: S. 299.

²⁷ Vgl. dazu u.a.: Pierre Frank, *Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919-1943)*, Band 2, Frankfurt am Main 1979, S. 417 ff.

Umwälzung in Großbritannien zu machen. Die bestehende Ordnung in Großbritannien, so hatte es den Anschein, war in ihren Grundfesten erschüttert.²⁸

Am 4. Mai 1926 befaßte sich daher das Politbüro der KPdSU (B) in Moskau mit der »englischen Angelegenheit«, wie es in der Tagesordnung hieß. Die Bedeutung, die die sowjetische Führung dem britischen Generalstreik beimaß, wurde nicht zuletzt durch die Tatsache sichtbar, daß bereits zu dieser ersten Beratung im Kreml auch Solomon Losowski, der Vorsitzende der Profintern, Ossip Pjatnitski, Sekretär des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, und Außenminister Georgi Tschitscherin hinzugezogen wurden.²⁹

Großbritannien und die Sowjetunion hatten erst im Februar 1924 diplomatische Beziehungen aufgenommen. Für die Regierung in Moskau war das ein bedeutsamer Erfolg in dem jahrelangen Bemühen gewesen, die internationale Isolierung Sowjetrußlands zu durchbrechen. Nur mit großer Mühe war es im Oktober 1924 gelungen, die Affäre um den sogenannten Sinowjew-Brief zu entschärfen, einer geschickten Fälschung weißrussischer Emigranten, die die britisch-sowjetische Annäherung torpedieren wollten.³⁰ Um so besorgter sah man daher in Moskau die regelmäßig erneuerten Warnungen der Londoner Regierung, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen, sich also jeder Unterstützung der Kommunistischen Partei Großbritanniens oder der mit ihr verbundenen Organisationen und Bewegungen zu enthalten.

Entsprechend vorsichtig agierte man nun in Moskau. Das Politbüro verständigte sich zunächst nur darauf, die Kommunistische Partei Großbritanniens auf verdeckten Wegen zur Fortsetzung ihrer bisherigen Politik der Unterstützung des Generalstreiks zu ermutigen. Außerdem wurde beschlossen, sofort eine hochrangige Delegation aus Vertretern der Komintern und der Profintern unter Leitung von Michail Tomski, Mitglied des Politbüros und Vorsitzender des Allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften, nach Paris zu entsenden, um von dort aus, in direktem Kontakt mit der Kommunistischen Partei Großbritanniens und der britischen Gewerkschaftsführung, die Perspektiven des Generalstreiks zu eruieren und Möglichkeiten der Unterstützung für die britischen Gewerkschaften zu beraten. Zwei Tage später, am 6. Mai 1926,

²⁸ Der konservative britische Politiker Robert Boothby, der sich Anfang Mai 1926 in Moskau aufhielt, berichtete allerdings, daß ihn zwar Karl Radek mit der Bemerkung »Dort ist es jetzt interessanter als hier!« aufforderte, sofort nach London zurückzukehren, ihn aber gleichzeitig warnte: »Machen Sie dort keine Fehler. Das ist keine revolutionäre Bewegung, das ist [lediglich] ein Lohnkampf.« (So zitiert in: Christopher Farman, *The General Strike May 1926*, London 1972, S. 171.)

²⁹ Vgl. dazu: Из протокола № 23 (Особый № 17) заседания Политбюро ЦК ВКП (б), 4 мая 1926 г., in: Политбюро ЦК РКП(б) - ВКП(б) и Коминтерн: 1919-1943 гг. Документы, Москва 2004, S. 360 ff.

³⁰ Am 25. Oktober 1924 hatte die Londoner »Daily Mail« einen angeblich von Grigori Sinowjew am 15. September 1924 unterzeichneten Brief veröffentlicht, in dem dieser das ZK der Kommunistischen Partei Großbritanniens aufforderte, die Labour Party zu unterwandern und so die Revolution in Großbritannien vorzubereiten. Angeblich soll dieser Brief entscheidend zum Wahlerfolg der Konservativen Partei vier Tage später beigetragen haben. Vgl. dazu u.a.: Nigel West and Oleg Tsarev, *The Crown Jewels. The British Secrets at the Heart of the KGB Archives*, London 1999, S. 33 ff., oder auch: Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens. Die Zeit der Weltkriege 1914-1945*, München 2011, S. 344.

wurde in Moskau entschieden, daß dieser Delegation auch Arthur Ewert angehören sollte.³¹ Am 10. Mai 1926 reiste Arthur Ewert deshalb aus Berlin ab.³²

Noch vor dem Eintreffen der Delegation in Paris wurden innerhalb weniger Tage mehrere Millionen Rubel, offiziell als Spenden der Mitglieder der sowjetischen Gewerkschaften deklariert, für den Streikfonds der britischen Gewerkschaften zur Verfügung gestellt.

Doch die Führung des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC war, anders als die Gewerkschaft der Bergarbeiter, nicht gewillt, diese dringend benötigten Geldmittel entgegenzunehmen. Denn sie war bestrebt, jeden Verdacht, daß der Streik einen politischen Hintergrund haben könnte, auszuräumen, und gleichzeitig die Streikenden in der Öffentlichkeit des Landes als loyale Untertanen der Krone und als britische Patrioten darzustellen, die lediglich ihren bescheidenen, aber gerechten und legitimen Anteil an den Reichtümern der Gesellschaft forderten. Schließlich hatte sogar König Georg V. im Hinblick auf die Forderungen der Bergarbeiter erklärt: »Versucht, von ihren Löhnen zu leben, und beurteilt sie dann.«³³ Doch in der britischen Presse wurde das »russische Gold« selbstverständlich zum großen Thema gemacht und als Beweis für die »Hand Moskaus« gesehen, die den Streik kontrollieren würde.

Auch auf andere Weise waren die Regierung und die bürgerliche Presse vom ersten Tag des Generalstreiks an bestrebt, die öffentliche Meinung gegen den Streik zu mobilisieren und Stimmung gegen die Streikenden zu machen. Zielgerichtet wurden Gerüchte über eine angeblich nachlassende Streikbereitschaft gestreut. Gleichzeitig wurden massiv Streikbrecher angeworben, um insbesondere den öffentlichen Verkehr aufrecht zu erhalten und damit die Moral der Streikenden zu unterminieren. Und schließlich wurden Soldaten eingesetzt, um eine Blockade der Bahntransporte von und nach den großen Überseehäfen zu verhindern.³⁴

Doch Unterstützung gegen den Streik gab es auch aus der Gewerkschaftsbewegung selbst. Am 11. Mai 1926 wandte sich die Führung der National Sailors' and Firemen's Union, einer einflußreichen Seeleutegewerkschaft, an ein Gericht mit dem dringenden Antrag, einem örtlichen Funktionär zu untersagen, die Mitglieder dieser Gewerkschaft zur Teilnahme am Generalstreik aufzurufen. Tatsächlich urteilte das Gericht noch am selben Tag, daß es keinen tarifrechtlichen Konflikt gäbe, der den Gewerkschaftsdachverband TUC berechtigen würde, einen Generalstreik auszurufen. Nach dem Trade

³¹ Vgl. dazu: Alastair Kocho-Williams, *The Soviet Union and the British General Strike, 1926*. In: BIHG Annual Conference, University of Ulster. (Unpublished, 2008), (eprints.uwe.ac.uk/11524, 3. April 2011, 17.30 Uhr), S. 3. Kocho-Williams schreibt, daß auch Ernst Thälmann nach Paris fahren sollte, doch es gibt, anders als im Fall von Arthur Ewert, keinen Hinweis darauf, daß er tatsächlich gefahren ist.

³² Vgl. dazu: [An die deutsche Vertretung beim EKKI, Moskau], Berlin, 11. Mai 1926, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 24. Blatt 192-196, hier: Blatt 192.

³³ So zitiert in: David Sinclair, *Two Georges. The Making of the Modern Monarchy*, London 1988, S. 105.

³⁴ Das britische Nationalarchiv (»The National Archives«) hat auf seiner Internetseite zahlreiche zeitgenössische Regierungsdokumente zum Generalstreik von 1926 veröffentlicht, darunter das Protokoll einer Beratung am 7. Mai 1926, in der es um den Einsatz der noch jungen BBC, also des Rundfunks, gegen die Streikenden ging. (www.nationalarchives.gov.uk/cabinetpapers/themes/general-strike-cover-papers.htm, 12. Januar 2012, 20.00 Uhr).

Disputes Act, dem Gesetz über Tarifkonflikte aus dem Jahre 1906, sei ein Generalstreik zur Unterstützung der Bergarbeiter ungesetzlich. Folglich seien alle Gewerkschaften, die den Generalstreik unterstützen würden, mit ihrem gesamten Vermögen für alle wirtschaftlichen Schäden haftbar, die sich aus dem Generalstreik ergeben würden.³⁵

Am 13. Mai 1926, also nur zwei Tage nach dem noch nicht rechtskräftigen Urteil, begab sich daher eine Delegation des Gewerkschaftsdachverbandes TUC zum Amtssitz von Premierminister Stanley Baldwin, um die Bereitschaft zur Beendigung des Generalstreiks zu erklären. Als einzige Bedingung wurde eine Zusicherung der Regierung verlangt, daß keiner der Streikenden bestraft werden würde. Als Baldwin erklärte, daß die Regierung eine solche Zusicherung nicht geben könnte, da sie »nicht die Macht [habe], die Arbeitgeber zu verpflichten, jeden Mann wieder zu beschäftigen, der im Streik gestanden habe«, verzichtete die Führung der TUC auf diese einzige Forderung.³⁶

Der Generalstreik, der so kraftvoll begonnen hatte, endete aufgrund der kapitulantenhaften Haltung der reformistischen Gewerkschaftsführung schon nach wenigen Tagen mit einer vollständigen Niederlage.³⁷ Zwar ging der Ausstand der Bergarbeiter noch mehrere Monate, bis zum November 1926, weiter, doch schließlich mußten auch die Bergarbeiter ihren Streik ohne jedes Ergebnis beenden. Die Bergbauunternehmen konnten sowohl die Lohnkürzung als auch die Verlängerung der Arbeitszeit durchsetzen.

Aus Sicht der sowjetischen Partei- und Staatsführung war jedoch eine grundsätzliche Kritik an der Haltung der britischen Gewerkschaftsführung und ihrem offensichtlichen Verrat an den Interessen der britischen Arbeiterbewegung nicht opportun. Im April 1925, also nur etwa ein Jahr vor dem Beginn des britischen Arbeitskampfes, war ein (informelles) russisch-britisches Gewerkschaftskomitee gebildet worden. Mit diesem Gewerkschaftskomitee verband insbesondere Stalin – in völliger Verkennung der Realitäten – die Hoffnung, gegebenenfalls ein Instrument in der Hand zu haben, um über die russische und die britische Gewerkschaftsbewegung – im Interesse der »Verteidigung des Sozialismus in einem Land« – Einfluß auf die Regierung in London nehmen zu können. Stalin übersah dabei allerdings vollkommen, daß die uneingeschränkte Loyalität der britischen Gewerkschaftsbewegung unter allen Umständen der britischen, aber niemals der sowjetischen Regierung gegolten hätte.

Mehr noch, in maßgeblichen Kreisen der Moskauer Führung glaubte man sogar, mit dem russisch-britischen Gewerkschaftskomitee mittelfristig die sogenannte Amsterdamer Internationale, also den 1919 in Amsterdam gegründeten reformistischen Internationalen Gewerkschaftsbund, ausschalten zu können. Schließlich war seitens des mitgliederstarken norwegischen Gewerkschaftsbundes erst kurz zuvor die Bereit-

³⁵ Vgl. dazu: A. L. Goodhart, The Legality of the General Strike in England, in: The Yale Law Journal, Vol. 36, No. 4 (February 1927), S. 464-485, insbesondere S. 465 f.

³⁶ So zitiert in: Michael Foot, Armistice: 1918-39, London 1940, S. 115.

³⁷ Selbst in den »Sozialistischen Monatsheften«, die dem rechten Flügel der SPD nahestanden, war von »der größten Katastrophe, die die englische Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten traf«, die Rede. Max Schippel, Die Tragödie des englischen Generalstreiks, Sozialistische Monatshefte, Berlin, Juni 1926, S. 368-372, hier: S. 368.

schaft angedeutet worden, sich unter bestimmten Umständen dem russisch-britischen Gewerkschaftskomitee anzuschließen. In diesem Falle wären Teile der sowjetischen Führung sogar bereit gewesen, die unter großen Mühen aufgebaute Profintern zu opfern.

Über die Arbeit der nach Paris entsandten Kommission von Komintern und Profintern ist bisher nichts bekannt.³⁸ Allerdings gibt es Berichte, daß einige Mitglieder der Delegation, unter ihnen Arthur Ewert, Mitte oder Ende Mai 1926 nach Großbritannien reisten, um dort direkt mit der Führung der Kommunistischen Partei die Lehren und Schlußfolgerungen aus dem Generalstreik und seinem Scheitern zu beraten, vor allem aber um zu verhindern, daß eine massive öffentliche Kritik an der Führung der Gewerkschaften den Fortbestand des russisch-britischen Gewerkschaftskomitees gefährden könnte. So schrieb zum Beispiel Ruth Fischer in ihrem zuerst 1948 in den USA erschienenen Buch »Stalin and German Communism«: »Der Streik wurde gebrochen; die meisten englischen Gewerkschaftsführer [...] hatten sich eindeutig gegen ihn gestellt. [...] Tomski und Ewert, die Stalin nach London geschickt hatte, billigten sogar die Antistreikpolitik des Generalrats der englischen Gewerkschaften (TUC) in der Hoffnung, das anglo-russische Komitee damit zu retten. Sie gewannen nichts durch diese Haltung, denn sie konnten die Führer nicht für sich gewinnen, und die tiefe Verbittertheit unter den englischen Gewerkschaftern gegen ihre Führer richtete sich nun auch gegen die Kommunisten, deren Einfluß wieder erheblich zurückging.«³⁹

Die Abgesandten der Komintern betraten bei ihrer Mission auf jeden Fall ein politisches Minenfeld, denn es war zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs absehbar, welche offizielle Position die Komintern und vor allem die sowjetische Führung hinsichtlich der Konsequenzen aus dem britischen Generalstreik einnehmen würde. Am 3. Juni 1926 hatte im sowjetischen Politbüro eine Diskussion über den britischen Generalstreik begonnen, die sich über mehrere Tage hinzog und in unterschiedlichen Gremien weitergeführt wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde deutlich, daß die Auseinandersetzungen einen sehr grundsätzlichen Charakter hatten und wesentlich zur Differenzierung der Positionen zwischen Stalin, Trotzki, Sinowjew und anderen beitrugen.⁴⁰

Allerdings ist es wenig wahrscheinlich, daß Arthur Ewert, trotz seiner langjährigen engen Kontakte zur Führung der Kommunistischen Partei Großbritanniens, tatsächlich an den Verhandlungen in Großbritannien teilnahm: Noch am 21. Mai 1926 unterzeichnete er in Berlin einen Brief an Hermann Remmele in Moskau, und bereits am 4. Juni 1926 hielt er auf einer Tagung des ZK, ebenfalls in Berlin, ein »instruktives Referat [...] über die Lehren des englischen Generalstreiks«, wie es in einer Mitteilung

³⁸ Die entsprechenden Protokolle sind, soweit überhaupt Aufzeichnungen über die Arbeit der Kommission angefertigt wurden, noch immer unter Verschuß. Vgl. dazu: Alastair Kocho-Williams, a.a.O., S. 3.

³⁹ Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt am Main, o.J. (1950), S. 684.

⁴⁰ Alexander Watlin vertritt sogar die Auffassung, daß die Frage des russisch-britischen Gewerkschaftskomitees neben der Revolution in China »die zweite Drehachse der innerparteilichen Kämpfe« in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in der Mitte der zwanziger Jahre war. Vgl. dazu: Das anglo-russische Komitee und der innerparteiliche Kampf in der KPdSU (B), in: Alexander Watlin, Die Komintern 1919-1929. Historische Studien, Mainz 1993, S. 103-124, hier S. 103.

aus Berlin an die Vertretung der KPD in Moskau hieß.⁴¹ Unter Anrechnung der notwendigen Reisezeit hätte ihm nur etwas mehr als eine Woche zur Verfügung gestanden, um in Großbritannien ein sehr komplexes und von vielen Emotionen getragenes, vor allem aber sehr kontroverses Thema zu diskutieren.

Die Kommunistische Partei Großbritanniens hatte in Zusammenhang mit dem Generalstreik ihr politisches Gewicht zeitweise deutlich erhöhen können: Die Mitgliederzahl stieg bis Ende 1926 auf etwa 12.000, die Zahl der regelmäßigen Leser der Parteipresse auf mehr als 100.000. Doch angesichts des fehlenden Widerstandes gegen die kapitulantenhafte Politik der Gewerkschaftsführung beim Generalstreik und der Rolle, die die Komintern dabei gespielt hatte, vor allem aber wegen der fehlenden Solidarität mit den Bergarbeitern, die ihren Streik bis zum November 1926 fortsetzten, verspielte die Partei sehr schnell den politischen Kredit, der ihr insbesondere von Teilen der Arbeiterschaft eingeräumt worden war. Ende 1930 lag die Mitgliederzahl nur noch bei etwa 2.500, und erst unter dem Eindruck des drohenden Zweiten Weltkrieges konnte die Partei Ende der dreißiger Jahre die Zahl ihrer Mitglieder wieder (vorübergehend) deutlich erhöhen.⁴²

Die mit hohen politischen Kosten verbundenen Bemühungen der Führung der Komintern und der sowjetischen Führung, den Fortbestand des russisch-englischen Gewerkschaftskomitees auch um den Preis einer schweren Niederlage der britischen Arbeiterbewegung und insbesondere der Kommunistischen Partei Großbritanniens beim Generalstreik und beim Streik der Bergarbeiter zu sichern, zahlten sich nicht aus. Als die britische Regierung 1927 – unter dem Vorwand kommunistischer Agitation in Indien, das damals noch integraler Bestandteil des britischen Empire war – die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion abbrach, nutzte die Führung des Gewerkschaftsdachverbandes TUC die »Gunst der Stunde«, um das ungeliebte russisch-englische Gewerkschaftskomitee aufzulösen.

Nur wenige Wochen nach dem Generalstreik, im Juni 1926, veröffentlichte Arthur Ewert in der »Internationale« einen ausführlichen Artikel unter dem Titel »Einige Lehren des englischen Kampfes«.⁴³ Er verteidigte in diesem Artikel die Einheitsfrontpolitik gegen jene linken und ultralinken Kräfte in der KPD, die eben in der Einheitsfrontpolitik die Ursache für die Niederlage der englischen Arbeiterbewegung beim Generalstreik zu erkennen glaubten. Wörtlich schrieb Arthur Ewert: »Aus jedem großen Kampfe und insbesondere aus jeder Niederlage müssen die Kommunistischen Parteien die Lehren ziehen und Selbstkritik an ihrem eigenen Verhalten üben. Die taktischen Methoden müssen neu überprüft und bei Änderung der Verhältnisse diesen angepaßt werden. Nach der Niederlage im englischen Generalstreik sehen wir – wie nach jeder großen Niederlage – das Auftauchen von Strömungen in unserer Partei, die das Maß der Selbstkritik überschreiten, die aus ihrer gegnerischen Einstellung zur

⁴¹ Vgl. dazu: [An die deutsche Vertretung beim EKKI, Moskau], 21. Mai 1926, Berlin, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 24. Blatt 221 f., und: [An die Deutsche Vertretung, Moskau], Berlin, 8. Juni 1926, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 24. Blatt 271-274, hier: Blatt 273.

⁴² Vgl. dazu: Andrew Thorpe, Comintern »Control« of the Communist Party of Great Britain, 1920-43, in: *English Historical Review*, June 1998, S. 637-662, hier S. 642.

⁴³ Arthur Ewert, *Einige Lehren des englischen Kampfes*, in: *Die Internationale. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus*, Berlin, Jahrgang 9, Heft 11/12, Berlin 1926, S. 336-342.

Einheitsfronttaktik die »Lehren« des englischen Generalstreiks in dem Sinne ziehen, daß sie die Taktik der englischen Bruderpartei in Grund und Boden verdonnern. Sie machen unserer Bruderpartei den Vorwurf, daß sie – die 7.000 Mitglieder zählt – die Führung des Generalstreiks den linksreformistischen Führern im Generalrat »überlassen« hat. Es ist darum notwendig, ganz kurz einige Tatsachen zu berichten.«⁴⁴

Nach einer ausführlichen und detaillierten Darstellung der britischen Ereignisse und insbesondere der Kräfteverhältnisse in Großbritannien befaßte sich Arthur Ewert mit der Rolle und der unmittelbaren Verantwortung der KPD: »Welche Lehren muß vor allem die KPD aus der Tatsache ziehen, daß es uns nicht gelang, die deutsche Arbeiterschaft zu einer aktiven Unterstützungsaktion zu bewegen?« Arthur Ewert konstatierte, daß Deutschland »in diesem Kampfe die Rolle des Hauptstreikbrechers« gespielt hatte. »Die Ausfuhr der Kohle aus dem Ruhrgebiet nach den holländischen Häfen [und von dort nach England] hat sich im Monat Mai verdreifacht. Es ist der Partei nicht gelungen, die Arbeitsniederlegung in dem Umschlaghafen Ruhrort herbeizuführen, die Rheinschiffahrt zum Stillstand zu bringen.« Die Partei, so Arthur Ewert weiter, habe es nur in einzelnen Fällen vermocht, die »Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie« zu durchbrechen. »Die Wurzeln sind zweierlei: Erstens die noch immer mangelnde Verbindung der Partei mit den Arbeitermassen und ihr immer noch geringer Einfluß in den Gewerkschaften; zweitens die große Passivität der Leitungen und der Mitgliedschaft und das Unvermögen, sich neuen Situationen schnell anzupassen. Diese Schwächen müssen wir klar erkennen, denn sie können, wenn nicht behoben, zu schweren Niederlagen unserer Partei in akuten Kampfsituationen in Deutschland führen.«⁴⁵

Und schließlich richtete Arthur Ewert eine bemerkenswerte Kritik an die Adresse der Komintern, die ohne Zweifel aus seinen eigenen schmerzhaften Erfahrungen resultierte, die er als Angehöriger der sogenannten Pariser Kommission in den Wochen zuvor hatte sammeln müssen: »Eine Lehre sollte unseres Erachtens auch die Kommunistische Internationale aus diesem Kampfe ziehen. Auch wenn die Auffassung vorherrschend war, daß es vorläufig nicht zum Kampfe kommen würde, muß doch die Organisation unserer Weltpartei so gestaltet sein, daß bei Ausbruch von Kämpfen in den wichtigsten Ländern jederzeit die engste Verbindung geschaffen werden kann. Eine solche Organisation läßt sich nicht schaffen während des Kampfes, sie muß vorher da sein. Viele Fehler würden nicht gemacht, viele Unklarheiten nicht vorhanden sein, manches Lehrgeld brauchte nicht gezahlt werden, wenn die Kommunistische Internationale diese Aufgabe energisch in Angriff nehmen und lösen würde.«⁴⁶

USA

Auf der Achten Tagung des EKKI, die vom 18. bis 30. Mai 1927 in Moskau stattfand, wurde Arthur Ewert als Vorsitzender der sogenannten Amerikanischen Kommission berufen. Sie sollte im Rahmen der Moskauer Beratungen eine Lösung für die andauernden innerparteilichen Konflikte in der Kommunistischen Partei der USA finden,

⁴⁴ Ebenda, S. 336.

⁴⁵ Ebenda, S. 341 f.

⁴⁶ Ebenda, S. 342.

die sich zu dieser Zeit Workers (Communist) Party of America nannte.⁴⁷ Die Initiative dazu ging offensichtlich von Nikolai Bucharin aus, dem Vorsitzenden der Komintern, mit dem Arthur Ewert nicht nur politisch, sondern auch persönlich eng verbunden war.⁴⁸

Die Konflikte innerhalb der Kommunistischen Partei der USA resultierten aus dem Vorhandensein von zwei hauptsächlichen Fraktionen, die auf der einen Seite von Jay Lovestone, seit dem überraschenden Tod des erst 44 Jahre alten Charles Ruthenberg am 2. März 1927 Generalsekretär der Partei, und auf der anderen Seite von William Z. Foster repräsentiert wurden. Vordergründig ging es bei den Auseinandersetzungen um die Frage, wie unter den konkreten Bedingungen der USA die Arbeit in und mit den Gewerkschaften zu gestalten sei, um den Einfluß der gesellschaftlich ohnehin marginalisierten Kommunistischen Partei zu erhöhen. Im Hintergrund wirkte jedoch die Tatsache, daß sich die Fraktion um William Z. Foster vorrangig aus gebürtigen US-Amerikanern rekrutierte, die zumeist anarcho-syndikalistische Positionen vertraten, weil sie ihren politischen Weg in der US-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, insbesondere der IWW, der Industrial Worker of the World, begonnen hatten. Geographisch gesehen hatten sie ihren Schwerpunkt im Gebiet von Chicago. Die Anhänger Jay Lovestones hingegen waren in ihrer Mehrzahl Einwanderer der ersten Generation, oftmals Juden, die ihre politischen Wurzeln in der osteuropäischen sozialistischen Bewegung der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg hatten. Sie hatten ihre Basis vor allem in der Stadt und dem Bundesstaat New York. Es waren also weniger politische als vielmehr kulturelle (und in nicht wenigen Fällen sehr persönliche) Differenzen, die dem innerparteilichen Konflikt zugrunde lagen.⁴⁹

In seiner Rede auf der Sitzung des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern am 1. Juli 1927, auf der unter dem Tagesordnungspunkt 3 »Amerikanische Frage« die Verhandlungsergebnisse der vorangegangenen Wochen abschließend behandelt wurden, konnte Arthur Ewert deshalb feststellen: »Als wir alle politischen Differenzen in der Kommission untersuchten, stellte sich heraus, daß sie auf ein Minimum reduziert werden können und wir fragten uns, wie es kommt, daß der Fraktionskampf solche

⁴⁷ Allerdings erwiesen sich die Probleme als so hartnäckig, daß sich die Verhandlungen bis Ende Juni 1927 hinzogen.

⁴⁸ Nicht geklärt werden konnte, wann und wie sich diese persönliche Verbindung zwischen Arthur Ewert und Nikolai Bucharin entwickelte. Es ist nicht ausgeschlossen, aber äußerst unwahrscheinlich, daß sich Arthur Ewert und Nikolai Bucharin bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1916 in New York kennenlernten. Denn es gibt - außer der zeitlichen und geographischen Möglichkeit - nicht einmal Indizien, die eine solche Annahme rechtfertigen. So ist eher anzunehmen, daß sich das persönliche Verhältnis der beiden Männer erst in den Jahren ab 1923 entwickelte, als sich Arthur Ewert wiederholt in Moskau aufhielt und es - vor allem in der internationalen Arbeit - Berührungspunkte mit Nikolai Bucharin gab. Auch Wladislaw Hedeler, der sich ausführlich mit der Biographie Bucharins befaßt hat, sind keine Hinweise auf eine Begegnung zwischen Arthur Ewert und Nikolai Bucharin in New York bekannt (Mail von Wladislaw Hedeler vom 23. Juli 2011).

⁴⁹ Vgl. dazu insbesondere: Theodore Draper, *The Roots of American Communism*, New York 1957, und: Harvey Klehr, *Communist Cadre. The Social Background of the American Communist Party Elite*, Stanford 1978, aber auch: Fraser M. Ottanelli, *The Communist Party of the United States. From the Depression to World War II*, New Brunswick u.a. 1991, insbesondere Kapitel 2: »To the Masses!« (S. 17-48), sowie: Bernard K. Johnpoll (Hrsg.), *A Documentary History of the Communist Party of the United States, Volume 1: Gestation and Birth, 1918-1928, Volume 2: Toil and Trouble, 1928-1933*, Westport u.a. 1994.

Schärfe annimmt, wenn so wenig politische Differenzen vorhanden sind. Natürlich hat das seine objektiven Ursachen, aber auch subjektive: das Fortleben alter, heute überlebter Fraktionsgruppierungen, das Bestreben seitens der Mehrheit, eine bestimmte Theorie der Hegemonie einer bestimmten Gruppe in der Partei zu entwickeln und eine fraktionelle Einstellung, die bei der Mehrheit, ebenso bei der Minderheit, vorhanden war. Hier galt es, eine Basis zu finden, auf der die Liquidierung dieser Gruppen eingelenkt werden kann.« Und weiter: Es konnte »also ein Teil der Streitfragen in der Arbeit der Kommission ausgeschaltet werden. Die Frage steht jetzt, wie wir den Parteitag vorbereiten können und wie wir solche Garantien schaffen, daß [wir] während der Vorbereitung und auf dem Parteitag nicht einen [erneuten] Fraktionskampf erhalten, der heute in der amerikanischen Partei nicht gerechtfertigt wäre.«⁵⁰

Bereits im Verlaufe der Moskauer Beratungen hatte Jay Lovestone angeregt, Arthur Ewert als ständigen Vertreter der Komintern in die USA zu entsenden. Das allerdings hätte eine weitere Mitarbeit Arthur Ewerts in der Führung der KPD unmöglich gemacht. Weder Nikolai Bucharin noch Arthur Ewert selbst waren deshalb bereit, einem solchen Vorschlag zuzustimmen. Man einigte sich daher sehr schnell auf einen Kompromiß, der alle Seiten zufriedenstellte: Arthur Ewert sollte als offizieller Repräsentant der Komintern am 5. Parteitag der Kommunistischen Partei der USA teilnehmen, der im Spätsommer 1927 in New York City stattfinden würde, und anschließend noch einige Wochen in den USA bleiben, um bei der Umsetzung der Beschlüsse des Parteitages mitzuwirken.

Auch die Reise Arthur Ewerts in die USA erfolgte nach den Regeln strengster Konspiration. Das beweisen zwei Schreiben aus dem Jahre 1930, die in der FBI-Akte von Arthur Ewert aufbewahrt werden. Am 18. Juni 1930 wandte sich der Leiter der Osteuropa-Abteilung des US-Außenministeriums, Robert F. Kelley, mit einem vertraulichen Schreiben an FBI-Chef J. Edgar Hoover. Er übermittelte ein Foto von Arthur Ewert und verwies auf einen kurzen Bericht in der Halbmonatszeitschrift »Militant«, die von einer oppositionellen Gruppierung innerhalb der KP der USA herausgegeben wurde. Im Heft 4 des zweiten Jahrgangs, das am 15. Februar 1929 erschienen war, hieß es sachlich weitgehend zutreffend, wenn auch in der Formulierung äußerst tendenziös: »Ewert [...] half 1927 in seiner Eigenschaft als Vertreter der K[ommunistischen] I[nternationale] bei unserer Partei, den Parteitag durch allerlei Tricks zu manipulieren und der Lovestone-Fraktion eine Mehrheit zu verschaffen.« Dann ersuchte Kelley den FBI-Chef um Auskunft darüber, ob die auf dem Foto abgebildete Person, also Arthur Ewert, tatsächlich im Jahre 1927 in den USA gewesen war.⁵¹

Knapp eine Woche später, am 24. Juni 1930, mußte Hoover in seinem Antwortschreiben einräumen: »In den Akten des FBI sind keine Informationen enthalten, die darauf hinweisen, daß Arthur Ewert im Verlaufe des Jahres 1927 in unserem Land gewesen ist.« Und weiter: »In Ihrem Brief [...] war festgestellt worden, daß Arthur Ewert mit einem gewissen Braun identisch ist, von dem ungefähr zur Zeit des 5. Parteitages berichtet wurde, daß er das Exekutivkomitee der Kommunistischen Interna-

⁵⁰ [Arthur Ewert während der Sitzung des Präsidiums des EKKI], Moskau, 1. Juli 1927, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 2, Delo 99. Blatt 3-6, hier: Blatt 4 f.

⁵¹ Chief of Division of Eastern European Affairs to J. Edgar Hoover, Director, Bureau of Investigation, June 18, 1930, in: FBI-Akte 800.00 B - Ewert, Arthur, Blatt 13.

tionale auf dem Parteitag vertreten würde.« Und auch in diesem Fall: »Ich war nicht in der Lage, irgendeine Information zu finden, daß dieser Braun im Jahre 1927 in unserem Land war.«⁵²

Ganz offensichtlich gab es nicht einmal Gerüchte darüber, daß Arthur Ewert bei seiner Reise in die USA von seiner Frau Elise begleitet wurde. Elise Ewert selbst bestätigte ihren Aufenthalt in den USA im Januar 1936 – nach ihrer Verhaftung in Brasilien – gegenüber einem Mitarbeiter der US-Botschaft in Rio de Janeiro, der sie im Gefängnis besuchte.⁵³

Die genauen Reisedaten von Arthur und Elise Ewert sind nicht überliefert. Jedoch ist zu vermuten, daß sie sich am 23. August 1927 bereits in den USA aufhielten. An diesem Tag wurden im Staatsgefängnis von Charlestown im Bundesstaat Massachusetts die beiden aus Italien stammenden Anarchisten Ferdinando »Nicola« Sacco und Bartolomeo Vanzetti auf dem elektrischen Stuhl getötet. Sie waren sieben Jahre zuvor in einem bis heute äußerst umstrittenen Prozeß wegen eines Doppelmordes, den sie nicht begangen hatten, auf Grundlage fragwürdiger Indizien und widersprüchlicher Zeugenaussagen verurteilt worden.⁵⁴ Weder die zahlreichen juristischen Schritte ihrer Anwälte noch die buchstäblich weltweite Solidaritätsbewegung, bei der auch die Internationale Rote Hilfe eine wichtige Rolle spielte, konnten ihre Leben retten.

Auf dem New Yorker Union Square hatten sich in den späten Abendstunden des 22. August 1927, dem Tag vor der geplanten Hinrichtung, mehr als 15.000 Menschen versammelt. Sie hofften gemeinsam auf die Nachricht von einer Begnadigung oder zumindest einem Vollstreckungsaufschub. Doch etwa eine Stunde nach Mitternacht kam die Nachricht vom Tod Sacco und Vanzettis, die nach übereinstimmenden Zeitungsberichten bei den Menschen auf dem Platz erschütternde Reaktionen auslöste. Ob auch Arthur und Elise Ewert in dieser Nacht auf dem Union Square waren, ist nicht bekannt, aber sehr wahrscheinlich.

Denn einem Bericht der Schriftstellerin Alex Wedding ist zu entnehmen, daß Elise Ewert, die seit ihrer Rückkehr aus Kanada im März 1920 regelmäßig für die kommunistische Presse schrieb, einen längeren Text über die Hintergründe des Falles von Sacco und Vanzetti veröffentlichte.⁵⁵ Aller Wahrscheinlichkeit nach handelte es sich dabei um die Broschüre »Der Fall Sacco und Vanzetti. Eine Herausforderung des Weltproletariats«, die im Frühherbst 1927 vom ZK der KPD herausgegeben wurde und die in der VIVA, der »Vereinigung internationaler Verlagsanstalten«, erschien. Einer dritten erweiterten Auflage, die ebenfalls noch im Jahre 1927 veröffentlicht

⁵² J. Edgar Hoover, Director, Bureau of Investigation, to Robert F. Kelley, Chief of Division of Eastern European Affairs, June 24, 1930, in: Ebenda, Blatt 14.

⁵³ Memorandum concerning visit to Mr. and Mrs. Ewert, alias Harry Berger and Machla Lenczycki, on Januar 28, 1936, Enclosure No.1 to Despatch No. 937, January 30, 1936. From Embassy - Rio de Janeiro, in: Ebenda (nicht paginiert).

⁵⁴ Am 23. August 1977, anlässlich ihres 50. Todestages, gab der damalige Gouverneur des US-Bundesstaates Massachusetts, Michael S. Dukakis, eine Ehrenerklärung für Sacco und Vanzetti ab und stellte dabei fest, »daß jeglicher Makel von ihren Namen genommen werden« müsse. Diese Ehrenerklärung war faktisch ein offizielles Eingeständnis, daß es sich bei der Hinrichtung der beiden Männer um einen Justizmord gehandelt hatte. Vgl. dazu u.a.: The Boston Herald, August 24, 1997.

⁵⁵ Vgl. dazu: Alex Wedding, Aus Brasilien ins III. Reich verschleppt, in: Deutsche Frauenschicksale, Herausgegeben von der Union für Recht und Freiheit Prag, London 1937, S. 133-138, hier S. 136.

wurde, war ein »Bericht über die Kundgebung des New Yorker Proletariats in der Mordnacht« beigelegt. Da Elise Ewert im Hinblick auf die Mission, die Arthur Ewert im Auftrag der Komintern in den USA zu erfüllen hatte, als Autorin ungenannt bleiben mußte, wurde lediglich Ernst Schneller als verantwortlicher Herausgeber genannt.

Anders sah es bei dem Buch »Sacco und Vanzetti, ihr Leben und Sterben« des US-amerikanischen Schriftstellers Eugene Lyons aus, dessen deutsche Ausgabe Anfang 1928 im »Neuen Deutschen Verlag« erschien. Hier wurde Elise Ewert unter ihrem Kurznamen Sabo als Übersetzerin genannt. In einer Rezension für die »Rote Fahne« schrieb Frida Rubiner damals: »Unsere Generation kennt die Einzelheiten der grausigen Mordtat der weißen Klassenjustiz, kennt den August 1927 und die vorhergegangenen Jahre des Ringens um das Leben dieser beiden Märtyrer der Arbeiterklasse. Aber es ist notwendig, daß auch die kommenden Generationen alle Einzelheiten dieses Falles kennen. So ist es zu begrüßen, daß das Buch des Amerikaners Eugene Lyons »Sacco und Vanzetti, ihr Leben und Sterben« vom Neuen Deutschen Verlag in ausgezeichnete Übertragung von Sabo in deutscher Sprache herausgegeben wurde.«⁵⁶

Der New Yorker Parteitag der Kommunistischen Partei der USA vom 31. August bis 6. September 1927, an dem 50 Delegierte teilnahmen, wählte ein Zentralkomitee mit 37 Mitgliedern, von denen 22 der Fraktion von Jay Lovestone angehörten. Die übrigen 15 Mitglieder gehörten anderen Gruppierungen an, in ihrer übergroßen Mehrzahl der Fraktion um William Z. Foster. Das Zentralkomitee wiederum wählte zur Erfüllung der tagesaktuellen Aufgaben ein Politbüro mit 11 Mitgliedern, verpflichtete sich aber, mindestens einmal in drei Monaten zu einer Beratung zusammenzukommen und so selbst unmittelbar und regelmäßig Einfluß auf die Politik der Partei zu nehmen.

James P. Cannon, der im Jahre 1927 noch einflußreiches Mitglied der Foster-Fraktion gewesen war, wenig später aber wegen »trotzkistischer Abweichungen« aus der Partei ausgeschlossen wurde und sich in späteren Jahren tatsächlich Trotzki und dessen Anhängern anschloß, zog viele Jahre später in seinen Erinnerungen dennoch eine positive Bilanz der Beratungen in Moskau und New York, die in der Verantwortung und unter der Leitung von Arthur Ewert durchgeführt worden waren: »Ewert beeindruckte mich als ein ehrenhafter und geradliniger Kommunist. Er war ein ehemaliger Arbeiter, der aus der zweiten und dritten Reihe schließlich in die Führung der deutschen Partei geholt worden war, nach dem mit Hilfe der Komintern zunächst die rechte Führung Brandler-Thalheimer und dann die linke Führung Fischer-Maslow beseitigt worden war. Ich weiß nicht, warum gerade er für die Aufgabe ausgewählt wurde, die Amerikanische Kommission zu leiten. Ich denke, er stand Bucharin sehr nahe und erfüllte in dieser Angelegenheit die Wünsche Bucharins.« Und weiter: »Die Entscheidung der Komintern im Jahre 1927 lief nicht zwangsläufig darauf hinaus, daß die Gruppe um Lovestone die uneingeschränkte Mehrheit im Zentralkomitee haben sollte. Alle Entscheidungen und Telegramme führten dann zwar letztlich zu diesem Ergebnis, aber es war wohl nicht die ursprüngliche Absicht gewesen. Was Lovestone in dieser Zeit von der Komintern erhielt, war die Hilfe, die er brauchte, um seine Mehrheit zu sichern, aber keine Mehrheit, die es ihm erlaubt hätte, die Minderheit auszuschalten oder gar auszuschließen. Alle Hilfe, die er erhielt, kam unter der Maßgabe,

⁵⁶ Die Rote Fahne, Berlin, 5. Mai 1928.

daß die Partei zusammengeschlossen werden sollte und Frieden einkehren würde. Das war auch die Position, nach der Ewert während seines damaligen Aufenthaltes als Vertreter der Komintern in unserem Land handelte. Auch nach dem Parteitag, und natürlich im Rahmen der Entscheidungen, die dort gefällt worden waren, arbeitete er stets mit dem Ziel, für Frieden zu sorgen und zu vermitteln. Wir hatten niemals einen Grund auch nur zu vermuten, daß er uns gegenüber unfair sein würde. Natürlich handelte er auf der Grundlage von Instruktionen, doch dieses Verhalten, wie er es praktizierte, war einfach selbstverständlich für ihn. Er war zweifellos ein aufrechter Kommunist, und meine Erinnerungen an ihn sind alles andere als unfreundlich.«⁵⁷

Der in Moskau ausgehandelte und in New York umgesetzte Kompromiß erwies sich allerdings sehr schnell als brüchig. Auch in den folgenden Jahren waren es vor allem innerparteiliche Auseinandersetzungen, die das Geschehen in der Kommunistischen Partei der USA bestimmten.

Nur zwei Jahre später brach der Konflikt in der Führung der Kommunistischen Partei der USA erneut mit voller Wucht aus, doch nun unter politisch völlig veränderten Vorzeichen. Jay Lovestone, der aus den Auseinandersetzungen des Jahres 1927 noch als Sieger hervorgegangen war, sollte nun auf ausdrücklichen Wunsch Stalins seinen Posten als Generalsekretär der KP der USA zugunsten seines Erzrivalen William Z. Forster aufgeben. Doch auf dem 6. Parteitag, der Anfang März 1929 in New York stattfand, verfügten die Anhänger Lovestones über die klare Mehrheit der Delegiertenstimmen, die Fraktion um Forster konnte sich – entgegen den Wünschen und Erwartungen Moskaus – nicht durchsetzen.

Deshalb sollte die Angelegenheit nun unmittelbar durch die Führung der Komintern geklärt und entschieden werden. Vertreter beider Fraktionen wurden nach Moskau bestellt, um ihre Positionen vorzutragen und anschließend den verbindlichen Beschluß der Führung der Komintern zur Kenntnis zu nehmen. Im Vorfeld der Moskauer Beratungen war Lovestone noch voller Optimismus, denn es war ihm offensichtlich nicht bewußt, daß die Vorgänge innerhalb der KP der USA in sehr direkter Weise die Vorgänge in der KP der Sowjetunion widerspiegelten und daß damit auch sein politisches Schicksal im Grunde genommen längst entschieden war. Denn Forster stand bedingungslos auf der Seite Stalins, der sich in der Auseinandersetzung mit Bucharin, dessen erklärter Anhänger Lovestone war, klar durchgesetzt hatte.

In die Moskauer Beratungen vom 29. März bis 14. Mai 1929 war Arthur Ewert, wie das offizielle Protokoll zeigt, nicht einbezogen.⁵⁸ Die Gründe dafür sind nicht bekannt. Zwar war Arthur Ewert zu diesem Zeitpunkt wegen der Ereignisse und Entwicklungen in Zusammenhang mit der Wittorf-Affäre auf persönliche Wiesung Stalins von der weiteren Mitarbeit in der Führung der KPD ausgeschlossen, doch er hatte erst im Januar 1929 eine neue Aufgabe im Bereich der internationalen Arbeit der Komintern übernommen. Sehr wahrscheinlich waren es die in der Komintern bekannten Sympathien Arthur Ewerts für Jay Lovestone und dessen politische Positio-

⁵⁷ James P. Cannon, *The First Ten Years of American Communism. Report of a Participant*, New York 1962, S. 179 und 181 f.

⁵⁸ Стенографический отчет заседаний американской комиссии ИККИ (сокровенный) и президиума ИККИ (полный) по американскому вопросу Апрель - май 1929 года, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 2, Delo 154. Blatt 2 (Rs.).

nen, die die maßgeblichen Moskauer Gremien veranlaßten, Arthur Ewert nicht zu den Moskauer Beratungen hinzuzuziehen.

Erstaunlicherweise gibt es trotzdem einen detaillierten Bericht über ein angebliches Auftreten von Arthur Ewert bei diesen Moskauer Beratungen. Allerdings entstand dieser Bericht, dessen Verfasserin Aino Kuusinen war, die ehemalige finnische Kommunistin und langjährige Ehefrau von Otto Kuusinen, erst 35 Jahre nach den geschilderten Ereignissen und ohne Zugriff auf zeitgenössische Dokumente. Das könnte erklären, warum wichtige Punkte ihres Berichts nicht mit den bekannten Tatsachen in Übereinstimmung zu bringen sind.

Der von Aino Kuusinen genannte Zeitpunkt der Beratung – das Frühjahr 1930 – konnte schon deshalb nicht stimmen, weil es im Frühjahr 1930 keine derartige Beratung in Moskau gegeben hatte. Ganz abgesehen davon, daß Jay Lovestone, der nach ihrer Darstellung ebenfalls Teilnehmer der Beratung war, bereits im Verlaufe des Jahres 1929 aus der Kommunistischen Partei der USA ausgeschieden war. Und Arthur Ewert hatte sich im Frühjahr 1930 nachweislich in Deutschland aufgehalten und dort in der kommunistischen Reichstagsfraktion gearbeitet. Auch der Stil und die Wortwahl, die sie Arthur Ewert unterstellte, entsprechen nicht seinem Auftreten, wie es von vergleichbaren, aber dokumentierten Zusammenkünften bekannt ist.

Aino Kuusinen schrieb also in ihren Erinnerungen: »Nachdem [Otto] Kuusinen die Sitzung eröffnet hatte, sprach Genosse Ewert, ein hoher Funktionär der deutschen Partei und Mitglied des Exekutivkomitees. Er war kürzlich von einem einmonatigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten zurückgekehrt; er hatte dort versucht, die Unstimmigkeiten innerhalb der Partei zu bereinigen [...].⁵⁹ In sarkastischem Ton begann Ewert sich über die amerikanische Partei lustig zu machen; sie sei so schwach, daß kein amerikanischer Arbeiter, der auch nur einen Funken Selbstachtung besitze, ihr beitreten wolle. Dann fuhr er fort: »Während meiner Karriere habe ich so manche innerparteiliche Uneinigkeit erlebt und analysiert und bin ihren Ursachen immer auf den Grund gekommen. Anders bei der amerikanischen Partei: Dort sind die inneren Kämpfe beinahe zu einer Wissenschaft geworden, die so kompliziert ist, daß mir niemand weismachen kann, er wäre imstande, sie zu ergründen. Ihr könnt nach Amerika schicken, wen ihr wollt – keiner wird in der Lage sein, euch zu berichten, wer in der Partei recht und wer unrecht hat. Man kann nicht einmal herausfinden, worum der Streit geht.«⁶⁰

⁵⁹ Zum hier geschilderten Zeitpunkt, also Frühjahr 1930, war Arthur Ewert, wie eben erwähnt, längst kein »hoher Funktionär der deutschen Partei« mehr. Und seine Reise in die USA im Auftrag der Komintern lag schon fast drei Jahre zurück. Auch diese Tatsachen sprechen gegen die Darstellung von Aino Kuusinen.

⁶⁰ Aino Kuusinen, *Der Gott stürzt seine Engel*. Herausgegeben und eingeleitet von Wolfgang Leonhard, Wien, München und Zürich 1972, S. 107 f. Möglicherweise verwechselte Aino Kuusinen in ihrer Erinnerung Arthur Ewert und Philipp Dengel. Dengel war tatsächlich Anfang 1929 in den Vereinigten Staaten gewesen und dort im Auftrag der Komintern sogar Mitglied der KP der USA geworden. Im Frühjahr 1929 war er Teilnehmer der Moskauer Beratung mit den Vertretern der KP der USA. Vgl. dazu: Michael Buckmiller und Klaus Meschkat (Hrsg.), *Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt*, Berlin 2007, Datenbankeintrag zu Philipp Dengel auf beiliegender CD-ROM. Allerdings enthielt die Rede Dengels vom 14. April 1929 keine Formulierungen, wie sie Aino Kuusinen Arthur Ewert unterstellte. Vgl. dazu: [Речь Товарища Денгелья], in: *Стенографический отчет заседаний американской*

Wohl deutlich näher an der historischen Wahrheit ist dagegen ein Bericht, der von Benjamin Gitlow stammt. Gitlow, ein enger Vertrauter Jay Lovestones, gehörte 1919 zu den Mitbegründern der Kommunistischen Partei der USA. In den Jahren 1924 und 1928 war er Kandidat seiner Partei für das Amt des Vizepräsidenten der USA gewesen. Allerdings schwenkte er spätestens 1939 auf explizit antikommunistische Positionen um und arbeitete in der Folge bereitwillig mit dem berüchtigten Komitee für Un-amerikanisches Verhalten des US-Kongresses zusammen, was zu grundsätzlichen Zweifeln hinsichtlich seiner Glaubwürdigkeit berechtigt.

In seinen erstmals 1948 erschienenen Erinnerungen »The Whole Of Their Lives« berichtete Gitlow über eine Begegnung mit Arthur Ewert im Moskauer Hotel »Lux«, die außerhalb des Rahmens offizieller Gespräche und Verhandlungen unter beinahe konspirativen Bedingungen stattfand. Gitlow nannte keinen Zeitpunkt für diese Begegnung, allerdings ist aus dem Kontext erkennbar, daß es sich um das Frühjahr 1929 und damit um die eben erwähnte Moskauer Beratung mit der Führung der KP der USA gehandelt haben muß.

Zwar gibt es keinen unabhängigen Beweis dafür, daß diese Begegnung im »Lux« überhaupt stattgefunden hat und in der geschilderten Art und Weise verlief. Doch die Darlegungen von Gitlow erscheinen im Hinblick auf Arthur Ewert durchaus glaubwürdig, auch wenn die Worte, die er Arthur Ewert zuschrieb, von einem für diesen völlig untypischen Pathos waren.

Gitlow berichtete also, wobei er von Arthur Ewert stets als »Brown« schrieb, der Name, unter dem er ihn 1927 in den USA kennengelernt hatte: »Brown [d.i. Arthur Ewert] gehörte zu den unfreiwillig in Moskau Exilierten. Er war im »Lux« untergebracht, verließ das Haus aber kaum. Seine Freundin⁶¹, eine rundliche, gutaussehende deutsche Stenographin, die im Apparat der Komintern arbeitete, liebte ihn hingebungsvoll. Sie verweigerte sich nicht nur der kommunistischen Vorverurteilung, in dem sie den Bann ignorierte, mit dem ihr Freund und Genosse belegt war, sondern sie lebte mit ihm zusammen und sorgte sich um sein Wohlergehen. Und das mutige Mädchen tat noch mehr: Sie stritt in seiner Sache mit allen wichtigen Leuten in der Komintern.

Brown hörte, daß die Führer der amerikanischen Kommunistischen Partei nach Moskau gekommen waren, um ihren Fall vor der Komintern zu diskutieren. Er kannte die Amerikaner gut, und er sandte sein Mädchen aus, um ein Treffen zu arrangieren.

Etwa gegen ein Uhr in der Frühe war ein Klopfen an der Tür zu dem Raum im »Lux« zu hören, in dem sich die Amerikaner trafen. Ein ängstliches Mädchen in einem blauen Schlafanzug aus Seide trat ein. Sie flüsterte nur. Würden die amerikanischen Genossen, die ja auch unter Feuer liegen würden, sich mit dem Genossen Brown treffen? »Er möchte, daß ich Sie wissen lasse, daß er die amerikanischen Genossen sehr dringend zu treffen wünscht, denn er hat das starke Gefühl, daß das, was er zu sagen

комиссии ИККИ и Президиума ИККИ по американскому вопросу, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 2, Delo 154. Blatt 1-86, hier: Blatt 23 ff.

⁶¹ Hier ist ganz offensichtlich Elise Ewert gemeint, die Frau von Arthur Ewert. Auch die Tatsache, daß Gitlow Sabo an anderer Stelle als »Mädchen« beschreibt, begründet gewisse Zweifel an Gitlows Glaubwürdigkeit. Immerhin war Sabo zu dem geschilderten Zeitpunkt bereits weit über vierzig Jahre alt, also eine gestandene Frau.

hat, für die amerikanischen Genossen von großer Wichtigkeit sein kann. Sollten Sie dem Treffen zustimmen, so kann das mit einem großen Maß an Geheimhaltung arrangiert werden.«

Einige der anwesenden Amerikaner waren zunächst sehr nachdrücklich gegen das Treffen mit Brown. Sie lebten zu dieser Zeit in Moskau. Doch einige Spitzenleute, die wußten, daß sie bald wieder abreisen würden, stimmten dem Treffen mit dem geächteten Mann zu.

Das Treffen fand einige Stunden später in dem selben Raum statt. Der Brown, der eintrat, war nicht mehr der joviale und heitere Mann von einst. Vor den Amerikanern stand in dem nur schwach beleuchteten Raum ein gebrochener und verängstigter Mann, der erst einige Augenblicke zögerte, bevor er sich schließlich doch setzte. Die früher jugenhaften und spitzbübischen Augen blickten jetzt erschöpft und resigniert. Seine Lippen zitterten, als er stockend und unter Anstrengung, aber mit großer Emotion, sprach. Er bemühte sich sehr, ruhig zu bleiben. Jeder Nerv seines Körpers war angespannt, um die Tränen zurückzuhalten. Er bedachte jedes seiner Worte sehr genau, als er auf deutsch⁶² sagte:

«Genossen, es ist sinnlos, den Kampf fortzusetzen. Die Komintern ist zu mächtig. Ungeachtet ihrer Entscheidungen und Handlungen, die wir ablehnen, ist es die Komintern, zu der die werktätigen Massen in aller Welt Vertrauen haben. Sie ist ihre einzige Hoffnung. Genossen, ich bin sehr ungerecht behandelt worden, aber als Revolutionär, als Kommunist darf ich nicht zulassen, daß meine persönlichen Gefühle einer größeren und wichtigeren Sache im Wege stehen. Ich wäre unwürdig, Kommunist genannt zu werden, wenn ich es täte.

Genossen, als Kommunist kann ich nicht gegen die Komintern vorgehen, die Komintern ist mein Leben. Ich bin als Arbeiter geboren. Was immer ich jetzt bin, ich verdanke es der Arbeiterbewegung. Für mich als Kind dieser Bewegung gibt es kein Leben außerhalb der Bewegung. Seit Stalin die Absicht andeutete, mich aus der Partei zu entfernen, habe ich mit mir viele Tage und Nächte gekämpft. Ein solch innerer Kampf ist für einen Genossen in meiner Lage eine sehr schmerzhaft Erfahrung. Vor allem die Nächte verbringt man allein mit der Dunkelheit und mit angstvollen Gedanken. Ich habe alles abgewogen. Ich habe die Vergangenheit durchdacht und versucht, die Zukunft zu ergründen. Und ich bin zu einer endgültigen Entscheidung gekommen – mich zu unterwerfen. Das ist die Entscheidung, die ich getroffen habe. Anders zu handeln würde für mich bedeuten, eine Existenz ohne Halt zu akzeptieren, und das wäre der Tod. Genossen, ich spreche sehr ernsthaft. Ich werde auf den Knien vor der Komintern rutschen. Ich werde alles tun, was man von mir verlangt, damit ich nicht ausgeschlossen werde. Mit den Jahren wird die Vergangenheit ausgelöscht werden, und die Zukunft wird mich rechtfertigen.«

Er schwieg einige Augenblicke. Die müden Augen blickten in dem Licht der schwachen Glühbirne jetzt glasig. Seine Lippen waren unter der emotionalen Anstrengung ausgetrocknet. Er legte seine Hände auf den Tisch, damit sie nicht mehr zitterten, doch es gelang ihm nicht, sie stillzuhalten. Der Mann, der leben wollte – nicht um

⁶² Das ist eher unwahrscheinlich: Arthur Ewert sprach durch seinen jahrelangen Aufenthalt in Kanada und den USA ausgezeichnet Englisch, und es gibt keinen Grund anzunehmen, daß er in einer ausschließlich englischsprachigen Runde von seinen Sprachkenntnissen keinen Gebrauch machte.

seiner selbst willen, sondern wegen einer größeren Sache –, fand schließlich noch die Kraft für einige abschließenden Worte:

»Genossen, und ich sage das mit tiefster Aufrichtigkeit: Kämpft nicht gegen die Komintern. Ich bitte Euch das zu tun, was ich für mich entschieden habe: Unterwerft Euch. Laßt nicht zu, daß Ihr Euch selbst zerstört und für die Bewegung verloren seid. Ich flehe Euch an, findet den Mut, Euch der Disziplin der Komintern zu unterwerfen. Die Zukunft, Genossen, ist mit der Komintern, und nicht mit Euch.«

Brown ging zur Komintern. Er fraß Dreck. Er verdammte sich selbst und seine Vergangenheit in Deutschland und sonstwo. Er verurteilte die Amerikaner, die sich nicht unterwarfen. Der arme Mann dachte an die Bewegung und nicht an den Mann, der die Bewegung war: Stalin vergab Brown niemals, daß er versucht hatte, seinen Gefolgsmann von der Spitze der deutschen Partei zu entfernen.«⁶³

Tatsache ist, daß Arthur Ewert auch in der Folge nicht mehr mit Angelegenheiten der Kommunistischen Partei der USA befaßt war, auch wenn in der einschlägigen Literatur, gelegentlich unter Bezug auf die bereits zitierte Aino Kuusinen, zumeist aber ohne jeden Versuch eines Belegs, immer wieder behauptet wird, daß er bei zwei weiteren Gelegenheiten, nämlich Anfang 1930 und Ende 1934, in den Vereinigten Staaten Aufgaben für die Komintern erfüllte.⁶⁴

Doch weder in den Akten der US-amerikanischen Bundespolizei FBI noch in den Akten der britischen Geheimdienste MI-5 und MI-6 gibt es auch nur die Andeutung eines Hinweises, von einem Beweis ganz zu schweigen, daß sich Arthur Ewert Anfang 1930 oder Ende 1934 in den USA aufgehalten haben könnte.

Im Januar 1936 – wenige Tage nach seiner Verhaftung in Brasilien – hatte Arthur Ewert versucht, Hilfe und Unterstützung von der US-Botschaft in Rio de Janeiro zu erhalten. Aus diesem Grunde hatte er einem Vertreter der US-Botschaft, der ihn im

⁶³ Benjamin Gitlow, *The Whole Of Their Lives. Communism in America - A Personal History*, New York 1971, S. 183 ff.

⁶⁴ Vgl. dazu zum Beispiel: David P. Hornstein, *Arthur Ewert. A Life for the Comintern*, New York and London 1993, S. 127 f. und 203 ff., oder auch: William Waack, *Camaradas. Nos arquivos de Moscou. A história secreta da revolução brasileira de 1935*, São Paulo 1993, S. 87. William Waack bewies in diesem Zusammenhang seine weitgehende Unkenntnis der Biographie Arthur Ewerts, denn er beschrieb die angebliche Reise von Arthur Ewert in die USA im Jahre 1930 als dessen »erste internationale Mission«. In der deutschen Ausgabe (William Waack, *Die vergessene Revolution. Olga Benario und die deutsche Revolte in Rio*, Berlin 1994, S. 69.) hieß es dagegen neutral: »Anfang 1930 wurde Ewert dann nach New York geschickt, um die amerikanische KP wieder »auszurichten.«

Doch nicht nur Hornstein und Waack, auch ein Wissenschaftler wie Jürgen Mothes schrieb, daß Arthur Ewert »mehrfach als Sonderbeauftragter der Exekutive in den USA« war, obwohl es sich lediglich um einen Einsatz, im Spätsommer 1927, handelte. (Vgl. dazu: Jürgen Mothes, *Briefe aus Montevideo - Arthur Ewert und die Wandlung von Luiz Carlos Prestes zum Kommunisten*, in: Jürgen Mothes, a.a.O., S. 27). Auch im »Biographical Dictionary of the Comintern« (Branko Lazitch and Milorad M. Drachkovitch, *Biographical Dictionary of the Comintern*, Stanford 1986, S. 110-111, hier: S. 111.) ist ohne Beleg davon die Rede, daß Arthur Ewert 1934 zunächst in die USA entsandt wurde und dann nach Brasilien ging.

Richtig ist, daß sich Arthur Ewert im Sommer 1932 in Zusammenhang mit seinem anschließenden Einsatz in China nochmals einige Wochen in New York aufhielt. Allerdings ging es bei diesem Aufenthalt ausschließlich darum, für sich und seine Frau US-amerikanische Pässe und andere Papiere zu beschaffen.

Gefängnis besuchte, im Verlauf mehrerer Gespräche zahlreiche Details seiner Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei der USA, so seine Teilnahme am Parteitag in New York im Spätsommer 1927, enthüllt. Aus den Fragen, die ihm bei diesen Gesprächen gestellt wurden, hatte Arthur Ewert ganz offensichtlich erkannt, daß sein Leben in den vorangegangenen Jahren für die einschlägigen Dienste verschiedener Länder keineswegs so geheim gewesen war, wie er das angenommen hatte. Und da er nicht wissen konnte, was den US-Behörden tatsächlich über seine Arbeit in den Vereinigten Staaten bekannt war, durfte er keine wichtigen Aspekte, wie einen Aufenthalt Anfang 1930 oder im Spätherbst 1934, verschweigen, um die Grundlage der »Zusammenarbeit« mit der US-Botschaft nicht zu gefährden. Hätte sich also Arthur Ewert Anfang 1930 oder im Spätherbst 1934 tatsächlich in den USA aufgehalten, hätte er das gegenüber dem Vertreter der US-Botschaft in Rio de Janeiro nach seiner Verhaftung mit großer Wahrscheinlichkeit erwähnt. Das ist jedoch nicht geschehen.⁶⁵

Auch bei den nachfolgenden geheimpolizeilichen Untersuchungen durch die US-Bundespolizei FBI innerhalb der USA, bei denen es vor allem um die Umstände ging, unter denen Arthur und Elise Ewert in den Besitz von echten US-amerikanischen Pässen und weiteren Dokumenten gelangten, spielten mögliche weitere Aufenthalte von Arthur Ewert in den USA zu keinem Zeitpunkt eine Rolle.

Daran ändert auch zum Beispiel Hornsteins detaillierte Beschreibung des Zusammenkommens von Arthur Ewert mit Willi Münzenberg und Gerhart Eisler Ende 1934 in den Vereinigten Staaten nichts, obwohl Hornsteins Beschreibung durchaus eine gewisse innere Logik hat.⁶⁶

Hornsteins Darlegungen werden durch Zeitzeugenberichte allerdings nicht gestützt. Bei zielgerichteten Befragungen durch die Zentrale Parteikontrollkommission der SED im Rahmen der damaligen »Maßnahmen« gegen ehemalige sogenannte Westemigranten Anfang der fünfziger Jahre berichtete Gerhart Eisler, der in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre im Auftrag der Komintern in den USA gelebt und gearbeitet hatte, zwar über Kontakte zu dem später verfemten Willi Münzenberg.⁶⁷ Ein Zu-

⁶⁵ Memorandum of conversation with Arthur Ernst Ewert and Elise Ewert, alias Harry Berger and Machla Lenczycki, respectively. Enclosure No. 2 - Despatch No. 920, January 16, 1936. From Embassy - Rio de Janeiro, FBI-Akte 800.00 B - Ewert, Arthur (nicht paginiert). Die Aussagen Arthur Ewerts gegenüber dem US-amerikanischen Botschaftsmitarbeiter, das kann man dem hier genannten Memorandum entnehmen, waren allerdings von so allgemeinem Charakter, daß die US-Behörden aus diesen Aussagen in der Praxis keinerlei Gewinn ziehen konnten. So nannte Arthur Ewert weder Namen noch Kontaktadressen, sondern sprach nur in ganz allgemeinen Worten über die Beziehungen zwischen Komintern und KP der USA.

⁶⁶ Hornstein berichtete, daß Arthur Ewert in den USA zwei Aufgaben zu erfüllen gehabt habe: Er sollte seinen weiterhin existierenden Einfluß auf die Führung der KP der USA ausüben, um die inzwischen grundsätzlich veränderte politische Linie der Komintern im Verhältnis zur Sozialdemokratie durchzusetzen. Und er sollte den Konflikt zwischen Gerhart Eisler und Willi Münzenberg beilegen, die sich in offizieller Mission im Auftrag der Komintern bzw. der KPD in den USA aufhielten. Dieser Konflikt, so Hornstein, habe darin bestanden, daß Münzenberg, der sich in den USA um politische und materielle Unterstützung für den antifaschistischen Kampf in Deutschland bemühte, bereits von dem Gedanken der Volksfrontpolitik geleitet war, während Eisler diese neue Politik noch ablehnt hätte. Vgl. dazu: David P. Hornstein, a.a.O., S. 203 ff.

⁶⁷ Zur Biographie von Willi Münzenberg siehe u.a.: Babette Gross, Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967; Harald Wessel, Münzenbergs Ende. Ein deutscher Kommunist im Widerstand gegen Hitler und Stalin. Die Jahre 1933 bis 1940, Berlin 1991; Tania Schlie und Simone Roche,

sammentreffen mit Arthur Ewert in den USA, das er keinesfalls hätte verschweigen dürfen, erwähnte Gerhart Eisler nicht.⁶⁸

Zurück zu Arthur Ewert: Bei seinen wiederholten – und aus Moskauer Sicht stets erfolgreichen – Auslandsmissionen erwarb sich Arthur Ewert sowohl innerhalb der Komintern als auch bei den Vertretern jener Kommunistischer Parteien, bei denen er im Auftrag der Komintern tätig wurde, ein hohes persönliches Ansehen. Doch waren diese Auslandsmissionen nicht dazu angetan, auch seine Position innerhalb der Führung der KPD zu stärken. Denn in Situationen, die für die weitere Entwicklung der Partei von Wichtigkeit waren, hatte er wiederholt keinen Einfluß nehmen können, weil er sich unerreichbar außerhalb Deutschlands aufhielt. So mußte Clara Zetkin im Spätsommer 1927 in einem Brief an Nikolai Bucharin feststellen: »Dagegen wird allgemein die baldige Rückkehr Brauns [d.i. Arthur Ewert] gewünscht, obgleich man sich über seine mancherlei Unvollkommenheit im klaren ist. [Ernst] Meyer hält sich tapfer und klug, aber seine Stellung ist sehr schwer und muß gestärkt werden.«⁶⁹

Willi Münzenberg (1889-1940). Ein deutscher Kommunist im Spannungsfeld zwischen Stalinismus und Antifaschismus, Frankfurt am Main und Berlin 1995; Sean McMeekin, *The Red Millionaire. A Political Biography of Willi Münzenberg, Moscow's Secret Propaganda Tsar in the West*, New Haven and London 2003; Dieter Schiller, »Propaganda als Waffe«. Kurt Kersten und Willi Münzenberg, Berlin 2007, und: Alain Dugrand et Frédéric Laurent, *Willi Münzenberg. Artiste en révolution (1889-1940)*, Paris 2008.

⁶⁸ Vgl. dazu z.B.: Bericht von Gerhart Eisler, 16. April 1953, SAPMO-BArch, Berlin, DY 30/IV 2/4/155, Blatt 22-56, hier: Blatt 23.

⁶⁹ Clara Zetkin an Nikolai Bucharin, 11. September 1927, SAPMO-BArch, Berlin, RY 5/I 6/3/161, Blatt 18-24, in: Hermann Weber und Bernhard H. Bayerlein, *Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin*, Berlin 2003, S. 84 ff.

Kapitel 9: Im Sächsischen Landtag

Am 31. Oktober 1926 wurde Arthur Ewert als Abgeordneter in den Sächsischen Landtag gewählt. Er hatte im Wahlkreis 3 (Chemnitz-Zwickau) kandidiert und sich zu diesem Zweck in der Gemeinde Kändler bei Limbach, heute ein Ortsteil von Limbach-Oberfrohna, amtlich angemeldet. Allerdings hatte er diese Anmeldung erst am Tage vor der Schließung der Wählerlisten vorgenommen, ein Umstand, der nur wenige Wochen später äußerst unerwünschte Folgen haben sollte.¹

Das hochindustrialisierte Sachsen war in den vorangegangenen Jahren politisch einen eigenen Weg gegangen.² Das war vor allem der Tatsache geschuldet, daß sowohl die sächsische KPD als auch die sächsische SPD mehrheitlich einen Kurs vertraten, der in wesentlichen Aspekten deutlich von den Orientierungen und Vorgaben der jeweiligen Parteiführungen in Berlin abwich.

Bereits Ende 1920 hatte die KPD in Sachsen erstmals die Wahl eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten ermöglicht: Wilhelm Buck hatte eine Koalitionsregierung aus SPD und USPD gebildet, die ohne die Unterstützung der KPD über keine parlamentarische Mehrheit verfügt hätte. Im Ergebnis der gelungenen Wahl Bucks zum sächsischen Regierungschef entwickelte sich in den folgenden zwei Jahren zwischen den drei Parteien eine fruchtbringende parlamentarische Zusammenarbeit, die vor allem innerhalb der sächsischen SPD sehr bald nicht mehr nur als eine Notlösung gesehen wurde, sondern vielmehr als ein wirkliches Gegenmodell zur allgemeinen politischen Praxis in Deutschland, insbesondere in Preußen.³

Anfang 1923 kam es durch die veränderte Politik der KPD zu einer kurzzeitigen Krise dieses »sächsischen Modells«. Diese Krise war eine unmittelbare Folge der heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Frage der Einheitsfrontpolitik und der Arbeiterregierung, die schließlich – für die Öffentlichkeit unübersehbar – auf dem Reichsparteitag der KPD in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923 einen ersten Höhepunkt erreichten.⁴ Die in Berlin erscheinende bürgerlich-liberale »Vossische Zeitung« schrieb in diesem Zusammenhang: »Das eintönige und selbst den Leitern der kommunistischen Zentrale mißtönige Geschrei ihres linken Flügels nach »mehr Radikalismus« und »Aktion«, wobei kein Mensch weiß, was denn nun geschehen sollte, hat die kommunistische Fraktion des sächsischen Landtages veranlaßt, einen Salto mortale zu vollführen, der zwar als Zeichen von Aktivität auf dem Parteitag heftig beklatscht wurde, im übrigen aber eine Art von »Konsequenz« zeigte, die sich selbst ad absurdum führt. Der Erfolg ist – von den Kommunisten aus gesehen –, daß sie nun

¹ [An die deutsche Delegation beim EKKI], Berlin, 7. Dezember 1926, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 10. Blatt 225-230, hier: Blatt 229.

² Donald D. Pryce bezeichnete das damalige Sachsen als »das proletarischste aller deutschen Länder, sowohl hinsichtlich seiner Bevölkerung als auch seiner Politik.« Vgl. dazu: Donald W. Pryce, *The Reich Government versus Saxony, 1923. The Decision to Intervene*, in: *Central European History*, 10 (1977), No. 2, S. 112-147, hier: S. 112.

³ Vgl. dazu: Stephan Voßen, *Der »Sachsenkonflikt«*, in: Helga Grebing, Hans Mommsen und Karsten Rudolph (Hrsg.), *Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933*, Essen 1993, S. 263-272, hier: S. 264.

⁴ Allerdings waren insbesondere während des Parteitags alle beteiligten Seiten, wenn auch vergeblich, bemüht, die »Parteidifferenzen« nicht »nach außen« dringen zu lassen. Vgl. dazu: Jens Becker, Heinrich Brandler. *Eine politische Biographie*, Hamburg 2001, S. 187.

auch in Sachsen wieder gar keinen praktisch-politischen Einfluß haben und daß die neue Regierung sich eben nach rechts anlehnen wird. Mit der sozialistischen oder der »Arbeiterregierung«, die sie immer und überall verlangen, ist es wieder einmal vorbei.«⁵

Doch entgegen dieser Vermutung beschloß ein Landesparteitag der sächsischen SPD am 4. März 1923 in Dresden mit einer klaren Mehrheit von 93 zu 32 Stimmen, bei der anstehenden Neubildung der Landesregierung keine Koalition mit der bürgerlich-liberalen Deutschen Demokratischen Partei, der DDP, einzugehen, sondern ein Verhandlungsangebot der KPD aufzugreifen, das diese am 2. März 1923 in der »Roten Fahne« unterbreitet hatte. Vom Parteitag wurde daher – unter Umgehung des einflußreichen Landesarbeitsausschusses, der jede Zusammenarbeit mit Kommunisten grundsätzlich ablehnte – eine sogenannte Siebenerkommission eingesetzt und zu offiziellen Verhandlungen mit der Führung der sächsischen KPD bevollmächtigt. Bereits am 15. März 1923 wurde zwischen beiden Parteien ein Abkommen unterzeichnet, mit dem sich die KPD zur Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung in Sachsen verpflichtete. Im Gegenzug sah das Abkommen die Schaffung proletarischer Hundertschaften als Organen des Selbstschutzes, eine Amnestie für politische Gefangene sowie die Einrichtung von Kontrollausschüssen zur Bekämpfung des um sich greifenden Wuchers vor. Am 21. März 1923 wurde die von Ministerpräsident Erich Zeigner geführte neue sächsische Landesregierung mit den Stimmen von SPD und KPD im Amt bestätigt.

Ein reichliches halbes Jahr später, am 10. Oktober 1923, erklärte die KPD ihren Eintritt in die sächsische Landesregierung unter Ministerpräsident Erich Zeigner. Damit kam es zur Bildung der ersten Arbeiterregierung in Deutschland. Fritz Heckert wurde Wirtschaftsminister, Paul Böttcher übernahm das Finanzressort. Heinrich Brandler, der Vorsitzende der KPD, wurde Leiter der sächsischen Staatskanzlei.⁶

Doch diese Arbeiterregierung hatte, wie bereits in einem anderem Zusammenhang geschildert, nur wenige Tage Bestand. Am 27. Oktober 1923 forderte der nationalliberale Reichskanzler Gustav Stresemann, unterstützt von den sozialdemokratischen Reichsministern, angesichts der Berufung dreier kommunistischer Regierungsmitglieder ultimativ den Rücktritt des sozialdemokratischen sächsischen Ministerpräsidenten. Als sich Erich Zeigner weigerte, dieser offensichtlich verfassungswidrigen Aufforderung Folge zu leisten, verfügte der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert auf Wunsch der Regierung in Berlin die Reichsexekution gegen Sachsen. Am 29. Oktober 1923 besetzte die Reichswehr, die bereits am 22. Oktober 1923 in Sachsen einmarschiert war, die Räumlichkeiten der Landesregierung in Dresden und vertrieb die anwesenden Minister mit Waffengewalt buchstäblich aus ihren Dienstzimmern. Erich Zeigner wurde als Ministerpräsident abgesetzt und vorübergehend inhaftiert. Seine Amtsgeschäfte übernahm ein von der Reichsregierung in Berlin eingesetzter Reichskommissar.

⁵ Vossische Zeitung, Berlin, 2. Februar 1923 (Morgenausgabe).

⁶ Hintergrund dieses Schrittes der KPD war, wie an anderer Stelle bereits dargestellt, die von der Komintern in Moskau geforderte Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes in ganz Deutschland, des »Deutschen Oktober«: Die kommunistischen Minister in Sachsen (und Thüringen) sollten in erster Linie für die Bewaffnung der Arbeiter sorgen.

In dieser Situation ergriff der Parteivorstand der SPD in Berlin die Initiative, um das ungeliebte Projekt einer Arbeiterregierung, also einer Koalitionsregierung unter Einbeziehung der KPD, endgültig zu beenden. Der Parteivorsitzende Otto Wels vereinbarte mit der sächsischen Landtagsfraktion der SPD die Bildung einer von der DDP tolerierten sozialdemokratischen Minderheitsregierung unter Alfred Fellisch, die »in der Beobachtung und dem Schutze der Reichs- und Landesverfassung ihre oberste Pflicht« sehen würde.⁷

Am 4. Januar 1924 wurde der vormalige sozialdemokratische Finanzminister Max Heldt als sächsischer Ministerpräsident gewählt. Mit Rückendeckung durch den Parteivorstand in Berlin hatte er eine Mehrheitsregierung unter Beteiligung der DDP und der DVP, der Deutschen Volkspartei, gebildet, obwohl es selbst innerhalb seiner Fraktion Widerstand gegen ein solches Vorgehen gegeben hatte. Bereits am 6. Januar 1924 forderte ihn ein Landesparteitag mit 77 zu 16 Stimmen deshalb auf, die eben erst vereinbarte Koalition mit den bürgerlichen Parteien aufzukündigen und Verhandlungen über eine Regierungsbildung mit der KPD aufzunehmen.

Heldt und große Teile der sozialdemokratischen Landtagsfraktion widersetzten sich jedoch diesem Beschluß. Damit nahm ein Konflikt seinen Anfang, der als »Sachsenkonflikt« oder auch »Sachsenstreit« in die Geschichte einging und der die SPD auf Reichsebene und natürlich in Sachsen selbst über Jahre hinweg beschäftigte.

Seinen Höhepunkt und Abschluß fand der »Sachsenkonflikt« erst auf dem Dresdener Landesparteitag der SPD am 25. März 1926, als Max Heldt und die Mehrheit der Mitglieder der sächsischen Landtagsfraktion aus der Partei ausgeschlossen wurden. Drei Wochen später, am 15. April 1926, spaltete sich die Landtagsfraktion. Die 23 aus der SPD ausgeschlossenen Abgeordneten konstituierten sich als »alte sozialdemokratische Fraktion«, die dann am 6. Juni 1926 zum Kern der neugegründeten Alten Sozialistischen Partei Sachsens (ASPS) wurde.⁸ Heldt mußte allerdings seine Regierung umbilden. Seine Koalition des sogenannten Bürgerblocks schloß nun auch die Deutschnationale Volkspartei, die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) und die Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung (Volksrechtspartei) ein. Sozialdemokratische Politik war in dieser Konstellation nicht mehr möglich, aber wohl auch nicht gewollt. Es ging Heldt nur noch darum, vorgezogene Neuwahlen zu verhindern, bei denen seine Fraktion zwangsläufig die übergroße Mehrzahl ihrer Mandate verlieren würde, und seine Regierung bis zum regulären Ende der Wahlperiode im Herbst 1926 im Amt zu halten.⁹

Für die KPD ergab sich damit eine komplizierte Situation. Die auch nach dem Führungswechsel im Spätsommer 1925 unverändert fortwirkenden linken und ultralinken Tendenzen in der Partei schlossen eine offensive Orientierung auf die erneute Bildung einer Arbeiterregierung im Bündnis mit der SPD aus. Doch konnte es keinesfalls im Interesse der KPD und ihrer Politik sein, den linken Flügel der SPD in das bürgerliche Lager und in eine Große Koalition zu treiben, falls sich nach den Wahlen,

⁷ Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Alfred Fellisch, Dresden, 6. November 1923, in: Verhandlungen des Sächsischen Landtages, 1923, Zweiter Band, Dresden 1924, S. 1855 f.

⁸ Gelegentlich taucht auch die Bezeichnung »Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens« (ASPS) bzw. »Alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands« (ASPD) auf.

⁹ Vgl. dazu: Stephan Voßen, a.a.O., S. 270.

die schließlich für den 31. Oktober 1926 angesetzt wurden, eine Mehrheit für die Bildung einer Koalitionsregierung aus (linker) SPD und KPD ergeben hätte.¹⁰

Ende Juli 1926 wurde Arthur Ewert beauftragt, mit der Bezirksleitung der sächsischen KPD das weitere Vorgehen im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen zu beraten. Gemeinsam mit Heinz Neumann reiste er deshalb am 2. August 1926 nach Dresden, um sich mit Paul Böttcher, Robert Siewert und anderen sächsischen Spitzenfunktionären zu treffen. In dem Bericht, den Heinz Neumann wenige Tage später an die Vertretung der KPD in Moskau sandte, hieß es zu den Ergebnissen: »Bereitschaft bei den Landtagswahlen, falls die SPD an uns herantritt, mit der linken SPD Listenverbindung zur Sammlung der Reststimmen einzugehen, ohne Bedingungen zu stellen, da dies nur als opportunistischer Keim eines Regierungsprogramms ausgelegt werden könnte. Bei den gleichzeitigen Kommunalwahlen dagegen zur Bedingung die Nichtaufstellung von Rechtssozialisten [... machen], da in den Gemeinden die Spaltung noch nicht durchgeführt ist. In der Regierungsfrage die einstimmig (sogar mit Einschluß [Werner] Scholems und der Ruth-Fischer-Leute) angenommene Formulierung des Jahres 1925, an der Ihr teilgenommen habt. Als Hauptwahlparole nicht etwa die zweideutige Losung »sozialistisch-kommunistische Mehrheit«, sondern »Rote Arbeitermehrheit, wählt Kommunisten.«¹¹

Bei diesem Treffen wurde auch vereinbart, Arthur Ewert als Kandidaten für die Landtagswahlen zu nominieren, um ihm durch die Wahl parlamentarische Immunität vor der noch immer drohenden Verhaftung und Strafverfolgung wegen der Ereignisse des Oktobers 1923 zu verschaffen.

¹⁰ Heinz Neumann hatte sich bereits im September 1925, wenige Tage nach dem Wechsel an der Spitze der KPD, in einem Brief an Grigori Sinowjew lobend über einige »Linke in der Linken« der sächsischen SPD geäußert und dann festgestellt: »Unsere sächsische Parteipresse verfolgt aber noch immer die Linie, daß die Opposition um so schlimmer und arbeiterverräterischer ist, je linker sie auftritt. Das ist eine unmögliche Linie, die wir vollkommen ändern müssen.« Und weiter: »Hier in Sachsen bietet sich jetzt uns eine Gelegenheit, an die sozialdemokratischen Arbeitermassen heranzukommen, wie wir sie lange Zeit nicht wiederfinden werden, wenn wir sie auch diesmal verpassen. [...] Zunächst haben wir Ewert nach Sachsen geschickt, um Fühlung zu nehmen und dann zu berichten.« [Heinz Neumann:] Werter Genosse Sinowjew, Berlin, 18. September 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 293, Delo 7. Blatt 30-34, hier: Blatt 34. Wenige Wochen später wurde in der »Resolution über die politische Lage und die Aufgaben der KPD«, die auf der Reichskonferenz am 31. Oktober und 1. November 1925 beschlossen wurde, in einem speziellen Punkt zu Sachsen festgestellt: »Die besonderen Verhältnisse in Sachsen (Existenz einer Arbeiteropposition in der SPD, kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit im Parlament usw.) machen die Anwendung der Einheitsfronttaktik besonders notwendig. Die Partei muß dabei alle Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit ziehen. [...] Die Partei muß - im Reich wie in Preußen und den anderen Ländern und Kommunen - eine beharrliche Kampagne gegen die Koalitionspolitik der SPD führen. Die rechten sozialdemokratischen Führer in Sachsen treiben Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie. Sie tun dies gegen den Willen der Mitgliedschaft der SPD Sachsens.« Resolution über die politische Lage und die Aufgaben der KPD, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band VIII: Januar 1924-Oktob 1929, Berlin (DDR) 1975, S. 233-242, hier: S. 241.

¹¹ [Heinz Neumann:] An die deutsche Vertretung beim EKKI, Moskau (Genossen Remmele, Geschke, Schlaffer), Berlin, 6. August 1926, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 25. Blatt 76-79, hier: Blatt 78.

Auf dem Höhepunkt des sächsischen Wahlkampfes, am 26. Oktober 1926, wurde Arthur Ewert in Berlin verhaftet.¹² Die Umstände seiner Verhaftung sind nicht überliefert, doch es gibt einen kurzen Bericht von Wilhelm Pieck, den dieser am 30. Oktober 1926 an die Vertretung der KPD in Moskau übermittelte: »Wie wir Euch schon telegrafisch verständigt haben, ist die Verhaftung Brauns [d.i. Arthur Ewert] so gut wie sicher. Offizielle Mitteilung haben wir jedoch noch nicht. Aus diesem Grunde haben wir weder Verteidigung stellen noch in der Presse die Sache aufmachen können. Wir wissen nicht, ob er unter seinem Namen verhaftet ist, resp[ektive] welche Angaben er gemacht hat. Er trug keine Papiere bei sich. Am Dienstag war er zum Kursus im Wedding, ging von dort fort und blieb seit dieser Zeit verschwunden. Allem Anschein nach ist er über Nacht verhaftet worden. Lügen längere Beobachtungen vor, so wäre sicher auch seine Wohnung bekannt geworden. Nach aller bisherigen Praxis wird besonderes Augenmerk auf die Wohnung gelenkt, um dort Material mit zu beschlagnahmen. In diesem Falle aber ist die Wohnung unbekannt geblieben, wie wir uns überzeugt haben. So kann es sich unseres Erachtens nur um eine Denunziation handeln, die kurz vor seiner Verhaftung vorgenommen wurde.«¹³

Am 29. Oktober 1926 kommentierte Ernst Meyer die Verhaftung von Arthur Ewert in einem privaten Brief an seine Frau. Er schrieb: »Braun [d.i. Arthur Ewert] ist verhaftet. Die Z[entrale] wird nun ganz verwirrt, aber schon jetzt schwankt sie ganz.«¹⁴ Noch deutlicher wurde Heinz Neumann, der am 6. November 1926 aus Moskau über »Arthurs Erkrankung« schrieb: »Dieses Ereignis wird hier von allen als ein schwerer Schlag für uns angesehen. [...] Arthurs vorläufiges Ausscheiden reißt nicht nur in die organisatorische Arbeit eine schwere Lücke, sondern ist auch vom politischen Standpunkt ein sehr empfindlicher Verlust, denn er nahm innerhalb unserer Gruppe trotz aller gelegentlichen Differenzen eine bestimmte Stellung ein, die bei der kollektiven Ausbalancierung unserer Linie von großem Wert war. Besonders auf dem Gebiete der Konzentration werden wir das Fehlen dieses notwendigen Gliedes in der Kette unserer innerparteilichen Arbeit spüren. Daß die Ultralinken und Rechten das ausnutzen werden, ist ja klar.«¹⁵

Besondere Sorge bereitete der Führung der KPD vor allem die Tatsache, daß unmittelbar nach der Verhaftung Arthur Ewerts erneut ein Termin für den Beginn des so-

¹² Bei der erkennungsdienstlichen Behandlung durch das Preußische Landeskriminalamt am 27. Oktober 1927 in Berlin wurde festgestellt, daß Arthur Ewert 1,75 Meter groß war, eine »schlanke Gestalt« und eine »gesunde Gesichtsfarbe« sowie ein »volles Gesicht« mit »hoher Stirn« und »dünnen Lippen« hatte. Die Farbe der Haare wurde mit »mittelblond« angegeben, die der Augen mit »blau«. Weiterhin wurde festgestellt, daß Arthur Ewert »rechts oben 1 Goldzahn« und »am linken Ringfinger [eine] vernarbte Fingerkuppe« hatte. Fotokopie des deutschsprachigen Formblattes in der FBI-Akte 800.00 B - Ewert, Arthur, Blatt 24.

¹³ [Wilhelm Pieck:] An die deutsche Vertretung beim EKKI, Berlin, 30. Oktober 1926, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 292, Delo 25. Blatt 172. Die Vermutung, daß Arthur Ewert Opfer einer Denunziation geworden war, bestätigte sich kurze Zeit später. Es gelang dem Abwehrapparat der KPD allerdings nicht, den Denunzianten namhaft zu machen.

¹⁴ Ernst Meyer an Rosa Meyer, Brief vom 29. Oktober 1926, in: Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Band 1, Frankfurt am Main 1969, S. 450.

¹⁵ An die Genossen Thälmann und Dengel, Moskau, 6. November 1926, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 292, Delo 25. Blatt 83-86, hier: Blatt 83.

genannten Zentrale-Prozesses festgesetzt wurde. Am 18. November 1926 sollte vor dem Reichsgericht in Leipzig das Strafverfahren wegen Hochverrats gegen die Mitglieder der im Februar 1923 gewählten Zentrale der KPD wegen der Ereignisse im Oktober 1923 beginnen. Man befürchtete eine kurzfristige Anklageerhebung auch gegen Arthur Ewert.¹⁶

Allerdings erwies sich diese Sorge sehr schnell als unbegründet. Da sechs der Angeklagten Reichstagsabgeordnete waren, beschloß der Reichstag am 13. November 1926 eine Vertagung des Zentrale-Prozesses auf den Sommer 1927. So sollte verhindert werden, daß die sechs Angeklagten wegen ihrer Verpflichtung zur Teilnahme an dem Prozeß vor dem Reichsgericht daran gehindert werden könnten, ihre Aufgaben als Reichstagsabgeordnete wahrzunehmen: »Die Mehrheit des Geschäftsordnungsausschusses hat befürchtet, daß durch die erzwungene Abwesenheit der sechs Abgeordneten der Wille des Reichstages geradezu verfälscht werden könne. Da sie [d.i. die Mehrheit des Geschäftsordnungsausschusses] dies nicht will, hat sie den Beschluß gefaßt, dem Hause vorzuschlagen, das Verfahren gegen die sechs Abgeordneten bis zum Beginn der Sommerpause [1927] einzustellen.«¹⁷ Dieser Beschlußempfehlung folgte das Plenum des Reichstags.

Hoffnungen auf eine schnelle Freilassung Arthur Ewerts verbanden sich vor allem mit seiner Wahl in den Sächsischen Landtag. Mit 14,5 Prozent der Wählerstimmen und 14 Mandaten war die KPD bei den Landtagswahlen zweitstärkste politische Kraft im sächsischen Parlament geworden, knapp gefolgt von der Deutschnationalen Volkspartei, die nur 1.229 Wählerstimmen, also 0,05 Prozentpunkte, weniger und damit ebenfalls 14 Mandate erhielt. Stärkste parlamentarische Kraft in Sachsen blieb die SPD mit 32,1 Prozent der Wählerstimmen und 31 Mandaten. Die Alte SPD, wie die neue Partei von Max Heldt im allgemeinen Sprachgebrauch genannt wurde, hatte 4,2 Prozent der Stimmen erhalten und damit lediglich 4 Mandate gewonnen.¹⁸

In der konstituierenden Sitzung der kommunistischen Fraktion wurde Arthur Ewert in Abwesenheit zum Ersten Vorsitzenden der Fraktion der KPD gewählt, wobei diese Wahl wohl eher symbolischen Charakter hatte. Zum Zweiten Vorsitzenden der Fraktion wurde – kaum überraschend – Paul Böttcher gewählt, der in der Folge die gesamte Arbeit der Fraktion inhaltlich und organisatorisch leitete.

Paul Böttcher war es auch, der den Fall Arthur Ewert vor den Sächsischen Landtag brachte. Noch vor dem Eintritt in die eigentliche Tagesordnung der konstituierenden Sitzung am 25. November 1926 erklärte Paul Böttcher: »Die Kommunistische Fraktion sieht sich gezwungen, vor der Wahl des Präsidiums zum Fall des Abgeordneten Ewert Stellung zu nehmen. Herr Abgeordneter Ewert befindet sich gegenwärtig noch in der Justizbastille in Moabit. Bevor das Präsidium gewählt werden kann, muß auch der Landtag vollzählig beisammen sein. Es darf nicht gestattet sein, daß der Ober-

¹⁶ In der Ausgabe der »Roten Fahne« vom 3. November 1926 erschien auf Seite 1 nicht nur die Meldung »Prozeß gegen die Zentrale der KPD!«, sondern an prominenter Stelle auch eine kurze Nachricht »Genosse Arthur Ewert verhaftet«.

¹⁷ Verhandlungen des Reichstages. III. Wahlperiode, Band 391, Stenographische Berichte, Berlin 1927, S. 8111. Auch 1927 wurde eine Vertagung des Prozesses beschlossen, bis das Verfahren am 14. Juli 1928 im Ergebnis einer Amnestie endgültig eingestellt wurde.

¹⁸ Die übrigen Mandate verteilten sich wie folgt: DVP - 12, DDP - 5, sonstige (bürgerliche) Parteien - 14, NSDAP - 2.

reichsanwalt, daß die deutsche Klassenjustiz die Zusammensetzung eines Parlaments beliebig von sich aus bestimmt. [...] Meine Fraktion beantragt deshalb, daß vor der Wahl des Präsidiums der Antrag auf Drucksache Nr. 1, die bereits vorliegt, behandelt wird. Der Antrag fordert, daß der Abgeordnete Ewert sofort aus der Haft zu entlassen ist. Erst wenn dieser Antrag angenommen und das Haus vollzählig ist, sich also unabhängig gemacht hat von der Willkür irgendeiner Justizbehörde, erst dann kann zur Wahl des Präsidiums geschritten werden. Die Verhaftung des Abgeordneten Ewert erfolgte zwei Tage vor der Wahl zum sächsischen Landtag. Die Verhaftung ist ein politischer Streich gegen die Kommunisten, wie alle Maßnahmen der Klassenjustiz gegen die Kommunistische Partei. Aber außerdem widerspricht die Verhaftung des Abgeordneten Ewert in vollem Umfange den verfassungsmäßigen Bestimmungen, auf die Sie ja sonst bei jeder Gelegenheit so hoch und heilig schwören. Der Artikel 37 der Reichsverfassung behandelt die persönliche Unverletzlichkeit, die Immunität der Abgeordneten. [...] Es ist also hier sehr klar [...] niedergelegt, daß mit dem Tage der Wahlverkündung [...] die Immunität eines Abgeordneten beginnt und daß infolgedessen der Oberreichsanwalt am Tage der Verkündung des Resultates der sächsischen Landtagswahlen den Abgeordneten Ewert aus der Haft hätte entlassen müssen.«¹⁹

Doch die Mehrheit der Abgeordneten des sächsischen Landtages war nicht bereit, dieser Argumentation zu folgen und die Forderung der Fraktion der Kommunistischen Partei zu unterstützen. Obwohl die Rechtslage eindeutig war, wurde die Behandlung des Antrages zunächst auf die zweite Sitzung des Landtages am 30. November 1926 vertagt, wo dann entschieden wurde, den Antrag zur Behandlung an den Rechtsausschuß zu überweisen. Doch auch die Behandlung im Rechtsausschuß verzögerte sich, denn eine Mehrheit der Ausschußmitglieder verlangte, vom Oberreichsanwalt die Akten des Falles Ewert anzufordern, um zu prüfen, auf welcher Grundlage die Verhaftung Arthur Ewerts erfolgt war. Am 7. Dezember 1926 teilte die Oberreichsanwaltschaft in Beantwortung eines entsprechenden Schreibens mit, daß eine Übersendung der Akten über die Ermittlungen gegen Arthur Ewert und andere frühere Mitglieder der Zentrale der KPD schon wegen ihres Umfangs von mehr als hundert Bänden nicht möglich sei. Wichtiger war jedoch der Hinweis, daß die »reichsgerichtliche Voruntersuchung«, so der amtliche Terminus, noch gar nicht abgeschlossen war und daß demzufolge auch noch keine Anklage gegen Arthur Ewert erhoben worden war.²⁰ Damit gab es nun auch für die Mehrheit im Rechtsausschuß keinen Vorwand mehr, dem Antrag der Fraktion der KPD nicht umgehend zuzustimmen, ohne sich vollkommen unglaublich zu machen.

Am 14. Dezember 1926, in seiner 4. Sitzung, befaßte sich das Plenum des Sächsischen Landtages erneut mit dem Antrag der Fraktion der KPD auf sofortige Freilassung von Arthur Ewert. In der kurzen Debatte, die der Abstimmung vorausging, erklärte Robert Siewert: »Aus dem Schreiben des Oberreichsanwaltes ist ersichtlich, daß gegen Ewert Anklage bisher nicht erhoben worden ist. Gegen den Abgeordneten Ewert schwebt die Voruntersuchung. Der Haftbefehl, auf Grund dessen die Verhaftung von Ewert erfolgt ist, ist bereits am 4. April 1924 ausgestellt worden und kurz nach erfolgter Wahl erfolgte die Verhaftung des Abgeordneten Ewert, um die Vorun-

¹⁹ Verhandlungen des Sächsischen Landtages, 3. Wahlperiode, 1926/27, Erster Band, Dresden 1927, S. 1 f.

²⁰ Vgl. dazu: Ebenda, S. 52.

tersuchung in dieser Angelegenheit durchzuführen. Der Oberreichsanwalt, der mit all seinen Hilfsbehörden genügend Mittel und die Möglichkeit hat, die Voruntersuchung zu beschleunigen, der Gelegenheit gehabt hätte, den Abgeordneten Ewert, als er noch nicht Abgeordneter war, zu vernehmen, dem bekannt war, daß Ewert seit über einem Jahre sich in Sachsen aufhält, [...], und der nicht zugriff, der sehr genau wußte, daß Ewert an allen Beratungen, die in den sächsischen Bezirken stattfanden, teilgenommen hat, er hat erst den Moment zur Verhaftung als richtig angesehen, als die Wahl des Herrn Ewert erfolgt war. Daran sehen wir, daß der Herr Oberreichsanwalt sich als politisches Korrektiv einer politischen Entscheidung ansieht.«²¹

Die wiederholten Hinweise von Robert Siewert, daß Arthur Ewert »seit über einem Jahr sich in Sachsen« aufhielt, waren kein Zufall. Denn kurz zuvor hatte das sächsische Justizministerium aus eigener Initiative gegenüber dem Präsidium des Landtages auf die Möglichkeit hingewiesen, das Abgeordnetenmandat von Arthur Ewert für ungültig zu erklären, da er seinen Wohnsitz in Sachsen nur pro forma genommen habe. Im Rechtsausschuß, der sich Anfang Dezember 1926 mit dem Antrag der KPD-Fraktion auf sofortige Freilassung Arthur Ewerts befaßt hatte, war von einem Abgeordneten der Wirtschaftspartei deshalb sogar gefordert worden, eine »Freilassung des Abgeordneten Ewert [nur] für den Fall zu beschließen, daß seine Abgeordneteneigenschaft nach Prüfung der erhobenen Bedenken festgestellt wird.«²²

Doch der Sächsische Landtag folgte in dieser Frage zunächst der Empfehlung der Mehrheit des Rechtsausschusses und schloß sich mit mehrwöchiger Verzögerung doch noch dem Antrag der Fraktion der KPD an. Ob dieser Landtagsbeschluß Einfluß auf die Entscheidung des Oberreichsanwaltes gehabt hatte, ließ sich nicht mehr feststellen. Tatsache ist jedoch, daß Arthur Ewert freigelassen wurde und am 16. Dezember 1926 erstmals an einer Sitzung des Sächsischen Landtages teilnehmen konnte.²³

Am 20. Januar 1927 hielt Arthur Ewert seine erste und einzige Rede vor dem Sächsischen Landtag. Als Erster Fraktionsvorsitzender der KPD antwortete er auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Max Heldt, der am 11. Januar 1927 im fünften Anlauf vom Bürgerblock, einer Koalition aus Alter SPD, Deutscher Demokratischer Partei, Deutscher Volkspartei und Wirtschaftspartei, wiedergewählt worden war, nachdem er in den Monaten seit der Landtagswahl die Regierungsarbeit bereits geschäftsführend geleitet hatte.

Vorangegangen waren wochenlange, allerdings vergebliche Bemühungen, eine sozialdemokratische Minderheitsregierung ins Amt zu bringen. Am 30. November 1926, auf der 3. Sitzung des Sächsischen Landtags, hatte die SPD, wie es einer ihrer Abgeordneten vor dem Plenum formulierte, »den Versuch zur Bildung einer sozialistischen

²¹ Ebenda, S. 52 f. Die Verhaftung von Arthur Ewert erfolgte tatsächlich - wie dargestellt - vier Tage vor der Wahl. Warum Robert Siewert, dem das bekannt gewesen war, trotzdem davon sprach, daß die Verhaftung *nach* der Wahl erfolgte, ließ sich nicht klären.

²² Ebenda, S. 52.

²³ Ebenda, S. 91. In einem persönlichen (undatierten) Brief schrieb Heinz Neumann aus Moskau an Arthur Ewert unmittelbar nach dessen Freilassung: »Ich teilte Stalin, gerade als Dein Telegramm kam, persönlich mit, daß Du frei bist, worauf er wörtlich sagte: »Das ist glänzend für die Partei.« [Heinz Neumann:] Lieber Freund, Moskau, ohne Datum, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 292, Delo 22, Blatt 435.

Regierung« unternommen und den früheren Kultusminister Hermann Fleißner als Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten nominiert.²⁴ Im Namen der kommunistischen Fraktion hatte Robert Siewert die Unterstützung seiner Partei für Fleißner bei dieser Wahl angekündigt, aber gleichzeitig darauf hingewiesen, daß ein solcher Schritt keine Abkehr der KPD von ihrer prinzipiellen Ablehnung der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus bedeuten würde. Gestützt auf eine Erklärung seiner Partei, die er im Wortlaut vortrug, versuchte Siewert in seiner Rede den offensichtlichen Widerspruch zwischen der Unterstützung Fleißners und der fortbestehenden grundsätzlichen Gegnerschaft zur SPD aufzulösen. Die sächsische SPD habe sich zwar von den »Sozialfaschisten« – damit waren Max Heldt und seine Anhänger gemeint – getrennt, doch hätten »die Führer der sächsischen Sozialdemokratie [... bewiesen], daß sie nach wie vor gewillt sind, jedem ernsthaften Kampf der Arbeiterklasse auszuweichen, ihn zu sabotieren und zu verraten.« »Deshalb«, so Robert Siewert weiter, »ist die Stimmabgabe der KPD für den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten nicht gleichbedeutend mit der Verpflichtung, die sozialdemokratische Minderheitsregierung zu unterstützen. Die KPD macht ihr Verhalten abhängig von der jeweiligen Situation und den Handlungen der Regierung.« Und schließlich: »Die Kommunistische Partei erklärt, daß auch im Falle der Duldung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung sie den Kampf gegen die arbeiterfeindliche Politik der sozialdemokratischen Führer unter den breiten Massen mit allen gebotenen Mitteln führen wird.«²⁵

Bei der anschließenden Abstimmung erhielt Hermann Fleißner 44 Stimmen, also die Stimmen aller sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten. Die Nichtteilnahme Arthur Ewerts war dabei nicht wahlentscheidend, denn für die erforderliche Mehrheit fehlten Fleißner insgesamt vier Stimmen, so daß auch bei einer Anwesenheit von Arthur Ewert mindestens drei Stimmen von der ASPD oder aus dem bürgerlichen Lager hätten kommen müssen.²⁶

Am 7. Dezember 1926 folgte ein ebenfalls ergebnisloser zweiter Wahlgang, ein für den 14. Dezember 1926 geplanter dritter Wahlgang wurde auf den Januar 1927 verschoben.

²⁴ Verhandlungen des Sächsischen Landtages, a.a.O., S. 17.

²⁵ Ebenda, S. 18. Nach der Ankündigung der SPD unmittelbar nach der Wahl, sich wegen der Bildung einer Minderheitsregierung sowohl an die KPD als auch an die Alte SPD wenden zu wollen, hatte die sächsische Bezirksleitung der KPD in Absprache mit der Parteiführung in Berlin beschlossen: »Die Partei stellt eine Reihe von Forderungen auf, deren Anerkennung Voraussetzung für die Duldung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung ist. Die Partei erklärte aber gleichzeitig, daß sie eine sozialdemokratische Minderheitsregierung, die sich gleichzeitig auf die sozialfaschistische ASPS stützt, nicht unterstützen noch dulden, sondern schärfstens bekämpfen wird.« [An die Deutsche Vertretung beim EKKI, Moskau], Berlin, 6. November 1926, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 25. Blatt 185-187, hier: Blatt 187. In der Folge kam es zu Irritationen, weil Robert Siewert am 7. Dezember 1926 ohne Rücksprache ankündigte, daß die kommunistische Fraktion Fleißner auch dann wählen würde, falls er auch von der ASPS Stimmen erhalten würde.

²⁶ Für die Wahl des Ministerpräsidenten war die einfache Mehrheit der anwesenden Abgeordneten unter der Voraussetzung erforderlich, daß sich mindestens zwei Drittel der gewählten Abgeordneten an der Abstimmung beteiligten. Am 30. November 1926 und am 7. Dezember 1926 waren jeweils 95 Abgeordnete anwesend, so daß die einfache Mehrheit bei 48 Stimmen gelegen hätte. Für Max Heldt, der ebenfalls kandidierte, wurden bei diesen beiden Wahlgängen jeweils nur die vier Stimmen seiner Fraktion abgegeben. Die übrigen Stimmen verteilten sich auf weitere acht bzw. vier Bewerber.

In der 6. Sitzung des Sächsischen Landtags, die in den Vormittagsstunden des 11. Januar 1927 stattfand, gab es eine weitere Abstimmung. Diesmal waren nur 90 Abgeordnete anwesend, die erforderliche einfache Mehrheit lag daher bei 46 Stimmen. Hermann Fleißner erhielt durch die Anwesenheit von Arthur Ewert nun 45 Stimmen, es fehlte ihm also nur eine einzige Stimme zur Wahl als sächsischer Ministerpräsident. Allerdings wurde bei diesem Wahlgang auch deutlich, daß der sogenannte Bürgerblock inzwischen begonnen hatte, seine Stimmen zu sammeln. Max Heldt erhielt diesmal 31 Stimmen. Nach einer zeitweise tumultartigen Debatte, in deren Verlauf die Zuschauertribüne durch die Polizei gewaltsam geräumt wurde, wurde für den Nachmittag des 11. Januar 1927 kurzfristig die 7. Sitzung des Sächsischen Landtages anberaumt, und auf dieser Sitzung gelang es Max Heldt, wie bereits erwähnt, die erforderliche absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinen.

Die Antwort auf die Regierungserklärung von Max Heldt, die Arthur Ewert am 20. Januar 1927 gab, war in erster Linie eine Begründung für den Mißtrauensantrag der KPD gegen die Landesregierung und für einen Antrag auf Auflösung und Neuwahl des Landtages: »Die Kommunistische Partei hat den Antrag auf Auflösung des Landtages und den Mißtrauensantrag gegen die Regierung Heldt vor allen Dingen deshalb gestellt, um das Augenmerk der sächsischen Arbeiterschaft und der übrigen werktätigen Bevölkerung auf die Notwendigkeit zu lenken, den Kampf gegen diese Regierung jetzt mit allen Mitteln zu beginnen, damit diese Regierung, die sich auf eine Mehrheit stützt, die vollständig uneinheitslich ist, in kürzester Zeit weggefegt wird, damit Neuwahlen vorgenommen werden, damit entsprechend der Stimmung der werktätigen Massen eine andere Zusammensetzung in diesem Parlamente herbeigeführt wird. Was stellt diese Regierung dar? Die Regierung Heldt, die unterstützt wird von den Deutschnationalen, die Regierung Heldt, in der die Agenten des Großkapitals die Führung haben, die die Beauftragten des Verbandes der sächsischen Industriellen sind, ist eine Regierung, die, wie sich bereits seit den letzten drei Jahren gezeigt hat, nur reaktionäre Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse und die werktätige Bevölkerung durchführen und diesen Kurs auch noch weiter einhalten wird.«²⁷

Allerdings befaßte sich Arthur Ewert im weiteren Verlauf seiner Rede nur noch am Rande mit der Lage in Sachsen, er nutzte die Gelegenheit vor allem, um Vorwürfe gegen die SPD im Reich und in Sachsen zu erheben: »Wenn wir weiter sehen, daß die Sozialdemokratische Partei in diesem Lande, die auf der einen Seite erklärt, daß sie einen Kampf gegen die Regierung Heldt führt –, gleichzeitig in ihren Blättern den schärfsten Kampf gegen die Sowjet-Union führt und versucht, bestimmte Fragen, die die Interessen der Arbeiterklasse heute nicht unmittelbar berühren, als Ablenkungsmittel von den wirklichen und praktischen Aufgaben in der Vordergrund zu stellen, [...] um die Arbeiterklasse davon abzuhalten, hier in Sachsen selbst den Kampf zu organisieren und zu führen gegen die Regierung Heldt und die Sozialverräter in den Gewerkschaften, so ist offenkundig, daß hier von der Sozialdemokratischen Partei ein Doppelspiel getrieben wird.«²⁸

Karl Böchel, einer der drei Fraktionsvorsitzenden der SPD, der unmittelbar nach Arthur Ewert sprach, begann seine Rede daher mit einem bissigen Kommentar: »Es

²⁷ Verhandlungen des Sächsischen Landtages, a.a.O., S. 151.

²⁸ Ebenda, S. 152.

war vorauszusehen, daß der Angriff der Kommunisten gegen den Bürgerblock keine Attacke gegen den Bürgerblock, sondern gegen die Sozialdemokratie war. Es war vorauszusehen und wir wußten, daß zwei Zehntel ihrer Argumentation sich gegen die rechtsstehende Gefahr, gegen die Reaktion richtete, und acht Zehntel ihrer angeblichen Beweise gegen unsere Partei.«²⁹

Erst für den 15. März 1927 ist durch eine im Protokoll des Sächsischen Landtages vermerkte namentliche Abstimmung wieder eine Anwesenheit Arthur Ewerts in Dresden nachweisbar. Vermutlich hatte Arthur Ewert in den dazwischenliegenden Wochen tatsächlich nicht an der Arbeit des Sächsischen Landtages teilgenommen, denn die Vorbereitung des Parteitages der KPD vom 2. bis 7. März 1927 in Essen, der als sogenannter Parteitag der Konzentration in die Geschichte der KPD einging, erforderte seine ganze Kraft und Zeit.

Am 24. März 1927 befaßte sich der Sächsische Landtag in seiner 22. Sitzung mit der »Ungültigkeitserklärung der Wahl des Abgeordneten Ewert«, wie es in der Tagesordnung hieß. In den Wochen und Monaten zuvor hatte sich zunächst der Wahlprüfungsausschuß und später auch der Rechtsausschuß mit dieser Frage befaßt. Das sächsische Justizministerium, das überhaupt erst die Möglichkeit in die Diskussion gebracht hatte, das Mandat von Arthur Ewert zu annullieren, lieferte nun ein »unabhängiges« Rechtsgutachten. Darin wurde eingangs festgestellt, daß Arthur Ewert tatsächlich alle gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen für den Erwerb des passiven Wahlrechts in Sachsen erfüllt hatte, um dann in völliger Umkehrung der vorgebrachten Argumente zu empfehlen, die Wahl von Arthur Ewert für ungültig zu erklären.

Die beteiligten Ausschüsse hatten außerdem Akten angefordert und Zeugen vernommen, insbesondere die Mitglieder und Angestellten der Gemeindebehörde von Kändler. Dabei war auch der zeitweilig erhobene Vorwurf ausgeräumt worden, daß Mitglieder oder Angestellte der Gemeindebehörde von Kändler aus eigener Initiative oder auf Verlangen von Arthur Ewert dessen Anmeldung in Kändler zurückdatiert hätten. Schließlich empfahl eine Mehrheit der Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses, die Wahl von Arthur nicht für ungültig zu erklären.

Die in der Abstimmung im Ausschuß unterlegene Minderheit legte dem Plenum des Sächsischen Landtages jedoch einen eigenen Antrag vor, der dann entgegen allen parlamentarischen Gepflogenheiten zur Grundlage der Abstimmung gemacht wurde.

Wenig überraschend fiel die Entscheidung gegen Arthur Ewert aus. Im offiziellen Protokoll wurde der Vorgang so vermerkt: »Präsident: [...] Ich lasse nunmehr über den Minderheitsantrag abstimmen. Wer dafür ist, daß die Wahl des Abgeordneten Ewert für ungültig erklärt wird, bitte ich in seiner Verfassung zu bleiben, wer dagegen ist, erhebe sich. (Zurufe bei den Kommunisten: Auch die Nationalsozialisten! Auch die Alten Sozialdemokraten! Auch die Volksrechtler! – Das ist Rachepolitik! – Abgeordneter Böttcher: Da grinsen die Spießer! Wir werden Euch aber das Grinsen beibringen! Die Arbeiter werden Euch das erzählen!) Der Ungültigkeitsantrag ist mit Mehrheit angenommen. (Pfui-Rufe links).«³⁰

²⁹ Ebenda, S. 154.

³⁰ Ebenda, S. 676. Es gehört zu den Kuriositäten am Rande der großen Geschichte, daß die gesamte Wahl des Sächsischen Landtages vom 31. Oktober 1926 durch ein Urteil des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich vom 22. März 1929, also fast auf den Tag genau zwei Jahre nach der Ungültig-

Aller Wahrscheinlichkeit nach hatte Arthur Ewert an dieser Sitzung des Sächsischen Landtages nicht teilgenommen. Das Abstimmungsergebnis war vorhersehbar, und er mußte damit rechnen, sofort nach der Beendigung seiner parlamentarischen Immunität wieder verhaftet zu werden. Auch wenn der Oberreichsanwalt am 8. Februar 1927 dem zuständigen Polizeipräsidium in Leipzig in einem Schreiben mit dem Betreff »Strafsache gegen die Mitglieder der früheren Zentrale der KPD wegen Vorbereitung zum Hochverrat« mitgeteilt hatte, »daß sich die unter dem 16. Februar 1924 übersandten Steckbriefe hinter [...] Ewert, Arthur, [...] erledigt« hätten, so war der Haftbefehl gegen Arthur Ewert nach wie vor in Kraft und konnte jederzeit vollstreckt werden.³¹

Tatsächlich strengten die deutschen Justizbehörden auch in den folgenden Jahren immer wieder Strafverfahren gegen Arthur Ewert an, zuletzt im Spätsommer 1930. In diesem Fall hatte der Oberreichsanwalt jedoch die Auflösung des Reichstages abgewartet, durch die Arthur Ewert seine parlamentarische Immunität verlor. Erst am 22. August 1930 wurde Arthur Ewert in Berlin einem offiziellen Verhör unterzogen.

Anlaß des Verfahrens war eine Rede, die Arthur Ewert am 23. Februar 1930 bei einer internen Veranstaltung der KPD in Danzig gehalten hatte. Die Aussagen von Arthur Ewert bei dieser Rede, die nicht überliefert ist, hatte der Oberreichsanwalt als »Vorbereitung zum Hochverrat« gewertet. Allerdings hatte er in seinem gegen Arthur Ewert gerichteten Tatendrang zunächst »übersehen«, daß Danzig damals eine sogenannte Freie Stadt war, also rechtlich nicht zu Deutschland gehörte. Das hatte unmittelbar zur Folge, daß der Oberreichsanwalt das Verfahren gegen Arthur Ewert trotz aller Bemühungen ergebnislos einstellen mußte, denn der Spitzelbericht, auf den sich seine Ermittlungen gestützt hatten, war von einem Danziger Bürger verfaßt worden. Eine gerichtliche Verwertung dieses Spitzelberichts hätte aber nach der damals geltenden Rechtslage vorausgesetzt, daß der Verfasser ein sogenannter deutscher Reichsbürger war.

Die Tatsache, daß es der deutschen Justiz über mehr als zehn Jahre hinweg zu keinem Zeitpunkt gelang, eine gerichtliche Verurteilung Arthur Ewerts zu erreichen, sorgte bei den maßgeblichen deutschen Behörden für andauernde Verärgerung. Das zeigte nicht zuletzt ein Schreiben der Staatspolizeidienststelle für den Landespolizeibezirk Berlin an den Generalkonsul der USA in Berlin vom 31. Januar 1936, das in Kopie in der FBI-Akte von Arthur Ewert aufbewahrt wird. In dem Schreiben hieß es: »Gegen Ewert haben wiederholt Verfahren verschiedener Art, so wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Verstoßes gegen die Paßvorschriften usw. geschweht. Diese Verfahren endeten jedoch immer mit Einstellung oder Freispruch.«³²

keitserklärung des Mandats von Arthur Ewert, insgesamt für ungültig erklärt wurde, weil eine gesetzliche Bestimmung, durch die die Zulassung von Splitterparteien erschwert werden sollte, nicht mit der Weimarer Verfassung vereinbar war. Bei den fälligen Neuwahlen am 12. Mai 1929 verlor die KPD gegenüber 1926 1,7 Prozentpunkte und erhielt nur noch 12 Mandate.

³¹ Akten des Polizeipräsidioms Leipzig, Prozeß gegen die früheren Mitglieder der Zentrale der KPD, SAPMO-BArch, Berlin, NY 4182/85, Blatt 40.

³² [Schreiben der Staatspolizeidienststelle für den Landespolizeibezirk Berlin an den US-amerikanischen Generalkonsul in Berlin], 31. Januar 1936, FBI-Akte 800.00 B - Ewert, Arthur, Blatt 36/3.

Kapitel 10: Kehrtwende nach ultralinks

Im Herbst 1927 war Ernst Meyer aus gesundheitlichen Gründen aus der engeren Führung der KPD ausgeschieden. Sein Platz im vierköpfigen Politischen Sekretariat, dem maßgeblichen Führungsgremium der Partei, war zunächst unbesetzt geblieben. Erst auf einer Politbürositzung am 30. März 1928 gelang es Ernst Thälmann, eine Berufung von Ernst Schneller als Nachfolger von Ernst Meyer durchzusetzen. Arthur Ewert hatte vergeblich versucht, eine Erweiterung des Politischen Sekretariats auf fünf Mitglieder zu erreichen. Er hatte die Absicht gehabt, Gerhart Eisler, einen Freund und Vertrauten aus der Mittelgruppe, an seine Seite zu holen. Allerdings war Eisler, der erst sieben Wochen zuvor »an Stelle des erkrankten Genossen Meyer« zur Erledigung von (überwiegend technischen) Sekretariatsfunktionen in das Sekretariat des Zentralkomitees berufen worden war, auf eben dieser Politbürositzung ohne weitergehende Begründung von seiner neuen Funktion abberufen worden, »ohne daß es zu einer beträchtlichen Ausübung der Funktion« gekommen war, wie Eisler in einer schriftlichen Stellungnahme konstatierte.¹

Mit den »Kaderveränderungen im Sekretariat und in anderen Leitungsgremien des ZK der KPD vom 30. März 1928«, so der Titel des Beschlusses, verschob sich das Kräfteverhältnis innerhalb der engeren Führung der KPD wieder deutlich nach links. In einer persönlichen Erklärung stellte Arthur Ewert dazu fest: »Ich habe eine Erweiterung des politischen Sekretariats von vier auf fünf Genossen vorgeschlagen. Dieser Vorschlag von mir wurde von den anderen Genossen nicht akzeptiert. Trotz der Ablehnung meines Vorschlages werde ich nicht gegen die vorgeschlagene Regelung stimmen.«²

Diese Entwicklung an der Führungsspitze der KPD war eine unmittelbare Widerspiegelung der tiefgreifenden politischen Veränderungen in Moskau, die sich im Verlaufe des Jahres 1927 vollzogen hatten. Josef Stalin hatte sich gegen Lew Trotzki und Grigori Sinowjew durchgesetzt, die als Exponenten einer linken Opposition alle Partei- und Staatsämter verloren hatten und aus der KPdSU (B) ausgeschlossen worden waren. Nunmehr richteten sich seine Angriffe gegen Nikolai Bucharin, der seit Ende 1926 Vorsitzender der Komintern war, und dessen angeblich rechte Positionen.

Diesem Kurswechsel hatte auch die KPD zu folgen. Bereits am 29. Februar 1928 kam es deshalb in Moskau am Rande der Neunten Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zu einem Treffen von hochrangigen Delegationen der KPdSU (B) und der KPD, bei der es zunächst nur um die Frage gehen sollte, ob Heinrich Brandler und August Thalheimer, die sich noch immer im Moskauer Zwangsexil befanden, als Kandidaten für die anstehenden Reichstagswahlen nominiert werden sollten. Doch es war klar, daß sich ein solches Treffen auch und vor allem mit der Lage in der KPD und der Politik der Partei in einem viel weiteren Sinne befassen würde. Diese Themen hatten auf der Tagung der Komintern selbst nur eine

¹ Erklärung Gerhart Eislers zum Beschluß des Politischen Büros der KPD über Kaderveränderungen im Sekretariat und in anderen Leitungsgremien des ZK der KPD, 30. März 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 2/3/8a, Blatt 161.

² Erklärung Arthur Ewerts zum Beschluß des Politischen Büros der KPD über Kaderveränderungen im Sekretariat und in anderen Leitungsgremien des ZK der KPD, 30. März 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 2/3/8a, Blatt 160.

untergeordnete Rolle gespielt. Allerdings hatte Stalin bereits in seiner offiziellen Rede nachdrücklich erklärt, daß in Deutschland nicht mehr die Ultralinken, sondern die Rechten innerhalb der Partei die Hauptgefahr darstellen würden.

Im Ergebnis des Treffens am 29. Februar 1928 wurde ein Text beschlossen und unterzeichnet, den Stalin erst im Verlaufe der mehrstündigen Zusammenkunft entworfen und zum Gegenstand der Diskussion gemacht hatte. Dieser »Beschluß der gemeinsamen Sitzung der Delegationen der KPD und der KPdSU (B) in Moskau«, wie die offizielle Bezeichnung lautete, wurde zunächst nur einer sehr kleinen Zahl ausgewählter Parteifunktionäre zur Kenntnis gegeben, obwohl er grundsätzliche Auswirkungen auf die gesamte weitere Entwicklung der KPD hatte. Erst ein halbes Jahr später, in seiner Rede auf dem VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau, die dann wenige Tage später auch in der »Roten Fahne« veröffentlicht wurde, berichtete Ernst Thälmann über »einen gemeinsamen Beschluß in der Frage der Duldsamkeit gegenüber den Trägern der rechten Gefahr.«³

Der Beschluß, der im innerparteilichen Sprachgebrauch gelegentlich auch als »Resolution« bezeichnet wurde, hatte folgenden Wortlaut:

»Die gemeinsame Sitzung der Delegationen der KPD und KPSU beschließt:

1. festzustellen, daß die rechte Gefahr in der Arbeiterbewegung in Deutschland, deren Ausdruck die Sozialdemokratische Partei ist, die Hauptgefahr darstellt;
2. festzustellen, daß dieser Umstand es notwendig macht, die verschärfte Aufmerksamkeit der Parteimitglieder auf den Kampf gegen die rechte Gefahr in der Partei (darunter auch gegen den Trotzkismus) zu lenken;
3. festzustellen, daß die Überwindung der ultralinken Gefahr eine der notwendigen Vorbedingungen für den erfolgreichen Kampf gegen die rechte Gefahr innerhalb der Partei, wie auch in der Arbeiterbewegung im allgemeinen darstellt;
4. festzustellen, daß dieser Standpunkt die Duldsamkeit gegenüber den Trägern der rechten Gefahr in der Partei ausschließt und daß nur auf Grundlage dieser Linie die wirkliche Einheit der Führung und die wirkliche Konzentration der revolutionären Kräfte in der Partei geschaffen werden können und müssen;
5. Davon ausgehend festzustellen, daß
 - a) die Auswahl der Parteiarbeiter für die leitenden Funktionen in allen Gebieten der Parteiarbeit, wie im Reichstage, so auch außerhalb desselben, den Forderungen dieser Linie untergeordnet werden muß;
 - b) die sofortige Reorganisation der Gewerkschaftsabteilung im Sinne der Politik des ZK der KPD notwendig ist;
 - c) die Aufstellung der Kandidaturen der Genossen Brandler und Thalheimer zum Reichstag unzweckmäßig ist;

³ Protokoll. VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Moskau, 17. Juli - 1. September 1928, Hamburg und Berlin 1928 (Reprint Milano 1967), Band 1, S. 315.

6. die Aufmerksamkeit auf die Entfaltung der sachlichen Kritik der Mängel der Parteiarbeit zu lenken, [die] praktische Arbeit des ZK der KPD zu verbessern, die Sache der Auslese neuer Kräfte und ihrer Heranziehung zu der leitenden Arbeit zu heben.«⁴

Zu den Unterzeichnern des Beschlusses gehörten auf beiden Seiten auch jene Funktionäre, gegen die das Dokument ganz offensichtlich gerichtet war. So unterschrieb auf sowjetischer Seite neben Josef Stalin auch Nikolai Bucharin, auf deutscher Seite waren es nicht nur Ernst Thälmann und Philipp Dengel, die ihre Unterschrift unter das Abkommen setzten, sondern auch Arthur Ewert und Gerhart Eisler.⁵ Und nicht nur das: In dem ursprünglichen Entwurf Stalins waren Arthur Ewert und Gerhart Eisler ausdrücklich als Mitglieder der Parteiführung der KPD genannt worden, die sich der »Duldsamkeit gegenüber den Trägern der rechten Gefahr«⁶ besonders schuldig gemacht hätten. Allerdings gelang es Arthur Ewert und Gerhart Eisler im Verlaufe der Diskussion, die Streichung ihrer Namen aus dem Beschlußtext zu erreichen.⁷

Clara Zetkin, die ebenfalls an der Zusammenkunft in Moskau teilgenommen hatte, verweigerte der »Resolution« ihre Zustimmung. In einem Brief an das ZK der KPD vom 14. März 1928 begründete sie ihre Haltung: »Ich lehne nach sorgfältiger Prüfung des gesamten mir zur Sache vorliegenden Materials die Resolution entschieden ab. Ich halte sie nicht für geeignet, die Einheit, Geschlossenheit und Aktionskraft der Führung und der Partei als Ganzes herzustellen, sondern umgekehrt, sie wird das seither in dieser Beziehung Erreichte gefährden und zerstören. Sie bedeutet eine grundsätzliche Änderung [des] bisher verfolgten Kurses.«⁸

Ein Protokoll der Moskauer Beratung vom 29. Februar 1928 ist nicht überliefert. Einzelheiten über den Verlauf und die Aussagen der maßgeblichen Protagonisten sind lediglich aus der stenographischen Mitschrift des Referates bekannt, das Philipp Dengel am 15. März 1928 auf einer zweitägigen Konferenz des Zentralkomitees der KPD mit den Polsekretären der Bezirke und den Redakteuren der Parteizeitungen hielt. Dengel, der ein unbedingter Gefolgsmann Thälmanns war, führte aus: »Nun [...] die Verhandlungen, die zwischen der deutschen Delegation und dem russischen Polbüro in Moskau stattgefunden haben. [...] Es gab in der Führung der Partei Meinungsverschiedenheiten erstens über die Einschätzung der rechten Gefahren in der Partei und zweitens über die Behandlung der Genossen, die als Träger der rechten Gefahren aufgefaßt werden müssen. [...] Ich werde [...] berichten darüber, was Genosse Stalin und Bucharin in dieser gemeinsamen Sitzung zu diesen Problemen gesagt haben. Ich

⁴ Beschluß der gemeinsamen Sitzung der Delegationen der KPD und der KPdSU (B) in Moskau, 29. Februar 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY1/I 2/1/60, Blatt 139.

⁵ Für die KPdSU (B) unterschrieben in dieser Reihenfolge: Nikolai Bucharin, Josef Stalin, Michail Tomski, Wjatscheslaw Molotow, Solomon Losowski, Anastas Mikojan und Ossip Pjatnitzki. Für die KPD unterschrieben in dieser Reihenfolge: Ernst Thälmann, Arthur Ewert, Hermann Remmele, Philipp Dengel, Gerhart Eisler, Heinz Neumann, Conrad Blenkle.

⁶ Beschluß der gemeinsamen Sitzung der Delegationen der KPD und der KPdSU (B) in Moskau, 29. Februar 1928, a.a.O.

⁷ Vgl. dazu: Konferenz der Polsekretäre und Redakteure der KPD, 15. und 16. März 1928. Auszug aus dem Referat Philipp Dengels, 15. März 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 2/2/11, Blatt 38-51, hier: Blatt 46.

⁸ Brief Clara Zetkins an das ZK der KPD, 14. März 1928, SAPMO-BArch, Berlin, NY 4005/104, Blatt 67, in: Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas u.a. (Hg.), Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg, Berlin 2003, Dokument 36.

möchte vorausschicken, daß zunächst der Genosse Thälmann eine umfassende Darstellung dieser Differenzen gegeben hat, dann der Genosse Braun [d.i. Arthur Ewert] geantwortet hat und dann noch eine Reihe anderer Genossen gesprochen haben.

Auf Grund dieser Darstellung der Lage hat der Genosse Stalin folgendes ausgeführt: [...] Er sagte, es gibt zwei Punkte, in denen Differenzen bestehen. Erstens handelt es sich um folgendes: die Genossen Braun und Gerhart [Eisler] sagen, daß die Arbeit der Partei und Führung Mängel hat usw. Die Genossen Thälmann und Dengel unterschätzen diese Mängel in der Partei. Hier haben die Genossen Braun und Gerhart [Eisler] recht. Es ist notwendig, daß die Selbstkritik in der Partei noch mehr verstärkt wird. [...] Der zweite Punkt, in dem Differenzen bestehen: Hier handelt es sich um die Überschätzung der rechten Gefahr. Genosse Stalin sagt, daß das die Kardinalfrage ist. Die Genossen Braun und Gerhart [Eisler] unterschätzen die rechten Gefahren in der deutschen Partei. Genosse Stalin sagt, daß schon die Existenz der SPD eine solche rechte Gefahr darstellt und daß diese Existenz der SPD, dieser starken Partei, unsere Partei beeinflußt, zum Beispiel unsere Gewerkschaftsarbeit beeinflußt, unsere Arbeit in den Parlamenten und Gemeindeparlamenten. [...] Genosse Stalin sagt, daß, was die innerparteiliche Lage anbelangt, die Einschätzung der rechten Gefahren und die Duldsamkeit gegenüber den Trägern der rechten Gefahren, daß in dieser Frage die Genossen Thälmann und Dengel recht haben. Er sagt zu dem Genossen Braun folgendes: Es ist kein Zweifel, daß die Genossen Gerhart [Eisler] und Braun den Kampf gegen rechts geführt haben und weiterführen werden, aber sie müssen begreifen, daß ihre gegenwärtige Stellung zur Frage der rechten Gefahr, zur Frage der Duldsamkeit gegenüber den Trägern der rechten Gefahr, sie dazu bringt, ob sie das wollen oder nicht, daß sie alle die Genossen um sich sammeln, die in ihrer Auffassung nicht mit der politischen Linie der Partei einverstanden sind. Der Genosse Braun wird, wenn er diese Stellungnahme weiter beibehalten wird, eine Armee um sich sammeln, derer er selbst nicht froh wird. [...] Der Genosse Stalin sagt, nachdem er noch einmal hingewiesen hat, daß der Genosse Thälmann und Dengel in der Frage der Einschätzung der rechten Gefahr recht behalten haben, daß es notwendig ist, in der gegenwärtigen Situation die Einheit der Parteiführung zu befestigen, sie unter allen Umständen zu wahren. Es besteht nicht die Absicht, irgendeinen Genossen zurückzustellen, am wenigsten den Genossen Braun. Aber er muß die Gefahr sehen, die seine Auffassung, die er gehabt hat, mit sich bringt und daß auf Grund der Beschlüsse alle Genossen einheitlich marschieren und einheitlich die Linie der Partei durchführen. [...]

Der Genosse Bucharin führte folgendes aus: [...] Will der Genosse Stalin mit seinen Ausführungen den Kurs der Partei ändern und die Linie, wie sie in der letzten Zeit war, brechen? Unter keinen Umständen will man das. [...] Aber [...] die Konzentration darf nicht eine Zusammenfassung von allen möglichen [...] Elementen werden, sondern die Konzentration muß sich vollziehen auf einer bestimmten politischen Linie mit dem Ziele der Assimilierung von Genossen, die [sich] mit der einen oder anderen Auffassung dieser politischen Linie noch nicht vollständig [identifiziert] gehabt haben. Und diese Konsolidierung muß sich vollziehen unter der Hegemonie der jetzigen Führung, unter der Hegemonie der sogenannten Linken. [...] Welche Rolle hat der Genosse Braun bei der seitherigen Parteientwicklung gespielt. Er war die Brücke zwischen der führenden Gruppe und den zu assimilierenden Gruppen in der Partei. Aber er begann jetzt Fehler zu machen, indem er die Kandidatur Brandlers vorschlug und

dadurch schwächte er seine politische Position. Es bestand die Gefahr, daß er zum Protektor, zum Führer einer anderen Gruppe wurde. [...]

[Die Genossen Stalin und Bucharin] haben auf die Notwendigkeit der einheitlichen Führung hingewiesen. Während der Diskussion hat der Genosse Stalin die vorliegende Resolution verfaßt. Ursprünglich waren darin die Namen Braun und Gerhart [Eisler] vermerkt. Auf Wunsch dieser beiden Genossen wurden die beiden Namen gestrichen. [...] Wenn es Genossen geben sollte, die auf der Grundlage dieser Resolution eine Differenzierung machen wollen zwischen Thälmann – Dengel einerseits, Braun – Gerhart [Eisler] andererseits, so müssen wir das aufs schärfste zurückweisen und ablehnen. Der Genosse Braun und andere Genossen haben mit aller Macht gegen die rechten Gefahren gekämpft. In allen politischen Fragen standen wir auf demselben Standpunkt und wir werden eine Ausnutzung dieser Resolution in diesem Sinne mit aller Entschiedenheit bekämpfen.«⁹

Arthur Ewert hatte bereits auf der Tagung des Zentralkomitees am 14. März 1928 zu der Moskauer Vereinbarung und der sich daraus ergebenden »neuen« ultralinken Politik der KPD Stellung genommen. In seiner Rede hatte er zunächst das Vorhandensein einer »rechten Gefahr« innerhalb der Partei bestätigt, ohne allerdings näher auszuführen, was eigentlich das Wesen einer solchen »rechten Gefahr« bzw. »rechten Abweichung« ausmachen würde. Dann hatte er festgestellt: »Die Voraussetzung der Steigerung der rechten Abweichung liegt in der Schwierigkeit der Arbeit, die die Partei unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchführen muß. Die gesteigerten Schwierigkeiten, selbständige Kämpfe auszulösen gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie, [... die Fähigkeit] der Sozialdemokratie, [...] Grundlagen des kapitalistischen Systems nicht erschütternde Kämpfe selbst zu führen, ja, sogar manchmal – wenn auch [nur] unter dem Druck der Arbeiter und unserer Partei – Kämpfe auszulösen, [und] die nicht unmittelbar bevorstehende Perspektive der Möglichkeit eines siegreichen Aufstandes der Arbeiterschaft erfordern [...], das Schwergewicht [... auf die] Arbeit in den Gewerkschaften, Kommunen, Parlamenten [zu legen]. Alle diese Dinge führen natürlich dazu, in den einzelnen Arbeiterschichten und teilweise bei unseren Funktionären und Mitgliedern, die Unterschiede zwischen der geschickt manövrierenden SPD und der revolutionären Partei zu verwischen und abzuschwächen.«¹⁰

Das Dilemma, das Arthur Ewert damit aufzeigte, bestand im Grunde darin, daß die KPD sich der Notwendigkeit gegenüber sah, trotz aller »linken« Rhetorik in der Praxis eine »rechte« Politik zu betreiben, wenn sie unter den gegebenen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen ihren Einfluß in der Arbeiterbewegung erhalten oder sogar steigern wollte.

Doch genau vor dieser »rechten« Politik schreckte die Mehrheit in der Führung der KPD, repräsentiert durch Ernst Thälmann und seine Anhänger, zurück. Sie hoffte, die tagtägliche politische Kärrnerarbeit durch das Verkünden verbalradikaler Losungen und Parolen ersetzen zu können, wie das nur wenige Jahre zuvor Ruth Fischer und Arkadi Maslow bereits einmal sehr erfolglos und zum Schaden der Partei getan hatten.

⁹ Konferenz der Polsekretäre und Redakteure der KPD, 15. und 16. März 1928, a.a.O.

¹⁰ Arthur Ewert auf der Tagung des Zentralkomitees der KPD, 14. März 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 2/1/60, Blatt 56-68, hier: Blatt 56 f.

Trotzdem waren Arthur Ewert und die übrigen Mitglieder der Mittelgruppe nicht bereit, mit der notwendigen Konsequenz für ihre eigenen Positionen zu streiten. Zwar hatten sie wiederholt vorgeschlagen, Heinrich Brandler und August Thalheimer, die Exponenten der sogenannten Parteirechten, zur politischen Arbeit wieder nach Deutschland zu holen, aber sie hatten gleichzeitig immer wieder darauf hingewiesen, daß dies keineswegs bedeuten dürfte, Brandler und Thalheimer innerhalb der Partei »Machtpositionen« zu geben, die sie in die Lage versetzt hätten, ihre – auch und gerade von Arthur Ewert und den übrigen Mitgliedern der Mittelgruppe als grundsätzlich richtig erkannte – Politik in der Praxis umzusetzen.

Auf der Tagung des Zentralkomitees am 14. März 1928 formulierte Arthur Ewert das so: »Die Auffassung, die ich vertreten habe, war folgende: Die Partei soll, nachdem sie einen bestimmten Grad der Festigung und der Konsolidierung erreicht hat, nachdem sie im Wesentlichen die ultralinken Gefahren überwunden hat, schrittweise dazu übergehen, jene [rechten] Genossen in die Parteiarbeit hineinzuziehen. Wir glauben, daß die Partei einen solchen Grad von Festigung erreicht hat, daß dieses ohne die Gefährdung der Linie der Partei, und ohne diesen Genossen einen Einfluß in der Partei zu gewähren, möglich ist. Von diesem Gedankengang aus, und nicht von dem Gedanken, irgendwelcher rechten Strömung Konzessionen zu machen, sondern um gegen jede falsche Auffassung dieser Genossen aufs schärfste zu kämpfen, haben eine Reihe von Genossen den Vorschlag gemacht, den Genossen [Brandler und Thalheimer] die Möglichkeit einer legalen Tätigkeit in Deutschland zu gewähren, selbstverständlich unter Kontrolle des Zentralkomitees und ohne ihnen irgendwelche Machtpositionen zu geben. Diese Auffassung ist mit unserem Einverständnis [am 29. Februar 1928 in Moskau] abgelehnt worden. Die Frage ist für uns entschieden. Ich selbst werde diese Frage nicht mehr berühren, und es ist ganz selbstverständlich, daß von einer Kandidatur [Brandlers und Thalheimers für den Reichstag] nicht mehr die Rede sein kann.«¹¹

Im nachfolgenden Teil seiner Rede mahnte Arthur Ewert einen kritischen und vor allem selbstkritischen Umgang mit dem Zustand der Partei an. Er verwies darauf, daß unter bestimmten Umständen Parteiausschlüsse oder die Abberufung bzw. Umsetzung von Funktionären tatsächlich notwendig und angemessen sein könnten, um Abweichungen von der Parteilinie, also den mit Mehrheit gefaßten Beschlüssen, zu bekämpfen. Doch er warnte davor, solche »organisatorischen Maßnahmen« zum Allheilmittel zu machen und gerade dort auf inhaltliche Auseinandersetzungen zu verzichten, wo die Partei insgesamt dabei nur gewinnen könnte.

Einen bemerkenswerten Nebensatz schob Arthur Ewert gegen Ende seiner Rede ein, als er – wie auf Tagungen des Zentralkomitees durchaus üblich – kurz auf internationale Entwicklungen, in diesem Fall in Großbritannien, einging. Er erklärte, daß in der Kommunistischen Partei Großbritanniens eine neue Linie der Komintern durchgeführt werden würde, »die, was besonders zu begrüßen ist, im Einverständnis mit den englischen Genossen durchgeführt« wird.¹² Es kann wohl kein Zweifel daran bestehen, daß dieser Nebensatz eine kaum verhüllte Kritik Arthur Ewerts an der Art

¹¹ Ebenda, Blatt 58.

¹² Ebenda, Blatt 65.

und Weise beinhaltete, mit der das Moskauer Abkommen »ausgehandelt« und damit die »neue« ultralinke Politik der KPD in Moskau »vereinbart« worden war.

Der anstehende Wahlkampf für die Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 verhinderte zunächst die uneingeschränkte Umsetzung dieser in Moskau »vereinbarten« neuen Parteilinie, die sich trotz aller gegenteiligen Beteuerungen der Mitglieder der Gruppe um Ernst Thälmann gegen die sogenannten Parteirechten und ihre tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen Unterstützer innerhalb der Partei, und damit ganz offensichtlich gegen Arthur Ewert, Gerhart Eisler und die übrigen Mitglieder der früheren Mittelgruppe, richtete. Mehr noch, der Geist des Essener Parteitages und seiner Politik der Konzentration kam in den Wochen und Monaten vor dem Wahltag noch einmal kurzzeitig zum Tragen. Eine Kandidatur von August Thalheimer oder Heinrich Brandler für den Reichstag war nach dem Moskauer Beschluß vom 29. Februar 1928 zwar endgültig ausgeschlossen, doch Arthur Ewert zum Beispiel wurde auf den Listenplatz 2 des Reichswahlvorschlages der KPD gesetzt, gleich nach Ernst Thälmann und noch vor anderen prominenten Bewerbern der Parteilinken wie Philipp Dengel, Martha Arendsee oder Hermann Remmele.

Die Reichstagswahlen selbst brachten der KPD ein überraschend gutes Ergebnis: Auf die Partei entfielen 3,2 Millionen Wählerstimmen, das entsprach 10,6 Prozent der abgegebenen Stimmen und bedeutete einen Zugewinn von 1,7 Prozentpunkten gegenüber der Wahl vom Dezember 1924. Mit ihrem bis dahin zweitbesten Ergebnis entsandte die KPD nun 54 Abgeordnete in das höchste deutsche Parlament, das in dieser Zusammensetzung bis zu seiner vorzeitigen Auflösung im Spätsommer 1930 bestand. Noch deutlicher hatte allerdings die SPD zugelegt – sie steigerte sich um 3,8 Prozentpunkte auf 29,8 Prozent der Wählerstimmen und besetzte nun 153 Mandate.

Auch Arthur Ewert wurde als Abgeordneter in den Deutschen Reichstag gewählt. Er war zwar über den Reichswahlvorschlag abgesichert gewesen, hatte aber sein Mandat im Wahlkreis 3 (Potsdam II) gewonnen und dort auch die Wahl angenommen.¹³

Mit der Wahl in den Reichstag erhielt Arthur Ewert nun auch wieder Immunität vor der noch immer drohenden Strafverfolgung wegen der Ereignisse des Jahres 1923. Im Wahlkampf hatte Arthur Ewert unter den Mitgliedern und Anhängern der KPD viele persönliche Sympathien gewonnen, weil er auf Wahlveranstaltungen regelmäßig unter den Augen der Polizei als Redner auftrat und dann vom Ort des Geschehens verschwand, ohne daß die Polizei die Spur einer Chance gehabt hatte, seiner habhaft zu werden.

Aus diesem Wahlkampf im Frühjahr 1928 ist ein einzigartiges Dokument überliefert, das zeigt, mit welcher vergleichsweise modernen Methoden die KPD damals ihre Kampagnen führte. Es gibt eine Schallplatte mit einer knapp vierminütigen Wahlkampf-rede von Arthur Ewert, die überall dort eingesetzt wurde, wo der Redner selbst nicht auftreten konnte. So konnte es immer wieder geschehen, daß bei einer Zusammenkunft von Mitgliedern und Sympathisanten der KPD, beispielsweise im Hinterzimmer einer kleinen Gastwirtschaft, die Anwesenden die Stimme von Arthur Ewert mit dem deutlich ostpreußischen Akzent hören konnten, obwohl der Redner selbst gar nicht vor Ort war: »Arbeiter, Arbeiterinnen! Werktätige in Stadt und Land! Häufig seid ihr

¹³ Es ließ sich nicht klären, warum es trotzdem im offiziellen Handbuch und in den Protokollen des Deutschen Reichstages regelmäßig »Arthur Ewert (Thüringen)« hieß.

seit 1918 zu Wahlen gerufen worden. Die bürgerlichen und die sozialdemokratischen Parteien versprechen euch alles, um eure Stimme zu erhalten. Aber hat man euch nicht alle Errungenschaften der Revolution geraubt? Die Teuerung ist gestiegen, Antrieberei größer geworden. Niedrige Löhne, lange Arbeitszeit und Auswucherung durch Steuerdruck sind das Los der Arbeiter, Angestellten und Bauern. Die Trusts, die Banken und Junker aber machen Milliarden-Profitte. Imperialismus und Militarismus triumphieren wieder.« Und weiter: »Vor dem gesamten werktätigen Volk steht die Schicksalsfrage: Mit der Bourgeoisie und ihren Helfern, den sozialdemokratischen Führern den Weg der Knechtschaft, oder mit der Kommunistischen Partei den Weg des entschlossenen Kampfes zur Errichtung des Sozialismus.«¹⁴

Es war wahrscheinlich eine Idee von Willi Münzenberg gewesen, solche Schallplatten mit Reden der wichtigsten Kandidaten der KPD zu produzieren und im Reichstagswahlkampf einzusetzen. Bereits seit 1924 hatte Münzenberg im Auftrag der Partei einen »roten Medienkonzern« aufgebaut, der nicht nur klassische Druckerzeugnisse, sondern auch Filme und Schallplatten produzierte, die in der politischen Massenarbeit der KPD zum Teil mit großem Erfolg eingesetzt wurden.

Die Sitzungsprotokolle des Reichstages und insbesondere die Vermerke über die namentlichen Abstimmungen zeigen, daß Arthur Ewert nur sehr unregelmäßig an der Arbeit des Reichstages und der kommunistischen Reichstagsfraktion teilnahm. Oftmals fehlte er viele Wochen und Monate im Plenum und in den Ausschüssen.

Sein Arbeitszimmer im Gebäude des Deutschen Reichstages befand sich im zweiten Obergeschoß, es hatte Fenster zum südlichen Innenhof. Sein Sitzplatz im Plenarsaal hatte die Nummer 88, in der dritten Sitzreihe der kommunistischen Fraktion.¹⁵

Arthur Ewert hielt lediglich drei Reden vor dem Plenum des Deutschen Reichstages. In seiner ersten und wichtigsten Rede am 4. Juli 1928 antwortete er namens der Reichstagsfraktion der KPD auf die Regierungserklärung des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller-Franken, der eine Regierung der sogenannten Großen Koalition gebildet hatte, einem höchst fragilen Vielparteienbündnis, das das gesamte politische Spektrum von der SPD über die Zentrumsparterie bis zur Deutschen Volkspartei umfaßte.

Diese Rede vor dem Deutschen Reichstag begann Arthur Ewert mit den Worten: »Meine Damen und Herren! Siebzehn Tage lang ist an diesem 17. Kabinett der Republik herumgemüllert worden. Was brachten die letzten Wahlen, was war ihr Resultat? Die Wahlen brachten eine große Niederlage aller bedeutenden bürgerlichen Parteien. Sie brachten einen Sieg der Kommunistischen Partei, vor allem in den großen Industriebezirken Deutschlands. Sie brachten aber auch der Sozialdemokratischen Partei noch einen großen Erfolg. Und was ist das Ergebnis? Das Resultat ist eine Regierungserklärung, die bestimmt ist zur Täuschung der Massen; eine Regierungserklärung, die offen die Hoffnung ausdrückt, daß die Massen sich weiter täuschen lassen werden; eine Regierungserklärung, die in allen wichtigen Fragen die Interessen des Trustkapitals wahrnimmt. Was erwarteten und erwarten noch jene Millionen, die der Sozialde-

¹⁴ [Rede von Arthur Ewert zu den Reichstagswahlen 1928], SAPMO-BArch, Berlin, TD Nr. 103.

¹⁵ Die beiden ersten Reihen und ein Platz der dritten Reihe im Block auf der ganz linken Seite des Plenarsaales (vom Präsidium aus gesehen) war SPD-Abgeordneten vorbehalten, so daß Arthur Ewert tatsächlich in der fünften Reihe saß.

mokratischen Partei ihre Stimme gegeben haben? Sie erwarteten und erwarten eine Besserung ihrer Lage, eine Erleichterung der drückenden Lasten, die die früheren Koalitionsregierungen und vor allem die letzte Rechtsregierung auf die Schultern der arbeitenden Massen gelegt haben. Und was sind die ersten Taten dieser Regierung? Diese Taten sind die Kohlenpreiserhöhung und ein byzantinisches Glückwunschsreiben an den Reichspräsidenten. Selbst ein sozialdemokratisches Blatt, die »Leipziger Volkszeitung«, muß feststellen: Am Anfang stehen Worte. Am Anfang steht aber auch die Kohlenpreiserhöhung; am Anfang stehen nichtssagende Worte einer Regierungserklärung, an deren Erfüllung niemand ernstlich denkt. Denn die Regierungserklärung ist weiter nichts als die mit dürren Worten proklamierte Fortsetzung der Politik der alten Bürgerblockregierung in allen entscheidenden Fragen. Es ist der deutschen Trustbourgeoisie erneut gelungen, mit Hilfe der Sozialdemokratischen Partei eine offenbare Wahlniederlage in einen Klassensieg der Bourgeoisie zu verwandeln. Das ist der Bourgeoisie nur deshalb gelungen, weil die Sozialdemokratische Partei entschlossen ist, erneut offen einen Teil der Funktionen und Aufgaben der bürgerlichen Parteien zu übernehmen, weil in der heutigen Zeit der revolutionäre Kampf des Proletariats noch nicht jene Entwicklung genommen hat, um die Verwandlung der Wahlniederlage der Bourgeoisie in eine allgemeine Niederlage herbeizuführen.«

Und weiter: »Die Sozialdemokratische Partei hat im und nach dem Wahlkampf erklärt: die große Koalition ist notwendig, da die Sozialdemokratie in der Minderheit ist, da insbesondere auch die Kommunistische Partei es ablehnt, in eine Regierung einzutreten. Wir wissen, es gibt auch viele sozialdemokratische Arbeiter, die die Frage an uns richten: Warum tritt die Kommunistische Partei nicht ebenfalls in eine Regierung ein und versucht, die zahmen sozialdemokratischen Führer sozusagen vorwärtszutreiben, vorwärtszupetschen. Es war ja im »Vorwärts« sogar die Behauptung aufgestellt, daß bestimmte Kreise der Kommunistischen Partei sich mit dem Gedanken des Eintritts in eine Regierung tragen. Diese Frage ist wichtig genug, um darauf eine Antwort zu geben: Die Kommunistische Partei steht diesem Staat, seinen Institutionen und seiner Politik grundsätzlich ablehnend gegenüber. Sie ist für die Zertrümmerung dieses Staates und seiner Institutionen. Sie ist der Meinung, daß die Interessen der Ausgebeuteten durch diesen Staat und seine Institutionen nicht wahrgenommen werden können, sondern daß das nur im Kampf gegen diesen Staat und seine Institutionen möglich ist. Wir sind der Meinung, daß die Koalition mit bürgerlichen Parteien – und wir können uns dabei auf die Aussprüche auch sozialdemokratischer Führer der Vorkriegszeit berufen – nicht den Interessen des Proletariats dient, sondern daß in jeder Koalition die Interessen des Proletariats denen der Bourgeoisie geopfert, preisgegeben werden.«¹⁶

¹⁶ Verhandlungen des Reichstages. IV. Wahlperiode, Band 423, Stenographische Berichte, Berlin 1928, S. 66 ff. Insbesondere dieser Abschnitt der Rede von Arthur Ewert wird von antikommunistischen und kommunistuskritischen Autoren immer wieder als Beleg für die grundsätzliche Ablehnung der Weimarer Republik durch die KPD und folglich ihre Mitschuld an deren Untergang herangezogen. Vgl. dazu zum Beispiel: Heinrich August Winkler, Streitfragen der deutschen Geschichte, Essays zum 19. und 20. Jahrhundert, München 1997, S. 119, oder auch: Ben Lieberman, The Meanings and Function of Anti-System Ideology in the Weimar Republic, in: Journal of the History of Ideas 59.2 (1998), S. 355-375, hier: S. 363.

Ernst Thälmann und seine Anhänger sahen in dem guten Abschneiden der KPD bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928, kaum überraschend, eine Bestätigung ihres politischen Kurses. Von dem Wahlerfolg beflügelt, nahm die Gruppe um Ernst Thälmann daher umgehend den Kampf gegen ihre Kritiker innerhalb der Partei, also vor allem die Gruppe um Arthur Ewert, mit Nachdruck wieder auf.

Auf einer Tagung des Zentralkomitees vom 25. bis 27. Juni 1928 versuchten Ernst Thälmann und seine Anhänger zunächst, den Chefredakteur der »Roten Fahne«, Heinrich Süßkind, der 1927 offiziell zur Gruppe um Ernst Meyer und Arthur Ewert gewechselt war, seiner Funktion zu entheben und durch Heinz Neumann, der inzwischen ein enger Vertrauter und Gefolgsmann Ernst Thälmanns geworden war, zu ersetzen.¹⁷ Gegen dieses Vorhaben gab es jedoch sehr massiven Widerstand, der vor allem von Arthur Ewert und Gerhart Eisler organisiert wurde. Trotz einer Rücktrittsdrohung gelang es Ernst Thälmann nicht, die Ablösung von Heinrich Süßkind durchzusetzen. Das politische Gewicht von Arthur Ewert und Gerhart Eisler in der Führung der KPD war durch dieses Ergebnis – allerdings nur kurzzeitig, wie sich sehr schnell zeigen sollte – deutlich gestiegen.

Die Gefahr einer solchen Auseinandersetzung hatte sich bereits in den Tagen und Wochen vor der Tagung des Zentralkomitees angedeutet. Deshalb war Arthur Ewert bemüht gewesen, eine weitergehende Konfrontation zu vermeiden und den Zusammenhalt der engeren Parteiführung zu sichern. In einem persönlichen Brief hatte er sich daher am 21. Juni 1928 an Ernst Thälmann, Philipp Dengel und Ernst Schneller gewandt, um eine Klärung herbeizuführen. Die Chancen dafür waren allerdings von vornherein nur sehr gering gewesen, denn zu diesem Zeitpunkt war die Atmosphäre im engsten Führungskreis schon so vergiftet, daß ein Meinungs austausch in grundsätzlichen Fragen nur noch auf schriftlichem Wege erfolgte.

Arthur Ewert schrieb also: »Die wichtigste Frage ist die Organisation der politischen Arbeit nicht nur jetzt, sondern im Hinblick auf die weitere Entwicklung. Die Lösung dieser Aufgabe ist nur möglich, wenn eine wirklich ehrliche Zusammenarbeit und Konzentration aller vom Standpunkt der politischen Linie verlässlichen und für die Arbeit qualifizierten Genossen herbeigeführt wird. Ohne Kampf in der Partei kann dies nur dann verwirklicht werden, wenn die engere Führung einheitlich vor dem Polbüro und dem ZK eine demonstrative Wendung in dieser Richtung macht. [...] Das bedeutet aber, daß gerade Ihr in dieser Frage die Initiative ergreifen müßt. [...] Von einer auf dem Boden der jetzigen Differenzen durchgeführten Auseinandersetzung würde die Partei nicht gewinnen. Eine tiefe Zerklüftung würde einsetzen. [...] Die Frage steht nun: Könnte die Krise nicht vermieden werden, wenn ich in allen Fragen mit Euch gehen würde? Ich bin der Auffassung, nein. [...] Seit dem Offenen Brief [vom August 1925] habe ich mit größtmöglicher Kollektivität und Geduld im Sinne der Konzentration gearbeitet. Auf Grund der früheren engeren Beziehungen zu einer Reihe von Genossen konnte ich dies solange mit einem gewissen Erfolg tun, solange ich von Euch im Allgemeinen unterstützt wurde. In diesem Moment jedoch, wo die Entwicklung zu einer Revidierung dieses Kurses immer stärker in Erscheinung

¹⁷ Es gibt zahlreiche Beispiele, so den »Roten Volksentscheid« in Preußen im Sommer 1931, die zeigen, daß in nicht wenigen Fällen Neumann gegenüber Thälmann die treibende Kraft war und in gewisser Weise die Rolle eines politischen »Einflüsterer« spielte. Eine Biographie Neumanns steht auch noch mehr als 75 Jahre nach dessen Tod noch immer aus.

tritt, ergeben sich die großen Differenzen, die diesmal – äußerlich gesehen – an einigen Personalfragen platzten.¹⁸ Nach reiflicher und langer Überlegung bin ich zu dem Entschluß gekommen, einer solchen innerparteilichen Entwicklung (die heute noch aufgehalten werden kann) nicht zuzustimmen, denn ich bin überzeugt, daß sie – ob mit meiner passiven Duldung oder ohne sie – zu einem Bankrott der Führung führen muß. Ich formuliere dies, um noch den Versuch zu machen, unseren Verhandlungen einen anderen Charakter zu geben.«¹⁹

Die Reaktion von Thälmann, Dengel und Schneller war eindeutig. Die Überlegungen von Arthur Ewert wurden ohne weitergehende Begründung zurückgewiesen. Zwar wurde das Vorhandensein von Differenzen innerhalb der engeren Führung anerkannt, jedoch wurde nachdrücklich abgestritten, daß diese Differenzen Ausdruck eines Versuches wären, den innerparteilichen Kurs der Partei zu ändern. In einer »Erklärung« der drei Spitzenfunktionäre hieß es deshalb: »In der letzten Zeit hatten sich in der Zusammenarbeit der Führung Differenzen entwickelt, die sich auf die Einschätzung der innerparteilichen Entwicklung beziehen. Genosse Ewert war der Auffassung, daß eine Revision des mit dem Offenen Briefe eingeleiteten innerparteilichen Kurses vorbereitet und z[um] T[eil] bereits durchgeführt wird. Die Genossen Thälmann, Dengel und Schneller erklären demgegenüber, daß eine Änderung des innerparteilichen Kurses weder vorbereitet noch beabsichtigt war; nach ihrer Auffassung liegt kein Anhaltspunkt für die Ansicht des Genossen Ewert vor.«²⁰

Arthur Ewert befand sich in der Situation eines Rufers in der Wüste. Thälmann, Dengel und Schneller leugneten – nicht nur in dieser Situation – das Vorhandensein einer Führungskrise und gingen auf keines der von Arthur Ewert vorgebrachten Argumente ein. Damit machten sie – ganz offensichtlich mit Vorsatz – eine Klärung unmöglich.

¹⁸ Offensichtlich waren die von Thälmann und seinen Anhängern für die Tagung des Zentralkomitees geplanten personellen Veränderungen bereits Thema von Diskussionen im inneren Führungskreis gewesen.

¹⁹ An die Genossen Thälmann, Dengel, Schneller, Berlin, 21. Juni 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 2/3/67, Blatt 217-219.

²⁰ Erklärung [der Genossen Thälmann, Dengel, Schneller], SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 2/3/67, nicht paginiert, wahrscheinlich Blatt 220 und 221.

Kapitel 11: Der VI. Weltkongreß

Vom 17. Juli bis 1. September 1928 tagte in Moskau der VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. An dieser Zusammenkunft, der längsten in der Geschichte der Komintern, nahmen 532 Delegierte teil, die nach offiziellen Angaben 57 Parteien und 9 Organisationen mit insgesamt rund 1,8 Millionen Mitgliedern vertraten.¹ Etwa zwei Drittel der ausländischen Abgesandten nahmen erstmals an einem Weltkongreß teil. Die KPD war mit 25 Delegierten mit beschließender und 6 Delegierten mit beratender Stimme vertreten. Die Abordnung wurde naturgemäß von Ernst Thälmann als dem Parteivorsitzenden geleitet.

Der VI. Weltkongreß war ohne Frage ein Höhepunkt in dem sich über etwa zwei Jahre hinziehenden Prozeß der erneuten »Links«-Wendung der gesamten, von Moskau gesteuerten kommunistischen Bewegung. Doch er war keineswegs der Abschluß dieses Prozesses. Denn die Ergebnisse des Moskauer »Gipfeltreffens« waren in sich widersprüchlich, genauer gesagt, sie trugen Kompromißcharakter. Erst in den nachfolgenden Wochen und Monaten konnten sich Stalin und seine Gefolgsleute endgültig durchsetzen und die Deutungshoheit über den Weltkongreß und dessen Beschlüsse gewinnen.²

Stalin hatte veranlaßt, daß der VI. Weltkongreß – im Gegensatz zu den früheren Spitzentreffen der Komintern – nicht im Moskauer Kreml stattfand, sondern im Haus der Gewerkschaften. So wollte er ganz offensichtlich von vornherein zeigen, welchen geringen Stellenwert er der kommunistischen Weltorganisation für die Zukunft einräumte. Dieser Haltung entsprach auch die Tatsache, daß er das Plenum des Weltkongresses nur einziges Mal mit seiner Anwesenheit »beehrte«. Lediglich am Eröffnungstag, als das Präsidium des Kongresses per Akklamation gewählt wurde, kam er für einige Stunden in das Haus der Gewerkschaften. Anschließend begab er sich in den Urlaub und überließ es seinem Adlatus Wjatscheslaw Molotow, auf dem Kongreß die »notwendigen Schritte« zu unternehmen.

Viele Teilnehmer, insbesondere aus dem Kreis der bereits erfahrenen Funktionäre, empfanden die Atmosphäre, in der VI. Weltkongreß stattfand, als bedrückend.³

¹ Davon waren ca. 1,2 Millionen Mitglieder und Kandidaten der KPdSU (B). Vgl. dazu: Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriss, Berlin (DDR) 1970, S. 328.

² Der immer wieder zitierte Satz von Theodore Draper, der »Sechste Weltkongreß [sei] das Ende der Bucharinschen Phase der Komintern und der Beginn der Stalinsche Ära« gewesen (Theodore Draper, The Strange Case of the Comintern, in: Survey. A Journal of East & West Studies, Summer 1972, Volume 18, no. 3 (84), S. 91-137, hier: S. 133), hat zwar einen gewissen Charme, trifft aber in dieser verkürzten Form schon deshalb nicht den Kern der Sache, weil auch in der angeblich »Bucharinschen Phase« Stalin bereits der maßgebliche politische Akteur war und weil sich Bucharin keineswegs, wie das Drapers Satz vermuten läßt, in den vorangegangenen etwa zwei Jahren einem permanenten Konflikt mit Stalin befand.

³ Am 9. August 1928 berichtete Molotow an Stalin, daß sich Thälmann in einem persönlichen Gespräch darüber beklagt habe, »daß es auf dem Kongreß langweilig« sei. Und weiter: »Ich gebe zu, daß wir dem [...] Kongreß] nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt haben. Deshalb herrscht dort nicht der richtige Ton, und wir werden wohl keinen Nutzen daraus ziehen. Zwar sind Kongresse bei dieser Sache nicht das Wichtigste, aber in der jetzigen Lage ist auch ein Kongreß eine enorme Sache, wenn man ihm die nötige Aufmerksamkeit widmet.« [Wjatscheslaw Molotow: Brief an Josef Stalin], Moskau, 9. August 1928, RGASPI (Komintern). Fonds 558, Opus 11, Delo 767, Blatt 98-100, in:

So sind im Nachlaß von Leo Trotzki zwei Briefe überliefert, die ein namentlich nicht bekannter Teilnehmer des VI. Weltkongresses im Sommer 1928 nach Alma-Ata, dem Verbannungsort Trotzki, gesandt hatte. In diesen Briefen an Stalins gescheiterten Gegenspieler berichtete der Verfasser über mehrere Gespräche mit hochrangigen Funktionären der kommunistischen Bewegung, die im kleinsten Kreis ihr Unbehagen über Verlauf und Ergebnisse des VI. Weltkongresses zum Ausdruck gebracht hatten. Der Franzose Maurice Thorez, so der Bericht, hatte erklärt, daß die Moskauer Zusammenkunft durch »Unbehagen, Unzufriedenheit, Skeptizismus« gekennzeichnet sei. Noch deutlicher wurde der Italiener Palmiro Togliatti, der unter dem Namen Ercoli in den folgenden Jahren eine der Schlüsselfiguren an der Spitze der Komintern wurde und der Mitte der dreißiger Jahre großen persönlichen Anteil daran hatte, daß sich die Konzeption der Volksfrontpolitik in der Kommunistischen Internationale durchsetzen konnte. Togliatti hatte am Rande des VI. Weltkongresses festgestellt: »Die Tragödie [...] besteht darin, daß es unmöglich ist, die Wahrheit über die wichtigsten, entscheidendsten laufenden Probleme auszusprechen. Wir können nicht reden. In dieser Atmosphäre hätte das Aussprechen der Wahrheit die Wirkung einer Bombenexplosion. Nicht als ob es ein Schaden wäre, wenn ein großer Teil der an diesem Kongreß Anwesenden von der Erdoberfläche verschwinden würde. Ich habe furchtbare Angst. Ich weiß nicht, was ich tun, was ich sagen soll, wie ich vorgehen soll, um die Situation zu ändern.«⁴

Insofern überrascht es kaum, daß der eigentliche Kongreß in den Beratungspausen bzw. bei Gesprächen in Nebenräumen und Wandelgängen stattfand, wo inoffizielle Absprachen getroffen und große und kleine Intrigen gesponnen wurden.⁵ Im Mittelpunkt stand dabei die von Stalin und seinen engsten Gefolgsleuten betriebene Demontage des Vorsitzenden der Komintern, Nikolai Bucharin, den Stalin inzwischen als größtes Hindernis beim weiteren Ausbau seiner persönlichen Macht betrachtete und der deshalb als »Parteirechter« politisch ausgeschaltet werden sollte.

Bucharin war sich dieser Tatsache bewußt. Doch er stand vor dem Dilemma, als Mitglied der engsten Führung der sowjetischen KP gegenüber den Vertretern der internationalen kommunistischen Bewegung deren »unerschütterliche Geschlossenheit« bezeugen zu müssen. Schon deshalb mußte er in seinen zahlreichen Kongreßreden wiederholt Positionen vertreten und verteidigen, die nur in geringem Maße seinen eigenen Überlegungen entsprachen.

Deutlich wurde das bereits beim Eröffnungsreferat »Die internationale Lage und die Aufgaben der Komintern«, mit dem Bucharin die umfangreichen Thesen begründete,

Hermann Weber und Bernhard H. Bayerlein, *Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin*, Berlin 2003, S. 121 f., hier: S. 121.

⁴ So zitiert in: Pierre Frank, *Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919-1943)*, Band 2, Frankfurt am Main 1979, S. 590 ff., S. 531. In einer Anmerkung hatte Frank dazu festgestellt: »Diese Worte konnten nicht von irgend jemandem erfunden worden sein. Sie wurden von Trotzki zu Lebzeiten von Thorez und Ercoli-Togliatti veröffentlicht und verschiedentlich nachgedruckt. Weder der eine noch der andere hat sie jemals abgestritten oder bestätigt. Nach dem 20. Kongreß hat Togliatti sich von einem in der Versenkung verschwundenen Stalin distanziert, er habe in dieser düsteren Vergangenheit in gutem Glauben gehandelt; diese Erklärung während des VI. Kongresses läßt, neben vielen anderen, stark an seinem guten Glauben zweifeln.«

⁵ Der Schweizer Jules Humbert-Droz sprach deshalb von einem »Kongreß auf den Korridoren«. Vgl. dazu: Hermann Weber und Bernhard H. Bayerlein, a.a.O., S. 319.

die den Mitgliedsparteien im Vorfeld des Weltkongresses zur Diskussion übergeben worden waren.

Die von Stalin und seinen Gefolgsleuten auf den Weg gebrachte erneute »Links«-Wendung der Komintern erforderte nach den Gepflogenheiten der internationalen kommunistischen Bewegung eine angemessene »theoretische« Begründung. Aus diesem Grunde stellte Bucharin eine angebliche »dritte Periode« der Nachkriegsentwicklung in den Mittelpunkt seines vielstündigen Referats, wobei er bei der Definition und der Begründung dieser »dritten Periode« zwangsläufig mehr als vage bleiben mußte. War zwischen der »ersten Periode«, der »Periode der revolutionären Nachkriegskrise«, und der »zweiten Periode«, der »Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus«, noch ein klarer Unterschied erkennbar, so fragten sich nicht wenige Delegierte des VI. Weltkongresses, was denn eigentlich das Neue an der nun verkündeten »dritten Periode« sein sollte.

Bucharin sah sich deshalb gezwungen, in seinem Schlußwort zur Diskussion des entsprechenden Tagesordnungspunktes erneut zu dieser Frage Stellung zu nehmen: »Die These der drei Perioden haben wir auch in der Delegation der KPdSU debattiert und dort etwas konkretisiert. [...] Die Gegner der Gliederung in drei Perioden behaupten, daß sich die zweite Periode durch nichts von der dritten unterscheidet und daß infolgedessen die Gliederung in eine zweite und dritte durch nichts berechtigt, absolut unbegründet und überflüssig ist. Nehmen wir an, es bestehen keine Unterschiede. Was wird aber dann aus der Tatsache der Überschreitung des Vorkriegsniveaus durch die Weltwirtschaft? Meiner Meinung nach ist das eine bedeutsame Tatsache. Warum? Gestatten Sie mir, daß ich das populär darlege. Die Bedeutung der angeführten Tatsache besteht darin, daß sie die Dynamik der Entwicklung hervorkehrt. Solange das Vorkriegsniveau nicht überschritten war, konnte man annehmen, daß das Wachsen der Produktivkräfte in dem einen oder dem anderen Lande rein zufälligen Charakter trägt, daß dieses Wachstum nicht etwas Typisches und keine für die gegebene Periode organische Eigenschaft ist. Als aber die Weltwirtschaft oder der kapitalistische Sektor dieser Weltwirtschaft das Vorkriegsniveau zu überschreiten und sich auf einer neuen Basis zu entwickeln begann, mußte man zu einer vorsichtigeren Beurteilung greifen und an unserer früheren Beurteilung mußten ziemlich wesentliche Veränderungen vorgenommen werden.«⁶

Verkürzt gesagt, begründete Bucharin, zu diesem Zeitpunkt durchaus in Übereinstimmung mit Stalin, die Existenz einer »dritten Periode« mit der »zunehmenden relativen Stabilisierung des Kapitalismus« und den sich dadurch verändernden »Kampfbedingungen« in aller Welt.⁷ Doch nur Wochen und Monaten später war es die »Überschätzung der relativen Stabilisierung des Kapitalismus«, die den »Parteirechten« und insbesondere den »Versöhnlern« von Stalin und seinen Gefolgsleuten zum großen Vorwurf gemacht wurde.⁸ Noch Jahrzehnte später konnte man in einem biographi-

⁶ Protokoll. Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Moskau, 17. Juli - 1. September 1928, Hamburg und Berlin 1928 (Reprint Milano 1967), Band 1, S. 521.

⁷ Weitere Argumente, die zur Begründung der »dritten Periode« vorgebracht wurden, waren unter anderem der Bürgerkrieg in China und die angeblich akute Verschärfung der Gefahr eines imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion.

⁸ Vgl. dazu u.a.: Nicholas N. Kozlov and Eric D. Weitz, Reflections on the Origins of the 'Third Period': Bukharin, the Comintern and the Political Economy of Weimar Germany, in: Journal of

schen Aufsatz über Arthur Ewert, der im Auftrag des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED erarbeitet worden war, unter Bezug auf die Zeit des VI. Weltkongresses lesen: »Arthur Ewert [...] überschätzte die Festigkeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, übersah bestimmte sich verschärfende Widersprüche und kam dadurch zu falschen Schlußfolgerungen für die Politik der Partei.«⁹

Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929, symbolisiert durch den »Schwarzen Freitag«¹⁰ an der New Yorker Börse, schien die Theorie der »dritten Periode«, nun in ihrer Stalinschen Interpretation, also als Ausdruck der Verschärfung der Krisenprozesse in der kapitalistischen Weltwirtschaft, mit nur etwa einjähriger »Verspätung« doch noch von der Praxis bestätigt worden zu sein. Doch erwies es sich als ein verhängnisvoller, ja im Wortsinn tödlicher Fehler, ausgehend von einer »relativ richtigen ökonomischen Interpretation«¹¹ voluntaristisch eine völlig falsche Politik zu formulieren und zu praktizieren. Denn die »dritte Periode« entwickelte sich [...] nicht in Richtung auf kapitalistischen Zusammenbruch und revolutionären Sieg; sie entpuppte sich vielmehr als eine Epoche kaum je gekanntes Anwachsens reaktionärster nationalistisch-imperialistischer Tendenzen, als ein Zeitalter der faschistischen Umwälzung und Vernichtung der gesamten sozialistischen und kommunistischen Bewegung.«¹²

Eng verbunden mit der Konzeption der »dritten Periode« war eine erneute Veränderung im Verhältnis zur Sozialdemokratie. In seinem Eröffnungsreferat hatte Bucharin dazu festgestellt: »Der politische Hebel [...] ist das veränderte Verhältnis zu den sozialdemokratischen Parteien. Die Frage des Verhältnisses zu den sozialdemokratischen Parteien ist die politische Hauptfrage. Die Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie [...] ist [...] die politische Orientierung der Kommunistischen Internationale.«¹³ Verbunden damit war eine vollständige Absage an frühere, eher verschämte Versuche, mit den sozialdemokratischen Parteien im Interesse der Tagesforderungen der Arbeiter und Arbeitslosen zu Elementen einer Einheitsfrontpolitik zu kommen. Zwar behauptete Bucharin, »daß die Verschärfung der Kampfmethoden gegen die sozialdemokratischen Parteien keineswegs gleichbedeutend [...] sei] mit einer Ablehnung der Einheitsfronttaktik«, doch mußte jedem aufmerksamen Beobachter des

Contemporary History, July 1989, S. 387-410, deutsch: Nicholas N. Kozlov und Eric D. Weitz, Betrachtungen über die Ursprünge der "Dritten Periode". Bucharin, die Komintern und die politische Ökonomie der Weimarer Republik, in: Theodor Bergmann und Mario Keßler (Hrsg.), Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919-1943), Mainz 1992, S. 123-142.

⁹ Katja Haferkorn, Arthur Ewert. Kämpfer für das deutsche und das brasilianische Volk, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin (DDR), 1/1968, S.102-113, hier: S. 108.

¹⁰ Tatsächlich handelte es sich um einen »Schwarzen Donnerstag«, doch durch die Zeitverschiebung traten die unmittelbaren Wirkungen des Zusammenbruchs der New Yorker Börse diesseits des Atlantiks erst am folgenden Tag auf. In Europa wird daher für gewöhnlich vom »Schwarzen Freitag« gesprochen.

¹¹ Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik (Neuausgabe), Frankfurt am Main 1969, S. 250.

¹² Ebenda.

¹³ Protokoll. Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, a.a.O., S. 49.

Kongresses klar sein, daß es sich dabei unter den gegebenen Bedingungen nur um einen Wunschtraum handeln konnte.¹⁴

Es war an Ernst Thälmann, der in der Nachmittagssitzung des 26. Juli 1928 sprach, die Angelegenheit auf den sprichwörtlichen Punkt zu bringen. In seinem von der großen Mehrheit der Delegierten in Moskau begeistert gefeierten Referat versuchte Thälmann zunächst, bereits ganz im Sinne der von Stalin benötigten Kritik an einer »Überschätzung der relativen Stabilisierung des Kapitalismus«, Bucharin eine insgesamt fehlerhafte Analyse der politischen und wirtschaftlichen Lage in der kapitalistischen Welt nachzuweisen. Dann behauptete er, daß sich die deutsche Sozialdemokratie »vom Reformismus zum Sozialfaschismus« entwickeln würde und daß ihr von der Bourgeoisie eine entscheidende Rolle bei den angeblich akut laufenden Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion zugeordnet sei. Schließlich stellte Thälmann fest: »Die Entwicklung des Reformismus zum Sozialfaschismus ist eine Erscheinung, die man in verschiedenen Ländern an verschiedenen Beispielen illustrieren kann.«¹⁵

Der Begriff des »Sozialfaschismus«, den Bucharin in seinem Referat konsequent vermieden hatte, der dann aber um so nachdrücklicher von Thälmann in die Debatte eingebracht wurde, war keine »Erfindung« Thälmanns oder des VI. Weltkongresses. Sinowjew hatte diesen Begriff bereits 1924 geprägt, und Stalin hatte ihn umgehend aufgegriffen.¹⁶ Doch war er aus Gründen der politischen Opportunität für einige Jahre aus dem aktiven Wortschatz der Komintern verschwunden. In den Jahren nach dem VI. Weltkongreß allerdings, über den Machtantritt des deutschen Faschismus im Januar 1933 hinaus und bis weit in das Jahr 1934 hinein, war er der zentrale politische Kampfbegriff der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen. Er war – wie die damit verbundene Losung des Kampfes »Klasse gegen Klasse« – das Symbol einer sich konsequent den Realitäten verweigernden Sicht auf die Entwicklungen in der Welt.

Keiner der Delegierten des VI. Weltkongresses, auch Arthur Ewert nicht, sprach sich offen gegen die abenteuerliche Politik aus, die sich hinter der »Sozialfaschismus«-Konzeption verbarg. Allerdings warnte Arthur Ewert nachdrücklich vor einer Unterschätzung der Kraft der Sozialdemokratie: »Die [deutsche] Sozialdemokratie baut [...] auf eine Parteiorganisation mit 800.000 Mitgliedern, einen Parteiapparat, der mit dem kapitalistischen Staat, Gemeinden, Kommunen usw. verbunden ist. [...] Aber das allein macht nicht die Stärke der Sozialdemokratie aus. Denn die Sozialdemokraten beherrschen daneben den gewaltigen Apparat der Gewerkschaften, beherrschen die Konsumgenossenschaften, die Krankenkassen, alle jene Kulturorganisationen, mit denen sie weit über die Peripherie ihrer Partei hinaus Millionen von Arbeitern ideologisch dauernd beeinflußt und sie auch organisatorisch zusammenhält.«¹⁷

¹⁴ Ebenda, S. 50.

¹⁵ Ebenda, S. 303.

¹⁶ Vgl. dazu: Ulla Plener, »Sozialdemokratismus« - Instrument der SED-Führung im Kalten Krieg gegen Teile der Arbeiterbewegung (1948-1953), in: UTOPIE kreativ, Heft 161 (März 2004), S. 248-256.

¹⁷ Protokoll. Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, a.a.O., S. 349.

Ernst Thälmann nutzte sein Referat vor dem Plenum des VI. Weltkongresses, um die Auseinandersetzungen innerhalb der Führung der KPD bzw. innerhalb der nach Moskau gereisten Delegation der Partei öffentlich zu machen.

Diese Auseinandersetzungen hatten bereits auf der ersten Sitzung der deutschen Delegation in Moskau am 21. und 22. Juli 1928 einen weiteren Höhepunkt erreicht.

Offiziell ging es bei dieser Zusammenkunft um die Beratung der zahlreichen Änderungsanträge, die von den verschiedenen Delegationen zu den von Bucharin eingebrachten Thesen des Weltkongresses eingereicht worden waren. Doch wenig überraschend konzentrierte sich die Diskussion sehr schnell auf die »Stellungnahme zu den deutschen Fragen«, wie der Tagesordnungspunkt im offiziellen Protokoll hieß.

Thälmann teilte zunächst mit, daß es zu Punkt 45 der Thesen, also dem Punkt, der sich mit der Lage in der KPD befaßte, einen Änderungsantrag gab, der von der Führung der KPdSU (B) um Stalin eingebracht worden war und der folgenden Wortlaut hatte: »Eine Politik der Duldsamkeit gegenüber den Trägern rechter Abweichungen ist unzulässig.«¹⁸

Arthur Ewert war laut Protokoll der erste Diskussionsredner. Er sprach mehr als zwanzig Minuten, wobei er immer wieder durch zum Teil böartige Zwischenrufe, auch von Thälmann, unterbrochen wurde. In seiner Rede zog Arthur Ewert eine kritische Bilanz der Entwicklung der KPD seit dem Essener Parteitag. Er bekräftigte den Kurs der Konzentration und betonte die Bereitschaft seiner Gruppe, an diesem Kurs festzuhalten. Noch einmal begründete er seinen im Vorfeld der Reichstagswahlen unterbreiteten Vorschlag, Heinrich Brandler und August Thalheimer als Kandidaten zu nominieren und ihnen so die Möglichkeit zu geben, wieder in die deutsche Parteiarbeit zurückzukehren. Er wies zugleich darauf hin, daß er die Frage der Rückkehr von Brandler und Thalheimer nach Deutschland nach den Festlegungen im Rahmen des Neunten Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Februar 1928 nicht mehr aufgeworfen hatte.

Abschließend stellte Arthur Ewert fest: »An sich kann man gegen eine solche Formulierung der Duldsamkeit nichts haben. Selbstverständlich ist Duldsamkeit gegenüber den rechten Abweichungen der Partei unzulässig. Aber diese Formulierung ist und soll sein eine innerparteiliche Waffe zum Kampf gegen bestimmte Kräfte in der Partei, gegen die meines Erachtens ein Kampf nicht notwendig ist, sondern schädlich wäre für die Partei. Und eine solche Formulierung gibt [es] unter der jetzigen konkreten Lage, die etwas anders ist als die zur Zeit des 9. Plenums. [...] Diese Formulierung soll in dieser konkreten Situation eine innerparteiliche Waffe sein, sie soll werden ein Mittel zur Differenzierung innerhalb der Partei.«¹⁹

Arthur Ewert wurde in der nachfolgenden Diskussion vor allem von Georg Schumann und Johannes Schröter, aber auch von Hans Tittel, der offiziell als sogenannter Parteirechter galt, nachdrücklich unterstützt. Doch die Mehrheit der Gruppe um Ernst Thälmann konnte dadurch nicht erschüttert werden.

¹⁸ Protokoll der Sitzung der deutschen Delegation zum 6. Weltkongreß am 21./22. Juli 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 5 I 6/3/12, Blatt 6.

¹⁹ Ebenda, Blatt 13 f.

Schon deshalb lag es im Interesse Thälmanns und seiner Gefolgsleute, die innerparteilichen Debatten der KPD vor das Plenum des Weltkongresses zu bringen, um dort Unterstützung für die eigenen Positionen zu holen. Doch Thälmann betrieb damit auch die Politik Stalins, der den »Kampf gegen die rechte Gefahr« innerhalb der Komintern zum Vehikel seines persönlichen Kampfes gegen Bucharin und dessen Anhänger innerhalb und außerhalb der KPdSU (B) machen wollte.

Zwar verzichtete Thälmann bei seiner Darstellung der Lage in der KPD darauf, Arthur Ewert, Ernst Meyer oder einen anderen Vertreter der Minderheit namentlich zu nennen. Doch den Spitzenfunktionären der Komintern, die mit den Entwicklungen innerhalb der KPD vertraut waren, konnte nicht entgehen, gegen wen sich Thälmanns Attacken richteten.

Thälmann stellte fest: »Auf dem IX. Plenum faßten die russische und die deutsche Delegation unter anderem einen gemeinsamen Beschluß in der Frage der Duldsamkeit gegenüber den Trägern der rechten Gefahr. Es gibt eine gewisse Tendenz, sich von den rechten Abweichungen politisch abzugrenzen, aber gleichzeitig die rechte Gefahr in der deutschen Partei zu unterschätzen. Vor allen Dingen unterschätzen diese Genossen die ideologische Einwirkung derjenigen Genossen, die bereits ein ganzes System von Abweichungen aufgestellt haben. Sie sehen nicht, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen das verstärkte Einwirken des Reformismus auf unsere Partei, diese rechte Ideologie, besonders auf einen Teil der Funktionäre in den Gewerkschaften, in den Parlamenten, in den Massenorganisationen und sogar auf Parteileitungen einwirkt. Aus dieser falschen politischen Einschätzung leisten diese Genossen gegen unbedingt notwendige Maßnahmen manchmal Widerstand. [...] Auch in unserer Delegation zum VI. Weltkongreß bestanden in dieser Frage einige Meinungsverschiedenheiten. Die überwiegende Mehrheit der Genossen sprach allerdings gegen die Duldsamkeit gegenüber den Trägern der rechten Gefahr. Inzwischen hat die russische Delegation ihrerseits einen Ergänzungsantrag in dieser Frage eingereicht, den ich mit Einverständnis der russischen Delegation hier zur Verlesung bringe: »Die Kommunistische Partei Deutschlands, die eine der besten Abteilungen der internationalen proletarischen Armee ist, steht gleichzeitig der besten Sozialdemokratie gegenüber, die noch außerordentlich starke Wurzeln im Lande hat. Das schafft einen günstigen Boden für rechte Abweichungen in der Bewegung selbst. Daher sind der konsequente Kampf gegen die rechten Abweichungen [...], die unbedingte Überwindung der versöhnlerischen Strömung gegenüber diesen Abweichungen, bei gleichzeitiger Heranziehung der besten Parteikräfte, die auf dem Boden der Beschlüsse der Komintern und der Essener Beschlüsse des Parteitages der KPD stehen, zur verantwortlichen Parteilarbeit (bei einem entschiedenen Kurs auf die Konsolidierung der Partei), bei einem Zusammenschluß aller Kräfte der gegenwärtigen Führung und der Festigung ihres kollektiven Charakters – bei unbedingter Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit – die Aufgaben des Tages usw.« Die Mehrheit der deutschen Delegation ist mit diesem Antrag einverstanden.«²⁰

Arthur Ewert sprach am folgenden Tag, in der Vormittagssitzung des 27. Juli 1928, vor dem Plenum des Weltkongresses. Auch er war zunächst mit Beifall bedacht worden, doch konnte er sich in der Folge mit seiner Sichtweise auf die Probleme und

²⁰ Protokoll. Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, a.a.O., S. 315.

Konflikte innerhalb der KPD nicht durchsetzen. Vergeblich verwehrte er sich gegen die Versuche der Mehrheit in der Führung der Partei, die politische Auseinandersetzung durch organisatorische Maßnahmen zu ersetzen: »In der Delegationssitzung, die wir hier in Moskau hatten, wurde bereits [...] deklariert, daß die Hauptgefahr nicht durch die rechte Gruppe, sondern durch jene Genossen dargestellt wird, die gegenüber dieser rechten Gruppe eine Tendenz der Duldsamkeit an den Tag legen. Obgleich man sich nicht die Mühe gab, dieses zu beweisen, stempelte man eine Reihe Genossen, die auf dem Boden der Partei stehen, zu einer solchen Gruppe und kündigte auch organisatorische Maßnahmen gegen sie an. Eine solche Linie ist eine Gefahr für den innerparteilichen Kurs der Partei und muß zum Aufleben neuer Gruppenkämpfe auf einer ungenügenden, ungerechtfertigten politischen Basis führen. Man muß diese Gefahr bereits in ihren Anfängen signalisieren. [...] Eine solche Linie muß zu einem Gruppenmonopol in der Führung, zu einer Gruppenideologie in der Partei führen. [...] Es ist klar, daß auch eine Mehrheit in der Führung zu einer Gruppe entarten kann. Wir haben das in verschiedenen Parteien bereits gehabt.«²¹

In dieser Situation fiel Walter Ulbricht die Rolle des »Wadenbeißers« zu, der den latenten und in Teilen bereits akuten Konflikt in der Führung der KPD auf einen neuen Höhepunkt treiben sollte. So war seine gesamte Diskussionsrede in der Vormittagssitzung des 28. Juli 1928 ein einziger massiver Angriff gegen Arthur Ewert und dessen politische Positionen, wobei er gelegentlich auch heftige Seitenhiebe gegen Gerhart Eisler richtete. Bemerkenswert war dabei die Penetranz, mit der sich Ulbricht immer wieder auf die Ausführungen von Thälmann bezog, der zwei Tage vor ihm gesprochen hatte: »Genosse Thälmann hat klar und eindeutig darauf gesagt: Wir sind einverstanden, die rechte Gefahr ist die Hauptgefahr. Aber gegen die Anhänger der versöhnlerischen Strömung, die mehr oder weniger diese Rechte für sich auszunutzen suchen, und umgekehrt von den Rechten ausgenutzt werden und die Partei hindern, die Rechten so zu bekämpfen, wie es notwendig ist, muß ebenfalls der Kampf mit ideologischen Mitteln, aber auch durch organisatorische Maßnahmen gerührt werden. [...] Genosse Ewert hat zwar dann seine Ausführungen etwas abgeschwächt, indem er erklärte, daß die Überwindung der Meinungsverschiedenheiten möglich ist, aber »sie erfordert den wirklichen Willen zur Durchführung auf allen Seiten«. Genosse Thälmann hat klar und deutlich erklärt, daß beim Zentralkomitee und bei der Delegation dieser Wille vorhanden ist. Aber der Genosse Ewert antwortet: Ja, aber hier besteht die Gefahr, daß die Mehrheit, die den Willen zur Überwindung der Meinungsverschiedenheiten hat, »entartet«. Das ist eine unerhörte Beleidigung der Parteilichkeit. Genosse Ewert zeigt einen sehr eigenartigen Willen zur Überwindung der Meinungsverschiedenheiten. Das ist die Zustimmung mit Vorbehalt. [...] Genosse Ewert muß sich darüber klar sein, daß er entweder den Weg geht, den das russische Polbüro vorschlägt und der sich vollständig mit der Auffassung der deutschen Delegation und des Polbüros deckt oder, wenn er diesen Weg nicht geht, wenn er nicht Schulter an Schulter mit den Genossen des Zentralkomitees diszipliniert die Beschlüsse durchführt, dann kann Genosse Ewert zum Sammelpunkt für alle diejenigen werden, die eine von der Partei abweichende Meinung vertreten. Über diese Konsequenz muß sich der

²¹ Ebenda, S. 353.

Genosse Ewert klar sein. Das ist der Sinn der Warnung, die auch in der deutschen Delegation gegenüber dem Genossen Ewert ausgesprochen wurde.«²²

Anfang August 1928 begann die »Rote Fahne« mit dem auszugsweisen Abdruck der Reden, die die Vertreter der KPD, einschließlich Arthur Ewerts, in Moskau gehalten hatten. Der Konflikt an der Spitze der Partei wurde jedoch erst in vollem Umfang sichtbar, als am 21. August 1928 in der »Roten Fahne« ein Artikel erschien, für den das Politbüro in seiner Gesamtheit verantwortlich zeichnete, der aber lediglich die Position Thälmanns und seiner Gefolgsleute berücksichtigte. In dem Artikel hieß es: »Der Kongreß, das höchste Organ des internationalen Kommunismus, hat die Entscheidung über die Meinungsverschiedenheiten in unserer Parteiführung gefällt. Seine Thesen verpflichten die gesamte Partei zum verschärften Kampf gegen rechte Abweichungen, zur »vollständigen Überwindung der versöhnlerischen Strömung«, zum entschiedenen Kurs auf die Konsolidierung der Partei, zur Stärkung ihrer kollektiven Führung, zur Entwicklung der Parteidemokratie, zur bedingungslosen Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, zur Festigung der eisernen Disziplin innerhalb der Partei. Diese Beschlüsse wurden vom Kongreß einstimmig angenommen. Auch die Minderheit der deutschen Delegation hat für sie gestimmt und damit die Pflicht auf sich genommen, ihre Durchführung mit allen Mitteln zu unterstützen. Die Streitfragen, wie sie in den erwähnten Reden und Erklärungen zum Ausdruck kamen, sind damit geklärt und entschieden. Gleichzeitig sind die Voraussetzungen geschaffen, die Beschlüsse des VI. Weltkongresses in gemeinsamer Arbeit geschlossen und kameradschaftlich zu verwirklichen.«²³

Arthur Ewert hatte zuvor einen eigenen umfangreichen Entwurf für einen »Artikel des Polbüros« unter dem Titel »Der VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und die KPD« vorgelegt, der allerdings ohne Diskussion von der Mehrheit zurückgewiesen wurde. In diesem Entwurf hatte Arthur Ewert geschrieben: »Aus den Reden und Erklärungen der Gen[ossen] Thälmann und Ewert auf dem Kongreß, die in unserer Presse veröffentlicht werden, ersehen unsere Genossen, daß es in einer Reihe von Fragen innerhalb der deutschen Delegation Differenzen gab. Der Gen[osse] Ewert und eine Minderheit der Delegation vertraten die Auffassung, daß sich Tendenzen zur Änderung des innerparteilichen Kurses von Essen in der Parteiführung bemerkbar machen, daß der Kampf mit organisatorischen Mitteln auch gegen Parteikräfte, die die Linie von Essen vertreten, geführt wird.

Für die Mehrheit der Delegation wies der Genosse Thälmann diese Auffassung zurück. Das Polbüro läßt keinen Zweifel darüber, daß nach wie vor die Bedürfnisse der Konsolidierung der Partei auf der Grundlage des Leninismus für den gesamten innerparteilichen Kurs maßgebend sind, und daß – entsprechend den Beschlüssen des VI. Weltkongresses – die »Heranziehung aller besten Kräfte der Partei, die auf dem Boden der Beschlüsse der Komintern und des Essener Parteitages stehen, zur verantwortlichen Partearbeit, bei entschiedenem Kurs auf die Konsolidierung der Partei, bei Zusammenschluß aller Kräfte der gegenwärtigen Führung und Festigung ihres kollektiven Charakters – bei unbedingter Unterordnung der Minderheit und die Mehrheit → notwendig ist.

²² Ebenda, S. 409 f. und 414 f.

²³ Die Rote Fahne, Berlin, 21. August 1928.

Auf dieser Grundlage, die den entschiedenen Kampf gegen alle, insbesondere aber gegen die in der jetzigen Zeit besonders in Erscheinung tretenden rechten Abweichungen einschließt und voraussetzt, werden die Differenzen beseitigt und eine einheitliche Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses gewährleistet werden.

Unsere Partei braucht nicht nur eine feste geschlossene Führung, sondern auch die Einheit ihrer bolschewistischen Reihen, die Einheitlichkeit des Handelns aller Parteimitglieder im Sinne der Beschlüsse des VI. Weltkongresses. Nur so kann und wird sie die vor ihr stehenden großen Aufgaben lösen.«²⁴

Bereits am 17. August 1928 hatte Clara Zetkin in zwei gleichlautenden Briefen an Bucharin und Thälmann den Vorschlag unterbreitet, noch »vor Schluß des VI. Weltkongresses [...] eine persönliche Aussprache [...] zwischen einigen führenden Moskauer Genossen und einigen führenden Genossen des ZK der KPD« durchzuführen. Als »Gegenstand der Aussprache« nannte sie: »Die Lage in der KPD; die Sicherung der nötigen guten, zielgerichteten Gewerkschaftsarbeit; die Durchführung der unerläßlichen Konzentration der Kräfte in Übereinstimmung mit der grundsätzlichen Linie des Kongresses und in Verbindung mit dieser Frage die künftige Verwendung des Genossen Brandler.« Und weiter hatte sie geschrieben: »Was mich zu meinem Vorschlag bestimmt, ist die durch mancherlei Einzelheiten hervorgerufene und gesteigerte Sorge um die innere und äußere Entwicklung der Partei, um ihre größte Einheitlichkeit, Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit sowohl in der Leitung wie in der Mitgliedschaft. Das selbstverständlich entsprechend der vom Kongreß aufgezeigten Linie zu dem Ziel, die günstige Situation voll zur Erfüllung ihrer Aufgaben auszunutzen.« Zur »Beteiligung an der Aussprache« schlug sie vor: »Für Moskau Genossen Bucharin, Genossen Stalin, falls er hier anwesend ist, Genossen Pjatnitzki und Genossen Tomski; für das deutsche ZK natürlich Sie [d.i. Ernst Thälmann] selbst, Genossen Ewert, einen dritten deutschen Genossen sollen Sie selbst bestimmen. Ich plädiere dafür, daß Genosse Brandler zu der Aussprache hinzugezogen wird, denn sein »Falk muß endlich erledigt werden.«²⁵

Eine Reaktion Bucharins oder Thälmanns auf den Vorschlag von Clara Zetkin ist nicht überliefert. Tatsache ist jedoch, daß eine Aussprache nicht stattfand. Weder Stalin, der einer solchen Zusammenkunft hätte zustimmen müssen, noch Thälmann, die in trauter Eintracht den VI. Weltkongreß benutzten, um ihre eigenen politischen Ziele zu befördern, konnten ein Interesse daran haben, einen Konflikt zu entschärfen, den sie selbst mit Vorsatz geschürt hatten.

Bucharin wiederum zeigte sich auf dem Weltkongreß als Zauderer, der den Auseinandersetzungen hinter den Kulissen im Hinblick auf einen nach außen »reibungslosen« Ablauf des Kongresses nach Möglichkeit aus dem Weg gehen wollte. So verwundert es kaum, daß er in seinem Schlußwort, seinem letzten großen Auftritt als Vorsitzender der Komintern, nun selbst die »rechte Gefahr« innerhalb der Kommunistischen Internationale und ihren Sektionen beschwor: »In Deutschland haben wir eine rechte

²⁴ Entwurf von Arthur Ewert für einen Artikel des Polbüros, [ohne Ort und Datum], SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 2/3 67, Blatt 222-229, hier: Blatt 229.

²⁵ [Clara Zetkin: Brief an Ernst Thälmann], Archangelsk, 17. August 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 2/3/69 Blatt 405, in: Hermann Weber und Bernhard H. Bayerlein, a.a.O., S. 122 f., hier: S. 122.

Gefahr. Wir fordern in den Thesen auf, diese rechte Gefahr energisch zu bekämpfen. Wir fordern in den Thesen auf, die versöhnliche Stimmung gegenüber den rechten Gefahren systematisch zu überwinden.« Unter diesen Umständen war sein öffentliches Eintreten für Arthur Ewert nur noch ein Rückzugsgefecht: »Gleichzeitig müssen wir aber in jeder Weise und mit allen Mitteln die Genossen zusammenschließen, die auf der Plattform des Essener Parteitages, [... der] Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und der Versprechungen stehen, einen rücksichtslosen Kampf gegen die rechte Gefahr zu führen. Die Delegation der KPdSU hat mich [...] beauftragt – was die deutsche Partei anbelangt – zu erklären, daß wir gegen die Versuche sind, den Genossen Ewert aus der Parteiführung zu verdrängen.« Dann jedoch – wider besseres Wissen – weiter: »Ich muß aber sagen, daß die deutschen Genossen keine solchen Absichten haben.«²⁶

Am 26. August 1928 kam in Moskau das Politbüro der KPD zusammen, um die Kandidaten der Partei für die verschiedenen Funktionen in der Führung der Komintern zu benennen, die am letzten Tag des Weltkongresses per Akklamation bestätigt werden sollten. Zunächst mußte sich das Gremium jedoch mit einer Erklärung von Gerhart Eisler, Heinrich Süßkind und Hugo Eberlein befassen, in der die drei Funktionäre die Kampagne gegen die »Parteirechten« verurteilten, die wenige Tage zuvor in Zusammenhang mit der Berichterstattung über den VI. Weltkongreß in der »Rote Fahne« begonnen hatte. Wenig überraschend wurde die Erklärung von der Mehrheit um Ernst Thälmann zurückgewiesen.²⁷

In der anschließenden Debatte über die Vorschläge der KPD für das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale erklärte Thälmann: »Das Sekretariat schlägt für die Exekutive mit beschließender Stimme die Genossen: Thälmann, Dengel, Remmele und Pieck und mit beratender Stimme: Schneller, Ewert und Heckert vor. Wir hatten im Sekretariat eine kurze Auseinandersetzung. Ewert war der Meinung, daß er mit beschließender Stimme vorgeschlagen werden soll. [...] Wir haben diesen Standpunkt abgelehnt und gesagt, daß, wenn wir dazu übergehen, Ewert mit beratender Stimme in die Exekutive hineinzudelegieren, es bedeutet, daß wir einen Beweis dafür ablegen, daß wir gewillt sind, mit Ewert gemeinsam zu arbeiten, trotzdem sein Verhalten in den letzten Wochen gezeigt hat, daß er sich abgrenzt und nicht solidariert mit der Mehrheit des Polbüros. Sein ganzes Verhalten hätte uns eigentlich ermächtigen müssen, ihn nicht aufzustellen, weil das den Beschlüssen des VI. Weltkongresses nicht entspricht.«²⁸

Tatsächlich wurde Arthur Ewert lediglich in die wenig bedeutende Funktion eines Kandidaten, also eines nicht stimmberechtigten Mitglieds des Exekutivkomitees der Komintern gewählt.²⁹ Auch in anderen Fragen hatte er während des VI. Weltkongresses politische Niederlagen einstecken müssen.

²⁶ Protokoll. Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, a.a.O., S. 550.

²⁷ Vgl. dazu: Hermann Weber und Bernhard H. Bayerlein, a.a.O., S. 24.

²⁸ [Sitzung des Politbüros der KPD], Moskau, 26. August 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 1/2/3 Blatt 419 f., in: Ebenda.

²⁹ Nicht wenigen Autoren ist der Unterschied zwischen einem (stimmberechtigten) Mitglied und einem (nicht stimmberechtigten) Kandidaten einer leitenden Körperschaft in der kommunistischen Bewegung nicht bekannt bzw. bewußt. Sie machten aus Arthur Ewert daher wiederholt einen »erfolg-

So war mit dem Beschluß über die Thesen seine Sichtweise auf die Probleme und Konflikte innerhalb der KPD vom Plenum des Weltkongresses klar und eindeutig zurückgewiesen worden. Und er selbst hatte durch seine Zustimmung zu den Beschlüssen seinen eigenen Handlungsspielraum eingeschränkt.

Auch seine Bemühungen, im Politbüro der KPD eine Mehrheit für die Rückkehr von August Thalheimer und Heinrich Brandler in die deutsche Parteiarbeit zu organisieren, nach dem diese die geforderten Erklärungen abgegeben hatten, scheiterten. Ein entsprechender Antrag, der in der Sitzung am 24. August 1928 in Moskau behandelt wurde, wurde zurückgewiesen.³⁰

Trotzdem war, wie eingangs bereits festgestellt, eine endgültige Entscheidung über das weitere Schicksal der deutschen und internationalen kommunistischen Bewegung noch nicht gefallen.

Denn der VI. Weltkongreß endete letztlich ohne einen klaren Sieg für eine der beteiligten Seiten. Die in Moskau beschlossenen Dokumente trugen einen weitgehenden Kompromißcharakter. Die beiden großen Fraktionen innerhalb der Kommunistischen Internationale, auf der Ebene der KPdSU (B) und der Komintern vertreten durch Stalin und Bucharin, auf der Ebene der KPD vertreten durch Thälmann und Ewert, konnten sich in der Folge demonstrativ auf die Beschlüsse des VI. Weltkongresses berufen.

Es ging nun darum, welcher der beiden Fraktionen es gelingen würde, eine verbindliche Interpretation durchzusetzen, also die Deutungshoheit über den VI. Weltkongreß zu erlangen.

losen Bewerber« um eine Mitgliedschaft im EKKI. Vgl. dazu zum Beispiel: Manuel Caballero, *Latin America and the Comintern 1919-1943*, Cambridge 1986, S. 157.

³⁰ Sitzung des Politischen Büros des ZK der KPD, 24. August 1928. Antrag Arthur Ewerts zu den Beschlußvorschlägen betreffend Heinrich Brandler und August Thalheimer, SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/8b, Blatt 415, in: in: Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas u.a. (Hg.), *Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg*, Berlin 2003, Dokumente auf CD, Dokument 77.

Kapitel 12: Die Wittorf-Affäre

Ende August 1928 wurde von linkskommunistischen Zeitungen, die in Opposition zur KPD und insbesondere ihrer Führung standen, öffentlich gemacht, daß John Wittorf, Mitglied des ZK der KPD und Politischer Sekretär der KPD-Bezirksleitung Wasserkante, ein enger Vertrauter Ernst Thälmanns³¹, im Sommer 1927 einen Betrag von mindestens 1.550 Reichsmark unterschlagen hatte. Dieses Geld war auf verdeckten Wegen über die sowjetische Handelsvertretung im niederländischen Rotterdam aus Moskau nach Hamburg gelangt und sollte für den Reichstagswahlkampf der KPD im Frühjahr 1928 verwendet werden. Spätestens im Mai 1928 hatte Ernst Thälmann von der Unterschlagung erfahren, die Parteiführung in Berlin über den Vorfall aber nicht informiert. Kaum überraschend wurde das Thema auch von der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Presse begierig aufgegriffen.

Die Führung der KPD sah sich deshalb im September 1928 veranlaßt, durch Hugo Eberlein, Mitglied des Politbüros und als Leiter der Geschäftsabteilung des ZK auch für die Parteifinanzen zuständig, in Hamburg eine Kassenprüfung vornehmen zu lassen.³² Dabei wurden die Vorwürfe gegen Wittorf grundsätzlich bestätigt, auch wenn unklar blieb, welche Summe Wittorf tatsächlich unterschlagen hatte.³³

Korruption galt in der kommunistischen Bewegung völlig zu Recht als ein politisch besonders schwerwiegendes Delikt. Schließlich mußte ein hochqualifizierter Facharbeiter für einen Betrag, wie ihn John Wittorf veruntreut hatte, weit mehr als ein halbes Jahr arbeiten, und das bei einer Wochenarbeitszeit von 48 und mehr Stunden. Bei ihren regelmäßigen – und durchaus berechtigten – Attacken gegen den sozialdemokratischen und den bürgerlichen Politikbetrieb hatte die KPD immer wieder genüßlich jeden einzelnen Fall von Korruption bei ihren politischen Gegnern ausgeschlachtet. Nun drohte ihr eine »Rückzahlung« in gleicher Münze, mit nicht absehbaren Folgen für das Ansehen der Partei.

Die Erklärung Thälmanns, »die Dinge [in Hamburg] nur vom Parteiinteresse«³⁴ behandelt zu haben, war durchaus plausibel, konnte aber in der Öffentlichkeit den Ver-

³¹ Die Auffassung, John Wittorf sei ein Schwager Ernst Thälmanns gewesen, war in der KPD zu dieser Zeit sehr verbreitet und taucht auch heute noch in Veröffentlichungen auf. Doch sind Ernst Thälmann und John Wittorf ganz offensichtlich weder verwandt noch verschwägert gewesen. Ernst Thälmanns Frau Rosa war eine geborene Koch aus Bargfeld, Kreis Stormarn, die Frau von John Wittorf, Caroline, eine geborene Lewerenz aus Hamburg. Vgl. dazu: Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Band 1, Frankfurt am Main 1969, S. 199 (Fußnote 58).

³² In einer an die »Mitglieder der Kommission zur Untersuchung der Hamburger Vorgänge« gerichteten Erklärung vom 4. Oktober 1928 wiesen Arthur Ewert und Hugo Eberlein darauf hin, daß das »Sekretariat des Zentralkomitees [...] in Abwesenheit der Genossen Eberlein, Ewert, Gerhard [d.i. Gerhart Eisler], auf Antrag des Sekretärs Dahlem beschlossen [hatte], [...] Eberlein mit der Untersuchung der Hamburger Vorgänge zu beauftragen.« Sie wandten sich damit gegen den inzwischen lautstark in Berlin und Moskau erhobenen Vorwurf, daß »die Hamburger Vorgänge von den Genossen Eberlein und Ewert usw. aus fraktionellen Gründen »aufgezogen« worden« seien. Vgl. dazu: [An die Mitglieder der Kommission zur Untersuchung der Hamburger Vorgänge], Moskau, 4. Oktober 1928, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 47, Delo 9, Blatt 28 und 29, hier: Blatt 29.

³³ Die in der Literatur genannten Beträge liegen zwischen 1.550 und 3.000 Reichsmark.

³⁴ Tagung des ZK der KPD, 26. und 27. September 1928. Rede Ernst Thälmanns, 26. September 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 2/1/62, Blatt 37-45, in: Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst

dacht der Vetternwirtschaft nicht wirklich ausräumen.³⁵ Im Interesse der Glaubwürdigkeit der KPD waren schon deshalb eine schonungslose Aufklärung der »Hamburger Vorgänge« und eine angemessene Bestrafung der darin verwickelten Parteifunktionäre zwingend erforderlich. Die Behandlung des Hamburger Korruptionsfalles durch das Zentralkomitee der KPD war also in erster Linie ein Akt der politischen Hygiene.³⁶

Am 25. und 26. September 1928 befaßte sich zunächst das Politbüro der KPD mit dem Korruptionsfall Wittorf, am 26. und 27. September 1928 dann auch das Zentralkomitee. Thälmann hatte den Ernst der Lage ganz offensichtlich verstanden und bereits am 24. September 1928, also noch vor der Sitzung des Politbüros, telegraphisch die sofortige Rückkehr von Walter Ulbricht, Leo Flieg und Hermann Remmele, drei ergebenen Gefolgsleuten, aus Moskau gefordert, um in Berlin zusätzliche Unterstützung zu haben. Allerdings hatte Thälmann keinen Grund für diese Forderung nach Moskau übermittelt, so daß die Dringlichkeit der Angelegenheit dort nicht erkannt wurde.

Das Zentralkomitee hatte bei seiner Entscheidung keinen wirklichen Spielraum: Der Korruptionsfall Wittorf war mit allen maßgeblichen Details in der Öffentlichkeit bekannt. Auch die unrühmliche Rolle, die Thälmann bei dem Versuch gespielt hatte, den Fall zu verschleiern, war längst kein Geheimnis mehr. Es stellte sich daher nur noch die Frage, ob die Führung der Komintern in Moskau vor der Beschlußfassung zu konsultieren sei. Doch in Berlin hatte man ganz offensichtlich die Notwendigkeit erkannt, im Interesse der Partei möglichst schnell zu einer Entscheidung zu kommen und überzeugende Tatsachen zu schaffen.

Gegenüber dem ZK räumte Thälmann am 26. September 1928 sein Fehlverhalten uneingeschränkt ein: »Die Methode des Schweigens, die wir eingeschlagen hatten, war

Helas u.a. (Hg.), Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg, Berlin 2003, Dokumente auf CD, Dokument 79.

³⁵ Margarete Buber-Neumann, die Witwe von Heinz Neumann, die Ernst Thälmann aus nächster Nähe kennengelernt hatte, schrieb in ihren Erinnerungen, die eine bittere Abrechnung mit den früheren Genossen ihres von Stalin ermordeten Mannes waren: Ernst Thälmann »war alles andere als ein Ehrgeizling und litt oft unter der Rolle, die man ihm aufgezwungen hatte. Immer wieder rettete er sich nach seiner Vaterstadt in den Schoß seiner Familie oder in die Kneipe zu seinen Freunden, wo er sich so geben durfte, wie er in Wirklichkeit war. Anhänglichkeit an seine alten Kameraden und starkes Verantwortungsgefühl gegenüber seiner Familie gehörten zu seinen lebenswertesten Charakterzügen. Nichts beweist das wohl besser als seine Rolle [im ...] Wittorf-Skandal. Als Thälmann sich schützend vor Wittorf stellte und sich erbot, die von seinem Schwager veruntreuten Gelder persönlich ratenweise zurückzuzahlen, muß er sich klar darüber gewesen sein, welche schlimmen Folgen das für ihn haben würde. Wieviel bequemer wäre es gewesen und wieviel mehr der Parteimoral gemäß, Wittorf einfach fallenzulassen. Aber das entsprach nicht seinem Charakter. Diese Loyalität mag bei dem zweiseitigen Wittorf fehl am Platze gewesen sein, sie ist nichtsdestoweniger bewundernswert.« Margarete Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrwegs, München 2002, S. 237.

³⁶ Eine äußerst lesenswerte Untersuchung zur Wittorf-Affäre, die weit über die von einer sehr begrenzten Sichtweise bestimmten Publikationen Hermann Webers hinausgeht, der trotz zahlreicher nachfolgender Veröffentlichungen letztlich auf dem Erkenntnisstand von 1969 stehengeblieben ist (Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1969), liefert Bert Hoppe mit seiner bereits erwähnten Arbeit »In Stalins Gefolgschaft« (Bert Hoppe, In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928-1933, München 2007, S. 31-104).

falsch, es war ein grober politischer Fehler. [...] Und das Schlimmste war natürlich, daß ich auch später das Polbüro nicht informiert [...] habe. [...] Ich möchte [...] sagen, daß die Angelegenheit selbst eine so ungeheure Auswirkung hatte, trifft mich in erster Linie. Das Schweigen in dieser Angelegenheit war nicht nur ein politischer Fehler, sondern kann auch ausgelegt werden als Duldung von Korruption, was in der Partei zu unmöglichen Konsequenzen führen kann.«³⁷

Auch Arthur Ewert sprach in der Diskussion des Zentralkomitees, in deren Verlauf bereits deutlich geworden war, daß es für nicht wenige Mitglieder der erweiterten Parteiführung bei der begonnenen Debatte nicht nur um Personalfragen ging, sondern auch und vor allem um grundsätzliche Veränderungen in der Arbeit der Partei. Beispielhaft dafür waren die Ausführungen von Franz Dahlem, mit denen sich Arthur Ewert ebenso auseinandersetzte wie mit den noch wesentlich weiter gehenden Forderungen von Erich Hausen.

Hausen, Kandidat des Zentralkomitees und ein exponierter Vertreter des rechten Parteiflügels, hatte im Verlaufe der Tagung des ZK einen sehr weitreichenden Beschlußantrag vorgelegt, der deutlich über die Frage der »Hamburger Vorgänge« hinausging. So hatte Hausen nicht nur den sofortigen Parteiausschluß Thälmanns und der übrigen an der Vertuschung des Hamburger Korruptionsfalls beteiligten Parteifunktionäre gefordert. Er hatte »zur Gesundung der innerparteilichen Verhältnisse, zur Wiederherstellung der Werbekraft und der Kampffähigkeit der Partei und zur Beseitigung jeglicher Korruptionserscheinung [... weitere dringende] Maßnahmen zur Herstellung der innerparteilichen Demokratie« verlangt. Dazu gehörte seiner Meinung nach auch die »sofortige Heranziehung von Brandler und Thalheimer zur Parteiarbeit in Deutschland.«³⁸

Laut stenographischem Protokoll erklärte Arthur Ewert, wobei sehr deutlich wurde, wie äußerst eng er selbst die Grenzen der innerparteilichen Demokratie sah: »Und wenn hier der Genosse 23 [d.i. Franz Dahlem]³⁹ eine Reihe von Vorschlägen macht, so sind eine Anzahl davon unzweifelhaft richtig. Inwieweit solche Vorschläge sich auf die Erweiterung des inneren Lebens der Partei und auf die Demokratie in der Partei beziehen, muß das ZK sie ernsthaft prüfen, sie gehen zu weit und sie sind nicht bolschewistisch in dem Sinne, daß er überhaupt verlangt Wählbarkeit und Absetzbarkeit der Parteifunktionäre durch die Mitglieder, d. h. keine Einsetzung und Absetzung der Funktionäre ohne Zustimmung der Mitglieder. Das ist zu weitgehend. Obgleich im ZK in Deutschland in einer Zeit wie der jetzigen versucht werden muß, möglichst im Einverständnis mit solchen Fragen mit der Mitgliedschaft zu handeln, wenn die Mitgliedschaft auf dem Boden der Partei steht.

Und wenn 35 [d.i. Erich Hausen] verbindet diese Geschichte mit Brandler und Thalheimer, muß man das zurückweisen und die Frage Brandler und Thalheimer in diesen

³⁷ Tagung des ZK der KPD, 26. und 27. September 1928. Rede Ernst Thälmanns, 26. September 1928, a.a.O.

³⁸ Antrag zur Situation in der KPD und zum Ausschluß Ernst Thälmanns aus der KPD, Berlin, 26. September 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 5/I 6/3179, Blatt 119, in: Hermann Weber und Bernhard H. Bayerlein, Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin, Berlin 2003, S. 133 f.

³⁹ Zur Verwendung von Zahlen statt Namen siehe im Anhang »Decknamen und Pseudonyme«.

Auseinandersetzungen überhaupt keine Rolle spielen lassen, wir werden über die Frage ein andermal zu sprechen haben.«

Und weiter: »Was die Frage Thälmann anbetrifft, haben eine ganze Reihe von Genossen geäußert, daß, wenn man die drei anderen Genossen ausschließt, dieses ein Vorwegnehmen des Beschlusses der Exekutive bedeutet.⁴⁰ Nun, wir sind der Meinung, die Exekutive soll diese Fragen prüfen. Es ist nicht die Aufgabe des ZK, [... im] Falle des Genossen 97 [d.i. Ernst Thälmann] schon organisatorische Maßnahmen zu ergreifen. Etwas anderes ist die Frage des Verhaltens des Genossen 97. Und hier sage ich ganz offen, daß meiner Meinung nach das Verhalten des Genossen 97 so schwer ist, daß es unmöglich ist, daß Genosse 97 noch mit Autorität irgendwo auftreten und sprechen kann in unserer Partei.⁴¹

Genossen, man muß aus allen diesen Dingen die eine Tatsache ganz scharf herausarbeiten: Verantwortlich für diese Erscheinungen jetzt, für diese Tatsachen der Schwierigkeiten, ist der Genosse 97. [...] Weiter glaube ich, daß es notwendig ist, daß wir den Versuch machen müssen, gerade aufgrund dieser Dinge eine einheitliche Stellungnahme zu allen wichtigen politischen Fragen herauszuarbeiten auf der Grundlage des VI. Weltkongresses und seiner Beschlüsse, aber auch der richtigen Anwendung der Beschlüsse für die deutsche Partei und daß selbstverständlich ein Bruch gemacht wird mit bestimmten Methoden der Parteiführung, Methoden, die sich auch in Hamburg gezeigt haben und diesen Fall unzweifelhaft begünstigt haben.«⁴²

Es war schließlich Thälmann selbst, der dem Zentralkomitee vorschlug, seine Funktionen ruhen zu lassen, bis die Komintern in Moskau, deren Führungsmittglied er war, eine Entscheidung in der Sache getroffen hatte. Thälmann folgte damit einer Beschlußempfehlung des Politbüros vom selben Tag, an deren Zustandekommen er selbst maßgeblich mitgewirkt hatte. Am zweiten Tag der Politbürositzung, also am 26. September 1928, hatte Thälmann erklärt: »Ich [...] schlage [...] vor, daß ich bei der Exekutive beantrage, auf schnellstem Wege die Untersuchung dieser Angelegenheit und bis zur Erledigung der Untersuchung meine Funktion ruht. Ich schlage das vor

⁴⁰ Gemeint sind die Hamburger Funktionäre John Schehr, Willy Presche und Ludwig Rieß, die am 26. September 1928 nicht ausgeschlossen wurden, sondern denen zunächst lediglich für ein Jahr untersagt wurde, offizielle Funktionen in der Partei auszuüben. Auf einer Tagung am 19. und 20. Oktober 1928 beschloß das ZK dann: »Die Genossen Schehr, Rieß und Presche haben dadurch einen ernsthaften Fehler begangen, daß sie der Untersuchungskommission des ZK nicht sofort die Unterschlagungen des W[jittorf] mitgeteilt haben. Dieses Verhalten wird mißbilligt. Damit sind alle Fragen, die mit der W[jittorf]-Angelegenheit zusammenhängen, erledigt und alle weiteren Untersuchungen eingestellt.« - Beschlußprotokoll Nr. 5 der Sitzung des Zentralkomitees am 19. und 20. Oktober 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY1/I 2/1/64 Blatt 325-328, in: Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas u.a. (Hg.), a.a.O., Dokument 98.

⁴¹ In der vorangegangenen Sitzung des Politbüros war Arthur Ewert noch deutlicher geworden. Dort hatte er u.a. erklärt: »Es kann nicht eine Kommunistische Partei geben, an deren Spitze ein Führer steht, [es] kann nicht eine Leitung geben, an deren Spitze ein Führer steht, der sich in den Händen von Erpressern befindet, ohne daß diese Führung auf das schwerste kompromittiert wird. [...] Es ist nicht nur Wittorf, es ist eine Fäulnis, eine Fäulnis, die ausgerottet werden muß.« Vgl. dazu: [Arthur Ewert in der Sitzung des Politbüros], Berlin, 25. September 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY1/I 1/2/3/8b, Blatt 442 f., so zitiert in: Hermann Weber und Bernhard H. Bayerlein, a.a.O., S. 28.

⁴² Auszüge aus der Rede des Genossen Ewert in der ZK-Sitzung vom 26. September 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 2/3 67, Blatt 230.

und empfehle es zur Annahme.«⁴³ So war es kaum überraschend, daß das ZK diesem Vorgehen ohne Gegenstimmen zustimmte.

In dieser Situation ergriff Gerhart Eisler die Initiative zu einem nächsten Schritt und forderte das ZK auf, auch der sofortigen Veröffentlichung des Beschlusses zur Wittorf-Affäre in der parteieigenen Presse zuzustimmen. Er konnte sich dabei ebenfalls auf die Beschlußempfehlung des Politbüros vom Vortag berufen, wo die Veröffentlichung eines »Communiqué [mit einer] Stellungnahme zu [den] Hamburger Vorgängen« angeregt worden war. Dieser Beschluß wurde von den stimmberechtigten Mitgliedern des ZK ebenfalls einstimmig gefaßt, allerdings gab es in diesem Fall eine Stimmenthaltung.⁴⁴

Noch am 26. September 1928 wurde daher folgende Pressemitteilung herausgegeben, die am nächsten Tag unter der Rubrik »Aus der Partei« an wenig prominenter Stelle in der »Roten Fahne« erschien: »Das Zentralkomitee mißbilligt aufs schärfste die Geheimhaltung der Hamburger Vorgänge gegenüber den leitenden Instanzen der Partei durch den Genossen Thälmann als einen die Partei schwer schädigenden politischen Fehler. Auf seinen eigenen Antrag wird diese Angelegenheit der Exekutive überwiesen. Bis zu ihrer Erledigung ruhen die Funktionen des Genossen Thälmann. Diesem Beschluß liegt folgende Tatsache zu Grunde: Genosse Thälmann, dem persönlich kein Vorwurf der Beteiligung an der Unterschlagung Wittorfs gemacht werden kann, hat mit einigen Genossen den Versuch gemacht, die ihm und den übrigen Genossen bekannt gewordenen Unterschlagungen Wittorfs den leitenden Instanzen der Partei vorzuenthalten und unter Umgehung der Instanzen der Partei zu liquidieren. Da eine solche Handlung unvereinbar ist mit der Disziplin der Partei, da die Verletzung der Parteidisziplin durch einen verantwortlichen Parteifunktionär sehr schwer wiegt, kam das Zentralkomitee zu vorstehendem Beschluß. Das Zentralkomitee kam dem Wunsche des Genossen Thälmann nach, ihm die Gelegenheit zu geben, seinen von ihm anerkannten schweren Fehler vor der Exekutive zu verantworten. Das Urteil der Exekutive wird veröffentlicht werden.«⁴⁵

Der Verlauf der Diskussion auf der Tagung des ZK und der einstimmige Beschluß gegen Thälmann hatten deutlich gemacht, daß es bei den Auseinandersetzungen nicht nur um das offensichtliche Fehlverhalten Thälmanns in der Wittorf-Affäre ging. Viele Mitglieder des ZK, auch erklärte Anhänger Thälmanns und des von ihm repräsentierten »neuen« ultralinken Kurses, hatten die Gelegenheit genutzt, ihre Unzufriedenheit mit dem Führungsstil Thälmanns zum Ausdruck zu bringen. Bereits seit dem Essener Parteitag, also seit mehr als anderthalb Jahren, hatte es zahlreiche Beschwerden gegeben, weil Thälmann immer wieder selbstherrlich Entscheidungen traf, unbeherrscht auf jede Form von Kritik reagierte und manchmal für viele Wochen nach Hamburg »verschwand«, ohne sich um die Angelegenheiten der Partei zu scheren. Es ging diesen Mitgliedern des ZK also ganz offensichtlich nicht um einen politischen Kurswechsel der Partei, sondern darum, Thälmann eine Lehre zu erteilen, ohne seine von

⁴³ [Sitzung des Politbüros, Berlin, 26. September 1928], SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 2/3/8b, Blatt 457, so zitiert in: Hermann Weber und Bernhard H. Bayerlein, a.a.O., S. 29.

⁴⁴ Unter den nichtstimmberechtigten Kandidaten des ZK gab es eine Gegenstimme (Heinz Neumann) und zwei Enthaltungen.

⁴⁵ Die Rote Fahne, Berlin, 27. September 1928.

Moskau sanktionierte Führungsrolle in der Partei grundsätzlich in Frage zu stellen. In einem persönlichen Brief Stalins an den »teuren Genossen Thälmann« vom 25. Oktober 1928, der auf einen Entwurf Manuilskis zurückging, hieß es deshalb auch: »Diese Resolution zeigt auf diejenige Unzufriedenheit, die vorhanden ist bei einigen Mitgliedern des ZK in Bezug auf die Arbeitsmethoden der leitenden Organe der KP Deutschlands. Wahrscheinlich gingen einige Mitglieder des ZK, die man nicht als Rechte oder Versöhner nennen kann, davon aus, daß keine Kollegialität in der Führung vorhanden war. Es ist sehr möglich, daß eben eine solche Überzeugung oder Meinung sie in die Hände der Rechten gestoßen hatte. Ich bin der Ansicht, daß man aus dieser Sachlage die Lehre ziehen muß. Um in der Zukunft eventuelle Mißverständnisse zu vermeiden, ist es notwendig, die Arbeitsmethoden in den leitenden Organen so zu ändern, daß in der Zukunft keine Beschwerde auf das Fehlen der Kollegialität sein werden. Ich rate Sie, persönlich an die Arbeit des Sekretariats und Polbüreau tätig und ständig teilnehmen. Es ist notwendig den ideologischen Kampf gegen die Rechten und Versöhner zu verstärken, besonders in den Bezirken, wo [sie] ganze lokale Organisationen oder ein bedeutender Teil der Mitglieder hinter sich führen.«⁴⁶

Noch drei Tage nach der Tagung des Zentralkomitees, also am 29. September 1928, hieß es in den »Mitteilungen über die Hamburger Vorgänge«, die vom Politbüro auf der Grundlage eines einstimmigen Beschlusses an die Mitglieder des ZK und die Polsekretäre der Bezirke übermittelt wurden: »Bei der großen Autorität, die Genosse Thälmann in der Partei und unter den Massen darstellt, wird diese Angelegenheit als ein schwerer Schlag für die Partei empfunden [...]. Trotzdem war es notwendig, daß das Zentralkomitee sofort – auch auf die Gefahr eines augenblicklichen Schadens – eingriff, um die Partei vor [noch] größerem Schaden zu bewahren. Jeder Versuch der Feinde der Partei, die Hamburger Vorgänge gegen die Partei auszuspielen, [...] muß] mit der größten Entschiedenheit bekämpft werden. Die Partei und die Parteiführung haben vollständig ihre Pflicht getan. Die Partei beweist, daß sie im Kampf gegen das Korruptionssystem des Kapitalismus, im Kampf gegen die Politik der Korruption der Arbeiterschaft, wie sie die Sozialdemokratie betreibt, auf dem Posten ist, und darum auch in ihren eigenen Reihen (auf die die Korruption der bürgerlichen Gesellschaft einwirkt) unbedingt auf Sauberkeit hält. Dieses Bewußtsein muß die Partei mit dem Gefühl der Sicherheit und Kraft erfüllen, muß die Reihen der Partei enger zusammenschweißen gegen alle Versuche, die Partei zu schwächen und zu schmähen. Es gilt, jedem Versuch mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten, den schweren politischen Fehler des Genossen Thälmann und der [drei] übrigen Genossen für parteipolitische Zwecke auszunutzen. Jeder solcher Versuch leistet den Feinden der Partei Vor-schub und muß die Reihen der Partei zersetzen.«⁴⁷

Erstaunlicherweise hatte niemand im Zentralkomitee der KPD und dessen Apparat daran gedacht, die Führung der Komintern in Moskau sofort offiziell über den Verlauf der Tagung des ZK und die dort gefaßten Beschlüsse zu informieren. In Moskau

⁴⁶ [Brief Josef Stalins an Ernst Thälmann], Moskau, 25. Oktober 1928, RGASPI (Komintern). Fonds 558, Opis 11, Delo 817, Blatt 92 f., in: Hermann Weber und Bernhard H. Bayerlein, *Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin*, Berlin 2003, S. 222 f. Die stilistischen Fehler wurden unverändert übernommen.

⁴⁷ Mitteilungen über die Hamburger Vorgänge, Berlin, 29. September 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 2/3/70, Blatt 3-5, hier: Blatt 5.

erfuhr man so erst am Abend des 27. September 1928 durch eine Meldung der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Tass, die aus Berlin über die Veröffentlichungen in der »Roten Fahne« berichtete, von den Ereignissen. Wenige Tage später empörte sich Otto Kuusinen, Sekretär des Exekutivkomitees der Komintern: »So hatten wir das Recht zu erwarten, daß, wenn es sich um ein führendes Mitglied der deutschen Partei und um ein Mitglied der Exekutive handelt, man uns [...] früher als der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie irgendeine Mitteilung machen würde.«⁴⁸

Am 30. September 1928 übermittelten Walter Ulbricht und Fritz Heckert, die sich zum Zeitpunkt der ZK-Tagung in Moskau aufgehalten und dort mit sicherem politischem Instinkt erkannt hatten, in welche Richtung sich die Angelegenheit in kürzester Zeit entwickeln würde, telegraphisch ihren Protest gegen den Ernst Thälmann betreffenden Teil des ZK-Beschlusses vom 26. September 1928 und seine Veröffentlichung in der Presse.⁴⁹

Bereits am 28. September 1928 hatte sich Hermann Remmele, der erst nach dem Ende der Tagung des ZK in Berlin eingetroffen war, die Debatten während der Tagung also nur vom Hörensagen kennen konnte, in einem »Brief an die Mitglieder des ZK der KPD und des EKKI« gewandt und sich gleichfalls vom Beschluß des ZK distanziert. Mehr noch, Hermann Remmele griff Arthur Ewert und Gerhart Eisler wegen der von ihnen vertretenen Position auch ganz massiv persönlich an, wobei er – bewußt oder unbewußt – deren Ausführungen während der Tagung des ZK in wichtigen Details ganz offensichtlich verfälschte: »Der Genosse Gerhart [Eisler] sprach davon, daß die Festlegungen des VI. Weltkongresses über die Führung der KPD mit dem Kern um Thälmann nicht mehr existieren, da das Haupt dieser Führung erledigt sei. [...] Der Genosse Ewert erklärte, der innerparteiliche Kurs wird geändert und Thälmann könne nicht mehr mit Autorität die Führung der Partei vertreten. Genosse Ewert sprach sich im Polbüro ebenfalls für Ausschluß des Genossen Thälmann aus der Partei aus. Aus diesen Auslassungen geht klar hervor, daß der Vorstoß gegen den Genossen Thälmann nicht diktiert war von der »Sorge« um die Reinheit der Partei, sondern aus sehr klaren fraktionellen Motiven heraus zur Korrektur der Beschlüsse und Dispositionen des VI. Weltkongresses in der deutschen Frage.«⁵⁰

Diese Erklärungen von Remmele, Ulbricht und Heckert entstanden zu einem Zeitpunkt, als die sowjetische Führung und die Führung der Komintern gerade erst über die Tagung des ZK und deren Beschlüsse informiert worden waren und es in Moskau noch keine Entscheidung über das weitere Vorgehen gab: Remmele, Ulbricht und Heckert hatten also ohne Auftrag, aber in vorauseilendem Gehorsam gehandelt, wie sich sehr bald zeigte.

Ende September 1928 befanden sich Stalin und Bucharin noch im Urlaub, so daß die Entscheidung über das weitere Vorgehen bei Wjatscheslaw Molotow lag, der zu die-

⁴⁸ Protokoll Nr. 6 der Sitzung des Präsidiums des EKKI vom 6. Oktober 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 6/10/19, Blatt 287 f.

⁴⁹ Vgl. dazu: Walter Ulbricht und Fritz Heckert, Telegramm an das ZK der KPD, Moskau, 30. September 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 5/I 6/3/178, Blatt 16, in: Hermann Weber und Bernhard H. Bayerlein, a.a.O., S.153.

⁵⁰ Vgl. dazu: Brief Hermann Remmeles an die Mitglieder des ZK der KPD und des EKKI, 28. September 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 5/I 6/10/61, Blatt 3-5, in: Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas u.a. (Hg.), a.a.O., Dokument 81.

sem Zeitpunkt faktisch die Führung der Komintern innehatte. Angesichts der Tatsache, daß der Beschluß gegen Thälmann im ZK der KPD einstimmig gefallen war, suchte er jedoch umgehend Rückendeckung bei Stalin und Bucharin, die er telegraphisch und per Kurier informierte.

Stalin reagierte sofort. Bereits in den frühen Morgenstunden des 1. Oktober 1928, auf dem (planmäßigen) Rückweg aus dem Urlaub, sandte er vom Bahnhof der südrussischen Hafenstadt Tuapse, wo sein Sonderzug einen Zwischenhalt eingelegt hatte, ein Telegramm mit ersten grundsätzlichen Feststellungen. Dabei wurde – wie bei anderen Gelegenheiten auch – deutlich, in welchen Kategorien Stalin dachte und handelte: Demokratisch verfaßte Opposition innerhalb einer Parteiführung war für ihn unvorstellbar, er witterte sofort und ausschließlich Verrat und Verschwörung. In seinem Telegramm hieß es deshalb: »Thälmanns Schuld wird dadurch gemildert, daß sein Fehler uneigennützig und von dem Wunsch diktiert war, dem Hamburger Sekretär die Möglichkeit zu geben, sich ohne Skandal zu korrigieren. Da ich nicht alle Materialien kenne, äußere ich nur eine vorläufige Meinung, die sich bei Prüfung aller Tatsachen nach meiner Ankunft in Moskau ändern kann. Erstens, Thälmann hat einen groben Fehler begangen, als er das Vergehen des Hamburger Sekretärs dem ZK vorenthielt, wofür er mit dem bekannten Beschluß des ZK seine Strafe erhalten hat. Zweitens, die Veröffentlichung des Beschlusses, noch dazu ohne Wissen der K[ommunistischen] I[nternationale], ist ein feindseliger Akt gegen die Partei und die K[ommunistische] I[nternationale], die nur den Kapitalisten und der Sozialdemokratie nützt. Dieser Akt ist vom hochgradigen Fraktionsgeist Ewerts und Gerharts [d.i. Gerhart Eisler] diktiert, die die Interessen ihrer Fraktion über die Interessen der Partei und der K[ommunistischen] I[nternationale] gestellt haben. Für ihre Schuld sehe ich keinerlei mildernde Umstände. Ewert und Gerhart [Eisler] müssen aus dem ZK ausgeschlossen und aus Deutschland abberufen werden.«⁵¹

Die nun folgenden Ereignisse entwickelten sich mit großer Dynamik, innerhalb von wenigen Tagen und Wochen verkehrte sich die politische Niederlage Ernst Thälmanns in einen Triumph über seine innerparteilichen Kritiker und Gegenspieler, mit verheerenden Folgen für die gesamte Partei. Bemerkenswert dabei ist, daß Thälmann und seine unmittelbaren Gefolgsleute dabei sehr schnell die Initiative übernahmen und in immer kürzeren Intervallen vollendete Tatsachen schufen, was die Moskauer Gremien immer wieder in Zugzwang brachte.

Bereits am 2. Oktober 1928 trafen Ernst Thälmann, Arthur Ewert und Hugo Eberlein in Moskau ein, um gemeinsam mit Hermann Remmele und Walter Ulbricht, also den beiden offiziellen Vertretern der KPD in Moskau, vor der Deutschen Kommission des EKKI über die Ereignisse im Zusammenhang mit der Wittorf-Affäre zu berichten und die Entscheidung der Moskauer Gremien zur Kenntnis zu nehmen. Ernst Thälmann hatte sehr schnell verstanden, daß sich der Wind zu seinen Gunsten gedreht hatte, und trat nun, anders als in Berlin auf der Tagung des ZK und der vorangegangenen Sitzung des Politbüros, wo er zeitweise einen jämmerlichen Eindruck hinterlassen hatte, selbstgerecht und mit dem Habitus eines unschuldig Verfolgten auf.

⁵¹ Jossif Stalin: Chiffretelegramm an Wjatscheslaw Molotow, Tuapse, 1. Oktober 1928, RGASPI (Komintern). Fonds 558, Opis 11, Delo 72, Blatt 92-92b, in: Hermann Weber und Bernhard H. Baylerlein, a.a.O., S. 153 f.

Im Verlaufe der sehr eisig und distanziert geführten Debatte, die offensichtlich nur das Ziel hatte, die Kritiker und Gegenspieler Ernst Thälmanns in der Führung der KPD unter Druck zu setzen, beschimpfte Ernst Thälmann Arthur Ewert und Hugo Eberlein wiederholt als »Halunken«, »Schufte« und sogar als »Verbrecher«. Er wurde dabei tatkräftig von Hermann Remmele und Walter Ulbricht sekundiert. Arthur Ewert, der sich gegen diese Verbalinjurien nachdrücklich zur Wehr setzte, wurde von Otto Kuusinen, dem Sitzungsleiter, zurechtgewiesen, daß »Redefreiheit« herrsche und die Komintern »keine Zensur« ausüben würde.⁵²

Am 5. Oktober 1928 wurde eine Erklärung von 25 Mitgliedern des ZK der KPD veröffentlicht, in der es wahrheitswidrig, aber in Übereinstimmung mit dem aus Moskau zu erwartenden Kurs hieß: »Die Unterzeichneten erklären nach Kenntnisnahme neuer Tatsachen, daß der aus Anlaß des Ausschlusses von Wittorf veröffentlichte Beschluß des Zentralkomitees vom 26. September 1928 ein Fehler war. Ein Block der rechten und versöhnlerischen Gruppe benutzte den Hamburger Fall, von dem ihm Einzelheiten vorher bekannt waren und den er bei der Berichterstattung entstellte, zu einem entscheidenden Angriff zur Änderung der politischen und innerparteilichen Linie der Partei. Die Unterzeichneten ziehen darum ihre Zustimmung zu diesem Beschluß zurück und erwarten, daß das EKKI die Revision des Beschlusses vornimmt, die die Rehabilitierung des Genossen Thälmann [...] bedeutet.«⁵³ Hinter dieser Erklärung stand Ulbricht, der nach seiner Teilnahme an der ersten Sitzung der Deutschen Kommission in Moskau umgehend nach Berlin gereist war und dort in zahlreichen Einzelgesprächen versucht hatte, noch vor einer offiziellen Stellungnahme der Komintern eine Rücknahme des Beschlusses vom 26. September 1928 zu erreichen.

Am folgenden Tag, dem 6. Oktober 1928, veröffentlichte das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale eine Resolution, die nicht nur massive persönliche Angriffe gegen die Mitglieder der Gruppe um Arthur Ewert enthielt, sondern der Führung der KPD auch nachdrücklich rigorose politische und vor allem organisatorische Maßnahmen gegen alle Kritiker Ernst Thälmanns »empfahl«.⁵⁴

Arthur Ewert sah sich daher veranlaßt, am 11. Oktober 1928 mit einer persönlichen Erklärung zu reagieren und dabei auch eine Bilanz der vorangegangenen knapp neun Monate seit der Unterzeichnung der Moskauer Vereinbarung zwischen KPdSU (B) und KPD vom 29. Februar 1928 zu ziehen, ohne die Vereinbarung dabei jedoch explizit zu erwähnen. In seiner Erklärung stellte er fest: »1. Ich erkläre, daß ich nach wie vor zu dem einstimmig gefaßten Beschluß des ZK der KPD in der Hamburger Korruptionsangelegenheit Wittorf stehe. Ich bin nicht der Meinung, daß dieser Beschluß ein Fehler war. Vielmehr wurde der Beschluß in der Angelegenheit Thälmann erst durch sein unverantwortliches Verhalten politisch notwendig und zweckmäßig, um das Ansehen der Partei vor den Arbeitermassen zu schützen. Aus dieser Stellungnahme und den Tatsachen ergibt sich auch eine andere Beurteilung des Vergehens des Genossen Thälmann durch mich, als sie in der Resolution gegeben ist. Ich protestiere

⁵² [Stenogramm der ersten Sitzung Deutschen Kommission des Präsidiums des EKKI], Moskau, 2. Oktober 1928, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 47, Delo 5, Blatt 1-107, hier: Blatt 73, so auch zitiert in: Bert Hoppe, a.a.O., S. 37.

⁵³ Die Rote Fahne, Berlin, 6. Oktober 1928.

⁵⁴ Ebenda, 9. Oktober 1928.

dagegen, daß man den Hamburger Fall Wittorf und das Verhalten des Genossen Thälmann zu einem Anlaß des politischen Kampfes gegen diejenigen zu machen versucht, die diesen Fall im Auftrag des ZK auf parteimäßigem Wege aufdeckten und für die einstimmige Resolution des ZK stimmten.

2. Ich wende mich gegen die in der Resolution vorgeschlagenen organisatorischen Änderungen in der Zusammensetzung der leitenden Organe des ZK (Polbüro, Sekretariat, »Rote Fahne«). Diese Maßnahmen werden nicht geeignet sein, das Vertrauen in den Gen[ossen] Thälmann zu erhöhen, wohl aber werden sie das Vertrauen in die Führung der Partei vermindern und die inneren Verhältnisse in der KPD weiter komplizieren, in dem jetzt der Versuch einer völlig unberechtigten und politisch schädlichen Hetze gegen wertvolle und parteitreue Kräfte der KPD gemacht werden wird.

3. Ich wende mich gegen die Beschuldigung, daß ich oder andere Genossen, wie z.B. Gerhart [Eisler] Beispiele fraktioneller Haltung boten. [...]

4. Ich lehne insbesondere die Behauptung ab, daß unsere Haltung und Beurteilung der Handlungen des Genossen Thälmann von dem Versuch diktiert war, die Linie der Partei und der Komintern zu ändern. Die Linie der Partei wird nicht von einem Genossen bestimmt. Sie wurde seit dem »Offenen Brief« [vom August 1925] im Allgemeinen einheitlich von dem gesamten ZK und seinen leitenden Organen entwickelt und durchgeführt. Sowohl in der Ausarbeitung wie auch in der Durchführung waren alle Genossen beteiligt. Schwierige Differenzen ergaben sich erst, als ein Teil der Führung unter faktischer Aufgabe des innerparteilichen Kurses von Essen auch gegen Genossen, die die Linie der Partei aktiv durchführen, mit organisatorischen Maßnahmen vorgingen resp[ektive] diese in immer größerem Maße androhten. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die politischen Differenzen nicht von einem derartigen Umfang oder Charakter sind, um einen solchen Kampf zu rechtfertigen. Wir vertreten die Beschlüsse des VI. Weltkongresses und werden für ihre Durchführung kämpfen. Zu dieser [Durchführung] gehört aber auch eine Garantie einer gewissen, den Rahmen der Partei und ihrer Grundsätze nicht überschreitenden Kritik, die ausschließt, daß jeder selbständige Gedanke und jede kritische Bemerkung als Abweichung gestempelt wird. Dazu gehört auch ein mit den bolschewistischen Organisationsprinzipien des Zentralismus in Einklang stehendes Maß von Demokratie bei der Auslese und Wählbarkeit der Funktionäre. Dazu gehört ferner eine strenge Beurteilung der Pflichten und die Verurteilung von Vergehen von Genossen, gleichgültig, welche hohen Funktionen sie auch bekleiden mögen. [...] Diese Resolution ist nicht geeignet, der Führung und der Partei die richtigen Lehren zu übermitteln, eine neue Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zu schaffen, und die Autorität der Partei und ihrer Führung zu erhöhen. Darum kann ich der Resolution nicht zustimmen.«⁵⁵

Doch die mahnenden Worte von Arthur Ewert blieben ungehört. An einer inhaltlichen, also politischen Auseinandersetzung war die Führung um Ernst Thälmann zu diesem Zeitpunkt noch weniger interessiert als in den Wochen und Monaten zuvor. Mit der Rückendeckung aus Moskau gingen die Kräfte um Thälmann jetzt vielmehr massiv dazu über, durch umfassende »organisatorische Maßnahmen« alle tatsäch-

⁵⁵ [Arthur Ewert:] Erklärung, 11. Oktober 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I/2/3 67, Blatt 253 f.

lichen oder auch nur vermeintlichen Gegenspieler politisch auszuschalten und die eigenen Positionen unangreifbar zu machen.

Bereits am 18. Oktober 1928 wurde in einem Leitartikel der »Roten Fahne« die Richtung der zu erwartenden Ereignisse deutlich gemacht: Unter dem Titel »Auf dem Wege des Verrats« wurden die sogenannten Parteirechten um Heinrich Brandler und August Thalheimer pauschal zu einer »liquidatorische[n] Gruppe« erklärt, »denen es an revolutionärer Standhaftigkeit und Aufopferungsfähigkeit fehlt, [... die bereit sind], vor dem Feinde zu kapitulieren und von den Positionen des Kommunismus abzurücken.« Den sogenannten Versöhnlern wurde »verbrecherische Hetze« vorgeworfen. Und schließlich hieß es: »So entsteht eine antibolschewistische Einheitsfront der Sozialdemokratie, der Ultralinken und der rechten Liquidatoren gegen die KPD und die Komintern. Dieser neue Renegaten-Block bildet keinerlei ernsthafte Gefahr für den Bolschewismus. Unsere Partei, die siegreich durch unzählige Kämpfe gegangen ist, wird jeden Versuch der Zersetzung im Keim ersticken. Unsere Partei wird keine Minute lang irgendwelchen versöhnlerischen Manövern, irgendwelchen Bestrebungen zur versteckten Unterstützung des Liquidatorentums Raum geben. Die Mitgliedschaft der KPD, die kommunistischen Arbeiter, sind im Kampf für den Leninismus genügend fest und stark geworden, um dem kleinen Häuflein von neuen Agenten des Sozialdemokratismus mit rücksichtsloser Entschlossenheit das Handwerk zu legen.«⁵⁶

Was diese Drohungen in der Praxis bedeuteten, wurde bereits wenige Tage später, auf der Tagung des Zentralkomitees am 19. und 20. Oktober 1928, deutlich: Die sogenannten Parteirechten wurden entweder sofort ausgeschlossen oder es wurden die notwendigen Schritte eingeleitet, damit dieser Ausschluß – wie es das Statut der Kommunistischen Internationale im Falle von Mitgliedern oder Kandidaten des Zentralkomitees einer Mitgliedspartei vorsah – durch das Exekutivkomitee der Komintern in Moskau vollzogen werden konnte.

Die sogenannten Versöhnler wurden aus ihren bisherigen politischen Funktionen entfernt: Heinrich Süßkind wurde als Chefredakteur der »Roten Fahne« durch Philipp Dengel abgelöst, die Abberufung von Karl Volk als Chefredakteur der »Hamburger Volkszeitung« wurde bestätigt. Hugo Eberlein schied als Kandidat aus dem Politbüro aus, dafür rückte – neben Franz Dahlem und Paul Merker – Leo Flieg nach, der sich Ende September 1928 – auf dem Höhepunkt der Wittorf-Affäre – als Erster auf die Seite Thälmanns geschlagen hatte. Gerhart Eisler wurde »der Exekutive [in Moskau] zur weiteren Verwendung überwiesen«. Und schließlich wurde festgelegt, daß Walter Ulbricht als erster und Arthur Ewert als zweiter Vertreter der KPD nach Moskau entsandt werden sollten.⁵⁷

Erstaunlicherweise blieb Arthur Ewert Mitglied des Politbüros, allerdings verlor er durch die ersatzlose Auflösung des Politischen Sekretariats seine einflußreichste Funktion. In der täglichen Praxis zeigte sich sehr bald, daß das neugeschaffene Sekretariat des ZK, dem Ernst Thälmann, Hermann Remmele, Fritz Heckert, Franz Dahlem und Leo Flieg angehörten, gegenüber dem Politbüro das deutlich höhere politische Gewicht hatte.

⁵⁶ Die Rote Fahne, Berlin, 18. Oktober 1928.

⁵⁷ [An das Sekretariat des EKKI, zu Händen des Genossen Kuusinen], Berlin, 25. Oktober 1929, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 6/3/166, Blatt 46-50, hier: Blatt 46.

Auffallend ist, daß nahezu alle Beschlüsse dieser Tagung des Zentralkomitees mit dem selben Stimmenverhältnis gefaßt wurden: Von den Mitgliedern des ZK stimmten jeweils dreiundzwanzig Mitglieder dafür und sechs, nämlich Arthur Ewert, Hugo Eberlein, Paul Dietrich, Karl Becker, Johannes Schröter und Georg Schumann, dagegen. Bei den Kandidaten betrug das Stimmenverhältnis regelmäßig neun zu drei, wobei die drei Gegenstimmen von Gerhart Eisler, Heinrich Süßkind und Franz Bellmann kamen.⁵⁸

Nach dem Vollzug dieser »organisatorischen Maßnahmen« sah es die Führungsgruppe um Ernst Thälmann nun als ihre vordringlichste Aufgabe an, sich auch die Deutungshoheit über die Ereignisse der vorangegangenen Wochen und Monate zu sichern. Zu diesem Zweck begann eine großangelegte Kampagne, in deren Rahmen ausgewählte Funktionäre als Redner in alle Parteibezirke entsandt wurden. Die offizielle und verbindliche Sichtweise war in einer sehr ausführlichen »Rededisposition des ZK der KPD zur innerparteilichen Lage« dargelegt worden. Dieser Vorgabe hatten die Redner unbedingt zu folgen, auch wenn die offizielle Interpretation kaum etwas mit dem tatsächlichen Verlauf der Ereignisse zu tun hatte. Deutlich wurde das zum Beispiel bei jenen Passagen, in denen es konkret um Arthur Ewert und sein Wirken in der KPD ging. So konnte man in der Rededisposition lesen: »Die Versöhnler um Ewert, Gerhart [Eisler], Eberlein und Robert [d.i. Karl Volk], haben alles versucht, um Angelegenheit Wittorf für Änderung des Kurses der Partei auszunutzen. Ebenso wie früher sollte jetzt im Zusammenhang mit Fall Wittorf eine solche Änderung in der engeren Führung durchgesetzt werden, daß die Versöhnler den entscheidenden Einfluß in der Führung bekommen. Indem Versöhnler die schmutzigsten Methoden der innerparteilichen Auseinandersetzung anwandten und versuchten, durch Zersetzungsarbeit ihr Ziel zu erreichen, haben sie der rechten liquidatorischen Fraktion den Weg gebahnt. Versöhnler machen Zersetzungsarbeit, die Rechten entwickeln die liquidatorische Plattform. [...] Genosse Ewert solidarisierte sich mit einer Anzahl der Forderungen von Hausen und verlangte ebenfalls eine Änderung des innerparteilichen Kurses. Genosse Gerhart [Eisler] erklärte, daß der Beschluß des ZK vom 26. September die Liquidierung des Beschlusses des VI. Weltkongresses betr[effs] Führung der deutschen Partei bedeutete. Die Versöhnler traten mehr oder weniger offen für den Ausschluß des Gen[ossen] Thälmann aus der Partei ein. (Insbesondere Ewert und Gerhart [Eisler] im Polbüro und danach – wenn auch vorsichtiger – im ZK.)«⁵⁹

Mit der 2. Parteikonferenz der KPD, einer Beratung von Funktionären und ausgewählten Mitgliedern aus ganz Deutschland am 3. und 4. November 1928 in Berlin, wurde die Kampagne abgeschlossen.

Diese Zusammenkunft, im offiziellen Sprachgebrauch der KPD auch als »Reichsparteiarbeiterkonferenz« bezeichnet, war der Höhepunkt – und in gewisser Weise auch der Abschluß – der innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Deutungshoheit über die Beschlüsse des VI. Weltkongresses der Komintern. Sie wurde voll und ganz

⁵⁸ Vgl. dazu: Brief des Sekretariats des ZK der KPD an das Sekretariat des EKKI, 25. Oktober 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 5/I 6/3/166 Blatt 48-52, in: Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas u.a. (Hg.), a.a.O., Dokument 99.

⁵⁹ Rededisposition. Zur innerparteilichen Lage, Berlin, 26. Oktober 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 5/I 6/3/172 Blatt 4-16, in: Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas u.a. (Hg.), a.a.O., Dokument 100.

von Thälmann und seinen Anhängern dominiert. Das machte schon die Zusammensetzung deutlich: Von den 225 Teilnehmern gehörten nur vier zu den Parteirechten und neunzehn zu den sogenannten Versöhnlern, die übrigen 202 Delegierten gehörten dem Thälmann-Flügel der Partei an.

Ernst Thälmann hielt als Parteivorsitzender naturgemäß das Hauptreferat »Die Weltlage, die Kriegsgefahr, die revolutionäre Strategie und Taktik der Kommunistischen Internationale und die Aufgaben der Partei«. Doch auch die weiteren Referate wurden ausschließlich von Gefolgsleuten Thälmanns gehalten. Koreferate, wie sie bei früheren vergleichbaren Beratungen noch üblich gewesen waren, um auch den Vertretern von wichtigen politischen Minderheiten innerhalb der Partei die Möglichkeit zur Darstellung eigener Positionen zu geben, waren nicht mehr vorgesehen. Arthur Ewert wurde lediglich eine verlängerte Redezeit innerhalb der allgemeinen Debatte zugestanden. Bei seiner Rede mußte er sich wiederholt gegen lautstarke Zwischenrufe und höhnisches Gelächter behaupten. Vor allem bei seiner Kritik an der bedingungslosen Unterstützung der Komintern für Ernst Thälmann, die er als Eingriff »von außen« bezeichnete, gab es »ein großes Geschrei«, und Arthur Ewert wurde als »Antibolschewist« beschimpft, wie Ossip Pjatzitzki, der offizielle Abgesandte der Komintern, noch am gleichen Tag nach Moskau berichtete.⁶⁰

In einem parteioffiziellen Bericht über die Konferenz, den Walter Ulbricht verfaßt hatte und der nur wenige Tage nach der Konferenz in der »Internationale« veröffentlicht wurde, hieß es über das Auftreten von Arthur Ewert: Arthur Ewert »wollte [...] jene Formulierungen [aus der entsprechenden Resolution der Parteiarbeiterkonferenz] entfernt wissen, die den systematischen Kampf für die restlose Überwindung der versöhnlerischen Gruppierungen in der Partei als eine innerparteiliche Aufgabe stellt. Ebenso wie Tittel und Böttcher zog auch Genosse Ewert Vergleiche mit der Ruth-Fischer-Periode und wollte damit sagen, daß der »falsche innerparteiliche Kurs« auch einen »falschen politischen Kurs« bedeute. Auf Grund dieser Einstellung hat Gen[osse] Ewert auf der Parteikonferenz offen den gruppenmäßigen Kampf gegen den Kurs der Partei angekündigt und damit am klarsten zum Ausdruck gebracht, daß die Versöhnler auch in Zukunft ihre Rolle als Wegbereiter der Rechten durchzuführen versuchen. Auch ihre formelle Zustimmung zu den Beschlüssen des VI. Weltkongresses auf der Parteikonferenz kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß sie mit wesentlichen Beschlüssen des Kongresses nicht einverstanden sind.«⁶¹

Noch drastischer in seiner Einschätzung war Hermann Remmele, der sich in der »Internationale« in einem mehrteiligen Artikel unter dem Titel »Zur innerparteilichen Lage« ebenfalls zu Arthur Ewert und dessen politischen Positionen äußerte. In diesem Artikel hieß es unter anderem: Im Vorfeld des VI. Weltkongresses »hatte es den Anschein, daß nur Gegensätze in der Einschätzung, Beurteilung und Behandlung der rechten Gruppe innerhalb der Parteimehrheit und den Versöhnlern bestanden. Also Gegensätze innerparteilicher Natur. Aber die Rede des Genossen Ewert auf dem VI. Weltkongreß zeigte deutlich, daß tiefgehende politische Meinungsverschiedenheiten

⁶⁰ Brief von Ossip Pjatznickij an Dimitri Manuilski, 3. November 1928, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 19, Delo 4, Blatt 108, so zitiert in: Bert Hoppe, a.a.O., S. 45 f.

⁶¹ Walter Ulbricht, Die Reichs-Parteiarbeiter-Konferenz, in: Die Internationale. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus, Jahrgang 11, Heft 22, Berlin 1928, S. 757-760, hier: S. 759.

in der Einschätzung der ökonomischen und politischen Lage, in der Beurteilung der Epoche und in der Auffassung über die treibenden sozialen Elemente vorhanden waren. Und das nicht nur bei dieser Gelegenheit, auch bei Beurteilung der verschiedensten Teilprobleme der internationalen Politik, wie z. B. in der Beurteilung der Stabilisierung und Rationalisierung in England auf dem 9. Plenum des EKKI [...] im Februar dieses Jahres [...]. Die Gruppe der Versöhnler hatte sich nach den Beschlüssen des VI. Weltkongresses zu entscheiden, ob sie den von ihnen geforderten Weg der Liquidierung ihres versöhnlerischen Standpunktes gehen wollen, oder aber weiter auf dem Wege ihres Kurses zwangsläufig auf den Boden der rechten Gruppe gelangen. Sie wählten das letztere. [...] So kündeten die Versöhnler ganz offen ihre Gegnerschaft zu den Beschlüssen des VI. Weltkongresses an.«⁶²

Unmittelbar nach der Beendigung der Reichsparteikonferenz, am 12. November 1928, verließ Gerhart Eisler weisungsgemäß Berlin, um nach Moskau zu fahren und dort eine Aufgabe im Apparat der Komintern zu übernehmen. Arthur Ewert jedoch blieb zunächst in Deutschland. Mehr noch, er fand sogar Zeit, Urlaub zu nehmen, wie einer kurzen handschriftlichen Notiz zu entnehmen ist, die er dem Sekretariat des ZK am 22. November 1928 übermittelte: »W[erte] G[enossen]. Anbei übersende ich Euch eine von einer Anzahl Genossen, Mitgliedern und Kandidaten des ZK, unterzeichnete Behandlung einiger Differenzpunkte über die Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses. Ich bitte Euch, diese Darstellung sofort den Mitgliedern und Kandidaten des ZK, dem W[est-] E[uropäischen] B[üro] und dem EKKI zur Kenntnis zu bringen. Ich stelle ferner den Antrag, diese Darstellung in der »Int[ernationale]« zu veröffentlichen. Ich bin bereit, eine Reihe von Kürzungen vorzunehmen. [...] Da ich in Urlaub bin, wird der Gen[osse Paul] Dietrich diese Kürzungen vornehmen. Wenn Ihr der Veröffentlichung zustimmt, so teilt ihm dies bitte mit.«⁶³

Tatsächlich wurde das knapp 17 Schreibmaschinenseiten umfassende Dokument in zwei Teilen im Dezember-Heft 1928 und im Januar-Heft 1929 der »Internationale«, der Zeitschrift der KPD für »Praxis und Theorie des Marxismus«, unter dem Titel »Über die Meinungsverschiedenheiten bei der Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses« veröffentlicht. Doch hatte sich die Entwicklung innerhalb der KPD zu dieser Zeit mit einer solchen Dynamik vollzogen, daß das Dokument in der Folge im innerparteilichen Diskurs keine wirkliche Rolle mehr spielen konnte.⁶⁴

Doch nicht nur deshalb kam dieses Dokument zu spät. Bereits unmittelbar nach den Veröffentlichungen in der »Roten Fahne« über Verlauf und Ergebnisse des VI. Weltkongresses und über die Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Delegation im August 1928 hätten die »Versöhnler« mit einer eigenen politischen Plattform, also einer systematischen Darstellung ihrer eigenen Positionen zu politischen und innerparteilichen Fragen – im Vergleich zu den entsprechenden Positionen der Gruppe um Ernst Thälmann – innerhalb der Partei aktiv werden müssen. Denn ähnlich

62 Hermann Remmele, Zur innerparteilichen Lage (Fortsetzung), in: Die Internationale, a.a.O., S. 767-773, hier: S. 771 f. Die übrigen Teile erschienen in den Heften 21 und 23.

63 An das Sekr[etariat] des ZK, Berlin, 22. November 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 2/3/67 Blatt 255.

64 Über die Meinungsverschiedenheiten bei der Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses, November 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 5/I 6/10/23 Blatt 365-395, in: Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas, Klaus Kinner (Hg.), a.a.O., Dokument 107.

wie im Sommer 1925, zum Zeitpunkt des »Offenen Briefes« der Komintern an die KPD, waren auch im Sommer und Herbst 1928 der übergroßen Mehrzahl der Mitglieder und Funktionäre der KPD die Konflikte in der Führung der Partei nicht bekannt und nicht bewußt. Die Ereignisse und Entwicklungen im Zusammenhang mit der Wittorf-Affäre mußten ihnen deshalb unverständlich bleiben. Mehr noch, in Unkenntnis dieser Konflikte bekannten sich große Teile der Mitglieder und Funktionäre der KPD in falsch verstandener »proletarischer Solidarität« zu dem »Hafenarbeiter« und Parteivorsitzenden Ernst Thälmann.

Im historischen Rückblick macht das Dokument deutlich, daß weder Arthur Ewert noch seine Genossen die Dimension der sich innerhalb der Komintern und der KPD vollziehenden Prozesse und Entwicklungen verstanden hatten. Sie glaubten noch immer, durch sachliche und überzeugende Argumente die Partei auf den Kurs der Konzentration zurückführen zu können. Sie sahen nicht, daß die – tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen – Differenzen bei der Bewertung der politischen und der sozialökonomischen Lage und den sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen für die Politik der Partei nur vorgeschoben waren, um den innerparteilichen Machtkampf in Moskau, und davon abgeleitet auch in Berlin, zu forcieren. Sie begriffen nicht, daß bereits die Beschlüsse des VI. Weltkongresses einen Kompromißcharakter gehabt hatten und daß mit der Entscheidung über die Deutungshoheit zugunsten Stalins und seiner Anhänger in den Mitgliedsparteien der Komintern zwangsläufig alle Versuche zum Scheitern verurteilt waren, durch eine »geschickte Interpretation« dieser Beschlüsse eine realpolitische Umkehr zu bewirken.

Vor diesem Hintergrund erwies sich auch die betonte Distanz zu den sogenannten Parteirechten um Heinrich Brandler und August Thalheimer, die in den Auseinandersetzungen innerhalb der Partei im Sommer und Herbst 1928 eigentlich natürliche Verbündete gewesen wären, als ein politisch verhängnisvoller, ja tödlicher Fehler.

Bereits am 8. Dezember 1928 hieß es deshalb im Mitteilungsblatt der späteren KPD (Opposition) »Gegen den Strom« in einem namentlich nicht gezeichneten Kommentar unter dem Titel »Die Plattform der ›Versöhnler«: »Die führende Gruppe der ›Versöhnler« stellt sich [...] blind und taub. Sie bringt es fertig, in ihrer Plattform den Beschluß der Exekutive zum Fall Thälmann-Wittorf überhaupt nicht zu erwähnen. Statt dessen versucht sie, den Nachweis zu führen, daß die ›Versöhnler« die eigentlichen Vertreter der Linie des VI. Weltkongresses seien. Zu diesem Zweck wird die ganze sportsmäßige Rechtshetze des VI. Weltkongresses mitgemacht und der Kampf gegen Brandler, Thalheimer, Walcher und die sonstigen Anhänger der ›Produktionskontroll-Theorie«, wie es in diesem Schriftstück so schön heißt, proklamiert. Dann aber versuchen unsere ›Versöhnler« an den Zweideutigkeiten, die bekanntlich in den Beschlüssen des VI. Weltkongresses sehr zahlreich sind, herumzutüfteln, um die Beschlüsse in ihrem Sinne auszulegen. Es ist von vornherein klar, daß von keiner vernünftigen kommunistischen Politik die Rede sein kann, wenn die konsequenten Vertreter der richtigen kommunistischen Linie als ›Liquidatoren« verfemt werden, und keine Auslegungskunst kann aus den Beschlüssen des VI. Weltkongresses die Einheitsfront-Politik herauslesen, weil sie in ihnen nicht enthalten ist. [...] Statt dies klar auszusprechen, klammern sich die ›Versöhnler« gerade an die zweideutigen Stellen der Beschlüsse und bemühen sich [...], den Beweis zu führen, daß man mit etwa gutem Willen daraus auch die Billigung der Einheitsfronttaktik herauslesen könnte. Diese Methode

ist nicht der Weg zur Klärung und zur Gesundung der Partei. Es ist klar, daß die Plattform der »Versöhnler« unter solchen Umständen der Partei keine Perspektiven eröffnet, sondern an politischen Gedanken äußerst arm und dürftig ist.«⁶⁵

Es ist nicht überliefert, wie lange der von Arthur Ewert in seiner Mitteilung an das Sekretariat des ZK vom 22. November 1928 erwähnte Urlaub dauerte und wo er ihn verbrachte. Spätestens am 1. Dezember 1928 griff Arthur Ewert wieder in das politische Geschehen ein. In einem Schreiben an die Mitglieder des Politbüros äußerte er sich zu einem »Offenen Brief« der »Zentralen Kampfleitung an die Gewerkschaften« vom 29. November 1928, der am darauffolgenden Tag in der »Roten Fahne« veröffentlicht worden war.

In seinem Brief wiederholte und bekräftigte Arthur Ewert die Auffassung, die bereits in dem Dokument »Über die Meinungsverschiedenheiten bei der Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses« dargelegt worden waren, daß »die Einschätzung des Ruhrkampfes als Durchbruchs- und Offensivkampf der Arbeiter falsch war, und daß infolgedessen in der beim Kampf angewandten Taktik schwere Fehler unterlaufen sind. Ich habe damals vor allem auf die mangelhaften und zum Teil falschen Methoden bei der Bildung der Kampfleitungen und die vielfach unrichtigen Losungen hingewiesen. [...] Der Aufruf der Kampfleitung (für den das Polbüro resp[ektive] seine Vertreter die Verantwortung tragen) ist eine absolut falsche Anwendung der Einheitsfronttaktik, ist dumm und blanker Opportunismus trotz der Losung oder Forderung des Generalstreikes. Wo war die Vorarbeit für einen solchen Schritt geleistet worden? Der an sich richtige (aber fehlerhaft durchgeführte) Versuch, die Unorganisierten fester in die Kampffront hineinzuziehen, war nicht verbunden mit einer breiten Einheitsfronttaktik von unten, die versuchte, die organisierten Arbeiter, die Betriebsräte, die unteren Gewerkschaftsfunktionäre, die lokalen Gewerkschaftsorganisationen zu beeinflussen und von der reformistischen Taktik loszureißen.«⁶⁶

Anfang Dezember 1928 kehrte Ernst Meyer nach monatelanger krankheitsbedingter Abwesenheit nach Berlin zurück. Obwohl seine Gesundheit noch nicht wieder hergestellt war, griff er umgehend in die Arbeit der Führung der KPD ein.

Mehr noch. Mit der Abreise von Arthur Ewert nach Moskau Mitte Dezember 1928 wurde Ernst Meyer zur maßgeblichen Persönlichkeit in der verbliebenen Gruppe der »Versöhnler«. Unter seinem Einfluß radikalisierte sich die Gruppe in ihren Auffassungen und ihrem Auftreten deutlich stärker als das unter der Führung von Arthur Ewert in den vorangegangenen Wochen und Monaten der Fall gewesen war.⁶⁷

In einem Bericht in der »Inprekorr«, der »Internationalen Pressekorrespondenz«, über die Tagung des Zentralkomitees der KPD am 13. und 14. Dezember 1928 stellte Hermann Remmele deshalb wenige Tage später fest: »In der Einstellung gegenüber

⁶⁵ Die Plattform der »Versöhnler«, in: Gegen den Strom. Mitteilungsblatt der KPD Ortgruppe Breslau (Opposition), Breslau, 8. Dezember 1928.

⁶⁶ [Brief Arthur Ewerts an die Mitglieder des Politischen Büros der KPD], 1. Dezember 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 2/3/67 Blatt 237-238, in: Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas, Klaus Kinner (Hg.), a.a.O., Dokument 108.

⁶⁷ Vgl. dazu: Florian Wilde, Ernst Meyer (1887-1930) - vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus. Eine politische Biographie (Dissertation, Universität Hamburg), Hamburg 2012 (ediss.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2013/6009, 10. März 2013, 10.00 Uhr), S. 553. ff.

der rechten Fraktion verstärkte [...] die Versöhnler-Gruppe, besonders durch den Einfluß des Genossen Ernst Meyer, den Kurs der Deckung und Unterstützung der rechten Liquidatorengruppe.«⁶⁸ Und in einem Brief von Dimitri Manuilski vom 18. Dezember 1928 aus Berlin an Ossip Pjatnitski in Moskau hieß es: »Ich bin der Meinung, daß Meyer in dem buntgemischtem Block, den die Ewert-Gruppe darstellt, in gewissem Maße die Rolle zufällt, die Trotzki im Oppositionsblock spielt. Zwar glaube ich nicht, daß Meyer in seinen Reden so weit geht wie Trotzki, aber er wird die Ewert-Gruppe immer weiter nach rechts drängen. Ich bin überzeugt, daß er in seinem gegenwärtigen Entwicklungsstadium Brandler wesentlich näher steht als etwa den Versöhnlern. In der Ewert-Gruppe wird er den Part des ›Extremisten‹ spielen.«⁶⁹

Für die Tagung des Zentralkomitees der KPD am 13. und 14. Dezember 1928 hatten Arthur Ewert und Ernst Meyer eine gemeinsame Erklärung vorbereitet, in der sie ihre Sicht auf die jüngste Entwicklung der innerparteilichen Lage darlegten.⁷⁰ Doch anders, als die beiden eben zitierten Einschätzungen vermuten lassen, solidarisierten sich Arthur Ewert und Ernst Meyer keineswegs mit den sogenannten Parteirechten, im Gegenteil. Sie kritisierten ausdrücklich die »Entwicklung der liquidatorischen Auffassung und parteifeindlichen Kampfmethoden der rechten Fraktion, die objektiv (und zum Teil auch subjektiv) aus der Partei herausstrebt.«⁷¹

Sollten sie die Hoffnung gehabt haben, durch eine so massive Verurteilung »rechter« Positionen eine größere Akzeptanz für ihre eigene Kritik an der ultralinken Politik der Parteiführung um Thälmann zu finden, so hatten sie sich getäuscht. Die übergroße Mehrheit des Zentralkomitees reagierte auf die »Erklärung« mit einem Beschluß, der bewußt große Teile der inhaltlichen Aussagen von Arthur Ewert und Ernst Meyer ignorierte oder sogar in ihr Gegenteil verkehrte. Am 18. Dezember 1928 konnte man daher in der »Roten Fahne« lesen: »Das ZK stellt fest, daß die Führer der Versöhnler-Gruppe in einem Augenblick, da die rechten Liquidatoren ihren parteifeindlichen Fraktionskampf zu den äußersten spalterischen Angriffen gegen die Partei und die Komintern steigern, keine klare eindeutige Haltung an der Seite der Parteimehrheit einnehmen, sondern weiter eine Haltung einnehmen, die objektiv eine Unterstützung der Rechten bedeutet. [...] Seit der Verurteilung ihres Verhaltens durch den Beschluß des Präsidiums des EKKI vom 6. Oktober [1928] haben die Versöhnler ihren Kampf gegen die Parteimehrheit nicht eingestellt, sondern fortgesetzt und zum Teil verschärft, [...] wobei sie nicht nur den innerparteilichen Kurs, sondern, wie ihre Plattform zeigt, immer offener und systematischer auch die Gesamtpolitik der Partei bekämpfen. Das ZK erklärt darum, daß gemäß den Beschlüssen des VI. Weltkongresses und der Präsidiums des EKKI vom 6. Oktober [1928] eine entschiedene systemati-

⁶⁸ Inprekorr, Jg. 8, Nr. 141 (18. Dezember 1928), so auch zitiert in: Ebenda, S. 554.

⁶⁹ Dimitri Manuilski; Brief an Ossip Pjatnitski, 18. Dezember 1928, in: Hermann Weber und Bernhard H. Bayerlein, a.a.O., S. 263-269, hier: S. 265. So auch zitiert in: Florian Wilde, a.a.O. Pjatnitski legte diesen Brief umgehend Stalin vor.

⁷⁰ Erklärung der Genossen Ewert und E[rnst] Meyer. Abgegeben auf der Plenarsitzung des ZK der KPD vom 13./14. Dezember 1928, in: Die Internationale. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus, Berlin, Jahrgang 12, Heft 1, Berlin 1929, S. 109-112.

⁷¹ Ebenda, S. 109.

sche Bekämpfung der Versöhnler zur Liquidierung des rechten Liquidatorentums notwendig ist.«⁷²

Auch in diesem Fall hatte die Führung der KPD mit der Radikalität ihrer Beschlüsse die Moskauer Gremien der Komintern vor vollendete Tatsachen gestellt und deren Entscheidungsspielraum deutlich eingeschränkt. Der »Offene Brief des EKKI an die KPD über die rechte Gefahr in der Kommunistischen Partei Deutschlands«, der am 22. Dezember 1928 in der »Roten Fahne« veröffentlicht wurde, mußte dazu aus Gründen der Parteiräson natürlich schweigen.⁷³ Doch die Formulierungen im »Vertraulichen Brief«, der zeitgleich in Moskau beschlossen worden war, in Deutschland aber nur einem kleinen Kreis ausgewählter Funktionäre der KPD bekanntgemacht wurde, waren deutlich vorsichtiger. Im Hinblick auf die »Versöhnler« und ihr Verhältnis zu den »Parteirechten« hieß es dort unter anderem: »Falsch wäre es allerdings, wenn man [...] behaupten wollte, daß das Versöhnlertum ein »gefährlicherer Feind in unseren Reihen sei, als das offene Liquidatorentum«. Die Hauptgefahr ist jedoch, wie die Beschlüsse des VI. Kongresses festlegten, die rechte Abweichung. Daher denn auch die Notwendigkeit einer differenzierenden Politik gegenüber den Rechten und Versöhnlern zu dem Zweck, um bei der Führung des Hauptschlages gegen die rechten Elemente die Schwankungen der versöhnlerisch gestimmten Genossen zu entlarven und dadurch die Überwindung jeglichen Versöhnlertums in der Partei zu erleichtern. In dem Kampf mit den Rechten ist es wichtig alles aufzubieten, um schwankende Mitglieder zu überzeugen, damit sie nicht mit den unverbesserlichen Fraktionsführern zusammen die Partei verlassen. Man muß um jeden Arbeiter kämpfen, damit der Abgang der rechten Führer mit möglichst geringem Verluste an Parteimitgliedern vor sich geht.«⁷⁴

Doch diese vorsichtige Intervention der Komintern brachte den »Versöhnlern« keine Entlastung. Mit der Gründung der Kommunistischen Partei (Opposition) am 30. Dezember 1928 in den Räumen des Preußischen Landtags in Berlin, dort, wo genau zehn Jahre zuvor die KPD als Zusammenschluß von Spartakusbund und Internationalen Kommunisten entstanden war, und dem nachfolgenden Parteiausschluß von Heinrich Brandler, August Thalheimer und zahlreichen anderen »Parteirechten« wurden die »Versöhnler« nun zur alleinigen Zielscheibe aller innerparteilichen Attacken der Führung der KPD um Ernst Thälmann. Unter diesen Umständen war ihr politisches Ende nur noch eine Frage der Zeit.

⁷² Die Rote Fahne, Berlin, 18. Dezember 1928.

⁷³ Die Rote Fahne, Berlin, 22. Dezember 1928.

⁷⁴ Vertraulicher Brief des Präsidiums des EKKI an das ZK der KPD, Moskau 22. Dezember 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 5/I 6/10/23 Blatt 156-160, in: Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas, Klaus Kinner (Hg.), a.a.O., Dokument 113. In diesem »Vertraulichen Brief« wurde Hermann Remmele ausdrücklich wegen der von ihm in dieser Frage öffentlich vertretenden Positionen kritisiert. Vermutlich war das auch der Grund, warum eine in Heft 23 der »Internationale« angekündigte (weitere) Fortsetzung der bereits zitierten Artikelreihe »Zur innerparteilichen Lage« von Remmele nicht mehr erschien.

Kapitel 13: Das Ende der »Versöhner«

Am 20. Dezember 1928 trafen Arthur Ewert und seine Frau Elise in Moskau ein und bezogen dort wieder ein Zimmer im berühmt-berüchtigten Hotel »Lux«, wo sie schon bei früheren Gelegenheiten gewohnt hatten.¹

Arthur Ewert wurde in Moskau nicht wirklich gebraucht. Seine Berufung als zweiter Vertreter der KPD bei der Komintern hatte nur das Ziel gehabt, ihn aus Deutschland zu entfernen, um ihm so die Möglichkeit der weiteren Einflußnahme auf die Entwicklung der KPD zu nehmen.

Doch offensichtlich gab es in Moskau noch immer einflußreiche Kräfte, die Arthur Ewert trotz – oder gerade wegen – der zahlreichen Angriffe, deren Ziel er in den vorangegangenen Wochen und Monaten gewesen war, ihren persönlichen Respekt und ihre Solidarität nicht verweigerten. Diese Kräfte hatten ganz offensichtlich erkannt, daß man Arthur Ewert eine Zusammenarbeit mit Walter Ulbricht, dem ersten Vertreter der KPD bei der Komintern, nicht wirklich zumuten konnte. Der umtriebige Ulbricht hatte schon während des VI. Weltkongresses zu den Scharfmachern gegen Arthur Ewert und dessen Gruppe gehört. Während der Wittorf-Affäre hatte er sich von Anfang an bedingungslos auf die Seite von Ernst Thälmann geschlagen. Und auch in der Folge nutzte Ulbricht jede sich bietende Gelegenheit, um Stimmung gegen Arthur Ewert und dessen Positionen zu machen. So war eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Arthur Ewert und Walter Ulbricht kaum vorstellbar.

Daher beschloß das Politische Sekretariat des EKKI bereits am 11. Januar 1929 auf Vorschlag von Otto Kuusinen, Arthur Ewert als stellvertretenden Leiter des sogenannten Östlichen Ländersekretariats zu berufen.² Eine entsprechende Notiz wurde am 29. Januar 1929 in der Kaderakte von Arthur Ewert abgelegt.³

Dieses Ländersekretariat, das gelegentlich auch als Östliches oder Fernöstliches Büro bezeichnet wurde, war für die Zusammenarbeit mit den Kommunistischen Parteien in so unterschiedlichen Ländern und Regionen wie China, Japan, Korea, der Mongolei und den Philippinen, aber auch Indien, Indochina, Indonesien und sogar der Türkei, Palästina, Syrien und Persien verantwortlich.⁴ Auch Gerhart Eisler war Ende 1928 Mitarbeiter des Östlichen Ländersekretariats geworden und bereitete sich nun auf seine Entsendung nach China vor.

Die Komintern war in Folge des Bruchs zwischen der Guomindang und der Kommunistischen Partei Chinas im Juli 1927 bereits seit etwa einem Jahr ohne offizielle Vertretung in China. Doch erst jetzt, im Januar 1929, konnte die Komintern der sowjetischen Führung einen Vorschlag für die Entsendung eines neuen Repräsentanten nach China ankündigen.

¹ Vgl. dazu: [To all Members of the Presidium of the ECCI], December 17, 1928, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 2, Delo 129, Blatt 66.

² Protokoll Nr. 17 der Sitzung des Politsekretariats des EKKI, Moskau, 11. Januar 1929, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 3, Delo 75, Blatt 1 und 2, hier: Blatt 2.

³ По постановление политсекретариата, Москва, 29 января 1929, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 205, Delo 2731, Blatt 4.

⁴ Der Apparat der Komintern wurde im Verlauf der knapp 25jährigen Geschichte mehrmals umstrukturiert, die hier geschilderte Zuordnung von Ländern und Regionen zum Östlichen Ländersekretariat wurde im September 1928 beschlossen und bestand bis etwa 1935.

Allerdings hatten sich aus Moskauer Sicht in der Zwischenzeit die Erfordernisse geändert. Daher wurde kurzfristig der Beschluß gefaßt, in Shanghai nicht nur einen einzelnen Vertreter der Komintern zu installieren, sondern ein sogenanntes Fernöstliches Büro der Komintern einzurichten, das aus einem Leiter, einem politischen Mitarbeiter und aus den Vertretern der Profintern, also der Roten Gewerkschaftsinternationale, sowie der Kommunistischen Jugendinternationale bestehen sollte.⁵ Offensichtlich hing diese Entwicklung mit der Absicht zusammen, nicht nur für Gerhart Eisler, sondern auch für Arthur Ewert eine langfristige Verwendung außerhalb Europas zu finden.

In einem Brief an Ernst Thälmann vom 9. Januar 1929 hatte Walter Ulbricht aus Moskau mitgeteilt: »Dem Genossen Ewert wurde der Vorschlag gemacht, eine etwas weite Reise anzutreten. Soweit ich bis jetzt informiert bin, hat er das abgelehnt.« Und weiter: »Wenn Ewert seine Zustimmung zu dieser Reise nicht gibt, wird man ihn nicht zwingen zu fahren. Meine Stellungnahme ist folgende: Ewert ist nach hier gesandt worden, damit ihm die Möglichkeit der Loslösung von seinen fraktionellen Bindungen gegeben wird. Daß er den Willen zur Aufgabe der Gruppenpolitik hat, kann er am besten damit beweisen, daß er ohne Widerspruch die Vorschläge über seine weitere Tätigkeit in ein anderes Land annimmt. Die Ablehnung des Vorschlages der führenden Genossen bedeutet den Willen zur weiteren Gruppenarbeit und zur gruppenmäßigen Vorbereitung der EKKI-Sitzung und des Parteitages. Eine solche Stellungnahme von Ewert muß das ZK veranlassen, im Zusammenhang mit der nächsten EKKI-Sitzung die Frage zu prüfen, ob der Genosse Ewert weiter in Moskau bleiben soll, da es ein unhaltbarer Zustand ist, daß ein verantwortlicher Genosse in Moskau sitzt, auf der EKKI-Sitzung seinen Gruppenstandpunkt vertritt, sich aber in keiner Weise vor der deutschen Parteimitgliedschaft zu verantworten braucht. Die Tatsache, daß man Ewert nicht zwingt, die Reise anzutreten, muß also zur Folge haben, daß Genosse Ewert zu dem Zeitpunkt, wo es das ZK innerparteilich für zweckmäßig hält, nach Deutschland zurückberufen und ihm die Möglichkeit gegeben wird, sich vor der Mitgliedschaft zu verantworten.«⁶

In der Führung der KPD war Anfang 1929 damit begonnen worden, den 12. Parteitag, der für Mai 1929 nach Dresden einberufen worden war, inhaltlich und organisatorisch vorzubereiten. An einer Mitarbeit von Arthur Ewert oder Gerhart Eisler war man seitens der Gruppe um Ernst Thälmann aus naheliegenden Gründen nicht interessiert.

Am 15. Januar 1929 wandte sich deshalb Ernst Meyer, der im Dezember 1928 – trotz seiner andauernden schweren Erkrankung – seine politische Arbeit wieder aufnehmen können, mit einem Schreiben an das Politbüro. Darin forderte er nachdrücklich die Rückkehr von Arthur Ewert und Gerhart Eisler nach Deutschland und ihre Einbeziehung in die Vorbereitung des Parteitages. Ernst Meyer schrieb: »Werte Genossen, da am 24. Januar [1929] das Plenum des ZK stattfindet, stelle ich den Antrag, die Genossen Ewert und Gerhart [Eisler] ebenfalls zu dieser Sitzung einzuladen. Das

⁵ Vgl. dazu: Alexander M. Grigoriev, *The Far Eastern Bureau of the ECCI in China, 1929-1931*, in: *The Chinese Revolution in the 1920s. Between triumph and disaster*, London and New York 2002, S. 156.

⁶ [Brief der deutschen Vertretung beim EKKI an Ernst Thälmann], Moskau, 9. Januar 1929, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 292, Delo 44, Blatt 1-4, hier: Blatt 3.

Plenum des ZK wird sich mit dem Offenen Brief⁷ beschäftigen, und es bedarf keiner weiteren Begründung, wie zweckmäßig es ist, zu dieser Sitzung auch die beiden Genossen hinzuzuziehen, deren Auffassungen in dem Offenen Brief unter Namensnennung kritisiert werden. Die Anwesenheit der beiden Genossen wird die Klärung der in der Partei bestehenden Meinungsverschiedenheiten nur erleichtern. Was den Genossen Ewert anbetrifft, so spricht für seine Hinzuziehung weiter die Tatsache, daß er Mitglied des Polbüros und für die Politik des ZK vor dem nächsten Parteitag besonders verantwortlich ist. Seine Anwesenheit in Moskau dagegen ist nicht dringlich, weil er dort nur zweiter deutscher Vertreter ist und die deutsche Partei faktisch bei der gegenwärtigen Lage allein von dem Genossen Ulbricht repräsentiert wird. Genosse Ewert wurde ja auch nicht nach Moskau gesandt, um dort die Arbeit zu verstärken, sondern weil man ihn hier ausschalten wollte. Eine solche Ausschaltung halte ich aber für unmöglich angesichts der Vorbereitung des Parteitages, die ja einen wichtigen Tagesordnungspunkt der nächsten ZK-Sitzung bilden wird. Was den Genossen Gerhart [Eisler] anbetrifft, so hat auch er als Kandidat des ZK und Mitglied der BL Berlin ein Recht darauf, an der Vorbereitung des Parteitages beteiligt zu werden. [...] Gegen eine Absicht, die Genossen Gerhart [Eisler] und Ewert von der Vorbereitung des Parteitages und vom Parteitage selbst auszuschalten, müßte ich, falls sie bestehen sollte, schon heute entschieden Protest einlegen.«⁸

Gerhart Eisler kehrte tatsächlich nicht mehr nach Deutschland zurück. Er traf im März 1929 in China ein, wo er etwa zwei Jahre lang arbeitete, bevor er eine neue Aufgabe in den USA erhielt.⁹

Arthur Ewert und Ernst Meyer hingegen war seitens der Gruppe um Ernst Thälmann für den geplanten Parteitag ganz offensichtlich eine besondere Rolle zugeordnet worden. Sie sollten den Sieg des »neuen« ultralinken Kurses und seiner maßgeblichen Protagonisten durch eine offizielle Kapitulation und die formelle Auflösung ihrer Gruppe vollkommen machen.

Trotzdem gewährte die sogenannte Kleine Kommission des Sekretariats des EKKI Arthur Ewert erst am 30. April 1929 durch einen in »fliegender Abstimmung« gefaßten Beschluß den notwendigen Urlaub, um nach Deutschland reisen und am Dresdner Parteitag der KPD teilnehmen zu können.¹⁰

Am 1. Mai 1929 befand sich Arthur Ewert daher mit einiger Wahrscheinlichkeit noch in Moskau, so daß er die Ereignisse in Berlin, die kurzfristig zur Verschiebung und zur Verlegung des Parteitages in den Berliner Stadtteil Wedding führten, nicht miterleben konnte.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Karl Zörgiebel, hatte für den 1. Mai 1929 alle Kundgebungen und Aufmärsche unter freiem Himmel mit der Begründung verboten, den zu erwartenden Gewalttätigkeiten auf der Straße vorbeugen zu

⁷ Gemeint ist der »Offene Brief des EKKI an die KPD über die rechte Gefahr in der KPD« vom 19. Dezember 1928.

⁸ Brief Ernst Meyers an das Politische Büro des ZK der KPD, Berlin, 15. Januar 1929, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 2/3/67, Blatt 542.

⁹ Gerhart Eisler durfte erst ab 1936 wieder Aufgaben in der KPD übernehmen.

¹⁰ Vgl. dazu: Protokoll Nr. 40 der Sitzung der Kleinen Kommission des Sekretariats vom 4. Mai 1929, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 6, Delo 39a, Blatt 2-3, hier: Blatt 3.

wollen. Die Führung der KPD verstand diesen Schritt – durchaus berechtigt – als zielgerichtete Provokation und forderte ihre Mitglieder und Anhänger auf, sich dem Verbot zu widersetzen. Erwartungsgemäß kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Demonstranten. Besonders in Neukölln und im Wedding eskalierten die Auseinandersetzungen. Im Verlauf des 1. Mai 1929, dem »Blutmai«, gab es durch den massiven Polizeieinsatz allein in Berlin unter der Zivilbevölkerung mindestens 33 Tote und 198 Verletzte. 1.228 Personen wurden festgenommen. Auf Seiten der Polizei gab es keine Toten, 47 Beamte wurden verletzt. Nur zehn von ihnen mußten in einem Krankenhaus stationär behandelt werden. Ein einziger Polizist erlitt eine Schußverletzung, die er sich jedoch beim unsachgemäßen Reinigen seiner Dienstwaffe selbst zugefügt hatte.¹¹

Die Führung der KPD interpretierte diese Ereignisse des Mai 1929 als »Eröffnung des Bürgerkrieges durch die Bourgeoisie« und forderte eine »offensive Kampfstrategie« gegen die »faschistischen Methoden der SPD«.¹²

Im Mittelpunkt des Weddinger Parteitages, der vom 9. bis 15. Juni 1929 stattfand, stand allerdings, wie schon während der 2. Parteikonferenz ein reichliches halbes Jahr zuvor, die Abrechnung mit den »Versöhnlern«, die seit dem Ausschluß der »Rechten« im Spätherbst 1928 das Hauptziel aller innerparteilichen Attacken waren.

Daß eine wirkliche Diskussion nicht gewollt war, zeigte allein schon die sorgfältig inszenierte Eröffnung des Parteitages, die keinen Zweifel daran lassen sollte, daß Thälmann bereits vor dem eigentlichen Parteitag der große Triumphator im innerparteilichen Machtkampf war. Rosa Meyer-Leviné, die Frau Ernst Meyers, schilderte die Eröffnung in ihren Lebenserinnerungen so: Thälmann schritt »in den verstummenden Tagungssaal des 12. Parteitages nach der Manier Stalins. Türen wurden weit aufgerissen, er erschien, im Schlepptau sein Gefolge von treuen »Untergebenen« – ein König mit seinen Untertanen. Jeder blickte verlegen drein, auch Thälmann selber, der an das Protokoll noch nicht gewöhnt war.«¹³ Der offizielle Parteitagsbericht hielt dazu fest: »Bravorufe, langanhaltender Beifall. Der Parteitag bereitet dem Genossen Thälmann eine stürmische Ovation. Die Delegierten erheben sich und singen die »Internationale«. Die Jugenddelegation begrüßt den 1. Vorsitzenden der Partei mit einem dreifachen »Heil Moskau!«¹⁴

Bereits im Vorfeld des Parteitages war die Gruppe um Ernst Meyer und Arthur Ewert, die innerhalb der KPD inzwischen nur noch als die »Gruppe der Versöhnler« bezeichnet wurde, aufgefordert worden, ihre Ansichten und Auffassungen in einem geschlossenen Dokument, also einer eigenen Plattform, darzulegen. Die Politische Kommission des Parteitages hatte diese Forderung bekräftigt, denn das Vorhanden-

¹¹ Vgl. dazu: Thomas Kurz, »Blutmai«. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Berlin (West) und Bonn 1988, S. 67 f. Léon Schirmann berichtet von 32 Toten und 160 Verletzten unter der Zivilbevölkerung (Léon Schirmann, Blutmai Berlin 1929. Dichtungen und Wahrheit, Berlin 1991, S. 82 und 89.).

¹² Die Rote Fahne, Berlin, 24. Mai 1929 (Die Rote Fahne war vom 2. bis 23. Mai 1929 verboten.)

¹³ Rosa Meyer-Leviné, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920-1933, Frankfurt am Main 1982, S. 186.

¹⁴ Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Hrsg. vom Zentralkomitee der KPD, Berlin-Wedding 9. bis 16. Juni 1929, Berlin 1929, S. 49.

sein einer solchen Plattform wäre der offensichtliche Beweis dafür gewesen, daß es sich bei der Gruppe um Ernst Meyer und Arthur Ewert tatsächlich um eine Fraktion handelte. Und spätestens seit dem 10. Parteitag der russischen Bolschewiki im März 1921 war das grundsätzliche Verbot jeder Fraktionsbildung in allen Mitgliedsparteien der Komintern Teil des Parteikanons.

Die sogenannten Versöhnler kamen so in eine Situation, in der sie letztlich nur verlieren konnten. Denn im Grunde gab es nur zwei Alternativen: Die eigene Position aufgeben und kapitulieren, wie das bereits in den Wochen und Monaten vor dem Parteitag seitens der Führung der Komintern und der Führung der KPD um Ernst Thälmann wiederholt und nachdrücklich gefordert worden war, oder die eigene Position verteidigen und damit den Ausschluß aus der Partei riskieren.

Auch hier gibt es eine Schilderung von Rosa Meyer-Leviné, die allerdings stark subjektiv eingefärbt ist und die die Ereignisse – kaum überraschend – vor allem aus der Sicht von Ernst Meyer beschreibt: »Die ›Versöhnler‹ sollten dem Parteitag eine eigene Diskussionsgrundlage unterbreiten. Aber Ernst [Meyer] wurde sich immer deutlicher über die Instabilität der Gruppe klar, und er warnte die Genossen, nichts anzufangen, was sie nicht auch bis zu Ende durchzufechten gewillt seien. Sie blieben dabei: sie wollten eine ›Plattform‹ ausarbeiten, und Ärger stieg auf, als Ernst zögerte, sie betrachteten das als persönliche Beleidigung. Dann wurden Aufgaben verteilt an eine Reihe von Leuten, die sich mit einzelnen Themen wie kapitalistische Stabilisierung, Kriegsgefahr und so weiter zu befassen hatten. [...]

Ich [las] das Dokument mit Mißtrauen und Skepsis. Ich sah dabei die Delegierten vor mir, fein gesiebte Leute, ausgewählt wegen ihrer Unwissenheit und gefüttert mit vulgären und gehaltlosen Parteischriften. Sie waren nicht fähig, komplizierte Sachverhalte zu beurteilen, von ihnen konnte man kaum erwarten, daß sie das Papier überhaupt lasen.

Die ›Plattform‹ war von vornherein dem Untergang geweiht. [...] Als die ›Plattform‹ zusammen mit der offiziellen Entgegnung publiziert wurde, mißinterpretiert, in der Luft zerrissen, war sie für das Zentralkomitee nur ein Vorwand mehr, Verleumdungen zu verbreiten und noch stärkere Animosität zu erzeugen.«¹⁵

Das Dokument, das von den sechs namentlich genannten Verfassern – Arthur Ewert, Ernst Meyer, Hugo Eberlein, Georg Schumann, Johannes Schröter und Heinrich Süßkind – den Titel »Erklärung der Minderheit des ZK« erhalten hatte, wurde zwar kein offizielles Dokument des Parteitages, doch es wurde wenige Wochen nach dem Parteitag unter dem denunziatorischen Titel »Die Plattform der Versöhnler auf dem 12. Parteitag« im Juli-Heft der »Internationale« im Wortlaut veröffentlicht. Die offizielle Mißachtung, die den Verfassern und ihrer Arbeit entgegengebracht wurde, zeigte sich auch in der Tatsache, daß der Text in einer so kleinen Schrift gesetzt war, daß man zum Lesen die sprichwörtliche Lupe brauchte. Der vorangestellte parteioffizielle Kommentar hingegen war in normaler Schrift gesetzt.

Arthur Ewert, Ernst Meyer, Hugo Eberlein, Georg Schumann, Johannes Schröter und Heinrich Süßkind schrieben in ihrer Erklärung: »[...] Wir haben eine andere Einschätzung der gegenwärtigen Lage, als die, wie sie von der Mehrheit insbesondere

¹⁵ Rosa Meyer-Leviné, a.a.O., S. 186 f.

nach dem VI. Weltkongreß entwickelt worden ist, gerade weil wir auf dem Boden des VI. Weltkongresses stehen. Wir sind mit der Taktik der Partei auf dem Gebiet der Massenpolitik nicht einverstanden. Wir sind Gegner des gegenwärtigen innerparteilichen Kurses. Die Partei hat gegen uns entschieden. Wir sind überzeugt, daß diese Entscheidung falsch ist. [...] Obgleich die Methoden der Parteiführung die Herstellung einer wirklichen kommunistischen Disziplin erschweren, werden wir uns nicht auf den Weg eines fraktionellen Kampfes begeben.«

Und weiter: »Es ist unmarxistisch, alle Unterdrückungsmaßnahmen des bürgerlichen Staates gegenüber dem Proletariat als Faschismus und jede Beteiligung der Sozialdemokratie an solchen Unterdrückungsmaßnahmen als Sozialfaschismus zu bezeichnen. [...]

In dieser Vorbereitungszeit für den revolutionären Endkampf steht vor der Partei in aller Schärfe das entscheidende Problem: Die Herausarbeitung und Durchführung einer Massenpolitik, die die vorhandenen revolutionären Kader schult, neue Massen gewinnt und die Festigung der Partei, die die Kämpfe mit dem Mut und der Ausdauer von Revolutionären und der Gründlichkeit von Marxisten führen muß. [...] Der Offene Brief des EKKI 1925 stellte zwei Aufgaben vor die Partei: Den Bruch mit der falschen Massenpolitik der ultralinken Führung und – um eine richtige Politik durchzuführen – die Normalisierung des inneren Parteilebens, die Durchführung einer breiten Konzentration der Kräfte innerhalb der Partei auf dem Boden der Kominternbeschlüsse. Obgleich diese Politik mit Mängeln, Schwankungen und Hemmnissen durchgeführt wurde, war ein stetiger Aufstieg der Partei auf allen Gebieten unverkennbar. [...] Diese Entwicklung ist aber heute unterbunden. Die Partei befindet sich in einem krisenhaften Zustand, der durch einstimmige Beschlüsse nur schlecht verschleiert wird. Auf den meisten Gebieten ist eine rückläufige Entwicklung eingetreten. Dabei sind die objektiven Voraussetzungen für die Erfolge einer kommunistischen Politik unzweifelhaft günstiger geworden. [...]

Für die Gesundung der Partei stehen nur zwei Wege offen: der erste, eine bewußte Änderung in der Politik der Leitung, die von dem jetzt eingeschlagenen politischen und innerparteilichen Kurs ablassen muß, oder der zweite, der Weg der bitteren Erfahrungen mit neuen und großen Kosten für die Partei, mit Verlust von wichtigen Positionen in den Massenorganisationen, der Unmöglichkeit der Ausnutzung der günstigen Situation.«¹⁶

Arthur Ewert sprach am dritten Verhandlungstag des Parteitages. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, in der ein besonders eifriger Jugendfunktionär gefordert hatte, »die Beschlußfassung der Delegationsführer umzuwerfen und dem Genossen Ewert [auch nur] 10 Minuten Redezeit zu geben«, wurde Arthur Ewert mit großer Mehrheit eine erweiterte Redezeit von einer halben Stunde zugestanden, nach dem Thälmann höchstpersönlich in gönnerhafter Manier in die Geschäftsordnungsdebatte eingegriffen hatte.¹⁷

¹⁶ Die Plattform der Versöhnler auf dem 12. Parteitag, in: Die Internationale. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus, Berlin, Jahrgang 12, Heft 13, Berlin 1929, S. 431-436.

¹⁷ Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), a.a.O., S. 175 f.

In seiner Rede war Arthur Ewert zunächst bemüht, an einigen konkreten Themen, unter anderem der Frage der Mitarbeit in den – von der offiziellen Parteilinie generell als »reformistisch« apostrophierten – Gewerkschaften, die Unhaltbarkeit der ultralinken Politikansätze nachzuweisen und die von seiner Gruppe vertretenen Alternativen zu erläutern und zu begründen. Doch er redete gegen eine Wand: Kaum ein Delegierter war bereit, sachlichen Argumenten zu folgen. Die seit Monaten praktizierte Verurteilung und Ächtung der »Versöhnler« zeigte selbstverständlich auch und gerade auf dem Parteitag nachhaltige Wirkung. Schließlich erklärte Arthur Ewert, wobei er in weiten Passagen das wiederholte, was von ihm und seine Genossen bereits in der »Erklärung der Minderheit des ZK« schriftlich niedergelegt worden war: »Man hat auch hier den Versuch gemacht, uns in Zusammenhang zu bringen mit den aus der Partei ausgeschlossenen Rechten. Ich erkläre hierzu folgendes: daß wir nach wie vor die Theorie und Praxis der Rechten ablehnen, wie wir das auf dem Essener Parteitag mit der Mehrheit der Partei getan haben, daß wir insbesondere auf das schärfste verurteilen ihre jetzige Organisationspraxis gegenüber der Partei als einen Bruch mit dem Kommunismus und der kommunistischen Parteiorganisation.

Wir erklären weiter, daß wir auf der anderen Seite auch Stellung nehmen müssen gegen das innerparteiliche Regime, das sich in der letzten Zeit unter Führung des Zentralkomitees der Partei herausgebildet hat. Wir sehen in der Anwendung dieser innerparteilichen Methoden nicht lediglich die Beseitigung dieses oder jenes Funktionärs, sondern wir sehen in diesen Methoden auch einen Reflex des Rückfalls in falsche Methoden und in eine falsche Taktik gegenüber den Arbeitermassen. Wir müssen sagen, daß, obgleich die Partei in den letzten Auseinandersetzungen gegen uns entschieden hat, wir dennoch glauben, daß auf Grund der Erfahrungen, die die Partei machen wird in den kommenden Kämpfen, sie sich revidieren wird. Man hat in der Resolution des Parteitages bestimmte Fragen an uns gerichtet, auf die ich ebenfalls eine Antwort geben will. Ich erkläre, daß wir uns verpflichten, die Beschlüsse der K[ommunistischen] I[nternationale] und der KPD durchzuführen; wir halten es zugleich für notwendig, daß die Parteiführung alle grundlegenden Beschlüsse auf der Basis innerparteilicher Demokratie vorbereitet. Wir verpflichten uns zur Einhaltung der Disziplin, d.h. Unterordnung unter die Mehrheit. Diese Pflicht schließt ein das Recht für jedes Mitglied, Vorschläge zu machen, an den Diskussionen teilzunehmen, abweichende Meinungen im Rahmen des Programms und Statuts zu äußern und Kritik zu üben. Wir waren und sind keine Fraktion, sondern eine im Laufe der Diskussion entstandene Richtung. Wir haben keine der Partei entgegengesetzte Disziplin.«¹⁸

Am darauffolgenden Tag sprach Ernst Meyer. Ihm wurde im Gegensatz zu Arthur Ewert keine erweiterte Redezeit zugestanden, er mußte sich auf die nach der Geschäftsordnung des Parteitages allen Diskussionsrednern zur Verfügung stehenden 10 Minuten beschränken. Dabei hatte Fritz Heckert, der die Verhandlungen des Parteitages leitete, bei der Ankündigung des Redebeitrags von Ernst Meyer in zynischer Weise gefordert: »Da jetzt der Genosse Ernst Meyer, als ein prominentes Mitglied der Versöhnlergruppe, das Wort bekommt, tut er gut, uns auseinanderzusetzen, worin die Versöhnler noch mit der Partei übereinstimmen, denn sonst müssen wir die Erklä-

¹⁸ Ebenda, S. 182.

rung, die der Genosse Ewert gestern abgegeben hat, daß man sich der Parteidisziplin fügen will, als eine Verhöhnung des Reichsparteitages auffassen.«¹⁹

Ernst Meyer mußte also von seinem ursprünglichen Redemanuskript abweichen und zunächst der Aufforderung Heckerts nachkommen, um die Parteitagsdelegierten nicht von vornherein noch stärker gegen sich aufzubringen. Er antwortete daher: »Genossen, die Frage des Genossen Heckert an mich, worin wir mit der Partei übereinstimmen, ist sehr leicht zu beantworten. Für die gesamte Partei, einschließlich der Genossen, die in einer Reihe von taktischen Fragen abweichen von der Parteimehrheit, gelten sämtliche Beschlüsse der Komintern, der verschiedenen Weltkongresse und des letzten, des Essener Parteitages. Wenn wir in einem Dokument das hätten aufzeigen sollen und wollen, worin wir mit der Partei übereinstimmen, dann hätte das Dokument nicht 15 Seiten, sondern 500 Seiten umfaßt.«

Und dann weiter: »Der Genosse [Ernst] Grube hat gestern in seiner Diskussionsrede erklärt, daß die Partei seit Essen manche für uns günstige Situation nicht voll ausgenutzt hat. Ich habe nur vermißt, daß er gesagt hat, welche Situationen nicht ausgenutzt worden sind und mit welchen Mitteln sie hätten ausgenutzt werden müssen. Er überspringt diese ganze Frage und hat gleich die weitere Frage gestellt: welche Ursachen kann das gehabt haben, daß die Situation nicht ausgenutzt worden ist. Und er antwortete darauf: die falsche Konzentration von und seit Essen und besonders die Anwesenheit der Genossen Ewert und Meyer im Zentralkomitee haben die Partei an der Ausnutzung günstiger Situationen gehindert. Es gibt kein vernichtenderes Urteil über die Mehrheit des ZK, wenn sie sich von zwei Genossen der versöhnlerischen Richtung politisch verwirren läßt. Denn, Genossen, der Genosse Meyer war seit Essen einundeinviertel Jahr im Ausland und krank und hatte keine Möglichkeit, dieses ZK zu »verführen«, und der Genosse Ewert sollte das allein fertig gebracht haben? Wenn Genosse Grube die Schlußfolgerung gezogen hat: wählt heraus die Genossen Meyer und Ewert, so war das keine logische Schlußfolgerung. Er hätte sagen müssen: wählt heraus den größten Teil dieser Mehrheit, die so schwach ist, daß sie in einer solchen Situation nicht imstande ist, ihre Politik durchzusetzen gegen eine so kleine Minderheit.«²⁰

Dann befaßte sich Ernst Meyer sehr konkret mit der sektiererischen Gewerkschaftspolitik der KPD, die in den Wochen und Monaten vor dem Weddinger Parteitag zur Folge gehabt hatte, daß die KPD ohne Einfluß auf große Streikaktionen in verschiedenen Teilen Deutschlands geblieben war. Er zitierte Ernst Thälmann, der noch auf dem Essener Parteitag festgestellt hatte, daß die »Gewerkschaften zu wirklichen Kampforganisationen« gemacht werden müssen, um dann abschließend festzustellen: »Diese Sätze entsprechen der Auffassung der Komintern, entsprechen den Beschlüssen der Weltkongresse und den Erfahrungen, die die deutsche Partei, die deutsche kommunistische Bewegung unter ungeheuren Opfern seit dem Jahre 1914 sich erworben hat. Alle Versuche, darum herumzukommen, abzugehen von dieser Taktik in den Gewerkschaften, müssen dazu führen, trotz der günstigen Situation [...] die Partei zu schwächen. Genossinnen und Genossen! Das ist das, was uns in der Hauptsache taktisch von der Mehrheit des ZK trennt. Worin wir mit der Partei überein-

¹⁹ Ebenda, S. 220.

²⁰ Ebenda, S. 220 f.

stimmen, das haben wir bewiesen durch unsere Tätigkeit in der Vergangenheit, und das werden wir beweisen durch unser Auftreten in der Zukunft.«²¹

Mit ihrer »Plattform« und den beiden Reden von Arthur Ewert und Ernst Meyer hatten die sogenannten Versöhner zwar deutliche Zugeständnisse an die Führung der KPD um Ernst Thälmann gemacht, doch die geforderte vollständige Kapitulation hatten sie nicht vollzogen. Der Druck auf die Gruppe um Ernst Meyer und Arthur Ewert wurde daher unmittelbar vor dem Ende des Parteitages noch einmal erhöht.

In ihren Lebenserinnerungen gab Rosa Meyer-Leviné dazu diesen Bericht, auch wenn sie – wohl irrtümlich – lediglich einen Zeitungsartikel als Auslöser der erneuten Diskussion sah: »Die Gruppe versammelte sich zu einer weiteren Sitzung. Ich erkannte, daß Ernst [Meyer] eine Position durchsetzen wollte, die zum Parteausschluß führen mußte. Als ich die steinernen Gesichter ringsum sah, beschloß ich, das Zimmer zu verlassen. Gegen drei Uhr nachts weckte Ernst [Meyer] mich auf. »Sie sind alle weg. Sie haben mich alle verlassen.« Er sprach es aus wie ein Todesurteil. [...] Plötzlich klingelte das Telefon. Es war Ewert. Es tate ihm entsetzlich leid, es sei eine heiße Debatte und ein übereilter Schritt gewesen. Er würde gern noch einmal auf einen Sprung herüberkommen. Ernst ließ ihn herein. Sie hatten eine recht kurze Unterhaltung. Ewert sagte, er stimme vollkommen mit Ernst überein. Er entschuldigte sich wieder, es müsse wohl an der Anspannung gelegen haben. Ernst machte seinerseits Konzessionen: Wenn es gar nicht anders ginge, könnten sie so weit gehen, für eine begrenzte Zeit von der Fraktionsarbeit abzusehen; aber man müsse unbedingt ganz klarmachen, daß sie unter gar keinen Umständen ihre politischen Ansichten revidieren würden. Ernst übernahm es, das schriftlich zu fixieren, und Ewert ging. [...] Ewert erschien wie verabredet um neun Uhr morgens. Er billigte Ernsts Vermerk. [...] Am frühen Nachmittag wurden wir mit Telefonanrufen zugedeckt: »Die Kapitulation der Versöhner.« Kein Wort von Ewert oder irgendeinem der Freunde. [...] Ewert war in dunkler Nacht noch einmal zurückgekommen, weil ohne das Scheinabkommen zwischen Ernst und ihm die Gruppe gezwungen gewesen wäre, Ernsts Namen aus ihrer öffentlichen Erklärung wegzulassen, und das hätte die Kapitulation weit weniger effektiv gemacht.«²²

Für die Richtigkeit dieser stark subjektiv eingefärbten Darstellung von Rosa Meyer-Leviné gibt es keinen Beleg. Zweifel sind schon deshalb angebracht, weil die Erklärung, die Arthur Ewert am letzten Verhandlungstag des Weddinger Parteitages im Namen der sogenannten Versöhner – einschließlich Ernst Meyers – abgab, noch immer nicht die endgültige Kapitulation war, die von Arthur Ewert, Ernst Meyer und ihren Genossen gefordert wurde. In gewisser Weise wird das durch die unmittelbare Reaktion Thälmanns auf diese Erklärung Arthur Ewerts bestätigt, wie im offiziellen Protokoll des Parteitages nachzulesen ist:

»Ewert: Genossinnen und Genossen, auf die von der politischen Kommission des Parteitages gestellten Forderungen, die zum Beschluß des Parteitages erhoben sind, erkläre ich: Wir verpflichten uns, keine fraktions- und gruppenmäßigen Verbindungen einzugehen, zu der Taktik der Partei nur im Rahmen der für jedes Mitglied bestehenden Rechte und Pflichten Stellung zu nehmen und die Parteitagsbeschlüsse sowie die

²¹ Ebenda, S. 223. Diese Rede auf dem Weddinger Parteitag war das letzte öffentliche Auftreten von Ernst Meyer.

²² Rosa Meyer-Leviné, a.a.O., S. 187 f.

des ZK diszipliniert durchzuführen. Ich habe gleichzeitig zu erklären, daß sich dieser Erklärung auch die übrigen Genossen anschließen, die die andere Erklärung unterschrieben hatten.

Thälmann: Genossen, wir haben die Erklärung der Versöhnler gehört und müssen feststellen, daß sie nach ihrem Dokument und ihren Ausführungen vor dem Plenum in zwei Fragen bereits vor dem Parteitag kapituliert haben, in dem Sinne, wie es das revolutionäre Gesetz der Partei verlangt und wie es in den Beschlüssen des Parteitages entschieden wurde. Aber zu der dritten Frage, zu der Frage, ob sie dieses Dokument als ein fraktionelles Dokument anerkennen, haben die Versöhnler nicht ein einziges Wort gesagt. Ich glaube, im Auftrage des Parteitages sagen zu können, daß sich das neue ZK verpflichtet fühlt, auf Grund des Beschlusses des Parteitages auch in diesem Punkt mit den Versöhnlern die Klarheit zu schaffen, die die Partei verlangt und die die Beschlüsse des Parteitages von uns fordern.

Ewert: Genossen, wir haben von dem uns zustehenden Recht Gebrauch gemacht, unsere Meinung dem Parteitag zu unterbreiten. Mit der Diskussion auf diesem Parteitag, mit den Entscheidungen des Parteitages ist diese Stellungnahme erledigt. Ich möchte ferner erklären, daß wir von uns aus dieses Dokument nicht als Fraktionsplattform benutzen werden und nicht zur Diskussion in der Partei stellen werden.

Thälmann: Genossen, meine wenigen Bemerkungen haben den Genossen Ewert veranlaßt, auch eine Antwort auf den dritten Punkt zu geben. Auch diese Erklärung des Genossen Ewert ist wieder ein Fortschritt in der Richtung der gefaßten Punkte. Es bleibt trotz alledem die Tatsache bestehen, daß Genosse Ewert nur erklärt hat, daß er mit dem Beschluß des Parteitages das Dokument als erledigt betrachtet. Es ist aber nicht die Angelegenheit des Parteitages, nur eine solche Antwort entgegenzunehmen, sondern es war die Aufgabe des Parteitages, an den Genossen Ewert die Frage zu richten, ob er dieses Dokument als ein Fraktionsdokument zurückzieht oder nicht. Diese Frage ist von dem Genossen Ewert nicht klar beantwortet worden. Es wird trotzdem bestehen bleiben, daß das neue ZK im Einverständnis mit der Exekutive mit den Versöhnlern an Hand des Parteitagesbeschlusses noch sprechen wird.«²³

Der Weddinger Parteitag endete in jeder Beziehung mit einer Niederlage der sogenannten Versöhnler. Sie hatten sich, kaum überraschend, mit ihren von der offiziellen Parteilinie abweichenden politischen Positionen nicht durchsetzen können. Und sie hatten durch die Zugeständnisse, die sie in ihrer »Plattform« und in den Erklärungen von Arthur Ewert und – mit Abstrichen – Ernst Meyer gemacht hatten, ihren eigenen Spielraum weiter eingeschränkt, in dem sie ausdrücklich darauf verzichtet hatten, den Kampf zur Durchsetzung ihrer eigenen, noch immer als richtig empfundenen Positionen fortzusetzen.

Am Tag nach der Beendigung des Weddinger Parteitages höhnte der sozialdemokratische »Vorwärts« unter der Überschrift »Löblich unterworfen. Teddy befiehlt, Ewert muß zu Kreuze kriechen«: »Die Spitzengruppe der Versöhnler soll nach einem Ausspruch der Thälmann-Leute atomisiert werden. Zunächst hat man das geistige Haupt der Gruppe Gerhart [Eisler] – ein Bruder Ruth Fischers – durch Stalin nach Moskau zitieren lassen, wo Gerhart eine Mission in China erhielt. Eine ähnliche Kaltstellung

²³ Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), a.a.O., S. 518 f.

soll nunmehr auch der Reichstagsabgeordnete Ewert erfahren, der noch vor einem Jahr in der KPD der Allmächtige war und bereits anfang, Thälmann in den Schatten zu stellen.«²⁴

Doch anders als vom »Vorwärts« vermutet, blieb Arthur Ewert auch nach dem Weddinger Parteitag in Deutschland.

Am 25. Juni 1929 hatte Ulbricht im Hinblick auf das für die Zeit vom 3. bis 19. Juli 1929 geplante Zehnte Plenum des EKKI aus Moskau geschrieben: »Nach Informationen der führenden Genossen über unsere Besprechungen im Sekretariat über Angelegenheit Ewert vertraten die Genossen die Auffassung, daß über die weitere Tätigkeit von E[wert] erst bei Anwesenheit der gesamten Delegation entschieden werden soll. Da E[wert] Kandidat der Exekutive ist, müsse man dem Genossen die Möglichkeit geben, an der Sitzung des Plenums teilzunehmen. Persönlich wurde von den Genossen geäußert, daß es möglich wäre, den Gen[ossen] E[wert] nach dem Plenum dort zu verwenden, wo er vor seiner Tätigkeit in der Ostabteilung arbeiten sollte. Bekanntlich lehnte er es damals ab, den Auftrag auszuführen.«²⁵

Am 30. Juli 1929 beschloß eine vom Seniorenkonvent des Zehnten Plenums eingesetzte sechsköpfige Kommission, die mit der »Prüfung der Frage der Arbeit des EKKI und seines Apparates« beauftragt war, unter dem Tagesordnungspunkt »Über die Säuberung des Apparates und Frage der ev[entuellen] Verwendung der Versöhnler«, das ZK der KPD »zu bitten, den Gen[ossen] Ewert zur Verfügung des EKKI zu stellen.« In einem handschriftlichen Zusatz wurde festgehalten, daß diese Entscheidung auf Wunsch von Arthur Ewert »entsprechend seines Briefes« fiel. Außerdem wurde handschriftlich notiert, daß die Entscheidung mit drei zu zwei Stimmen fiel, wobei die beiden Gegenstimmen von Walter Ulbricht und Dimitri Manuilski kamen, die sich folglich für eine Rückberufung von Arthur Ewert nach Deutschland und seine Verwendung in der KPD aussprachen.²⁶

Knapp drei Wochen später korrigierte das Politsekretariat des EKKI in einer »fliegenden Abstimmung« diese Entscheidung. Laut Protokoll vom 19. August 1929 wurde unter dem Stichwort »Frage der Verwendung einzelner Versöhnler« nun beschlossen: »Die Frage der Ausnützung des Gen[ossen] Ewert wird vollständig dem ZK der KP Deutschlands zur Entscheidung übergeben.«²⁷

Damit hatte sich ganz offensichtlich Ulbricht durchgesetzt, der bereits seit Anfang 1929, seit Arthur Ewert die Übernahme eines längerfristigen Auftrages der Komintern außerhalb Europas abgelehnt hatte, auf dessen Rückkehr nach Deutschland ge-

²⁴ Vorwärts, Berlin, 16. Juni 1929.

²⁵ [An das ZK der KPD, Sekretariat], Moskau, 25. Juni 1929, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 44, Blatt 124.

²⁶ Protokoll Nr. 1 der Sitzung der vom Seniorenkonvent des X. Plenums eingesetzten Kommission zur Prüfung der Frage der Arbeit des EKKI und seines Apparates vom 30. Juli 1929, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 46, Delo 15, Blatt 1-4, hier: Blatt 4. Der Brief Arthur Ewerts lag dem Protokoll nicht bei. Die übrigen Mitglieder der Kommission waren: Ossip Pjatnitzki, Otto Kuusinen, Solomon Losowski und Mauno Heimo. Wer sich bei der Abstimmung über Arthur Ewert der Stimme enthielt, war dem Protokoll nicht zu entnehmen.

²⁷ Protokoll Nr. 48 des Politsekretariats, zusammengestellt auf Grund vorgenommener fliegender Abstimmung unter den Mitgliedern des Politsekretariats, 19. August 1929, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 3, Delo 117, Blatt 263-266, hier: Blatt 266.

drängt hatte. Mit kaum verhohlener Genugtuung teilte er am 29. August 1929 dem Sekretariat des ZK in Berlin mit: »Entsprechend unserem Vorschlag haben die Genossen hier erklärt, daß sie nichts dagegen einzuwenden haben, daß Genosse Ewert in Deutschland zur Arbeit verwendet wird.«²⁸

Im Oktober 1929 war Arthur Ewert als einer von drei Vertretern der Reichstagsfraktion der KPD im sogenannten 21. (Strafrechts-) Ausschusses mit den Beratungen über eine Neufassung des bisherigen Paragraphen 175 des deutschen Strafgesetzbuches aus dem Jahre 1871 befaßt, mit dem (männliche) Homosexualität kriminalisiert und unter Strafe gestellt worden war.

Im November und Dezember 1929 trat Arthur Ewert im Auftrag des ZK der KPD als Redner im Gemeinde- bzw. Landtagswahlkampf in Nordbayern und Baden in mehr als 40 Versammlungen auf. In einem Bericht über diese Kampagne verwies Arthur Ewert auf fortgesetzte Versuche der Nazis, der deutschen Faschisten, die Versammlungen der KPD durch eine provokatorische Teilnahme zu stören. Er konnte jedoch auch berichten, daß es den Nazis in keinem einzigen Fall gelungen war, eine vorzeitige Beendigung der Wahlkampfveranstaltungen der KPD zu erreichen. Allerdings mußte er konstatieren, daß die Mehrzahl der Nazis, mit denen er in diesen Wochen zu tun gehabt hatte, ihrer sozialen Herkunft nach Arbeiter gewesen waren.²⁹

Am 2. Februar 1930 starb Ernst Meyer im Alter von nur 42 Jahren an den Folgen der Lungentuberkulose, an der er seit 1927 gelitten und die ihn immer wieder für viele Wochen und Monate daran gehindert hatte, aktiv in das politische Geschehen einzugreifen.

Mit dem Tod von Ernst Meyer verlor die seit dem Weddinger Parteitag noch kleiner gewordene Gruppe der sogenannten Versöhnler endgültig ihren politischen und organisatorischen Zusammenhalt. Arthur Ewert, der in den vorangegangenen Monaten – anders als von Rosa Meyer-Leviné in ihren Lebenserinnerungen unterstellt – seine Loyalität zu Ernst Meyer über die entsprechenden Forderungen der engeren Parteiführung um Ernst Thälmann gestellt hatte, sah nun wohl keinen Grund mehr, weiterhin die von ihm immer wieder nachdrücklich verlangte Erklärung zu verweigern.

Doch der Tod von Ernst Meyer war aller Wahrscheinlichkeit nicht der einzige und vermutlich nicht einmal der wichtigste Grund für Arthur Ewert, gerade zu diesem Zeitpunkt, nämlich Mitte Februar 1930, gegenüber der Führung der KPD, und damit auch gegenüber der Führung der Komintern, öffentlich seine vollständige politische Niederlage zu erklären. Vom 18. bis 28. Februar 1930 tagte in Moskau das Erweiterte Präsidium des EKKI, und auf der Tagesordnung dieser hochrangigen Zusammenkunft standen auch die »Probleme der Kommunistischen Partei Deutschlands«.³⁰ So ist anzunehmen, auch wenn sich dafür (bisher) kein dokumentarischer Beleg finden

²⁸ [An das Sekretariat], Moskau, 29. August 1929, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 44, Blatt 165-166, hier: Blatt 165.

²⁹ Vgl. dazu: Arthur Ewert: Bericht über Versammlungstour in Nordbayern (vom 9. November bis 8. Dezember 1929) Berlin, 9. Dezember 1929, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 3/27/28.

³⁰ Zwischen 1919 und 1935 – mit der einzigen Ausnahme 1930 – fanden in allen Jahren, in denen kein Weltkongreß der Kommunistischen Internationale stattfand, Tagungen (bis 1927 als Erweiterte Tagungen) des Exekutivkomitees der KI statt. Die Tagung des Erweiterten Präsidiums des EKKI im Februar 1930 war also von ihrer politischen Wertigkeit her die wichtigste Tagung eines Führungsgremiums der Kommunistischen Internationale im Jahre 1930.

ließ, daß die Führung der KPD um Thälmann ohne ungelöste innerparteiliche Konflikte nach Moskau reisen wollte und deshalb in den Tagen und Wochen vor der erweiterten Präsidiumstagung den Druck auf Arthur Ewert noch einmal erhöht hatte.

Jedoch ist eine parteiinterne Anweisung des Sekretariats des ZK der KPD vom 21. Februar 1930 überliefert, in der es unter anderem hieß: »Aufgrund der Beschlüsse des Weddinger Parteitags ist für das Versöhnertum in der Kommunistischen Partei kein Platz. Die ›Versöhnler‹ stehen also vor der Frage: Entweder Anerkennung ihrer Fehler im einzelnen, vorbehaltlose Zustimmung zu den Beschlüssen des Parteitags und des Zentralkomitees und der Bezirksleitung und offene Anerkennung, daß ihr bisheriges Schweigen eine Unterstützung des Opportunismus bedeutet, oder die Partei muß die organisatorischen Konsequenzen ziehen.«³¹

Am 23. Februar 1930 erschien die Erklärung von Arthur Ewert in der »Roten Fahne«, der wichtigsten Tageszeitung der KPD, unter dem höhnischen Titel »Der Bankrott des Versöhnertums«. Arthur Ewert hatte den Text am 18. Februar 1930 verfaßt und am 19. Februar 1930 vormittags dem Sekretariat des ZK der KPD in Berlin mit der Bitte übergeben, die Erklärung auch nach Moskau weiterzuleiten.³² Bei dieser Gelegenheit hatte er darauf hingewiesen, daß seiner Meinung nach auch weitere Versöhnler – er verwendete diesen diskreditierenden Begriff jetzt selbst – offensichtlich bereit wären, vergleichbare Erklärungen abzugeben. Namentlich nannte er Karl Volk und Heinrich Süßkind. Er habe es aber unterlassen, sie darauf anzusprechen, weil er »von vornherein jeden Anschein der Fortsetzung einer Gruppenpolitik [...] meiden« wollte.³³

Die Erklärung von Arthur Ewert hatte folgenden Wortlaut: »Die sich immer mehr zuspitzende politische Lage in Deutschland, die sich immer fester schließende Einheitsfront aller Kräfte der Reaktion, einschließlich der SPD, gegen die Kommunistische Partei und die wachsende Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion erfordern eine klare Stellungnahme zur Politik der K[ommunistischen] I[nternationale] und der KPD von jedem Mitglied der Partei. Da ich bis zum Weddinger Parteitag in einer Reihe von Fragen eine von wichtigen Beschlüssen der K[ommunistischen] I[nternationale] und der KPD abweichende Meinung vertreten habe, möchte ich heute folgende Erklärung abgeben: Ich erkenne die von mir bis zum Weddinger Parteitag mündlich und schriftlich vertretenen und von der Partei abgelehnten und bekämpften Auffassungen als falsch an. Die von mir vertretene Einschätzung der Lage hat sich als unrichtig erwiesen, unter anderem hat die Krise in den USA wie auch die Zuspitzung der Lage, vor allem in Deutschland, die Richtigkeit der Einschätzung der Situation durch die K[ommunistische] I[nternationale] und die KPD erhärtet. Dasselbe gilt ebenfalls für die taktischen Fragen, in denen ich im Gegensatz zu den Beschlüssen der Partei stand (Gewerkschaftsfrage, Betriebsrätewahlen, Sozialfaschismus). Ich verpflichte mich, in

³¹ So zitiert in: Bernhard H. Bayerlein, Die unbekannte Geschichte der »Versöhnler« in der Kommunistischen Internationale und der KP Deutschlands: Kein Randproblem der historischen Kommunismusforschung, in: *The Crisis of Social Ideas. A Festschrift for Marjan Britovsek*, Ljubljana 1996, S. 321-340, hier: S. 326.

³² Die »Prawda« berichtete am 24. Februar 1930 auf Seite 2 unter der Überschrift »Zerfall der deutschen rechten und linken Liquidatoren« über die Erklärung Ewerts.

³³ Lieber Fritz [Heckert], Berlin, 19. Februar 1930, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 292, Delo 51, Blatt 23.

allen Fragen die Beschlüsse der Partei aktiv durchzuführen und erkenne die Unzulässigkeit jeder Fraktions- und Gruppenbildung an. Ich bin vollständig mit der Generallinie und Taktik des ZK der KPdSU einverstanden und lehne alle Auffassungen ab, wie sie von Genossen Bucharin vertreten wurden. Ich verpflichte mich, unter Führung des ZK und seiner Leitung den Kampf gegen alle opportunistischen Auffassungen innerhalb der Partei, gegen die rechten Parteifeinde der Brandlerorganisation sowie gegen jede versöhnlerische Haltung ihnen gegenüber zu führen. Meine Zustimmung zu den Beschlüssen der K[ommunistischen] I[nternationale] und der KPD und die Verpflichtung, sie aktiv durchzuführen, bezieht sich auch auf den Beschluß der K[ommunistischen] I[nternationale] in der Angelegenheit Wittorf.«³⁴

Tatsächlich handelte es sich diesmal um eine vollständige und bedingungslose Kapitulation Arthur Ewerts.³⁵ Diese Kapitulation stand in vollkommenem Widerspruch zu seinem gesamten bisherigen politischen Leben. Wider besseres Wissen unterwarf er sich jetzt vorbehaltlos einer Parteidisziplin, die er in dieser Form für schädlich und sogar gefährlich hielt. Ganz offensichtlich konnte (und wollte) er sich jedoch ein Leben außerhalb der Partei, der er seit seiner Jugend verbunden war, nicht vorstellen.³⁶

Es ist allerdings nicht auszuschließen, und sogar wahrscheinlich, daß Arthur Ewert es müde war, einen Kampf zu führen, den er unter den gegebenen Umständen nicht gewinnen konnte, und daß er seine Erklärung lediglich als einen taktischen Rückzug verstand, um den Kampf zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufnehmen zu können, zu dem es größere Erfolgsaussichten gab.

Arthur Ewert konnte nicht wissen oder auch nur ahnen, daß mit dem »Bankrott des Versöhnertums«, und so wurde seine Erklärung nicht nur innerhalb der Führung der KPD gesehen und verstanden, die letzte Chance für eine grundsätzliche Korrektur des politischen Kurses der KPD vertan war. Allerdings hätte eine solche Korrektur zwingend einen prinzipiellen Bruch mit dem von Stalin und seinen Anhängern inzwi-

³⁴ Arthur Ewert an das Sekretariat des ZK der KPD, 18. Februar 1930, SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/71, Blatt E1.

³⁵ Trotzdem meldete Thälmann noch immer Zweifel an. In einer Rede während der Moskauer Beratungen erklärte er unter anderem: »Für uns ist die Erklärung Ewerts noch kein Beweis dafür, daß er mit uns einverstanden ist, selbst wenn in seinen Formulierungen gesagt wird, daß er im Kampf gegen den Brandlerismus und die Liquidatoren mit uns zusammengehe. Ewert muß erst in der aktiven disziplinierten Arbeit beweisen, ob er an der Seite der Partei - ich sage nicht an der Seite der Führung - gewillt ist, die Aufgaben der Partei durchzuführen und so durchzuführen, daß seine bisherige versöhnlerische Auffassung nicht irgendwie zum Ausdruck kommt.« Ernst Thälmann, Aus der Rede in der deutschen Kommission des Erweiterten Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, in: Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 2, Berlin (DDR) 1956, S. 325-331, hier: S. 331.

³⁶ Bereits am 4. Januar 1929 hatte Georg Schumann, Polleiter der Bezirksorganisation Westsachsen und ein enger Vertrauter Arthur Ewerts aus der Gruppe der »Versöhnler«, in einer Beratung der Bezirksleitung Leipzig-Westsachsen, in der es um seine politische Zukunft ging, in einer öffentlichen Stellungnahme eine Position zum Ausdruck gebracht, die auch dem Denken und Handeln von Arthur Ewert entsprach: »Auf die[se ...] Ausführungen habe ich zu erwidern, daß es für uns gilt, unbedingt bei der Partei zu bleiben und für die Partei zu arbeiten.« (Protokoll der Beratung der Bezirksleitung der KPD Leipzig-Westsachsen, 4. Januar 1929, SAPMO-BArch, Berlin, RY 5/I 3/10/114. So zitiert in: Klaus Kinner, Der deutsche Kommunismus - Selbstverständnis und Realität. Band 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999, S. 134.)

schen weltweit durchgesetzten kommunistischen Parteimodell und damit auch einen Bruch mit »Moskau« in einem ganz allgemeinen Sinn vorausgesetzt.

Es ist jedoch offensichtlich, daß Arthur Ewert und die übrigen sogenannten Versöhner, im Gegensatz zu vielen anderen früheren Mitgliedern und Funktionären der KPD (und anderer Kommunistischer Parteien in aller Welt) zu einem solchen Schritt weder bereit noch in der Lage waren.

Sie hatten taktische, auch personelle Veränderungen in der Politik der Partei gefordert. Die geltende Parteidoktrin aber, also die »marxistisch-leninistische Strategie und Taktik«, und dazu gehörte die unbedingte Anerkennung der uneingeschränkten Führungsrolle der Moskauer Gremien, hatten sie zu keinem Zeitpunkt wirklich in Frage gestellt.

Der Weg, auf dem sich die Kommunistische Partei Deutschlands jetzt unter der angefochtenen Führung Ernst Thälmanns³⁷ befand, führte in den Untergang. Fast auf den Tag genau drei Jahre nach der politischen Kapitulation Arthur Ewerts begann das dunkelste Kapitel in der deutschen Geschichte – am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident von Hindenburg, gedrängt von einflußreichen Kräften aus Politik und Wirtschaft, die verborgen, aber wirksam im Hintergrund agierten, Hitler zum Reichskanzler. Doch die KPD war zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr in der Lage, dem Beginn der faschistischen Diktatur in Deutschland wirksamen Widerstand entgegenzusetzen.

³⁷ Ein Versuch von Heinz Neumann (und anderen) in den Jahren 1931 und 1932, die eigene Position im inneren Führungszirkel der Partei zu Lasten von Ernst Thälmann zu stärken, scheiterte, ohne daß dieser Vorgang in der Partei zu größeren »Turbulenzen« führte. Neumann verlor sämtliche Parteifunktionen und wurde aus der Arbeit in der KPD entfernt.

Kapitel 14: Der Paragraph 175 – ein Exkurs

Nach seiner Wahl in den Deutschen Reichstag am 20. Mai 1928 wurde Arthur Ewert als Vertreter seiner Fraktion nicht nur Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, sondern – gemeinsam mit Eduard Alexander und Peter Maslowski – auch Mitglied des sogenannten 21. (Strafrechts-) Ausschusses, dessen Aufgabe es war, die in der vorangegangenen Wahlperiode begonnene Arbeit an einer umfassenden Reform des deutschen Strafrechts fortzusetzen und abzuschließen.

Im Jahre 1922 hatte der damalige sozialdemokratische Reichsjustizminister Gustav Radbruch den ersten vollständigen Entwurf eines neuen Reichsstrafgesetzbuches vorgelegt. In diesem Entwurf waren Gedanken und Vorschläge enthalten, die sehr deutlich mit zahlreichen überkommenen, aber im rechtspolitischen Denken der frühen zwanziger Jahre fest verankerten Konzeptionen brachen. Dazu hatten zum Beispiel die generelle Abschaffung der Todesstrafe, aber auch eine besondere Behandlung von sogenannten Überzeugungstätern gehört. Doch waren das Gedanken und Vorschläge gewesen, für die sich in den maßgeblichen Kreisen Deutschlands zu jener Zeit keine Mehrheit finden ließ. »Bis dieser Entwurf schließlich im Jahre 1927 den Reichstag erreichte«, so hieß es deshalb in einer späteren Untersuchung zur Geschichte der deutschen Strafgesetzgebung, »waren seine besten Zähne bereits gezogen.«¹

Trotzdem war es in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre gelungen, einige zukunftsweisende Änderungen in das geltende Strafrecht aufzunehmen, die sich auch in dem Entwurf eines neuen »Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuchs« und eines Strafvollzugsgesetzes wiederfanden, die im Sommer 1927 dem Deutschen Reichstag zur parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung übergeben worden waren. Dazu zählten unter anderem die Erleichterung der Straftilgung, die Entwicklung eines besonderen Jugendstrafrechts sowie der Ersatz kurzer, aber existenzgefährdender Freiheitsstrafen durch Geldstrafen.²

Für die Beratung dieser beiden Gesetzentwürfe hatte der im Dezember 1924 gewählte III. Deutsche Reichstag einen speziellen Ausschuß eingesetzt gehabt, in dem die Fraktionen entsprechend ihrer Stärke vertreten waren. Auf Antrag seiner Mitglieder konnte der Ausschuß Experten heranziehen und öffentliche Anhörungen durchführen. Auch die Vertreter der KPD machten von dieser Möglichkeit regelmäßig Gebrauch und vermochten es damit, wichtige Themen der Strafrechtsreform aus der Enge des Ausschusses in eine größere Öffentlichkeit zu bringen.

Es wurde sehr schnell klar, daß es dem Reichstag und dem zuständigen Ausschuß nicht gelingen würde, die sehr umfassenden und anspruchsvollen Arbeiten an den beiden Gesetzesprojekten in der laufenden Legislaturperiode abzuschließen. Deshalb betrat der III. Deutsche Reichstag juristisches Neuland. Am 31. März 1928 beschloß er in eigener Sache ein »Gesetz zur Fortsetzung der Strafrechtsreform«. Darin wurde festgelegt, daß der zu wählende IV. Deutsche Reichstag die Beratung der beiden Gesetzesvorhaben ohne erneute Einbringung fortsetzen könnte, daß also der bis zu die-

¹ Albin Eser, Hundert Jahre deutscher Strafgesetzgebung. Rückblick und Tendenzen, in: Jan van Dijk (Hrsg.), *Criminal law in action. An overview of current issues in Western societies*, Arnhem 1986, S. 49-66, hier: S. 51.

² Vgl. dazu: Ebenda.

sem Zeitpunkt erreichte Arbeitsstand Ausgangspunkt und Grundlage der weiteren Beratungen in der folgenden Legislaturperiode sein würde.

Durch diese Verfahrensweise wurde die Behandlung des Abschnitts 21 des Allgemeinen Teils des neues Strafgesetzbuches, der sich unter anderem mit sogenannter Unzucht, also allen Straftaten, die im weitesten Sinne mit sexuellen Handlungen in Verbindung gebracht werden konnten, in die nachfolgende, im Mai 1928 beginnende Wahlperiode vertagt.

Die kommunistischen Abgeordneten wurden bei ihrer (Mit-) Arbeit an der Reform des deutschen Strafrechts vor allem durch die 1921 gegründete Juristische Zentralstelle der Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktionen der KPD unterstützt, die seit 1922 unter der Leitung von Felix Halle stand.³

Die Juristische Zentralstelle war ein Gremium, das bei politischen Prozessen, so zum Beispiel beim sogenannten Zentrale-Prozeß gegen die 1923 gewählte Führung der KPD oder beim Wiederaufnahmeverfahren von Max Hoelz, als juristischer Ratgeber eine wichtige Rolle spielte, das aber auch rechtstheoretische und rechtsphilosophische Arbeit leistete.

So konnte sich zum Beispiel Wilhelm Koenen, der am 22. Juni 1927 als Vertreter der Fraktion der Kommunistischen Partei im Rahmen der »ersten Beratung des ersten Entwurfs eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches«, so die offizielle Bezeichnung des entsprechenden Tagesordnungspunktes im Protokoll des Deutschen Reichstags, sprach, sich bei seinen Ausführungen auf einschlägige Zuarbeiten der Juristischen Zentralstelle stützen.

Wilhelm Koenen betonte in seiner mehr als einstündigen Rede zunächst den Klassencharakter des Strafrechts und erläuterte diese These dann, rhetorisch sehr geschickt, anhand eines längeren Zitats des 1919 verstorbenen Hugo Heinemann, der in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg einer der bedeutendsten und einflußreichsten sozialdemokratischen Juristen und Rechtspolitiker gewesen war.

Koenen erklärte vor dem Deutschen Reichstag: »Wir bekennen uns jetzt noch zu dem, was damals über die Strafrechtslehre gesagt worden ist, und ich zitiere gern, was uns damals innerhalb der Sozialdemokratischen Partei von ihren hervorragendsten Theoretikern und Praktikern gelehrt worden ist. Dr. Heinemann sagte: »Die materialistische Geschichtsauffassung lehrt uns, daß alle menschlichen Institutionen in wirtschaftlichen Tatsachen ihren Grund haben. Auch die Rechtsordnung ist bestimmt durch die jeweiligen ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft. Sie entspringt nicht aus der formalen Festsetzung durch den Staat, sondern den ökonomischen Tatsachen. Die Rechtsordnung des gegenwärtigen Staates ist daher der Ausdruck des das heutige

³ Zur Biographie von Felix Halle und zur Tätigkeit der Juristischen Zentralstelle siehe u.a.: Josef Schwarz, *Zu Unrecht vergessen. Felix Halle und die deutsche Justiz*, Schkeuditz 1997; Carola Tischler, *Zwischen Selbststilisierung und Selbstaufgabe. Felix Halle und die KPD*, in: Sabine Hering und Kurt Schilde (Hrsg.), *Die Rote Hilfe. Die Geschichte der internationalen kommunistischen »Wohlfahrtsorganisation« und ihrer sozialen Aktivitäten in Deutschland (1921-1941)*, Opladen 2003; Nikolaus Brauns, *Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919-1938)*, Köln 2003; Hans-Jürgen Schneider und Erika Schwarz, *Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands. Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik. Geschichte und Biografien*, Bonn 2002; Volkmar Schöneburg, *Kriminalwissenschaftliches Erbe der KPD. 1919-1933*, Berlin (DDR) 1989.

Zeitalter kennzeichnenden Zustandes der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Das Strafrecht bezweckt, diesen Zustand aufrechtzuerhalten, also die Besitzenden in ihren Machtverhältnissen gegen das Eindringen der Besitzlosen zu schützen. Daher kommt es, daß das einzige Rechtsgut der Mehrzahl der Menschen, die menschliche Arbeitskraft, schutzlos gelassen ist, weil es sich hier um ein Rechtsgut handelt, das nur die Besitzenden gegenüber den Besitzlosen angreifen können, nicht umgekehrt. Daher fehlt hier der rechtliche Schutz. Je mehr der Klassenkampf sich verschärft, um so mehr wird und muß im Strafrecht der Gedanke zum Ausdruck kommen, daß das Strafrecht nichts anderes ist als eine Waffe, derer sich die herrschende Klasse im Klassenkampf bedient.«

Im Verlauf seiner weiteren Rede entwickelte Koenen dann die sich aus den Feststellungen Heinemanns ergebenden Konsequenzen. Ausführlich sprach er unter anderem über die Frage der Todesstrafe, die von der KPD grundsätzlich abgelehnt wurde, sowie über politische Straftaten, insbesondere den sogenannten Hoch- und Landesverrat. Dann stellte er, inzwischen vom Reichspräsidenten mehrfach gedrängt, seine Rede zu beenden, abschließend fest: »Ich möchte den Präsidenten dringend ersuchen, mir diese fünf Minuten zuzugestehen, selbst wenn ich dabei noch einen Paragraphen, der bisher nicht besprochen worden ist, erwähnen sollte. Ich möchte noch ganz kurz unterstreichen, daß ich es für notwendig halte, daß gegen einen Teil des Strafgesetzbuches, der eine unerhörte Steigerung der Verurteilungen gebracht hat, gerade in der ersten Lesung Einspruch erhoben wird, um die Schichten, die davon betroffen werden, darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich rühren müssen. Das ist die Frage der Abtreibung. Auch hier stellen wir fest, daß die Steigerung eine ganz unerhörte ist. 1890 hatten wir 232 Fälle, 1913 1.518 Fälle, 1921 4.400 Fälle, 1925 7.200 Fälle! So ist die Bestrafung der Abtreibung angestiegen; es ist eine Steigerung gegenüber 1890 von 3.000 Prozent. Ich glaube, daß ich das Recht habe, die Ärzteorganisationen und die Frauenbewegung aufzurufen, sich gegenüber diesem Paragraphen mit aller Kraft zur Wehr zu setzen. Ich möchte noch sagen, daß ähnliche Paragraphen wie dieser, [...] der § 175, wieder in das Gesetz aufgenommen worden sind, und daß auch hier die entsprechenden Organisationen sich rühren müssen, um sich gegen diese Wiederkehr der reaktionärsten Bestimmungen [...] aufzulehnen.«⁴

Tatsächlich spielte der Kampf gegen den sogenannten Abtreibungsparagraphen 218, der jeden Schwangerschaftsabbruch, von einer sehr engen medizinischen Indikation abgesehen, grundsätzlich unter Strafe stellte, in der Frauenarbeit der KPD eine herausragende Rolle. Für diesen Kampf verfügte die KPD über klare politische Konzepte. Sie hatte in ihren Reihen und in ihrem Umfeld zahlreiche Sozialpolitiker und Ärzte, die sich »vor Ort« mit den Problemen befaßten, die sich aus der Existenz des Paragraphen 218 und seiner rigorosen Anwendung durch die Behörden ergaben. Angesichts der Tatsache, daß Mitte der zwanziger Jahre in Deutschland jährlich etwa eine Million Schwangerschaftsabbrüche, zumeist unter medizinisch fragwürdigen Bedingungen, vorgenommen wurden, war der Kampf gegen den Paragraphen 218 ein Thema, das nicht nur Arbeiterfrauen, sondern auch Frauen aus anderen Schichten der

⁴ Verhandlungen des Reichstages. III. Wahlperiode, Band 393, Stenographische Berichte, Berlin 1927, S. 10976 f. und S. 10986.

Bevölkerung bewegte und in diesen Kreisen auf Akzeptanz, Zustimmung und auch Unterstützung stieß.⁵

Anders verhielt es sich mit dem Kampf gegen den berüchtigten Paragraphen 175, der (männliche) Homosexualität kriminalisierte und unter Strafe stellte. Auch hier verfügte die KPD über eine klare Position: Sie lehnte jede Form der Kriminalisierung der Homosexualität ab und forderte die ersatzlose Streichung des Paragraphen 175. Die Reichstagsfraktion der KPD hatte deshalb bereits am 23. Juni 1924 einen Gesetzentwurf zur Änderung des damals geltenden Strafrechts eingebracht, der kurz und präzise forderte: »1. § 175 wird außer Kraft gesetzt. 2. Alle bisher auf Grund dieses Paragraphen Verurteilten werden amnestiert. 3. Alle Verfahren, die auf Grund § 175 schweben, werden eingestellt.«⁶ Magnus Hirschfeld, der Vorkämpfer für die Rechte der Homosexuellen, würdigte diesen Vorstoß der KPD als »das erste Mal [...] in der Geschichte unserer Bewegung«, daß eine politische Partei einen solchen Schritt unternommen habe.⁷

Allerdings spielte der Kampf für die Rechte der Homosexuellen, anders als der Kampf gegen den Paragraphen 218, in der Programmatik und in der täglichen politischen Arbeit der KPD keine Rolle. In dieser Hinsicht unterschied sich die KPD nicht von den übrigen Parteien im linken Spektrum, also der SPD und der USPD, aber auch nicht von den bürgerlichen Parteien unterschiedlicher Couleur. Offensichtlich wurde der Kampf gegen den Paragraph 175 nicht als ein Thema von gesamtgesellschaftlicher Relevanz gesehen. Und vermutlich wirkten auch in der kommunistischen Bewegung weiterhin homophobe Ressentiments.⁸

Keineswegs im Widerspruch dazu steht die Tatsache, daß es insbesondere zwischen Felix Halle auf der einen Seite und Magnus Hirschfeld (und vor allem dessen Institut für Sexualwissenschaft) auf der anderen Seite eine enge politische und rechtspolitische Zusammenarbeit gab. Ein Beispiel dafür ist die Tatsache, daß das Wissenschaftlich-humanitäre Komitee, ein bereits 1897 unter maßgeblicher Mitwirkung von Magnus Hirschfeld gegründeter linksliberaler Zusammenschluß zum Kampf gegen den Paragraph 175, in der Frühjahrsausgabe 1928 seiner »Mitteilungen« feststellte, daß es nicht erforderlich sei, im Vorfeld der anstehenden Reichstagswahlen – im Gegensatz zu allen anderen Parteien – an die Kommunistische Partei eine sogenannte Wahlanfrage zu richten. Die KPD, so Hirschfeld in seinem Editorial, sei die einzige im Reichstag

⁵ Vgl. dazu zum Beispiel: Volkmar Schöneburg, a.a.O., insbesondere das Kapitel 4 »KPD und Sexualstrafrecht«, S. 95-199.

⁶ Verhandlungen des Reichstages. II. Wahlperiode, Band 382, Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Nr. 1 bis 310, Berlin 1924, Anlage 232. Allerdings wurde dieser Antrag auf Grund der vorzeitigen Auflösung des Reichstages im September 1924 weder im Plenum noch in den Ausschüssen behandelt. Es ist aber davon auszugehen, daß er keinesfalls eine parlamentarische Mehrheit gefunden hätte.

⁷ Magnus Hirschfeld, Antrag auf Abschaffung des § 175 im Deutschen Reichstag, in: Die Freundschaft, Berlin, Oktober 1924, S. 145 f., so zitiert in: Manfred Herzer, Communists, Social Democrats, and the Homosexual Movement in the Weimar Republic, in: Journal of Homosexuality, 1995 (29), issue 2-3, S. 197-226, hier: S. 206.

⁸ Vgl. dazu: Manfred Herzer, a.a.O., S. 199 f.

vertretene Partei, von der man klar wisse, daß sie uneingeschränkt den Kampf des Komitees gegen die Kriminalisierung der Homosexualität unterstützen würde.⁹

Die Beratung des Abschnitts 21 des neuen Strafgesetzbuches, und damit der Festlegungen über sogenannte Sexualstraftaten, stand schließlich im Oktober 1929 auf der Tagesordnung des Strafrechtausschusses des Deutschen Reichstags.

In dem Entwurf des Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches, der dem Reichstag zur Beratung und Beschlußfassung vorlag, waren die Bestimmungen des ursprünglichen Paragraphen 175 auf die neuen Paragraphen 295 bis 297 »verteilt« worden. Im Ergebnis einer kurzen, aber sehr intensiven Debatte, so kann man es in einem zeitgenössischen Bericht in den »Mitteilungen des Wissenschaftlich-humanitären Komitees« nachlesen, wurden die beiden »Paragraphen 295 (Geschlechtsverkehr mit Tieren) und 296 (leichte Fälle mann-männlichen Verkehrs) tatsächlich gestrichen.«¹⁰

Grundlage dafür waren zwei inhaltlich identische Anträge gewesen, die von den kommunistischen und den sozialdemokratischen Mitgliedern des Ausschusses getrennt eingebracht worden waren.

In der Debatte um den neuen Paragraphen 296 war es vor allem Arthur Ewert zugefallen, die Position der kommunistischen Reichstagsfraktion zu vertreten, wobei sich – im Grunde wenig überraschend – eine große Übereinstimmung mit den Argumenten des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Kurt Rosenfeld zeigte, der die Stellungnahme seiner Partei abgab.

Laut Protokoll stellte Arthur Ewert bei den Beratungen am 16. Oktober 1929 fest, »es sei kein Zufall, daß, als die französische Revolution auch in deutschen Gebieten freieren Auffassungen auch auf kulturellem Gebiete zum Durchbruch verholfen habe, bestimmte Strafbestimmungen gefallen seien, ebenso wie es kein Zufall sei, daß der politischen Reaktion die Reaktion auf kulturellem Gebiete gefolgt sei. Dem heutigen Staat der Bourgeoisie könnten seine Freunde nicht das Recht zuerkennen, solche weitgehenden Eingriffe in die Betätigung der erwachsenen Menschen auf sexuellem Gebiete vorzunehmen. Sie seien gegen jede Strafbestimmung in Bezug auf diese Handlungen und wendeten sich auch dagegen, daß dem reaktionären Richtertum derart weitgehende Strafbefugnisse zugestanden würden. Es sei nicht zu verstehen, wie man auf Grund der modernen medizinischen Forschungen behaupten wolle, daß in der Natur nur das Normale vorhanden sei. Die Natur zeige überall Abweichungen vom Normalen, von denen der Mensch nicht ausgeschlossen sei. Über den Prozentsatz der Abweichungen gingen die Meinungen natürlich auseinander. Wenn in Berlin von der Polizei Listen von 20.000 Homosexuellen geführt würden, dann könne man für Deutschland mit 800.000 bis 1 Million solcher Menschen rechnen. Dann sei es unsittlich, diesen Menschen das Recht auf Sexualentspannung überhaupt zu nehmen

⁹ Vgl. dazu: Mitteilungen des Wissenschaftlich-humanitären Komitees e.V., Nr. 13 (März und April 1928), S. 49 f., in: Mitteilungen des Wissenschaftlich-Humanitären Komitees 1926-1933. Faksimile-Nachdruck, Hamburg 1985.

¹⁰ Vgl. dazu: Mitteilungen des Wissenschaftlich-humanitären Komitees e.V., Nr. 26 (Dezember 1929 und Januar 1930), S. 207, in: Mitteilungen des Wissenschaftlich-Humanitären Komitees 1926-1933. Faksimile-Nachdruck, a.a.O.

und sie in die Kategorie der Verbrecher zu zwingen durch Bestimmungen, die in der Praxis doch nicht durchgeführt werden könnten.«¹¹

Doch mit der Streichung der Paragraphen 295 und 296 aus dem Entwurf des neuen Strafgesetzbuches war keineswegs eine Aufhebung des alten Paragraphen 175 verbunden, im Gegenteil. Die Festlegungen des Paragraphen 297 bedeuteten eine Verschärfung der ohnehin schon rigorosen Bestimmungen zur Kriminalisierung der männlichen Homosexualität.¹² Auch in diesem Fall hatten zwei getrennte Anträge der KPD und der SPD auf ersatzlose Streichung dieses Paragraphen vorgelegen, die jedoch beide mit klarer Mehrheit abgelehnt wurden. Bei der anschließenden Behandlung von Anträgen zu einzelnen Absätzen bzw. Formulierungen stimmten die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses den sehr zweifelhaften Kompromissen zu, die letztlich eine Beibehaltung und sogar eine Ausdehnung der früheren Bestimmungen bedeuteten.

Nur die kommunistischen Abgeordneten blieben bei ihrer klaren und entschiedenen Ablehnung. In den Beratungen des Strafrechtsausschusses am 17. Oktober 1929 hatte Arthur Ewert laut Protokoll vor dem Beginn der Abstimmungen erklärt, daß seine Partei bedingungslos »für die Streichung des § 297 ein[tritt]. Mit Strafbestimmungen könne man auch in diesem Falle einem sozialen Übel nicht zu Leibe gehen; denn die Ursachen für die angeblichen Delikte lägen doch in den sozialen Verhältnissen und in dem Vorhandensein eines bestimmten Bedürfnisses, das sich auf sexuellen Triebabweichungen aufbaue, die in normaler Weise nicht befriedigt werden könnten. Der § 297 enthalte noch ein Stück Mittelalter, wie es bis in die Gegenwart hinein noch im Kampf gegen die weibliche Prostitution zu Tage getreten sei.« Abschließend betonte

¹¹ [Arthur Ewert in der 85.Sitzung des 21. Ausschusses (Reichsstrafgesetzbuch)], Berlin, 16. Oktober 1929, in: Mitteilungen des Wissenschaftlich-humanitären Komitees e.V., Nr. 24 (September und Oktober 1929), S. 184 f., in: Mitteilungen des Wissenschaftlich-Humanitären Komitees 1926-1933. Faksimile-Nachdruck, a.a.O.

¹² In einem Kommentar in den »Mitteilungen« stellte das Wissenschaftlich-humanitäre Komitee dazu fest: »Die Beschlüsse des Ausschusses bedeuten nicht nur keine Streichung, sondern in zweifacher Hinsicht eine Verschärfung des alten § 175. Während der § 175, nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts, nur »beischlafähnliche Handlungen« trifft, stellt der neue § 297 auch harmlose und harmloseste homosexuelle Liebesbetätigungen (sogar leidenschaftliche Küsse) unter Strafe, falls der »Verführer« volljährig und der Partner jünger als 21 Jahre ist - ein Schutz, den das geltende Gesetz nur Knaben unter 14 Jahren gewährt. Gewiß ist die Erhöhung des Schutzalters angebracht, etwa auf die Grenze, bis zu der nach altem und neuem Recht das junge Mädchen vor Verführung geschützt ist: 16 Jahre. Aber die Parität zwischen beiden Geschlechtern, statt sie zu erreichen, um fünf Jahre zu »Gunsten« der jungen Männer, welche sich schließlich wehren können, zu überschreiten, das führt zu unhaltbaren, teilweise grotesken Konsequenzen. Zwei Freunde im Alter von 20 und 19 Jahren dürfen einander lieben; erreicht der ältere das 21. Lebensjahr, dann müssen sie sich voneinander trennen, falls der ältere nicht straffällig werden soll; nach einem Jahre dürfen sie wieder zueinander, denn dann ist der jüngere 21! Die zweite Verschärfung betrifft die männliche Prostitution. Während das geltende Gesetz sie ignoriert, bedroht der § 297 sie mit Strafe. Da die weibliche Prostitution, und auch die männliche, soweit sie sich Frauen anbietet, straffrei bleibt, so wird durch diese Strafdrohung wiederum der Homosexuelle als solcher getroffen. Die Beschlüsse des Strafrechtsausschusses hinsichtlich der Homosexualität bedeuten mithin einen Schritt vorwärts und zwei Schritte zurück. Die Forderung, die wir seit Jahrzehnten erheben: die homosexuelle Minderheit der Bevölkerung unter gleiches Recht wie die Mehrheit zu stellen, ist keineswegs erfüllt.«, in: Mitteilungen des Wissenschaftlich-humanitären Komitees e.V., Nr. 26 (Dezember 1929 und Januar 1930), S. 207, in: Mitteilungen des Wissenschaftlich-Humanitären Komitees 1926-1933. Faksimile-Nachdruck, a.a.O.

er, daß die »Kommunisten [...] gegen alle Kompromißanträge stimmen [würden]. Die sozialdemokratische Fraktion habe zwar zunächst einen Streichungsantrag eingebracht, ihre Argumentation aber nicht auf diesem Antrag aufgebaut, sondern in der Richtung einer praktischen Aufrechterhaltung der Strafbestimmungen [...] geführt.«¹³

So war die KPD in der Weimarer Republik die einzige politische Kraft, die die »Bewegung der Homosexuellen in ihrem Befreiungskampf« konsequent und vorbehaltlos unterstützte.¹⁴ Insbesondere durch ihr Abstimmungsverhalten im zuständigen Ausschuß des Deutschen Reichstages im Oktober 1929 wurde und wird diese Unterstützung bis zum heutigen Tag mit den Namen der kommunistischen Abgeordneten Arthur Ewert sowie Peter Maslowski und Eduard Alexander in Verbindung gebracht.

Die vorzeitige Auflösung des IV. Deutschen Reichstages im Sommer 1930 beendete die Arbeiten an dem Entwurf eines neuen Deutschen Strafgesetzbuches, ohne daß es zu einer endgültigen Abstimmung gekommen wäre. Die Regierung von Reichskanzler Brüning und die nachfolgenden, stets nur kurzlebigen Kabinette, die ausschließlich mit Hilfe von Notverordnungen des Reichspräsidenten regierten, hatten keinerlei Interesse an einer Kodifizierung neuen Rechts.

Man kann daher mit vollem Recht behaupten, »daß die Strafrechtsreform der Weimarer Republik mit dieser selbst untergegangen« ist.¹⁵

¹³ [Arthur Ewert in der 86. Sitzung des 21. Ausschusses (Reichsstrafgesetzbuch)], Berlin, 17. Oktober 1929, in: Ebenda, S. 213 f., in: Mitteilungen des Wissenschaftlich-Humanitären Komitees 1926-1933. Faksimile-Nachdruck, a.a.O.

¹⁴ Vgl. dazu: Manfred Herzer, a.a.O., S. 206.

¹⁵ Hans-Heinrich Jescheck und Thomas Weigend, Lehrbuch des Strafrechts. Allgemeiner Teil, Berlin (West) 1978 (3. Auflage), S. 78, so zitiert in: Albin Eser, a.a.O., S. 51.

Kapitel 15: Die letzten Monate in Deutschland

Der Tod von Ernst Meyer und die offizielle Kapitulation von Arthur Ewert bedeuteten auch in der Praxis das Ende der sogenannten Versöhnler als eigenständiger und organisierter Kraft innerhalb der KPD. Nur wenige örtliche Gruppen, zum Beispiel in Hamburg, Hannover und Leipzig, überlebten streng konspirativ, also versteckt vor den offiziellen Führungsstrukturen der KPD. Doch stabile Verbindungen zwischen diesen Gruppen fehlten, so daß sie innerhalb der Partei keinen wirklichen Einfluß ausüben konnten, was sie aber zu diesem Zeitpunkt aus taktischen Erwägung offensichtlich auch nicht wirklich wollten.¹

In einem anonymen Papier mit dem Titel »Dokumente einer innerparteilichen Gruppe in Hamburg«, das vermutlich Mitte oder Ende 1932 entstand und das in der sogenannten Trotskii Collection der Houghton Library in Harvard aufbewahrt wird, heißt es dazu: »Organisatorisches: Früher Zentrale Berlin, Leiter nach Ernst Meyer Ernst Becker [d.i. Karl Becker] und Karl Voss (Österreicher) [d.i. Karl Volk]. Zerfall nach Kapitulation Ewert [...] In der Folge ausnahmslos Loyalitätserklärungen der Berliner Gruppe. Becker seither inaktiv. Voss nach anfänglichen Reorganisationsversuchen allein geblieben.« Und weiter: »Innerparteiliche Taktik: (Für die Versöhnler die zentrale Frage) Rundschreiben nur zu unmittelbar parteipraktischen Fragen. Denn: Wendungen sind nur von oben möglich, diese müssen zur Eroberung des Apparats ausgenutzt werden. Voraussetzung dafür: organisatorische Stützpunkte in der Partei, die bei den bisherigen Wendungen immer fehlten. Bei heutiger Parteimentalität wäre offene Diskussion desorganisierend, weil [s]ie die traditionslosen Mitglieder verwirren; darüber hinaus Möglichkeit der Zerschlagung von Oppositionen durch die Parteiführung, eben auf Grund dieser Mentalität. Daher stricke Durchführung aller Parteibeschlüsse in allen Arbeiterorganisationen, gegebenenfalls auch gegen aller innerste Überzeugung. Nur organisatorische, nicht politische Kritik möglich. Durch Kritik an der Art der Durchführung der Beschlüsse Annäherung von Genossen, an die man sich dann »heranschleichen« muß – darauf langsame, vorsichtige politische Aufklärung. Nach Erfassung dieser Genossen Schulung durch reichliches Informationsmaterial. [...] Aktionen außerhalb der Partei von vornherein abzulehnen, innerhalb nur dann zu machen, wenn geschlossene Aktion einer unteren Organisations-Einheit möglich. [...] Dabei Gesichtspunkt der vorherrschenden organisatorischen Kritik maßgebend. Es wird abgelehnt, eine »richtige« der »falschen« Parteilinie entgegenzusetzen.«²

Keineswegs im Widerspruch dazu steht die Tatsache, daß sich auch in Berlin die sogenannten Versöhnler weiterhin im privaten Umfeld trafen und bestrebt waren, den Kreis ihrer Anhänger zu erweitern. Wenige Jahre später, während der »Großen Säuberung« in der Sowjetunion, spielten diese Bestrebungen in den parteiamtlichen und geheimpolizeilichen Untersuchungen wiederholt eine Rolle. Während einer mehrtägigen geschlossenen Parteiversammlung der in Moskau lebenden deutschen Schriftstel-

¹ Vgl. dazu u.a.: Bernhard H. Bayerlein, Die unbekannte Geschichte der »Versöhnler« in der Kommunistischen Internationale und der KP Deutschlands: Kein Randproblem der historischen Kommunismusforschung, in: The Crisis of Social Ideas. A Festschrift for Marjan Britovsek, Ljubljana 1996, S. 321-340, hier insbesondere S. 326 ff.

² Dokumente einer innerparteilichen Gruppe in Hamburg, Trotskii Collection, The Houghton Library, bMS Russ 13.1 (16271).

ler, die im September 1936, wenige Tage nach dem ersten Moskauer Schauprozeß, in einer wahrhaft gespenstischen Atmosphäre stattfand, berichtete zum Beispiel Ernst Ottwalt, der noch im gleichen Jahr verhaftet und zu vielen Jahren Lagerhaft verurteilt wurde, die er nicht überlebte: »Im Jahre 1930 hatten die Versöhner [John] Heartfield, [Arthur] Ewert, [Hugo] Eberlein, [Lex] Ende in Berlin einen politischen Salon, wo sie sich regelmäßig versammelten und alle jungen Schriftsteller zu sich heranzogen. [...] Ich war zweimal dort und hörte, wie [Lex] Ende eine Rede von [Walter] Stoecker im Reichstag parodierte. Es war mir klar, daß hier etwas nicht stimmt. Ich habe mich von diesem Kreis zurückgezogen.«³

Ähnliche Zusammenkünfte gab es auch in Moskau, wie eine Schilderung von Johannes R. Becher auf der selben Parteiversammlung belegt: »Meine Verbindung zu Heinrich [Süßkind] war in dem Sinne freundschaftlich, als ich zwei- oder dreimal von ihm ins Sojusnaja eingeladen wurde, und das vierte Mal, als (ich) hinkam, sagte er, gehen wir dorthin, da ist eine kleine Gesellschaft. Diese kleine Gesellschaft bestand aus Martha Moritz, ihrem Mann, Gen[ossen] Ewert, Heinrich [Süßkind] und Alice Abramowitz [...] Das war ungefähr zwischen 11 und ½ 12. Es war alles ziemlich ange-trunken. [...] Man war schon beim Kaffee angelangt. Es wurde überhaupt nichts gesprochen, nur etwas ist mir in Erinnerung. Jemand fragte Ewert nach der Perspektive der Ereignisse in Deutschland, und Ewert sagte, er lehne es ab, solche leichtsinnigen Prophezeiungen zu machen, und er mache die Perspektivgeschichte nicht mit. Das ist die einzige Äußerung, die ich aus der Zusammenkunft behalten habe. [...] Diese Zusammenkunft habe ich Gen[ossen] Heckert mitgeteilt.«⁴

Zurück ins Jahr 1930: Zum Zeitpunkt seiner offiziellen Kapitulation war Arthur Ewert bereits aus allen Funktionen in der KPD ausgeschieden. Er war allerdings noch immer Mitglied des Deutschen Reichstages, und er nahm nun wieder regelmäßig an der Arbeit der Fraktion der KPD und an der Arbeit der Ausschüsse teil, denen er seit der Konstituierung des Reichstages im Frühsommer 1928 angehörte.

Ende Mai 1930 hielt Arthur Ewert seine dritte und letzte Rede vor dem Plenum des höchsten deutschen Parlaments, wobei zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar war, daß es sich tatsächlich um seine letzte Reichstagsrede handeln würde.

Deutschland erlebte im Frühjahr und Sommer 1930 eine innenpolitische Krise, die – wie sich sehr bald zeigen sollte – der Anfang vom Ende der Weimarer Republik war: Im März 1930 war die Große Koalition des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller-Franken auseinandergebrochen und Reichspräsident von Hindenburg hatte den Zentrumsolitiker Heinrich Brüning mit der Regierungsbildung beauftragt. Dessen Mehrparteienkoalition, der die SPD nicht mehr angehörte, verfügte jedoch über keine parlamentarische Mehrheit.

³ Reinhard Müller (Hrsg.), Die Säuberung. Moskau 1936: Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 233 f.

⁴ Ebenda, S. 132 f. Reinhard Müller stellte dazu fest: »Die Teilnahme an diesem geselligen Abend, der hier schon als »historische Zusammenkunft« gewertet wird, zog 1935 die Bestrafung durch eine »strenge Rüge« der Komintern nach sich. Außer Arthur Ewert wurden alle Teilnehmer des Abends in den folgenden Jahren Opfer des stalinistischen Terrors. Ihre parteiamtlich in der Kaderabteilung fixierten »Abweichungen« und diese »historische Zusammenkunft« verdichtete das NKWD zu tödlichen Vorwürfen.« (Ebenda.)

Am 16. Juli 1930 lehnte der Reichstag die von der Regierung Brüning eingebrachten Gesetzesvorhaben zur Deckung des Haushaltsdefizits im Reichshaushaltsplan für das Jahr 1930 ab. Noch am selben Tag erließ Reichspräsident von Hindenburg die »Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen«, durch die die gerade erst abgelehnten Haushaltsgesetze unter Umgehung des Parlaments doch noch in Kraft gesetzt wurden. Allerdings machte das Parlament umgehend von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch, diese Notverordnung aufzuheben. Von Hindenburg löste daraufhin – auf Wunsch von Reichskanzler Brüning – den Reichstag auf und setzte für den 14. September 1930 Neuwahlen an.

Diese dramatische Entwicklung war noch nicht abzusehen gewesen, als Arthur Ewert am 27. Mai 1930 im Namen der Fraktion der KPD in der Reichstagsdebatte über den Haushaltsplan des Reichswirtschaftsministeriums sprach, einem wesentlichen Bestandteil des Reichshaushaltsplanes. Traditionell nutzten die Fraktionen des Deutschen Reichstages diese Debatte, um ihre eigenen grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Positionen darzustellen und sich mit den entsprechenden Positionen der übrigen Parteien auseinanderzusetzen.

So berichtete die »Rote Fahne« am folgenden Tag unter der Überschrift »Es gibt keine Rettung für das kapitalistische System« über die Reichstagsdebatte: »Am Dienstag wurde im Reichstag der Wirtschaftsetat beraten. Wie in jedem Jahr, so benutzten auch diesmal die Parteien die Gelegenheit, um allgemeine Ausführungen über den Stand der kapitalistischen Wirtschaft wie über die Wirtschaftspolitik im allgemeinen zu machen. Daher zeigte sich in der Debatte die abgrundtiefe Verschiedenheit der Gesellschaftsauffassungen zwischen den Kommunisten einerseits und den Sozialdemokraten und Bürgerlichen andererseits.«⁵

Von ihrem politischen Gewicht her war diese dritte und letzte Rede von Arthur Ewert vor dem Deutschen Reichstag daher durchaus mit seiner bereits geschilderten Entgegnung auf die Regierungserklärung von Reichskanzler Hermann Müller-Franken im Juli 1928 vergleichbar.⁶ Doch war und ist diese Rede auch deshalb bemerkenswert, weil Arthur Ewert nach seiner politischen Kapitulation im Februar 1930 zwar die offizielle Sichtweise der Komintern und damit der KPD auf wichtige politische, ökonomische und soziale Entwicklungen übernommen hatte, er aber dennoch im Rahmen der nun sehr begrenzten Möglichkeiten weiterhin bemüht war, in seine öffentlichen Äußerungen eigene Gedanken und Überlegungen einfließen zu lassen. Seine grundsätzlichen Schlußfolgerungen unterschieden sich allerdings nicht von den offiziellen Positionen seiner Partei – er sah nicht das bedrohliche Anwachsen der faschistischen Bewegung in Deutschland, sondern eine kommende »revolutionäre Welle«, die das Ende der kapitalistischen Ordnung bedeuten würde. Und auch die Tatsache, daß die SPD inzwischen aus der Reichsregierung ausgeschieden war und sich wieder in der Opposition befand, fand bei den Überlegungen Arthur Ewerts keine Berücksichtigung. Die Sozialdemokratie wurde weiterhin als der Hauptfeind angesehen, gegen den sich der erste und stärkste Schlag zu richten hatte.

⁵ Die Rote Fahne, Berlin, 28. Mai 1930.

⁶ Neben der erwähnten Entgegnung auf die Regierungserklärung von Reichskanzler Hermann Müller-Franken am 4. Juli 1928 hatte Arthur Ewert am 14. März 1930 zu einer geplanten Änderung der Gewerbeordnung gesprochen.

Zunächst gab Arthur Ewert in seiner Rede vor dem Deutschen Reichstag eine Beschreibung der politischen und ökonomischen Lage in Deutschland und der Welt: »Allgemein«, so erklärte er, »wurde festgestellt, daß wir uns in einer Krise befinden, in einer Krise, an der nicht einmal ein Blinder vorübergehen kann. Die Herrschaften, die hier versucht haben, die Ursache der Krise festzustellen [...], sind einfach von dem Standpunkt ausgegangen: Erstens ist es eine Weltwirtschaftskrise, und zweitens muß Deutschland soviel an Reparationsleistungen zahlen, und das ist im Grunde die Ursache der Krise, wozu dann Herr Dessauer⁷ noch die mangelnde Kaufkraft, die mangelnde Konsumtionsfähigkeit hinzufügte, womit er einer Ursache schon näher kam. [...] Wir haben in Deutschland die tiefste Krise seit 1923 zu verzeichnen. Die Krisen werden zwar [...] von Zeit zu Zeit durch kurze, ganz vorübergehende sogenannte Aufstiege abgelöst. Aber die Aufstiege werden kürzer und kürzer, die Krisen tiefer und länger. Die Arbeitslosigkeit von Millionen von Menschen wird zur Dauererscheinung. Damit steigt das Elend der Massen. [...]

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung stehen die Angriffe auf die Sozialpolitik und damit die Lebenshaltung der Massen. Wir können heute feststellen, daß die ungeheuren Produktionskräfte, die man entwickelt hat, nunmehr systematisch abgedroselt werden, insbesondere da, wo die Kartelle, also das monopolisierte Trustkapital, die Vormachtstellung besitzt. [...] Angesichts dieser Erscheinungen sprach der »größte Theoretiker« der Sozialdemokratischen Partei, Herr Hilferding, auf dem Kieler Parteitag davon, in der kapitalistischen Wirtschaft setze sich eine neue Organisationsform durch, und das, was sich heute in Kartelle und Trusts zusammenschließe, sei schon nicht mehr kapitalistische Wirtschaft, wenn man es auch noch nicht ganz sozialistische Wirtschaft nennen könnte.« Diese »Hilferdingsche Theorie«, so Arthur Ewert weiter, werde jedoch durch die tatsächliche Entwicklung in noch stärkerem Maße als früher ad absurdum geführt.

Dann erklärte Arthur Ewert: »Die gesamte kapitalistische Wirtschaft ist heute in einem solchen Zustand angelangt, daß die Bourgeoisie aus Furcht vor der Revolution in steigendem Maße dazu übergeht, alle Kräfte gegen das Proletariat auch politisch zu mobilisieren.« In diesem Zusammenhang verwies er zu Recht auf die Rolle, die dabei den faschistischen Organisationen, aber auch dem »Stahlhelm«, einem rechtskonservativen Zusammenschluß ehemaliger Frontsoldaten, zugeordnet war. Doch richtete er im gleichen Atemzug seine Angriffe auch gegen die Sozialdemokratie, als deren vorrangige Aufgabe er die Niederhaltung und Niederschlagung der Arbeiterbewegung bezeichnete.

Und dann weiter: »Wir haben in Deutschland eine solche Entwicklungsreihe, daß die Aussichtslosigkeit des kapitalistischen Systems neuen Millionen von Arbeitern zum Bewußtsein kommen wird. Ich führte schon aus, daß mit den Methoden, wie die Arbeiterschaft früher um die Verbesserung ihrer Lebenslage auf der Grundlage eines sich noch aufwärts entwickelnden Kapitalismus kämpfte, heute nichts mehr anzufangen ist. Wir müssen zu neuen, zu revolutionären Methoden kommen. Wir müssen dem kartellisierten und monopolisierten Trustkapital die geschlossene Front der sich zu großen Aktionen entwickelnden Kampfkraft der Arbeiterklasse entgegenstellen. [...]

⁷ Abgeordneter der Zentrumsparlei.

Wir müssen diesem System durch die Kraft der Arbeiterklasse den Todesstoß versetzen und damit erst die Grundlagen für die Entwicklung des Sozialismus schaffen.

Wenn wir von diesem Gesichtspunkt ausgehen, so werden wir die Politik, die die sozialdemokratische Partei treibt, besonders scharf bekämpfen. Denn diese Politik ist darauf gerichtet, die Einheitsfront der kämpfenden Arbeiterschaft zu verhindern und die Lebensdauer des Kapitalismus zu verlängern. [...]

Wir sehen die große Weltwirtschaftskrise, in der sich der Kapitalismus gegenwärtig windet, nicht als eine vorübergehende Erscheinung an; denn sie wird – alle Faktoren wirken in diese Richtung – die Bedingungen für die Revolution mehr und mehr, scharfer und scharfer entwickeln.«⁸

In der Führung der Komintern und in der Führung der KPD hatte man ganz offensichtlich nicht mit einer vorzeitigen Auflösung des Deutschen Reichstages gerechnet. In Moskau und in Berlin war man davon ausgegangen, daß Arthur Ewert bis zum regulären Ablauf der Wahlperiode im Frühsommer 1932 Reichstagsabgeordneter bleiben und regelmäßig an der Arbeit der Fraktion der KPD teilnehmen würde. Deshalb waren auch die ursprünglichen Moskauer Pläne, Arthur Ewert zu einem längeren Auslandsaufenthalt zu entsenden, sei es nach China oder in einen anderen Teil der Welt, zunächst wieder aufgegeben worden.

So ist auch zu erklären, warum Arthur Ewert und seine Frau Elise noch im Sommer 1930 innerhalb von Berlin umzogen: Sie hatten zuvor in Berlin-Schöneberg gewohnt, am 22. Juli 1930 meldeten sie sich polizeilich in Berlin-Lankwitz an, wo sie wenige Tage zuvor in einem neuerbauten Wohnblock im Ingridpfad 12 eine moderne Zweizimmerwohnung bezogen hatten.

Für die vorgezogenen Reichstagswahlen am 14. September 1930 wurde Arthur Ewert, kaum überraschend, nicht mehr als Kandidat aufgestellt. Spätestens jetzt stellte sich für die maßgeblichen Gremien in Moskau und Berlin endgültig die Frage nach seiner weiteren Verwendung.

Doch offensichtlich ging diese Frage im politischen Alltagsgeschäft unter. Denn die Entscheidung, Arthur Ewert nach Südamerika zu entsenden, fiel erst in den letzten Oktobertagen 1930. Und es war eine eher zufällige Entscheidung, denn Arthur Ewert war in den vorangegangenen Jahren zu keinem Zeitpunkt mit lateinamerikanischen Angelegenheiten befaßt gewesen.⁹

⁸ Verhandlungen des Reichstages. IV. Wahlperiode, Band 428, Stenographische Berichte, Berlin 1930, S. 5414 ff.

⁹ Vgl. dazu zum Beispiel: Aux Membres du Bureau du Secrétariat Latino-Américain du C.E. de l'I.C., 13. August 1930, RGASPI (Komintern), Fonds 495. Opis 79, Delo 110, Blatt 103-107. Bei diesem Dokument handelte es sich um einen Vorschlag des Italieners Ruggero Grieco, der zu dieser Zeit unter dem Namen Garlandi Leiter des Lateinamerikanischen Sekretariats war, für die Reorganisation der Moskauer Strukturen, die für die Zusammenarbeit mit den Kommunistischen Parteien in Lateinamerika und der Karibik zuständig waren. Arthur Ewert wurde weder als ehemaliger noch zukünftiger Mitarbeiter erwähnt.

Vom 2. bis 10. Oktober 1930 fand in Moskau die Zweite Konferenz der Kommunistischen Parteien Lateinamerikas statt. Wäre Arthur Ewert zu diesem Zeitpunkt bereits mit lateinamerikanischen Angelegenheiten befaßt gewesen, hätte er mit großer Wahrscheinlichkeit an der Konferenz teilgenommen und er hätte nach dem Beschluß über seine Entsendung nach Südamerika nicht ausdrücklich nach Moskau gerufen werden müssen, um über diesen Beschluß informiert zu werden. (In den überliefer-

Am 18. Oktober 1930 beschäftigte sich die Politische Kommission des Politischen Sekretariats des EKKI mit der »Frage der Zusammensetzung des Südamerikanischen Büros«, wie es im Tagesordnungspunkt 1 hieß. Bei dieser Gelegenheit wurde beschlossen: »Vorläufig soll das Büro in Südamerika aus den Gen[ossen] Guralski, Skalow, Sack und je einem Genossen aus Montevideo und Buenos Aires zusammengesetzt werden.«¹⁰ Von einem Einsatz Arthur Ewerts in Südamerika war zu diesem Zeitpunkt also noch keine Rede.

Doch nur fünf Tage später, am 23. Oktober 1930, korrigierte die Politische Kommission ihre gerade erst getroffene Entscheidung. Nun wurde beschlossen, »den Genossen E[wert] als Mitglied des Südamerikanischen Büros zu bestimmen. Er soll nach Moskau eingeladen werden, um ihn hier zu informieren.«¹¹

Ende Oktober oder Anfang November 1930 traf Arthur Ewert in Moskau ein, um die Entscheidung über seine weitere Verwendung durch die Komintern zur Kenntnis zu nehmen. Anschließend blieben ihm nur etwa drei Wochen, um alle Vorbereitungen für eine Übersiedlung nach Südamerika zu treffen. Dabei war der größere Teil der notwendigen Arbeiten vermutlich von Elise Ewert zu erledigen, die ihrem Mann erst einige Monate später nach Südamerika folgte.

Im Dezember 1930, so ist es einem maschinenschriftlichen Formblatt zu entnehmen, das vermutlich von der Gestapo angelegt wurde und das heute im Bundesarchiv in Berlin aufbewahrt wird, meldete sich Arthur Ewert in Berlin polizeilich nach Moskau ab.¹² Wenige Wochen zuvor war er 40 Jahre alt geworden. Erst im Alter von fast 57 Jahren kehrte er im Juli 1947 – geistig unheilbar krank – in ein vom Krieg völlig zerstörtes und verändertes Deutschland zurück.

ten Protokollen der Konferenz ist eine Teilnahme Arthur Ewerts in keiner Weise erwähnt, vgl. dazu: Документы Латиноамериканской конференции в Москве, Октябрь 1930 г., RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79. Dely 121 do 137.)

¹⁰ Protokoll Nr. 91 der Sitzung der Politischen Kommission des Polit[ischen] Sekretariats des EKKI, 18. Oktober 1930, RGASPI (Komintern), Fonds 495. Opis 4, Delo 61, Blatt 3. Es ließ sich nicht aufklären, wer sich hinter dem Namen Sack verbarg. Auf Grundlage der nachfolgend zitierten Protokolle kann jedoch ausgeschlossen werden, daß es sich um Arthur Ewert handelte.

¹¹ Protokoll Nr. 93 der Sitzung der Politischen Kommission des Polit[ischen] Sekretariats des EKKI am 23. Okt[ober 19]30, RGASPI (Komintern), Fonds 495. Opis 4, Delo 63, Blatt 4.

¹² [Formblatt: Ewert, Arthur], ohne Ort und Datum (etwa 1936), SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/133, Blatt 115. Bei der Verhaftung von Arthur Ewert in Rio de Janeiro befanden sich in seinem Besitz unter anderem ein auf seinen Namen ausgestelltes polizeiliches Führungszeugnis vom 2. Dezember 1930 sowie eine beglaubigte Abschrift seiner Geburtsurkunde vom 4. April 1931. Zu welchem Zweck diese Dokumente beschafft wurden, ließ sich nicht feststellen.

Kapitel 16: Jan Valtin – ein Exkurs

Im Jahre 1941 erschien in den USA das Buch »Out of the Night«¹, die deutsche Übersetzung folgte im Jahre 1957 unter dem Titel »Tagebuch der Hölle«². Der Verfasser nannte sich Jan Valtin und behauptete, eine in allen Details authentische Autobiographie über sein früheres Leben als allmächtiger »Instrukteur« der Kommunistischen Internationale geschrieben zu haben.

Tatsächlich war der angebliche Jan Valtin eine weitgehend freie Erfindung des vormaligen deutschen Kommunisten Richard Krebs, der auf Grund seiner beruflichen Tätigkeit als Seemann in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren in der OMS, der Abteilung für Internationale Verbindungen der Komintern, gelegentlich eine untergeordnete Rolle als Kurier gespielt hatte.³ In seinem Buch überhöhte Richard Krebs die Person Jan Valtins maßlos und schrieb sich selbst damit eine Rolle im Apparat der Komintern zu, die er in Wirklichkeit nicht einmal ansatzweise gespielt hatte. Auch die Geschehnisse, von denen Richard Krebs seine Figur Jan Valtin berichten ließ, hatten sich in der Mehrzahl der Fälle in der geschilderten Art und Weise nicht ereignet, sondern standen symbolhaft für zumeist wesentlich komplexere geschichtliche Episoden und Entwicklungen. Für Richard Krebs ging es nach der Abkehr von seinen früheren kommunistischen Positionen letztlich nur darum, eigene Frustrationen zu artikulieren und dabei seinen neuen Herren im antikommunistischen Lager Loyalität zu beweisen.⁴

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Darstellung von Herbert Wehner, die sich in seinen ursprünglich nicht zur Veröffentlichung bestimmten, unter dem Titel »Zeugnis« dann aber doch publizierten autobiographischen Notizen über die Ereignisse der Jahre 1929 bis 1942 findet. In seinem Bericht über den Prozeß vor einem schwedischen Gericht, das ihn 1942 wegen angeblicher Spionage zu einem Jahr Gefängnis verurteilte, hatte Wehner geschrieben: »Um eine möglichst hohe Strafe zu erzielen, stellte es der Staatsanwalt [...] als möglich hin, ich sei vielleicht der Nachfolger eines gewissen [Ernst] Wollweber, dessen Tätigkeit im Buch eines gewissen Jan Valtin behandelt worden sei. Nachdem ich schon vorher völlig absurde Versuche der Polizei, mich in Beziehungen zu irgendwelchen Personen zu setzen, um mich dadurch vor Gericht zu belasten, zurückgewiesen hatte, habe ich in diesem speziellen Fall darauf aufmerksam gemacht, daß der betreffende Jan Valtin, auf dessen Buch »Out of the Night« der Staatsanwalt anspielte, in Wirklichkeit Krebs heißt und als Gestapoagent überführt ist. Seine Behauptungen, mit denen ich nicht das geringste zu schaffen habe, sind teilweise öffentlich als Phantasien oder Entstellungen disqualifiziert worden. So habe ich in Schweizer Zeitungen gelesen, daß Behauptungen, die er über Vorgänge in der Schweiz aufgestellt hat, sich bei Nachprüfung als unwahr herausgestellt haben.

¹ Jan Valtin, *Out of the Night*, New York 1941

² Jan Valtin, *Tagebuch der Hölle*, Köln 1957.

³ Russisch: Otdel Meshdunarodnych Swjasei (Отдел международных связей) - OMS. Als technischer Dienst war die OMS zuständig für die (geheime) Nachrichtenübermittlung, Geldtransfers, Beschaffung von Pässen und Visa u.ä.

⁴ Vgl. dazu: Ernst von Waldenfels, *Der Spion, der aus Deutschland. Das geheime Leben des Seemanns Richard Krebs*, Berlin 2002. Erstaunlicherweise wird Arthur Ewert in diesem Buch nicht erwähnt.

Meines Wissens gibt es solche Feststellungen auch in schwedischen Publikationen. [...] Obwohl weder Valtins Buch selbst noch die Untersuchung gegen mich irgendwelche Beziehungen ergeben haben, die dazu berechtigen könnten, Wollweber und mich gemeinsam zu nennen, tut das der Staatsanwalt. Ihm waren auch die Lügen eines notorischen Gestapomannes nicht schmutzig genug, um sie nicht doch auf mich zu werfen.«⁵

In einer Biographie des von Herbert Wehner erwähnten Ernst Wollweber⁶, der in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren hochrangiger Funktionär der KPD gewesen war und sich ab 1936 mit dem Aufbau eines vor allem in Skandinavien operierenden Apparates zur Sabotage der faschistischen deutschen Marine befaßt hatte, heißt es über Richard Krebs: »Zweieinhalb Jahre [... nach seiner Verhaftung im Dezember 1933 in Hamburg] brachte ihn die Gestapo soweit, daß er in ihre Dienste trat, nicht zuletzt weil seine Frau als Geisel genommen wurde. Krebs meldete sich 1937 bei der Komintern als geflüchteter Agent zurück; nachdem ihm jedoch von allen Seiten massives Mißtrauen entgegenschlug, setzte er sich in die USA ab. Dort veröffentlichte er unter dem Pseudonym Jan Valtin das Buch ›Out of the Night‹. [...] Allerdings enthalten Krebs-Valtins Erinnerungen, die eine Millionenaufgabe in den USA erreichten, nicht selten effektvolle Übertreibungen; gelegentlich erlag der Autor seiner blühenden Phantasie. Sein [...] Antikommunismus überwuchert einiges, was ansonsten realistischen Hintergrund besitzt.«⁷

Gegenüber dem Buch des fiktiven Jan Valtin ist also größte Skepsis angebracht. Trotzdem soll hier ein längerer Auszug wiedergegeben werden, denn der nun folgende Bericht wird in der einschlägigen Literatur immer wieder zitiert und vor allem unter dem Aspekt des »Verrats« als »authentischer Beweis« gegen die Komintern und ihre maßgeblichen Repräsentanten aufgeboten.⁸ Allerdings ist auch festzuhalten, daß

⁵ Herbert Wehner, Zeugnis, Köln 1982, S. 270.

⁶ Ernst Wollweber war von 1953 bis Ende 1957 Minister für Staatssicherheit der DDR. Wegen angeblicher »Verstöße gegen das Parteistatut« und »Fraktionstätigkeit« wurde er Anfang 1958 aus dem ZK der SED ausgeschlossen und mußte alle politischen Funktionen abgeben. Er starb 1967.

⁷ Jan von Flocken und Michael F. Scholz, Ernst Wollweber. Saboteur - Minister – Unperson, Berlin 1994, S. 57.

⁸ Vgl. dazu zum Beispiel: David P. Hornstein, Arthur Ewert. A Life for the Comintern, New York and London 1993, S. 126 f., aber auch: Günther Nollau, Die Internationale. Wurzeln und Erscheinungsformen des proletarischen Internationalismus, Köln 1959, S. 182. Selbst Ulrich Eumann (Kameraden vom roten Tuch. Die Weimarer KPD aus der Perspektive ehemaliger Mitglieder, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit 16 (2001), S. 97-164) führt »Jan Valtin« mehrfach als glaubwürdigen Zeugen an.

Eine lesenswerte Darstellung zum Thema »Verrat in der Arbeiterbewegung« findet sich in einer von Simone Barck und Ulla Plener 2009 herausgegebenen Textsammlung. Vgl. dazu: Simone Barck/Ulla Plener (Hrsg.): Verrat. Die Arbeiterbewegung zwischen Trauma und Trauer, Berlin 2009.

Auf der anderen Seite wies Michael F. Scholz darauf hin, daß das Buch »aber so unbekannt geblieben [ist], daß eine spanische Ausgabe von 1952 in einem SED-Bezirksorgan gar eine ›Würdigung‹ erlebte.« (Vgl. dazu: Michael F. Scholz, Skandinavische Erfahrungen erwünscht? Nachexil und Remigration. Die ehemaligen KPD-Emigranten in Skandinavien und ihr weiteres Schicksal in der SBZ/DDR, Stuttgart 1999, S. 283 (Fußnote 130). Scholz bezog sich auf den Artikel »Wir lassen uns durch nichts aufhalten« in der Rostocker Ostsee-Zeitung vom 26./27. November 1988, in dem der Autor Werner Pade darüber berichtete, daß die Unterstützer der Rebellen um Fidel Castro im November 1956 in Santiago de Cuba durch einen Bericht über den »Hamburger Aufstand« im Oktober 1923 motiviert

die Worte, die Arthur Ewert in diesem Bericht von Richard Krebs in den Mund gelegt wurden, sehr wahrscheinlich den Auffassungen entsprachen, die er im kleinen Kreis – gegenüber engen Freunden und Vertrauten – vertrat.

Bei einem Zwischenaufenthalt in Paris, auf dem Rückweg nach Deutschland, so die Schilderung des fiktiven Jan Valtin, habe es ein kurzes Treffen mit Arthur Ewert gegeben. Von dem Kontaktmann, der die Begegnung auf Wunsch von Arthur Ewert arrangiert habe, sei er – so kann man es im »Tagebuch der Hölle« lesen – mit diesen Worten vorbereitet worden: »Ich denke, daß du weißt, daß die Stellung des Genossen Ewert in der Komintern nicht sehr fest ist. Er ist ein befähigter Bolschewist, aber leider hat er zu sehr seinen eigenen Kopf.« Und dann der eigentliche Bericht des fiktiven Jan Valtin: »Der Ewert, den ich nun traf, war sehr liebenswürdig und sehr menschlich, beinahe sanft, was eine seltsame Sache bei einem Kämpfer mit seiner Erfahrung und Geschicklichkeit war. Er sprach von seiner Vergangenheit. [...] Eine von Thälmann in Berlin gesponnene Intrige hatte ihn im Jahre 1929 nach Moskau [...] gebracht.⁹ In solchen Fällen war es schwierig, festzustellen, wo die politischen Motive endeten und wo die persönlichen Motive anfangen. Die beiden Führer klärten dann ihre Differenzen in Moskau in Gegenwart von Molotow und Manuilski.¹⁰ Arthur Ewert war der Verlierer.

Aber Ewert war davon überzeugt, daß er recht habe. Er begünstigte eine Allianz mit den deutschen Sozialdemokraten und eine Einheitsfront gegen die schnell emporkommende nationalsozialistische Partei Hitlers. Auf der anderen Seite vertrat Thälmann, von Moskau unterstützt, den Standpunkt, daß die Sozialisten, als die Rivalen im Lager des Proletariats, die Hauptfeinde der kommunistischen Bewegung seien. »Der Hauptfeind ist die Sozialdemokratie! [... Man] verlangte, daß Ewert selbstkritisch seinen Bankrott eingestehen solle und daß sein Widerruf im Inprekorr, dem meistgelesenen ausländischen Blatt der Komintern, veröffentlicht werden solle. Ewert war ein richtiger Kommunist. Ein richtiger Kommunist kann sich kein Leben außerhalb der Partei vorstellen. Er erniedrigte sich. Seine Selbstkritik wurde am 23. Februar 1930 veröffentlicht. Als Ewert sprach, betonte er jeden Satz mit einem beinahe apologetischen Lächeln.

»Weshalb erzählst du mir das alles?« fragte ich. [...] »Weil du jetzt nach Deutschland zurückkehrst, mein Junge«, antwortete er. »Du bist jung. Dein Name hat schon einen guten Klang in der Bewegung. Und letzten Endes wird die Jugend die großen Fragen entscheiden. Die jungen Genossen in Deutschland sollten wissen, daß nicht die Sozi-

worden seien. Pade stellte die Frage nach der Herkunft der Kenntnisse über den »Hamburger Aufstand« und benannte schließlich - mit Hinweis auf die Ergebnisse eines Kolloquiums an der kubanischen Universidad de Oriente im Frühjahr 1988 - Jan Valtin und das in erster (spanischer) Auflage 1952 in Mexiko erschienene Buch »La noche quedó atrás« als Quelle. (Die US-amerikanische und die westdeutsche Ausgabe waren ihm offensichtlich nicht bekannt.) Persönliche Anmerkung: Werner Pade war im Jahr 1985 mein Betreuer bei der Anfertigung meiner Diplomarbeit.

⁹ Damit sind ganz offensichtlich die Ereignisse im Gefolge der Wittorf-Affäre gemeint.

¹⁰ Ein solches Treffen ist nicht dokumentiert und hat aller Wahrscheinlichkeit nach auch nicht stattgefunden. Es ist jedoch möglich, daß sich der Verfasser auf die Sitzungen der Deutschen Kommission der Komintern in Moskau im Oktober 1928 bezog, an denen, wie bereits geschildert, sowohl Ewert als auch Thälmann teilgenommen hatten. Details der Sitzung der Deutschen Kommission dürften Krebs jedoch kaum bekannt gewesen sein.

aldemokratie, sondern der Faschismus der Hauptfeind der Arbeiter ist. Ich sage dir, daß wir dabei sind, einen schrecklichen Fehler zu machen! Traurig fügte er hinzu: »Man schickt mich nach Südamerika. Nichts wird dort entschieden werden. Die entscheidenden Schlachten werden in Deutschland geschlagen. [...] Seit Stalin an der Macht ist, hat die Komintern sich verändert. Gehorsam zählt heute mehr als Initiative, genau wie es in der alten preußischen Armee war. Sieh dich mit kritischen Augen um. Keine kommunistische Partei hat eine richtige nationale Führerschaft. Und warum? Weil Moskau es nicht erlaubt. Das Ergebnis ist, daß ein holzköpfiger Zelot wie Ernst Thälmann die stärkste kommunistische Partei außerhalb Rußlands leitet. Ein Feldwebel, der eine Partei leitet, von der das Schicksal der Weltrevolution abhängt! [...] Stalin beseitigte die Demokratie und hielt sich an den Zentralismus. Führer werden ernannt, nicht gewählt. [...] Ich möchte nicht melodramatisch sein. Aber eine Allianz zwischen uns und den Sozialdemokraten vermöchte den Kurs der Geschichte für viele Jahre festzulegen. Es müßte eine ehrliche Allianz sein.«

»Wir können keine Allianz mit Verrätern machen«, sagte ich. »Indem man das sagt, treibt man die stärksten Gewerkschaften, die es in der Welt gibt, in das bürgerliche Lager. Wir machen da einen Fehler, der uns allen das Leben kosten kann. Ich möchte dich nicht einschüchtern oder zwingen, meine Meinung anzunehmen. Aber ich möchte, daß du darüber nachdenkst. Ich möchte, daß du mit den einfachen Genossen der deutschen Partei diese Fragen erörterst. Die ganze Zukunft der revolutionären Bewegung hängt davon ab, was in diesem und im nächsten Jahr in Deutschland geschieht.« Unmittelbar nach diesem Gespräch, so die abschließende Schilderung des fiktiven Jan Valtin, mußte er einen ausführlichen Bericht schreiben, denn »es war meine Pflicht als Kommunist, Arthur Ewert [...] zu verraten.«¹¹

Richard Krebs benannte – wenig überraschend – kein genaues Datum für dieses aller Wahrscheinlichkeit nach frei erfundene Gespräch zwischen Arthur Ewert und dem fiktiven Jan Valtin, also Richard Krebs. Nimmt man jedoch an, daß es dieses Gespräch tatsächlich gegeben hat, dann läßt sich aus dem Kontext des Buches und den dort genannten Daten der Zeitpunkt dieses Gespräches auf etwa zwei bis drei Wochen genau eingrenzen: Anfang Dezember 1929 waren der fiktive Jan Valtin und der reale Richard Krebs nach knapp dreijähriger Haft aus dem kalifornischen Gefängnis San Quentin entlassen und nach Frankreich abgeschoben worden, wo sie Anfang Januar 1930 eintrafen und umgehend interniert wurden. Nach der Flucht aus dem Internierungslager in Le Havre begab sich der fiktive Jan Valtin zu einer angeblichen Anlaufstelle der Komintern in Paris. (Der reale Richard Krebs allerdings reiste nach Bremen weiter, wo er durch den Einfluß seiner Familie bereits Anfang März 1930 eine mehrjährige Ausbildung an einer Seefahrtsschule beginnen konnte.¹²)

Der fiktive Jan Valtin, der nach der Darstellung von Richard Krebs in Paris einige Tage auf Instruktionen für seine Weiterreise nach Deutschland warten mußte, wurde gebeten, bei der Übersetzung von Dokumenten der Komintern ins Englische zu helfen. »Eines von diesen Dokumenten«, so kann man im »Tagebuch der Hölle« lesen,

¹¹ Jan Valtin, a.a.O., S. 158 ff.

¹² Vgl. dazu: Ernst von Waldenfels, a.a.O., S. 82 f.

»war ein Manifest des westlichen Sekretariats der Komintern, das zur Organisierung von Hungermärschen in jedem Land am 1. Februar 1930 aufforderte.«¹³

Damit ist klar, daß das Gespräch zwischen Arthur Ewert und dem fiktiven Jan Valtin, immer unter der Annahme, daß es diese Begegnung überhaupt gegeben hat, zwischen Mitte und Ende Januar 1930 stattgefunden haben muß, auf jeden Fall aber vor dem 1. Februar 1930. Denn es hätte keinen Sinn gemacht, den fiktiven Jan Valtin mit der Übersetzung von Dokumenten zur Vorbereitung eines Hungermarsches zu beauftragen, der bereits stattgefunden hat.

In offensichtlichem Widerspruch zu dem so ermittelten Zeitpunkt des Gespräches steht allerdings die Tatsache, daß Arthur Ewert bei dieser Gelegenheit über seine politische Kapitulation gegenüber der Führung der KPD und über die Veröffentlichung der entsprechenden Erklärung in der »Internationalen Pressekorrespondenz« am 23. Februar 1923, also ein Ereignis, das zu diesem Zeitpunkt noch in der Zukunft lag, gesprochen haben soll. Doch scheint sich weder der US-amerikanische Verlag im Jahre 1941 noch der westdeutsche Verlag im Jahre 1957 an dieser, vorsichtig ausgedrückt, »Diskontinuität der Ereignisse« gestört zu haben.

Auch die Gründe, die Richard Krebs für den Aufenthalt von Arthur Ewert in Paris nannte, bestärken die Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Gesamtdarstellung. Denn der fiktive Jan Valtin berichtete über sein erstes Zusammentreffen mit Arthur Ewert in dem angeblichen Pariser Büro der Komintern: »Die beiden dunkelhaarigen Individuen, die ich bei meinem ersten Besuch [... dort] traf, entpuppten sich als kommunistische Häuptlinge aus Südamerika. Der eine hieß Urso und kam aus Paraguay, der andere, Pérez, war das Haupt der uruguayischen Kommunistischen Partei. Beide waren aus Moskau gekommen und hatten in Paris Station gemacht, um die Ankunft eines wichtigen Genossen aus Berlin, eines gewissen Harry Berger, abzuwarten, um mit ihm über die Einzelheiten einer bestimmten Kampagne in den lateinamerikanischen Ländern zu verhandeln. Beinahe wäre ich in schallendes Gelächter ausgebrochen, als ich den mächtigen Kopf und die breiten Schultern von »Harry Berger« im Zimmer erscheinen sah. Ich erkannte ihn sofort. Es war Arthur Ewert, mein politischer Instruktor an der Kommunistischen Universität in Leningrad. Ich gab nicht zu erkennen, daß ich ihn kannte. Auch er schien mich nicht zu kennen. Für die Südamerikaner war er »camarado [sic!] Berger«. Nach einigen freundlichen Präliminarien schlug er in gebrochenem Spanisch wie mit einem Vorschlaghammer auf sie ein und rügte sie, ich vermutete wegen »syndikalistischer Tendenzen« und »opportunistischer Abweichungen«. Andere Besucher unterbrachen die Unterhaltung, und die drei gingen weg, um die Konferenz in den Jardins des Tuileries fortzusetzen.«¹⁴

Hier mögen einige Stichworte genügen, um die Haltlosigkeit des Berichtes von Richard Krebs zu belegen: Wie eben geschildert, fiel die Entscheidung, Arthur Ewert mit lateinamerikanischen Angelegenheiten zu befassen, erst rund zehn Monate nach den hier behaupteten Ereignissen. Den Namen Berger, noch ohne den Vornamen Harry, benutzte Arthur Ewert erstmals im Januar 1931 in seinen Briefen aus Montevideo an das Lateinamerikanische Sekretariat der Komintern in Moskau. Einen US-

¹³ Jan Valtin, a.a.O., S. 156. Es gab niemals ein »westliches Sekretariat der Komintern«, sondern höchstens ein »Westeuropäisches Büro«, das seinen Sitz allerdings nicht in Paris, sondern in Berlin hatte.

¹⁴ Ebenda, S. 155 f.

amerikanischen Paß auf den Namen Harry Berger erhielt Arthur Ewert sogar erst im Sommer 1932, so daß er erst von diesem Zeitpunkt an unter dem Decknamen Harry Berger agierte. Und schließlich gibt es, außer dem Bericht des fiktiven Jan Valtin, keinen Hinweis darauf, daß Arthur Ewert tatsächlich als Lehrer an der »Kommunistischen Universität in Leningrad«, richtig: der Leningrader Außenstelle der Moskauer Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten des Westens »Julian Marchlewski«, tätig gewesen sein könnte. In der Darstellung von Richard Krebs war Jan Valtin Kursant des Studienjahres 1925/1926.¹⁵ Doch in dieser Zeit war Arthur Ewert als einer der wichtigsten Spitzenfunktionäre der KPD nahezu durchgängig in Berlin tätig.¹⁶

Der angebliche Aufenthalt von Arthur Ewert in Paris wurde auch von dem bereits erwähnten brasilianischen Journalisten William Waack in seinem Buch »Camaradas« aufgegriffen. Allerdings verlegte Waack diesen Aufenthalt, ebenfalls unter Verweis auf den fiktiven Jan Valtin und dessen »Tagebuch der Hölle«, in den Herbst 1930. Damit kam er, wohl eher zufällig, dem tatsächlichen Ablauf der Ereignisse schon näher. Denn nach der Darstellung von Waack befand sich Arthur Ewert auf dem Weg nach Südamerika, obwohl der von Valtin geschilderte Kontext eine solche Schlußfolgerung auf keinen Fall zuläßt. Bei Waack kann man also lesen: »Ein interessantes Zeitzeugnis zur Person Ewerts während seiner zweiten internationalen Mission stammt von Jan Valtin [...], der in Paris auf den Deutschen traf, bevor dieser im Oktober 1930 [...] nach Südamerika aufbrechen sollte.«¹⁷

Auch Waack zitierte die »außerordentlich heftige und starke Kritik« Arthur Ewerts an Stalin, die, so Waack weiter, in jeder Beziehung »angemessen« war.¹⁸ Aus naheliegenden Gründen war für Waack jedoch besonders diese Aussage von Arthur Ewert gegenüber dem fiktiven Jan Valtin wichtig: »Traurig fügte er [d.i. Arthur Ewert] hinzu: »Man schickt mich nach Südamerika. Nichts wird dort entschieden werden. Die entscheidenden Schlachten werden in Deutschland geschlagen.«¹⁹

¹⁵ Ebenda, S. 113.

¹⁶ Es hätte selbstverständlich die Möglichkeit bestanden, daß Arthur Ewert im Februar oder März 1926, im zeitlichen Umfeld seiner Teilnahme an der Sechsten Erweiterten Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in Moskau, während eines »Abstechers« nach Leningrad, dort einen Vortrag gehalten hat. Ein solcher »Abstecher« ist allerdings nicht dokumentiert. Und ein einzelner Vortrag hätte die Beschreibung Arthur Ewerts als »Instruktor«, also »Lehrer«, wie im »Tagebuch der Hölle« geschehen, nicht gerechtfertigt.

¹⁷ William Waack, *Camaradas. Nos arquivos de Moscou. A história secreta da revolução brasileira de 1935*, São Paulo 1993, S. 87. (Übersetzung nach der deutschen Ausgabe: William Waack, *Die vergessene Revolution. Olga Benario und die deutsche Revolte in Rio*, Berlin 1994, S. 69.) Allerdings ist Arthur Ewert erst im Dezember 1930 nach Südamerika abgereist. Warum Waack von der »zweiten internationalen Mission« Arthur Ewerts sprach, ist völlig unklar.

¹⁸ William Waack, *Camaradas*, a.a.O., S. 87. (Die deutsche Ausgabe ist an dieser Stelle im Vergleich zur portugiesischen Originalfassung stark gekürzt und gibt diese Aussage nicht wieder.)

¹⁹ Jan Valtin, a.a.O., S. 158.

Kapitel 17: Für die Komintern in Südamerika

In Buenos Aires, der Hauptstadt Argentiniens, arbeitete seit 1925 das sogenannte Südamerikanische Sekretariat der Komintern, das in späteren Jahren auch als Südamerikanisches Büro bezeichnet wurde. Es war im Ergebnis des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale eingerichtet worden, der vom 17. Juni bis 8. Juli 1924 in Moskau tagte.¹ Das Sekretariat hatte die Aufgabe, den Aufbau und die Entwicklung Kommunistischer Parteien im südlichen Teil Lateinamerikas zu unterstützen. Eine wichtige Rolle spielte dabei die »Correspondencia Sudamericana«, eine vom Sekretariat herausgegebene Zweiwochenzeitschrift, die kein einfaches Mitteilungsblatt war, sondern vor allem als Plattform für länderübergreifende Debatten diente.

Geleitet wurde das Sekretariat zunächst von dem Argentinier José Fernando Penelón. Nach dessen Parteiausschluß wegen angeblicher Rechtsabweichungen war es ab Mitte 1928 sein Landsmann Victorio Codovilla, der die Verantwortung für das Südamerikanische Sekretariat übernahm. Codovilla hatte zuvor in Moskau gearbeitet und war dort mit lateinamerikanischen Angelegenheiten befaßt gewesen.²

Der unbestrittene Höhepunkt in der Arbeit des Südamerikanischen Sekretariats war die Erste Konferenz Kommunistischer Parteien Lateinamerikas, die vom 1. bis 12. Juni 1929 in Buenos Aires stattfand. An dieser hochkarätigen Zusammenkunft nahmen insgesamt 38 Delegierte aus 14 lateinamerikanischen Ländern sowie Abgesandte der Kommunistischen Parteien der USA und Frankreichs teil. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, die Rote Gewerkschaftsinternationale und die Kommunistische Jugendinternationale hatten ebenfalls Vertreter entsandt.³

¹ Das zeigt auch, daß die auf eine angebliche Aussage von Solomon Losowski zurückgehende und seither immer wieder kolportierte These, die Komintern habe Lateinamerika erst 1928 »entdeckt«, sachlich nicht haltbar ist. In seinem Schlußwort auf einer Beratung mit lateinamerikanischen Gewerkschaftsfunktionären im April 1928 am Rande des IV. Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau hatte Losowski lediglich von seiner (!) »zweiten Entdeckung« Lateinamerikas gesprochen. Vgl. dazu: Jürgen Mothes, Lateinamerika: Komintern-Politik gegenüber einer Großregion, in: Jürgen Mothes, Lateinamerika und der »Generalstab der Weltrevolution«. Zur Lateinamerika-Politik der Komintern, herausgegeben von Klaus Meschkat und Olaf Kirchner, Berlin 2010, S. 111-193, hier: S. 143.

² Vgl. dazu: Jürgen Mothes, Zur Geschichte des Secretariado Sudamericano de la Internacional Comunista - Ein Beitrag zu einem noch wenig bekannten Führungsorgan der kommunistischen Bewegung, in: Lateinamerika. Semesterbericht der Sektion Lateinamerikawissenschaften der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Frühjahrssemester 1982, S. 35-71, und: Hernán Camarero, El »tercer período« de la Comintern en versión criolla. Avatares de una orientación combativa y sectaria del Partido Comunista hacia el movimiento obrero argentino, in: A Contracorriente. Una revista de historia social y literatura de América Latina, Vol. 8, No. 3, Spring 2011, S. 203-232.

³ Im zeitlichen und politischen Umfeld dieser Konferenz fand vom 18. bis 26. Mai 1929 in Montevideo die Gründung des Gewerkschaftsdachverbandes Confederación Sindical Latinoamericana (CSLA, Lateinamerikanische Gewerkschaftskonföderation) statt. Die Initiative dazu war bereits Anfang 1928 von der Profintern ausgegangen. Am Rande des VI. Weltkongresses der Komintern im Sommer 1928 in Moskau war dann ein Komitee gebildet worden, das in den folgenden Monaten die Vorbereitung der eigentlichen Gründungskonferenz leitete. Die CSLA existierte bis 1936. Zwei Jahre später entstand - faktisch als Nachfolgeorganisation - die Confederación de los Trabajadores de América Latina (CTAL, Konföderation der Werktätigen Lateinamerikas). Eine umfassende Geschichte der CSLA und der CTAL steht noch aus.

Die Delegation des EKKI wurde von dem Schweizer Jules Humbert-Droz geleitet. Humbert-Droz, der ursprünglich Pfarrer gewesen war und seit 1919 verschiedene führende Funktionen in der Komintern ausgeübt hatte, war zwar im Dezember 1928 wegen seiner Kritik an der Rolle der Komintern in der Wittorf-Affäre und den anschließenden Auseinandersetzungen mit den »Versöhnlern« und »Parteirechten« in der KPD bei Stalin in Ungnade gefallen.⁴ Doch er war auch einer der profiliertesten Kenner der Lage und der Entwicklungsbedingungen der kommunistischen Bewegung in Lateinamerika im Moskauer Apparat der Komintern.⁵

Gemeinsam mit Humbert-Droz kam auch »Rústico« nach Buenos Aires – August Kleine, der sich inzwischen wieder Guralski nannte und unter diesem Namen auch im Apparat der Komintern bekannt war.

Die Konferenz von Buenos Aires zog in gewisser Weise eine Bilanz der frühen Phase der Entstehung und Formierung kommunistischer Parteien und Gruppierungen in Lateinamerika und ihrer Beziehungen zur Kommunistischen Internationale in Moskau. Doch in erster Linie ging es darum, den Stand und die allgemeinen und spezifischen Bedingungen der sozialökonomischen Entwicklung in den Ländern Lateinamerikas zu diskutieren und – davon abgeleitet – die Aufgaben der revolutionären Bewegung auf dem Subkontinent zu formulieren.⁶ Zu diesem Zweck war unter der Leitung von Humbert-Droz noch in Moskau ein umfangreiches Thesenpapier ausgearbeitet worden, das im Mai 1929 in einem Sonderheft der »Correspondencia Sudamericana« veröffentlicht wurde. Die in diesem Thesenpapier dargelegten grundsätzlichen Überlegungen spiegelten sich in dem Referat wider, das Humbert-Droz in Buenos Aires hielt und mit dem er die Beratungen zum wichtigsten Tagesordnungspunkt der Konferenz einleitete: »Der antiimperialistische Kampf und die taktischen Probleme der Kommunistischen Parteien Lateinamerikas«.⁷

⁴ Vgl. dazu: Rede des Genossen Stalin in der Sitzung des Präsidiums des EKKI vom 19. Dezember 1928, SAPMO-BArch, Berlin, RY 5/I 6/10/20, Blatt 161-163, in: Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas u.a. (Hg.), Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg, Berlin 2003, Dokumente auf CD, Dokument 112.

⁵ Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Südamerika wurde Humbert-Droz von allen Leitungsaufgaben im Apparat der Komintern entbunden und schließlich im Oktober 1931 zur »Erfüllung von Parteaufgaben« in die Schweiz zurückgeschickt. Obwohl er zwischen 1936 und 1938 mehrmals als Korrespondent zur Berichterstattung über die Moskauer Prozesse in die Sowjetunion reiste, entging er der - eigentlich unvermeidlichen - Verfolgung und konnte stets unbehelligt in die Schweiz zurückkehren. 1943 wurde er aus der KP der Schweiz ausgeschlossen. Jules Humbert-Droz starb 1971. Vgl. dazu: Michael Buckmiller und Klaus Meschkat (Hrsg.) Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, Datenbankeintrag zu Jules Humbert-Droz auf beiliegender CD-ROM.

⁶ Zu Verlauf und Ergebnissen der Konferenz von Buenos Aires vgl. insbesondere: Boris Goldenberg, Kommunismus in Lateinamerika, Stuttgart, Berlin (West), Köln und Mainz 1971, S. 69-77, und: Лазарь Хейфец, Формирование и эволюция связей III Интернационала и латиноамериканского коммунистического движения: 1918-1929 гг. (Диссертация), Москва 2007, S. 712-819.

⁷ Segunda Sesión, Junio 2 de 1929, discurso de Luis (Delegado de la I.C.) [d.i. Jules Humbert-Droz], in: El Movimiento Revolucionario Latino Americano. Versiones de la Primera Conferencia Comunista Latino Americana, Junio 1929, Buenos Aires 1929, S. 38-46. Boris Goldenberg stellte fest, daß das Thesenpapier und das Referat von Humbert-Droz, »trotz der hier wie dort vorhandenen Fehler und Unklarheiten [...], eine intellektuelle Spitzenleistung des Kommunismus in Bezug auf die Probleme des Erdteils« darstellten (Boris Goldenberg, a.a.O., S. 69).

Doch die Erste Konferenz Kommunistischer Parteien Lateinamerikas war nicht nur der Höhepunkt, sie war auch der »Endpunkt einer innovativen Phase in der Entwicklung von Theorie und Politik des Kommunismus in Lateinamerika«⁸: Ihre bemerkenswerten realpolitischen Ansätze wurden bereits wenige Wochen später zur Zielscheibe heftiger Attacken aus den Führungskreisen der Komintern.

Im Nachgang zum VI. Weltkongreß im Sommer 1928 und insbesondere im Ergebnis der Zehnten Tagung des EKKI im Juli 1929 konnten sich Stalin und seine Gefolgsleute mit ihren Positionen auf der ganzen Linie durchsetzen – für alle Sektionen der »Weltpartei«, und damit auch für die Kommunistischen Parteien in Lateinamerika, wurde der »neue« ultralinke Kurs der Komintern zur verbindlichen Orientierung. Für eigenständige, spezifisch lateinamerikanische Ideen, wie sie sich unter anderem mit den Namen von José Carlos Mariátegui (Peru), Luis Emilio Recabarren (Chile) oder Julio Antonio Mella (Kuba) verbanden, war in der offiziellen Politik und Ideologie der lateinamerikanischen Kommunisten nun endgültig kein Platz mehr.⁹

Deutlich wurde das in dem »Offenen Brief«, den das Südamerikanische Sekretariat am 14. September 1929 beschloß und der am 20. September 1929 in der »Correspondencia Sudamericana« veröffentlicht wurde. Schon in der Einleitung hieß es, daß »die Gesamtheit unserer Parteien bis heute die Beschlüsse des VI. Weltkongresses und die dort festgelegte politische Linie noch nicht diskutiert« und verinnerlicht hätte, um dann – ganz im Sinne der Moskauer These von der »dritten Periode« und der davon abgeleiteten Losung vom Kampf »Klasse gegen Klasse« – zu behaupten, daß auch in Lateinamerika eine »Rechtsgefahr« existieren würde und daß sich auch dort die – nach europäischen Maßstäben kaum existente – Sozialdemokratie zum »Sozialfaschismus« und damit zum »Hauptfeind der Revolution« entwickeln würde. In der kommunistischen Bewegung würde eine »gefährliche Strömung der Versöhnler« existieren, die es »ohne Gnade« zu bekämpfen gelte. Nur so sei eine »vollständige Beseitigung der rechtsopportunistischen Gefahren« möglich. Die Kommunistischen Parteien Lateinamerikas müßten ihre Reihen umgehend einer umfassenden »Säuberung« unterziehen, denn die Konferenz von Buenos Aires habe gezeigt, daß sie noch immer in »provinzi-

⁸ Jürgen Mothes, Briefe aus Montevideo - Arthur Ewert und die Wandlung von Luis Carlos Prestes zum Kommunisten, in: Jürgen Mothes, Lateinamerika und der »Generalstab der Weltrevolution«, a.a.O., S. 25-62, hier: S. 42.

⁹ In der Literatur entsteht immer wieder - und nicht nur in Bezug auf Lateinamerika - der Eindruck, als ob sich mit der »Komintern«, hier als Synonym für die Führungsorgane und den Apparat der »Weltpartei« in Moskau, und den »Sektionen«, also den Mitgliedsparteien in den einzelnen Ländern, jeweils personell und politisch abgeschlossene Gruppierungen gegenübergestanden hätten. Tatsache ist jedoch, daß hochrangige Funktionäre aus den Mitgliedsparteien in den Moskauer Gremien mitwirkten, dort zum Teil über großen Einfluß verfügten und in nicht geringem Maße die konkrete »Moskauer« Politik gegenüber den Mitgliedsparteien mitbestimmten. In einer statistischen Analyse des Funktionärkorps der Komintern und der Mitgliedsparteien wurde festgestellt, daß mindestens 54 Prozent der Personen, die zwischen 1919 und 1943 in der Komintern mit lateinamerikanischen Angelegenheiten befaßt waren, selbst Lateinamerikaner waren. (Vgl. dazu: Katya Vladimirov, Citizens of the World. Comintern and front organizations' personnel in Latin America, 1919-1943, in: I^{as} Jornadas Internacionales de Investigación y Debate Político. La crisis y la revolución en el mundo actual. Análisis y perspectivas, Buenos Aires 2008, S. 9.) Es wäre also eine unzulässige Verkürzung, hier ausschließlich eine von »Moskau« ausgehende Fremdbestimmung der Kommunistischen Parteien Lateinamerikas zu unterstellen.

ellem Denken« verhaftet seien und daß sie deshalb nicht in der Lage wären, die internationalen Erfahrungen aufzunehmen und umzusetzen.¹⁰

Im Mai 1930 fand in Buenos Aires ein »Erweitertes Plenum des Südamerikanischen Sekretariats der Kommunistischen Internationale«, so die offizielle Bezeichnung der streng konspirativ durchgeführten Tagung, statt. Auf dieser Tagung sollte es darum gehen, »die Arbeit der Parteien auf der Grundlage der im vorangegangenen Jahr gemachten Erfahrungen zu analysieren und die Linie der künftigen Arbeit festzulegen.«¹¹ Unter der Losung des verstärkten »Kampfes gegen kleinbürgerliche Tendenzen« und mittels einer forcierten »Proletarisierung« der Kommunistischen Parteien in Lateinamerika übernahmen in der Folge linkssektiererische Kräfte die Führung und verdrängten viele engagierte Mitglieder der Gründergeneration aus der kommunistischen Bewegung. Die totale Überschätzung der eigenen Kräfte und der eigenen Wirkungsmöglichkeiten führte sehr schnell zu einer weiteren Marginalisierung der ohnehin weitgehend einflußlosen Kommunistischen Parteien.

In den einschlägigen Dokumenten des Erweiterten Plenums las sich das selbstverständlich anders: »Die Ursache für die festgestellte Schwäche der Sektionen der K[ommunistischen] I[nternationale] in Lateinamerika besteht darin, daß sich die Parteien noch nicht in Parteien einer Klasse, in Parteien des Proletariats verwandelt haben. Sie haben ihre Basis noch nicht in den entscheidenden Teilen des Industrieproletariats. [...] Die Parteien haben noch nicht vollständig mit der kleinbürgerlichen Ideologie und mit den kleinbürgerlichen Ideologen gebrochen, die in ihre Reihen eingedrungen sind. Deshalb hat das Plenum des Südamerikanischen Sekretariats als zentrale Aufgabe für alle Parteien die Proletarisierung ihrer sozialen Zusammensetzung und ihrer führenden Kader [...] formuliert.«¹²

Jetzt stand auch nicht mehr die schrittweise Vorbereitung einer bürgerlich-demokratischen Revolution auf der Tagesordnung, mit der erst die Voraussetzungen für eine Übernahme der politischen Macht durch das Proletariat geschaffen werden sollten. Nun hieß es in völliger Verkennung der gesellschaftlichen Realitäten: »Die nationale und internationale Situation, in der unsere Parteien arbeiten, erfordert, daß alle Aktivitäten unmittelbar auf die Revolution orientiert werden. Jeder Streik, jede Demonstration, jegliche Propaganda muß mit dem Kampf um die Macht der Arbeiter und Bauern verbunden werden. [...] Man darf die [wirtschaftlichen] Kämpfe in den Städten und auf dem Land, deren politischer Charakter immer deutlicher wird, nicht künstlich von dem unmittelbaren Kampf um die Macht trennen.«¹³

¹⁰ Carta abierta a los Partidos Comunistas de la América Latina sobre los peligros de derecha, in: La Correspondencia Sudamericana, Buenos Aires, 2ª Época, 20 de Septiembre de 1929, Número 18, S. 1-3, so auch zitiert in: Jürgen Mothes, »Im Zeichen der Selbstkritik!«. Lateinamerika 1929 bis 1933: Die Kommunisten in der Krise, in: Hermann Weber und Dietrich Staritz (Hrsg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993, S. 217-235, hier: S. 227 f.

¹¹ El Plenum Ampliado del Secretariado Sudamericano de la Internacional Comunista, in: La Correspondencia Sudamericana, Buenos Aires, 2ª Época, 25 de Junio de 1930, Número Extraordinario, S. 1-3, hier: S. 1.

¹² Ebenda, S. 3.

¹³ Las tareas actuales de los P.C. de la América Latina, in: Ebenda, S. 4-15, hier: S. 6 f. In diesem Zusammenhang steht noch immer eine kritische Untersuchung der bisher von der Forschung kaum

Doch ungeachtet des mit großem politischem und organisatorischem Aufwand vorbereiteten und durchgeführten Erweiterten Plenums befand sich das Südamerikanische Sekretariat, das zeigen verschiedene Schreiben, die in dieser Zeit von Buenos Aires nach Moskau übermittelt wurden, in der ersten Jahreshälfte 1930 erneut in einer tiefen Krise.¹⁴ Die Ursachen lagen dabei weniger in politischen Meinungsverschiedenheiten. Denn offensichtlich gab es unter den von Moskau ausgesandten bzw. beauftragten Emissären und ihren örtlichen Mitarbeitern keinen ernsthaften Widerstand gegen den ultralinken Kurswechsel. Das schwerwiegendste Problem war vielmehr der Konflikt zwischen den Vertretern der Komintern und einigen maßgeblichen Spitzenfunktionären der argentinischen Kommunistischen Partei, die die schon traditionell zu nennende Führungsrolle ihrer Partei im südlichen Lateinamerika in Gefahr sahen.¹⁵ Hinzu kamen organisatorische Probleme in der täglichen Arbeit, die in erster Linie dem Fehlen ausreichender finanzieller Mittel, aber auch einer wiederholt reklamierten personellen Unterbesetzung des Sekretariats geschuldet waren.

Abram Guralski, der seit der Konferenz von Buenos Aires im Juni 1929 in Südamerika lebte und arbeitete, schrieb zum Beispiel im August 1930 nach Moskau: »Die Zusammensetzung unseres Büros und die Finanzlage töten jede Initiative. Hier handelt es sich jetzt nicht mehr um Artikel und Briefe, sondern vor allem um ernste praktische Arbeit. Und diese ist absolut nicht gesichert. Wir haben keine Möglichkeit zu reisen, Leute zu sehen, Vertreter zu haben, das Organ¹⁶ herauszubringen, und darum geht es nicht vorwärts. Das Büro ist in diesem Zustand arbeitsunfähig. Es geht ein Kampf um die Durchführung der ganzen Linie. Ich habe telegraphiert und geschrieben. Wir brauchen einen Genossen für die Organisation des Büros, wir haben unseren Vorschlag gemacht.«¹⁷

erfaßten Zweiten Konferenz der Kommunistischen Parteien Lateinamerikas vom 2. bis 10. Oktober 1930 in Moskau aus. Dabei müßten auch die inhaltlichen Unterschiede zum Erweiterten Plenum des Südamerikanischen Sekretariats in Buenos Aires im Mai 1930 Berücksichtigung finden. Im Komintern-Archiv in Moskau werden in insgesamt 18 Mappen (»Dely«) mehr als 1.000 Blatt Protokolle und Resolutionsentwürfe dieser Zweiten Konferenz in deutscher, französischer und russischer Sprache aufbewahrt, die dafür eine solide Materialgrundlage darstellen. Vgl. dazu: Документы Латиноамериканской конференции в Москве, Октябрь 1930 г., RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79. Dely 121-137. Die von dem russischen Historiker Igor Jančuk im Jahre 2005 vorgelegte Arbeit über die Zweite Konferenz der Kommunistischen Parteien Lateinamerikas (Игорь Игоревич Янчук, Вторая конференция коммунистических партий Латинской Америки. Москва, 2-10 октября 1930 г. Аналитический очерк, in: Латиноамериканский исторический альманах 2005, S. 85-156) erfüllt diese Aufgabe nicht, da der Verfasser in weiten Teilen nur den Verlauf der Konferenz referierte und deren inhaltliche Schwerpunkte unkritisch und weitgehend losgelöst von der allgemeinen politischen Entwicklung innerhalb und außerhalb der Komintern betrachtete.

¹⁴ Die erste große Krise hatte es 1928 in Zusammenhang mit der erwähnten sogenannten Penelón-Affäre gegeben.

¹⁵ Vgl. dazu: Hernán Samarero, a.a.O., und: Хейфец Л. С., Интернационал Москвы или Интернационал Буэнос-Айреса (III Интернационал, Южноамериканский Секретариат Коминтерна и Компартия Парагвая), in: Россия в контексте мировой истории, Москва 2002, S. 277-294.

¹⁶ Gemeint ist wahrscheinlich die »Revista Comunista«, die theoretische Zeitschrift des Südamerikanischen Büros.

¹⁷ [Rústico an das Lateinamerikanische Sekretariat in Moskau], Buenos Aires, 17. August 1930, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 110, Blatt 115-117, hier: Blatt 117. So auch zitiert in: Jürgen Mothes, Briefe aus Montevideo, a.a.O., S. 33 f. Mothes hatte unter Bezug auf diesen Brief unter anderem geschrieben: »Es kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, ob Guralski damals Ewert

Bereits seit Mitte 1929 hatte es im Ergebnis der Konferenz von Buenos Aires sehr konkrete Überlegungen zu einer Neugestaltung der politischen Arbeit der Komintern in Lateinamerika, einschließlich einer Reorganisation des Südamerikanischen Sekretariats, gegeben. In einem Thesenpapier war dazu festgestellt worden: »Da die Erfahrung bewiesen hat, daß die Zentrale der K[ommunistischen] I[nternationale] die politische Tätigkeit unserer Parteien in Lateinamerika nicht in direkter und fortlaufender Art leiten kann und da diese Tatsache in einer Lage, in welcher eine ganze Reihe von revolutionären Ereignissen heranreifen, einen tatsächlichen Nachteil für unsere Bewegung in Lateinamerika darstellt, muß man die Notwendigkeit bestätigen, daß ein leitendes Zentrum der K[ommunistischen] I[nternationale] für Lateinamerika in Lateinamerika vorhanden sein soll.«¹⁸ Doch erst Ende 1930 wurde damit begonnen, einen Teil dieser Vorschläge in die Praxis umzusetzen.

Diese Entwicklung wurde wesentlich durch die innenpolitischen Ereignisse in Argentinien beschleunigt, wo am 6. September 1930 General José Félix Uriburu geputscht und die politische Macht im Land übernommen hatte. Mit diesem Staatsstreich begann das »Berüchtigte Jahrzehnt« – in den Jahren bis 1943 waren es immer wieder Militärregierungen, die einander ablösten, ohne daß es zu einer zumindest partiellen Wiederherstellung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten kam.¹⁹

Die Kommunistische Partei Argentiniens wurde in einen Zustand der permanenten Halblegalität gedrängt, zahlreiche Mitglieder und Angehörige der Führung wurden verhaftet und zu teilweise drakonischen Strafen verurteilt. Auch Ausländer, die der »Störung der öffentlichen Ordnung« verdächtigt wurden, und dazu hätten gegebenenfalls auch alle Mitglieder und Mitarbeiter des Südamerikanischen Sekretariats der Komintern gezählt, waren von Verhaftung und Verurteilung oder – im günstigsten Fall – von Ausweisung bedroht.

Aus diesem Grunde wurde seitens der Komintern Mitte Oktober 1930 eine Verlegung der regionalen Führungsstruktur nach Montevideo, der Hauptstadt Uruguays, beschlossen.

Trotzdem blieb das Südamerikanische Sekretariat in Buenos Aires zumindest nominell weiterhin bestehen, wie der Arbeitsplan des Lateinamerikanischen Sekretariats in

als Kandidaten [für das Südamerikanische Büro] vorgeschlagen hatte. [...] Inwiefern für seine [also Arthur Ewerts] Entsendung auch prinzipielle Auseinandersetzungen der Kominternführung zur Lateinamerikapolitik und deren Verantwortliche im Südkegel des Subkontinents eine Rolle spielten, muß noch gründlicher untersucht werden.« (ebenda, S. 34) Doch wie bereits gezeigt, lagen der Entsendung von Arthur Ewert keine »grundsätzlichen Überlegungen« zugrunde. Es handelte sich vielmehr um eine Entscheidung, die mehr oder weniger zufällig getroffen wurde. An anderer Stelle (ebenda, S. 49) konstatierte Mothes unter Bezug auf Arthur Ewert eine »geradezu unverständliche Unkenntnis des Deutschen über vorhergegangene Bemühungen Moskauer Emissäre« und stellte die Frage, »wo die wirklichen Ursachen für die offenbaren Kenntnisdefizite Ewerts lagen.« Auch hier liegt die Antwort ganz offensichtlich in den konkreten Umständen der Entsendung von Arthur Ewert nach Südamerika.

¹⁸ Vorschläge des Lateinamerikanischen Sekretariats für die Arbeit in Lateinamerika, Moskau, 2. August 1929, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 66, Blatt 34-37, hier: S. 34 f.

¹⁹ Spanisch: »La Década Infame«. Der inzwischen in der internationalen Lateinamerika-Forschung allgemein akzeptierte Begriff geht auf den argentinischen Journalisten und Historiker José Luis Torres zurück, der im Jahre 1947 in einem Buch eine Bilanz der vorangegangenen Etappe der argentinischen Geschichte zog. Vgl. dazu: José Luis Torres, *La Década Infame*, Buenos Aires 1947.

Moskau vom November 1930 belegt: Am 17. November 1930 wurde unter dem Tagesordnungspunkt 9 über die »Reorganisation des Büros in Buenos Aires« beraten. Ein Protokoll dieser Beratung ist allerdings nicht überliefert, so daß auch nicht bekannt ist, welche Festlegungen getroffen wurden.²⁰

Arthur Ewert traf um den Jahreswechsel 1930/1931 in Montevideo ein. Elise Ewert war offensichtlich zunächst in Berlin geblieben. Am 20. März 1931 schrieb Arthur Ewert deshalb in einem privaten Nachtrag zu einem Informationsbrief, den er nach Moskau sandte: »Eine persönliche Bitte: Beschleunigt bitte die Abreise meiner Frau.«²¹ Doch es dauerte vermutlich noch mehr als ein halbes Jahr, bis auch Elise Ewert die Reise nach Südamerika antreten konnte. Denn in einem Bericht der brasilianischen Gesandtschaft in Berlin vom 4. Februar 1936 an das Außenministerium in Rio de Janeiro, der sich auf Informationen der Gestapo stützte, hieß es, daß Elise Ewert erst am 1. Oktober 1931 Berlin »mit unbekanntem Ziel« verlassen hatte.²²

Im Moskauer Komintern-Archiv sind zahlreiche weitere Briefe von Arthur Ewert erhalten, die er während seines ersten Aufenthaltes in Südamerika nach Moskau übermittelte.²³

Diese Briefe wurden ausnahmslos in deutscher Sprache verfaßt. Die Mehrzahl war mit der Hand geschrieben, doch auch die Briefe, die auf der Schreibmaschine geschrieben worden waren, enthielten regelmäßig handschriftliche Zusätze. Ihr Versand erfolgte mit gewöhnlicher Luftpost. Sie waren nicht verschlüsselt, und nur gelegentlich wurden für Personen und Sachverhalte Umschreibungen verwendet, die für Außenstehende nicht sofort zu verstehen waren. Ein einziger der überlieferten Briefe

²⁰ [Séance du Bureau du Secrétariat de l'Amérique Latine, le 17 de Novembre 1930, ordre du jour], Moscou, le 14 de Novembre 1930, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 79, Delo 110, Blatt 174. In einem Schreiben des Lateinamerikanischen Ländersekretariats vom 14. Mai 1935 an das Südamerikanische Büro, das sich inzwischen in Rio de Janeiro befand, war von einem »La Plata-Büro« in Buenos Aires die Rede. Es ließ sich nicht feststellen, ob dieses »La Plata-Büro« in gewisser Weise die »Fortsetzung« des Südamerikanischen Büros der Komintern aus dem Jahre 1930 oder eine eigenständige Struktur der Kommunistischen Partei Argentiniens für die Zusammenarbeit mit den übrigen Kommunistischen Parteien im La Plata-Raum war. Vgl. dazu: Memorandum und Vorschläge des Latein-Amerikanischen Sekretariats zur Frage der Lage in Brasilien und der Zusammensetzung des Südamerikanischen Sekretariats, Moskau, 14. Mai 1935, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 29, Delo 79, Blatt 11-14, hier: Blatt 14.

²¹ [Arthur Ewert an das Lateinamerikanische Sekretariat in Moskau], Montevideo, 20. März 1931, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 79, Delo 151, Blatt 7-9, hier: Blatt 9.

²² Vgl. dazu: [Legação dos Estados Unidos do Brasil ao Senhor Ministro de Estado das Relações Exteriores], Berlim, 4 de fevereiro de 1936, in: A Alemanha: A correspondência de Berlim (1932-1936), in: Cadernos do CHDD [Centro de História e Documentação Diplomática], ano 11, número 21, segundo semestre 2012, S. 145-405, hier: S. 346.

²³ Der letzte überlieferte Brief von Arthur Ewert stammt vom 11. Februar 1932. Vgl. dazu: [Arthur Ewert an das Lateinamerikanische Sekretariat in Moskau], Montevideo, 11. Februar 1932, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 79, Delo 170, Blatt 3. Ein maschinengeschriebener Brief in spanischer Sprache vom 6. Mai 1932 aus Buenos Aires, dem Tag vor der Abreise von Arthur Ewert nach New York, ist zwar auch mit »Berger« unterzeichnet, trägt aber den Vermerk »Saludos Lóp[ez]«, ist also aller Wahrscheinlichkeit nicht von Arthur Ewert verfaßt worden. Vgl. dazu: [Estimados compañeros], Buenos Aires, 6 de mayo de 1932, ebenda, Blatt 4. »López« war vermutlich der Peruaner Nicolas Terreros. Vgl. dazu: Michael Buckmiller und Klaus Meschkat (Hrsg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale, a.a.O., Datenbankeintrag zu Nicolas Terreros auf beiliegender CD-ROM.

enthielt den Hinweis, daß dem Schreiben auch »einige chiffrierte Mitteilungen« beiliegen würden.²⁴

Die in Moskau angefertigten französischen bzw. russischen Übersetzungen dieser Briefe wurden hingegen grundsätzlich als »streng vertraulich« oder sogar »streng geheim« eingestuft, was angesichts der Tatsache, daß es keinerlei Gewähr dafür gab, daß die Briefe nicht bereits auf ihrem Weg nach Moskau von ausländischen Geheimdiensten »mitgelesen« worden waren, einigermaßen kurios erscheint. Doch entsprach dieses Vorgehen fraglos der von allgemeinem Mißtrauen und Spionagefurcht geprägten Arbeitsatmosphäre innerhalb des Moskauer Apparates der Komintern.

Überraschenderweise unterzeichnete Arthur Ewert alle Briefe mit seinem später berühmt gewordenen Decknamen Berger, obwohl er nachweislich erst 1932 in den Besitz eines US-amerikanischen Passes auf den Namen Harry Berger kam. Eine Erklärung dafür ließ sich nicht finden.²⁵

Aus den Briefen wird deutlich, welche Aufgaben das Südamerikanische Büro zu erfüllen hatte, für dessen Tätigkeit, so die Festlegung des Lateinamerikanischen Sekretariats in Moskau, Arthur Ewert, »Rústico« [d.i. Abram Guralski] und »Mar-y«, ein Vertreter der Profintern, dessen Pseudonym sich nicht entschlüsseln ließ, gemeinsam die »kollektive Verantwortung« trugen.²⁶

Schon ein oberflächlicher Blick auf die Briefe zeigt, daß die in der einschlägigen Literatur immer wieder vertretene These, Arthur Ewert sei Ende des Jahres 1930 nach Südamerika entsandt worden, um Luiz Carlos Prestes, den legendären »Ritter der Hoffnung«, für die kommunistische Bewegung zu gewinnen, in dieser verkürzten Form nicht haltbar ist.²⁷ Die Kontakte zu Luiz Carlos Prestes, die im nachfolgenden

²⁴ [Arthur Ewert an das Lateinamerikanische Sekretariat in Moskau], Montevideo, 26. Juni 1931, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 151, Blatt 17 und 17 (Rs.), hier: Blatt 17 (Rs.). Die erwähnten chiffrierten Mitteilungen waren nicht auffindbar. Arthur Ewert ist offensichtlich eine gewisse Sorglosigkeit beim Umgang mit vertraulichen Informationen nicht abzusprechen, auch wenn sich sein Verhalten in dieser Frage nicht grundsätzlich von dem Verhalten anderer Emissäre der Komintern unterschied.

²⁵ Allerdings verwendete er in diesen Briefen noch nicht den Vornamen Harry. Vgl. dazu im Anhang »Decknamen und Pseudonyme«.

²⁶ Vgl. dazu: [Cher camarade], Moscou, le 15 novembre 1930, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 110, Blatt 177-181, hier: Blatt 181. Offensichtlich kannte Jürgen Mothes dieses Schreiben nicht, denn er stellte fest, daß »anhand der Quellen keine Rangfolge [innerhalb des Südamerikanischen Büros] ablesbar« war. Vgl. dazu: Jürgen Mothes, a.a.O., S. 35.

²⁷ Vgl. dazu: Dario Canale, Francisco Viana e José Nilo Tavares (organizador), Novembro de 1935. Meio Século Depois, Petrópolis 1985, S. 114, oder auch: John W. F. Dulles, Anarchists and Communists in Brazil 1900-1935, Austin and London 1973, S. XV. Dulles zitiert dort den brasilianischen Kommunisten Leôncio Basbaum, der erklärt haben soll, daß Arthur Ewert den Auftrag gehabt habe, Luiz Carlos Prestes in die Sowjetunion zu holen, um »Prestes zu retten und den »Prestismus« zu liquidieren«. Selbst Lazar Cheifets schreibt noch 2007, daß Arthur Ewert und Luiz Carlos Prestes im Januar 1931 (!) gemeinsam nach Moskau gefahren seien. (Лазарь Хейфец, Формирование и эволюция ..., a.a.O., S. 1421). Anders als von Jürgen Mothes dargestellt (Jürgen Mothes, a.a.O., S. 29), hat Manuel Caballero (Manuel Caballero, Latin America and the Comintern 1919-1943, Cambridge 1986, bzw. Manuel Caballero, La Internacional Comunista y la Revolución Latinoamericana, Carácas 1987) an keiner Stelle behauptet, daß die Entsendung von Arthur Ewert nach Südamerika »im direkten Auftrage Stalins« erfolgt sei.

Kapitel ausführlich geschildert werden, waren ohne Frage ein wichtiger Teil der Arbeit von Arthur Ewert in Südamerika, aber eben nur ein Teil.

In Verbindung mit weiteren Dokumenten des Lateinamerikanischen Ländersekretariats und des Südamerikanischen Büros der Komintern lassen sich aus den Briefen insgesamt vier große, eng miteinander verbundene Schwerpunkte der Arbeit von Arthur Ewert und seinen Genossen in Montevideo erkennen.

Im Vordergrund stand selbstverständlich die Zusammenarbeit mit den Kommunistischen Parteien der Region. Zu diesem Zweck übermittelte das Südamerikanische Büro regelmäßig eigene Schreiben an die lokalen Parteiführungen und forderte bzw. erhielt seinerseits Berichte über die politisch-ideologische Lage in den Parteien und über ausgewählte Organisationsfragen. Soweit die finanziellen und personellen Möglichkeiten es erlaubten, führte das Büro bilaterale Beratungen mit den Vertretern der südamerikanischen Parteien durch oder entsandte Emissäre, die die Lage vor Ort einschätzen und in wichtigen Fragen Orientierung und Hilfestellung geben sollten. Ob Arthur Ewert während seines Aufenthaltes in Südamerika in den Jahren 1931 und 1932 selbst solche Reisen unternahm, war anhand der verfügbaren Dokumente nicht festzustellen. Es hat aber den Anschein, als ob er sich in dieser Zeit nur in Argentinien und Uruguay, und dort auch nur in den Hauptstädten Buenos Aires und Montevideo, aufhielt.

In der Zusammenarbeit mit den Kommunistischen Parteien der Region waren die Vorgaben aus Moskau selbstverständlich stets die verbindliche Richtschnur. Doch zeigen verschiedene Dokumente auch, daß das Südamerikanische Büro und seine leitenden Mitarbeiter, also auch Arthur Ewert, über einen gewissen Spielraum verfügten und daß dieser Spielraum auch genutzt wurde. Das hatte zur Folge, daß es immer wieder zu Kritik aus Moskau kam, weil die politischen Vorgaben in einigen Fällen zu weit, in anderen Fällen – erstaunlich genug – zu eng ausgelegt worden waren.

So hieß es beispielsweise in einem Brief des Lateinamerikanischen Ländersekretariats, dessen Entwurf am 23. April 1931 von der Politischen Kommission des Politischen Sekretariats des EKKI beraten wurde: »Die Politkommission des EKKI erachtet es für richtig, in der praktischen Arbeit des Südamerikanischen Büro einen Kurs auf die Durchführung der Richtlinien des EKKI über Bildung von starken K[ommunistischen] P[arteien], die in ihrer Zusammensetzung und Führung proletarisch sind, als Hauptaufgabe für die nächste Zeit zu nehmen und konstatiert gleichzeitig in einer Reihe Eurer Dokumente [...] das Vorhandensein einer unrichtigen, deutlich von den Direktiven des EKKI abweichenden Linie.« Und weiter: »Während in einer Reihe von Fällen von Euch ganz richtig als [...] Hauptaufgabe] die Bildung von Massencharakter tragenden, in Bezug auf ihre Zusammensetzung und Führung wirklich proletarischen Kommunistischen Parteien sowie von starken revolutionären Gewerkschaften [...] gegeben wird, erteilt Ihr in anderen Dokumenten Direktiven zur Eroberung der Macht, zur Organisierung einer Arbeiter- und Bauernregierung sowie von Räten, als angeblich auf der Tagesordnung stehende unmittelbare praktische Aufgaben. [...] Dabei wird Eurerseits in keinem einzigen Dokument auch nur in irgendwie umfassender Form die Frage des Vorhandenseins einer revolutionären Krise in den Ländern La-

teinamerikas gestellt und Ihr zieht es vor, diese ›für alle Länder‹ im Namen der Massen zu dekretieren.«²⁸

Zur Verbreitung der Moskauer Direktiven und zur Veröffentlichung eigener Beschlüsse und anderer Dokumente nutzte das Südamerikanische Büro die »Revista Comunista«, die seit September 1930 als Nachfolgerin der »Correspondencia Sudamericana« – zuerst in Buenos Aires, dann in Montevideo – herausgegeben wurde.²⁹ Bis zum November 1931 erschienen von der »Revista« in unregelmäßiger Folge insgesamt sechs Hefte, wobei die Ausgaben 2 und 3 sowie 4 und 5 jeweils Doppelhefte waren.³⁰

Anders als im Falle der »Correspondencia Sudamericana«, wo die redaktionelle Verantwortung tatsächlich beim vormaligen Südamerikanischen Sekretariat gelegen hatte, nahmen die Moskauer Gremien im Falle der »Revista« nun verstärkt Einfluß auf die inhaltliche Gestaltung der Zeitschrift. Deutlich häufiger als zuvor wurden Beiträge aus Moskau übermittelt, deren Veröffentlichung nicht abgelehnt werden konnte.

So wurde zum Beispiel im September 1930, also noch vor der Ankunft von Arthur Ewert in Südamerika, neben einem Leitartikel unter dem Titel »Die Aufgaben der Kommunistischen Parteien angesichts der Kämpfe der Massen«, der eine Bilanz des bereits erwähnten Plenums des Südamerikanischen Sekretariats vom Mai 1930 zog, auch die Rede Stalins abgedruckt, die dieser auf dem 16. Parteitag der KPdSU (B) gehalten hatte. Auch der Inhalt der Rubrik »Theoretische Seiten« wurde ausschließlich von Moskau bestimmt. Hier erschienen im ersten Heft der »Revista« unter dem Titel »Über die nationale Frage« Auszüge aus Arbeiten Stalins und unter dem Titel »Die Epoche der sozialen Revolution« Auszüge aus Arbeiten Lenins.³¹

Wiederholt publizierte das Südamerikanische Büro eigene Broschüren bzw. veranlaßte die Herausgabe solcher Broschüren durch die Kommunistischen Parteien in den verschiedenen Ländern. In einigen Fällen waren auch die Moskauer Gremien die Auftraggeber. Am 8. Januar 1932 hatte Arthur Ewert nach Moskau mitgeteilt: »Wir haben

²⁸ An das Südamerikanische Büro des EKKI, Moskau, 23. April 1931, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 4, Delo 102, Blatt 81-105, hier: Blatt 104 und 81 f.

²⁹ Vgl. dazu: *Revista Comunista*, in: *La Correspondencia Sudamericana*, Buenos Aires, 2ª Época, 1 de Mayo de 1930, No. 26, S. 16 f. Jürgen Mothes hatte Unrecht, wenn er schrieb: »Im allgemeinen [...] wird angenommen, die ›Revista‹ sei die Nachfolgezeitschrift der ›Correspondencia Sudamericana‹. Das ist jedoch ein Irrtum. Die Herausgabe der ›Revista‹ als theoretisches Organ wurde neben der weiteren Herausgabe der ›Correspondencia Sudamericana‹ geplant, die ihren Namen in ›Correspondencia Latino-Americana‹ ändern sollte.« (Jürgen Mothes, a.a.O., S. 33.) Mothes bezog sich dabei auf die »Vorschläge des Lateinamerikanischen Ländersekretariats für die Arbeit in Lateinamerika« vom August 1929 (Moskau, 2. August 1929, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 66, Blatt 34-37, hier: Blatt 35.), die jedoch in dieser Form nicht umgesetzt wurden. Tatsächlich wurde die »Correspondencia« zugunsten der »Revista« eingestellt. Eine »Correspondencia Latino-Americana« wurde niemals publiziert.

³⁰ Ab April 1932 erschien unter dem Titel »La Internacional Comunista« eine spanische Ausgabe der in Moskau in mehreren Sprachen publizierten Zeitschrift der Komintern »Die Kommunistische Internationale«. Vgl. dazu: *La Internacional Comunista*, No. 1, Abril de 1932. Die spanische Ausgabe ist bis März 1941 nachweisbar. Eigene Beiträge des Südamerikanischen Büros sind in der Zeitschrift, soweit feststellbar, nicht enthalten. Trotz der ausdrücklichen Orientierung auf Lateinamerika verlagerte sich der inhaltliche Schwerpunkt sehr schnell auf die Entwicklungen in Spanien.

³¹ Vgl. dazu: *Revista Comunista. Órgano teórico del Secretariado Sudamericano de la Internacional Comunista*, Año 1, No. 1, Setiembre de 1930.

beschlossen, einen Literaturvertrieb zu organisieren und werden auch eine Reihe von Broschüren etc. herausgeben.«³²

So erschien zum Beispiel im März 1932, wenige Wochen vor der Abreise von Arthur Ewert aus Montevideo, in Buenos Aires die Broschüre »Der Kampf für den Leninismus in Lateinamerika«.³³

Die Broschüre, die in Verantwortung des Südamerikanischen Büros der Komintern herausgegeben wurde, enthielt in spanischer Übersetzung den berüchtigten Brief Stalins an die Redaktion der Zeitschrift »Proletarskaja Revoljucija«, der unter dem Titel »Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus« in kompakter Form eine Beschreibung des »neuen« stalinschen Geschichtsbildes gab, sowie einen umfangreichen Brief des Südamerikanischen Büros der Komintern an die Kommunistischen Parteien des Subkontinents, der den Titel »Der Kampf der Kommunistischen Parteien Lateinamerikas an der ideologischen Front« trug.³⁴

Mit seinem »Brief« vom Juni 1931 reagierte Stalin vordergründig auf einen Artikel des sowjetischen Historikers Abram Sluzki, der wenige Wochen zuvor in der Zeitschrift »Proletarskaja Revoljucija« den Versuch unternommen hatte, zu einer wissenschaftlichen Diskussion über das Verhältnis der russischen Bolschewiki zur Zweiten (sozialdemokratischen) Internationale in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg aufzurufen.

Doch die Feststellung Stalins, daß der Artikel »partei feindlich und halbtrotzkistisch« sei, beendete den Meinungsstreit, bevor er überhaupt begonnen hatte. Mehr noch, Stalin nutzte seine Macht, um bei dieser Gelegenheit eine ihm genehme Sichtweise auf die Geschichte der russischen Bolschewiki als verbindlich für die sowjetische Historiographie – und damit auch für die von Moskau kontrollierte kommunistische Bewegung außerhalb der Sowjetunion – durchzusetzen.

Tatsächlich sollte mit dem »Brief« der fortgesetzte Kampf der Komintern und ihrer Mitgliedsparteien gegen die Sozialdemokratie, die bereits seit 1923 – und besonders seit dem VI. Weltkongreß der Komintern – regelmäßig als »sozialfaschistisch« diffamiert wurde, sowie gegen jede kommunistische Strömung, die nicht strikt dem Moskauer Kurs entsprach, unter Berufung auf den toten und damit wehrlosen Lenin eine wissenschaftlich verbrämte »Legitimation« erhalten.

So erklärte Stalin zunächst: »Sluzki behauptet, Lenin (die Bolschewiki) habe die Gefahr des Zentrismus in der deutschen und überhaupt in der Vorkriegssozialdemokratie unterschätzt, das heißt, er habe die Gefahr des verkappten Opportunismus, die Gefahr des Versöhnertums gegenüber dem Opportunismus, unterschätzt. Mit anderen Worten, Sluzki stellt die Dinge so hin, als ob Lenin (die Bolschewiki) keinen unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus geführt habe, denn die Unterschät-

³² [Arthur Ewert an das Lateinamerikanische Sekretariat in Moskau], Montevideo, 8. Januar 1932, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 170, Blatt 1 und 1 (Rs.), hier: Blatt 1 (Rs.).

³³ La Lucha por el Leninismo en América Latina, Buenos Aires 1932.

³⁴ Las Tareas de los Partidos Comunistas Latinoamericanos en el Frente Ideológico. Eine Kopie der Broschüre ließ sich nicht beschaffen. Der Brief des Südamerikanischen Büro wurde jedoch in einer Dokumentation aus Anlaß des 50. Todestages von José Carlos Mariátegui erneut veröffentlicht in: Socialismo y Participación, No. 11, Setiembre 1980, S. 101-114. Welchen persönlichen Anteil Arthur Ewert am Zustandekommen der Publikation bzw. des Briefes des Südamerikanischen Büros hatte, ließ sich nicht mehr feststellen.

zung des Zentrismus ist im Grunde genommen ein Verzicht auf den voll entfalten Kampf gegen den Opportunismus.« Um dann festzustellen: »Jedermann ist bekannt, daß der Leninismus im schonungslosen Kampf gegen den Opportunismus aller Schattierungen, darunter auch gegen den Zentrismus im Westen (Kautsky), gegen den Zentrismus bei uns (Trotzki u. a.), entstand, wuchs und erstarkte. Das können selbst die direkten Feinde des Bolschewismus nicht leugnen. Das ist ein Axiom.«³⁵

Folgerichtig begann der Brief des Südamerikanischen Büros mit der Behauptung: »Der Brief des Genossen Stalin hat wegen seines klaren und entschiedenen Bekenntnisses zum vorbehaltlosen Kampf für den Leninismus und gegen jede Ideologie, die dem Proletariat fremd ist und die die Kommunistischen Parteien entwaffnet und zersetzt, eine überragende Bedeutung für alle Mitgliedsparteien der Kommunistischen Internationale.«

In diesem Sinne lieferte der »Brief des Südamerikanischen Büros« die »theoretische« Begründung für den von Moskau verordneten und durchgesetzten radikalen »linken« Politikwechsel, der sich auf dem Subkontinent nicht zuletzt in einer demonstrativen Abkehr von den realpolitischen Ansätzen der Ersten Konferenz der Kommunistischen Parteien Lateinamerikas in Buenos Aires im Juni 1929 zeigte. Er übertrug das auf Stalin zurückgehende Ideengebäude des »Leninismus« in mechanischer Weise auf Lateinamerika, ohne die dort herrschenden besonderen politischen und sozialökonomischen Bedingungen zu berücksichtigen, auch wenn er einen speziellen Abschnitt über »Die aktuelle Situation in Südamerika« enthielt.

Zu den Publikationen des Südamerikanischen Büros gehörten aber auch Materialien, die sich konkret mit der Lage und der Entwicklung in einzelnen Ländern des Subkontinents beschäftigten. So ist zum Beispiel eine umfangreiche Broschüre mit dem Titel »Die großen revolutionären Kämpfe des chilenischen Proletariats« vom Mai 1932 überliefert, die die »Thesen des Südamerikanischen Büros der Kommunistischen Internationale« zu den damals aktuellen politischen Entwicklungen in Chile enthielt.³⁶ Offizieller Herausgeber der »Thesen« war das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chiles.

In Chile war im Jahr zuvor, am 26. Juli 1931, die Regierung des seit 1927 diktatorisch regierenden Staatspräsidenten Carlos Ibáñez del Campo durch einen spontanen Volksaufstand gestürzt worden, in dem sich vor allem die schwere ökonomische Krise widerspiegelte, die Chile seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 durchlebte. Bereits am 3. August 1931 hatte Arthur Ewert in einem längeren Brief nach Moskau eine erste Einschätzung der Lage und der Entwicklung in Chile gegeben.³⁷ Auch in den folgenden Wochen berichtete Arthur Ewert wiederholt über die Ereignisse in Chile.³⁸

³⁵ Josef Stalin, Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus, in: Josef Stalin, Fragen des Leninismus, Berlin 1947, S. 425-438, hier S. 425 ff.

³⁶ Las grandes luchas revolucionarios del proletariado chileno. Tesis del Buró Sudamericano de la Internacional Comunista, Santiago de Chile 1932.

³⁷ Vgl. dazu: [Латино-Американскому Секретариату], Montevideo, 3. August 1931, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 66, Blatt 20-36, hier: Blatt 25 f. Es ist nur die russische Übersetzung des Briefes überliefert.

³⁸ Die Berichte Arthur Ewerts - und weitere Dokumente der Komintern, die in Zusammenhang mit den Ereignissen in Chile in den Jahren 1931 und 1932 entstanden - sind Gegenstand einer umfassenden

Damit wird ein zweiter Schwerpunkt der Tätigkeit des Südamerikanischen Büros der Komintern sichtbar – die Berichterstattung über die politische, ökonomische und soziale Entwicklung in den Ländern Südamerikas.

Die Briefe Arthur Ewerts nach Moskau enthielten regelmäßig kurze Länderberichte, die häufig nur wenige Sätze, gelegentlich aber auch mehrere Seiten umfaßten. Im Mittelpunkt stand dabei stets die Frage, in welchem Maße die Kommunistischen Parteien – zum Beispiel als Träger von Streiks oder Demonstrationen – in die geschilderten Ereignisse involviert waren bzw. welche Auswirkungen diese Ereignisse auf die Parteien selbst hatten – hinsichtlich ihrer politisch-ideologischen und organisatorischen Stabilität, aber auch hinsichtlich ihrer legalen, halblegalen oder illegalen Wirkungsmöglichkeiten.

So hieß es zum Beispiel am 20. März 1931 über die Lage in Peru: »Die verschiedenen Umstürze (Berichte unserer Vertreter haben wir mit gewöhnlicher Post an Euch übersandt) haben die Lage für uns verbessert. Die während des Terrors [...] verhafteten [Genossen] sind fast alle frei. Partei und Gewerkschaften können ziemlich legal – bis auf weiteres – arbeiten. Die Mitgliederzahl der Partei ist in zwei Monaten von 300 auf 700 gestiegen. Zum größten Teil sind Arbeiter und Indios eingetreten, die [...] kampffähig sind. Kurse werden abgehalten.«³⁹

Allerdings war auch das Südamerikanische Büro immer wieder von verlässlichen Informationen abgeschnitten und mußte dann gegenüber den Moskauer Gremien einräumen, daß die übermittelten Informationen nur sehr bedingt als zuverlässig angesehen werden konnten.

Ein dritter Schwerpunkt, der in dem eben zitierten Bericht über die Ereignisse und Entwicklungen in Peru bereits kurz angedeutet wurde, war der Aufbau eines länderübergreifenden Systems der politischen Aus- und Weiterbildung von Mitgliedern und vor allem Funktionären der Kommunistischen Parteien des Subkontinents.

Arthur Ewert sprach dieses Thema schon in seinem ersten Brief nach Moskau an, den er am 30. Januar 1931 schrieb. Konkret ging es ihm um die Einrichtung einer eigenen (dauerhaften) Schule des Südamerikanischen Büros in Montevideo, nachdem es im Jahr zuvor bereits in Buenos Aires einen ersten erfolgreichen Lehrgang für Kursanten aus verschiedenen südamerikanischen Ländern gegeben hatte: »Teilt uns bald mit, ob wir mit der Möglichkeit der Abhaltung einer neuen Schule rechnen können. Es wäre gerade hier, wo so wenig Kräfte und größte Unklarheit [vorhanden sind], dringend nötig.«⁴⁰

Nur zwei Wochen später, am 12. Februar 1931, erneuerte Arthur Ewert seine Anfrage: »Wir fragen nochmals an, ob eine Schule organisiert werden kann. Wann? Für wie lange? Mit wieviel Schülern? Bitten um baldige Antwort.«⁴¹

den Untersuchung und Quellenpublikation, die im Jahre 2005 in Chile erschien: Olga Uliánova y Alfredo Riquelme Segovia (ed.), *Chile en los archivos soviéticos 1922-1991*, Santiago de Chile 2005.

³⁹ [Arthur Ewert an das Lateinamerikanische Sekretariat in Moskau], Montevideo, 20. März 1931, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 151, Blatt 7.

⁴⁰ [Arthur Ewert an das Lateinamerikanische Sekretariat in Moskau], Montevideo, 30. Januar 1931, ebenda, Blatt 1.

⁴¹ [Arthur Ewert an das Lateinamerikanische Sekretariat in Moskau], Montevideo, 12. Februar 1931, ebenda, Blatt 2.

Am 19. Februar 1931 schrieb Arthur Ewert in die sowjetische Hauptstadt: »Wir bitten um die Erhöhung des Budgets um einen Betrag, der uns die weitere Auszahlung des Gehalts an die beiden Lehrer der früheren Schule ermöglicht. Wenigstens bis zum Zeitpunkt, wo über die Abhaltung einer neuen Schule entschieden ist.«⁴²

Und am 27. Februar 1931 hieß es: »Wenn unsere Finanzen nicht in vollkommene Unordnung kommen sollen, so ist eine Erhöhung und regelmäßige Zusendung des Budgets notwendig. [...] Die Abberufung der beiden Lehrer [...] empfiehlt sich nicht. Erstens können sie [bereits jetzt] ausgenutzt werden, und zweitens sollte es möglich sein, eine neue Schule zu organisieren.«⁴³

Trotz der von Arthur Ewert immer wieder betonten Dringlichkeit benötigten die Moskau Gremien mehrere Wochen für eine Entscheidung, denn es ging bei dieser Angelegenheit weniger um eine politische als vielmehr um eine finanzielle Frage. Am 23. Februar 1931 beschloß die Politische Kommission des Politischen Sekretariats des EKKI schließlich, dem Südamerikanischen Büro einen Betrag von 20.000 Goldrubel für die Schule zur Verfügung zu stellen.⁴⁴

In seinem Brief vom 8. Mai 1931 konnte Arthur Ewert daher vermelden: »Die Schule wird [...] jetzt] in Angriff genommen, so daß sie noch in diesem Jahr beendet werden kann.«⁴⁵

Wiederholt berichtete Arthur Ewert in seinen Briefen über den Stand der Auswahl und Entsendung von Schülern an die Internationale Lenin-Schule der Komintern in Moskau, für die das Südamerikanische Büro ebenfalls verantwortlich war.

Auch hier erwiesen sich die finanziellen Fragen als das größte, allerdings nicht das einzige Problem. So mußte Arthur Ewert am 12. Februar 1931 feststellen: »Die Auswahl der Schüler ist eingeleitet. Von der für die Reise gesandten Summe werden wir statt zwölf nur zehn schicken können. Wir haben beschlossen, Bolivien und Ekuador (wo eine Auswahl noch am schwersten ist) zurückzustellen. Für diese beiden Länder würden sich für zwei Schüler die Reisekosten [nach Moskau] auf mindestens 400 [US-Dollar] belaufen.«⁴⁶ Doch nicht weniger schwierig, auch das zeigt dieser kurze Auszug, war die Auswahl geeigneter Kandidaten, denn die Moskauer Zentrale hatte strenge Kriterien hinsichtlich der sozialen Herkunft, der Dauer der Parteizugehörigkeit, der

⁴² [Arthur Ewert an das Lateinamerikanische Sekretariat in Moskau], Montevideo, 19. Februar 1931, ebenda, Blatt 4.

⁴³ [Arthur Ewert an das Lateinamerikanische Sekretariat in Moskau], Montevideo, 27. Februar 1931, ebenda, Blatt 5 und 6, hier: Blatt 6.

⁴⁴ [Für Sondermappe! Protokoll Nr. 123 der Sitzung der Politischen Kommission des Politischen Sekretariats des EKKI vom 23. Februar 1931], RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 4, Delo 91, Blatt 6. 20.000 Goldrubel waren damals etwa 10.000 US-Dollar, das entspricht heute etwa 150.000 US-Dollar. Von diesem Betrag waren in erster Linie die Reise- und mehrmonatigen Aufenthaltskosten der Schüler sowie in nicht wenigen Fällen Unterhaltskosten für die in den Heimatländern zurückgebliebenen Familien, das Gehalt der Lehrer, die Miete für die Unterrichtsräume sowie die Unterrichtsmaterialien zu bezahlen.

⁴⁵ [Werte Freunde], Montevideo, 8. Mai 1931, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 79, Delo 151, Blatt 14 und 15, hier: Blatt 15.

⁴⁶ [Arthur Ewert an das Lateinamerikanische Sekretariat in Moskau], Montevideo, 12. Februar 1931, ebenda.

bisherigen Erfahrungen in der politischen Arbeit auf hoher und höchster Ebene und weiterer Aspekte vorgegeben.⁴⁷

Erst am 1. Mai 1931 konnte Arthur Ewert daher die erfolgte Abreise des ersten Schülers nach Moskau melden und mit gleicher Post ankündigen, daß drei weitere Schüler »in den nächsten Tagen« folgen würden.⁴⁸

Insgesamt besuchten im Verlaufe von knapp 20 Jahren 153 lateinamerikanische Kommunisten Kaderschulen der Komintern in der Sowjetunion, davon 122 die Internationale Lenin-Schule, die von 1926 bis 1938 bestand.⁴⁹ Die Zahl der Kursanten, die Lehrgänge des Südamerikanischen Sekretariats bzw. des Südamerikanischen Büros in Buenos Aires, Montevideo oder anderen Städten auf dem Subkontinent besuchten, ist nicht überliefert. Auf Grund des Fehlens entsprechender Unterlagen ist nicht einmal eine grobe Schätzung möglich.

Ein vierter Schwerpunkt der Tätigkeit des Südamerikanischen Büros war die Verwaltung der finanziellen Mittel, die von den Moskauer Gremien für die politische Arbeit auf dem Subkontinent bereitgestellt wurden.⁵⁰

Für das Kalenderjahr 1931 stand dem Südamerikanischen Büro ein Etat von 25.000 Goldrubeln zur Verfügung, zusätzlich dazu ein »Reservfonds« von 5.000 Goldrubeln für »Instruktionszwecke«, wie es in dem entsprechenden Beschluß der Politischen Kommission des Politischen Sekretariats des EKKI vom 23. Februar 1931 hieß.⁵¹ Ob in dieser Summe auch Mittel für die Mitgliedsparteien der Komintern in Südamerika enthalten waren oder ob das Geld ausschließlich für die Arbeit des Büros bestimmt war, ließ sich auf der Grundlage der überlieferten Dokumente nicht abschließend klären. Doch der weitere Text des Beschlusses legt die Vermutung nahe, daß zumindest ein Teil dieses Geldes an die Mitgliedsparteien weiterzuleiten war und daß das Südamerikanische Büro dabei nicht einmal Einfluß auf die Höhe der zu übergebenden Summe hatte: »Das Lateinamerikanische L[änder]S[ekretariat] wird beauftragt, zu-

⁴⁷ [Al Bureau Sud-Americano], Moskau, 23. November 1934, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 202, Blatt 111. Dieses Dokument stammt zwar aus dem Jahre 1934, doch es gibt keinen Grund anzunehmen, daß die vorgegebenen Kriterien im Jahre 1931 weniger streng waren.

⁴⁸ [Arthur Ewert an das Lateinamerikanische Sekretariat in Moskau], Montevideo, 1. Mai 1931, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 151, Blatt 13.

⁴⁹ 13 Absolventen der Moskauer Schulen waren bereits vor ihrer Entsendung Mitglieder des Politbüros ihrer Partei gewesen bzw. in einer vergleichbaren Funktion tätig. Weitere 14 Personen gelangten nach ihrer Rückkehr aus Moskau in eine solche Funktion. Vgl. dazu: Klaus Meschkat, Die Komintern in Lateinamerika. Biographie als Schlüssel zum Verständnis einer Weltorganisation, in: Michael Buckmiller und Klaus Meschkat (Hrsg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, S. 111-126, hier: S. 114.

⁵⁰ Auf einen fünften Schwerpunkt verwies Robert J. Alexander, der feststellte, daß das Südamerikanische Büro auch »die Tätigkeit aller Nebenorganisationen [überwachte], die von den verschiedenen Kommunistischen Parteien geschaffen worden waren, so die [örtlichen] Strukturen der Internationalen Roten Hilfe, der Kommunistischen Jugendinternationale, der Antiimperialistischen Liga und anderer.« Vgl. dazu: Robert J. Alexander, *Communism in Latin America*, New Brunswick 1957, S. 35. Das ist ohne Frage zutreffend, doch in den Briefen von Arthur Ewert aus Montevideo spielte diese Frage keine erkennbare Rolle.

⁵¹ [Für Sondermappe! Protokoll Nr. 123 der Sitzung der Politischen Kommission des Politischen Sekretariats des EKKI vom 23. Februar 1931], a.a.O. Ein vergleichbarer Beschluß für das Jahr 1932 war nicht auffindbar.

sammen mit dem Genossen Pjatnitzki die Summen festzusetzen, die das Büro zur Herausgabe von Zeitungen, Flugblättern usw. an die Parteien Brasiliens, Chiles und Argentinens zu übergeben hat.«⁵²

Der Beschluß macht auch deutlich, daß die Komintern nur über begrenzte finanzielle Mittel verfügte und daß die zuständigen Gremien in Moskau daher bemüht waren, diese Mittel auch effektiv einzusetzen. Eine Vergabe der Gelder mit der sprichwörtlichen »Gießkanne« fand – zumindest in Südamerika – ganz offensichtlich nicht statt.

Anders als allgemein vermutet, standen der Komintern für die Geldübermittlung an die Auslandsbüros und die Mitgliedsparteien in Südamerika keine besonders geschützten »Kanäle« zur Verfügung, im Gegenteil. Es wurden die damals allgemein üblichen offiziellen Verfahren des internationalen Geldtransfers genutzt, ohne daß man sich größere Mühe gab, die tatsächlichen Absender und Empfänger der Überweisungen zu verschleiern. So berichtete zum Beispiel Paulino González Alberdi, der Beauftragte des Südamerikanischen Büros in Chile, in einem Brief vom 5. August 1931 nach Montevideo nicht nur über die Tatsache, daß das von ihm dringend angeforderte Geld nicht rechtzeitig überwiesen wurde und daß deshalb, trotz der angespannten innenpolitischen Lage, keine Sicherheitsmaßnahmen für die Mitglieder der Parteiführung und für eine gefährdete Druckerei ergriffen werden konnten. Er empörte sich auch, und das wohl zu Recht, daß das vereinbarte Verfahren nicht eingehalten wurde, daß das Geld also an eine andere als die dafür vorgesehene Bank überwiesen wurde. Vor allem aber, so sein Bericht, hätten alle Einzelheiten des geplanten Geldtransfers – trotz seiner vorherigen nachdrücklichen Warnung – in einem postlagernden Brief an ihn gestanden, der erwartungsgemäß von der Polizei abgefangen worden war.⁵³

Sicher handelte es sich hier um ein sehr extremes Beispiel. Doch die von González Alberdi geschilderten Vorgänge machen dennoch deutlich, daß innerhalb der Komintern auch in der Frage der konspirativen Arbeit Anspruch und Wirklichkeit häufig sehr weit auseinanderklafften.

Anfang Mai 1932 endete der erste Aufenthalt von Arthur Ewert in Südamerika. Zwei Monate zuvor, am 4. März 1932, hatte die Politische Kommission des Politischen Sekretariats des EKKI beschlossen, dem »Vorschlag der Gen[ossen] Pjatnitzki und Kuusinen [zuzustimmen], den Gen[ossen] E[wert] nach China zu [ent]senden.«⁵⁴ Über die Hintergründe dieses Beschlusses ist nichts bekannt.

Wenige Tage nach diesem Beschluß sandte Sinani, also Georgi Skalow, der langjährige Leiter des Lateinamerikanischen Ländersekretariats in Moskau, einen ausführlichen Brief an die »Genossen Berger und López«, also Arthur Ewert und Nicolas Terreros in Montevideo. Darin bestätigte er der Spitze des Südamerikanischen Büros zwar, gegenüber den Kommunistischen Parteien des Subkontinents eine – im Sinne der

⁵² Ebenda.

⁵³ Carta de Paulino González Alberdi a la Comisión Sindical Latinoamericana en Montevideo, Santiago de Chile, 5 de agosto de 1931, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 106, Delo 25, so zitiert in: Olga Uliánova y Alfredo Riquelme Segovia (ed.), Chile en los archivos soviéticos 1922-1991, Tomo 2: Komintern y Chile 1931-195, Santiago de Chile 2005, S. 22.

⁵⁴ Protokoll Nr. 226 (B) der Sitzung der Polit[ischen] Kommission des Pol[itischen] S[ekretariats] des EKKI, [Moskau, 4. März 1932], RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 4, Delo 174, Blatt 4-7, hier: Blatt 6.

Komintern – grundsätzlich richtige politische Linie vertreten zu haben, kritisierte aber gleichzeitig verschiedene »organisatorische Fehler und Fehlgriffe«. Er schrieb: »Wir halten [es ...] für notwendig, [...] darauf hinzuweisen, daß es in der Praxis der Arbeit des Büros Momente gibt, welche die Entstehung schädlicher und durchaus nicht gerechtfertigter Reibungen begünstigen. So hat z.B. das »Auslandsbüro der KPA[argentinien]« in Montevideo zur Zuspitzung Ihrer Beziehungen zur argentinischen Leitung viel beigetragen. Nachdem es seine positive Rolle im Moment der Wirrnisse in der argentinischen KP nach dem Umsturz von 1930 gespielt hatte, hätte es entweder aufgelöst oder aber dem ZK der KPA nach der Organisierung desselben untergeordnet werden müssen. In der Erhaltung des Büros jedoch und noch dazu als eines vom ZK faktisch unabhängigen und parallel mit ihm existierenden Organs mußte das P[olit]-b[üro] der KPA mit Recht einen Versuch des Südamerikanischen Büros des EKKI erblicken, über den Kopf des in Argentinien befindlichen ZK die Partei leiten zu wollen. Ebenso wenig können solche Tatsachen als normal bezeichnet werden, wie die, daß das Südamerika-Büro unter Umgehung des ZK von Uruguay die aus der KP U[ruguays] ausgeschlossenen Arbeiter betreffs ihrer Wiederaufnahme in die Partei unmittelbar zusammengerufen hat. Es muß hervorgehoben werden, daß ein derartiger Modus ihrer Zusammenrufung sich durch keinerlei Erwägungen lokalen Charakters rechtfertigen ließ.

Beide erwähnten Fehler (auf andere hinzuweisen, halten wir für überflüssig) wurden zwar von Ihnen ausgebessert, sie bleiben jedoch hinreichend symptomatisch in dem Sinne, daß sie die schädliche Tendenz erkennen lassen, sich über den Kopf der ZK in das Leben der Parteien einzumischen und sie in einzelnen Teilfragen zu ersetzen. Ein Ausdruck dieser selben Tendenz ist auch die Veröffentlichung der letzten peruanischen Thesen im Namen des Südamerika-Büros des EKKI; hierzu, d.h. zu der Veröffentlichung in Ihrem Namen, lag gar keine Notwendigkeit vor. Es wäre politisch zweckmäßiger gewesen, sie im Namen des ZK der KP Peru zu veröffentlichen.

Solche und ähnliche organisatorische Fehler und Fehlgriffe rufen schädliche Reibungen hervor und erschweren [...] die Durchführung Ihrer politisch richtigen Anweisungen. Sie müssen daher auf die Nichtzulassung solcher Fehler in Ihrer weiteren Arbeit ernste Aufmerksamkeit lenken.«⁵⁵

Doch es ist es kaum anzunehmen, daß eine solche Kritik Anlaß für die Abberufung von Arthur Ewert gewesen war. Bereits in den Monaten und Jahren zuvor hatte es immer Hinweise auf politische und technisch-organisatorische Fehler in der Arbeit gegeben, die jedoch stets ohne personelle Konsequenzen blieben.⁵⁶

Es ist daher viel eher zu vermuten, daß die Entsendung von Arthur Ewert nach China eine Anerkennung seiner – im Sinne der damaligen Politik der Komintern – letztlich erfolgreichen Tätigkeit in Südamerika war: China war eines der ganz wenigen Länder auf der Welt, wo tatsächlich eine realistische Chance auf eine revolutionäre Umwälzung bestand.

⁵⁵ An das Südamerikanische Büro, Genossen Berger und Lopez, [Moskau], 10. März 1932, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 173, Blatt 10-12. Hier: Blatt 10 f.

⁵⁶ In dem Brief vom 10. März 1932 gab es keinerlei Hinweis auf die bevorstehende Versetzung von Arthur Ewert nach China.

Die Wochen und Monate nach ihrer Abreise aus Südamerika nutzten Arthur Ewert und seine Frau Elise, um Vorbereitungen für ihren Einsatz in China zu treffen: Mit Unterstützung der Führung der Kommunistischen Partei der USA, die dafür über einen speziellen, strikt konspirativ arbeitenden Apparat verfügte, beschafften sie sich echte US-amerikanische Pässe und weitere offizielle Dokumente, die sie für ihre geheime Arbeit im Fernen Osten benötigten.

Dazu war ein mehrmonatiger Aufenthalt in den USA unumgänglich. Deshalb hatten Arthur und Elise Ewert am 29. April 1932 beim US-amerikanischen Konsulat in Montevideo Einreisevisa für die USA beantragt, die noch am selben Tag erteilt wurden.

Am 7. Mai 1932 traten sie in Buenos Aires an Bord der »American Legion« die mehrwöchige Reise nach Nordamerika an. Zwischenaufenthalte gab es am 12. Mai 1932 in Rio de Janeiro und am 20. Mai 1932 in Trinidad, das damals zu Britisch-Westindien gehörte.

Am 25. Mai 1932 trafen Arthur und Elise Ewert in New York ein. Ausgestattet mit einem für 60 Tage gültigen Transitvisum konnten sie im Hafen der Stadt das Schiff problemlos verlassen und den Boden der USA betreten.

Rund 25 Jahre später, im Sommer und Herbst 1957, versuchte ein Untersuchungsausschuß des US-Senats, der sich mit dem »Umfang der sowjetischen Aktivitäten in den Vereinigten Staaten«, so der offizielle Untersuchungsauftrag, befaßte, die nachfolgenden Ereignisse zu rekonstruieren.⁵⁷ Dabei wurde festgestellt, daß die für diese Angelegenheiten zuständige Gesundheitsbehörde der Stadt New York am 29. Juni 1932 per Post eine Geburtsurkunde auf den Namen Harry Berger, geboren am 18. Februar 1892 in New York, an einen Harry Berger, wohnhaft in 814 East 181st Street, New York City, geschickt hatte.⁵⁸

Unter Vorlage dieser Geburtsurkunde beantragte eine Person, die sich Harry Berger nannte, am 20. Juli 1932 bei der Paßstelle der Stadt New York einen Reisepaß. Als seine Wohnanschrift gab der Antragsteller 2011 Mapes Avenue, New York, an. Er wurde von Harry S. Goodman, wohnhaft in 104 Avenue, Hollis, Staten Island, beglei-

⁵⁷ Auf Initiative von Senator Pat McCarran, dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses des US-Senats (United States Senate Judiciary Committee) wurde im Dezember 1950 ein Unterausschuß des US-Senats für Innere Sicherheit (United States Senate Subcommittee on Internal Security) eingerichtet, der Anfang 1951 seine Tätigkeit aufnahm. Zu seinem Untersuchungsauftrag gehörte die Feststellung des »Umfanges der sowjetischen Aktivitäten in den Vereinigten Staaten«. Letztlich ging es McCarran darum, den Regierungen der US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt (1933-1945) und Harry S. Truman (1945-1953) Versäumnisse hinsichtlich der inneren Sicherheit der USA nachzuweisen. Im Rahmen seiner Untersuchungen befaßte sich der Unterausschuß im Sommer und Herbst 1957 mit der Beschaffung von US-amerikanischen Pässen für »sowjetischen Agenten«. Aus den sehr umfangreichen Protokollen (etwa 400 Bände) war nicht zu erkennen, nach welchen Kriterien der Zeitplan des Unterausschusses aufgestellt wurde. Angesichts der veränderten Mehrheitsverhältnisse im US-Senat verlagerte sich der Schwerpunkt der Arbeit des Unterausschusses in den sechziger Jahren auf Fragen der Bürgerrechte. 1968 wurde er aufgelöst.

⁵⁸ Scope of Soviet activity in the United States: Hearing before the Subcommittee to Investigate the Administration of the Internal Security Act and Other Internal Security Laws of the Committee on the Judiciary, United States Senate, Eighty-fourth Congress, second session and Eighty-fifth Congress, first session, U.S. Government Print Office, Washington 1959, S. 1223 f. und S. 1234 sowie S. A80, A89 f., A104, A124, A129 und A134.

tet, der eidesstattlich erklärte, daß der Antragsteller tatsächlich der durch die Geburtsurkunde ausgewiesene Harry Berger sei. Da alle gesetzlichen Erfordernisse erfüllt waren, stellte die Paßbehörde den beantragten Paß mit der Nummer 542115 am 22. Juli 1932 aus. Der Inhaber des Passes, so war der beigefügten amtlichen Beschreibung zu entnehmen, war 5 Fuß und 8 Zoll groß, also etwa 1,74 Meter, hatte blondes Haar und blaue Augen: Arthur Ewert war nun im Besitz eines echten US-amerikanischen Passes, der sein Foto enthielt, aber auf den Namen Harry Berger ausgestellt war.

Die US-Behörden, die unmittelbar nach der Verhaftung von Arthur Ewert im Dezember 1935 in Brasilien damit begannen, die Herkunft des Passes zu untersuchen, konnten nur feststellen, daß der tatsächliche Harry Berger im Kindesalter verstorben war. Wie jedoch der spezielle Apparat der Kommunistischen Partei der USA auf den Namen dieses Harry Berger gekommen war, ließ sich nicht mehr ermitteln. Zwei Dinge sind bemerkenswert: Obwohl Arthur Ewert den Paß auf den Namen Harry Berger nachweislich erst im Sommer 1932 erhielt, hatte er, wie eingangs erwähnt, bereits seit Januar 1931 alle Schreiben an die Komintern, die er aus Montevideo absandte, mit dem Namen Berger unterzeichnet, allerdings ohne Angabe eines Vornamens. Und wenige Jahre nach der Verhaftung und Verurteilung von Arthur Ewert in Brasilien verwendete Gerhart Eisler, der seit Juni 1941 als politischer Flüchtling in den USA lebte, weil ihm die US-Behörden die Weiterreise nach Mexiko nicht gestatteten, den Namen Hans Berger als Pseudonym bei den Zeitungsartikeln, die er für die Presse der US-amerikanischen KP schrieb.⁵⁹ Allerdings gibt es keinen Hinweis darauf, daß Gerhart Eisler auch einen Paß auf den Namen Hans Berger besaß.⁶⁰

Am 8. August 1932 richtete Leon S. Cahn, Geschäftsführer der auf vielen Geschäftsfeldern tätigen »Construction Supplies Company of America« mit Sitz in der berühmten New Yorker Fifth Avenue, einen Brief an Harry Berger, in dem er diesen bevollmächtigte, seine Firma in Shanghai beim Verkauf von medizinischen und pharmazeutischen Produkten an chinesische Ärzte und Drogisten zu vertreten und dabei auch die Räumlichkeiten des offiziellen Büros der Firma in Shanghai zu nutzen.⁶¹

⁵⁹ Gegenüber der Öffentlichkeit behauptete Eisler allerdings, daß die unter dem Namen Hans Berger publizierten Zeitungsartikel nicht von ihm, sondern von dem damaligen außenpolitischen Redakteur des »Daily Worker« Joseph R. Starobin geschrieben worden seien. Er habe lediglich einige Gedanken und Überlegungen aus seiner deutschen Sicht beige-steuert, die Starobin dann verwendet hätte. Vgl. dazu: Ronald Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie, Berlin 2007, S. 185.

⁶⁰ Vgl. dazu auch: Ebenda, S. 162 f.

⁶¹ Es gibt keinen Hinweis darauf, daß Arthur Ewert seine Legende in Shanghai auch "lebte", also tatsächlich in der Öffentlichkeit als Handelsvertreter für pharmazeutische Produkte auftrat. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die OMS, die Abteilung für Internationale Verbindungen der Komintern, in den zwanziger Jahren in Shanghai die international agierende Firma »Metropolitan Trading Co.« verdeckt übernahm, um über diese Firma den illegalen Geldtransfer nach China abwickeln zu können. Die Firma handelte offiziell mit Pharmazeutika und besaß u.a. die Alleinvertriebsrechte für das Schmerzmittel »Togak« in China. Allerdings wurde die Firma bereits Ende 1931, also noch vor dem Eintreffen von Arthur Ewert in China, im Gefolge der sogenannten Noulens-Affäre, also der Verhaftung und Verurteilung des vormaligen Chefs der OMS in China, aus Sicherheitsgründen liquidiert. Vgl. dazu: Frederick S. Litten, The Noulens Affair, in: The China Quarterly, No. 138. (June 1994), S. 492-512, hier: S. 500 f.

Ganz offensichtlich verfügte der spezielle Apparat der Kommunistischen Partei der USA über alle notwendigen Kontakte, um auch die besonderen Wünsche der Komintern in Moskau erfüllen zu können.

Im Falle von Elise Ewert gab es jedoch offensichtlich Probleme. Es war nicht möglich, für sie ebenfalls einen Paß auf den Namen Berger zu beschaffen, obwohl Arthur und Elise Ewert auch nach China als Ehepaar reisen wollten. Hier wurde eine andere Lösung gefunden, und dabei war es von Nutzen, daß Elise Ewert seit ihrer Kindheit fließend Polnisch sprach.

Eine Machla Lenczycki, geboren am 22. Februar 1896 in Lodz im heutigen Polen und am 11. September 1928 in den USA eingebürgert, stellte – wissentlich oder unwissentlich – ihre Einbürgerungsurkunde mit der Nummer 2555845 zur Verfügung, mit deren Hilfe Elise Ewert am 9. August 1932 in der Paßbehörde der Stadt New York einen Reisepaß beantragte.⁶² Ihr Paß mit der Nummer 547327 wurde am 10. August 1932 ausgestellt.

Mitte August 1932 waren Arthur und Elise Ewert also mit allen erforderlichen Papieren ausgestattet und konnten ihre Reise nach China fortsetzen. An Bord der »Chichibu Maru«, einem modernen japanischen Passagierschiff, das zu jener Zeit im Linienverkehr zwischen den USA und Asien eingesetzt wurde, verließen sie am 25. August 1932 als Harry Berger und Machla Lenczycki San Francisco und trafen nach knapp dreiwöchiger Überfahrt am 13. September 1932 in Shanghai ein.

⁶² Bei einem Verhör durch die US-Bundespolizei FBI im Januar 1936 erklärte die tatsächliche Machla Lenczycki, daß sie ihre Einbürgerungsurkunde bei einem ihrer zahlreichen Umzüge offensichtlich verloren hätte. Das FBI war nicht in der Lage, diese Behauptung zu widerlegen.

Kapitel 18: Der »Ritter der Hoffnung«

In einem Artikel unter dem Titel »Eine Wahl, vor 50 Jahren getroffen«, den die Zeitschrift »Probleme des Friedens und des Sozialismus«¹ im Januar 1973 aus Anlaß seines 75. Geburtstages veröffentlichte, berichtete Luiz Carlos Prestes, der legendäre »Ritter der Hoffnung« und langjährige Generalsekretär der brasilianischen Kommunistischen Partei², wie er Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre seinen Platz in der kommunistischen Bewegung fand. Prestes schrieb: »Damals trat in mein Leben ein Mann, ein Kommunist, der mir half, den richtigen Weg zu beschreiten, auf die Vorteile, mit denen mich die Platzhalter des Imperialismus und Latifundismus zu verführen suchten, ein für allemal zu verzichten, mich von fremden Einflüssen freizumachen und Soldat der konsequent revolutionären Abteilung – der kommunistischen und Arbeiterbewegung – zu werden. Das war Genosse Rústico.«³

Der Name von Arthur Ewert fand in dem Artikel keine Erwähnung. Man könnte diese Tatsache zweifellos mit einem in Jahrzehnten eingeübten und zur zweiten Natur gewordenen Verhaltensmuster erklären – der bedingungslosen Geheimhaltung »sensibler« Informationen. Schließlich hatte Prestes auch im Falle von »Rústico«, also Abram Guralski, nur den Decknamen genannt, unter dem der damalige Abgesandte der Komintern ein knappes halbes Jahrhundert zuvor in Südamerika agiert hatte, nicht aber den Namen, unter dem sein längst verstorbener Genosse inzwischen auch in der einschlägigen Literatur bekannt war.

Doch hatte sich Prestes zu der Zeit, als der Artikel entstand, bereits mehrfach in der Öffentlichkeit zu Arthur Ewert und dessen Andenken bekannt.

So hatte er am 25. März 1972 in einem Beitrag für die maßgebliche DDR-Tageszeitung »Neues Deutschland« aus Anlaß des 50. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Brasiliens geschrieben: »Arthur Ernst Ewert [...] und] seine Frau Elise verkörpern für immer die engen Bande des proletarischen Internationalismus, der Begeisterung und der revolutionären Hingabe, der höchsten Opferbereitschaft, die deutsche und brasilianische Kommunisten im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, gegen das imperialistische Joch und für den Fortschritt in Brasilien vereinten.«⁴

¹ Die Zeitschrift »Probleme des Friedens und des Sozialismus« war in einem gewissen Sinne ein letztes »Lebenszeichen« der Kommunistischen Internationale. Sie war die deutschsprachige Ausgabe der in Prag ansässigen internationalen Zeitschrift »World Marxist Review«, die zwischen 1958 und 1990 erschien. Auf ihrem Höhepunkt erreichte sie eine Auflage von ca. 500.000 Exemplaren, die in 41 Sprachen in 145 Ländern verbreitet wurde. Sie war die gemeinsame theoretische und ideologische Zeitschrift der von Moskau geführten kommunistischen und Arbeiterparteien in aller Welt. Die Herausgabe war auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau im November 1957 vereinbart worden.

² Im Rahmen einer politischen und juristischen Kampagne zur Legalisierung der Partei benannte sich die Kommunistische Partei Brasiliens im September 1960 in Brasilianische Kommunistische Partei um. Die portugiesischsprachige Abkürzung »PCB« wurde beibehalten. Im Februar 1962 spaltete sich ein stalintrouer Flügel ab und konstituierte sich unter dem ursprünglichen Namen als Kommunistische Partei Brasiliens, verwendete aber in der Folge die portugiesischsprachige Abkürzung »PC do B«.

³ Luiz Carlos Prestes, Eine Wahl, vor 50 Jahren getroffen, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Januar 1973, S. 104-110, hier: S. 108.

⁴ Neues Deutschland, Berlin (DDR), 25. März 1972.

Und wenige Tage später, am 7. April 1972, hatte er während eines Aufenthaltes in der DDR im Rahmen des offiziellen Programms die Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde besucht und dort, wie es am folgenden Tag im »Neuen Deutschland« hieß, »an der letzten Ruhestätte seines langjährigen Kampfgefährten Arthur Ewert« ein Blumengebinde niedergelegt.⁵

Daher ist die Vermutung naheliegend, daß sich die entscheidenden Entwicklungen bei der »Wandlung von Luiz Carlos Prestes zum Kommunisten«⁶ tatsächlich bereits vollzogen hatten, als sich Luiz Carlos Prestes und Arthur Ewert im Januar 1931 in Montevideo zum ersten Mal trafen.

Luiz Carlos Prestes wurde am 3. Januar 1898 in Porto Alegre, der Hauptstadt des brasilianischen Bundesstaates Rio Grande do Sul, geboren. Sein Vater Antônio Pereira Prestes war Offizier. Er konnte den Entwicklungsweg seines Sohnes jedoch kaum beeinflussen, denn er starb, als Luiz Carlos Prestes gerade erst zehn Jahre alt war. Die entscheidende Rolle spielte daher die Mutter Leocádia Pereira Prestes, eine Grundschullehrerin, die nach dem frühen Tod ihres Mannes gezwungen war, ihre fünf Kinder allein großzuziehen. Sie setzte durch, daß ihr einziger Sohn, trotz der prekären finanziellen Verhältnisse, in denen die Familie nun lebte, ein Studium absolvierte. Prestes schilderte viele Jahre später, wie sie diesem Wunsch Nachdruck verlieh: »Wir können [den finanziellen Problemen] noch eine Zeitlang Widerstand leisten. Du mußt studieren, solange Du noch jung bist.«⁷ Doch nicht nur ihr Sohn, auch ihre vier Töchter erhielten eine berufliche Ausbildung.⁸

Der einzige Weg, der Luiz Carlos Prestes unter den gegebenen Bedingungen offenstand, war eine militärische Laufbahn. So trat er im Jahre 1909 im Alter von gerade erst elf Jahren in eine Kadettenanstalt in Rio de Janeiro ein, das »Colégio Militar« im Stadtteil Tijuca. Mit 18 Jahren wechselte er an eine Offiziersschule des brasilianischen Heeres, die sich in Realengo befand, einem anderen Viertel der damaligen Hauptstadt

⁵ Ebenda, 8. April 1972.

⁶ Vgl. dazu: Jürgen Mothes, Briefe aus Montevideo. Arthur Ewert und die Wandlung von Luiz Carlos Prestes zum Kommunisten, in: Jürgen Mothes, Lateinamerika und der »Generalstab der Weltrevolution«. Zur Lateinamerika-Politik der Komintern, herausgegeben von Klaus Meschkat und Olaf Kirchner, Berlin 2010, S. 25-62.

⁷ Edgard Carone, Luiz Carlos Prestes. Entrevista, in: Revista Novos Rumos, No. 33 (1999), S. 3-40, hier: S. 4. Das Interview war ein Auszug aus einem längeren Gespräch mit Prestes im März 1982, bei dem wahrscheinlich auch die Historikerinnen Marly de Almeida Gomes Vianna und Anita Leocádia Prestes, die Tochter von Prestes und Olga Benario, anwesend waren. Von diesem und weiteren Gesprächen, die zwischen 1981 und 1983 geführt wurden, wurden Tonbandabschriften angefertigt, die in zahlreichen Publikationen in unterschiedlicher Weise Verwendung fanden. Die Tonbandabschriften wurden von Prestes allerdings nicht autorisiert. Bemerkenswert ist, daß Prestes in diesen und zahlreichen weiteren Interviews, die in gedruckter Form oder als Film- bzw. Videoaufzeichnungen überliefert sind, für bestimmte Sachverhalte stets nahezu wortgleiche Formulierungen verwendete, daß er bestimmten Fragen konsequent auswich und daß er regelmäßig Aussagen wiederholte, die ganz offensichtlich falsch waren, ihm aber aus unterschiedlichen Gründen opportun erschienen. So berichtete er immer wieder über seine angebliche Teilnahme am VII. Weltkongreß der Komintern im Juli und August 1935 in Moskau, obwohl er sich zu dieser Zeit nachweislich in Rio de Janeiro aufhielt. Eine interessante quellenkritische Betrachtung über die Interviews von Luiz Carlos Prestes findet sich bei Marly de Almeida Gomes Vianna, *Revolucionários de 1935. Sonho e realidade*, São Paulo 2007, S. 24 ff.

⁸ Vgl. dazu: Lygia Prestes, Leocádia Prestes. *Mãe Coragem*, Petrópolis 2006.

Brasiliens. Dort erhielt er nicht nur eine militärische Ausbildung, sondern er konnte auch ein naturwissenschaftlich und mathematisch ausgerichtetes Ingenieurstudium absolvieren.

Seine vierjährige Ausbildung endete im Jahre 1920 mit der Ernennung zum Offizier und der Übergabe eines Diploms in Mathematik und Physik, das auch im zivilen Leben Anerkennung fand.

Als einer der besten Absolventen seines Jahrganges konnte sich der junge Leutnant Luiz Carlos Prestes seine nun folgende Aufgabe aussuchen. Er entschied sich, in der Hauptstadt Rio de Janeiro zu bleiben und bei der brasilianischen Eisenbahngesellschaft als Angehöriger einer militärischen Einheit für den Eisenbahnbau zu arbeiten.

Zu dieser Zeit, so sein späterer Bericht, war er in keiner Weise an Politik interessiert, er las nicht einmal eine Tageszeitung. Doch er wurde sehr schnell in die Debatten der jungen Offiziere, der »Tenentes«, also der »Leutnants«, hineingezogen, die – eher unbewußt als bewußt – angesichts der politischen und wirtschaftlichen Krise Brasiliens im Gefolge des Ersten Weltkrieges eine grundlegende Modernisierung ihres Landes wollten.⁹

Der Konflikt brach auf, als sich bei den Präsidentschaftswahlen am 1. März 1922 der Kandidat der Konservativen, Artur da Silva Bernardes, durchsetzte, der als die Inkarnation eines alten, nicht mehr zeitgemäßen Brasiliens galt.¹⁰ Eine Gruppe junger Offiziere, zu denen auch Luiz Carlos Prestes gehörte, bereitete daraufhin einen bewaffneten Aufstand vor, um so ein Signal gegen den bevorstehenden Amtsantritt des verhaßten Politikers als Staatspräsident zu setzen.¹¹

Ihre Aktion am 5. Juli 1922 im Fort von Copacabana in Rio de Janeiro scheiterte. Doch sie wurde zur symbolträchtigen Geburtsstunde des »Tenentismo«, einer politischen Bewegung zumeist junger Offiziere, die bis Mitte der dreißiger Jahre ein wichtiger Faktor der brasilianischen Politik war und lange darüber hinaus das Denken und Handeln lateinamerikanischer Militärs beeinflusste.¹²

Prestes hatte den 5. Juli 1922 wegen einer Typhuserkrankung auf dem Krankenlager verbringen müssen, eine Tatsache, die er auch nach Jahrzehnten nur sehr unwillig akzeptierte. Er betonte deshalb immer wieder, daß er zwar dank der Verschwiegenheit seiner Mitverschwörer von strafrechtlichen Konsequenzen verschont blieb, daß er aber – wegen eines dringenden Verdachts, den seine Vorgesetzten gegen ihn hegten,

⁹ Vgl. dazu: Vavy Pacheco Borges, *Tenentismo e revolução brasileira*, São Paulo 1992, und: Maria Helena Simões Paes (coordenação), *Uma trama revolucionária? Do tenentismo à revolução de 30*, São Paulo 1990, sowie: Anita Leocádia Prestes, *Os militares e a reação republicana. As origens do tenentismo*, Petrópolis 1994.

¹⁰ In der brasilianischen Geschichtsschreibung setzte sich für die Zeit von 1889 bis 1930 der Begriff der »Alten Republik« durch, die nachfolgende Periode wird folglich als »Neue Republik« bezeichnet.

¹¹ Erstaunlicherweise fanden die Präsidentschaftswahlen zu jener Zeit regulär am 1. März statt, während die Amtseinführung des neugewählten Präsidenten erst mehr als acht Monate später, am 15. November, dem Jahrestag der Proklamation der Republik, erfolgte.

¹² Das wahrscheinlich markanteste Beispiel gaben die Offiziere um Juan Velasco Alvarado, die im Oktober 1968 in Peru die Macht übernahmen und eine »Entwicklungsdictatur« errichteten, in deren Rahmen umfassende politische und wirtschaftliche Reformen in Angriff genommen wurden. Das Projekt endete mit einem Gegenputsch im Jahre 1975.

ohne jedoch gerichtsverwertbare Beweise zu haben – trotzdem strafweise in eine entlegene Kleinstadt im Bundesstaat Rio Grande do Sul versetzt wurde.

In den folgenden zwei Jahren kam es in verschiedenen (südlichen) Landesteilen Brasiliens wiederholt zu kleineren Aufständen der »Tenentistas«, die schließlich am 5. Juli 1924, dem zweiten Jahrestag der Ereignisse von Rio de Janeiro, in der »Revolution von 1924« in São Paulo gipfelten. Dieser Aufstand dauerte mehr als drei Wochen, in deren Verlauf Staatspräsident Bernardes wiederholt zivile Wohngebiete von Flugzeugen aus bombardieren ließ.¹³

Angesichts der drohenden militärischen Niederlage zogen sich die Aufständischen Ende Juli 1924 aus São Paulo zurück und begannen einen Marsch in Richtung Süden, wo sie sich mit Aufständischen aus anderen Landesteilen zusammenschließen wollten.

In dem bereits zitierten Artikel aus dem Januar 1973 berichtete Prestes: »Da wir vom Aufstand in São Paulo verspätet erfuhren, konnten wir einige im Bundesstaat Rio Grande do Sul stationierte Einheiten erst am 29. Oktober [1924], d. h. um Monate später, zum Aufstand veranlassen. Bedrängt von den Regierungstruppen, setzten sich unsere Truppenteile nach Norden in Bewegung und vereinigten sich mit den Aufständischen aus São Paulo. Aus den verbliebenen Kräften (viele hatten zu dieser Zeit den Kampf aufgegeben) wurde eine Kolonne gebildet, die mehr als 1.000 Mann stark, aber schlecht bewaffnet war und kaum Munition besaß.¹⁴ Die Kolonne sollte – das war unser Plan – Kräfte der Reaktion fesseln und auf diese Weise unseren Kameraden in der Hauptstadt helfen, das Staatsoberhaupt zu stürzen. Zu jener Zeit hatten wir keine anderen politischen oder sozialen Ziele.«¹⁵

Dieses von Prestes geschilderte Zusammentreffen von aufständischen Truppen aus den Bundesstaaten São Paulo und Rio Grande do Sul fand am 12. April 1925 nahe der Stadt Foz do Iguaçu im Bundesstaat Paraná statt. Dort konstituierte sich die »Erste Revolutionäre Division«, die sehr bald unter dem Namen »Coluna Prestes« berühmt und legendär wurde.¹⁶

In den folgenden rund zwei Jahren legte die Kolonne kämpfend einen Weg von mehr als 25.000 Kilometern zurück. Die anfangs rund 1.500 Angehörigen der »Coluna« durchquerten dabei dreizehn brasilianische Bundesstaaten. Luiz Carlos Prestes berichtete: »Die Taktik der schnellen Märsche, bei der wir Zusammenstößen mit überlegenen Kräften des Gegners auswichen und mit Überraschungsangriffen feindliche Truppenteile demoralisierten sowie Waffen und Munition erbeuteten, zeigte, daß es

¹³ Vgl. dazu: Ilka Stern Cohen, *Bombas sobre São Paulo. A Revolução de 1924*, São Paulo 2007.

¹⁴ In der einschlägigen Literatur wird übereinstimmend von ca. 1.500 Angehörigen der »Coluna Prestes« berichtet. Entweder handelte es sich hier um einen Schreib- bzw. Druckfehler oder die Zahl von ca. 1.000 Mann bezog sich ausschließlich auf die aus Rio Grande do Sul kommenden Truppen, die von Prestes im April 1925 in die »große« Kolonne eingebracht wurden und sich mit den ca. 500 Mann aus dem Bundesstaat São Paulo zusammenschlossen.

¹⁵ Luiz Carlos Prestes, a.a.O., S. 105.

¹⁶ Die »Erste Revolutionäre Division« bestand aus den beiden Brigaden »São Paulo« (»Coluna Paulista«) und »Rio Grande« (»Coluna Gaúcha«). Sie stand zunächst unter dem Befehl von Miguel Costa, der als Major der ranghöchste Offizier war. Luiz Carlos Prestes, damals Hauptmann, wurde Stabschef. Angesichts der Tatsache, daß Prestes über die größeren Fähigkeiten als Offizier verfügte und ein höheres Ansehen unter den Angehörigen der »Coluna« genoß, übernahm Prestes in der Folge de facto das Kommando.

Aufständischen unter den Bedingungen Brasiliens möglich war, lange Zeit hindurch zu operieren. [... Wir] führten Hunderte von Gefechten, ohne daß uns von den Regierungskräften auch nur ein einziges Mal eine Niederlage beigebracht wurde, obgleich sie zahlenmäßig zeh- und zwanzigfach überlegen waren und die Unterstützung der Behörden der Staaten und Gemeinden sowie der vielen örtlichen Caudillos genossen.«¹⁷

Auch den besten Kommandeuren des brasilianischen Heeres, unter ihnen nicht weniger als 18 Generäle, gelang es nicht, der »Unbesiegbaren Kolonne«, wie die »Coluna Prestes« wegen ihrer militärischen Erfolge auch genannt wurde, eine Niederlage zu bereiten, im Gegenteil. Sie mußten selbst regelmäßig schwere Verluste an Menschen und Material bei den von ihnen befehligten Truppen hinnehmen.¹⁸

Tatsächlich war die Geschichte der »Coluna Prestes« vor allem eine Geschichte großer und kleiner militärischer Aktionen. Denn ein wirkliches strategisches Ziel verfolgten die Angehörigen der Kolonne nicht. Folglich gab es auch zu keinem Zeitpunkt ernsthafte politische Debatten, in denen über das weitere Vorgehen gestritten wurde oder auch nur die während des Marsches gemachten Erfahrungen diskutiert wurden.

»Während des Marsches durch das Landesinnere«, so der weitere Bericht von Luiz Carlos Prestes, »erlebten wir bei der Konfrontation mit der brasilianischen Wirklichkeit eine Art psychologischen Schocks. Aus dem städtischen Kleinbürgertum hervorgegangen und lange Zeit chauvinistischer Propaganda ausgesetzt, hatten wir ganz verkehrte Vorstellungen vom Leben in unserem Lande. Daher erschütterten uns zutiefst die Rückständigkeit und die Armut der Bevölkerung, die von einer Handvoll Latifundisten erbarmungslos unterdrückt wurde. Wir von der Kolonne entdeckten plötzlich, daß in dem riesigen und reichen Brasilien ein bedeutender Teil der Bauern nicht ein Fleckchen Land besitzt und auf den Ländereien der Großgrundbesitzer leben muß, deren Willkür völlig ausgeliefert und ohne Möglichkeit, sich bei irgend jemand zu beschweren, weil die örtlichen Amtspersonen entweder mit den Latifundisten verwandt oder von ihnen abhängig waren. In den entlegenen Bezirken galten weder Verfassung noch Gesetz.«¹⁹

Ende 1926 setzte sich in der Führung der »Coluna Prestes« die Erkenntnis durch, daß die Kolonne zwar in allen Kämpfen unbesiegt geblieben war, daß es aber nicht gelang, trotz der Not und des Elends auf dem Lande, die Bevölkerung zu eigenem Handeln zu mobilisieren oder auch nur eine nennenswerte Zahl neuer Mitkämpfer zu gewinnen.²⁰

¹⁷ Luiz Carlos Prestes, a.a.O.

¹⁸ Vgl. dazu: Anita Leocádia Prestes, Luiz Carlos Prestes. Patriota, revolucionário, comunista, São Paulo 2006, S. 24.

¹⁹ Luiz Carlos Prestes, a.a.O., S. 105 f.

²⁰ Unter Berufung auf Lourenço Moreira Lima, der als Sekretär am gesamten Marsch der »Coluna Prestes« teilgenommen hatte, schrieb Leôncio Basbaum: »Die Wahrheit ist, daß die Kolonne in Wirklichkeit nichts tat und nichts versuchte, um mit der Bevölkerung in den abgelegenen Regionen des Landes in Kontakt zu kommen, sie über ihre tatsächlichen Ziele und Absichten aufzuklären, sich über ihre Sorgen und Forderungen zu informieren. [Die Angehörigen der Kolonne] waren nicht wirklich bereit, sich in den Dienst der Bevölkerung zu stellen und die Bevölkerung so auf ihre Seite zu ziehen. Man sah oder spürte nicht einmal das Problem des Bodens. Die Kolonne war das Ergebnis einer städtischen Revolte, von Stadtbewohnern, denen die Probleme auf dem Land vollkommen

Angesichts des Fehlens eines klaren politischen Zieles machten sich unter den gegebenen Bedingungen erste Auflösungserscheinungen bemerkbar.²¹ Prestes, so erklärte er später, hatte die Sorge, daß nicht wenige seiner Mitkämpfer zu »Räubern und Banditen entarten« würden, wenn es nicht gelänge, den Marsch der Kolonne in geordneter Form zu beenden.²²

Am 3. Februar 1927 überquerte die »Coluna Prestes« deshalb die Grenze zu Bolivien, wo alle Soldaten und Offiziere zunächst interniert wurden, in der Folge aber ausnahmslos politisches Asyl erhielten.²³

Bereits in den ersten Tagen des Exils in Bolivien, so die Erinnerung von Prestes, erhielt er Besuch von Rafael Correia de Oliveira, einem Cousin des späteren brasilianischen Medienmoguls Assis Chateaubriand, der gerade begonnen hatte, seinen Pressekonzern aufzubauen.

Auch Chateaubriand war ein erklärter politischer Gegner von Präsident Bernardes gewesen. Er hatte deshalb seinen Cousin beauftragt, die »Coluna Prestes«, die ja ihre Ursprünge im Widerstand gegen Bernardes und dessen Politik hatte, auf ihrem Marsch durch Brasilien, wo immer das möglich war, zu begleiten und über diesen Marsch zu berichten. So war es in nicht geringem Maße das Verdienst von Chateaubriand, daß die brasilianische Öffentlichkeit – sehr zum Unwillen der Regierung – mehr oder weniger regelmäßig über die »Coluna Prestes« informiert wurde.²⁴

Als sich Luiz Carlos Prestes und Rafael Correia de Oliveira am 27. Februar 1927 in Bolivien trafen, kannten sie sich also bereits seit mehreren Jahren, und zwischen beiden Männern bestand offensichtlich ein gewisses Vertrauensverhältnis. Denn Correia de Oliveira kannte den dringenden Wunsch von Prestes, die tieferen Ursachen des grenzenlosen Elends zu verstehen, das die Angehörigen der Kolonne bei ihrem Marsch durch Brasilien Tag für Tag aus nächster Nähe erlebt hatten und gegen das sie keine Lösung wußten. So brachte er seinem Gastgeber eine große Anzahl sehr verschiedener Bücher mit, in denen sich Antworten auf die Fragen von Prestes finden sollten. In der Mehrzahl handelte es sich dabei um Veröffentlichungen von zeitgenössischen brasilianischen Intellektuellen unterschiedlicher politischer Richtung. Selbst ein Buch von Plínio Salgado, dem späteren Führer der »Grünhemden«, der brasilianischen Faschisten, war darunter. Aber Correia de Oliveira brachte Prestes auch das

fremd waren.« Vgl. dazu: Leôncio Basbaum, *História Sincera da República. De 1889 a 1930*, São Paulo 1957, S. 239.

²¹ Am 15. November 1926 schied Staatspräsident Bernardes nach vierjähriger Amtszeit aus dem Amt. Damit war ein wichtiges Ziel der »Tenentistas« erreicht, auch wenn es nicht gelungen war, Bernardes zu stürzen. Sein Nachfolger wurde Washington Luís, der umgehend bemüht war, die durch die Politik seines Vorgängers aufgeheizte politische Atmosphäre im Lande abzukühlen.

²² Luiz Carlos Prestes, a.a.O., S. 106.

²³ Die bedingungslose Gewährung von politischem Asyl hat in Lateinamerika eine lange politische und juristische Tradition. Bereits 1889 wurde in Montevideo in einem internationalen Strafrechtsabkommen die Unantastbarkeit des Asyls für politisch Verfolgte vereinbart. Es handelte sich dabei um die weltweit erste anerkannte Schutzklausel auf diesem Teilgebiet des internationalen Rechts.

²⁴ Vgl. dazu: Júlia Matos, *A Inversão da Imagem da Coluna Prestes na Imprensa: de revoltosos para heróis*, in: Elvo Clemente (organizador), *Integração. História, Cultura e Ciência 2003*, Port Alegre 2004, S. 184-193, hier: S. 186.

»Kommunistische Manifest« von Marx und einige Sammelbände mit Texten von Lenin in französischer Sprache mit.

In der zweiten Dezemberhälfte 1927 traf sich Luiz Carlos Prestes erstmals mit einem führenden Mitglied der Kommunistischen Partei Brasiliens. Im bolivianischen Puerto Suárez, wo er zu dieser Zeit lebte, erhielt er Besuch von Astrojildo Pereira, dem Mitbegründer und damaligen Generalsekretär der Partei.

In der Führung der Kommunistischen Partei Brasiliens hatte man bereits im Jahre 1925 damit begonnen, in Erwartung einer »dritten Revolte« bzw. »dritten Revolution« – nach 1922 und 1924 –, über ein »strategisches Bündnis« mit dem Kleinbürgertum, verkörpert durch die »Coluna Prestes«, nachzudenken. Trotzdem hatte sich Pereira gegen starke Kräfte innerhalb der Parteiführung durchsetzen müssen, die aus Furcht vor dem potentiell großen Einfluß von Prestes auf die Geschicke der Partei jeden noch so vorsichtigen Kontakt zu dem in ganz Brasilien überaus populären Rebellen und Politiker ablehnten.²⁵

Pereira wollte Möglichkeiten sondieren, die »Anstrengungen im Hinblick auf gemeinsame Ziele zu koordinieren«, wie er später schrieb. Es ging ihm um das »Problem einer politischen Allianz zwischen den Kommunisten und den Kräften der »Kolonne Prestes« bzw. – in allgemeineren Worten – um eine Allianz zwischen dem revolutionären Proletariat unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei Brasiliens und den übrigen Volksmassen, insbesondere den Bauern, unter dem Einfluß der »Kolonne« und ihres Kommandeurs.«²⁶

»Wir verbrachten«, so der Bericht von Luiz Carlos Prestes über das Treffen mit Astrojildo Pereira, »drei Tage gemeinsam. Tag und Nacht. Wir spannten die Hängematten auf, jeder lag in seiner Hängematte, und wir unterhielten uns. Allerdings war Astrojildo sehr schweigsam. Vor allem wollte ich von ihm möglichst viel über die Sowjetunion erfahren. Wie war es mit dem Handel? Hatten sie dort Geld? Ich wußte von alledem nichts. Und er war ja erst kurz zuvor dort gewesen. Es gelang mir schließlich, ihm einige Sätze abzuringen. Doch er war mehr daran interessiert, meine Auffassungen kennenzulernen. [...] Natürlich hatte er mir einige marxistische Bücher gebracht, Bücher von Lenin. Ich erinnere mich aber nicht mehr, welche es waren. Und Bücher und Broschüren der Partei. [...] Am 2. oder 3. Januar 1928 brachte die Zeitung »A Esquerda« [...] ein Interview von Astrojildo mit mir. Er hatte unsere Gespräche in Form eines Interviews wiedergegeben. Er vertrat darin die Meinung, daß sich unsere Auffassungen mehr oder weniger ähneln würden und daß wir gemeinsam marschieren könnten.«²⁷

Tatsächlich handelte es sich nicht um ein gewöhnliches Interview. Die Zeitung »A Esquerda«, die in der Hauptstadt Rio de Janeiro erschien und in dem Ruf stand, eine Zeitung der »Tenentistas« zu sein, hatte den 30. Geburtstag von Luiz Carlos Prestes am 3. Januar 1928 zum Anlaß genommen, in einer mehrteiligen Artikelserie ein Porträt des Kommandeurs der unbesiegten »Coluna Prestes« zu zeichnen und Prestes

²⁵ Vgl. dazu: Boris Goldenberg, Kommunismus in Lateinamerika, Stuttgart, Berlin (West), Köln und Mainz 1971, S. 201.

²⁶ Astrojildo Pereira, Ensaios históricos e políticos, São Paulo 1979, S. 129, so zitiert in: José Antônio Segatto, Do tenentismo ao comunismo, in: Revista Novos Rumos, No. 28 (1992), S. 65-73, hier: S. 67.

²⁷ Edgard Carone, a.a.O., S. 7.

gleichzeitig die Möglichkeit zu geben, seine politischen Auffassungen darzulegen und zu erläutern.²⁸

Im Rahmen dieser Artikelserie wurde Luiz Carlos Prestes – wohl von Astrojildo Pereira – erstmals als »Ritter der Hoffnung« bezeichnet, ein Ehrenname, der die Zeiten überdauert hat.²⁹

Doch ungeachtet der öffentlichen Würdigung von Luiz Carlos Prestes durch Astrojildo Pereira überwogen zu diesem Zeitpunkt ganz offensichtlich die inhaltlichen Differenzen. Die Forderung der Kommunisten nach einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel war für Prestes zu diesem Zeitpunkt noch zu weitgehend. Den Kommunisten wiederum war das »Programm« von Prestes mit der Forderung nach tatsächlich geheimen Wahlen, einer allgemeinen und umfassenden Alphabetisierung und Pressefreiheit sowie »sozialer Gerechtigkeit« und einer »Verbesserung der Lage der Arbeiter« in einem ganz allgemeinen Sinn – aus nachvollziehbaren Gründen – nicht radikal genug.³⁰

Der Kontakt war hergestellt, doch das von Pereira angestrebte »engere Zusammengehen« der Kommunisten mit Prestes kam vorerst nicht zustande.

Prestes blieb etwa ein Jahr in Bolivien. Auch nach dem Ende des Marsches der »Coluna Prestes« fühlte er sich für seine früheren Mitkämpfer in der Kolonne verantwortlich. Er war deshalb vor allem damit befaßt, sich um Unterkunft und Arbeit für sie zu kümmern und später, nach einer Amnestie in Brasilien, für ihre schnelle Repatriierung zu sorgen. Als ehemaligem Führer der »Coluna Prestes« und »fahnenflüchtigem« Offizier war ihm selbst jedoch die Rückkehr nach Brasilien verwehrt.

Anfang 1928 ließ sich Luiz Carlos Prestes in Buenos Aires, der Hauptstadt Argentiniens, nieder. Zahlreiche Freunde aus den Reihen der »Tenentistas« hatten ihn zu diesem Schritt gedrängt, weil sie bestrebt waren, von Argentinien aus eine »Revolution« in Brasilien vorzubereiten. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte sich Prestes in seinen politischen Auffassungen bereits weit von seinen einstigen Weggefährten entfernt, auch wenn die beiderseitigen Beziehungen – vor allem getragen von Loyalität und alter Verbundenheit – vorerst fortbestanden.

Unmittelbar nach seiner Ankunft in Buenos Aires, so berichtete Luiz Carlos Prestes später, habe er sich zum Sitz der KP Argentiniens begeben. Dort habe er eine Reihe von Büchern und Broschüren gekauft und ein Abonnement der damaligen Parteizeitung »La Internacional« abgeschlossen. Kontakt zur Führung der Partei habe er nicht gesucht. Erst einige Zeit später habe es mehrere Treffen mit Victorio Codovilla und Rodolfo Ghioldi gegeben, die jedoch keinerlei Interesse gezeigt hätten, ihn für die Kommunistische Partei Argentiniens zu gewinnen. Denn die Haltung der argentinien-

²⁸ Vgl. dazu: Nelson Werneck Sodré, *História da imprensa no Brasil*, Rio de Janeiro 1999, S. 322 f. Pedro Mota Lima, der Chefredakteur von »A Esquerda«, war erklärter Sympathisant der Kommunistischen Partei Brasiliens und wurde später sogar Mitglied. Die Zeitung »A Esquerda« ist nur sehr unvollständig überliefert, so daß nicht einmal in der Nationalbibliothek von Brasilien die Ausgaben vom Januar 1928 vorhanden sind.

²⁹ Den Hinweis auf den Ursprung des Begriffs »Ritter der Hoffnung« verdanke ich Anita Leocádia Prestes (Mail vom 5. April 2013).

³⁰ Vgl. dazu: José Antônio Segatto, a.a.O., S. 67, und: Boris Goldenberg, a.a.O.

schen Partei sei es damals gewesen, »Intellektuelle als Elemente zu betrachten, die außerhalb der Partei bleiben sollten, um so der Partei zu helfen.«³¹

Im Juni 1929 gab es einen weiteren Kontakt zur Führung der KP Brasiliens. Paulo Lacerda und Leôncio Basbaum, die als Teilnehmer der Ersten Konferenz der Kommunistischen Parteien Lateinamerikas nach Buenos Aires gekommen waren, überbrachten Luiz Carlos Prestes offiziell den Vorschlag, bei den für März 1930 geplanten Präsidentschaftswahlen als Kandidat eines Bündnisses anzutreten, dem die Kommunistische Partei und der linke Flügel des »Tenentismo« angehören sollten.³²

Vorangegangen war die Veröffentlichung eines ersten »Manifests« von Luiz Carlos Prestes, das am 18. März 1929 in der Tageszeitung »Folha da Manhã« in São Paulo erschienen war. Darin hatte Prestes unter anderem erklärt: »Wir Revolutionäre halten es für unmöglich, daß eine wirksame Lösung für die Probleme Brasiliens im Rahmen der bestehenden Verfassungsordnung gefunden wird. Wir glauben nicht, daß es den Parteien der gegenwärtigen Opposition durch eine Wählerentscheidung gelingen wird, die wirklichen Herren der Macht von ihren Positionen zu verdrängen. Und wir glauben auch nicht, daß sie – sollten sie die erste Etappe [der Wahlen] erfolgreich durchlaufen – bereit und in der Lage wären, auf legalem Wege das Monstrum aus Irrtümern und Gewohnheiten zu zerschlagen, das in Jahrzehnten einer kriminellen Gesetzgebung entstanden ist und bis heute die Institutionen unseres Landes vergiftet.«³³

Über die Begegnung mit Paulo Lacerda und Leôncio Basbaum berichtete Prestes: »Sie legten mir das Programm des Kandidaten vor, genauer, das Wahlprogramm der Partei. Ich erinnere mich, daß ich ihnen sagte: Ich bin mit dem Programm, das Sie mir vorgelegt haben, einverstanden. Aber meine Loyalität gilt den Tenentes. Ich muß erst mit den Tenentes sprechen. Solange ich nicht mit ihnen reden kann... Ich möchte ihnen bis zum Schluß treu sein. Deshalb kann ich diese Kandidatur unter keinen Umständen akzeptieren. Das ist mein einziges Motiv. Ich nehme an, Sie werden mich deshalb kritisieren ...« Ich erinnere mich gut, daß ich zu Paulo Lacerda gesagt habe: »Sie werden mich wegen meiner Inkonsequenz kritisieren, denn ich bin mit Ihrem Programm einverstanden, und trotzdem akzeptiere ich die Kandidatur für die Partei nicht.« Ich erinnere mich an die Antwort von Paulo Lacerda: »Nein, wir werden Sie niemals kritisieren, wir werden Sie nicht kritisieren.« Ich sagte: »Ich denke schon, daß Sie mich kritisieren sollten.« Und weiter: Die »Kritik [der Kommunisten] zu diesem Zeitpunkt war wichtig für mich im Kampf gegen die Tenentes, denn ich hatte immer noch die große Illusion, daß ich zumindest einige von den Tenentes für meine Positionen gewinnen könnte. Diese Illusion hatte ich bis zum März 1930. So war meine Situation damals in Buenos Aires.«³⁴

³¹ Edgard Carone, a.a.O., S. 8.

³² Jürgen Mothes hatte also mit seiner Annahme recht, als er schrieb: »Obwohl die bisher gesichteten Quellen bis zum Jahre 1930 nichts über weitere Verbindungen des Brasilianers zu Kommunisten aussagen, dürfen diese keinesfalls ausgeschlossen werden.« (Jürgen Mothes, a.a.O., S. 37). Es gab diese Verbindungen.

³³ Luiz Carlos Prestes, Manifesto de Março (8 de Março de 1929), in: www.marxists.org/portugues/prestes/1929/03/08.htm (6. April 2013, 10.00 Uhr).

³⁴ Edgard Carone, a.a.O., S. 11 f.

Auch auf Seiten der »Tenentistas« zeigte man im Verlaufe des Jahres 1929 großes Interesse an Prestes. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen vom März 1930 entstand die »Aliança Nacional«, ein Zweckbündnis aus »ziviler« Opposition und Teilen des »Tenentismo«. Gemeinsames Ziel war es, den damaligen Gouverneur des Bundestaates Rio Grande do Sul, Getúlio Vargas, in das Amt des Staatspräsidenten zu bringen, und dazu setzte man in hohem Maße auf die Unterstützung durch Luiz Carlos Prestes. Aus diesem Grunde kam es im September 1929 und im Januar 1930 in Porto Alegre, der Hauptstadt des Bundestaates Rio Grande do Sul, zu zwei Begegnungen zwischen Getúlio Vargas und Luiz Carlos Prestes, der mit einem falschen Paß nach Brasilien reiste. Doch Prestes war nicht bereit, sich auf die Vorschläge von Vargas einzulassen, die Gespräche der beiden Politiker blieben ergebnislos.

Nur knapp drei Wochen nach ihrer klaren Wahlniederlage am 1. März 1930 spaltete sich die »Aliança Nacional«. Eine »legalistische« Minderheit erkannte den Sieg der Gegenseite an und konstatierte, daß es in beiden großen Lagern Wahlbetrug gegeben hatte. Getúlio Vargas und seine Anhänger waren jedoch nicht bereit, ihre Niederlage zu akzeptieren und kampfflos das Feld zu räumen. Sie bereiteten einen bewaffneten Aufstand vor, um den Amtsantritt des gewählten Präsidenten zu verhindern. Und wieder war Luiz Carlos Prestes dabei eine maßgebliche Rolle zugeordnet. Vargas schlug bei einem erneuten Treffen in Porto Alegre ein Bündnis »auf Augenhöhe« vor: Prestes sollte der militärische Führer des Aufstandes werden, Vargas selbst behielt sich die »zivile« Rolle vor.

Diesmal ging Luiz Carlos Prestes mit seiner Antwort an die Öffentlichkeit. Er veröffentlichte ein weiteres »Manifest an das brasilianische Volk«, das am 30. Mai 1930 im »Diário da Noite«, einer Tageszeitung aus São Paulo, erstmals publiziert wurde.

Damit vollzog er den offenen Bruch mit den »Tenentistas«, und er bekannte sich zu den Positionen der Kommunistischen Partei. Prestes selbst bezeichnete in späteren Jahren sein »Manifest« als ein »antiimperialistisches revolutionäres Programm des Kampfes gegen die Latifundien, für die Macht der Werktätigen«.³⁵

In dem »Manifest« erklärte er: »Die brasilianische Revolution kann nicht auf der Grundlage des unzulänglichen Programms der »Liberalen Allianz« vollbracht werden. Bloßer Personenwechsel an der Macht, geheime Abstimmung, solche Versprechungen wie Wahlfreiheit, ehrliche Verfassung, fester Cruzeiro-Kurs und andere Allheilmittel entscheiden nichts und können die große Mehrheit der Bevölkerung nicht interessieren, ohne deren Unterstützung jede Revolution in einen Kampf zwischen Vertretern der herrschenden Oligarchie einmünden wird.« Und weiter: »Entgegen der revolutionären Demagogie, entgegen den Behauptungen der Liberalen, daß sie für die Aufhebung der repressiven Gesetze kämpfen, fand sich in den Reihen der Allianz niemand, der gegen die grausamen politischen Verfolgungen protestiert hätte, deren Opfer die proletarischen Vereinigungen des Landes während der letzten Wahlkampagne wurden. Die für ihre Forderungen kämpfenden Werktätigen wurden auf dem

³⁵ Luiz Carlos Prestes, a.a.O., S. 108.

Höhepunkt der Wahlkampagne [...] wütend verfolgt. Das entspricht durchaus den Absichten der miteinander rivalisierenden oligarchischen Gruppen.«³⁶

Dieses »Manifest« vom Mai 1930 war für »Rústico«, also Abram Guralski, zu diesem Zeitpunkt Leiter des Südamerikanischen Sekretariats der Komintern in Buenos Aires, der letzte Anstoß, nun selbst Kontakt zu Luiz Carlos Prestes herzustellen. Aus den überlieferten Dokumenten war allerdings nicht ersichtlich, ob es sich dabei um eine persönliche Initiative Guralskis handelte oder ob er entsprechende Instruktionen aus Moskau erhalten hatte.³⁷

Guralski, so der spätere Bericht von Prestes, lobte das »Manifest« als einen »großen Schritt [auf dem Weg] zum revolutionären Kampf und in die Kommunistische Partei.«³⁸

Doch in der Führung in der Kommunistischen Partei Brasiliens war man inzwischen auf den von der Moskauer Führung der Komintern verordneten »neuen« Linkskurs umgeschwenkt und bekämpfte nun unter der Losung der »Proletarisierung« der Partei den »Kleinbürger« Prestes und den zu diesem Zweck erfundenen »Prestismus«.³⁹

Prestes wurde insbesondere zum Vorwurf gemacht, die »führende Rolle des Proletariats« in einer kommenden brasilianischen Revolution nicht klar benannt zu haben.⁴⁰ Jahrzehnte später machte Prestes, inzwischen ein altgedienter, wenn auch weiterhin

³⁶ Luiz Carlos Prestes, Manifesto de Maio (Maio de 1930), in: www.marxists.org/portugues/prestes/1930/05/manifesto.htm (6. April 2013, 10.00 Uhr), deutsche Übersetzung nach: Luiz Carlos Prestes, a.a.O.

³⁷ Es war aus offensichtlichen Gründen unvermeidlich, daß es in dem nun folgenden Teil dieses Kapitels wiederholt eine große inhaltliche Nähe zu dem bereits mehrfach zitierten Aufsatz von Jürgen Mothes »Briefe aus Montevideo. Arthur Ewert und die Wandlung von Luiz Carlos Prestes zum Kommunisten« (in: Jürgen Mothes, a.a.O.) gibt. Das ist allein schon der Tatsache geschuldet, daß sich beide Arbeiten in weiten Teilen auf das selbe Quellenmaterial stützen. Es gibt jedoch einen wesentlichen Unterschied. Mothes beschrieb Prestes - aus welchen Gründen auch immer - vor allem als eine geschichtliche Gestalt, die von der Kommunistischen Internationale »unter erheblichen Druck« (S. 49) gesetzt wurde, von der ein »Kniefall« (ebenda) und »bedingungslose Unterordnung« (S. 60) erwartet wurde, bei der es galt, den »Preis« für eine Aufnahme in die Kommunistische Partei »hochzutreiben« (S. 49), die sich dem »von Moskau geforderten Hegemonialanspruch« »bedingungslos« zu »unterwerfen« (S. 50) hatte, die letztlich Opfer einer »Instrumentalisierung« (ebenda) durch die Führung der Kommunistischen Internationale wurde. Damit nahm er in gewisser Weise eine Interpretation vorweg, die wenige Jahre später - in zeitlichem Zusammenhang mit dem 100. Geburtstag von Prestes am 3. Januar 1998 - in den brasilianischen Mainstream-Medien und in der staatsnahen brasilianischen Geschichtsschreibung zu einem Leitmotiv wurde: Prestes sei ein ehrlicher und achtbarer Mensch gewesen, doch politisch naiv und unfähig zu einem tiefgreifendem Verständnis der Prozesse, in die er durch Dritte hineingezogen wurde. Vgl. dazu auch: Anita Leocádia Prestes, Luiz Carlos Prestes e a Aliança Nacional Libertadora. Os caminhos da luta antifascista no Brasil 1934-35, São Paulo 2008, S. 17 ff.

³⁸ Edgard Carone, a.a.O., S. 17.

³⁹ Astrojildo Pereira war im Januar 1930, nach einem fast einjährigen Aufenthalt in Moskau, nach Brasilien zurückgekehrt und gehörte in den folgenden Monaten zu den eifrigsten Protagonisten der Politik der »Proletarisierung« der KPB. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß er selbst sehr schnell ein Opfer dieser Politik wurde und im November 1930 sein Amt als Generalsekretär der Partei verlor. Zur Biographie von Astrojildo Pereira vgl. u.a.: José Roberto Guedes de Oliveira (organizador), Viva Astrojildo Pereira!, Brasília 2005, und: Martin Cezar Feijó, O revolucionário cordial. Astrojildo Pereira e as origens de uma política cultural, São Paulo 2001.

⁴⁰ Vgl. dazu: Boris Goldenberg, a.a.O., S. 209.

unkonventioneller Parteifunktionär, der die Rituale der »Kritik und Selbstkritik« kannte und beherrschte, einen vorgeblich »trozkistischen Einfluß«, dem er in dieser Phase seiner politischen Entwicklung vorübergehend erlegen sei, für die »unklare Haltung« verantwortlich. Schließlich hatte er einige Wochen nach dem »Manifest« vom Mai 1930 von Buenos Aires aus sogar zur Gründung einer eigenen Organisation, der »Liga da Ação Revolucionária«, aufgerufen.⁴¹

Rückblickend schrieb Prestes im Januar 1973: »Ich glaubte noch an die Möglichkeit der Schaffung einer auf radikaler Plattform stehenden Organisation, die sich als selbständige politische Kraft der Kommunistischen Partei anschließen könnte. Das gedachten einige auf trozkistischen Positionen stehende brasilianische Intellektuelle auszunutzen. Sie machten mich in Buenos Aires ausfindig, und eine gewisse Zeit lang war mein Suchen nach dem revolutionären Weg von ihnen beeinflusst: daher auch die Ideen der Schaffung einer Liga der Revolutionären Aktion und die Veröffentlichung eines neuen Manifestes im Juli 1930, das an das brasilianische Volk gerichtet war. Es enthielt natürlich keine Ausfälle gegen die Brasilianische KP, auch keine Kritik an ihr, aber einige Formulierungen widerspiegelten linksradikale, sektiererische und sogar typisch trozkistische Anschauungen.«⁴²

Die Führung der Kommunistischen Partei um Astrojildo Pereira reagierte mit äußerst scharfen Angriffen gegen Prestes. In der Zeitung »Voz Operária« hieß es im August 1930: »Wenn Prestes in der Vorhut marschieren will, muß er darauf verzichten, eine eigene konfusionistische Partei zu schaffen, die ihn unweigerlich in den Verrat treiben wird. Wenn er an der Spitze marschieren will, muß er nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch die führende Rolle des Proletariats anerkennen.«⁴³ Und in der »Revista Comunista«, die vom Südamerikanischen Sekretariat herausgegeben wurde, wurde im September 1930 in einem Artikel unter dem Titel »La Revolución en Brasil« sogar die völlig absurde Behauptung aufgestellt, Prestes sei der »erklärte Feind der revolutionären Bewegung.«⁴⁴

Der brasilianische Gewerkschaftsfunktionär Mário Grazini, der unter dem Namen Gubinelli Anfang der dreißiger Jahre wiederholt an Beratungen des Lateinamerikanischen Ländersekretariats am Sitz der Komintern teilnahm, war im Oktober 1930 einer der vermutlich drei Vertreter⁴⁵ seiner Partei bei der Zweiten Konferenz der Kommunistischen Parteien Lateinamerikas in Moskau. Während der mehrtägigen Beratungen nutzte er jede sich bietende Gelegenheit, um gegen Prestes und die Teile der Führung seiner Partei zu polemisieren, die eine Zusammenarbeit mit Prestes anstrebten. In der ersten Sitzung der Konferenz am 2. Oktober 1930 stellte er unter anderem fest, daß

⁴¹ Liga der Revolutionären Aktion. Die »Liga«, die von Buenos Aires aus operieren mußte, kam über die Gründungsphase kaum hinaus. Sie hatte nur wenige Mitglieder und wurde von Prestes wieder aufgelöst, bevor sie in Brasilien eine Rolle spielen konnte.

⁴² Luiz Carlos Prestes, a.a.O.

⁴³ So zitiert in: Boris Goldenberg, a.a.O.

⁴⁴ Revista Comunista, Montevideo, Año 1, No. 1, Setiembre de 1930, so auch zitiert in: Ebenda.

⁴⁵ Eine offizielle Teilnehmerliste war nicht auffindbar. In den Protokollen der Zweiten Konferenz sind zwei weitere Redner aus Brasilien vermerkt, ein »Genosse Silva« (RGASPI (Komintern), Fonds 495. Opis 79, Delo 123, Blatt 48) und ein »Genosse Salvers« (RGASPI (Komintern), Fonds 495. Opis 79, Delo 127, Blatt 8), deren Identität sich jedoch nicht aufklären ließ. Keiner dieser beiden Redner äußerte sich zu Prestes.

Prestes eine Kandidatur als Staatspräsident für die Kommunistische Partei zurückgewiesen habe, weil er deren antiimperialistischen Kampf ablehnen würde. »Er versteckt sich hinter einer Fassade, weil er nicht wirklich Stellung nehmen will.« Trotzdem seien Genossen nach Buenos Aires gereist, um mit Prestes zu sprechen. Sie hätten nicht nur seine Ablehnung des Programms der KP akzeptiert, sondern ihm jede Unterstützung zugesichert, wenn er nur kandidieren würde. Und an anderer Stelle: »Wir wollten Prestes ausnutzen, aber es ist Prestes, der uns ausnutzt.« »Prestes übt einen großen Einfluß auf viele Mitglieder der Partei aus, die bereits jetzt reine Prestisten sind.« Und schließlich: »Die Basis der Partei ist nur noch ein Anhängsel von Prestes, und Prestes ist ein Anhängsel der Liberalen Allianz.«⁴⁶

Auch große Teile seiner Diskussionsrede am 9. Oktober 1930 widmete Gubinelli der »Frage Prestes«, die seiner Ansicht nach »verbunden [war] mit der Frage der Intellektuellen, die in der Partei stehen.« Er erklärte: »Ist unsere Partei stark, wird sie unter Prestes nicht zurückbleiben, oder ist sie schwach, so wird sie unvermeidlich zurückbleiben. Wenn wir stark sind, dann können wir handeln.« In der Folge lehnte er jeden Versuch ab, Prestes für die Kommunistische Partei zu gewinnen, denn »als Partei des Proletariats ist es unsere Aufgabe, die Bauern zu erobern. [...] Wir dürfen aber nicht unsere Kräfte anwenden für die Eroberung der Generäle« Es gehe nicht um Prestes, sondern um seine Wirkung. »Ihr wißt, daß eine Reihe von Intellektuellen sich als Anhänger von Prestes erklären. Und jetzt versucht er, mit den Intellektuellen, die in unserer Partei sind, seine Partei zu organisieren, die Arbeitermassen unter seine Leitung zu bekommen. Das zeigt uns, daß uns das Manöver mit Prestes nur ein negatives Ergebnis gebracht hat. Ich glaube, daß unsere wichtigste Aufgabe in Brasilien ist, General Prestes zu entlarven, in die Massen zu gehen und die Massen zu erobern. Alle die Leute, die mit ihm paktieren, müssen wir ersetzen, müssen Massen an die Leitung der Partei stellen, müssen eine Partei schaffen, die die Massen mobilisiert.«⁴⁷

Am 3. Oktober 1930 begann in Brasilien ein bewaffneter Aufstand, der am 24. Oktober 1930 zum Sturz des scheidenden Staatspräsidenten Washington Luís führte. An diesem Staatsstreich waren zahlreiche »Tenentes«, also ehemalige Kampfgefährten von Luiz Carlos Prestes, an maßgeblicher Stelle beteiligt. Zunächst übernahm eine Militärjunta aus Vertretern von Heer und Marine die Regierungsgeschäfte. Am 8. November 1930 erfolgte im Palácio do Catete in Rio de Janeiro, dem damaligen Amtssitz des brasilianischen Staatspräsidenten, die offizielle Übergabe der Präsidentschaft an Getúlio Vargas, der in den folgenden fünfzehn Jahren – unter wechselnden Umständen – im Amt blieb.⁴⁸

⁴⁶ [Discours du camarade Gubinelli pendant la Deuxième Conférence des Partis Communistes d'Amérique latine], Moskau, 2. Oktober 1930, RGASPI (Komintern), Fonds 495. Opus 79, Delo 121, Blatt 3-34, hier: Blatt 20 ff.

⁴⁷ [Rede des Genossen Gubinelli während der Zweiten Konferenz der Kommunistischen Parteien Lateinamerikas], Moskau, 9. Oktober 1930, RGASPI (Komintern), Fonds 495. Opus 79, Delo 127, Blatt 17 f. So auch zitiert in: Jürgen Mothes, a.a.O., S. 46 f.

⁴⁸ Insbesondere die erste Amtszeit von Vargas, die von 1930 bis 1945 dauerte, gilt in der brasilianischen und internationalen Geschichtsschreibung als der Beginn eines »modernen Brasilien«. Eine umfassende Industrialisierung wurde in Angriff genommen, die politische und wirtschaftliche Macht der ländlichen Oligarchien wurde zurückgedrängt und die im Interesse des persönlichen Machterhalts betriebene - sehr gemäßigte - Sozialpolitik zugunsten der Arbeiter in den großen Städten brachte Vargas den bis heute bestehenden Ruf des »Vaters der Armen« ein. Die wiederholten Phasen der

Um den Jahreswechsel 1930/1931 befand sich Luiz Carlos Prestes in einer beinahe kafkaesken Situation. Er hatte sich in den vorangegangenen Jahren mit großem persönlichem Engagement den Positionen der Kommunistischen Partei genähert und sich dabei konsequent und kompromißlos von seinen früheren politischen Freunden und den Kampfgefährten aus der »Coluna Prestes« und der Bewegung der »Tenentes« getrennt. Doch nun wurde er genau wegen der (Zwischen-) Schritte, die er auf diesem Weg getan hatte, von der Führung der Kommunistischen Partei nicht nur abgelehnt, sondern zurückgestoßen.

So verwundert es kaum, daß Arthur Ewert am 30. Januar 1931, nur wenige Tage nach seiner Ankunft in Montevideo, in seinem ersten Brief nach Moskau über Luiz Carlos Prestes berichten mußte: »Er befindet sich infolge des rapiden Abmarsches des Kleinbürgertums und auch des größten Teils seiner Anhänger ins Lager der Konterrevolution in sehr isolierter Lage, und da auch wir ihn gleichzeitig angreifen, in gedrückter Stimmung.«⁴⁹

Anlaß für das erste Zusammentreffen von Arthur Ewert und Luiz Carlos Prestes in Montevideo⁵⁰, dessen Datum nicht überliefert ist, war eine Stellungnahme von Prestes zur Gründung einer »Kommunistischen Liga« in Brasilien, die von Arthur Ewert als »trotzkistisch« bezeichnet wurde. Der »Liga«, so Arthur Ewert, würden sich vor allem »Anhänger der Liberalen Allianz und Prestisten« anschließen. Über Prestes schrieb er: »Prestes erklärt, daß er Gegner dieser Liga ist, und bezeichnet das Verhalten seiner Anhänger als Verrat.«⁵¹

Aus den überlieferten Dokumenten war nicht zu erkennen, warum Abram Guralski mit der Ankunft von Arthur Ewert in Montevideo die Verantwortung für die (offiziellen) Kontakte des Südamerikanischen Büros der Komintern zu Luiz Carlos Prestes abgeben mußte. Eine Erklärung könnte die Tatsache sein, daß Guralski in der zweiten Jahreshälfte 1930 wiederholt heftige Kritik an den Angriffen der Kommunistischen Partei Brasiliens gegen Luiz Carlos Prestes geübt hatte, die jedoch von der offiziellen Politik der Komintern gedeckt waren.⁵²

Offensichtlich waren Luiz Carlos Prestes und Arthur Ewert bereits bei ihrem ersten Kontakt bemüht, gemeinsam eine Lösung für das Dilemma zu finden, in das sich die

Gewaltherrschaft, insbesondere nach dem November 1935 und in der Zeit des »Estado Novo«, werden im öffentlichen Bewußtsein Brasiliens weitgehend verdrängt. Vgl. dazu: Dulce Pandolfi (Organizadora), *Repensando o Estado Novo*, Rio de Janeiro 1999, sowie: Maria Celina D'Araujo (Organizadora), *Getúlio Vargas*, Brasília 2011.

In einer repräsentativen Umfrage der renommierten Tageszeitung »Folha de São Paulo« wurde Getúlio Vargas im April 2007 sogar zum »Größten Brasilianer aller Zeiten« gewählt.

⁴⁹ [Arthur Ewert an das Lateinamerikanische Sekretariat in Moskau], Montevideo, 30. Januar 1931, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 151, Blatt 1.

⁵⁰ Prestes war während des Staatsstreiches von General José Félix Uriburu in Argentinien im September 1930 verhaftet und zunächst mit Erschießung bedroht worden. Er wurde dann aber nach Uruguay abgeschoben.

⁵¹ [Arthur Ewert an das Lateinamerikanische Sekretariat in Moskau], Montevideo, 30. Januar 1931, a.a.O.

⁵² Prestes berichtete 1982, daß Guralski wegen der heftigen Angriffe, insbesondere der Kommunistischen Partei Brasiliens, gegen ihn, also Prestes, wiederholt sehr verärgert gewesen sei. Vgl. dazu: Luiz Carlos Prestes, a.a.O.

Komintern und die Führung der brasilianischen KP in der »Frage Prestes« hineinmanövriert hatten. Prestes war dabei zu weiteren Zugeständnissen bereit. So konnte Arthur Ewert berichten: »Er erklärt, er will keinesfalls die Entwicklung der K[ommunistischen] Partei in Brasilien stören und er sei bereit, alles, was wir von ihm verlangen, zu tun. Er würde eventuell für ein bis zwei Jahre weggehen (wenn möglich nach der Sowjet-Union). In dieser Zeit würde die Partei wohl aus ihren [...] Schwierigkeiten heraus sein. Zu seinem persönlich geäußerten Wunsch, nach Union zu gehen, bitten wir um Eure Meinung. Unsere Meinung ist, daß man dem Wunsch ev[entuell] nachkommen sollte.«⁵³

Der nächste Bericht von Arthur Ewert über Luiz Carlos Prestes folgte am 20. März 1931. Wenige Tage zuvor, am 12. März 1931, hatte sich Prestes mit einem »Offenen Brief« an seine Anhänger gewandt und sie vorbehaltlos aufgefordert, sich politisch und organisatorisch der Kommunistischen Partei Brasiliens anzuschließen: »Allen aufrichtigen und ehrlichen Revolutionären, den werktätigen Massen, die sich in diesem Augenblick der Enttäuschung und Verzweiflung an mich wenden, kann ich nur einen Weg weisen – den Weg der agrarischen, antiimperialistischen Revolution bei unbedingter Hegemonie der Partei des Proletariats, der brasilianischen KP, der brasilianischen Sektion der Kommunistischen Internationale.«⁵⁴

Doch erstaunlicherweise betonte Arthur Ewert in seinem Bericht nicht dieses klare und unzweideutige Bekenntnis, sondern er hob die – aus seiner Sicht – weiterhin bestehenden »Unzulänglichkeiten« hervor: »Luiz Carlos Prestes hat einen Brief gegen den Verrat seiner ehemaligen Freunde geschrieben. (Die Dokumente gehen Euch zu). In vielen Punkten hat er unsere Terminologie übernommen. Er tritt zwar für die »Partei des Proletariats« ein, stellt sich selbst aber – dem Sinn nach – als eine selbständige Kraft hin.« Doch relativierte er umgehend seine Kritik: »Ich persönlich habe den Eindruck, daß er ehrlich bestrebt ist, den Weg seiner ehemaligen Freunde zu vermeiden. Die kritische Stellungnahme gegen ihn muß mehr in der Aufzeigung der schwankenden und heute zum Imperialismus übergehenden Rolle der Kleinbourgeoisie liegen, um Prestes weiterzustoßen.«⁵⁵

Doch noch immer überwogen in der Führung der Kommunistischen Partei Brasiliens die Vorbehalte gegen Prestes, mehr noch – es bestanden regelrechte Ängste: »Jetzt erschöpft sich die Stellungnahme der Partei faktisch in der Bezeichnung von Prestes als dem Tschiang Kai-shek⁵⁶ Brasiliens, während gleichzeitig eine Reihe von Elemen-

⁵³ [Arthur Ewert an das Lateinamerikanische Sekretariat in Moskau], Montevideo, 30. Januar 1931, a.a.O.

⁵⁴ So u.a. zitiert in: Luiz Carlos Prestes, a.a.O., S. 109.

⁵⁵ [Arthur Ewert an das Lateinamerikanische Sekretariat in Moskau], Montevideo, 20. März 1931, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 79, Delo 151, Blatt 7-9, hier: Blatt 7.

⁵⁶ Auf der Rückseite des handschriftlichen Briefes von Arthur Ewert, der im Moskauer Komintern-Archiv aufbewahrt wird, wurde am 16. April 1931 ein Posteingangsstempel angebracht. Die durchlaufende Tinte machte die Vorderseite an dieser Stelle weitgehend unleserlich. Mothes glaubte deshalb, daß Arthur Ewert Prestes als den »Trotzkisten Brasiliens« bezeichnet hatte und verwendete daher diesen Begriff, der inhaltlich aber keinerlei Sinn macht, bei der wörtlichen Wiedergabe des Briefes von Arthur Ewert (Vgl. dazu: Jürgen Mothes, a.a.O., S. 51). Allerdings befindet sich in der selben Mappe wie der handschriftliche Brief eine maschinengeschriebene französische Übersetzung ([Au Secretariat Latino-Americain, d'allemand, 21 avril 1931], RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 79, Delo 151, Blatt 10-12, hier: Blatt 11.), aus der klar ersichtlich ist, daß es richtig der »Tschiang Kai-

ten der Partei mit Kräften verbunden sind, gegen die Prestes als Konterrevolutionäre kämpft.«⁵⁷

Zwei Monate später, am 22. Mai 1931, berichtete Arthur Ewert unter dem Stichwort »Aufnahme von »Generak Luiz Carlos Prestes in die Partei« erneut über ein Treffen mit Prestes. Dieser vergleichsweise ausführliche Bericht – etwa eine halbe Schreibmaschinenseite in einem einzeilig geschriebenen Luftpostbrief – stellte in gewisser Weise eine Bilanz der politischen Entwicklung von Luiz Carlos Prestes aus Sicht der süd-amerikanischen Vertretung der Kommunistischen Internationale dar. Arthur Ewert schrieb: »In einer persönlichen Besprechung stellte L[ui]z C[ar]los Prestes die Frage seiner Aufnahme während der jetzigen Werbekampagne. Er sagte dabei, er verstehe, daß seine Aufnahme in die KP Brasiliens bei der Lage der dortigen Partei nicht zweckmäßig wäre, aber vielleicht könne er in eine der anderen Sektionen als Mitglied aufgenommen werden.

Bei der relativen Wichtigkeit dieser Frage bitten wir um eine Entscheidung des Sekretariats. Zur Beurteilung der Entwicklung von Prestes in der letzten Zeit folgendes: 1. Er hat sich in einer Reihe von Publikationen von seinen ehemaligen Freunden getrennt, bekämpft diese als Konterrevolutionäre. 2. Er hat auf die Formierung jeder Organisation in Brasilien Verzicht geleistet. 3. In seinen Publikationen forderte er zur Unterstützung der KP und zum Eintritt in diese auf. 4. Er stellte uns Verbindungen zur Verfügung, ebenso Kräfte zum Drucksachentransport sowie Druckmöglichkeiten. 5. Er hat die Fragen unserer Bewegung studiert und zu verstehen versucht und bei allen Schwächen unzweifelhaft mit ziemlichem Erfolg.

Meine persönliche Meinung (die auch von R[ústico, d.i. Abram Guralski] geteilt wird) ist: Die Nichtaufnahme von Prestes in die Partei läßt sich auf die Dauer nicht rechtfertigen. Wäre unsere Partei in Brasilien bereits ein festes Gebilde, so wäre seine Aufnahme auch dort möglich. Bei der Schwäche und Zerrissenheit der dortigen Kaders und der Bedeutung Prestes in Brasilien aber wäre es gegenwärtig vielleicht unzumutbar, da seine Stellung eine zu überragende sein würde. Aber ernsthafte Bedenken gegen seine Aufnahme hier oder in Argentinien bestehen nicht mehr. Es ergibt sich auch noch der Weg, daß er eine Zeitlang in die Sowjetunion eingeladen wird. Wir bitten um baldige Entscheidung in dieser Frage. Wenn Ihr mit seiner Aufnahme einverstanden seid, so können wir seinen Eintritt in die KP entsprechend ausnutzen. Wir haben ihm bisher keine Versprechungen gemacht, sondern ihm stets erklärt, daß er jedenfalls noch längere Zeit warten muß, bevor er Mitglied der Partei sein kann. Aber unsere Meinung ist, daß er Mitglied sein könnte.«⁵⁸

Am 10. Juni 1931 befaßte sich das Büro des Lateinamerikanischen Ländersekretariats in Moskau mit der in Montevideo im März 1931 aufgeworfenen Frage, ob Luiz Carlos

shek Brasiliens« hieß. Tschiang Kai-shek (andere Schreibweise: Chiang Kaishek; in Pinyin, der offiziellen Umschrift der VR China: Jiang Jieshi) hatte als Führer der kleinbürgerlichen Guomindang im April 1927 nicht nur das Bündnis mit der Kommunistischen Partei Chinas aufgekündigt, sondern bei fortgesetzten Massakern, insbesondere in Shanghai, zehntausende chinesische Kommunisten töten lassen.

⁵⁷ [Arthur Ewert an das Lateinamerikanische Sekretariat in Moskau], Montevideo, 20. März 1931, a.a.O.

⁵⁸ [Arthur Ewert an das Lateinamerikanische Sekretariat in Moskau], Montevideo, 22. Mai 1931, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 151, Blatt 16 und 16 (Rs.), hier: Blatt 16 und 16 (Rs.)

Prestes in die Sowjetunion eingeladen werden sollte. Im Beschlußprotokoll wurde festgehalten, daß »nichts dagegen sprechen [würde], der P[olitischen] K[ommission] den Vorschlag [zu einer Reise von Luiz Carlos Prestes in die Sowjetunion] zu unterbreiten, [zumal auf diese Weise] Hindernisse beim Kampf der KP Brasiliens gegen kleinbürgerliche Elemente beseitigt« werden würden.⁵⁹

Allerdings hatte die Politische Kommission des Politischen Sekretariats des EKII bereits drei Tage zuvor, am 7. Juni 1931, beschlossen: »Nichts gegen die Reise von Prestes nach der Sowjetunion, um hier in seinem Beruf als Ingenieur zu arbeiten, einzuwenden. Das Lateinamerikanische L[änder-] S[ekretariat] wird beauftragt, mit den betr[effenden] Sowjetorganen Arbeit für Prestes in seinem Beruf zu vereinbaren und die Wohnungsfrage sowie sonstige materielle Angelegenheiten für ihn im voraus zu regeln.« Und handschriftlich wurde hinzugefügt: »Den Gen[ossen] Manuilski zu beauftragen, diese Fragen mit dem Sekretariat des ZK der KPSU zu vereinbaren.«⁶⁰

Am 3. August 1931 berichtete Arthur Ewert letztmalig in einem Brief über Luiz Carlos Prestes nach Moskau. Er bestätigte, daß sich Prestes und seine Familie – seine Mutter und die vier Schwestern – auf die Reise in die Sowjetunion vorbereiten würden. Prestes sei bereit, vor seiner Abreise »jede von uns gewünschte Erklärung« abzugeben. Er habe damit begonnen, seine technischen Kontakte, also Kurierverbindungen nach Brasilien, Adressen von Druckereien und anderes, zu übergeben. Und schließlich: »Er betrachtet seine Reise in die Sowjetunion, wie wir auch, als einen Schritt in die Reihen der Kommunistischen Partei.«⁶¹

Einen Monat später, am 6. September 1931, übermittelte Arthur Ewert ein chiffriertes Telegramm nach Moskau. Darin teilte er mit, daß Luiz Carlos Prestes der Komintern Bargeld in Höhe von 20.000 US-Dollar übergeben würde, das er im Jahr zuvor von Getúlio Vargas erhalten habe. Nach dem Willen von Vargas habe Prestes das Geld für Waffenkäufe verwenden sollen, um dessen »Nationale Allianz« zu unterstützen. Prestes habe jedoch jedes Zusammengehen mit Vargas abgelehnt. Prestes habe die Bitte geäußert, diese »Summe zu verwenden für [die] revolutionäre Bewegung [in] Südamerika, besonders Brasilien.« Arthur Ewert empfahl dringend, das Geld »nicht [...] für unseren Apparat« einzusetzen, weil er sonst eine »ungünstige Wirkung« befürchtete.⁶²

In dem bereits mehrfach zitierten Interview aus dem Jahre 1982 hatte Luiz Carlos Prestes ausführlich über den Ursprung des Geldes berichtet: »Getúlio [Vargas] hatte also die 800 Contos⁶³ überwiesen. Bedenken Sie meine Situation. Ich hatte also diese Bankverbindung in Montevideo, und dort würde das Geld eintreffen. Als ich das er-

⁵⁹ Secretariat Latino-Americain de l'I.C., séance du 10-6-31, [Moskau], RGASPI (Komintern), Fonds 495. Opus 79, Delo 138, Blatt 12.

⁶⁰ Protokoll Nr. 146 der Politischen Kommission des Pol[itischen] Sekr[etariats] am 7. Juni 1931, [Moskau], RGASPI (Komintern), Fonds 495. Opus 4, Delo 113, Blatt 1-4, hier: Blatt 3.

⁶¹ Латинно-Американскому Секретариату, [Montevideo, 3. August 1931], RGASPI (Komintern), Fonds 495. Opus 79, Delo 151, Blatt 30-36, hier: Blatt 31. Rückübersetzung aus dem Russischen, das deutschsprachige Original war nicht auffindbar.

⁶² [Chiffriertes Telegramm von Arthur Ewert, Montevideo, 6. September 1931], Fonds 495. Opus 19, Delo 428. So zitiert in: Jürgen Mothes, a.a.O., S. 53.

⁶³ Conto war (und ist) die umgangssprachliche Bezeichnung für 1.000 Réis, die damalige brasilianische Währung.

fuhr, überlegte ich: ›Was soll ich nun mit dem Geld anfangen?‹ Das Geld an Getúlio zurückzugeben, wäre nicht angemessen gewesen, denn das Geld gehörte ihm nicht, es gehörte dem brasilianischen Volk. Meine Position [gegenüber Getúlio Vargas] zu ändern, kam auch nicht in Frage. [...] Das Geld, das ich erhielt, übergab ich dem Büro des Lateinamerikanischen Sekretariats der Kommunistischen Internationale [in Moskau] als Beitrag für die Arbeit der Bewegung hier in Lateinamerika.«⁶⁴

Das Geld, so Prestes weiter, stammte aus dem Verkauf eines staatlichen Elektrizitätswerkes in Belo Horizonte, der Hauptstadt des Bundesstaates Minas Gerais, an einen US-amerikanischen Konzern, der dafür nur einen Bruchteil des eigentlichen Wertes zahlte. Doch gelangte selbst dieser stark verkürzte Kaufpreis nicht in die Verfügung des vormaligen Eigentümers, sondern auf Umwegen auf ein Privatkonto von Getúlio Vargas, der damit seine politischen Aktivitäten finanzierte.⁶⁵

Unmittelbar vor der Abreise von Luiz Carlos Prestes in die Sowjetunion schrieb Arthur Ewert am 17. September 1934 aus Montevideo einen persönlichen Brief an Gerhart Eisler in Moskau, in dem er seinen langjährigen Freund und Genossen aus der früheren Gruppe der »Versöhnler« mit vorsichtigen Worten bat, sich in Moskau um Prestes zu »kümmern«. Dabei ging es ihm weniger um das körperliche Wohlergehen des Brasilianers als vielmehr darum, der zu erwartenden massiven Beeinflussung durch Parteigänger Stalins ein Mindestmaß an politischer Vernunft entgegenzusetzen. In dem Brief kam auch die hohe persönliche Wertschätzung Arthur Ewerts für Luiz Carlos Prestes zum Ausdruck. Arthur Ewert hatte geschrieben: »Lieber Gerhart, da ich weiß, daß Du jetzt wieder zu Hause bist, möchte ich Deine Aufmerksamkeit auf eine Angelegenheit lenken, deren sorgfältige Erledigung uns großen Nutzen bringen kann. Der Überbringer dieses Schreibens wird im November für einen längeren Aufenthalt bei Euch eintreffen (mit Mutter und vier Schwestern), und dort als Ingenieur arbeiten. Da man nie weiß, was mit Briefen geschieht, überlasse ich [es] dem Überbringer selbst, alle Angaben zu machen. Du kannst näheres auch im Lat[ein-]Am[erikanischen] Sek[retariat] erfahren. Der Mann war einer der Führer einer kleinbürgerlich-revolutionären Bewegung auf diesem Kontinent. Die Führer dieser Bewegung sind heute längst mit der Bourgeoisie oder dem einen oder anderen Imperialismus verbunden, stehen teilweise an der Spitze des Staates und unterdrücken die Arbeiterbewegung. Der Überbringer dieses Briefes hat sich nach einer Periode der Schwankungen mehr und mehr unserer Bewegung genähert; er ist von uns bei den verschiedensten Gelegenheiten ernstesten Prüfungen unterzogen worden und hat sich jedesmal bewährt. Er steht uns ideologisch sehr nahe, wenn ihm natürlich auch noch vieles an den theoretischen Grundlagen fehlt. Da er sehr bescheiden ist und sich nie vordrängen wird, muß man ihm nicht nur die Möglichkeit verschaffen, theoretisch zu arbeiten (was sicher von einer anderen Stelle geschehen wird), sondern man muß auch dafür sorgen, daß er von den praktischen Dingen und den Ereignissen nicht abgeschnitten wird. Wenn Du mit dem Gen[ossen] Manu[ilski] (an den wir auch geschrieben haben) darüber sprechen würdest, so ließe sich sicher ein Weg finden, ihn auch mit bestimmten Materialien, Dokumenten, Berichten etc. aus unserer Bewegung und hauptsächlich aus der von Lateinamerika, bekanntzumachen, sowohl zu seiner Wei-

⁶⁴ Edgard Carone, Luiz Carlos Prestes. Entrevista, a.a.O., S. 16.

⁶⁵ Vgl. dazu: Ebenda.

terbildung wie auch als Zeichen des Vertrauens. Es wäre auch gut, wenn sich einige Freunde um ihn persönlich kümmern würden, da er sich in der ersten Zeit natürlich ein wenig fremd fühlen könnte. Verglichen mit den meisten intellektuellen Führern der Bewegung auf diesem Kontinent stellt er einen viel höheren Typus dar, der uns bei richtiger Entwicklung große Dienste leisten kann. Er ist ein guter Organisator und kennt sein Land, wo er Gelegenheit hatte, große Erfahrungen zu sammeln. Unsere Aufgabe muß es sein, ihn weiter zu entwickeln, ihn zu einem vollwertigen Mitglied unserer Familie zu machen, so daß er nach seinem Aufenthalt dort in seinem Land und in unserer Filiale hier die entsprechende Arbeit leisten kann. Ich wäre Dir sehr dankbar, wenn Du Dich ein bißchen um ihn kümmern würdest [...]«⁶⁶

Luiz Carlos Prestes und seine Familie trafen am 7. November 1931 in Moskau ein, wo ausnahmslos alle zuständigen Mitarbeiter der Komintern an den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Oktoberrevolution teilnahmen. Niemand erwartete die Reisenden am Bahnhof, und auch unter den Telefonnummern, die Prestes vorsorglich mitgebracht hatte, meldete sich zunächst niemand.

Doch die Probleme bei der Ankunft waren angesichts der Alltagssorgen der folgenden Monate bedeutungslos. Im ersten Jahr seines Aufenthaltes in der Sowjetunion arbeitete Prestes tatsächlich als Ingenieur. Als »Pedro Fernandez« aus Uruguay wurde er Mitarbeiter des Großbetriebes »Zentrossojusstroj«, das dem Volkskommissariat für Schwerindustrie unterstellt war und das sich zu dieser Zeit vor allem mit dem Wohnungsbau befaßte. Er nahm regelmäßig an Produktionsbesprechungen und Betriebsversammlungen teil, wobei sich die fehlenden Sprachkenntnisse als ein ernstes Hindernis erwiesen. Prestes beteiligte sich an den – nominell – freiwilligen Arbeitseinsätzen an den Wochenenden, den berühmten »Subbotniks«, und war auch sonst bestrebt, sich den allgemeinen Lebensverhältnissen in der Sowjetunion zu unterwerfen. Er verzichtete deshalb auf gewisse »Privilegien«, die ausländischen Spezialisten eingeräumt wurden, zum Beispiel die Möglichkeit zum Einkauf in speziellen Geschäften.⁶⁷ Über die Auswirkungen berichtete er eine halbes Jahrhundert später: »Auf einen Menschen, der eben erst westeuropäische Hauptstädte besucht hatte, konnte der Anblick, den die sowjetische Hauptstadt zu jener Zeit bot, deprimierend wirken. In den kapitalistischen Ländern barsten die Läden vor Waren, die infolge der Wirtschaftskrise niemand kaufen konnte. In Moskau waren die Läden buchstäblich leer. Die Versorgung erfolgte auf Karten. Man mußte stundenlang Schlange stehen, um die notwendigsten Waren zu erhalten. Monatlang mußten wir Tee ohne Zucker trinken. Noch schwieriger war es, Kleidung und Schuhwerk zu beschaffen.«⁶⁸

Bereits in seinem ersten Jahr in der Sowjetunion wurde er wiederholt eingeladen, sich Delegationen aus Spanien anzuschließen, die zu dieser Zeit regelmäßig die Sowjetunion besuchten. Bei diesen Gelegenheiten lernte er verschiedene »Großbaustellen des

⁶⁶ [Arthur Ewert in Montevideo an Gerhart Eisler in Moskau], 17. September 1931, RGASPI (Komintern), Fonds 495. Opis 79, Delo 151, Blatt 42. Der Schlußteil des Briefes ist nicht erhalten, er wurde vermutlich von Gerhart Eisler abgetrennt, bevor er den Brief an das »Lateinamerikanische Sekretariat« mit dem handschriftlichen Hinweis weitergab: »Beifolgenden [?] Brief erhielt ich heute von A. Ewert«.

⁶⁷ Vgl. dazu: А.В. Харламенко, Первое антифашистское восстание Латинской Америки, in: www.propaganda-journal.net/3017.html (6. April 2013, 19.30 Uhr).

⁶⁸ Luiz Carlos Prestes, a.a.O., S. 109 f.

Kommunismus« und andere Vorzeigeprojekte in verschiedenen Landesteilen, so in Leningrad und Kiew, kennen.⁶⁹

Ende 1932 beendete Luiz Carlos Prestes auf Veranlassung von Dimitri Manuilski seine Tätigkeit als Ingenieur und wechselte in den Apparat der Kommunistischen Internationale. Er hatte schon in den vorangegangenen Monaten immer wieder an Beratungen und Zusammenkünften der Komintern, insbesondere des Lateinamerikanischen Ländersekretariats, teilgenommen. Nun wurde er – zumindest formell – Mitarbeiter eines Agrarinstitutes, das zu dem bekannten Institut für Weltwirtschaft und Internationale Politik unter Leitung von Eugen Varga gehörte. Seine Aufgabe bestand darin, regelmäßig alle lateinamerikanischen Zeitungen zu lesen und sämtliche dort enthaltenen Informationen über den »Kampf um den Boden« in Lateinamerika zusammenzustellen.⁷⁰

Doch tatsächlich widmete sich Prestes in den folgenden zwei Jahren vor allem seiner politischen Aus- und Weiterbildung. Wladimir Turok-Popow, Anfang der dreißiger Jahre Mitarbeiter des Lateinamerikanischen Ländersekretariats der Komintern in Moskau und in späteren Jahren, bis zu seinem Tode im September 1981, einer der führenden Lateinamerikawissenschaftler der Sowjetunion, berichtete Anfang der achtziger Jahre in einem Gespräch, daß Prestes die »Lenin-Schule in speziellen Kursen absolvierte, wobei die Lehrer wohl vorwiegend zu Prestes kamen.«⁷¹

Und Luiz Carlos Prestes wurde noch stärker als zuvor in die Arbeit der Führungsgremien der Komintern einbezogen. Er berichtete darüber: »Ich hatte Gelegenheit, an den Sitzungen des Sekretariats der Komintern, auf denen die Lage in den Ländern Lateinamerikas behandelt wurde, teilzunehmen und auf diese Weise den Kampf zu verfolgen, der dort unter der Führung der kommunistischen und Arbeiterparteien vor sich ging. Ich nahm an der 12. und 13. Plenartagung des Exekutivkomitees der Komintern teil, war Zeuge der Entwicklung des Kampfes gegen den Faschismus, lernte hervorragende führende Funktionäre der kommunistischen Bewegung – Togliatti, Thälmann, Pieck, Thorez, Kuusinen, Béla Kun, Wang Ming und viele andere – kennen.«⁷²

Doch die Frage der Mitgliedschaft von Luiz Carlos Prestes in der Kommunistischen Partei blieb bis in das Jahr 1934 hinein unbeantwortet.

Auf Grund der fortdauernden Schwäche der KP Brasiliens, vor allem aber wegen des anhaltenden Widerstandes in der brasilianischen Parteiführung gegen eine Parteiaufnahme von Prestes, hatte Manuilski schließlich die Möglichkeit ins Gespräch gebracht, Prestes zunächst in die KPdSU (B) aufzunehmen. Doch bevor es zu einer Entscheidung kam, hatte Stalin einen einjährigen Aufnahmestop und eine »Säuberung« der sowjetischen KP verfügt.

Damit hatte sich auch Manuilskis Plan erledigt, und Prestes wurde ein weiteres Mal »vertröstet«.

⁶⁹ Vgl. dazu: A.B. Харламенко, a.a.O.

⁷⁰ Vgl. dazu: Edgard Carone, a.a.O., S. 21.

⁷¹ Vgl. dazu: Jürgen Mothes, a.a.O., S. 55. Jürgen Mothes führte das Gespräch mit Wladimir Turok-Popow am 12. März 1981 in Moskau. Ein Wortprotokoll, das Mothes wahrscheinlich angefertigt hatte, ist nicht überliefert.

⁷² Luiz Carlos Prestes, a.a.O., S. 110.

Als dann im Februar 1934 die Entscheidung fiel, den Aufnahmestop in die KPdSU (B) unbefristet zu verlängern, unternahm Manuilski einen erneuten Versuch, eine Aufnahme in die KP Brasiliens durchzusetzen. »Doch die Antwort [aus Brasilien]«, so der Bericht von Prestes, »war wieder abschlägig. Nun war er [d.i. Dimitri Manuilski] es müde, weiter mit der Partei zu diskutieren und er entschied: »Nein, Du wirst in die brasilianische Partei eintreten. Ich werde Anweisung erteilen, daß sie bekanntmachen, daß Du Mitglied der Partei bist.«⁷³

In diesem Sinne traf das Politsekretariat des EKKI am 11. März 1934 in einer geschlossenen Sitzung die Entscheidung, dem »ZK der KP Brasiliens zu empfehlen, den Gen[ossen] Prestes in die brasilianische Partei aufzunehmen.«⁷⁴

Doch in der Führung der brasilianischen KP stieß das Moskauer Vorgehen weiterhin auf Widerstand. Monatelang gab es keinerlei Reaktion aus Rio de Janeiro, so daß sich die Politische Kommission des Politsekretariats des EKKI schließlich gezwungen sah, den Beschluß zu erneuern. Im Protokoll vom 8. Juni 1934 hieß es dazu: »Dem ZK der KP Brasiliens [ist] telegraphisch mitzuteilen, daß das EKKI den Gen[ossen] Prestes in die K[ommunistische] I[nternationale] aufgenommen hat und dem ZK der KP Brasiliens vorschlägt, ihn in die KP Brasiliens aufzunehmen.«⁷⁵ Um diesem zweiten Beschluß größeren Nachdruck zu verleihen, wurde er in der nachfolgenden Sitzung des Politsekretariats am 11. Juni 1934 ausdrücklich bestätigt.⁷⁶

Doch auch dieser zweite Moskauer Beschluß wurde in Rio de Janeiro zunächst vollkommen ignoriert. Selbst auf der Ersten Nationalen Parteikonferenz der KP Brasiliens, die vom 8. bis 16. Juli 1934 in Niterói⁷⁷ durchgeführt wurde, spielte die Tatsache, daß Brasiliens berühmtester Revolutionär nun Mitglied der Kommunistischen Partei geworden war, keine Rolle.

In dem bereits mehrfach zitierten Interview aus dem Jahre 1982 berichtete Prestes – nicht ohne einen gewissen Stolz –, daß die Zeitung der KP Brasiliens, »A Classe Operária«, in ihrer Ausgabe vom 1. August 1934 über seine Parteaufnahme berichtet hätte.⁷⁸ Doch weder das »Manifest der Ersten Nationalen Parteikonferenz«, das in dieser Ausgabe auf fast drei Seiten veröffentlicht wurde, noch ein anderer Beitrag der insgesamt achtseitigen Ausgabe enthielt einen entsprechenden Hinweis. Nicht einmal bei einem ganzseitigen Artikel von Luiz Carlos Prestes über »Die Rote Armee 1934«, der auf Seite 3 erschien, wurde darauf hingewiesen, daß der Autor inzwischen Mitglied der Kommunistischen Partei Brasiliens geworden war.

⁷³ Edgard Carone, a.a.O., S. 21.

⁷⁴ Protokoll Nr. 214 (A) der geschlossenen Sitzung des Politsekretariats des EKKI, [Moskau], 11. März 1934, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 3, Delo 315, Blatt 1-3, hier: Blatt 1.

⁷⁵ Protokoll Nr. 386 (A) der außerordentlichen Sitzung der Politkommission des Polit[ischen] S[ekretariats] am 8. Juni 1934, [Moskau], RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 4, Delo 294, Blatt 1 und 2, hier: Blatt 1.

⁷⁶ Vgl. dazu: Protokoll Nr. 223 (A) der Sitzung des Politsekretariats am 11. Juni 1934, [Moskau], RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 3, Delo 325, Blatt 1-3, hier: Blatt 1.

⁷⁷ Aus Gründen der Konspiration wurde offiziell erklärt, daß die Konferenz im Bundesstaat Minas Gerais stattgefunden habe.

⁷⁸ Edgard Carone, a.a.O., S. 19. Möglicherweise bezog sich Prestes auf die »Voz Operária«, eine andere Zeitung der KP Brasiliens. Diese Zeitung konnte jedoch nicht überprüft werden.

Dafür gab es in einem nicht gezeichneten Leitartikel auf Seite 1 unter dem Titel »Auf dem Weg zum 4. Parteitag der KPB« – ohne allerdings Luiz Carlos Prestes namentlich zu nennen – erneut massive Angriffe gegen einen vermeintlichen »Prestismus« innerhalb der Partei, bei dem es sich um eine »rechte und putschistische kleinbürgerliche Ideologie« handeln würde, die die Rolle des Proletariats als »Triebkraft der Revolution der Arbeiter und Bauern« leugnen und statt dessen Zuflucht zu »Erlösern« und »Rittern der Hoffnung« nehmen würde.⁷⁹

Erst am 12. September 1934 erschien unter dem Titel »Die Mitgliedschaft von Luiz Carlos Prestes in der KPB« diese kurze Meldung: »Wegen des völligen Fehlens von Platz müssen wir darauf verzichten, in dieser Ausgabe das Manifest des ZK der KPB (Sektion der KI) über die Mitgliedschaft von Luiz Carlos Prestes in der Kommunistischen Partei Brasiliens zu veröffentlichen.«⁸⁰

Das Verhältnis der Führung der Kommunistischen Partei Brasiliens und insbesondere ihres Generalsekretärs zu Luiz Carlos Prestes blieb auch in der Folge angespannt und sogar von gegenseitigem Mißtrauen geprägt, was zwangsläufig schwerwiegende Konsequenzen für die Politik und das Handeln der Partei im gesamten Schlüsseljahr 1935 hatte. Es sollte sich zeigen, daß es in dieser Zeit eine der wichtigsten Aufgaben Arthur Ewerts als Berater von Luiz Carlos Prestes und der Kommunistischen Partei Brasiliens sein würde, diese Konsequenzen entgegenzuwirken.

⁷⁹ A Classe Operária, Rio de Janeiro, 1 de Agosto de 1934.

⁸⁰ A Classe Operária, Rio de Janeiro, 12 de Setembro de 1934. Auch in der nachfolgenden Ausgabe, die am 3. Oktober 1934 erschien, fehlte das »Manifest«. Da die Zeitung nur unvollständig überliefert ist, ließ sich nicht nachprüfen, ob eine Veröffentlichung doch noch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgte.

Kapitel 19: Zwischenspiel in China¹

Wenige Tage nach seiner Ankunft in Shanghai erhielt Arthur Ewert eine erste verschlüsselte Nachricht aus Moskau. Mit dem Telegramm, das am 20. September 1932 in der sowjetischen Hauptstadt abgesandt worden war, wurde er aufgefordert, »sich durch das ZK [der KP Chinas] mit unseren Direktiven für die letzten Monate« bekanntzumachen. Besondere Aufmerksamkeit sollte er der Entwicklung der Gewerkschaftsarbeit widmen. Und weiter: »Übermitteln Sie [möglichst bald] Ihre Eindrücke und Ihren Arbeitsplan. Wir bitten um regelmäßige Information zu den wichtigsten Neuigkeiten.«²

Anfang Januar 1929 war Arthur Ewert als stellvertretender Leiter des Östlichen Ländersekretariats der Komintern berufen worden, das für die Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Chinas (und den KPs weiterer Länder der Region) zuständig war. Doch zu einer wirklichen Ausübung dieser Funktion war es nie gekommen. Denn jene Kräfte in der Führung der Komintern, die die Berufung von Arthur Ewert veranlaßt und befördert hatten, wollten ihm mit diesem Schritt nur die weitere Zusammenarbeit mit Walter Ulbricht in der Moskauer Vertretung der KPD ersparen. Denn Arthur Ewert war, wie bereits an anderer Stelle berichtet, im Spätherbst 1928 als zweiter Vertreter der KPD, neben Ulbricht, nach Moskau entsandt worden, um ihm so die weitere Mitarbeit in der Führung der KPD unmöglich zu machen.

China war seit der ersten Hälfte der zwanziger Jahre »ein Mittelpunkt für das Interesse und die Begeisterung der europäischen politisch progressiven Kräfte«, es bot insbesondere den Kommunisten »Anregung und Vorbild sowie nutzbare Erfahrungen für ihre eigenen Bestrebungen«.³ Bereits 1925 hatte es in Berlin und anderen deutschen Städten zahlreiche Versammlungen und Kundgebungen der KPD, des Roten Frontkämpferbundes, der Internationalen Arbeiterhilfe und der Roten Hilfe Deutschlands gegeben, die unter der Losung »Hände weg von China! China den Chinesen!« standen. Im April 1927 schrieb Ernst Thälmann in einem Artikel unter dem Titel »Die chinesische Revolution und die Aufgaben der Arbeiterschaft« in der »Roten Fahne«: »Kaum zehn Jahre nach der russischen Revolution ist das Weltproletariat wiederum Zeuge einer Umwälzung von weltgeschichtlicher Bedeutung. Die Augen der ganzen Menschheit sind auf China gerichtet, wo das älteste und größte Kulturvolk der Erde die impe-

¹ Als Leiter des Fernöstlichen Büros der Komintern in Shanghai war Arthur Ewert auch für die Zusammenarbeit mit den Kommunistischen Parteien anderer Länder bzw. Gebiete der Region verantwortlich. Doch dieser Teil seiner Tätigkeit ist kaum dokumentiert, denn aller Wahrscheinlichkeit nach spielte er in der Praxis lediglich eine Nebenrolle. In seinen Berichten nach Moskau widmete Arthur Ewert den »nichtchinesischen« Themen stets nur einige kurze Sätze. Am 2. Juni 1934 schrieb er zum Beispiel kurz und knapp: »Philippinen und Malaya bearbeiten wir jetzt. Vertreter dieser beiden Parteien sind hier. Es liegt ein ausführlicher Bericht von den Philippinen vor, der gewisse Fortschritte zeigt. [...] Mit Indochina keine persönliche Verbindung gehabt. Mit Java auch nicht.« Vgl. dazu: [Bericht von Arthur Ewert an Ossip Pjatzitzki], Shanghai, 2. Juni 1934 1932, in: KPdSU (B), Komintern und Sowjetbewegung in China. Dokumente. Band 4: 1931-1937 (Teil 1), Münster 2006, S. 740-748, hier: S. 747 f.

² [An den eingetroffenen Vertreter des EKKI], Moskau, 20. September 1932, in: Ebenda, S. 240.

³ Weijia Li, China und China-Erfahrung in Leben und Werk von Anna Seghers, Frankfurt am Main u.a. 2010, S. 50 f. So auch zitiert in: Wolfram Adolph, Nagelprobe China, in: Das Argument 296/2012, S. 35-52, hier: S. 35 f.

rialistischen Fesseln sprengt, in die es ein Jahrhundert lang geschlagen war. [...] Diese ungeheure Gefahr haben die Imperialisten erkannt. Sie wissen, daß die Einigung Chinas den Anfang vom Ende der Imperialistenherrschaft über die Kolonialvölker bedeutet. Sie wissen, daß der Sieg der chinesischen Revolution das Ende der relativen Stabilisierung in den kapitalistischen Ländern bedeuten wird. Sie wissen, daß er die europäische Revolution überaus beschleunigen muß. [...] Nur das Proletariat der Sowjetunion und die kommunistische Vorhut der Arbeiterklasse in der Welt erkennen richtig und rechtzeitig die Bedeutung der Ereignisse in China.«⁴

Berichte über die chinesische Innen- und Außenpolitik gehörten Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre zu den regelmäßigen Themen sowohl der kommunistischen als auch der bürgerlichen Presse in aller Welt.

Es ist daher anzunehmen, daß Arthur Ewert bereits bei seiner Abreise aus Südamerika mit den damals aktuellen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entwicklungen in China, soweit sie in der internationalen Presse eine Rolle spielten, vertraut war.

Doch fehlten ihm selbstverständlich genaue Kenntnisse der Lage in der KP Chinas und ihren führenden Organen, der konkreten Bedingungen ihrer Tätigkeit sowie der politischen und militärischen Konzeptionen und des Kräfteverhältnisses innerhalb der Partei.

Deutlich wurde das bereits in seinem ersten Bericht nach Moskau, den er knapp vier Wochen nach seiner Ankunft in Shanghai verfaßte: »Die Zeit ist noch zu kurz, um Ihnen ein klares Bild der Lage zu geben. Ferner sind die Schwierigkeiten der Organisation von Besprechungen mit unseren hiesigen Freunden sehr groß. Die Tatsache, daß man nicht mit einer, wenn auch kleinen Gruppe zugleich sprechen und diskutieren kann, sondern auf Besprechungen mit einem oder zwei Freunden angewiesen ist, erschwert die Arbeit, aber auch den Einblick in Strömungen, Differenzen etc.«⁵

Die »Schwierigkeiten«, von denen Arthur Ewert schrieb, waren eine unmittelbare Folge des »weißen Terrors«, mit dem die Regierung von Jiang Jieshi⁶ das ganze Land seit Jahren überzog und der auch vor den Grenzen der exterritorialen Stadtteile von Shanghai – dem »International Settlement« unter britischer Verwaltung und der »Concession française« unter französischer Zuständigkeit – nicht haltmachte.

Otto Braun, der wenige Wochen nach Arthur Ewert in Shanghai eintraf und dort als militärischer Berater im Fernöstlichen Büro der Komintern arbeitete, berichtete darüber in seinen Erinnerungen: Schwierig »war der Kontakt mit den führenden chinesischen Genossen. Direkte Verbindung mit ihnen unterhielten daher nur Genosse Ewert und ich. Gemeinsam suchten wir regelmäßig, meist einmal wöchentlich, das konspirative Haus des ZK auf, das sich in einem Neubaublock befand und natürlich

⁴ Die Rote Fahne, Berlin, 13. April 1927. Auch in: Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1, Berlin (DDR) 1956, S. 253-256.

⁵ [Bericht von Arthur Ewert an Ossip Pjatnitzki], Shanghai, 8. Oktober 1932, in: KPdSU (B), Komintern und Sowjetbewegung in China, a.a.O., S. 247-252, hier: S. 247 f.

⁶ Andere Schreibweisen: Tschiang Kai-shek und Chiang Kaishek. Im nachfolgenden Text werden chinesische Namen und Ortsbezeichnungen in Pinyin, der offiziellen Umschrift der VR China, wiedergegeben. Bei Buch- und Zeitschriftentiteln sowie bei Zitaten wird die dort verwendete Schreibweise beibehalten und, falls notwendig, durch die Umschrift in Pinyin erläutert.

entsprechend gesichert war. Wir durften das Haus nur auf ein vereinbartes Zeichen hin betreten - beispielsweise eine Lampe an einem bestimmten Fenster oder einen halbaufgezogenen Vorhang in einem erhellten Zimmer und dergleichen mehr. Zweimal kehrten wir um, weil diese Signale der Gefährlosigkeit fehlten, und wir mußten unsere Zuflucht zu einer außerhalb des Hauses für den Notfall eingerichteten Verbindungsstelle nehmen, um den nächsten Treff auszumachen.«⁷

Massenverhaftungen und summarische Exekutionen von Chinesen, die der Mitgliedschaft in der KP auch nur verdächtig waren, gehörten zum Alltag.

Daß auch Ausländer jederzeit von Verhaftung und Verurteilung bedroht waren, hatte nicht zuletzt der Fall »Noulens« im Sommer 1931 deutlich gemacht: Jakow Rudnik und Tatjana Moiseenko, die im Auftrag der Komintern als belgisches Ehepaar »Noulens« in Shanghai gelebt und gearbeitet hatten, waren wegen »subversiver Tätigkeit« verhaftet und zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Die internationale Presse hatte ausführlich über den Prozeß und das Urteil berichtet. Die Komintern und der sowjetische Geheimdienst unternahmen vielfältige Anstrengungen zur Rettung der »Noulens«⁸ und zur Erleichterung ihrer Haftbedingungen. Arthur Ewert selbst informierte die Moskauer Gremien wiederholt über die Lage des Ehepaars.⁹

Es ist daher völlig unverständlich, daß Arthur Ewert während seines Aufenthaltes in China – wie später auch in Brasilien – in der täglichen Arbeit regelmäßig wichtige Grundsätze der Konspiration mißachtete und dadurch nicht nur sich, sondern auch seine Genossen in höchste Gefahr brachte.

Dieses Verhalten war in Moskau bekannt, es hatte immer wieder Hinweise und sogar Berichte gegeben. Besonders deutlich war Manfred Stern geworden, der Ende 1933 an Ossip Pjatnitski geschrieben hatte: »Meiner Meinung nach (und nicht nur meiner allein) verhält sich Genosse Arthur [Ewert] sträflich fahrlässig zu den elementaren Anforderungen an die illegale Arbeit. Meine Bemerkungen zu dieser Frage wurden von ihm als Aufdringlichkeit ausgelegt. Als ich einmal die Überprüfung dieser Angelegenheit forderte und mit konkreten Vorschlägen auftrat, erhielt ich eine solche Abfuhr, daß ich nicht wußte, wie mir geschah. Heißt das nun, daß am Shipka-Paß alles ruhig ist? Bei weitem nicht. Die Dokumente werden wie bisher über die ganze Stadt verstreut, Privatwohnungen dienen als Archive.«¹⁰

⁷ Otto Braun, *Chinesische Aufzeichnungen (1932-1939)*, Berlin (DDR) 1973, S. 10 f.

⁸ Während der vorgerichtlichen Untersuchung teilte die belgische Regierung offiziell mit, daß es sich bei dem »Ehepaar Noulens« nicht um belgische Staatsbürger handeln würde. Jakow Rudnik und Tatjana Moiseenko erklärten daraufhin, schweizerische Staatsbürger mit dem Namen »Rüegg« zu sein. Da sich die Regierung der Schweiz nicht zur Frage der Staatsbürgerschaft äußerte, wurden Jakow Rudnik und Tatjana Moiseenko unter dem Namen »Ruegg« angeklagt und verurteilt. Ihre tatsächliche Identität wurde erst nach 1990 bekannt. Vgl. dazu: Frederick S. Litten, *The Noulens Affair*, in: *The China Quarterly*, No. 138. (June 1994), S. 492-512.

⁹ Am 8. April 1933 zum Beispiel teilte er mit: »Der Zustand von Ruegg und seiner Frau [d.i. Jakow Rudnik und Tatjana Moiseenko] ist gut. Allerdings sind alle von den verschiedensten Subjekten aus der Guomindang abgegebenen Versprechungen, ihre Freilassung erreichen zu wollen, bis jetzt ergebnislos geblieben.« Vgl. dazu: [Bericht Nr. 5 von Arthur Ewert an das EKKI], Shanghai, 8. April 1933, in: KPdSU (B), *Komintern und Sowjetbewegung in China*, a.a.O., S. 402-413, hier: S. 413.

¹⁰ [Brief von Manfred Stern an Ossip Pjatnitski], Shanghai, 16. bis 25. Dezember 1933, in: KPdSU (B), *Komintern und Sowjetbewegung in China*, a.a.O., S. 614-625, hier: S. 615. Allerdings berichtete Josef Gutsche, der seit Anfang der dreißiger Jahre im Auftrag der sowjetischen Militäraufklärung in der

Dazu gehörte auch, daß Arthur Ewert und seine Frau in Shanghai regelmäßig (privaten) Kontakt zu verschiedenen Menschen hatten, die sie aus ihrer Zeit in Deutschland kannten und deren politische Ansichten den einschlägigen Behörden kein Geheimnis waren. Zu ihnen gehörte erstaunlicherweise auch Richard Sorge, der legendäre sowjetische Spion, der China allerdings bereits Anfang 1933 wieder verließ.

Man feierte gemeinsam den Jahreswechsel und kam sogar in einem größeren Kreis zusammen, um den Jahrestag der Oktoberrevolution in Rußland zu begehen.¹¹

Ruth Werner, damals noch Ursula Hamburger, die von Richard Sorge Anfang der dreißiger Jahre für die Zusammenarbeit mit dem sowjetischen militärischen Geheimdienst angeworben worden war, berichtete Jahrzehnte später in ihrem Erinnerungsbuch »Sonjas Rapport« sogar über gemeinsame Privatreisen: »Einen der schönsten ›Genossenausflüge‹ unternahm ich für drei Tage mit Agnes [Smedley], Arthur Ewerts Frau Sabo und Otto Brauns Gefährtin. Ich war glücklich, daß Richard [Sorge] mir nach einigem Zögern die unvergeßliche Hausbootfahrt gestattete.« Allerdings: »Über die Arbeit fiel kein Wort.«¹²

Die von Ruth Werner erwähnte Agnes Smedley wurde 1892 in einem kleinen Ort im US-Bundesstaat Missouri geboren.

Seit 1920 hatte sie fast zehn Jahre in Berlin gelebt und gearbeitet, wo sie eine Klinik für Familienplanung eingerichtet hatte und als Journalistin regelmäßig für linke Zeitungen und Zeitschriften in den USA über die Entwicklungen in der Weimarer Republik berichtete. Im Jahre 1929 war sie nach China gekommen, wo sie sich sehr schnell als anerkannte und geschätzte Journalistin mit einem großen Bekanntenkreis etablieren konnte. Doch vor allem engagierte sie sich mit aller Kraft für die chinesische kommunistische Bewegung, ohne selbst jemals Mitglied einer Kommunistischen Partei zu werden.

In Shanghai hatte sie eine sehr intensive, auch intime Beziehung zu Richard Sorge, dem sie zahlreiche wichtige Kontakte vermittelte und so dessen geheimdienstliche Arbeit, zumindest in der Anfangsphase, maßgeblich unterstützte.

Dies und die Tatsache, daß sie im Laufe der Zeit wiederholt mit offiziellen Vertretern der Komintern zusammenarbeitete, unter ihnen nicht zuletzt Arthur Ewert und Gerhart Eisler, hatte zur Folge, daß sie in den Jahren ab 1947 in den USA zum Ziel massiver antikommunistischer Verfolgung wurde.¹³ Im November 1949 flüchtete sie nach Großbritannien, wo sie im Mai 1950, im Alter von nur 58 Jahren, starb.¹⁴

Mandschurei stationiert war, im Jahre 1962: »In dieser Arbeit hatte ich dann auch des öfteren [...] in Shanghai zu tun und traf dort den Genossen Arthur Ewert. [...] Wir trafen uns und ich ging in seine Wohnung. Er teilte mir mit, daß es bei ihm schwer sei, irgendwelche Dokumente aufzubewahren usw., weil seine Wirtsleute nachsuchten, wenn er nicht anwesend wäre. So habe ich ihm in seinem Schreibtisch eine Sicherung eingebaut, daß die Dokumente restlos, ohne lesbare Aschenreste vernichtet würden, wenn ein Unbefugter die Schreibtischschublade aufzog. Eine solche Sicherung habe ich ihm eingebaut.« Ergänzungen zu den Erinnerungen des Gen[ossen Joseph] Gutsche, 28. August 1962, SAPMO-BArch, Berlin, SgY 30/0328 Blatt 42-49, hier: Blatt 42.

¹¹ Vgl. dazu: [Mitteilung des Genossen Ryan über Shanghai], Moskau, 22. Dezember 1934, in: KPdSU (B), Komintern und Sowjetbewegung in China, a.a.O., S. 916-920, hier: S. 920.

¹² Ruth Werner, Sonjas Rapport, Berlin (DDR) 1977, S. 84.

¹³ Insbesondere ihre Beziehung zu Richard Sorge war nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Gegenstand offizieller Untersuchungen in den USA. Vgl. dazu: Hearings on American aspects of the

Ob Arthur und Elise Ewert auch im »Zeitgeist Bookstore« verkehrten, ist nicht überliefert, aber sehr wahrscheinlich. Der »Zeitgeist Bookstore« in Shanghai war von der Berliner Buchhändlerin Irene Wiedemeyer eingerichtet worden, die bis zur Machtübergabe an Hitler im Januar 1933 in der Berliner »Zeitgeist Buchhandlung« gearbeitet hatte, dann aber aus politischen Gründen emigrieren mußte. So war es kaum verwunderlich, daß der »Zeitgeist Bookstore« sehr schnell zu einem regelmäßigen Treffpunkt und Ort des Gedanken- und Meinungs-austausches linksgerichteter europäischer und US-amerikanischer Intellektueller wurde.¹⁵

Es ist unklar, wann Arthur Ewert erstmals in das Visier der britischen Behörden geriet, die für die »Sicherheit« des »International Settlement« von Shanghai zuständig waren und dabei eng mit der chinesischen Geheimpolizei zusammenarbeiteten.¹⁶

David P. Hornstein berichtete unter Hinweis auf die einschlägigen Akten, ohne jedoch irgendwelche Einzelheiten zu nennen, daß die britische Shanghai Municipal Police (SMP) Ende 1932 »zahlreiche Vertreter der Komintern und [andere] sowjetische Agenten, die [zu dieser Zeit] in Shanghai tätig waren, aber auch jene, die dort vier oder fünf Jahre zuvor illegal gearbeitet hatten, einwandfrei identifiziert« hätte. Der Name Harry Berger, also der Name, unter dem Arthur Ewert in China lebte und arbeitete, sei bereits unmittelbar nach der Ankunft von Arthur Ewert in Shanghai auf der entsprechenden Liste aufgetaucht.¹⁷ In den Akten der SMP fände sich jedoch keinerlei Erklärung dafür, wie es den britischen Behörden gelungen sei, Arthur Ewert zu enttarnen.¹⁸

In den Akten des britischen Auslandsgeheimdienstes S.I.S. wurde die Anwesenheit von Arthur Ewert in China erstmals am 14. Februar 1934 vermerkt. In einem Auszug aus der Geheimdienstakte des britischen KP- und Kominternfunktionärs Tom

Richard Sorge spy case. Hearings before the Committee on Un-American Activities, House Of Representatives, Eighty-second Congress, U.S. Government Print Office, Washington 1951.

¹⁴ Es sind in den letzten Jahren zahlreiche weitere biographische Arbeiten über Agnes Smedley veröffentlicht worden, doch die nach wie vor interessanteste Publikation entstand bereits 1988: Janice R. MacKinnon and Stephen R. MacKinnon, *Agnes Smedley. The Life and Times of an American Radical*, Berkeley 1988. Eine deutsche Übersetzung erschien 1989 in Zürich unter dem Titel »Agnes Smedley. Das Leben einer radikalen Frau mit dem unfehlbaren Instinkt, ihre Person in das Zentrum der weltweiten politischen und sozialen Bewegungen ihrer Zeit zu rücken«.

¹⁵ Es gibt Hinweise darauf, daß der »Zeitgeist Bookstore« in Shanghai durch Vermittlung von Willi Münzenberg von der 1925 gegründeten Internationalen Vereinigung Revolutionärer Schriftsteller finanzielle Unterstützung erhielt. Vgl. dazu: Chalmers A. Johnson, *An Instance of Treason. Ozaki Hotsumi and the Sorge Spy Ring*, Stanford 1990, S. 60 f.

¹⁶ Es gibt keine Hinweis darauf, daß sich auch die französischen Behörden in der »Concession française« für Arthur Ewert »interessierten«, obwohl Arthur Ewert und seine Frau fast ein Jahr im Haus Nummer 15 in der Route Paul Henry in der Französischen Konzession wohnten.

¹⁷ David P. Hornstein, *Arthur Ewert. A Life for the Comintern*, New York and London 1993, S. 159. Frederick S. Litten, der Einblick in die Akten der SMP hatte, widerspricht dieser Darstellung und bezweifelt – vor allem unter Bezug auf die Schilderung des Aufenthaltes von Arthur Ewert in China – grundsätzlich die Glaubwürdigkeit bzw. Zuverlässigkeit von Hornstein. Vgl. dazu: Frederick S. Litten, *Otto Braun's Curriculum Vitae. Translation and Commentary*, in: *Twentieth-Century China*, Volume XXIII, No. 1, (November 1997), S. 31-61, hier: S. 56 f.

¹⁸ David. P. Hornstein, a.a.O.

(Thomas) Bell¹⁹, der am 13. Juni 1934 angefertigt und der Akte von Arthur Ewert beigelegt wurde, hieß es: »Aus absolut zuverlässiger Quelle haben wir erfahren, daß Tom Bell an Bord der MS »Conte Rosso« am 10. Januar 1934 von Venedig abgereist und am 3. Februar 1934 in Shanghai eingetroffen ist. Nach seiner Ankunft begab er sich umgehend zum Palace Hotel, wo er sich mit Arthur Ewert [...] traf, der gegenwärtig der Chef der Kominternagenten in China ist.«²⁰

Bemerkenswerterweise wurden an diesem 13. Juni 1934 in London zwei weitere Auszüge aus einer Geheimdienstakte angefertigt und abgelegt, die Arthur Ewert und seinen Aufenthalt in China betrafen. Bei dieser Akte handelte es sich um einen nicht näher bezeichneten Vorgang des China-Referats des S.I.S. Es ließ sich nicht feststellen, ob es Mitte Juni 1934 für den britischen Geheimdienst einen besonderen Anlaß gab, sich nach mehrjähriger Pause²¹ wieder mit Arthur Ewert zu befassen oder ob es sich um einen eher routinemäßigen Vorgang handelte, der allein aus der Tatsache resultierte, daß zu diesem Zeitpunkt mehr oder weniger zufällig neue Informationen über Arthur Ewert nach London gelangt waren.

In dem ersten Auszug, der als »Specially secret and personal«, also »Streng geheim und persönlich«, klassifiziert wurde, hieß es nur sehr allgemein über die Tätigkeit der Kominternvertretung in China: »Die neue sowjetische Mission ist in Shanghai angesiedelt, ihre Mitglieder trafen sich hier [erstmalig] in der zweiten Februarwoche. Einige ihrer Mitglieder befanden sich bereits vor Ort, einige andere Mitglieder wurden von der früheren Mission in der Mandschurei hierher versetzt.« Und weiter: »Die Mission steht unter der allgemeinen Kontrolle des nachgenannten Kominternagenten: [...] Arthur Ewert (mit vielen Decknamen), deutscher Herkunft, Chef der zivilen bzw. Komintern-Seite der Mission.«²²

Die Vermutung ist also naheliegend, daß dem britischen Geheimdienst zu diesem Zeitpunkt die Tatsache zumindest nicht in vollem Umfang bekannt war, daß das Fernöstliche Büro der Komintern in Shanghai bereits seit Ende 1932 in neuer und seither weitgehend unveränderter Zusammensetzung tätig war.

Der zweite Aktenauszug machte deutlich, daß der britische Geheimdienst spätestens seit Anfang 1934 über mindestens eine hochkarätige Quelle im engeren Umfeld von Arthur Ewert verfügte: In einem mehrseitigen Dokument vom 23. Mai 1934 wurde

¹⁹ Der Hintergrund der Reise von Tom Bell ließ sich nicht aufklären. Möglicherweise war er als Kurier unterwegs. Bell war zu jener Zeit offiziell Redaktionsmitglied der in Moskau ansässigen Zeitschrift »Kommunistische Internationale«. (Vgl. dazu: Michael Buckmiller und Klaus Meschkat (Hrsg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, Datenbankeintrag zu Tom Bell auf beiliegender CD-ROM.) Arthur Ewert und Tom Bell hatten sich spätestens in der ersten Jahreshälfte 1926 in Zusammenhang mit dem britischen Generalstreik kennengelernt, zu dessen Führern Bell gehört hatte. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß sie sich bereits seit dem ersten Aufenthalt von Arthur Ewert in Großbritannien Ende 1924 kannten.

²⁰ [S.I. Form 0.6. Extraced from P.F.38425 Bell], London, June 13, 1934, The National Archives, Great Britain, Kew, KV 2/2336 307958, Blatt 2a.

²¹ Der bis dahin letzte Eintrag in der britischen Geheimdienstakte von Arthur Ewert stammte vom 8. Oktober 1931 und bezog sich auf seine Berliner Adresse, die – wie an anderer Stelle bereits geschildert – im Adreßbuch eines britischen KP-Funktionärs gefunden worden war.

²² [S.I. Form 0.6. Extracted from S.F.411/China/1], London, June 13, 1934, The National Archives, Great Britain, Kew, a.a.O., Blatt 3a.

sehr detail- und kenntnisreich über die Zusammenarbeit zwischen Arthur Ewert und Harold R. Isaacs, dem Herausgeber des »China Forum«, berichtet.²³

Dieser Vorgang ist auch deshalb bemerkenswert, weil Arthur Ewert eben wegen seiner Zusammenarbeit mit Harold R. Isaacs zum Ziel heftiger Kritik seitens der Moskauer Gremien der Komintern wurde, obwohl er dabei stets in deren Auftrag gehandelt hatte.

Der US-Amerikaner Harold R. Isaacs, geboren 1910, war im Dezember 1930, kurz nach Abschluß seines Studiums an der renommierten Columbia University in New York, nach Shanghai gekommen, um dort als Journalist zu arbeiten. Bei dem Versuch, sich in Shanghai zu etablieren, kam er, wie er in Briefen an seine damalige Verlobte berichtete, »sehr schnell unter den Einfluß von Agnes Smedley«, die er als »brennende Kommunistin« beschrieb, und von C. Frank Glass, einem Engländer, den er als »kritischen Kommunisten« bezeichnete.²⁴

Agnes Smedley orientierte sich in ihrem Wirken, trotz einiger tiefgehender Enttäuschungen während ihrer wiederholten Besuche in Moskau, weitgehend an der Politik der Komintern. Glass hingegen, der 1921 zu den Mitbegründern der Kommunistischen Partei Südafrikas gehört hatte, war kurz zuvor als Anhänger Trozki aus der KP ausgeschlossen worden.²⁵ Sein Einfluß sollte in den folgenden Jahren für die weitere politische Entwicklung von Isaacs entscheidend werden.

Im Dezember 1931 entstand bei einem Gespräch von Agnes Smedley, Glass und Isaacs mit Song Qingling, der Witwe Sun Yat-sens, die Idee, in Shanghai eine englischsprachige Wochenzeitung herauszugeben, in der jene politischen Kräfte zu Wort kommen sollten, die von den etablierten Medien totgeschwiegen wurden.

Isaacs war sofort Feuer und Flamme. Er erklärte sich bereit, die Leitung der neuen Zeitung zu übernehmen. Bereits am 13. Januar 1932 erschien die erste Ausgabe des »China Forum«. Doch nach nur zwei weiteren Ausgaben mußte Mitte Februar 1932 eine »Zwangspause« eingelegt werden, weil die Behörden der Französischen Konzession Shanghais ein Verbot der Zeitung ausgesprochen hatten. Erst vier Wochen später gelang es Isaacs und seinen Helfern, eine vierte Ausgabe herauszubringen. Bis zum 13. August 1932 erschien das »China Forum« nun regelmäßig einmal in der Woche.

Sehr schnell hatte sich ein fester Leserkreis gebildet, denn hinsichtlich der angesprochenen Themen und der Art und Weise der Berichterstattung war das »China Forum« tatsächlich einzigartig. Auch wenn dem Herausgeber und seinen Mitarbeitern von den Behörden im International Settlement und in der Französischen Konzession immer wieder unterstellt wurde, lediglich »kommunistische Propaganda« zu betreiben, so war nicht zu übersehen, daß das »China Forum« – bei aller offensichtlichen Sympathie für die KP Chinas und ihre Sache – in vielen Fragen zu einer kritischen Sicht auf die politische und militärische Praxis der chinesischen Kommunisten fähig war.

²³ Ebenda, Blatt 6a.

²⁴ Jinxing Chen, Harold R. Isaacs' Trotzkyist Turn in the *China Forum* Years, in: *Twentieth-Century China*, Volume XXIV, No. 1 (November 1998), S. 31-66, hier: S. 32. Der Artikel ist vor allem deshalb interessant, weil der Autor zahlreiche persönliche Briefe aus dem Nachlaß von Harold R. Isaacs auswerten konnte. Allerdings nahm der Autor an keiner Stelle die Existenz einer Vertretung der Komintern in Shanghai und deren Rolle für die Geschicke des »China Forum« auch nur zur Kenntnis.

²⁵ Ebenda.

Im August 1932 mußte das »China Forum« sein Erscheinen einstellen, weil sich in ganz Shanghai keine Druckerei mehr finden ließ, die bereit war, die von den Behörden zwar nicht offiziell verbotene, aber doch als »gefährlich« eingestufte Zeitung zu einem angemessenen Preis zu drucken.

In ihrer regulären Sitzung am 21. September 1932 befaßte sich daher die Politische Kommission des Politsekretariats des EKKI in Moskau unter dem Tagesordnungspunkt 34 mit dem »China Forum«. Offensichtlich hatte es den Vorschlag gegeben, in Shanghai eine Druckerei zu kaufen, um so das regelmäßige Erscheinen der Zeitung zu sichern. Doch dieser Vorschlag wurde abgelehnt, vom »Kauf einer Druckerei soll[te] Abstand genommen werden.« Dafür wurde beschlossen, die »Meinung des ZK [der KP Chinas] und des EKKI-Vertreters in China [d.i. Arthur Ewert] einzuholen, ob das Erscheinen der Zeitschrift Nutzen bringt.«²⁶

Eine solche »Meinung« ist nicht überliefert, doch offensichtlich ließ sich keine Alternative zum Kauf einer Druckerei finden. Denn Anfang Dezember 1932 berichtete Arthur Ewert nach Moskau: »Wir haben eine kleine Druckerei inkorporiert in USA und werden in wenigen Wochen die Zeitschrift wieder regelmäßig herausgeben. Wie lange es möglich sein wird, ist eine andere Frage.«²⁷

Tatsächlich erschien das »China Forum« ab Februar 1933 wieder, nun sogar als ein zweisprachiges Magazin mit einem Umfang von 20 bis 44 Seiten: Die wichtigsten Beiträge wurden ins Chinesische übersetzt, was die Verbreitung und Akzeptanz des »China Forum« wesentlich beförderte.

Im Januar 1934, auf dem Höhepunkt ihrer nur zweijährigen Geschichte, hatte die Zeitschrift eine verkaufte Auflage von 3.500 Exemplaren.²⁸

Doch zu diesem Zeitpunkt war das Schicksal des »China Forum« bereits besiegelt. Harold R. Isaacs hatte sich unter dem Einfluß von C. Frank Glass in den vorangegangenen Monaten den politischen Ansichten Trotzki's weiter angenähert und war damit zwangsläufig in einen unüberwindbaren Konflikt mit den Positionen der Shanghaier Vertretung der Komintern und der Führung der chinesischen KP geraten.

Am 13. Januar 1934 erschien die letzte Ausgabe des »China Forums«. Ganz offensichtlich hatte Isaacs den Entschluß, das Erscheinen des »China Forum« zu beenden, sehr kurzfristig und vor allem allein getroffen, denn es gab in der letzten Ausgabe noch einen redaktionellen Ausblick auf ein weiteres Heft, das aber nicht mehr realisiert wurde.²⁹

²⁶ [Aus dem Protokoll Nr. 273 (B) der Politischen Kommission des Politsekretariats des EKKI], Moskau, 21. September 1932, in: KPdSU (B), Komintern und Sowjetbewegung in China, a.a.O., S. 240.

²⁷ [Aus dem Bericht Nr. 2 von Arthur Ewert an Ossip Pjatnitzki], Shanghai, Anfang Dezember 1932, in: KPdSU (B), Komintern und Sowjetbewegung in China, a.a.O., S. 283-293, hier: S. 288.

²⁸ Vgl. dazu: Jinxing Chen, a.a.O., S. 37.

²⁹ Auf der Grundlage der privaten Sammlung von Harold R. Isaacs erschien 1976 in Washington ein Reprint aller vierzig Ausgaben des »China Forum«. Vgl. dazu: Harold R. Isaacs (editor), China Forum, Center for Chinese Research Materials, Association of Research Libraries, Washington D.C. 1976.

Erst mehrere Monate später, im Mai 1934, äußerte sich Isaacs in einem Offenen Brief zu seiner letztlich doch überraschenden Entscheidung.³⁰ Als seinen wichtigsten Grund, die Zusammenarbeit mit der KP Chinas zu beenden und das »China Forum« einzustellen, nannte er die »groben Verzerrungen und maßlosen Übertreibungen«, die er als »charakteristisch für die kommunistische Propaganda in China und außerhalb« betrachtete. Er stellte fest, daß es einen zunehmenden Druck auf ihn gegeben hatte und daß er sich deshalb mit der Gefahr konfrontiert sah, seine redaktionelle Unabhängigkeit zu verlieren: »Ich sollte Stalins Foto auf die erste Seite stellen und die Textspalten für Lobgesänge auf seine angebliche Unfehlbarkeit öffnen. [...] Ultimativ wurde mir gesagt, daß ich andernfalls im Lager der »Konterrevolution« stehen würde.«³¹

Als Empfänger seines Offenen Briefes hatte Isaacs zwar das ZK der KP Chinas benannt, doch tatsächlich richtete sich seine Kritik in erster Linie gegen Arthur Ewert. Denn es war, wie der britische Geheimdienst richtig festgestellt hatte, Arthur Ewert gewesen, der seitens der Vertretung der Komintern die Verantwortung für die unmittelbare Zusammenarbeit mit Harold R. Isaacs getragen hatte. Deshalb war es auch die Aufgabe von Arthur Ewert gewesen, sich gegenüber dem Büro der KP Chinas in Shanghai zum Schicksal des »China Forum« zu äußern.

In seinem Schreiben vom 13. Januar 1934 an die Führung der KP Chinas wies Arthur Ewert zunächst darauf hin, daß Isaacs »über keinerlei revolutionäre Erfahrung und Parteiausbildung« verfügen würde und daß er sich »erst vor wenigen Jahren in China für die revolutionäre Bewegung« zu interessieren begonnen habe. Isaacs sei unter den Einfluß des »Trotzkisten Glass« geraten, der ihm »Direktiven« erteilen würde. Und dann weiter: »Es gibt viele Anzeichen dafür, daß Isaacs sich an diese Direktiven hält, und gewisse Symptome zeugen davon, daß die Trotzkisten gemeinsam mit Isaacs einen Plan ausgearbeitet haben, um schrittweise den Boden für das offene Auftreten der trotzkistischen konterrevolutionären Propaganda und für eine Organisation vorzubereiten.« Als Beleg führte Arthur Ewert an: »Die immer offenkundigere Abneigung Isaacs, mit mir den Inhalt von »China Forum« zu erörtern; sein Schweigen in Fragen, bei denen er sich mit eigenen Beiträgen hätte engagieren können; seine besonders in den letzten zwei Monaten festzustellende Unlust, meine Vorschläge hinsichtlich der Linie einiger Artikel aufzugreifen und die Sabotage dieser Linie; die Abneigung, die UdSSR und ihren sozialistischen Aufbau zu erwähnen (in einem Artikel in der Novemбераusgabe werden nicht einmal die beiden Fünfjahrespläne und die gigantischen Siege seit dem Tode Lenins erwähnt); seine Bemerkungen in Gesprächen mit Leuten, von denen er annimmt, daß sie seine Ansicht teilen (durch einige Leute haben wir von Bemerkungen erfahren wie, daß »die UdSSR eine nationalistische Politik verfolgt« usw.)«

Das praktische Problem bestehe darin, so Arthur Ewert in dem Schreiben weiter, daß Isaacs im juristischen Sinne Inhaber der Rechte an dem Namen »China Forum« sei

³⁰ Im Spätsommer 1934 erschien dieser Brief unter dem Titel »Ich breche mit den chinesischen Stalinisten« in der US-amerikanischen Zeitschrift »The New International«, die sich als Organ der trotzkistischen Vierten Internationale verstand. Vgl. dazu: Harold Isaacs, I Break with the Chinese Stalinists, in: The New International, Vol. 1, No. 3, September-October 1934, S. 76-78, online unter: www.marxists.org/history/etol/writers/isaacs/1934/05/break.htm (16. August 2013, 22.00 Uhr).

³¹ Ebenda.

und daß auch die Druckerei, die aus Mitteln der Komintern gekauft worden war, offiziell als sein persönliches Eigentum gelte. »Ich habe mich bemüht, einen Ausweg aus der Situation zu finden und die Frage ohne Skandal einer Lösung zuzuführen. Deshalb habe ich vor ungefähr vier Monaten - als er mir sagte, er beabsichtige, einige Bücher über China zu schreiben, finde hier aber keine Zeit dafür - ihm vorgeschlagen, zu uns »nach Hause« zu fahren. Dort würde er nicht nur Zeit haben, sondern auch neue Bekanntschaften schließen und neue Eindrücke gewinnen. Ich hatte mir eine zweifache Aufgabe gestellt: Erstens hoffte ich sehr darauf, daß man in anderer Richtung auf ihn einwirken würde, und zweitens hätten wir, selbst wenn das nicht eingetreten wäre, die Redaktionsarbeit einer anderen, zuverlässigen Person übertragen können.«

Doch Isaacs habe sich zunächst Bedenkzeit erbeten und dann die Einladung abgelehnt. Gegenüber einem Dritten habe er erklärt: »Der Vorschlag, nach Hause zu fahren, ist der Versuch, mich zu kaufen.«

Schließlich stellte Arthur Ewert fest: »Es besteht noch eine gewisse (allerdings schwache) Hoffnung in dem Sinne, daß die Maßnahmen, die wir vorschlagen werden, es erlauben, einen offenen Bruch zu vermeiden und eine feste Kontrolle über das »Forum« zu halten. Aber man muß auch auf einen offenen Bruch vorbereitet sein. Wie auch immer, die gegenwärtige unerträgliche Lage muß behoben werden.«³²

Allerdings hatte die Hoffnung von Arthur Ewert getäuscht: An genau dem Tag, an dem er sein Schreiben an das Büro der KP Chinas in Shanghai verfaßte, war die letzte Ausgabe des »China Forum« erschienen.³³

Ein knappes Jahr später, im November 1934, erhob Tim Ryan, der von 1933 bis 1934 als Vertreter der Profintern im Shanghaier Büro der Komintern gearbeitet hatte und der zwischen 1945 und 1959 unter dem Namen Eugene Dennis ein stalintreuer Generalsekretär der KP der USA war, in einem Gespräch mit nicht genannten Führungspersönlichkeiten der Komintern in Moskau massive Vorwürfe gegen Arthur Ewert und dessen Arbeit in China. Unter dem Stichpunkt »Über die Arbeit des Vertreters [d.i. Arthur Ewert] mit Isaacs« stellte er unter anderem fest: »In fast allen Fragen der Beziehung zwischen dem Vertreter und Isaacs handelte der Vertreter ausschließlich auf eigene Initiative und Verantwortung. [...] Man kann die Wertschätzung des Vertreters für Isaacs als einem »ehrenhaften Mann« und seine ganze Haltung und Beziehung zu Isaacs, und besonders, nach dem sich Isaacs ihm gegenüber offen geäußert hatte, nur als ein Ergebnis der Unterschätzung der Notwendigkeit, einen gnadenlosen Kampf gegen den Trotzkismus zu führen, und mit seiner fehlenden politischen Wachsamkeit erklären, weil er, nach meiner tiefen Überzeugung, noch immer ein Versöhnler ist.«³⁴

³² [Brief von Arthur Ewert an das Shanghaier Büro der KP Chinas], Shanghai, 13. Januar 1934, in: KPdSU (B), Komintern und Sowjetbewegung in China, a.a.O., S. 651-656, hier: S. 651-654.

³³ In Moskau wurde in der Folge noch einmal geprüft, ob Agnes Smedley mit der Herausgabe einer neuen Zeitschrift beauftragt werden sollte. Doch angesichts der Verschärfung der innenpolitischen Lage und des drohenden Verlustes der Sowjetgebiete wurde das Projekt fallengelassen.

³⁴ [Vermerk über ein Gespräch mit Tim Ryan im EKKI], Moskau, nicht nach dem 20. November 1934, in: KPdSU (B), Komintern und Sowjetbewegung in China, a.a.O., S. 895-904, hier: S. 902.

Tatsächlich begleitete Arthur Ewert während seines gesamten Aufenthaltes in China beständig die Sorge, von den zuständigen Moskauer Gremien weiterhin als »Versöhnler« gesehen zu werden.

Mit einiger Nervosität schrieb er deshalb Anfang Dezember 1932 in seinem bereits zitierten »Bericht Nr. 2«, der Anfang Februar 1933 in Moskau eintraf: »Asiaticus« (der Brandlerist Heinz Möller) ist hier, hat aber fast keine Verbindung. Durch Zufall erhielt er ein Exemplar der »China Workers' Correspondence«, die als Informationsmaterial nach Europa, USA und an eine Reihe Journalisten versandt wird. Darauf schrieb er einen Bericht an [die] Brandler-Gruppe: »Politik der Partei in China katastrophal; Partei hat den Kommunismus in die Berge von Jiangxi getrieben« usw. Man könnte ihn heraustreiben, indem man ihm Furcht einjagt; dies wird aber dadurch erschwert, daß er kein Geld und auch den Paß verloren hat. Über fast alle Schritte, die er unternimmt, sind wir unterrichtet. Es besteht lediglich eine gewisse Gefahr, daß er mich zufällig auf der Straße sieht und erkennt.«³⁵

Heinz Möller, der eigentlich Mojzes Grzyb hieß, war in den zwanziger Jahren der anerkannte und unbestrittene China-Spezialist der KPD gewesen. Unter dem Pseudonym »Asiaticus« schrieb er nicht nur für die kommunistische Parteipresse, sondern auch für verschiedene linksliberale Zeitungen und Zeitschriften, zum Beispiel die renommierte »Weltbühne«. Zwischen 1924 und 1927 hatte er im Auftrag der sowjetischen Militärspionage in China und kurzzeitig auch in Japan gearbeitet. Das bewahrte ihn jedoch nicht davor, im April 1925 in Zusammenhang mit dem Moskauer Parteiverfahren gegen Heinrich Brandler, August Thalheimer und Karl Radek eine »strenge Rüge« zu erhalten.³⁶ Im Dezember 1928 gehörte er zu den Mitbegründern der KPD (Opposition), zwangsläufig wurde er im Januar 1929 aus der KPdSU (B), deren Mitglied er gewesen war, ausgeschlossen.

Trotzdem wurde ihm im Sommer 1932 die Durchreise durch die Sowjetunion gestattet, als er nach China zurückkehrte, um dort als Journalist zu arbeiten. Mehr noch, es gibt Hinweise, allerdings keine wirklichen Beweise, daß er diese Reise im direkten Auftrag der Komintern unternahm.³⁷

Mindestens zwei weitere Male, im Frühjahr 1934 und im Sommer 1936, hielt sich »Asiaticus« – von Shanghai kommend – in Moskau auf. Er bat bei dieser Gelegenheit um Erlaubnis, Mitglied der KP Chinas werden zu dürfen, doch wurde dieser Bitte nicht stattgegeben. Trotzdem erklärte er nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion im Herbst 1936, so die spätere Aussage von Karl August Wittfogel Anfang 1952 vor einem Untersuchungsausschuß des US-amerikanischen Senats: »Ich habe meinen

³⁵ [Aus dem Bericht Nr. 2 von Arthur Ewert an Ossip Pjatnitzki], Shanghai, Anfang Dezember 1932, in: KPdSU (B), Komintern und Sowjetbewegung in China, a.a.O., S. 288. Unklar bleibt, ob die – vorsichtig ausgedrückt – »distanzierte« Reaktion Arthur Ewerts auf die Anwesenheit von Heinz Möller in Shanghai tatsächlich nur der Sorge um die mögliche Reaktion der Moskauer Gremien geschuldet war oder ob – unabhängig von der Moskauer Position – die grundsätzlichen politischen Differenzen entscheidend waren, die zwischen den »Versöhnlern« und den (Gründungs-) Mitgliedern der KPD (O) bestanden und sich selbstverständlich auch auf deren persönliche Beziehungen auswirkten.

³⁶ Vgl. dazu u.a.: Jens Becker, Theodor Bergmann und Alexander Watlin, Das Erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek, Mainz 1993.

³⁷ Vgl. dazu: Hermann Weber und Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918-1945, Berlin 2008, S. 607.

Frieden mit dem Großen Vater im Kreml gemacht.«³⁸ Bereits zwei Jahre zuvor hatte Möller in einem Brief an die Vertretung der KPD bei der Komintern in Moskau darauf hingewiesen, daß seine »Artikel zu den revolutionären Problemen des fernen Ostens [...] wiederholt in der ›Rundschau‹ (ohne Namensnennung) und unter meinem Pseudonym ›Asiaticus‹ in der ›Izvestija‹ [...] sowie in anderen revolutionären Organen [...] erschienen« waren. Und weiter: »Seit fast einen Jahr bin ich ständiger Mitarbeiter für die Sowjetpresse durch Vermittlung der Tass-Agentur in Shanghai. Auf Ersuchen der chinesischen Vertretung der RGI haben wir, meine Frau und ich, eine bestimmte vertrauliche Funktion übernommen, die wir im Verlaufe eines Jahres übernommen und abgeschlossen haben. Ich hatte ferner die Gelegenheit, einige Kurse unter ausländischen und chinesischen Gruppen von Sympathisierenden in Shanghai durchzuführen. Die zu diesem Zweck von mir unternommene Zusammenstellung der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu den Fragen der kolonialrevolutionären Bewegung in Asien ist vom örtlichen Vertreter des EKKI geprüft und befürwortet sowie an das EKKI weitergeleitet worden.«³⁹

Es ließ sich nicht klären, wer dieser »örtliche Vertreter des EKKI« war. Ohne Frage handelte es nicht um Arthur Ewert, denn Arthur Ewert zeigte sich auch in der Folge wegen der fortdauernden Anwesenheit von »Asiaticus« in Shanghai besorgt. Er nahm weiterhin an, daß ein Kontakt mit dem verfeimten »Brandleristen« Heinz Möller in Moskau den Verdacht nähren könnte, daß er als ehemaliger »Versöhnler« noch immer seinen früheren politischen Auffassungen anhängen würde.

Im Februar 1934 berichtete Arthur Ewert nach Moskau: »Vor ungefähr einem Jahr teilte ich Ihnen die Anwesenheit des Brandleristen ›Asiaticus‹ in Shanghai mit. Mehrmals hat er mich zufällig auf der Straße gesehen. Unlängst – als ein Ausweichen kaum möglich war – erklärte er mir, ob ich ihm behilflich sein kann in der Weiterleitung einer Erklärung an das ZK der KPdSU, deren Mitglied er [gewesen] war. Ich habe ihm erklärt, daß ich mit ihm keine Verbindung haben kann und ihm kein Versprechen geben kann. Darauf hat er sich an eine offizielle Stelle gewandt. [...] Soweit ich von anderer Seite informiert bin, hält er nach wie vor die Auffassungen Brandlers in bezug auf Deutschland für richtig.«⁴⁰

Heinz Möller bewies bis zu seinem Tod ein großes persönliches Engagement für die kommunistische Bewegung in China. Er fiel am 30. November 1941 in der Provinz

³⁸ Institute of Pacific Relations. Hearings Before The Subcommittee To Investigate The Administration Of The Internal Security Act And Other Security Laws Of The Committee On The Judiciary United States Senate Eighty-Second Congress Second Session On The Institute Of Pacific Relations. Part 9, February 26, 27, 28, 29, March 1 and 3, 1952, Washington, United States Government Printing Office, 1952, so zitiert in: Helga Scherner, Asiaticus – eine Unperson?, in: Bochumer Jahrbuch zur Ostasienforschung, Band 25, 2001, S. 243-256, hier: S. 250.

³⁹ [Heinz Möller an die Vertretung des ZK der KPD beim EKKI], Moskau, 17. August 1936, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 205, Delo 6469, Blatt 29, so zitiert in: Helga Scherner, a.a.O., S. 251.

⁴⁰ [Aus einer Ergänzung zum Bericht Nr. 1-1934 von Arthur Ewert an Ossip Pjatnitzki], Shanghai, 5. Februar 1934, in: KPdSU (B), Komintern und Sowjetbewegung in China, a.a.O., S. 690-692, hier: S. 691.

Shandong, als er als Berichterstatter die von der KP Chinas geführte Achte Armee begleitete, die dort gegen die japanischen Truppen kämpfte.⁴¹

Der Schwerpunkt der Tätigkeit von Arthur Ewert lag während der gesamten Zeit seines Aufenthaltes in China in der Zusammenarbeit mit der Führung der Kommunistischen Partei und – soweit es möglich war, über Funk oder Kurier Kontakt herzustellen – mit der Führung der chinesischen Sowjetgebiete. Der bereits zitierte Otto Braun schilderte die Bedingungen der Arbeit so: »Das Sekretariat des ZK stand von Shanghai aus in regelmäßigem Funkverkehr und gelegentlicher Kurierverbindung einerseits mit dem Exekutivkomitee der Komintern in Moskau, andererseits mit dem Zentralen Sowjetgebiet, wo die Provisorische Revolutionäre Regierung Chinas ihren Sitz und die Hauptkräfte der chinesischen Roten Armee [...] ihre Basis hatten. Auch der Funkverkehr der Kominternvertretung mit dem EKKI erfolgte zu dieser Zeit mangels einer eigenen Funkstation über die Sende- und Empfangsanlage des ZK.⁴² Mit den anderen Sowjet- und Partisanengebieten hatte das ZK damals schon keine regelmäßige Verbindung mehr. Soweit überhaupt, wurde sie von Fall zu Fall durch Beauftragte und Kuriere aufrechterhalten, die indessen oft wochenlang unterwegs waren, was sich äußerst hemmend auf die gesamte Arbeit auswirkte. Das gleiche galt hinsichtlich des Kontakts mit den Parteiorganisationen in anderen Großstädten und Industriezentren im Herrschaftsbereich der Guomindang.«⁴³

Dem Fernöstlichen Büro der Komintern in Shanghai, für dessen Arbeit Arthur Ewert die Verantwortung trug, gehörten neben dem Vertreter der Abteilung für Internationalen Verbindungen (OMS), der Roten Gewerkschaftsinternationale und der Kommunistischen Jugendinternationale auch zwei Militärberater an, die zwar dem Apparat der Komintern zugeordnet waren, aber weiterhin dem Generalstab der sowjetischen Roten Armee unterstanden: Manfred Stern und Otto Braun. Denn kein anderes Auslandsbüro der Komintern war in so hohem Maße mit militärischen Fragen befaßt wie die Vertretung in Shanghai.

Manfred Stern, geboren 1896 in einer jüdischen Familie in der damals österreichisch-ungarischen Bukowina, war 1916 als Kriegsgefangener nach Rußland gekommen und hatte sich nach seiner Freilassung im Zuge der Oktoberrevolution den Bolschewiki angeschlossen. Während des Bürgerkriegs kämpfte er im Fernen Osten als Brigadekommandeur. 1923 wurde er nach Deutschland entsandt, um dort an der Vorbereitung der deutschen »Oktoberrevolution« mitzuwirken.⁴⁴ Nach seiner Rückkehr in die Sowjetunion studierte er ab 1924 an der späteren Militärakademie »Michail Frunse«

⁴¹ Wolfram Adolphi betreibt die sehr informative Internetseite »www.asiaticus.de«, auf der er alle wichtigen Informationen zur Biographie Heinz Möllers zusammengestellt hat und auf weiterführende Literatur, einschließlich seiner eigenen Arbeiten, verweist.

⁴² Aus diesem Grunde hatte Arthur Ewert im März 1933 an Ossip Pjatnitzki geschrieben: »Für notwendig halten wir im Laufe der Zeit die Schaffung eignen Radioapparats unabhängig von Partei. Hierzu brauchen wir Ihre Erlaubnis und Hilfe.« [Brief von Arthur Ewert an Ossip Pjatnitzki], Shanghai, März 1933, in: KPdSU (B), Komintern und Sowjetbewegung in China, a.a.O., S. 383 f., hier: S. 384. Es ist unklar, warum für das Fernostbüro und die dazugehörigen Militärberater, trotz des offensichtlichen Bedarfs, keine eigene Funkstation eingerichtet wurde.

⁴³ Otto Braun, a.a.O., S 11.

⁴⁴ Gemeinsam mit Albert Schreiner und Hugo Urbahns war er für die militärische Leitung des »Hamburger Aufstandes« verantwortlich.

und wechselte dann in die für militärische Auslandsspionage zuständige Vierte Verwaltung des Generalstabs der Roten Armee. Zeitweise war er mit der militärischen Ausbildung von Kadern der Komintern befaßt. Von 1929 bis 1932 leitete er die Residentur des sowjetischen Militärgeheimdienstes in New York. Von dort reiste er im Verlaufe des Jahres 1932 zunächst in die Mandschurei und dann nach Shanghai, wo er im November oder Dezember 1932 eintraf. Ob er mit Arthur Ewert bereits während dessen mehrwöchigem Aufenthalt in den USA im Sommer 1932 Kontakt hatte, ist nicht überliefert, aber wenig wahrscheinlich: Zwar sind die genauen Reisedaten von Manfred Stern nicht überliefert, doch hatte er die USA vermutlich bereits verlassen, als Arthur Ewert dort eintraf.⁴⁵

Otto Braun, geboren 1900 in der Umgebung von München, hatte sich im Jahre 1919 der neugegründeten KPD angeschlossen, seine Mitgliedschaft aber geheimgehalten. So war es ihm möglich, im Auftrag des Nachrichtendienstes seiner Partei und der sowjetischen Auslandsspionage wiederholt wertvolle militärische und nachrichtendienstliche Dokumente der Reichsregierung und rechtsextremer Organisationen in Deutschland zu beschaffen. 1926 wurde er enttarnt und verhaftet. Er verbrachte ein- einhalb Jahre in Untersuchungshaft, bis es im April 1928 einer bewaffneten Gruppe unter Leitung seiner damaligen Lebensgefährtin Olga Benario gelang, ihn in einer spektakulären Aktion aus dem Gerichtsgebäude in Berlin-Moabit zu befreien. Otto Braun und Olga Benario flohen in die Sowjetunion, wo sich ihre Wege sehr bald trennten. Braun studierte bis Mitte 1932 an der Moskauer Frunse-Militärakademie und wurde anschließend, obwohl er keinerlei praktische Erfahrungen auf dem Gebiet der militärischen Führung hatte, zur Unterstützung von Manfred Stern nach China entsandt.⁴⁶

Die Führung der KP Chinas und die Führung der chinesischen Sowjetgebiete waren in der Frage des militärischen Vorgehens gegen die anhaltende und ständig wachsende Bedrohung durch die Truppen der Guomindang tief gespalten. Der Vertretung der Komintern in Shanghai gelang es nicht, in diesem Konflikt zu vermitteln, im Gegenteil. Sie war selbst Teil dieses Konflikt, was sich unmittelbar auf die inneren Arbeits-

⁴⁵ Nach seinem Aufenthalt in China spielte Manfred Stern als »General Kleber« eine maßgebliche Rolle im Spanischen Bürgerkrieg. 1939 geriet er in die Mühlen der Stalinschen »Säuberungen« und wurde zunächst zu fünfzehn Jahren Lagerhaft, 1945 zu weiteren zehn Jahren verurteilt. Er starb 1954 im Alter von 57 Jahren im Arbeitslager Sosnowka im hohen Norden Sibiriens. Zur Biographie Manfred Sterns siehe auch: Walerij Brun-Zechowoj, Manfred Stern – General Kleber. Die tragische Biographie eines Berufsrevolutionärs (1896-1954), Berlin 2000.

⁴⁶ Nach seiner Rückkehr aus China in die Sowjetunion im Jahre 1939 – Braun hatte als einziger Nichtchinese am Langen Marsch teilgenommen – erhielt er trotz seiner einschlägigen Erfahrungen keine militärischen oder geheimdienstlichen Aufgaben mehr. 1954 siedelte er in die DDR über, wo er zunächst an der Akademie der Wissenschaften und dann im Schriftstellerverband tätig war. 1973 legte er seine bereits zitierten »Chinesischen Aufzeichnungen« vor. Er starb 1974. Eine umfassende Biographie Otto Brauns fehlt bisher. Frederick S. (Freddy) Litten hat jedoch einige – zum Teil sehr umfangreiche – Aufsätze vorgelegt, die sich mit dem Leben Brauns, insbesondere seiner Zeit in China, befassen: Frederick S. Litten, Otto Brauns frühes Wirken in China (1932-1935), München 1988; ders., Otto Braun's Curriculum Vitae. Translation and Commentary, in: Twentieth-Century China, Volume XXIII, No. 1 (November 1997), S. 31-61; ders., Otto Braun in Deutschland, in: IWK – Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Heft 2/1991, S. 171-182.

beziehungen auswirkte: Manfred Stern und Otto Braun zerstritten sich so tief, daß an eine vernünftige Zusammenarbeit nicht zu denken war.

Die überlieferten Berichte und Dokumente geben keine genaue Auskunft darüber, welche Rolle Arthur Ewert bei diesen Auseinandersetzungen spielte.⁴⁷

Otto Braun konzentrierte sich in seinen »Chinesischen Aufzeichnungen« vor allem auf die Darstellung seines Verhältnisses zu Manfred Stern, dem er indirekt Unzuverlässigkeit, Disziplinlosigkeit und Selbstgerechtigkeit unterstellte, um sich so selbst zu exkulpieren: »Etwa im Frühjahr 1933 [traf] der militärische Hauptberater in Shanghai ein. Es war Manfred Stern, kurz Fred genannt, der später im spanischen Krieg als General Kléber bekannt wurde. Er war über Europa, Amerika und Japan gereist, hatte sich um Monate verspätet und jeden vereinbarten Treff versäumt. Ein Glück, daß wir uns von Moskau her gut kannten. Er sprach mich eines Tages auf offener Straße an, und ich stellte die Verbindung zu Arthur Ewert her. Obwohl Fred als Hauptberater mein Vorgesetzter war, hielt ich aus konspirativen Gründen den Kontakt mit dem Shanghaier Haus des ZK weiterhin aufrecht. Leider kam es zwischen Fred und mir fast sofort zu Differenzen [...], die politisch wie militärisch von gleich großer Tragweite war[en].«⁴⁸

Einen vergleichbaren Bericht von Manfred Stern gibt es nicht. Walerij Brun-Zechowoj, sein Biograph, erwähnte Arthur Ewert und Otto Braun jeweils nur in einem Nebensatz.⁴⁹ Bei der Schilderung des Shanghaier Aufenthaltes von Manfred Stern stützte sich Brun-Zechowoj fast ausschließlich auf einen erst 1978 in der Sowjetunion veröffentlichten Zeitschriftenartikel von Afanassij Krymov [d.i. Guo

⁴⁷ Völlig unzuverlässig sind die entsprechenden Schilderungen von Johnny de Graaf (vgl. dazu: R. S. Rose and Gordon D. Scott, *Johnny. A Spy's Life*, University Park PA 2009, S. 178 ff.). Der abtrünnige deutsche Kommunist und langjährige britische Geheimdienstspitzel Johann Heinrich Amadeus de Graaf (1894-1980), besser bekannt als Johnny de Graaf, hatte dem US-amerikanischen Historiker Gordon D. Scott in den Jahren 1975 und 1976 ausführliche Interviews gewährt, die dieser gemeinsam mit seinem Kollegen R. S. Rose mehr als dreißig Jahre später zu einer umfangreichen Biographie de Graafs verarbeitete. Allerdings wurden die Darstellungen de Graafs von den Autoren grundsätzlich nicht in Frage gestellt und nur ausnahmsweise - und dann stets sehr wohlwollend - auf ihre Plausibilität geprüft. So entstand ein Buch, das wissenschaftlichen Ansprüchen in keiner Weise genügt. (Ausführlich dazu: Ronald Friedmann, *Johnny. A Spy's Life* (Rezension), in: *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, September 2011, S. 193-195). Harvey Klehr hatte zu diesem Buch festgestellt: »Einer der irritierendsten und lästigsten Aspekte [...] ist die Vorliebe der Autoren, Gespräche als wörtliche Zitate wiederzugeben, obwohl man sich lediglich auf Erinnerungen stützte, die Dutzende Jahre nach den geschilderten Ereignissen abgerufen worden waren. Viele dieser Gespräche sind nicht plausibel und bloße Karikaturen. Sie lassen de Graaf als einen unerschöpflichen Quell von Klugheit und Weitsicht erscheinen, der nur mit Trotteln und Idioten zu tun hatte. Auch wenn die Autoren einige Schwächen seiner Persönlichkeit anerkennen - so seinen tiefverwurzelten Antisemitismus und die Tatsache, daß er wahrscheinlich seine zweite Ehefrau ermordet hat -, so erzählten sie die Geschichte doch fast ausschließlich aus der Perspektive de Graafs, ohne anzuerkennen, daß dessen Schilderungen in weiten Teilen fehlerhaft oder sogar frei erfunden waren.« (Harvey Klehr, *Johnny: A Spy's Life* (review), in: *Journal of Cold War Studies*, Volume 13, Number 3, Summer 2011, S. 227-229, hier: S. 229.) Bemerkenswert ist, daß der Name von Johnny de Graaf in der bereits mehrfach zitierten Dokumentensammlung »KPdSU (B), Komintern und Sowjetbewegung in China« (a.a.O.) nicht ein einziges Mal erwähnt wird.

⁴⁸ Otto Braun, a.a.O., S 40.

⁴⁹ Walerij Brun-Zechowoj, *Manfred Stern – General Kleber. Die tragische Biographie eines Berufsrevolutionärs (1896-1954)*, Berlin 2000, S. 50 und 62.

Shaotang], der Stern grundsätzlich sehr wohlwollend behandelte.⁵⁰ In einem nicht datierten Bericht unter dem Titel »Die Teilnahme deutscher Kommunisten an der chinesischen Revolution (Erinnerungen)«, der für das Parteiarchiv der SED bestimmt war und nicht zu Veröffentlichung vorgesehen war, hatte Krymov allerdings einräumen müssen: »Ich war damals nicht in Shanghai und kannte die Einzelheiten seiner [d.i. Manfred Stern] Tätigkeit nicht.«⁵¹

Daß auch das Verhältnis zwischen Arthur Ewert und Manfred Stern, so legen es zumindest die überlieferten Dokumente der Komintern nahe, in höchstem Maße angespannt war, um eine vorsichtige Formulierung zu verwenden, spielte in den Schilderungen von Krymov keine Rolle. Er betonte vielmehr, daß Arthur Ewert und Manfred Stern eine gemeinsame Politik vertraten und daß diese gemeinsame Politik von der Führung der Komintern gebilligt wurde. So schilderte er eine Sitzung der Politischen Kommission des EKKI, »wo ein Bericht Arthur Ewerts über die Tätigkeit des Fernostbüros des EKKI in Shanghai gehört wurde. Der Referent ging auch auf die Tätigkeit der Militärberater unter Leitung von Manfred Stern ein. An dieser Sitzung nahmen gemeinsam mit den Mitgliedern der Politischen Kommission und einer Delegation der KP Chinas auch Manfred Stern [...] und ich teil. Nach einem lebhaften Meinungs austausch erkannte die Politische Kommission die politische Linie des Fernostbüros als richtig an und bewertete seine Tätigkeit positiv.«⁵²

Bereits seit dem Oktober 1930 hatte die Regierung von Jiang Jieshi unter großem Einsatz von Menschen und Material in drei sogenannten Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzügen versucht, die chinesischen Sowjetgebiete zurückzuerobern und die militärischen Kräfte unter Führung der KP Chinas dauerhaft zu zerschlagen.

Doch der chinesischen Roten Armee war es in allen drei Kampagnen des Gegners mit großem Einsatz und militärischem Geschick gelungen, die Regierungstruppen nicht nur abzuwehren, sondern ihnen schwere Verluste beizubringen und dabei Waffen und Munition zu erbeuten.

Gestützt auf diese Erfolge forderten einflußreiche Kräfte innerhalb der Führung der chinesischen KP und der chinesischen Sowjetgebiete nunmehr einen grundsätzlichen Wechsel der militärischen Handlungsgrundsätze: Die Rote Armee und die mit ihr verbundenen irregulären Truppen sollten sich nicht mehr auf die Verteidigung der bestehenden Sowjetgebiete beschränken, sondern durch die Eroberung großer Städte in die strategische Offensive gehen. Die räumlich getrennten Sowjetgebiete sollten vereint und durch die Verbindung von Land- und städtischer Wirtschaft auch ökonomisch gestärkt werden. Unter ideologischem Aspekt ging es den Vertretern dieser Position darum, die in der marxistischen Theorie verankerte »führende Rolle des Proletariats« in der Revolution umzusetzen.

⁵⁰ А. Г. Крымов, Манфред Штерн – генерал Клебер, in: Народы Азии и Африки, 1/1978, S. 59-67.

⁵¹ A[fanassij] G[avrilovic] Krymov, Die Teilnahme deutscher Kommunisten an der chinesischen Revolution (Erinnerungen) [ohne Datum], in: SAPMO-BArch, Berlin, SgY 30/1794 Blatt 1-15, hier: Blatt 7.

⁵² Ebenda, Blatt 7 f. Krymov datierte diese Sitzung irrtümlich auf das Frühjahr 1935, tatsächlich fand sie bereits am 3. August 1934 statt. Vgl. dazu: Protokoll Nr. 392 (B) der Sitzung der Politkommission des Politsekretariats [des] EKKI, 3. August 1934, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 4, Delo 302, Blatt 8 und 9.

Mao Zedong hingegen, der seit 1927 eine maßgebliche Rolle bei der Wiederherstellung der Kommunistischen Partei gespielt und sich dabei in großen Teilen der chinesischen Bevölkerung hohes persönliches Ansehen erworben hatte, setzte auf die militärische Defensive. Er forderte den Verzicht auf große Angriffsoperationen und insbesondere auf alle Versuche, große Städte zu erobern. Die Rote Armee sollte sich auf die Verteidigung der bestehenden Sowjetgebiete konzentrieren. Dazu war aus seiner Sicht eine Dezentralisation der militärischen Kräfte erforderlich. Die Einheiten der Roten Armee sollten jederzeit bereit und in der Lage sein, sich in die Berge zurückzuziehen und von dort den Partisanenkampf gegen die Regierungstruppen zu führen. Dieses Herangehen entsprach nicht nur den tatsächlichen Kräfteverhältnissen, sondern war auch Ausdruck der Überzeugung Maos, daß allein die Bauernschaft, schon auf Grund ihrer zahlenmäßigen Stärke, die Trägerin der chinesischen Revolution sein könnte.⁵³

Das Eintreffen von Arthur Ewert in Shanghai im September 1932 fiel mit einem Höhepunkt der Auseinandersetzungen innerhalb der Führung der KP Chinas zusammen. Arthur Ewert sah sich deshalb gezwungen, ohne vorherige Rücksprache mit den Moskauer Gremien und nur gestützt auf seine Autorität als Leiter des Fernostbüros, einzugreifen und bereits gefaßte Entscheidungen der Führung der KP Chinas zu korrigieren. Obwohl er mit wesentlichen Auffassungen Maos nicht übereinstimmte, hielt er es für unbedingt notwendig, Mao vor den Attacken seiner Genossen in Schutz zu nehmen, nicht zuletzt deshalb, weil Mao erst wenige Monate zuvor, am 7. November 1931, dem Jahrestag der Oktoberrevolution in Rußland, bei der Konstituierung der Chinesische Sowjetrepublik – in ausdrücklicher Übereinstimmung mit den zuständigen Moskauer Gremien der Komintern – von einem Rätekongreß im Zentralen Sowjetgebiet in der Provinz Jiangxi zum Staats- und Regierungschef gewählt worden war.⁵⁴

Bereits in seinem ersten Bericht an Ossip Pjatnitzki vom 8. Oktober 1932, der durch Kurier übermittelt wurde und der Anfang November 1932 in Moskau eintraf, stellte Arthur Ewert daher fest: »1. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Generaleinstellung von Mao Zedong fehlerhaft ist (zu großes Gewicht auf Wirksamkeit der Defensive, Schutz in den Bergen etc., Illusionen über Möglichkeit ökonomischer Konsolidierung auf jetziger Basis trotz drohenden uns erwartenden Angriffen von 150.000 oder noch mehr weißen Truppen gehen Hand in Hand mit Zweifel an offensiven Möglichkeiten etc.). 2. Die politische Einstellung der Jiangxi-Leitung, daß wir eine offensive Taktik durchführen müssen, ist richtig. Dieser Auffassung muß man allgemeine Anerkennung verschaffen. Auch Mao Zedong muß man das beibringen in möglichst kameradschaftlicher Weise. 3. Das Letztere ist offenbar nicht versucht worden. Ohne Vorbe-

⁵³ Vgl. dazu: Alexander V. Pantsov, *Comintern activists in China: spys or theorists?*, in: Anne-Marie Brady and Douglas Brown, *Foreigners and Foreign Institutions in Republican China*, Oxford 2013, S. 93-108, hier: S. 98 f. Es wäre dennoch falsch, von zwei geschlossenen Fraktionen innerhalb der Führung der KP Chinas und der chinesischen Sowjetgebiete zu sprechen. Es handelte sich eher um zwei starke Tendenzen, bei denen es zahlreiche Zwischenpositionen gab.

⁵⁴ Die Konstituierung der Chinesischen Sowjetrepublik erfolgte im größten Sowjetgebiet, das sich in der Provinz Jiangxi mit der Hauptstadt Ruijin befand. Neben diesem zentralen Sowjetgebiet gab es Anfang der dreißiger Jahre zahlreiche weitere kleinere Sowjetgebiete, zu denen es aber nur gelegentlich Kontakt über Funk oder durch Kuriere gab.

reitung, ohne unsere Kenntnis hat man Beschluß auf Abberufung und öffentliche Kritik gefaßt. Ganz abgesehen davon, daß eine solche Behandlung der Frage im gegenwärtigen Moment dem Gegner eine Schwäche signalisieren würde, kann man ja solche Beschlüsse nicht ohne Erschöpfung aller anderen Möglichkeiten und ernste Vorbereitungen [...] fassen. Mao Zedong ist noch der populäre Führer, und darum ist Vorsicht in der Durchkämpfung einer richtigen Linie ihm gegenüber erforderlich. – Wir haben uns also gegen diesen Teil der Beschlüsse gewandt, und wir verlangen die Austragung der Differenzen in leitenden Organen und [sind] gegen Abberufung von Mao Zedong im gegenwärtigen Moment.«⁵⁵

In einem längeren Telegramm an die Führung des ZK der KP Chinas, das zwischen dem 19. und 22. März 1933 verfaßt wurde, unterstützte das Politische Sekretariat des EKKI in Moskau die Position Arthur Ewerts, der sich zwischenzeitlich auch dagegen ausgesprochen hatte, Mao zu einer »medizinischen Behandlung« in die Sowjetunion zu schicken, ihn also auf kaltem Weg von seinen Führungsaufgaben zu entbinden. In dem Telegramm des Politischen Sekretariats wurde ausdrücklich gefordert, Mao gegenüber ein »Höchstmaß an Geduld« zu zeigen und mit ihm einen »kameradschaftlichen Umgang« zu pflegen. Mao sollte weiterhin die Möglichkeit haben, sich »verantwortlicher Arbeit« widmen zu können.⁵⁶

Diese Intervention Arthur Ewerts, im historischen Rückblick muß sie wohl als seine folgenreichste und damit wichtigste Handlung in China gesehen werden, konnte zwar Maos politisches Überleben sichern⁵⁷, sie konnte – und sollte – aber nicht verhindern, daß Einheiten der chinesischen Roten Armee in den nachfolgenden Wochen und Monaten zur militärischen Offensive übergingen und Angriffe gegen größere Städte in der Umgebung der zentralen Sowjetgebiete vorbereiteten.

Weder in der Führung der Komintern noch in der Führung der KP Chinas hatte man zu diesem Zeitpunkt begriffen, daß es im Verlaufe des Jahres 1932 in China zu einer grundlegenden Veränderung der strategischen Lage gekommen war, die ein vollständiges politisches Umdenken erfordert hätte.

Im Januar 1932 hatte Japan die im chinesischen Nordosten gelegene Mandschurei besetzt und dort wenige Monate später, im März 1932, den Satellitenstaat Manzhou Guó⁵⁸ errichtet. Die Machthaber in Tokio ließen jedoch keinen Zweifel daran, daß diese Eroberung nur einen ersten Schritt darstellte, um in einem absehbaren Zeitraum das gesamte Territorium Chinas dauerhaft unter japanische Kontrolle zu bringen.

Noch im Januar 1932 richtete Japan einen massiven Militärschlag gegen den chinesischen Teil Shanghais. Angeblich ging es dabei um den Schutz japanischer Bürger, doch tatsächlich war der Angriff als Strafmaßnahme gegen den anhaltenden Boykott japanischer Waren gedacht, der bereits seit dem »Mukdener Zwischenfall«, einem von

⁵⁵ [Bericht von Arthur Ewert an Ossip Pjatnitski], Shanghai, 8. Oktober 1932, in: KPdSU (B), Komintern und Sowjetbewegung in China, a.a.O., S. 247-252, hier: S. 249 f.

⁵⁶ [Telegramm des Politischen Sekretariats des EKKI an das ZK der KP Chinas], Moskau, 19. bis 22. März 1933, in: Ebenda, S. 371-374, hier: S. 372.

⁵⁷ Vgl. dazu: Alexander V. Pantsov, Mao. The Real Story, New York 2012, S. 265 ff., und: Jung Chang and Jon Halliday, Mao. The Unknown Story, London 2007, S. 138 ff.

⁵⁸ Andere Schreibweise: Mandschukuo.

japanischen Geheimagenten verübten Bombenanschlag auf die Südmandschurische Eisenbahn im September 1931, andauerte.

Im Ergebnis dieser Entwicklung entstand in großen Teilen Chinas innerhalb kurzer Zeit eine nationalpatriotische Bewegung, die sich gegen die japanische Intervention und gegen die kapitulantenhafte Politik der von Jiang Jieshi geführten chinesische Zentralregierung richtete, die nicht bereit war, wirksamen militärischen Widerstand gegen die japanische Besetzung zu organisieren.⁵⁹ Auch wenn diese Bewegung nur wenig organisiert und ideologisch äußerst heterogen war, so hätte sie doch ein natürlicher Verbündeter der Kommunisten sein können, zumal Jiang Jieshi und seine Gefolgsleute die vollständige »Vernichtung der roten Banditen«⁶⁰, also die Zerschlagung der KP und der chinesischen Sowjetgebiete, zur notwendigen Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen die japanischen Besatzer erklärt hatten.

Mit der Bildung eines »Hauptquartiers zur Unterdrückung der Banditen« in Wuhan, so die offizielle Bezeichnung der neuen politisch-militärischen Führungsstruktur, und der Verlegung von mehr als einer halben Million Soldaten begannen noch im Verlaufe des Sommers 1932 die unmittelbaren Vorbereitungen für den Vierten Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzug der Regierungstruppen gegen die Sowjetgebiete.

Unter taktischem Aspekt vertraten die Führung der Komintern und die Führung der KP Chinas, natürlich unter politisch entgegengesetzten Vorzeichen, eine ähnliche Position wie die Regierung von Jiang Jieshi: In ihrem Verständnis waren die vollständige Zerschlagung der Guomindang und die Errichtung der Sowjetmacht in ganz China zwingend erforderlich, um einen erfolgreichen Kampf gegen die japanischen Aggressoren führen zu können.

In der Beurteilung der strategischen Lage, genauer: bei der Einordnung des japanisch-chinesischen Konflikts in die weltpolitischen Entwicklungen, gab es jedoch grundlegende Differenzen zwischen der Komintern, der Kominternvertretung in Shanghai und dem ZK der KP Chinas auf der einen Seite und der politischen und militärischen Führung in den chinesischen Sowjetgebieten auf der anderen Seite.

Der Standpunkt der Komintern wurde zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend durch die unmittelbaren außenpolitischen Interessen der Sowjetunion bestimmt: »Das ZK und die Kominternvertretung betrachteten in Anlehnung an die Komintern in Moskau den japanischen Imperialismus als Hauptfeind, die Kuomintang und andere Militaristen stellten für sie lediglich die Lakaien der Imperialisten dar. Die Gefahr eines neuen Weltkrieges bzw. eines Überfalls auf die Sowjetunion und die bewaffnete Verteidigung der Sowjetunion – nicht der Existenzkampf der Roten Armee und der chinesischen Sowjetregierung in Kiangsi [d.i. Jiangxi] – standen daher im Vordergrund. Denn die Kominternvertretung und das ZK der KP Chinas [...] sahen den Hauptwiderspruch eben in dem antagonistischen Gegensatz zwischen den Kräften des Sozialismus mit der Sowjetunion an der Spitze und den imperialistischen Mächten.«⁶¹

⁵⁹ Vgl. dazu: Der Niedergang der Sowjetbewegung in China (September 1931 bis Juli 1935), in: KPdSU (B), Komintern und Sowjetbewegung in China, a.a.O., S. 69-93, hier: S. 69 und 74 f.

⁶⁰ So der Titel eines Beschlusses einer Parteitagung der Guomindang im Juli 1931. Vgl. dazu: Weijia Li, a.a.O., S. 102.

⁶¹ Kuo Heng-yü, Maos Weg zur Macht und die Komintern am Beispiel der Bildung der »Antijapanischen Einheitsfront« 1931-1938, Paderborn 1975, S. 21.

Der Vierte Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzug begann Ende Dezember 1932. Wesentliche Kampfhandlungen der Regierungstruppen fielen mit dem Angriff der chinesischen Roten Armee auf die Stadt Nanfeng in der näheren Umgebung des Zentralen Sowjetgebietes in der Provinz Jiangxi zusammen, dem ersten ernsthaften Versuch, militärisch in die Offensive zu gehen und größere Städte zu erobern.

Tatsächlich gelang es der Roten Armee, allerdings um den Preis des dauerhaften Verlustes zweier kleinerer Sowjetgebiete, Nanfeng vorübergehend zu besetzen. Doch die Überlegenheit der Regierungstruppen an Menschen und Material war so erdrückend, daß letztlich der einzige Erfolg der Roten Armee darin bestand, sich nach wenigen Tagen mit großem taktischem Geschick wieder aus Nanfeng zurückgezogen zu haben, ohne dabei weitere größere Verluste zu erleiden. Im Frühjahr 1933 kamen die Kampfhandlungen weitgehend zum Erliegen, ohne daß eine der beiden Seiten einen entscheidenden Erfolg erzielt hatte.⁶²

Obwohl Arthur Ewert in seinem »Bericht Nr. 4« vom 11. März 1933 an Ossip Pjatzki selbst vor einer Überschätzung der Stabilität der Sowjetgebiete und der militärischen Stärke der Roten Armee warnte, schätzte er die unmittelbare Perspektive dennoch sehr optimistisch ein: »Unabhängig davon, daß wir für die Agitation für zweckmäßig halten (wobei auch hier die Schilderungen in bestimmten Grenzen bleiben sollten), ist es notwendig, daß wir selbst ganz klar sehen. Trotzdem ich die Leitung der [chinesischen Kommunistischen] Partei schon darauf hingewiesen habe, unglaubliche Übertreibungen nicht zu machen, ist erneut in dem Brief an die französische [Kommunistische] Partei zum Jahrestag der [Pariser] Kommune von Sowjetgebieten mit hundert Millionen Einwohnern die Rede. Jeder muß sich fragen, wenn dies auch nur annähernd richtig ist, wo ist dann die R[ote] Armee von ein bis zwei Millionen, die man dann doch haben könnte und müßte. Und ich brauche Ihnen nicht auseinanderzusetzen, was bei den heutigen Verhältnissen in China 200.000 Mann selbst bei dem jetzigen Zustand der Bewaffnung für uns bedeuten würden.« Dann aber: »Dies soweit unsere Sowjetgebiete und militärische Stärke in Frage kommen. Über die weiteren politischen revolutionären Möglichkeiten und Perspektiven gibt es bei uns nur eine Meinung: daß sie sehr günstig sind, wenn wir verstehen, eine breitere Massenarbeit zu entfalten, größere Organisationsfähigkeiten zu entwickeln (einer der schwächsten Punkte in den weißen Gebieten), die Kraft in der Verteidigung der Sowjetgebiete zu steigern und jede Möglichkeit zur Ergreifung der Offensive entsprechend den Möglichkeiten wahrzunehmen.«⁶³

⁶² Vgl. dazu: Wilbur W. Hsu, *Survival Through Adaptation. The Chinese Red Army and the Extermination Campaigns, 1927-1936. A Thesis Presented to the Faculty of the U.S. Army Command and General Staff College, Fort Leavenworth (Kansas) 2012*, S. 172 ff.

⁶³ [Bericht Nr. 4 von Arthur Ewert an Ossip Pjatzki], Shanghai, 11. März 1933, in: KPdSU (B), Komintern und Sowjetbewegung in China, a.a.O., S. 361-369, hier: S. 362. In einem kurzen separaten Brief an Ossip Pjatzki, der vermutlich mit der selben Kurierpost nach Moskau gebracht wurde wie der »Bericht Nr. 4«, hatte Arthur Ewert knapp sechs Wochen nach der Machtübergabe an Hitler und wenige Tage nach dem Reichstagsbrand geschrieben: »Die Entwicklung in Deutschland veranlaßt mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich jederzeit gern bereit bin, dort zu arbeiten. Die Entscheidung darüber, ob es gegenwärtig zweckmäßig ist, ob die Bedingungen für ein fruchtbares Arbeiten vorhanden sind, können nur das EK[KI] und die Parteileitung entscheiden. Ich dränge nicht auf eine schnelle Entscheidung. Ich sehe die Wichtigkeit und Bedeutung der Arbeit hier und möchte gern noch eine Zeitlang hier arbeiten. Ich hielt es aber für meine Pflicht, meine Bereitwilligkeit für die Arbeit in Deutsch-

Nur wenige Monate später, in seinem «Bericht Nr. 6» vom 28. Juli 1933, kam Arthur Ewert zu einer Einschätzung, die wesentlich realistischer war: »Trotz aller unserer Erfolge ist es uns nicht gelungen, über den toten Punkt hinauszukommen. Im Gegenteil sind die Befestigungen und Stärke des Gegners gewachsen. Wir machen jetzt den Versuch, durch koordiniertes Vorgehen und umfassende Aktionen unserer Kräfte Teile der Flußlinien des Fu und Gan in die Hand zu bekommen und möglichst große Teile des Gegners zu vernichten. Erst wenn dies erreicht ist, werden eine leichtere Verteidigung und gewisse Ausdehnungsmöglichkeiten für das Zentrale Sowjetgebiet vorhanden sein. Ob unser Plan gelingt, läßt sich jetzt noch nicht beurteilen [...]. Zu große Erwartungen [... darf] man nicht hegen.«⁶⁴

Zu dieser veränderten Sichtweise auf die Perspektiven der Entwicklung dürfte die Tatsache beigetragen haben, daß die Regierungen Japans und Chinas am 31. Mai 1933 ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet hatten. Mit dem Abkommen akzeptierte die Regierung von Jiang Jieshi den Verlust der Mandschurei und weiterer Landesteile. Gleichzeitig erkannte sie die Existenz des von Japan gegründeten und kontrollierten Marionettenstaates Manzhou Guó an.

Im Gegenzug bekam die Regierung von Jiang Jieshi freie Hand, nun alle militärischen Kräfte und Mittel gegen die chinesische Rote Armee und die chinesischen Sowjetgebiete einzusetzen.

Die Komintern und ihr Büro in Shanghai sowie die Führung der KP Chinas reagierten auf die Entwicklungen seit dem Winter 1932/1933 mit einer gewissen Korrektur der Positionen, die sie seit Anfang 1931 vertreten hatten. Angesichts der sich akut verschärfenden Bedrohung durch die Truppen der Regierung von Jiang Jieshi und der anhaltenden Schwäche der KP in den »weißen Gebieten«, also den Landesteilen, die unter der Kontrolle der Guomindang bzw. lokaler »Warlords« standen, war man nun bereit, sich vorsichtig für »Bündnisse«, in erster Linie »Bündnisse von unten«, zu öffnen.

Grundlage dafür war eine gemeinsame Erklärung der Provisorischen Sowjetregierung Chinas und des Revolutionären Kriegsrats der Roten Armee vom 10. Januar 1933, in der – abgestimmt mit den Moskauer Gremien – Bedingungen für das politische und militärische Zusammengehen mit anderen nationalpatriotischen Kräften formuliert wurden.⁶⁵

Zu einer ersten Probe für diese neue Politik kam es im Herbst und Winter 1933, als in der Provinz Fujian, in der unmittelbaren Nachbarschaft des Zentralen Sowjetgebietes von Jiangxi, die Führung der 19. Marscharmee gegen die Regierung von Jiang Jieshi rebellierte und eine kurzlebige sogenannte Revolutionäre Volksregierung installierte.

Die 19. Marscharmee hatte im Januar 1932 bei der Verteidigung Shanghais gegen den japanischen Überfall eine entscheidende Rolle gespielt. In den darauffolgenden Mona-

land unter den jetzigen Verhältnissen zu erklären.« [Brief von Arthur Ewert an Ossip Pjatnitzki], Shanghai, März 1933, in: Ebenda, S. 383 f., hier: S. 384.

⁶⁴ [Bericht Nr. 6 von Arthur Ewert an Ossip Pjatnitzki], Shanghai, 28. Juli 1933, in: Ebenda., S. 462-475, hier: S. 462.

⁶⁵ Vgl. dazu: Aufruf der Provisorischen Sowjetregierung Chinas und des Revolutionären Kriegsrates der Chinesischen Roten Arbeiter- und Bauernarmee an das chinesische Volk, 10. Januar 1933, in: Ebenda, S. 314-316.

ten war sie wegen der betont antijapanischen Haltung ihrer Führung nach Fujian verlegt worden, um von dort den Kampf gegen die chinesischen Sowjetgebiete zu führen. Im Sommer 1933 war es wiederholt zu heftigen Kämpfen mit Einheiten der chinesischen Roten Armee gekommen, in deren Verlauf die 19. Marscharmee, auch wegen unzureichender Unterstützung durch die Zentralregierung, mehrere schwere Niederlagen einstecken mußte. Das veranlaßte die Führung der 19. Marscharmee schließlich, gegenüber der Führung der chinesischen Roten Armee und der KP Chinas die Bereitschaft zu einem sofortigen Waffenstillstand zu signalisieren.

Über diese überraschende Wendung der Ereignisse berichtete Arthur Ewert Anfang Oktober 1933 nach Moskau: »Wir haben einen erheblichen Teil der 19. Armee geschlagen und sind tief in Fujian eingedrungen [...]. Wir können in den nächsten Monaten [jedoch] nicht daran denken, weiter gegen die 19. Armee vorzugehen. Wenn sie ernsthaft [gegen uns] vorgehen würde, müßten wir das neugewonnene Gebiet sogar zum größten Teil aufgeben, da wir es nicht mit großen Kräften verteidigen können. Daraus folgt unser Interesse an einem Waffenstillstand mit der 19. Armee. Der zweite Grund unseres Interesses ist mehr allgemein: ein Waffenstillstand zwischen 19. und Roter Armee würde große Wirkung auf Guomindang-Soldaten usw. haben. Wir würden politisch nur gewinnen. [...] Selbstverständlich rechnen wir mit Betrug, aber das Letztere wird uns nicht überraschen und würde keinen Unterschied (militärisch) gegenüber dem früheren Zustand bedeuten.«⁶⁶

Weder in der Führung der Komintern noch in der Führung der KP Chinas hatte man ernsthaft mit einer solchen Entwicklung gerechnet. Klare politische Orientierungen aus Moskau waren daher kurzfristig nicht zu erwarten. Und auch die maßgeblichen Akteure in China – die Kominternvertretung, das Zentralkomitee der KP Chinas, das bereits im Frühjahr 1933 von Shanghai in das zentrale Sowjetgebiet übergesiedelt war, und die politische und militärische Führung der chinesischen Roten Armee – hatten keine Möglichkeit, die entstandene Lage zu beraten und eine gemeinsame Politik zu entwickeln. Viele Aktionen und Reaktionen der nachfolgenden Wochen waren daher von großer Spontaneität und Improvisation gekennzeichnet.

Am 26. Oktober 1933 wurde ein erstes Abkommen abgeschlossen. Es beinhaltete einen sofortigen und umfassenden Waffenstillstand und die Freilassung der Kriegsgefangenen. Wichtiger noch war, daß es von beiden Seiten als ein erster Schritt auf dem Weg zum gemeinsamen Kampf gegen die Zentralregierung unter Jiang Jieshi und die japanischen Besatzer verstanden wurde.⁶⁷

Die eigentliche Revolte der Führung der 19. Marscharmee begann am 18. November 1933. An diesem Tag wurden die Büros der Zentralbank und der Schifffahrtsverwaltung in der Provinzhauptstadt Fuzhou besetzt, am folgenden Tag wurde über die gesamte Provinz Fujian das Kriegsrecht verhängt.

Am 20. November 1933 schließlich konstituierte sich die Revolutionäre Volksregierung, die umgehend mit einer Reihe von Deklarationen an die Öffentlichkeit trat. Sie kündigte die sofortige Trennung von der Zentralregierung, die Wiedergewinnung der

⁶⁶ [Bericht Nr. 8 von Arthur Ewert an Ossip Pjatnitzki], Shanghai, 1. Oktober 1933, in: Ebenda., S. 513-519, hier: S. 515.

⁶⁷ Vgl. dazu: Frederick S. Litten, *The CCP and the Fujian Rebellion*, in: *Republican China*, vol. XIV, number 1, November 1988, S. 57-74, hier: S. 59 f.

an ausländische Mächte verlorenen Souveränität, eine Bodenreform sowie die Gewährung bürgerlicher Rechte und Freiheiten an.

Allerdings folgten diesen Ankündigungen – mit Ausnahme einiger weniger Landenteignungen im westlichen Teil der Provinz – keine wirklichen Taten. So gelang es zu keinem Zeitpunkt, größere Teile der Bevölkerung zur Unterstützung zu gewinnen.⁶⁸

Zu diesem Zeitpunkt war die Existenz des Waffenstillstandsabkommens vom 26. Oktober 1933 in der Öffentlichkeit bereits allgemein bekannt, obwohl sich keine der beiden Seiten offiziell zu dem Vorgang geäußert hatte. Mehr noch, das Abkommen wurde von der Revolutionären Volksregierung, wie Arthur Ewert ein knappes Jahr später, im August 1934, in einem Bericht für die Spitze der Komintern feststellte, niemals »formell bestätigt«, auch wenn »dessen Inhalt [...] in einer Reihe von Punkten wenigstens teilweise durchgeführt wurde (Freilassung der politischen Gefangenen in Fujian [...]), keine gegenseitigen militärischen Angriffe.«⁶⁹

In dieser Situation entschloß sich Arthur Ewert, vollendete Tatsachen zu schaffen. In einem Interview für das »China Forum«, das am 30. November 1933 erschien und das von der bürgerlichen Presse des In- und Auslands umgehend aufgegriffen und in seinen Kernaussagen weiterverbreitet wurde, äußerte er sich anonym zu den Entwicklungen in Fujian.

In einem Editorial, das dem eigentlichen Text vorangestellt wurde, wurde das Zustandekommen dieses ungewöhnlichen Interviews knapp erläutert: »Seit der Bildung der sogenannten Volksregierung in Fukien [d.i. Fujian] gehen vielfältige Gerüchte um, die ihren Ursprung in Nanking und in japanischen Quellen haben. [Diese Gerüchte] stellen eine Verbindung zwischen den Entwicklungen in Fukien [auf der einen Seite] und der Chinesischen Kommunistischen Partei bzw. den chinesischen Sowjetgebieten [auf der anderen Seite] her. Angesichts dieser Gerüchte hat ein Mitarbeiter des »China Forum« mit einem führenden und verantwortlichen Vertreter der chinesischen Kommunistischen Partei ein Interview zu dieser Frage geführt. [Dieser Vertreter] hat die Fragen selbst formuliert, und seine Antworten, die nachfolgend wortwörtlich wiedergegeben werden, sind autorisiert. Sie können folglich als verbindliche Darstellung der Position der Chinesischen Kommunistischen Partei gegenüber den Ereignissen in Fujian betrachtet werden.«⁷⁰

Auf die Eingangsfrage nach der offiziellen Haltung der KP Chinas zur neuen Regierung von Fujian antwortete Arthur Ewert: »Diese Regierung ist nicht das Ergebnis einer revolutionären Massenbewegung, sondern das Produkt einer politisch-militärischen Gruppe, deren Bestrebungen sich gegen Tschiang Kai-shek [d.i. Jiang Jieshi] richten. Sie repräsentiert grundsätzlich die selben Klassenkräfte wie die anderen [lokalen] Regierungen im China der Guomindang. Die chinesische Kommunistische

⁶⁸ Vgl. dazu: Ebenda, S. 61.

⁶⁹ [Bericht des Genossen Ewert über China], Moskau, 15. August 1934, in: KPdSU (B), Komintern und Sowjetbewegung in China, a.a.O., S. 783-806, hier: S. 804.

⁷⁰ Dieses und die nachfolgenden direkten und indirekten Zitate aus: Communist Party States Views On Fukien [d.i. Fujian], in: China Forum, Shanghai, November 30, 1933, S. 1-3. Das Interview trug das Datum vom 21. November 1933.

Partei als Führerin des revolutionären Kampfes der chinesischen Massen steht deshalb in klarer Opposition zu dieser neuen Regierung.«

Die Aufgabe der Kommunistischen Partei Chinas, so Arthur Ewert in dem Interview weiter, bestehe daher darin, die Volksmassen in Fujian in ihrem Kampf zu organisieren und zu führen, um so die neue Regierung der Provinz zu zwingen, ihre gemachten Versprechen auch zu erfüllen.

Doch das eigentliche Anliegen von Arthur Ewert war es, die Frage eines Abkommens zwischen der chinesischen Sowjetregierung und dem Kommando der chinesischen Roten Armee auf der einen Seite und der neuen Regierung von Fujian auf der anderen Seite in die Öffentlichkeit zu bringen. Deshalb stellte er im weiteren Verlauf des Interviews fest: »Es ist zu früh, von einem Abkommen zu sprechen, wenn man unter einem Abkommen einen [unterzeichneten und] ratifizierten Vertrag meint. Die Regierung von Fujian existiert erst seit einigen Tagen. Doch es gibt bereits seit einigen Monaten ein stillschweigendes Übereinkommen zwischen beiden Seiten, sich nicht gegenseitig anzugreifen, so lange bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Um zu einem solchen Übereinkommen zu gelangen, war es nicht unbedingt erforderlich, ein förmliches Abkommen zu schließen.« Und weiter: »Die Sowjetregierung war sich der Widersprüche zwischen Nanjing⁷¹ und Fujian bewußt, die im November ihren Höhepunkt erreichten. Die Interessen der Arbeiter und Bauern verlangen es, daß wir alle Konflikte im Lager des Feindes nutzen, um unsere eigene Position gegenüber der stärksten feindlichen Kraft zu stärken, und das ist die Regierung in Nanking. Die Rote Armee hätte weiter in Fujian vorrücken können, doch es schien uns ratsam, uns statt dessen auf die bevorstehende Offensive Tschiang Kai-sheks vorzubereiten. Die Rote Armee beendete deshalb ihre Angriffe gegen die 19. Marscharmee, nachdem sicher war, daß diese Armee uns nicht angreifen würde und daß der Konflikt zwischen Nanjing und Fujian auf seinen Höhepunkt zusteuerte. Seit zwei Monaten hat es keine Kampfhandlungen zwischen der Roten Armee und der 19. Marscharmee gegeben.«

Dann ging es um die Frage, ob es vorstellbar sei, das »stillschweigende Übereinkommen« zu einem förmlichen Abkommen über gemeinsame militärische Aktionen gegen Nanjing zu erweitern: »Die Rote Armee ist bereit, ein solches Abkommen mit jeder Armee oder jeder bewaffneten Formation abzuschließen, die gewillt ist, den Kampf gegen Japan und die anderen imperialistischen Mächte zu führen. Ein solcher Kampf würde sich natürlich auch gegen die japanischen Marionetten und die Ausverkäufer Chinas richten. Es muß daher eigentlich nicht hinzugefügt werden, daß ein solches Abkommen mit Nanjing natürlich nicht möglich ist.« Er fügte hinzu, daß bestimmte Bedingungen erfüllt sein müßten. Dazu würden die volle Gewährung von Bürgerrechten, die Freilassung aller politischen Gefangenen und das Recht der Massen gehören, sich in bewaffneten Freiwilligeneinheiten zu organisieren.

Das Interview Arthur Ewerts im »China Forum« blieb ohne praktische Konsequenzen. Die Ereignisse der nachfolgenden Wochen vollzogen sich mit so großer Dynamik, daß die Schritte, die die Führung der KP Chinas und das Fernöstliche Büro der Komintern einleiteten, stets hinter den Entwicklungen zurückblieben.

⁷¹ Von 1927 bis 1937 war Nanjing die Hauptstadt Chinas und damit Sitz der Regierung von Jiang Jieshi und Sitz der Guomindang.

Bereits im Dezember 1933 hatten die Regierungstruppen damit begonnen, die Stellungen der 19. Marscharmee in Fujian von Flugzeugen aus zu bombardieren. Am 1. Januar 1934 begann die Offensive der eilig zusammengezogenen Bodentruppen. Nicht einmal drei Wochen später war die Rebellion vollständig niedergeschlagen. Die bisherige Führung der 19. Marscharmee setzte sich ins Ausland ab oder stellte sich wieder in den Dienst der Zentralregierung in Nanjing. Die Armee selbst wurde liquidiert, die verbliebenen Truppen wurden nach blutigen Säuberungen anderen Armeen in entfernten Landesteilen zugeschlagen.⁷²

Die Führung der KP Chinas reagierte empört auf die Veröffentlichung des von Arthur Ewert verfaßten Interviews. Allerdings ließ sich das ZK mit seiner Kritik Zeit. Erst einige Wochen später, am 27. Dezember 1933, wandte sich die Führung der KP Chinas mit einem Telegramm an die Komintern in Moskau. In dem Telegramm wurde festgestellt, daß die Führung der 19. Marscharmee die Existenz einer Vereinbarung mit dem Kommando der Roten Armee nicht veröffentlichen wollte. Man habe diese Forderung berücksichtigt, um einen Bruch zu vermeiden und die eigene militärische Lage zu verbessern. Das Interview, das Arthur Ewert ohne Wissen des ZK oder des Vertreters des ZK in Shanghai veröffentlicht habe, habe die Führung der KP in eine schwierige Lage gebracht.⁷³

Allerdings enthielt das Telegramm keine Erläuterung, wie sich diese »schwierige Lage« äußern würde. In den Wochen nach der Niederlage und der Zerschlagung der 19. Marscharmee erklärte das ZK wiederholt, daß das Interview das gegenseitige »Vertrauen« untergraben habe.⁷⁴ Doch war dies bestenfalls ein Teil der Wahrheit. Denn die Führung der KP Chinas und der chinesischen Roten Armee waren keinesfalls bereit, der Führung der 19. Marscharmee Vertrauen entgegenzubringen und sie beispielsweise durch Entlastungsangriffe gegen die Regierungstruppen in der ersten Januarhälfte 1934 aktiv zu unterstützen.

Offensichtlich kannte Arthur Ewert den Inhalt des Telegramms bereits, bevor es nach Moskau abgesandt wurde. Denn er schrieb in einem Telegramm an Ossip Pjatzitzki, das ebenfalls am 27. Dezember 1933 in Moskau vorlag: »Ich habe bereits eine Erklärung gemacht, daß dies sich nicht wiederholt. Das Interview war hervorgerufen durch die Notwendigkeit, die Agitation schnellstmöglich ohne Zeitverlust in die Öffentlichkeit zu bringen, um eine Verbindung herzustellen. [...] Die Massen werden durch den Gegner informiert werden. In unserem Interesse müssen wir den Massen ein Minimum von Informationen in dieser vorsichtigen Form geben, auch den aufständischen Soldaten und der 19. Armee. Die Meinung, daß die Veröffentlichung einen Bruch hervorrufen kann, ist falsch.«⁷⁵

Ein knappes Dreivierteljahr später, nach seiner Rückkehr nach Moskau, räumte Arthur Ewert in seinem bereits zitierten Bericht für die Politische Kommission des

⁷² Vgl. dazu: Frederick S. Litten, *The CCP and the Fujian Rebellion*, a.a.O., S. 60.

⁷³ [Telegramm des ZK der KP Chinas an die Komintern], Ruijin, 27. Dezember 1933, in: KPdSU (B), *Komintern und Sowjetbewegung in China*, a.a.O., S. 633 f.

⁷⁴ Vgl. dazu: *Der Niedergang der Sowjetbewegung in China (September 1931 bis Juli 1935)*, in: Ebenda, S. 79 f.

⁷⁵ [Telegramm von Arthur Ewert an Ossip Pjatzitzki], Shanghai, 27. Dezember 1933, in: Ebenda, S. 212.

Politischen Sekretariats des EKKI ein, mit dem Interview »einen politischen Fehler« begangen zu haben. Er wies gleichzeitig darauf hin, daß das ZK der chinesischen KP in der Folge gegenüber der 19. Marscharmee eine Politik vertreten habe, die er in ihren Grundzügen in seinem Interview angeregt gehabt habe: »Das ZK war der Meinung, daß über die Existenz auch eines stillschweigenden Übereinkommens nicht gesprochen werden sollte, da dies die angebahnten Beziehungen zur 19. Armee stören könnte. Infolge dieser Einstellung hat die Partei die kurze Zeit der Existenz der Volksregierung in Fujian ungenügend agitatorisch ausgenutzt. Kurz vor dem Ende der Volksregierung hat das ZK dann selbst seinen Standpunkt revidiert und hat eine breite Agitation entfesselt. Der Zusammenbruch der Fujian-Regierung erfolgte aber so schnell, daß diese verspätet einsetzende Kampagne keine großen Wirkungen mehr haben konnte.«⁷⁶

Die Rebellion von Fujian brachte der KP Chinas und der chinesischen Roten Armee einen Aufschub von etwa zwei Monaten. Doch mit der Niederwerfung der 19. Marscharmee durch die Truppen von Jiang Jieshi verschärfte sich die militärische Lage außerordentlich, denn nun war der gegnerische Einkreisungsring um das Zentrale Sowjetgebiet von Jiangxi vollständig geschlossen.

Bereits am 11. Februar 1934 konstatierte die Politische Kommission des Politischen Sekretariats des EKKI in einem Telegramm an das ZK der KP Chinas daher den »Verlust der strategischen und taktischen Initiative« und schlug eine Reihe von politischen und vor allem militärischen Maßnahmen vor, um die Situation umzukehren.⁷⁷ Doch angesichts der dramatischen Überlegenheit der Regierungstruppen an Menschen und Material gelang es nicht, auch nur einen dieser Vorschläge wirksam umzusetzen.

Wenige Monate später war es die Aufgabe von Arthur Ewert, in einem ausführlichen Bericht an Ossip Pjatnitski das bevorstehende Scheitern der ersten chinesischen Sowjetrepublik anzukündigen. Am 2. Juni 1934 schrieb er nach Moskau: »Die militärische Lage und im Zusammenhang damit alle anderen Fragen haben sich in den letzten Monaten grundlegend verschlechtert, ohne Aussicht, daß es noch möglich ist, in der nächsten Zeit eine grundlegende Änderung zu unseren Gunsten herbeizuführen. Vielmehr besteht die Gefahr, daß im Herbst der Gegner von allen Seiten auf unser sehr reduziertes Zentrales Sowjetgebiet mit allen Kräften losbricht, ohne die bisherige Taktik des langsamen Vorschlebens und Baus von Wegen und Festungen bis zuletzt durchzuhalten, d[as] h[eißt] einige ganz große und schnelle Stöße macht.«

Arthur Ewert informierte weiter, daß das ZK der KP Chinas nur zwei Alternativen sehen würde – der Verbleib im Zentralen Sowjetgebiet und die »Rückkehr zum Partisanenkampf als der wichtigsten Methode des Kampfes« oder »Verteidigung des Zentralen Sowjetgebiets bis zur letzten Möglichkeit, aber gleichzeitig Vorbereiten auf das Senden unserer Hauptkräfte in andere Richtungen«.

Er selbst vertrat die Ansicht, »daß man die beiden vom ZK angegebenen Möglichkeiten nicht schroff gegenüberstellen soll[te]. [...] Teile unserer Hauptkräfte [sollten] neben den Partisanenkräften im alten Gebiet bleiben, das keinesfalls so schnell und voll-

⁷⁶ Vgl. dazu: [Bericht des Genossen Ewert über China], in: Ebenda, S. 804 f.

⁷⁷ [Telegramm der Politischen Kommission des Politischen Sekretariats des EKKI an das ZK der KP Chinas], Moskau, 11. Februar 1934, in: Ebenda, S. 704 f., hier: S. 705.

ständig überrannt werden kann, daß wir nicht gewisse Kampfmöglichkeiten und Ausichten haben. Dieser Teil der Hauptkräfte darf nicht zu zahlreich sein, weil wir sonst nicht stark genug wären, um einen erfolgreichen Durchbruch [...] zu machen. In dieser Richtung muß nach Erschöpfung aller Verteidigungsmöglichkeiten, unter Erhaltung des Großteils unserer lebenden Kräfte, unsere Hauptkraft eingesetzt werden.«⁷⁸

In seinem bereits mehrfach zitierten Bericht vom 15. August 1934 für die Spitze der Komintern stellte Arthur Ewert fest: »Ich glaube, daß das ZK [der KP Chinas] Schritte zum Verlassen unseres Gebiets erst dann treffen wird, wenn kein anderer Ausweg mehr vorhanden ist. [...] Noch besteht eine gewisse, wenn auch nicht wahrscheinliche Möglichkeit, daß wir uns auf der verschmälerten Basis unseres Gebiets behaupten können. Das ZK hat aber gleichzeitig die Vorbereitung für einen Durchbruch unserer Hauptkräfte [...] in Angriff genommen. Dieser Durchbruch wird sich unter außerordentlich schweren Bedingungen vollziehen müssen, da der Gegner darauf vorbereitet ist [...]. Wie schwierig unsere Lage auch noch werden kann, es wird dem Gegner nicht gelingen, unsere lebendigen Kräfte zu vernichten, sondern wir werden mit unseren Hauptkräften neue Basen schaffen können [...]«⁷⁹

Nur sechs Wochen später sollte die von Arthur Ewert beschriebene Möglichkeit zur Wirklichkeit werden: Die chinesischen Kommunisten mußten das Zentrale Sowjetgebiet aufgeben. Im Oktober 1934 begann der »Lange Marsch« der Roten Armee, der in den folgenden Jahren und Jahrzehnten zur Legende und zum Mythos werden sollte.

Bereits am 3. Mai 1934 hatte die Führung der Komintern in Moskau beschlossen, Arthur Ewert aus China abzurufen und ihn erneut nach Südamerika zu entsenden.

Die genauen Gründe dafür sind nicht bekannt. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelte es sich um eine Vielzahl von Faktoren, die in ihrer Gesamtheit zu diesem Beschluß führten.

Nikolai Sedler (Herbert), der langjährige Repräsentant der OMS, der Abteilung für Internationale Verbindungen der Komintern, in Shanghai, behauptete im September 1936 in einem schriftlichen Bericht für das EKKI, zu einem Zeitpunkt also, als Arthur Ewert in Brasilien bereits verhaftet war und sich so außerhalb des Zugriffs der sowjetischen »zuständigen Organe« befand, daß Arthur Ewert in seiner Zeit in China »weder Autorität noch das Vertrauen des ZK [der chinesischen KP] erworben« habe.⁸⁰

Die überlieferten Dokumente bestätigen einen so weitgehenden Vorwurf nicht, doch nicht zuletzt die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit den Ereignissen in Fujian machen deutlich, daß Arthur Ewert und die Führung der chinesischen KP in wesentlichen Fragen unterschiedliche Positionen vertraten und daß Arthur Ewert keineswegs in jedem Fall mit der vollen Rückendeckung der Moskauer Gremien der Komintern rechnen konnte.

⁷⁸ [Bericht von Arthur Ewert an Ossip Pjatzitzki], Shanghai, 2. Juni 1934, in: Ebenda, S. 740-748, hier: S. 745.

⁷⁹ [Bericht des Genossen Ewert über China], in: Ebenda, S. 800.

⁸⁰ [Bericht von Herbert an die Abteilung für Internationale Verbindungen], Moskau, 29. September 1936, in: Ebenda, S. 1306-1313, hier: S. 1308.

Doch wirklich entscheidend für den Moskauer Beschluß dürfte die Tatsache gewesen sein, daß mit dem drohenden Scheitern der chinesischen Sowjetrepublik und dem damit verbundenen Rückzug der verbliebenen Kräfte in entlegene Regionen des Landes die Geschäftsgrundlage für die Tätigkeit eines Büros der Komintern in Shanghai endgültig verlorengehen würde, nachdem mit der Übersiedlung des ZK der KP Chinas in das Zentrale Sowjetgebiet im Frühjahr 1933 die (organisatorischen) Möglichkeiten der direkten Einflußnahme auf die Tätigkeit der führenden Gremien der chinesischen KP bereits deutlich eingeschränkt waren.

Aus diesem Grunde wurde die Funktion von Arthur Ewert in Shanghai nicht wieder besetzt – das Fernöstliche Büro löste sich mit dem schrittweisen Abzug der verbliebenen Mitarbeiter nach und nach auf.

Kapitel 20: Roger Hollis – ein Exkurs

Im Jahre 1963 wurde Großbritannien von einer Reihe öffentlicher und nichtöffentlicher Geheimdienstkandale erschüttert. Wochenlang bestimmte die Profumo-Affäre die Schlagzeilen der großen Tageszeitungen und der Boulevardpresse: John Profumo, seit 1960 Heeresminister im Kabinett des konservativen Premierminister Harold Macmillan, hatte sich mit einer Prostituierten eingelassen. Besonders pikant wurde die Angelegenheit durch die Tatsache, daß diese Prostituierte auch auf der Gehaltsliste eines in London stationierten sowjetischen Geheimdienstoffiziers stand. Allerdings war dieser nicht an den speziellen Dienstleistungen der Dame, sondern einzig an den sensiblen Informationen interessiert, die das vorgebliche Fotomodell von ihren prominenten britischen Kunden in äußerst privater Atmosphäre erhielt.

Nachdem Profumo vor einem Untersuchungsausschuß des Parlaments über den Charakter seiner Beziehungen zu der Prostituierten nachweislich gelogen hatte, mußte er am 5. Juni 1963 als Minister zurücktreten. Seine politische Karriere war damit beendet.

Von der damaligen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt blieb ein anderer, nicht weniger spektakulärer Fall – der britische Journalist und langjährige hochrangige Geheimdienstmitarbeiter Kim Philby hatte sich im Januar 1963 aus Beirut, der Hauptstadt des Libanon, abgesetzt und war im Juni 1963 in Moskau wieder aufgetaucht. Damit bestätigte er den lange gehegten Verdacht, daß er als Doppelagent fast drei Jahrzehnte im Dienst der sowjetischen Auslandsspionage gestanden hatte.

Kim Philby war bereits 1951 erstmals in das Visier der britischen Spionageabwehr geraten. Er war zu diesem Zeitpunkt als Verbindungsoffizier des britischen Geheimdienstes in Washington für alle offiziellen (und inoffiziellen) Kontakte mit dem erst kurz zuvor gegründeten US-Auslandsgeheimdienst CIA und der US-Bundespolizei FBI zuständig. Über seinen Schreibtisch gingen zahllose streng geheime Informationen, so auch die Ergebnisse des US-amerikanischen Venona-Projekts, in dessen Rahmen mit großem Aufwand – und großem Erfolg – der Versuch unternommen wurde, den geheimen Funkverkehr der sowjetischer Auslandsvertretungen mit der Moskauer Zentrale in den vorangegangenen fast zehn Jahren zu entschlüsseln. Zu diesem Zweck verfügte Kim Philby im Hauptquartier des FBI sogar über ein eigenes Büro, wo er die entsprechenden Dokumente einsehen konnte, die so geheim waren, daß sie aus Sicherheitsgründen das Gebäude nicht verlassen durften.

So erfuhr Kim Philby, daß auch gegen seinen langjährigen Freund Donald Maclean, zu diesem Zeitpunkt Leiter der einflußreichen und prestigeträchtigen Amerika-Abteilung im britischen Außenministerium in London, der wie Philby seit vielen Jahren für den sowjetischen Geheimdienst arbeitete, beiderseits des Atlantik streng geheime Ermittlungen liefen. Das Venona-Projekt hatte sehr konkrete Hinweise darauf geliefert, daß Maclean der sowjetische Spitzenspion »Homer« war. Gemeinsam mit seinen sowjetischen Führungsoffizieren organisierte Kim Philby daraufhin die Flucht von Maclean und Guy Burgess, einem anderen britischen Diplomaten, der ebenfalls für die sowjetische Seite arbeitete, aber dem emotionalen Druck nicht mehr hatte standhalten können und zum Alkoholiker geworden war.

Nach dem überraschenden Verschwinden von Maclean und Burgess erhielten die von der britischen Spionageabwehr zuvor nicht beachteten Hinweise gegen Kim Philby eine neue Bedeutung. In britischen Geheimdienstkreisen machte sehr schnell das

Wort von einem »dritten Mann« die Runde, der entscheidenden Anteil an der erfolgreichen Flucht von Maclean und Burgess gehabt haben sollte. Allerdings gelang es Kim Philby mit starken Nerven und großem Geschick, die zahlreichen Befragungen und Verhöre, die nun folgten, glimpflich zu überstehen. Zwar mußte er aus dem britischen Geheimdienst ausscheiden, doch noch vor dem Abschluß der offiziellen Untersuchungen gab Harold Macmillan, damals noch Außenminister, öffentlich eine Ehrenerklärung ab, die Kim Philby vollkommen entlastete: »Ich habe keinen Anlaß, den Schluß zu ziehen, Mr. Philby habe zu irgendeiner Zeit die Interessen unseres Landes verraten, oder ihn mit dem sogenannten dritten Mann zu identifizieren, falls es einen solchen überhaupt gegeben haben sollte.«¹

So war es Kim Philby möglich, auch in den folgenden fast zwölf Jahren weiterhin geheime Informationen nach Moskau zu liefern, bis die Hinweise auf sein Doppelspiel so erdrückend wurden, daß er sich schließlich doch noch in die Sowjetunion absetzen mußte, um einer Verhaftung und Verurteilung zu entgehen.

Ein Jahr nach der Flucht von Kim Philby wurde auch der renommierte Kunsthistoriker Anthony Blunt als früherer sowjetischer Spion enttarnt. Er hatte bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges im Inlandsgeheimdienst MI-5 gearbeitet und dann mit Zustimmung seiner sowjetischen Führungsoffiziere den Dienst quittiert, um eine akademische Laufbahn als Kunsthistoriker einschlagen zu können. Inzwischen war er Direktor der königlichen Gemäldesammlung geworden, und Königin Elisabeth II. hatte ihn 1956 zum Ritter geschlagen. Um einen Skandal zu vermeiden, in den zwangsläufig auch das Königshaus verwickelt worden wäre, wurde Blunt Straffreiheit für den Fall zugesichert, daß er ein umfassendes Geständnis ablegen würde. Doch letztlich gestand Blunt nichts, was der britischen Spionageabwehr nicht ohnehin bereits bekannt war.

Die in den fünfziger und sechziger Jahren aufgedeckten Spionagefälle verunsicherten die britischen Geheimdienste zutiefst. Denn immer wieder stellte sich die Frage, ob es noch weitere sowjetische »Maulwürfe« gab, die möglicherweise entscheidende Positionen im britischen Staatsapparat, einschließlich der Geheimdienste selbst, einnahmen. Und immer wieder tauchte die Überlegung auf, daß Maßnahmen gegen tatsächliche oder mutmaßliche sowjetische Spione in den vorangegangenen Jahren und Jahrzehnten vor allem deshalb ohne Erfolg geblieben waren, weil diese Spione entweder rechtzeitig gewarnt worden waren oder die Ermittlungen von Anfang an so geführt wurden, daß sich ein Verdacht nicht erhärten ließ oder, schlimmer noch, der Verdacht in eine gänzlich andere Richtung gelenkt wurde.

Es begannen daher endlose interne Untersuchungen und Sicherheitsprüfungen. Alte Akten wurden ausgegraben und auf eventuell übersehene Hinweise neu durchgearbeitet, längst abgeschlossene Fälle wurden wieder aus den Archiven geholt und komplett neu aufgerollt.

In diesem Zusammenhang geriet schließlich auch Roger Hollis, der von 1956 bis zu seiner regulären Pensionierung 1965 Generaldirektor des britischen Geheimdienstes MI-5 war, in den Verdacht, seit vielen Jahren ein sowjetischer Spion zu sein.

¹ So zitiert in: Phillip Knightley, Kim Philby. Geheimagent, München 1988, S. 22.

In den britischen Geheimdienstkreisen – die Zahl der involvierten Mitarbeiter war auf Grund der naturgemäß strengen Geheimhaltungsbestimmungen nur sehr klein – standen sich sehr schnell drei Gruppierungen gegenüber.

Die erste Gruppe war von der Schuld von Roger Hollis vollkommen überzeugt und nur noch auf der Suche nach dem einen schlüssigen Beweis. Die zweite Gruppe sah zwar einige Indizien, die gegen Hollis ausgelegt werden konnten, vertrat aber die Auffassung, daß ihn diese Indizien bei einer anderen Betrachtungsweise auch entlasten konnten. Und die dritte Gruppe hielt die gegen Hollis vorgebrachten Vorwürfe für reine Hirngespinnste und Hollis selbst für komplett und in jeder Beziehung unschuldig.

Der erste gewichtige Verdacht gegen Hollis war aufgetaucht, als eine erneute Überprüfung der Unterlagen stattfand, die einen spektakulären Verratsfall an der sowjetischen Botschaft in Kanada im Spätsommer 1945 betrafen. Am 5. September 1945 hatte der damals 26jährige Igor Gusenko, ein Mitarbeiter der Chiffrierabteilung der sowjetischen Botschaft in Ottawa, in Kanada um politisches Asyl nachgesucht und als »Brautgeld« für seinen Eintritt in die »freie Welt« mehrere hundert streng geheime Dokumente der sowjetischen Botschaft und der kanadischen Residentur des sowjetischen Geheimdienstes mitgebracht.²

Gusenko wurde zunächst überall abgewiesen. In der Redaktion einer großen kanadischen Tageszeitung, bei der er vorsprach, schenkte man dem Ausländer mit der wirren Story keinen Glauben. Das Büro des Premierministers war erst gar nicht bereit, einen »nicht autorisierten Vertreter der sowjetischen Botschaft« zu empfangen. Doch als man in der sowjetischen Botschaft das Verschwinden Gusenkos bemerkte und in seiner Wohnung geräuschvoll nach Hinweisen auf seinen Verbleib suchte, wurden seine Nachbarn stutzig und alarmierten die Polizei. Damit wurde die Geschichte Gusenkos in den Augen der kanadischen Behörden doch noch glaubhaft, und man widmete schließlich auch den von Gusenko gestohlenen Dokumenten die angemessene Aufmerksamkeit.

Diese Dokumente erwiesen sich für die Geheimdienste in Kanada, den USA und Großbritannien als ein wahrer Goldschatz. Sie enthielten detaillierte Hinweise auf die Bemühungen, die der sowjetische Geheimdienst auch in Kanada unternahm, um Informationen über das US-amerikanische Atombombenprogramm zu sammeln.

Auch die Aussagen, die Gusenko zunächst gegenüber der Royal Canadian Mounted Police und später gegenüber britischen und US-amerikanischen Geheimdienstmitarbeitern machte, enthielten wichtige Informationen, auf deren Grundlage unter anderem der in Kanada arbeitende britische Physiker Alan Nunn May in Großbritannien verhaftet und im Februar 1946 wegen Atomspionage für die Sowjetunion zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt wurde.

² Tatsächlich hatte Gusenko erfahren, daß sein Aufenthalt in Kanada beendet war und er in die Sowjetunion zurückkehren sollte. Es gibt ein Foto des Ehepaares Gusenko aus den siebziger Jahren, das einen schwächlichen und verschüchterten Igor Gusenko im Hintergrund und seine böse und unzufrieden schauende, sehr kräftig gebaute Ehefrau im Vordergrund zeigt. Man fühlt sich sofort an jenen sowjetischen Diplomaten im Roman »Agent in eigener Sache« von John le Carré erinnert, der gegenüber dem britischen Geheimdienstler George Smiley zu jeder Aussage bereit ist, aus Angst davor, mit seiner streitsüchtigen und renommierbedürftigen Ehefrau wieder in Moskau in einer Zwei-Zimmer-Wohnung leben zu müssen.

Gusenko berichtete damals auch über eine Britin, die in der British High Commission in Ottawa arbeitete und von ihren sowjetischen Führungsoffizieren den Decknamen »Elli« erhalten hatte. Auch Kathleen Willsher, so der tatsächliche Name der Frau, wurde verhaftet und verurteilt.

Igor Gusenko war von Anfang an bemüht gewesen, seine Informationen nur in kleinen Raten an seine neuen Herren weiterzugeben, um sich für möglichst lange Zeit unentbehrlich zu machen. Schließlich ging er dazu über, neue Informationen zu erfinden oder bereits gelieferte Informationen durch neue, zum Teil widersprüchliche Details »anzureichern«. Die Geheimdienste der USA, Kanadas und Großbritanniens, die durch die Aussagen Gusenkos bereits zahlreiche Erfolge erzielt hatten, waren offensichtlich bereit, auch die nun aufgetischten Märchen ernst zu nehmen und zur Grundlage weiterer – aufwendiger – Ermittlungen zu machen.

So berichtete Gusenko etwa zwei Jahre nach seinem Übertritt in den Westen plötzlich von einem weiteren sowjetischen Agenten mit dem Decknamen »Elli«, der eine wichtige Rolle in der britischen Spionageabwehr spielen würde. Er habe von »Elli« zufällig während seiner Tätigkeit in der zentralen Chiffrierstelle in Moskau – vor seiner Entsendung nach Kanada – erfahren. Eine hochrangige Mitarbeiterin des sowjetischen Geheimdienstes habe alle eingehenden Nachrichten von »Elli« stets sofort darauf prüfen müssen, ob diese Informationen umgehend Stalin persönlich vorzulegen seien.

Obwohl Gusenko in der Folge weitere Einzelheiten lieferte, war es dem britischen Geheimdienst – kaum überraschend – zu keinem Zeitpunkt möglich, »Elli« zu enttarnen. Doch für die Gegner von Roger Hollis war es ganz offensichtlich, daß nur er »Elli« sein konnte.

Der Fall von Kim Philby, Donald Maclean, Guy Burgess und Anthony Blunt hatte den westlichen Geheimdiensten wichtige Hinweise auf das Vorgehen der sowjetischen Auslandsspionage bei der Anwerbung neuer Mitarbeiter geliefert. Alle vier Männer entstammten angesehenen Familien aus dem britischen Establishment und waren mit dem sprichwörtlichen »silbernen Löffel im Mund« geboren worden. Sie hatten renommierte Universitäten absolviert und sich dort in jungen Jahren für die Idee des Kommunismus begeistert. Sie hatten, nach dem sie mit großem psychologischem Geschick von Mitarbeitern des sowjetischen Geheimdienstes angeworben worden waren, schrittweise ihre linken Positionen »aufgegeben« und zu ihren aristokratischen bzw. großbürgerlich-konservativen Wurzeln »zurückgefunden«.³ Nach dem Studium hatten sie sich erfolgreich um eine Karriere im höheren Staatsdienst bemüht.

Doch keines dieser Merkmale traf auf Roger Hollis zu. Weder stammte er aus einer begüterten Familie, noch hatte er ein Studium abgeschlossen. Und in den Staatsdienst gelangte er eher zufällig, nach dem er fast ein Jahrzehnt seines Lebens mit wenig anspruchsvollen Jobs vertan hatte. Wichtiger noch: Zu keinem Zeitpunkt hatte Roger Hollis Sympathien für den Kommunismus oder die Sowjetunion erkennen lassen. Und er hatte niemals Kontakte zu kommunistischen Kreisen gehabt, auch wenn sein älterer Bruder Christopher Hollis in den dreißiger Jahren eine damals durchaus be-

³ Im Falle von Kim Philby war diese »Entwicklung« so weit gegangen, daß er während des spanischen Bürgerkrieges als Berichterstatter der Londoner »Times« im Lager der Putschisten arbeitete und schließlich von Franco persönlich mit einem Orden ausgezeichnet wurde.

merkwürdige Biographie des russischen Revolutionsführers W. I. Lenin geschrieben hatte.⁴

Peter Wright, ein britischer Geheimdienstmitarbeiter, der in gewisser Weise die – inoffizielle – Jagd auf Roger Hollis anführte, fand auch für dieses »Problem« eine Lösung: Arthur Ewert.

In seinen Memoiren »Spycatcher«, die bei ihrem Erscheinen 1988 für einen internationalen Skandal sorgten, weil die damalige britische Premierministerin Margaret Thatcher weltweit versucht hatte, auf gerichtlichem Wege eine Veröffentlichung zu verhindern, erwähnte Wright den Namen Arthur Ewert nur ein einziges Mal, und das auch nur in einem Nebensatz. Doch er gab damit den entscheidenden »Hinweis«, wann, wo und durch wen die Anwerbung von Roger Hollis für den sowjetischen Geheimdienst angeblich erfolgt sei: »China war in den dreißiger Jahren eine Brutstätte politischer Aktivität und ein Anwerbegebiet für die Komintern. [... Ein Kollege] erzählte mir, daß ein alter Bekannter von ihm, ein pensionierter Oberst, Hollis aus der Zeit in China kannte. Er hatte dort ein Jahr lang mit ihm eine Wohnung geteilt. Tony Stables war ein Offizier alter Schule, und erinnerte sich gut an Hollis. Über politische Dinge hätten sie nie gesprochen, aber er wäre stets der Meinung gewesen, daß er linksorientiert gewesen sei, da er sich mit Leuten wie Agnes Smedley, einer Journalistin und Talentsucherin für die Komintern, traf und mit Arthur Ewert, den Stables einen internationalen Sozialisten nannte.«⁵

Tatsächlich hatte Roger Hollis, der 1905 in der Familie eines späteren anglikanischen Bischofs geboren wurde, eine Ausbildung an zwei renommierten Colleges in der Universitätsstadt Oxford begonnen, doch das Studium nach nur zwei Jahren ohne Abschluß abgebrochen. Angehörige der Universität und Studienkollegen, die in späteren Jahren über ihre Erinnerungen an Roger Hollis befragt wurden, hielten nur zwei Aspekte für berichtenswert – seine Begeisterung für das Golfspiel und seine Vorliebe für alkoholische Getränke.

Im Jahre 1927 entschloß sich Hollis, sein Glück als freier Journalist in China zu versuchen. Da er jedoch keinerlei Erfahrungen oder Referenzen besaß, gelang es ihm nur äußerst selten, und dann auch nur in der lokalen (englischsprachigen) Presse, den einen oder anderen kleinen Artikel unterzubringen. Seinen Lebensunterhalt konnte er auf diese Weise nicht bestreiten. Nach einem Jahr vergeblicher Bemühungen, sich als Journalist zu etablieren, sah er sich deshalb gezwungen, eine Stelle bei der British American Tobacco Company anzunehmen. Seine Arbeit dort, die man am ehesten als die eines Rechnungsprüfers beschreiben kann, führte ihn im Verlaufe des folgenden knappen Jahrzehnts in verschiedene chinesische Städte, wo er jeweils für mehrere Monate oder auch Jahre lebte. 1936 kehrte Hollis nach Großbritannien zurück, ohne dort eine feste Anstellung in Aussicht zu haben. Möglicherweise spielte bei seiner Entscheidung die Tatsache eine Rolle, daß bei ihm bereits Ende 1934 Lungentuberkulose diagnostiziert worden war und er die – durchaus berechtigte – Hoffnung hatte, daß es in Großbritannien bessere Möglichkeiten für eine angemessene Behandlung gab.

⁴ Christopher Hollis, *Lenin. Portrait of a Professional Revolutionary*, London 1938.

⁵ Peter Wright und Paul Greengrass, *Spycatcher. Enthüllungen aus dem Secret Service*, Frankfurt am Main und (West-) Berlin 1989, S. 294 f.

Versuche, mit seiner nunmehr fast zehnjährigen China-Erfahrung an der Fleet Street, dem Londoner Presseviertel, unterzukommen, scheiterten. Doch gelang es Hollis erstaunlicherweise, sich durch Vorträge und die Teilnahme an einschlägigen öffentlichen Diskussionen innerhalb kurzer Zeit in London einen gewissen Ruf als China-Kenner zu verschaffen, auch wenn er über keinerlei Sprachkenntnisse verfügte und kaum je ein Buch über China und die Probleme des Landes gelesen hatte.

1938 erhielt er völlig überraschend das Angebot, Mitarbeiter des britischen Inlandsgeheimdienstes MI-5 zu werden. Mit 32 Jahren hatte er nun endlich eine berufliche Perspektive, ja eine Lebensaufgabe gefunden. Innerhalb von nicht einmal zwanzig Jahren stieg er – wie erwähnt – zum Generaldirektor einer Organisation auf, die für die gesamte britische Spionageabwehr im In- und Ausland Verantwortung trug. Für seine »Verdienste um die Krone und das Britische Empire« wurde er von Königin Elisabeth II. sogar in den Adelsstand erhoben. 1965, mit dem Erreichen der vorgeschriebenen Altersgrenze, ging er in Pension. Roger Hollis starb 1973, ohne daß er jemals offiziell der Spionage für die Sowjetunion bezichtigt worden wäre.

Doch auch vier Jahrzehnte nach seinem Tod sind die Auseinandersetzungen um Roger Hollis nicht abgeschlossen. Insbesondere der britische Journalist Chapman Pincher, der es sich zur Lebensaufgabe gemacht hat, Roger Hollis der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu überführen, führt seinen privaten Feldzug auch noch im Alter von fast hundert Jahren⁶ unermüdlich weiter. Regelmäßig veröffentlicht er immer neue Bücher und Artikel, zuletzt im Jahre 2009 das fast 700 Seiten umfassende Buch »Treachery«⁷, um Roger Hollis doch noch zu fassen. Tatsächliche Beweise oder auch nur stichhaltige Indizien konnte Pincher allerdings zu keinem Zeitpunkt vorlegen.

Bereits 1980 hatte Chapman Pincher in einem privaten Gespräch mit Peter Wright, also lange, bevor dieser seine Memoiren »Spycatcher« veröffentlichte, von der angeblichen Rolle erfahren, die Arthur Ewert bei der unterstellten Anwerbung von Roger Hollis für den sowjetischen Geheimdienst gespielt haben sollte.

In seinem Buch »Too Secret Too Long«⁸, das 1984 erschien, behandelte Pincher dieses Thema erstmals ausführlich, wobei er zu diesem Zeitpunkt noch auf die Nennung von weiteren Namen verzichtete bzw. verzichten mußte. Er schrieb damals: »Ewerts Akte beweist eine außerordentliche Hingabe an die Sache des sowjetischen Kommunismus und zeigt, daß er eine beeindruckende und politisch viel bedeutendere revolutionäre Persönlichkeit war als jede bekannte Person, die mit Philby, Burgess, Blunt oder Maclean in Verbindung gebracht wird, deren frühe Kontakte zum Kommunismus von den Sicherheitsbehörden völlig unterschätzt wurden. Ewerts Beziehung zu Hollis hätte deshalb für den MI-5 höchste Bedeutung haben müssen, als es darum ging, den Verdacht gegen ihn zu untersuchen. Aber das wurde vollständig versäumt, und zwar in einer Art und Weise, die typisch war für die Untersuchung des Hintergrundes von [...] Mitgliedern des Geheimdienstes.

⁶ Chapman Pincher wurde am 29. März 1914 als Sohn britischer Eltern im indischen Punjab geboren. Er starb am 4. August 2014, wenige Monate nach Fertigstellung dieses Manuskripts.

⁷ Chapman Pincher, *Treachery. Betrayals, Blunders, and Cover-ups: Six Decades of Espionage Against America and Great Britain*, New York 2009.

⁸ Chapman Pincher, *Too Secret Too Long*, New York 1984.

Bei der Suche nach Beweisen für Hollis' linksgerichtete Verbindungen während seiner Jahre in China entdeckte ein Offizier des MI-5, der in den späten sechziger Jahren in den Fall involviert war, daß Hollis 1930 und 1931 in Peking gewesen war und dort eine Wohnung mit einem britischen Armeeeoffizier geteilt hatte, der abkommandiert worden war, um Chinesisch zu lernen. Dieser Armeeeingehörige ist noch am Leben. Er lebt im Ruhestand in Cotswolds, wo der Offizier des MI-5, dessen Identität mir bekannt ist, ein Gespräch mit ihm geführt hat. Der MI-5-Mann erfuhr, daß die Mehrzahl der Freunde von Hollis, von denen er eine Liste zusammenstellen konnte, Diplomaten und Geschäftsleute waren. Mit einigen von ihnen spielte er [d.i. Roger Hollis] gelegentlich Golf. Der Armeeeingehörige drückte jedoch Besorgnis über einen Freund aus, dessen Name Arthur Ewert war und den er als einen »internationalen Sozialisten« beschrieb. Er erinnerte sich daran, Ewert selbst getroffen zu haben, einen großen, leicht schlurfenden Mann mit breiten Schultern, einem großen Kopf und roten Haaren. Er sagte, daß Hollis ihn [d.i. Arthur Ewert] sehr häufig sah, so daß man ihn nicht als eine gelegentliche Bekanntschaft bezeichnen kann. Er sagte, daß es für ihn schwierig war, diese Beziehung zu verstehen, weil ihm Hollis als ausgesprochen konservativ erschien. Er deutete an, daß Hollis ihn [d.i. Arthur Ewert] keinesfalls aus rein journalistischen Gründen getroffen hatte, wie das ja vorstellbar gewesen wäre.

Unglücklicherweise notierte der MI-5-Mann den Namen von Ewert als Ewart, und er nahm an, daß er Brite war. Nach dem es ihm nicht gelungen war, einen Hinweis auf ihn in den Akten des MI-5 zu finden, unternahm er keine weiteren Schritte, zumal er selbst davon ausging, daß der Armeeeoffizier wohl jeden, der auch nur andeutungsweise linksgerichtete Ansichten vertrat, als gefährlich betrachten würde.

Auf Grund der [...] Art und Weise, wie ich Zugang zu den Informationen über die Freundschaft zwischen Hollis und Ewert erhielt, kann es keinen Zweifel an ihrer Richtigkeit geben.«⁹

Ein Vierteljahrhundert später, in seinem Buch »Treachery«, hatte Pincher dieser Schilderung nur wenig hinzufügen, in weiten Teilen verwendete er sogar die exakt selben Formulierungen. Allerdings nannte er nun die Namen von Peter Wright, also dem Offizier des MI-5, der in den sechziger Jahren mit den Untersuchungen gegen Roger Hollis beauftragt gewesen war, und von Anthony (Tony) Stables, dem Oberstleutnant im Ruhestand, der nach eigenen Angaben Anfang der dreißiger Jahre mit Roger Hollis in Peking eine Wohnung geteilt hatte und Zeuge verschiedener Besuche von Arthur Ewert gewesen sein wollte. Und schließlich erläuterte Pincher, warum Peter Wright in seinen Memoiren auf eine detaillierte Schilderung des Verhältnisses von Roger Hollis und Arthur Ewert verzichtete hatte. Es war der in seinem Verständnis höchst peinliche Umstand, daß Wright, wie geschildert, den Namen »Ewert« als »Ewart« notiert hatte und er deshalb in der Registratur des MI-5 keine entsprechende Akte finden konnte: »Er bestätigte, daß er einen schwerwiegenden Fehler gemacht hatte, der zur Folge hatte, daß Hollis niemals über Ewert befragt wurde.«¹⁰

Diese Geschichte der Anwerbung von Roger Hollis durch Arthur Ewert als Spion für den sowjetischen Geheimdienst kann aus einer Vielzahl von Gründen nicht stimmen.

⁹ Ebenda, S. 24 f.

¹⁰ Chapman Pincher, *Treachery*, a.a.O. S 39.

Zunächst stellt sich die Frage, warum der sowjetische Geheimdienst einen so hochrangigen und einschlägig bekannten Spitzenfunktionär der Komintern wie Arthur Ewert der Gefahr einer Enttarnung aussetzen sollte, um einen jungen Mann ohne jedes geheimdienstliches Potential anzuwerben. Daß Roger Hollis in späteren Jahren eine Schlüsselrolle im britischen Geheimdienst spielen sollte, war Anfang der dreißiger Jahre keinesfalls absehbar, so daß auch der Hinweis auf eine »perspektivische« Anwerbung keine befriedigende Antwort gibt.

Vor allem jedoch stehen wesentliche Tatsachen in offensichtlichem Widerspruch. Stables behauptete, mit Hollis in den Jahren 1930 und 1931 in Peking eine Wohnung geteilt zu haben, in der Ewert dann häufiger Gast war. Arthur Ewert kam allerdings erst Mitte September 1932 nach China, und er lebte und arbeitete in Shanghai, nicht in Peking. Anders, als von den Anhängern der These, daß Hollis durch Arthur Ewert rekrutiert wurde, gelegentlich behauptet wird, gab es in den Jahren 1930 und 1931 keinen Zeitraum, der für eine Reise von Berlin oder Moskau nach China ausgereicht hätte, für den der Aufenthaltsort von Arthur Ewert nicht bekannt ist.¹¹

Doch auch ein Zusammentreffen unter den geschilderten Bedingungen zu einem späteren Zeitpunkt ist wenig wahrscheinlich. Denn Arthur Ewert benutzte in China den Namen Harry Berger, und er war im Besitz eines echten US-amerikanischen Passes auf diesen Namen. Warum sollte er also ausgerechnet bei einer so heiklen Mission wie der Anwerbung eines künftigen Spions auf den Schutz eines Decknamens verzichten und sich durch die Offenbarung seines tatsächlichen Namens einem zusätzlichen unkalkulierbaren Risiko aussetzen?

Es ist darüber hinaus völlig ungläubhaft, daß Peter Wright die Akte des britischen Geheimdienstes über Arthur Ewert in den sechziger Jahren nicht gefunden haben will, weil er angeblich in der Registratur den Einstieg über einen falsch notierten Namen, nämlich »Ewart«, gesucht hatte. Die Akte des britischen Geheimdienstes über Arthur Ewert, die 1919 angelegt und mit Unterbrechungen bis 1950 geführt wurde, enthält regelmäßig sogenannte Cross References, um den Zugriff auch über die verschiedenen Decknamen, die Arthur Ewert im Laufe seines Lebens benutzt hatte, aber eben auch über die fehlerhafte Schreibweise seines Namens, also zum Beispiel »Ewart«, zu ermöglichen.¹²

Und schließlich, auch wenn das wohl das schwächste Argument ist: Arthur Ewert hatte keine roten Haare, sondern er war – wie zum Beispiel auf einem bereits erwähnten Formblatt der deutschen Polizei aus dem Jahre 1926 festgehalten wurde – mittelblond.¹³

Die Frage, ob Roger Hollis ein sowjetischer Spion war, wird vermutlich noch viele Generationen von Historikern und Enthüllungsjournalisten beschäftigen. Doch eines steht fest: In der Biographie von Arthur Ewert ist die Antwort nicht zu finden.

¹¹ Zum Beispiel: David P. Hornstein, Arthur Ewert. A Life for the Comintern, New York and London 1993, S. 151.

¹² Zum Beispiel: From N.I.D. re arrest in South America of Harry Berger recte Ewart, January 14, 1936 The National Archives, Great Britain, Kew, KV 2/2336 307958, Blatt 26a.

¹³ Fotokopie des deutschsprachigen Formblattes in der FBI-Akte 800.00 B - Ewert, Arthur, Blatt 24.

Kapitel 21: Zurück nach Südamerika

Nach Beendigung seiner Mission in China kehrte Arthur Ewert im Sommer 1934 nach fast vierjähriger Abwesenheit für einige Wochen in die Sowjetunion zurück. Gemeinsam mit seiner Frau Elise hatte er Shanghai am 19. Juli 1934 an Bord des unter britischer Flagge laufenden Fracht- und Passagierschiffes »Yingchow« mit dem Ziel Wladiwostok verlassen.¹ Die beiden Reisenden benutzten sowjetische Pässe, die sie als Ehepaar Kurbatow, Mitarbeiter der Shanghaier Vertretung des sowjetischen Außenhandelsunternehmens Centrosoyuz, auswiesen. So konnte vermieden werden, daß bei ihrer Ankunft in der Sowjetunion versehentlich sowjetische Einreisevermerke in den US-Pässen auf die Namen Harry Berger und Machla Lenczycki angebracht wurden.²

Nach einer achttägigen Fahrt auf der Transsibirischen Eisenbahn trafen Arthur und Elise Ewert spätestens am 2. August 1934 in der sowjetischen Hauptstadt ein. Bereits am 3. August 1934 nahm Arthur Ewert in Moskau an einer Sitzung der Politischen Kommission des Politischen Sekretariats des EKKI teil, auf der er einen ersten »Informationsbericht des Genossen Ewert über die Lage in China« erstattete.³

Knapp zwei Wochen später, am 15. August 1934, sprach er ein weiteres Mal vor diesem Gremium. Bei dieser Gelegenheit wurde er beauftragt, die »hauptsächlichsten Momente seines Berichts in schriftlicher Form« vorzulegen.⁴ Das geschah innerhalb weniger Tage, die geforderte Ausarbeitung wurde noch vor der nachfolgenden Sitzung am 21. August 1934 dem offiziellen Protokoll beigelegt.⁵

Auf Arthur Ewert wartete bereits eine neue Aufgabe: Abram Guralski, der vormalige Chef des Südamerikanischen Büros der Komintern, war bereits Anfang des Jahres 1934 nach Moskau zurückgekehrt, ohne daß er die Amtsgeschäfte an einen Nachfolger hatte übergeben können.

Mehr noch, die wenigen Briefe, die im Verlaufe des Jahres 1934 aus Südamerika nach Moskau gelangten, legen die Vermutung nahe, daß sich das Südamerikanische Büro zu dieser Zeit nicht nur in einem desolaten Zustand befand, sondern faktisch nicht mehr existierte und daß die früheren Mitglieder und Mitarbeiter des Büros inzwischen verstreut in verschiedenen Ländern Südamerikas lebten.⁶

¹ [Particulars of Harry Berger, American], January 10, 1935, The National Archives, Great Britain, Kew, KV 2/2336 307958, Blatt 18c.

² [My dear Harker], October 4, 1934, ebenda, Blatt 9a. Fernando Morais behauptet – ebenfalls unter Berufung auf Unterlagen des britischen Geheimdienstes, die er allerdings nicht benennt –, daß Arthur Ewert zunächst nach Amsterdam und von dort mit einem anderen Paß, also nicht als Harry Berger, in die Sowjetunion weitergereist sei. Doch für einen solchen »Umweg« hätte die zur Verfügung stehende Zeit nicht ausgereicht. Vgl. dazu: Fernando Morais, Olga, São Paulo 1985, S. 111.

³ Vgl. dazu: Protokoll Nr. 392 (B) der Sitzung der Politkommission des Politsekretariats [des] EKKI, 3. August 1934, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 4, Delo 302, Blatt 8 und 9, hier: Blatt 8.

⁴ Vgl. dazu: Protokoll Nr. 395 (B) der Sitzung der Politkommission des Politsekretariats [des] EKKI, 15. August 1934, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 4, Delo 304, Blatt 6.

⁵ Vgl. dazu: [Bericht des Genossen Ewert über China], Moskau, 15. August 1934, in: KPdSU (B), Komintern und Sowjetbewegung in China. Dokumente. Band 4: 1931-1937 (Teil 1), Münster 2006, S. 783-806.

⁶ Die Hintergründe der - offensichtlich vorzeitigen - Abreise von Abram Guralski aus Südamerika sind nicht bekannt. William Waack (Camaradas. Nos arquivos de Moscou. A história secreta da revo-

Bereits am 2. Februar 1934 hatte ein »Miguel«, dessen Identität sich nicht mehr feststellen ließ, an den »geschätzten Genossen Alexander«, vermutlich ein hochrangiger Mitarbeiter des Lateinamerikanischen Ländersekretariats in Moskau, möglicherweise aber auch Solomon Losowski, der Vorsitzende der Profintern, der stets ein besonderes Interesse an lateinamerikanischen Fragen zeigte⁷, mit drastischen Worten die Lage deutlich gemacht: »Vor fünf Monaten haben wir die Mitteilung erhalten, daß wir unsere Aufwendungen entsprechend einer sehr niedrigen Summe, die uns genannt wurde, reduzieren müssen. Seither warten wir Monat für Monat, doch nichts geschieht. Um auf dem absolut niedrigsten Niveau existieren zu können, haben wir uns für November und Dezember unter der Zusage schnellstmöglicher Rückzahlung etwas Geld leihen können. Doch auch im Januar haben wir absolut nichts erhalten, und der Februar begann für uns unter den denkbar schwierigsten Bedingungen. [...] Wir haben niemanden mehr, den wir um etwas bitten können. Das ist eine Lage, die für unsere Arbeit extrem nachteilig ist. Unsere Publikationen haben wir weitgehend einstellen müssen, und das in einem Augenblick, wo die Entwicklung [...] für uns besonders günstig ist. Wir haben unsere Räume aufgeben müssen [...]. Wir sind hier ohne alles, ganz zu schweigen von der Möglichkeit zu reisen. [...] Das ist ein schwerer Schlag für unsere Arbeit, denn gerade jetzt sehen wir uns großen Aufgaben in verschiedenen Ländern gegenüber, über die wir Ihnen ausführlich berichtet haben.«⁸

Knapp drei Monate später, am 27. April 1934, schrieb »Diego« einen ähnlich dramatischen Brief nach Moskau. »Diego« war der bereits erwähnte österreichische Kommunist Fritz Glaubauf, der seit Anfang 1930 im Auftrag der Komintern in Südamerika lebte und arbeitete. Zunächst war es seine vorrangige Aufgabe gewesen, in Uruguay und Chile am Aufbau von Parteischulen mitzuwirken. Nach der Abreise von Abram Guralski Anfang 1934, so schrieb er 1936 nach seiner Rückkehr nach Moskau in einem Lebenslauf, war er »hauptsächlich in Verbindungsangelegenheiten und Fragen des Apparats tätig.«⁹ Fritz Glaubauf war daher wie kein anderer mit der damaligen Lage der südamerikanischen Vertretung der Komintern vertraut. In seinem Brief an Sinani, also Georgi Skalow, den langjährigen Leiter des Lateinamerikanischen Ländersekretariats, hieß es deshalb: »Die hier entstandene Lage ist von einer Schwere, die man sich kaum vorstellen kann. Denn gerade jetzt müssen wir uns ohne weitere Ver-

lução brasileira de 1935, São Paulo 1993, S. 56 f.) behauptet, ohne allerdings einen Beleg anzuführen, daß Guralski sich unmittelbar nach der Abreise von Arthur Ewert nach China im April 1932 von der Arbeit im Südamerikanischen Büro zurückzog und nachdrücklich die Erlaubnis der Moskauer Gremien einforderte, aus gesundheitlichen Gründen nach Europa zurückkehren zu dürfen. Die Arbeit des Südamerikanischen Büros sei dadurch schon zu diesem frühen Zeitpunkt faktisch zum Erliegen gekommen. Die Erlaubnis zur Rückkehr in die Sowjetunion sei Guralski schließlich Ende 1933 erteilt worden.

⁷ Im Jahre 1929 zum Beispiel hatte Losowski ein Buch über die lateinamerikanische Gewerkschaftsbewegung veröffentlicht. Vgl. dazu: Alexander Lozovsky, *El movimiento sindical Latinoamericano. Sus virtudes y sus defectos*, Montevideo 1929.

⁸ [Estimado compañero Alexander], 4 de febrero de 1934, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 202, Blatt 28. Bei »Alexander« kann es sich aber auch um Guralski gehandelt haben, der diesen Namen gelegentlich in Südamerika verwendet hatte. Allerdings waren Guralski die Bedingungen vor Ort bekannt, so daß ein Brief an ihn ganz sicher anders formuliert worden wäre.

⁹ Michael Buckmiller und Klaus Meschkat (Hrsg.), *Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt*, Berlin 2007, Datenbankeintrag zu Fritz Glaubauf auf beiliegender CD-ROM.

zögerung von unseren allerengsten Mitarbeitern trennen, damit sie sich eine andere Arbeit suchen können. Denn trotz der gewaltigen Arbeit, die wir zu leisten haben, können wir ihnen nicht einmal den unbedingt notwendigen Unterhalt garantieren. Es ist schmerzhaft zu erleben, wie die Arbeit von vielen Jahren, die gerade jetzt ausgezeichnete Perspektiven aufweist, aus vollkommen zweitrangigen Gründen in größte Schwierigkeiten gerät. [...] Selbstverständlich [...] werden wir unsere Arbeit fortsetzen. Doch das Fehlen jeder Möglichkeit einer Reise [...] hat zur Folge, daß der persönliche Kontakt und die direkte Kontrolle fehlen, die es ohnehin nur auf einer schwachen Grundlage gegeben hatte. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie eine Rückkehr zu den alten Methoden der Briefe und Rundschreiben gutheißen, nach dem es uns endlich gelungen war, durch persönliche Kontakte eine viel lebendigere Zusammenarbeit zu erreichen. [...] Ich will in diesem Brief nicht unsere ökonomischen Schwierigkeiten in den Mittelpunkt stellen. Aber ich will nachdrücklich auf die Konsequenzen hinweisen, die diese Lage für die weitere Entwicklung unserer Angelegenheiten haben kann.«¹⁰

Die Probleme des Südamerikanischen Büros waren in Moskau nicht nur durch diese Briefe bekannt. Bereits am 11. März 1934 hatte sich das Politsekretariat des EKKI in einer geschlossenen Sitzung unter dem Tagesordnungspunkt 1 mit einem »Bericht über die Lage in den Parteien Süd- und Zentralamerikas und über die Arbeit des Südamerikanischen Büros« befaßt, den Abram Guralski erstattet hatte. Offensichtlich herrschte hinsichtlich der angesprochenen Fragen große Einigkeit, denn in der anschließenden Diskussion sprachen nur vier Personen, unter ihnen Dimitri Manuilski und Georgi Skalow. Im Ergebnis der Beratung wurde das Lateinamerikanische Sekretariat beauftragt, »eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung der Arbeit der Parteien in Süd- und Zentralamerika und Vorschläge über die Einschätzung der Arbeit des Südamerikanischen Büros und des Gen[ossen] Guralski auszuarbeiten und dem Politsekretariat zur Bestätigung vorzulegen.«¹¹ Außerdem wurde eine sechsköpfige Kom-

¹⁰ [Para Sinani], 27 de abril de 1934, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 202, Blatt 29 f.

¹¹ Protokoll (A) Nr. 214 der geschlossenen Sitzung des Politsekretariats des EKKI am 11. März 1934, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 3, Delo 315, Blatt 1-3, hier: Blatt 1. Weder der Bericht von Guralski noch das (übliche) Stenogramm der Diskussion waren Bestandteil des Protokolls. Diese Dokumente waren auch an anderer Stelle nicht auffindbar. Allerdings hatte am 9. März 1934 in Moskau eine mehrtägige Tagung des Lateinamerikanischen Ländersekretariats begonnen, die mit längeren Unterbrechungen etwa drei Wochen dauerte und sich auf ein Referat stützte, das Guralski an den beiden ersten Beratungstagen gehalten hatte. Ein Protokoll dieser Tagung in russischer Sprache ist überliefert, wobei allein das Stenogramm des Referats von Guralski ca. 130 eng mit der Schreibmaschine beschriebene Seiten umfaßt. Der Schwerpunkt des Referats von Guralski lag bei einer detaillierten Einschätzung der politisch-ideologischen Lage in den Kommunistischen Parteien Südamerikas sowie dem Versuch einer Analyse der sozialökonomischen Entwicklung auf dem Subkontinent. Organisatorische Aspekte der Tätigkeit des Südamerikanischen Büros spielten in dem Referat, trotz einer gegenteiligen Ankündigung in der Einleitung, nur am Rande eine Rolle. Vgl. dazu: Доклад и заключительное слово Гуральского и выступление Синани на заседаниях Латиноамериканского лендерсекретариата ИККИ, 9. bis 28. März 1934, Moskau, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 193, Blatt 1-250, hier: Blatt 1-137. Der Redebeitrag von Skalow (Sinani) vom 27. März 1934 findet sich gedruckt auch in: Коминтерн и Латинская Америка. Сборник документов, Москва 1998, S.255-299.

mission unter Leitung von Dimitri Manuilski eingesetzt, die »einzelne spezielle Fragen der Arbeit der Parteien in Süd- und Zentralamerika behandeln« sollte.¹²

Dokumente, die detailliert Auskunft über mögliche Konsequenzen aus dieser Beratung des Politsekretariats oder über die Tätigkeit der bei dieser Gelegenheit berufenen Kommission geben, sind nach jetzigem Kenntnisstand nicht überliefert. Doch ganz offensichtlich ging es den maßgeblichen Gremien der Komintern um keine kurzfristige Lösung für die Probleme des Südamerikanischen Büros, also in erster Linie um die Übersendung von Geld und Instruktionen für die weitere Arbeit. In Moskau arbeitete man im Frühjahr und Sommer 1934 vielmehr an einer Vielzahl von Maßnahmen, die in ihrer Gesamtheit das Ziel hatten, die Arbeit des Südamerikanischen Büros wiederzubeleben und so den Einfluß der Komintern auf die Kommunistischen Parteien des Subkontinents auch längerfristig sicherzustellen.

Am 3. Mai 1934 beschloß die Politische Kommission des Politsekretariats des EKKI in einer geschlossenen Sitzung, Arthur Ewert, der sich zu diesem Zeitpunkt noch in China aufhielt, als neuen Leiter des Südamerikanischen Büros der Komintern einzusetzen.¹³ Der Ungar Ernö Gerö, Mitglied der Vertretung der Komintern in Spanien, sollte sein Stellvertreter werden. Und es wurde beschlossen, erneut einen Vertreter der Profintern zur Unterstützung der Gewerkschaftsarbeit nach Südamerika zu entsenden, ohne jedoch bereits festzulegen, wer dieser Vertreter sein sollte.¹⁴

Im Juni 1934 reiste Pawel Stutschewskij, ein erfahrener Mitarbeiter der OMS, der Abteilung für Internationale Verbindungen der Komintern, mit einem belgischen Paß auf den Namen Léon-Jules Vallée in die Schweiz, um für sich und seine Frau Sofia, die in Südamerika unter dem Namen Alphonsine Vallée leben und arbeiten sollte, Visa für Uruguay und Argentinien zu beschaffen. Die endgültige Abreise des Ehepaares aus der Sowjetunion nach Südamerika verzögerte sich jedoch aus unbekanntem Gründen um mehrere Monate, so daß Pawel und Sofia Stutschewskij erst im März 1935 in Südamerika, und zwar in Brasilien, eintrafen. Aus dieser Tatsache wird in der Literatur regelmäßig die Schlußfolgerung gezogen, daß die Aufgabe des Ehepaares Stutschewskij ausschließlich in der logistischen Sicherstellung der »brasilianischen Operation der Komintern« im Jahre 1935 bestand.¹⁵ Doch die Tatsache, daß es bei der Reise in die Schweiz im Juni 1934 um Visa für Uruguay und Argentinien ging, deutet viel eher darauf hin, daß Pawel und Sofia Stutschewskij eine wichtige Rolle bei der Reaktivierung des Südamerikanischen Büros der Komintern zugeordnet war, das im März 1935 nach Rio de Janeiro verlegt wurde.

¹² Protokoll (A) Nr. 214 der geschlossenen Sitzung des Politsekretariats des EKKI am 11. März 1934, a.a.O. Der Kommission gehörten außerdem an: Georgi Skalow (Sinani), Abram Guralski, Wilhelm Knorin, Boris Wassiljew und Solomon Losowski. William Waack (a.a.O., S. 56) behauptete unter ausschließlichem Bezug auf dieses Protokoll aus dem Jahre 1934: »Wahrscheinlich wurde die Entscheidung zu einer großangelegten Operation in Südamerika Mitte 1933 [sic!] in Moskau getroffen, also wesentlich früher, als man bisher vermutet hatte.« (Übersetzung nach der deutschen Ausgabe: William Waack, Die vergessene Revolution. Olga Benario und die deutsche Revolte in Rio, Berlin 1994, S. 45.)

¹³ Es ist nicht überliefert, wie diese Entscheidung zustande kam und wer letztlich die Initiative zur Berufung von Arthur Ewert ergriffen hatte.

¹⁴ Протокол Н. 374-Б заседания Полкомиссии при Политсекретариате ИККИ, 3 мая 1934 года, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 4, Delo 288, Blatt 4-5, hier: Blatt 5.

¹⁵ Vgl. dazu: William Waack, a.a.O., S. 107.

Ebenfalls im Juni 1934 beendete der Argentinier Rodolfo Ghioldi seine Tätigkeit als Ständiger Vertreter der KP seines Landes bei der Komintern, die er erst seit August 1933 ausgeübt hatte, und kehrte – zunächst nur für einige Monate – nach Südamerika zurück. Offiziell war zu diesem Zeitpunkt noch keine Entscheidung über seine weitere Verwendung gefallen. Doch die Tatsache, daß Ghioldi, der seit 1925¹⁶ im Südamerikanischen Sekretariat der Komintern gearbeitet hatte, bereits am 23. Juli 1934 in einem verschlüsselten Telegramm aus Buenos Aires nachdrücklich daran erinnerte, daß die Ankunft von Arthur Ewert in Südamerika mit großer Dringlichkeit erwartet wurde, macht deutlich, daß auch für Ghioldi schon zu diesem Zeitpunkt eine wichtige Rolle bei der anstehenden Reorganisation des Südamerikanischen Büros vorgesehen war.¹⁷

In einem streng vertraulichen Vermerk hatte der britische Geheimdienst am 4. Oktober 1934 in der Akte, die er seit 1919 über Arthur Ewert führte, die Vermutung festgehalten, daß Arthur Ewert seinen Einsatz in China beendet haben könnte, um am VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale teilzunehmen, der ursprünglich für den Herbst 1934 geplant gewesen war.¹⁸ Eine Überprüfung der vorhandenen Informationen, so hieß es etwa zehn Tage später, am 15. Oktober 1934, sei allerdings »derzeit« nicht möglich, da »sich [unser] Agent noch immer in Moskau aufhält und wir erst dann wieder Kontakt mit ihm aufnehmen können, wenn er aus natürlichen Gründen wieder [aus der Sowjetunion] heraus ist.«¹⁹

Die Entscheidung der Moskauer Gremien, Arthur Ewert erneut nach Südamerika zu entsenden, war dem britischen Geheimdienst zu diesem Zeitpunkt also noch nicht bekannt. Doch auch mit dem Wissen um den Moskauer Beschluß wäre der Hinweis auf eine mögliche Teilnahme Arthur Ewerts am VII. Weltkongreß nicht völlig ab-

¹⁶ Bei den Auseinandersetzungen um Penelón hatte Ghioldi bedingungslos die Positionen der Komintern vertreten (an deren Zustandekommen er in Moskau selbst beteiligt gewesen war) und war daher 1928 nicht nur Generalsekretär der KP Argentiniens geworden, sondern erneut in verantwortlicher Funktion in das Südamerikanische Sekretariat berufen worden. Allerdings gelang es ihm ganz offensichtlich nicht, wie die weitere Entwicklung zeigte, eine tragfähige Lösung für das Problem zu finden, daß er auf Grund dieser Doppelfunktion regelmäßig widerstreitende Interessen zu vertreten hatte.

¹⁷ Vgl. dazu: William Waack, a.a.O., S. 77.

¹⁸ [My dear Harker], a.a.O.

¹⁹ [My dear Liddell], October 15, 1934, The National Archives, Great Britain, Kew, KV 2/2336 307958, Blatt 12a. Den zuständigen sowjetischen Organen wird im historischen Rückblick immer wieder der Vorwurf gemacht, überall und jederzeit Spionage und Verrat »gewittert« zu haben. Die Akte des britischen Geheimdienstes über Arthur Ewert macht allerdings deutlich, daß diese schon sprichwörtliche Furcht vor Spionen zumindest in einigen Fällen durchaus gerechtfertigt war. Eine ähnliche Feststellung traf auch Ruth von Mayenburg in ihren Lebenserinnerungen, als sie über einen Bombenangriff auf das Moskauer Hotel »Lux« in den ersten Tagen nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 berichtete: »Daß das »Lux« keine Zufallstreffer abbekam, sondern zielsicher bombardiert wurde, bestätigte eine Beobachtung, die ich gleich zu Beginn der Luftangriffe dem Hausverwalter gemeldet hatte: Bei einem der gegenüberliegenden Häuser in der Gorkistraße war mir ein stark strahlendes rotes Licht aufgefallen, das still wie eine leuchtende Blume direkt auf dem Dach zu liegen schien. Nachdem dieses Lichtsignal gefunden und beseitigt worden war - es gab also doch auch echte Spione -, fielen keine Brandbomben mehr auf unser Haus.« Vgl. dazu: Ruth von Mayenburg, *Blaues Blut und rote Fahnen. Ein Leben unter vielen Namen*, Wien und München 1977, S. 264.

wegig gewesen. Denn tatsächlich war Arthur Ewert noch immer Kandidat des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, und in dieser Funktion hätte er – zumindest nach dem geltenden Statut der Komintern – das Recht gehabt, am Weltkongreß teilzunehmen.

Doch offensichtlich hatte man ihm von Seiten der Moskauer Führung die Rolle, die er Ende der zwanziger Jahre in der KPD gespielt hatte, trotz seiner offiziellen Kapitulation gegenüber der Führung der KPD im Februar 1930 und trotz mehrerer erfolgreicher Auslandseinsätze für die Komintern, nicht »verziehen«. Denn in den offiziellen Materialien der Kommunistischen Internationale, die in Vorbereitung des Moskauer Kongresses in mehreren Sprachen herausgegeben wurden, hieß es unter dem Stichwort »Die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien«, wobei Arthur Ewert – neben anderen – namentlich genannt wurde: »Die Rechten und Versöhner wurden zerschlagen und ihre bekanntesten Führer, die offen oder getarnt noch vor dem X. EKKI-Plenum gegen die Beschlüsse des EKKI aufgetreten waren, wurden aus der Partei ausgeschlossen oder von den leitenden Stellungen in den kommunistischen Parteien und im EKKI entfernt, nachdem ihre gegen die Beschlüsse des VI. Weltkongresses gerichteten Plattformen entlarvt worden waren.«²⁰

So ist kaum anzunehmen, daß die Anwesenheit eines derart gebrandmarkten »Versöhners« auf dem Kongreß tatsächlich erwünscht war, auch und gerade weil sich in den vorangegangenen Jahren auf dramatische Art und Weise gezeigt hatte, daß die von Arthur Ewert und seinen Genossen in der Vergangenheit geübte Kritik an den ultralinken Positionen der Komintern in jeder Hinsicht berechtigt gewesen war, und weil für den Weltkongreß ein grundsätzlicher politischer Kurswechsel geplant war, den die »Versöhner« in gewisser Weise schon mehr als ein halbes Jahrzehnt zuvor gefordert hatten.²¹

Sollte dennoch eine Teilnahme von Arthur Ewert am VII. Weltkongreß vorgesehen gewesen sein, so war dieses Vorhaben spätestens mit dem 5. September 1934 hinfällig. An diesem Tag fiel in Moskau die Entscheidung, den VII. Weltkongreß in das Jahr 1935 zu verlegen.

Zwei Tage zuvor, am 3. September 1934, hatte sich die Politische Kommission des Politsekretariats des EKKI erneut mit der Besetzung des Südamerikanischen Büros befaßt: Die Ernennung von Arthur Ewert als Leiter wurde bestätigt. Als Vertreter der Profintern wurde Witold Lowski benannt, der in den Jahren zuvor für die Komintern bereits in Kuba und Mexiko tätig gewesen war und in Moskau einige Zeit im sogenannten Karibischen Büro gearbeitet hatte. Und es wurde nun auch offiziell entschieden, Rodolfo Ghioldi erneut als Mitglied in das Südamerikanische Büro zu berufen.²²

²⁰ Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß. Materialien, Moskau und Leningrad 1935, S. 21.

²¹ Gerhart Eisler allerdings nahm im Sommer 1935 offiziell am VII. Weltkongreß teil. Unter dem Namen John Gerhart war er mit ausdrücklicher Zustimmung der Führung der Komintern in Moskau Mitglied der Delegation der KP der USA. Vgl. dazu: Bericht von Gerhart Eisler, 16. April 1953, SAPMO-BArch, Berlin, DY 30/IV 2/41/155, Blatt 22-56, hier: Blatt 24.

²² Protokoll 398 (B) der Sitzung der Politkommission des Politsekretariats des EKKI, 3. September 1934, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 4, Delo 307, Blatt 7-8, Hier: Blatt 8. Als viertes Mitglied des Südamerikanischen Büros wurde in dem Beschluß des Politischen Kommission ein »Genosse Manner« genannt. Dabei handelte es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um Kullervo Manner, der

Das Reiseziel von Arthur Ewert im Spätsommer 1934 war also ganz offensichtlich Montevideo, die Hauptstadt Uruguays. Denn dort hatte sich seit Anfang der dreißiger Jahre der Sitz des Südamerikanischen Büros der Komintern befunden, dessen Wiederaufbau Arthur Ewert nun als neuer Leiter zu verantworten hatte. Ein Einsatz in Brasilien, sei es als persönlicher Berater von Luiz Carlos Prestes, sei es als »Organisationssekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Brasiliens«, wie es in der DDR im »Biographischen Lexikon« zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung umschrieben wurde, stand zu diesem Zeitpunkt keinesfalls zur Debatte.²³ Brasilien rückte erst einige Wochen später, Ende Oktober 1934, in den Mittelpunkt des Interesses der maßgeblichen Funktionäre der Komintern. Doch zu diesem Zeitpunkt hielt sich Arthur Ewert nicht mehr in Moskau auf.

Die Ereignisse und Entwicklungen im Leben von Arthur Ewert in den folgenden sechs Monaten sind dokumentarisch kaum belegt. Trotzdem war es auf der Grundlage der wenigen überlieferten Dokumente und Berichte möglich, einen in sich weitgehend schlüssigen Ablauf dieser Ereignisse und Entwicklungen zu rekonstruieren.

So zeigen verschiedene Dokumente, die der brasilianischen Polizei bei der Verhaftung von Arthur und Elise Ewert am 26. Dezember 1935 in Rio de Janeiro in die Hände fielen, daß Elise Ewert bereits Anfang September 1934 Moskau wieder verlassen hatte und mit ihrem US-amerikanischen Paß unter dem Namen Machla Lenczycki nach Uruguay gereist war: Die Nacht vom 13. zum 14. September 1934 hatte Elise Ewert als Machla Lenczycki in Warschau im Hotel »Polonia Palace« verbracht. Am 24. September 1934 hatte ihr ein Arzt im französischen Clichy ein Gesundheitsattest ausgestellt, auf dessen Rückseite das argentinische Generalkonsulat in Paris ihr am 28. September 1934 ein Einreisevisum erteilt hatte. Und am 6. November 1934 hatte ihr das Büro der französischen Schifffahrtsagentur »Navi France« in Montevideo bestätigt, daß sie wenige Tage zuvor, am 27. Oktober 1934, als Passagier der Ersten Klasse im Hafen der Hauptstadt Uruguays an Land gegangen war.²⁴

Vergleichbare Dokumente über die Reise von Arthur Ewert nach Südamerika im Herbst 1934 sind nicht überliefert. Doch es gibt auch keinen Hinweis darauf, daß Arthur Ewert nach der Abreise seiner Frau noch in Moskau geblieben sein könnte, im Gegenteil.²⁵ Ein weiterer Aufenthalt von Arthur Ewert in Moskau ist schon deswegen äußerst unwahrscheinlich, weil er an keiner der zahlreichen inhaltlichen Debatten beteiligt war, die zwischen August und November 1934 im Rahmen bzw. in Verantwor-

viele Jahre Zweiter Vorsitzender der Kommunistischen Partei Finnlands gewesen war, dann aber Anfang der dreißiger Jahre in »Ungnade« fiel. Er wurde Mitarbeiter des Lateinamerikanischen Ländersekretariats in Moskau, kam aber niemals in Lateinamerika zum Einsatz. Er wurde 1935 verhaftet und zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt, die er nicht überlebte.

²³ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Biographisches Lexikon, Berlin (DDR) 1970, S. 125.

²⁴ Enclosure No. 1 to Despatch No. 920 of Januar 16, 1936. From Embassy - Rio de Janeiro, FBI-Akte 800.00 B - Ewert, Arthur (nicht paginiert).

²⁵ William Waack, (a.a.O., S. 107 und S. 79) berichtet, wie üblich ohne Quellenangabe, daß sich Arthur Ewert bereits im Oktober 1934 in Südamerika aufgehalten habe und daß er am 12. November 1934 sein erstes Telegramm von dort nach Moskau gesandt habe. Dieses Datum erscheint auch im Hinblick auf die nachfolgende Darstellung schlüssig.

tung des Lateinamerikanischen Ländersekretariat der Komintern in Moskau stattfanden.

So wurde im Verlaufe des Monats August 1934 im Lateinamerikanischen Ländersekretariat ein umfangreiches Dokument diskutiert und in der Folge mehrfach überarbeitet, das dem Südamerikanischen Büro mittelfristig als grundsätzliche Orientierung für die Beurteilung der Sozialistischen Partei Argentiniens und der Einheitsfrontbestrebungen in Uruguay sowie einer für September 1934 von der Sozialistischen Partei Argentiniens geplanten sogenannten Iberoamerikanischen Konferenz dienen sollte. Dieses Grundsatzdokument, das als Brief an das Büro konzipiert war, begann erstaunlicherweise mit der Feststellung, daß es »augenblicklich keine Möglichkeit [gibt], Euch ausführlich und erschöpfend über unseren Standpunkt zu den taktischen Fragen in Zusammenhang mit den neuen Wandlungen in der Arbeiterbewegung Argentiniens zu informieren.«²⁶ Der endgültige Wortlaut des Briefes war in der Sitzung der Politischen Kommission des Politischen Sekretariats des EKKI am 21. August 1934 verbindlich bestätigt worden.²⁷ Es wäre also vom zeitlichen Ablauf her durchaus möglich gewesen, den Inhalt des Briefes mit Arthur Ewert zu beraten und zu diskutieren. Es bleibt unklar, warum das nicht geschah, zumal der Brief verschiedene neue Aussagen – insbesondere zu Fragen der Einheitsfrontpolitik – enthielt, wie sie in dieser Art und Weise erst einige Wochen später, während der Dritten Konferenz der Kommunistischen Parteien Südamerikas und der Karibik, die vom 16. bis 28. Oktober 1934 in Moskau stattfand, beraten und beschlossen wurden.²⁸

Diese »Konferenz von Montevideo«, wie sie aus Gründen der Konspiration auch genannt wurde, war eher zufällig zustande gekommen. Zahlreiche lateinamerikanische Delegierte des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, der ursprünglich im Herbst 1934 stattfinden sollte, hatten sich bereits auf den langen Weg in die sowjetische Hauptstadt gemacht oder waren sogar schon in Moskau eingetroffen, als am 5. September 1934, wie erwähnt, die Entscheidung fiel, den VII. Weltkongreß in das Jahr 1935 zu verlegen. In der Führung der Komintern machte man daher aus der Not eine Tugend und versammelte die Delegierten zu dieser ursprünglich nicht geplanten dritten lateinamerikanischen Regionalkonferenz.

Wie die Idee zu dieser Konferenz entstand, war auf der Grundlage der überlieferten Dokumente und Berichte nicht mehr zweifelsfrei zu klären. Am 22. September 1934 hatte Fritz Glaubauf aus Südamerika an den »geschätzten Freund Sinani«, also Georgi Skalow, geschrieben, daß durch die kurzfristige Verschiebung des VII. Weltkongresses »natürlich eine extrem schwierige Situation entstanden [ist]. Es wäre sehr bedauerlich, wenn man diese Situation nicht doch ausnutzen würde. Für Euch besteht jetzt eine exzellente Möglichkeit, einige der hiesigen Genossen genauer kennenzulernen. Aber es geht auch nicht, daß wir hier für viele Monate auf diese Genossen verzichten, insbesondere, wenn man die Lage in [...] Brasilien und Uruguay berücksichtigt, wo

²⁶ Brief an das Südamerikanische Büro, Moskau, 29. August 1934, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 202, Blatt 69-74, hier: Blatt 69.

²⁷ Vgl. dazu: Ebenda.

²⁸ Es muß natürlich berücksichtigt werden, daß die Reise von Arthur Ewert nach Südamerika mehrere Wochen dauerte und daß sein erstes Reiseziel Montevideo und nicht Buenos Aires war. Die Übermittlung des Briefes der Komintern per Luftpost war deshalb die schnellere Alternative zu einer ausschließlich mündlichen Weitergabe der neuen Orientierungen durch Arthur Ewert.

das Fehlen dieser Genossen die Arbeit außerordentlich schwächt. Ihr solltet, das ist meine Meinung, eine Lösung finden, damit die Anstrengung, diese Genossen zu entsenden, nicht ganz umsonst war. Natürlich kann man von hier aus nicht sagen, wie eine solche Lösung aussehen kann.«²⁹

Die Politische Kommission des Politsekretariats des EKKI hatte allerdings schon am 11. September 1934 dem »Antrag des L[änder]s[ekretariats] für Süd- und Zentralamerika [zugestimmt], mit den bereits auf dem Wege befindlichen und den bereits angekommenen Delegierten zum VII. Weltkongreß [...] aus Süd- und Zentralamerika eine Beratung abzuhalten.«³⁰

An der Vorbereitung und Durchführung der »Konferenz von Montevideo« war Arthur Ewert in keiner Weise beteiligt.³¹ Auch deshalb ist zu vermuten, daß er sich zum Zeitpunkt der Konferenz nicht mehr in Moskau aufhielt und daß die Entscheidung über seine Abreise nach Südamerika Anfang September 1934 gefallen war, also spätestens nach dem Beschluß über die Verschiebung des VII. Weltkongresses, aber noch vor dem Beschluß über die Durchführung der Lateinamerikanischen Regionalkonferenz.

Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß Arthur Ewert gemeinsam mit seiner Frau Elise Ende Oktober 1934 in Montevideo eintraf.

²⁹ [Pour Sinani], 22 de setiembre de 1934, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 202, Blatt 109.

³⁰ Protokoll (A) Nr. 401 der Sitzung der Politkommission des Politsekretariats des EKKI, 11. September 1934, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 4, Delo 309, Blatt 1-4, hier: Blatt 2. Jürgen Mothes stellte in diesem Zusammenhang fest: In Moskau »hatte das Ländersekretariat für Süd- und Zentralamerika unter Federführung von Skalow [...] und Guralski [...] mit einem gewaltigen Arbeitsaufwand die Regionalkonferenz vom Oktober 1934 vorbereitet.« Bereits im April 1934 seien auf Antrag Skalows mehrere hochrangige Funktionäre aus verschiedenen lateinamerikanischen Ländern zur Arbeit ins Ländersekretariat eingeladen worden. (Jürgen Mothes, Lateinamerika: Kominternpolitik gegenüber einer Großregion, in: Jürgen Mothes, Lateinamerika und der »Generalstab der Weltrevolution«. Zur Lateinamerika-Politik der Komintern, herausgegeben von Klaus Meschkat und Olaf Kirchner, Berlin 2010, S. 111-198, hier: S. 189.) Doch weder das von Mothes als Beleg angeführte »Protokoll (A) Nr. 369 der Sitzung der Politkommission des Politsekretariats des EKKI vom 15. April 1934« (RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 4, Delo 285, Blatt 1-5, hier: Blatt 3.) noch der formlose Antrag Skalows (ebenda, Blatt 61) erlauben die Schlußfolgerung, daß es dabei um die Vorbereitung bzw. Durchführung einer lateinamerikanischen Regionalkonferenz in Moskau ging. Denn auf der Sitzung am 15. April 1934 wurden ausschließlich die technisch-organisatorische Vorbereitung des zu diesem Zeitpunkt noch für September 1934 geplanten VII. Weltkongresses der Komintern und die Erarbeitung des Tätigkeitsberichts des EKKI für die Zeit seit dem VI. Weltkongreß im Juli und August 1928 beraten.

³¹ Im Moskauer Komintern-Archiv wird in insgesamt vier Mappen ein etwa 1.350 Seiten umfassendes Protokoll der Konferenz in russischer Sprache aufbewahrt, bei dem es sich offensichtlich um die nicht redigierte Abschrift der Stenogramme handelt, die während der Beratungen der Moskauer Führung der Komintern mit den lateinamerikanischen Delegierten angefertigt worden waren. In diesem Bestand konnte keinerlei Hinweis auf eine Teilnahme Arthur Ewerts an der Vorbereitung oder Durchführung der Konferenz gefunden werden. Vgl. dazu: Стенограммы заседаний Латиноамериканской конференции в Москве. Часть 1-4, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79. Dely 213 bis 216. Rodolfo Ghioldi allerdings war Teilnehmer der Konferenz und hatte sogar das Eröffnungsreferat gehalten. Wahrscheinlich war er nach einem kurzen Aufenthalt in Südamerika als Delegierter der KP Argentiniens zum VII. Weltkongreß wieder nach Moskau gereist.

Bereits am 3. Dezember 1934 hieß es in einer in London angefertigten Aktennotiz des britischen Geheimdienstes, daß Arthur Ewert, »der vormalige Chef der geheimen Komintern-Vertretung in China, [...] jetzt den Platz von Guralski eingenommen hat und nun Chef des Südamerikanischen und Karibischen Büros mit Sitz in Montevideo ist.«³²

Nach seiner Abreise aus China hatte die weitere Beobachtung von Arthur Ewert für den britischen Geheimdienst keine besondere Dringlichkeit mehr. Zwar wurden weiterhin alle Informationen über seine Reisen und seine Tätigkeit im Ausland gesammelt, doch ließ man sich nun bei der Auswertung dieser Informationen deutlich mehr Zeit. Erst am 20. Dezember 1934 wurde beispielsweise in einer weiteren Aktennotiz vermerkt, daß Arthur Ewert mit einem kanadischen Paß nach Montevideo gereist sei, ohne allerdings den Namen zu nennen, auf den der Paß ausgestellt war. Der Aktennotiz beigelegt war ein nicht datiertes Foto, das während der Überfahrt nach Südamerika heimlich angefertigt worden war und Arthur Ewert in sommerlicher Freizeitkleidung, schlafend in einem Liegestuhl, zeigte. Das Foto war mit einem dringenden Hinweis versehen: »Es wird betont, daß durch dieses Foto die Person identifiziert werden kann, die das Foto gemacht hat. Das Foto muß deshalb mit großer Diskretion behandelt werden.«³³ Wer diese Aufnahme angefertigt hat, also als Spitzel für den britischen Geheimdienst in der unmittelbaren Umgebung von Arthur Ewert arbeitete, ließ sich nicht mehr feststellen. Ausgeschlossen werden kann, daß es sich um Johnny de Graaf handelte, der erst zu einem späteren Zeitpunkt und auf einer anderen Route nach Südamerika reiste.

Über die Arbeit von Arthur Ewert als Leiter des Südamerikanischen Büros in Montevideo in den letzten Monaten des Jahres 1934 und den ersten Monaten des Jahres 1935 ist nur äußerst wenig bekannt.

Es ist anzunehmen, daß die ersten Tage und Wochen seines Aufenthaltes in Montevideo mit ganz profanen Dingen ausgefüllt waren: Es mußten eine Wohnung und Arbeitsräume angemietet werden, erste Kontakte zu Vertretern der Kommunistischen Parteien und zu früheren Mitgliedern und Mitarbeitern des Südamerikanischen Büros waren herzustellen, und es ging ganz allgemein darum, sich nach mehrjähriger Abwesenheit von Lateinamerika mit den neuen Gegebenheiten vertraut zu machen.

Doch gab es daneben auch Aufgaben, die gewissermaßen zur »Routine« einer Auslandsvertretung der Komintern gehörten und die vom ersten Tag an auf der Agenda standen. So informierten die Moskauer Gremien das Südamerikanische Büro in Montevideo mit einem Brief vom 23. November 1934 über die »Entscheidung der führenden Organe unseres Hauses«, eine genau festgelegte Zahl von Abgesandten der südamerikanischen Parteien zur Teilnahme an einem Lehrgang an der Internationalen Lenin-Schule einzuladen. Wie üblich wurden in dem Brief detailliert die Vorausset-

³² Cross-Reference S.I.S. report CX 5978/V re Comintern, December 20, 1934, The National Archives, Great Britain, Kew, KV 2/2336 307958, Blatt 16b. Das Büro der Komintern in Montevideo war allerdings nicht für die Zusammenarbeit mit den Kommunistischen Parteien der Karibik zuständig, die Verantwortung dafür lag weiterhin in New York, wie auch der Schriftwechsel des Moskauer Ländersekretariats aus dieser Zeit beweist. Vgl. dazu: Переписка Латиноамериканского лендерсекретариата ИККИ с Карибским бюро ИККИ, 1934, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 203.

³³ [M.I.5. (Captain Liddell) regarding Artur Ewert alias Harry Berger], ebenda, Blatt 16a.

zungen beschrieben, die jeder potentielle Student zu erfüllen hatte. Damit verbunden war ein konkreter Auftrag, dessen Erfüllung einigen organisatorischen Aufwand erforderte: »Wir bitten das Büro, den Inhalt dieses Brief den jeweiligen Parteien zur Kenntnis zu geben. Wir erwarten die strikte Erfüllung der Bedingungen, die für die Zulassung bestehen, das heißt, es muß eine sehr genaue Auswahl der Studenten erfolgen. Die Erfüllung dieser Forderung durch die jeweiligen Parteien muß vom Büro kontrolliert werden.«³⁴

Im Mittelpunkt der täglichen Arbeit von Arthur Ewert dürfte allerdings eine gänzlich andere Aufgabe gestanden, die von einer nicht zu unterschätzenden politischen Brisanz war. Arthur Ewert mußte gegenüber und gemeinsam mit den Führungen der Kommunistischen Parteien des Subkontinents einen radikalen politischen Kurswechsel durchsetzen, für den sich auch in Moskau zunächst nur in kleinen Schritten und gegen hartnäckigen Widerstand eine Mehrheit fand.³⁵

Angesichts ihrer verheerenden weltgeschichtlichen Niederlage im Jahre 1933 – dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland und der faktischen Zerschlagung der KPD, der größten und bedeutendsten Kommunistischen Partei außerhalb der Sowjetunion – verabschiedete sich die von Moskau geführte kommunistische Weltbewegung stillschweigend von der gescheiterten Politik des Kampfes »Klasse gegen Klasse«, also des Kampfes gegen die in den Jahren zuvor mit großer Regelmäßigkeit als »sozialfaschistisch« denunzierte Sozialdemokratie, und wandte sich nun der Konzeption einer breiten Volksfrontbewegung zu, die in Lateinamerika allerdings keinen vorwiegend antifaschistischen, sondern einen antiimperialistischen Charakter haben sollte.³⁶

Erste Elemente dieser neuen Politik zeigten sich bereits seit dem Sommer und Herbst 1934 in wichtigen Dokumenten des Lateinamerikanischen Ländersekretariats, so beispielsweise in dem erwähnten Brief vom 21. August 1934 über die veränderte Politik gegenüber der Sozialistischen Partei Argentiniens.

Dort hieß es unter anderem, auch wenn in nicht wenigen Formulierungen noch das gescheiterte politische Konzept der vorangegangenen Jahre erkennbar blieb: »Die Erfahrung des Kampfes um die Einheit in der ganzen Welt hat uns gezeigt, daß nur die Gewinnung der Hunderttausende von Arbeitern, die die Einheit des proletarischen Kampfes gegen Reaktion, Faschismus, Hunger und Krieg wollen, nicht aber jene Hunderte und Tausende Arbeiter, die unsere Literatur lesen, es ermöglicht, das Proletariat aus dem Einfluß der reformistischen und anarchistischen Illusionen zu befreien und die reformistischen Führer endgültig zu entlarven. Nur dadurch, daß wir uns energisch an die Spitze des Kampfes um die Einheit stellen und gemeinsame Aktio-

³⁴ [Al Bureau Sud-Americano], Moskau, 23. November 1934, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 202, Blatt 111.

³⁵ Doch offensichtlich wurde Arthur Ewert von den Moskauer Gremien nur unzureichend über wesentliche Details des neuen politischen Kurses informiert. Noch im April 1935 vertrat er deshalb in Brasilien die Auffassung, daß das Ziel der Volksfrontpolitik die Errichtung einer »Sowjetregierung der Arbeitern und Bauern« sein müsse. Diese Position, die von der Mehrheit des brasilianischen ZK geteilt wurde, korrigierte er erst im Mai 1935. Vgl. dazu Kapitel 23 - Der November 1935.

³⁶ Die Staaten Lateinamerikas, die formal zwar politisch, nicht aber wirtschaftlich unabhängig waren, zählten im Verständnis der Kommunistischen Internationale zur Gruppe der Kolonien und Halbkolonien.

nen anstreben, werden wir den mit uns kämpfenden Arbeitern und Bauern um so leichter auseinanderzusetzen vermögen, daß die Spitze der Sozialistischen Partei Argentiniens offen für einen Block mit den Parteien der Gutsbesitzer und Kapitalisten kämpft, die den Imperialismus gegen die revolutionäre Front unterstützen, daß diese Spitze der Sozialistischen Partei die weitere Spaltung der Arbeiterbewegung einer gemeinsamen revolutionären Aktion des Proletariats vorzieht.« Doch dann folgte als Hinweis für die konkrete Umsetzung dieser Orientierung: »Bei den Verhandlungen mit den sozialistischen Organisationen dürft Ihr nicht von vornherein unannehmbare Forderungen stellen, sondern müßt den breiten Massen verständliche Forderungen vorbringen, wobei es gilt, einer allseitigen populären Auseinandersetzung über die grundsätzlichen Fragen unserer Differenzen mit der Sozialistischen Partei genügend Platz einzuräumen. Ihr müßt unseren Parteiorganisationen, besonders den Parteifunktionären auf jegliche Art und Weise und konkret auseinanderzusetzen, wie der Kampf um die Einheitsfront praktisch geführt werden und wie man in konkreter Form den Kampf um die Massenorganisation führen muß.« Und schließlich: »Wir ersuchen Euch, diese allgemeinen Weisungen auszunützen, sie unseren Sektionen zur Kenntnis zu bringen und uns mitzuteilen, was Eurerseits zwecks praktischer Durchführung derselben unternommen wurde.«³⁷

Bedeutsamer noch als solche Direktiven waren die Beschlüsse der Dritten Konferenz der Kommunistischen Parteien Südamerikas und der Karibik vom Herbst 1934, denn mit den Beschlüssen dieser hochkarätigen Zusammenkunft wurde der angestrebte Politikwechsel bereits zu einem vergleichsweise frühen Zeitpunkt für die Kommunistischen Parteien einer ganzen Länderregion verbindlich.

Daher war die Veröffentlichung der Ergebnisse der »Konferenz von Montevideo« in der Presse der Komintern in gewisser Weise eine Vorwegnahme der Beschlüsse des VII. Weltkongresses, der wegen der andauernden Richtungskämpfe in den Führungsetagen von KPdSU (B) und Komintern erneut verschoben werden mußte und erst vom 25. Juli bis 20. August 1935 in Moskau stattfand. Mehr noch, es handelte sich um eine grundsätzliche Vorentscheidung zugunsten der Volksfrontpolitik.

Doch vermutlich gerade deshalb dauerte es bis Mitte März 1935, also mehr als ein Vierteljahr, bis offizielle Informationen der Komintern über Verlauf und Ergebnisse der »Konferenz von Montevideo« verfügbar waren.³⁸

Zwei Publikationen aus den ersten Monaten des Jahres 1935 machen deutlich, daß es in den Moskauer Führungsetagen buchstäblich um Nuancen in der politischen Wortwahl ging.

³⁷ Brief an das Südamerikanische Büro, Moskau, 29. August 1934, a.a.O., Blatt 71, 73 und 74.

³⁸ Einen eher zweitrangigen Aspekt stellte dabei die Tatsache dar, daß die »Konferenz von Montevideo« zwar, wie erwähnt, offiziell nur bis zum 28. Oktober 1934 dauerte. Doch aus den Unterlagen des Moskauer Komintern-Archivs wird deutlich, daß sich die Beratungen tatsächlich bis mindestens Ende November 1934 hinzogen. So ist zum Beispiel das Stenogramm einer umfangreichen Rede überliefert, die Boris Wassiljew, der damalige stellvertretende Leiter des Lateinamerikanischen Ländersekretariats, am 29. November 1934 bei einer gemeinsamen Beratung des Ländersekretariats mit den lateinamerikanischen Delegierten zum VII. Weltkongreß hielt. Vgl. dazu: Стенограмма выступления Васильева на заседании Латиноамериканского лендерсекретариата ИККИ с делегациями компартии стран Центральной и Южной Америки, 29 ноября 1934 года, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 101, Delo 29, Blatt 1-40.

So hieß es in den bereits zitierten Materialien »Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß« über die »Konferenz von Montevideo«: »Im Oktober 1934 fand die Dritte Konferenz der kommunistischen Parteien Süd- und Karibisch-Amerikas statt. Die Konferenz diskutierte konkret und allseitig den Charakter der revolutionären Bewegung in den Ländern Süd- und Karibisch-Amerikas, speziell die Fragen der Revolution in Brasilien und auf Kuba, sie kritisierte entschieden die Schwächen und Fehler in der taktischen Einstellung der kommunistischen Parteien Süd- und Karibisch-Amerikas, sie stellte den wichtigsten Parteien die konkreten Aufgaben der Überwindung dieser Schwächen, der Schaffung einer breiten antiimperialistischen Front und der weiteren Entwicklung der Parteien zu wirklich bolschewistischen Massenparteien, die imstande sind, die breitesten Massen der Werktätigen an den revolutionären Kampf um die Macht heranzuführen und diesen Kampf zu leiten.«³⁹ Zwar tauchte der Begriff der »antiimperialistischen Front« auf, doch von einer »Volksfront« oder einer »Volksfrontpolitik« war keineswegs die Rede.⁴⁰

In der russischsprachigen Ausgabe der Zeitschrift der Komintern »Kommunistisches Internazional«, die seit 1932 als »La Internacional Comunista«⁴¹ auch in spanischer Sprache erschien, wurden Mitte März 1935 insgesamt drei Beiträge veröffentlicht, die sich mit der »Konferenz von Montevideo« befaßten.⁴²

Bemerkenswert war vor allem der namentlich nicht gezeichnete Beitrag mit dem Titel »Der Kampf der Kommunistischen Parteien des südlichen und karibischen Amerika«, der einen allgemeinen Überblick über Verlauf und Ergebnisse der Konferenz gab. Hier konnte man im Hinblick auf die anstehenden neuen Aufgaben der Kommunistischen Parteien des Subkontinents lesen: »Die Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes gegen den Imperialismus hat in aller Deutlichkeit die Notwendigkeit der Einbeziehung der breiten Massen in den antiimperialistischen Kampf und die Bildung einer so breit wie möglich angelegten antiimperialistischen Volksfront auf die Tagesordnung gesetzt.«⁴³

Boris Goldenberg, der in jungen Jahren Mitglied der KPD(O) und der SAP gewesen war und der ab 1941 beinahe zwanzig Jahre in Lateinamerika lebte und dort zu einem profunden Kenner der Geschichte der kommunistischen Bewegung auf dem Subkontinent wurde, bilanzierte die Ergebnisse der Dritten Konferenz der Kommunistischen

³⁹ Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß, a.a.O., S. 476.

⁴⁰ Im Satz zuvor war allerdings unter ausschließlichem Bezug auf Brasilien vom »Kampf [...] für die Schaffung einer antiimperialistischen Volksfront« die Rede. Vgl. dazu: Ebenda.

⁴¹ Die fremdsprachigen Ausgaben waren nicht mit der russischen Ausgabe identisch. Der Jahrgang 1935 der spanischen Ausgabe konnte nicht überprüft werden. In der sehr gut gepflegten »Biblioteca Virtual de Prensa Histórica« (prensahistorica.mcu.es, 20. März 2013, 21.55 Uhr), die vom spanischen Kulturministerium betrieben wird, ist dieser Jahrgang nicht nachgewiesen. Das legt die Vermutung nahe, daß tatsächlich kein Heft dieses Jahrgangs überliefert wurde.

⁴² Vgl. dazu: Коммунистический Интернационал, Москва, № 9, 20 март 1935 года, S. 25, S. 36 und S. 45. Die beiden weiteren Beiträge befaßten sich mit länderspezifischen Themen: »Wie können die Arbeiter und Bauern in Kuba die Macht erobern und verteidigen« und »Am Vorabend der brasilianischen Revolution«. Sie waren von dem Kubaner Bueno [d.i. Blas Roca] bzw. dem Brasilianer Queiroz [d.i. Antônio Maciel Bonfim] verfaßt worden. Eine Veröffentlichung von Dokumenten, also Beschlüssen oder Sitzungsprotokollen, erfolgte nicht.

⁴³ Ebenda, so auch zitiert in: Boris Goldenberg, Kommunismus in Lateinamerika, Stuttgart, Berlin, Köln und Mainz 1971, S. 85.

Parteien Südamerikas und der Karibik in einem kurzen und prägnanten Satz: »Die »ultralinke« Periode war [für die Kommunistischen Parteien Lateinamerikas] offiziell beendet.«⁴⁴

⁴⁴ Boris Goldenberg, a.a.O., S. 85.

Kapitel 22: Schauplatz Brasilien

Es ist in der internationalen und brasilianischen Geschichtsschreibung längst zu einem »Gemeinplatz« geworden, die bewaffneten Aufstände in Natal, Recife und Rio de Janeiro im November 1935 ausschließlich auf »Befehle aus Moskau« bzw. »Beschlüsse der Kommunistischen Internationale« zurückzuführen.¹

So äußerte der US-amerikanische Historiker und Politikwissenschaftler John W. F. Dulles die Überzeugung, daß »die Pläne für einen Aufstand in Brasilien im Jahre 1934 in Moskau im Verlaufe mehrerer Beratungen entworfen wurden, bei denen einige wenige brasilianische Kommunisten und Mitglieder der Spitze der Komintern [...] anwesend waren.«²

Sein Kollege Ronald H. Chilcote konstatierte, daß »die Mehrheit der Autoren darin übereinstimmt, daß es Luiz Carlos Prestes während seines Aufenthaltes in der Sowjetunion gelungen [sei], die Komintern von der Notwendigkeit eines Militärputsches und der Errichtung einer Volksfrontregierung unter seiner Führung zu überzeugen.«³

Auch der Brasilianer Paulo Sérgio Pinheiro stellte fest, daß es »die allgemein übliche Erklärung [sei], daß die Entscheidung über die Revolte 1934 in Moskau« getroffen wurde. Allerdings warnte er davor, unter Bezug auf die Ereignisse des Jahres 1935 »vereinfacht von der »Hand Moskaus« zu sprechen. Man könne die »Revolte von 1935 nicht als ein voluntaristisches »Experiment« erklären, über das in Moskau entschieden« wurde.⁴

Die immer wieder vertretende These von der entscheidenden Rolle »Moskaus« bei den bewaffneten Aufständen in Natal, Recife und Rio de Janeiro im November 1935 hatte und hat ihren Ursprung jedoch nicht in einer geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung der damaligen Ereignisse, sondern in einer weitgehend kritiklosen Übernahme von Positionen, die von regierungsamtlicher brasilianischer Seite bereits in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre in einer Vielzahl von antikommunistischen Schriften formuliert und seither niemals grundsätzlich in Frage gestellt wurden.⁵

¹ Vgl. dazu: Anita Leocádia Prestes, *A conferência dos partidos comunistas da América do Sul e do Caribe (Moscou, outubro 1934) e os levantes de novembro de 1935 no Brasil*, in: *Crítica Marxista*, no. 22, Rio de Janeiro, maio 2006. Anita Leocádia Prestes verwies in dieser Arbeit auch auf die drei nachfolgend zitierten Historiker.

² John W. F. Dulles, *O comunismo no Brasil 1935-1945. Repressão em meio ao cataclismo mundial*, Rio de Janeiro, 1985, S. 13.

³ Ronald H. Chilcote, *The Brazilian Communist Party. Conflict and Integration 1922-1972*, New York 1974, S. 69, bei Anita Leocádia Prestes zitiert nach der portugiesischen Ausgabe: Ronald H. Chilcote, *O Partido Comunista Brasileiro. Conflito e integração 1922-1972*, Rio de Janeiro 1982, S. 82.

⁴ Paulo Sérgio Pinheiro, *Estratégias da ilusão. A revolução mundial e o Brasil, 1922-1935*. São Paulo 1991, S. 288 ff.

⁵ Marly de Almeida Gomes Vianna verweist insbesondere auf folgende vier Titel: Honorato Himalaia Vergolono, *Denúncia dos cabeças da revolução de 27 de novembro de 1935*, apresentada ao Tribunal de Segurança Nacional, Rio de Janeiro 1936, *Razões finais da procuradoria do Tribunal de Segurança Nacional*, Rio de Janeiro 1937, Eurico Belens Porto, *A insurreição de 27 de novembro de 1935*, Rio de Janeiro 1936, und *Arquivos da Delegacia Especial de Segurança Política e Social*, Rio de Janeiro 1937 f. Vgl. dazu: *Pão, terra e liberdade. Memória do movimento comunista de 1935*, Rio de Janeiro 1985, S. 15.

Eine Behauptung, für die zu keinem Zeitpunkt ein wissenschaftlich überprüfter bzw. überprüfbarer Beweis erbracht wurde, wurde – und wird – so regelmäßig und mit großer Selbstverständlichkeit zum Ausgangspunkt für die Bewertung nicht nur einer entscheidenden Episode in der Geschichte der Kommunistischen Partei Brasiliens, sondern der gesamten Partei sowie ihrer Politik und Geschichte.⁶

Das war und ist um so fataler, als es tatsächlich niemals einen »Befehl aus Moskau« oder einen »Beschuß der Kommunistischen Internationale« gab, in Brasilien einen bewaffneten Aufstand oder gar einen »Militärputsch« zur Übernahme der politischen Macht durch die Kommunistische Partei, unter Führung von Luiz Carlos Prestes, durchzuführen.

Die Kommunistische Partei Brasiliens, das wird insbesondere das nächste Kapitel zeigen, hatte weder den politischen Willen noch die organisatorische Fähigkeit, entscheidend in die Entwicklungen einzugreifen, die sich im Verlaufe des Jahres 1935 in Brasilien vollzogen. In dem großen Konflikt zwischen dem linken, also nationalrevolutionären Flügel des »Tenentismo«, als dessen unbestrittener politischer und moralischer Führer Luiz Carlos Prestes trotz seiner Mitgliedschaft in der KPB galt, und der Regierung Getúlio Vargas, die in großem Maße von den »Integralistas«, den brasilianischen Faschisten, unterstützt wurde, spielte die KPB keine wirkliche Rolle, auch wenn die überlieferten Dokumente aus jener Zeit – Beschlüsse, Resolutionen und Erklärungen – noch heute den Eindruck großer Entschlossenheit und vor allem großer Aktivität erwecken.

Bereits während ihrer Ersten Nationalen Parteikonferenz im Juli 1934 hatte die Kommunistische Partei Brasiliens angesichts einer behaupteten »revolutionären Situation« in Brasilien bewaffnete Kämpfe zur Errichtung einer »Sowjetregierung« auf die politische Tagesordnung gesetzt, ohne jedoch konkrete Maßnahmen oder Schritte in dieser Richtung zu beschließen oder gar zu unternehmen.⁷ Vielmehr brach die nahezu komplette Parteiführung nur wenige Tage nach der Konferenz zu einer mehrmonatigen Reise in die Sowjetunion auf, um dort am VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale teilzunehmen, der ursprünglich für den Herbst 1934 geplant gewesen war. Eine wirksame politisch-organisatorische Führungsarbeit, die für die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes zwingend erforderlich gewesen wäre, war unter diesen Umständen natürlich völlig ausgeschlossen.

Auch Luiz Carlos Prestes, der sich zu jener Zeit noch in Moskau aufhielt, glaubte das Entstehen einer »revolutionären Situation« in Brasilien zu erkennen. Bei seiner Einschätzung stützte er sich in erster Linie auf die einschlägigen Papiere der Kommunistischen Internationale, die ihm in vollem Umfang zur Verfügung standen, sowie auf lateinamerikanische Presseberichte, die unregelmäßig am Sitz der »Weltpartei« eintrafen. Doch sehr wahrscheinlich verfügte er auch von Moskau aus über eigene Verbindungen zu Personen seines Vertrauens in Brasilien, insbesondere linken »Tenentistas«, die ihm entsprechende Informationen übermittelten.

Ab Mitte 1934 drängte Prestes auf eine schnelle Abreise aus Moskau. Er hielt seine persönliche Anwesenheit in Brasilien unter den sich entwickelnden Bedingungen für

⁶ Vgl. dazu: Pão, terra e liberdade, a.a.O.

⁷ Vgl. dazu: Manifesto da Primeira Conferência Nacional do Partido Comunista do Brasil, in: A Classe Operária, Rio de Janeiro, 1 de Agosto de 1934.

unverzichtbar. Manuilski gelang es jedoch, ihn unter Hinweis auf den geplanten VII. Weltkongreß und – nach dessen Verschiebung in das Jahr 1935 – auf die kurzfristig anberaumte Dritte Konferenz der Kommunistischen Parteien Südamerikas und der Karibik, die als »Konferenz von Montevideo« im Oktober 1934 in Moskau stattfand, zunächst von seinen Reiseplänen abzubringen.

Die von Prestes und der Führung der KPB unabhängig voneinander getroffene Einschätzung, daß in Brasilien eine »revolutionäre Situation« im Entstehen sei, kam also ganz offensichtlich ohne Mitwirkung der zuständigen Moskauer Gremien der Kommunistischen Internationale zustande. Die überlieferten Dokumente zeigen vielmehr, daß erst das Auftreten der brasilianischen Delegation vor und während der »Konferenz von Montevideo« das Moskauer Interesse an den Entwicklungen in Brasilien nach einer mehrjährigen »Pause« erneut weckte und schließlich dazu führte, daß Brasilien – neben Kuba – zu einem der Länder Lateinamerikas wurde, wo nach den Wünschen der Moskauer Führung die Konzeption der antifaschistischen bzw. anti-imperialistischen Volksfrontpolitik »musterhaft« praktiziert werden sollte.

Wesentlich für das neuerwachte Interesse der Führungsgremien der Komintern an Brasilien waren die phantasievollen Berichte von Antônio Maciel Bonfim, dem Generalsekretär der brasilianischen KP. Dessen Schilderungen der Lage und der Entwicklung sowie des Wirkens und des politischen Gewichts seiner Partei waren ein einziger, nicht enden wollender Lobgesang. Vor allem Dimitri Manuilski zeigte sich von den Ausführungen Bonfims stark beeindruckt und schwärmte, wie Luiz Carlos Prestes viele Jahre später in einem Interview berichtete, nach einer mehrtägigen Beratung mit der brasilianischen Delegation: »Wenn wir doch in Europa nur einen einzigen Politischen Sekretär hätten, der seine Partei so gut kennt, wie dieser junge Mann!«⁸

Der wortgewandte und charmante Bonfim, der in Brasilien den Namen Miranda verwendete und in Moskau als Queiroz auftrat, war erst drei Monate zuvor – nach nur zwei Jahren Mitgliedschaft in der Partei – als Generalsekretär an die Spitze der Kommunistischen Partei Brasiliens gewählt worden. Während der nachfolgenden Ereignisse des Jahres 1935 spielte er allerdings eine zumindest fragwürdige Rolle, so daß immer wieder Gerüchte auftauchten, er sei von Anfang an ein Polizeispitzel gewesen.⁹ Leôncio Basbaum schrieb sogar: »Er [d.i. Antônio Maciel Bonfim] spielte in perfekter Weise seine Rolle als berufsmäßiger Provokateur.«¹⁰ Wirklich schlüssige Beweise, die eine solche Behauptung rechtfertigen würden, gibt es allerdings nicht.¹¹ Im Gegenteil,

⁸ So zitiert in: Marly de Almeida Gomes Vianna, *Revolucionários de 1935. Sonho e realidade*, São Paulo 2007, S. 148.

⁹ Vgl. dazu u.a.: Thomas E. Skidmore, *Failure in Brazil. From Popular Front to Armed Revolt*, in: *Journal of Contemporary History*, Vol. 5 (1970), No. 3, S. 137-157, hier: S. 152.

¹⁰ Leôncio Basbaum, *História Sincera da República. De 1930 a 1960*, São Paulo 1968, S. 89. Deutsche Übersetzung nach: Boris Goldenberg, *Kommunismus in Lateinamerika*, Stuttgart, Berlin, Köln und Mainz 1971, S. 208.

¹¹ Vgl. dazu: Raimundo Nonato Pereira Moreira, *Antes da fama. Anotações sobre a trajetória política de Antônio Maciel Bonfim, vulgo »Miranda«*, in: *Anais do XXVI Simpósio Nacional de História - ANPUH*, São Paulo, julho 2011, und: Raimundo Nonato Pereira Moreira e. ou., *O célebre Miranda. Aventuras e desventuras de um militante comunista entre a história e a memória*, in: *Praxis - Revista eletrônica de história e cultura*, Ano 4, No. 5, janeiro-dezembro 2011. Bonfim war in der zweiten Jahreshälfte 1930 Chef der von Luiz Carlos Prestes im argentinischen Exil gegründeten kurzlebigen »Liga der Revolutionären Aktion« (LAR) im Bundesstaat Bahia geworden. Er besuchte zu dieser Zeit

unmittelbar nach seiner Verhaftung am 13. Januar 1936 wurde Bonfim von der brasilianischen Polizei barbarisch gefoltert. Doch er machte keinerlei Aussagen, die der Polizei weiterhelfen konnten, er berichtete lediglich über Tatsachen, von denen er sicher annehmen konnte, daß sie den Behörden bereits bekannt waren.¹²

Während der »Konferenz von Montevideo« ergriff Bonfim mehrere Male das Wort. Er hatte nun die Gelegenheit, sich auch vor den Abgesandten anderer Kommunistischer Parteien Lateinamerikas und der Karibik zu produzieren und sich im Glanz seiner eigenen Berichte zu sonnen. Denn darum ging es ihm – er arbeitete entschlossen und hemmungslos an seinem Bild eines von den Moskauer Gremien der Kommunistischen Internationalen geschätzten »hochrangigen politischen Funktionärs« und »Führers der kommenden sozialistischen Revolution im größten Land des Subkontinents.«¹³

Mehrmals betonte Bonfim im Verlauf der Moskauer Beratungen deshalb die »tiefgreifende revolutionäre Krise«, die ganz Brasilien erschüttern würde. Die bewaffneten Kämpfe der Bauern würden nahezu alle Teile des Landes erfassen, die Cangaceiros¹⁴ würden zum Kampf rufen: »Sie vereinen alle Elenden, sie kämpfen für das Brot, für das Leben.« Und weiter: »Überall auf dem Land sieht man als einzigen Ausweg aus der entstandenen Lage den Kampf unter Führung der Kommunistischen Partei.« Und schließlich: »Die Massen wollen die Revolution.« »Die Bauern sind entschlossen, mit der Waffe in der Hand zu kämpfen.« »Die führende Rolle der KP auf dem Land ist unbestritten.«¹⁵

Prestes in Buenos Aires. In der Folge versuchte er, offensichtlich unter dem Einfluß von Prestes, Mitglied der KP Brasiliens zu werden. Er wurde allerdings erst Mitte 1932 aufgenommen. Prestes selbst äußerte sich zeitlebens nur sehr einsilbig zu dieser frühen Bekanntschaft und versuchte regelmäßig den Eindruck zu erwecken, Bonfim erst im Herbst 1934 in Moskau kennengelernt zu haben.

¹² Vgl. dazu: Marly de Almeida Gomes Vianna, a.a.O., S. 386 ff. Bonfim änderte seine Haltung erst, als er erfuhr, daß Elza Fernandez, seine Lebensgefährtin, wegen angeblicher Spitzeltätigkeit für die Polizei am 20. Februar 1936 von Mitgliedern der KPB getötet worden war. (Für den Mord an der jungen Frau wurde später Luiz Carlos Prestes als politischer Auftraggeber verantwortlich gemacht. Vgl. dazu: Sérgio Rodrigues, *Elza, a garota*, Rio de Janeiro 2009).

¹³ Marly de Almeida Gomes Vianna, ebenda, S. 153.

¹⁴ Als Cangaceiros bezeichnete man die Desperados des brasilianischen Nordosten, die (ab Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des zweiten Drittels des 20. Jahrhunderts) in bewaffneten Banden um das eigene Überleben kämpften. Da es immer wieder Fälle gab, bei denen die Cangaceiros landlose Bauern und Tagelöhner gegen die Großgrundbesitzer unterstützten, entstand ein verklärtes Bild. Insbesondere Lampião (eigentlich Virgulino Ferreira da Silva, 1898-1938), dem wohl berühmtesten Anführer der Cangaceiros, wurde von der Kommunistischen Partei Brasiliens eine revolutionäre Rolle zugesprochen, was sich bei Bonfim beispielsweise darin äußerte, daß er die Cangaceiros als »guerilheiros« bezeichnete und von »Partisaneneinheiten« sprach.

¹⁵ Alle bisherigen und nachfolgenden direkten und indirekten Zitate aus den Diskussionsreden von Antônio Maciel Bonfim sind wiedergegeben nach: [Antônio Maciel Bonfim (Queiroz), Brasilien], Стенограммы заседаний Латиноамериканской конференции в Москве. Часть 4, [27. Oktober 1934], RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 216, Blatt 78-97, und: [Antônio Maciel Bonfim (Queiroz), Brasilien], Стенограммы заседаний Латиноамериканской конференции в Москве. Часть 3, [27. Oktober 1934], RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 215, Blatt 26-36, so auch zitiert in: Anita Leocádia Prestes, *A conferência dos partidos comunistas da América do Sul e do Caribe (Moscou, outubro 1934) e os levantes de novembro de 1935 no Brasil*, in: *Crítica Marxista*, no. 22, Rio de Janeiro, maio 2006.

Besonders »kreativ« waren seine Schilderungen der Lage in den großen Städten: »Die Autorität der Kommunistischen Partei ist kolossal.« »Wir leiten alle Streiks.« »Die Mehrzahl der Streiks in Rio de Janeiro wird durch die Partei geleitet.« In faktisch allen größeren Unternehmen, so Bonfim weiter, gäbe es Zellen der Partei. Ausnahmslos alle Mitglieder der Partei und alle Funktionäre wären in Grundorganisationen organisiert und würden dort auch politisch aktiv werden.

Hinsichtlich der Situation in den Streitkräften stellte Bonfim fest, daß sich ein »Zerfall von oben nach unten« vollziehen würde. Die Mehrheit der einfachen Soldaten würde mit der Idee von »Sowjets«, also »Räten«, sympathisieren. In alle wichtigen Truppenteilen und Einheiten würde die Partei Stützpunkte haben. Insgesamt gäbe es mehr als 150 Parteizellen in den Streitkräften, die größte Zahl überhaupt in einem Land Südamerikas.

Spätestens bei der Frage von Manuilski nach der Zahl der Mitglieder der brasilianischen KP hätte die Unhaltbarkeit der Behauptungen Bonfims auffallen müssen, doch mit großer Beredsamkeit hatte Bonfim wirkliche Zweifel gar nicht erst aufkommen lassen. So konnte er unwidersprochen erklären, daß die Partei zum Zeitpunkt der Abreise der Delegation aus Brasilien etwa dreitausend Mitglieder hatte, daß aber nach jedem Streik »hunderte und tausende neue Mitglieder in die Reihen der Partei strömen« würden.

Die einzige Kritik, die Bonfim in Moskau äußerte, war ein Hinweis auf das allgemein »niedrige ideologische Niveau« der brasilianischen Kommunisten. In diesem Zusammenhang bat er um die Entsendung von »fünf oder sechs Genossen, die uns bei der Formierung unserer Kader helfen.«

Erstaunlicherweise widersprach nur einziges Mitglied der brasilianischen Delegation, der Gewerkschaftsfunktionär José Elias da Silva (André), den sensationellen Behauptungen Bonfims. Allerdings, so der spätere Bericht von Luis Carlos Prestes, ging er dabei so ungeschickt vor, daß allgemein der Eindruck entstand, er übe keine sachliche Kritik, sondern führe einen »persönlichen Kampf gegen den Generalsekretär.«¹⁶

Auch Luiz Carlos Prestes, der der Delegation zwar nicht angehörte, aber als Gast an allen Beratungen teilnahm, stellte die Ausführungen Bonfims nicht in Frage. Prestes war allerdings zugute zu halten, daß er die tatsächlichen Verhältnisse in Brasilien nur aus Berichten Dritter kennen konnte. Denn im Gegensatz zur offiziellen Delegation, die das Land erst wenige Wochen zuvor verlassen hatte, lebte er seit fast acht Jahren im Exil – von Anfang 1927 bis Mitte 1931 in verschiedenen Ländern Lateinamerikas, dann ab Ende 1931 in der Sowjetunion.

Auch in der Führung der Komintern stand man den Darlegungen Bonfims – trotz offensichtlicher Ungereimtheiten, wie beispielsweise in der eben erwähnten Frage der Mitgliederentwicklung – vollkommen unkritisch gegenüber.

So begann Dimitri Manuilski seinen ersten offiziellen Redebeitrag während der »Konferenz von Montevideo« mit folgenden Worten: »Die zentrale und grundlegende Frage dieser Konferenz ist die brasilianische Frage. Wenn in der Phase der Formierung

¹⁶ So zitiert in: Marly de Almeida Gomes Vianna, a.a.O., S. 150. Auf Wunsch von Miranda kehrte da Silva nicht nach Brasilien zurück, sondern blieb bis mindestens 1937 als offizieller Vertreter seiner Partei bei der Profintern in Moskau.

unserer Kommunistischen Parteien, in der Phase der Agitation und Propaganda gegenüber den Massen, der Vorbereitung der Revolution, die Vorreiterrolle auf dem lateinamerikanischen Kontinent bei der ältesten, der argentinischen Partei lag, so müssen wir heute sehen, daß jetzt die brasilianische Frage im Mittelpunkt steht.« Und weiter: »Das Lateinamerikanische Sekretariat [in Moskau] hat den Prozeß des Überganges von der Periode der Agitation und Propaganda zu dieser neuen Periode nicht verstanden, in der für einige Länder Lateinamerikas die Frage der Eroberung der Macht steht.« Und schließlich: »Brasilien befindet sich auf einem sehr schnellen Weg zu einer revolutionären Situation, zu einer wirklichen Revolution. Und das Kräfteverhältnis entwickelt sich zugunsten dieser revolutionären Situation, anders als zum Beispiel in den großen kapitalistischen Metropolen.«¹⁷

Die politischen und organisatorischen Schlußfolgerungen aus dieser über alle Maßen begeisterten Einschätzung widerspiegelten sich unmittelbar in der »Resolution der Konferenz der Kommunistischen Parteien Südamerikas und der Karibik über die Lage in Brasilien und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Brasiliens«, die während der »Konferenz von Montevideo« beraten und beschlossen und am 13. Februar 1935 durch das Lateinamerikanische Ländersekretariat redaktionell fertiggestellt wurde.¹⁸

Mit dem sich ankündigenden Ende der seit 1928 andauernden ultralinken Etappe der Komintern wurde nun wieder die in ihren Grundzügen bereits im Jahre 1905 von W. I. Lenin formulierte Theorie einer in zwei zusammenhängenden, aber doch weitgehend selbständigen Etappen verlaufenden Revolution zur Grundlage der Politik.¹⁹

Im Verständnis der Führung der Komintern ging es bei der für Brasilien anstehenden »ersten Etappe« zunächst nur um eine »bürgerlich-demokratische« bzw. »antiimperialistische Revolution«, durch die die Abhängigkeit und Rückständigkeit Brasiliens überwunden werden sollte.²⁰ Erst auf der Grundlage entwickelter kapitalistischer

¹⁷ [Rede von Dimitri Manuilski], Стенограммы заседаний Латиноамериканской конференции в Москве. Часть 3, [27. Oktober 1934], RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 79, Delo 215, Blatt 37-46, hier: Blatt 37 und 39.

¹⁸ Резолюция конференция стран юка о положении в Бразилии и задачах КПБ, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 29, Delo 80, Blatt 1-27. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Bonfim persönlich Einfluß auf die Endfassung dieser Resolution nahm, denn zumindest bis Anfang März 1935 ist durch ein Protokoll des Politsekretariats des EKKI seine Anwesenheit in Moskau nachgewiesen. Vgl. dazu: Protokoll (A) Nr. 247 der Sitzung des Politsekretariats des EKKI vom 3. März 1935, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 3, Delo 337, Blatt 1.

¹⁹ Vgl. dazu vor allem: W. I. Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, in: Werke, Band 9, Berlin (DDR) 1964.

²⁰ Im Standardwerk der DDR-Lateinamerikawissenschaften (Adalbert Dessau (Hrsg.), Lateinamerika im antiimperialistischen Kampf. Probleme eines Kontinents, Berlin (DDR) 1978, S. 335) hieß es dazu: »Die Rückständigkeit Brasiliens äußerte sich in erster Linie in der Existenz zahlreicher Elemente vor-kapitalistischer Wirtschaftsformen. Sie war eine Folge der Abhängigkeit des Landes, zunächst von der Kolonialmacht Portugal, später vom eindringenden Auslandskapital. Das ausländische Kapital fand in der einheimischen Handels- und Agraroligarchie einen Partner, der auf Grund seiner ökonomischen Interessen für die Aufrechterhaltung der Stellung Brasiliens in der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung als Lieferant von agrarischen und Bergbauerzeugnissen und Importeur von Industrieprodukten eintrat. Diese Allianz behinderte die Herausbildung des einheimischen Industriekapitals erheblich, das die ursprüngliche Akkumulation fast ohne jegliche Hilfe des Staates aus eigener Kraft durchführen mußte.«

Verhältnisse, mit einem starken und bereits kampferfahrenen Proletariat, so die Theorie, wäre – unter Führung einer »marxistisch-leninistischen Kampfpartei« – ein Übergang zu einer »zweiten«, einer »sozialistischen« Etappe der Revolution möglich.²¹

Als entscheidendes Instrument auf diesem Weg, und das stellte eine neue Qualität im Vergleich zu den früheren Positionen der Kommunistischen Internationale dar, wie sie noch im November und Dezember 1933 während der Dreizehnten Tagung des EKKI vertreten wurden, wurde nun die »Taktik der Einheitsfront« gesehen.²²

Die »Resolution der Konferenz der Kommunistischen Parteien Südamerikas und der Karibik über die Lage in Brasilien und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Brasiliens« befaßte sich daher nach einer knappen Beschreibung der Lage in Brasilien und der Lage in der Kommunistischen Partei des Landes sehr ausführlich mit den vielfältigen Aspekten dieser neuen »Einheitsfrontpolitik«, wie sie im allgemeinen Sprachgebrauch verkürzt genannt wurde.²³ Dabei wurde als selbstverständlich vorausgesetzt, daß die Kommunistische Partei innerhalb der Einheitsfront die politische und organisatorische Führung übernehmen würde und daß die übrigen gesellschaftlichen Kräfte in der Einheitsfront diese Führungsrolle bedingungslos akzeptieren würden. Ein besonderes Gewicht wurde dabei dem Bündnis mit dem linken Flügel der »Tenentistas« beigemessen, die insbesondere in den Streitkräften traditionell über großen Einfluß verfügten.

Die Einheitsfront wurde dabei keineswegs als eine Alternative zum bewaffneten Kampf gesehen, im Gegenteil. Überlegungen über einen »friedlichen Weg der Revolution« spielten zu keinem Zeitpunkt eine Rolle. Allerdings war die »Resolution« auch kein Aufstandsplan, vielmehr wurden in vergleichsweise allgemeiner Form die grundlegenden Aufgaben formuliert, die es auf dem Weg zu einer revolutionären Umgestaltung der brasilianischen Gesellschaft zu erfüllen galt.

Wörtlich hieß es in dem Dokument: »Wenn wir im Land den bewaffneten revolutionären Kampf entfalten, der zur Errichtung einer zeitweiligen revolutionären Regierung führt, dann besteht die Grundlage unserer Teilnahme darin, gemeinsam mit dem Kleinbürgertum, den Tenentisten und den Sozialisten folgendes Minimalprogramm in die Praxis umzusetzen:

1. Schutz und Verteidigung der Interessen des Proletariats – Erhöhung der Arbeitslöhne, Sozialgesetzgebung, Achtstundenarbeitstag, Hilfe und Schutz für die Kinder, die Alten und bei Mutterschaft, Verteilung von Lebensmitteln usw.
2. Verteilung des Grund und Bodens der Latifundien, der Kirchen und Klöster sowie der [ausländischen] imperialistischen Unternehmen an die landlosen Bauern.

²¹ Wie im folgenden Kapitel zu zeigen sein wird, blieb die Kommunistische Partei Brasiliens bis in den Mai 1935 hinein bei der Losung von der »Errichtung einer Sowjetregierung«, um sich erst dann der von der Komintern vertretenen Losung einer »nationalrevolutionären Volksregierung« anzuschließen.

²² Zur Dreizehnten Tagung des EKKI vgl. u.a.: Pierre Frank, Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919-1943), Band 2, Frankfurt am Main 1979, S. 590 ff.

²³ Im allgemeinen Sprachgebrauch der Komintern wurden die Begriffe »Volksfront« und »Einheitsfront« weitgehend synonym verwendet. Gelegentlich wurde sogar von der »Volks-Einheitsfront« gesprochen. Vgl. dazu: Memorandum und Vorschläge des Latein-Amerikanischen Sekretariats zur Frage der Lage in Brasilien und der Zusammensetzung des Südamerikanischen Büros, Moskau, 14. Mai 1935, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 29, Delo 79, Blatt 11-14, hier: Blatt 11.

3. Freiheit der Parteien und Massenorganisationen, politische Rede- und Meinungsfreiheit und

4. Bewaffnung des Proletariats zur Verteidigung seiner Rechte mit der Waffe in der Hand.

Im Verlaufe der weiteren Entwicklung der Revolution müssen wir um die schnelle Schaffung jener Grundlagen kämpfen, auf denen wir den Übergang von einer zeitweiligen revolutionären Regierung zur Arbeiter- und Bauernmacht in Form von Sowjets auf die Tagesordnung setzen können.«²⁴

Diese Kernaussagen der brasilianischen »Resolution« zeigen aber auch, daß die von dem Peruaner Eudocio Ravines bereits 1951 vertretene und in der einschlägigen Literatur seither immer wieder kolportierte These, es habe im Herbst 1934 einen schwerwiegenden Konflikt zwischen Georgi Dimitrow und Dimitri Manuilski über die in Lateinamerika anzuwendende Strategie und Taktik der Kommunistischen Internationale gegeben, in mehrfacher Hinsicht falsch ist. In seinem vielzitierten Buch »La Gran Estafa« hatte Ravines berichtet, daß sich Dimitrow nachdrücklich für die »Taktik der Einheitsfront« ausgesprochen habe, die dann auch vom VII. Weltkongreß im Sommer 1935 in Moskau beschlossen wurde. Manuilski habe jedoch weiterhin auf den bewaffneten Aufstand gesetzt. Schließlich habe man einen Kompromiß gefunden – in Chile würde die Taktik der Einheitsfront praktiziert werden, in Brasilien wollte man auf den bewaffneten Aufstand setzen.²⁵

Tatsache ist jedoch, daß im Ergebnis der »Konferenz von Montevideo«, also ab Ende 1934, das vorrangige Interesse der Komintern bei Brasilien und Kuba lag.²⁶ Chile spielte zu diesem Zeitpunkt in den strategischen Planungen der Moskauer »Weltpartei« keine Rolle. Die chilenische »Frente Popular« aus Radikaler, Sozialistischer und Kommunistischer Partei entstand erst 1936, und erst 1938 wurde eine Volksfrontregierung unter Staatspräsident Pedro Aguirre Cerda gebildet, an der sich die Kommunistische Partei allerdings aus taktischen Gründen nicht beteiligte.²⁷

Ravines, der im Jahre 1930 entscheidenden persönlichen Anteil daran gehabt hatte, daß die von José Carlos Mariátegui gegründete und geprägte Sozialistische Partei Perus unmittelbar nach dem Tod des »Amauta«²⁸ in eine bedingungslos an die Vorstellungen und Erwartungen der Komintern angepaßte Kommunistische Partei Perus umgewandelt wurde, wollte sich mit dem Hinweis auf die Entwicklungen in Chile selbst ein »Denkmal« setzen. Denn es ist unbestritten, daß er als Beauftragter der Komintern bei der Kommunistischen Partei Chiles ab Mitte der dreißiger Jahre eine

²⁴ Резолюция конференция стран юка о положении в Бразилии и задачах КПБ, а.а.О., Blatt 6.

²⁵ Eudocio Ravines, *La Gran Estafa. La Penetración del Kremlin en Iberoamérica*, Ciudad de México 1951, S. 235 ff. In der Literatur wird fast ausschließlich aus der englischen Übersetzung »The Yenan Way« (New York 1951) zitiert.

²⁶ Vgl. dazu: Коммунистический Интернационал, Москва, № 9, 20 март 1935 года.

²⁷ Vgl. dazu u.a.: Pedro Milos Hurtado, *Frente Popular en Chile. Su configuración, 1935-1938*, Santiago de Chile 2008, oder auch: Hernán Venegas Valdebenito, *El Partido Comunista de Chile y sus políticas aliancistas. Del Frente Popular a la Unión Nacional Antifascista, 1935-1943*, in: *Revista de historia social y de las mentalidades*, Bd. 14 (2010).

²⁸ »Amauta« ist ein aus dem Quechua abgeleitetes Wort und bedeutet im weitesten Sinn »Meister« oder auch »Lehrer«. Es ist der bis heute in Lateinamerika gebräuchliche Ehrenname für José Carlos Mariátegui.

zeitweise nicht unwichtige Rolle bei der Entstehung der Volksfront in dem Andenland spielte.²⁹

Im Ergebnis der »Konferenz von Montevideo« rückte Brasilien in den letzten Monaten des Jahres 1934 und den ersten Monaten des Jahres 1935 nicht nur in politisch-konzeptioneller Hinsicht in den Mittelpunkt des Interesses der Moskauer Führung der Komintern.

Parallel zur redaktionellen Arbeit an der »Resolution« (und den übrigen Dokumenten der »Konferenz von Montevideo«) befaßten sich die zuständigen Gremien der Komintern nun auch konkret mit der Frage der personellen Unterstützung der KP Brasiliens, also mit dem Wunsch der brasilianischen Parteiführung, einige Berater der Komintern in das Land zu holen.

Am 5. November 1934 beschloß die Politische Kommission des Politischen Sekretariats des Exekutivkomitees der Komintern daher in einer außerordentlichen Sitzung, die insgesamt nur drei Tagesordnungspunkte umfaßte, auf Antrag von Dimitri Manuilski, den »Gen[ossen] Guralski nach Brasilien zu kommandieren.«³⁰

Einzelheiten zu diesem Beschluß sind nicht bekannt. Doch es ist offensichtlich, daß die Moskauer Gremien zu diesem Zeitpunkt keinesfalls die Absicht hatten, Arthur Ewert, der gerade erst in Montevideo eingetroffen war, um dort den Wiederaufbau des Südamerikanischen Büros der Komintern zu leiten, nach Brasilien zu entsenden.

Die Entscheidung zugunsten Guralskis hing ohne Frage mit der Tatsache zusammen, daß Guralski bereits seit Mitte 1930 ein sehr enges persönliches Verhältnis zu Luiz Carlos Prestes hatte und daß er im Ergebnis seiner mehrjährigen Tätigkeit in Südamerika generell unter den lateinamerikanischen Kommunisten ein hohes Ansehen genoß: Als er während der »Konferenz von Montevideo« erstmals das Wort ergriff, wurde er von den Delegierten mit minutenlangem stehendem Applaus und dem gemeinsamen Gesang der »Internationale« begrüßt, eine Ehre, die außer ihm nur Georgi Dimitrow zuteil wurde, der der Konferenz einen Kurzbesuch abstattete.³¹

Doch nur dreieinhalb Wochen nach der Entscheidung der Politischen Kommission, am 29. November 1934, wurde der Beschluß über die Entsendung von Guralski nach Brasilien de facto wieder aufgehoben. Wiederum auf Vorschlag von Manuilski wurde entschieden, Guralski rückwirkend »ab 20. Nov[ember 1934] einen Urlaub von anderthalb Monaten zu gewähren.«³² Zu dieser Zeit, das machen andere vergleichbare Beschlüsse deutlich, betrug die Urlaubsgewährung für Mitarbeiter des Apparates der Komintern für gewöhnlich eine Woche, in seltenen Fällen auch zwei Wochen. Ein Urlaub von anderthalb Monaten, wie er Guralski »gewährt« wurde, kam daher einer Suspendierung gleich.

²⁹ Vgl. dazu: Federico Prieto Celi, *El deportado. Biografía de Eudocio Ravines*, Lima 1979.

³⁰ Protokoll (B) Nr. 413, Moskau, 5. November 1934, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 4, Delo 319, Blatt 3.

³¹ Vgl. dazu: Jürgen Mothes, *Lateinamerika: Komintern-Politik gegenüber einer Großregion*, in: Jürgen Mothes, *Lateinamerika und der »Generalstab der Weltrevolution«*. Zur Lateinamerika-Politik der Komintern, herausgegeben von Klaus Meschkat und Olaf Kirchner, Berlin 2010, S. 111-193, hier: S. 159.

³² Protokoll (A) Nr. 415, Moskau, 29. November 1934, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 4, Delo 320, Blatt 1-3, hier: Blatt 2.

Tatsächlich erhielt Guralski wenige Wochen später, im Februar 1935, von der Parteiorganisation der Komintern eine »strenge Rüge«, weil er in den Jahren 1928 und 1929 den Kontakt zu Sinowjew nicht abgebrochen und diese Tatsache gegenüber den Führungsgremien der Komintern verschwiegen hatte.³³ Guralski blieb auch nach dieser Parteistrafe zunächst Mitarbeiter des Lateinamerikanischen Ländersekretariats der Komintern in Moskau, doch an eine erneute Entsendung ins Ausland war unter den nun gegebenen Umständen nicht mehr zu denken.³⁴

Luiz Carlos Prestes hatte Moskau bereits Ende Dezember 1934 in Begleitung von Olga Benario³⁵, seiner späteren Frau, verlassen und sich auf eine mehrmonatige Reise durch Europa und Nordamerika in Richtung Südamerika begeben, um seine »Moskauer Spuren« zu verwischen.³⁶ Seine streng geheime Ankunft in Brasilien war für Ende März 1935 geplant.

Nach dem »Ausfall« Guralskis mußte daher kurzfristig ein hochrangiger Ersatz gefunden werden, um die unmittelbare Präsenz der Komintern bei den bevorstehenden politischen Entwicklungen in Brasilien zu gewährleisten.

So fiel vermutlich Mitte oder Ende Februar 1935 in Moskau die Entscheidung, den Sitz des gesamten Südamerikanischen Büros der Komintern kurzfristig nach Rio de Janeiro zu verlegen, also Arthur Ewert nach Brasilien zu entsenden und ihn – neben der Leitung des Südamerikanischen Büros – mit der unmittelbaren Zusammenarbeit mit Luiz Carlos Prestes zu beauftragen.³⁷ Prestes selbst berichtete in einem Interview

³³ Vgl. dazu: José Gotovitch et Mikhaïl Narinski (dir.), *Le Komintern: L'histoire et les hommes. Dictionnaire biographique de l'Internationale communiste en France, en Belgique, au Luxembourg, en Suisse et à Moscou (1919-1943)*, Paris 2011, S. 313 f.

³⁴ Abram Guralski wurde im Mai 1935 aus dem Lateinamerikanischen Ländersekretariat entlassen und der KPdSU (B) »zur Verfügung« gestellt. Im darauffolgenden Jahr wurde er, wie bereits erwähnt, verhaftet und zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt.

³⁵ Olga Benario, geboren 1908 in München, hatte den Auftrag, die persönliche Sicherheit von Luiz Carlos Prestes zu gewährleisten. Ihre ersten einschlägigen Verdienste hatte sie bereits 1928 erworben, als sie – wie bereits geschildert – die Befreiung ihres damaligen Lebensgefährten Otto Braun (mit dem Arthur Ewert später in China zusammenarbeitete) aus dem Kriminalgericht in Berlin-Moabit organisierte und leitete. Nach ihrer anschließenden Flucht in die Sowjetunion erhielt sie dort eine umfassende militärische und paramilitärische Ausbildung. Obwohl bereits zahlreiche Bücher in mehreren Sprachen, vorwiegend Romane, über sie erschienen sind (u.a. Ruth Werner, *Olga Benario. Die Geschichte eines tapferen Lebens*, Berlin (DDR) 1961, Fernando Gomes de Moraes, *Olga*, São Paulo 1985, und Robert Cohen, *Exil der frechen Frauen*, Berlin 2009), fehlt noch immer eine Biographie, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügt.

³⁶ Die Reisedokumente, die die Komintern Luiz Carlos Prestes und Olga Benario zur Verfügung gestellt hatte, waren aus unverständlichen Gründen von so schlechter Qualität, daß sie im weiteren Verlauf der Reise zu einer Gefahr für die Sicherheit hätten werden können. Prestes nutzte daher während eines mehrwöchigen Aufenthaltes in Paris seine fortbestehenden Kontakte, um von einem portugiesischen Konsul, der mit den brasilianischen »Tenentistas« sympathisierte, echte portugiesische Pässe mit echten Fotos, aber falschen Namen, für sich und seine Begleiterin zu beschaffen.

³⁷ Ein entsprechender Beschluß ließ sich jedoch weder in den Protokollen des Sekretariats des EKKI noch in den Protokollen der Politischen Kommission des Sekretariats des EKKI aus dem ersten Halbjahr 1935 finden. Vgl. dazu: Политический секретариат (Политсекретариат) ИККИ, RGASPI-Komintern. Fonds 495. Opis 3. Dely 336 bis 341, und: Политкомиссия Политсекретариата ИККИ, RGASPI-Komintern. Fonds 495. Opis 4. Dely 334 bis 347. Allerdings sind in diesen Akten, anders als in den Protokollen der vorangegangenen Jahre, mit wenigen Ausnahmen keine sogenannten Protokolle (B) enthalten, die sich auf Vorgänge bezogen, die einer noch

im Juni 1988, daß Arthur Ewert aus Moskau die strikte Anweisung erhalten habe, sich »nicht in die inneren Angelegenheiten [der Kommunistischen Partei Brasiliens] einzumischen.« Er sollte der Führung der Partei lediglich auf deren Wunsch für »Konsultationen« zur Verfügung stehen. Die Übersiedlung der übrigen ausländischen Funktionäre nach Brasilien sei einzig der Tatsache geschuldet gewesen, daß das Südamerikanische Büro der Komintern in seiner Gesamtheit nun von Rio de Janeiro aus operieren sollte.³⁸

Am 7. März 1935 berichtete Arthur Ewert zum letzten Mal aus Buenos Aires. Er teilte den Führungsgremien der Komintern in Moskau mit, daß er sich nun auf den Weg nach Brasilien begeben würde. Am 26. März 1935 sandte er seine erste Information aus Rio de Janeiro – er übermittelte eine Deckadresse, um Briefpost empfangen zu können.³⁹

Die führenden Gremien der Komintern wollten, wie es die brasilianische Historikerin Marly de Almeida Gomes Vianna kurz und vor allem zutreffend formulierte, bei den sich ankündigenden Ereignissen in Brasilien »nicht abseits stehen«.⁴⁰ Mit der Verlegung des Südamerikanischen Büros nach Rio de Janeiro und der Benennung von Arthur Ewert als Berater von Luiz Carlos Prestes und der Kommunistischen Partei Brasiliens brachten sie zum Ausdruck, daß sie die Erwartungen und Hoffnungen ihrer brasilianischen Partner grundsätzlich teilten. Damit, so Marly de Almeida Gomes Vianna weiter, übernahmen sie in gewisser Weise eine »Mitverantwortung« für die nachfolgenden Entwicklungen.⁴¹ Sie waren jedoch keine Befehlsgeber, sie spielten nicht einmal die Rolle einer treibenden Kraft.

größeren Geheimhaltung als die Vorgänge unterlagen, die in den sogenannten Protokollen (A) behandelt wurden. Daher ist zu vermuten, daß der Beschluß über die Verlegung des Südamerikanischen Büros nach Rio de Janeiro in einem Protokoll (B) festgehalten wurde. Der Verbleib der fehlenden Protokolle (B) aus dem ersten Halbjahr 1935 ließ sich nicht klären.

³⁸ Marly de Almeida Gomes Vianna, a.a.O., S. 151.

³⁹ Vgl. dazu: William Waack, a.a.O., S. 115. In einem streng geheimen Bericht des britischen Geheimdienstes vom 29. Mai 1935 wurde vermerkt, daß Arthur Ewert bereits am 6. März 1935 in Rio de Janeiro eingetroffen sei. Vgl. dazu: Cross-reference from Most Secret report from S.I.S. re Arthur Ewert, May 31, 1935, The National Archives, Great Britain, Kew, KV 2/2336 307958, Blatt 20a.

⁴⁰ Insofern ist die eingangs zitierte Auffassung von Ronald H. Chilcote nicht völlig aus der Luft gegriffen. Er irrte sich jedoch in dem Sinne, wie im folgenden Kapitel gezeigt wird, daß die Ereignisse im November 1935 in Natal und Recife nicht unter der »Kontrolle« der KP Brasiliens bzw. von Luiz Carlos Prestes standen und daß auch der sich anschließende Aufstandsversuch in Rio de Janeiro Folge einer weitgehend spontanen Entscheidung war.

⁴¹ Marly de Almeida Gomes Vianna, a.a.O., S. 152.

Kapitel 23: Das Jahr 1935¹

Anfang April 1935 trafen sich Arthur Ewert und Luiz Carlos Prestes erstmals in Rio de Janeiro, wenige Tage später gab es eine erste Begegnung von Arthur Ewert mit der engeren Führung der KP Brasiliens.²

Einzelheiten über Verlauf und Ergebnisse dieser Treffen sind nicht überliefert. Doch es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die aktuelle Situation und die jüngsten Entwicklungen in Brasilien im Mittelpunkt der Gespräche standen.

Im Verlaufe des Jahres 1934 hatte sich die politische Lage in Brasilien auf dramatische Weise zugespitzt. In großen Teilen der Bevölkerung machte sich eine tiefe Enttäuschung über das Ausbleiben der sozialen Veränderungen breit, die die Protagonisten der »Revolution von 1930«, und insbesondere Staatspräsident Getúlio Vargas, zugesichert hatten.

Weder die Arbeit der »Constituente«, der Verfassunggebenden Versammlung, die am 16. Juli 1934 nach achtmonatiger Tätigkeit eine neue und in vielen Details bemerkenswert fortschrittliche Verfassung³ in Kraft setzte, noch die Umstände der Wiederwahl von Getúlio Vargas als Staatspräsident durch die Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung am 17. Juli 1934 waren dazu angetan, die allgemeine politische Unruhe einzudämmen und das Vertrauen in die Stabilität der Regierung zu stärken.

¹ In einer ersten Konzeption sollte dieses Kapitel den Titel »Intentona Comunista« (deutsch etwa: »Kommunistischer Putschversuch«) erhalten. Das ist der in der offiziellen, also staatsnahen brasilianischen Geschichtsschreibung regelmäßig verwendete Begriff für die in diesem Kapitel geschilderten Ereignisse des Novembers 1935. Allerdings wird in diesem Kapitel gezeigt werden, daß es sich nicht um einen »kommunistischen« Putschversuch handelte, sondern um einen Aufstandsversuch von »Tenentistas«, die zwar zu einem großen Teil in der KP Brasiliens organisiert waren bzw. der KP Brasiliens nahestanden, doch in der Praxis den traditionellen putschistischen Tendenzen ihrer Bewegung folgten und dabei keine »kommunistischen«, sondern »antiimperialistische« Ziele vertraten.

Zum Ursprung und zur Geschichte der Verwendung des Begriffes »intentona comunista« siehe auch: Rodrigo Pato Sá Motta, A »intentona comunista« ou a construção de uma legenda negra, in: Tempo, Rio de Janeiro, Vol. 7, Nr. 13 (2002).

Persönliche Anmerkung: Es wäre aus sprachwissenschaftlicher Sicht sicher interessant, die unterschiedlichen Schreibweisen »Intentona Comunista« und »intentona comunista« zu untersuchen. Während meines Studiums an der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock Ende der 1970er Jahre hatte ich einen aus Peru stammenden Spanischlehrer, der größten Wert darauf legte, und sehr energisch werden konnte, wenn das nicht geschah, daß in spanischsprachigen Texten über die Pinochet-Diktatur in Chile das Wort "junta" immer klein geschrieben wurde. Denn, so seine Argumentation, würde das Wort groß geschrieben werden, würde es eine offizielle und legitime Regierungskörperschaft beschreiben. Es dürfe aber nicht sein, daß Gegner der Diktatur durch solche Gedankenlosigkeit die Diktatur legitimieren würden. (Unter diesem Aspekt unterscheiden sich die spanische und die portugiesische Sprache nicht voneinander.)

² Arthur Ewert und Luiz Carlos Prestes hatten sich nachweislich zuletzt im September 1931 in Montevideo, unmittelbar vor der Abreise von Prestes nach Moskau, getroffen. Es ist nicht überliefert, ob es auch eine Begegnung im Spätsommer 1934 in Moskau gab.

³ Die Verfassung vom 16. Juli 1934 enthielt ausgesprochen fortschrittliche Elemente. So wurde die Möglichkeit eingeräumt, Banken und Bergbauunternehmen zu verstaatlichen, vor allem aber wurde mit dem Artikel 138 der Staat zu angemessenen Sozialleistungen, insbesondere für kinderreiche Familien, und das betraf den übergroßen Teil der städtischen und ländlichen Bevölkerung, verpflichtet. Vgl. dazu: Constituição da República dos Estados Unidos do Brasil (de 16 de Julho de 1934), in: www.planalto.gov.br/ccivil_03/Constituicao/Constitui%C3%A7ao34.htm (18. Juni 2013, 12.30 Uhr)

Bereits in seiner Antrittsrede als neugewählter Staatspräsident hatte Vargas, dessen Anhänger in der »Constituente« die größte Fraktion gestellt hatten, die neue Verfassung, auf die er gerade erst seinen Amtseid geleistet hatte, als »zu liberal« kritisiert. Er bemängelte insbesondere das Fehlen eines ausreichenden Instrumentariums für den Kampf gegen die »Subversion«, die nach seiner Ansicht Brasilien akut bedrohen würde.⁴

So setzte er umgehend die Verabschiedung eines »Gesetzes über die Nationale Sicherheit« auf die politische Tagesordnung, mit dem die durch die neue Verfassung gerade erst garantierten bürgerlichen Rechte und Freiheiten jederzeit durch einen einfachen Verwaltungsakt der Regierungsbehörden aufgehoben werden konnten. Sehr schnell war daher in der demokratischen Öffentlichkeit Brasiliens von einem »Lei Monstro«, einem »Monstergesetz«, die Rede, gegen das sich in großen Teilen der Bevölkerung massiver Widerstand regte.

Denn angesichts der Tatsache, daß die »Integralistas«, die brasilianischen Faschisten, immer dreister auftraten und die Regierungsbehörden nicht bereit waren, den zunehmenden Gewaltakten der »Grünhemden«, wie die »Integralistas« wegen ihrer Uniformen umgangssprachlich genannt wurden, wirksam entgegenzutreten, konnte kein Zweifel daran bestehen, daß sich das »Lei Monstro« vor allem gegen die Kritiker und Gegner der Regierung Vargas richten würde.

Vor diesem Hintergrund entstand im Oktober 1934 die »Comissão Jurídica e Popular de Inquérito«, die »Juristische Volksuntersuchungskommission«. Zu den Organisatoren gehörten nicht nur Anwälte, die der Kommunistischen Partei angehörten oder der Partei politisch nahestanden, sondern auch und vor allem Juristen, die nicht dem linken politischen Spektrum zuzurechnen waren. Sie sahen ihre Aufgabe darin, die Gewalttaten der »Integralistas« und der Polizeibehörden gegen antifaschistische Kräfte aufzudecken und, wo immer möglich, für eine strafrechtliche Verfolgung zu sorgen. Und sie garantierten all jenen Menschen juristischen Beistand, die wegen ihres antifaschistischen Engagements von den Polizei- und Justizbehörden verfolgt wurden.⁵

Anfang 1935 wurde die Volksuntersuchungskommission zur Keimzelle der größten Volksfrontorganisation, die es jemals in Brasilien gab, der »Aliança Nacional Libertadora« (ANL).⁶

Ein genaues Gründungsdatum der »Aliança« ist genauso wenig überliefert wie die konkreten Umstände ihrer Entstehung. Doch unbestritten ist, daß sich die »Nationale Befreiungsallianz« in den nachfolgenden Wochen und Monaten sehr schnell zu einem bedeutenden Faktor in der politischen Landschaft Brasiliens entwickelte.

Am 17. Januar 1935 wurde die »Aliança Nacional Libertadora« erstmals in der Öffentlichkeit erwähnt. Der Abgeordnete Gilberto Gabeira⁷ erklärte an diesem Tag in einer

⁴ Vgl. dazu: Robert M. Levine, Perspectives on the Mid-Vargas Years 1934-1937, in: Journal of Interamerican Studies and World Affairs, Vol. 22, No. 1. (February 1980), S. 57-80.

⁵ Vgl. dazu u.a.: Ricardo Figueiredo de Castro, A Frente Única Antifascista (FUA) e o antifascismo no Brasil (1933-1934), in: Topoi, Rio de Janeiro, Dezembro 2002, S. 354-388.

⁶ Vgl. dazu: Marly de A. G. Vianna, As Rebeliões de Novembro de 1935, in: Revista Novos Rumos, No. 34 (2001), S. 3-40, hier: S. 7.

Rede vor dem Bundesparlament in Rio de Janeiro: »Es wächst die Empörung des Volkes gegen die politische und wirtschaftliche Versklavung Brasiliens. Die Fesseln, die die produktiven Kräfte und die Energie des brasilianischen Volkes knebeln, also der Imperialismus und der Großgrundbesitz, werden zerschmettert werden. [...] Die Volksmassen marschieren weiter im Kampf um die Demokratie. Die [geplanten] Gesetze zur Unterdrückung und zur Knebelung [der Volksmassen] werden dem Kampf um demokratische Freiheiten neue Impulse verleihen. Die Nationale Befreiungsallianz wird die breiten Volksmassen koordinieren, sie ist die Widerspiegelung der revolutionären Traditionen Brasiliens, des Kampfes um demokratische Rechte.«⁸

Am 12. März 1935 wurden die Statuten der ANL bestätigt, auf deren Grundlage am selben Tag ein Nationales Provisorisches Direktorium gewählt wurde. Präsident der neuen Organisation wurde Herculino Cascardo, ein »Tenentista«, der sich im Jahre 1924 als Kommandant des revoltierenden Kreuzers »São Paulo« persönlichen Ruhm erworben hatte. Sekretär, und damit verantwortlich für die täglichen politischen und organisatorischen »Geschäfte«, wurde zunächst Francisco Mangabeira, ein Jurastudent, der Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes war. Wenige Wochen später folgte ihm Roberto Sisson im Amt, Mitglied der Kommunistischen Partei und wie Herculino Cascardo Marineoffizier und »Tenentista«.

Am 30. März 1935 fand im Theater »João Caetano« in Rio de Janeiro die offizielle Gründungsveranstaltung der ANL statt.⁹ Bei dieser Gelegenheit wurde das Gründungsmanifest der »Aliança« der Öffentlichkeit vorgestellt. In dem Dokument wurden in allgemeinen Worten der »Imperialismus«, also das Wirken ausländischer Mächte, und der Großgrundbesitz für alle Übel Brasiliens verantwortlich gemacht. »Doch in diesem Moment«, so hieß es in dem Text weiter, »erhebt sich unsere Nation im Kampf um ihre Rechte, ihre Freiheit und ihre Unabhängigkeit. Und deshalb entsteht die ANL, um diese große und unbesiegbare Bewegung zu führen.«¹⁰

Unbestrittener Höhepunkt der Veranstaltung war die per Akklamation vollzogene Wahl des abwesenden Luiz Carlos Prestes, dessen unmittelbar bevorstehende Rückkehr nach Brasilien aus Gründen der Konspiration streng geheimgehalten wurde, zum Ehrenpräsidenten der ANL.

Dieser Schritt trug maßgeblich zur schnell wachsenden Popularität der »Aliança Nacional Libertadora« bei. Mehr noch, die Wahl von Prestes an die Spitze der ANL erwies sich als der entscheidende Faktor, durch den sich das in Gestalt der ANL manifestierte faktische, aber niemals so benannte politische Bündnis zwischen dem lin-

⁷ Gabeira war als einer von vierzig Vertretern der sogenannten Berufsgruppe der Angestellten in die Verfassungsgebende Versammlung gewählt worden. Weitergehende biographische Angaben waren nicht zu ermitteln.

⁸ *Diário do Poder Legislativo*, Rio de Janeiro, 18 de Janeiro de 1935, S. 388 f., so zitiert in: Anita Leocádia Prestes, Luiz Carlos Prestes e a Aliança Nacional Libertadora. Os caminhos da luta antifascista no Brasil 1934-35, São Paulo 2008, S. 80.

⁹ Vier Tage später, am 3. April 1935, trat das umstrittene »Lei Monstro«, das »Gesetz über die Nationale Sicherheit«, in Kraft. Ob tatsächlich ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den beiden Ereignissen bestand oder ob es sich um einen Zufall handelte, ist in der Literatur umstritten.

¹⁰ So zitiert in: Marly de Almeida Gomes Vianna, *Revolucionários de 1935. Sonho e realidade*, São Paulo 2007, S. 161.

ken Flügel der »Tenentistas« und der Kommunistischen Partei Brasiliens entwickeln und – zumindest zeitweilig – stabilisieren konnte.

Doch weder Prestes selbst noch die Führung der KPB erkannten und begriffen, daß Prestes, der seit dem Marsch der nach ihm benannten »Coluna« in großen Teilen der brasilianischen Bevölkerung eine beinahe religiöse Verehrung genoß, für die übergroße Mehrzahl seiner Anhänger nicht wegen, sondern trotz seiner Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei als gefeierte Führerfigur und als Leitbild akzeptiert wurde. Es war sein legendärer Ruf als »Ritter der Hoffnung«, der seinen Einfluß auf den politischen Kurs und damit die Geschehnisse der »Aliança« bestimmte.

Nach der offiziellen Gründung der »Aliança« schlossen sich innerhalb weniger Wochen Zehntausende Menschen – Arbeiter und Bauern, vor allem aber Angestellte, Kaufleute und kleine Unternehmer, Ärzte, Juristen und Militärs – der neuen Organisation an. Zahlreiche Gewerkschaften und andere Berufsverbände wurden, obwohl die einschlägige Gesetzgebung das ausdrücklich verbot, korporative Mitglieder der ANL. Überall in den Bundesstaaten entstanden regionale Organisationen und Büros der »Aliança«.

Kundgebungen, Demonstrationen und andere Massenveranstaltungen der ANL mit großen Teilnehmerzahlen in vielen Teilen Brasiliens erweckten nicht nur in den eigenen Reihen sehr schnell den Eindruck, daß hier eine gut organisierte und kampfbereite politische Bewegung im Entstehen und Wachsen war.

Ungeachtet der Tatsache, daß viele Kommunisten von Anfang an in der ANL und ihren leitenden Gremien mitarbeiteten und wesentliche programmatische Aussagen mit den Forderungen der Kommunistischen Partei übereinstimmten, gab es in der Führung der KP Brasiliens über Monate hinweg große Unklarheit über die ANL und den angemessenen Umgang mit der neuentstandenen Volksfrontorganisation.¹¹

Deutlich wurde das nicht zuletzt in den Diskussionsreden der beiden Abgesandten der KP Brasiliens, die im August 1935 vor dem Plenum des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale in Moskau sprachen und über die Entwicklungen im Verhältnis der KP Brasiliens zur »Aliança« berichteten.¹²

¹¹ Anita Leocádia Prestes behauptet sogar, daß die programmatischen Aussagen der KPB die entscheidende Grundlage für die Formulierung des Gründungsmanifests der ANL gewesen seien. Vgl. dazu: Anita Leocádia Prestes, a.a.O., S. 73 ff.

¹² Verlauf und Ergebnisse des VII. Weltkongresses hatten auf die nachfolgenden Entwicklungen in Brasilien keinen Einfluß. Zwar wurde die Nationale Befreiungsallianz in mehreren Reden gewürdigt, u.a. von dem Chinesen Wang Ming, der nach der Verhaftung von Sinani, also Georgi Skalow, im März 1935 kurzfristig die Leitung der lateinamerikanischen Angelegenheiten übernommen hatte. Doch fand zum Beispiel die Tatsache, daß die ANL zum Zeitpunkt des Weltkongresses bereits verboten war, in Moskau offiziell keine Erwähnung. Prestes und Ghioldi wurden in Abwesenheit als Mitglied bzw. Kandidat des EKKI in die unmittelbare Führung der Komintern gewählt, wobei zumindest im Fall von Prestes im Rahmen der offiziellen Berichterstattung der Anschein einer persönlichen Anwesenheit in der sowjetischen Hauptstadt erweckt wurde. Arthur Ewert, der dem EKKI seit 1928 als Kandidat angehört hatte, jedoch seit Mitte 1929 an dessen Arbeit nicht mehr teilnehmen durfte, wurde, kaum überraschend, nicht wieder gewählt. Auf die Zusammenarbeit zwischen Luiz Carlos Prestes, Rodolfo Ghioldi und Arthur Ewert hatte das keinerlei Auswirkungen.

Ein Delegierter, der im Protokoll nur als Genosse Marques¹³ bezeichnet wurde, erklärte damals: »Der Partei gehört schließlich die Initiative bei der Schaffung der Allianz für nationale Befreiung.« Dann aber: Wir »wußten nicht, was mit der Allianz für nationale Befreiung anzufangen [sei], [wir] fürchteten, daß diese unsere eigene Autorität untergraben könnte.«¹⁴

Und sein Genosse Fernando Lacerda stellte fest: »Wir gingen so weit, der Nationalen Befreiungsallianz damit zu drohen, daß wir den Kampf gegen sie aufnehmen würden, falls sie versuchen sollte, die Macht zu übernehmen, da wir der Ansicht waren, dies würde zur Bildung einer starken Regierung mit faschistischem Charakter führen [...] Wir wußten nicht, was wir mit der Nationalen Befreiungsallianz anfangen sollten, die der Kommunistischen Partei zum Trotz auf die Machtergreifung ausging.«¹⁵

Erst im Ergebnis eines längeren Klärungsprozesses, der seinen abschließenden Höhepunkt auf der Tagung des ZK der KP Brasiliens vom 18. bis 20. Mai 1935 hatte, konnte die Führung der Partei ihr Verhältnis zur brasilianischen Volksfrontbewegung korrigieren.¹⁶

Erstaunlicherweise hatte Arthur Ewert persönlichen Anteil an der anfänglichen Konfusion. Denn er hatte, offensichtlich in Unkenntnis wesentlicher Details der neuen Moskauer Politik¹⁷, aber mit der Autorität eines offiziellen Vertreters der Komintern, noch im Mai 1935 die Auffassung vertreten, daß die unmittelbare Aufgabe der KP Brasiliens in der Errichtung einer »Sowjetregierung« bestehen würde. In diesem Sinne hatte er am 1. Mai 1935 in der Zeitung der KP Brasiliens einen umfangreichen Artikel unter dem Titel »Einige Aspekte der Frage der Sowjets in Brasilien« veröffentlicht, den er, wie spätere Artikel auch, mit dem Kürzel »B.B.B.« zeichnete.¹⁸ Eine Volks-

¹³ Dabei handelte es sich um den Gewerkschafts- und Jugendfunktionär Valdivino Barbosa Laureiro Marques, der bereits im September 1934 als Delegierter zum VII. Weltkongreß nach Moskau gekommen war und seit Januar 1935 Student des Marx-Lenin-Stalin-Instituts in Moskau war. Zum Zeitpunkt seines Auftretens vor dem VII. Weltkongreß war also bereits mehr als ein Jahr seit seiner Abreise aus Brasilien vergangen. Er konnte sich bei seiner Diskussionsrede daher nicht auf eigenes Erleben, sondern nur auf Berichte Dritter stützen. Vgl. dazu auch: Michael Buckmiller und Klaus Meschkat (Hrsg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, Datenbankeintrag zu Valdivino Barbosa Laureiro Marques auf beiliegender CD-ROM.

¹⁴ So zitiert in: Boris Goldenberg, Kommunismus in Lateinamerika, Stuttgart, Berlin, Köln und Mainz 1971, S. 213.

¹⁵ So zitiert in: Ebenda. Fernando Lacerda hatte der brasilianischen Delegation, die im September 1934 nach Moskau gekommen war, nicht angehört. Er traf erst im Mai 1935 zur medizinischen Behandlung in der sowjetischen Hauptstadt ein.

¹⁶ Aus Sicherheitsgründen nahmen weder Luiz Carlos Prestes noch Arthur Ewert an dieser und den nachfolgenden Tagungen des ZK der KPB teil.

¹⁷ Es ist zum Beispiel nicht bekannt, ob, und gegebenenfalls wann, Arthur Ewert offiziell über die »Resolution der Konferenz der Kommunistischen Parteien Südamerikas und der Karibik über die Lage in Brasilien und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Brasiliens« (Резолюция конференции стран юка о положении в Бразилии и задачах КПБ, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 29, Delo 80, Blatt 1-27.) informiert wurde.

¹⁸ Nach der Verhaftung von Arthur Ewert Ende Dezember 1935 wurden deutschsprachige Entwürfe dieses und anderer Artikel in seiner Wohnung in Rio de Janeiro gefunden, so daß ihm diese Artikel zweifelsfrei zugeordnet werden können. Vgl. dazu: Enclosure No. 1 to Despatch No. 940 of January 29, 1936. From Embassy - Rio de Janeiro, FBI-Akte 800.00 B - Ewert, Arthur (nicht paginiert).

front, wie sie sich in Gestalt der »Aliança Nacional Libertadora« zeigte, hatte Arthur Ewert in seinem Artikel nicht vorgesehen.¹⁹

Etwa zeitgleich befaßte sich in Moskau das Lateinamerikanische Ländersekretariat äußerst kritisch mit der Politik der KP Brasiliens. In diesem Zusammenhang wurde die Notwendigkeit einer neuen »Zentrallosung« betont, mit der die KPB der weiter wachsenden Rolle der »Aliança Nacional Libertadora« Rechnung tragen sollte. Konkreter Anlaß war ein Aufruf in der Parteizeitung »A Classe Operária« vom 10. April 1935 gewesen, der auf der selben Seite wie der Bericht über die Gründungsversammlung der ANL und die Wahl von Luiz Carlos Prestes zum Ehrenpräsidenten erschienen war. In dem Aufruf hieß es, weitgehend losgelöst von den gesellschaftlichen Realitäten: »Die Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen müssen im Kampf an der Spitze marschieren. Sie müssen sich auf die Übernahme der Macht und die Errichtung einer Sowjetregierung vorbereiten. Die Kommunistische Partei muß ihre Kräfte sammeln, um in kürzester Zeit die politische Macht übernehmen und verteidigen zu können.«²⁰

In einem Dokument vom 14. Mai 1935 mit dem Titel »Memorandum und Vorschläge des Lateinamerikanischen Sekretariats zur Frage der Lage in Brasilien und der Zusammensetzung des Südamerikanischen Sekretariats« wurde deshalb festgestellt: »Nach den jüngsten Erklärungen der Leitung der KP Brasiliens [...] zu urteilen, hat die Parteileitung einen erheblichen Rückschritt zu verzeichnen, was [...] bei einem Vergleich [...] mit den von der gesamten brasilianischen Delegation einmütig und einstimmig angenommenen Beschlüssen der Lateinamerikanischen Konferenz ins Auge springt. Wie bekannt, hat die Konferenz der lateinamerikanischen kommunistischen Parteien als Zentrallosung – vor der Bildung der Nationalen Befreiungsallianz – die Losung der Schaffung einer provisorischen nationalrevolutionären Regierung herausgegeben, die sich auf die breiteste Volks-Einheitsfront stützt und die Vertreter einer Reihe antiimperialistischer Organisationen und Parteien, unter anderem auch der [...] Tenentisten, [...] in sich [ein]schließt. [...] Wenn die Partei in diesem Moment die Losung der nationalen Volksrevolution zurückzieht und zu den propagandistischen Losungen »Die Macht der Kommunistischen Partei« und »Die Macht den Räten« übergeht, wenn sie diese Losungen der Losung »Alle Macht der Nationalen Allianz« entgegenstellt [...], wenn sie den Gedanken einer »reinen« kommunistischen Regierung gegen die Allianz aufstellt, so wird das unvermeidlich zur Isolierung der Kommunistischen Partei von den Massen, zur Auslieferung der Führung der Bewegung und der Allianz in die Hände der Bourgeoisie führen.«²¹

»Diese Fehler sind«, so hieß es in dem Schreiben weiter, »[...] zweifellos auf Weisungen zurückzuführen, die die Leitung der KP Brasiliens von Seiten unserer zwei Bevollmächtigten erhalten hat.« Damit waren ganz offensichtlich Arthur Ewert, der allerdings an keiner Stelle des mehrseitigen Dokuments namentlich genannt wurde, und

¹⁹ Alguns aspectos da questão dos Soviets no Brasil, in: A Classe Operária, Rio de Janeiro, 1º de Maio de 1935.

²⁰ Avança a crise revolucionária no Brasil, in: A Classe Operária, Rio de Janeiro, 10 de Abril de 1935.

²¹ Dieses und die nachfolgenden Zitate aus: Memorandum und Vorschläge des Lateinamerikanischen Sekretariats zur Frage der Lage in Brasilien und der Zusammensetzung des Südamerikanischen Sekretariats, Moskau, 14. Mai 1935, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 29, Delo 79, Blatt 11-14.

Rodolfo Ghioldi gemeint, gegen den sich die Moskauer Kritik mit ihrer ganzen Wucht und Schärfe richtete.

Denn Rodolfo Ghioldi hatte erst wenige Wochen zuvor in einem »Offenen Brief« an die KP Argentiniens, so wurde in dem »Memorandum« erläutert, »den Kampf um die Hegemonie des Proletariats dem Kampf um die Schaffung einer breiten Volksfront« entgegengestellt. Damit sei er letztlich für eine »Einheitsfront [nur] von unten« eingetreten. Er habe die Ansicht vertreten, daß »die Einheitsfront in Argentinien lediglich in Verbindung mit der Machtergreifung in den einzelnen Orten und der Schaffung einer Sowjetmacht in den einzelnen Bezirken Argentiniens aufgerichtet werden« könne.

Ghioldi hatte also den Fehler begangen, weiterhin jene Politik zu vertreten, die vom VI. Weltkongreß der Komintern im Sommer 1928 beschlossen und zuletzt im Dezember 1933 von der Dreizehnten Tagung des EKKI bekräftigt worden war. Er war offensichtlich nicht bereit und in der Lage gewesen, den nun auf der Tagesordnung stehenden Kurswechsel mit der geforderten »Geschmeidigkeit« zu vollziehen. Allerdings hatte Rodolfo Ghioldi, anders als Arthur Ewert, der sich zu dieser Zeit bereits wieder in Südamerika befand, eine maßgebliche Rolle bei der Erarbeitung und Formulierung des neuen politischen Kurses im Rahmen der Dritten Konferenz der Kommunistischen Parteien Südamerikas und der Karibik im Herbst 1934 in Moskau gespielt.²²

Die verschiedenen Maßnahmen, die das Lateinamerikanische Ländersekretariat vorschlug, hätten, wären sie tatsächlich umgesetzt worden, dramatische Konsequenzen gehabt.²³ Unter ausdrücklichem Hinweis auf seine »Einstellung in der argentinischen Frage und die hartnäckige Nichtausführung der kategorischen und absolut klaren telegraphischen Anweisungen« wurde dringend empfohlen, Rodolfo Ghioldi nach Argentinien zurückzuschicken, um ihm dort »die Möglichkeit zu geben, seine Fehler zu korrigieren«, wobei »zu berücksichtigen [sei], daß angesichts der in Brasilien heranreifenden Revolution seine zähe sektiererische Haltung überaus gefährlich werden« könnte.

Völlig unklar bleiben zwei weitere Aussagen in dem Moskauer Papier.

In dem »Memorandum« wurde zunächst verlangt, die »Auswahl von Genossen für das zu schaffende Südamerikanische Büro [...] zu beschleunigen.« Diese Forderung

²² Einen solchen Fehler beging Rodolfo Ghioldi (1897-1985) in der Folge nicht mehr. Er war nunmehr bis zum Ende seines Lebens jederzeit bereit, die geforderten politischen Kurswechsel mit der geforderten Schnelligkeit zu vollziehen. Es gibt erstaunlicherweise noch keine Biographie von Rodolfo Ghioldi, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügt. Bisher sind lediglich eine weitgehend unkritische Untersuchung über die Rolle vom Ghioldi im Jahre 1935 in Brasilien (vgl. dazu: Jaime Marín, *Misión secreta en Brasil. El argentino Rodolfo Ghioldi en la insurrección nacional-liberadora de 1935 liderada por Prestes*, Buenos Aires 1988) sowie ein vom argentinischen Parlament in Auftrag gegebener, ebenfalls weitgehend unkritischer biographischer Abriss erschienen, der vor allem Lebensdaten nennt, auf eine Bewertung aber verzichtet (vgl. dazu: Juan Enrique Azcoaga, *Rodolfo Ghioldi - un luchador social*, Buenos Aires 1999).

²³ Es ist nicht klar, für wen das »Memorandum« eigentlich bestimmt war. Am Ende des letzten Blattes sind handschriftlich die abgekürzten Namen von Dim[itrow], [Man]juilski und P[atn]itzki vermerkt, versehen mit einem Ausrufungszeichen. Das könnte ein Hinweis darauf sein, daß das Papier diesen drei Spitzenfunktionären der Komintern (zur Entscheidung?) vorgelegt werden sollte.

steht in klarem Widerspruch zu allen überlieferten Berichten, denen zufolge das Südamerikanische Büro im März 1935 von Montevideo nach Rio de Janeiro verlegt wurde und seine Tätigkeit von der brasilianischen Hauptstadt aus fortsetzte.

Noch unverständlicher wird das »Memorandum«, wenn man dessen zusammenfassende Schlußfolgerung betrachtet: »Gelingt es nicht, die mit der Auswahl geeigneter Genossen für das zu schaffende Südamerikanische Büro zusammenhängenden Schwierigkeiten rasch zu überwinden, so halten wir es für zweckmäßiger, die gesamte Leitung der brasilianischen Angelegenheiten in den Händen von Keiross [richtig: Queiroz, d.i. Antônio Maciel Bonfim], Prestes und Bangu [d.i. Lauro Reginaldo da Rocha] zu konzentrieren.«

Ganz abgesehen davon, daß von Arthur Ewert und seiner Tätigkeit als Leiter des Südamerikanischen Büros der Komintern bzw. seiner weiteren Verwendung in dem »Memorandum« erstaunlicherweise keine Rede war, hätte eine Umsetzung der in dem Papier unterbreiteten Vorschläge de facto einen vollständigen Rückzug der Komintern aus Brasilien bedeutet, und das in einem Augenblick, in dem auch von »Moskau« das baldige »Heranreifen einer Revolution« unterstellt wurde.²⁴

Doch blieb das Moskauer »Memorandum« ohne personelle Konsequenzen. Luiz Carlos Prestes, Rodolfo Ghioldi und Arthur Ewert konnten ihre Arbeit gemeinsam fortsetzen, was sich nicht zuletzt in der Tatsache zeigte, daß sie ihre Briefe an die Führung der brasilianischen KP auch weiterhin mit dem Kürzel »GIN« unterzeichneten. Dabei stand das »G« für »Garoto« [d.i. Luiz Carlos Prestes], das »I« für »Índio« (d.i. Rodolfo Ghioldi) und das »N« für »Negro« [d.i. Arthur Ewert].²⁵

In politischer Hinsicht zeigte die Moskauer Kritik allerdings Wirkung.²⁶ So korrigierte nicht nur die Führung der KP Brasiliens ihre bisherige Position, auch Arthur Ewert vertrat jetzt aktiv die neue »Zentrallosung«. Am 20. Juni 1935 veröffentlichte er in »A Classe Operária« einen Artikel unter dem Titel »All unsere Kraft für die Schaffung einer nationalrevolutionären Volksregierung in Brasilien«, in dem er nunmehr feststellte, daß in Brasilien zunächst die »bürgerlich-demokratische Etappe« der Revolution auf der Tagesordnung stehen würde, in der die »Sowjets«, also die »Räte«, noch keine Rolle spielen würden. »Uns genügt es nicht«, so Arthur Ewert, »wenn im Innern einiger Bundesstaaten in einigen kleinen Gebieten die Sowjetmacht errichtet wird. Wir wollen die breiten Massen der Werktätigen, die großen Massen des brasilianischen Volkes durch die verschiedenen Etappen der bürgerlich-demokratischen Revolution bis zum entscheidenden Sieg über die in- und ausländischen Ausbeuter führen. Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Partei mit größter Energie für die Schaffung einer breitestmöglichen Volksfront gegen den Imperialismus, den Integralismus und den Feudalismus wirken.« Dabei bleibe jedoch die Errichtung der Sowjetmacht der Arbei-

²⁴ Auch dies kann als Indiz dafür gelten, daß es sich bei den brasilianischen Ereignissen des Jahres 1935 um kein »Projekt« der Komintern handelte, das von »Moskau« gesteuert oder auch nur aktiv vorangetrieben wurde.

²⁵ Vgl. dazu: Marly de Almeida Gomes Vianna, a.a.O., S. 186.

²⁶ Anita Leocádia Prestes berichtet von einem Moskauer Telegramm vom 13. Mai 1935 an das ZK der KPBr, in dem die Losung »Alle Macht den Sowjets« kritisiert worden sei. Allerdings gibt sie als Quelle nur das Komintern-Archiv, nicht aber einen genauen Bestand an. Vgl. dazu: Anita Leocádia Prestes, a.a.O., S. 108.

ter, Bauern und Soldaten die große strategische Aufgabe der Kommunistischen Partei.²⁷

Am 13. Mai 1935 wurde auf einer öffentlichen Veranstaltung in Rio de Janeiro unter dem begeisterten Beifall der mehr als zehntausend Teilnehmer ein Offener Brief von Luiz Carlos Prestes an Herculino Cascardo, den Präsidenten der »Aliança Nacional Libertadora«, verlesen. Mit diesem Brief, der angeblich am 25. April 1935 in Barcelona verfaßt worden war, akzeptierte Prestes offiziell die Ehrenpräsidentschaft der ANL. De facto übernahm er damit die politische Führung der Organisation, nachdem sein Einfluß in den vorangegangenen Wochen und Monaten eher symbolischen Charakter gehabt hatte.

Bemerkenswert ist, daß sich Prestes mit diesem Brief vor allem an seine Weggefährten aus früheren Zeiten wandte, »an die heldenhaften Kämpfer von 1922 und 1924, an die vielen namenlosen [Kämpfer], die am Marsch der »Kolonnen« teilnahmen und mehr als zwei Jahre lang mit der Waffe in der Hand gegen die Tyrannei von [Artur da Silva] Bernardes kämpften; an die ehrenhaften Revolutionäre von 1930, die [damals] von jenen [Leuten] elend betrogen wurden, von denen sie heute verfolgt und tyrannisiert werden.«²⁸

Dies entsprach seinem beinahe schon verzweifelten Wunsch, die »Coluna Prestes« der Jahre 1924 bis 1927 wiederzubeleben und zum entscheidenden Akteur der kommenden Ereignisse zu machen. Im Grunde bestimmte dieser Wunsch – bewußt oder unbewußt – sein gesamtes politisches Handeln.

Mit seinem Brief gelang es Prestes, eine wesentliche »Lücke« in der Programmatik der ANL zu schließen. Zwar gab es in den einschlägigen Dokumenten der ANL bereits die Forderung nach einer grundlegenden Umgestaltung der brasilianischen Gesellschaft, doch die Frage der politischen Macht wurde von der »Aliança« bisher nicht explizit gestellt. Mehr noch, es wurde nachdrücklich betont, daß die »Aliança« ausschließlich im Rahmen der geltenden Verfassung handeln würde. Die ANL hatte zwar ein Regierungsprogramm vorgelegt, jedoch zu keinem Zeitpunkt erklärt, wie nach ihrer Vorstellung eine Regierungsübernahme erfolgen könnte bzw. sollte.

Mit seiner Wahl zum Ehrenpräsidenten, so Luiz Carlos Prestes in dem Brief an Herculino Cascardo, habe die ANL nun einen »kämpferischen und revolutionären anti-imperialistischen Charakter« angenommen. Und weiter: »In Brasilien nähern sich die Tage der entscheidenden Kämpfe, und es ist die Aufgabe der ANL, die Massen für den historischen Moment, dem wir entgegengehen, zu mobilisieren und zu organisieren. [...] Es ist keine Zeit zu verlieren. [...] Das Geheimnis des Erfolges [der ANL] besteht darin, [...] daß es ihr gelungen ist, sehr schnell von der Agitation zur Aktion überzugehen. Wir müssen jetzt zügig und entschlossen handeln. [...] Unter den gegenwärtigen Bedingungen Brasiliens kann die ANL sehr schnell zu einer großen nationalrevolutionären Organisation werden, die in der Lage ist, dem Kampf der Massen

²⁷ Todas as Nossas Forças pela Instauração de um Governo Popular-Nacional-Revolucionário no Brasil, in: A Classe Operária, Rio de Janeiro, 20 de Junho de 1935.

²⁸ Carta de Luiz Carlos Prestes à ANL, dirigida a seu Presidente, Herculino Cascardo, Barcelona, 25 de abril de 1935, in: Edgard Carone, A Segunda República (1930-1937), São Paulo 1973, S. 425-430, hier: S. 425.

in ganz Brasilien die entscheidenden Impulse für die Errichtung einer nationalrevolutionären Volksregierung zu geben.«²⁹

Gewollt oder ungewollt sorgte Prestes mit seiner Erklärung für nachhaltige Irritationen an der Spitze der ANL. Denn er stellte nicht nur im Namen der gesamten ANL die Frage der Macht, mit der Forderung nach Errichtung einer »nationalrevolutionären Volksregierung« gab er zugleich eine Antwort vor, die weit über den programmatischen Gründungskonsens der ANL hinausging, der sowohl vom radikalen als auch vom gemäßigten Flügel getragen worden war.³⁰

Trotzdem wurde der Brief von Prestes, obwohl er von keinem Gremium beschlossen worden war, umgehend zu einem offiziellen Dokument der ANL. Zusammen mit dem Gründungsmanifest und anderen programmatischen Erklärungen wurde er in den folgenden Wochen in diversen Broschüren und Flugschriften in ganz Brasilien in hoher Auflage verbreitet.

Zwar versuchten Hercolino Cascardo und das Nationale Provisorische Direktorium der ANL mit einem eigenen »Manifest«, das noch Mitte Mai 1935 kurzfristig beschlossen und bekanntgemacht wurde, der Erklärung von Prestes zumindest einen Teil ihrer politischen Brisanz zu nehmen. Doch die Feststellung, daß die »brasilianische Nation [erst] während des Kampfes für die Umsetzung des Programms der ANL entscheiden wird, welche politische Ordnung ihr gerecht« wird, konnte nichts mehr an der Tatsache ändern, daß die Erklärung von Prestes eine offene Kampfansage der ANL an die Regierung von Staatspräsident Getúlio Vargas war und in der brasilianischen Öffentlichkeit auch so verstanden wurde.³¹

Am 29. Mai 1935 berichtete der britische Geheimdienst, der seit 1919 eine Akte über Arthur Ewert führte und ihn seit Mitte 1931 regelmäßig beobachtete, in einem »Most Secret Report« aus Rio de Janeiro erstmals über einen »Prestes plot«, also eine »Verschwörung« unter Leitung von Luiz Carlos Prestes. In dem Report wurde festgestellt, daß sich Arthur Ewert seit Anfang März 1935 unter dem Namen Harry Berger in Brasilien aufhalten würde. Als Leiter des Südamerikanischen Büros der Komintern stünde er in ständigem direkten Kontakt mit den zuständigen Gremien in Moskau. Er bekleide demzufolge in Rio de Janeiro eine »Position von höchster Wichtigkeit«. Es habe den Anschein, daß er »in vollem Umfang und in allen Details mit den Angelegenheiten der Kommunistischen Partei Brasiliens verbunden« sei.³²

Der Spitzel, der in der unmittelbaren Umgebung von Arthur Ewert operierte und so in der Lage war, diese und andere Informationen für den britischen Geheimdienst zu beschaffen, war, wie schon in China, Johnny de Graaf, der seit Januar 1935 mit einem österreichischen Paß unter dem Namen Franz Paul Gruber in Rio de Janeiro lebte.³³

²⁹ Ebenda, S. 426 und 430.

³⁰ Vgl. dazu: Marly de Almeida Gomes Vianna, a.a.O., S. 165.

³¹ Manifesto do Directório Nacional Político das ANL, Maio de 1935, so zitiert in: Ebenda.

³² Cross-reference from Most Secret report from S.I.S. re Arthur Ewert, May 31, 1935, The National Archives, Great Britain, Kew, KV 2/2336 307958, Blatt 20a.

³³ Die Rolle, die de Graaf im Auftrag der Moskauer Gremien in Brasilien spielen sollte, ist völlig unklar. (Vgl. dazu: R. S. Rose and Gordon D. Scott, Johnny. A Spy's Life, University Park PA 2009, S. 195 ff.) Nach eigenen Angaben kam de Graaf als »Spezialist für Sprengstoffe und Bombenbau« sowie als »Militärberater« nach Brasilien. Doch ist es zweifelhaft, daß erfahrene Militärs wie Luiz Carlos

Die von de Graaf übermittelten Berichte wurden in London »aufbereitet«, um Dritten Rückschlüsse auf die Quelle unmöglich zu machen, und dann über die britische Botschaft in Rio de Janeiro an das Itamaratí, das brasilianische Außenministerium, weitergegeben, das seinerseits die zuständigen Polizeibehörden in Kenntnis setzte.³⁴

Die zunehmende Geschäftigkeit des britischen Geheimdienstes und der »Abfluß« zahlreicher sensibler Informationen blieben an der Spitze des Südamerikanischen Büros der Komintern nicht verborgen. So berichtete Rodolfo Ghioldi in einem Brief vom 27. Juli 1935 an einen nicht identifizierten Empfänger in Paris, daß der »britische Geheimdienst [in Brasilien] täglich aktiver werden« würde. Er habe wiederholt "Druck hinsichtlich eines Verbots der Aliança Nacional Libertadora ausgeübt« und nachdrücklich die »Tötung von L[uíz] C[arlos] P[restes] und Queiróz [d.i. Antônio Maciel Bonfim]« gefordert.³⁵ Dem Brief war allerdings nicht zu entnehmen, woher die Informationen Ghioldis stammten. Genausowenig ließ sich feststellen, welche Schlußfolgerungen bzw. Konsequenzen die Komintern und ihr Südamerikanisches Büro bzw. die Führung der KP Brasiliens aus den Hinweisen auf die zunehmenden Aktivitäten des britischen Geheimdienstes für ihre Arbeit zogen. Nach einem unbestätigten Bericht soll Luiz Carlos Prestes von Moskau aufgefordert worden sein, seine persönliche Verbindungen in den brasilianischen Regierungsapparat zu nutzen, um die Quelle des britischen Geheimdienstes zu identifizieren.³⁶ Sollte es entsprechende Bemühungen von Prestes tatsächlich gegeben haben, so blieben sie ohne Ergebnis.

In der ersten Junihälfte 1935, die genauen Daten sind nicht überliefert, unternahm Arthur Ewert seine einzige größere Reise innerhalb Brasiliens. Er flog in den Bundesstaat Pernambuco, weil die Führung des dort erst wenige Wochen zuvor neugeschaffenen Regionalkomitees der KPB für den brasilianischen Nordosten darauf drängte, zu einem sofortigen bewaffneten Aufstand aufzurufen. Appelle der Führung der brasilianischen Partei waren ungehört verhallt, so daß jetzt die Autorität eines Vertreters der Komintern gefordert war. Angesichts der hohen Dringlichkeit sah sich Arthur Ewert gezwungen, eine deutliche Beeinträchtigung seiner persönlichen Sicherheit zu akzeptieren. Denn statt anonym mit dem Schiff zu reisen, mußte er das Flugzeug benutzen. Und dazu war die Vorlage seines US-amerikanischen Passes auf den Namen

Prestes einen ausländischen »Berater« akzeptiert hätten, der weder die Gegebenheiten des Landes kannte noch über wirkliche militärische Erfahrungen verfügte.

³⁴ Vgl. dazu: R. S. Rose and Gordon D. Scott, a.a.O., S. 205 f. Leôncio Basbaum behauptete, daß sich de Graaf sofort nach seiner Ankunft in Rio de Janeiro gegenüber den brasilianischen Behörden offenbart hätte und von Polizeichef Filinto Müller persönlich aufgefordert worden wäre, seine Rolle als »guter Kommunist« weiterzuspielen, um so regelmäßig geheime Informationen beschaffen und weitergeben zu können. Vgl. dazu: Leôncio Basbaum, *História Sincera da República de 1930 a 1960*, São Paulo 1968, S. 80 f. Nach der Schilderung von R. S. Rose und Gordon D. Scott begann die direkte Zusammenarbeit von de Graaf mit der brasilianischen Polizei erst nach dem November 1935. Vgl. dazu: R. S. Rose and Gordon D. Scott, a.a.O., S. 211 f.

³⁵ Copie de la lettre d'Altobelli [d.i. Rodolfo Ghioldi] à Celso (par avion 27/7/35), RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 79, Delo 242, Blatt 5 und 6, hier: Blatt 5. »Celso« war aller Wahrscheinlichkeit nach ein lateinamerikanischer Kommunist, der in Paris im Exil lebte und dort als »Poststelle« für Briefe nach Moskau tätig war.

³⁶ Vgl. dazu: William Waack, *Camaradas. Nos arquivos de Moscou. A história secreta da revolução brasileira de 1935*, São Paulo 1993, S.181.

Harry Berger bei den zuständigen brasilianischen Polizeibehörden zwingend erforderlich.

In einem ausführlichen Brief vom 27. Juni 1935³⁷ berichtete Arthur Ewert nach Moskau: »Eine [...] Schwäche [der Partei] ist, daß besonders im Nordosten jede Staatsorganisation [der Partei] macht, was sie will, resp[ektive] wie sie es für notwendig hält. [...] Bei Anwesenheit in diesem Gebiet haben wir eine ausgewachsene Putschvorbereitung mit Sowjets in einem Gebiet des Innern³⁸ verhindert. Anstelle dessen wird jetzt die Bauernbewegung entwickelt werden unter gleichzeitiger Entwicklung von Bauernorganisationen und Partis[anen]; gleichzeitig wird die Verbindung mit den bereits existierenden Partis[anen] hergestellt. Das Gebiet [...] ist günstig. Die Caudillos kooperieren mit uns.«³⁹

Bei einem Gespräch mit Luiz Carlos Prestes nach seiner Rückkehr aus Pernambuco verwendete Arthur Ewert deutlich schärfere Worte. »Er war«, so schilderte Prestes viele Jahre später in einem Interview, »entsetzt [über die Genossen vor Ort], die mit einer Reihe von Provokationen unbedingt den bewaffneten Kampf auslösen wollten.«⁴⁰ In einem »Bericht über Pernambuco«, den er am 21. Juni 1935 verfaßte, notierte Arthur Ewert, daß es »das Ziel der geplanten Revolte [gewesen sei], die Macht zu erobern, um innerhalb kürzester Zeit Sowjets zu errichten.« Und weiter: »Es ist offensichtlich, daß die Anweisungen, auf einer derart begrenzten Basis die Sowjetmacht errichten zu wollen, vollkommen verfehlt sind und ganz klar den Anweisungen des Zentralkomitees widersprechen. Den Genossen vor Ort scheint das egal zu sein. Sie erklärten, daß etwas gemacht werden müsse, weil die dortigen Massen und die Caudillos kämpfen wollen.«⁴¹ In einem Brief an Prestes und Ghioldi, den er am 27. Juni 1935 verfaßte, stellte er schließlich fest: »Die Führung [der Partei in Pernambuco] ist ziemlich eingebildet und dünkelhaft, obwohl sie keine ausreichende Erfahrung hat, um in fähiger, klarer und fester Art und Weise zu handeln.«⁴²

Bei den von Arthur Ewert erwähnten »bereits existierenden Partis[anen]« handelte es sich um Cangaceiros, also Desperados oder, in nicht wenigen Fällen, sogar um gewöhnliche Banditen, die den bewaffneten Kampf nur führten, um eigene, sehr enge und kurzfristige Interessen durchzusetzen. Sie waren weder Vertreter einer revolutionären Ideologie noch verfolgten sie revolutionäre Ziele. In seinen Berichten über die Lage und Entwicklung in Brasilien im Rahmen der »Konferenz von Montevideo« im

³⁷ Dieser Brief, aus dem in diesem Kapitel mehrfach zitiert wird, ist auch deshalb bemerkenswert, weil er Berichte über die Lage in Argentinien, Chile, Peru und Bolivien enthält. Er beweist also, daß Arthur Ewert seine Tätigkeit als Leiter des Südamerikanischen Büros der Komintern auch von Rio de Janeiro aus fortsetzte und sich nicht auf die Zusammenarbeit mit der KP Brasiliens »beschränkte«. [Arthur Ewert: Lieber Freund], Rio de Janeiro, 27. Juni 1935, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 29, Delo 81, Blatt 159-163, hier: Blatt 162 f.

³⁸ Es handelte sich um das Gebiet von São Francisco im Bundesstaat Pernambuco, das sechs sogenannte Munizipien mit einer Fläche von 20.000 Quadratkilometern und damals etwa 135.000 Einwohner umfaßte und etwa 500 Kilometer von Recife, der Hauptstadt des Bundesstaates, entfernt ist.

³⁹ [Arthur Ewert: Lieber Freund], a.a.O., Blatt 161.

⁴⁰ So zitiert in: Marly de Almeida Gomes Vianna, a.a.O., S. 186.

⁴¹ Harry Berger [d.i. Arthur Ewert], Relatório sobre Pernambuco, 21 de junho de 1935, so zitiert in: Ebenda, S. 187.

⁴² Carta de Berger [d.i. Arthur Ewert] a Prestes e Ghioldi, 27 de Junho de 1935, so zitiert in: Ebenda.

Herbst 1934 in Moskau hatte Antônio Maciel Bonfim, der Generalsekretär der KPB, die Cangaceiros als potentielle Verbündete gewürdigt und damit ganz offensichtlich die Grundlage dafür gelegt, daß der »Partisanenbewegung« im brasilianischen Nordosten eine Rolle zugeordnet wurde, die sie weder spielen konnte noch wollte. Trotzdem hieß es in einem Schreiben von Arthur Ewert, das ein Jahr später im offiziellen Bericht der brasilianischen Polizei über die Ereignisse des Novembers 1935 und ihrer Vorgeschichte zitiert wurde, voller Optimismus, der, wie die nachfolgenden Ereignisse zeigten, durch nichts gerechtfertigt war: »Es wurden offizielle Kontakte zu den Cangaceiros aufgenommen. Es gab bereits sehr ernsthafte Bemühungen in dieser Richtung, und die Zusammenarbeit hat bereits begonnen oder wird in Kürze beginnen.«⁴³

Während sich Arthur Ewert im Nordosten aufhielt, kam es am 9. Juni 1935 in Petrópolis, einer kleinen Stadt in der näheren Umgebung von Rio de Janeiro, die im 19. Jahrhundert Sommersitz der brasilianischen Kaiser gewesen war, zu einem Zwischenfall, der unmittelbare Folgen für die Bewertung der innenpolitischen Lage in Brasilien und insbesondere der angeblichen »Kampfbereitschaft der Massen« durch das Südamerikanische Büro der Komintern und die Führung der KP Brasiliens hatte.

Während einer gutbesuchten Kundgebung der »Aliança«, die sich gegen die faschistische Bewegung der »Grünhemden« richtete, die in Petrópolis eine ihrer Hochburgen hatte, fielen plötzlich Schüsse und aus einem vorbeifahrenden Autobus wurden Handgranaten geworfen. Ein Mensch wurde getötet, Dutzende verletzt. Umgehend bekannten sich die »Integralistas« zu dem blutigen Überfall.

Am 27. Juni 1935 berichtete Arthur Ewert nach Moskau: »Die Bombenangriffe der Integralisten auf eine Kundgebung der ANL wurden sofort (wenn es auch Schwankungen in der Führung der ANL gab) mit einem Generalstreik [...] beantwortet. Alle Ausländer flohen sofort nach Rio. Die Soldaten fraternisierten mit den Massen und Militärpolizei wurde hingesandt.« Seine Schlußfolgerungen waren erstaunlich weitreichend: »Es hatte den Anschein vor einiger Zeit, daß der Integralismus vor einer großen Steigerung seiner Gesamtaktivität steht. Aber nach Petrópolis sind diese Kettenhunde offensichtlich von ihren imp[erialistischen] und einheimischen Auftraggebern zurückgepfiffen worden. Beweis: das Aufgeben der integralistischen Kundgebung in São Paulo; Verbot der integralistischen Leitung in Recife für ihre Anhänger, am Sonntag [bei] einer Kundgebung der Allianz (ANL) grüne Hemden zu tragen und die Kundgebung zu besuchen; Verringerung der allgemeinen öffentlichen Agitation. Natürlich darf man sich durch diese vorübergehenden Erscheinungen nicht täuschen lassen. Der Hauptgrund für dieses taktische Zurückgehen der Integralisten ist die Erkenntnis ihrer Auftraggeber, daß sie [sich] gegenwärtig nur Niederlagen holen können und daß in den Kämpfen mit den integralistischen Banden die Volksbewegung gewaltige Kraft erlangen würde. Dies hat Petrópolis klar gezeigt.«⁴⁴

⁴³ Relatório do delegado Eurico Bellens Porto. Polícia Civil do Distrito Federal. A insurreição de 27 de novembro, Rio de Janeiro 1936, S. 34, so zitiert in: Paulo Sérgio de Moraes Sarmiento Pinheiro, a.a.O., S. 276.

⁴⁴ [Arthur Ewert: Lieber Freund], a.a.O., Blatt 159.

Der scheinbare Rückzug der »Grünhemden«, vor allem aber die demonstrative Untätigkeit der Regierung, die es der großen Presse⁴⁵ überließ, eine regelrechte Hetzkampagne gegen die ANL zu führen und ihr mit sensationellen Schlagzeilen und reißerischen Artikeln Umsturzabsichten und eine »Fremdsteuerung« durch die Kommunistische Internationale in Moskau zu unterstellen, führten bei Luiz Carlos Prestes, Arthur Ewert und Rodolfo Ghioldi, aber auch an der Spitze der brasilianischen KP, zu einer vollkommenen Unterschätzung der Kraft und der Handlungsfähigkeit der Regierung Vargas, zumal regelmäßige Gerüchte über Putschpläne rechter Militärs auch in der brasilianischen Öffentlichkeit die Zweifel an der Stabilität der Regierung nährten.

Ende Juni 1935 hielten Luiz Carlos Prestes, Arthur Ewert und Rodolfo Ghioldi deshalb den Zeitpunkt für gekommen, nun offen und unmittelbar zum Kampf um die politische Macht in Brasilien aufzurufen. In dem schon mehrfach zitierten Brief vom 27. Juni 1935 nach Moskau schrieb Arthur Ewert deshalb: »Unsere Linie war (nachdem zuerst einmal Klarheit über diese Linie geschaffen war), die Losungen systematisch zu entwickeln. Nachdem durch die Losung der nationalrev[olutionären] Volksregierung das so notwendige Kettenglied für die weitere Entwicklung gegeben war, werden wir jetzt zum 5. Juli die Losung »Alle Macht der ANL« stellen. Es wäre auch nicht besonders wirksam gewesen, bei den ersten Gehversuchen der ANL bereits diese Losung zu stellen. Heute, wo sie auf dem Wege zu einer großen Kraft ist, gewinnt diese Losung an realer Bedeutung und damit an Kraft.«⁴⁶

Faktisch als Beleg für die bereits erreichte Verankerung der ANL in der brasilianischen Gesellschaft und insbesondere in den Streitkräften übermittelte Arthur Ewert am 3. Juli 1935 telegraphisch eine detaillierte Übersicht der militärischen Einheiten nach Moskau, die nach Ansicht von Luiz Carlos Prestes, der für diese Kontakte verantwortlich war, bereit waren, an der Seite der ANL gegen die Regierung Vargas zu kämpfen. Insgesamt sollte es sich um 18 »Zellen« der »Aliança« mit etwa 300 Mitgliedern handeln. Einen Schwerpunkt, so der Bericht von Arthur Ewert, würde das 3. Infanterieregiment im Zentrum von Rio de Janeiro darstellen, wo allein fünf »Zellen« existieren würden. Doch auch in den Bundesstaaten São Paulo, Santa Catarina, Piauí und Ceará gäbe es militärische Einheiten, die im entscheidenden Augenblick bedingungslos zur ANL und zu Prestes stehen würden.⁴⁷

Als Jahrestag des Aufstandes im Fort von Copacabana in Rio de Janeiro im Jahre 1922, also der ersten bewaffneten Rebellion der »Tenentistas«, und als Jahrestag des Beginns der »Revolution von São Paulo« im Jahre 1924 hatte der 5. Juli 1935 für die ANL, die Prestes als die Verkörperung der besten Traditionen des »Tenentismo« sah,

⁴⁵ Die Pressekampagne gegen die ANL wurde vor allem von der in Rio de Janeiro erscheinenden Tageszeitung »O Globo« getragen, die sich bereits damals im Besitz des späteren brasilianischen Medienmoguls Roberto Marinho (1904-2003) befand. Es war sicher kein Zufall, daß William Waack, der Autor des in der Einleitung ausführlich vorgestellten antikommunistischen Buches »Camaradas. Nos arquivos de Moscou. A história secreta da revolução brasileira de 1935« (a.a.O.) 60 Jahre später, ab 1996, einen hochdotierten Vertrag bei »TV Globo«, dem 1965 gegründeten Fernsehsender im Besitz von Roberto Marinho, erhielt.

⁴⁶ [Arthur Ewert: Lieber Freund], a.a.O., Blatt 160.

⁴⁷ [Telegramm von Arthur Ewert], Rio de Janeiro, 3. Juli 1935, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 184, Delo 53, Blatt 71, so referiert in: William Waack, Camaradas. Nos arquivos de Moscou. A história secreta da revolução brasileira de 1935, São Paulo 1993, S. 161.

eine große symbolische Bedeutung. Es gehört daher zur großen Tragik in der Geschichte der Nationalen Befreiungsallianz, daß mit diesem 5. Juli 1935, der nach den Vorstellungen von Luiz Carlos Prestes ein großer Tag mit einem richtungsweisenden Ereignis im Kampf um die politische Macht hatte werden sollen, und es auf den ersten Blick auch war, der schnelle Niedergang der ANL begann, der letztlich in ihrem dauerhaften Scheitern kulminierte.

Einen ersten Hinweis darauf gab bereits die Tatsache, daß Pedro Ernesto Batista, der Bürgermeister von Rio de Janeiro, der in der Öffentlichkeit als Anhänger der ANL galt, tatsächlich aber ein Doppelspiel betrieb, kurzfristig seine Erlaubnis zurückzog, die zentrale Kundgebung der »Aliança« im Estádio Brasil im Stadtteil São Cristóvão durchzuführen.⁴⁸

So mußte die Veranstaltung, als deren Höhepunkt das von Luiz Carlos Prestes verfaßte »Manifest der Nationalen Befreiungsallianz« verlesen werden sollte, kurzfristig an einen anderen Ort verlegt werden.

Dieses »Manifest«, das gelegentlich auch als »Manifest vom 5. Juli« bezeichnet wird, hatte Prestes ohne Rücksprache mit der offiziellen Führung der ANL und der Führung der KP Brasiliens ausgearbeitet. Lediglich mit Arthur Ewert und Rodolfo Ghioldi hatte er im Vorfeld einige der maßgeblichen Aussagen diskutiert.

Wie bei Prestes üblich, betonte er in seinem »Manifest« zunächst die »tenentistischen« Traditionen der ANL. Voller Pathos (»Es dröhnen die Kanonen von Copacabana...«) erinnerte er an den Beginn der Bewegung der »Tenentistas« im Jahre 1922, an den Aufstand in São Paulo im Jahre 1924 und schließlich an den Marsch der »Kolonnen Prestes« in den Jahren bis 1927, um dann festzustellen: »Die Kämpfe gehen weiter, weil der Sieg noch nicht errungen wurde und weil ein heldenhafter Kämpfer nicht auf halbem Wege stehenbleiben kann, weil das große Ziel, das wir anstreben, die nationale Befreiung Brasiliens [...] und die Freiheit und das allgemeine Wohlergehen seines Volkes [...], noch nicht erreicht wurden.«⁴⁹

Nach einer allgemeinen Beschreibung der Lage in Brasilien benannte Prestes die acht Punkte eines »Antiimperialistischen Programms«, das von der Nichtbezahlung der Auslandsschulden bis zur grundsätzlichen Ablehnung des Krieges und der Forderung nach einem fortschrittlichen Bündnis der lateinamerikanischen Staaten und der unterdrückten Klassen und Schichten des Subkontinents reichte.

Bis zu diesem Augenblick hatte Prestes die programmatischen Grundlagen des Gründungsmanifests der ANL noch nicht verlassen. Doch mit der verbalradikalen Schlußformel »Unser Kampf für die nationale Befreiung Brasiliens! Nieder mit dem Faschismus! Nieder mit der verhaßten Regierung von [Getúlio] Vargas! Für eine nationalrevolutionäre Volksregierung! Alle Macht der Nationalen Befreiungsallianz!« über-

⁴⁸ Das Doppelspiel nutzte Pedro Ernesto Batista (1884-1942), der zeitweise einer der populärsten Politiker Brasiliens war und als aussichtsreicher Kandidat für die – nie durchgeführten – Präsidentschaftswahlen des Jahres 1938 galt, nichts. Er wurde im April 1936 als Bürgermeister abgesetzt, verhaftet und im November 1936 gemeinsam mit Luiz Carlos Prestes, Arthur Ewert und anderen angeklagt. Im Mai 1937 wurde er zunächst zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt, beim Revisionsverfahren im September 1937 dann aber überraschend freigesprochen.

⁴⁹ Dieses und die nachfolgenden Zitate nach: Manifesto da Aliança Nacional Libertadora, 5 de Julho de 1935, in: www.marxists.org/portugues/prestes/1935/07/05.htm (2. Juli 2003, 23.30 Uhr)

schritt er, wie es die Historikerin Marly de Almeida Gomes Vianna formulierte, jene Linie, hinter der es keine Umkehr mehr gab.⁵⁰

Mit der prononcierten Forderung »Alle Macht der Nationalen Befreiungsallianz!« lieferte er der Regierung von Staatspräsident Vargas den lange gesuchten Vorwand, endlich mit juristischen Mitteln gegen die ANL vorgehen zu können. Gestützt auf das erst wenige Monate zuvor verabschiedete »Gesetz über die Nationale Sicherheit«, das »Lei Monstro«, wurde die ANL am 11. Juli 1935 als angebliches »Instrument im Dienste des internationalen Kommunismus« verboten.⁵¹

Die offiziellen Gremien der ANL versuchten zunächst, das Verbot zu ignorieren. Doch innerhalb weniger Tage wurden landesweit die Büros von der Polizei besetzt und zahllose Dokumente beschlagnahmt. Zahlreiche Funktionäre und Anhänger der »Aliança« wurde verhaftet.

Ernsthaften Widerstand gab es nicht. An einem Protestmarsch in São Paulo nahmen nur wenige Dutzend Menschen teil. Ein Aufruf der Gewerkschaft der Hotelangestellten von Rio de Janeiro zu einem landesweiten Generalstreik verhallte nahezu ungehört.

Die vielbeschworenen »Massen« blieben zu Hause. Es zeigte sich in aller Deutlichkeit, daß es ein großer Unterschied war, Menschen zur Teilnahme an einer Kundgebung oder Demonstration aufzurufen oder sie auf wirkliche Kämpfe vorzubereiten.

Eine sehr präzise Beschreibung der nun folgenden Entwicklungen gab Leôncio Basbaum, der 1928, im Alter von nur 21 Jahren, der einzige offizielle Vertreter der Kommunistischen Partei Brasiliens beim VI. Weltkongreß der Komintern in Moskau gewesen war. Basbaum übernahm in der Folge wiederholt leitende Funktionen in der KPB, zeitweise war er der zweite Mann an der Spitze der Partei, doch einen bleibenden Namen machte er sich vor allem als Historiker, der mit seinem monumentalen vierbändigen Werk »História Sincera da República«, das zwischen 1957 und 1968 erschien, eine der ersten marxistischen Untersuchungen zur Geschichte Brasiliens vorlegte.⁵² Dort heißt es: »So wurde die ANL, die dazu hatte dienen sollen, die Kommunistische Partei mit den breiten Massen zu verbinden, nach und nach von diesen Massen aufgegeben, und die Kommunisten blieben unter sich.« Und weiter: »Die ANL verschwand als politische Entität. In ihrem Namen aber handelte nun die KPB.«⁵³

Für Luiz Carlos Prestes fiel in dieser Situation wohl endgültig die Entscheidung, sich beim Kampf um die Übernahme der politischen Macht ausschließlich auf den militärischen Flügel des linken »Tenentismo« zu stützen, auch wenn er in seinen nachfolgenden Erklärungen immer wieder die Notwendigkeit betonte, die politisch-

⁵⁰ Vgl. dazu: Marly de Almeida Gomes Vianna, a.a.O., S. 192.

⁵¹ Vgl. dazu: Dario Canale, Francisco Viana e José Nilo Tavares (organizador), Novembro de 1935. Meio Século Depois, Petrópolis 1985, S. 128.

⁵² Leôncio Basbaum spielte eine maßgebliche Rolle bei der Rekonstituierung der KP Brasiliens im Rahmen der Konferenz von Mantiqueira im August 1943. Ab 1952 entfernte er sich schrittweise von der KP, 1957 vollzog er seinen Austritt. Ende 1960 hielt er sich längere Zeit in Jugoslawien auf. Inspiriert von den dortigen Erfahrungen gründete er 1962 die kurzlebige Einheitsbewegung des Brasilianischen Volkes (Movimento Unitário do Povo Brasileiro – MUPB), deren Vorsitz er übernahm. Basbaum, der sich zeitlebens als Marxist verstand, starb 1969 in São Paulo.

⁵³ Leôncio Basbaum, a.a.O., S. 78. So auch zitiert in: Boris Goldenberg, a.a.O., S. 214.

organisatorische Arbeit zu verstärken, um die »Massen« auf ihre Rolle bei den bevorstehenden Kämpfen vorzubereiten. Dabei warnte er nun regelmäßig vor einem zu großen Optimismus. So schrieb er Anfang September 1935 unter Bezug auf die Ereignisse in Petrópolis im Juni 1935 in einem Brief an Roberto Sisson, daß man die allgemeine Bereitschaft zum Kampf nicht überschätzen dürfe: »Kämpfe, wie sie in Petrópolis stattgefunden haben, müssen in ganz Brasilien sorgfältig vorbereitet und geführt werden. Erst wenn es zwanzig Petrópolis gegeben hat, dann wird der Sieg zweifellos sicher sein.«⁵⁴

Eine Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Brasiliens am 30. und 31. Juli 1935, an der Luiz Carlos Prestes und Arthur Ewert aus Gründen der Konspiration nicht teilnahmen, erneuerte und bekräftigte die im Mai 1935 gefaßten Beschlüsse zur Arbeit in und mit der Nationalen Befreiungsallianz. Dabei ging man an der Spitze der KP vom Fortbestehen einer »revolutionären Situation« und der Notwendigkeit aus, im Kampf um die politische Macht, also für die Verwirklichung der Losung »Alle Macht der ANL«, »große Streikkämpfe und bewaffnete Kämpfe« in den Städten sowie »Partisanenkämpfe auf dem Land« zur »Errichtung einer nationalrevolutionären Volksregierung« miteinander zu verknüpfen. In einem Beschluß mit dem Titel »Konzentrieren wir unsere Kräfte auf die Vorbereitung und Entfesselung von Streiks und Kämpfen der Bauern« wurde als »vorrangige Aufgabe« formuliert, sich »mit den Massen zu verbinden« und den »Putschismus« in den eigenen Reihen zu bekämpfen.⁵⁵

In diesem Sinne erklärte auch die Führung der ANL in einem internen Dokument vom 3. September 1935, daß die »Aliança« nicht die Absicht habe, die »Regierung durch einen Militärputsch« zu übernehmen, sondern durch »Massenkämpfe, die sich zu einem [wirklichen Volks-] Aufstand« steigern.⁵⁶

In einem Telegramm vom 31. Juli 1935 an die Komintern in Moskau begrüßte Arthur Ewert die Ergebnisse der Tagung des brasilianischen ZK. Er teilte mit, daß die »Vorbereitungen für einen Aufstand beschleunigt« werden würden und daß als »Beginn des unmittelbaren Kampfes um die Macht eine große Streikwelle« in ganz Brasilien ausgelöst werden würde. »Gegenwärtig [ist es] unmöglich, [ein genaues] Datum zu nennen, doch eine schnelle Entwicklung [der Ereignisse] ist vorhersehbar.«⁵⁷

Doch in der Praxis geschah nichts. Die Partei beschränkte sich darauf, weiterhin dramatische Aufrufe zu erlassen, in denen die »Massen« zum bewaffneten Kampf aufgerufen wurden. Doch weder gab es Bemühungen, Waffen zu beschaffen, noch wurde

⁵⁴ Luiz Carlos Prestes, Carta a Roberto Sisson, Setembro de 1935, in: Luiz Carlos Prestes, Problemas Atuais da Democracia, Rio de Janeiro 1947 (www.marxists.org/portugues/prestes/1947/democracia/index.htm, 19. Juni 2013, 12.30 Uhr).

Der Hinweis auf die »zwanzig Petrópolis« erinnert verblüffend an eine Formulierung von Ernesto Che Guevara, der im April 1967 in seiner Botschaft an die Trikontinentale forderte: »Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam.« Vgl. dazu: Ernesto Che Guevara, Mensaje a los pueblos del mundo a través de la Tricontinental, in: Ernesto Che Guevara, Escritos y discursos, tomo 9, La Habana 1977, S. 355-372, hier: S. 371.

⁵⁵ So zitiert in: Anita Leocádia Prestes, a.a.O., S. 125.

⁵⁶ A ANL e a situação no Estado do RJ, Rio de Janeiro, 3 de Setembro de 1935, in: Pão, terra e liberdade. Memória do movimento comunista de 1935, Rio de Janeiro 1985, S. 89-91, hier: S. 89.

⁵⁷ So zitiert in: Anita Leocádia Prestes, a.a.O., S. 127.

damit begonnenen, die als unverzichtbar erachteten bewaffneten »proletarischen Einheiten« aufzustellen und zu organisieren. Genausowenig gab es nennenswerte Fortschritte in der Gewerkschaftsarbeit, in der noch immer sektiererische Positionen dominierten – man betrachtete eine Gewerkschaft bereits als »erobert«, wenn es gelang, zwei oder drei Mitglieder der Partei in den Leitungsgremien der Gewerkschaft unterzubringen.

Dafür häuften sich die Zusammenstöße zwischen Bonfim und Prestes, und Arthur Ewert mußte einen großen Teil seiner Zeit und Kraft darauf verwenden, zwischen den beiden Männern zu vermitteln. Zwar hatten Prestes und Bonfim eine Art Arbeitsteilung vereinbart, bei der Prestes für die militärischen und Bonfim für die zivilen Aspekte der Aufstandsvorbereitungen zuständig sein sollte. Doch angesichts des großen und ständig wachsenden Einflusses von Prestes auf die Geschicke der Partei fürchtete Bonfim um seine eigene »geschichtliche Rolle«. Sein Verhalten wurde zunehmend zu einer Belastung für die Zusammenarbeit mit Prestes und dem Südamerikanischen Büro der Komintern.

Erstaunlicherweise schlugen sich die maßgeblichen Moskauer Gremien in diesem Konflikt auf die Seite von Bonfim. Am 15. September 1935 teilten sie telegraphisch mit, daß »Entscheidungen des Südamerikanischen Büros zu Brasilien« nur Gültigkeit hätten, wenn sowohl Prestes als auch Bonfim »ihre ausdrückliche Zustimmung« geben würden.⁵⁸

Bis in den Oktober 1935 hinein blieb die politische Lage in Brasilien angespannt, aber weitgehend ruhig. Es gab zwar weiterhin Gerüchte über Putschpläne auf dem rechten Flügel der Streitkräfte. Und im Parlament deutete sich die Möglichkeit an, daß sich in einem längeren Prozeß doch noch eine Mehrheit für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Staatspräsident Getúlio Vargas finden könnte. Doch hatte die Regierung ihren Kampf gegen die ANL nicht weiter forciert und sogar die Bildung einer Ersatzorganisation, der »Volksfront für die Freiheit«, toleriert, die Anfang Oktober 1935 demonstrativ im Theater »João Caetano« in Rio de Janeiro gegründet wurde, jenem Ort also, an dem nur sechs Monate zuvor das offizielle Gründungstreffen der Nationalen Befreiungallianz stattgefunden hatte.

Allerdings mußten Staatspräsidenten Getúlio Vargas und seine Anhänger bei den regionalen und kommunalen Wahlen, die im Oktober 1935 in verschiedenen Teilen Brasiliens stattfanden, in nicht wenigen Fällen heftige Niederlagen einstecken. So besetzten in mehreren Bundesstaaten, unter anderem im nordöstlichen Pernambuco, nun Vertreter der politischen Konkurrenz die wichtigen Gouverneursposten. Damit verlor Vargas einen bedeutenden Teil seiner Machtbasis.

Zeitgleich fanden an vielen Orten Brasiliens ökonomische Streiks statt, also Arbeitsniederlegungen, die in erster Linie auf höhere Löhne zielten. Allerdings wurden diese Streiks oftmals von Solidaritätsaktionen in anderen Unternehmen und Branchen unterstützt, so daß – nicht zu Unrecht – der Eindruck großer Kampfbereitschaft entstand. Einen Höhepunkt stellte dabei der Streik bei der in britischem Besitz befindli-

⁵⁸ [Telegramm an das Südamerikanische Büro], Moskau, 15. September 1935, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 184, Delo 53, Blatt 89, so zitiert in: William Waack, a.a.O., S. 185.

chen Eisenbahngesellschaft »Great Western Railroad« in Pernambuco dar, wo die Beschäftigten eine dreißigprozentige Lohnerhöhung durchsetzen konnten.⁵⁹

Auf Seiten der Regierung in Rio de Janeiro war daher energisches Handeln angesagt. Staatspräsident Getúlio Vargas, der durch den britischen Geheimdienst, aber auch aus eigenen Quellen, jederzeit im Detail über den aktuellen Stand der Aufstandsvorbereitungen unter Leitung von Luiz Carlos Prestes informiert war, spielte nun sehr geschickt eine Trumpfkarte aus, um seine Gegner zu vorzeitigem Handeln zu provozieren. Er kündigte an, im Zuge einer schon lange geplanten Reform der Streitkräfte nunmehr kurzfristig Zehntausende Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere aus dem aktiven Dienst zu entlassen. Damit bestand aus Sicht des Südamerikanischen Büros der Komintern und der Führung der KP Brasiliens die ernste Gefahr, daß zahlreiche Mitglieder und Sympathisanten der Partei sowie Anhänger der »Aliança«, denen beim geplanten bewaffneten Aufstand eine maßgebliche Rolle zugeordnet war, im entscheidenden Augenblick nicht mehr in ihren militärischen Schlüsselpositionen sein würden.

Am 12. Oktober 1935 übermittelte Arthur Ewert erstmals ein Telegramm nach Moskau, in dem er einen ungefähren Termin für den Beginn des bewaffneten Aufstandes nannte – Ende 1935 oder spätestens Anfang 1936. In einem weiteren Telegramm vom 7. November 1935 hieß es: »Die Meinung des [Südamerikanischen] Büros [der Komintern] stimmt vollkommen mit [der Meinung von] Prestes und Queiróz [d.i. Antônio Maciel Bonfim] überein. Wir müssen den direkten Weg in Richtung Aufstand Ende Dezember oder Anfang Januar nehmen. Wir hoffen, vorher eine Welle großer Streiks auslösen zu können.«⁶⁰

Bereits am 6. Oktober 1935 hatten Arthur Ewert und Rodolfo Ghioldi einen Brief an Antônio Maciel Bonfim geschrieben, in dem sie den Generalsekretär der KP Brasiliens nachdrücklich aufforderten, auf der nächsten Tagung des Zentralkomitees die Wahl von Luiz Carlos Prestes in das ZK und das Politbüro vorzuschlagen. Zur Begründung hieß es: »Wir hatten schon seit einiger Zeit die Absicht, diesen Vorschlag zu unterbreiten. Die Verschiebung der Tagung des ZK [...] gab uns mehr Zeit. Inzwischen hat der VII. [Weltkongreß] stattgefunden. Der Artikel von [Fernando] Lacerda über die Wahl von Garoto [d.i. Luiz Carlos Prestes] als Mitglied des Exekutivkomitees [der Komintern] ist erschienen. Doch selbst wenn das nicht der Fall gewesen wäre, würden die Lage in Brasilien und die besondere Rolle, die Garoto spielt, bzw. die besondere Arbeit, die er leistet, es erforderlich machen, daß er in das Zentralkomitee und das Politbüro gewählt wird. [...] Je besser es uns gelingt, die feste und untrennbare Einheit zwischen der proletarischen Führung der Partei und dem Führer der nationalen Volksbewegung herzustellen, desto leichter wird es uns fallen, die Schwierigkeiten zu überwinden, die in den verschiedenen Etappen der Revolution in Brasilien auftreten werden. Die Wahl von Garoto wäre ein Beweis dafür, daß die Partei und die Parteiführung ihm das Recht zugestehen, an der unmittelbaren Leitung der Partei teilzunehmen und daß dies, ungeachtet der besonderen Rolle, die er selbstverständlich

⁵⁹ Vgl. dazu: Robert Jackson Alexander, *A History of Organized Labor in Brazil*, Westport 2003, S. 61.

⁶⁰ So zitiert in: Anita Leocádia Prestes, a.a.O., S. 127.

spielt, keine Schwächung der Partei bedeutet, sondern einen großen positiven Einfluß auf die Stärke der Partei haben wird.«⁶¹

Die Tagung des ZK, von der Arthur Ewert und Rodolfo Ghioldi schrieben, war ursprünglich für September 1935 geplant gewesen, wurde dann aber zunächst in den Oktober 1935 verlegt und fand schließlich vom 21. bis 23. November 1935 statt.⁶² Die mehrfache Verschiebung war erforderlich geworden, weil das ZK auf dieser Tagung eine neue Taktik für den geplanten bewaffneten Aufstand beraten und beschließen sollte. Dazu waren nicht nur detaillierte Absprachen zwischen Luiz Carlos Prestes, dem Südamerikanischen Büro der Komintern, also Arthur Ewert und Rodolfo Ghioldi, sowie der engeren Führung der KP Brasiliens, vertreten durch Antônio Maciel Bonfim, dem Generalsekretär, erforderlich. Auch die zuständigen Gremien der Komintern in der sowjetischen Hauptstadt mußten konsultiert werden. Doch deutete sich nach dem VII. Weltkongreß und der Wahl von Georgi Dimitrow zum Vorsitzenden der Komintern in Moskau der Versuch eines neuen Führungsstils an – solche Fragen sollten künftig von den Parteien selbst entschieden werden.⁶³

Im Kern ging es bei dieser neuen Taktik um den Umfang des geplanten Aufstandes und die konkrete Rolle der verschiedenen Akteure. »Revolutionäre Militärs« sollten in verschiedenen Teilen des Landes kleinere Aufstände auslösen, durch die die Volksmassen umgehend mobilisiert werden würden. Örtliche Streikaktionen würden sich zu einem landesweiten Generalstreik entwickeln, der wiederum der militärischen Aufstandsbewegung den entscheidenden Rückhalt geben würde. Letztlich setzte sich damit eine Konzeption durch, die Luiz Carlos Prestes, der trotz seiner Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei noch immer in der Gedankenwelt eines »Tenentista« lebte und handelte, von Anfang an präferiert hatte.

Im Verlaufe des Monats November übermittelte Arthur Ewert eine Reihe von Telegrammen nach Moskau, in denen er – in voller Übereinstimmung mit den Auffassungen von Luiz Carlos Prestes – erläuterte, daß und warum den Streitkräften bei dem geplanten Aufstandsversuch die entscheidende Rolle zugehört war.

Nach einer ausführlichen Schilderung der Streikbewegung in ganz Brasilien berichtete er am 9. November 1935, gestützt auf Informationen, die er von Prestes erhalten hatte und die er selbst nicht überprüfen konnte: »Unsere Kampagne in den Streitkräften bringt bedeutende Fortschritte und führt zu Auflösungserscheinungen im Offizierskorps. Vargas müßte mit diktatorischer Gewalt eingreifen, um die Strukturen von

⁶¹ Carta de Índio e Negro para Américo (Miranda), Rio de Janeiro, 6 de Outubro de 1935, in: Pão, terra e liberdade, a.a.O., S. 465-467, hier: S. 467.

⁶² An dieser Tagung des ZK nahm auch Arthur Ewert teil. Er hielt am dritten Tag einen Vortrag in englischer Sprache über seine Erfahrungen in China. Wäre den brasilianischen Behörden seine Identität nicht bereits bekannt gewesen, hätten sie spätestens nach dieser Zusammenkunft die notwendigen Informationen erhalten. Denn zwei Mitglieder des ZK, die im Verlaufe des Dezember 1935 verhaftet wurden, gaben unter der Folter eine sehr genaue Beschreibung von Arthur Ewert.

⁶³ Deutlich wird das nicht zuletzt in dem Telegramm, das die Führung der Komintern am 27. November 1935 als Antwort auf das Telegramm von Arthur Ewert vom Vortag übermittelte, der um eine Entscheidung über den Beginn des bewaffneten Aufstandes gebeten hatte: »Die Frage der allgemeinen Aktion entscheiden Sie selbst nach eigenem Ermessen. Versuchen Sie, die Unterstützung der Arbeiter- und Bauernbewegung für die Aktion der Streitkräfte zu garantieren. Ergreifen Sie alle Maßnahmen gegen eine Gefangennahme von Prestes.« So zitiert in: Anita Leocádia Prestes, a.a.O., S. 140.

Heer und Marine zu reorganisieren. [...] Wir werden die entscheidenden Maßnahmen für Mitte Dezember vorbereiten.«⁶⁴

Am Tag zuvor hatte er nach Moskau gemeldet: »Die Schwäche der Regierung nimmt schnell zu. Unsere Arbeit in den Streitkräften für eine Regierung Prestes bringt gute politische und organisatorische Fortschritte. Die Regierung versucht, die Basis von Prestes in den Streitkräften durch systematische Entlassungen zu untergraben. Angesichts einer insgesamt günstigen Lage müssen wir die Bewegung in Richtung Aufstand vorantreiben, und wir dürfen keine Angst haben, mit den Streitkräften zu beginnen. [...] Selbst wenn es keine Welle von [großen] Kämpfen der Arbeiter und Bauern geben sollte, existiert die Perspektive eines Sieges durch einen militärischen Aufstand, der sofort von den Massen unterstützt werden würde. [...] Unsere militärischen Kräfte schaffen die Möglichkeit des Sieges.«⁶⁵

In einem weiteren Telegramm an die Führung der Komintern in Moskau, das er am 20. und 21. November 1935 verfaßte, schrieb Arthur Ewert: »Orientieren auf Aufstand etwa Mitte Dezember mit sehr günstigen Perspektiven im nationalen Maßstab wegen der nachfolgenden Gründe: 1. Sehr begrenzte Basis der Zentralregierung, der es nicht gelingt, die reaktionären Kräfte zusammenzufassen und die nicht auf die Streitkräfte zählen kann. 2. Intensiver Kampf der rivalisierenden Gruppen [im Lager des Gegners] erfaßt verschiedene [Bundes-] Staaten. 3. Revolutionärer Wille der Massen in Richtung einer Volksregierung. Entscheidender Einfluß von Prestes und der ANL, große Autorität der Partei. [Die] Masse der Soldaten und [ein] Großteil der Offiziere sind für Prestes und die Volksregierung. Gewaltiges Anwachsen der Bewegung der Massen, ökonomische Streiks im ganzen Land. [...] Wir sind die entscheidende Kraft in den Streitkräften. [...] Möglichkeit des Sieges in einem großen Teil des Landes, einschließlich Rio, liegt in unseren Händen.«⁶⁶

Keine dieser zahlreichen Vorhersagen erfüllte sich. Die übergroße Mehrheit der Soldaten und Offiziere stand fest auf der Seite der Regierung. Die Volksmassen, deren spontane Kampfbereitschaft eben noch gewürdigt worden war, blieben den Kämpfen fern.

Am 23. November 1935, einem Sonnabend, begann der Aufstand in Natal, der Hauptstadt des Bundesstaates Rio Grande do Norte, die zu dieser Zeit etwa 40.000 Einwohner hatte. Die Initiative dazu ging von Unteroffizieren des in der Stadt stationierten 21. Jägerbataillons aus, die gegen die angekündigten Massenentlassungen aus dem aktiven Dienst protestieren wollten. Der Rebellion schlossen sich umgehend einige örtliche Kommunisten an. Knapp vier Tage lang existierte in der Stadt eine »Revolutionäre Volksregierung«, doch die übergroße Mehrheit der Bewohner zeigte keinerlei Interesse an den Ereignissen. Als am 27. November 1935 die erste und einzige Ausgabe der Zeitung »A Liberdade« erschien, die sich im Untertitel als »Offizielles Organ der Revolutionären Volksregierung« bezeichnete, war diese Volksregierung bereits Geschichte. Der Gouverneur, der am 25. November 1935 bei einer Kundgebung im Zentrum der Stadt per Akklamation – in einem Akt »revolutionärer Gesetz-

⁶⁴ So zitiert in: Anita Leocádia Prestes, a.a.O., S. 138.

⁶⁵ So zitiert in: Ebenda, S. 137 f.

⁶⁶ So zitiert in: Ebenda, S. 139.

lichkeit«⁶⁷ – abgesetzt worden war, hatte wieder die volle Kontrolle über die Stadt übernommen.

In Recife, der Hauptstadt des Bundesstaates Pernambuco, waren es einige wenige Mitglieder des Regionalkomitees der Kommunistischen Partei, die am 25. November 1935, als Zeichen der Solidarität mit den Aufständischen in Natal, und ohne Rücksprache mit der Parteiführung in Rio de Janeiro, den Aufstand auslösten. Doch das Unternehmen dauerte nur wenige Stunden und blieb mangels Vorbereitung und Unterstützung schon in den Anfängen stecken.

Die Ereignisse in Natal und Recife wurden von der Presse in der Hauptstadt Rio de Janeiro kaum zur Kenntnis genommen. Sie reihten sich vermeintlich ein in eine lange Kette von örtlichen Revolten, die im Nordosten Brasiliens zum politischen Alltag gehörten und regelmäßig als Versuche gewertet wurden, die Wahlergebnisse vom Oktober 1935 zu »korrigieren«. Erst Tage später wurden sie als angebliche Teile einer »großen kommunistischen Verschwörung« zum Gegenstand pseudodramatischer Schlagzeilen.

Die Entscheidung, ohne genaue Kenntnis der Lage in Natal und Recife, in den frühen Morgenstunden des 27. November 1935 in der Hauptstadt Rio de Janeiro einen bewaffneten Aufstand der Militärs auszulösen und damit den Kampf um die politische Macht in Brasilien im Landesmaßstab zu beginnen, fiel am 25. November 1935 im Ergebnis stundenlanger Beratungen im engsten Führungszirkel.

Doch letztlich war es Luiz Carlos Prestes, der sich über alle Einwände von Arthur Ewert und Antônio Maciel Bonfim hinwegsetzte und die Befehle zum Losschlagen unterzeichnete. Insbesondere Arthur Ewert hatte nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die dringend notwendigen politisch-organisatorischen Vorbereitungen für die Unterstützung des bewaffneten Aufstandes durch einen landesweiten Generalstreik erst in den Anfängen steckten.⁶⁸

In späteren Jahren erklärte Prestes wiederholt, daß er die Entscheidung über den Beginn des bewaffneten Aufstandes auf der Grundlage falscher oder fehlender Informationen getroffen habe. Denn er habe aus Sicherheitsgründen keinen unmittelbaren Kontakt zur Führung der KPB herstellen dürfen, und Bonfim, der Generalsekretär, habe ihn hinsichtlich der tatsächlichen Lage in der Partei und im Land regelmäßig belogen.⁶⁹

Doch das ist bestenfalls die halbe Wahrheit. Denn Prestes traf sich wiederholt mit Weggefährten aus früheren Zeiten, er unterhielt engen brieflichen Kontakt zu zahlreichen weiteren Personen seines Vertrauens, die ihn regelmäßig über ihre Sicht auf die politischen Entwicklungen in Brasilien informierten, und schließlich standen ihm alle wichtigen Tageszeitungen des Landes zur Lektüre zur Verfügung. Prestes hätte sich, wenn er das tatsächlich gewollt hätte, ein realistisches Bild machen können. Doch er war nur bereit, die Berichte als zutreffend zu akzeptieren, die seinen Vorstellungen

⁶⁷ A Liberdade, Natal, 27 de Novembro de 1935.

⁶⁸ Vgl. dazu: Marly de Almeida Gomes Vianna, a.a.O., S. 325 f.

⁶⁹ Edgard Carone, Luiz Carlos Prestes. Entrevista, in: Revista Novos Rumos, No. 33 (1999), S. 3-40, hier: S. 30 ff.

und Wünschen entsprachen. Sein Handeln war in höchstem Maße voluntaristisch, die Verantwortung dafür trug er selbst.

Prestes praktizierte nun, was er am 5. Juli 1935 hatte verkünden lassen: »Ein heldenhafter Kämpfer [kann] nicht auf halbem Wege stehenbleiben.«⁷⁰ In typisch »tenentistischem« Denken erschien ihm in diesem Augenblick eine Niederlage, egal um welchen Preis, ehrenvoller als ein Verzicht auf den Kampf.

Nach den Plänen von Luiz Carlos Prestes, der im Verlaufe des 26. November 1935 sein provisorisches »Hauptquartier der Revolution« im Stadtteil Vila Isabel bezogen hatte und von dort Befehle in großer Zahl an alte Weggefährten aus der »Coluna« versandte, sollten Angehörige des 3. Infanterieregiments in Praia Vermelha zunächst die regierungstreuen Soldaten und Offiziere gefangennehmen und dann im Stadtgebiet von Rio de Janeiro strategisch wichtige Punkte besetzen. Ähnliche Aufgaben waren dem 2. Infanterieregiment in der Vila Militar und den Angehörigen der Heeresfliegerschule in Campo dos Afonsos zugeordnet.

Doch die Regierung von Staatspräsident Getúlio Vargas kannte diese Pläne und hatte rechtzeitig Vorsorge getroffen. So gelang es den revoltierenden Soldaten und Offizieren des 3. Infanterieregiments nicht einmal, das Kasernengelände zu verlassen. Als die Regierungstruppen Artillerie einsetzten und die Positionen der Rebellen unter schweren Beschuß nahmen, brach der Widerstand zusammen.⁷¹ Gegen 14.00 Uhr erklärte die Regierung die Kämpfe für beendet.

Unterstützung durch die Bevölkerung hatte es in keiner Weise gegeben. Trotzdem hielt sich unter den Rebellen noch lange der Gedanke, daß die Kämpfe nur einige Stunden hätten länger dauern müssen, um die Solidarität der Arbeiter von Rio und der Anhänger und Sympathisanten der ANL zu mobilisieren.⁷²

Die Folgen der Niederlage waren verheerend. »Dem Aufstand«, so stellte der brasilianische Historiker Hermínio Linhares viele Jahre später in einer Untersuchung über den »Kommunismus in Brasilien« fest, »folgte eine Repression, die an Heftigkeit alles übertraf, was es seit der Entstehung der Republik [im Jahre 1889] gegeben hatte.«⁷³

Staatspräsident Getúlio Vargas nutzte die »Gunst der Stunde«, um sich aller politischen Gegner und Widersacher zu entledigen und seine eigene Position unangreifbar zu machen. Zehntausende Menschen, unter ihnen viele, die keinerlei Sympathien für die »Aliança Nacional Libertadora« oder die Kommunistische Partei gehegt hatten, wurden verhaftet und ohne Prozeß oftmals viele Monate oder sogar Jahre gefangengehalten. Die Zahl der Menschen, die im Ergebnis der brutalen Verfolgung ihr Leben verloren, ist bis heute nicht bekannt. Das Werkzeug, dessen Vargas sich bediente, war Filinto Müller, der allmächtige Polizeichef von Rio de Janeiro, dem es sehr schnell

⁷⁰ Manifesto da Aliança Nacional Libertadora, 5 de Julho de 1935, a.a.O.

⁷¹ Der Offizier, der den Angriff gegen die Rebellen leitete, hatte zuvor einen schriftlichen Befehl von Prestes zur Unterstützung des Aufstandes erhalten. Prestes hielt ihn für einen Verbündeten.

⁷² Vgl. dazu: Marly de Almeida Gomes Vianna, a.a.O., S. 354.

⁷³ Hermínio Linhares, O comunismo no Brasil, in: Revista Brasileira, São Paulo, Nr. 25 (1959), S. 146-166, hier: S. 163, so zitiert in: Boris Goldenberg, a.a.O., S. 215.

gelang, seine Zuständigkeit für Fragen der »Nationalen Sicherheit« auf ganz Brasilien auszudehnen.⁷⁴

Die Kommunistische Partei Brasiliens wurde innerhalb weniger Wochen faktisch zerschlagen, erst im Jahre 1943 konnte sie im Ergebnis der streng konspirativ tagenden »Konferenz von Mantiqueira« neu gegründet werden.

Dennoch hielten Luiz Carlos Prestes, Antônio Maciel Bonfim und andere führende brasilianische Kommunisten es noch wochenlang für möglich, den Kampf um die Übernahme der politischen Macht nach einer kurzen Phase der Reorganisation und der »besseren Vorbereitung« wieder aufzunehmen.

Auf Grund der zahlreichen Verhaftungen war die Führung der KPB nicht in der Lage, eine systematische Bewertung der Ereignisse des Novembers 1935 und ihrer Vorgeschichte vorzunehmen. Trotzdem entstanden im August 1936 drei mehrseitige Texte, die sich mit den bewaffneten Aufständen in Natal, Recife und Rio de Janeiro befaßten. Allerdings handelte es sich dabei eher um eine Beschreibung der Ereignisse als eine wirkliche Analyse.⁷⁵ Im Auftrag des »Nationalen Sekretariats der KPB« wurde der Bericht über Natal von Martins [d.i. Honório de Freitas Guimarães] und Bangu [d.i. Lauro Reginaldo da Rocha] unterzeichnet, die beiden anderen Texte sind ohne Unterschrift.

Im Dezember 1937, also mehr als zwei Jahre nach den Ereignissen in Rio de Janeiro, veröffentlichte Fernando Lacerda, der als Vertreter einer faktisch nicht mehr existenten Kommunistischen Partei Brasiliens weiterhin in Moskau lebte und arbeitete, in der russischsprachigen Ausgabe der Zeitschrift »Kommunistische Internationale« einen Artikel unter dem Titel »Der faschistische Umsturz in Brasilien«, der sich näher mit den Ursachen der Niederlage im November 1935 befaßte. In diesem Artikel stellte Lacerda fest, »der Aufstand sei politisch falsch orientiert und die Losung der Machtübernahme durch die nationalrevolutionäre Regierung ein Fehler gewesen. Zudem hätten die Kommunisten den Massen und deren Tageskämpfen gegenüber eine verächtliche Haltung zur Schau getragen, die eigenen Kräfte überschätzt, die des Gegners aber unterschätzt. Es habe an ausreichender Wachsamkeit gefehlt, denn nur deswegen sei es Provokateuren gelungen, in die Partei einzudringen. Schließlich hätten die Kommunisten damals nicht begriffen, daß die »Hegemonie des Proletariats« keine leere Phrase sei und daß sie die Existenz einer starken, mit den Massen verbundenen Partei voraussetze.«

»Ein grundlegender Fehler«, so Lacerda weiter, »bestand in der Überschätzung der Rolle des individuellen Heldentums und der Unterschätzung der Bedeutung der Massen.«⁷⁶ Es ist müßig darüber zu spekulieren, ob sich Lacerda mit diesem Satz explizit

⁷⁴ Vgl. dazu: David Nasser, *Falta alguém em Nuremberg. Torturas da Polícia de Filinto Strubling Müller*, Rio de Janeiro 1966.

⁷⁵ [Secretariado Nacional do Partido Comunista do Brasil:] *A insurreição de Novembro (especialmente Natal)*, agosto de 1936, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 29, Delo 94, Blatt 1-7; *Relatório sobre a Insurreição de Novembro no Rio*, ebenda, Blatt 36-39; *A Insurreição de Recife*, ebenda, Blatt 40-41.

⁷⁶ Фернандо Ласерда, Фашистский переворот в Бразилии, in: *Коммунистический Интернационал*, Москва, № 12, 1937 года. So referiert bzw. zitiert in: Boris Goldenberg, a.a.O., S. 216.

auf Luiz Carlos Prestes, den gefeierten »Ritter der Hoffnung«, bezog oder ob er sich »lediglich« gegen das von Prestes präferierte und praktizierte Aufstandskonzept der »Tenentistas« aussprach, das den Militärs die entscheidende Rolle zuschrieb und den vielbeschworenen »Massen« nur eine »unterstützende Funktion« einräumte.

Am 25. November 1950 publizierte die damalige Zeitung der KP Brasiliens »Voz Operária« aus Anlaß des 15. Jahrestages der Ereignisse in Natal, Recife und Rio de Janeiro unter dem Titel »Kritik an der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung« einen Text, den Arthur Ewert im Dezember 1935, kurz vor seiner Verhaftung, geschrieben hatte.

Doch nur Tage oder Wochen nach dem Scheitern der bewaffneten Erhebung hatte ganz offensichtlich der notwendige zeitliche und vor allem emotionale Abstand gefehlt, um zu einer wirklich kritischen bzw. selbstkritischen Einschätzung zu kommen.

So hatte Arthur Ewert lediglich festgestellt, daß die Aufstände in Natal und Recife zu einem Zeitpunkt geschahen, als die Vorbereitungen für die entscheidende Aktion in Rio de Janeiro noch nicht abgeschlossen waren. Trotzdem sei der Aufstand in der Hauptstadt richtig und notwendig gewesen, denn es habe die reelle Möglichkeit eines großen Sieges bestanden. Aufgabe der revolutionären Kräfte sei es nun [also Ende 1935], die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen, denn der Kampf um eine nationalrevolutionäre Volksregierung unter der Führung von Luiz Carlos Prestes sei keineswegs beendet.⁷⁷

Tatsache ist, daß die bewaffneten Aufstände in Natal, Recife und Rio de Janeiro im November 1935 die »letzte Manifestation einer tenentistischen Rebellion«⁷⁸ waren, Widerspiegelung einer über Jahre und Jahrzehnte hinweg gewachsenen Tradition politischer Staatsstriche in Brasilien, der sich die Kommunistische Partei und ihre Führung weder entziehen konnten noch entziehen wollten. Die Verantwortung der Kommunistischen Internationale und ihrer maßgeblichen Repräsentanten in Moskau und Rio de Janeiro, also auch Arthur Ewerts, bestand nicht darin, die bewaffneten Aufstände »beschlossen« oder gar »befohlen« zu haben, sondern darin, die entscheidende Schwäche der von Luiz Carlos Prestes und der Führung der Kommunistischen Partei Brasiliens vertretenen Politik nicht rechtzeitig erkannt und zu ihrer Überwindung beigetragen zu haben.

⁷⁷ Harry Berger, *Crítica ao Movimento Revolucionário Nacional-Libertador*, Voz Operária, Rio de Janeiro, 25 de Novembro de 1950.

⁷⁸ Marly de Almeida Gomes Vianna, a.a.O., S. 17.

Kapitel 24: In der Gewalt des Vargas-Regimes

Arthur und Elise Ewert wurden am 26. Dezember 1935 gegen 14 Uhr in ihrer Wohnung in der Rua Paul Redfern 33 in Rio de Janeiro im Stadtteil Ipanema verhaftet. Während Arthur Ewert versuchte, die in großer Zahl eindringende Polizei an der Eingangstür mit einer Pistole aufzuhalten, war Elise Ewert verzweifelt bemüht, in aller Eile einige besonders belastende Dokumente zu vernichten. Doch es gelang ihr nicht. Schlimmer noch, bei der Wohnungsdurchsuchung unmittelbar nach der Verhaftung von Arthur und Elise Ewert fielen der Polizei hunderte Dokumente in die Hand, die in einem Schrank in einem besonders präparierten Versteck aufbewahrt wurden. Dieser Schrank war zwar durch eine Sprengfalle gesichert – im Falle einer unsachgemäßen Öffnung sollte eine eingebaute Sprengladung alle Unterlagen vernichten. Doch war der Polizei nicht nur diese Tatsache bekannt, sondern auch der Weg, die Sicherung zu umgehen.

Die entscheidenden Hinweise auf den Aufenthaltsort der Ewerts und das Versteck im Schrank hatte die brasilianische Polizei vom britischen Geheimdienst erhalten, und dieser wiederum von seinem langjährigen Spitzel Johnny de Graaf. Denn de Graaf kannte nicht nur die Wohnung der Ewerts, er selbst hatte die Sprengfalle in dem als Versteck gedachten Schrank eingebaut.¹

Mitte Januar 1936 konnte die US-Botschaft in Rio de Janeiro ein Verzeichnis der Dokumente nach Washington übermitteln, die in der Wohnung der Ewerts gefunden worden waren. Eine Kopie dieser weit mehr als hundert Punkte umfassenden Liste wird noch heute in Washington in der Akte des FBI über Arthur Ewert aufbewahrt.² Zu den in Rio de Janeiro entdeckten Unterlagen gehörten Geburts- und Heiratsurkunden sowie polizeiliche Führungszeugnisse und Meldebescheinigungen der deutschen Behörden, die die wahre Identität von Arthur Ewert und seiner Frau enthüllten, vor allem aber zahlreiche Dokumente des Südamerikanischen Büros der Komintern. Darunter waren Analysen, Positionspapiere, Rundschreiben und weitere Papiere, die sich nicht nur mit der politischen Lage und der aktuellen Entwicklung in Brasilien, sondern auch in den anderen südamerikanischen Ländern – also Argentinien, Bolivien, Chile, Kolumbien, Peru und Uruguay – befaßten, für die Arthur Ewert als Leiter des Südamerikanischen Büros der Komintern Verantwortung trug.

Zeitgleich wurden die bei Arthur Ewert gefundenen Dokumente auch dem für die Zusammenarbeit mit der brasilianischen Polizei zuständigen Mitarbeiter der Deutschen Gesandtschaft in Rio de Janeiro zur Verfügung gestellt.³

¹ Vgl. dazu u.a.: R. S. Rose, Johnny's Two Trips to Brazil, in: Luso-Brazilian Review, Vol. 38, No. 1 (Summer, 2001), S. 103-123, hier: S. 106.

² Enclosure No. 1 to Despatch No. 940 of January 29, 1936. From Embassy - Rio de Janeiro, FBI-Akte 800.00 B - Ewert, Arthur (nicht paginiert).

³ Vgl. dazu: Elizabeth Cancelli, O mundo da violência. A Polícia da era Vargas, Brasília 1993, S. 92. Die deutschen Behörden »revanchierten« sich auf ihre Weise. Bereits am 4. Februar 1936 konnte die brasilianische Gesandtschaft in Berlin einen mehrseitigen Bericht an das Außenministerium in Rio de Janeiro übermitteln, der zahlreiche Informationen – biographische Daten, Fotos, Fingerabdrücke - über Arthur und Elise Ewert enthielt, die von der Gestapo zur Verfügung gestellt worden waren. Mehr noch, in dem Bericht wurde auf den dringenden Wunsch der Gestapo hingewiesen, im Interesse einer »wirksamen Unterdrückung des Kommunismus den Austausch von Informationen zwischen der deutschen und der brasilianischen Polizei künftig in regelmäßiger Form« zu gestalten. Vgl. dazu:

Es ist kaum nachvollziehbar, warum Arthur Ewert in so leichtsinniger Weise ein Archiv von streng geheimen Dokumenten, das für jeden Geheimdienst eine wahre Goldgrube⁴ darstellen mußte, auch noch zu einem Zeitpunkt aufbewahrte, als ganz Brasilien bereits von einer Welle des Terrors überrollt wurde und er selbst jederzeit mit seiner Verhaftung, und sei es durch einen Zufall, rechnen mußte. Ein ähnliches Verhalten in China von Arthur Ewert war ohne erkennbare Folgen geblieben. So ist anzunehmen, daß er – wie viele andere Menschen in einer vergleichbaren Situation auch – nach den langen Jahren der scheinbar erfolgreichen Arbeit unter einem angenommenen Namen das Gefühl der permanenten Bedrohung durch Polizei und Geheimdienste verloren hatte und der Illusion einer unangreifbaren persönlichen Sicherheit erlegen war.

Man sollte aber auch berücksichtigen, daß Arthur und Elise Ewert Mitte der dreißiger Jahre bereits seit vielen Jahren in strengster Illegalität unter fremden Namen lebten. Der Besitz von Urkunden, die ihre tatsächliche Identität bestätigten, diente daher wohl in gewisser Weise auch der Selbstversicherung, daß Arthur und Elise Ewert wirklich existierten und mehr waren als nur eine Fiktion wie Harry Berger und Machla Lenczycki.

Nach der sensationell aufgemachten Bekanntgabe der Dokumentenfunde durch die brasilianische Polizei versuchte die Führung der KP Brasiliens, wenn auch vergeblich, die Bedeutung dieser Dokumente herunterzuspielen. Vor allem jedoch war sie bemüht, eine plausible Erklärung für die Tatsache zu präsentieren, daß sich ein Ausländer, ein Funktionär der Komintern, im Besitz von vertraulichen Papieren der brasilianischen KP befand. Am 25. Januar 1936 verbreitete die Zeitung »A Classe Operária«, die von der KP zumindest in Rio de Janeiro noch immer – illegal – herausgegeben werden konnte, deshalb folgende Mitteilung: »Durch sein Leben im Exil wurde H[arry] Berger [d.i. Arthur Ewert] ein guter Bekannter und Freund von Luiz Carlos Prestes, dem großen Helden des antiimperialistischen und antifaschistischen Kampfes des brasilianischen Volkes. Als enger persönlicher Freund genießt er dessen volles Vertrauen, Prestes übergab ihm daher einen Teil seines persönlichen Archivs zur sicheren Aufbewahrung.«⁵

Durch die Informationen, die der britische Geheimdienst übermittelt hatte, war der brasilianischen Polizei zum Zeitpunkt der Verhaftung von Arthur Ewert der gesamte Umfang seiner geheimen Tätigkeit längst bekannt. Die einzige aktuelle Information, über die Arthur Ewert und seine Frau möglicherweise verfügten, war der Aufenthaltsort von Luiz Carlos Prestes, dessen Ergreifung für die brasilianischen Behörden

[Legação dos Estados Unidos do Brasil ao Senhor Ministro de Estado das Relações Exteriores], Berlim, 4 de fevereiro de 1936, in: A Alemanha: A correspondência de Berlim (1932-1936), in: Cadernos do CHDD [Centro de História e Documentação Diplomática], ano 11, número 21, segundo semestre 2012, S. 145-405, hier: S. 346 ff.

⁴ Am 6. Februar 1936 mußte der damalige US-Botschafter in Brasilien, Hugh Gibson, in einem Schreiben an das US-Außenministerium allerdings feststellen: »Es gibt kein einziges Dokument, das man als klaren Beweis dafür nehmen kann, daß Moskau im Hintergrund wirkt.« Dann jedoch: »Nimmt man aber die Dokumente in ihrer Gesamtheit, kann man jedoch zu keiner anderen Schlußfolgerung kommen, als daß Moskau die treibende Kraft ist.«, in: [Hugh Gibson to Laurence Duggan, Department of State], Rio de Janeiro, February 6, 1936, FBI-Akte 800.00 B - Ewert, Arthur, Blatt 45/2.

⁵ A Classe Operária, Rio de Janeiro, 25 de Janeiro de 1936.

absoluten Vorrang hatte. Bereits im Auto auf dem Weg in das Polizeigefängnis begann deshalb das Verhör von Arthur und Elise Ewert, und bereits in diesen ersten Minuten der Haft wurde fürchterliche physische Gewalt angewandt, die in den folgenden Tagen und Wochen in barbarischem Maße gesteigert wurde.

Der große brasilianische Romancier und Kommunist Jorge Amado schilderte in einem dokumentarischen Roman über Luiz Carlos Prestes, der erstmals im Januar 1942 in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires in spanischer Sprache erschien, das Vorgehen der brasilianischen Polizei gegen Arthur und Elise Ewert. Dabei konnte er sich auf Berichte stützen, die er Ende der dreißiger und Anfang der vierziger Jahre selbst bei Zeitzeugen gesammelt hatte. Über Arthur Ewert schrieb er: »Niemand ist ein Mensch in ähnlicher Weise gemartert worden wie er. Die Polizei grub die schändlichsten Marterinstrumente aus ihren Folterkammern aus: körperliche und seelische Folterstrafen. [...] Tag für Tag wurde er in dem Kellerloch der Kaserne gefoltert, in dem er kaum atmen und sich weder aufrichten noch ausstrecken konnte. Mit Zangen riß man ihm die Nägel von den Fingern. Der Anblick seiner von den Polizisten geschändeten Frau, die Qualen, die sie erduldet, als diese Bestien ihre Brüste verstümmelten, raubten ihm den Verstand. Er war ein Mann von Stahl und Ehre. Der Ruf dieses Deutschen lebt selbst in der Polizei unvergessen fort [...]. Noch heute sprechen die Schergen, die ihn folterten, mit Respekt von dem Mann, der alle Schmerzen durch die Kraft seiner Überzeugung überwand. Sie wollten ihn zum Sprechen bringen. Die grausamsten Marterwerkzeuge, die man sich vorstellen kann, unvorstellbare Methoden probierten sie an ihm aus. Aber er schwieg. Weder er noch seine Frau, die den bestialischen Instinkten der Polizisten ausgeliefert war, öffneten jemals den Mund, um ihr Geheimnis auch nur mit einem Wort preiszugeben. [...] In wenigen Monaten marterte Berger [d.i. Arthur Ewert], dieser starke und widerstandsfähige Mann, zum Skelett ab. Bald darauf verlor er den Verstand. [...] Alles, was das bestialische Hirn perverterer Kreaturen an Grausamkeiten erfinden kann, wurde an Harry Berger und seiner Frau verübt: Man hielt ihnen brennende Kerzen unter das Gesäß, man trieb ihnen Nadeln unter die Fingernägel, man drückte Zigaretten auf ihrem bloßen Rücken aus, man verübte die schändlichsten sexuellen Exzesse.«⁶

Die unmittelbare Verantwortung für die Folterungen trug der deutschstämmige Polizeichef von Rio de Janeiro, Filinto Müller, der nicht nur ein eingefleischter und blindwütiger Antikommunist war, sondern auch einen persönlichen Haß gegen Luiz Carlos Prestes hegte: Als junger Offizier war Müller Angehöriger der Kolonne Prestes gewesen. Am 14. April 1925 wurde er von Prestes zum Major befördert, doch schon acht Tage später wurde er wieder degradiert und in Unehren aus der Kolonne ausgeschlossen: In einem Brief hatte Müller die ihm unterstellten Soldaten und Unteroffiziere zur Desertion aus der Kolonne aufgefordert und dies mit seiner Auffassung begründet, daß das gesamte Vorhaben ohnehin zum Scheitern verurteilt sei. Der Brief wurde abgefangen, bevor er seine Adressaten erreichte, und an Prestes übergeben, der die nun unvermeidlichen Konsequenzen zog.⁷

⁶ Jorge Amado, *Der Ritter der Hoffnung. Das Leben von Luiz Carlos Prestes*, Berlin (DDR) 1953, S. 351 f.

⁷ Vgl. dazu Fernando Gomes de Morais, Olga, São Paulo 1985, S. 143 ff.

Am 14. Januar 1936 erhielt Theodore Xanthaky, ein Mitarbeiter der US-Botschaft in Rio de Janeiro, die Erlaubnis, Arthur Ewert und dessen Frau im Polizeigefängnis auf dem Morro de Santo Antônio zu treffen.

Bereits am 28. Dezember 1935 hatte das Itamarati, das brasilianische Außenministerium, die diplomatische Vertretung der USA in Rio de Janeiro offiziell davon in Kenntnis gesetzt, daß zwei Tage zuvor zwei Personen mit US-amerikanischen Pässen – Harry Berger und Machla Lenczycki – verhaftet worden waren. Eine Mitteilung an die Presse sei nicht erfolgt, um die Fahndung nach Luiz Carlos Prestes und weiteren Personen aus dessen Umkreis nicht zu gefährden.

Die tatsächliche Identität von Harry Berger und Machla Lenczycki, also Arthur und Elise Ewert, war den brasilianischen Behörden auf Grund der Mitteilungen, die sie vom britischen Geheimdienst erhalten hatten, zu diesem Zeitpunkt längst bekannt. Daher ist davon auszugehen, daß sie diese Information – zumindest inoffiziell – umgehend auch an die US-Botschaft weitergaben. Darauf weist ein Telegramm des US-Botschafters in Rio de Janeiro an das US-Außenministerium in Washington vom 23. Januar 1936 hin, das in Kopie in der FBI-Akte von Arthur Ewert aufbewahrt wird. In diesem Telegramm bezog sich der US-Botschafter ausdrücklich auf eine von ihm am 28. Dezember 1935 telegraphisch übermittelte Nachricht »bezüglich der Verhaftung von Herrn und Frau Arthur Ernst Ewert alias Harry Berger und Machla Lenczycki.«⁸ Bereits am 30. Dezember 1935 hatte das US-Außenministerium die US-amerikanische Vertretung in Berlin telegraphisch angewiesen, alle verfügbaren biographischen Angaben über Arthur Ewert sowie eine Beschreibung seines Äußeren und Kopien der Fingerabdrücke zu beschaffen.⁹

Es ist allerdings auch möglich, daß man in Washington schon lange vor den brasilianischen Behörden über die tatsächliche Identität von Harry Berger und Machla Lenczycki informiert war, aber vorerst keinen Handlungsbedarf gesehen hatte: Bereits im Oktober 1934, also weit mehr als ein Jahr vor den hier geschilderten Ereignissen, hatte es im britischen Geheimdienst Überlegungen gegeben, die zuständigen Dienststellen in den USA über die Tatsache zu informieren, daß Arthur Ewert einen echten US-amerikanischen Paß auf den Namen Harry Berger benutzte. In einem internen Schreiben vom 15. Oktober 1934 hatte es dazu geheißen: »Ich sehe keinen Grund, warum wir die Amerikaner nicht auf diesen Sachverhalt hinweisen sollten, aber ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sie bei dieser Gelegenheit um größte Diskretion bitten würden, denn die Quelle dieser Information ist sehr wertvoll und sehr delikatsplaziert.«¹⁰

Theodore Xanthaky wußte also vor seinem Eintreffen im Polizeigefängnis, daß er nicht mit Harry Berger und Machla Lenczycki, sondern mit Arthur und Elise Ewert

⁸ Hugh Gibson to The Secretary of State, Rio de Janeiro, January 23, 1936, in: FBI-Akte 800.00 B - Ewert, Arthur, Blatt 16/1.

⁹ Bereits am 22. Januar 1936 konnte der US-amerikanische Generalkonsul in Berlin Fotokopien von Unterlagen des Preußischen Landeskriminalamtes in Berlin über Arthur Ewert, darunter eine Fotokopie des sogenannten Fingerabdruckblattes, nach Washington übermitteln. Vgl. dazu: Raymond H. Geist, American Consul, to The Secretary of State, Berlin, January 22, 1936, in: Ebenda.

¹⁰ From SIS in reply to 11a, October 15, 1934, The National Archives, Great Britain, Kew, KV 2/2336 307958, Blatt 12a. Sehr wahrscheinlich handelte es sich bei dieser Quelle um den bereits erwähnten Johnny de Graaf.

sprechen würde, auch wenn der fast achtseitige Bericht über diese Gespräche, den er am folgenden Tag verfaßte und der dann sofort nach Washington übermittelt wurde, darüber keine Auskunft gibt. Das ist insofern bemerkenswert, als die diplomatische bzw. die konsularische Vertretung der USA gegenüber zwei Deutschen, auch wenn sie sich mit US-Pässen ausgewiesen hatten, keinerlei international geregelte Pflichten, aber eben auch keine Rechte hatte.

Theodore Xanthaky berichtete nach seinem Besuch, daß er am 14. Januar 1936 gegen 22 Uhr von einem Dr. Julien [d.i. Francisco de Menezes Julien], dem Assistenten des Chefs der Sonderabteilung der Politischen Polizei, Hauptmann Miranda Correia, empfangen wurde. Julien habe darauf hingewiesen, daß sich Berger [d.i. Arthur Ewert] in einem sehr schlechten Zustand befinden würde, da man ihm in den vorangegangenen acht Tagen nicht zu schlafen erlaubt habe, und daß er trotz allem, was geschehen sei, lediglich zugegeben habe, daß er Kommunist sei. Auch Bergers Frau habe nichts gestanden.

»Nach der Ankunft im Gefängnis auf dem Morro de Santo Antônio«, so der Bericht von Theodore Xanthaky weiter, »wurden wir vom Chefaufseher Galvão begrüßt, der sagte, daß das Paar sich unter der Folter¹¹ ›phantastisch‹ verhalte, daß sie nichts aussagen würden und daß er den Hut vor ihnen ziehe. [...]

Ein paar Minuten später wurde ich in den Raum gebracht, in dem Berger untergebracht ist. Er sah sehr erschöpft aus, und auf seinen Armen und seinem Rücken waren Spuren, die deutlich zeigten, daß er schwer geschlagen wurde. [...] Er antwortete, daß er zwar nicht darum gebeten habe, einen Vertreter der [US-] Botschaft oder des [US-] Konsulats zu sprechen, daß er aber doch froh sei, mit mir sprechen zu können, denn es sei ihm seit mehr als sieben Tagen und Nächten nicht erlaubt worden zu schlafen und er und seine Frau seien schwer geschlagen worden und er habe den Wunsch, daß jemand in dieser Sache interveniere. [...] Ich fragte ihn nach Machla Lencyzki und nach ihrer ehelichen Beziehung, da sie ja offensichtlich unterschiedliche Namen trügen. Er sagte: »Ich sehe, daß Sie verstehen.« Ich sagte daraufhin ganz offen: »Soll das bedeuten, daß Sie in der Tat miteinander verheiratet sind, daß sie aber aus Gründen, die nur Sie kennen, im Besitz von Pässen sind, die außergesetzlich beschafft wurden?« Zu diesem Zeitpunkt entwickelte sich unser Gespräch bereits auf einer sehr freundlichen Basis, und Berger lächelte bestätigend. [...] Schließlich führte er folgendes aus: Er sagte, daß seine Frau Elise Ewert, geborene Saborowski, sei und daß er Arthur Ernst Ewert sei, beide gebürtige deutsche Staatsbürger.«

Anschließend, so Xanthaky weiter, berichtete Arthur Ewert von seiner Mitgliedschaft im Deutschen Reichstag und von seiner Entsendung nach Südamerika Ende 1930. In Montevideo habe er zu dieser Zeit erstmals Luiz Carlos Prestes getroffen, der aus seiner Sicht ein wirklich großer Mann sei, kein Doktrinär, sondern ein Mann, der bereit und in der Lage sei, Kompromisse einzugehen. Nach einem zweijährigen Aufenthalt in China sei Arthur Ewert 1934 wieder nach Südamerika zurückgekehrt.

Xanthaky berichtete weiter: »Auf meine Frage, wer ihn finanzieren und anleiten würde, sagte er, daß sie (die Kommunisten) ihre Kongresse hätten und daß ganz allgemein die großen Parteien die kleinen Parteien unterstützen würden. Es sei eine Tatsache, daß er für seine Arbeit Zuwendungen von der deutschen Kommunistischen Par-

¹¹ Im englischen Original: punishment.

tei erhalten habe und daß er erst vor ein paar Monaten auch Zuwendungen für seinen Lebensunterhalt von der [US-] Amerikanischen Kommunistischen Partei erhalten habe. [...] Er sagte, daß es keine großen Geldbewegungen geben würde und daß er und seine Frau sehr einfach gelebt hätten.

Er informierte mich, daß er seit seiner Ankunft in Brasilien sehr eng mit Prestes zusammengearbeitet hätte und daß es seine Hauptaufgabe gewesen sei, beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Brasilien zu helfen. [...] Er erklärte, daß die angebliche Mitwirkung der sowjetischen Vertretung in Montevideo bei den jüngsten Aufständen ein Mythos sei und daß er sich niemals mit Minkin, deren Chef, getroffen habe. Weder die Vertretung noch [die sowjetische Außenhandelsgesellschaft] Yushamtorg hätten zu der Bewegung beigetragen. [...]

Er sagte, daß die Aliança mit unerwarteter Geschwindigkeit in Größe und Bedeutung gewachsen wäre und daß sie in nicht all zu ferner Zukunft mit großer Sicherheit Erfolg gehabt hätte, wäre die Bewegung nicht viel zu früh losgegangen. Er sagte, daß die Revolution im Norden sowohl für ihn als auch für Prestes eine vollkommene Überraschung gewesen sei. [...] Er führte aus, daß er persönlich keinen Kontakt zu militärischen Führern gehabt hatte und daß dieser Teil der Arbeit ausschließlich von Prestes geleitet wurde.«

Dann, so der Bericht von Xanthaky weiter, erklärte Arthur Ewert, daß seine Frau zwar auch eine aktive Kommunistin sei, sie aber in keine seiner Aktivitäten in Brasilien einbezogen gewesen wäre. Sie habe höchstens die Rolle seiner Sekretärin gespielt. Schließlich bat er, daß die US-amerikanische Botschaft im Falle einer Ausweisung aus Brasilien Einfluß darauf nähme, daß seine Frau und er nicht nach Deutschland ausgeliefert würden, sondern zum Beispiel nach Frankreich reisen könnten.

Nach dem Gespräch mit Arthur Ewert wurde Xanthaky in den Raum gebracht, wo Elise Ewert gefangengehalten wurde: »Auch ihr war seitens der Polizei«, so Xanthaky weiter, »eine sehr harte Behandlung zuteil geworden, doch befand sie sich nicht in einem ganz so schlechten Zustand wie ihr Ehemann.« Und weiter: »Die Frau war offensichtlich so froh, mit jemandem zu sprechen, der sich ihr nicht mit Gewalt und Drohungen näherte, daß sie sehr offen sprach. [...] Sie sagte, daß die Polizei sie foltern würde, damit sie Namen und Adressen preisgeben würde. Das würde sie unter keinen Umständen tun, auch wenn die Namen, die sie kennen würde, vermutlich nur Decknamen wären.«¹²

Noch vor seiner Rückkehr in die US-Botschaft traf sich Xanthaky mit Vertretern der brasilianischen Polizei, um in allen Einzelheiten über seine Gespräche mit Arthur und Elise Ewert zu berichten. Es interessierte ihn dabei nicht, ob die beiden Gefangenen weiterhin gefoltert werden würden, er bat lediglich, diese Weitergabe der Informationen gegenüber Arthur Ewert und dessen Frau geheim zu halten, um seine weiteren Kontakte nicht zu belasten.

Tatsächlich traf sich Theodore Xanthaky mindestens noch ein weiteres Mal mit den Ewerts. Bei seinem zweiten Besuch am 28. Januar 1936 interessierte sich Xanthaky vor allem für die Umstände, unter denen Arthur und Elise Ewert in den Besitz echter

¹² Memorandum of conversation with Arthur Ernst Ewert and Elise Ewert, alias Harry Berger and Machla Lenczycki, respectively. Enclosure No. 2 - Despatch No. 920, January 16, 1936. From Embassy - Rio de Janeiro, FBI-Akte 800.00 B - Ewert, Arthur (nicht paginiert).

US-amerikanischer Pässe gekommen waren, und für ihre früheren Aufenthalte in den USA: »Ich sprach zuerst mit Frau Ewert, die seit meinem letzten Besuch in einen anderen Raum gebracht worden war. Auf meine Frage nach den Personen, die sie und ihr Ehemann verkörpern würden, und nach den Personen, die als Zeugen bei der Beschaffung der [US-] amerikanischen Pässe fungiert hatten, deutete sie an, ohne dies ausdrücklich zu sagen, daß es sich um Mitglieder der [US-] Amerikanischen Kommunistischen Partei handeln würde.«¹³ Elise Ewert bestätigte, daß sie seit ihrer Ausweisung aus Kanada im Jahre 1920 nur zwei Mal – 1927 und 1932 – in den USA gewesen war.

Über das Gespräch mit Arthur Ewert notierte Xanthaky: »Hinsichtlich seiner Reise nach New York im Jahre 1927 führte er [also Arthur Ewert] aus, daß die fraktionellen Differenzen, die es damals innerhalb der [US-] Amerikanischen Kommunistischen Partei gab, zwischen Foster und Browder auf der einen und Lovestone auf der anderen Seite bestanden. Es hat den Anschein, als ob Lovestone Sympathien für die Ideen von Brandler zeigte, einem deutschen Kommunisten, der später aus der Deutschen Kommunistischen Partei ausgeschlossen wurde. Ewert erklärte, daß es ihm damals zwar gelungen war, die fraktionellen Differenzen zu verringern, daß Lovestone aber trotzdem zwei Jahre später aus der [US-] Amerikanischen Kommunistischen Partei geworfen wurde. Aus meiner Unterhaltung mit Ewert habe ich die Schlußfolgerung gezogen, daß es ein sehr enges Verhältnis und gegenseitiges Verständnis zwischen den Führern der Deutschen Kommunistischen Partei und der [US-] Amerikanischen Kommunistischen Partei geben muß.«¹⁴

Angesichts der dramatischen Folgen, die die Ereignisse des November 1935 für die Außenpolitik der Sowjetunion hatten, waren die Möglichkeiten der Komintern, Arthur Ewert und seiner Frau Hilfe zu leisten, äußerst beschränkt. Am 27. Dezember 1935 brach Uruguay, neben Mexiko das einzige lateinamerikanische Land, mit dem die Sowjetunion offizielle Beziehungen unterhielt, völlig überraschend die diplomatischen Beziehungen zu Moskau ab. Die Angehörigen der sowjetischen Vertretung in Montevideo wurden aufgefordert, das Land umgehend zu verlassen. Auch Yushamtorg, die sowjetische Außenhandelsgesellschaft, über die die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern Lateinamerikas realisiert wurde, mußte ihre Tätigkeit einstellen. Die Regierung in Montevideo, die unter großem Druck aus Rio de Janeiro stand, begründete ihre Entscheidung mit der angeblich erwiesenen Tatsache, daß die sowjetischen Einrichtungen in Uruguay eine wesentliche Rolle bei der Vorbereitung und Finanzierung der Ereignisse in Brasilien gespielt hätten. Als Beleg für diese Behauptung wurde angeführt, daß der US-amerikanische Paß von Harry Berger, also Arthur Ewert, zahlreiche uruguayische Einreisevermerke enthielt, auch wenn die uruguayischen Behörden kein einziges Treffen von Harry Berger mit einem offiziellen sowjetischen Repräsentanten in Montevideo nachweisen konnten.

Der sowjetische Außenminister Maxim Litwinow glaubte daher, den Entwicklungen mit einem spektakulären Auftritt vor der Versammlung des Völkerbundes in Genf

¹³ Memorandum concerning visit to Mr. and Mrs. Ewert, alias Harry Berger and Machla Lenczycki, on Januar 28, 1936, Enclosure No.1 to Despatch No. 937, January 30, 1936. From Embassy - Rio de Janeiro, in: Ebenda (nicht paginiert).

¹⁴ Ebenda.

doch noch eine Wende geben zu können. In seiner Rede am 23. Januar 1936 wies er die Vorwürfe der uruguayischen Regierung nachdrücklich zurück und forderte »überzeugende Beweise« für eine Verantwortung der Sowjetunion. Für den Vertreter Uruguays war dies eine außerordentlich peinliche Situation, denn die Regierung seines Landes verfügte tatsächlich über keinerlei Beweise und hatte sich bei ihrer Entscheidung ausschließlich auf eine entsprechende Erklärung der brasilianischen Regierung gestützt.¹⁵ Doch das konnte in der Öffentlichkeit selbstverständlich nicht eingestanden werden. So blieb die Entscheidung bestehen, und am 25. Januar 1936 mußten endgültig alle offiziellen sowjetischen Vertreter Uruguay verlassen.¹⁶

Vier Wochen später, am 29. Februar 1936, äußerte sich die Komintern in der »Inprekorr«, der in mehreren Sprachen herausgegebenen »Internationalen Pressekorrespondenz«, erstmals offiziös zur Verhaftung von Arthur Ewert. Das war insofern bemerkenswert, als in der internationalen Öffentlichkeit der Name von Arthur Ewert in Zusammenhang mit den Ereignissen in Brasilien noch gar nicht gefallen war. Am 6. Januar 1936 hatte die »New York Times« die Verhaftung von zwei US-Amerikanern in Rio de Janeiro, Harry Berger und Machla Lenczycki, gemeldet. Der Verfasser des kurzen Berichts hatte seiner Phantasie freien Lauf gelassen und beschrieb »Herrn und Frau Harry Berger« als »zwei der elegantesten Mitglieder der mondänen Gesellschaft der Ausländer in Rio de Janeiro« und als ein Paar, das »für seine Gastfreundschaft und die üppigen Empfänge in seinem Haus« bekannt gewesen sei.¹⁷ Tatsächlich hatten Arthur und Elise Ewert in Rio de Janeiro sehr zurückgezogen gelebt und aus naheliegenden Gründen jedes öffentliche Aufsehen vermieden. Drei Wochen später, am 26. Januar 1936, meldete der »Washington Star« als wahrscheinlich erste Zeitung, daß Harry Berger der Deckname eines deutschen Kommunisten gewesen sei, der im Auftrag der Komintern handelte. Doch auch der »Washington Star« wußte noch nichts von Arthur Ewert, sondern schrieb lediglich von einem Hans Ewart. Noch am 8. März 1936 berichtete die »New York Times« aus Rio de Janeiro unter Berufung auf brasilianische Regierungskreise, daß Harry Berger der Deckname des Deutsch-Peruaners Arthur N. Stewart gewesen sei. Die Meldung des »O Estado de São Paulo« vom 7. Januar 1936, daß Harry Berger auch den Namen Arthur Ewert benutzen würde, war von den in- und ausländischen Medien offensichtlich nicht aufgegriffen bzw. weiter verfolgt worden.

Auch die »Internationale Pressekorrespondenz« stellte keine Verbindung zwischen Arthur Ewert und Harry Berger her. Wörtlich hieß es in dem Bericht: »Anfang Januar wurde Arthur Ewert, ein früheres kommunistisches Mitglied des Deutschen Reichstags, in Rio de Janeiro verhaftet. Als Hitler die Macht in Deutschland übernahm, war Ewert gezwungen, ins Ausland zu fliehen. Da er sich mit dem Studium der Kolonialfrage befaßt hatte, hielt er sich in verschiedenen Ländern auf. Mit der Absicht, ein

¹⁵ Am 30. Dezember 1935 schrieb der deutsche Gesandte in Montevideo nach Berlin, daß das uruguayische Außenministerium vertraulich mitgeteilt habe, daß »der ursächliche Zusammenhang zwischen den Machenschaften des hiesigen Sowjetgesandten und der brasilianischen Revolte lediglich [...] von der brasilianischen Regierung glaubhaft versichert« wurde. [Schreiben der Deutschen Gesandtschaft], Montevideo, 30. Dezember 1935, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (PA AA), R 79970.

¹⁶ Vgl. dazu: Stanley H. Hilton, *Brazil and the Soviet Challenge. 1917-1947*, Austin 1991, S. 98 f.

¹⁷ *The New York Times*, New York, January 6, 1936.

Buch über die Verhältnisse in Lateinamerika zu schreiben, begab er sich nach Brasilien, um diese Fragen aus erster Hand zu studieren. Ewert mischte sich in keiner Weise in die brasilianische Politik ein. Ungeachtet dessen versuchte die Polizei nach seiner Verhaftung, ihn in die Organisation der Aufstandsbewegung vom November 1935 zu verwickeln und inszenierte seine Verhaftung deshalb als ein großes Spektakel. Die Polizei veröffentlichte die phantastischsten und dümmsten Berichte. Obwohl allgemein bekannt ist, daß die Kommunisten Gegner des individuellen Terrors sind, erklärte die Polizei von Vargas mehrfach, daß Ewerts Arbeitszimmer in dem Haus, in dem er lebte, voll mit Bomben gewesen sein soll, die im Augenblick seiner Verhaftung explodieren sollten. Das ist tatsächlich der größte Blödsinn, den man sich ausdenken kann. Offensichtlich ist die Regierung Vargas bereit, wie im Falle des Reichstagsbrandes, auf die hirnlosesten Einfälle zurückzugreifen, um ihre Pläne durchzuführen. Da Ewert mit dem Studium der ökonomischen und historischen Fragen Lateinamerikas befaßt war, besaß er eine große Zahl von Büchern, Zeitschriften usw., die jedermann kaufen kann. Die Regierung allerdings machte aus diesen Materialien, die man in Rio de Janeiro in jeder Buchhandlung erwerben kann, geheimnisvolle und verschwörerische Dokumente. Damit nicht genug, begann die Regierung auch, solche Dokumente zu fälschen, so zum Beispiel Briefe an den brasilianischen Kommunisten Prestes.«¹⁸

Am 2. März 1936 traf Joseph Brodsky, ein US-amerikanischer Rechtsanwalt, in Rio de Janeiro ein. Joseph Brodsky war von der International Labor Defense, der Partnerorganisation der Internationalen Roten Hilfe in den USA, beauftragt worden, Möglichkeiten der Unterstützung für Arthur und Elise Ewert zu erkunden. Er sprach deshalb zunächst in der US-Botschaft vor und ersuchte um Unterstützung bei der Herstellung der notwendigen Kontakte. Dort war man jedoch nicht gewillt, die guten Beziehungen zu den brasilianischen Behörden von dritter Seite stören zu lassen. Man ließ Joseph Brodsky daher deutlich spüren, daß er nicht erwünscht war.

Deshalb traf Joseph Brodsky mit Abel de Abreu Chermont zusammen, einem brasilianischen Senator, der Anfang März 1936 gegenüber den Justizbehörden seines Landes vergeblich versucht hatte, als Offizialverteidiger von Arthur Ewert und dessen Frau anerkannt zu werden und über einen gerichtlichen Haftprüfungstermin die Freilassung der beiden inhaftierten Deutschen oder zumindest ihre Verlegung in ein reguläres Gefängnis – außerhalb der Reichweite der Polizeitruppe von Filinto Müller – zu erreichen.

Voller Empörung über die unmenschliche Behandlung, die Arthur und Elise Ewert in der Haft durchleiden mußten, hielt Abel Chermont am 10. März 1936 vor dem brasilianischen Senat eine leidenschaftliche Rede. Dabei konnte er sich auf ein richterliches Vernehmungsprotokoll stützen, das die Aussagen von Arthur und Elise Ewert über die Folter enthielt, denen sie in den knapp zwei Monaten seit ihrer Verhaftung ausgesetzt waren. Er ersparte seinen Amtskollegen keine Einzelheiten und verlangte (und erreichte), daß das Vernehmungsprotokoll als offizielles Dokument in die Akten des Senats aufgenommen wurde. Abschließend erklärte er: »Angesichts der Ungeheuerlichkeit der Verbrechen, die nicht nur gegen das Gesetz begangen wurden, sondern

¹⁸ Brazilian Reaction Threatens the Life of Arthur Ewert, in: *Inprekorr*, Vol. 16, No. 11, February 29, 1936.

gegen die physische und psychische Integrität der beiden politischen Gefangenen, müssen wir, meine Herren Senatoren, als Ausdruck der politischen Solidarität feststellen, daß Unterschiede in der Weltanschauung und in der politischen Sichtweise diese anderen Menschen nicht von dem gesetzlichen Schutz ausschließen, den unsere Gesetze sogar den gefährlichsten Kriminellen gewähren. [...] Wenn demnächst die Frage der Verantwortung für diese Taten gestellt werden wird, dann wird es auch um den guten Namen Brasiliens gehen.«¹⁹

Wenige Tage nach dieser Rede wurde Abel Chermont verhaftet und erst im Mai 1937 wieder freigelassen. Sein Status als Senator hatte ihn nicht vor dieser willkürlichen Verhaftung geschützt, denn bei der Beschlußfassung über den von Staatspräsident Getúlio Vargas im November 1935 verhängten Ausnahmezustand hatten die Mitglieder der beiden Kammern des brasilianischen Parlaments mit großer Mehrheit ausdrücklich auf die ihnen verfassungsmäßig zustehende Immunität verzichtet.

Bereits am 24. Februar 1936 waren zwei Engländerinnen, Lady Christine Hastings und ihre Schwägerin Lady Marion Cameron, begleitet von Richard Freeman, ihrem Sekretär, in Rio de Janeiro eingetroffen. Ihre Absicht, so konnte man es wenige Monate später in einem Bericht von Richard Freeman lesen, der im »New Statesman and Nation« und anschließend in dem traditionsreichen New Yorker Pressedigest »The Living Age« veröffentlicht wurde, war es, ein Buch über Brasilien zu schreiben. »Das Buch«, erläuterte Freeman, »sollte so umfassend wie möglich werden, und meine Aufgabe war es, alle von der Regierung herausgegebenen Berichte, Statistiken und sonstigen allgemein zugänglichen Materialien zu sammeln, zu sichten, zu sortieren und aufzubereiten.« Doch »durch das befremdliche Verhalten der brasilianischen Polizei wurde mir und meinen beiden Reisegefährtinnen [lediglich] die Gelegenheit gegeben, das Innere eines brasilianischen Gefängnisses kennenzulernen.«²⁰

Nach anderen Berichten waren die beiden Engländerinnen und ihr Begleiter im Auftrag einer Internationalen Vereinigung gegen Sklaverei nach Brasilien gekommen, um sklavereiähnliche Arbeitsverhältnisse zu untersuchen, die insbesondere im brasilianischen Nordosten zum Alltag gehörten.

Doch es ist auch möglich, daß die Darstellung von Fernando Gomes de Morais in seinem dokumentarischen Roman »Olga« zutrifft, wo es – allerdings ohne Hinweis auf eine Quelle und unter Angabe eines offensichtlich falschen Datums – heißt: »In den ersten Märztagen treffen Lady Marion Cameron Campbell und Lady Christine Hastings, die Gattinnen zweier Mitglieder des englischen Unterhauses, in Brasilien ein.²¹ In Begleitung ihres Privatsekretärs, Richard Gavia Freeman, teilen die beiden Damen der am Hafenkai versammelten Presse mit, daß sie nach Brasilien gekommen sind, um hier im Namen staatlicher Stellen ihres Heimatlandes Meldungen über Folte-

¹⁹ Discurso do Senador Abel Chermont, proferido em 10 de março 1936, Diário do Congresso Nacional, seção 2, de 11 de março de 1936, p. 11018.

²⁰ Richard Freeman, Englishmen abroad, in: The Living Age, Volume 351, September 1936 - February 1937, New York 1937, S. 56-59, hier: S. 56.

²¹ Die Parliamentary Archives des britischen Unterhauses in London konnten nicht bestätigen, daß die Ehepartner der beiden Frauen tatsächlich Mitglieder des Parlaments waren (Mail vom 2. Juli 2013).

rungen politischer Gefangener und insbesondere ausländischer Gefangener auf den Grund zu gehen.«²²

Bereits am 12. Februar 1936 hatte Harry Pollitt, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Großbritanniens, so kann man es in einer damals streng geheimen Aktennotiz des britischen Geheimdienstes vom 20. Februar 1936 lesen, in einem verschlüsselten Telegramm nach Moskau gemeldet: »Delegation mit exzellenten Empfehlungsschreiben und [klaren] Instruktionen abgereist. Besondere Aufmerksamkeit gilt Ewert. [Haben] Vertrauen in gute Ergebnisse.«²³

Die Vermutung liegt nahe, daß sich Pollitts Telegramm tatsächlich auf Hastings, Cameron und Freeman und ihre Reise nach Brasilien bezog.²⁴ Dafür spricht auch, daß die von der Komintern herausgegebene »Internationale Pressekorrespondenz« schon am 25. April 1936 einen längeren Artikel von Richard Freeman unter dem Titel »Arthur Ewert wird gefoltert« veröffentlichte. Freeman berichtete insbesondere über die Bemühungen von Abel Chermont, die Lage von Arthur Ewerts und dessen Frau zu verbessern. Seinen eigenen Aufenthalt in Brasilien erwähnte er hingegen mit keinem Wort, obwohl es durchaus berichtenswerte Umstände gab.²⁵

Denn nur wenige Tage nach ihrer Ankunft wurden Hastings, Cameron und Freeman von der brasilianischen Polizei im Stadtgebiet von Rio de Janeiro festgenommen, obwohl sie lediglich einige offizielle Besuchstermine absolvierten, die das brasilianische Außenministerium auf Bitten der britischen Botschaft vorbereitet hatte. Die beiden Frauen wurden in ihrem Hotel de facto unter Arrest gestellt, während Freeman für zwei Tage ins Gefängnis kam, gewissermaßen ein »Vorzeigen der Waffen«. Am 7. März 1936 wurde Freeman unter der Bedingung der sofortigen Ausreise freigelassen, und am Tag darauf, am 8. März 1936, verließen Hastings, Cameron und Freeman Brasilien.

Etwa eine Woche später, am 16. März 1936, war dieser Zwischenfall Gegenstand einer offiziellen Anfrage im britischen Parlament, das sich in der Folge, sehr zum Unwillen der in London ansässigen brasilianischen Diplomaten, auch bei anderen Gelegenheiten mit der Lage in dem südamerikanischen Land befaßte.²⁶ Auch Lady Hastings zeigte sich in der Folge auf eine sehr persönliche Weise an den weiteren Entwicklungen in Brasilien interessiert. Wiederholt vermittelte sie in späteren Jahren Minna Ewert wichtige hochrangige Kontakte und half ihr, Hilfsaktionen für Arthur Ewert zu organisieren.

²² Fernando Gomes de Morais, Olga, São Paulo 1985, S.166, hier zitiert nach der deutschen Ausgabe: Fernando Morais, Olga, Reinbek bei Hamburg 1992, S. 194.

²³ Extract from Mask Material: From London to Moscow, February 12, 1936, The National Archives, Great Britain, Kew, KV 2/2336 307958, Blatt 32b. Der britische Inlandsgeheimdienst MI-5 war seit Anfang der dreißiger Jahre im Ergebnis der Operation »Mask« in der Lage, große Teile des geheimen Funkverkehrs zwischen der KP Großbritanniens und der Führung der Komintern »mitzulesen«. Vgl. dazu: Nigel West, Mask. MI5's Penetration of the Communist Party of Great Britain, London 2005.

²⁴ Allerdings bleibt unklar, wie diese Reise organisiert wurde und ob Hastings, Cameron und Freeman den möglichen (Komintern-) Hintergrund kannten.

²⁵ Arthur Ewert is Being Tortured, in: Inprekorr, Vol. 16, No. 20, April 25, 1936.

²⁶ Commons and Lords Hansard, March 18, 1936, vol. 310, col. 11 (hansard.millbanksystems.com/commons/1936/mar/16/brazil-deportations, 20. Juni 2013, 4.30 Uhr).

Luiz Carlos Prestes und seine Frau Olga Benario Prestes wurden am 5. März 1936 gegen 7 Uhr morgens in Rio de Janeiro im Stadtteil Meier verhaftet. Im Augenblick der Verhaftung stellte sich Olga Benario buchstäblich vor Prestes und verhinderte damit, daß ihn die in großer Zahl in die Wohnung stürmenden Polizisten sofort töteten. Denn die Polizisten hatten von Filinto Müller den ausdrücklichen Befehl erhalten, Prestes beim geringsten Anzeichen von Widerstand zu erschießen, und Müller hatte keinen Zweifel daran gelassen, daß er den Begriff »Widerstand« in diesem Fall sehr weit gefaßt wissen wollte. Bereits Mitte Januar 1936 hatte ein hochrangiger Polizeioffizier aus der unmittelbaren Umgebung von Müller gegenüber einem Vertreter der US-Botschaft erklärt, daß »seiner Meinung nach [Prestes] nicht lebend gefangengenommen werden sollte.«²⁷

Bis heute ist nicht endgültig geklärt, von wem die Polizei den entscheidenden Hinweis auf den Aufenthaltsort von Luiz Carlos Prestes und seiner Frau erhielt.

Am 6. März 1936 berichtete die »New York Times«, daß ein junger US-Amerikaner, der 27 Jahre alte Victor Allan Barron, am Tag vor dem Zugriff der Polizei auf einem Stadtplan der brasilianischen Hauptstadt den ungefähren Ort gezeigt hätte, wo sich Prestes verbergen würde. Unmittelbar danach habe er im Polizeigefängnis von Rio de Janeiro Selbstmord begangen.²⁸ Bei ihrem Bericht stützte sich die Zeitung allerdings ausschließlich auf Informationen, die sie von einem Sprecher der Polizei erhalten hatte.

Victor Allan Barron war Mitte 1935 von der Komintern als Funker zur Unterstützung von Luiz Carlos Prestes und Arthur Ewert nach Brasilien entsandt worden war, im September 1935 war es ihm zum ersten Mal gelungen, Funkkontakt mit Moskau herzustellen.

Am 28. Januar 1936 wurde Barron in Rio de Janeiro im Stadtteil Copacabana verhaftet, nachdem er bereits tagelang von der Polizei observiert worden war. Doch die Hoffnung, daß er Prestes aufsuchen und so dessen Aufenthaltsort bekannt werden würde, erfüllte sich nicht. Trotz wochenlanger bestialischer Folterungen, so spritzte man ihm reinen Alkohol in die Zunge, machte Barron keinerlei Aussagen, die die Polizei verwenden konnte.²⁹

Die US-Botschaft, der die guten Beziehungen zu den brasilianischen Behörden wichtiger waren als das Schicksal eines jungen Kommunisten, hatte die Folterung Barrons nicht nur toleriert, sondern sogar bei den vergeblichen Versuchen geholfen, den Widerstand des jungen Mannes zu brechen. So war Barron seitens der US-Botschaft zugesagt worden, daß er unmittelbar nach einem Geständnis freigelassen und mit dem nächsten Schiff in die USA gebracht werden würde.

²⁷ Memorandum of conversation with Arthur Ernst Ewert and Elise Ewert, alias Harry Berger and Machla Lenczycki, respectively. Enclosure No. 2 - Despatch No. 920, January 16, 1936. From Embassy - Rio de Janeiro, a.a.O.

²⁸ The New York Times, New York, March 6, 1936.

²⁹ Marly de Almeida Gomes Vianna stellte fest, daß sie in den einschlägigen Dokumenten keinerlei Hinweis darauf gefunden hätte, daß Barron gegenüber Polizei Aussagen gemacht habe und daß er folglich auch nicht den Aufenthaltsort von Prestes preisgegeben habe. Vgl. dazu: Marly de Almeida Gomes Vianna, *Revolucionários de 1935. Sonho e realidade*, São Paulo 2007, S. 389 ff.

Aller Wahrscheinlichkeit nach waren es die Aussagen von Rodolfo Ghioldi gewesen, die der brasilianischen Polizei den entscheidenden Hinweis auf den Aufenthaltsort von Prestes gaben. Ghioldi und seine Frau waren am 24. Januar 1936 auf dem Bahnhof der Stadt Jacaréi im Bundesstaat São Paulo verhaftet worden, als sie versuchten, mit einem Zug nach Buenos Aires zu entkommen. Bei den Polizeiverhören in Rio de Janeiro, wohin er umgehend zurückgebracht worden war, beschränkte Ghioldi sich nicht darauf, der Polizei nur solche Tatsachen mitzuteilen, die längst publik waren. In seinem verzweifelten Willen zur Kooperation berichtete er ohne jede Not über zahlreiche Sachverhalte, die der Polizei zuvor vollkommen unbekannt gewesen waren. Die brasilianischen Behörden »bedankten« sich auf ihre Weise. Weder Ghioldi noch seine Frau wurden jemals gefoltert. Und beim Prozeß im darauffolgenden Jahr wurde Ghioldi, der als Mitglied des Exekutivkomitees zumindest nominell einer der ranghöchsten Funktionäre der Komintern in Lateinamerika war, zu einer Haftstrafe von lediglich vier Jahren und vier Monaten verurteilt, die er zudem in einer regulären Haftanstalt verbüßen durfte.³⁰

Der Tod von Victor Allan Barron in brasilianischer Polizeihaft sorgte sehr bald für internationales Aufsehen, nicht zuletzt, weil Barron der Sohn eines führenden US-amerikanischen Kommunisten, Harrison George, war.³¹ Hinzu kam, daß es Joseph Brodsky, dem von der International Labor Defense entsandten US-Rechtsanwalt, kurz vor seiner erzwungenen Ausreise aus Brasilien gelungen war, einen mündlichen Bericht über die Autopsie Victor Allan Barrons zu erhalten, in dem zahlreiche Spuren von Gewaltanwendung am Körper des jungen Mannes beschrieben wurden.

Insbesondere die linke US-amerikanische Presse griff das Thema in vielfältiger Weise auf. So erschien bereits Anfang April 1936, etwa vier Wochen nach dem Tod von Victor Allan Barron, in der Zeitschrift der Kommunistischen Partei der USA »The Communist« ein Artikel von Harrison George mit dem Titel »Die Reihen geschlossen! Vorwärts! Gegen den weißen Terror in Brasilien!«. Aus naheliegenden Gründen erwähnte Harrison George mit keinem Wort die tatsächlichen Motive, die seinen Sohn nach Brasilien geführt hatten. Er zeichnete vielmehr das Bild eines lernbegierigen jungen Mannes mit einem ausgeprägten Gerechtigkeitsinn, der durch eine tragische Fügung des Schicksals zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen war. In diesem Zusammenhang erwähnte er auch Arthur Ewert, wobei er gleichfalls kein Wort über die genauen Hintergründe des Aufenthaltes von Arthur Ewert in Brasilien verlor: »Am 26. Dezember wurde auch ein antifaschistischer Flüchtling verhaftet, Arthur Ewert, ein früheres Mitglied des Reichstages.« Doch er schilderte den Bericht Abel Chermonts vor dem brasilianischen Senat, in dem der Parlamentarier leidenschaftlich die Folter gegen Arthur Ewert verurteilt hatte.³²

³⁰ Vgl. dazu: Ebenda.

³¹ Harrison George war als Funktionär der KP der USA gelegentlich selbst mit lateinamerikanischen Angelegenheiten befaßt und in Lateinamerika tätig. So war er zum Beispiel im Jahre 1927 Teilnehmer des Vorbereitungskongresses zur Gründung des lateinamerikanischen Gewerkschaftsdachverbandes CSLA in Montevideo. Vgl. dazu u.a.: *El Trabajador Latino Americano*. Organo Oficial del Comité Pro-Confederación Syndical Latino-Americana, No. 1 (Setiembre 15 de 1928).

³² Harrison George, *Close Ranks! Forward! Against The White Terror In Brazil!*, in: *The Communist*, New York, April 1936, S. 346-352, hier: S. 352.

Zeitgleich mit der Veröffentlichung dieses Artikels fand im New Yorker Madison Square Garden, zu jener Zeit regelmäßig ein Ort großer politischer Veranstaltungen, eine gut besuchte Kundgebung mit zahlreichen prominenten Teilnehmern statt. Auf dieser Kundgebung wurde nachdrücklich, wenn auch ergebnislos, von US-Präsident Franklin D. Roosevelt und seiner Administration gefordert, gegen die Praxis der Folterung politischer Gefangener in Brasilien vorzugehen.

Der republikanische Kongreßabgeordnete Vito Marcantonio aus dem Bundesstaat New York brachte die Angelegenheit sogar vor den US-Kongreß. Er verlangte insbesondere eine genaue Aufklärung der Rolle, die die US-Botschaft in Rio de Janeiro beim Tod von Victor Allan Barron gespielte hatte.³³

Offiziell stellten sich die US-Behörden schützend vor Botschafter Hugh Gibson und wiesen alle gegen ihn und die US-Vertretung in Rio de Janeiro vorgebrachten Vorwürfe als haltlos zurück, doch wurde Gibson nach Beendigung seiner Mission in Brasilien nicht wieder als Botschafter ins Ausland entsandt.

Auch wenn diese Proteste den politischen Gefangenen in Brasilien keine unmittelbare Erleichterung brachten, so hatten sie doch ein Ergebnis, das zumindest mittelfristig Wirkung zu zeigen versprach. Es war jetzt weltweit bekannt, daß brutale und erbarmungslose Folter in Brasilien zum tagtäglichen Instrumentarium der politischen Polizei gehörte und daß die brasilianischen Behörden nicht davor zurückschreckten, sogar gegen Ausländer, die in ihre Fänge gerieten, mit großer Gewalt vorzugehen.

Um so erstaunlicher war es, daß gegen Luiz Carlos Prestes und dessen Frau Olga Benario Prestes zu keinem Zeitpunkt der Haft physische Gewalt angewandt wurde. Aller Wahrscheinlichkeit betrachtete Polizeichef Filinto Müller Luiz Carlos Prestes, obwohl dieser offiziell als Deserteur galt, noch immer als Offizier des brasilianischen Heeres, dem unter allen Umständen eine respektvolle Behandlung zustand.³⁴

Das bestätigte in späteren Jahren der Pflichtverteidiger von Arthur Ewert und Luiz Carlos Prestes in einem Interview, als er auf die Frage, warum Prestes nicht gefoltert wurde, antwortete: »Weil Prestes Militärangehöriger war. Filinto Müller erlaubte nicht, daß Militärangehörige schlecht behandelt wurden. Kein einziger Militärangehöriger wurde mißhandelt, nicht einer.« Und auf die Frage, warum Arthur Ewert gefoltert wurde: »Das war Grausamkeit, nichts als Grausamkeit.«³⁵

³³ New York Times, New York, April 3, 1936.

³⁴ Dies steht keinesfalls im Widerspruch zu der ursprünglichen Absicht von Müller, Prestes bei dessen Gefangennahme beim kleinsten Zeichen von Widerstand erschießen zu lassen. Prestes wäre dann als Offizier »ehrenvoll« im Kampf »gefallen«.

³⁵ Conta Sobral Pinto, in: Heráclito Fontoura Sobral Pinto, Por que defendo os comunistas, Belo Horizonte 1979, S. 19-31, hier: S. 30 f.

Kapitel 25: Moskau 1937 – ein Exkurs

Am 27. Februar 1937 wurde Nikolai Bucharin, bis 1929 Vorsitzender der Kommunistischen Internationale, gemeinsam mit Alexei Rykow, dem vormaligen Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, verhaftet. Vorangegangen war eine mehrtägige Tagung des Zentralkomitees der KPdSU (B), die sich mit der »Sache Bucharin und Rykow« befaßt hatte. Dabei war den beiden früheren Spitzenpolitikern der Vorwurf parteifeindlicher und antisowjetischer Tätigkeit gemacht worden. Nach längerer und zum Teil kontroverser Diskussion faßte das Zentralkomitee den Beschluß, Bucharin und Rykow aus dem ZK auszuschließen und sie dem NKWD, dem Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten, mit dem Ziel weiterer Ermittlungen zu übergeben. Sehr zum Unwillen Stalins hatte sich weder für den ursprünglichen Vorschlag, sie einem Militärgericht zu überstellen und sofort erschießen zu lassen, noch für den Antrag, sie vor Gericht zu stellen, ohne zuvor ein Urteil festzulegen, eine Mehrheit gefunden.¹

Nikolai Bucharin war im April 1929 als Chefredakteur der »Prawda«, der wichtigsten Tageszeitung der Sowjetunion, abgelöst worden. Im November 1929 wurde er wegen »rechter Abweichungen« aus dem Politbüro und aus dem Zentralkomitee der KPdSU (B) ausgeschlossen und verlor so auch seine Spitzenfunktion in der Komintern. Doch anders als die Mehrzahl der sogenannten Trotzlisten, gegen die zur selben Zeit »organisatorische Maßnahmen« ergriffen wurden, durfte Bucharin Mitglied der Kommunistischen Partei bleiben.

Im darauffolgenden Jahr widerrief Bucharin öffentlich seine früheren Positionen, bereits auf dem XVI. Parteitag vom 26. Juni bis 13. Juli 1930 wurde er wieder als Mitglied in das Zentralkomitee gewählt. Im Februar 1934 übernahm er als Chefredakteur die Leitung der von der Regierung in Moskau herausgegebenen Tageszeitung »Iswestija«. Und im Jahr 1935 wurde er sogar Mitglied der Kommission, die eine neue, die »Stalinsche« Verfassung der Sowjetunion ausarbeiten sollte.

Doch Stalin vergab keinem früheren Kontrahenten. Das hatten nicht zuletzt die beiden großen Prozesse deutlich gemacht, die Mitte 1936 und Anfang 1937 in Moskau stattgefunden hatten.

Beim Prozeß der 16, dem »Prozeß gegen das trotzkistisch-sinowjewistische terroristische Zentrum« vom 19. bis 24. August 1936, waren Grigori Sinowjew und Lew Kamenew sowie elf weitere Angeklagte zum Tode verurteilt und am Tag nach der Urteilsverkündung erschossen worden. Beim Prozeß der 17, dem »Prozeß gegen das sowjetfeindliche trotzkistische Zentrum« vom 23. bis 30. Januar 1937, hatte es zwölf Todesurteile gegeben, die ebenfalls umgehend vollstreckt wurden.

Am 5. März 1937 legten Bucharins Vernehmer in der berüchtigten Lubjanka ein erstes, etwa 25 Seiten umfassendes Protokoll vor. Doch dieses Protokoll fand in der Folge keine Verwendung, denn Bucharin war zunächst nicht bereit gewesen, das von ihm geforderte »umfassende Geständnis« abzulegen.² Erst vier Monate später, am 2.

¹ Vgl. dazu u.a.: Wadim Rogowin, 1937. Jahr des Terros, Essen 1998, S. 257 ff., sowie: Karl Schlögel, Terror und Traum. Moskau 1937, München 2008, S. 239 ff.

² Vgl. dazu: Wladislaw Hedeler, Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung, Inszenierung und Wirkung, Berlin 2003, S. 206.

Juni 1937, äußerte sich Bucharin zu den zum Teil begründeten, in ihrer Mehrzahl jedoch absurden Vorwürfen: »In dem vorliegenden Geständnis möchte ich die historische Entwicklung der konterrevolutionären Organisation der Rechten darlegen, beginnend mit ihren Keimformen und endend mit einer Analyse der ideologischen und organisatorischen Quellen und Prämissen.«³

Dieses schriftliche »Geständnis« Bucharins, das im Jahre 2007 erstmals im Wortlaut veröffentlicht wurde, kam offensichtlich weder durch Folter noch durch Drohungen gegen die Familie zustande. Bucharin hatte sich entschlossen, seine Sicht der Dinge darzulegen, selbst wenn – und wohl auch weil – er nicht die Hoffnung haben konnte, physisch zu überleben. Es ist offensichtlich, daß Bucharin wesentliche Vorwürfe akzeptierte, weil sie tatsächlich dem entsprachen, was er in den vorangegangenen Jahren geplant und getan bzw. veranlaßt hatte.⁴ Bucharin war bereit, die politische, aber auch die juristische Verantwortung dafür zu übernehmen.⁵

In diesem Geständnis Bucharins fand auch Arthur Ewert Erwähnung. Ihm wurde bei der »Entstehung der konterrevolutionären Organisation der Rechten«, so der von Bucharin selbst gewählte Titel des Kapitels 4 seines »Geständnisses«, eine maßgebliche Rolle zugeschrieben. Bucharin berichtete: »Um ein volles Bild zu geben, muß ich auch einige Worte über die Komintern sagen. Natürlich hatte die sogenannte russische Frage auch hier ihre Widerspiegelung. Von den russischen Mitarbeitern der Kommunistischen Internationale teilten E[fim] Cejtin, [Michail] Grolman, [Boris] Idelson, A[lexandr] Slepko den Standpunkt der Rechten, sie hatten Verbindungen vor allem zu den deutschen sogenannten Versöhnern (der Gruppe Gerhart [Eisler]-Ewert), ein Teil der Amerikaner sympathisierte mit ihnen (Lovestone und Co.), ein Teil der Schweden (Chilbum [d.i. Karl Kilbom]) und einige andere. Die prominenteste Figur in diesen Kreisen war damals Ewert, mit dem ich mich auch persönlich traf. Die Gespräche bei diesen Treffen hatten einen klar antistalinischen, also gegen die Partei gerichteten Charakter. So entstand die konterrevolutionäre Organisation der Rechten.«⁶

Vom 2. bis 13. März 1938, genau ein Jahr nach der Verhaftung Bucharins, fand in Moskau der Prozeß der 21, der »Prozeß gegen den Block der Rechten und Trotzkiisten«, statt. Zu den Angeklagten gehörten Nikolai Bucharin und Alexei Rykow. Zusammen mit 16 weiteren früheren hochrangigen Funktionären wurden sie zum Tode verurteilt und zwei Tage später erschossen.

³ Личные показания Н. Бухарина,

chss.montclair.edu/english/furr/research/bukhconfession_klio0107.pdf (11. Juli 2011, 20.35 Uhr).

⁴ Bei ihrem letzten Gespräch im Januar 1929, so Jules Humbert-Droz in seinen Erinnerungen, habe Nikolai Bucharin ihm gegenüber erklärt, daß sich die Opposition in der Sowjetunion »entschlossen habe, individuellen Terror gegen Stalin anzuwenden, um ihn so loszuwerden.« Humbert-Droz habe sich gegen ein solches Vorgehen ausgesprochen, weil es keine politische Lösung darstellen würde. Bucharin habe aber zum Ausdruck gebracht, daß er eine politische Lösung nicht mehr für möglich halten würde. Vgl. dazu: Jules Humbert-Droz, *De Lénin à Staline. Dix Ans Au Service de l'Internationale Communiste 1921-31*, Neuchâtel 1971, S. 379f.

⁵ Vgl. dazu: Grover Furr and Vladimir Bobrov, *Nikolai Bukharin's First Statement of Confession in the Lubianka*, eserver.org/clogic/2007/Furr_Bobrov.pdf (11. Juli 2011, 20.35 Uhr).

⁶ Личные показания Н. Бухарина, а.а.О.

Erstaunlicherweise fiel in keinem der drei großen Moskauer Schauprozesse der Name von Arthur Ewert, obwohl es zahlreiche weitere Aussagen gegeben hatte, die ihn aus der Sicht der Moskauer Behörden belasteten.

Am 27. April 1937 war Heinz Neumann in Moskau verhaftet worden. Als er am 20. Juni 1937 über seine »illegale antisowjetische und gegen die Komintern gerichtete Tätigkeit« befragt wurde, sagte er aus: »Als ich 1927 in der Komintern arbeitete, war mir bekannt, daß Bucharin damit begann, auf konspirative Weise seine Anhänger zu einer Gruppe zusammenzufassen und eine Fraktion zu bilden. Die Arbeit leitete unmittelbar Efim Cejtin. Bucharin sammelte seine Anhänger unter der Losung, die Arbeit der Komintern auf ein adäquates theoretisches Niveau zu heben. In der Programm-Kommission der Komintern saßen seine Leute, darunter Marecki, Astrov, Slepkov, Ejchenvald und Cejtin. Ferner arbeiteten in seinem Auftrag Grolman, Idelson und Cernin. Von den Ausländern bezog er Tschilbum (Kilbom), Humbert-Droz, Ewert und Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti] ein. Thälmann und ich bekamen das mit. Aus ihren Aussagen geht hervor, daß sie sich in Bucharins Wohnung trafen. 1927 haben sie den Ausschluß Trockijs verhindert, 1926 hatte sich Bucharin an mich und Thälmann gewandt, wir sollten gegenüber Stalin dafür eintreten, daß Bucharins Anwesenheit in Berlin für den Kampf gegen Ruth Fischer dringend erforderlich sei. Wir haben die Frage nicht aufgeworfen, Bucharin kam wenige Wochen darauf mit Remmele nach Berlin. Bucharin brachte Thesen mit: Die innenpolitische Lage in Deutschland und die Aufgaben der Partei. [...] Es war ein durch und durch rechtsopportunistisches Dokument. Er schlug vor, Brandler und Thalheimer einzubeziehen und traf sich mit Süßkind und Ewert. Bucharin hat 1926 persönlich die Fraktion der Versöhnler in der KPD geschaffen.«⁷ Heinz Neumann wurde am 26. November 1937 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der Sowjetunion zum Tode verurteilt und noch am selben Tag erschossen.⁸

Hermann Remmele wurde am 15. Mai 1937 in Moskau verhaftet. In einem Verhör über »Kontakte zu Doppelzüngler-Gruppen und Versöhnlern« am 13. Juli 1937 nannte er folgende Namen: »[...] zu den Versöhnlern: Süßkind, Gerhart [Eisler], Ewert, Eberlein, Wendt, Bork [d.i. Otto Unger], Lorenz und Osten.«⁹ Am 7. März 1939 wurde Hermann Remmele wegen Zugehörigkeit zu einer »konterrevolutionären terroristischen Organisation« vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der Sowjetunion zum Tode verurteilt und noch am selben Tag erschossen.

⁷ So zitiert in: Wladislaw Hedeler, a.a.O., S. 255 f.

⁸ Margarete Buber-Neumann berichtete in ihren Erinnerungen, daß Ossip Pjatzitzki im Frühsommer 1935 Heinz Neumann vorschlug, zur Unterstützung von Arthur Ewert nach Brasilien zu gehen. Pjatzitzki sah darin wohl die einzige Möglichkeit, wie Neumann die Sowjetunion wieder verlassen und so der drohenden Verfolgung entgehen könnte: »Neumann, es ist nicht gut, wenn Sie hierbleiben, die Moskauer Luft dürfte Ihnen nicht bekommen ...« Nach einer umfassenden Vorbereitung, zu der nach dem Bericht von Margarete Buber-Neumann auch eine Ausbildung an leichten Waffen gehörte, sollte im Sommer 1935 die Ausreise erfolgen. Doch buchstäblich nur Stunden vor der geplanten Abreise wurde der Einsatz gestrichen, nachdem Pjatzitzki im Verlaufe des VII. Weltkongresses von seiner Funktion in der Komintern entbunden worden war. Vgl. dazu: Margarete Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges, München 2002, S. 370 ff.

⁹ So zitiert in: Wladislaw Hedeler, a.a.O., S. 266.

Hugo Eberlein wurde in der Nacht vom 27. zum 28. Juli 1937 im Moskauer Hotel »Lux« verhaftet, wo er seit seiner Emigration in die Sowjetunion lebte. Wenige Wochen zuvor, am 5. Mai 1937, hatte er dort seinen 50. Geburtstag gefeiert. Zu den nicht wenigen Gästen, die ihn an diesem Tag besuchten, hatte auch Wilhelm Pieck gehört. In einem Trinkspruch hatte Pieck, immerhin amtierender Vorsitzender der KPD, seinen Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß der »frühere Zwist [...] der Vergessenheit anheimfallen solle«. Er hatte Hugo Eberlein gebeten, »doch wieder aktiv in der deutschen Sektion der Komintern mitzuarbeiten.«¹⁰ Doch statt dessen geriet Hugo Eberlein in die Fänge des Stalinschen Repressionsapparates. Mehr als sechs Jahrzehnte später erinnerte sich sein Sohn: »Im Büro der Lubjanka erfuhren wir eines Tages sein Urteil: 15 Jahre Lagerhaft nach Paragraph 58, Artikel 1/11 des Strafgesetzbuches. Darin war alles gebündelt: von der Konterrevolution bis zum Antisowjetismus, vom Verrat bis zur Spionage, von der Mordabsicht bis zum Trotzkismus. Das erfuhren wir 1939. Zwei Jahre später wurde das Verfahren erneut aufgerollt, weil angeblich neues, meinen Vater »belastendes« Material gefunden worden sei. Der ehrliche und treue deutsche Kommunist und Internationalist sollte für Deutschland spioniert haben. Das Urteil gegen den »Verräter« lautete: Todesstrafe. Doch davon erhielt die Familie nie eine Nachricht, so daß über viele Jahre immer noch ein Fünkchen Hoffnung vorhanden war, er könnte überlebt haben.«¹¹ Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde Hugo Eberlein am 16. Oktober 1941 erschossen.

Heinrich Süßkind war bereits am 9. August 1936 verhaftet worden. Wenige Wochen zuvor, im Juni 1936, war die Suspendierung seiner Parteimitgliedschaft aufgehoben worden. Wegen des Vorwurfes, Verbindungen zu trotzkistischen, also parteifeindlichen Kräften gehabt zu haben, hatte seine Parteimitgliedschaft seit Mitte 1935 geruht. Mehr als ein Jahr lang wurde der vormalige »Versöhnler« Heinrich Süßkind grausam verhört. Am 3. Oktober 1937 schließlich verurteilte ihn das Militärkollegium des Obersten Gerichts der Sowjetunion als »Versöhnler«, »Terroristen« und wegen »Verbindungen zur konterrevolutionären Organisation der Rechten« zum Tode. Noch am selben Tag wurde das Urteil vollstreckt. Süßkind hatte kein Geständnis abgelegt. Im Prozeß hatte er sich vielmehr als »nicht schuldig« bezeichnet und bis zum letzten Augenblick nachdrücklich alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen.¹²

Bis zur Wittorf-Affäre im September 1928 hatte Paul Dietrich ergeben zu Thälmann gestanden und sich einen zweifelhaften Ruf als Thälmanns »Federhalter« erworben. Doch dann wechselte er offiziell zur Gruppe der sogenannten Versöhnler und spielte in den folgenden Wochen und Monaten eine maßgebliche Rolle bei der Formulierung ihrer politischen Positionen. Im Ergebnis verlor er 1929 zunächst seinen Sitz im Zentralkomitee und 1930 dann auch sein Reichstagsmandat. Nach einem kurzen und erfolglosen Einsatz im Auftrag der Komintern in Ägypten lebte er seit 1930 in der Sowjetunion. Noch am 20. Mai 1937 hatte er die sowjetische Staatsbürgerschaft erhalten, doch bereits am 11. August 1937 wurde Paul Dietrich unter dem Vorwurf verhaftet, bei einem Zwischenaufenthalt in Paris Kontakt zu konterrevolutionären Kräften ge-

¹⁰ Werner Eberlein, Geboren am 9. November. Erinnerungen, Berlin 2000, S. 68.

¹¹ Ebenda, S. 70.

¹² Vgl. dazu: Hermann Weber und Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 772 f.

habt zu haben. Am 29. Oktober 1937 wurde Paul Dietrich zum Tode verurteilt und am 5. November 1937 bei Leningrad erschossen.¹³

Am 11. Februar 1937 hatte Stalin gegenüber Georgi Dimitrow, dem Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, am Rande einer offiziellen Veranstaltung in Moskau beiläufig festgestellt: »Ihr alle dort in der Komintern arbeitet dem Feind in die Hände.« Und am 26. Mai 1937, so hielt es Dimitrow in seinem Tagebuch fest, behauptete der damalige sowjetische Innenminister Nikolai Jeschow, der Organisator der »Großen Säuberung«, »die größten Spione würden in der K[ommunistischen] I[nternationale] arbeiten.«¹⁴ Folgerichtig erfolgte eine weitere »Überprüfung« aller maßgeblichen Mitarbeiter des Apparates der Komintern durch die sogenannte Moskwins-Kommission.¹⁵ Von den etwa 375 überprüften leitenden Funktionären wurden etwa 150 verhaftet und anschließend erschossen oder in ein Straflager verbracht, das nur sehr wenige Inhaftierte überlebten.¹⁶

Arthur Ewert allerdings brauchte die Verfolgung durch den Stalinschen Terrorapparat nicht zu fürchten. Er saß, für die Moskauer »zuständigen Organe« unerreichbar, unter unmenschlichen Haftbedingungen in einem brasilianischen Gefängnis. Er befand sich auf einem Weg ohne Rückkehr in die vollständige geistige Umnachtung.

¹³ Vgl. dazu: Ebenda, S. 188 f.

¹⁴ Georgi Dimitrow, Tagebücher 1933-1943 (2 Bände), Hrsg. von Bernhard H. Bayerlein, Berlin 2000, Bd. 1 (Tagebücher 1933-1943), S. 149 und 158.

¹⁵ Vgl. dazu auch: Leonid Babichenko, Die Moskwins-Kommission. Neue Einzelheiten zur politisch-organisatorischen Struktur der Komintern in der Repressionsphase, in: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism, Volume II, 1994/95, No 5/6, S. 35-39.

¹⁶ Vgl. dazu: Peter Huber, Das Führungskorps der Komintern. Ein soziobiographischer Querschnitt, in: Michael Buckmiller und Klaus Meschkat (Hrsg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, S. 195-246, hier S. 231 ff.

Kapitel 26: Der Verteidiger

Im September 1936 wurde in Brasilien der sogenannte Gerichtshof für Nationale Sicherheit geschaffen. Dieses Sondergericht hatte die Aufgabe, gegen jene Personen vorzugehen, die wegen ihrer tatsächlichen oder auch nur unterstellten Verwicklung in die Ereignisse des Novembers 1935 verurteilt werden sollten.¹

Ende November 1936 wurde gegen Arthur Ewert, Luiz Carlos Prestes und weitere etwa 30 Personen offiziell Anklage erhoben. Die Mehrzahl der Angeklagten weigerte sich jedoch, Wahlverteidiger zu benennen, weil ein solcher Schritt in ihren Augen die Anerkennung eines ganz offensichtlich verfassungswidrigen Ausnahmegerichtes bedeutet hätte.

Um dem geplanten Prozeß zumindest den Anschein eines rechtsstaatlichen Verfahrens zu geben, stellte sich für die Staatsanwaltschaft daher dringend die Frage nach der Bestellung von Pflichtverteidigern, auch und vor allem für Luiz Carlos Prestes und Arthur Ewert. Einige prominente Rechtsanwälte, deren Sympathien für die kommunistische Bewegung bekannt waren, sahen sich angesichts des unkalkulierbaren persönlichen Risikos – so saß der Senator Abel Chermont wegen seines öffentlichen Eintretens für Arthur Ewert noch immer ohne Urteil oder Anklage in Haft – außerstande, ein Mandat zu übernehmen.

Aus diesem Grunde wandte sich die zuständige Staatsanwaltschaft schließlich an den Vorstand des brasilianischen Anwaltsvereins, des »Ordem dos Advogados do Brasil«, mit der dringenden Bitte, aus dem Kreise seiner Mitglieder einen Pflichtverteidiger für Arthur Ewert und Luiz Carlos Prestes zu benennen. Der Vorstand des Anwaltsvereins stimmte zu. Er verwies aber ausdrücklich auf die Tatsache, daß die Benennung eines solchen Pflichtverteidigers keine Anerkennung der Legitimität des Gerichtshofes für Nationale Sicherheit bedeuten würde, der auch aus der Sicht der Mehrzahl der brasilianischen Anwälte als Ausnahmegericht verfassungswidrig war.

Die Wahl fiel auf den damals 43 Jahre alten Heráclito Fontoura Sobral Pinto, einen strenggläubigen Katholiken, der vor seiner Tätigkeit als Anwalt viele Jahre in der Generalstaatsanwaltschaft des Bundesdistrikts, also der damaligen Hauptstadt Rio de Janeiro, gearbeitet hatte. In einem Gespräch im Jahre 1979 erläuterte Sobral Pinto die Gründe, die ihn veranlaßt hatten, »Feinde seiner Kirche«, als die er ausnahmslos alle Kommunisten verstand, zu verteidigen: »Es gibt ein Prinzip, dem jeder Katholik folgen muß, das sich aus dem Evangelium herleitet und das der Heilige Augustinus in diese wunderbaren Worte gefaßt hat: Hasse die Sünde, aber liebe den Sünder.«² Doch stieß er Mitte der dreißiger Jahre mit dieser Denkweise in den Kreisen, in denen er für gewöhnlich verkehrte, auf wenig Verständnis. Selbst seine Schwester erhob schwere Vorwürfe, und Sobral Pinto sah sich wenige Tage nach seiner Entscheidung, die Verteidigung von Arthur Ewert und Luiz Carlos Prestes zu übernehmen, veranlaßt, »seinem Bischof«, dem Kardinal von Rio de Janeiro, einen persönlichen Brief zu schreiben: Die Übernahme der Verteidigung sei »keine rein professionelle Aufgabe, denn

¹ Vgl. dazu: Christiano Celmer Balz, *O Tribunal de Segurança Nacional. Aspectos legais e doutrinários de um tribunal da Era Vargas (1936-1945)*, Florianópolis 2009.

² Conta Sobral Pinto, in: Heráclito Fontoura Sobral Pinto, *Por que defendo os comunistas*, Belo Horizonte 1979, S. 19-31, hier: S. 24.

ihre Bedeutung geht weit über die rein juristischen Aspekte hinaus und berührt die höheren Bereiche unserer gesellschaftlichen Moral.«³

Dieses streng moralische und ethische Denken und Handeln bestimmte den gesamten Lebensweg von Sobral Pinto. Es machte ihn zum »Gewissen Brasiliens«, wie es einer seiner Biographen formulierte und wie es zahlreiche Episoden im Leben von Sobral Pinto belegen.⁴

Sobral Pinto bediente sich nicht nur fundierter juristischer Kenntnisse, die er vor Gericht und in außergerichtlichen Verhandlungen einsetzte. Zu den wichtigsten Formen seines Wirkens gehörten die zahllosen offenen und persönlichen Briefe, die er an Politiker, hochrangige Militärs und andere Prominente, aber auch an einflußreiche brasilianische Intellektuelle richtete. Zur Legende geworden sind die ungezählten Leserbriefe, die er im Verlaufe seines langen Lebens immer wieder an wichtige Zeitungen und Zeitschriften sandte und die in großen Teilen auch veröffentlicht wurden. In nicht wenigen Fällen wurden sie zum Ausgangspunkt grundsätzlicher Debatten, die viele Wochen und Monate dauerten und auch von anderen Medien aufgegriffen wurden.

Wo er die entsprechende Notwendigkeit sah, beschränkte sich Sobral Pinto nicht auf das mahnende oder das fordernde Wort. Immer wieder schritt er selbst zur Tat und nahm andere Menschen auf seinem Weg mit. Als beispielsweise im Jahre 1955 einflußreiche Teile der brasilianischen Streitkräfte dem späteren Staatspräsidenten Juscelino Kubitschek das Recht absprechen wollten, für das höchste Staatsamt zu kandidieren, gründete Sobral Pinto, der ein erklärter politischer Gegner Kubitscheks war, die sogenannte Liga zur Verteidigung der Gesetzlichkeit. Mit einer breiten politischen (und juristischen) Kampagne setzte er schließlich durch, daß Kubitschek kandidieren durfte. Nach dessen Wahl lehnte er demonstrativ eine Berufung an das Oberste Bundesgericht Brasiliens ab, weil eine solche – aus politischer »Dankbarkeit« erfolgte – Berufung im Widerspruch zu seinen ethischen Prinzipien gestanden hätte.

Wenige Jahre später, als der damalige Staatspräsident Jânio Quadros unter dem Druck des Militärs von seinem Amt zurücktreten mußte, wandte sich Sobral Pinto mit einem Manifest an jene maßgeblichen Teile der brasilianischen Öffentlichkeit, die die Absicht hatten, die von der Verfassung vorgesehene Nachfolgeregelung, nämlich die Einsetzung des gewählten Vizepräsidenten João Goulart als neuem Staats- und Regierungschef, zu blockieren. Sobral Pinto erklärte: »Als früherer Präsident der Liga zur Verteidigung der Gesetzlichkeit ist es meine Aufgabe, gegenüber der Nation und gegenüber den Streitkräften zu bekräftigen, daß durch den Willen des brasilianischen Volkes und durch die Festlegungen der Verfassung Herr João Goulart, den ich nicht persönlich kenne und dessen unnachgiebiger politischer Gegner ich war, bin und sein werde, der Präsident der Republik ist. Wie kann es sein, daß ihm die Einführung in

³ Carta de Sobral Pinto a Dom Sebastião Leme, Cardeal do Rio de Janeiro, de 14 de janeiro de 1937, in: Ebenda, S. 42.

⁴ John W. F. Dulles, Sobral Pinto - the conscience of Brazil. Leading the attack against Vargas (1930-1945), Austin 2002.

ein Amt verwehrt wird, das ihm das brasilianische Volk in seiner unbestreitbaren Souveränität anvertraut hat?»⁵

Nach dem Staatsstreich des Militärs im April 1964 wandte sich Sobral Pinto gegen den neuen ersten Mann im Staat, Marschall Humberto de Alencar Castelo Branco, und formulierte dabei einen Satz, der in Brasilien bis heute berühmt ist und immer wieder zitiert wird: »Herr Präsident, Sie sind ein Diktator.«

Obwohl sich Sobral Pinto zeitlebens als Gegner des Kommunismus sah, ja sogar als Antikommunist verstand, war er zu einer differenzierten Sichtweise fähig: »Der Kommunismus«, so stellte er in einem offiziellen Schreiben fest, das er als Teil der Verteidigung von Arthur Ewert im März 1937 beim Staatsgerichtshof für Nationale Sicherheit einreichte, »enthält eine große Zahl von Wahrheiten und einen alles übertragenden Irrtum, den Materialismus.«⁶ Und an anderer Stelle erklärte er: »Kommunismus und Katholizismus sind einander näher als Kapitalismus und Katholizismus.«⁷

So überrascht es im Grunde kaum, daß sich in der Folge eine tiefe persönliche Freundschaft zwischen ihm und Luiz Carlos Prestes entwickelte, die ungeachtet aller weltanschaulichen Unterschiede alle Höhen und Tiefen der geschichtlichen Entwicklung überstand und erst mit dem Tod von Luiz Carlos Prestes im Jahre 1990 endete.⁸ Sobral Pinto selbst hatte einmal augenzwinkernd über diese Freundschaft gesagt: »Prestes versuchte, mich zum Kommunismus zu bekehren, ich versuchte, ihn zum Katholizismus zu bekehren. Doch keiner von uns hatte Erfolg.«⁹

Ende Januar 1937, Sobral Pinto hatte gerade die ersten Schritte unternommen, um die Verteidigung von Arthur Ewert und Luiz Carlos Prestes offiziell übernehmen zu können, traf der US-amerikanische Rechtsanwalt David Levinson in Rio de Janeiro ein.¹⁰ Levinson konnte eine in den USA ausgefertigte Vollmacht zur Vertretung von Arthur Ewert und Luiz Carlos Prestes sowie ein von Minna Ewert, der Schwester von Arthur Ewert, unterzeichnetes Schreiben vorlegen, mit dem sie Levinson den Auftrag erteilte, im Interesse ihres Bruders zu handeln. Wenige Tage später, am 10. Februar 1937, kam es zu einer ersten Begegnung von Levinson und Sobral Pinto. Zu diesem Zeitpunkt hatte Levinson bereits für wenig nützliche Schlagzeilen in der brasilianischen Presse gesorgt, und seine Mission war im Grunde genommen schon gescheitert: Nach einer improvisierten und sehr unglücklich verlaufenen Pressekonferenz im renommierten Hotel »Glória«, wo er untergekommen war, hatten ihn alle wichtigen Tageszeitungen des Landes als einen »Agenten der Komintern« und »Feind Brasiliens« bezeichnet und den Behörden so einen Vorwand geliefert, ihm jeden Kontakt zu Arthur Ewert und Luiz Carlos Prestes zu verweigern.¹¹ Mehr noch, die Polizei von

⁵ So zitiert in: www.portaljuridicoempresarial.com.br/granjung/grancau31.html (27. Juni 2007, 18.35 Uhr)

⁶ Defesa prévia de Harry Berger, 29 de março de 1937, in: Heráclito Fontoura Sobral Pinto, a.a.O., S. 48-57, hier: S. 53.

⁷ Conta Sobral Pinto, a.a.O., S. 26 f.

⁸ Sobral Pinto starb am 30. November 1991 im Alter von 98 Jahren in Rio de Janeiro.

⁹ So zitiert in: *Jornal da Cidade* (Aracaju, Sergipe), 14 de abril de 2011.

¹⁰ Der Januar, genauer die Zeit zwischen Weihnachten und Karneval, ist in Brasilien die traditionelle Urlaubszeit, in der alle Behörden faktisch ihre Tätigkeit einstellen.

¹¹ Allerdings wäre eine Zulassung von David Levinson als Verteidiger von Arthur Ewert auch bei gutem Willen der brasilianischen Behörden an der Tatsache gescheitert, daß vor brasilianischen Ge-

Rio de Janeiro drohte Levinson mit sofortiger Verhaftung für den Fall, daß er Brasilien nicht mit dem nächstmöglichen Schiff wieder verlassen würde. Sobral Pinto konnte bei dem Gespräch mit Levinson daher nur über die Situation der beiden Gefangenen und über seine eigenen Bemühungen informieren, die Haftbedingungen insbesondere für Arthur Ewert zu verbessern.¹²

Am 2. März 1937, unmittelbar nach der Abreise von David Levinson, richtete Sobral Pinto einen dramatischen Brief an Raul Machado, den verantwortlichen Richter am Gerichtshof für Nationale Sicherheit. Er forderte nachdrücklich die sofortige Herstellung menschenwürdiger Haftbedingungen für Arthur Ewert. In dem mehrseitigen Brief hieß es: »Harry Berger [d.i. Arthur Ewert] verbringt seine Tage und Nächte eingesperrt in einem kleinen Raum unterhalb einer Treppe im Gebäude der Sicherheitspolizei, ohne frische Luft, ohne Sonnenlicht und ohne die geringste Möglichkeit, auch nur einige Schritte zu tun oder sich auch nur auszustrecken. Kein Bett, kein Stuhl, keine Sitzbank. Nur eine dünne Matratze auf dem Zementfußboden. Nichts weiter. Er ist von allen Mitmenschen getrennt, aber er hört ununterbrochen die Stiefeltritte der Soldaten, die über die Treppe über seinem Kopf laufen. Er kennt keinen Augenblick der Entspannung oder auch nur der Ruhe. Kein Besuch, weder von Freunden noch von Verwandten. Jede Lektüre, seien es Zeitungen oder Bücher, ist ihm verboten. Völliges Fehlen von brieflicher Korrespondenz: Wenn er niemandem schreibt, wird ihm auch niemand schreiben. Aber wie soll er auch schreiben, ihm wird alles verwehrt: Papier, Bleistift, Füllhalter. Und so vergeht Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat. Harry Berger ist in dieser zerstörerischen Einsamkeit unausweichlich auf sein eigenes Denken beschränkt, zur Unbeweglichkeit verdammt in einem Todeskampf ohne Ende. Und für seine Leiden ist er bis heute ohne jede Hilfe, trotz der verzweifelten Bemühungen seines machtlosen Verteidigers. Die Kleidung, die er trägt, Hemd und Hose auf der bloßen Haut, konnte er seit Monaten nicht wechseln. Sie ist bereits so schmutzig, daß sie nicht mehr schmutziger werden kann. Diese Kleidung, wenn man die Fetzen, aus denen sie besteht, überhaupt noch so bezeichnen kann, löst unerträglichen Ekel aus. Das, Herr Richter, ist die Gefangenschaft, die Harry Berger durchleidet. Das ist, Euer Ehren, die Behandlung, die man ihm zuteil werden läßt. Diese Unmenschlichkeit muß eine Ende haben, und zwar sofort.«

Und weiter: »Unter diesen Umständen, Euer Ehren, ist Ihr sofortiges Eingreifen unverzichtbar. Denn wir sind ein Volk, das keine Grausamkeit duldet. Nicht einmal gegenüber Wesen, die nicht vernunftbegabt sind, wie es das Dekret 24.645 vom 10. Juli 1934 bestimmt, in dessen Artikel 1 es heißt: »Alle im Land existierenden Tiere stehen unter dem Schutz des Staates.« Um dieser Feststellung Wirksamkeit zu verleihen, wird

richten, wie auch in anderen Ländern bis heute üblich, nur Anwälte auftreten durften, die dauerhaft in dem entsprechenden Gerichtsbezirk zugelassen waren.

¹² Zur selben Zeit sandten mehr als fünfzig US-amerikanische Schriftsteller und andere Intellektuelle ein Telegramm an den brasilianischen Staatspräsidenten mit der Forderung, den Gerichtshof für Nationale Sicherheit umgehend aufzulösen und die Angeklagten vor ein ordentliches Gericht zu stellen und freigewählte Verteidiger sowie die Benennung von Zeugen durch die Verteidigung zuzulassen. Eine solche Forderung, so ein zeitgenössischer Zeitungsbericht unter Berufung auf eine Meldung der Presseagentur »Associated Press« vom 22. Februar 1937, sei schon deshalb erforderlich gewesen, weil der Verteidiger von Arthur Ewert, also Sobral Pinto, öffentlich erklärt habe, daß er die Anklageerhebung gegen Arthur Ewert nicht in Frage stellen werde, weil »dessen Schuld [...] zu offensichtlich« sei. (Vgl. dazu: The New Republic, New York, March 3, 1937).

in dem Dekret verkündet: ›Wer im öffentlichen oder privaten Raum Tiere schlecht behandelt oder schlecht behandeln läßt, wird mit Geldstrafe [...] oder Gefängnis von 2 bis 15 Tagen bestraft, auch wenn der Täter der Eigentümer des betreffenden Tieres ist. [...]‹ (Artikel 2). Und, damit wirklich niemand sich in dieser Frage auf Unwissenheit berufen kann, bestimmt der Artikel 3 des besagten Dekrets: ›Schlechte Behandlung liegt vor [...], wenn Tiere an unhygienischen Orten gehalten werden oder an Orten, die die Atmung, die Bewegung oder die Ruhe und Erholung behindern, oder an Orten, an denen frische Luft und Licht fehlen.‹

Auf der Grundlage dieser Gesetzgebung hat Dr. Antônio Leopoldo dos Santos, einer der Richter von Curitiba, Bundesstaat Paraná, einen gewissen João Mansur Karan zu einer Geldstrafe [...] und 17 Tagen Haft verurteilt, weil dieser ein Pferd aus seinem Besitz geschlagen und getötet hatte.

In einem Land, in dem es eine solche Gesetzgebung gibt, [...] darf es nicht sein, daß Harry Berger auch weiterhin, Monat für Monat, in einem Verschlag unter einer Treppe verbleibt, ohne Luft, Licht und Raum, bekleidet mit Lumpen, die jeder Bettler zu tragen sich weigern würde.«¹³

Erstaunlicherweise zeigte sich Raul Machado von der Intervention Sobral Pintos beeindruckt. Er ordnete umgehend verschiedene Maßnahmen an, um die Haftbedingungen für Arthur Ewert zu verbessern. Doch Filinto Müller, in dessen Gewalt sich Arthur Ewert noch immer befand, weigerte sich, auch nur eine der angeordneten Maßnahmen umzusetzen, ohne daß seine Vorgesetzten diese offensichtliche Befehlsverweigerung in irgendeiner Form beanstandeten.

Am 7. Mai 1937 fand vor dem Staatsgerichtshof für Nationale Sicherheit der Prozeß gegen Luiz Carlos Prestes, Arthur Ewert, Rudolfo Ghioldi und über 30 weitere Angeklagte statt. Der Staatsgerichtshof selbst hatte diese dubiose Veranstaltung gegenüber der Öffentlichkeit als »feierliche Sitzung« bezeichnet. Trotz der Schwere der Anklage und der großen Zahl der Angeklagten dauerte das ganze Verfahren nur einen Tag. Belastbare materielle Beweise wurden – mit Ausnahme einiger weniger Dokumente, die bei der Verhaftung von Luiz Carlos Prestes gefunden worden waren – nicht vorgelegt. Der Staatsanwalt beschränkte sich in seinen Ausführungen auf die Wiederholung der inzwischen sattsam bekannten pauschalen Vorwürfe, ohne die persönliche Schuld der Angeklagten näher zu begründen. Einige wenige gut präparierte Zeugen der Anklage wurden aufgebeten. Der Verteidigung war es weder gestattet, eigene Zeugen zu benennen, noch die Zeugen der Anklage ins Kreuzverhör zu nehmen.

Ganz offensichtlich hatten die fast drei Dutzend Urteile bereits vor Beginn der Verhandlung festgestanden, denn die Verlesung der Urteile begann, ohne daß sich die fünf Richter nach Abschluß der angeblichen Beweisaufnahme zu einer Beratung zurückgezogen hätten. Nur in einem einzigen Fall, dem des früheren Bürgermeisters von Rio de Janeiro, Pedro Ernesto Batista, war die Entscheidung der fünf Richter nicht einstimmig: Luiz Carlos Prestes erhielt eine Haftstrafe von insgesamt 16 Jahren und acht Monaten.

¹³ Requerimento de Sobral Pinto a Raul Machado, de 2 de março de 1937, in: Heráclito Fontoura Sobral Pinto, a.a.O., S. 73-81, hier: S. 74 f.

Gegen Arthur Ewert, der wie Luiz Carlos Prestes als »Haupt der Verschwörung vom November 1935« und unter Hinweis auf nicht näher bezeichnete »erschwerende Umstände« verurteilt wurde, wurde eine Gesamthaftstrafe von 13 Jahren und vier Monaten verhängt.¹⁴

Das Strafmaß für Rudolfo Ghioldi betrug vier Jahre und vier Monate.

Viele Angeklagte erhielten so geringe Strafen, daß sie unter Anrechnung der Untersuchungshaft sofort auf Bewährung freigelassen werden konnten.

Die vergleichsweise niedrigen Strafen überraschten die Mehrzahl der Beobachter. Immerhin wären – zumindest im Fall der Hauptangeklagten – sogar Todesurteile möglich gewesen. Sehr wahrscheinlich ging es bei diesem juristisch mehr als zweifelhaften Verfahren vor allem darum, gegenüber der Öffentlichkeit die wiedergewonnene Stabilität des Regimes von Staatspräsident Getúlio Vargas herauszustellen, die es erlaubte, bei der Strafbemessung gegenüber den Angeklagten ein gewisses Maß an »Milde« zu zeigen.

Unmittelbar nach der Urteilsverkündung wurde Sobral Pinto jeder weitere Kontakt zu seinen Mandanten untersagt, obwohl dieser Kontakt im Grunde zwingend erforderlich gewesen wäre, um eine Berufung vorzubereiten. Proteste gegen diese Willkürmaßnahme, auch mit Unterstützung des brasilianischen Anwaltsvereins, blieben ergebnislos.

Offensichtlich war diese Entwicklung, für die er keinerlei Verantwortung trug, Sobral Pinto in höchstem Maße unangenehm, denn in einem Brief an Minna Ewert vom 20. Mai 1937 erwähnte er die entstandene Lage mit keinem Wort: »In der letzten Zeit habe ich Ihren Bruder A[rthur] Ewert nicht besucht, da er mir gegenüber eine tiefe Verachtung an den Tag legt und mich mit Mißtrauen und Haß betrachtet. Ich erachte es als meine Pflicht, ihn von diesem Leiden zu befreien, da er meine Loyalität bezweifelt und mich für einen Spion hält. Eine Unterhaltung mit ihm über die Wahrung seiner Rechte auf eine bessere Behandlung ist nicht erforderlich. Als sein Offizial-Verteidiger kann ich bei den Gerichten und den Vertretern der öffentlichen Verwaltung vorstellig werden, um mit Nachdruck für alles das einzutreten, was ich bereits zur Erleichterung seiner gegenwärtigen demütigenden Lage verlangt habe, in der er, jeder Annehmlichkeit beraubt, alle Arten physischer Entbehrungen auszustehen hat. Ebenso werde ich auch weiterhin mein Möglichstes tun für Ihren Bruder, ohne dabei in die Notwendigkeit versetzt zu sein, durch meine Besuche, die ihm unangenehm geworden sind, seine furchtbaren moralischen Leiden zu vermehren. Es scheint mir, daß es nützlich sein würde, wenn Sie einen handschriftlichen Brief seiner Frau für ihn mitbringen könnten, der einzigen Person, für die er sich immer sehr interessiert.«¹⁵

Am 3. Juni 1937 endlich schien sich die Lage für Arthur Ewert grundlegend zu ändern. José Carlos de Macedo Soares, ein Jurist aus São Paulo, wurde neuer Justizminister. Er sah es als seine dringendste Aufgabe an, den im November 1935 für 90 Tage

¹⁴ Im Falle von Arthur Ewert wurden zwei Teilstrafen von acht Jahren sowie fünf Jahren und vier Monaten »Haft unter mittelschweren Bedingungen« verhängt, die zu einer Gesamtstrafe von 13 Jahren und vier Monaten zusammengefaßt wurden. Vgl. dazu: José Joffily, Harry Berger, Rio de Janeiro 1987, S. 154.

¹⁵ [Deutsche Übersetzung eines Briefes von Sobral Pinto an Minna Ewert], Rio de Janeiro, 20. Mai 1937, SAPMO-BArch, Berlin, NY 4203/3, Blatt 89.

verkündeten und seither immer wieder verlängerten Ausnahmezustand umgehend zu beenden, denn die für Januar 1938 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen sollten unter verfassungsgemäßen Bedingungen vorbereitet und durchgeführt werden. Zu seinen ersten Maßnahmen gehörte daher der Befehl an Filinto Müller, den Polizeichef von Rio de Janeiro, mehrere hundert Gefangene freizulassen, die nach dem November 1935 verhaftet worden waren, gegen die aber noch nicht einmal förmliche Ermittlungsverfahren eingeleitet worden waren. Sehr zum Unwillen Müllers achtete Macedo Soares darauf, daß dieser Befehl ausgeführt wurde.

Wenige Tage später gelang es Sobral Pinto, Macedo Soares auch für das Schicksal von Arthur Ewert und Luiz Carlos Prestes zu interessieren. Am 13. Juni 1937 wurde entschieden, Luiz Carlos Prestes in eine speziell für ihn vorbereitete Haftzelle im Staatsgefängnis von Rio de Janeiro zu verlegen. Arthur Ewert sollte dann umgehend in der vormaligen Zelle von Luiz Carlos Prestes in der Zentrale der Politischen Polizei untergebracht werden. Beiden Gefangenen sollten Bücher und Zeitungen sowie regelmäßiger Briefwechsel mit ihren Angehörigen erlaubt werden. »Von jetzt an«, so hatte Sobral Pinto bereits am 11. Juni 1937 an Minna Ewert geschrieben, »werden die physischen Leiden Ihres Bruders [...] für immer beendet sein, und auch die psychische Bedrängnis, ein Ergebnis seiner Isolierung, wird spürbar nachlassen.« Und zur Begründung: »Dr. Macedo Soares ist praktizierender Katholik, er hat einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn.«¹⁶

Doch buchstäblich keine der angeordneten bzw. zugesicherten Maßnahmen wurde umgesetzt. Es fiel Sobral Pinto keineswegs leicht, diese Entwicklung gegenüber Minna Ewert und Leocádia Pereira Prestes, der zu dieser Zeit in Paris lebenden Mutter von Luiz Carlos Prestes, zu erklären. In seinen Briefen verwies er notgedrungen auf angebliche technische Probleme beim Bau der neuen Zelle für Luiz Carlos Prestes. Er schilderte auch die Tatsache, daß es innerhalb der Regierung massiven Widerstand gegen jede Hafterleichterung für Arthur Ewert und Luiz Carlos Prestes gab. Begründet würde dieser Widerstand mit den Kampagnen, die in den USA, Großbritannien, Frankreich und vielen anderen Ländern zugunsten der beiden prominenten politischen Gefangenen durchgeführt wurden.

Gegenüber dem Kardinal von Rio de Janeiro, zu dem er ein enges persönliches und sogar freundschaftliches Verhältnis hatte, wurde Sobral Pinto noch deutlicher. In einem Brief vom 3. Juli 1937 beschrieb er Arthur Ewert als »beinahe tot«, und er beklagte, daß Polizeichef Filinto Müller entschlossen sei, »Berger [d.i. Arthur Ewert] nur tot aus seinen Klauen zu lassen.« Und weiter: »Die öffentliche Gewalt in Brasilien hat im Schatten des Ausnahmezustandes ungestraft teuflische Ungeheuerlichkeiten gegen eine menschliche Kreatur begangen und diese menschliche Kreatur in einen Zustand der Unwürde, der Demütigung und der Erniedrigung versetzt, gegen den jedes mitfühlende Herz rebellieren muß.«¹⁷

Wenige Tage später, am 8. Juli 1937, wandte sich Sobral Pinto, der wohl keinen anderen Ausweg mehr sah, mit einem ausführlichen Brief direkt an Staatspräsident Getúlio Vargas. Er forderte den Staatschef auf, umgehend die Macht seines Amtes zu nutzen,

¹⁶ Carta de Sobral Pinto a Minna Ewert, Rio, 11 de junho de 1937, in: Heráclito Fontoura Sobral Pinto, a.a.O., S. 149-151, hier: S. 151.

¹⁷ Carta de Sobral Pinto ao Cardeal Dom Sebastião Leme, 3 de julho de 1937, in: Ebenda, S. 154 f.

um das »schändliche Vorgehen der Polizeibehörden von Rio de Janeiro« gegen seine Mandanten, also Luiz Carlos Prestes und Arthur Ewert, zu beenden. Wörtlich schrieb Sobral Pinto: »Bevor ich mich in dieser Angelegenheit an Eure Exzellenz gewandt habe, habe ich alle Anstrengungen unternommen, die mir im Rahmen meiner bescheidenen beruflichen Möglichkeiten zur Verfügung stehen, um die Polizeibehörden der Hauptstadt, in deren Gewalt sich Luiz Carlos Prestes und Harry Berger [d.i. Arthur Ewert] befinden, von der Notwendigkeit zu überzeugen, sofort die psychische Folter, die gegen die beiden politischen Gefangenen angewandt wird, und die unbeschreibliche physische Folter, die gegen Harry Berger praktiziert wird, der in den Zustand eines niederen Tieres gebracht wurde, zu beenden. [...] In einem Brief [...] hatte ich darauf hingewiesen, daß Harry Berger seit dem April des vergangenen Jahres in einem Raum unterhalb einer Treppe, ohne Licht, ohne frische Luft und ohne die Möglichkeit, sich zu bewegen, gefangengehalten wird. Hier verbringt er Tag und Nacht, ohne Bett, ohne Stuhl, ohne Sitzbank, ohne Tisch, ohne Kleidung, ohne jede Hygiene. Er erhält nicht einmal die notwendige Nahrung.« Und weiter: »Luiz Carlos Prestes und Harry Berger werden permanent von jedem menschlichen Kontakt ausgeschlossen. [...] Sie dürfen nicht lesen: Weder Zeitungen und Zeitschriften noch Bücher. Sie erfahren von nichts, denn es ist absolut verboten, ihnen irgendwelche Informationen über die Welt draußen zu geben. In dieser grausamen Haft gibt es nichts anderes für sie als die tägliche Routine eines Kerkers.«

Und schließlich: »Der gegenwärtige Minister für Justiz hatte persönlich die Gelegenheit, sich über all das zu informieren, das ich Ihnen, Exzellenz, hier dargelegt habe. Sich seines Amtes bewußt, hat der Minister für Justiz angeordnet, im Gefängnis der Hauptstadt sichere und hygienische Zellen einzurichten, in denen Luiz Carlos Prestes und Harry Berger so inhaftiert werden könnten, daß sie in den Zustand vernunftbegabter Wesen zurückfinden könnten. Diese Zellen sind seit dem 26. des vergangenen Monats fertiggestellt, wie ich mich persönlich überzeugen konnte. Doch trotz des guten Willens des Ministers für Justiz hat die Verlegung von Luiz Carlos Prestes und Harry Berger bisher nicht stattgefunden. In der Erwartung, daß Eure Exzellenz nicht zulassen wird, daß eine Anordnung, hinter der die Autorität des Chefs der Nation steht, weiterhin von subalternen Vertretern der öffentlichen Gewalt in illegaler und amtsmißbräuchlicher Weise mißachtet und ignoriert wird, appelliere ich zugunsten von Luiz Carlos Prestes und Harry Berger, die das Recht haben, als Mitglieder der menschlichen Familie behandelt zu werden.«¹⁸

Es ließ sich nicht mehr klären, ob und in welcher Form Staatspräsident Vargas auf den Brief von Sobral Pinto reagierte. Tatsache ist, daß Luiz Carlos Prestes Mitte Juli 1937 schließlich in seine neue Zelle im Gefängnis von Rio de Janeiro verlegt wurde. Arthur Ewert allerdings blieb weiterhin in der Gewalt von Filinto Müller und dessen Schergen, für ihn änderten sich die Haftbedingungen auch weiterhin nicht.

Am 12. September 1937 fand das sogenannte Berufungsverfahren statt. Der selbe Staatsgerichtshof für Nationale Sicherheit und die selben Richter, die im Mai 1937 die Urteile gesprochen hatten, sollten nun ihre eigenen Entscheidungen überprüfen. Kaum überraschend blieb die übergroße Mehrzahl der Urteile bestehen – in einigen

¹⁸ Carta de Sobral Pinto ao Presidente da República, Getúlio Vargas, 8 de julho de 1937, in: *Ebenda*, S. 156-159.

Fällen wurde die Haftstrafe verkürzt, und zur allgemeinen Überraschung wurde Pedro Ernesto Batista, der frühere Bürgermeister von Rio de Janeiro, nun freigesprochen.

Vor der Urteilsverkündung hatten die Angeklagten die Möglichkeit zu einer persönlichen Stellungnahme gehabt. Über das Auftreten von Arthur Ewert, der – ohne das wissen zu können – zum letzten Mal in seinem Leben öffentlich sprach, berichtete der bereits zitierte Romancier Jorge Amado wenige Jahre später:

»Nun erteilt das Gericht Harry Berger [d.i. Arthur Ewert] das Wort. Es ist, als stehe ein Toter aus dem Grabe auf. Dreißig Kilo hat er seit dem Tage seiner Verhaftung abgenommen. Man hatte gehofft, ihn durch die bestialischsten Folterungen töten, seine Stimme für immer zum Schweigen bringen zu können. Aber seine Stimme erhebt sich von neuem, männlich und streng, es ist die Stimme der Wahrheit, die Stimme des Volkes. Er spricht in englischer Sprache. Der Übersetzer entstellt seine Gedanken. Mehrmals protestieren Prestes und Ghioldi gegen die tendenziösen Wiedergaben durch diesen gekauften Dolmetscher. Am Schluß seiner Darlegungen drückt Berger sein Vertrauen zu dem brasilianischen Volk, zu allen Völkern der Welt aus: »Wie meine Lage sich auch gestalten mag – und ich bin gewiß, daß man mich auch in Zukunft mit der gleichen Brutalität behandeln wird wie bisher; ich weiß, daß ich infolge der täglichen Folterungen einem barbarischen Tod entgegengehe, daß mein Verstand dieses Martyrium nicht mehr lange ertragen wird und daß jeder Tag mich dem Wahnsinn ein Stück näher bringt –, in dieser Stunde, da man mir zu reden erlaubt, will ich von neuem mein Vertrauen zu dem tapferen, würdigen und ehrenhaften Volk von Brasilien und zum Weltproletariat bekunden, das, was immer kommen mag, den Endsieg erringen und die Menschheit von der Geißel des Hungers und der Unterdrückung befreien wird! Dies waren seine letzten Worte. [...] Trotz den Protesten Prestes' und Ghioldis gab sie der Dolmetscher mit zynischem Grinsen entstellt wieder. Der Anblick dieses von den Folterungen gezeichneten und körperlich gebrochenen Mannes war eine schreckliche Verurteilung seiner Ankläger, die er durch seine menschliche Größe überragte. Seine bloße Stimme ließ die Polizisten erzittern.«¹⁹

Am 3. Oktober 1937 schließlich wurde Arthur Ewert zur großen Erleichterung seines Anwalts Sobral Pinto ebenfalls in das Staatsgefängnis von Rio de Janeiro verlegt.²⁰ Damit änderten sich seine Haftbedingungen schlagartig, denn Carlos Lassance, der Direktor des Gefängnisses, war gewillt, die von Justizminister Macedo Soares bereits im Juni 1937 angeordneten Maßnahmen uneingeschränkt umzusetzen. Arthur Ewert erhielt nun nicht nur Mahlzeiten in ausreichender Menge, sondern auch in bedeutend besserer Qualität. Sobral Pinto konnte ihm sogar einen Brief seiner Frau Elise aushändigen, die im Jahr zuvor an Hitlerdeutschland ausgeliefert worden war und sich nun im KZ Lichtenburg in der weiteren Umgebung von Berlin in Haft befand. In dem Brief berichtete Elise Ewert von ihrem Traum, »gemeinsam in einem Winkel Brasiliens, möglicherweise auch in einer Strafkolonie, den jungfräulichen Wald zu ro-

¹⁹ Jorge Amado, *Der Ritter der Hoffnung. Das Leben von Luiz Carlos Prestes*, Berlin (DDR) 1953, S. 392.

²⁰ Vgl. dazu: John W. F. Dulles, a.a.O., S. 55.

den, harte, aber nützliche Arbeit zu verrichten, auf jeden Fall aber das Schicksal gemeinsam zu teilen.«²¹

Tatsächlich schien einer solcher Traum zu diesem Zeitpunkt nicht völlig abwegig zu sein, selbst wenn kaum anzunehmen war, daß die deutschen Behörden einer Rücküberstellung Elise Ewerts nach Brasilien zugestimmt hätten. In der brasilianischen Justizverwaltung gab es jedoch sehr ernsthafte Pläne, für die in Zusammenhang mit den Ereignissen des Novembers 1935 verurteilten politischen Gefangenen eine eigene Strafkolonie anzulegen, in der auch die Familien der Gefangenen hätten leben dürfen.

Doch mit der Errichtung des »Estado Novo«, des »Neuen Staates«, zerstoßen schlagartig alle vorsichtigen Hoffnungen auf eine Haft unter menschenwürdigen Bedingungen.

Bereits am 1. Oktober 1937 war der Ausnahmezustand erneuert worden, nach dem kurz zuvor angeblich ein neuer kommunistischer Aufstandsplan aufgedeckt worden war. Dieser »Plan Cohen« war die mehr als ungeschickte Fälschung eines mittleren Offiziers des brasilianischen Heeres, der aus dem ungarischen Kominternfunktionär Béla Kun einen »jüdisch-kommunistischen Emissär Cohen« gemacht hatte, der auf dem Weg nach Brasilien sei, um das im November 1935 gescheiterte Unternehmen erneut zu beginnen.²² Aber in der aufgeheizten politischen Atmosphäre, die in Brasilien in diesen Tagen und Wochen noch immer herrschte, genügte eine solch offensichtliche Falschmeldung, um auch für rigorose administrative Maßnahmen die allgemeine öffentliche Unterstützung zu erhalten.²³

Nur wenige Wochen später, am 10. November 1937, setzte Getúlio Vargas – unterstützt von führenden Militärs und den »Integralistas«, der brasilianischen faschistischen Bewegung – die von ihm selbst am 16. Juli 1934 verkündete Verfassung außer Kraft. Offiziell begründete Vargas diesen Schritt mit der angeblichen Tatsache, daß die Verfassung von 1934 nicht mehr zeitgemäß sei. Doch tatsächlich ging es ihm vor allem darum, daß diese Verfassung eine Wiederwahl des Präsidenten nach einer einmaligen Amtszeit von nur vier Jahren verbot. Hätte Vargas die Verfassung nicht außer Kraft gesetzt, hätte er also nach der für Januar 1938 geplanten Wahl den Palácio do Catete in Rio de Janeiro, den damaligen Amtssitz des brasilianischen Staatspräsidenten, für immer räumen müssen.

Die neue Verfassung, die zur Geburtsurkunde des »Estado Novo« wurde, räumte dem Staatsoberhaupt, also Getúlio Vargas, nahezu unbeschränkte diktatorische Vollmachten ein. Das Parlament wurde dauerhaft aufgelöst, die politischen Parteien wurden ausnahmslos verboten. Betroffen waren davon auch die »Integralistas«, die Vargas bei seinem Staatsstreich unterstützt hatten, nun aber nicht mehr gebraucht wurden. Mehr noch, Vargas betrachtete sie jetzt als Bedrohung seiner persönlichen Macht. Das Ver-

²¹ So zitiert in: Ebenda, S. 56. (Es handelt sich hier um eine Rückübersetzung aus dem Englischen. Die Formulierung »den jungfräulichen Wald zu roden« ist eher untypisch für die Briefe von Elise Ewert aus der Haft in Deutschland. Es ist wahrscheinlicher, daß sie eine Formulierung verwendete, die von Arthur Ewert, aber auch ihren Freunden und Genossen als »den Boden bereiten für etwas Neues« hätte verstanden werden können.)

²² Béla Kun war bereits am 28. Juni 1937 als angeblicher Trotzkist in der Sowjetunion verhaftet worden. Er wurde am 29. August 1938 erschossen.

²³ Vgl. Dazu: Hélio Silva, *A ameaça vermelha. O plano Cohen*, Porto Alegre 1980.

bot traf die sogenannten Grünhemden so unvorbereitet und so massiv, daß sie zu keinerlei organisiertem Widerstand in der Lage waren.

Im politischen Alltag war jedoch die kommunistische Bewegung, ungeachtet der schweren Niederlage, die sie im November 1935 erlitten hatte, der erklärte Hauptfeind, mit dessen Wirken alle Beschränkungen der bürgerlichen Rechte und Freiheiten begründet wurden.

Mit der Errichtung des »Estado Novo« war eine grundlegende Wandlung der brasilianischen Gesellschaft verbunden. Unter dem wirtschaftspolitischen Einfluß des Staates wurde aus dem vorwiegend agrarischen Brasilien innerhalb weniger Jahre ein vergleichsweise moderner Industriestaat mit einer eigenen Schwerindustrie und einer sowohl für den Export als auch den Binnenmarkt produzierenden Leichtindustrie. Große Teile des schnell wachsenden brasilianischen Proletariats, vor allem in den Bundesstaaten São Paulo und Rio de Janeiro, profitierten unmittelbar von der gewachsenen Wirtschaftskraft des Landes. Die sozialen Leistungen, die der »Estado Novo« den Arbeitern gewährte, trugen maßgeblich zur persönlichen Popularität von Getúlio Vargas bei, die zu einem wesentlichen Faktor der Stabilität seines Regimes wurde und die auch Bestand hatte, als der »Estado Novo« im Verlaufe des Jahres 1945 zusammenbrach.²⁴

Zu den ersten Maßnahmen, die Filinto Müller, der Polizeichef von Rio de Janeiro, nach dem Staatsstreich vom 10. November 1937 ergriff, gehörte die Absetzung und Inhaftierung von Carlos Lassance, dem Direktor des Gefängnisses, in dem Arthur Ewert und Luiz Carlos Prestes inhaftiert waren. Müller warf Lassance einen »laschen« Umgang mit den Gefangenen vor, und er sorgte nachdrücklich dafür, daß der neue Gefängnisdirektor diese »Laschheit« zu keinem Zeitpunkt zeigte. Die Lebensmittelrationen für Arthur Ewert und Luiz Carlos Prestes wurden umgehend gekürzt, Bücher und Zeitungen wurden aus den Zellen entfernt, und auch der Briefverkehr mit den Angehörigen wurde untersagt.

Die Tatsache, daß die Zellen der beiden prominentesten politischen Gefangenen Brasiliens nebeneinander lagen, erwies sich unter diesen Bedingungen als eine neue Form der Folter, die sich insbesondere gegen Luiz Carlos Prestes richtete. Denn die psychische Erkrankung von Arthur Ewert war inzwischen soweit fortgeschritten, daß er über sein Tun und Lassen faktisch keine Kontrolle mehr hatte. Der bereits mehrfach zitierte Jorge Amado beschrieb die so entstandene Situation mit diesen Worten: Arthur Ewert schreit und »spricht Tag und Nacht, er rennt mit dem Kopf gegen die Mauern. Er ist der einzige Mensch, den Prestes um sich hat.«²⁵

Doch die Erkrankung Arthur Ewerts wurde von den zuständigen Behörden nicht als medizinisches Problem erkannt bzw. akzeptiert. Hatte man ihm zunächst vorgeworfen, die Wahnvorstellungen, an denen er spätestens seit Mitte 1936 in zunehmendem Maße litt, simuliert zu haben, so versuchte man in der Folge, seine psychischen Probleme als Resultat einer bereits lange vor seiner Verhaftung manifesten paranoiden Persönlichkeitsstörung abzutun, durch die er erst in die Situation der Gefangenschaft gelangte. In einem als »Untersuchung des Geisteszustandes« bezeichneten

²⁴ Vgl. Dazu: Robert M. Levine, *Father of the Poor? Vargas and His Era*, New York and Cambridge 1998.

²⁵ Jorge Amado, a.a.O., S. 352.

Papier behauptete ein in der Justizverwaltung beschäftigter Arzt am 11. April 1938 allen Ernstes: »Das Verbrechen des Untersuchten ist Ausdruck einer paranoiden Persönlichkeit, die ihn mit dem Ziel in unser Land brachte, auf unserem Boden eine kommunistische Revolution vorzubereiten und zu unterstützen. Unter den gegebenen Umständen ist zu solch einer Tat nur eine paranoide Persönlichkeit fähig, die skrupellos und verschlagen ist. Diese Eigenschaften können bei diesen Persönlichkeiten unter den Bedingungen der Haft zu psychotischen Ausbrüchen führen, und zwar in der Weise, wie sich das bei dem Untersuchten zeigt.«²⁶

Ungeachtet der nun völlig veränderten politischen Bedingungen setzte Sobral Pinto seinen Kampf um menschenwürdige Haftbedingungen für Arthur Ewert und Luiz Carlos Prestes auch nach der Errichtung des »Estado Novo« unbeirrt fort, obwohl ihm die Behörden wiederum über viele Monate hinweg jeden Kontakt zu seinen Mandanten untersagten.

Erst im Verlaufe der ersten Hälfte des Jahres 1939 war wieder ein persönliches Zusammentreffen möglich. Sobral Pinto mußte mit großer Erschütterung zur Kenntnis nehmen, daß sich der Gesundheitszustand von Arthur Ewert weiter verschlechtert hatte. In einem Schreiben an Francisco Campos, den neuen Justizminister, teilte er seine Absicht mit, einen Teil des Geldes, das Leocádia Pereira Prestes zur Verwendung für ihren Sohn überwiesen hatte, für die medizinische Behandlung von Arthur Ewert einzusetzen. Er sei überzeugt, so Sobral Pinto, daß »Prestes keine Einwände« erheben würde.²⁷

Die Regierung reagierte mit der Entsendung von drei Psychiatern, die nach eingehender Untersuchung zu der Schlußfolgerung kamen, daß eine medizinische Behandlung Arthur Ewerts unter den Bedingungen der Haft in einem regulären Gefängnis keinen Erfolg haben würde. Dennoch dauerte es drei weitere Jahre, bis Arthur Ewert im Juni 1942, im siebenten Jahr seiner Gefangenschaft, in eine dem Strafvollzug angegliederte Einrichtung für psychisch kranke Häftlinge in Rio de Janeiro verlegt wurde. Eine wirkliche medizinische Behandlung fand allerdings auch hier nicht statt: Diese Einrichtung war kein Krankenhaus, sondern – im schlimmsten Sinne des Wortes – eine Irrenanstalt, in der Kranke in erster Linie weggeschlossen wurden.

Arthur Ewert befand sich in einer Lage, in der nicht mehr nur sein psychisches, sondern auch sein physisches Überleben auf dem Spiel stand. Die Möglichkeiten des Anwalts Sobral Pinto waren erschöpft. Hilfe konnte jetzt nur noch von außen kommen.

²⁶ Laudo do exame de sanidade mental procedido na pessoa de Arthur Ernst Ewert ou Harry Berger, Rio de Janeiro, 11 de abril de 1938, Faksimile des Gutachtens in: José Joffily, Harry Berger, Rio de Janeiro 1987, S. 174-185, hier S. 185.

²⁷ So zitiert in: John W. F. Dulles, a.a.O., S. 96.

Kapitel 27: Die treueste aller Schwestern

Minna Ewert, die ältere Schwester von Arthur Ewert, war eine einfache und doch außergewöhnliche Frau. Sie war – und dieses Bild ist ohne jede Frage angemessen – eine moderne Antigone. Mit dem wesentlichen Unterschied, daß ihr Tun nicht dem toten Körper ihres Bruders galt, sondern der Rettung seines Lebens. Nicht weniger als zwölf Jahre ihres Lebens sah sie es als ihre wichtigste Aufgabe an, sich für die Freilassung von Arthur Ewert einzusetzen, zumindest jedoch zu erreichen, daß seine Haftbedingungen erleichtert wurden und er in der Haft die medizinische Hilfe erhielt, die er zunehmend benötigte. Gerhart Eisler, der langjährige Freund Arthur Ewerts aus der Gruppe der sogenannten Versöhner, fand eine anrührende Beschreibung: Er nannte Minna Ewert die »treueste aller Schwestern«.¹

Episoden aus der Kindheit und Jugend von Minna Ewert, die über die Schilderung der allgemeinen Lebensumstände der Familie hinausgehen, sind nicht überliefert. Minna Ewert beklagte zeitlebens, daß sie keine umfassende Bildung erwerben konnte. Aber sie erinnerte sich stets sehr wohlwollend an eine junge Lehrerin in der Dorfschule, die mit ihren zahlreichen erfundenen Geschichten mehr für die Erziehung und Bildung der Kinder tat, als der Lehrplan eigentlich erlaubte.

Nach Abschluß der Volksschule verließ Minna Ewert ihren Heimatort und ging, wie später ihre Brüder, zunächst nach Berlin, wo sie mit gerade vierzehn Jahren als Hilfskraft in einem Krankenhaus arbeitete. Zwischen 1907 und 1909 war sie Erzieherin in einem Waisenheim in Dortmund. Dann endlich konnte sie mit einer lange angestrebten Berufsausbildung beginnen. Im Sophienhaus in Weimar wurde sie Schwesternschülerin und erhielt eine Ausbildung als Krankenpflegerin, der sich eine berufsbegleitende Weiterbildung zur Krankenschwester an einer Klinik der Universität in Jena anschloß. In diesem Beruf arbeitete Minna Ewert zeit ihres Lebens, zum Teil in öffentlichen Einrichtungen, zum Teil als Privatpflegerin.

Die Entscheidung für die Privatpflege fiel Minna Ewert nicht leicht, weil sie ihrem sozialen Verständnis widersprach. Aber sie verdiente dabei deutlich mehr Geld, das sie in späteren Jahren unter anderem zur Unterstützung ihrer Mutter brauchte, die offensichtlich keine oder eine nur sehr kleine Witwenrente erhielt. In dem bereits erwähnten Hörspiel »Die Schwester« werden die Erinnerungen von Minna Ewert so wiedergegeben: »Ich brauchte einfach Geld. Vater im ersten Krieg geblieben. Mutter krank. [...] Und kaum war ich Schwester, mußte ich in die Privatpflege. Da konnte man mehr – verdienen. Ein deprimierendes Wort. Natürlich, wir waren bessere Dienstboten. Wie man damals seine Jahre verplempert hat. Im Spengler'schen Sanatorium. Fünf Jahre mit dieser Morphinistin und Alkoholikerin. Stammte aus einer bekannten Millionärsfamilie. Bei uns hatte sie einen anderen Namen wegen der Diskretion. Mitten in der Nacht kamen ein paar bullige Männer, trugen sie wie einen Holzklotz ins Zimmer, legten sie auf den Tisch, vollkommen betrunken. Die Kleider verunreinigt durch Straßenschmutz und was weiß ich. Alles an ihr stank und verursachte Ekel. Nun, ich zog sie aus, wusch sie, legte sie ins Bett. Ich brauchte das Geld. Auch

¹ [Trauerrede von Gerhart Eisler für Arthur Ewert], SAPMO-BArch, Berlin, NY 4117/22, Blatt 219.

als Arthur schon im Zentralkomitee war, schickte ich ihm regelmäßig einen Teil meines Lohns.«²

Im Sommer 1925 wurde Minna Ewert durch einen befreundeten Berliner Arzt mit der Pflege eines ganz besonderen Patienten beauftragt, dem nach einem Herzinfarkt von den behandelnden Medizinerinnen nur noch eine Lebenszeit von wenigen Tagen zugestanden worden war. Doch es zeigte sich sehr schnell, daß der Patient wieder genesen würde. Und daß er auf die Pflege durch Minna Ewert nicht mehr verzichten wollte: Fast drei Jahre arbeitete Minna Ewert nun im Haushalt von Eduard Bernstein, dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, der sich vor allem als Begründer des theoretischen Revisionismus innerhalb der SPD, also des Versuchs, die Lehre von Marx zu »modernisieren« und damit zu »überwinden«, einen speziellen Ruf erworben hatte. Pikant an der Situation war, daß Minna Ewert, unter dem Einfluß ihres Bruders Arthur, inzwischen Mitglied der KPD geworden war. Aus naheliegenden Gründen verschwieg sie Bernstein ihre Parteimitgliedschaft. Dafür bediente sie sich nach eigenem Bekunden regelmäßig in dessen umfangreicher Bibliothek: Sie lieh sich heimlich Bücher aus, um – im Rahmen ihrer Möglichkeiten – Arbeiten von Marx und verschiedenen marxistischen Autoren zu lesen und sich so politisch weiterzubilden.

Über diese Bemühungen um politische Weiterbildung berichtete Minna Ewert mehr als vier Jahrzehnte später in einem privaten Brief an eine um viele Jahre jüngere Freundin: »Was brachten meine Geschwister und ich aus der Dorfschule für das Leben mit? Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat! Und vertraut auf Gott, er wird alles zum Besten lenken. Jede Woche trafen wir uns einmal bei einem jungen Arbeiter und lasen ›Das Kapital‹. Unsere Köpfe, nie ausgebildet zum selbständigen Denken, hatten es schwer. Unser Wortschatz war zu arm, um zu verstehen, was wir lasen, aber wir gaben nicht auf. Wir debattierten und stritten. Die Wohnungsinhaberin drehte ihrem Mieter das Gas ab, für sie waren wir einfach eine ›Bande‹, die man rausschmeißen muß. Wir kauften Talglichte und lernten weiter, so begriffen wir allmählich, was Ausbeutung, Profit, Geld und Ware ist. Um diese Zeit gründete Hermann Duncker die Marxistische Arbeiterschule (Masch), dort lernten meine Freunde von Grund auf politische Ökonomie und Staatswissenschaft. Jawohl: Staatswissenschaft. So gab es Tausende, die lernten, kämpften, starben und weiterlebten. Sie waren kein unorganisierter Haufen, sie waren die Partei.«³

Wiederholt begleitete Minna Ewert in den folgenden Jahren Eduard Bernstein in den Reichstag, wenn er dort an Sitzungen teilnehmen oder eine Rede halten wollte. Sie bedauerte sehr, daß Bernstein 1928 aus dem Reichstag ausschied, also in jenem Jahr, als Arthur Ewert als Reichstagsabgeordneter gewählt wurde. So hatte sie keine Gelegenheit, einen Auftritt ihres Bruders vor dem Plenum des höchsten deutschen Parlaments zu erleben.

Allerdings führte ein Auftrag der KPD sie in späteren Jahren doch noch einmal in den Reichstag: Am 30. August 1932 begleitete sie Clara Zetkin, als diese als Alterspräsidentin mit ihrer bis heute immer wieder zitierten Rede den neugewählten Reichstag eröffnete und eindringlich vor der unmittelbar drohenden Gefahr einer faschistischen

² Till Sailer, Die Schwester. Hörspiel, in: Till Sailer, Ein unsichtbares Feuer. Vermischte Texte 1963-2006, Berlin 2007, S. 105 f.

³ Brief vom 4. Oktober 1969 von Minna Ewert an Rose S. (Privatarchiv von Till Sailer).

Diktatur in Deutschland warnte. Minna Ewert durfte zwar den Sitzungssaal nicht betreten, doch sie verfolgte die Rede Clara Zetkins von einem Raum unmittelbar hinter dem Präsidiumsbereich.

Schon in den Jahren zuvor hatte Minna Ewert immer wieder besondere Aufträge ihrer Partei erfüllt, häufig durch Vermittlung ihres Bruders Arthur. So reiste sie beispielsweise in der ersten Hälfte des Jahres 1923 zweimal nach Rumänien, um illegal Spendengelder zu überbringen: Bereits zwei Kuriere der KPD waren von den Polizeibehörden abgefangen und verhaftet worden. Nun hoffte Arthur Ewert – zurecht, wie sich zeigen sollte –, daß Minna, die in Schwestertracht reisen sollte, keinen Verdacht erregen und das Reiseziel unbehelligt erreichen würde.

Einen emotional gravierenden Einschnitt stellte ihr (zeitweiliger) Ausschluß aus der KPD in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre dar, über den kaum Einzelheiten bekannt sind und den sie auch in späteren Jahren in Gesprächen stets nur mit vorsichtigen Worten andeutete. Doch es gibt auch hier eine literarisch bearbeitete Schilderung: »Am Abend Schulung, Krankenhausbesuche von der Roten Hilfe. Die Genossen trauten mir nicht so ganz in meiner Schwestertracht. Von meinen geheimen Aufträgen durften sie nichts wissen. Also auch hier eine Rolle, die schwerste. Wie hätte ich mir damals einen Menschen gewünscht, dem ich alles sagen kann. Aber wir Schwestern waren ein Neutrum. Nicht von dieser Welt. Als sie mich dann, wie es hieß, wegen Inaktivität ausschlossen aus der Partei, hatte ich einen Disput mit Arthur. Er wußte doch am besten, was ich alles getan hatte. Anstatt mich zu trösten, schimpfte er: Arbeitest du für uns, um Lorbeeren zu verdienen? Jetzt zeigt sich doch erst, was deine Überzeugung wert ist. Lange habe ich darüber nachgegrübelt. Arthur half sonst, wo er konnte. Als ich ihn nach Jahren wiedersah, konnte ich ihn nicht mehr fragen.«⁴

Im Nachlaß von Arthur und Minna Ewert, der im Bundesarchiv in Berlin aufbewahrt wird, sind zahlreiche Arbeitszeugnisse zu finden, die Minna Ewert in ihrem langen Berufsleben erhielt. Eines der beeindruckendsten Dokumente stammt aus dem Jahre 1931. Es ist mehr als ein einfaches Zeugnis, vor allem, wenn man bedenkt, daß hier über eine Tätigkeit von nur etwa vier Wochen geschrieben wurde. Es ist in gewisser Weise eine Würdigung, die für das ganze Leben von Minna Ewert stehen könnte: »Schwester Minna Ewert ist das Ideal einer Pflegerin. Nicht allein durch ihre hervorragenden beruflichen Kenntnisse – vor allem jedoch durch ihre ungewöhnliche Intelligenz verbunden mit tiefer Herzensgüte, wahrhaft engelgleicher Geduld und Aufopferungsfähigkeit. Ihre große sittliche Kraft und das ruhige Gleichmaß ihres Wesens sind wie geschaffen für den Umgang mit Gemütskranken – ihre reiche Erfahrung prädestiniert sie für eine leitende Stellung. Sie erfüllt ihren Beruf mit innerster Überzeugung. Ein so seltener Mensch muß auf dem richtigem Platze stehen, Jüngere anleiten, stützen, ausbilden, überwachen. Vier Wochen hindurch hat sie während der schweren Krankheit meines Mannes auf ihrem Posten gestanden, Tag und Nacht, unermüdlich, voll Verständnis und Einfühlung. Menschen wie sie müssen einen größeren Wirkungskreis haben, um die Kraft, die besondere Fähigkeit, die sie besitzen, zum Segen aller Leidenden wirksam ausstrahlen zu können.«⁵

⁴ Till Sailer, a.a.O., S. 107.

⁵ [Zeugnis von Frau Felix Hollander für Minna Ewert], Berlin, August 1931, SAPMO-BArch, Berlin, NY 4203/2, Blatt 10.

Tatsächlich erhielt Minna Ewert in späteren Jahren einen solchen Wirkungskreis: Nach ihrer Rückkehr in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands im Sommer 1947 arbeitete sie wieder in ihrem erlernten Beruf als hochqualifizierte und erfahrene Krankenpflegerin, aber sie war gleichzeitig auch viele Jahre mit der Aus- und Weiterbildung von Pflegepersonal befaßt. Zuletzt war sie Oberin im Städtischen Krankenhaus Potsdam.⁶ Ihre letzten Lebensjahre verbrachte sie als Patientin in einem Potsdamer Pflegeheim, das den Namen »Olga Benario Prestes« trug. Dort starb sie am 27. Januar 1977 hochgeachtet im Alter von fast 89 Jahren.

Auch nach der Machtübergabe an die Faschisten im Januar 1933 blieb Minna Ewert zunächst in Deutschland. Als sie jedoch Anfang 1936 in einer Tageszeitung zufällig eine kurze Nachricht über die Verhaftung ihres Bruder und seiner Frau in Brasilien las, war für sie klar, daß sie von nun an alles in ihrer Kraft Stehende tun würde, um Arthur und Sabo und ihren Freunden und Genossen zu helfen. Ruth Werner schilderte diese Episode in ihrem bereits mehrfach zitierten Roman »Olga Benario« mit diesen Worten: »Schwester Minna Ewert pflegte ihre Kranken. Sie lagen in weißen Nachthemden im Bett, und es stand ihnen nicht im Gesicht geschrieben, ob sie Nazis waren oder Antifaschisten. Trotzdem fand sie nicht nur heraus, ob ein Herz gleichmäßig pochte, sondern auch, für wen es schlug. Minna war zuverlässig, streng und gerecht; alle Kranken erhielten die gleiche Fürsorge: die Medizin auf das Milligramm genau berechnet, die Fieberkurve auf das Millimeter überwacht. Aber einer der Kranken erhielt das Geschenk ihres warmen Lächelns, es war jener, der stets noch zu schlafen schien, wenn die Schwestern mit ›Heil Hitler‹ den Krankenraum betraten, und der die Zeitung oft jäh mit steiler Falte auf der Stirn beiseite legte, der noch dazu Arthur hieß wie der geliebte Bruder in der Ferne, von dem sie schon lange nichts gehört hatte. Minna ergriff die Zeitung, weil sie sehen wollte, welche Nachricht den besonderen Unmut des Kranken erregt hatte. Sie kam zu keiner Feststellung, denn alles, was sie las, empörte sie. Der Kranke bemerkte, wie die Schwester, im Begriff, das Blatt zurückzulegen, plötzlich innehielt und zitterte. Er nahm ihr die Zeitung aus der Hand, suchte aber vergeblich nach dem Zusammenhang zwischen den Nachrichten und ihrer plötzlichen Erregung. Es waren ja auch nur drei kleine Zeilen, die die Verhaftung von Arthur und Sabo erwähnten.«⁷

⁶ Am 1. Januar 1957 brachte das »Neue Deutschland« unter der Überschrift »Am Krankenbett« auf einer Reportageseite über die Silvesternacht einen kurzen Artikel über Minna Ewert, die damals bereits fast 69 Jahre alt war. Darin hieß es: »Wenn man Minna Ewert fragt, ob sie in der Silvesternacht Dienst machen will, so antwortet sie: ›Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit.‹ Ihr Beruf ist Heilen und Helfen, und dazu gehört auch das ermunternde Wort, das sie in dieser Nacht an manchem Krankenbett spricht. Manchen Unfall gibt es in der Neujahrsnacht, und - nicht zuletzt - auch in der Entbindungsstation muß man darauf eingerichtet sein, daß zugleich mit dem neuen Jahr ein neues Menschlein seine erste Stunde erlebt. [...] An all das denkt die Oberin Minna Ewert in dieser Silvesternacht, und sie lächelt leise vor sich hin, denn ihr Beruf erfüllt sie mit Glück und Befriedigung. Den Leidenden helfen - das wollte sie, die Tochter eines armen Bauern, schon in ihrer Jugend. 1910 bestand sie ihr Staatsexamen als Krankenschwester und arbeitete dann in Berlin und Mecklenburg. Als der Faschismus Leid und Tod über viele Widerstandskämpfer brachte, stellte sie sich an ihre Seite. Als Fünfzigjährige mußte sie aus dem faschistischen Deutschland fliehen. Auch ihr Bruder wurde von den Faschisten verfolgt, seine Frau im KZ Ravensbrück zu Tode gemartert.«

⁷ Ruth Werner, Olga Benario. Die Geschichte eines tapferen Lebens, Berlin 2006, S. 228 f.

Wenige Tage später, Anfang März 1936, beschloß Minna Ewert, Deutschland zu verlassen und zunächst nach Frankreich zu gehen. Dabei war ihr Lene Radó behilflich, die in den zwanziger Jahren mit Sabo im Apparat der KPD zusammengearbeitet hatte und mit ihr eng befreundet gewesen war. Inzwischen lebte Lene mit ihrem Mann Sándor Radó, der in späteren Jahren in der Schweiz ein bedeutendes Spionagenetz für die sowjetische militärische Aufklärung aufbauen und führen sollte, im französischen Exil.⁸ Lene Radó schickte Minna auf deren Bitte hin umgehend einen Brief, »als wäre sie eine wohlhabende Französin«, auf dessen Grundlage die deutschen Behörden ohne weitere Prüfung einen Reisepaß ausstellten und ein Ausreisevisum erteilten. Lene Radó schrieb, »die Operation der deutschen Ärzte in Berlin habe ihren Gesundheitszustand sehr verbessert; wie damals vom Arzt gewünscht, wolle sie sich noch einmal vorstellen kommen; könne Schwester Minna sie aus Paris abholen, da die hiesigen Ärzte auf Begleitung bestehen? Gehalt und Reisekosten würde sie selbstverständlich tragen.«⁹

Paris war in den vorangegangenen drei Jahren zum wichtigsten Zentrum der deutschsprachigen antifaschistischen Emigration geworden. Auch die KPD war dort durch hochrangige Funktionäre vertreten, zeitweise hatte die Auslandsleitung der KPD ihren Sitz in der französischen Hauptstadt.

Minna Ewert nahm Kontakt zu Wilhelm Pieck auf, der seit der sogenannten Brüsseler Konferenz der KPD im Herbst 1935 in Moskau amtierender Parteivorsitzender war, vor allem aber als langjähriger hochrangiger Funktionär der Internationalen Roten Hilfe der geeignete Ansprechpartner war, wenn es darum ging, eine Kampagne für Arthur Ewert und die anderen politischen Gefangenen in Brasilien zu organisieren.

Ende März 1936, nur wenige Tage nach der Verhaftung ihres Sohnes und ihrer Schwiegertochter, traf Leocádia Pereira Prestes, die Mutter von Luiz Carlos Prestes, aus Moskau kommend in Paris ein. Auch sie spielte in den folgenden Jahren eine herausragende Rolle in dem nun beginnenden buchstäblich weltweiten Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen in Brasilien.

Vor allem in den lateinamerikanischen Ländern, aber auch in den USA, Großbritannien, Australien und sogar Neuseeland entstanden innerhalb weniger Wochen und Monate sehr aktive Solidaritätskomitees. Diesen Komitees gehörten nicht nur Kommunisten an, häufig gelang es auch, bekannte Persönlichkeiten aus dem bürgerlichen Lager für eine Mitarbeit zu gewinnen. An vielen Orten fanden Demonstrationen und Kundgebungen mit zahlreichen Teilnehmern statt, und immer wieder wurden Protestschreiben an den brasilianischen Staatspräsidenten Getúlio Vargas in Rio de Janeiro oder die brasilianischen Botschafter in den großen Hauptstädten in aller Welt gesandt.¹⁰

⁸ Vgl. dazu: Sándor Radó, Dora meldet, Berlin (DDR) 1974.

⁹ Ruth Werner, a.a.O., S. 229.

¹⁰ Am 19. Juni 1936 übermittelte die brasilianische Botschaft in Berlin dem Reichsaußenministerium eine »amtliche Mitteilung des Chefs der Polizei des Bundesbezirks (Rio de Janeiro) über die Maßnahmen zur Unterdrückung des Kommunismus in Brasilien.« In dieser deutschsprachigen »Mitteilung« hieß es: »Unserer Regierung werden ständig Karten, Telegramme und Briefe aus dem Ausland zugeschickt, die sie zur Befreiung von Prestes, Ghioldi, Harry Berger [d.i. Arthur Ewert] und anderen auffordern. Postkarten mit dem Bilde dieser Wortführer des Radikalismus werden ihr unter anmaßenden und drohenden Redensarten zugesandt, als wenn die Regierung sich durch Drohungen ein-

Doch zunächst, das wurde sehr schnell deutlich, mußte es um die Rettung von Olga Benario Prestes und Elise Ewert gehen, die unmittelbar von der Auslieferung an Hitlerdeutschland und damit dem sicheren Tod bedroht waren. Innerhalb kurzer Zeit entstand faktisch eine parallele Struktur der internationalen Solidarität, mit der der Kampf um das Leben von Olga Benario, ihrem ungeborenen Kind und Elise Ewert geführt wurde. Leocádia Pereira Prestes reiste mehrere Male in die Schweiz, um beim Völkerbund und beim Internationalen Roten Kreuz vorzusprechen. Minna Ewert, die Krankenschwester, die nie zuvor in ihrem Leben im Licht der Öffentlichkeit gestanden hatte, sprach nun auf zahllosen Kundgebungen und berichtete über das Schicksal der beiden in Brasilien gefangenen Frauen.

Alle Bemühungen waren jedoch vergebens, im September 1936 wurden Elise Ewert und die hochschwängere Olga Benario von den brasilianischen Behörden an Deutschland ausgeliefert und im Oktober 1936 im Hafen von Hamburg der Gestapo übergeben.

Im Mittelpunkt der internationalen Kampagne stand von Anfang an Luiz Carlos Prestes, der als Kommandeur der legendären »Coluna Prestes« und weltweit bekannter »Ritter der Hoffnung« weit über Brasilien hinaus einen ganz besonderen Ruf genoß.

Den Organisatoren der internationalen Solidaritätsbewegung fiel es schwer, auch das Schicksal von Arthur Ewert zum Gegenstand dieser Kampagne zu machen, denn nach der offiziellen Darstellung der Kommunistischen Internationale in Moskau hatte sich Arthur Ewert nicht als Mitkämpfer von Luiz Carlos Prestes in Brasilien aufgehalten, sondern als politischer Flüchtling, der sich mit wissenschaftlicher Arbeit befaßt hatte.

Doch nicht nur das. Die Führungsgremien der Komintern hatten bereits Anfang April 1936 ausdrücklich »empfohlen«, die »Kampagne für Prestes nicht mit der Angelegenheit Ewert« zu verbinden. Für Arthur Ewert, so ist es in einem verschlüsselten Telegramm aus Moskau an die Führung der britischen KP vom 5. April 1936 zu lesen, sollte »eine separate Kampagne geführt« werden.¹¹

Am 19. Juni 1936 berichtete die von deutschen Antifaschisten in der französischen Hauptstadt herausgegebene »Pariser Tageszeitung« unter der Überschrift »Gegen Auslieferung des früheren Abgeordneten Ewert« aus Washington: »Auf der hiesigen brasilianischen Gesandtschaft hat eine Delegation verschiedener amerikanischer Organisationen mit insgesamt 3 ½ Millionen Mitgliedern vorgeschlagen und aufs schärf-

schüchtern ließe. Die Internationalen gehen so weit, unsere Regierung einschüchtern zu wollen, damit sie Gesetze zurücknimmt, die sie zu ihrer eigenen Verteidigung erlassen hat, als wären wir nur eine Filiale der III. Internationale und nicht ein souveränes Volk, das niemals die Einmischung von Fremden in Angelegenheiten einer freien Entschließung dulden wird. Und zur Rechtfertigung ihrer unberechtigten und unbefugten Einmischung in die Angelegenheiten unseres völkischen Lebens haben die Radikalen versucht, durch die Presse anderer Länder übertriebene Nachrichten über die Zahl der Gefangenen und die Mißhandlungen, die ihnen zuteil geworden seien, zu verbreiten.« Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (PA AA) R 104420.

¹¹ Extract from Mask Material: From Moscow to London, April 5, 1936, The National Archives, Great Britain, Kew, KV 2/2336 307958, Blatt 38a. Diese Aktennotiz des britischen Geheimdienstes enthält den Hinweis, daß diese »Mitteilung [...] auch nach Spanien gesendet« wurde. Es ist also anzunehmen, daß vergleichbare »Orientierungen« auch an die Kommunistischen Parteien weiterer Länder übermittelt wurden.

ste gegen die Absicht der brasilianischen Regierung protestiert, den früheren kommunistischen Reichstagsabgeordneten Arthur Ewert, der vor einigen Monaten mit seiner Frau in Brasilien verhaftet wurde, zwangsweise nach Hitler-Deutschland abzuschicken, wo ihn der Tod erwartet.«¹²

Im Dezember 1936 erschien im Verlag der Kommunistischen Partei der USA eine Broschüre mit dem Titel »Luiz Carlos Prestes – Brazil«, die sehr ausführlich und anschaulich die sozialökonomische Lage des lateinamerikanischen Landes und die dortigen sozialen Bewegungen sowie das politische Wirken von Luiz Carlos Prestes beschrieb.¹³

Entsprechend der Moskauer Orientierung berichtete der Autor Bryan Green über Arthur Ewert und dessen Frau lediglich: »Unter den Bedingungen, die seit Dezember 1935 herrschten, konnte faktisch jeder, der für verdächtig gehalten wurde, Verbindungen zur Nationalen Befreiungsallianz gehabt zu haben, bei der Polizei denunziert und sofort verhaftet werden. Ein anonymer Anruf bei der Polizei genügte. In den Polizeistationen wurden die Gefangenen gefoltert, um Informationen von ihnen zu erhalten, über die sie häufig nicht verfügten. Arthur Ernst Ewert, ein früheres Mitglied des Deutschen Reichstags, der sich in Brasilien auf Besuch aufhielt, wurde zusammen mit seiner Frau verhaftet und ins Gefängnis geworfen.«¹⁴

Erst im Schlußteil der Broschüre, der ein Aufruf an die Leser zu eigenem Handeln war, wurde das Schicksal von Arthur und Elise Ewert doch noch mit dem Schicksal von Luiz Carlos Prestes verknüpft: »Die Forderungen nach Freiheit für Prestes, die beiden Ewerts und alle politischen Gefangenen werden Wirkung zeigen, weil sie in großer Zahl vorgebracht werden. [...] Die Leser dieser Broschüre sind aufgefordert, Briefe an die brasilianische Botschaft in Washington und Telegramme an Getúlio Vargas in Rio de Janeiro [...] zu senden und die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten [...] sowie die Freilassung von Prestes und allen politischen Gefangenen zu fordern.«¹⁵

Minna Ewert ordnete sich diszipliniert in die Kampagne ein und spielte dort die ihr zuge dachte Rolle, die vor allem in öffentlichen Auftritten bei Kundgebungen und anderen Veranstaltungen – zunächst nur in Frankreich und Großbritannien, später auch in anderen Ländern – bestand. Sie war dennoch stets eine treibende Kraft, wenn es darum ging, neue Kontakte zu knüpfen und Unterstützer zu gewinnen.

Anfang April 1936 reiste Minna Ewert erstmals nach London, um sich dort mit Lady Christine Hastings und deren Schwägerin Lady Marion Cameron zu treffen. Die beiden Frauen waren, wie geschildert, wenige Wochen zuvor aus Brasilien ausgewiesen worden, weil sie sich während ihres Aufenthaltes in Rio de Janeiro auch für das Schicksal von Arthur Ewert und dessen Frau interessiert hatten.

In den folgenden knapp zwei Jahren lebte Minna Ewert vorwiegend in Großbritannien und arbeitete dort als Privatpflegerin, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu kön-

¹² Pariser Tageszeitung, Paris, 19. Juni 1936.

¹³ Bryan Green, Luiz Carlos Prestes - Brazil, International Pamphlets No. 51, New York 1936.

¹⁴ Ebenda, S. 23.

¹⁵ Ebenda, s. 30.

nen. Ihre gesamte freie Zeit widmete sie jedoch ihrer selbstgestellten großen Aufgabe, dem Kampf um das Leben von Arthur und Elise Ewert.

Das Engagement von Minna Ewert in Großbritannien zeigte sehr schnell erste Ergebnisse, wobei ihr Wirken durch die Veröffentlichung des bereits zitierten Berichts von Richard Freeman, der die Damen Hastings und Cameron nach Brasilien begleitet hatte, im renommierten »The New Statesman and Nation« große Unterstützung erfuhr.¹⁶

Wenige Tage nach der Veröffentlichung des Artikels wandte sich Régis de Oliveira, der brasilianische Botschafter in London, an Außenminister José Carlos de Macedo Soares in Rio de Janeiro mit der dringenden Bitte um detaillierte Informationen. Denn die brasilianische Botschaft, so der Diplomat, würde »ohne Unterlaß zahlreiche Briefe von Mitgliedern des Parlaments und anderen Personen von Rang und Namen [... erhalten], die mit Nachdruck auf Gerüchte hinweisen, denen zufolge ein gewisser Arthur Ewert, ehemaliges Mitglied des Deutschen Reichstages, und seine Frau, von unserer Polizei mißhandelt werden.«¹⁷

In seinem Schreiben verwies der Botschafter ausdrücklich darauf hin, daß »die Kampagne von einer gewissen Minna Ewert angeregt worden [sei], die in London wohnt und sich als die Schwester des angeblichen Opfers unserer Staatsgewalt ausgibt.«¹⁸

Der brasilianische Außenminister reagierte mit einem ausführlichen, allerdings in jeder Hinsicht wahrheitswidrigen Schreiben: »Arthur Ewert und seine Frau Elisa Saborowsky Ewert bzw. Machla Berger [d.i. Elise Ewert] befinden sich seit Dezember vergangenen Jahres in Rio de Janeiro in Haft. Alle Gerüchte, die in dieser Hauptstadt über die angeblich so schlechte Behandlung der beiden Gefangenen durch unsere Polizei kursieren, sind erfunden. Selbstverständlich geht unsere Staatsgewalt mit der größten Strenge vor, aber sie bedient sich dabei keinesfalls gewaltsamer Methoden. [...] In Kenntnis der düsteren Machenschaften, die in dieser Sache von den Agenten Moskaus, brasilianischen oder ausländischen Spionen, in unserem Land betrieben worden sind, ist die brasilianische Regierung darauf bedacht, für die Einhaltung des Rechtes in unserem Land zu kämpfen und sich mit der Festigkeit und Entschlußkraft desjenigen zu verteidigen, der das Recht auf seiner Seite weiß. In dieser Bemühung werden all jene verfolgt, die die staatliche Ordnung stören und unsere Institutionen angreifen. Berger [d.i. Arthur Ewert] und seiner Frau sowie allen inhaftierten Kommunisten in Brasilien wird von der Polizei jede medizinische und rechtliche Unterstützung gewährt. Dessen ungeachtet hat Berger einen Hungerstreik begonnen und weigert sich, künstlich ernährt zu werden, was in erheblichem Maße zu seiner Schwächung beigetragen hat. Eine Ärztekommision wurde mit der Untersuchung des Gefangenen beauftragt. Sie konnte feststellen, daß Bergers Gesundheitszustand gut ist,

¹⁶ Richard Freeman, *Englishmen abroad*, in: *The Living Age*, Volume 351, September 1936 - February 1937, New York 1937, S. 56-59 (Nachdruck).

¹⁷ So zitiert in: Fernando Gomes de Moraes, Olga, São Paulo 1985, S.166 f., hier zitiert nach der deutschen Ausgabe: Fernando Moraes, Olga, Reinbek bei Hamburg 1992, S. 195.

¹⁸ Ebenda.

nur müßte er sich jetzt vernünftig ernähren. Was Bergers Ehefrau Elisa Ewert alias Machla Berger betrifft, so erfreut auch sie sich bester Gesundheit.«¹⁹

Der brasilianische Botschafter in Großbritannien machte dieses Schreiben seines Außenminister umgehend zur Grundlage eines Leserbriefes an die renommierte Londoner Tageszeitung »The Times«. Mit diesem Leserbrief verband er ganz offensichtlich die Hoffnung, der Kampagne von Minna Ewert und ihren Unterstützern die Grundlage zu entziehen. Doch das Gegenteil war der Fall. Am 18. Juli 1936 veröffentlichte die »Times« einen Leserbrief von Minna Ewert, der für ähnlich großes Aufsehen wie der Artikel von Richard Freeman sorgte und der der öffentlichen Debatte über die Lage der politischen Gefangenen in Brasilien neuen Auftrieb gab.

Minna Ewert hatte geschrieben: »Am 7. Juli haben Sie einen Brief des brasilianischen Botschafters veröffentlicht, in dem dieser neben anderen Dingen erklärte, daß die politischen Gefangenen durch die brasilianischen Behörden »mit der größtmöglichen Menschlichkeit« behandelt werden und daß alle Berichte über eine schlechte Behandlung der Gefangenen frei erfunden sind. In diesem Zusammenhang möchte ich folgende Erklärung abgeben: Mein Bruder, der frühere Reichstagsabgeordnete Arthur Ewert, und seine Frau Elise wurden in Rio de Janeiro zusammen mit weiteren 17.000 Menschen vier Wochen nach der Unterdrückung der Revolution verhaftet. In den ersten Tagen ihrer Haft erhielten mein Bruder und seine Frau weder etwas zu essen noch zu trinken. Etwa am dritten Tag bekamen sie ein Glas Wasser zu trinken, doch nach dem sie es getrunken hatten, erlitten sie einen Schwindelanfall. In der folgenden Nacht wurden er und seine Frau in eine Garage der Sonderpolizei gebracht und dort unmenschlich gequält. In Gegenwart meines Bruders wurde meine vollständig nackte Schwägerin geschlagen, bis sie in Ohnmacht fiel. Mein Bruder wurde mit brennenden Zigaretten mißhandelt, er hat etwa 200 Brandwunden. Er wurde auf den Kopf geschlagen, bis er bewußtlos wurde, dann wurde ihm eine Injektion in den Arm gegeben, damit er wieder erwachte und die Folterung wieder von vorn beginnen konnte. Eine andere Folter bestand darin, ihm die Luft abzuschneiden, im Verlaufe einer Nacht wurde das sechsmal wiederholt. Weiterhin wurden beide mit Elektroschocks gefoltert, wobei eines der Ohren seiner Frau verbrannt wurde. Ihnen wurde drei Wochen lang nicht gestattet zu schlafen, dann mußte mein Bruder sitzend auf dem blanken Fußboden schlafen, und seine Frau hatte auf einem Stuhl zu schlafen. Ihnen wurde gesalzener Fisch zu essen gegeben, aber nichts zu trinken. Diese Beschreibung entstammt einem offiziellen Regierungsdokument, das am 9. März 1936 in Rio de Janeiro von bekannten Senatoren, Rechtsanwälten, Ärzten und meinem Bruder sowie seiner Frau (Elise) unterzeichnet wurde. Eine Kopie dieses Dokuments ist in meinem Besitz.

Seit dieses Dokument erstellt wurde, habe ich keine weiteren Nachrichten von meinen Angehörigen erhalten. Meine Briefe werden nicht beantwortet; das letzte Telegramm mit bezahlter Rückantwort wurde nicht einmal mit dem Vermerk zurückgesandt »Vom Zensor nicht weitergeleitet«. Welche Gründe hat die brasilianische Regierung, meinen Angehörigen zu verbieten, mit mir zu korrespondieren? Kann das »Menschlichkeit« genannt werden? Mit absoluter Offenheit richte ich an den brasi-

¹⁹ So zitiert in: Ebenda, S. 167, hier zitiert nach der deutschen Ausgabe, S. 196 f. So auch zitiert in: Roberto Lopes, *Missão no Reich. Glória e covardia dos diplomatas latino-americanos na Alemanha de Hitler*, Rio de Janeiro 2008, S. 268.

lianischen Botschafter die Frage: Sind meine Angehörigen, Arthur und Elise Ewert, noch am Leben oder sind sie in Folge der grausamen Folterung bereits tot?«²⁰

Am 18. November 1936 wandte sich Minna Ewert von London aus mit einem Telegramm direkt an US-Präsident Franklin D. Roosevelt. Dieses Telegramm sorgte in der Washingtoner Administration umgehend für rege Geschäftigkeit. Minna Ewert hatte telegraphiert: »Ich bitte um Ihr Eingreifen zugunsten meines Bruders Arthur Ewert, früher Mitglied des Deutschen Parlaments und jetzt politischer Gefangener in Rio de Janeiro.«²¹

Am 24. November 1936 informierte das Außenministerium in Washington den US-amerikanischen Generalkonsul in London über den Vorgang. Neben einer Kopie des Telegramms an US-Präsident Roosevelt wurde ein kurzer Hinweis übermittelt: »Seit dem letzten Winter haben zahlreiche Nachrichten der Botschaft in Rio de Janeiro das Außenministerium erreicht, die sich mit der Verhaftung Arthur Ewerts durch die Polizei in Rio de Janeiro befassen. Ihm wird vorgeworfen, in den Versuch der Vorbereitung einer kommunistischen Revolte verwickelt gewesen zu sein, wobei er sich im Besitz eines in illegaler Weise beschafften Passes der Vereinigten Staaten mit einem anderen Namen befand. Seine tatsächliche Identität wurde erst einige Tage nach seiner Verhaftung enthüllt. [...] Da Herr Ewert kein Bürger der Vereinigten Staaten ist, wäre es für diese Regierung nicht angemessen, sich in seiner Angelegenheit offiziell an die Regierung Brasiliens zu wenden.«²²

Trotzdem zeigte das Telegramm von Minna Ewert Wirkung. Denn anders als in dieser amtlichen Position beschrieben, interessierte sich die Regierung der USA gegenüber den brasilianischen Behörden – zumindest inoffiziell – doch für die Lage von Arthur Ewert. In Rio de Janeiro wußte man also, daß Arthur Ewert keineswegs vergessen worden war, auch wenn zum Beispiel die Kampagne der Internationalen Roten Hilfe für Luiz Carlos Prestes und Arthur Ewert angesichts des Bürgerkrieges in Spanien, der im Sommer 1936 begonnen hatte, nur noch mit sehr begrenzten Mitteln fortgesetzt werden konnte.

Dennoch konnte Wilhelm Pieck, zu dieser Zeit stellvertretender Vorsitzender der Internationalen Roten Hilfe, am 22. November 1937 aus Paris an Georgi Dimitrow in Moskau, seit dem VII. Weltkongreß im Sommer 1935 Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, berichten: »In der Prestes- und Ewert-Kampagne sind neue Verbindungen aufgenommen worden, über Prestes wurde eine Broschüre²³ herausgegeben, wegen der Vargas-Aktion²⁴ wurde mit in Paris lebenden Brasilianern eine Kundgebung vorbereitet, eine solche soll auch in London stattfinden. Am 17. No-

²⁰ The Times, London, July 18, 1936.

²¹ Radiogram To His Excellency President Roosevelt, London, November 13, 1936, in: FBI-Akte 800.00 B - Ewert, Arthur, Blatt 58.

²² To the American Consul General, London, England, November 24, 1936, in: Ebenda, Blatt 59.

²³ Vermutlich ist diese Broschüre gemeint: The Trial of Luiz Carlos Prestes. Introduction by Professor Roger Picard at the Paris Faculty of Law, Paris 1937. In dieser Broschüre wird Arthur Ewert lediglich im Vorwort als einer der Mitangeklagten von Luiz Carlos Prestes erwähnt, ohne das zu seinem Fall irgendwelche Einzelheiten genannt werden.

²⁴ Gemeint sind der Staatsstreich und die Proklamation des »Estado Novo« am 10. November 1937.

vember ist die Schwester von Ewert nach Mexiko gefahren, um dort in Versammlungen zu sprechen.«²⁵

Tatsächlich reiste Minna Ewert vom französischen Atlantikhafen Le Havre aus an Bord des Passagierschiffes »Normandie« zunächst nach New York. Wenige Tage zuvor, am 12. November 1937, hatte sie im US-Konsulat in Paris ein Visum für die Vereinigten Staaten erhalten, das den Vermerk »Exempt« trug, entgegen den sonst üblichen Gepflogenheiten also gebührenfrei war.

Die Weiterreise von New York nach Mexiko verzögerte sich aus unbekanntem Gründen, wie ein Brief von Minna Ewert vom 24. November 1937 zeigt, der insgesamt mehr Fragen aufwirft als er beantwortet. In dem Brief, der an einen unbekanntem »lieben Freund«, möglicherweise Wilhelm Pieck, gerichtet war, schrieb Minna Ewert: »Vor allem will ich Dir von Herzen danken und sagen, daß ich gut gelandet bin. Es war alles furchtbar einfach. Meine Freunde empfangen mich sehr herzlich, und am nächsten Morgen besuchte ich Hildes Vater.²⁶ Eben komme ich wieder von ihm; er hatte einen Spezialisten für mich bestellt, der meine Angelegenheit ordnen wird. Es hat gar keine Eile, daß ich meine Reise Hals über Kopf weiter fortsetze, ich kann mir erst einmal mehrere Wochen die Stadt ansehen. Ein alter Freund und Mitarbeiter von meinem Bruder ist der Chairman meines Clubs, und Du kannst Dir denken, wie mir das angenehm ist.²⁷ Er besuchte mich sofort am nächsten Tag, und wir haben ein großes Vergnügungsprogramm entworfen. Er erzählte mir auch, daß zwei ausgezeichnete Leute zu Luis [d.i. Luiz Carlos Prestes] geflogen sind, heute kommen sie an, und wir hoffen, bald Nachricht zu haben, wie es dort zugeht. Anfang Dezember erwarten wir die Flieger zurück und wir bereiten schon jetzt alles zum Empfang vor. Es wird sicher sehr viel Arbeit geben und wir werden große Kreise zu unseren Gästen zählen. Interessant ist, daß der 18jährige Sohn von G. Vgs. [d.i. Getúlio Vargas] hier studiert und den Fliegern einen Brief an seinen Vater mitgegeben hat. Dann hat sich ein br[asilianischer] Gentleman bei meinen Freunden gemeldet, der gern [... Vollmacht] haben möchte und sozusagen um Unterstützung bittet. Einzelheiten kann ich noch nicht mitteilen, weil ich selbst noch zu wenig weiß. Aber auf alle Fälle ist auf allen Seiten viel Interesse vorhanden und es gibt viel, viel Arbeit. Ich bin sehr froh, hier zu sein und hoffe, daß alle Geschäfte sich gut entwickeln. Vor allen Dingen miete ich mir jetzt eine Privatwohnung, ein Hotel ist zu ungemütlich. Solange ich noch keine Adresse angeben kann, sende Deine Briefe bitte an Hildes Vater. [...]«²⁸

²⁵ [Brief von Wilhelm Pieck an Georgi Dimitrow], Paris, 22. November 1937, SAPMO-BArch, Berlin, NY 4036/604, Blatt 197.

²⁶ Mit dieser Umschreibung war vermutlich Kurt Rosenfeld gemeint, der Arthur Ewert 1921 vor dem Reichsgericht verteidigt hatte und der seit 1935 in den USA im Exil lebte.

²⁷ Es ließ sich nicht mehr feststellen, um was für einen »Club« es sich handelte und wer der »Chairman« war. Eine Gruppe deutscher Kommunisten gab es zu diesem Zeitpunkt in den USA noch nicht, möglicherweise ist die KP der USA gemeint, zu der Arthur Ewert durch seine Mitarbeit im Anglo-Amerikanischen Ländersekretariat der Komintern enge Beziehungen hatte. In diesem Fall könnte der »Chairman« sogar Earl Browder gewesen sein, der damalige Vorsitzende der KP der USA. Es ist aber auch möglich, daß sich diese Umschreibung auf Johannes Schröter bezog, der sich zu dieser Zeit im Auftrag der Komintern in New York aufhielt.

²⁸ [Brief von Minna Ewert, Abschrift], New York, 24. November 1937, SAPMO-BArch, Berlin, NY 4036/606, Blatt 35.

Offensichtlich im Hinblick auf eine zu vermutende Überwachung des Postverkehrs verwendete Minna Ewert in ihrem Brief wiederholt sehr vage Umschreibungen, die sich mit dem Abstand von vielen Jahrzehnten nicht mehr vollständig entschlüsseln lassen. Trotzdem wird aus dem Brief deutlich, daß die Bemühungen um Luiz Carlos Prestes und Arthur Ewert weitergingen und daß Minna Ewert mit ihren Sorgen und Problemen nicht alleingelassen wurde.

Ihre Reise nach Mexiko setzte Minna Ewert zu einem unbekanntem Zeitpunkt in der ersten Hälfte des Jahres 1938, vermutlich im Februar, fort.²⁹ In einem undatierten Brief an die Auslandsleitung der KPD in Paris, den sie Anfang August 1938 aus Mexiko-Stadt schrieb, hieß es: »Ich danke Dir ganz besonders, lieber Lex [d.i. Lex Ende], daß Du den Bericht, den ich Dir über A[rthur] gab, an die Freunde weitergegeben hast. Obwohl ich regelmäßig und ausführlich an die Freunde berichtet habe, habe ich keine Zeile mehr vor ihnen erhalten, seit ich von Paris abgereist bin. Ich weiß nicht, was los ist.³⁰ [...] Meine Hoffnung, A[rthur] doch noch lebend wiederzusehen, ist wieder gesunken. Keiner der Briefe, die von vielen Leuten hier geschrieben wurden, wurde beantwortet. [...] So kann man seine Hoffnung nur auf die Ereignisse der Zeit richten, und das, will mir scheinen, ist eine sehr vage Hoffnung. A[rthur] soll mit einem Erschöpfungszustand im Hospital liegen. Aber ich weiß nichts Näheres darüber. Die Frage ist, werden seine Kräfte aushalten, bis die Zeit ihm zu Hilfe kommt? Von S[abo] habe ich einen sehr interessanten Brief. [...] Ich zerbreche mir Tag und Nacht den Kopf, was kann ich tun. Jetzt bin ich auf die Idee gekommen, die Propaganda nicht nur im Ausland zu machen, sondern sie auch nach innen zu tragen. Ich denke mir das folgendermaßen: Zuerst schreibe ich an Krupp, Thyssen und IG-Farben [...], teile ihnen den Sachverhalt mit und sage, falls S[abo] nicht innerhalb 4 Wochen auf freiem Fuß ist, werde ich jede Woche tausend Briefe mit Material, das das deutsche Volk interessieren wird, nach D[eu]tschland] senden. Dieses Material werde ich gleichzeitig allen antifaschistischen Organisationen zur Verfügung stellen, ebenso den Mitgliedern des englischen Parlaments und [dem] White House in Washington. – Bevor ich diese Aktion starte, muß ich alles sehr gründlich vorbereiten, denn auf Bluff kann ich mich unter keinen Umständen einlassen, dann würden die Banditen aufhören, mich ernst zunehmen. Und das ist das Schlimmste, was passieren kann, das würde S[abos] Lage nur verschlimmern. Ich muß also schnellstens abreisen, um die notwendigen Hilfsmittel für diese Aktion zu mobilisieren. Ich weiß, daß das keine Kleinigkeit ist, aber ich werde es schaffen. Auch für A[rthur] kann ich hier nichts mehr tun. Alf[red Miller] hat alle Wege hier für mich gemacht und mit allen Leuten gesprochen. Er wird sich auch weiter kümmern, wenn ich nicht mehr hier bin. Die Aktion, die ich für S[abo] zu

²⁹ Im Nachlaß von Arthur und Minna Ewert befinden sich einige handschriftliche Notizen von Minna Ewert, zumeist nur kurze Stichworte, in denen sie als Gedankenstützen für Gespräche mit Besuchern Reisedaten und Daten ihrer beruflichen Tätigkeit festgehalten hat. Diese Notizen entstanden viele Jahre nach den geschilderten Ereignissen und wohl auch ohne Zugriff auf zeitgenössische Dokumente. So ist zu erklären, daß einige Daten nicht mit überlieferten Dokumenten übereinstimmen. Sie nannte zum Beispiel als Zeitpunkt ihrer ersten Reise nach Mexiko den Februar 1937, was aber in Widerspruch zu dem eben zitierten Brief von Wilhelm Pieck an Georgi Dimitrow vom 22. November 1937 steht. Vgl. dazu: [Handschriftliche Notizen von Minna Ewert], ohne Ort und ohne Datum, SAPMO-BArch, Berlin, NY 4203/2, nicht paginiert.

³⁰ Hier sind wohl ihre bisherigen Ansprechpartner in Moskau gemeint. Es ist zu vermuten, daß der Abbruch aller Kontakte den Verhaftungen im Rahmen der Stalinschen Säuberungen geschuldet war.

unternehmen gedenke, gilt selbstverständlich auch für ihre Leidensgefährtin Olga [d.i. Olga Benario Prestes]. Die Banditen sollen ihr blaues Wunder erleben.«³¹

Die Ereignisse und Entwicklungen im Leben von Minna Ewert in den folgenden fast zehn Jahren sind nur in sehr allgemeinen Zügen bekannt. So ist nicht überliefert, ob sie die in diesem Brief angekündigte Aktion für Elise Ewert und Olga Benario Prestes tatsächlich in Angriff nehmen konnte. Genauso wenig ist bekannt, ob Minna Ewert nach ihrem mehrmonatigen Aufenthalt in Mexiko noch einmal nach Europa zurückkehrte oder ob sie in der Folge in den USA blieb. Es ist aber zu vermuten, daß sie spätestens ab 1939 ständig in den USA lebte³² und sich dort um die US-Staatsbürgerschaft bemühte, weil nur auf diese Weise ein brasilianisches Visum für eine Reise nach Rio de Janeiro zu beschaffen war.

Einige wenige Episoden aus dem Leben und vor allem aus dem Kampf von Minna Ewert in dieser Zeit sind allerdings überliefert.

So soll es Minna Ewert während eines offiziellen USA-Besuches von Osvaldo Euclides de Sousa Aranha, dem damaligen brasilianischen Außenminister, gelungen sein, persönlichen Kontakt herzustellen und den brasilianischen Chefdiplomaten für das Schicksal von Arthur Ewert zu interessieren. Nach unbestätigten Berichten hatte sie Aranha auf der Straße angesprochen, als dieser gerade sein Hotel in der Hauptstadt Washington verließ und ein Auto besteigen wollte.³³

Aranha war ein langjähriger Gefolgsmann und enger Vertrauter des brasilianischen Präsidenten Getúlio Vargas, der jedoch im Verlaufe der Zeit immer mehr in Konflikt mit dem Konzept des »Estado Novo«, des »Neuen Staates«, geriet. Insbesondere bekämpfte Aranha im Rahmen seiner Möglichkeiten die sogenannten deutschfreundlichen Tendenzen innerhalb der brasilianischen Administration, also alle Bestrebungen, die offiziellen und inoffiziellen Kontakte zu Hitlerdeutschland auszuweiten und zu intensivieren.³⁴ Gleichzeitig setzte er sich sehr energisch für eine Annäherung Brasiliens an die USA ein und schuf damit die Voraussetzungen für den späteren Beitritt Brasiliens zur weltweiten Anti-Hitler-Koalition.³⁵

³¹ Brief von Minna Ewert, Mexiko-Stadt, August 1938, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 205, Delo 2731, Blatt 13 f.

³² Im »Arbeitsbuch« von Minna Ewert, das am 26. Oktober 1951 angelegt wurde und das im Nachlaß von Arthur und Minna Ewert aufbewahrt wird, wurden als Arbeitsstätten für den Zeitraum von 1940 bis 1947 pauschal angegeben: »St. Francis Hospital New York und Privatpflege«. Vgl. dazu: [Arbeitsbuch von Minna Ewert], Potsdam, 26. Oktober 1951, SAPMO-BArch, Berlin, NY 4203/2. In ihren handschriftlichen Notizen listete Minna Ewert folgende Wohn- und Arbeitsorte auf, ohne jedoch Zeitpunkt oder Dauer (mit einer Ausnahme) des Aufenthaltes zu nennen: »New York (3 Monate), Northhampton, New York, Washington, New York, Santa Clara (Kalifornien), New York«. [Handschriftliche Notizen von Minna Ewert], a.a.O.

³³ Bericht von Till Sailer am 13. Oktober 2008 über ein Gespräch mit Minna Ewert Mitte der siebziger Jahre.

³⁴ Vgl. dazu u.a.: Seitenfus Ricardo A. Silva, O Brasil e o III Reich (1933-1939), in: Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas, Band 25 (1988), S. 273-289, hier: S. 287.

³⁵ Luiz Carlos Prestes und Osvaldo Aranha kannten sich bereits seit Ende der zwanziger Jahre, als sich Getúlio Vargas bemühte, von Prestes Unterstützung für seine Präsidentschaftskandidatur im März 1930 zu erhalten. Prestes berichtete viele Jahre später, daß er bei dieser Gelegenheit von Aranha den ersten falschen Paß seines Lebens erhalten habe. Mit diesem Paß auf den Namen João de Souza

Aranha war sich durchaus bewußt, wer Arthur Ewert war.³⁶ Doch die Sorge von Minna Ewert um das Schicksal ihres Bruders berührte ihn, und so fühlte er sich verpflichtet, ungeachtet möglicher politischer Probleme, die Weiterleitung eines persönlichen Briefes von Minna Ewert an Arthur Ewert zuzusagen. Allerdings mußte Aranha nach einigen Wochen durch seinen Sekretär mitteilen lassen, daß Arthur Ewert die Annahme des Briefes verweigert hatte, weil er eine Fälschung bzw. eine Falle vermutete. Schlimmer noch, der Mitarbeiter Aranhas, der den Brief übergeben sollte, hatte ihn informiert, daß sich Arthur Ewert ganz offensichtlich in einem Zustand tiefer geistiger Umnachtung befand.³⁷

Auch die Anfrage des demokratischen Kongreßabgeordneten Maury Maverick an das US-Außenministerium vom 20. Januar 1938 ging offensichtlich auf eine Intervention von Minna Ewert zurück. In seinem Brief an US-Außenminister Cordell Hull schrieb der Texaner: »Ich bitte um Bestätigung einer Information bezüglich des früheren deutschen Reichstagsabgeordneten, Herrn Arthur Ewert, der sich in Brasilien in Haft befindet und von dem berichtet wird, daß er getötet wurde. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Bericht bestätigen oder richtigstellen würden. Falls Herr Ewert noch am Leben ist, würde ich es begrüßen zu erfahren, in welcher Lage und in welchem Zustand er sich befindet.«³⁸

In einem Schreiben vom 17. Februar 1938, das wenige Tage darauf, am 28. Februar 1938, zur Grundlage der offiziellen Antwort des Außenministers an den Kongreßabgeordneten gemacht wurde, teilte die US-Botschaft in Rio de Janeiro mit, daß in der ersten Hälfte des Monats eine informelle Anfrage an das brasilianische Justizministerium gerichtet worden war und daß es auch einen Kontakt zu Sobral Pinto, dem Verteidiger von Arthur Ewert, gegeben hatte. Die US-Botschaft bestätigte, daß Arthur Ewert eine Haftstrafe auf der Grundlage eines Gerichtsurteils aus dem Jahre 1937 verbüßte. Sein physischer Zustand wurde als »gut« beschrieben, allerdings gab es keinen Hinweis auf die dramatische Lage, in der sich Arthur Ewert auf Grund seiner fortschreitenden psychischen Erkrankung befand.³⁹

Im Dezember 1941 war es Heloise Brainerd, die Vorsitzende der 1915 gegründeten »Women's International League for Peace and Freedom«, die sich auf Bitte von Min-

sei er von Buenos Aires, wo er zu dieser Zeit lebte, nach Porto Alegre gereist, um sich mit Vargas zu treffen. Vgl. dazu: Edgard Carone, Luiz Carlos Prestes. Entrevista, in: Revista Novos Rumos, Rio de Janeiro, No. 33 (maio de 1999), S. 3-40, hier: S. 13.

³⁶ Bereits Ende Mai 1937 hatte Aranha, damals noch brasilianischer Botschafter in den USA, Vertretern des US-amerikanischen Joint Committee for the Defense of the Brazilian People bei einem Treffen in Washington zugesagt, daß eine Delegation des Komitees die Erlaubnis erhalten würde, nach Brasilien zu fahren und dort Gespräche mit Luiz Carlos Prestes, Arthur Ewert und anderen »kürzlich verurteilten antifaschistischen politischen Gefangenen«, so die Formulierung in einer zeitgenössischen US-amerikanischen Wochenzeitschrift, zu führen (Vgl. dazu: The New Republic, New York, June 9, 1937). Warum die genannte Delegation letztlich nicht nach Brasilien fuhr, ist nicht bekannt.

³⁷ Vgl. dazu: David P. Hornstein, Arthur Ewert. A Life for the Comintern, New York and London 1993, S. 296 f. Es war nicht mehr festzustellen, wann genau diese Ereignisse stattfanden.

³⁸ [Maury Maverick to Secretary of State], Washington, January 20, 1938, in: FBI-Akte 800.00 B - Ewert, Arthur, Blatt 64.

³⁹ [Embassy to Secretary of State], Rio de Janeiro, February 17, 1938, und [Cordell Hull to Maury Maverick], Washington, February 28, 1938, in: FBI-Akte 800.00 B - Ewert, Arthur, Blatt 67 und 68, respektive.

na Ewert mit einer Anfrage an den US-Botschafter in Rio de Janeiro wandte. Am 23. März 1942 antwortete ein hochrangiger Mitarbeiter der Botschaft auf das Schreiben von Heloise Brainerd. Er konnte dabei über einen Besuch bei Arthur Ewert berichten, der von den brasilianischen Behörden ermöglicht worden war. Bei der Bewertung dieses Besuches wurde allerdings ganz offensichtlich nicht berücksichtigt, daß Arthur Ewert auf Grund seiner Erkrankung zu normaler Kommunikation weder bereit noch überhaupt in der Lage war, daß also alle seine Erklärungen mit größter Skepsis hätten aufgenommen werden müssen: »Ungeachtet der Tatsache, daß Herr Ewert eine fortschreitende mentale Verschlechterung zeigt, befindet er sich [physisch] bei guter Gesundheit. Er hat keine Beschwerden hinsichtlich seiner Lebensbedingungen oder der Behandlung vorgebracht, die ihm seitens der brasilianischen Behörden zuteil wird. [...] Er hat keinerlei Wünsche geäußert und auch nicht das Verlangen zu erkennen gegeben, eine Nachricht an seine Angehörigen übermitteln zu wollen.«⁴⁰

Einen weiteren Vorstoß, mit Hilfe US-amerikanischer Behörden Informationen über die Lage von Arthur Ewert zu beschaffen, unternahm Minna Ewert im Februar 1944. Sie lebte und arbeitete inzwischen in Kalifornien, wo sie als Privatpflegerin eine ältere Dame betreute. Deren Nichte war eine äußerst wohlhabende und einflußreiche Frau, die große Sympathien für Minna Ewert und deren Anliegen zeigte. Sie nutzte deshalb bereitwillig ihre zahlreichen Kontakte, die bis in die Hauptstadt Washington reichten. Die Auskünfte, die das US-amerikanische Außenministerium nach mehrwöchigen Recherchen schließlich übermittelte, waren allerdings in hohem Maße besorgniserregend: Trotz der Einweisung in ein psychiatrisches (Haft-) Krankenhaus im Juni 1942 hatte sich der mentale Zustand von Arthur Ewert weiter verschlechtert. Die zuständigen Ärzte hatten eine paranoide Schizophrenie diagnostiziert, waren aber nicht in der Lage, und möglicherweise auch nicht willens, eine angemessene Therapie zu finden.

Die letzte dokumentierte Auskunft über den Gesundheitszustand von Arthur Ewert während seiner fast zehn Jahre in brasilianischer Haft stammt vom 10. Oktober 1944. An diesem Tag übermittelte die Sonderabteilung der brasilianischen Politischen Polizei eine kurze Nachricht an die US-amerikanische Botschaft in Rio de Janeiro, die offensichtlich am 18. September 1944 eine entsprechende Anfrage übermittelt und einen Betrag von fünf US-Dollar beigefügt hatte, die Arthur Ewert zur Verfügung gestellt werden sollten. In der Nachricht wurde der sehr knappe Report der behandelnden Ärzte zitiert: »Arthur Ernst Ewert wurde einer Elektro- und Cardiazol-Krampftherapie unterzogen, nach der sein mentaler Zustand Zeichen der Besserung zeigte. Angesichts der Tatsache, daß das Elektrokardiogramm, das zuvor als Vorsorgemaßnahme erstellt worden war, normal war, mußte diese Behandlung ausgesetzt werden, weil es während der Konvulsionen zu einer intensiven Krisis der arteriellen und kardialen Bedingungen kam. Gegenwärtig haben die Symptome der Schizophrenie wieder zugenommen, der Patient zeigt häufig Zeichen von Erregung sowie Stimmungsschwankungen, wobei er sich weigert, mit den Ärzten zu sprechen und sogar zu Handgreiflichkeiten neigt. Sein allgemeiner Gesundheitszustand hingegen verbes-

⁴⁰ So zitiert in: David P. Hornstein, a.a.O., S. 297.

sert sich weiterhin. Sein gegenwärtiges Gewicht beträgt 65 Kilogramm und 400 Gramm.«⁴¹

Im Januar 1943, während in der fernen Sowjetunion die Schlacht um Stalingrad tobte, die zum Wendepunkt des Zweiten Weltkrieges wurde, hatten Minna und Andreas Ewert mit einer kleinen Anzeige in der von deutschen Antifaschisten in Mexiko herausgegebenen Zeitschrift »Freies Deutschland« an ihren Bruder und dessen Schicksal erinnert. Zwischen zahlreichen weiteren privaten Neujahrsgrüßen und der Werbung für die unterschiedlichsten Dienstleistungen und Produkte konnte man lesen: »Arthur Ewert in Rio de Janeiro wünschen viel Glück zum neuen Jahr seine Geschwister und alle Freunde des ›Freien Deutschland.«⁴²

⁴¹ [Delegacia Especial de Segurança Política e Social ao Secretário da Embaixada dos EE.UU. da América], Rio de Janeiro, 10 de Outubro de 1944, SAPMO-BArch, Berlin, NY 4203/2, Blatt 31.

⁴² Freies Deutschland (Mexiko-Stadt), Januar 1943, so zitiert in: Fritz Pohle, Das mexikanische Exil. Ein Beitrag zur Geschichte der politisch-kulturellen Emigration aus Deutschland (1937-1946), Stuttgart 1986, S. 250.

Kapitel 28: Sabo

Am 7. April 1936 sahen sich Arthur Ewert und seine Frau Sabo zum letzten Mal. Über ihr Treffen in einem Besucherraum der Polizeizentrale von Rio de Janeiro im Beisein mehrerer Polizisten sind nur wenige Einzelheiten bekannt. Daß Arthur und Elise Ewert zu diesem Zeitpunkt bereits wußten, daß es ein Abschied für immer sein würde, ist eher unwahrscheinlich. Denn noch stand der Prozeß bevor, noch war keine endgültige Entscheidung über ihr weiteres Schicksal gefallen. So gab es für den Augenblick immer noch die Hoffnung auf ein weiteres Wiedersehen, auch wenn nicht klar war, wann und unter welchen Umständen ein solches Wiedersehen würde stattfinden können.

Sabo berichtete später in einem Brief, daß Arthur Ewert bei dieser Begegnung erstmals davon gesprochen habe, daß sein »Nervensystem [...] so kaputt [sei], daß er manchmal richtige Halluzinationen habe.«¹ Hätte Arthur Ewert gewußt, daß er seine Frau nicht mehr wiedersehen würde, so hätte er sie bei ihrem letzten Zusammentreffen wohl nicht mit einer so besorgniserregenden Nachricht über seinen Gesundheitszustand belastet.

Sicher ist, daß es keine rührselige Abschiedsszene gab, wie das gelegentlich kolportiert wird. Arthur und Elise Ewert waren nicht bereit, ihren Peinigern, die jeden Augenblick des kurzen Zusammenseins überwachten, ein Schauspiel zu liefern, das diesen in ihrem perversen Denken und Handeln möglicherweise Anstoß zu weiteren Untaten gegeben hätte.

Warum Arthur und Elise Ewert dieses Treffen überhaupt gestattet wurde, ließ sich nicht mehr feststellen.

Mit der Verhaftung von Luiz Carlos Prestes und seiner Frau Olga hatten die brasilianischen Sicherheitsbehörden ihr wichtigstes Ziel erreicht. Über die Einzelheiten der Vorbereitung und Durchführung der Novemberereignisse 1935 waren sie ohnehin umfassend informiert gewesen. Es gab also keine erkennbare Notwendigkeit für einen ohnehin wenig erfolgversprechenden Versuch, nach den Wochen der ergebnislosen Folter Arthur und Elise Ewert durch eine »Geste des Entgegenkommens« doch noch zu einem Geständnis bewegen zu wollen. Tatsächlich fanden in der Folge keine weiteren Verhöre statt, auch wenn Arthur Ewert, wie geschildert, weiterhin in der Gewalt von Filinto Müller und seinen Schergen blieb.

Elise Ewert hingegen kam nun in eine Gemeinschaftszelle in einem regulären Gefängnis in Rio de Janeiro, wo sie zu ihrem Glück in den Genuß der Solidarität ihrer politischen Mitgefangenen kam. Denn schon in der ersten Nacht nach der Verlegung in diese Haftanstalt ereignete sich ein Zwischenfall, der eine unmittelbare Folge der entsetzlichen Gewaltexzesse war, die Sabo in den vorangegangenen Wochen und Monaten hatte durchleiden müssen. Jede Nacht, pünktlich um Mitternacht, war Sabo aus ihrer Zelle geholt und anschließend gefoltert worden. Der große brasilianische Romancier Jorge Amado hatte das in seinem bereits mehrfach zitierten dokumentarischen Bericht über Luiz Carlos Prestes so geschildert: »Mitternacht war es gewesen, man hatte sie nicht zu wecken brauchen. Sie wachte von selbst auf, Nacht für Nacht, wenn die Stunde der Folterungen schlug, die bis zum Morgen dauerten, Nacht für

¹ So zitiert in: Ruth Werner, Olga Benario. Die Geschichte eines tapferen Lebens, Berlin 2006, S. 248.

Nacht, unabänderlich. [...] Kurz vor Mitternacht wachte sie immer auf und durchlebte bange Minuten der Angst, die fast schwerer zu ertragen waren als die folgenden Stunden, wenn die Männer sie entkleideten, ihre Knüttel auf den gebrechlichen Frauenkörper herniedersausen ließen und sie mit ihren schweren Soldatenstiefeln traten. Als die Sonne schon hoch am Himmel stand, fühlte sie die Schläge nicht mehr in ihrer Ohnmacht. Drei- oder viermal hatten sie sie schon mit Nadelstichen ins Bewußtsein zurückgerufen, um von neuem über sie herzufallen; dann schleppten sie sie in ihre Zelle zurück, wo Schmerz, Hunger und Durst ihre Gefährten waren.«²

Diese fürchterliche Erfahrung hatte Elise Ewert so verinnerlicht, daß sie auch in dem regulären Gefängnis, wo physische Gewalt gegen die Gefangenen nicht zum Alltag gehörte, kurz vor Mitternacht erwachte und zu schreien begann. Diese Schreie weckten ihre Mitgefangenen, die vermuten mußten, daß Sabo tatsächlich aus der Zelle gebracht und gefoltert werden sollte. Dagegen gab es sofort lautstarken Protest, die Gefangenen schlugen mit Gegenständen gegen die Gitterstäbe der Türen und Fenster und verursachten so einen ohrenbetäubenden Lärm. Das wiederum ließ das Wachpersonal an eine drohende Gefangenenrevolte denken und sofort zu den Waffen greifen. Es war wohl nur Zufall, daß es in dieser Nacht keine Toten oder Verletzten gab. Sabo selbst brauchte in den folgenden Wochen und Monaten ihre ganze Kraft, um mit ihren nächtlichen Angstzuständen fertig zu werden. Eine brasilianische Ärztin, Gefangene wie sie, half ihr dabei, auch wenn ihr keine Medikamente oder andere Hilfsmittel zur Verfügung standen.

Anfang Mai 1936 legte der Ermittlungsbeamte Eurico Bellens Porto, der von Polizeichef Filinto Müller mit der Leitung aller Untersuchungen in Zusammenhang mit den Ereignissen vom November 1935 beauftragt worden war, seinen offiziellen Abschlußbericht vor. Er hatte über hundert Personen – Brasilianer und Ausländer, Zivilisten und Militärangehörige – namhaft gemacht, gegen die wegen ihrer direkten oder auch nur indirekten Verwicklung in den Aufstandsversuch Anklage erhoben werden sollte. Hinsichtlich der Ehefrauen von Arthur Ewert, Rudolfo Ghioldi und Luiz Carlos Prestes mußte er allerdings in einem persönlichen Schreiben an Filinto Müller einräumen: »Ich habe keine ausreichenden Beweise gefunden, die es erlauben würden, gegen die drei Ausländerinnen Elise Ewert, Carmen Alfaya de Ghioldi und Maria Berger Prestes [d.i. Olga Benario Prestes] Anklage zu erheben.«³

Für die brasilianischen Sicherheitsbehörden war das zweifellos eine enttäuschende Nachricht. Allerdings hatte man auch kein wirkliches Interesse daran gehabt, die drei Frauen vor Gericht zu stellen. In dem patriarchalisch geprägten Brasilien hätte es kaum dem Selbstverständnis der maßgeblichen Amtsträger entsprochen, Frauen durch einen Strafprozeß öffentlich zuzugestehen, daß ihr Handeln eine Gefahr für die Sicherheit des Staates und der Regierung darstellen konnte. Gleichzeitig war man besorgt, daß eine Anklageerhebung gegen die drei Frauen, zumal sie Ausländerinnen waren, nach den wiederholten Berichten über die Folterung politischer Gefangener für weitere negative Schlagzeilen in der internationalen Presse hätte sorgen können.

² Jorge Amado, *Der Ritter der Hoffnung. Das Leben von Luiz Carlos Prestes*, Berlin (DDR) 1953, S. 347 f.

³ So zitiert in: Fernando Gomes de Morais, *Olga*, São Paulo 1985, S. 185.

Mitte Mai 1936 wußten die brasilianischen Behörden noch immer nicht, wer Olga Benario Prestes tatsächlich war. In den zahllosen Verhören, denen sie unterzogen wurde, hatte Olga lediglich behauptet, Maria Berger Prestes zu sein, und sich aufgrund ihrer Ehe mit Luiz Carlos Prestes als brasilianische Staatsbürgerin bezeichnet. Und sie hatte darauf hingewiesen, daß sie ein Kind von Luiz Carlos Prestes erwarten würde. Weitere Auskünfte hatte sie verweigert.⁴

Am 16. Mai 1936 veränderte ein Telegramm von José Joaquim Moniz de Aragão, dem brasilianischen Botschafter in Berlin, der ausgezeichnete offizielle und inoffizielle Beziehungen zur Gestapo und anderen deutschen Regierungsstellen unterhielt, die Lage. Gestützt auf Informationen der deutschen Geheimpolizei konnte Moniz de Aragão erste Auskünfte über die tatsächliche Identität von Olga Benario Prestes geben.

Ein zweites Telegramm mit weiteren Einzelheiten folgte am 23. Mai 1936. Und wenige Tage später, das genaue Datum ließ sich erstaunlicherweise nicht mehr feststellen, übersandte Botschafter Moniz de Aragão dem brasilianischen Außenminister ein mehrseitiges Schreiben, das faktisch alle Details über das bisherige Leben von Olga Benario Prestes enthielt, die der Gestapo in Berlin bekannt waren. Ausdrücklich wies Aragão darauf hin, daß die deutschen Behörden mehr als 60.000 Akten durchgesehen und mehr als 25.000 Fotos geprüft hatten, um diese Informationen zusammenzustellen.⁵

Aus den überlieferten Berichten und Dokumenten war nicht mehr zu erkennen, wann und wie die Idee entstand, Elise Ewert und Olga Benario Prestes aus Brasilien auszuweisen und sie an Hitlerdeutschland auszuliefern.⁶ Vieles spricht dafür, daß diese Idee von Filinto Müller, dem Polizeichef von Rio de Janeiro, stammte. Auch Müller verfügte über enge persönliche Kontakte zur Gestapo und anderen deutschen Dienststellen. Vor allem aber suchte er seit seinem unehrenhaften Ausschluß aus der Kolonne Prestes im Jahre 1925 nach einer Möglichkeit, persönliche Rache an Luiz Carlos Prestes zu nehmen.

Aller Wahrscheinlichkeit nach war die Überstellung von Elise Ewert und Olga Benario Prestes nicht einmal Gegenstand von bilateralen Verhandlungen. Sie wurde sowohl von brasilianischer als auch von deutscher Seite als ganz selbstverständliche Konsequenz aus der Tatsache gesehen, daß gegen die beiden Frauen in Brasilien keine Anklage erhoben werden würde. So zumindest ist eine eher beiläufige Bemerkung in einem knapp zwei Seiten umfassenden Bericht der Deutschen Botschaft in Rio de Janeiro an die Preußische Geheime Staatspolizei in Berlin vom 8. Juli 1936 zu verstehen, der über den aktuellen Ermittlungsstand der brasilianischen Behörden hinsichtlich Arthur und Elise Ewert sowie Luiz Carlos Prestes und Olga Benario informierte: »Olga Benario sowie Frau Ewert sollen demnächst nach Deutschland ausgewiesen

⁴ Anders als Elise Ewert war Olga Benario Prestes, wie bereits geschildert, bei diesen Verhören nicht physisch gefoltert worden.

⁵ Vgl. dazu: Fernando Gomes de Morais, a.a.O., S. 169 ff.

⁶ In den »zeitgenössischen Registraturhilfsmitteln (Namensindices) der Politischen Abteilung betreffend Brasilien 1934-1941 [...] fanden sich Hinweise auf einzelne Dokumente betreffend der Ausweisung Benarios [...]. Leider ist diese Einzelfallakte mit dem Aktenzeichen »Benario« infolge der Kriegsergebnisse heute nicht mehr vorhanden.« (Aus einer Mail des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes in Berlin vom 8. Dezember 2011).

werden, da für eine Aburteilung der beiden Frauen nicht genügend Beweise vorhanden sind.«⁷

Es muß den brasilianischen Behörden allerdings von Anfang an klar gewesen sein, daß eine Auslieferung an Deutschland einem Todesurteil für Elise Ewert und Olga Benario Prestes gleichkam.

Angesichts der nach ihrer Identifizierung nun akut drohenden Gefahr der Ausweisung aus Brasilien und der Überstellung nach Deutschland änderte Olga Benario Prestes ihre bisherige Haltung und beauftragte den Rechtsanwalt Hermes Lima, sie gegenüber den brasilianischen Behörden zu vertreten. Die juristischen Schritte, die Hermes Lima unternahm, gingen in zwei Richtungen. Er forderte – allerdings vergeblich – die sofortige Eröffnung eines Strafverfahrens gegen Olga Benario Prestes. Diese Forderung hatte das ausschließliche Ziel, Zeit zu gewinnen. Denn nach der Geburt des Kindes von Olga Benario Prestes auf brasilianischem Boden wäre – unabhängig von der Frage der Vaterschaft oder der Anerkennung ihrer Ehe mit Luiz Carlos Prestes – nach der geltenden Rechtslage eine Ausweisung nicht mehr möglich gewesen. Am 3. Juni 1936 richtete Hermes Lima außerdem einen Appell an das Oberste Gericht, in dem er argumentierte, daß Luiz Carlos Prestes der Vater des ungeborenen Kindes sei und daß deshalb eine Ausweisung von Olga Benario Prestes, seiner Ehefrau, nicht zulässig wäre. Doch die Tatsache, daß Olga Benario Prestes weder bereit noch in der Lage war, eine Urkunde über ihre Ehe mit Luiz Carlos Prestes vorzulegen oder auch nur mitzuteilen, wann und wo die Eheschließung stattgefunden hatte, schwächte ihre Position vor Gericht erheblich.⁸ Am 17. Juni 1936 wies das Oberste Gericht daher – wenig überraschend – den Einspruch einstimmig zurück.⁹ Damit waren bereits alle juristischen Möglichkeiten ausgeschöpft.

Anders als Olga Benario, die zumindest behaupten konnte, brasilianische Staatsbürgerin zu sein, hatte Elise Ewert als erwiesenermaßen deutsche Staatsangehörige keine Chance gehabt, gegen ihre drohende Ausweisung mit rechtlichen Mitteln vorzugehen. Allerdings war klar, daß man beide Frauen nur gemeinsam nach Deutschland deportieren würde, schon um den Aufwand an Sicherheitspersonal, das sie auf der mehrwöchigen Schiffsreise begleiten würde, möglichst gering zu halten. Solange also die

⁷ [Bericht der Deutschen Botschaft in Rio de Janeiro an die Preußische Geheime Staatspolizei in Berlin vom 8. Juli 1936], RZ 207, Deutsche Botschaft in Moskau, Aktenband Nr. 325, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA) R 100747.

⁸ In einem Interview im Jahre 1997 bestätigte Anita Leocádia Prestes, die Tochter von Olga Benario Prestes und Luiz Carlos Prestes, daß ihre Eltern niemals gesetzlich verheiratet waren (*La hija de El Caballero de la Esperanza. Entrevista de Federico Mengozzi con Anita Leocadia Prestes*, in: *Memoria. Revista mensual de política y cultura*, septiembre de 1997, núm. 103, S. 32-37, hier: S. 37). In einem engen, formaljuristischen Sinne ist es also falsch, von Olga Benario als Olga Benario Prestes zu sprechen bzw. zu schreiben. Doch man kann – ohne falsche Sentimentalität – behaupten, daß die Beziehung von Olga Benario Prestes und Luiz Carlos Prestes eine größere Tiefe hatte als die Mehrzahl der »bürgerlichen« Ehen, die »nach dem Gesetz« geschlossen wurden. Schon deshalb ist es angemessen, durch die Verwendung des Namens Olga Benario Prestes den außergewöhnlichen Charakter dieser Beziehung zu würdigen.

⁹ Vgl. dazu: Stanley H. Hilton, *Brazil and the Soviet Challenge. 1917-1947*, Austin 1991, S. 85 f.

juristischen Auseinandersetzungen um das Schicksal von Olga Benario Prestes andauern, hatte auch Sabo noch hoffen können.¹⁰

Erstaunlicherweise zeigten die brasilianischen Behörden nach der Entscheidung des Obersten Gerichts, die Ausweisung von Olga Benario Prestes zu gestatten, keine Eile, das Vorhaben umzusetzen. Erst am 27. August 1936, also mehr als zwei Monate später, unterzeichnete Staatspräsident Getúlio Vargas die Ausweisungsdekrete. Und es vergingen noch einmal rund vier Wochen, ehe Elise Ewert und Olga Benario Prestes in Begleitung mehrerer Polizisten am 23. September 1936 auf das deutsche Handelsschiff »La Coruña« gebracht wurden, das im Hafen von Rio de Janeiro zur Abfahrt in Richtung Deutschland bereitlag.

Wahrscheinlich spielte bei dieser überraschenden Verzögerung der Umstand eine entscheidende Rolle, daß die Nachricht von Olgas Schwangerschaft bei den deutschen Behörden für Unmut gesorgt hatte. Wohl vor allem in Hinblick auf die Olympischen Sommerspiele, die zu dieser Zeit in Berlin stattfanden, wollte man jedes internationale Aufsehen vermeiden und war daher bemüht, die Abreise von Olga Benario Prestes aus Brasilien so lange wie möglich hinauszuzögern. Möglicherweise hatte man die perverse Hoffnung – die sicher in den einschlägigen Kreisen Brasiliens geteilt wurde –, daß Olga unter Umständen ihr Kind durch eine medizinische Komplikation verlieren könnte und sich auf diese Art und Weise das Problem der Deportation einer schwangeren Frau auf »natürlichem« Wege lösen würde.

Ganz offensichtlich liefen die offiziellen und inoffiziellen Kontakte zwischen den brasilianischen und den deutschen Behörden auf verschiedenen Kanälen, wobei der Informationsstand der beteiligten Seiten zum Teil sehr deutliche Unterschiede aufwies. Anders ist es nicht zu erklären, daß sich der deutsche Botschafter in Rio de Janeiro noch am 3. September 1936 persönlich an die Gestapo in Berlin wandte, um sich die Identität von Olga Benario Prestes bestätigen zu lassen: »Auf Grund eines vom Präsidenten der Republik Brasilien unterzeichneten Dekrets wird demnächst die Begleiterin des hier verhafteten Julius Prestes [d.i. Luiz Carlos Prestes], Erna Krüger alias Olga Benario, gebürtig aus Berlin, die deutsche Reichsangehörige sein soll, nach Deutschland ausgewiesen werden. Die hiesige Polizeibehörde hat um Ausstellung eines Passes für sie gebeten. Da jedoch aus den vorgelegten Dokumenten die tatsächliche Staatsangehörigkeit der Erna Krüger [d.i. Olga Benario Prestes] nicht ersichtlich ist, wäre ich für telegraphische Mitteilung dankbar, ob es sich bei der Vorgenannten um eine Reichsangehörige handelt.«¹¹

Nicht nur Minna Ewert sorgte sich, wie geschildert, um das Schicksal von Elise Ewert und Olga Benario Prestes. Auch in Moskau beobachtete man die Ereignisse mit gro-

¹⁰ Es war sicher kein Zufall, daß gerade zu dem Zeitpunkt, als in Brasilien über die Auslieferung von Elise Ewert an Deutschland entschieden wurde, im »Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger« vom 15. August 1936 eine Mitteilung über die Einziehung der »Güter« von Arthur und Elise Ewert durch die Berliner Finanzbehörden zugunsten des deutschen Staates erschien. Die Ausbürgerung Arthurs Ewerts wurde im »Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger« vom 30. November 1942 (Liste 284, lfd. Nummer 25) bekanntgegeben. Elise Ewert war zu diesem Zeitpunkt bereits tot.

¹¹ [Schreiben des Deutschen Botschafters in Rio de Janeiro, Arthur Schmidt-Elskop, an die Preußische Geheime Staatspolizei in Berlin], Rio de Janeiro, 3. September 1936, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA) R 100747.

ßer Anteilnahme, wie nicht zuletzt der geheime Funkverkehr zwischen der Komintern in Moskau und der Führung der Kommunistischen Partei Großbritanniens in London beweist. So hieß es zum Beispiel in einem Funkspruch aus Moskau vom 28. Mai 1936: »Brasilianische Regierung hat Ausweisung von Ehefrau des Deutschen Ewert beschlossen. Führt Protestkampagne. Sendet Vargas und brasilianischer Botschaft Telegramme und Delegationen. Organisiert sofortige Intervention bekannter Persönlichkeiten.«¹² Zwei Wochen später, am 12. Juni 1936, teilte Harry Pollitt, seit 1929 Generalsekretär der Kommunistischen Partei Großbritanniens, mit: »Wichtig, daß wir Namen des deutschen Schiffes erfahren, auf dem Ewert und Benario reisen. Alle Briefe und Telegramme an Vargas von einflußreichen Freunden als unzustellbar zurückgekommen.«¹³ Am 15. Juni 1936 kam die Antwort aus Moskau: »Kennen Namen des deutschen Schiffes nicht, das Ewert transportiert. Unternehmt alle Anstrengungen bezüglich aller deutschen Schiffe von Rio mit Ziel Hamburg.«¹⁴

Es liegt nahe zu vermuten, daß ähnliche Aufträge aus Moskau auch an die Kommunistischen Parteien in anderen Ländern der Welt gingen. So ist es nicht überraschend, daß es in der Folge mindestens einen ernsthaften Versuch gab, Elise Ewert (und Olga Benario Prestes) von dem Schiff zu holen, das sie nach Deutschland bringen sollte. Allerdings handelte es sich bei diesem Versuch ganz offensichtlich nicht um eine von Moskau angewiesene Aktion, sondern um die persönliche Initiative einer einzelnen Frau, von Lene Radó, der erwähnten langjährigen engen Freundin von Elise Ewert.

In seinen bereits zitierten Lebenserinnerungen »Dora meldet ...« berichtete Sándor Radó, ihr Ehemann: »Die Zeitungen teilten mit, welches deutsche Schiff sie in das faschistische Reich bringen würde; so erfuhren wir, daß das Schiff fahrplanmäßig den französischen Hafen Dunkerque¹⁵ anlaufen würde. Lene, die nächtelang wegen Sabo nicht geschlafen hatte, versuchte ihre Freundin zu retten. Irgendwie nahm sie Kontakt zu einem Minister der damaligen Volksfrontregierung auf – ich glaube, es war der Minister für Jugend und Sport – und überredete ihn, mit ihr nach Dunkerque zu fahren und dort das deutsche Schiff aufhalten und durchsuchen zu lassen. So geschah es auch; doch Sabo wurde nicht gefunden. Es stellte sich heraus, daß sie mit dem nachfolgenden Schiff unterwegs war.«¹⁶

Nach diesem Zwischenfall wurde der Kapitän der »La Coruña«, also des Schiffes, auf dem sich Elise Ewert und Olga Benario Prestes tatsächlich befanden, von den deutschen Behörden über Funk aufgefordert, Hamburg ohne jeden Zwischenstop anzulaufen, um weitere Versuche zur Befreiung der beiden Frauen zu verhindern.

In den frühen Morgenstunden des 15. Oktober 1936 erreichte die »La Coruña« den Hamburger Hafen. Gestapo-Beamte kamen an Bord, um die beiden Frauen in Empfang zu nehmen. Elise Ewert und Olga Benario Prestes, die wohl bis zum letzten Augenblick noch auf ihre Befreiung gehofft hatten, konnten sich nicht einmal mehr von

¹² Copy of telegram, June 8, 1936, The National Archives, Great Britain, Kew, KV 2/2336 307958, Blatt 39ab.

¹³ Nigel West, *Mask. MI5's Penetration of the Communist Party of Great Britain*, London 2005, S. 110.

¹⁴ Ebenda, S. 193.

¹⁵ Nach anderen Darstellungen sollte das Schiff den Hafen von Bordeaux anlaufen.

¹⁶ Sándor Radó, *Dora meldet ...*, Berlin (DDR) 1974, S. 62 f.

einander verabschieden. Sie wurden in verschiedenen Fahrzeugen getrennt nach Berlin gebracht.

Elise Ewert kam zunächst in die berüchtigte Gestapo-Zentrale in der Prinz-Albrecht-Straße, dann in die Frauenhaftanstalt in der Barnimstraße. Sie wurde, wie Olga Benario Prestes, mehrfach von der Gestapo verhört, doch ein wirkliches Interesse an ihren Aussagen bestand nicht. Schließlich waren die deutschen Behörden durch ihre brasilianischen Partner regelmäßig und umfassend über die Geschehnisse in Brasilien informiert worden. Und Sabos letzter Aufenthalt in Deutschland lag schon so viele Jahre zurück, daß sie über keinerlei aktuelles Wissen verfügen konnte, das für die Gestapo bedeutsam gewesen wäre.

Anfang Oktober 1936, als er die ersten Informationen erhielt, daß seine Frau und Olga Benario Prestes von der Auslieferung an Deutschland bedroht waren, begann Arthur Ewert einen Hungerstreik. Er konnte nicht wissen, daß das Schicksal seiner Frau längst besiegelt war und sie sich nicht mehr in Brasilien befand. Erst als er sich überzeugen mußte, daß er nicht mehr helfen konnte, und die Schergen von Polizeichef Filinto Müller mit Zwangsernährung drohten, brach Arthur Ewert den Hungerstreik nach etwa zwei Wochen ab.

Auch nach der Auslieferung von Elise Ewert und Olga Benario Prestes an Hitlerdeutschland gingen die Solidaritätsaktionen in aller Welt weiter, obwohl sich die internationale Aufmerksamkeit seit dem Sommer und Herbst 1936 vor allem auf die Ereignisse in und um Spanien konzentrierte, wo nach einem Militärputsch gegen die Volksfrontregierung ein blutiger Bürgerkrieg ausgebrochen war.

Insbesondere in den Zentren der deutschsprachigen Emigration blieb das Schicksal von Elise Ewert und Olga Benario Prestes ein wichtiges Thema. Ein Beispiel dafür waren die verschiedenen Aktivitäten der in Prag ansässigen Union für Recht und Freiheit, die Ende 1935 von deutschen und tschechoslowakischen Kommunisten als Vorfeldorganisation der Internationalen Roten Hilfe gegründet worden war und die sich vor allem mit der Lage politischer Gefangener in Deutschland befaßte.¹⁷ Am 17. Dezember 1936, Elise Ewert und Olga Benario Prestes befanden sich seit zwei Monaten in der Gewalt der Gestapo, ohne daß etwas über ihre Lage bekannt geworden war, fand in Prag eine von der Union für Recht und Freiheit organisierte internationale Frauenkundgebung statt, auf der neben anderen die Schriftstellerin Alex Wedding eine Rede hielt. Diese Rede wurde im darauffolgenden Jahr vom Malik-Verlag, der nun seinen Sitz in London hatte, in einem Buch mit dem Titel »Deutsche Frauenschicksale« veröffentlicht:

»Ich will an das Schicksal zweier wunderbarer Frauen erinnern, die nicht in Vergessenheit geraten dürfen, deren Tragödie uns alle angeht und an die wir vor allem die Öffentlichkeit immer wieder erinnern müssen: Ich spreche von Olga Benario Prestes, der Frau des brasilianischen Freiheitshelden Luiz Carlos Prestes, und von der Schriftstellerin Sabo, der Frau des früheren deutschen Reichstagsabgeordneten Arthur Ewert. Manche unserer Freunde, die früher in Berlin lebten, kannten Sabo und Olga Benario-Prestes gut. Auch ich erinnere mich an sie. [...] Elisabeth Sabo-Ewert ist jetzt

¹⁷ Vgl. dazu: Arno Gräf, Die Prager Union für Recht und Freiheit. Ein wenig beachtetes Kapitel tschechoslowakisch-deutscher Zusammenarbeit, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, III/2005, S. 106-111.

50 Jahre alt. Sie war schon vor dem Kriege eine aktive Sozialistin und gelegentliche Mitarbeiterin des Berliner ›Vorwärts‹. Vor Ausbruch des Weltkrieges heiratete sie den damaligen Sattler Arthur Ewert und wanderte mit ihm nach Kanada aus. Ebenso wie in Deutschland gehörte auch dort alle ihre Freizeit der sozialistischen Bewegung. Sie schrieb über die Ursachen der Berufskrankheiten und andere Fragen, die sie gelegentlich ihrer täglichen Arbeit als Photographin in der Aufnahmestation eines ärztlichen Laboratoriums studieren konnte. Im Kriege wurden sie und ihr Mann als feindliche Ausländer interniert. Bis zum Kriegsende wurde Frau Ewert in einem kanadischen Frauengefängnis festgehalten. In diesen Jahren schrieb sie viele Artikel und Erzählungen, die amerikanische Freunde publizierten. Diese Jahre benützte sie auch, um zu lernen. Nach ihrer Freilassung war Frau Ewert, die mit ihrem Mann nun nach New York ging, in den Kreisen der linken Schriftsteller wegen ihrer knappen, ironischen Zeitungsveröffentlichungen sehr geschätzt. Als die Kollegin Sabo nach Deutschland zurückkam, war ihre Aktivität keineswegs gebrochen. Diese hochbegabte und tapfere Frau ließ keine Gelegenheit vorübergehen, um mit ihrer Feder für Recht und Freiheit zu kämpfen. Amerikanische und deutsche Zeitschriften, vor allem die Frauenzeitschriften, der Schutzverband Deutscher Schriftsteller, sowie die Hilfsorganisation der politischen Gefangenen, schätzen sie als eine unentbehrliche Mitarbeiterin. [...]

Zwei Jahre vor Hitlers Machtantritt begleitete Frau Sabo-Ewert ihren Mann auf eine Studienreise nach Südamerika. Und nach jahrelanger Zurückgezogenheit, in welcher Kollegin Sabo an einem größeren Werk über Kolonialfragen arbeitete, wurden sie, ihr Mann sowie Prestes und seine Frau unter der Beschuldigung festgenommen, am brasilianischen Aufstand im Jahre 1935 teilgenommen zu haben. Diese Beschuldigung der beiden Frauen konnte durch nichts bewiesen werden. Dennoch mißhandelte man sie bestialisch. Elisabeth Ewert [d.i. Elise Ewert] wurde vor ihrem Mann in der Autogarage der Polizeistation bis zur Ohnmacht gefoltert. Ich will Ihnen Details über diese grauenhaften Folterungen ersparen. Frau Ewert war nachher in einem solch beklagenswerten Zustand, daß brasilianische Ärzte und Notare die grauenhaften Folterungen bestätigen mußten. Angesichts der Schuldlosigkeit der Kollegin Sabo konnte die brasilianische Justiz kein Verfahren gegen sie einleiten. Sie hat Kollegin Sabo und ebenso Olga Benario Prestes-Benario ausgewiesen und auf Verlangen der Hitler-Regierung zwangsweise auf den deutschen Dampfer ›La Coruña‹ geschafft. [...] Mit dem Dampfer ›La Coruña‹ wurden Frau Sabo und Frau Prestes [d.i. Olga Benario] ohne jede Zwischenstation nach Hamburg transportiert. Die Auslieferung dieser beiden Frauen, die lange bevor die Nationalsozialisten an die Macht kamen, Deutschland verlassen hatten, stellt einen Fall empörender und gesetzeswidriger Freiheitsberaubung unter Zusammenarbeit zweier freiheitsfeindlicher Regierungen dar.

Olga Prestes und Frau Sabo-Ewert wurden in Hamburg am 15. Oktober 1936 bei Ankunft des Dampfers der Gestapo ausgeliefert, die die beiden Friedensfreundinnen und Sozialistinnen in die berüchtigte Folterhöhle in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße verschleppte. Seither fehlt von den beiden Frauen jede Nachricht. Diese beiden Fälle zwischenstaatlicher Freiheitsberaubung lassen das Schlimmste für alle politisch verfolgten, freiheits- und friedensliebenden Menschen befürchten. Was vor kurzem diesen beiden Frauen geschah, könnte heute oder morgen einem jeden geschehen, der

kein Freund der Faschisten ist, wenn nicht der Protest der breitesten Öffentlichkeit solch unerhörte Vorkommnisse unmöglich macht.«¹⁸

Elise Ewert erfuhr von den internationalen Bemühungen um ihre Freilassung groteskerweise durch den »Reichsführer SS« Heinrich Himmler persönlich. Im Mai 1938 war sie in das Konzentrationslager Lichtenburg verlegt worden, das seit Ende 1937 ausschließlich als sogenanntes Schutzhaftlager für Frauen genutzt wurde. Die »Lichte«, wie das KZ von den Häftlingen genannt wurde, befand sich in dem ehemaligen Schloß Lichtenburg in dem kleinen Ort Prettin im heutigen Sachsen-Anhalt. Es hatte bereits seit 1812 als Zuchthaus gedient, doch mußte die Einrichtung 1928 wegen erheblicher baulicher Mängel geschlossen werden. Das hinderte die faschistischen Behörden im Frühjahr 1933 jedoch nicht daran, im Schloß Lichtenburg eines der ersten Konzentrationslager Deutschlands einzurichten.

Anfang Juli 1938 inspizierte Himmler das KZ Lichtenburg. Am 11. Juli 1938 berichtete Elise Ewert in einem Brief an ihre Schwägerin Minna Ewert: »Der Herr Reichsführer hat hier mit jeder einzelnen politischen Gefangenen gesprochen. [...] Auch mit mir hat der Herr Reichsführer gesprochen, und was er gesagt hat, geht auch Dich an, mein liebes M[innerl]. Es wurde nämlich bei der Unterredung geäußert, daß man vom Ausland her versucht, meine Entlassung hier durch einen Druck auf die Behörden durchzusetzen, und diese Tätigkeit Dir zugeschrieben wird. Ich war über eine solche Äußerung sehr betroffen, denn ich weiß ja tatsächlich nicht, was draußen vorgeht. Du hast mich wohl mit allem versorgt, das ich brauche, hast mir tröstliche Briefe geschrieben und auch wohl Entlassungsgesuche an die zuständigen Behörden gerichtet. Aber dieses kann doch nicht als Druck ausgelegt werden, denn dieses tun wohl die Angehörigen aller meiner Gefährtinnen. Ob etwa in den Zeitungen des Auslandes Bemerkungen erschienen sind, davon hab ich doch keine Ahnung. [...] Warum man Dich dafür verantwortlich macht, ist mir unerfindlich. Jedenfalls, M[inna], hat mir der Herr Reichsführer Himmler aufgetragen, Dich davon in Kenntnis zu setzen, was ich hiermit tue.«¹⁹

Tatsächlich unterhielt Elise Ewert seit ihrer Auslieferung an Hitlerdeutschland einen mehr oder weniger regelmäßigen brieflichen Kontakt mit ihrer Schwägerin, wobei die Zahl der Briefe, die sie schreiben bzw. empfangen durfte, von den Behörden äußerst willkürlich begrenzt wurde. Die Briefe, die Elise Ewert schrieb, sind zum großen Teil erhalten geblieben und befinden sich heute im Nachlaß von Arthur und Minna Ewert, der im Bundesarchiv in Berlin aufbewahrt wird. Diese Briefe stellen eine anrührende Lektüre dar. Sie machen das enge und herzliche Verhältnis von Elise und Minna

¹⁸ Alex Wedding, *Aus Brasilien ins III. Reich verschleppt*, in: *Deutsche Frauenschicksale*, Herausgegeben von der Union für Recht und Freiheit Prag, London 1937, S. 133-138. Viele der in dieser Rede vorgetragenen biographischen Details waren ganz offensichtlich falsch, andere konnten nicht überprüft werden. Bei der Begründung des Brasilien-Aufenthaltes von Sabo und ihrem Mann folgte Alex Wedding - bewußt oder unbewußt - der von der Komintern vorgegebenen Sprachregelung.

¹⁹ Elise Ewert an Minna Ewert, 11. Juli 1938, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 205, Delo 2731, Blatt 15.

Ewert deutlich, sie zeigen vor allem aber Sabos entsetzliche Sorge um ihren Mann Arthur.²⁰

Die Briefe von Elise Ewert unterlagen einer strengen Zensur. Die Lagerordnung legte sehr genau fest, welche Themen in den Briefen behandelt und welche Themen überhaupt nicht angesprochen werden durften. Ein Verstoß gegen diese Festlegungen verhinderte nicht nur die Weiterleitung des Briefes, sondern zog für die Verfasserin des Briefes schwere Strafen nach sich. Elise Ewert war deshalb gezwungen, sich in ihrer Korrespondenz einer Sklavensprache zu bedienen. Es gelang ihr dennoch, hinter scheinbar belanglosen Formulierungen wichtige Nachrichten für ihre Schwägerin (und ihre Freunde und Genossen im Ausland) zu verbergen. Dabei vermied sie es konsequent, über ihren ständig schlechter werdenden gesundheitlichen Zustand zu berichten.

Am 12. Dezember 1936 schrieb Sabo aus dem Frauengefängnis in der Berliner Barnimstraße: »Was meine Person betrifft – darüber mache ich mir wenig Kopfzerbrechen und bin auf alles gefaßt. Bringt mir das Schicksal Freiheit in absehbarer Zeit, dann werde ich diesen herrlichen Zustand zu schätzen wissen; wo nicht, ertrage ich, was kommt. [...] Wie sehr wünschte ich, daß dieses kommende Jahr etwas weniger bitter wäre als das vergangene! Wie sehr wünschte ich, mit Dir und Arthur in diesem kommenden Jahr ein Wiedersehen feiern zu können!«²¹ Und am 1. März 1937, wenige Tage vor dem Geburtstag von Minna Ewert: »Das kann ja noch etwas dauern mit uns. Wir sind kleine Leute, aber wenn unser Schicksal mitverwickelt wird in die großen Streitfragen der Zeit, dann ist es plötzlich kein persönliches Schicksal mehr und muß anders gewertet werden.[...] Ich wünsche, daß Du, unabhängig von unserem Geschick wieder Freude und Schönheit empfindest, die Sonne und den blauen Himmel und die Frühlingsblumen genießt.«

Bereits am 18. Januar 1937 hatte Elise Ewert geschrieben: »Um so schmerzlicher fühle ich es Dir sagen zu müssen, daß Arthur von Deinen lieben Briefen wahrscheinlich gar nichts weiß. [...] Meine Gedanken sind immer bei Dir und bei Arthur; der Ärmste ist am elendsten dran, denn er kann sich nur denken, daß man sich um ihn sorgt.« Und am 15. Februar 1937: »Ich werde erst über Arthurs Lage beruhigt sein, wenn ich von ihm selbst Nachricht habe.«

Ihre Verlegung in das Konzentrationslager Lichtenburg schilderte Elise Ewert am 20. Dezember 1937 so: »Du wirst schon lange auf einen Brief von mir warten. [...] Aus der veränderten Anschrift [...] ersiehst Du meine veränderte Lage. [...] Übrigens habe ich bei der Gelegenheit meines »Umzuges« von Berlin bis hierher zum ersten Mal seit meiner Wiederankunft in Deutschland die liebe alte deutsche Landschaft gesehen mit den frischgrünen Saatfeldern und den frischgepflügten Äckern. Du glaubst gar nicht, ich habe sie geradezu mit den Augen verschlungen. Inzwischen ist aber Schnee gefallen und es sieht richtig weihnachtlich aus. [...] Vielleicht ist das ganz alltäglich, aber

²⁰ Alle Briefe von Elise Ewert an Minna Ewert wurden an eine Anwaltskanzlei in London geschickt, die dann für die Weiterleitung an Minna Ewert sorgte, so daß den deutschen Behörden der tatsächliche Aufenthaltsort von Minna Ewert zumindest auf diesem Wege nicht bekannt wurde.

²¹ Elise Ewert an Minna Ewert, 12. Dezember 1936, SAPMO-BArch, Berlin, NY 4203/2, so zitiert in: Elisabeth Saborowski-Ewert. In: Helga Schwarz, Internationalistinnen. Sechs Lebensbilder, Berlin (DDR) 1989, S. 47-76, hier: S. 72. Alle nachfolgenden Zitate aus Briefen von Elise Ewert sind den S. 69-74 entnommen. Dabei wurden einige kleinere Schreibfehler stillschweigend korrigiert.

[nicht] für einen, der sieben Jahre in warmen Ländern mit ewigem Sommer gelebt hat und dann noch mehr als ein Jahr hinter Gefängnismauern. [...] Hast Du vielleicht inzwischen Nachricht von A[rthur] erhalten? Er ist und bleibt meine große Sorge.«

Einige Monate später, am 11. August 1938, schrieb sie: »Am 7. April [1936] hatte ich zuletzt Arthur gesehen, wobei ich mit Schrecken den Verfall seiner Gesundheit festgestellt habe. Seit jener Zeit trage ich die entsetzliche Angst um sein Befinden mit mir herum.« Am 18. Dezember 1938 hieß es: »Du hast recht, mein Minnerl, wenn Du mich immer ermahnst, nicht rückwärts, sondern vorwärts zu schauen. Und doch denke ich oft und gern an die Vergangenheit zurück, als ich mich noch von der treuen Liebe meines Mannes umgeben fühlte. Diese Vergangenheit kann und will ich nie vergessen noch verleugnen.«

Am 10. Februar 1939 hieß es: »Wieviel schöne Erinnerungen hat Dein Brief in mir wachgerufen! [...] Besonders die bitteren Ereignisse meines Lebens aus den letzten Jahren hatten diese längst vergangenen Tage fast verschüttet. [...] Ich bin froh, daß Du nun diese Menschen kennenlernst, die mir einstmalis liebe Freunde waren, und glücklich, daß sie sich noch meiner erinnern. Grüße sie alle herzlich von mir.«

Am 24. April 1939 sandte Elise Ewert den letzten Brief aus dem Lager Lichtenburg: »Du fragst, ob ich nicht ein Entlassungsgesuch einreichen könnte – nein Liebes, ich kann nur wiederholen: [...] Wenn sich die Behörden überzeugt fühlen, daß ich loyal meinen Platz in der Volksgemeinschaft [...] ausfüllen werde, dann werde ich auch entlassen. Ich kann nichts tun, als warten. [...] Dein letzter Brief war für mich wundervoll mit seiner Beschreibung, wie man in sechs Tagen durch alle Jahreszeiten hindurchreisen kann. [...] Auch auf mich wirkte New York immer gewissermaßen aufreibend, aber so als Metropole einer halben Erdkugel ist es doch von äußerstem Reiz, und jeder New Yorker liebt seine Heimatstadt geradezu zärtlich. Heimat ist doch eben Heimat und alle Wege führen zu ihr. [...] Nun meine Lieben alle, umarme ich Euch und freue mich, daß Ihr noch da seid und mich liebt.«

Sechs Wochen später, am 2. Juni 1939, schrieb Sabo aus Ravensbrück – sie war im Mai 1939 mit einem der ersten Transporte in das neuerrichtete Frauenkonzentrationslager Ravensbrück bei Fürstenberg, knapp 100 Kilometer nördlich von Berlin, gebracht worden: »Wir haben das alte Schloßgemäuer der Lichtenburg verlassen und sitzen jetzt mitten im Mecklenburger Kiefernwald. [...] Ich bin gespannt, ob Du inzwischen auf Deine Anfrage über Arthurs Befinden eine Antwort bekommen hast. [...] Ich bin nach wie vor der Meinung, daß nur ein persönlicher Besuch von Dir uns die Wahrheit über Arthurs Lage und Befinden bringen kann. Und damit scheint es ja ganz aussichtslos zu stehen. [...] Mir leuchtet [...] jetzt der alte, etwas wolkige Himmel unserer alten Heimat, kühl, nördlich herb, und der hält alle Sehnsucht nach dem warmen Süden in Bann, wenn ich auch das Liebste, was ich habe, unseren lieben Arthur, unter seinem Himmel weiß.«

Dieser Brief vom 2. Juni 1939 ist die letzte erhaltene Nachricht von Elise Ewert. Ob sie auch in den folgenden Wochen an Minna Ewert schreiben konnte und die Briefe verlorengingen, ist nicht bekannt, aber wenig wahrscheinlich.

Elise Ewert war zu diesem Zeitpunkt bereits an Tuberkulose erkrankt und wog nur noch knapp 45 Kilogramm. Trotz ihres schlechten Gesundheitszustandes wurde sie vom Kommandanten des Konzentrationslagers Ravensbrück, Max Koegel, der schon in Lichtenburg »Schutzhaftlagerführer« gewesen war, zur Blockältesten der sogenann-

ten Asozialen gemacht. Unter diesem Begriff faßten die Nazi-Behörden jene Frauen zusammen, die wegen Diebstahl, Prostitution oder anderer vergleichbarer – unpolitischer – Delikte verhaftet und in ein Konzentrationslager eingeliefert worden waren. Der Umgang mit diesen Frauen, die wirkliche Solidarität aus eigener Lebenserfahrung nicht kannten und die für gewöhnlich kaum Interesse am Schicksal ihrer Mitgefangenen zeigten, verlangte von Sabo nicht allein Mitgefühl, über das sie verfügte, sondern auch ein Maß an Härte und in gewisser Weise Rücksichtslosigkeit, das aufzubringen sie nicht in der Lage war. Dabei war sie als Blockälteste nicht nur jederzeit für die Disziplin und Ordnung auf dem Block zuständig, sie wurde auch von der Lagerführung für jeden Verstoß der ihr »unterstellten« Gefangenen persönlich verantwortlich gemacht und bestraft.

Ihre Überstellung in den Strafblock war dennoch nicht den Ereignissen im Block der »Asozialen« geschuldet, sondern dem Verrat durch eine politische Mitgefangene. Weitergehende Einzelheiten über diesen Vorgang sind nicht überliefert. Jedoch ist bekannt, daß sich Sabo auch in Ravensbrück an der politischen Arbeit der kommunistischen Gefangenen beteiligte. Nachdem ein geheimes Treffen verraten worden war, wurde Elise Ewert durch die Lagerkommandantur verhört. Sie weigerte sich hartnäckig, die Namen der übrigen beteiligten Frauen zu nennen. Maria Wiedmaier, eine Mitgefangene, die die Jahre der Haft in Ravensbrück überlebte, schrieb im Sommer 1945, wenige Monate nach der Befreiung, in einem internen Bericht für die Führung der KPD: »Durch einen Kampf gegen die verschiedensten Maßnahmen wurde Sabo Ewert durch einen politischen Häftling verraten und so hatte die Lagerleitung Gelegenheit, Sabo im Strafblock beim Steineschleppen zu Tode zu hetzen.«²² Margarete Buber-Neumann, die nach mehrjähriger Haft in sowjetischen Lagern im Juli 1940 an Hitlerdeutschland ausgeliefert wurde und anschließend bis zu ihrer Flucht im Mai 1945 Häftling in Ravensbrück war, nannte in ihren Erinnerungen sogar einen Namen: »Käthe Knoll, meine Vorgängerin auf dem Bibelforscherblock, war eine deutsche Politische mit der Häftlingsnummer 88, wenn ich mich recht erinnere. Sie hatte keiner Partei angehört und sprach nie über den Grund ihrer Verhaftung durch die Gestapo. Jahre später entdeckte ich in ihrer Lagerkarteikarte: »Zweimal vorbestraft wegen Diebstahls.« 1940 war sie bereits »lagerbekannt«. Sie hielt sich selbst für die beste Blockälteste und teilte diese Meinung mit dem Lagerkommandanten Koegel, der ihr deshalb den »Besichtigungsblock« überantwortete. – Bis 1940 hatte Käthe Knoll bereits den Tod eines Mithäftlings auf dem Gewissen, der deutschen Politischen Sabo, die durch ihre Meldung in den Strafblock kam und nach kurzer Zeit dort starb.«²³

Im Strafblock kam Sabo in die unmittelbare Gewalt der Aufseherin Gertrud Raubein, die von den Häftlingen wegen ihrer besonderen Grausamkeit allgemein als »Rabenaas« und »Mannweib« bezeichnet wurde.²⁴

Die Gefangenen im Strafblock, oft schon zu Skeletten abgemagert, hatten die körperlich schwerste Arbeit zu verrichten. Dazu gehörte vor allem das Schleppen schwerer

²² Bericht von Maria Wiedmaier über Olga Benario Prestes, Berlin, 31. August 1945, SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 2/3/133, Blatt 50 bis 55, hier Blatt 52.

²³ Margarete Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler. Eine Welt im Dunkel, Frankfurt am Main und Berlin 1993, S. 247 f.

²⁴ Vgl. dazu: Bericht von Maria Wiedmaier über Olga Benario Prestes, a.a.O.

Steine. Den Häftlingen war es verboten, die Hände durch Handschuhe oder auch nur um die Hände gewickelte Lappen zu schützen. Wer einen Stein fallenließ, vor Erschöpfung oder weil der Stein einfach zu schwer war, mußte mit den Schlägen der stets erbarmungslosen Aufseherinnen oder den Bissen der entsprechend abgerichteten Hunde des SS-Wachpersonals rechnen. Die Benutzung der Latrine war während der zwölf und mehr Stunden zählenden »Schicht« genauso verboten wie der Austausch kurzer Worte zwischen den Gefangenen.

Elise Ewert, die bereits physisch und psychisch sehr geschwächt nach Ravensbrück gekommen war, konnte den endlosen Torturen, denen sie nun ausgesetzt war, nichts mehr entgegensetzen. Sie brach beim Steineschleppen immer wieder zusammen, wurde grausam geschlagen und mit Fußtritten erneut zur »Arbeit« getrieben. Mehr als einmal schaffte Sabo am Abend den Rückweg in die Unterkunftsbaracke nur mit der Hilfe von Mitgefangenen, die sie mehr trugen als stützten.

Elise Ewert starb am 26. Juli 1939 im Alter von nur 52 Jahren.²⁵

Am Tag zuvor war sie während der mörderischen Schinderei endgültig zusammengebrochen. Stundenlang blieb sie bei strömendem Regen am Wegesrand ohnmächtig auf dem Stein liegen, den sie bis zu diesem Ort geschleppt hatte. Trotzdem wurde es ihren Mitgefangenen nicht gestattet, sich um sie zu kümmern. Erst am späten Abend wurde Sabo mit hohem Fieber in die Krankenstation gebracht. Dort wurde eine schwere Lungenentzündung festgestellt.

Sabo starb am nächsten Tag in den Armen einer Mitgefangenen, die zum Dienst in der Krankenstation eingeteilt war. Durch deren Bericht ist bekannt, daß Sabos letzte Gedanken dem Mann galten, mit dem sie mehr als dreißig Jahre verbunden gewesen war. Die Sterbende hatte nach ihrem Arthur gerufen, weil sie – vom hohen Fieber verwirrt – plötzlich glaubte, sich wieder in der Gewalt der brasilianischen Folterknechte zu befinden: »Arthur, Arthur, sie kommen zurück. Sie werden uns wieder foltern. Die Elektroschocks fangen wieder an, Arthur.«²⁶

²⁵ [Schreiben der Geheimen Staatspolizei an das Reichssicherheitshauptamt über die Ausbürgerung von Arthur Ewert], Berlin, 18. August 1942, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA) R 99943 (nicht paginiert).

Das Sterbedatum von Elise Ewert war bisher nicht bekannt und wird hier zum ersten Mal öffentlich genannt. In allen bisherigen Publikationen, in denen es um Elise Ewert ging, wurde der Zeitpunkt ihres Todes mit Formulierungen wie »Ende 1939« umschrieben. Die Akten des KZ Ravensbrück wurden im Frühjahr 1945 von der SS in großen Teilen vernichtet, so daß nach Auskunft des Bereiches wissenschaftliche Dienste 1 der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück (Mail vom 21. Dezember 2009) im Archiv der Gedenkstätte keine Unterlagen über den Tod von Elise Ewert vorhanden sind. Auch in den Personenstandsbüchern des geographisch für Ravensbrück zuständigen Standesamtes Fürstenberg ist der Tod von Elise Ewert nicht registriert (Schreiben des Kreis- und Verwaltungsarchivs des Landkreises Oberhavel vom 19. Januar 2011). Der ehemalige deutsche Friedhof von Borschimmen, heute Borzomy, wo Elise Ewert beigesetzt wurde, ist nahezu vollständig zerstört. Das Friedhofsregister ging während des Zweiten Weltkrieges verloren, so daß sich auch auf diesem Weg ein genaues Todesdatum von Elise Ewert nicht mehr feststellen ließ. Eine Anfrage vom 21. Februar 2012 beim Bürgermeister von Kalinowo in Polen, zu dem Borzomy heute verwaltungsmäßig gehört, hinsichtlich eventuell erhaltener Grabsteine auf dem früheren deutschen Friedhof, blieb unbeantwortet.

²⁶ So zitiert in: Fernando Gomes de Morais, a.a.O., S. 268.

Wenige Tage nach dem Tod von Elise Ewert wurde ein namentlich nicht bekannter Bruder von der Gestapo in Berlin einbestellt, um die Urne mit der Asche seiner Schwester entgegenzunehmen. Dieser Bruder veranlaßte die Beisetzung von Elise Ewert im Grab der Mutter auf dem Friedhof ihres Geburtsortes Borzymmen, der inzwischen Borschimmen hieß.²⁷

Es gehört zu den Absurditäten am Rande der großen Geschichte, daß das britische Innenministerium Elise Ewert im Verlaufe des Jahres 1940, also mehrere Monate nach ihrem Tod, in eine Liste mit politisch verdächtigen Personen aufnahm.²⁸ Erst zehn Jahre später, am 23. Februar 1950, wurde der britische Geheimdienst SIS um eine Überprüfung gebeten, ob Elise Ewert überhaupt noch »am Leben und gegebenenfalls politisch aktiv« sei.²⁹

Der Tod von Elise Ewert spielte nach der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1945 bei mindestens zwei der insgesamt zwölf Prozesse eine Rolle, die vor alliierten und deutschen Gerichten gegen das SS-Wachpersonal und sogenannte Funktionshäftlinge des Konzentrationslagers Ravensbrück wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit geführt wurden und die in der Mehrzahl der Fälle mit Todesurteilen oder langjährigen Haftstrafen endeten.³⁰

Am 5. Juli 1948 verurteilte die Erste Große Strafkammer des Landgerichts Dresden die damals knapp 43 Jahre alte Katharina »Käthe« Knoll wegen der Verbrechen, die sie als Funktionshäftling in den KZ Lichtenburg und Ravensbrück begangen hatte, zu einer Zuchthausstrafe von 18 Jahren. Im Urteil hieß es: »Auch hat durch ihre Anordnung manche der Mitinhaftierten Bunker und Strafblock erhalten, was infolge des geschwächten Körperzustandes nicht von allen überstanden wurde und die Mitinhaftierte Evers [d.i. Elise Ewert] ist an den Folgen verstorben.«³¹

²⁷ Vgl. dazu: [Leocádia Pereira Prestes an Luiz Carlos Prestes, México, 23 de setembro de 1942], in: Anita Leocádia Prestes e Lygia Prestes (eds.), *Anos tormentosos. Luiz Carlos Prestes – correspondência da prisão [1936-1945]*, volume II, Rio de Janeiro 2000, S. 386 ff. In diesem Brief von Leocádia Pereira Prestes hieß es, daß der Bruder den »leblosen Körper« seiner Schwester abholen sollte. Hier handelte es sich ganz offensichtlich um einen Irrtum, der wohl vor allem auf der Tatsache beruhte, daß Feuerbestattungen in Brasilien bis heute weitgehend unbekannt sind. Andererseits war es bis in die ersten Kriegsjahre hinein durchaus üblich, daß den Angehörigen getöteter KZ-Häftlinge die Urne sogar per Post zugestellt wurde.

²⁸ Möglicherweise handelte es sich dabei um eine Verwechslung mit ihrer Schwägerin Minna Ewert, die lange in London gelebt hatte und dort auch politisch aktiv gewesen war.

²⁹ Copy of letter to S.I.S. re Elise Ewert, February 23, 1950, The National Archives, Great Britain, Kew, KV 2/2336 307958, Blatt 60a.

³⁰ Der vormalige Lagerkommandant von Ravensbrück, Max Koegel, konnte nach Kriegsende zunächst untertauchen, wurde dann aber im Juni 1946 von Angehörigen der US-Armee in Bayern verhaftet. Wenige Tage später beging er im Gefängnis Selbstmord.

³¹ C.F. Rüter, Laurenz Demps, Klaus Marxen und Ursula Solf von De Gruyter (Hrsg.), *DDR-Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung ostdeutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen. Die Verfahren Nr. 1523 bis 1609 des Jahres 1948*, Amsterdam und München 2007, S. 504. Knoll starb am 19. Mai 1952 in der Strafvollzugsanstalt Waldheim. Zu ihrer Biographie und zum Strafprozeß vor dem Landgericht Dresden vgl. u.a.: Insa Eschebach, *Das Stigma des Asozialen. Drei Urteile der DDR-Justiz gegen ehemalige Funktionshäftlinge des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück*, in: *Abgeleitete Macht - Funktionshäftlinge zwischen Widerstand und Kollaboration. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland*, Heft 4, Bremen 1998, S. 69-81.

Am 31. August 1948 verurteilte die Große Strafkammer II des Landgerichtes in Halle an der Saale die ehemalige Aufseherin und Leiterin des Strafblocks Gertrud Rabestein, damals 42 Jahre alt, wegen ihrer in Ravensbrück begangenen Verbrechen zu einer lebenslangen Haftstrafe.³²

In der Urteilsbegründung wurde auf die Aussage von Katharina »Käthe« Rentmeister Bezug genommen, die sich seit 1934 in faschistischer Haft befunden hatte und die von 1939 bis 1945 in Ravensbrück inhaftiert gewesen war. Wörtlich hieß es im Urteil: »Eine Brasilianerin Ebert [d.i. Elise Ewert] habe der Zeugin erzählt, daß sie die Angeklagte so hetze und quäle, daß sie daran zu Grunde gehen müsse. Am nächsten Tag sei diese Brasilianerin in den Armen eines anderen Häftlings, welche der Zeugin berichtete, an Erschöpfung und Lungenentzündung gestorben.«³³

Ein Todesurteil blieb Rabestein wohl nur deshalb erspart, weil, wie es im Urteil weiter hieß, nicht mit Sicherheit nachgewiesen werden konnte, daß »die Angeklagte im Einzelnen auch als Mord zu qualifizierende Handlungen begangen hat« und daß ein »Kausalzusammenhang zwischen der Handlung der Beklagten und dem Tode der [...] Ebert [d.i. Elise Ewert] mit Sicherheit nicht feststeht.«³⁴

³² Das Urteil wurde am 18. April 1949 rechtskräftig. Rabestein starb am 26. Februar 1974 im Frauengefängnis Hoheneck in Stollberg/Erzgebirge. Ein Antrag auf Rehabilitierung wurde durch Beschluß des Landgerichtes Halle am 15. Januar 1996 als unbegründet zurückgewiesen.

³³ C.F. Rüter, Laurenz Demps, Klaus Marxen und Ursula Solf von De Gruyter (Hrsg.), a.a.O., S. 272.

³⁴ Ebenda, S. 274. Am 21. Juni 1953 wurde eine Erna Dorn, deren wirkliche Identität bis zum heutigen Tag nicht zweifelsfrei geklärt ist, vom Bezirksgericht Halle ausschließlich auf der Grundlage eigener Aussagen und ohne Vernehmung von Zeugen oder Prüfung materieller Beweise in einem nur wenige Stunden dauernden Prozeß unter Ausschluß der Öffentlichkeit zum Tode verurteilt, weil sie bei den Ereignissen des 17. Juni 1953 in Halle »Rädelsführerin« gewesen sein sollte und weil sie als Gertrud Rabestein in den Jahren 1939 bis 1945 im KZ Ravensbrück schwerste Verbrechen gegen Häftlinge begangen haben sollte. In einer Untersuchung über »DDR-Justiz und NS-Verbrechen« wurde festgestellt, daß das Verfahren gegen die »als Erna Dorn Verurteilte« »gravierende Mängel« aufwies, da es »auf durch objektive Belege nicht gedeckten Geständnissen« beruhte und »weder [...] die] Identität noch [...] die] Rolle [der Beschuldigten] im Nazistaat verlässlich« ermittelt wurden. Und weiter: »Mögen widersprüchliche Angaben der Beschuldigten und ihre ostpreußische Herkunft das Feststellen der Personalien erschwert haben, gilt das nicht für die - sich zudem ausschließenden - Vorwürfe, sie wäre »Kommissarin« der Politischen Abteilung im KZ Ravensbrück gewesen und habe dort Häftlinge beim Arbeitseinsatz bewacht.« Vgl. dazu: Günther Wieland, Die Ahndung von NS-Verbrechen in Ostdeutschland 1945-1990, in: DDR-Justiz und NS-Verbrechen. Register und Dokumente, Amsterdam und Berlin 2010, S. 13-103, hier: S. 74. Das Todesurteil wurde am 1. Oktober 1953 vollstreckt. Bei diesem Urteil handelte es sich nach heutigem Erkenntnisstand um ein politisch motiviertes Propagandaurteil, mit dem die These vom ausschließlich »faschistischen« Charakter der Ereignisse des 17. Juni 1953 in der DDR öffentlichkeitswirksam untermauert werden sollte. Vgl. dazu u.a.: Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression, Berlin 1995, S. 183-193. Am 22. Juni 1953 hatte das »Neue Deutschland« unter dem Titel »Erna Dorn alias Rabestein. Das Gesicht der SS-Bestie, die in Halle ihre Verbrechen fortsetzen wollte« auch über den Tod von Elise Ewert berichtet: »Der Strafblock war im ganzen Lager als ein Block des Grauens, des Schreckens und unbeschreiblicher Mißhandlungen bekannt. Der Block hatte die höchste Todesziffer im Lager. Mit besonders wilder Brutalität hat Erna Dorn die Patriotin Sabo Ewert mißhandelt. Sabo Ewert kam in den Strafblock, weil sie Mitglied der Leitung der Antifaschisten im Lager war. Vollkommen erschöpft brach Sabo Ewert fast täglich bei der Arbeit zusammen. Mit Fußtritten und Hundebissen ließ die SS-Bestie Rabestein sie zur »Besinnung« bringen, bis Sabo Ewert den schweren Mißhandlungen erlag.«

Olga Benario Prestes, die viele Jahre jünger war, überlebte Elise Ewert nur um knapp drei Jahre.

Nach ihrer Übergabe an die Gestapo im Hamburger Hafen wurde Olga, ebenso wie Sabo, zunächst nach Berlin überstellt. Im Frauengefängnis Barnimstraße brachte sie am 27. November 1936 ihre Tochter Anita Leocádia zur Welt. Ihren ersten Vornamen erhielt das Mädchen nach der Frau des italienischen Nationalhelden Giuseppe Garibaldi, der fast 15 Jahre seines Lebens in Südamerika verbracht hatte. Mit dem zweiten Vornamen wurde die Mutter von Luiz Carlos Prestes geehrt, die nur wenige Monate später die Verantwortung für das Kind übernehmen mußte.

Trotz der mehr als widrigen Umstände hatte Olga Benario Prestes eine komplikationslose Schwangerschaft durchlebt, und ihre Tochter erwies sich als gesund und kräftig. Über ein Jahr lang, während der gesamten Stillzeit, durfte Olga ihre Tochter in der Zelle behalten. Während dieser Zeit erhielt Elise Ewert durch Umstände, die sich nicht mehr aufklären ließen, einmal sogar die Erlaubnis, Olga Benario Prestes und deren Tochter für wenige Minuten in der Zelle zu besuchen. Am 9. August 1937 schrieb Olga Benario an Luiz Carlos Prestes: »Zunächst möchte ich Dir berichten, daß ich die Erlaubnis erhalten habe, mit M[ada]me Ewert zu sprechen. Die Behörden haben unseren wiederholten Gesuchen endlich stattgegeben, und so konnte ich sie nach zehn Monaten erstmals wiedersehen und ihr unsere kleine Tochter zeigen. Du wirst verstehen, daß ich sie, nach all den Leiden, die wir gemeinsam durchgestanden habe, wie eine Schwester liebe. Selbstverständlich haben die langen Monate der Haft in einer Einzelzelle ihre Spuren hinterlassen – sie hat inzwischen vollkommen weiße Haare und ist sehr nervös. Sie ist sehr beunruhigt wegen des Fehlens jeder Nachricht von ihrem Mann. Einige Zeilen von seiner Hand würden ihr ohne Zweifel sehr viel bedeuten. Die kleine Anita Leocádia reagierte mit fürchterlichem Geschrei auf die sehr emotionale Begrüßung. Aber sie beruhigte sich sehr schnell und saß schließlich friedlich auf dem Schoß von Tante Sabo und spielte mit ihrer Nase und ihrem Haar.«³⁵

Im Januar 1938 wurde Anita ihrer Mutter in der Zelle durch das Gefängnispersonal buchstäblich entrissen, und Olga Benario Prestes erfuhr erst nach langen und bangevollen Monaten, daß ihr Kind an Leocádia Pereira Prestes, der Mutter von Luiz Carlos Prestes, übergeben worden war und sich im Ausland und damit in Sicherheit befand.

Zu diesem Zeitpunkt war Olga bereits in das Frauenkonzentrationslager Lichtenburg verlegt worden, wo auch Sabo inhaftiert war. Ein direktes Zusammentreffen der beiden Frauen war nicht möglich, doch schilderte Ruth Werner in ihrem schon mehrfach erwähnten biographischen Roman »Olga Benario« eine Episode, bei der Olga Benario Prestes ihre Freundin und Genossin zumindest sehen konnte:

Eine »im Krankenrevier beschäftigte Kameradin hatte Olga mitgeteilt, daß es Sabo gesundheitlich nicht gut gehe. Sabo selbst erwähnte dies weder in dem Brief an Minna noch in ihrer Nachricht an Olga, die sehr beunruhigt war. Wenn sie Sabo nur einmal sehen könnte! Ihr Wunsch wurde erst Monate später erfüllt, als der eisige Winterwind über den Hof blies, und es wäre besser für sie gewesen, sie hätte Sabo nicht gesehen.

³⁵ [Olga Benario Prestes an Luiz Carlos Prestes, Berlin, 9. August 1937], in: Anita Leocádia Prestes e Lygia Prestes (eds.), a.a.O., volume III, S. 394.

Wie alljährlich, waren die Kellergewölbe der Festung vom Elbwasser überschwemmt, und Sabo stand, als Olga am Kellereingang vorüber ging, in einer langen Kette von Häftlingen, die das Wasser mit Marmeladeeimern ausschöpften, die Treppe hinaufreichten und aufs freie schneebedeckte Feld gossen. Eine unsinnige Arbeit, die zu den besonders quälenden Methoden der Lagerleitung gehörte, denn das Wasser lief, kaum ausgeschöpft, wieder in den Keller zurück. Olga erkannte Sabo zunächst nicht. Sie sah die kleine, gebückte Gestalt einer alten Frau, die, ohne aufzublicken, in großer Eile arbeitete; jedesmal, wenn ihr der Eimer übergeben wurde, verzog sie das Gesicht, weil der schmale, eiskalte Metallbügel in die Hand schnitt, und jedesmal schwappte erneut Wasser an ihren nassen, steifgefrorenen Rock. Selbst als Olga es schon wußte, fiel es ihr schwer, daran zu glauben, daß diese Frau ihre geliebte Sabo war. Langsam ging sie vorüber, ohne daß Sabo sie bemerkte. Das Bild ihrer Freundin verfolgte Olga noch lange, und sie war beinahe erleichtert, als sie hörte, daß Sabo nach einem Unfall die schwere Arbeit vorübergehend einstellen durfte.«³⁶

Wie schon im Frauengefängnis Barnimstraße nutzte Olga Benario Prestes auch im Konzentrationslager die wenigen ihr erlaubten Briefe an Luiz Carlos Prestes, um für Sabo Informationen über deren Mann zu beschaffen, obwohl ihr pro Monat nur ein Brief mit einer sehr begrenzten Zeilenzahl erlaubt war: »Im übrigen wollte ich Dich bitten, Dich erneut dafür zu interessieren, ob meine Freundin Nachrichten von ihrem Gatten erhält, und alles im Bereich Deiner Möglichkeiten liegende zu tun, damit sie wenigstens diese Beruhigung hat.«³⁷ Olga hoffte wohl, daß der Rechtsanwalt Sobral Pinto, der sowohl Luiz Carlos Prestes als auch Arthur Ewert verteidigt hatte und der auch nach dem Ende des Strafprozesses den Kontakt zu seinen früheren Mandanten nicht abreißen ließ, Auskunft über die Situation von Arthur Ewert würde geben können.

Wie Elise Ewert kam auch Olga Benario Prestes nach der Schließung des Lagers Lichtenburg im Frühjahr 1939 nach Ravensbrück, wo sie von den Lagerbehörden als Blockälteste des jüdischen Blocks eingesetzt wurde.

Doch bereits Mitte Juli 1939 wurde sie von der Gestapo für etwa zwei Monate nach Berlin gebracht und dort erneut verhört. Vom Tod Elise Ewerts, ihrer Freundin und Genossin, erfuhr sie so erst nach ihrer Rückverlegung nach Ravensbrück Ende September 1939.³⁸ Aus der Zeit von Anfang Oktober 1939 bis Ende Januar 1940 sind keine Briefe von Olga Benario Prestes an Luiz Carlos Prestes überliefert. Allerdings ist nicht bekannt, ob sie in dieser Zeit überhaupt die Möglichkeit gehabt hatte, an ihren Mann zu schreiben. Der Brief vom 28. Januar 1940, wahrscheinlich der erste überlieferte Brief nach dem Tod von Elise Ewert, enthielt nicht einmal eine Andeutung über das Schicksal von Sabo. So ist zu vermuten, daß die rigorose Briefzensur es ihr unmöglich machte, über den Tod von Elise Ewert zu berichten.³⁹

Im Frühjahr 1941 begannen die deutschen Faschisten unter dem bewußt irreführenden Namen »Sonderbehandlung 14f13« mit der systematischen Tötung von alten und

³⁶ Ruth Werner, a.a.O., S. 307.

³⁷ So zitiert in: Ebenda, S. 308.

³⁸ Vgl. dazu: Ruth Werner, a.a.O., S. 324

³⁹ Vgl. dazu: [Olga Benario Prestes an Luiz Carlos Prestes], Ravensbrück, 28. Januar 1940, in: Anita Leocádia Prestes e Lygia Prestes (eds.), a.a.O., volume III, S. 472 f.

kranken, also nicht mehr arbeitsfähigen KZ-Häftlingen. Sehr bald wurden auch andere Häftlingsgruppen, insbesondere jüdische Häftlinge, Opfer dieser Mordaktion, für die in verschiedenen Teilen Deutschlands spezielle Tötungsanstalten geschaffen wurden.

Auch in der vormaligen Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Bernburg an der Saale war in einem abgetrennten Teil der weiträumigen Anlage eine Gaskammer eingerichtet worden, wo innerhalb weniger Monate fast 10.000 Menschen mit Kohlenmonoxid ermordet wurden. Am 4. oder 5. April 1942 wurde Olga Benario Prestes mit weiteren Häftlingen von Ravensbrück nach Bernburg gebracht und dort unmittelbar nach ihrer Ankunft getötet.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Bekanntwerden der barbarischen Verbrechen des deutschen Faschismus, zu denen auch die Ermordung von Olga Benario Prestes und Elise Ewert gehörte, wurde die Auslieferung der beiden Frauen an Hitlerdeutschland im öffentlichen Bewußtsein Brasiliens zum verabscheuungswürdigsten Einzelereignis aller antikommunistischen Maßnahmen während der Regierungszeit von Präsident Getúlio Vargas.⁴⁰

Das Andenken an Olga Benario Prestes wird in aller Welt gepflegt. Straßen, Schulen und Clubs wurden nach ihr benannt. Zahllose Bücher und Artikel sind über sie erschienen, in wissenschaftlichen Arbeiten wurden vielfältige Aspekte ihres Lebens untersucht. Es wurden Dokumentar- und Spielfilme gedreht.⁴¹ Und in Brasilien entstand sogar eine Oper über sie, die unter anderem in Rio de Janeiro mit großem Erfolg aufgeführt wurde.

Elise Ewert hingegen ist heutzutage weitgehend vergessen. Dieser Umstand ist wohl in erster Linie der Tatsache geschuldet, daß auch das Andenken an ihren Mann, Arthur Ewert, von seinen Genossen dem Vergessen anheim gegeben wurde. Doch es entspricht auch dem hier und heute herrschenden Zeitgeist, sich eher einer jungen, attraktiven Frau, zumal der Mutter eines neugeborenen Kindes, zu erinnern als einer vergleichsweise unauffälligen Frau mittleren Alters, die ungeachtet zahlreicher eigener großer Leistungen – aus eigenem Entschluß – immer im Schatten ihres Mannes stand. Gerade deshalb: Elise Ewert – Sabo – war eine jener zahllosen unbesungenen »frechen Frauen«⁴², deren Lebensweg beispielhaft für die Geschichte einer ganzen Generation politisch engagierter Frauen steht.

⁴⁰ Vgl. dazu: Stanley H. Hilton, a.a.O., S. 86. Die unmittelbare Verantwortung für die Ausweisung wurde Filinto Müller zugesprochen, doch es war ausgerechnet Heráclito Fontoura Sobral Pinto, der Verteidiger von Luiz Carlos Prestes und Arthur Ewert, der Müller öffentlich in Schutz nahm und darauf hinwies, daß die politische Entscheidung bei Vargas gelegen hatte und daß Müller ohne diese Entscheidung nichts gegen die beiden Frauen hätte unternehmen können. Vgl. dazu: Ebenda, S. 223.

⁴¹ Vgl. dazu auch: Birgit Schmidt, Ikonisierung einer Ikone. Ein Film schildert das Leben der Revolutionärin Olga Benario, in: *Jungle World*, 1. Dezember 2004.

⁴² Robert Cohen, *Exil der frechen Frauen (Roman)*, Berlin 2009.

Kapitel 29: Befreiung

In den Jahren vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatte Brasiliens Staatspräsident Getúlio Vargas aus seinen Sympathien für Mussolini und den italienischen Faschismus nie einen Hehl gemacht. Als er im November 1937 mit einem Staatsstreich die Verfassung seines Landes außer Kraft setzte, um entsprechenden Forderungen des Militärs nachzukommen und vor allem seinen eigenen Verbleib im höchsten Staatsamt auf Lebenszeit zu sichern, und er begann, den »Estado Novo«, den »Neuen Staat«, zu errichten, orientierte er sich sehr bewußt in vielen Aspekten am italienischen Vorbild.¹ Auch zu Hitlerdeutschland unterhielt er vielfältige und intensive Beziehungen, was nicht zuletzt bei der Auslieferung von Olga Benario Prestes und Elise Ewert deutlich geworden war.²

Nach Kriegsbeginn bewahrte Vargas zunächst eine abwartende Position und versuchte, sich gegenüber den kriegführenden Parteien neutral zu verhalten. Der Kriegsverlauf und der zunehmende Druck im In- und Ausland veranlaßten ihn jedoch ab Sommer 1941, seine Position zu überdenken und sich in der Folge schrittweise der Anti-Hitler-Koalition anzunähern. Bereits am 1. Oktober 1941 hatten US-amerikanische und brasilianische Regierungsvertreter ein Abkommen unterzeichnet, das der US-Kriegsmarine Nutzungsrechte für die Atlantikhäfen in den brasilianischen Bundesstaaten Bahia, Pernambuco und Rio Grande do Norte sowie auf der dem brasilianischen Festland vorgelagerten Insel Fernando de Noronha einräumte. Außerdem wurden im Nordosten Brasiliens mehrere Geschwader der US-amerikanischen Seefliegerkräfte stationiert. Im Gegenzug verpflichteten sich die USA zur Finanzierung und zum Aufbau eines metallurgischen Komplexes in Volta Redonda im Bundesstaat Rio de Janeiro, der bis zu seiner Stilllegung Anfang der neunziger Jahre wesentliche Bedeutung für die brasilianische Stahlproduktion hatte.

Im Januar 1942 brach Brasilien die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland und dessen Verbündeten ab. Als unmittelbare Reaktion auf diesen Schritt versenkten deutsche U-Boote zwischen Januar 1942 und Juli 1942 insgesamt 13 brasilianische Frachtschiffe. Doch Staatspräsident Getúlio Vargas zögerte noch immer, die offensichtliche Tatsache anzuerkennen, daß sich Brasilien seit dem Januar 1942 de facto bereits im Kriegszustand mit Deutschland, Italien und den übrigen Achsenmächten befand. Erst nach der Versenkung von weiteren fünf brasilianischen Frachtschiffen im Südatlantik und dem Tod von mehr als 650 Seeleuten innerhalb von nur zwei Tagen erklärte Brasilien am 22. August 1942 Deutschland, Italien und deren Verbündeten offiziell den Krieg.

Im November 1943 fiel dann die Entscheidung, eigene Truppen auf den europäischen Kriegsschauplatz zu entsenden. Vom Juli 1944 bis zur Kapitulation Hitlerdeutschlands am 8. Mai 1945 kämpften mehr als 25.000 brasilianische Soldaten und Offiziere der »Força Expedicionária Brasileira«, der »Brasilianischen Expeditions-

¹ Vgl. dazu u.a.: Dulce Pandolfi (Hg.), *Repensando o Estado Novo*, Rio de Janeiro 1999. Oder auch: Robert M. Levine *Father of the Poor? Vargas and His Era*, New York and Cambridge 1998.

² Vgl. dazu u.a.: Roberto Lopes, *Missão no Reich. Glória e covardia dos diplomatas latino-americanos na Alemanha de Hitler*, Rio de Janeiro 2008.

streitkräfte«, wie die offizielle Bezeichnung lautete, im Bestand der 5. US-Armee in Italien.³

Diese außenpolitischen Entwicklungen konnten nicht ohne Rückwirkung auf die innenpolitische Lage in Brasilien bleiben, wo die Forderungen nach einem Ende des »Estado Novo« und einer Redemokratisierung des Landes immer stärker wurden. Vargas mußte reagieren. Am 22. Februar 1945 wurde de facto die Pressezensur aufgehoben. Am 18. April 1945 wurde eine Amnestie für alle politischen Straftaten, die nach dem 16. Juli 1934, dem Datum der letzten demokratischen Verfassung Brasiliens, begangen worden waren, verkündet. Und am 28. Mai 1945 wurde das Verbot der Kommunistischen Partei und anderer politischer Organisationen aufgehoben.⁴ Für den 2. Dezember 1945 wurden allgemeine, freie und gleiche Wahlen anberaumt.

Am 3. Mai 1945 endete die fast zehn Jahre dauernde Gefangenschaft Arthur Ewerts. Er wurde, wie Luiz Carlos Prestes und viele tausend andere politische Gefangene, auf der Grundlage der drei Wochen zuvor verkündeten Amnestie freigelassen. Sein Martyrium war damit allerdings nicht beendet.

Arthur Ewert verbrachte gemeinsam mit Luiz Carlos Prestes zunächst einige Wochen im Haus von Leôncio Basbaum in Rio de Janeiro. Basbaum, der seit seiner Jugend Mitglied der Kommunistischen Partei war, hatte in den zwanziger Jahren Medizin studiert, allerdings hatte er nur wenig als Arzt praktiziert. Sehr schnell zeigte sich, daß die Gesundheit von Arthur Ewert in so hohem Maße geschädigt war, daß Basbaum – trotz aller Bemühungen – nicht in der Lage war, die notwendige medizinische Hilfe zu leisten. Der mentale Zustand von Arthur Ewert machte eine Behandlung in einer geschlossenen psychiatrischen Einrichtung notwendig. Mitte 1945 wurde Arthur Ewert deshalb in ein Krankenhaus im Stadtteil Gávea eingewiesen.

Warum die Entscheidung für dieses Krankenhaus fiel, ließ sich nicht mehr feststellen. Allerdings hieß es in einem deutschsprachigen Brief an Minna Ewert vom 10. September 1945 aus Rio de Janeiro, daß Arthur Ewert »von sehr guten Spezialisten versorgt wird, denen wir vertrauen und die alle verfügbaren Mittel einsetzen, um seinen Zustand zu verbessern.« Weiter wurde in dem Schreiben berichtet, daß der – namentlich nicht bekannte – Absender einen Brief von Minna Ewert sowie Zeitschriften und Fotografien an Arthur Ewert überbracht und daß Arthur Ewert seine Schwester auf den Fotos sofort erkannt hatte. Und schließlich wurde mitgeteilt, daß Arthur Ewert im Krankenhaus mehrmals Besuch von »verschiedenen antifaschistischen Freunden, einschließlich Prestes«, erhalten hatte. Eine baldige Reise von Minna Ewert nach Brasilien wurde als »sehr wichtig« bezeichnet.⁵

Doch noch hatte Minna Ewert keine Chance, von den brasilianischen Behörden das notwendige Einreisevisum zu erhalten.

³ Brasilien war das einzige lateinamerikanische Land, das sich mit eigenen Truppen am Kampf der Anti-Hitler-Koalition beteiligte. Die wohl umfassendste Darstellung des brasilianischen Kriegseinsatzes in Europa erschien 1960 im Verlag des brasilianischen Heeres: Manoel Thomaz Castello Branco, *O Brasil na II Grande Guerra*, Rio de Janeiro 1960.

⁴ Die endgültige Wiederzulassung der Kommunistischen Partei erfolgte im November 1945 mit der Registrierung der Partei beim Obersten Wahlgericht.

⁵ [Brief an Minna Ewert], Rio de Janeiro, 10. September 1945, SAPMO-BArch, Berlin, NY 4203/2, Blatt 90.

Auch ihre Hoffnung, ihren Bruder kurzfristig in die USA zu holen und dort gemeinsam mit ihm zu leben, zerschlug sich sehr bald. Der New Yorker Anwalt David Freedman hatte sich im Auftrag von Minna Ewert an den US-Botschafter in Rio de Janeiro gewandt, um Auskünfte über Arthur Ewert einzuholen. In der offiziellen Antwort, einem Schreiben des Chefs der Visa-Abteilung des US-Außenministeriums vom 29. Juni 1945, mußte Freedman erfahren, daß nach Auskunft der US-Botschaft in Rio de Janeiro die brasilianischen Behörden einer Ausreise Arthur Ewerts zwar jederzeit zustimmen würden, daß aber eine Einreise in die USA auf Grund des »abnormalen mentalen Zustandes« von Arthur Ewert, wie es in dem Brief hieß, grundsätzlich nicht möglich sei, zumal nur »geringe oder keine Hoffnung auf Besserung« bestand.⁶ Erstaunlicherweise gab es in dem Schreiben keinen Hinweis darauf, daß Arthur Ewert als langjähriges Mitglied einer Kommunistischen Partei und ehemaliger Funktionär der – 1943 aufgelösten – Kommunistischen Internationale nach der geltenden Rechtslage in den USA auch bei völliger geistiger Gesundheit keine Einreisegenehmigung, geschweige denn eine Aufenthaltserlaubnis erhalten hätte.

Aber es war nicht Minna Ewert allein, die sich um Arthur Ewert sorgte. Es sind zahlreiche Briefe aus den Jahren 1946 und 1947 erhalten, die deutlich machen, daß – ungeachtet der zahllosen Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit – das Schicksal Arthur Ewerts auch in der Führung der KPD bzw. SED, die im April 1946 aus dem Zusammenschluß von KPD und SPD in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands entstanden war, eine Rolle spielte. Insbesondere Paul Merker, der die Jahre des Exils in Mexiko verbracht hatte und dort eine der maßgeblichen Persönlichkeiten bei den Versuchen gewesen war, nach dem Vorbild des Nationalkomitees »Freies Deutschland« in der Sowjetunion eine Bewegung der »Freien Deutschen« in Lateinamerika zu organisieren, nutzte seine vielfältigen Kontakte, um Informationen über Arthur Ewert zu beschaffen und ihm im Rahmen der – sehr begrenzten – Möglichkeiten Hilfe zukommen zu lassen.⁷

Wenige Tage nach seiner Rückkehr nach Deutschland wandte sich Paul Merker am 2. September 1946 mit einem Brief an Max Hollaender in São Paulo: »Ich habe eine besondere Bitte an Dich. Könntest Du die Adresse von Arthur Ewert feststellen und mitteilen, wie es ihm gesundheitlich geht. Es ist nun an der Zeit, Arthur Ewert nach hier kommen zu lassen. Es wäre auch sehr gut, wenn du mich informieren könntest, mit wem die Rückreise von Arthur arrangiert werden müßte.«⁸

Am gleichen Tag schrieb Paul Merker an Franz Dahlem, der zu jener Zeit in der Parteiführung für alle Kaderfragen zuständig war: »Wie ich Dir schon sagte, befindet sich

⁶ [Brief des Department of State an David Freedman], Washington, 29. Juni 1945, SAPMO-BArch, Berlin, NY 4203/2, Blatt 33.

⁷ Der Briefwechsel von Paul Merker mit anderen deutschen Exilanten in Lateinamerika wurde unter anderem vom britischen Geheimdienst regelmäßig überwacht. So gibt es in der Akte des britischen Geheimdienstes über Arthur Ewert zum Beispiel einen Vermerk vom 5. Mai 1945 mit der Mitteilung, daß Paul Merker in einem Brief an Georg Sander in Chile auch Bezug auf die Situation Arthur Ewert genommen hatte. Interessanterweise war dieser Vermerk an Kim Philby gerichtet. - To S.I.S. attaching copy of 50a, May 5, 1945, The National Archives, Great Britain, Kew, KV 2/2336 307958, Blatt 51a.

⁸ [Brief von Paul Merker an Max Hollaender], Berlin, 2. September 1946, SAPMO-BArch, Berlin, DY 30/IV 2/11/194, Blatt 98.

in Brasilien immer noch der Genosse Arthur Ewert. Er wurde, wenn ich nicht irre, 1944 nach Ablauf seiner sehr langen Strafe aus dem Gefängnis entlassen⁹ und befindet sich zur Zeit in einem Sanatorium. Arthur Ewert hat durch die Mißhandlungen und die lange Haft sehr gelitten und wurde von den Ärzten als geistig zerrüttet bezeichnet. Es ist jedoch möglich, daß sein Zustand mit auf das Klima in Brasilien zurückzuführen ist, so daß eine Besserung eintritt, wenn er sich wieder in Europa und einer anderen Umgebung befindet. Die Frage ist, ob wir Maßnahmen einleiten sollen, um Arthur Ewert nach hier zu bringen. Da die Sowjetunion eine diplomatische Vertretung dort hat und die Betreuung Arthur Ewerts durch die KP Brasiliens erfolgt, dürfte die technische Seite der Angelegenheit keine größeren Schwierigkeiten machen. Notwendig wäre jedoch, daß Arthur Ewert mit einem Sowjet-Schiff fährt, da eine andere Linie ihn bei seinem Zustand wahrscheinlich nicht mitnehmen würde. Ich habe mich noch einmal nach Brasilien gewandt, um Informationen über seinen jetzigen Zustand einzuholen.«¹⁰

Solche Informationen kamen in den folgenden Wochen und Monaten von verschiedenen Seiten. Maurício Halberg¹¹ schrieb am 7. Januar 1947 aus Rio de Janeiro an Paul Merker: »Die beiden ersten Briefe habe ich an Arthur [...] weitergeleitet. Den letzten Brief von Minna habe ich ihm persönlich übergeben. An seinem Geburtstag [13. November] ging ich mit zwei Freunden zu ihm. Das Erste, das ich wahrnahm, daß er erzürnt war, daß ich lange Zeit nicht gekommen war, ihn zu sehen. Er fragte: Was habt Ihr mir mitgebracht? Nahm es in Empfang und seine Antwort: Adieu. Ich gab ihm das Bild von Andreas [Ewert]¹². Er nahm es, drehte sich herum, ging bis zur Wand, man hörte ein Schluchzen, sah, wie er sich zusammennahm, kehrte sich um und sagte: Graças [portugiesisch: danke]. Adieu wieder. Arthur, hier hast Du ein Bild von Deiner Schwester. Er nahm es zur Hand und fragte mich: Und ein Brief? Ich gab ihm den Brief. Er fing an, ihn zu lesen und mittendrin: Ich habe Euch bereits Adieu gesagt. Ich unterhielt mich mit dem Krankenwärter. Derselbe erzählte mir, daß er sich bereits gebessert habe. Spielt oft mit den anderen Kranken Karten. Essen will er ständig allein. Verlangt öfters mehr Essen. Von den ersten beiden Briefen konnte er mir nichts sagen, weil er nichts wußte. Ich wollte es hauptsächlich wissen wegen dem Eindruck. Später sprach ich mit dem Arzt. Dieser wiederum sagte mir das Gegenteil vom Krankenwärter. Daß er sehr kurze Antworten gibt, mit keinem reden will und ständig mit sich allein spricht. Derselbe glaubt nicht an eine Rettung. [...] Der Arzt erzählte mir, daß er die beiden anderen Briefe gleich zerrissen habe, ohne sie zu lesen. Den Brief von Minna las er in meiner Gegenwart, ohne ihn zu zerreißen. Vielleicht, weil er mit der Hand geschrieben war. Ich habe nach meinem letzten Besuch mit

⁹ Tatsächlich kam Arthur Ewert, wie eben geschildert, im Mai 1945 nach einer Amnestie frei, seine Haftstrafe wäre erst Anfang 1949 abgelaufen gewesen.

¹⁰ [Brief von Paul Merker an Franz Dahlem], Berlin, 2. September 1946, SAPMO-BArch, Berlin, DY 30/IV 2/11/194, Blatt 68.

¹¹ Maurício Halberg war vermutlich ein deutschstämmiger Brasilianer, der der Kommunistischen Partei Brasiliens nahestand oder ihr sogar angehörte. Ausgehend von den Briefen, die er nach 1945 u.a. an Paul Merker übersandte, ist zu vermuten, daß er in der »Bewegung der Freien Deutschen in Brasilien« eine Rolle spielte. Weitergehende biographische Angaben über ihn ließen sich nicht beschaffen, auch Anita Leocádia Prestes konnte nicht weiterhelfen (Mail an den Autor vom 5. Februar 2010).

¹² Der Bruder von Arthur Ewert, der zu dieser Zeit mit seiner Frau Olga (Olla) in Mexiko lebte.

P[restes] über Arthur gesprochen. P[restes] wird noch einmal mit anderen Ärzten sprechen.«¹³

Am 20. Februar 1947 äußerte sich Stefan Baron, ein ehemaliger Buchhändler aus Berlin, der seit 1934 als politischer Flüchtling in São Paulo lebte und im Januar 1943 als Vorstandsmitglied der »Bewegung der Freien Deutschen in Brasilien« zu den Unterzeichnern des Aufrufs zur Gründung eines »Lateinamerikanischen Komitees der Freien Deutschen« gehört hatte, zur »Frage der Rückkehr Arthur Ewerts«: »Was Arthur Ewert angeht, habe ich sofort um ein ärztliches Gutachten ersucht und werde bei meinem Aufenthalt in Rio mit unseren bras[ilianischen] Freunden beraten, wie man der Sache zu Leibe rücken kann, ohne den Zustand des Kranken irgendwie zu beeinflussen. Prestes selbst wird wohl die Sachlage am besten beurteilen können. Mir scheint, daß ein offizieller Antrag an das bras[ilianische] Außenministerium, entweder durch ein Mitglied der Familie des Kranken oder durch einen von Euch, zwecks Gewährung der Rückreiseerlaubnis, der beste Weg wäre. Es befinden sich augenblicklich zwei brasilianische Kommissionen in Deutschland, wahrscheinlich in Berlin. Die Militärkommission und die Einwanderungskommission, letztere bemüht, unter den Leuten, die nach Brasilien auswandern wollen, eine Auswahl zu treffen. Es besteht die Möglichkeit, daß ich Euch für die Chefs beider Missionen eine Empfehlung beschaffen kann. Die Missionen selbst sind dem hiesigen Außenministerium unterstellt. Ihr hättet Euch dann um die Einreiseerlaubnis in die sowjetische Besatzungszone zu kümmern, und im Falle einer bejahenden Antwort des hiesigen Außenministeriums dafür zu sorgen, daß der Arzt des Schiffes die Verantwortung für die Durchführung der Reise übernimmt.«¹⁴

Am 18. April 1947 schließlich schrieb Luiz Carlos Prestes an Paul Merker: »Leider sind es keine erfreulichen Nachrichten, die ich Dir betreffs jenes teuren Genossen geben kann. Sein Gesundheitszustand hat sich in keiner Hinsicht gebessert, obwohl er in der Heilanstalt, in der er sich interniert befindet, besonders im letzten Jahr einer rigorosen Behandlung unterworfen wurde. Es handelt sich um einen Fall von Psychose, für den die Ärzte, die ihn untersucht haben, keine Wahrscheinlichkeit einer Heilung finden. Unsere Ansicht ist, daß seine Überführung nach Ostdeutschland vielleicht einen wohltuenden Einfluß auf seinen Zustand in Anbetracht der gewiß dort verfügbaren wissenschaftlichen Hilfsmittel ausüben könnte.«¹⁵

Am 27. August 1946 erhielt Minna Ewert nach jahrelangen Bemühungen endlich die US-amerikanische Staatsbürgerschaft und einen US-amerikanischen Paß.¹⁶ Sie hatte sich zu diesem Zweck fünf Jahre ununterbrochen in den USA aufhalten müssen, hatte

¹³ [Brief von Maurício Halberg an Paul Merker], Rio de Janeiro, 7. Januar 1947, SAPMO-BArch, Berlin, DY 30/IV 2/11/194, Blatt 71.

¹⁴ [Stefan Baron:] Zur Frage der Rückkehr Arthur Ewerts, Rio de Janeiro, 20. Februar 1947, SAPMO-BArch, Berlin, DY 30/IV 2/11/194, Blatt 73.

¹⁵ [Brief von Luiz Carlos Prestes an Paul Merker] Rio de Janeiro, 18. April 1947, SAPMO-BArch, Berlin, DY 30/IV 2/11/194, Blatt 78, offizielle Übersetzung Blatt 79.

¹⁶ National Archives and Records Administration (NARA), Washington, D.C., Index to Naturalization Petitions of the United States District Court for the Eastern District of New York, 1865-1957, Seriennummer des Mikrofilms: M1164, Nummer der Mikrofilmrolle: 54, abgerufen über www.ancestry.com (13. Februar 2012, 21.00 Uhr). Minna Ewert lebte zu diesem Zeitpunkt in Brooklyn, New York.

also in dieser Zeit auch nicht ihren Bruder Andreas und dessen Frau in Mexiko, mit denen sie in regelmäßigem brieflichen Kontakt gestanden hatte, besuchen können. Ihr erster Weg führte sie daher im Herbst 1946 nach Mexiko, wo sie – vermutlich aus gesundheitlichen Gründen – ein knappes halbes Jahr blieb. Olla Ewert, ihre Schwägerin, berichtete am 23. April 1947 in einem Brief an Paul Merker: »Minna war entsetzlich elend, als sie herkam, aber sie hat in dem halben Jahr 20 Pfund zugenommen. Sie war ganz gut rausgefüttert, als sie abfuhr.«¹⁷

Von Mexiko aus hatte Minna Ewert die Erteilung eines brasilianischen Einreisevisums beantragt und nun – mit dem Status einer US-Bürgerin – problemlos erhalten. Jetzt konnte sie endlich die seit vielen Jahren erhoffte Reise nach Rio de Janeiro zu ihrem Bruder antreten.

Da es von Mexiko aus keine regelmäßige Schiffsverbindung nach Brasilien gab, unternahm Minna Ewert die Reise mit dem Flugzeug. Trotzdem war sie mehrere Tage unterwegs. Sie flog zunächst von Mexiko über Panama und Venezuela in den Norden Brasiliens. Dabei geriet das Flugzeug mehrmals in heftiges Gewitter und starke Turbulenzen, was unter den Passagieren zeitweise panikartige Zustände verursachte. Am 25. April 1947 erreichte Minna Ewert wohlbehalten Rio de Janeiro, wo sie von Maurício Halberg begrüßt wurde, in dessen Wohnung sie zunächst unterkam.

Über das erste Zusammentreffen von Minna Ewert mit ihrem Bruder Arthur gibt es widersprüchliche Berichte. Minna Ewert selbst glaubte sich viele Jahre später zu erinnern, daß die Militärbehörden anfangs einen Besuch im Krankenhaus verweigerten und daß erst Bestechungsgelder gezahlt werden mußten. Das steht allerdings in Widerspruch zu der Tatsache, daß sich Arthur Ewert in einem zivilen Krankenhaus befand und daß er in den vorangegangenen Monaten und Jahren, wie geschildert, immer wieder problemlos Besuch von Freunden und Genossen erhalten hatte.

Auch sonst sind nur sehr wenige Einzelheiten bekannt. Arthur Ewert erkannte seine Schwester auch nach mehr als fünfzehn Jahren der Trennung sofort wieder. Seine erste Bemerkung lautete: »Seit wann betreibst Du Familienpolitik?« »Bei diesem Satz«, so berichtete Minna Ewert viele Jahre später, »hätte ich beinahe die Fassung verloren. Aber beim ersten Blick wußte ich, warum mich alle so merkwürdig angesehen hatten, als ich meinen Namen nannte. Zweihundert Wunden waren auf seinem Körper. Auf seinen Armen, Beinen, dem Rücken, dem Hals hatten sie Zigaretten ausgedrückt. Arthur selbst erzählte nichts.«¹⁸

In den folgenden Wochen und Monaten verbrachten die Geschwister viel Zeit miteinander. Für Minna Ewert bestand dabei die Möglichkeit, das krankheitsbedingte permanente Mißtrauen bei Arthur Ewert abzubauen und sich gleichzeitig ein Bild von der Art und dem Umfang seiner Erkrankung zu machen. Zu den gemeinsamen Unternehmungen gehörten lange Spaziergänge in der Stadt und Ausflüge in die nähere Umgebung von Rio de Janeiro.

Am 6. Mai 1947 berichtete Minna Ewert an Andreas und Olla Ewert in Mexiko: »Zweimal sprach Arthur von den Folterungen, die er durchgemacht hat, aber ohne

¹⁷ Brief von Olla Ewert an Paul Merker, 23. April 1947, SAPMO-BArch, Berlin, DY 30/IV 2/11/194, Blatt 81 (Rs.).

¹⁸ Till Sailer, Die Schwester. Hörspiel, in: Till Sailer, Ein unsichtbares Feuer. Vermischte Texte 1963-2006, Berlin 2007, S. 118.

daß es ihn erregte, und wenn, so verbarg er es. Er streifte das Thema nur kurz, aber in Einzelheiten. Dann sagte er: »Kannst Du Dir vorstellen, daß ein Mensch das aushalten kann? Ich habe es ausgehalten.« Aber kein Wort von seiner Frau, auch ich sage nichts. Es geht ihm so viel besser, und ich will nichts durch seelische Erschütterungen auf-rühren und möglicherweise gefährden.«¹⁹

Einige Tage später fragte Arthur Ewert dann doch nach seiner Frau Sabo. Es war das erste und einzige Mal. Minna Ewert, so der Bericht, schüttelte nur kurz den Kopf. Arthur Ewert nickte verstehend und sprach das Thema bis zu seinem Tod nicht wieder an.

Bereits Anfang 1947 hatte Maurício Halberg an Paul Merker geschrieben: »Von seiner Frau spricht Arthur überhaupt nicht. Ich habe den Eindruck, daß er es versteht, daß sie es nicht hat überstehen können. Denn bei den ersten beiden Besuchen fragte er nach P[restes], nach dessen Frau, aber nicht nach seiner.«²⁰

Vom Tod Elise Ewerts hatte Luiz Carlos Prestes schon im August oder September 1942, im Gefängnis in Rio de Janeiro, durch einen Brief seiner Mutter vom 21. August 1942 aus Mexiko erfahren.²¹ Leocádia Pereira Prestes hatte geschrieben: »Die große und hingebungsvolle Freundin von Olga [Benario], unsere gute Elise, gibt es nicht mehr. Sie war nicht mehr jung und konnte der Zwangsarbeit keinen Widerstand entgegenbringen. Obwohl ich sie niemals persönlich kennengelernt habe, empfinde ich tiefe Trauer wegen ihres Todes. Sie war eine außergewöhnliche Frau, mit einem erstaunlichen Mut und einer ganz besonderen Intelligenz.«²²

Luiz Carlos Prestes hatte es – wohl aus den selben Gründen wie später Minna Ewert – in der Folge offensichtlich vermieden, mit Arthur Ewert nach dessen Freilassung über Sabo und deren Schicksal zu sprechen. Und Arthur Ewert hatte nicht gefragt.

Vom Schicksal seiner eigenen Frau erfuhr Luiz Carlos Prestes erst Mitte 1945. Hochrangige Angehörige der Brasilianischen Expeditionsstreitkräfte in Europa, die zwei Jahrzehnte zuvor in der Kolonne Prestes gekämpft hatten, hatten nach Ende der Kriegshandlungen in Europa auf eigene Faust in Deutschland nach Informationen über das Schicksal von Olga Benario Prestes gesucht und schließlich verlässliche Hinweise auf ihre Ermordung im Frühjahr 1942 in der vormaligen Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Bernburg gefunden.

¹⁹ Brief von Minna Ewert an Olla Ewert, 6. Mai 1947, SAPMO-BArch, Berlin, DY 30/IV 2/11/v.88, Blatt 140.

²⁰ Brief von Maurício Halberg an Paul Merker vom 7. Januar 1947, SAPMO-BArch, Berlin, DY 30/IV 2/11/194, Blatt 71.

²¹ Die Darstellung von John W. F. Dulles, der zufolge Luiz Carlos Prestes im März 1945 bei einem Besuch des Schriftstellers Jorge Amado im Gefängnis vom Tod Elise Ewerts erfahren habe, trifft also nicht zu: Bei seiner Rückkehr aus Europa habe Jorge Amado an Bord des Schiffes, das sie über den Atlantik brachte, zufällig mit einer Frau gesprochen, die mehrere Jahre Haft in verschiedenen Konzentrationslagern überlebt habe und noch vor Kriegsende befreit worden sei. Sie wäre nun unterwegs nach Uruguay gewesen, um weit entfernt von ihren früheren Peinigern ein neues Leben zu beginnen. Vgl. dazu John W. F. Dulles, *Brazilian Communism 1935-1945. Repression during World Upheaval*, Austin 1983, S. 211.

²² [Leocádia Pereira Prestes an Luiz Carlos Prestes, México, 21 de agosto de 1942], in: Anita Leocádia Prestes e Lygia Prestes (eds.), *Anos tormentosos. Luiz Carlos Prestes - correspondência da prisão [1936-1945]*, volume II, Rio de Janeiro 2000, S. 376.

Für alle Beteiligten völlig überraschend ergab sich bereits wenige Wochen nach der Ankunft von Minna Ewert in Rio de Janeiro eine beinahe optimale Lösung für das Problem der Rückreise von Arthur und Minna Ewert nach Europa: Am 20. Mai 1947 ereignete sich in Brasilien eine totale Sonnenfinsternis, die Wissenschaftler aus aller Welt anlockte. Auch die sowjetische Akademie der Wissenschaften beteiligte sich an den Forschungen, sie charterte eigens ein Schiff, die »Alexander Kribdojew«, um eine größere Gruppe von Wissenschaftlern und Technikern rechtzeitig nach Rio de Janeiro zu bringen.²³ Als dieses Schiff fünf Wochen später, am 26. Juni 1947, die brasilianischen Gewässer wieder verließ, befanden sich an Bord auch Arthur und Minna Ewert. Sie waren zwar, schon wegen der Krankheit Arthur Ewerts, von den übrigen Passagieren getrennt. Der Schiffsarzt kümmerte sich allerdings auch um Arthur Ewert, so daß Minna Ewert die Verantwortung für das Wohlergehen ihres Bruders während der mehrwöchigen Überfahrt nicht allein tragen mußte.

Trotz seiner schweren Erkrankung betrachteten die britischen Behörden Arthur Ewert wohl noch immer als eine Gefahr für die bestehende Ordnung. Denn anders ist es nicht zu erklären, daß die Mitte 1931 begonnene regelmäßige Überwachung aller seiner Schritte auch nach seiner Haftentlassung im Mai 1945 fortgesetzt wurde. So sandte die britische Botschaft in Brasilien am 4. Juli 1947 ein streng geheimes Schreiben des Geschäftsträgers in Rio de Janeiro an das Außenministerium in London, das umgehend als Kopie in der Akte, die der britische Geheimdienst über Arthur Ewert führte, abgelegt wurde: »Ich habe die Ehre mitzuteilen, daß in der hiesigen Presse kürzlich die Nachricht erschien, daß der deutsche Kommunist Arthur Ewert (in Brasilien bekannt als Harry Berger), der eine führende Rolle bei der Entwicklung des Kommunismus in Brasilien spielte, Rio de Janeiro am 26. Juni 1947 verlassen hat. Als Ergebnis von Ermittlungen habe ich erfahren, daß zwischen dem 4. und 10. Juni ein Fremdenpaß mit der Nummer 27250 für Ewert für eine Reise nach Deutschland ausgestellt wurde. Ewert hat bei der Paßstelle der Botschaft nicht um ein Visum nachgefragt, aber es ist möglich, daß er sich an eine andere Besatzungsmacht gewandt hat. [...] Eine Kopie dieses Schreibens sende ich an den politischen Berater des Oberkommandierenden in Deutschland.«²⁴

²³ Die Gruppe reiste anschließend auf dem Landweg nach Araxá im Bundesstaat Minas Gerais weiter, wo sich das Zentrum der Beobachtungen befand und wo sich beispielsweise auch Wissenschaftler aus den USA und Kanada aufhielten. Es ist nicht auszuschließen, aber wenig wahrscheinlich, daß die Erforschung der Sonnenfinsternis für die sowjetische Seite nur ein Vorwand war, um ein Schiff nach Brasilien schicken zu können, das Arthur Ewert schließlich nach Europa holte.

²⁴ A report from British Embassy Rio de Janeiro re Ewert, July 24, 1947, The National Archives, Great Britain, Kew, KV 2/2336 307958, Blatt 53a.

Kapitel 30: Die letzten Jahre

Ende Juli 1947 trafen Arthur und Minna Ewert in Berlin ein. Nach mehrwöchiger Überfahrt an Bord der »Alexander Kribdojew« waren sie zunächst in Leningrad an Land gegangen. Allerdings war ihre Ankunft dort nicht angekündigt worden, so daß sie zu ihrer bösen Überraschung im Hafen von Leningrad nicht erwartet wurden. Minna Ewert, die kein Wort Russisch sprach, dafür aber einen US-amerikanischen Paß hatte, der sie von vornherein verdächtig machte, mußte also selbst und ohne sprachkundige Hilfe die Weiterreise organisieren. Es gelang ihr schließlich, eine amtliche Genehmigung und Eisenbahntickets für die Fahrt nach Moskau zu beschaffen.

Ob es in Moskau zu einem Zusammentreffen mit offiziellen Vertretern der KPdSU oder der sowjetischen Regierung kam, ist nicht überliefert, aber sehr wahrscheinlich. Denn nach Berlin reisten Arthur und Minna Ewert nun mit einem Flugzeug, das sie direkt in die frühere deutsche Hauptstadt brachte, wo sie auf dem sowjetischen Militärflughafen in Johannisthal von Vertretern des Parteivorstandes der SED offiziell begrüßt wurden.

In einem Brief vom 28. August 1947 an Andreas und Olla Ewert in Mexiko beschrieb Paul Merker die Ankunft von Arthur und Minna Ewert in Berlin: »In der Lothringer Straße¹ sprachen wir uns aus, und es gab ein herzliches Wiedersehen. Inzwischen haben fast alle alten Freunde, auch Wilhelm [Pieck], Arthur besucht. Er befindet sich gegenwärtig mit Minna in einem Erholungsheim nahe bei Berlin. Es geht beiden gut. Die Ärzte werden noch entscheiden müssen, was mit Arthur endgültig wird. Sein Zustand ist, soweit ich das beurteilen kann, natürlich noch sehr ernst. Aber ich glaube, daß er durch eine richtige Behandlung unter den hiesigen Verhältnissen wieder ganz hergestellt werden kann. Arthur hat sich an mich und andere alte Freunde, die er zum Teil 10 bis 20 Jahre nicht gesehen hat, sofort wieder erinnert. Sein Gedächtnis ist also sehr gut.«²

Die Hoffnung trog. Am 27. September 1947 mußte Arthur Ewert zur stationären Behandlung in die Berliner Charité eingeliefert werden. Die ursprüngliche Idee von Minna Ewert, zusammen mit Arthur Ewert zunächst bei ihrer gemeinsamen Schwester Paula und deren Mann in Mecklenburg zu leben, ließ sich nicht verwirklichen. Ohnehin wäre die dortige Wohnung für vier Menschen – vor allem wegen der Krankheit von Arthur Ewert, die sich auch in Alpträumen und gelegentlichen Wutausbrüchen zeigte – viel zu klein gewesen.

Die medizinische Behandlung, der Arthur Ewert in den folgenden Wochen und Monaten in der Psychiatrische und Nervenlinik der Berliner Charité unterzogen wurde, erscheint aus heutiger Sicht über weite Strecken nicht nur absurd und widersinnig, sondern sogar barbarisch. Doch sie entsprach dem damaligen wissenschaftlichen Erkenntnisstand. Ursache und Auslöser der psychischen Erkrankung Arthur Ewerts waren die entsetzlichen Mißhandlungen gewesen, denen er in der brasilianischen Haft unterworfen wurde und zu denen die Folter mit elektrischem Strom gehörte. Nun sollten ausgerechnet Elektroschocks dazu beitragen, die psychischen Folgen der Fol-

¹ Sitz des Parteivorstandes der SED in Berlin.

² [Brief von Paul Merker an Olla Ewert], Berlin, 28. August 1947, SAPMO-BArch, Berlin, DY 30/IV 2/11 194, Blatt 87.

terung mit elektrischem Strom zu überwinden. Kaum überraschend, daß die angewandten therapeutischen Maßnahmen ohne jeden Erfolg blieben.

Insbesondere Paul Merker, aber auch andere Freunde und Genossen nahmen regelmäßig Anteil am weiteren Schicksal Arthur Ewerts. Davon zeugen die zahlreichen Briefe, die Paul Merker und seine Frau Gretel an Andreas und Olla Ewert in Mexiko sandten. Auch in ganz praktischen Fragen, die nicht zuletzt aus den wirtschaftlichen Problemen der unmittelbaren Nachkriegszeit resultierten, wurde Hilfe geleistet. So berichtete Wilhelm Pieck, der zehn Jahre zuvor als hochrangiger Funktionär der Internationalen Roten Hilfe maßgeblichen Anteil an der Solidaritätskampagne für Luiz Carlos Prestes und Arthur Ewert gehabt hatte, am 29. November 1947 an Franz Dahlem, in der Parteiführung der SED für alle Kaderfragen zuständig: »Der Genosse Ewert erhält von uns laufend Kaltverpflegung, sowie jede Woche Blumen, da Blumen das Einzige sind, auf das er noch reagiert.«³

Am 23. Mai 1950 schließlich befaßte sich das Sekretariat des ZK der SED unter dem Tagesordnungspunkt 8 »Bericht über den Krankheitszustand des Genossen Arthur Ewert, z[ur] Z[eit] Charité« offiziell mit der gesundheitlichen Situation von Arthur Ewert und den sich daraus ergebenden Konsequenzen. Dem Bericht der behandelnden Ärzte war zu entnehmen, daß es für Arthur Ewert keine Chance der Heilung mehr gab und daß es nur noch darum gehen konnte, ihm einen Lebensabend in Würde zu ermöglichen. Dabei wurde festgestellt, daß der knapp sechzigjährige Arthur Ewert zwar psychisch unheilbar krank war, sich aber im Gegensatz dazu wieder in einem sehr guten körperlichen Zustand befand. Vom Sekretariat des ZK wurde daher folgender Beschluß gefaßt: »Genosse [Joseph] Miller, Personalbüro, wird beauftragt, mit dem Leiter der Heil- und Pflgeanstalt Eberswalde zu vereinbaren, daß Genosse Ewert in kürzester Zeit nach dort überführt wird und ein Einzelzimmer erhält. Wenn es Schwierigkeiten geben sollte, soll Genosse Miller veranlassen, daß eine entsprechende Anweisung durch den Leiter der H[aupt]a[bteilung] Gesundheitswesen beim Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen der DDR erfolgt.«⁴

Am 3. August 1950 wurde Arthur Ewert nach Eberswalde verlegt. Dort lebte er, wie zuvor schon in der Charité, in seiner eigenen Welt, völlig losgelöst und unbeeinflußt von den Geschehnissen und Entwicklungen in jener anderen Welt außerhalb des Pflegeheims, zu der ihm seine Krankheit den Zugang verwehrte. Ihn erreichten auch die zum Teil sehr bedrohlichen Nachrichten nicht, in denen es konkret um ihn und sein politisches Wirken in den zwanziger Jahren ging.

Am 9. August 1947, wenige Tage nach der Ankunft von Arthur Ewert in Berlin, hatte das »Neue Deutschland«, die offizielle Tageszeitung der SED-Führung, einen kurzen Bericht veröffentlicht. Darin hieß es: »Der Genosse Arthur Ewert ist vor einigen Tagen aus Brasilien zurückgekehrt, wo er ein Jahrzehnt im Kerker verbrachte. Ewert ist einer unserer erprobtesten und standhaftesten Kämpfer gegen den imperialistischen Krieg und den Faschismus. [...] Ewert gehörte dem Deutschen Reichstag bis zum Jahre 1928 an und war in dieser Zeit als Mitglied des Sekretariats der KPD einer der eng-

³ [Wilhelm Pieck an Franz Dahlem], Berlin, 29. November 1947, SAPMO, BArch, Berlin, DY 30/IV 2/11 v.88, Blatt 50.

⁴ Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 23. Mai 1950, SAPMO, BArch, Berlin, DY 30/ J IV 2/3/ 110.

sten Mitstreiter Thälmanns. Nach Hitlers Machtübernahme lebte Ewert als Emigrant in Brasilien [...] Im Dezember 1935 wurde er von der damaligen faschistischen Regierung Brasiliens unter dem Einfluß der Gestapo ins Gefängnis geworfen, unter den furchtbarsten Bedingungen in Einzelhaft gehalten und auf das grausamste mißhandelt. [...]«⁵

Abgesehen davon, daß wichtige Fakten aus dem Leben Arthur Ewerts in diesem kurzen Bericht – wohl aufgrund der Unkenntnis des Verfassers – unrichtig dargestellt wurden, waren es vor allem die politischen Absichten seiner Auftraggeber, also der Führung der SED, die dazu führten, daß wichtige Tatsachen aus dem Leben Arthur Ewerts in ihr Gegenteil verfälscht wurden: So war Arthur Ewert bis zum Jahre 1928 eben nicht »einer der engsten Mitstreiter Thälmanns« gewesen, sondern er war einer der engagiertesten Kritiker Thälmanns und dessen Politik in der Führung der KPD gewesen. Doch dieser Umstand paßte nicht in das Bild von der »einen und reinen Partei«, zu der Arthur Ewert gehörte, und durfte deshalb keine Erwähnung finden.

Zwei Jahre später hatte sich der Schwerpunkt verschoben, nun war die offene Jagd auf »Abweichler« und »Parteifeinde« eröffnet. Im Oktober 1949 fand in der ungarischen Hauptstadt Budapest – nach dem Vorbild der Moskauer Schauprozesse der dreißiger Jahre – ein Gerichtsverfahren gegen das ehemalige Politbüromitglied László Rajk und weitere vormals führende ungarische Kommunisten statt. Die Angeklagten wurden beschuldigt, als »imperialistische Agenten« und »Titoisten« den Sturz der Volksdemokratie in Ungarn geplant und vorbereitet zu haben. Wichtigstes Beweismittel waren die Aussagen der Angeklagten, die sich aus kaum nachzuvollziehenden Gründen selbst der absurdesten und widersinnigsten Vorhaben und Taten bezichtigten.⁶ László Rajk und vier weitere Angeklagte wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Nur wenige Wochen später fand in Sofia der Schauprozeß gegen Traitscho Kostoff, den vormals zweiten Mann Bulgariens hinter Georgi Dimitrow, der am 2. Juli 1949 überraschend gestorben war, und weitere bulgarische Kommunisten statt. Den Angeklagten wurden Kontakte zum britischen und zum jugoslawischen Geheimdienst unterstellt, die als Grundlage für die Terrorurteile herhalten mußten: Das Todesurteil gegen Traitscho Kostoff wurde am 16. Dezember 1949 vollstreckt, die übrigen Angeklagten erhielten langjährige Haftstrafen. Mit den Schauprozessen verbunden waren umfassende Parteisäuberungen, in deren Folge zahllose Funktionäre und einfache Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen und damit ins politische und soziale Abseits gestellt wurden.

⁵ Neues Deutschland, Berlin, 9. August 1947.

⁶ Weil ich in meiner Gerhart-Eisler-Biographie (vgl. dazu: Ronald Friedmann, Ulbrichts Rundfunkmann, Eine Gerhart-Eisler-Biographie, Berlin 2007, S. 216) eine ähnliche Formulierung verwendete, wurde mir von einem Rezensenten in der »Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat« (vgl. dazu: Klaus Arnold, Rezension zu: Friedmann, Ronald: Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie. Berlin 2007, in: H-Soz-u-Kult, 3. Oktober 2007, (hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2007-4-010, 22. Juli 2011, 15.30 Uhr) der Vorwurf gemacht, »noch nichts von Folter gehört« zu haben. Ohne Frage war Folter eingesetzt worden. Doch die Angeklagten hatten in faschistischer Haft der Folter widerstanden, im Verhör durch die eigenen »Genossen« fehlte ihnen aber die Kraft dazu. Ich halte das für eine erschütternde Tatsache, die unbedingt Erwähnung finden muß.

Auch in der DDR, die am 7. Oktober 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone als notwendige Konsequenz aus der Gründung der Bundesrepublik Deutschland in den westlichen Besatzungszonen entstanden war, vollzogen sich vergleichbare Entwicklungen, selbst wenn es aus vielfältigen Gründen niemals zu Schauprozessen wie in Budapest, Sofia oder später Prag kam. So beschloß das Politbüro der SED in seiner Sitzung am 18. Oktober 1949 unter dem Tagesordnungspunkt »Überprüfung wichtiger Funktionäre aus westlicher Gefangenschaft oder Emigration«, Ermittlungen gegen alle Parteifunktionäre durchzuführen, die in westlicher Emigration oder länger als drei Monate in westlicher oder jugoslawischer Kriegsgefangenschaft gewesen waren.⁷ Eine Woche später entschied Walter Ulbricht, inzwischen einer der einflußreichsten Männer in der Führung der SED, auf Vorschlag des Vorsitzenden der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) Hermann Matern, eine kleine, nur aus vier Personen bestehende Sonderkommission einzusetzen. Sie sollte – weitgehend unabhängig von der ZPKK – Untersuchungen gegen führende Mitglieder und Funktionäre der SED, aber auch der KPD in der Bundesrepublik, durchführen, die als Westemigranten mehr oder weniger automatisch unter dem Verdacht standen, als »Spione und Agenten der USA« angeworben worden zu sein. Am 1. September 1950 meldete das »Neue Deutschland«, daß Paul Merker, Leo Bauer, Bruno Goldhammer, Willi Kreikemeyer, Lex Ende und andere wegen »Hilfe für den Klassenfeind« aus der SED ausgeschlossen worden waren. Im »Neuen Deutschland« nicht gemeldet wurde, daß Leo Bauer, Bruno Goldhammer und Willi Kreikemeyer bereits am 23. August 1950 durch Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit verhaftet worden waren.⁸

Im Herbst 1950 erhielten die innerparteilichen Säuberungen eine neue Richtung. Und diesmal hätte Arthur Ewert mit großer Wahrscheinlichkeit im Mittelpunkt der Kampagne gestanden, hätte ihn seine Krankheit nicht buchstäblich vor den eigenen Genossen geschützt.

Im Oktober 1950 wurde in einer streng vertraulichen Anweisung in Zusammenhang mit der geplanten Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten der SED und dem damit verbundenen Umtausch der Parteidokumente festgelegt: »Ehemalige Angehörige parteifeindlicher Gruppierungen, die ihre damaligen Fehler nicht vorbehaltlos und ehrlich selbstkritisch anerkennen und nicht in ihrer praktischen Tätigkeit ihre Parteiverbundenheit beweisen, sind Parteifeinde auch dann, wenn sie nur einzelne Punkte

⁷ Sitzung des Politbüros am 18. Oktober 1949, SAPMO-BArch, Berlin, DY 30/IV 2/2/51.

⁸ In einer Studie über die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) heißt es dazu unter Bezug auf die Erklärung des ZK der SED von 1. September 1950: »Diese und weitere vom ZK und der ZPKK in der Erklärung zusammengefaßte »Untersuchungsergebnisse« wurden dem MfS zugeleitet. Es erging der Auftrag, die vorliegenden parteiinternen Untersuchungsergebnisse durch offizielle strafprozessuale Maßnahmen, insbesondere durch die Einleitung von Ermittlungsverfahren gegen die in der Erklärung namentlich genannten Funktionäre, zu »bestätigen«. Nach überlieferten Hinweisen war das MfS weder an den durch die Parteiorgane vorgenommenen »Untersuchungen« beteiligt, noch haben zu jenem Zeitpunkt eigens vom MfS erarbeitete belastende Materialien über diese Personen vorgelegen. Die Einleitung der Ermittlungsverfahren erfolgte demnach ausschließlich auf der Grundlage der bis dahin von der ZPKK geführten Untersuchungen und der dazu übergebenen Unterlagen.« Reinhard Grimmer, Werner Irmeler, Willi Opitz, Wolfgang Schwanitz (Hg.), Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS. Band 1, Berlin 2003, S. 124.

der feindlichen Ideologie oder die Tätigkeit ehemaliger parteifeindlicher Gruppierungen offen oder versteckt verteidigen. Sie sind auszuschließen.«⁹

So war es an Gerhart Eisler, dem langjährigen Freund und Weggefährten in der als »Versöhnler« denunzierten früheren Parteiströmung, den politischen Kniefall zu tun, der unter anderen Umständen ohne jeden Zweifel von Arthur Ewert gefordert worden wäre. Am 18. Februar 1951 erschien in der Tageszeitung »Neues Deutschland« unter dem Titel »Ernst Thälmanns Kampf gegen die Versöhnler« ein von Gerhart Eisler gezeichneter ganzseitiger Artikel, der sich mit den Ereignissen in der Führung der KPD im Jahre 1928 befaßte. Einleitend hieß es dort, wobei bemerkenswert ist, daß neben dem Autor, also Gerhart Eisler, nur Arthur Ewert namentliche Erwähnung fand: »In der Resolution des III. Parteitages über die »Gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« heißt es im 7. Abschnitt, der über die Entwicklung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Partei neuen Typus handelt, folgendermaßen: »Der Kampf gegen Sozialdemokratismus und Sektierertum kann nur wirksam sein, wenn er zugleich gegen alle liberalistischen und versöhnlerischen Tendenzen geführt wird, denn das Versöhnlertum ist nichts anderes als die Auffangstelle für die Opportunisten.« Wie richtig der III. Parteitag unserer Partei die Aufgabe des Kampfes gegen alle versöhnlerischen Tendenzen gestellt hat, lernen wir aus der Geschichte der KPdSU (B) und aus der Geschichte der KPD, aus dem Kampf Ernst Thälmanns gegen die Gruppe der Versöhnler, zu der ich, Arthur Ewert und eine Reihe anderer Mitglieder der KPD gehörten.« In völliger Verkehrung der historischen Tatsachen und wider besseres Wissen schilderte Gerhart Eisler¹⁰ in diesem Artikel die Geschehnisse im Zusammenhang mit der Wittorf-Affäre als einen »Anschlag der Versöhnler gegen Ernst Thälmann«, den »alle jene, die später als Spione und Agenten des Imperialismus entlarvt wurden, begrüßten«, weil sie in Ernst Thälmann »das größte Hindernis für ihre der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Internationale feindseligen Plänen erblickten.« Und weiter: »Dieser Anschlag der Versöhnler gegen Ernst Thälmann hatte der Partei die Größe der Gefahr gezeigt, die ihr von den Versöhnlern und den Rechten drohte. Und unter der Führung Ernst Thälmanns zog die Partei daraus die Konsequenzen: Die Versöhnler wurden aus der Parteiführung entfernt, die rechte Fraktion politisch zerschlagen und aus der Partei entfernt, als sie sich weigerten, politisch abzurüsten, ihre Fraktion aufzulösen und sich bedingungslos der Disziplin und den Entscheidungen der Partei zu fügen. Nach ihrem Ausschluß gründeten Brandler, Thalheimer und Frölich die sogenannte KPO und gingen immer schneller den Weg des Renegatentums und landeten schließlich als Spione und Provokateure im Lager des anglo-amerikanischen Imperialismus. Die Führer der Versöhnler kapitulierten vor der Partei. Aber auch von dieser Gruppe ging eine Reihe den Weg des Renegatentums und landeten bei den Agenten und Spionen-Gruppen der Brandleristen, Bucharinisten und Trotzlisten.«

Der Artikel von Gerhart Eisler endete mit folgender Feststellung: »Es fiel mir durchaus nicht leicht, sofort nach meiner Entfernung aus dem Zentralkomitee die Schwere der von mir gemachten Fehler einzusehen und sie nicht nur formell, sondern auch vollkommen anzuerkennen. Rechthaberei, Eigensinn, mangelnde Kenntnisse der Er-

⁹ Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten der SED, SAPMO-BArch, Berlin, DY 30 IV 2/4/42.

¹⁰ Zu den Motiven von Gerhart Eisler vgl.: Ronald Friedmann, a.a.O., S. 222 ff.

fahrungen der KPdSU verhinderten dies. Erst im Jahre 1929 begann ich völlig zu verstehen, daß ein Versöhnler kein ehrlicher Kommunist, kein Marxist-Leninist, kein ehrlicher Freund der Sowjetunion, kein ehrlicher Schüler der KPdSU und des Genossen Stalin sein kann und daß die objektive Rolle eines Versöhnlers, gleichgültig, was er sich dabei denkt oder zu tun glaubt, nichts anderes ist als eine Hilfe für mit der Kommunistischen Partei nicht zu vereinbarende Auffassungen. Begangene Fehler werden dadurch, daß man sie anerkennt, nicht ungeschehen gemacht. Meine Aufgabe wie die aller, die damals zur Gruppe der Versöhnler gehörten, ist es, solche Fehler nicht zu wiederholen, die Quelle dieser Fehler zu verstehen und wachsam gegenüber sich selbst zu sein und durch diszipliniertes Arbeiten den Versuch zu machen, solche Fehler gutzumachen. Nur dann kann man sich der Ehre würdig erweisen, ein Mitglied der Partei des Vortrupps der Arbeiterklasse und der Nation zu sein, die Deutschland einigen und befreien und die Arbeiterklasse zum Sieg führen wird.«¹¹

Gerhart Eisler hatte diese entwürdigende öffentliche Selbstkritik innerhalb seiner Partei Luft verschafft, Arthur Ewert war durch seine Krankheit ohnehin nicht unmittelbar bedroht gewesen. Doch als maßgeblicher Vertreter der früheren »Versöhnler« blieb Arthur Ewert in der Folge ein Ziel innerparteilicher Attacken, die schließlich – wenige Jahre später – in seiner Denunziation als »Agent der Bourgeoisie« gipfelten. In einer im Jahre 1955 an der Parteihochschule verteidigten Dissertation, die im darauffolgenden Jahr im parteieigenen Dietz-Verlag als Buch erschien, hieß es unter Bezug auf das Wirken der KPD in der Weimarer Republik wörtlich: »Aber die Aufgabe, Führer der Nation zu sein und die nationalen Interessen zu vertreten, war schwer für die junge Kommunistische Partei. Sie war es vor allem, weil die Kommunistische Partei Deutschlands gegen die Paktiererpolitik der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer zu kämpfen hatte, die die Arbeiterklasse an einheitlichen Aktionen hinderte und es den Imperialisten aufs neue ermöglichte, ihre Herrschaft zu festigen, einen neuen Krieg vorzubereiten und das Volk in eine noch größere nationale Katastrophe zu stürzen. Die Erfüllung dieser Aufgabe war schwer, weil die Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Partei, die Levi, Brandler, Thalheimer, Fischer, Maslow, Ewert und andere – die Ultralinken, Rechten und Versöhnler –, den Kampf der Partei hemmten.«¹²

¹¹ Neues Deutschland, Berlin (DDR), 18. Februar 1951.

¹² Lothar Berthold, Das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom August 1930. Die Grundlage der Politik der KPD zur Herstellung der Aktionseinheit und zur Gewinnung der Volksmassen für die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation, Berlin (DDR) 1956, S. 25. Es ist allerdings auch festzuhalten, daß das Buch unmittelbar vor einer »Korrektur der Parteilinie« im Gefolge des 20. Parteitages der KPdSU veröffentlicht wurde. Folgerichtig wurde es bereits wenige Wochen nach dem Erscheinen einer massiven Kritik unterzogen. In einer Rezension im »Neuen Deutschland«, die von einem Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED verfaßt wurde, hieß es wörtlich: »Es ist ein Mangel des Buches, daß der Autor für die falsche taktische Orientierung der Partei der Neumann-Gruppe die Hauptschuld gibt (Seite 171). Auch an anderen Stellen (Seiten 25 und 38) werden als Ursachen für Fehler in der Politik der KPD parteifeindliche Gruppierungen in der Partei erwähnt. Diese grob vereinfachende Darstellung ist unmarxistisch und entspricht idealistischer Geschichtsbetrachtung. Es entstellt die Geschichte der KPD, verneint die kollektive Führung der Partei und läßt die Rolle der Mitglieder bei der Festlegung der Politik der Partei völlig außer acht. Auf Seite 25 werden alle Mitglieder der KPD, die in einer bestimmten Zeit solchen Gruppierungen wie den Ultralinken, den Versöhnlern oder den Rechten angehörten, ausnahmslos zu Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Partei gestempelt. Das ist

Arthur Ewert starb am 3. Juli 1959 gegen 19 Uhr im Pflegeheim in Eberswalde.¹³ Das »Neue Deutschland« veröffentlichte am 5. Juli 1959 an prominenter Stelle einen sehr knapp und nüchtern gefaßten Nachruf des ZK der SED. Auch wenn die Darstellung seiner Lebensdaten weiterhin fehlerhaft war – er war in Kanada nicht mehrere Jahre inhaftiert gewesen, und er wurde erst 1928 Reichstagsabgeordneter –, so wurde doch die Lüge nicht wiederholt, er sei einer der »engsten Mitstreiter Thälmanns« gewesen. Vielmehr hieß es jetzt: »Genosse Ewert war einer unserer standhaftesten Kämpfer, der sein ganzes Leben dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse um deren Befreiung widmete. Während des ersten Weltkrieges weilte er in Kanada und wurde dort wegen seiner antiimperialistischen Haltung für Jahre ins Gefängnis geworfen. 1923 wählte ihn der Frankfurter Parteitag der KPD in das Zentralkomitee, und später wurde er Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD. Bis 1928 war er Abgeordneter des Reichstages. Die faschistischen Schergen verfolgten ihn auch in der Emigration in Brasilien, wo er von der damaligen faschistischen Regierung Brasiliens ins Gefängnis geworfen wurde. Er widerstand den grausamsten Folterungen und wurde unter den furchtbarsten Bedingungen in Einzelhaft gehalten. Die Arbeiter des amerikanischen Kontinents führten einen jahrelangen Kampf um seine Freilassung. Seine Frau, Genossin Elise Ewert, wurde an die Gestapo ausgeliefert und in Ravensbrück ermordet. 1947 konnte Genosse Arthur Ewert in die Heimat zurückkehren, aber die grausamen Mißhandlungen hatten seine Gesundheit zerstört, so daß er nicht mehr aktiv an unserem Aufbau mitarbeiten konnte. Die Partei verliert mit Genossen Ewert einen treuen und standhaften Kämpfer, dessen unermüdliche Lebensarbeit mit dazu beitrug, die Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu ermöglichen. Die Partei wird das Andenken dieses tapferen Kämpfers immer in Ehren halten.«¹⁴

Die Rede bei der offiziellen Trauerfeier am 9. Juli 1959 hielt Gerhart Eisler. Er stand vor der schweren Aufgabe, das Wirken Arthur Ewerts ehrlich würdigen zu wollen, ohne dabei in Konflikt mit der von der Parteiführung verordneten Sichtweise auf wesentliche Ereignisse im Leben von Arthur Ewert zu geraten. Gerhart Eisler erklärte deshalb: »Es ist nur wenigen Kommunisten vergönnt, in einem langen revolutionären Leben keine Fehler zu begehen. Aber wie er zu seinen Fehlern steht, in der Annahme der Kritik der Partei, in der Einhaltung der eisernen Disziplin der revolutionären Partei, zeigt sich der wahre Revolutionär nicht minder. Das war bei Arthur Ewert der Fall, der auch nicht einen Augenblick schwankend wurde in seiner Treue zur revolutionären Partei, und für den diese Treue zur Partei der Arbeiterklasse über allem stand.«¹⁵

eine schlechte Verallgemeinerung. Es ist bekannt, daß z. B. viele Genossen, die der Gruppe der Veröhnler angehörten, nicht aus der Partei ausgeschlossen wurden bzw. wieder Mitglieder der Partei sind.« (Neues Deutschland, Berlin, 13. November 1956).

¹³ Zum Zeitpunkt seines Todes hatte Arthur Ewert ein Sparguthaben von 5.275 Mark bei der Kreissparkasse Eberswalde. Aus unbekanntem Gründen dauerte es fast zehn Jahre, bis der Nachlaß von Arthur Ewert aufgelöst war. Erst im Oktober 1969 konnte Minna Ewert in einem Brief berichten: Die Eberswalder Freunde »haben mir geholfen, Arthurs Nachlaß in Ordnung zu bringen. Jahre sind nun seit seinem Tod vergangen und nun konnten wir endlich seine Ersparnisse [...] auf ein Solidaritätskonto für] Vietnam überweisen. Es waren über 7000 Mark. Wie sind wir froh!«. Brief vom 3. Oktober 1969 von Minna Ewert an Rose S. (Privatarchiv von Till Sailer).

¹⁴ Neues Deutschland, Berlin (DDR), 5. Juli 1959.

¹⁵ [Trauerrede von Gerhart Eisler für Arthur Ewert], SAPMO-BArch, Berlin, NY 4117/22, Blatt 220.

Am 24. Juli 1959 wurde die Urne Arthur Ewerts auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde beigesetzt. Seine letzte Ruhestätte fand er in einem Urnengrab der inneren Ringmauer. Eine solche Grabstelle hatte die Partei- und Staatsführung der DDR, wie sie sich selbst bezeichnete, sonst nur ihren höchsten Repräsentanten vorbehalten. In gewisser Weise stellte die Entscheidung für diese Grabstelle eine Rehabilitation des toten Arthur Ewert durch die Führung der SED dar, die dem lebenden Arthur Ewert verweigert worden war.

Anfang September 1959 veröffentlichte die Kommunistische Partei Brasiliens in ihrer Zeitung »Novos Rumos« ihren Nachruf auf Arthur Ewert, der in der brasilianischen Linken als Harry Berger bis zum heutigen Tag einen einzigartigen Ruf genießt. Dieser Nachruf zog tatsächlich eine Bilanz des Lebens von Arthur Ewert, die diesem außergewöhnlichen Menschen und seinem vielfältigen Wirken gerecht wurde: »Harry Berger [d.i. Arthur Ewert] lehrte uns das Beste am Charakter eines wirklichen Kommunisten. Seine Haltung gegenüber der Polizei, wo er sich weigerte, Aussagen zu machen, sein Auftreten vor dem Gericht, wo er die Sache der Revolution verteidigte und er die Reaktion und den Imperialismus anklagte, seine unerschütterliche Gewißheit vom Sieg der Sache des Proletariats, sind Beispiel für die Erziehung künftiger Generationen von Kommunisten.«¹⁶

¹⁶ Novos Rumos, Rio de Janeiro, 10 a 17 de setembro de 1959.

Editorische Hinweise

Auf Grund der Komplexität der geschilderten Ereignisse war es nicht möglich, das Leben Arthur Ewerts in einer streng chronologischen Abfolge darzustellen. In den thematisch gegliederten Kapiteln wird deshalb wiederholt auf Geschehnisse Bezug genommen, die an anderer Stelle ausführlich behandelt werden, ohne daß das in jedem Fall explizit vermerkt wurde.

Jede Quelle bzw. jede verwendete Publikation wird bei ihrer erstmaligen Erwähnung in einem Kapitel bibliographisch vollständig genannt. Die nachfolgenden Erwähnungen werden mit den Hinweisen »a.a.O.« (»am angegebenen Ort«) bzw. »ebenda« verkürzt.

Bei der Nennung von Dokumenten, die keinen offiziellen Titel haben, werden eckige Klammern verwendet, um den Inhalt solcher Dokumente zu erläutern.

Drei Punkte in eckigen Klammern [...] bedeuten Auslassungen in wörtlichen Zitaten. Wörter oder Sätze in eckigen Klammern [Wörter oder Sätze] sind Einfügungen in wörtlichen Zitaten, die für das bessere Verständnis notwendig sind oder die Verwendung des zitierten Textes in eigenen Sätzen ermöglichen.

Offensichtliche orthographische Fehler in zitierten Dokumenten wurden stillschweigend korrigiert.

Alle Übersetzungen fremdsprachiger Zitate stammen, soweit keine andere Quelle angegeben wurde, vom Verfasser der vorliegenden Arbeit.

Biographische Daten

13. November 1890

Im ostpreußischen Heinrichswalde als zweites von sechs Kindern in der Familie eines Kleinbauern geboren.

1904

Beginn einer Ausbildung als Handlungsgehilfe in der Umgebung von Heinrichswalde.

1905

Übersiedlung nach Berlin und Beginn einer Sattlerlehre bei seinem Onkel, erste Kontakte zur linken sozialdemokratischen Jugendbewegung.

Zwischen 1906 und 1908

Erste Begegnung mit seiner späteren langjährigen Lebensgefährtin und Ehefrau Elise Saborowski.

1908

Abschluß der Lehre und Tätigkeit bei der Spandauer Pferdebahn, Mitglied der SPD und des freigewerkschaftlichen Deutschen Sattlerbundes.

Mai 1914

Gemeinsam mit Elise Saborowski Übersiedlung nach Nordamerika.

1914 bis 1919

Aufenthalt in den USA und Kanada, dort Mitarbeit in der kanadischen Sozialistischen Partei Nordamerikas

Anfang 1919

Mitbegründer der ersten Kommunistischen Partei Kanadas.

März 1919

Verhaftung in Toronto, anschließend Internierung im Zivilinternierungslager Kapuskasing.

Mai 1919

Abschiebung über die USA nach Deutschland.

August 1919

Rückkehr nach Berlin, Mitglied der KPD, Hilfsarbeiter im Turbinenwerk der AEG in Moabit.

März 1920

Als Mitglied des Berliner Vollzugsrates der Betriebsräte Teilnahme am Generalstreik zur Niederschlagung des Kapp-Putsches.

20. Februar 1921

Erfolgreiche Kandidatur auf der Liste der KPD für den Preußischen Landtag.

April 1921

Hauptamtlicher Mitarbeiter der KPD, Entsendung als Bezirkssekretär in den mitteldeutschen Raum, nach dem »Mitteldeutschen Aufstand« Verhaftung und Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat.

27. Oktober 1921

Freilassung nach Freispruch durch das Reichsgericht in Leipzig.

1921 bis 1922

Politischer Sekretär der KPD in Ostsachsen und Hessen-Frankfurt.

28. September 1922

Eheschließung mit Elise Saborowski in Berlin-Wilmersdorf.

28. Januar bis 1. Februar 1923

Leipziger Parteitag, Wahl in die zwanzigköpfige Parteizentrale der KPD.

Februar bis Juli 1923

Sekretär des Polbüros, anschließend Politischer Leiter des Parteibezirks Rheinland-Westfalen-Nordruhr.

17. bis 20. März 1923

Sekretär der »Internationalen Arbeiterkonferenz gegen Kriegsgefahr und Faschismus« in Frankfurt am Main.

April 1923

Gemeinsam mit Gerhart Eisler, Heinz Neumann und Hans Pfeiffer Veröffentlichung der programmatischen Plattform »Zur Lage und zu den Aufgaben der Partei«.

Juni 1923

Erster Aufenthalt in Moskau, offizieller Vertreter der KPD zur Dritten Erweiterten Tagung des EKKI, Sprecher der Norwegischen Kommission, Beginn der internationalen Arbeit für die Komintern.

Oktober 1923

Teilnahme in unbekannter Funktion am gescheiterten Versuch einer »Deutschen Oktoberrevolution«.

Winter 1923/1924

Im Umfeld der Mittelgruppe Teilnahme an den Bemühungen zur Rettung der KPD.

April 1924

Frankfurter Parteitag, keine Wiederwahl in die Zentrale der KPD.

30. Mai 1924

Ernennung zum Leiter der Abteilung für die Arbeit mit den Betriebsräten im zentralen Parteiapparat, bereits Ende Juli oder Anfang August Abberufung aus dieser Funktion.

6. August 1924

Beschluß der Zentrale der KPD über einen vierwöchigen Aufenthalt zu »Informationszwecken« in England.

Mai und Oktober 1924

Teilnahme an den Bezirksparteitagen der KPD in Hessen-Waldeck.

Anfang bis Mitte 1925

Offizieller Vertreter der Komintern bei der KP Großbritanniens, mehrere Aufenthalte in Großbritannien.

Juli 1925

Auf dem Berliner Parteitag Wahl als Kandidat des ZK.

Spätsommer 1925

Im Rahmen des von der Komintern veranlaßten Wechsels an der Spitze der KPD Berufung als Politischer Sekretär des Politbüros.

November 1925

Erste Parteikonferenz der KPD, auf einer anschließenden Tagung des ZK Wahl als Mitglied des Politbüros und Mitglied des Politischen Sekretariats des ZK der KPD.

Februar und März 1926

Teilnahme an der Sechsten Erweiterten Tagung des EKKI, unter anderem Berichterstatter zur Lage in Großbritannien.

Mai und Juni 1926

Generalstreik in Großbritannien, Mitglied der Pariser Delegation der Komintern, Erfüllung von Vermittleraufgaben gegenüber der KP Großbritanniens im Interesse des Fortbestandes des russisch-britischen Gewerkschaftskomitees.

26. Oktober 1926

Verhaftung in Berlin als Mitglied der früheren Zentrale der KPD wegen der Ereignisse im Oktober 1923.

31. Oktober 1926

Wahl als Mitglied des Sächsischen Landtages, Mitte Dezember 1926 Freilassung wegen der so erworbenen parlamentarischen Immunität.

20. Januar 1927

Als Erster Vorsitzender der sächsischen KPD-Fraktion Antwort auf die Regierungserklärung von Ministerpräsident Heldt, einzige Rede vor dem Sächsischen Landtag.

2. bis 7. März 1927

Essener Parteitag der KPD, Rede zur Verteidigung des »Kurses der Konzentration«, auf einer nachfolgenden Tagung des ZK erneute Wahl in das Politbüro und das Politische Sekretariat.

24. März 1927

Ungültigkeitserklärung des Mandats durch den Sächsischen Landtag, Verlust der parlamentarischen Immunität, erneutes Untertauchen.

18. bis 30. Mai 1927

Achte Tagung des Exekutivkomitees der Komintern in Moskau, bis Mitte Juli Leiter der sogenannten Amerikanischen Kommission.

31. Juli 1927

Umfangreicher persönlicher Brief an Bucharin mit einer kritischen Einschätzung der Lage in der KPD.

August bis September 1927

Illegaler Aufenthalt in den USA, Beauftragter der Komintern zum Parteitag der KP der USA in New York.

November 1927

Neunte Tagung des Exekutivkomitees der Komintern in Moskau, im Namen der Führung der KPD Begrüßung des Parteiausschlusses von Trotzki, Sinowjew und anderen.

29. Februar 1928

Mitunterzeichner des »Beschlusses der gemeinsamen Sitzung der Delegationen der KPD und der KPdSU (B) in Moskau« gegen die »Duldsamkeit gegenüber den Trägern der rechten Gefahr«.

22. April 1928

Veröffentlichung eines Artikels in der »Prawda« unter dem Titel »Lenin und die deutsche Arbeiterklasse«.

20. Mai 1928

Wahl als Abgeordneter in den Deutschen Reichstag.

4. Juli 1928

Im Namen der Reichstagsfraktion der KPD Antwort auf die Regierungserklärung von Reichskanzler Hermann Müller-Franken, erste von insgesamt nur drei Reden vor dem Deutschen Reichstag.

17. Juli bis 1. September 1928

VI. Weltkongreß der Komintern in Moskau, offener Schlagabtausch mit Thälmann und dessen Anhängern, trotzdem Wahl als Kandidat des EKKI.

Herbst 1928

Im Gefolge der Wittorf-Affäre Verlust der wichtigsten Funktionen in der Führung der KPD, Abschiebung als zweiter Vertreter der KPD nach Moskau.

11. Januar 1929

Stellvertretender Leiter des sogenannten Östlichen Ländersekretariats im Moskauer Apparat der Komintern, Ablehnung einer Entsendung nach China.

9. bis 15. Juni 1929

Weddinger Parteitag der KPD, Verlust aller Funktionen in der KPD, vollständige politische Niederlage der sogenannten Versöhnler.

19. August 1929

Beschluß des Politsekretariats des EKKI, dem ZK der KPD die Entscheidung über die weitere Verwendung von Arthur Ewert zu überlassen.

Oktober 1929

Als Mitglied des sogenannten 21. (Strafrechts-) Ausschusses des Reichstages Forderung nach ersatzloser Streichung des Strafrechtsparagrafen 175.

November und Dezember 1929

Redner im Kommunalwahlkampf in Bayern.

19. Februar 1930

Erklärung der politischen Kapitulation gegenüber der Führung der KPD, Veröffentlichung der Erklärung in der deutschen und internationalen Parteipresse am 23. Februar 1930.

14. März 1930

Zweite Rede vor dem Deutschen Reichstag.

27. Mai 1930

Dritte und letzte Rede vor dem Deutschen Reichstag.

30. Juli 1930

Auflösung des Deutschen Reichstags, Verlust des Reichstagsmandats, auf Beschluß der Führung der KPD keine erneute Kandidatur bei der Wahl am 14. September 1930.

23. Oktober 1930

Beschluß der Politischen Kommission des Politischen Sekretariats des EKKI über die Entsendung als Mitglied des Südamerikanischen Büros nach Montevideo.

Anfang Dezember 1930

Abmeldung bei der Berliner Polizei nach Moskau.

Januar 1931

Erste Begegnung mit Luiz Carlos Prestes in Montevideo.

30. Januar 1931

Erster Informationsbrief aus Montevideo an das Lateinamerikanische Ländersekretariat in Moskau.

20. März 1931

Brief nach Moskau mit dem Vorschlag, Luiz Carlos Prestes in die Sowjetunion einzuladen.

17. September 1931

Brief an Gerhart Eisler in Moskau mit der Bitte, sich bei dessen Aufenthalt in der Sowjetunion um Luiz Carlos Prestes zu »kümmern«.

11. Februar 1932

Letzter (überlieferter) Informationsbrief aus Montevideo.

4. März 1932

Beschluß der Politischen Kommission des Politischen Sekretariats des EKKI über die Entsendung nach China.

7. Mai 1932

Abreise aus Buenos Aires, Eintreffen in New York am 20. Mai 1932.

Mai bis August 1932

Aufenthalt in den USA zur Beschaffung von Reisedokumenten.

22. Juli 1932

Ausstellung eines Reisepasses auf den Namen Harry Berger durch die Paßbehörde in New York.

25. August 1932

Abreise aus San Francisco, Eintreffen in Shanghai am 13. September 1932.

20. September 1932

Erstes Telegramm aus Moskau mit der Aufgabenstellung für Arthur Ewert in China.

8. Oktober 1932

Erster Informationsbrief aus Shanghai an Ossip Pjatnitzki, Einsatz gegenüber der Führung der chinesischen KP zugunsten Mao Zedongs.

Anfang März 1933

Bereitschaftserklärung, angesichts der Machtübergabe an Hitler zur Parteiarbeit nach Deutschland zurückzukehren.

30. November 1933

Fiktives Interview als »führendes und verantwortliches Mitglied des ZK der KP Chinas« im »China Forum« über die aktuelle Lage in Fujian, in der Folge Verstärkung des Konflikts innerhalb des Fernöstlichen Büros, mit der Führung der KP Chinas und der Führung der Komintern.

3. Mai 1934

Beschluß der Politischen Kommission des Politischen Sekretariats des EKKI über die Entsendung als Leiter des Südamerikanischen Büros nach Montevideo.

2. Juni 1934

Letzter Bericht an Ossip Pjatnitzki aus Shanghai, Information über erste Überlegungen zu einem planmäßigen strategischen Rückzug aus den verbliebenen Sowjetgebieten, der ab Herbst 1934 als »Langer Marsch« realisiert wird.

19. Juli 1934

Abreise aus Shanghai, Weiterreise über Wladiwostok nach Moskau.

Anfang August 1934

Nach rund vierjähriger Abwesenheit Rückkehr nach Moskau.

3. August 1934

Teilnahme an einer Sitzung der Politischen Kommission des Politischen Sekretariats des EKKI in Moskau, erster »Informationsbericht des Genossen Ewert über die Lage in China«.

15. August 1934

Vorlage eines schriftlichen Berichts über die Lage in China für die Politische Kommission des Politischen Sekretariats des EKKI.

3. September 1934

Bestätigung der Entsendung als Leiter des Südamerikanischen Büros nach Montevideo durch die Politische Kommission des Politischen Sekretariats des EKKI.

Anfang September 1934

Abreise aus Moskau nach Südamerika.

12. November 1934

Erstes Telegramm aus Montevideo an die Führung der Komintern in Moskau.

3. Dezember 1934

Aktennotiz des britischen Geheimdienstes, der zufolge Arthur Ewert »nun Chef des Südamerikanischen und Karibischen Büros mit Sitz in Montevideo ist.«

Zweite Hälfte Februar 1935

Beschluß der Komintern in Moskau über die Verlegung des Südamerikanischen Büros nach Rio de Janeiro.

7. März 1935

Bericht aus Buenos Aires nach Moskau über die bevorstehende Abreise nach Rio de Janeiro.

26. März 1935

Erste Nachricht aus Rio de Janeiro, Übermittlung einer Kontaktadresse für den Briefverkehr mit Moskau.

Anfang April 1935

Erstes konspiratives Treffen mit Luiz Carlos Prestes, Beginn der regelmäßigen Zusammenarbeit mit der Führung der KPBr.

1. Mai 1935

Veröffentlichung eines Artikels unter dem Titel »Einige Aspekte der Frage der Sowjets in Brasilien« in der Zeitung der KPBr »A Classe Operária«.

Erste Hälfte Juni 1935

Reise in den brasilianischen Nordosten, um die sofortige Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch das neugegründete Regionalkomitee der KPBr zu verhindern.

20. Juni 1935

Veröffentlichung eines Artikels unter dem Titel »All unsere Kraft für die Errichtung einer nationalrevolutionären Volksregierung« in der Zeitung der KPBr »A Classe Operária«.

27. Juni 1935

Ausführlicher Bericht an die Komintern in Moskau über die Lage und die Entwicklungsperspektiven in Brasilien sowie über die Tätigkeit des Südamerikanischen Büros gegenüber den KP in Argentinien, Chile und Peru.

Sommer 1935

Erneute Denunziation als »Versöhnler« in den offiziellen Materialien der Komintern zur Vorbereitung des VII. Weltkongresses.

26. Dezember 1935

Verhaftung in Rio de Janeiro, in den folgenden Wochen und Monaten barbarische Folterung, keinerlei Aussagen gegenüber der brasilianischen Polizei.

7. April 1936

Letzte Begegnung mit Elise Ewert im Polizeigefängnis von Rio de Janeiro, erste Symptome der beginnenden psychischen Erkrankung.

15. August 1936

Mitteilung im »Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger« über die Einziehung der »Güter« von Arthur und Elise Ewert durch die Berliner Finanzbehörden zugunsten des deutschen Staates.

September 1936

Deportation von Elise Ewert nach Deutschland, im Oktober 1936 in Hamburg Übergabe an die Gestapo.

November 1936

Anklageerhebung vor dem Staatsgerichtshof für Nationale Sicherheit, Benennung von Heráclito Fontoura Sobral Pinto als Pflichtverteidiger.

1937

In Verhören des sowjetischen Geheimdienstes wiederholte Benennung als »Versöhnler« durch verhaftete frühere deutsche und sowjetische Funktionäre, die in der Folge erschossen werden, unter ihnen Neumann und Bucharin.

2. März 1937

Brief von Sobral Pinto an den Staatsgerichtshof für Nationale Sicherheit über die dramatisch schlechten Haftbedingungen.

7. Mai 1937

Prozeß vor dem Staatsgerichtshof für Nationale Sicherheit, Verurteilung zu insgesamt 13 Jahren und vier Monaten Haft.

8. Juli 1937

Appell von Sobral Pinto an Staatspräsident Getúlio Vargas, für bessere Haftbedingungen zu sorgen.

12. September 1937

Bestätigung des Urteils im Berufungsverfahren vor dem Staatsgerichtshof für Nationale Sicherheit.

10. November 1937

Staatsstreich in Brasilien, Errichtung des »Estado Novo«, erneute dramatische Verschlechterung der Haftbedingungen.

26. Juli 1939

Tod von Elise Ewert im Alter von nur 52 Jahren im KZ Ravensbrück.

30. November 1942

Bekanntgabe der Ausbürgerung von Arthur Ewert im »Deutschen Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger«.

Juni 1943

Verlegung in ein (psychiatrisches) Haftkrankenhaus in Rio de Janeiro.

3. Mai 1945

Nach einer Amnestie Entlassung aus der Haft, zunächst Unterbringung in Rio de Janeiro im Haus eines führenden Mitglieds der KP Brasiliens, dann aber Einweisung zur stationären Behandlung in ein psychiatrisches Krankenhaus.

Juli 1947

Rückkehr mit Hilfe seiner Schwester Minna Ewert über Leningrad und Moskau nach Berlin, Treffen mit Wilhelm Pieck und anderen Spitzenfunktionären der SED.

September 1947

Einweisung zur stationären Behandlung in die Psychiatrische Klinik der Berliner Charité.

Sommer 1950

Verlegung in ein Pflegeheim in Eberswalde, nachdem die Ärzte jede Möglichkeit einer Heilung ausschließen.

18. Februar 1951

Veröffentlichung einer erniedrigenden Selbstkritik durch Gerhart Eisler in der Zeitung »Neues Deutschland« unter dem Titel »Ernst Thälmanns Kampf gegen die Versöhnler«; neben dem Autor wird nur Arthur Ewert namentlich als »Versöhnler« genannt wird.

1955

Wegen seiner Rolle in der KPD in den zwanziger Jahren Denunziation als »Agent der Bourgeoisie« in einer Dissertation an der Parteihochschule der SED, die im darauffolgenden Jahr als Buch veröffentlicht wird.

3. Juli 1959

Gestorben im Alter von 68 Jahren in einem Pflegeheim in Eberswalde, Rede von Gerhart Eisler bei der Trauerfeier am 9. Juli 1959, Beisetzung der Urne am 24. Juli 1959 in einem Grab der inneren Ringmauer auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde.

Decknamen und Pseudonyme

Arthur Ewert benutzte in seinem politischen Leben eine Vielzahl von Decknamen und Pseudonymen. Darüber hinaus wurden ihm in Dokumenten der Komintern und der KPD, insbesondere in Sitzungsprotokollen, aber auch in Briefen, verschiedene Decknamen und Pseudonymen zugeordnet, die er selbst nie aktiv verwendete.

Arthur Brown

Nach der Verhaftung von Arthur Ewert in März 1919 in Toronto teilte die kanadische Polizei mit, daß Arthur Ewert unter dem Namen *Arthur Brown* gelebt hatte. Da er als Deutscher in den Jahren des Ersten Weltkrieges in Kanada als feindlicher Ausländer galt und damit von Internierung bedroht war, hatte er wohl durch die Verwendung dieses Namens versucht, seine tatsächliche Herkunft zu verschleiern.¹

Blone bzw. Blom

Im April 1921, während seiner Tätigkeit als Bezirkssekretär der KPD im Bezirk Halle-Merseburg, verwendete Arthur Ewert nach Feststellungen des britischen Geheimdienstes aus dem Jahre 1931 den Decknamen *Blone*.² Wahrscheinlich handelte es sich hier um die englische Schreibweise eines mündlich übermittelten Namens. Denn am 4. Februar 1936 richtete der brasilianische Gesandte in Berlin ein Schreiben an seinen Außenminister in Rio de Janeiro, das zahlreiche Informationen über Arthur Ewert enthielt, die der brasilianische Diplomat von der Gestapo erhalten hatte. In dem Schreiben hieß es unter anderem, daß Arthur Ewert »im Rahmen seiner politischen Tätigkeit in Deutschland« den Namen *Blom* verwendet habe.³

Georg Keller, Artur Koerner und Ulrich Dach

Nach Erkenntnissen des britischen Geheimdienstes stellte die Paßabteilung der KPD für Arthur Ewert zwischen 1923 und 1926 falsche Pässe auf die Namen *Georg Keller*, geboren am 30. November 1890 in Basel, und *Artur Koerner*, geboren am 18. September 1888 in Breslau und wohnhaft in Frankfurt an der Oder, aus. Vermutlich handelte es sich in beiden Fällen um fiktive Personen. Im Archiv des Zivilstandsamtes Basel konnte kein Geburtseintrag für einen *Georg Keller* ermittelt werden.⁴ Das Standesamt I in Berlin verfügt über keine Unterlagen, die die Geburt eines *Artur Koerner* in Breslau belegen könnten.⁵ In den (gedruckten) Wohnungs- und Adreßbüchern der Jahre 1925 bis 1927 für Frankfurt an der Oder ist ein *Artur Koerner* nicht vermerkt, die amtliche Einwohnermeldekartei ist im Zweiten Weltkrieg verlorengegangen.⁶

¹ The Globe, Toronto, April 7, 1919, und The Toronto Times, Toronto, April 7, 1919.

² [Letter to Captain Miller, Scotland Yard, regarding Arthur Ewert], London, October 8, 1931, SZ file re Ewert, The National Archives, Great Britain, Kew, KV 2/2336 307958, Blatt 1a.

³ [Legação dos Estados Unidos do Brasil ao Senhor Ministro de Estado das Relações Exteriores], Berlim, 4 de fevereiro de 1936, in: A Alemanha: A correspondência de Berlim (1932-1936), in: Cadernos do CHDD [Centro de História e Documentação Diplomática], ano 11, número 21, segundo semestre 2012, S. 145-405, hier: S. 346.

⁴ Mail des Zivilstandsamtes Basel vom 5. Dezember 2011.

⁵ Brief des Standesamt I in Berlin vom 2. Februar 2012. Eine entsprechende Anfrage beim zuständigen Staatsarchiv im polnischen Wroclaw blieb unbeantwortet.

⁶ Mail des Stadtarchivs Frankfurt an der Oder vom 8. Februar 2012.

Auch in dem eben erwähnten Schreiben des brasilianischen Gesandten in Berlin vom 4. Februar 1936 wurden die Pässe auf die Namen *Georg Keller* und *Artur* (hier: *Arthur*) *Koerner* erwähnt.⁷ Außerdem wurde dort der Name *Ulrich Dach*, geboren am 12. Oktober 1894 in Basel, genannt. Auch im Fall von *Ulrich Dach* konnte das Zivilstandsamt Basel keinen Geburtseintrag finden, so daß es sich auch hier wahrscheinlich um eine fiktive Person handelte.⁸

Bei seiner Verhaftung am 26. Oktober 1926 in Berlin trug Arthur Ewert nach einem Bericht des britischen Geheimdienstes einen Paß auf den Namen *Artur Koerner* bei sich.⁹ Wo und wann die Pässe auf die Namen *Georg Keller* und *Ulrich Dach* zum Einsatz gekommen sein könnten, ist nicht überliefert.¹⁰

Bill

Am 28. Juli 1925 teilte Heinz Neumann nach Moskau mit, daß er Arthur Ewert gebeten habe, angesichts der in der KPD anstehenden Entwicklungen seine geplante Reise nach England zur Fortsetzung seiner Arbeit im Auftrag der Komintern vorerst nicht anzutreten.¹¹ Im Antwortbrief vom 31. August 1925 wurde festgestellt: »Mit Deinen [...] Maßnahmen und Besprechungen bin ich einverstanden, besonders auch mit der Nichtreise *Bills*.« Und weiter: »Beschleunige und verschärfe die unvermeidliche Auseinandersetzung. Arbeite ohne Bauchschmerzen mit Leuten von der Art *Bills*.«¹²

Braun

Arthur Ewert wurde seit März 1924, wie andere Mitglieder der im Februar 1923 gewählten Zentrale der KPD auch, wegen der Ereignisse im Oktober 1923 von der Polizei steckbrieflich gesucht und lebte deshalb im Untergrund. Mit seiner Rückkehr in die Führung der KPD im Herbst 1925 war er noch stärker als zuvor exponiert und daher in besonderem Maße von Verhaftung bedroht.¹³ Arthur Ewert verwendete daher in der Folge regelmäßig den Namen *Braun*, der erstmals im Bericht der »Intern-

⁷ [Legação dos Estados Unidos do Brasil ao Senhor Ministro de Estado das Relações Exteriores], a.a.O.

⁸ Mail des Zivilstandsamtes Basel vom 7. August 2013.

⁹ [Letter to Captain Miller, Scotland Yard, regarding Arthur Ewert], a.a.O.

¹⁰ In den fünfziger Jahren befaßte sich das »Komitee für unamerikanisches Verhalten« des US-amerikanischen Repräsentantenhauses ausführlich mit den »amerikanischen Aspekten des Spionagefalls Richard Sorge« und führte dazu zahlreiche Anhörungen durch. Von diesen Anhörungen wurden umfangreiche Protokolle angefertigt und veröffentlicht. In einer Auflistung von Personen, die zum Bekanntenkreis von Agnes Smedley gehörten, wurde auch Arthur Ewert genannt. Erstaunlicherweise wurde er in dieser Auflistung als Harry Berger aufgeführt, sein tatsächlicher Name Arthur Ewert fand nur als angebliches Pseudonym Erwähnung, ebenso wie die Namen Arthur Ernst Ewert, Braun (Brown), Georg Keller, Artur (hier: Arthur) Koerner und Ulrich Dach. Vgl. dazu: Hearings on American aspects of the Richard Sorge spy case. Hearings before the Committee on Un-American Activities, House Of Representatives, Eighty-second Congress, U.S. Government Print Office, Washington 1951, S. 1223.

¹¹ [Lieber Genosse Robert], Moskau, 28. Juli 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 292, Delo 14, Blatt 259.

¹² [Lieber Freund], 31. Juli 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 292, Delo 14, Blatt 261.

¹³ Am 7. September 1925 hatte Heinz Neumann nach Moskau berichtet: »Ewert kommt infolge seiner polizeilichen Lage für die bürotägliche Arbeit [in der Zentrale der KPD in der Berliner Rosenthaler Straße 38] nicht in Betracht.« [Heinz Neumann:] Genossen Sinowjew, Berlin, 7. September 1925, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opus 293, Delo 57, Blatt 14-18, hier: Blatt 14 f.

tionalen Presse-Korrespondenz« vom 21. November 1925 über Verlauf und Ergebnisse der ersten Parteikonferenz der KPD dokumentiert ist.¹⁴ Möglicherweise verwendete Arthur Ewert bei seiner Reise in die USA im Spätsommer 1927 einen falschen Paß auf den Namen *Braun*. Diese Vermutung legt zumindest eine Anfrage des US-Außenministeriums beim FBI vom Juni 1930 nahe.¹⁵ Allerdings ist es auch möglich, daß die US-Behörden nur deshalb zu dieser Vermutung gelangten, weil Arthur Ewert, wie weiter unten gezeigt wird, gegenüber den Funktionären der KP der USA regelmäßig den Namen *Brown* verwendete.

31 und 67

Aus konspirativen Gründen wurden ab 1927 in den Protokollen des ZK der KPD und des Politbüros die Namen gegen Nummern ausgetauscht. Stefan Weber hat zu einem unbekanntem Zeitpunkt vor 1989 eine Übersicht der Mitglieder und Kandidaten des ZK der KPD und der dazugehörigen Nummern erstellt und dabei vier Zeiträume ermittelt, in denen jeweils andere Nummern vergeben wurden: 1927, 1928 bis 4. Juni 1929, 17. Juni 1929 bis 1930 und Januar 1931 bis 1933. Für Arthur Ewert wurde für 1927 die Nummer 31 und für den Zeitraum 1928 bis 4. Juni 1929 die Nummer 67 verwendet. Nach seinem Ausscheiden aus dem ZK und dem Politbüro auf dem Weddinger Parteitag im Juni 1929 wurde ihm keine neue Nummer zugeordnet.¹⁶

Brown

Bei seinen Kontakten mit Funktionären der KP Großbritanniens und der KP der USA verwendete Arthur Ewert seit dem ersten Halbjahr 1925 den Namen *Brown*. So ist der Entwurf eines Telegramms überliefert, das Arthur Ewert vermutlich Ende Mai 1925 verfaßte und mit dem Namen *Brown* unterzeichnete, in dem er seine Kritik an den Thesen des geplanten Parteitages der britischen KP formulierte.¹⁷ In einschlägigen Berichten (früherer) US-amerikanischer Kommunisten war regelmäßig von *Brown* die Rede, wenn Arthur Ewert gemeint war.¹⁸

Harry Berger

Der bekannteste Deckname von Arthur Ewert war der Name Harry Berger, unter dem er in Lateinamerika und insbesondere in Brasilien noch heute bekannt ist.¹⁹ Von Juli 1932 bis zu seiner Verhaftung im Dezember 1935 verfügte er über einen echten US-amerikanischen Paß auf den Namen Harry Berger. Bemerkenswert ist, daß er bereits zu einem Zeitpunkt, als er noch nicht im Besitz eines Passes auf den Namen Harry Berger war, Briefe an die Komintern mit dem Namen Berger unterzeichnete. Eine Erklärung dafür ließ sich nicht finden.

¹⁴ E. Berger (Berlin), Zur Lage in der KPD. Nach der ersten Parteikonferenz, in: Internationale Presse-Korrespondenz, Berlin, 21. November 1925.

¹⁵ Vgl. dazu: Chief of Division of Eastern European Affairs to J. Edgar Hoover, Director, Bureau of Investigation, June 18, 1930, in: FBI-Akte 800.00 B - Ewert, Arthur, Blatt 13.

¹⁶ Eine Kopie dieser Übersicht befindet sich im Besitz des Autors.

¹⁷ Telegramm, ohne Ort und Datum, RGASPI (Komintern), Fonds 495, Opis 38, Delo 10, Blatt 4.

¹⁸ Zum Beispiel: Benjamin Gitlow, *The Whole Of Their Lives. Communism in America - A Personal History*, New York 1971, S. 183 ff.

¹⁹ Die von dem brasilianischen Journalisten José Joffily 1987 verfaßte Biographie Arthur Ewerts trägt deshalb den Titel »Harry Berger«. Vgl. dazu: José Joffily, *Harry Berger*, Rio de Janeiro 1987.

Vertreter und Jim

Während seines Aufenthaltes in China vom September 1932 bis zum Juli 1934 wurde Arthur Ewert in der Korrespondenz mit den Moskauer Gremien der Komintern ausschließlich als Vertreter bezeichnet (englisch: representative, französisch: représentant) und unterzeichnete so auch seine Schreiben, um die tatsächliche Identität des offiziellen »Vertreters des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale« zu verbergen. Doch offensichtlich wurde dieses elementare Erfordernis der Sicherheit nicht immer beachtet, denn im März 1933 bat Arthur Ewert in einem Brief an Ossip Pjatzki nachdrücklich: »Bitte weisen Sie an, daß in allen Telegrammen ich nicht mit Namen, sondern nur und immer als »Vertreter« bezeichnet werde.«²⁰ Seine Schreiben an die Führung der chinesischen KP unterzeichnete Arthur Ewert regelmäßig als Jim.²¹

Albert, Castro, Negro und BBB

Während Arthur Ewert in Brasilien offiziell unter dem Namen Harry Berger lebte, benutzte er bei der Arbeit in der Kommunistischen Partei Brasiliens die Namen Negro und Castro.²² Telegramme und Briefe an die Komintern in Moskau unterzeichnete er mit dem Namen Albert.²³ Das Kürzel BBB verwendete Arthur Ewert für Artikel, die er gelegentlich in »A Classe Operária«, der in Rio de Janeiro erscheinenden Zeitung der KP Brasiliens, veröffentlichte.²⁴

²⁰ [Brief von Arthur Ewert an Ossip Pjatzki], Shanghai, März 1933, RGASPI (Komintern), Fonds 514, Opus 1, Delo 759, Blatt 170, in: KPdSU (B), Komintern und Sowjetbewegung in China. Dokumente. Band 4: 1931-1937, Teil 1, Münster 2006, S. 383 f.

²¹ Zum Beispiel: [Brief von Arthur Ewert an das ZK der KPCh], Shanghai, Oktober 1933, RGASPI (Komintern), Fonds 514, Opus 1, Delo 810, Blatt 1169, in: Ebenda, S. 570 ff.

²² Ivan Pedro de Martins, *A flecha e o alvo. A intentona de 1935*, Porto Alegre 1994, S. 311, und William Waack, *Camaradas. Nos arquivos de Moscou. A história secreta da revolução brasileira de 1935*, São Paulo 1993, S. 124.

²³ Ebenda, S. 79.

²⁴ Zum Beispiel: *Alguns aspectos da questão dos Soviets no Brasil*, in: *A Classe Operária*, Rio de Janeiro, 1 de Maio de 1935.

Abkürzungsverzeichnis

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
ANL	Aliança Nacional Libertadora
ASPD	Alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands
ASPS	Alte Sozialistische Partei Sachsens
CGTU	Confédération Générale du Travail Unitaire
CIA	Central Intelligence Agency
CSLA	Confederación Sindical Latinoamericana
CTAL	Confederación de los Trabajadores de América Latina
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DVP	Deutsche Volkspartei
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
FBI	Federal Bureau of Investigation
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GPU	(Vereinigte) Staatliche politische Verwaltung – (Объединённое) государственное политическое управление
HA	Hauptabteilung
IGB	Internationalen Gewerkschaftsbund
IWW	Industrial Worker of the World
Inprekorr	Internationale Pressekorrespondenz
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
KI	Kommunistische Internationale
KJV	Kommunistischer Jugendverband
KP	Kommunistische Partei
KPA	Kommunistische Partei Argentiniens
KPB	Kommunistische Partei Brasiliens
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD(O)	Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition)
KPU	Kommunistische Partei Uruguays
KPdSU (B)	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
Komintern	Kommunistische Internationale

KZ	Konzentrationslager
LS	Ländersekretariat
Masch	Marxistische Arbeiterschule
NKWD	Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten – Народный комиссариат внутренних дел
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OAB	Ordem dos Advogados do Brasil
OMS	Abteilung für Internationale Verbindungen (Отдел Международных Связей)
Profintern	Rote Gewerkschaftsinternationale – Красный интернационал профсоюзов
RGASPI	Russisches Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte – Российский государственный архив социально-политической истории
RGI	Rote Gewerkschaftsinternationale
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei (Deutschlands)
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SDP	Social Democratic Party
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SIS	Secret Intelligence Service
SMP	Shanghai Municipal Police
SPA	Socialist Party of America
SPC	Socialist Party of Canada
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPNA	Socialist Party of North America
SS	Schutzstaffel
TUC	Trade Union Congress
US	United States
USA	United States of America
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VIVA	Vereinigung internationaler Verlagsanstalten
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission
ZK	Zentralkomitee

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Archive

Bundesarchiv, Abteilung R – Deutsches Reich 1495-1945, Berlin

R 3003 Oberreichsanwalt beim Reichsgericht

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR

NY 4203 Nachlaß Arthur und Minna Ewert

NY 4036/604, 606 Nachlaß Wilhelm Pieck

NY 4611/1 Nachlaß Erika Schmidt

NY 4182/85 Nachlaß Walter Ulbricht

RY 1/I 1/2 Parteikonferenzen der KPD

RY 1/I 2/1 Tagungen des ZK der KPD

RY 1/I 2/2 Zentrale bzw. ZK der KPD

RY 1/I 2/5 Zusammenarbeit mit den Bezirken der KPD

RY 5/ I 6/3/460 Personalabteilung / Kaderunterlagen deutscher Kommunisten

DY 30/J IV 2/3 Protokolle des Sekretariats des ZK der SED

DY 30/IV 2/11/194 Rückführung von Emigranten aus überseeischen Ländern

SgY 30 Erinnerungen

Russisches Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte (RGASPI)

Fonds 495. Opis 2 Президиум Исполкома Коминтерна

Fonds 495. Opis 3 Политический секретариат (Политсекретариат) ИККИ

Fonds 495. Opis 4 Политкомиссия Политсекретариата ИККИ

Fonds 495. Opis 6 Малая комиссия Секретариата ИККИ

Fonds 495. Opis 18 Документы Секретариата ИККИ

Fonds 495. Opis 29 Коммунистическая партия Бразилии

Fonds 495. Opis 38 Английская комиссия ИККИ

Fonds 495. Opis 46 Комиссия по вопросам реорганизации аппарата ИККИ

Fonds 495. Opis 47 Немецкая комиссия ИККИ

Fonds 495. Opis 72 Англо-Американский лендерсекретариат ИККИ

Fonds 495. Opis 79 Латиноамериканский лендерсекретариат ИККИ

Fonds 495. Opis 101 Латиноамериканский лендерсекретариат ИККИ

Fonds 495. Opis 292 Представительство компартии Германии при ИККИ

Fonds 495. Opis 293 ИККИ о КП Германии

FOIA FBI Electronic Reading Room (foia.fbi.gov)

File 100-374183 Cambridge Five Spy Ring

File 100-195220 Hanns Eisler

File 65-29162 Leon Trotsky

Compilation Venona

File 100-28126 Vito Marcantonio

- File 100-11146 Walter Krivitsky
Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG), Amsterdam
 Collectie Cees Wiebes FBI-File 800.00 B – Ewert, Arthur
Library and Archives Canada, Department of External Affairs, Ottawa
 File: 1920-600 Case of Elise Saborowski
 File: PC2384-1918 Order-in-Council
The National Archives (Großbritannien), Kew
 KV 2/2336 307958 Case of Ewert, Arthur Ernst
Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin
 R 78997 Sozialismus, Bolschewismus, Kommunismus in Brasilien
 R 79970 Sozialismus, Bolschewismus, Kommunismus in Südamerika
 R 99537 Proteste fremder Organisationen
 R 99943 Ausbürgerung von Arthur Ewert
 R 104420 Sozialismus, Bolschewismus, Kommunismus in Südamerika
 R 104421 Sozialismus, Bolschewismus, Kommunismus in Südamerika
 R 100008 Ausbürgerung von Minna Ewert
 R 100747 Deutsche Botschaft in Moskau
Schweizerisches Bundesarchiv, Bern
 Az 142.2 Pässe für Staatenlose und Ausländer

2. Offizielle Dokumente der Komintern und ihrer Sektionen

Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, Berlin o.J.

Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Frankfurt am Main vom 7. bis 10. April 1924, Berlin 1924 (Reprint o.O. und o.J.)

Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der kommunistischen Internationale), Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, Berlin 1926 (Reprint o.O. und o.J.)

Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Essen vom 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927 (Reprint o.O. und o.J.)

Die chinesische Frage auf dem 8. Plenum der Exekutive der Kommunistischen Internationale, Mai 1927. Autorisierte Ausgabe, Hamburg und Berlin 1928 (Reprint o.O. und o.J.)

Der internationale Kampf des Proletariats gegen Kriegsgefahr und Faschismus. Protokoll der Verhandlungen der internationalen Konferenz in Frankfurt am Main vom 17. bis 21. März 1923, Berlin 1923

Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß, Moskau und Leningrad 1935

Las grandes luchas revolucionarios del proletariado chileno. Tesis del Buró Sudamericano de la Internacional Comunista, Santiago de Chile 1932

La Importancia de la Primera Conferencia Comunista Latino-Americana. Resoluciones adoptadas por la misma, in: Correspondencia Sudamericana, 2ª época, No. 15, Buenos Aires, Agosto de 1929

El Movimiento Revolucionario Latino Americano. Versiones de la Primera Conferencia Comunista Latino Americana, Junio 1929, Buenos Aires 1929

Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 17. Februar bis 15. März 1926, Hamburg und Berlin 1926

Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 12. bis 23. Juni 1923, Berlin 1923

Protokoll. Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Moskau, 17. Juli bis 1. September 1928, Hamburg und Berlin 1928 (Reprint Milano 1967)

Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Hrsg. vom Zentralkomitee der KPD, Berlin-Wedding 9. bis 16. Juni 1929, Berlin 1929

Wan Min, Die revolutionäre Bewegung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern und die Taktik der kommunistischen Parteien [Rede auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale am 7. August 1935], Moskau und Leningrad 1935 (Reprint Milano 1967)

Расширенный Пленум Исполнительного Комитета Коммунистического Интернационала (12-23 Июня 1923 Года), Москва 1923

3. Gedruckte Quellen und Quellensammlungen, Einzeldokumente

A Alemanha: A correspondência de Berlim (1932-1936), in: Cadernos do CHDD [Centro de História e Documentação Diplomática], ano 11, número 21, segundo semestre 2012

Bayerlein, Bernhard B., Leonid G. Babichenko und Fridrich I. Firsov (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003

Benario, Olga, und Luiz Carlos Prestes, Die Unbeugsamen. Briefwechsel aus Gefängnis und KZ, Göttingen 2013

Carone, Edgard, Movimento Operário no Brasil (1877-1944), São Paulo e Rio de Janeiro 1979

Circulares do Ministério das Relações Exteriores [dos Estados Unidos do Brasil] 1930-1939, in: Cadernos do CHDD [Centro de História e Documentação Diplomática], ano 5, número 9, segundo semestre 2006

Deutsche Frauenschicksale. Herausgegeben von der Union für Recht und Freiheit Prag, London 1937

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (mehrere Reihen und Bände, Berlin (DDR) 1967-1975

Etge, Åsmund, og Vadim Roginskij (red.), Komintern og Norge. DNA-perioden 1919-1923. En dokumentasjon, Oslo 2006

Fischer, Ruth, und Arkadi Maslow, Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, München 1990

Hearings on American aspects of the Richard Sorge spy case. Hearings before the Committee on Un-American Activities, House Of Representatives, Eighty-second Congress, U.S. Government Print Office, Washington 1951

Hsiao Tso-liang, Power Relations within the Chinese Communist Movement, 1930-1934. A Study of Documents, Seattle 1961

Isaacs, Harold R. (editor), China Forum, Washington 1976 (Reprint)

- James P. Cannon and the Early Years of American Communism. Selected Writings and Speeches, 1920-1928, New York 1992
- Johnpoll, Bernard K. (Hrsg.), A Documentary History of the Communist Party of the United States, Volume 1: Gestation and Birth, 1918-1928, Volume 2: Toil and Trouble, 1928-1933, Westport u.a. 1994
- Könnemann, Erwin, und Gerhard Schulze, Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente, München 2002
- KPdSU (B), Komintern und Sowjetbewegung in China. Dokumente. Band 3: 1927-1931 (2 Teile), Münster 2000
- KPdSU (B), Komintern und Sowjetbewegung in China. Dokumente. Band 4: 1931-1937 (2 Teile), Münster 2006
- Lenzner, N., Über die rechte Gefahr in der Komintern, Hamburg und Berlin 1929
- Les partis communistes et l'Internationale Communiste dans les années 1928-1932. Archives de Jules Humbert-Droz, Dordrecht 1988
- Levi, Paul, Unser Weg. Wider den Putschismus, Berlin 1921
- Löwy, Michael, El marxismo en América Latina. Antología desde 1909 hasta nuestros días (edición actualizada), Santiago de Chile 2007
- Melgar B., Ricardo, La Hemerografía cominternista y América Latina, 1919-1935. Señas, giros y presencias, in: Revista Izquierdas (Chile), 9, abril 2011
- Mitteilungen des Wissenschaftlich-Humanitären Komitees 1926-1933, Faksimile-Nachdruck, Hamburg 1985
- Pão, terra e liberdade. Memória do movimento comunista de 1935, Rio de Janeiro 1985
- Parteihochschule »Karl Marx« bei ZK der SED, Die Kommunistische Internationale. Auswahl von Dokumenten und Reden vom VI. Weltkongreß bis zur Auflösung der Kommunistischen Internationale, 1928-1943, Berlin (DDR) 1956
- Prestes, Anita Leocádia, e Lygia Prestes (eds.), Anos tormentosos. Luiz Carlos Prestes – correspondência da prisão [1936-1945], 3 tomos, Rio de Janeiro 2000 e 2002
- Reuter, Elke, Wladislaw Hedeler, Horst Helas u.a. (Hrsg.), Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg, Berlin 2003
- Rüter, C.F., Laurenz Demps, Klaus Marxen und Ursula Solf von De Gruyter (Hrsg.), DDR-Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung ostdeutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen. Die Verfahren Nr. 1523 bis 1609 des Jahres 1948, Amsterdam und München 2007
- Schubert, Werner, (Hrsg.), Quellen zur Reform des Straf- und Strafprozeßrechts. Abteilung I – Weimarer Republik (1918-1932), 6 Bände, Berlin 1996 ff.
- Scope of Soviet activity in the United States: Hearing before the Subcommittee to Investigate the Administration of the Internal Security Act and Other Internal Security Laws of the Committee on the Judiciary, United States Senate, Eighty-fourth Congress, U.S. Government Print Office, Washington 1959
- Stalin, J. W., Werke (Band 1-13), Berlin (DDR) 1952-1955
- Thalheimer, August, 1923: Eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923, Berlin 1931
- Thälmann, Ernst, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (3 Bände), Berlin (DDR) 1956

Tiedke, Kurt (Hrsg.), *Aus dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse zur Verteidigung der Revolution in China. Eine Auswahl von Dokumenten und Materialien aus den Jahren 1925-1933*, Berlin (DDR) 1959

Weber, Hermann, und Bernhard H. Bayerlein, *Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin*, Berlin 2003

Wimmer, Walter (Red.), *Deutsche Kommunisten über die Partei. Artikel und Reden 1918-1939*, Berlin (DDR) 1980

Wolfe, Bertram D., *Revolution in Latin America*, New York 1928

Коминтерн и Латинская Америка. Сборник документов, Москва 1998

Политбюро ЦК РКП(б) – ВКП(б) и Коминтерн: 1919-1943 гг. Документы, Москва 2004

4. Quellensammlungen im Internet

Biblioteca Virtual de Prensa Histórica (prensahistorica.mcu.es)

Early American Marxism (www.marxisthistory.org)

Fundação Maurício Grabois (www.grabois.org.br)

Hemeroteca Digital Brasileira (hemerotecadigital.bn.br)

Instituto Luiz Carlos Prestes (www.ilcp.org.br)

Marxistische Bibliothek (www.marxistische-bibliothek.de)

Marxists Internet Archive (www.marxists.org)

Memória Vermelha (www.memoriavermelha.com)

Nemesis – Sozialistisches Archiv für Belletristik (nemesis.marxists.org)

Protokolle des Sächsischen Landtages (landtagsprotokolle.sachsendigital.de)

Socialist History Project (www.socialisthistory.ca)

Verhandlungen des Deutschen Reichstages (www.reichstagsprotokolle.de)

Проект «Исторические Материалы» (istmat.info)

Утерянная Империя (www.lost-empire.ru)

5. Monographien und Sammelbände, auch Erinnerungsliteratur

Abusch, Alexander, *Mit offenem Visier. Memoiren*, Berlin (DDR) 1986

Alexander, Robert Jackson, *Communism in Latin America*, New Brunswick 1957

Alexander, Robert Jackson, *A History of Organized Labor in Brazil*, Westport 2003

Amado, Jorge, *Der Ritter der Hoffnung. Das Leben von Luiz Carlos Prestes*, Berlin (DDR) 1953

Angress, Werner T., *Die Kampfzeit der KPD 1921-1923*, Düsseldorf 1973

Angus, Ian, *Canadian Bolsheviks. The Early Years Of The Communist Party Of Canada*, Montreal 1981

Asmuss, Burkhard, *Republik ohne Chance? Akzeptanz und Legitimation der Weimarer Republik in der deutschen Tagespresse zwischen 1918 und 1923*, Berlin und New York 1994

Avakumovic, Ivan, *The Communist Party in Canada. A history*, Toronto 1975

Azcoaga, Juan Enrique, *Rodolfo Ghioldi – un luchador social*, Buenos Aires 1999

Barclay, David E., and Eric D. Weitz (Hrsg.), *Between Reform and Revolution. German Socialism and Communism from 1840 to 1990*, New York and Oxford 1998

Basbaum, Leôncio, *História Sincera da República. De 1889 a 1930*, São Paulo 1957

- Basbaum, Leôncio, *História Sincera da República. De 1930 a 1960*, São Paulo 1968
- Basbaum, Leôncio, *Uma Vida em Seis Tempos. Memórias*, São Paulo 1976
- Batini, Tito, *Memórias de um socialista congênito*, Campinas 1991
- Bayerlein, Bernhard H., und Olaf Kirchner (Hrsg.), *Entwaffnete Utopien. Wandlungsprozesse und Akteure im Spektrum der Komintern. Lateinamerika, das romanische Europa und die Sowjetunion*, Leipzig 1999
- Becker, Jens, Heinrich Brandler. *Eine politische Biographie*, Hamburg 2001
- Becker, Jens, Theodor Bergmann und Alexander Watlin, *Das Erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek*, Mainz 1993
- Beeching, William, and Phyllis Clarke, *Yours in the struggle. Reminiscences of Tim Buck*, Toronto 1977
- Bercuson, David Jay, *Confrontation at Winnipeg. Labour, Industrial Relations, and the General Strike*, Montreal 1974 (revised edition, Montreal 1990)
- Bergmann, Theodor, »Gegen den Strom«. *Die Geschichte der KPD (Opposition)*, Hamburg 2001
- Bergmann, Theodor, und Mario Keßler (Hrsg.), *Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919-1943)*, Mainz 1992
- Bergmann, Theodor, und Mario Keßler (Hrsg.), *Ketzer im Kommunismus. 23 biographische Essays*, Hamburg 2000
- Bethell, Leslie (Hrsg.), *Latin America. Politics and Society Since 1930*, Cambridge 1998
- Bibliography of the History of the Latin American Labor and Trade Union Movement. Prepared by the American Institute for Marxist Studies, revised as of January, 1967 (Ms.)*
- Brady, Anne-Marie, and Douglas Brown, *Foreigners and Foreign Institutions in Republican China*, Oxford 2013
- Braun, Otto, *Chinesische Aufzeichnungen (1932-1939)*, Berlin (DDR) 1975
- Browder, Earl, *Communism in the United States*, New York 1935
- Brown, Anthony Cave, and Charles B. MacDonald, *On a Field of Red. The Communist International and the Coming of World War II*, New York 1981
- Broué, Pierre, *Révolution en Allemagne 1917-1923*, Paris 1971 (Englisch: *The German Revolution 1917-1923*, Leiden and Boston 2005)
- Brun-Zechowoj, Walerij, *Manfred Stern – General Kleber. Die tragische Biographie eines Berufsrevolutionärs (1896-1954)*, Berlin 2000
- Buber-Neumann, Margarete, *Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919-1943*, Stuttgart 1967
- Buber-Neumann, Margarete, *Als Gefangene bei Stalin und Hitler. Eine Welt im Dunkel*, Berlin 1993
- Buber-Neumann, Margarete, *Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges*, München 2002
- Buck, Tim, *Thirty Years 1922-1952. The story of the Communist movement in Canada*, Toronto 1952
- Buckmiller, Michael, und Klaus Meschkat (Hrsg.), *Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt*, Berlin 2007
- Caballero, Manuel, *La Internacional Comunista y la Revolución Latinoamericana*, Carácas 1987

- Caballero, Manuel, *Latin America and the Comintern 1919-1943*, Cambridge 1986
- Campione, Daniel, *Buenos Aires – Moscú – Buenos Aires. Los comunistas argentinos y la Tercera Internacional*, Buenos Aires 2007
- Campos de Aragão, José, *A intentona comunista de 1935*, Rio de Janeiro 1973
- Canale, Dario, Francisco Viana e José Nilo Tavares (organizador), *Novembro de 1935. Meio Século Depois*, Petrópolis 1985
- Cancelli, Elizabeth, *A intentona em Nova York*, Brasília 1997
- Cancelli, Elizabeth, *O mundo da violência. A Polícia da era Vargas*, Brasília 1993
- Cannon, James P., *The First Ten Years of American Communism. Report of a Participant*, New York 1962
- Carone, Edgard, *A Segunda República (1930-1937)*, São Paulo 1973
- Carone, Edgard, *Brasil. Anos de crise (1930-1945)*, São Paulo 1991
- Carone, Edgard, *O Marxismo no Brasil (das origens a 1964)*, Rio de Janeiro 1986
- Carone, Edgard, *O tenentismo. Acontecimentos, personagens, programas*, São Paulo 1975
- Carone, Edgard, *PCB (1922-1943)*, São Paulo 1982
- Chejfec, Lazar, Viktor Chejfec und Peter Huber, *La Internacional Comunista y América Latina 1919-1943. Diccionario biográfico*, Basel 2004
- Celmer Balz, Christiano, *O Tribunal de Segurança Nacional. Aspectos legais e doutrinários de um tribunal da Era Vargas (1936-1945)*, Florianópolis 2009
- Chilcote, Ronald H., *The Brazilian Communist Party. Conflict and Integration 1922-1972*, New York 1974
- Chilcote, Ronald H., *Brazil and Its Radical Left. An Annotated Bibliography on the Communist Movement and the Rise of Marxism, 1922-1972*, Millwood (New York) 1980
- Cohen, Stephen F., *Bukharin and the Bolshevik Revolution. A Political Biography 1888-1938*, Oxford 1980
- Concheiro Bórquez, Elvira, Massimo Modonesi y Horacio Crespo (coordenadores), *El comunismo. Otras miradas desde América Latina*, Ciudad de México 2007
- Cyr, Frédéric, *Rebelle devant les extrêmes. Paul Levi, une biographie politique*, Montréal 2011 (Dissertation)
- Draper, Theodore, *American Communism and Soviet Russia. The formative period*, London 1960
- Draper, Theodore, *The Roots of American Communism*, New York 1957
- Dujovne Ortiz, Alicia, *El camarada Carlos. Itinerario de un enviado secreto*, Buenos Aires 2007
- Dulles, John W. F., *Anarchists and Communists in Brazil 1900-1935*, Austin and London 1973
- Dulles, John W. F., *Brazilian Communism 1935-1945. Repression during World Upheaval*, Austin 1983
- Dulles, John W. F., *Sobral Pinto – the conscience of Brazil. Leading the attack against Vargas (1930-1945)*, Austin 2002
- Eiermann, Karin-Irene, *Chinesische Komintern-Delegierte in Moskau in den 1920er/1930er Jahren. Kommunikations- und Herrschaftsstrukturen im Zentrum der internationalen kommunistischen Bewegung*, Berlin 2009

- Eissler, Wilfried U., Arbeiterparteien und Homosexuellenfrage. Zur Sexualpolitik von SPD und KPD in der Weimarer Republik (Sozialwissenschaftliche Studien zur Homosexualität, hrsg. von Rüdiger Lautmann, Band 1), Berlin (West) 1980
- Farman, Christopher, *The General Strike. May 1926*, London 1972
- Fischer, Ruth, *Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution*, Frankfurt am Main, o.J. (1950)
- Flechtheim, Ossip K., *Die KPD in der Weimarer Republik (Neuausgabe)*, Frankfurt am Main 1969
- Fowkes, Ben, *Communism in Germany under the Weimar Republic*, London 1984
- Frank, Pierre, *Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919-1943)*, 2 Bände, Frankfurt am Main 1979
- Friedmann, Ronald, *Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie*, Berlin 2007
- Geschichte der SED. Abriß*, Berlin (DDR) 1978
- Gilberg, Trond, *The Soviet Communist Party and Scandinavian Communism: The Norwegian Case*, Oslo – Bergen – Tromsø 1973
- Gitlow, Benjamin, *The Whole Of Their Lives. Communism in America – A Personal History*, New York 1971
- Goldenberg, Boris, *Kommunismus in Lateinamerika*, Stuttgart, Berlin (West), Köln und Mainz 1971
- Grebing, Helga, Hans Mommsen und Karsten Rudolph (Hrsg.), *Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933*, Essen 1993
- Hallas, Duncan, *The Comintern. A History of the Third International*, London 1985
- Harrison, James Pinckney, *The Long March to Power. A History of the Chinese Communist Party 1921-1972*, New York 1972
- Hedeler, Wladislaw, *Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung, Inszenierung und Wirkung*, Berlin 2003
- Hilton, Stanley H., *Brazil and the Soviet Challenge. 1917-1947*, Austin 1991
- Hirschinger, Frank, *Gestapoagenten, Trotzlisten, Verräter. Kommunistische Parteiaübungen in Sachsen-Anhalt 1918-1953*, Göttingen 2005
- Hoppe, Bert, *In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928-1933*, München 2007
- Hornstein, David P., Arthur Ewert. *A Life for the Comintern*, New York and London 1993
- Hortschansky, Günter u.a., Ernst Thälmann. *Eine Biographie*, Berlin (DDR) 1980 (2 Bände)
- Hsu, Wilbur W., *Survival Through Adaptation. The Chinese Red Army and the Extermination Campaigns, 1927-1936. A Thesis Presented to the Faculty of the U.S. Army Command and General Staff College, Fort Leavenworth (Kansas)* 2012
- Humbert-Droz, Jules, *De Lénine à Staline. Dix ans service de l'internationale communiste 1921-1931*, Neuchâtel 1971
- Hunt, Richard N., *German Social Democracy 1918-1933*, New Haven and London 1964
- Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden*, Berlin (DDR) 1966
- Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, *Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in vier Bänden, Band 2 (Von 1917 bis 1945)*, Berlin (DDR) 1990 (unveröffentlichtes Manuskript)

- Jentsch, Harald, Die KPD und der »Deutsche Oktober« 1923, Rostock 2005
- Joffily, José, Harry Berger, Rio de Janeiro 1987
- Jung Chang and Jon Halliday, Mao. The Unknown Story, London 2007
- Kachel, Steffen, Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919-1949, Köln, Weimar und Wien 2011
- Kampen, Thomas, Chinesen in Europa - Europäer in China. Journalisten, Spione, Studenten, Gossenberg 2010
- Kampen, Thomas, Die Führung der KP Chinas und der Aufstieg Mao Zedongs (1931-1945), Berlin 1997
- Kan, Alexander, Nikolai Bucharin und die skandinavische Arbeiterbewegung, Mainz 1993
- Karepovs, Dainis, A esquerda e o parlamento no Brasil: o Bloco Operário e Camponês (1924-1930), São Paulo 2001
- Kaufmann, Bernd, u.a., Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937, Berlin 1993
- Keßler, Mario, Heroische Illusion und Stalin-Terror. Beiträge zur Kommunismus-Forschung, Hamburg 1999
- Keßler, Mario, Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889-1943), Köln – Weimar – Wien 2003
- Keßler, Mario, Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895-1961), Köln 2013
- Kießling, Wolfgang, Brücken nach Mexiko. Traditionen einer Freundschaft, Berlin (DDR) 1989
- Kießling, Wolfgang, Exil in Lateinamerika, Leipzig 1980
- Kießling, Wolfgang, Partner im »Narrenparadies«. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994
- Kinner, Klaus, Der deutsche Kommunismus – Selbstverständnis und Realität. Band 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999
- Klehr, Harvey, Communist Cadre. The Social Background of the American Communist Party Elite, Stanford 1978
- Klehr, Harvey, John Earl Haynes, and Kyrill M. Anderson, The Soviet World of American Communism, New Haven and London 1998
- Klehr, Harvey, John Earl Haynes, and Fridrikh Igorevich Firsov, The Secret World of American Communism, New Haven and London 1995
- Klein, Marcus, Our Brazil Will Awake! The Ação Integralista Brasileira and the Failed Quest for a Fascist Order in the 1930s, Amsterdam 2004
- Koch-Baumgarten, Sigrid, Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt am Main 1986
- Könnemann, Erwin, und Hans-Joachim Krusch, Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. Der Kapp-Putsch im März 1920 und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse sowie anderer Werktätiger gegen die Errichtung der Militärdiktatur und für demokratische Verhältnisse, Berlin (DDR) 1972
- Krusch, Hans-Joachim, Linksregierungen im Visier. Reichsexekutive 1923, Schkeuditz 1998
- Kuo Heng-yü, Maos Weg zur Macht und die Komintern am Beispiel der Bildung der »Anti-japanischen Einheitsfront« 1931-1938, Paderborn 1975

- Kurz, Thomas, »Blutmai«. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Berlin (West) und Bonn 1988
- Kuusinen, Aino, Der Gott stürzt seine Engel. Herausgegeben und eingeleitet von Wolfgang Leonhard, Wien u.a. 1972
- LaPorte, Norman, Kevin Morgan and Matthew Worley (eds.), Bolshevism, Stalinism and the Comintern: Perspectives on Stalinization, 1917-53, New York 2008
- LaPorte, Norman, The German Communist Party in Saxony, 1924-1933. Factionalism, fratricide and political failure, Oxford u.a. 2003
- Laybourn, Keith, The general strike of 1926, New York 1993
- Lazitch, Branko, and Milorad M. Drachkovitch, Biographical Dictionary of the Comintern. New, Revised, and Expanded Edition, Stanford 1986
- Langels, Otto, Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main, Berlin, New York, Nancy 1984
- Leutner, Mechthild (Hrsg.), The Chinese Revolution in the 1920s. Between triumph and disaster, London and New York 2002
- Levine, Robert M., Father of the Poor? Vargas and His Era, New York and Cambridge 1998
- Litten, Frederick S., Otto Brauns frühes Wirken in China (1932-1935), München 1988
- Lopes, Roberto, Missão no Reich. Glória e covardia dos diplomatas latino-americanos na Alemanha de Hitler, Rio de Janeiro 2008
- Luciuk, Lubomyr Y., In fear of the barbed wire fence. Canada's first national internment operations and the Ukrainian Canadians, 1914-1920, Kingston 2001
- MacKinnon, Janice R. und Stephen R., Agnes Smedley. The Life and Times of an American Radical, Berkeley 1988
- Mallmann, Klaus-Michael, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996
- Marín, Jaime, Misión secreta en Brasil. El argentino Rodolfo Ghioldi en la insurrección nacional-liberadora de 1935 liderada por Prestes, Buenos Aires 1988
- Martins Ferreira, Roberto, Organização e poder. Análise do discurso anticomunista do Exército Brasileiro, São Paulo 2005
- Martins, Ivan Pedro de, A flecha e o alvo. A intentona de 1935, Porto Alegre 1994
- Massing, Hede, Die große Täuschung. Geschichte einer Sowjetagentin, Freiburg, Basel, Wien 1967
- Mayenburg, Ruth von, Blaues Blut und rote Fahnen. Ein Leben unter vielen Namen, Wien und München 1969
- Mayenburg, Ruth von, Hotel Lux. Im Moskauer Quartier der Kommunistischen Internationale, München 1978
- McCann, Frank D., Soldiers of the Pátria. A History of the Brazilian Army, 1889-1937, Stanford 2004
- McKnight, David, Espionage and the Roots of the Cold War. The Conspiratorial Heritage, London and Portland 2002
- Meyer-Leviné, Rosa, Inside German Communism. Memoirs of Party Life in the Weimar Republic, London 1977
- Meyer-Leviné, Rosa, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920-1933, Frankfurt am Main 1982

- Molden, Berthold, und David Mayer (Hrsg.), *Vielstimmige Vergangenheiten – Geschichtspolitik in Lateinamerika*, Wien und Berlin 2001
- Morais, Fernando Gomes de, Olga, São Paulo 1985
- Morgan, Kevin (Hrsg.), *Agents of the revolution. New biographical approaches to the history of international communism in the age of Lenin and Stalin*, Oxford 2006
- Morgan, Ted, *A Covert Life. Jay Lovestone. Communist, Anti-Communist, And Spymaster*, New York 1999
- Mothes, Jürgen, *Die Kommunisten in der revolutionären Bewegung Lateinamerikas bis zur Mitte der dreissiger Jahre zur Entwicklung von Theorie und Politik der kommunistischen Parteien Lateinamerikas unter besonderer Berücksichtigung des Schlüsseljahres 1928/29 (Dissertation B, Karl-Marx-Universität Leipzig)*, Leipzig 1990
- Mothes, Jürgen, *Lateinamerika und der »Generalstab der Weltrevolution«*. Zur Lateinamerika-Politik der Komintern, herausgegeben von Klaus Meschkat und Olaf Kirchner, Berlin 2010
- Narinsky, Mikhail, and Jürgen Rojahn, *Center and Periphery. The History of the Komintern in Light of New Documents*, Amsterdam 1996
- Nasser, David, *Falta alguém em Nuremberg. Torturas da Polícia de Filinto Strubling Müller*, Rio de Janeiro 1966
- Neuland, Franz, *Auf zum letzten Gefecht. Spartakusbund und KPD in Frankfurt am Main und der Region Rhein-Main von 1916/1918-1956. Eine Organisationsgeschichte*, Bad Homburg 2012
- Neves Alves da Silva, Carine, *Secretariado Sul Americano e Partido Comunista do Brasil (1926-1930) (Dissertação, Universidade do Estado do Rio de Janeiro)*, São Gonçalo 2011
- Nollau, Günther, *International Communism and World revolution. History and Methods*, New York 1961
- Niemann, Heinz, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1914-1945*, Berlin 2008
- Ottanelli, Fraser M., *The Communist Party of the United States. From the Depression to World War II*, New Brunswick u.a. 1991
- Palmer, Bryan D., James P. Cannon and the origins of the American revolutionary left 1890-1928, Champaign 2007
- Pandolfi, Dulce (Hrsg.), *Repensando o Estado Novo*, Rio de Janeiro 1999
- Pantsov, Alexander V., *Mao. The Real Story*, New York 2012
- Penner, Norman, *The Canadian Left. A Critical Analysis*, Scarborough 1977
- Penner, Norman, *Canadian Communism. The Stalin Years and Beyond*, Toronto 1988
- Pincher, Chapman, *Too Secret Too Long*, New York 1984
- Pincher, Chapman, *A Web of Deception. The Spycatcher Affair*, London 1987
- Pincher, Chapman, *The Truth About Dirty Tricks. From Harold Wilson to Margaret Thatcher*, London 1990
- Pincher, Chapman, *Treachery. Betrayals, Blunders, and Cover-ups: Six Decades of Espionage Against America and Great Britain*, New York 2009
- Pinheiro, Paulo Sérgio de Moraes Sarmiento, *Estratégias da ilusão. A revolução mundial e o Brasil 1922- 1935*, São Paulo 1992
- Plener, Ulla (Hrsg.) *Max Hoelz: »Ich grüße und küsse Dich – Rot Front!«. Tagebücher und Briefe, Moskau 1929 bis 1933*, Berlin 2004

- Prestes, Anita Leocádia, Luiz Carlos Prestes e a Aliança Nacional Libertadora. Os caminhos da luta antifascista no Brasil 1934-35, São Paulo 2008
- Prestes, Anita Leocádia, Luiz Carlos Prestes. Patriota, revolucionário, comunista, São Paulo 2006
- Prestes, Anita Leocádia, Os militares e a reação republicana. As origens do tenentismo, Petrópolis 1994
- Prestes, Lygia, Leocádia Prestes. Mãe Coragem, Petrópolis 2006
- Ravines, Eudocio, La Gran Estafa. La Pentración del Kremlin en Iberoamérica, Ciudad de México 1952
- Rees, Tim, and Andrew Thorpe (ed.), International Communism and the Communist International, 1919-1943, Manchester 1998
- Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945, Düsseldorf 1994
- Roberts, Barbara Ann, Whence they came. Deportation from Canada, 1900-1935, Ottawa 1988
- Rodney, William, Soldiers of the International. A History of the Communist Party of Canada 1919-1929, Toronto 1968
- Romerstein, Herbert, and Eric Breindel, The Venona Secrets. Exposing Soviet Espionage and America's Traitors, Washington 2000
- Rose, R. S., and Gordon D. Scott, Johnny. A Spy's Life, University Park PA 2009
- Ryan, James G., Earl Browder. The Failure of American Communism, Tuscaloosa and London 1997
- Schirmann, Léon, Blutmai Berlin 1929. Dichtungen und Wahrheit, Berlin 1991
- Schlie, Tania, und Somine Roche (Hrsg.), Willi Münzenberg (1889-1940). Ein deutscher Kommunist im Spannungsfeld zwischen Stalinismus und Antifaschismus, Frankfurt am Main, Berlin, Bern, New York, Paris und Wien 1995
- Schmidt, Birgit, Wenn die Partei das Volk entdeckt. Anna Seghers, Bodo, Ludwig Renn u.a. Ein kritischer Beitrag zur Volksfrontideologie und ihrer Literatur, Münster 2002
- Schmitt-Englert, Barbara, Deutsche in China 1920-1950. Alltagsleben und Veränderungen, Großgossen 2012
- Schöneburg, Volkmar, Kriminalwissenschaftliches Erbe der KPD 1919 bis 1933, Berlin (DDR) 1989
- Schwartzman, Simon, Bases do autoritarismo brasileiro, Rio de Janeiro (1982) 2007
- Schwarz, Georg, Völker, höret die Zentrale. KPD bankrott, Berlin 1933
- Schwarz, Helga, Internationalistinnen. Sechs Lebensbilder, Berlin (DDR) 1989
- Silva, Hélio, A ameaça vermelha. O plano Cohen, Porto Alegre 1980
- Silva, Hélio, O poder militar, Porto Alegre 1984
- Silva, Hélio, Vargas. Uma biografia política, Porto Alegre 2004
- Silva Neto, Casimiro Pedro da, Década de 1930 – Os Anos de Incertezas. A Origem da Primeira Lei de Segurança Nacional, Brasília 2006
- Smallman, Shawn C., Fear and memory in the Brazilian army and society 1889-1954, Chapel Hill and London 2002
- Sobral Pinto, Heráclito Fontoura, Lições de liberdade, Os direitos do homem no Brasil, Belo Horizonte 1977

- Sobral Pinto, Heráclito Fontoura, *Por que defendo os comunistas*, Belo Horizonte 1979
- Sodré, Nelson Werneck, *História da imprensa no Brasil*, Rio de Janeiro 1999
- Sodré, Nelson Werneck, *A intentona comunista de 1935*, Porto Alegre 1986
- Stensager, Anders Otte, *Kvinderne i Ravensbrück. Danske skæbner i en tysk kz-lejr*, København 2011
- Távora, Araken, *O advogado da liberdade. Araken Távora apresenta o advogado Sobral Pinto*, Rio de Janeiro 1966
- Thalheimer, August, *1923: Eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923*, Berlin 1931
- Thorpe, Andrew, *The British Communist Party and Moscow, 1920-1943*, Manchester u.a. 2000
- Tosstorff, Reiner, *Profintern. Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920-1937*, Paderborn u.a. 2004
- Uliánova, Olga, y Alfredo Riquelme Segovia (ed.), *Chile en los archivos soviéticos 1922-1991*, Santiago de Chile 2005
- Vatlin, Alexander, *Die Komintern. Gründung – Programmatik – Akteure*, Berlin 2009
- Valtin, Jan, *Tagebuch der Hölle, Köln und Berlin (West)* 1957
- Vargas, Otto, *El marxismo y la revolución argentina (tomo 2)*, Buenos Aires 1999
- Vianna, Marly de Almeida Gomes, *Revolucionários de 1935. Sonho e realidade*, São Paulo 2007
- Waack, William, *Camaradas. Nos arquivos de Moscou. A história secreta da revolução brasileira de 1935*, São Paulo 1993
- Waack, William, *Die vergessene Revolution. Olga Benario und die deutsche Revolte in Rio*, Berlin 1994
- Waldenfels, Ernst von, *Der Spion, der aus Deutschland kam. Das geheime Leben des Seemanns Richard Krebs*, Berlin 2002
- Watlin, Alexander, *Die Komintern 1919-1929. Historische Studien*, Mainz 1993
- Weber, Hermann, *Der Kommunismus in Deutschland 1918-1945*, Darmstadt 1983
- Weber, Hermann, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt am Main 1969
- Weber, Hermann, *»Weiße Flecken« in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung*, Berlin (DDR) 1990
- Weber, Hermann, und Andreas Herbst, *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918-1945*, Berlin 2008
- Weber, Hermann, und Dietrich Staritz (Hrsg.), *Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren*, Berlin 1993
- Weber, Stefan, *Ein kommunistischer Putschversuch? Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland*, Berlin 1991
- Weitz, Eric D., *Creating German Communism, 1890-1990. From Popular Protest to Socialist State*, Princeton 1997
- Werner, Ruth, *Sonjas Rapport*, Berlin (DDR) 1977
- Werner, Ruth, Olga Benario. *Die Geschichte eines tapferen Lebens*, Berlin 2006 (1961)

West, Nigel, *Mask. MI-5's Penetration of the Communist Party of Great Britain*, London 2005

West, William John, *The Truth About Hollis. An Investigation*, London 1989

Whymant, Robert, *Stalin's Spy. Richard Sorge and the Tokyo Espionage Ring*, New York 1998

Wilde, Florian, Ernst Meyer (1887-1930) – vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus. Eine politische Biographie (Dissertation, Universität Hamburg), Hamburg 2012 (ediss.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2013/6009, 10. März 2013, 10.00 Uhr)

Willoughby, Charles Andrew, *Shanghai Conspiracy. The Sorge Spy Ring*, Boston and Los Angeles 1967

Winkler, Heinrich August, *Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik* (3 Bände), Bonn und Berlin (West) 1984 ff.

Winkler, Heinrich August, *Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1993

Winkler, Heinrich August, und Elisabeth Müller-Luckner (Hrsg.), *Die deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen*, München 1992

Worley, Matthew, *Class Against Class. The Communist Party in Britain Between the Wars*, London and New York 2002

Worley, Matthew (Hrsg.), *In Search of Revolution. International Communist Parties in the Third Period*, New York 2004

Zimmermann, Rüdiger, *Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1978

Адибеков, Г. М., Э. Н. Шахназарова и К. К. Шириня, *Организационная структура Коминтерна. 1919-1943*, Москва 1997

Хейфец, Лазарь Соломонович, *Формирование и эволюция связей III Интернационала и латиноамериканского коммунистического движения: 1918-1929 гг. (Диссертация)*, Москва 2007

Усов, Виктор Н., *Советская разведка в Китае. 30-е годы XX века*, Москва 2007

6. Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften und Büchern

Acanda González, Jorge Luis, *Situación internacional e influencia global de la Komintern*, in: *Caliban. Revista Cubana de Pensamiento e Historia*, julio-agosto-septiembre 2010

Antunes, Ricardo, *Os comunistas no Brasil: As repercussões do VI Congresso da Internacional Comunista e a primeira inflexão stalinista no Partido Comunista do Brasil (PCB)*, in: *Cadernos Arquivo Edgard Leuenroth (UNICAMP)*, n° 2 (julho 1995)

Bahne, Siegfried, *Zwischen »Luxemburgismus« und »Stalinismus«. Die »ultralinke« Opposition in der KPD*, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Oktober 1961

Bahne, Siegfried, *»Sozialfaschismus« in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs*, in: *International Review of Social History* 10, 1965

Bayerlein, Bernhard H., *Die unbekannte Geschichte der »Versöhner« in der Kommunistischen Internationale und der KP Deutschlands: Kein Randproblem der historischen Kommunismusforschung*, in: *The Crisis of Social Ideas. A Festschrift for Marjan Britovsek*, Ljubljana 1996

Becker, Marc, *Mariátegui, the Comintern, and the Indigenous Question in Latin America*, in: *Science & Society*, Vol. 70, No. 4, October 2006

- Beigel, Fernando, La circulación internacional de las ideas de José Carlos Mariátegui, in: Prismas. Revista de historia intelectual, N° 9, 2005
- Caballero, Manuel, Tormentosa historia de una fidelidad. El comunismo latinoamericano y la URSS, in: Nueva Sociedad No. 80, Noviembre-Diciembre 1985
- Camarero, Hernán, El »tercer período« de la Comintern en versión criolla. Avatares de una orientación combativa y sectaria del Partido Comunista hacia el movimiento obrero argentino, in: A Contracorriente. Una revista de historia social y literatura de América Latina, Vol. 8, No. 3, Spring 2011
- Cancelli, Elizabeth, De uma sociedade policiada a um Estado policial: o circuito de informações das polícias nos ano 30, in: Revista Brasileira de Política Internacional, volume 36, número 1 (1993)
- Cerný, Jochen, »Feindliche Elemente«. Frühere KPD(O)-Mitglieder in KPD und SED, in: IWK – Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Heft 2/2002
- Chejfec, Lazar, und Viktor Chejfec, Die Komintern und Lateinamerika. Die Geburt einer kontinentalen Internationale, in: Der Internationale Newsletter der Kommunismusforschung, INCS – Vol. X (2004), no 17
- Chen, Jinxing, Harold R. Isaacs' Trotskyist Turn in the China Forum Years, in: Twentieth-Century China, Volume XXIV, Number 1 (November 1998)
- Chilcote, Ronald H., Trotsky and Development Theory in Latin America, in: Critical Sociology, November 2009
- Ching, Erik, and Pakkasvirta, Jussi, Latin American Materials in the Comintern Archive, in: Latin American Research Review, Vol. 35, No. 1 (2000)
- Dorpalen, Andreas, SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Januar 1983
- Draper, Theodore, The Strange Case of the Comintern, in: Survey. A Journal of East & West Studies, Summer 1972, Volume 18, no. 3 (84)
- Dunn, David, Maksim Litvinov: Commissar of Contradiction, in: Journal of Contemporary History, April 1988
- Eschebach, Insa, Das Stigma des Asozialen. Drei Urteile der DDR-Justiz gegen ehemalige Funktionshäftlinge des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück, in: Abgeleitete Macht – Funktionshäftlinge zwischen Widerstand und Kollaboration. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Heft 4, Bremen 1998
- Eschebach, Insa, »Ermittlungskomplex Ravensbrück«. Das Frauenkonzentrationslager in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), in: IWK - Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Heft 2/1997
- Eumann, Ulrich, Kameraden vom roten Tuch. Die Weimarer KPD aus der Perspektive ehemaliger Mitglieder, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit 16 (2001)
- Figueiredo de Castro, Ricardo , A Frente Única Antifascista (FUA) e o antifascismo no Brasil (1933-1934), Topoi, Rio de Janeiro, dezembro 2002
- Fischer, Conan, Class Enemies or Class Brothers? Communist-Nazi Relations in Germany 1929-33, in: European History Quarterly 3/1985, vol. 15
- Friedmann, Ronald, Arthur Ewert und Elise Saborowski. Zwei Deutsche in der frühen kommunistischen Bewegung Kanadas, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 1/2011

- Geyer, Dietrich, Sowjetrußland und die deutsche Arbeiterbewegung 1918-1932, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München, Januar 1976
- Haferkorn, Katja, Arthur Ewert. Kämpfer für das deutsche und das brasilianische Volk, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin (DDR), 1/1968
- Hedeler, Wladislaw, Besso Lominadses Aufenthalt in Deutschland von Januar bis Mai 1927, in: IWK - Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Heft 3/2002
- Herzer, Manfred, Communists, Social Democrats, and the Homosexual Movement in the Weimar Republic, in: Journal of Homosexuality, 1995 (29), issue 2-3
- Jelowik, Lieselotte, Zur Geschichte der Strafrechtsreform in der Weimarer Republik, in: Wissenschaftliche Beiträge der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Band 17 (1983)
- Jinxing Chen, Harold R. Isaacs' Trotskyist Turn in the China Forum Years, in: Twentieth-Century China, Volume XXIV, No. 1 (November 1998)
- Kahan, Vilem, A Contribution to the Identification of the Pseudonyms Used in the Minutes and Reports of the Communist International, in: International Review of Social History, Volume 23, Issue 2, August 1, 1978.
- Kampen, Thomas, Deutsche und österreichische Kommunisten im revolutionären China (1925-1949), in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1997, Berlin 1997
- Kocho-Williams, Alastair, The Soviet Union and the British General Strike, 1926, in: British International History Group Annual Conference, University of Ulster (unpublished, 2008), (eprints.uwe.ac.uk/11524, 3. April 2011, 17.30 Uhr)
- Kozlov, Nicholas N., and Eric D. Weitz, Reflections on the Origins of the ›Third Period‹: Bukharin, the Comintern and the Political Economy of Weimar Germany, in: Journal of Contemporary History, July 1989, deutsch: Nicholas N. Kozlov und Eric D. Weitz, Betrachtungen über die Ursprünge der "Dritten Periode". Bucharin, die Komintern und die politische Ökonomie der Weimarer Republik, in: Theodor Bergmann und Mario Keßler (Hrsg.), Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919-1943), Mainz 1992, S. 123-142.
- Krusch, Hans-Joachim, »Arbeiter-Regierung« als Übergangsforderung der KI, in: Marxistische Blätter, März 2004
- LaPorte, Norman, »Stalinization« and its Limits in the Saxon KPD, 1925-28, in: European History Quarterly 4/2001, vol. 31
- Lapp, Benjamin, A »National« Socialism. The Old Socialist Party of Saxony, 1926-32, in: Journal of Contemporary History, April 1995
- Leibner, Gerardo, and James N. Green, New Views on the History of Latin American Communism, in: Latin American Perspectives, March 2008
- Leiva, Sebastián, El Partido Comunista de Chile y el levantamiento de Ranquil, in: Revista de la Facultad de Filosofía y Humanidades, Universidad de Chile, o.J., über: CEME – Centro de Estudios Miguel Enríquez – Archivo Chile
- Levine, Robert M., Brazil's Jews during the Vargas Era and After, in: Luso-Brazilian Review, Vol. 5, No. 1. (Summer 1968)
- Levine, Robert M., Perspectives on the Mid-Vargas Years 1934-1937, in: Journal of Interamerican Studies and World Affairs, Vol. 22, No. 1. (February 1980)
- Lieberman, Ben, The Meanings and Function of Anti-System Ideology in the Weimar Republic, in: Journal of the History of Ideas 59.2 (1998)

- Litten, Frederick S., Otto Braun's Curriculum Vitae. Translation and Commentary, in: Twentieth-Century China, Volume XXIII, No. 1 (November 1997)
- Litten, Frederick S., Otto Braun in Deutschland, in: IWK - Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Heft 2/1991
- Litten, Frederick S., The CCP and the Fujian Rebellion, in: Republican China, vol. XIV, number 1, November 1988
- Litten, Frederick S., The Myth of the »Turning Point« - Towards a New Understanding of the Long March, in: Bochumer Jahrbuch zur Ostasienforschung, Band 25, 2001
- Litten, Frederick S., The Noulens Affair, in: The China Quarterly, No. 138. (June 1994)
- López D'Alesandro, Fernando, Los orígenes de la cultura estalinista en el comunismo uruguayo, in: Yaffé, Jaime, Dossier online: »Cinco estudios recientes sobre el comunismo uruguayo« – historiapolitica.com/dossiers/comunismouruguayo, (22. August 2012, 20.30 Uhr)
- Lowenthal, Richard, The Bolshevisation of the Spartacus League, in: Footman, David, International Communism, London 1960
- Mallmann, Klaus-Michael, Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? Weimarerer Kommunisten in der Kontroverse – Eine Erwiderung, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Juli 1999
- Matos, Júlia, A Inversão da Imagem da Coluna Prestes na Imprensa: de revoltosos para heróis, in: Elvo Clemente (organizador), Integração. História, Cultura e Ciência 2003, Port Alegre 2004
- McDermott, Kevin, Stalin and the Comintern during the »Third Period«, 1928-33, in: European History Quarterly, 1/1995, vol. 25
- McDermott, Kevin, Stalinist Terror in the Comintern: New Perspectives, in: Journal of Contemporary History, January 1995
- Meihy, José Carlos Sebe Bom, Resenha: Camaradas. Revista de História (São Paulo) 1994, n. 129-131
- Meschkat, Klaus, Helpful Intervention? The Impact of the Comintern on Early Colombian Communism, in: Latin American Perspectives, March 2008
- Mothes, Jürgen, Briefe aus Montevideo. Arthur Ewert und die Wandlung von Luiz Carlos Prestes zum Kommunisten, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1994
- Mothes, Jürgen, Zur Geschichte des Secretariado Sudamericano de la Internacional Comunista – Ein Beitrag zu einem noch wenig bekannten Führungsorgan der kommunistischen Bewegung, in: Lateinamerika. Semesterbericht der Sektion Lateinamerikawissenschaften der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Frühjahrssemester 1982
- Mothes, Jürgen, Kommunistische Regionalberatungen zu Lateinamerika in Kominternzeiten. Thesen zu einem Thema international-vergleichender historischer Kommunismusforschung, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1997
- Mothes, Jürgen, »Im Zeichen der Selbstkritik!«. Lateinamerika 1929 bis 1933: Die Kommunisten in der Krise, in: Hermann Weber und Dietrich Staritz (Hrsg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993
- Neves Alves da Silva, Carine, Teoria marxista: o patrimônio histórico e intelectual produzido pelas instituições e intelectuais comunistas na América Latina, in: Anais do XIV Encontro Regional de História da ANPUH-Rio: Memória e Patrimônio, Rio de Janeiro 2010

- Paixão, Cristiano, Direito, política, autoritarismo e democracia no Brasil: da Revolução de 30 à promulgação da Constituição da República de 1988, in: *Araucaria. Revista Iberoamericana de Filosofía, Política y Humanidades*, año 13, nº 26. Segundo semestre de 2011
- Palmer Bryan D., *American Communism in the 1920s. Striving for a Panoramic View*, in: *American Communist History*, Vol. 6, No. 2, 2007
- Palmer, Bryan D., *Rethinking the historiography of United States communism*, in: *American Communist History*, Vol. 2, No. 2, 2003
- Pereira Moreira, Raimundo Nonato, *Antes da fama. Anotações sobre a trajetória política de Antônio Maciel Bonfim, vulgo »Miranda«*, in: *Anais do XXVI Simpósio Nacional de História – ANPUH*, São Paulo, julho 2011
- Pereira Moreira, Raimundo Nonato, e.ou., *O célebre Miranda. Aventuras e desventuras de um militante comunista entre a história e a memória*, in: *Praxis – Revista eletrônica de história e cultura*, Ano 4, No. 5, janeiro-dezembro 2011
- Peters, Helmut, *KPdSU (B), Komintern und die Sowjetbewegung in China 1931-1937*, in: *IWK – Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Heft 1/2006
- Prestes, Anita Leocadia, *A conferência dos partidos comunistas da América do Sul e do Caribe (Moscou, outubro 1934) e os levantes de novembro de 1935 no Brasil*, in: *Crítica Marxista*, no. 22, Rio de Janeiro, maio 2006
- Prestes, Luiz Carlos, *Como cheguei ao comunismo*, in: *Cultura Vozes*, No. 2, Março-Abril 1998
- Pryce, Donald W., *The Reich Government versus Saxony, 1923. The Decision to Intervene*, in: *Central European History*, 10 (1977), No. 2
- Pujals, Sandra, and Katya Vladimirov, *Lenin's Muchachos. A Database of Comintern and Front Organizations' Personnel in Latin America, 1919-1943*, in: *The International Newsletter of Communist Studies Online XV* (2009), no 22
- Richards, Edward B., *Soviet Control of the Third International: A Case Study*, in: *Social Science*, Vol. 36, No. 1 (January 1961)
- Rose, R.S., *Johnny's Two Trips to Brazil*, in: *Luso-Brazilian Review*, Vol. 38, No. 1 (Summer, 2001)
- Sá Motta, Rodrigo Patto, *A »intentona comunista« ou a construção de uma legenda negra*, in: *Tempo*, Rio de Janeiro, Vol. 7, Nr. 13 (2002)
- Schelchkov, Andrey, *En los umbrales del socialismo boliviano. Tristán Marof y la Tercera Internacional Comunista*, in: *Revista Izquierdas*, Año 3, Número 5, Año 2009
- Scherner, Helga, *Asiaticus – eine Unperson?*, in: *Bochumer Jahrbuch zur Ostasienforschung*, Band 25, 2001
- Segatto, José Antônio, *Do tenentismo ao comunismo*, in: *Revista Novos Rumos*, No 28 (1992)
- Seitenfus, Ricardo A. Silva, *O Brasil e o III Reich (1933-1939)*, in: *Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas*, Band 25 (1988)
- Silva, Sérgio Salomé, *1935: ilusão, loucura e história*, in: *Cadernos Arquivo Edgard Leuenroth (UNICAMP)*, nº 2 (julho 1995)
- Skidmore, Thomas E., *Failure in Brazil. From Popular Front to Armed Revolt*, in: *Journal of Contemporary History*, Vol. 5 (1970), No. 3
- Spenser, Daniela, *Las vicisitudes de La Internacional Comunista*, in: *Desacatos. Revista de Antropología Social*, Otoño 2001

- Spenser, Daniela, Emissaries of the Communist International in Mexico, in: *American Communist History*, Vol. 6, No. 2, 2007
- Szlajfer, Henryk, Latin America and the Comintern: An Interesting Book with Many Mistakes, in: *Boletín de Estudios Latinoamericanos y del Caribe*, No. 46 (Junio de 1989)
- Téllez Lúgaro, Eduardo, El levantamiento del Alto Biobío y el Soviet y la República Araucana de 1934, in: *Anales de la Universidad de Chile*, Sexta Serie, N°13, agosto de 2001, über: CEME – Centro de Estudios Miguel Enríquez – Archivo Chile
- Thorpe, Andrew, Comintern »Control« of the Communist Party of Great Britain, 1920-43, in: *English Historical Review*, June 1998
- Tracey, Donald R., Reform in the Early Weimar Republic: The Thuringian Example, in: *Journal of Modern History*, 44 (1972), Nr. 2
- Ulianova, Olga, Develando un mito: emisarios de la Internacional Comunista en Chile, in: *Historia (Santiago de Chile)* No 41, vol. I, enero-junio 2008
- Venegas Valdebenito, Hernán, El Partido Comunista de Chile y sus políticas aliancistas: del Frente Popular a la Unión Nacional Antifascista, 1935-1943, in: *Universidad de Santiago de Chile, Revista de Historia Social y de las Mentalidades*, Volumen 14, N° 1, 2010
- Vianna, Marly de Almeida Gomes, As Rebeliões de Novembro de 1935, in: *Revista Novos Rumos*, No. 34 (2001)
- Vladimirov, Katya, Citizens of the World. Comintern and front organizations' personnel in Latin America, 1919-1943, in: *Ias Jornadas Internacionales de Investigación y Debate Político. La crisis y la revolución en el mundo actual. Análisis y perspectivas*, Buenos Aires 2008
- Waack, William, As muitas tragédias de Olga, in: *História Viva*, Rio de Janeiro, maio de 2005
- Weber, Hermann, Zu den Beziehungen zwischen der KPD und der Kommunistischen Internationale, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, April 1968
- Wheeler, Robert F., Die »21 Bedingungen« und die Spaltung der USPD im Herbst 1920, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, April 1975
- Wilde, Florian, »Diskussionsfreiheit ist innerhalb unserer Partei absolut notwendig«. Das Verhältnis des KPD-Vorsitzenden Ernst Meyer zur innerparteilichen Demokratie 1921/22, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2006
- Wirsching, Andreas, »Stalinisierung« oder entideologisierte »Nischengesellschaft«? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Juli 1997
- Worley, Matthew, The Communist International, The Communist Party of Great Britain, and the »Third Period«, 1928-1932, in: *European History Quarterly*, 4/2000, vol. 30
- Бабиченко Л. Г., Политбюро ЦК РКП(б), Коминтерн и события в Германии в 1923 г. Новые архивные материалы, in: *Новая и новейшая история*, no. 2, март-апрель 1994
- Панцов, Александр Вадимович, Как Сталин помог Мао Цзедуну стать вождем, in: *Вопросы истории* 2006-02-28
- Ульянова Ольга, Революционный кризис и революционные иллюзии. Компартия Чили и Коминтерн: от Социалистической республики к осуждению рекабарренизма, in: *Латиноамериканский исторический альманах* 2008
- Хейфец А. С., Интернационал Москвы или Интернационал Буэнос-Айреса (III Интернационал, Южноамериканский Секретариат Коминтерна и Компартия Парагвая), in: *Россия в контексте мировой истории*, Москва 2002

Янчук Игорь Игоревич, Вторая конференция коммунистических партий Латинской Америки. Москва, 2-10 октября 1930 г. Аналитический очерк, in: Латиноамериканский исторический альманах 2005

Янчук Игорь Игоревич, Коминтерн и Латинская Америка: 30-е годы XX века, in: Новая и новейшая история, No. 4, 2008

7. Zeitungen und Zeitschriften

A Classe Operária (Brasilien, 1928-1939)

China Forum (Komintern, 1932-1934)

Correspondencia Sudamericana (Komintern, 1927-1930)

O Estado de São Paulo (Brasilien, 1936)

Gegen den Strom (Deutschland, 1928-1935)

L'Humanité (Frankreich, 1923)

Die Internationale (Deutschland, 1919-1932)

La Internacional Comunista (Komintern, 1932-1936)

Internationale Presse-Korrespondenz (Komintern, 1921-1939)

Коммунистический Интернационал (Komintern, 1919-1943)

The Militant (USA, 1928-1934)

The New Republic (USA, 1936-1937)

New York Times (USA, 1936)

Novos Rumos (Brasilien, 1959)

Revista Comunista (Komintern, 1930-1931)

Die Rote Fahne (Deutschland, 1919-1933)

Sozialdemokratischer Pressedienst (Deutschland, 1928-1933)

Sozialistische Monatshefte (Deutschland, 1920-1930)

8. Filme und Videos

Entrevista com Anita Leocádia Prestes – Câmara dos Deputados (Brasil), TV Câmara, Programa História Oral, 16 de novembro de 2001

Entrevista com Anita Prestes: »Prestes: O Cavaleiro do Socialismo« – Assembléia Legislativa do Estado do Rio de Janeiro (Brasil), TV Alerj, Sala de Imprensa, junho de 2009

Entrevista com Luís Carlos Prestes – TV Cultura (Brasil), Programa Roda Viva, 27 de outubro de 1986

Entrevista com Luís Carlos Prestes – SBT (Brasil), Programa Jô Soares, 1988

O Velho – A História de Luiz Carlos Prestes – Documentário (Brasil), 1997

Personenverzeichnis

Hinweis: Der Name von Arthur Ewert wurde nicht in das Personenverzeichnis aufgenommen, da er auf beinahe jeder Seite vorkommt. Bei *kursiv* gesetzten Seitenzahlen wird die betreffende Person in einer Fußnote erwähnt.

- Abramowitz, Alice 221
 Alexander 311
 Alexander, Eduard 213, 219
 Alfaya de Ghioldi, Carmen 408
 Amado, Jorge 8, 362, 387, 389, 407, 431
 Amauta *Siehe* Mariátegui, José Carlos
 André *Siehe* Elias da Silva, José
 Antigone 391
 Aranha, Osvaldo Euclides de Sousa 403, 404
 Arendsee, Martha 163
 Asiaticus *Siehe* Möller, Heinz
 Astrov, Valentin 376
 Augustinus 379
 Baldwin, Stanley 127, 130
 Bancourt, Annie (Deckname von Elise Ewert) 34
 Bangu *Siehe* Rocha, Lauro Reginaldo da
 Baron, Stefan 429
 Barron, Victor Allan 371, 372, 373
 Basbaum, Leôncio 239, 260, 326, 350, 426
 Batista, Pedro Ernesto 349, 383, 387
 Bauer, Gustav 39
 Bauer, Leo 436
 Bebel, August 23
 Becher, Johannes R. 221
 Becker, Karl 69, 108, 191, 220
 Bell, Tom (Thomas) 279
 Bellemann, Franz 191
 Bellens Porto, Eurico 408
 Benario, Olga 13, 16, 25, 51, 287, 333, 371, 373, 396, 403, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 422, 423, 424, 425, 431
 Berger Prestes, Maria *Siehe* Benario, Olga
 Berger, Hans (Pseudonym von Gerhart Eisler) 250
 Berger, Harry 250
 Berger, Harry (Deckname von Arthur Ewert) 9, 10, 13, 230, 231, 239, 249, 250, 251, 278, 309, 310, 344, 346, 361, 362, 363, 366, 367, 382, 383, 386, 387, 395, 432, 440, 446, 451, 452, 453
 Berger, Machla *Siehe* Ewert, Elise
 Bernardes, Artur da Silva 254, 343
 Bernstein, Eduard 392
 Bill (Deckname von Arthur Ewert) 451
 Blenkle, Conrad 90, 97, 159
 Blom (Deckname von Arthur Ewert) 450
 Blone (Deckname von Arthur Ewert) 46, 450
 Blücher, Wassili 9
 Blunt, Anthony 303, 305, 307
 Böchel, Karl 154
 Bonfim, Antônio Maciel 322, 326, 327, 328, 342, 345, 347, 352, 353, 354, 356, 358
 Boothby, Robert 128
 Bork, Otto *Siehe* Unger, Otto
 Borkenau, Franz 90
 Böttcher, Paul 60, 61, 108, 146, 148, 150, 155, 192

- Brainerd, Heloise 404, 405
- Brandler, Heinrich 40, 53, 55, 57, 59, 60, 62, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 75, 76, 78, 94, 95, 99, 106, 107, 109, 111, 116, 122, 137, 146, 157, 158, 160, 162, 163, 173, 177, 179, 182, 190, 194, 196, 197, 284, 366, 376, 437, 438
- Braun (Deckname von Arthur Ewert) 100, 108, 135, 136, 144, 160, 161, 451, 452
- Braun, Otto 18, 64, 275, 277, 286, 287, 288, 333
- Brodsky, Joseph 368, 372
- Browder, Earl 401
- Brown, Arthur (Deckname von Arthur Ewert) 10, 34, 140, 141, 142, 290, 450, 451, 452
- Brüning, Heinrich 219, 221
- Brun-Zechowoj, Walerij 288
- Buber-Neumann, Margarete 181, 376, 418
- Bucharin, Nikolai 5, 62, 67, 85, 88, 89, 90, 91, 95, 102, 108, 112, 114, 116, 117, 121, 134, 135, 137, 138, 144, 157, 159, 160, 161, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 177, 179, 186, 187, 211, 374, 375, 376, 444, 448
- Buck, Tim 35
- Buck, Wilhelm 145
- Bueno *Siehe* Roca, Blas
- Burgess, Guy 302, 303, 305, 307
- Cahan, Charles H. 31, 32
- Cahn, Leon S. 250
- Cameron, Marion 369, 370, 397, 398
- Campos, Francisco 390
- Canale, Dario 17
- Cannon, James P. 137
- Carone, Edgar 12, 17, 262
- Carré, John le 304
- Cascardo, Hercolino 337, 343, 344
- Castelo Branco, Humberto de Alencar 381
- Cejtlin, Efim 375, 376
- Cernin, Ilja 376
- Charnie, Charles (Deckname von Lieb Samsonovitch 34
- Chateaubriand, Assis 257
- Che Guevara, Ernesto 351
- Cheifets, Lazar 15, 16
- Cheifets, Viktor 15
- Chejfec, Abram *Siehe* Guralski, Abram
- Chermont, Abel de Abreu 368, 369, 370, 372, 379
- Chilcote, Ronald H. 17, 324
- Codovilla, Victorio 232, 259
- Cohen *Siehe* Kun, Béla
- Correia de Oliveira, Rafael 257
- Costa, Miguel 255
- Crippen, Hawley 27
- Cuno, Wilhelm 63
- Custance, Florence 30, 31
- Dach, Ulrich (Deckname von Arthur Ewert) 450, 451
- Dahlem, Franz 70, 112, 180, 182, 190, 427, 434
- Dengel, Philipp 83, 91, 92, 94, 95, 107, 111, 112, 115, 139, 159, 160, 161, 163, 166, 167, 178, 190
- Dennis, Eugene *Siehe* Ryan, Tim
- Dessauer, Friedrich 223
- Diego *Siehe* Glaubauf, Fritz
- Dietrich, Paul 95, 112, 191, 193, 377, 378
- Dimitrow, Georgi 103, 331, 332, 341, 354, 378, 400, 402, 435
- Dorn, Erna 421
- Draper, Theodore 168
- Dukakis, Michael S. 136
- Dulles, John W. F. 17, 324, 431

- Duncker, Hermann 392
- Eberlein, Hugo 7, 64, 68, 69, 71, 79, 87, 94, 95, 112, 178, 180, 187, 188, 190, 191, 202, 221, 376, 377
- Ebert *Siehe* Ewert, Elise
- Ebert, Friedrich 37, 39, 43, 146
- Eisler, Gerhart 9, 51, 58, 59, 60, 70, 79, 108, 143, 144, 157, 159, 160, 161, 163, 166, 175, 178, 180, 184, 186, 187, 189, 190, 191, 193, 198, 199, 200, 207, 250, 269, 270, 277, 315, 375, 376, 391, 437, 438, 439, 443, 446, 449
- Ejchenvald, Alexandr 376
- Elias da Silva, José 328
- Elisabeth II. 303, 307
- Elli (Deckname) 305
- Ende, Lex 221, 402, 436
- Engels, Friedrich 23, 32, 285
- Ercoli *Siehe* Togliatti, Palmiro
- Evers *Siehe* Ewert, Elise
- Ewart 308, 309
- Ewart, Hans 367
- Ewert, Andreas 20, 21, 27, 122, 406, 428, 430, 433, 434
- Ewert, Bernhard 20
- Ewert, Charlotte 20
- Ewert, Elisabeth *Siehe* Ewert, Elise
- Ewert, Elise 6, 8, 10, 19, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 40, 47, 48, 50, 51, 100, 136, 137, 140, 143, 198, 224, 225, 238, 249, 251, 252, 277, 278, 310, 316, 318, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 387, 388, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 402, 403, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 431, 439, 442, 443, 448, 449
- Ewert, Emilie Auguste 20
- Ewert, Franz 20
- Ewert, Friedrich 22
- Ewert, Minna 8, 19, 20, 21, 22, 24, 25, 37, 51, 370, 381, 384, 385, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 411, 415, 416, 417, 420, 422, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 439, 449
- Ewert, Olga *Siehe* Ewert, Olla
- Ewert, Olla 21, 428, 430, 433, 434
- Ewert, Paula 20, 433
- Fellisch, Alfred 147
- Fernandez, Elza 327
- Fernandez, Pedro (Deckname von Luiz Carlos Prestes) 270
- Ferreira da Silva, Virgulino 327
- Fischer, Ruth 5, 7, 53, 55, 57, 58, 59, 60, 61, 67, 68, 72, 73, 74, 75, 77, 78, 79, 80, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 105, 109, 131, 137, 148, 161, 192, 207, 376, 438
- Flechtheim, Ossip 90
- Fleißner, Hermann 153, 154
- Flieg, Leo 100, 112, 181, 190
- Florin, Wilhelm 64
- Foster, William Z. 134, 137, 366
- Franco, Francisco 305
- Frank, Karl 108
- Franke, Otto 64
- Freedman, David 427
- Freeman, Richard 369, 370, 398, 399
- Freitas Guimarães, Honório de 358
- Frölich, Paul 437
- Fugger, Carl 64
- Gabeira, Gilberto 336
- Galvão 364
- Garibaldi, Giuseppe 422
- Garlandi *Siehe* Grieco, Ruggero

- Garoto (Deckname von Luiz Carlos Prestes) 342, 353
- Georg V. 129
- George, Harrison 372
- Gerhart, John (Deckname von Gerhart Eisler) 315
- Gerö, Ernö 313
- Geschke, Ottomar 55, 73, 82, 95, 112
- Ghioldi, Rodolfo 13, 259, 314, 315, 318, 338, 341, 342, 345, 346, 348, 349, 353, 354, 372, 383, 384, 387, 395, 408
- Gibson, Hugh 361, 373
- Gitlow, Benjamin 140
- Glass, C. Frank 280, 281, 282
- Glaubauf, Fritz 311, 317
- Goldenberg, Boris 18, 322
- Goldhammer, Bruno 436
- González Alberdi, Paulino 247
- Goulart, João 380
- Graaf, Johnny de 288, 319, 344, 345, 360
- Gramsci, Antonio 5
- Grazini, Mário 263
- Grieco, Ruggero 224
- Grolman, Michail 375, 376
- Grube, Ernst 205
- Gruber, Franz Paul *Siehe* Graaf, Johnny de
- Grzyb, Mojzes *Siehe* Möller, Heinz
- Gubinelli *Siehe* Grazini, Mário
- Guo Shaotang *Siehe* Krymov, Afanassij
- Guralski, Abram 42, 64, 74, 79, 225, 233, 236, 239, 252, 262, 265, 267, 310, 311, 312, 313, 319, 332, 333
- Guralski, Samuel *Siehe* Guralski, Abram
- Gusenko, Igor 304, 305
- Gutsche, Josef 64, 276
- Haferkorn, Katja 13
- Halberg, Maurício 428, 430, 431
- Halle, Felix 214, 216
- Hamburger, Ursula *Siehe* Werner, Ruth
- Hastings, Christine 369, 370, 397, 398
- Hausen, Erich 182, 191
- Heartfield, John 221
- Heckert, Fritz 64, 87, 94, 95, 112, 146, 178, 186, 190, 204, 205, 221
- Heifetz, Abram *Siehe* Guralski, Abram
- Heimburger, Arthur 26
- Heimo, Mauno 103, 208
- Heinemann, Hugo 214
- Heldt, Max 147, 150, 152, 153, 154, 444
- Herbert *Siehe* Sedler, Nikolai
- Hilferding, Rudolf 223
- Himmler, Heinrich 415
- Hindenburg, Paul von 85, 212, 221, 222
- Hirschfeld, Magnus 216
- Hitler, Adolf 212, 228, 278, 367, 414, 435, 446
- Hobsbawm, Eric 5
- Hoelz, Max 43, 214
- Hoernle, Edwin 61, 62, 79, 121, 122
- Hoffmann, Adolph 40
- Hollaender, Max 427
- Hollis, Christopher 305
- Hollis, Roger 249, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309
- Homem de Siqueira, Juliano 12
- Hoover, J. Edgar 135, 452
- Hornstein, David P. 10, 24, 143, 278
- Hornstein, Nick 10
- Hörsing, Otto 43, 45
- Hull, Cordell 404
- Humbert-Droz, Jules 169, 233, 376

- Ibáñez del Campo, Carlos 243
 Idelson, Boris 375, 376
 Inkpin, Albert 123
 Isaacs, Harold R. 280, 281, 282, 283
 Jacob, Mathilde 39
 Jagow, Traugott von 50
 Jeschow, Nikolai 378
 Jiang Jieshi 267, 275, 289, 292, 294, 295, 296, 297, 299
 Jim, Deckname von Arthur Ewert) 453
 Joffily, José 9, 10
 Julien, Francisco de Menezes 364
 Kamenew, Lew 67, 78, 374
 Kapp, Wolfgang 6, 37, 38, 39, 40, 42
 Katz, Iwan 55, 85, 87, 100, 109
 Keller, Georg (Deckname von Arthur Ewert) 124, 450, 451
 Kelley, Robert F. 135
 Kerenski, Alexander 9
 Kilbom, Karl 375, 376
 Kléber, Emilio *Siehe* Stern, Manfred
 Kleine, August *Siehe* Guralski, Abram
 Knoll, Käthe 418, 420
 Knorin, Wilhelm 313
 Koegel, Max 417, 418, 420
 Koenen, Wilhelm 68, 74, 214
 Koerner, Artur bzw. Arthur (Deckname von Arthur Ewert) 124, 450, 451
 König, Arthur 55
 Korsch, Karl 85, 100, 102
 Kostoff, Traitscho 435
 Krebs, Richard 226, 227, 228, 229, 230, 231
 Kreikemeyer, Willi 436
 Krüger, Erna *Siehe* Benario, Olga
 Krymov, Afanassij 288, 289
 Kubitschek, Juscelino 380
 Kuenzer, Hermann Emil 43
 Kühne, Otto 98
 Kun, Béla 41, 101, 271, 388
 Kurbatow (Deckname von Arthur und Elise Ewert) 310
 Kuusinen, Aino 139, 142
 Kuusinen, Otto 139, 186, 188, 198, 208, 271
 Lacerda, Fernando 339, 353, 358
 Lacerda, Paulo 260
 Lampião *Siehe* Ferreira da Silva, Virgulino
 Larsen, Wolf (Romanfigur) 21
 Lassance, Carlos 387, 389
 Lencyzki, Machla 251
 Lencyzki, Machla (Deckname von Elise Ewert) 143, 251, 310, 316, 361, 363, 364, 367
 Lenin, Wladimir 5, 46, 67, 85, 241, 242, 245, 246, 258, 282, 285, 306, 319, 329, 445
 Lenz *Siehe* Winternitz, Josef
 Lepetit, Auguste *Siehe* Guralski, Abram
 Levi, Paul 39, 40, 46, 438
 Levinson, David 381, 382
 Li Teh *Siehe* Braun, Otto
 Liebknecht, Karl 6, 27, 28, 37, 39, 47
 Lima, Hermes 410
 Lindau, Rudolf 55, 61, 69, 74
 Linhares, Hermínio 357
 Litwinow, Maxim 366
 Lominadse, Bessarion 86, 90, 95, 97, 111, 112, 113
 London, Jack 21
 Lorenz, Richard 376
 Losowski, Solomon 57, 128, 159, 208, 232, 311, 313

- Lovestone, Jay 134, 135, 137, 138, 139, 140, 366, 375
 Lowski, Witold 315
 Luther, Hans 104
 Lüttwitz, Walther von 38, 39
 Luxemburg, Rosa 6, 23, 28, 37, 39, 47
 Lyons, Eugene 137
 Macedo Soares, José Carlos de 384, 385, 387, 398
 Machado, Raul 382, 383
 Maclean, Donald 302, 303, 305, 307
 Macmillan, Harold 302, 303
 Mangabeira, Francisco 337
 Manner, Kullervo 315
 Mansur Karan, João 383
 Manuilski, Dimitri 14, 86, 88, 89, 90, 93, 95, 185, 196, 208, 228, 268, 271, 272, 312, 313, 326, 328, 331, 332, 341
 Mao Zedong 18, 290, 291, 446
 Marcantonio, Vito 373
 Marecki, Dimitri 376
 Mariátegui, José Carlos 16, 234, 331
 Marius *Siehe* Paquereaux, Marius
 Marquardt, Emilie Auguste *Siehe* Ewert, Emilie Auguste
 Marques, Valdivino Barbosa Laureiro 339
 Martins *Siehe* Freitas Guimarães, Honório de
 Marx, Karl 23, 32, 258, 285, 392
 Marx, Wilhelm 85, 116
 Mar-y 239
 Maslow, Arkadi 7, 53, 55, 58, 59, 60, 61, 67, 68, 70, 72, 73, 74, 75, 77, 78, 79, 80, 84, 85, 86, 89, 91, 92, 93, 94, 95, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 105, 109, 118, 137, 161, 438
 Maslowski, Peter 213, 219
 Massing, Hede 51
 Matern, Hermann 436
 Maverick, Maury 404
 Mayenburg, Ruth von 314
 Mayer, August 64
 McCarran, Pat 249
 Mella, Julio Antonio 234
 Merker, Gretel 434
 Merker, Paul 87, 190, 427, 428, 429, 430, 431, 433, 434, 436
 Meyer, Ernst 7, 76, 84, 89, 93, 94, 99, 105, 106, 107, 108, 112, 113, 114, 144, 149, 157, 166, 174, 195, 196, 199, 200, 201, 202, 204, 205, 206, 207, 209, 220
 Meyer-Leviné, Rosa 106, 201, 206, 209
 Miguel 311
 Mikojan, Anastas 159
 Miller, Alfred 402
 Miller, Joseph 434
 Minnerl *Ewert, Minna*
 Miranda *Siehe* Bonfim, Antônio Maciel
 Moiseenko, Tatjana 276
 Möller, Heinz 284, 285
 Molotow, Wjatscheslaw 159, 168, 186, 228
 Moniz de Aragão, José Joaquim 409
 Moreira Lima, Lourenço 256
 Moritz, Martha 221
 Moskwin, Meer 378
 Mota Lima, Pedro 259
 Mothes, Jürgen 15, 318
 Müller, Filinto 345, 357, 358, 362, 368, 371, 373, 383, 385, 386, 389, 407, 408, 409, 413, 424
 Müller-Franken, Hermann 164, 221, 222, 445
 Münzenberg, Willi 143, 164, 278
 Neddermeyer, Robert 64

- Negro (Deckname von Arthur Ewert) 342
- Neubauer, Theodor 64
- Neumann, Felix 64, 65
- Neumann, Heinz 58, 59, 64, 83, 87, 93, 94, 95, 101, 102, 148, 149, 152, 159, 166, 184, 212, 376, 443, 451
- Nilo Tavares, José 17
- Noske, Gustav 38, 39
- Noulens 276
- Nunn May, Alan 304
- Oelßner, Alfred 45
- Osten, Maria 376
- Paquereaux, Marius 56
- Paulus, Friedrich 41
- Penelón, José Fernando 232
- Pepper, John *Siehe* Pogány, József
- Pereira, Astrojildo 258, 259, 262, 263
- Pérez 230
- Peters, Bruno 27
- Peters, Lucie 27, 29
- Pfeiffer, Hans 55, 58, 59, 61, 87, 443
- Philby, Kim 302, 303, 305, 307, 427
- Pieck, Wilhelm 7, 64, 68, 69, 70, 71, 79, 80, 95, 100, 112, 149, 178, 271, 377, 395, 400, 401, 402, 433, 434, 449
- Pincher, Chapman 307, 308
- Pinheiro, Paulo Sérgio 17, 324
- Pjatnitzki, Ossip 14, 128, 159, 192, 196, 208, 247, 276, 286, 290, 293, 298, 299, 341, 376, 446, 447, 453
- Plato 32
- Pogány, József 41
- Pollitt, Harry 124, 370, 412
- Presche, Willy 183
- Prestes, Anita Leocádia 16, 410, 422
- Prestes, António Pereira 253
- Prestes, Julius *Siehe* Prestes, Luiz Carlos
- Prestes, Leocádia Pereira 253, 385, 395, 396, 420, 422, 431
- Prestes, Luiz Carlos 8, 9, 13, 16, 17, 239, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 316, 324, 325, 326, 327, 328, 332, 333, 334, 335, 337, 338, 340, 342, 343, 344, 345, 346, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 361, 362, 363, 364, 365, 368, 371, 372, 373, 379, 381, 383, 384, 385, 386, 387, 389, 390, 395, 396, 397, 400, 401, 402, 403, 407, 408, 409, 410, 411, 413, 414, 422, 423, 424, 426, 429, 431, 434, 446, 447
- Profumo, John 302
- Quadros, Jânio 380
- Queiroz *Siehe* Bonfim, Antônio Maciel
- Rabestein, Gertrud 418, 421
- Radbruch, Gustav 213
- Radek, Karl 44, 55, 62, 121, 128, 284
- Radó, Lene 395, 412
- Radó, Sándor 395, 412
- Rajk, László 435
- Ravines, Eudocio 331
- Recabarren, Luis Emilio 234
- Remmele, Hermann 63, 71, 73, 78, 79, 80, 87, 95, 101, 114, 131, 159, 163, 178, 181, 186, 187, 188, 190, 192, 195, 197, 376
- Renner, Rudolf 64
- Rentmeister, Katharina »Käthe« 421
- Rieß, Ludwig 183
- Roca, Blas 322
- Rocha, Lauro Reginaldo da 342, 358
- Roosevelt, Franklin D. 249, 373, 400
- Rosenberg, Arthur 85, 91, 100
- Rosenfeld, Kurt 47, 48, 49, 50, 102, 217, 401

- Rubiner, Frida 6, 23, 24, 26, 137
- Rudnik, Jakow 276
- Ruegg *Siehe* Rüegg
- Rüegg 276
- Rústico *Siehe* Guralski, Abram
- Ruthenberg, Charles 134
- Ryan, Tim 283
- Rykow, Alexei 374, 375
- Sabo *Siehe* Ewert, Elise
- Saborowski, Adolf 24
- Saborowski, Elise *Siehe* Ewert, Elise
- Saborowski, Jacob 24
- Saborowsky Ewert, Elisa *Siehe* Ewert, Elise
- Sacco, Ferdinando »Nicola« 136, 137
- Sack 225
- Sailer, Till 21
- Salgado, Plínio 257
- Samsonovitch, Lieb 33, 34, 35, 36
- Sander, Georg 427
- Santos, Antônio Leopoldo dos 383
- Schehr, John 183
- Schiele, Georg 50
- Schlecht, Paul 102
- Schmid, O. F. 28
- Schneller, Ernst 64, 79, 89, 95, 137, 157, 166, 178
- Scholem, Werner 75, 85, 88, 94, 95, 96, 97, 98, 100, 105, 148
- Schreiner, Albert 64, 286
- Schröter, Johannes 173, 191, 202, 401
- Schumann, Georg 45, 87, 88, 89, 108, 173, 191, 202, 211
- Schwan, Wilhelm 91, 94
- Sebe Bom Meihy, José Carlos 12
- Sedler, Nikolai 300
- Selbmann, Fritz 74, 75
- Severing, Carl 45
- Siewert, Robert 148, 151, 152, 153
- Silone, Ignazio 118
- Silva, Hélio 17
- Sinani *Siehe* Skalow, Georgi
- Sinowjew, Grigori 5, 41, 58, 59, 62, 63, 67, 73, 74, 78, 79, 80, 82, 83, 85, 86, 87, 88, 90, 94, 95, 97, 99, 100, 101, 102, 103, 106, 111, 114, 117, 118, 121, 128, 131, 148, 157, 172, 333, 374, 444
- Sisson, Roberto 337, 351
- Skalow, Georgi 225, 247, 311, 312, 313, 317, 318, 338
- Skidmore, Thomas 12
- Slepkov, Alexandr 375, 376
- Sluzki, Abram 242
- Smedley, Agnes 277, 280, 283, 306, 451
- Smiley, George (Romanfigur) 304
- Sobral Pinto, Heráclito Fontoura 9, 379, 380, 381, 382, 384, 385, 386, 387, 390, 404, 423, 424, 448
- Sodré, Nelson Werneck 17
- Sommer *Siehe* Winternitz, Josef
- Song Qingling 280
- Sorge, Richard 277
- Stables, Anthony (Tony) 306, 308, 309
- Stalin, Josef 6, 7, 67, 78, 85, 88, 90, 97, 100, 101, 103, 107, 109, 112, 117, 118, 119, 130, 131, 138, 141, 142, 152, 157, 158, 159, 160, 161, 168, 169, 170, 172, 173, 174, 177, 179, 185, 186, 187, 194, 201, 207, 211, 229, 231, 233, 234, 241, 242, 243, 269, 271, 282, 285, 305, 374, 376, 378, 438
- Stern, Manfred 276, 286, 287, 288, 289
- Stewart, Arthur N. 367
- Stoecker, Walter 60, 71, 221
- Störtebeker, Klaus 75
- Stresemann, Gustav 63, 146

- Stutschewskaja, Sofia 313
 Stutschewskij, Pawel 313
 Sun Yat-sen 280
 Süßkind, Heinrich 112, 166, 178, 190, 191, 202, 210, 221, 376, 377
 Terreros, Nicolas 238, 247
 Thalheimer, August 53, 67, 68, 69, 75, 76, 94, 99, 106, 107, 109, 111, 116, 137, 157, 158, 162, 163, 173, 179, 182, 190, 194, 197, 284, 376, 437, 438
 Thälmann, Ernst 5, 6, 7, 61, 68, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 81, 83, 85, 87, 88, 91, 92, 93, 94, 95, 97, 98, 99, 101, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 115, 118, 124, 157, 158, 159, 160, 161, 163, 166, 167, 168, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 228, 229, 271, 274, 376, 377, 435, 437, 439, 445, 449
 Thälmann, Rosa 180
 Thatcher, Margarete 306
 Thorez, Maurice 169, 271
 Tittel, Hans 173
 Togliatti, Palmiro 169, 271, 376
 Tomski, Michail 128, 131, 159
 Trotzki, Leo 46, 47, 67, 100, 109, 117, 118, 131, 137, 157, 169, 196, 243, 280, 281, 376, 444
 Truman, Harry S. 249
 Tschiang Kai-shek *Siehe* Jiang Jieshi
 Tschitscherin, Georgi 128
 Tuchatschewski, Michail 9
 Tucholsky, Kurt 49
 Turok-Popow, Wladimir 271
 Ulbricht, Walter 74, 76, 88, 89, 175, 181, 186, 187, 188, 190, 192, 198, 199, 200, 208, 274, 436
 Unger, Otto 376
 Urbahns, Hugo 109, 286
 Uriburu, José Félix 237, 265
 Urso 230
 Vallée, Alphonsine *Siehe* Stutschewskaja, Sofia
 Vallée, Léon-Jules *Siehe* Stutschewskij, Pawel
 Valtin, Jan (fiktive Person) 226, 227, 228, 229, 230, 231
 Vanzetti, Bartolomeo 136, 137
 Varga, Eugen 271
 Vargas, Getúlio 8, 261, 264, 265, 268, 269, 325, 335, 336, 344, 348, 349, 350, 352, 353, 354, 357, 368, 369, 384, 385, 386, 388, 389, 395, 397, 400, 401, 403, 411, 412, 424, 425, 426, 448
 Velasco Alvarado, Juan 254
 Vianna, Marly de Almeida Gomes 16, 17, 334, 350
 Volk, Karl 190, 191, 210, 220
 Voss, Karl *Siehe* Volk, Karl
 Waack, William 11, 12, 13, 231, 348
 Walcher, Jacob 61, 108, 194
 Wang Ming 271, 338
 Wangenheim, Conrad von 50
 Wassiljew, Boris 313, 321
 Wedding, Alex 413
 Wehner, Herbert 226, 227
 Wels, Otto 147
 Wendt, Erich 376
 Werner, Carl 50
 Werner, Ruth 25, 51, 277, 394, 422
 Wiebes, Cees 14
 Wiedemeyer, Irene 278
 Wiedmaier, Maria 418
 Wilhelm II. 39
 Willsher, Kathleen 305

- Winternitz, Josef 87, 112
Wittfogel, Karl August 284
Wittorf, Caroline 180
Wittorf, John 180, 181, 183, 184, 188,
189, 191, 194, 211
Wollenberg, Erich 64
Wollweber, Ernst 226, 227
Wright, Peter 306, 307, 308, 309
Xanthaky, Theodore 363, 364, 365,
366
Zeigner, Erich 146
Zetkin, Clara 40, 50, 55, 57, 61, 62, 79,
87, 112, 115, 121, 144, 159, 177, 392,
393
Zörgiebel, Karl 200